DIE GRENZBOTEN: 1868

Digitized by Google

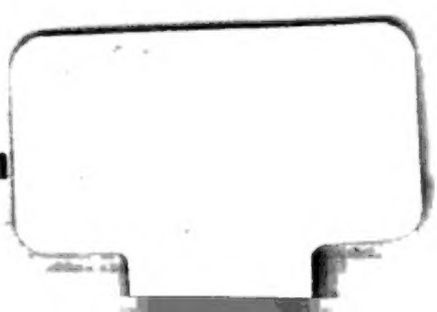
0902
.407

ANNEX LIB.

Library of

Princeton University.

Printed in German



Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

1. Jahrgang.

Grenzboten.

Zeitschrift
für
Politik und Literatur.

Redigirt
von
Gustav Freytag.

Leipzig,
Verlag von Ernst Keil.
1842.

Digitized by Google

Die

Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

---

27. Jahrgang.

II. Semester. II. Band.

Leipzig,
Verlag von Friedrich Ludwig Herbig.
(Friedr. Wilh. Grunow.)
1868.

Digitized by Google

(RECAP)

0902
.407
Johns. 27
pt. 4
1868

Digitized by Google

Register.

Jahrgang 1868. Viertes Vierteljahr.

Politik und Völkerleben.

Die mecklenburgische Pfandstadt Wismar. S. 19.

Politischer Monatsbericht (Ende September) S. 31. (Ende October) S. 185. (Ende „Novbr.) S. 387. (Ende Decbr.) S. 514.

Die Arbeiterfrage in England. S. 41.

Bestrebungen zur Ausdehnung des weiblichen Wirkungskreises. S. 56.

Die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg. S. 62.

Die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg. S. 225.

Galizien und die beiden östreichischen Reichshälften. S. 72.

Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten I. S. 81.

Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten II. S. 201.

Die Aussichten der spanischen Revolution. S. 93.

Die Lage in Spanien. S. 336.

Die Aussichten des nächsten preußischen Landtags. S. 121.

Die czechische Frage. S. 126.

Der vierte deutsche Handelstag I. S. 196. II. S. 229.

Aus Königgrätz. S. 127. S. 264.

Die ungarischen Volksschulen. S. 269.

Die Selbstverwaltung in Hannover. S. 287.

Das Gefängnißwesen in Preußen. S. 289.

Englands auswärtige Politik. S. 321.

Vom linken Mainufer (Correspondenz aus Hessen-Darmstadt). S. 353.

Das Bürgerrechtsgeld in Preußen. S. 380.

Die Parteien im italienischen Parlament. S. 401.

Das neue englische Parlament. S. 409.

Spanien und Cuba. S. 418.

Das östreichische Rothbuch. S. 420.

Die Regierung und die liberale Partei in Baden. S. 437.

Aus Schleswig-Holstein (December). S. 466.

Aus Schwaben. S. 472. S. 500.

Berliner Correspondenz. S. 476.

Die höchste und drückendste Steuer. S. 495.

Ein pariser Stavophile. S. 504.

Das Ministerium Gladstone. S. 511.

Bilder und Schilderungen.

Norddeutsche Kriegshäfen: Die Hafenstraße an der Jahde. S. 6.

Die Wesermündung. S. 212.

Die Unterelbe und ihre Befestigungen. S. 457.

Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen:

1. Der 14. December 1825. S. 100.
2. Untersuchungshaft und Verhör. S. 134.
3. Verurtheilung und Execution. S. 168.
4. Die Reise nach Sibirien. S. 249.
5. Sträflingsleben in Sibirien. S. 298.
6. Die Uebersiedelung nach Petrowsk. S. 341.
7. Schluß. S. 42.

611942

Digitized by Google

Der Suezcanal. S. 149.
Das Museum für vaterländische Alterthümer in Kiel. S. 154.
Die Nordpolfahrt. S. 312.
Die souveräne Freiherrschaft Wolde. S. 375.

Literatur und Kunst.

Eine neue Kritik der russischen Agrarverfassung. S. 1.
Baumgarten's Geschichte Spaniens (2. Bd. 1. Th.). S. 68. (2. Bd. 2. Th.). S. 316.
Varnhagen's Blätter aus der preußischen Geschichte. S. 115.
Lübke's Kunstgeschichte. S. 146.
Colin Muset der Jongleur. S. 161.
Ein neues Buch von Otto Jahn. S. 241.
Die C-dur-Messe von Beethoven. S. 245.
Ein Buch über Minister und Ministerverantwortlichkeit. S. 301.
Eduard Devrient über Felix Mendelssohn. S. 382.
Ungedruckte Briefe von Göthe und Schiller. S. 441.
Eine Finanzreform des 14. Jahrhunderts. S. 445.
Brief über den hildesheimer Fund. S. 481.
Gervinus und die Instrumentalmusik. S. 487.

Kritiken und Besprechungen.

Eckermann: Gespräche mit Göthe. S. 40. — Bibliothek geographischer Reisen. S. 78. — Teichmüller: Beiträge zur Poetik des Aristoteles. S. 79. — G. Körner: Aus Spanien. S. 120. — Nippold: Leben des Freiherrn v. Bunsen. S. 240. — Hirt: Die Annalen des norddeutschen Bundes. S. 279. — Koller: Archiv des norddeutschen Bundes. S. 279. — Arnd: Geschichte der Jahre 1860—1867. S. 280. — Koch: Rafael-Galerie. S. 358. — Bamberger: Hr. v. Bismarck. S. 359. — Schiller's Werke. S. 360. — Carstens' Werke (her. H. Riegel) S. 440. — Hildebrandt's Aquarellen. S. 479. — Seemann: Götter und Heroen Griechenlands. S. 480. — Eberhard: Machiavell S. 480.

Digitized by Google

Eine neue Kritik der russischen Agrarverfassung.

Etudes sur l'Avenir de la Russie. 10. Etude: le patrimoine du peuple par K. D. Schédo-Ferroti. (Berlin chez E. Bock. 1868.)

Bei der in Deutschland ziemlich allgemeinen Unbekanntschaft mit russischen Dingen hat nicht ausbleiben können, daß der Name des Schriftstellers, der sich hinter dem Pseudonym Schedo-Ferroti verbirgt, in der deutschen Lesewelt ebenso selten, wie in der russischen und französisch-belgischen häufig genannt worden ist. Seine Studien über die Zukunft Rußlands erregten gleich bei dem Erscheinen des ersten Bandes (1861) in der gebildeten russischen Gesellschaft bedeutendes Aufsehen, weil sie trotz der schroffen Stellung, die sie gegenüber dem alten System einnahmen, die von Herzen ausgehende radicale Strömung bekämpften und inmitten einer leidenschaftlich bewegten Zeit, in der nur die Extreme Geltung hatten, die Sprache eines ruhigen und maßvollen Liberalismus führten und außerdem eine genaue Kenntniß russischer Zustände und Eigenthümlichkeiten bekundeten. Zu einem der bekanntesten in Rußland wurde der Name Schedo-Ferroti's aber erst im Jahre 1864. Während die Fluthen des nationalen Fanatismus gegen das besiegte Polen dank der Thätigkeit Katkow's so hoch gingen, daß Niemand den Namen Polen ohne Hinzufügung einer Verwünschung auszusprechen wagte, veröffentlichte der Autor ein Buch, welches dem Despotismus der Tagesmeinung kühn die Stirn bot, dem Katkow'schen Uniformitätssystem den Fehdehandschuh hinwarf und die Unmöglichkeit und Unthunlichkeit der beabsichtigten Russification des ehemaligen Königreichs Polen (von den litthauischen und westrussischen Ländern der alten Republik war nicht die Rede) vom russischen Standpunkt aus nachwies. Diese Schrift führte den Titel: „Que fera-t-on de la Pologne?“ (vier Auflagen) und war ein halbes Jahr lang der Gegenstand fast täglicher erbitterter Angriffe der Moskauschen Zeitung und ihrer Clientel. Die westeuropäische Presse, namentlich die Journalistik Frankreichs (die Revue des deux mondes widmete der Schrift eine kurze, aber sehr anerkennende Besprechung) erklärte sich, soweit sie auf die Sache einging, einstimmig für Schedo-Ferroti, der die Aufrechterhaltung einer Sonder-

verwaltung Polens sowie Schonung der katholischen Kirche und der polnischen Nationalität dringend empfahl. Indem wir noch erwähnen, daß 1867 ein neuntes Heft der Studien (Le Nihilisme en Russie, 2. Auflage) erschien, welches gleichfalls ein russisches Tagesinteresse in freimüthiger und geistreicher Weise besprach und den Zusammenhang des sogenannten Nihilismus mit den excentrischen Nationalbestrebungen nachwies, gehen wir auf des Autors neueste Schrift über, die ihrem Gegenstande nach sicher die wichtigste von allen bisher erschienenen Publicationen Schedo-Ferroti's zu nennen ist, weil sie die Grundlage des russischen Agrarsystems, den ungetheilten Gemeindebesitz behandelt.

Vor wie nach Aufhebung der Leibeigenschaft hat es in Rußland bekanntlich keinen individuellen Besitz des Bauern an Grund nnd Boden gegeben. Die Gesammtheit aller der Bevölkerung eines Dorfes zugewiesenen Grundstücke steht im Eigenthum, beziehungsweise im Pachtbesitz der gesammten Gemeinde und wird periodisch (gewöhnlich alle 9 oder 12 Jahre) zu gleichen Theilen an alle verheiratheten Gemeindeglieder vertheilt, sodaß ein Unterschied zwischen selbständigen Bauern und bäuerlichen Knechten, größeren und kleineren bäuerlichen Bodeninhabern nicht besteht, sondern über Allen das Gesetz strenger Gleichheit waltet. Diese Vertheilung geschieht entweder nach der in der Gemeinde vorhandenen Anzahl Seelen oder nach Wirthschaftseinheiten (Tjäglo's). Im ersteren Fall erhält jeder Hausvater ein Grundstück, das der Zahl seiner von ihm abhängigen Gemeindeglieder entspricht, indem per Kopf eine gewisse Anzahl Dessätinen angenommen wird; im letzteren Fall wird das Areal unter die einzelnen wirthschaftlich selbständigen Familien vertheilt und jeder Einzelantheil je nach der Zahl der Aspiranten bei der neuen Vertheilung vergrößert oder verkleinert. Für den Begriff „Tjäglo" gibt es keine authentische Interpretation; während man in früherer Zeit eine gewisse Anzahl Personen (3—4—5) auf jedes Tjäglo annahm, versteht man neuerdings in der Regel ein Ehepaar darunter; je nachdem mehrere Familien (z. B. ein Vater mit erwachsenen Söhnen) zusammen wirthschaften, wird ein einfaches, doppeltes, dreifaches u. s. w. Tjäglo angenommen. Bei jeder Neuvertheilung werden alle neu begründeten Haushaltungen berücksichtigt und einzeln in Rechnung gezogen, da jeder Bauer ein selbständiger Wirthschaftsunternehmer ist. Die Vertheilung geschieht durch die Gemeinde selbst; ist der Termin der Neuvertheilung herangerückt oder wird auf denselben durch das Vorhandensein neuer noch nicht versorgter Familien provocirt, so schreitet die Gemeinde zuvörderst zu einer Classificirung des gesammten Ackerlandes. Dieses Ackerland ist je nach seiner Entfernung von den Wohnstätten (dem Dorf) in nahes, entferntes und ganz entferntes Land getheilt (unter der letzteren Kategorie versteht man „wüstes"

oder „wildes" Land). Der so classificirte Boden wird dann noch nach seinem Ertragswerthe abgeschätzt und in „Wannen" oder „Säulen" (provinziell livländisch: Schnurländereien) getheilt und zwar so, daß jede Wanne einen einigermaßen in jenen Beziehungen homogenen Bestandtheil bildet. Von jeder Wanne bekommt jeder Antheilnehmer in der Gemeinde vermittelst Verloosung einen langen schmalen Streifen von 3—6 Faden Breite auf 100—500 Faden Länge, sodaß der Antheil eines jeden in lauter verschiedenen, von einander getrennten Streifen besteht. „In jeder Gemeinde" so berichtet Haxthausen in seinen Studien, „soll es gewandte Agrimensoren geben, die traditionell ausgebildet das Theilungsgeschäft mit Einsicht und zur Zufriedenheit ausführen. Es wird gerühmt, daß dabei die größte Gerechtigkeit und Billigkeit herrsche und nie Streit entstehe."

Die Mängel und Schäden dieses eigenthümlichen Systems, dessen wesentlich socialistischer Charakter auf der Hand liegt, leuchten Jedem, der mit dem ABC der Volkswirthschaftslehre bekannt ist, so deutlich ein, daß sie des Nachweises kaum bedürfen. Bei dem Mangel alles individuellen Besitzes am Grund und Boden fällt für die zeitweiligen Parcelleninhaber jedes Interesse, ja jede Möglichkeit eines Interesses an der gesteigerten Productivität desselben weg. Da die Parcelle, auf welche der Einzelne sein Capital und seinen Schweiß verwandt hat, bei der nächsten Neuvertheilung in fremde Hände kommt, hat der jeweilige Inhaber gar keinen Grund, dieselbe rationell oder auch nur ordentlich zu bewirthschaften — die Früchte seiner Meliorationen fallen nicht ihm, sondern seinem muthmaßlichen Nachfolger in den Schooß. — Eine fernere Folge des Parcellirungssystems ist die Unmöglichkeit der Herstellung eines wirthschaftlich geordneten Organismus. Der Antheil des Einzelnen besteht aus einer Anzahl zusammenhangsloser Stücke, zu deren Bearbeitung ihm nur die eigenen Hände und höchstens die seiner noch unerwachsenen Kinder zu Gebote stehen — sobald dieselben zu ihren Jahren gekommen sind, treten sie selbst in die Reihe der bei der nächsten Verloosung zu berücksichtigenden Personen.

Nur eine Consequenz der wirthschaftlichen Abhängigkeit des Einzelnen von der Gemeinde ist es, daß die Steuern nicht von den einzelnen Individuen, sondern nur von der Gesammtgemeinde erhoben werden, die Glieder derselben für einander solidarisch verhaftet sind. Für den Trägen, der zahlungsunfähig geworden, wird der Fleißige ohne Weiteres in Anspruch genommen, und die Gemeinde, ohne deren Zustimmung Niemand seinen Wohnsitz verändern darf, hat die natürliche Tendenz, ihre tüchtigen Glieder in strenger Anhängigkeit zu erhalten, ihnen die Entfernung von der Heimath möglichst zu erschweren oder gar unmöglich zu machen.

Diese Uebelstände, welche die wirthschaftliche Entwickelung des russischen

Landmanns ebenso verhindern, wie sie seine freie Bewegung und die Nutzbarmachung seiner Kräfte schmälern, sind seit Aufhebung der Leibeigenschaft besonders unerträglich geworden, denn sie haben die wohlthätigen Folgen der bäuerlichen Freiheit fast völlig erstickt. Nachdem der Arbeitszwang, den die Gutsherrn in früherer Zeit ausübten, weggefallen, nehmen bei dem Mangel eines Sporns zu erhöhter Thätigkeit und Production Trägheit und Lüderlichkeit in den russischen Landgemeinden allenthalben zu und es ist eine officiell anerkannte Thatsache, daß nicht nur die russische Landwirthschaft seit 1861 erheblich zurückgegangen ist, sondern daß die Hungersnoth des vorigen Winters wesentlich durch die Lässigkeit des Landvolks verschuldet worden, das seine Aecker zum Theil unbearbeitet ließ und die in den Magazinen gesammelten Vorräthe früherer Jahre leichtfertig durchbrachte.

Nichtsdestoweniger hält die Mehrzahl der Anhänger der mächtigen russischen Nationalpartei an den Instituten des Gemeindebesitzes und der solidarischen Haftbarkeit aller Markgenossen mit schwärmerischem Eifer fest. Sie sehen darin nicht nur einen Eck- und Grundstein der russischen Volkseigenthümlichkeit, sondern zugleich die Lösung der socialen Frage und die festeste Garantie gegen die Bildung eines Proletariats. Aus dem Gemeindebesitz werden ein allgemeines Menschenrecht auf gleichen Antheil am Grund und Boden und die Verwerflichkeit jedes individuellen Eigenthums an der Mutter Erde abgeleitet, und nach panslavistischer Vorstellung ist dieses socialistische Institut die Waffe, mit welcher der slavisch-russische Stamm die Welt erobern wird, allenthalben von der Masse der Besitzlosen unterstützt und als Befreier mit Jubel begrüßt.

Das vorliegende Buch bildet unseres Wissens die erste zusammenhängende und selbständige Behandlung dieses für die Zukunft Rußlands eminent wichtigen Gegenstandes. Der Verfasser beleuchtet die russische Landgemeinde und ihre eigenthümliche Organisation von der wirthschaftlichen wie von der politischen Seite, indem er sämmtliche für und wider dieselbe geltend gemachten Argumente aufzählt, analysirt und im Einzelnen beurtheilt. Natürlich gelangt er zu der Conclusion, daß die Aufrechterhaltung dieses Prokrustesbetts aller selbständigen Thätigkeit unmöglich sei, wenn sie nicht mit dem Preise eines vollständigen wirthschaftlichen Ruins in Rußland und ewiger Kindheit der russischen Landwirthschaft bezahlt werden solle. Sodann geht er in einem besonderen und sehr ausführlichen Capitel auf die Mittel zur Abhilfe über, in dem er die Grundlinien eines vollständigen Reformsystems entwirft.

Den seit unvordenklicher Zeit in der russischen Volksanschauung begründeten Glauben an das Besitzrecht der Gemeinde und die Nothwendigkeit ihrer wirthschaftlichen Einheit glaubt der Verfasser nicht direct antasten oder als Aberglauben bei Seite schieben zu dürfen. Er schlägt vor, das Eigen-

thum der Geſammtgemeinde an ihrer Mark im Princip aufrechtzuerhalten, aber die Auswüchſe deſſelben wegzuſchaffen, die Conſequenzen zu ändern und dadurch dieſes nationale Inſtitut allmählich von Innen auszuhöhlen. Während die Gemeinde nach wie vor Eigenthümerin des Grund und Bodens bleibt, wird derſelbe nach einer ſorgfältigen Abſchätzung unter die vorhandenen Gemeindeglieder zum erblichen Nießbrauch verpachtet und dem Einzelnen das Recht eingeräumt, ſeine Parcelle zu veräußern, zu vergrößern oder zu verkleinern. Der Pachtſatz wird durch die Gemeinde ſelbſt je nach den Bedürfniſſen und Abgaben derſelben fixirt, — durch Nichtbezahlung deſſelben verwirkt der Einzelne ſein Inhaberrecht und mit dieſem ſeine Stimme in der Gemeindeverwaltung. Sache der Gemeinde iſt, die vacant gewordenen Parcellen anderweitig zu verpachten. Dieſe Umgeſtaltung bedingt zugleich eine veränderte Stellung der einzelnen Gemeindeglieder zu der Gemeinde ſelbſt. Die ſolidariſche Haftbarkeit für Leiſtung von Steuern und öffentlichen Laſten hört von ſelbſt auf, ebenſo das Recht der Gemeinde, ihre Glieder an dem Verzicht auf ihre Parcelle, an dem Austritt und der Auswanderung zu hindern.

Auf das Detail dieſer Vorſchläge gehen wir ebenſo wenig ein wie auf eine Beurtheilung derſelben — die Hauptbedeutung der Schedo-Ferroti'ſchen Schrift beruht darin, daß das Inſtitut des ruſſiſchen Gemeindebeſitzes überhaupt zum Gegenſtande eingehender Beobachtung und Kritik von berufener Seite und vor dem geſammten europäiſchen Publikum gemacht worden, — daß das Schweigen gebrochen worden iſt, mit welchem der Terrorismus der nationalen und panſlaviſtiſchen Partei dieſes angebliche Nationalheiligthum bisher zu umgeben und aller eingehenden Kritik zu entziehen wußte.

Wir haben es für Pflicht gehalten, den Inhalt der Ferroti'ſchen Broſchüre ſeinen Hauptpunkten nach hervorzuheben. Aus den verſchiedenſten Gründen erſcheint es wünſchenswerth, das Intereſſe für den in ihr behandelten Gegenſtand auch in weiteren Kreiſen anzuregen. Und zwar ebenſo im ruſſiſchen wie im occidentalen und namentlich im deutſchen Intereſſe. Der Wahnglaube, der der ruſſiſchen Landgemeinde eine welterlöſende Kraft und kosmopolitiſche Bedeutung zumißt, iſt weſentlich dadurch gefördert worden, daß trotz der provocatoriſchen Weiſe, in welcher der Gemeindebeſitz als neue Formel der Civiliſation ausgeſchrieen worden, Niemand im weſtlichen Europa eine Erwiderung für nothwendig gehalten hat und der einzige Deutſche, der davon Act genommen, der Freiherr v. Haxthauſen, ein begeiſterter Anhänger jener Einrichtung iſt. Ohne eingehendere Kenntniß von dem Weſen und den Eigenthümlichkeiten der ruſſiſchen Landgemeinde iſt ein Verſtändniß auch nur für die neueren Vorgänge in Rußland und Polen ſo gut wie unmöglich. Namentlich für Oeſtreich und Ungarn, woder Kampf gegen den Pan-

slavismus und gegen die Anlehnung der westlichen Slaven an das Russenthum auf der Tagesordnung ist, wäre dringend zu wünschen, daß die öffentliche Meinung sich eingehender mit einem Gegenstande beschäftigte, den die Russen selbst als das Urphänomen ihres Volkslebens bezeichnen*) und der — nach den Vorgängen in Litthauen und russisch Polen — zunächst unter den Ruthenen in nicht allzuferner Zukunft eine wichtige Rolle spielen muß. Wir halten das französische Buch, welches zu den vorliegenden Bemerkungen die Veranlassung gegeben, für besonders geeignet, die in Rede stehenden Verhältnisse occidentalem Verständniß zu vermitteln.

Norddeutsche Kriegshäfen.

9. Die Hafenstraße an der Jahde.

Wir führen unsere Leser diesmal zur Vervollständigung des in Nr. 38 gegebenen Bildes der Jahdeanlagen an die Hafenstraße. — Noch stehen Werkstätten und Magazine um den Binnenhafen nicht da, noch enthält derselbe kein Wasser und wir können daher auf dem Boden des ungeheuern Bassins trockenen Fußes in den Hafencanal treten, der in ganz kolossaler Ausdehnung aus dem Bassin gerade nach Osten führt und dessen Sohle in gleichem Niveau mit dem Boden des Hafenbassins und der Docks liegt. Wie zwei Berghänge begleiten uns zu beiden Seiten die hohen schwarzen Erdufer des Canals; fast eine halbe Stunde Weges von der See hat man das Binnenhafenbassin angelegt, um ein Bombardement von Seiten einer feindlichen Flotte oder eine wirksame Landung unmöglich zu machen, und so lang mußte demnach der Canal sein, der von hier in das Seewasser des Jahdebusens führen sollte. Der eigentliche Hafencanal hat nun im Ganzen eine Länge von 400 Ruthen, und ohne den zum Binnenhafen gehörigen Theil 310 Ruthen (3720 Fuß), bei sechs Ruthen (71 Fuß) Breite in der Sohle, achtzehn Ruthen (216 Fuß) Breite im Wasserspiegel (222—260 Fuß oben, hundert Fuß in mittlerer Tiefe) und wird beiderseits gegen das umliegende niedrige Land durch mächtige Deiche abgeschlossen.**)

---

*) Eine ausführliche Darstellung der russischen Vorstellungen, welche sich an das Institut des Gemeindebesitzes knüpfen, wird in dem demnächst erscheinenden Buch: „Baltische und Russische Culturstudien von Julius Eckardt" (Leipzig bei Duncker und Humblot) enthalten sein.

**) Das Ausgraben und Ausbaggern dieses Verbindungscanals und die Anlage von Steindossirungen auf seiner Böschung über Wasser ist auf 335,760 Thlr. veranschlagt, da die Dos-

Wie Binnenbassin und Vorhafen hat auch der Canal 28—30 Fuß Gesammtwassertiefe bei 12 Fuß Wasserstand des Hafenpegels. Während wir theils auf seiner Sohle, theils rechts auf seinem Rande nach Osten zu gehen, fällt uns drüben am linken Ufer ein mächtiger Einschnitt auf, wie ein anschließendes viereckiges Bassin, das für den künftigen Liegehafen bestimmt ist, und hinter ihm schimmert die schöne Caserne herüber sowie Gebäude für die Hafenoffiziere. Diesseits zieht auch ein enormes Gerüst, von den Arbeitern Kladderadatsch genannt, auf der Höhe des Canalrandes unsere Aufmerksamkeit auf sich, von dem aus die herangekarrten wasserdichten Erdschichten direct in den Flankengraben des Canals gestürzt werden, um diesen vor dem jetzt fortwährend durchsickernden Wasser zu schützen. Weiterhin passiren wir die auf dem Süduser des Hafencanals selbst gelegenen einfachen niedrigen Häuschen mit Wohnungen und Bureaux der Hafenbau-Techniker und Beamten, an die sich hinten das Lazareth, eine kleine Schule und Arbeiterwohnungen anschließen. Diese Gebäude konnten so nahe der See angelegt werden, da eine Gefährdung derselben nicht zu erwarten stand und auch wenig geschadet hätte, und sie mußte andererseits der See so nahe sein, damit die Techniker bei den Arbeiten der Hafeneinfahrt stets zur Hand und die Gebäude selbst den späteren Werftanlagen am Binnenhafen nicht im Wege waren. — Nach einer Strecke macht der Hafencanal eine kleine Biegung nach Süden hin und läuft dann geradeswegs ostsüdöstlich der See oder vielmehr dem Jahdebusen zu. Er durchschneidet dabei den großen Deich, welcher bisher, an dieser Stelle von Nordost nach Südwest laufend, das Jahdegebiet vor den Fluthen der See schützte und tritt dann auf das Außendeichland hinaus, welches, früher ganz ungeschützt, sich flach in die See verliert.

Nach unserer Beschreibung der Situation des Jahdebusens bildet dessen nördliche Kante eine von West nach Ost laufende gerade Linie, und da der Ausstrom aus der Mitte dieser Kante nach der offenen See gerade nordwärts läuft, bleiben zu beiden Seiten desselben rechtwinklige Ecken stehen. Auf der westlichen folgt nun der das Land gegen die See schützende ursprüngliche Deich den Conturen des Landes nicht bis zur Spitze, sondern er schneidet die Ecke ab und läßt also die Spitze als rechtwinkliges Dreieck ungeschützt stehn. Diesen Winkel, den dauensfelder Groden, hat nun die preußische Regierung durch zwei „Schutzdeiche“ abgeschlossen, welche von der Spitze als

---

sirung bei den 90 Ruthen am Binnenhafen wegfällt. Außerdem hat es sich aber unglücklicherweise noch gezeigt, daß das Erdreich, in welchem der Canal ausgeschachtet wird, eine Schicht enthält, welche das Wasser seitwärts durchsickern läßt. Es muß daher längs des ganzen Canals auf jeder Seite ein Graben gezogen werden bis zur Unterseite dieser Schicht, und statt des lockeren Erdreichs muß schwerer für Wasser undurchdringlicher Boden eingefüllt werden, was mit der Erdbewegung aus Canal und Bassins und den Deichen 607,000 Thlr. kosten wird.

Katheten des Dreiecks gerade nach Norden und nach Osten gehn und in dem alten Deich, soweit er nicht die Ecke abschneidet, beiderseits ihre gerade Fortsetzung finden: wo jedoch dieser die Hypotenuse des Dreiecks bildet, bricht fast durch seine Mitte der aus dem Binnenland kommende Hafencanal und geht (zuerst Hafencanal, dann Vorhafen, dann Hafeneinfahrt genannt) gerade auf die Spitze des rechtwinkligen Dreiecks los (gleichsam als dessen mathematische Höhe), indem er beiderseits von zwei Erddämmen („Flügeldeichen") begleitet wird, welche in der Spitze selbst mit den beiden Schutzdeichen zusammen laufend als Molenköpfe so zu sagen die Pfosten des Eintrittsthors zum ganzen Hafen bilden. Doch sind diese Flügeldeiche (je 240 Ruthen l., 28 Fuß über der mittleren Ebbe des Jahdepegels)*) nicht genau parallel, sondern in ihren Ausgangspunkten (die in dem die Ecke abschneidenden Hauptdeich liegen) zweihundert Ruthen von einander entfernt und convergiren dann natürlich nach der Spitze des beschriebenen Dreiecks, ohne indessen bei dieser zusammenzutreffen, da die Wasserstraße zwischen ihnen hindurchgeht und behufs Gewinnung von Platz für die Baugruben zu der Einfahrt und dem Vorhafen ihre Enden mit einem Kreisbogen ausgeweitet werden mußten. Sie schließen außer dem Canal auch noch ein Stück des dauensfelder Grodens ein und beschützen es. — Die oben erwähnten Schutzdeiche laufen, als Katheten des dreieckigen Außendeichlandes, etwas außerhalb seiner Grenze im Watt, auf dem zur Fluthzeit überschwemmten Meeresboden. Der eine geht von der heppenser Batterie bis zur Spitze des dauensfelder Grodens, der andere von hier bis zum bandter Groden. Sie haben zusammen 427,000 Thlr. (bis Ende 1866 362,000 Thlr.) gekostet und sind außer zum Schutz des Ufers auch zur Beförderung der Verschlickung des Watts bestimmt: denn da sie in der Mitte durchbrochen sind und je einen Durchlaß haben, ermöglichen sie ein Ansetzen des Schlicks auf ihrer Binnenseite und vermindern somit einerseits die Gefahr der Verstopfung in der Hafeneinfahrt, während sie andererseits Land gewinnen und den Groden stärken helfen, indem sie den dahinter liegenden Damm als Wellenbrecher schützen. Natürlich sind beide, da der Fluthandrang auf sie wirkt, (welcher bis Ende 1866 ihnen Beschädigungen verursacht hat, deren Ausbesserung 29,000 Thlr. kostete) ganz mit Steinen beziehentlich Steindämmen bekleidet, und hinter dem südlichen ist außerdem von seiner Lücke gerade auf das Land los im Wattboden eine Rinne dreizehn Fuß tief ausgebaggert, welche als „interimistischer Liegehafen" dient, d. h. als Zufluchtsort für die Vermessungsfahrzeuge und für die Bagger der Rhede, und wo die Kauffahrteischiffe, welche Holz, schwedischen Granit, Steine u. s. w. bringen, ihre Ladung löschen oder fassen können.

*) Sie haben zusammen 160,000 Thlr. gekostet.

Auf dem Flügeldeich zunächst dem Liegehafen, der 45,000 Thlr. gekostet hat, befindet sich auch das Stationshäuschen der Lootsen (deren Gehälter übrigens seit 1865 mit 3230 Thlr. etatisirt sind) mit wehender norddeutscher Lootsenflagge, und von hier bis zum Hafencanal lagern gewaltige Materialmassen.

Die Wasserstraße zum Binnenhafen durchbricht den alten Deich als „Hafencanal" von 216 Fuß Breite mit Erdböschungen und geht dann gerade fort; plötzlich verengt sie sich, wir passiren die 60 Fuß breite Binnenschleuse mit kolossalen Eisenthoren und prachtvollen Steinpfosten und finden hinter derselben die Wasserstraße bis auf 400 Fuß verbreitert. Dieser Theil — 600 Fuß lang — ist der „Vorhafen", zur ersten Aufnahme der Schiffe bestimmt und natürlich von gleicher Tiefe wie Hafencanal und Binnenbassin. Gewaltig erhebt sich der saubere Steinbau dieser massiven Quaimauern, die schon seit mehr als Jahresfrist völlig vollendet sind und mit ihren Krönungen einen stattlichen Anblick gewähren. — Wir passiren den Vorhafen bis zu seinem äußeren Ende, dann die Außenschleuse, wo die Deiche anschließen, und haben nun vor uns ein neues, dem Vorhafen ganz ähnliches Bassin, den letzten Abschnitt der Hafenstraße. In einer Breite von ca. 350 und einer Länge von ca. 700 Fuß zieht es sich zwischen den imposanten, völlig vollendeten, senkrecht abfallenden hohen Quaimauern dahin: es ist aber am Ende nicht abgeschlossen, in voller Breite von 240 Fuß tritt die Wasserstraße zwischen den beiden mächtigen Vorköpfen in die Jahde hinaus. Diese „Hafeneinfahrt" hat natürlich gleiche Tiefe wie Vorhafen, Hafencanal und Binnenbassin und seine Wände (28 Fuß hoch über der Ebbelinie) gehen nicht blos bis zur Grenze von See und Land, sondern noch ein weites Stück als Molen in den Jahdeausstrom hinein, bis auf 9 Fuß Tiefe unter dem Ebbeniveau, wo sie auf das Watt bis auf 30 Fuß unter dem gewöhnlichen Hochwasser (12 Fuß des Hafenpegels) gegründet, in kolossaler Breite und Höhe und mächtiger Wölbung in dem halbrunden Abschluß als gewaltige „Vorköpfe" mitten im Strom enden, wie breite runde Festungsthürme einer mittelalterlichen Stadt.

Die massiven Umfassungs- und Quaimauern*) haben mit den Hafendämmen (Quais der Hafeneinfahrt) und Vorköpfen zusammen nicht weniger als 1680 Fuß Länge (wegen der Biegung bei den Schleusen u. s. w.)**).

*) Bei der Berechnung der laufenden Fuß Mauerwerk kommen hier natürlich auf jede Ruthe stets nur sechs Fuß der Länge, da beide Seiten der Hafenstraßen zu rechnen sind.

**) Davon haben gekostet: der Bau der Hafeneinfahrt fast 906,000 Thlr., der Bau des ersten Schleusenhaupts fast 633,000 Thlr., der Bau des zweiten Schleusenhaupts über 699,000 Thlr., der Bau des Vorhafens fast 427,000 Thlr. und endlich die Ausschachtung der Hafeneinfahrt und des Vorhafenbassins, soweit sie Ende 1866 beendet waren, fast 98,000 Thlr. Die Mauern sind aus Klinkern und Traßmörtel aufgeführt und mit Granit und Sandsteinwerkstücken verblendet.

Wenden wir uns jetzt noch einmal zu den beiden Schleusen zurück, von denen die eine, die Binnenschleuse, den Vorhafen gegen den Hafencanal, die andere, die Außenschleuse, aber denselben gegen die Hafeneinfahrt abschließt und damit dem dahinter liegenden Vorhafen stets 12 Fuß Wasser des Hafenpegels, also die mittlere Fluthhöhe sichert. Beide sind vollständig gleich (Länge zwischen den Stirnmauern 142½ F., Höhe der Mauerkrone 28 F., Kosten zusammen 1,236,000 Thlr.). Jede hat ein paar Fluth- und ein paar Ebbethore, die des Bohrwurms wegen von Eisen sind, und ihre Fundamentsohle, die infolge des schlechten Sandgrundes auf Beton gegründet werden mußte, liegt 41½ Fuß unter dem gewöhnlichen Hochwasser von 12 Fuß des Hafenpegels, damit der Unterdrempel (untere Horizontalbalken eines Rahmens) 27 Fuß unter Hochwasser kam und so bei 66 Fuß lichter Weite zwischen den Thorsäulen auch den größten Panzerschiffen Eingang gestattete*). Von den erwähnten eisernen Doppelthoren springt das Fluththor nach außen, das Ebbethor nach innen vor, sodaß sie durch den Druck des Wassers selbst geschlossen werden. Die Thore bestehen aus hohlen Zellen von starkem Eisenblech, in drei nebeneinander liegenden Abtheilungen, und die zu jeder Abtheilung gehörigen Zellen communiciren von oben nach unten durch Mannlöcher mit einander. Dieselben sind zur Beschwerung mit Wasser gefüllt, sobald sie fertig waren; das Oeffnen und Schließen der Thore geschieht durch Menschenkraft mittelst Ketten und Vorlegehaspeln, doch wünscht man diese Einrichtung älterer Construction durch eine hydraulische Maschinerie, wie in Geestemünde und bei den meisten anderen modernen Hafenanlagen, ersetzt zu sehen. Uebrigens klang in der Zeit, wo die Thore eingesetzt und vernietet wurden, wochenlang ein dumpfes und doch schmetterndes Dröhnen über die ganze Hafenanlage dahin, daß man in der Nähe einer Eisenschiffbauanstalt zu sein glaubte.

Da, wo die convergirenden Deiche mit den Quaimauern zusammentreffen, ist auf jeder Seite der Einfahrt im Winkel ein halbkreisförmiger kleiner durch Erdwall und Kehlpallisadirung gedeckter Geschützstand eingerichtet, der kaum über die Deichkrone hinwegschaut und die Einfahrt durch Frontalfeuer schützen soll. Vom Deich aus aber hat man einen prächtigen Ueberblick über die weite Wasserfläche des Jahdebusens und die Hafenarbeiten auf dem Groden. Zu unseren Füßen plätschern die Wellen in der Hafeneinfahrt und um die Mauern der Vorköpfe; hinter uns nach Westen hin begrenzen die langgestreckten monotonen Dämme den Horizont, und

*) Doch würde der „Wilhelm" wohl etwas geliechtet werden müssen, wenn nicht, wie es oft eintritt, das Hochwasser bis 28¼ Fuß steigt. Bei der 12 Fuß 2 Zoll niedrigeren Ebbe können natürlich schwere Schiffe nicht passiren, allein das schadet wenig, da solche bei Ebbe auch die Bärre nicht passiren können.

dieſſeits in dem durch Deiche coupirten Terrain tummeln ſich die Schaaren der Arbeiter. Vor uns aber zieht der breite Jahdeausſtrom von rechts nach links dahin, jenſeits in einer Ferne von 6000 Schritt durch das flache Ufer von Eckwarden begrenzt, und dieſer Strom, deſſen Ende nach Norden wir nicht abſehen können, geht an der Spitze des Ufers, auf der wir ſtehen, ſelbſt in den Jahdebuſen über, deſſen Waſſerfläche in koloſſaler Breite weit nach Süden hinabreicht; die Tiefe deſſelben, in der Mitte 10—11, an der Südſpitze 4 Faden, ſoll ſtreckenweiſe 20 Faden d. h. 120 Fuß erreichen. Ein Arm der tiefen Stelle geht bis nach Eckwarden hinüber, ein zweiter geht nach Süden bis nach Arngaſt herunter, und das Gros bildet ein umfängliches Baſſin an der Südküſte des preußiſchen Etabliſſements. Der weite blaue Spiegel bildet hier eine koſtbare Rhede, die man nicht mit Unrecht Breſt und Portsmouth hat an die Seite ſtellen wollen.

Von unſrem Ausſichtspunkt auf der Mole ſteigen wir auf einer Treppe herab zu dem Hauptfangedamm, einem gewaltigen roſtartigen, maſſiven Balkengerüſt, das ſich vom Lande aus um den Molenkopf herum und quer vor der Einfahrt wegzieht, bis es am andern Molenkopf vorbei wieder ans Land anſchließt. Wir wandern den ganzen Fangedamm entlang und haben von hier einen höchſt ſtattlichen Anblick der Hafeneinfahrt mit ihren Vorköpfen von der Seeſeite, wie man ſie künftig nur vom Schiffe aus wird ſehen können — denn der ganze Damm iſt proviſoriſch. Er hat viel Geld und Mühe gekoſtet; mehrmals haben bei Sturmfluthen die Wellen das mühſame Werk von Monaten in einer Nacht durchbrochen und fortgeſchwemmt: jetzt aber iſt die Natur bezwungen. Uebrigens ſind wir Norddeutſchen es nicht allein, die in dieſer Beziehung von der Ungunſt der See zu leiden gehabt haben: auch die große Schlußmole (digue) des Hafens von Cherbourg iſt von der See mehrmals im Bau geſtört oder zerſtört worden und noch vor Kurzem iſt den Engländern eins ihrer mitten in der See zum Schutz der Rhede von Spithead errichteten Forts faſt ganz unterwühlt worden und eingeſtürzt. — Wir wandern um beide Molenköpfe herum, beſteigen den Deich, der gerade nach Norden der offnen Nordſee zuführt, und werden nun innerhalb der Flügeldeiche der Schmieden und der Blockhäuſer, welche den Arbeitern als Wohnung dienen, innerhalb des Hauptdeichs aber des Commiſſions-, des Speiſehauſes und der Hafenwache inne und bemerken gleichzeitig, wie man auf den Schutz der Einfahrt bedacht iſt, indem nicht weniger als drei Schanzen hier angelegt ſind oder werden, unweit des umwallten Pulvermagazins in der grünen Marſchfläche, das der Näſſe wegen verlegt werden mußte. — Einen mannichfaltigeren Anblick haben wir aber, wenn wir von den Molen auf dem Deich gegen Oſten ſchreiten. Hier präſentirt ſich in der durch Brechung der Deichlinie gebildeten kleinen Bucht der proviſo-

rische Liegehafe, in welchem sich mehrere kleine Dampfer und Bagger sowie eine Anzahl Kauffahrteischiffe befinden, welche Materalien herbeibringen; reges Leben herrscht hier: durch ein Thor (Scharte) im Deich schafft man die Steine nach den Wänden des Hafencanals hin, über dem bunten Gewirr aber erhebt sich hoch die Flaggenstange der Lootsenstation (vorläufig sieben Lootsen) mit der norddeutschen Ankerflagge (2 blaue Anker links unten im Feld). An dieser Stelle d. h. an der Nordseite des breitesten Theils des Jahdebusens wird man vermuthlich auch dereinst den Handelshafen anlegen, wenn die Verhältnisse so weit gediehen sind und die Ansiedlung des Kriegshafens sich von den jetzigen Verwaltungsgebäuden südlich bis an das Wasser erstreckt haben wird. Handelshafen und Kriegshafen sind dann ganz von einander getrennt, wie es die Praxis als das Zweckmäßigste gezeigt hat, die Befestigungen der Mündung oder vielmehr Rhede des Kriegshafens decken zugleich den Handelshafen vollständig mit, und die Tiefe des Fahrwassers gerade an dieser Stelle wurde uns, wie oben erwähnt, von Erfahrnen sehr gerühmt; für Schiffe die nicht in den Kriegshafen wollen, ist hier eine prächtige Rhede, von großer Tiefe und mit Schutz vor allem directen Einfluß der Winde. (Allerdings könnten dann feindliche leichte Schiffe dem Binnenhafen hier viel näher kommen, als 450 Ruthen, eine Distanz, die man doch für so nothwendig gehalten hat, daß man lieber den theuren langen Hafencanal bauen als sie missen wollte.) — Der Kriegshafen selbst aber wird für die deutsche Nordseeflotte eine vorzügliche Station bilden, namentlich da die örtlichen Verhältnisse eine Ausdehnung der Bassins nach Norden und vollends nach Westen gestatten, wenn auch bei der Nothwendigkeit *künstlicher* Anlagen und den Wasserverhältnissen der Hafen nie so geräumig werden wird als Kiel mit seinem natürlichen Bassin. Doch liegt die Jahdestation wieder strategisch günstiger: denn eine Flotte auf dieser Station beherrscht die sämmtlichen deutschen Flußmündungen der Nordsee.

Was übrigens die *Arbeiten* am Jahdebusen angeht, so ist für Wegschaffung der Erde das Baggern *nachdem* Wasser eingelassen ist, dem Graben bevor Wasser eingelassen ist ebenso vorzuziehen wie beim Suezcanal. Denn obgleich jeder Schöpfeimer des Baggers bis zur Wasserfläche eine Masse Wasser mit emporheben muß, während dem Grabenden die freie Luft keinen nennenswerthen Widerstand entgegensetzt, so ist doch die Arbeit insofern *viel* günstiger, als unter Wasser das Gewicht der Schlickmasse bedeutend geringer ist. Man hat deshalb beim Suezcanal, selbst als die Sohle desselben noch zehn Fuß über dem Meeresspiegel lag, dennoch das Wasser des höherliegenden Süßwassercanals hingeleitet, um mit Baggern arbeiten zu können.*)

*) Hinsichtlich der *Docks* aber fragt es sich, ob man nicht eine Einrichtung anbringen könnte, die in vielen Fällen bedeutend Zeit und Geld sparen dürfte. Gegenwärtig muß näm-

Werfen wir jetzt noch einen Blick auf die Geſchichte des Baues zurück, die um ſo intereſſanter iſt, als man bisher vielfach geglaubt hat, die Langwierigkeit und Koſtſpieligkeit der Bauten habe ihren Grund in mangelhafter Leitung. Wie wir oben erwähnten, konnten vor Feſtſtellung des definitiven Plans nur vorbereitende Arbeiten in Angriff genommen werden: ſobald 1856 die Feſtſtellung erfolgte, ging man rüſtig ans Werk. Es war vorab beſtimmt, daß die Mündung des Hafens in die Spitze des dauensfelder Grodens gelegt werden ſollte, wo ſich das tiefe Waſſer (über 10 Faden = 60 Fuß) dem Lande am meiſten nähert, daß von hier aus Hafeneinfahrt, Vorhafen mit zwei Schleuſen und Anfang des Hafencanals gerade nach Nordweſten geführt und der letztere dann gebogen und 3600 Fuß gerade nach Weſten weitergelegt werden ſollte, um in einem Binnenhafen, der, von maſſiven Quaimauern eingefaßt und von den nöthigen Werkſtätten und Magazinen umgeben, das „Marineetabliſſement" bilden ſollte, ſeinen Abſchluß zu finden. Natürlich waren auch die Dimenſionen aller dieſer Theile beſtimmt ſowie die Anlage von Schutzbauten für den Groden gegen die See, und zugleich war feſtgeſetzt, daß die nur für die Zeit des Baues benutzten Wohnungen der Beamten, Baumeiſter, Lootſen und Steuerleute mit Lazareth und Schule dahinter auf dem Süduſer des Hafencanals ihren Platz öſtlich der Werkſtätten und Magazine finden ſollten. In den ſechs Jahren nun von 1857—1862 wurden eine ganze Anzahl Arbeiten von unſcheinbarem Aeußeren aber grundlegender Wichtigkeit fertig. Die beiden ſteinernen Schutzdeiche, welche im rechten Winkel divergirend dem dauensfelder Groden eine feſte Grenze geben bis zu ihrem Anſchluß an die Eckpunkte der Hauptdeichfront waren ſchon 1855 begonnen und wurden 1861 vollendet; ſobald die Anſchlickung ein genügendes Maß erreicht hat, ſoll der Hauptdeich, der jetzt die Ecke abſchneidet, dicht hinter ſie verlegt werden und dann den ganzen

---

lich, wenn in einem der großen Docks ein kleines Schiff ausgebeſſert werden ſoll, die koloſſale Waſſermaſſe, welche das ganze Dock enthält, ausgepumpt werden, obwohl nur ein Theil des Raums zur Verwendung kommt. Vielleicht ließe ſich nun in dem Dock eine verſchiebbare eiſerne Querwand (mit jalouſieartigen Fächervorrichtungen, welche beim Verſchieben den Widerſtand des Waſſers verminderten) einſetzen, die es dann ermöglichte, vom Dock nur ſo viel Raum abzuſperren, als wirklich für das einlaufende Schiff gebraucht wird, und nur dieſen Theil auszupumpen, während der übrige voll Waſſer bliebe. Möglicherweiſe könnte dann ſogar, während im hinteren Theil des Docks ſchon ein Schiff liegt, in dem vorderen Theil ein anderes mit leichteren Reparaturen ein- und wieder auslaufen, und die ſchnelle Verwendungsfähigkeit des größeren Docks würde dann für kleinere Schiffe bedeutend gewinnen, wenn auch natürlich die Koſten eines größeren Docks im Allgemeinen viel bedeutender ſind als die eines kleineren. Andererſeits könnte man vielleicht zur Beſchleunigung des Baues mit der Fundamentirung und Herſtellung des Thores zum kleinen Dock ſowie einer Schleuſe für den Canal, der ſpäter zu anderen Baſſins führen wird, ſchon jetzt vorgehn, ſodaß nach Vollendung dieſer Arbeiten der Binnenhafen voll Waſſer gelaſſen werden kann, auch ohne daß jenes Dock und jener Verbindungscanal ganz fertig ſind.

bauensfelder Groden beſchützen, deſſen theilweiſe Eindeichung beim Anfang des Baues in einer Länge von 420 Ruthen 160,000 Thlr. gekoſtet hat (Flügeldeiche). Ein anderes Werk von allergrößter Wichtigkeit, das wir bisher noch nicht näher beſprochen haben, weil es nur proviſoriſcher Natur iſt und mit Eröffnung des Hafens ſpurlos verſchwunden ſein wird, iſt der gleichfalls beim Anfang des Baues zum Schutz der Bauſtelle begonnene Hauptfangedamm, d. h. ein doppelter Fangdamm aus Spundwänden, deſſen Erbauung und Unterhaltung beziehentlich Wiederherſtellung bis Ende 1866 faſt 339,000, bis jetzt ſogar 342,000 Thlr. (Anſchlag) gekoſtet hat. Man war nämlich behufs Herſtellung der Hafeneinfahrt und ihrer Vorköpfe d. h. ihrer Fundamentirung und Ausführung genöthigt, gerade vor der Spitze, in welcher die Hafeneinfahrt liegen ſollte, eine Pfahlwand in den Meeresgrund zu rammen, welche ein faſt kreisförmiges Baſſin vor dieſer Spitze und die letztere ſelbſt mit einſchloß. Erſt nach Auspumpung des Waſſers aus dieſem Baſſin war es möglich, vor der Spitze auf dem Meeresgrund die Fundamente für Hafeneinfahrtsmauern und Vorköpfe zu legen. Natürlich wurde dieſe Fundamentirung und die Aufführung der Mauern bei jeder Sturmfluth, welche den Fangedamm gefährdete, erheblich bedroht, und die Wuth von vier ausnahmsweiſe hohen und gewaltigen Winterſturmfluthen hat denn auch oft die Arbeit geſtört und außerdem, namentlich in den Jahren 1860 und noch mehr 1864 beträchtlichen Schaden gethan. Aber wenn auch mit Schwierigkeit, iſt es doch 1859 glücklich gelungen, den Damm zu vollenden und ſpäterhin den angerichteten Schaden wieder auszubeſſern, wobei allerdings die Reparaturen im Jahre 1860 42,000 Thlr. gekoſtet haben. Jetzt nun iſt die Hafeneinfahrt vollendet und vermag jedem Sturme zu trotzen, der Fangedamm, der eben nur zur Abſchließung des Bauplatzes beſtimmt war, hat ſeine Dienſte vollſtändig gethan und wird demnächſt beſeitigt werden. Da er die Hafeneinfahrt mit den Vorköpfen (außer auf der Landgrenze) ganz umſchließt, iſt es natürlich gegenwärtig unmöglich, in erſtere mit einem Schiffe einzulaufen, und ſeine Wegſchaffung iſt deshalb unumgänglich nöthig. Indeſſen iſt dies durchaus keine leichte Arbeit: er hat eine Länge von 1297 Fuß, eine Höhe von 24—28 Fuß und eine Breite von 18 Fuß, excluſive der Verſtrebungen, und zwar beſteht er aus drei Wänden von Spundpfählen aus Ganzholz nebſt Zwiſchenfüllungen und einer Pfahlreihe mit Verſtrebungen auf der Binnenſeite. Ueberdies hat man aber auch, um den Bruch von 1864 zu ſtopfen, hier eine große Maſſe Steine verſenkt, an deren Hebung durch Baggern wohl ſchwerlich zu denken iſt; vielmehr erſcheint die Anwendung von Taucherarbeit weit zweckmäßiger, z. B. in der Art, daß (wie ſeit einiger Zeit im Hafen von Breſt) gleichzeitig 40 Arbeiter unter einem Caiſſon von 2400 Kubikmeter Inhalt in comprimirter

Luft auf dem Meeresboden hantiren. Außer der Anlage der Schutzdeiche und des Hauptfangedammes, d. h. also der Abschließung des gesammten Bauterrains gegen die See, wurden nun in den ersten Jahren des Baues namentlich noch die Communicationswege geschaffen, d. h. es wurden zwei Deichscharten (durch den Damm führende Thore) im Hauptdeich und zwei in den Flügeldeichen behufs Herstellung bequemer Verbindung, sodann der interimistische Liegehafen für die Material zuführenden Schiffe und die Dampfbagger und Transportprahme als Winterlager eingerichtet, und endlich die Klinkerstraße von der oldenburger Chaussee nach dem künftigen Binnenhafen und dem Liegehafen fortgeführt.

Die folgenden beiden Jahre 1863 und 1864 waren hauptsächlich der Herstellung der Wasserstraße für den Hafen gewidmet, soweit sie im dauensfelder Groden, also außerhalb des alten Hauptdeichs liegt. Man mauerte daher die Quaimauern der Hafeneinfahrt*), des Vorhafens und der beiden Schleusen auf und grub und baggerte die Sohle dieser Theile der Hafenstraße aus, in einer Länge von 140 Ruthen: die Aufführung der Mauern während dieses Zeitraums kostete 910,000 Thlr., die Fertigstellung der 1868 Fuß langen massiven Umfassungsmauern des Vorhafens 20—28 Fuß über dem Pegel angeblich noch außerdem 508,000 Thlr. Arge Schwiekeiten verursachte dabei für den Bau der ersten Seeschleuse die Unterwaschung einzelner Theile der Betonfundamente sowie das Eindringen des feinen Triebsandes in das Innere der Schleusenbaugrube, während überdies die Zufuhr des Materials zeitweise durch den dänischen Krieg gestört wurde. Auch im Hafencanal selbst ward schon gebaggert, der Anschluß der Schutz- und der Flügeldeiche (noch innerhalb des Fangedammes) hergestellt, einige Klinkerstraßen und einige Beamtenwohnungen vollendet und der erste artesische Brunnen gebohrt, indem man zunächst Röhren von 10 Zoll Durchmesser, in der letzten Tour aber 7zöllige Röhren hinabtrieb, die bei 670 Fuß Tiefe endlich auf eine starke Quelle stießen und bis Ende 1866 fast 73,000 Thlr. gekostet haben. Nach zweijähriger Vorarbeit und acht Jahren wirklichen Baues (1857—1864) waren im Ganzen 5,835,000 Thlr. verausgabt, während das ganze Etablissement inclusive der Straßenbauten und der Besoldungen für die Beamten auf 10,900,000 Thlr. veranschlagt war.

In den beiden folgenden Jahren 1865 und namentlich 1866 ging man hauptsächlich an die Herstellung der innerhalb des alten Hauptdeichs liegenden Hafentheile, an die Quaimauern des Binnenhafens und die beiden Trockendocks, während im Hafencanal Erde beseitigt und auch der Strandhafen ausgebaggert wurde. Bis Ende 1866 waren auf Ausschachtung des

*) Deren Gründung schon 1859 angefangen war, während die übrigen erst 1863 begonnen wurden.

Hafencanals über 235,000, auf die des Binnenhafenbaſſins über 44,000, auf den Bau der Quaimauern des letzteren faſt 230,000, endlich auf den Bau der beiden großen maſſiven Trockendocks über 547,000 Thlr. verwandt worden, was in Verbindung mit den Koſten für Schutz des Grodens und Bau der Waſſerſtraße in demſelben als Geſammtausgabe bis Ende 1866 6,626,550 Thlr. ergiebt.

Ende 1867 ſtanden, abgeſehen von den Schutzbauten für das Terrain, ganz vollendet: ſämmtliche Bauten an den Vorköpfen, der Hafeneinfahrt, des Vorhafens, der beiden Schleuſen (einſchließlich Vernietung und Einſetzung ihrer acht Flügelthore) und die Ausbaggerung des Hafencanals auf drei Strecken bis faſt zur erforderlichen Tiefe. Dagegen blieben noch auszuführen: die Beſeitigung der den Hafencanal durchſchneidenden Dämme (an die man aber erſt gehen kann, wenn die Docks und die Quaimauern des Binnenhafens fertig ſind), die Wegſchaffung der inneren Thon- und Betonfangdämme in dem übrigen (äußeren) Theil der Hafenſtraße und ſeine Ausbaggerung, und endlich die Beſeitigung des Hauptfangdammes. Hieran werden ſich außerdem ſchließen: der Bau des dritten, kleineren Docks, der beiden gedeckten Hellinge, der nördlichen und eines Theils der öſtlichen Quaimauer im Binnenhafen ſowie der Bau des Bootshafens, eines Maſtenkrahns und dreier gewöhnlicher Drehkrahne.*)

Die Geſammtkoſten, auf welche die Herſtellung des Kriegshafens veranſchlagt iſt, berechnen ſich ſonach aus den einzelnen Poſten, welche wir als für jedes einzelne Object veranſchlagt oben angaben, wenn man noch die Koſten für Beſchaffung der Werkzeuge und Maſchinen hinzunimmt. Ein kleines Baggerfahrzeug für Aufhaltung des Strandhafens, urſprünglich auf zehn Jahre (bis 1866) berechnet, eine Zeit die ſich aber infolge der unvermuthet hervorgetretnen Schwierigkeiten ſehr verlängert und die Eröffnung des eigentlichen Hafens immer mehr hinausgeſchoben hat (135,000 Thlr.), ein großes Dampfbaggerfahrzeug („Hercules"), welches 30 Fuß tief arbeitet, für Austiefung der Hafeneinfahrt, des Vorhafens und des Canals, ein Bugſirboot, das auch für Peilungen benutzt wird und dreizehn Jahre (bis 1869) dienen ſoll (58,500 Thlr.), die Baumaſchinen, -Geräthe und -Fahrzeuge, wie 36 Transportprahme, 4 große Dampframmen, 12 Kunſt- und Zugrammen, 3 Dampfbaggermaſchinen zu 24 und 30 Pferdekraft, 8 kleine und Hand-

*) Demnächſt aber ſind am Binnenhafen in Ausſicht genommen: die Bauten von Materialienmagazinen, Inventariengebäuden für die Ausrüſtungsgegenſtände der Schiffe, Maſchinenbau- und Schiffsſchmiedewerkſtätten, Keſſelſchmiede und Montirungsgebäude, Bootsſchuppen, Maſtenſchuppen, Tiſchler-, Böttcher- und Malerwerkſtatt, Wachgebäude und das Dienſtgebäude für die Werftdirection, während außerhalb der Mauern des Marineetabliſſements noch eine Caſerne für 600 Mann, ein Lazareth, ein Dienſt- und Wohngebäude für den Stationschef, Beamtengebäude u. ſ. w. entworfen ſind.

baggermaschinen, 2 Traßmühlen, 2 Mörtelmühlen, 6 Wasserhebungsmaschinen (die letzteren 10 durch Dampf getrieben), 2 Holzkrahne, 1 eiserner Bugsirdampfer, 1 großes gedecktes Segelboot für Materialientransport (zusammen 553,000 Thlr.) bringen durch die Kosten ihrer Anschaffung und Erhaltung den Anschlag sämmtlicher Wasserbauten auf 7,926,000 Thlr.*). Rechnet man hierzu die oben specificirten Landbauten mit 1,849,000 Thlr. und die Straßenbauten, so erhält man einen Gesammtanschlag von 10,900,000 Thlr. — doch werden schließlich die Kosten 11 Millionen Thlr. sicher nicht unbedeutend übersteigen. Nach der Vorlage, welche dem Reichstag 1867 gemacht wurde, waren bis Ende 1866 verausgabt 6,626,550 Thlr., und man hoffte, mit weiteren 4 Millionen in den Jahren 1868—70 die eigentlichen Hafenbauten vollenden zu können, während man außerdem mit 3 Millionen in den Jahren 1868—1874 die Befestigungen zu Ende bringen wollte (eine sturmfreie Enceinte zur Abhaltung feindlicher Handstreiche, sodann detachirte Forts auf der Landseite zur Abhaltung eines ernsten Angriffs oder Bombardements durch eine Landarmee, endlich Strandbefestigungen im rüstringer Land und bei Eckwarden zur Abhaltung einer feindlichen Flotte).**) Diese 7 Millionen sollen in den genannten 7 Jahren dem Extraordinarium des auf 8 Millionen Thlr. jährlich normirten Marinebudgets entnommen werden. Indessen scheint uns zweifelhaft, ob man trotz der solchergestalt gewährten Mittel in der angegebnen Frist völlig zum Ziele kommen wird, nachdem infolge des unglücklichen Zerwürfnisses zwischen Regierung und Reichstag gelegentlich der Marineanleihe die Arbeiten eine Zeit lang halb geruht haben. Jetzt allerdings herrscht wieder reges Leben und man arbeitet mit allen Kräften — 4000—5000 Arbeiter sind gegenwärtig beschäftigt (dabei auffallend viel Schlesier) — auch ist für dieses Jahr, wie ursprünglich festgesetzt war, ein Betrag von 918,376 Thlrn. ausgeworfen und angewiesen worden. Ferner ist noch zu berücksichtigen, daß bei Weitem die größten Schwierigkeiten bereits überwunden sind: die örtlichen Verhältnisse, der schwere Kleiboden, das Grundwasser, lauter Dinge, die sich während des Baues unendlich viel ungünstiger gezeigt haben, als anfangs erwartet werden konnte,

*) Einschließlich der bereits ausgeführten Beschaffung von Dampfbagger „Nr. I", Dampfbugsirboot „Royal Victoria" und „Jahde", Transportschiff „Neptun".

**) Die Anlage der Befestigungen gestattet später eine Erweiterung, sobald sich eine Vergrößerung des Binnenhafens durch neue Bassins wünschenswerth zeigt. Für diese Befestigung war namentlich der Nachtragsvertrag vom 14. Februar 1864 von hoher Wichtigkeit: denn erst durch diesen erwarb Preußen von Oldenburg ein Terrain von 190—201 oldenburger Juck d. h. 416—438 Morgen magdeburgisch, die es gestatten, das werthvolle Material des Kriegshafens durch eine Umwallung und drei detachirte Forts zu decken. Die ganze Befestigung ist einschließlich der Grunderwerbung und der Ausrüstung auf 3,220,000 Thlr. veranschlagt. Die Entschädigung der Grundbesitzer für das Terrain zu den drei detachirten Forts hat dabei Oldenburg im Nachtragsvertrag für ein Pauschquantum von 50,000 Thlr. übernommen.

und die erst nach und nach hervortraten; sie können die meisten ferneren Bauten wenig mehr beeinträchtigen. Uebrigens ist der schnellere Bau nicht blos insofern sparsamer, als der Hafen früher benutzbar wird, sondern auch deshalb, weil man bei den dabei reicher fließenden Mitteln günstige Chancen der Fluth und der Witterung voll ausnutzen kann.*)

Bald wird denn Deutschlands Achillesferse einem Feinde wie Frankreich gegenüber, d. h. neben Wismar die Nordseeküste, vollständig sicher gestellt sein. Bisher konnte Frankreich mit seiner Dampftransportflotte, die auf einmal 40,000 Mann und 12,000 Pferde zu tragen vermag, die deutsche Nordseeküste widerstandslos überfallen und die allergefährlichste Diversion machen; sobald aber die Jahdebefestigung und die Schanzen an Elbe, Weser und Ems fertig sind, hat Deutschland von dieser Seite nichts mehr zu fürchten. Den Erbauern des Jahdehafens aber wird man, mögen auch mancherlei Mißgriffe vorgekommen sein, das Zeugniß nicht versagen können, daß sie ein Werk geschaffen haben, welches der jetzt wieder so viel verschrieenen preußischen Bureaukratie Ehre macht, indem sie wahrhaft ungeheure Schwierigkeiten mit verhältnißmäßig wenig Mitteln überwunden haben, dank der preußischen pedantisch strengen Sorgsamkeit, Redlichkeit, Genauigkeit und Sparsamkeit. Außer den Mündungen der Ems, der Jahde, der Weser und der Elbe hat unsere deutsche Nordseeküste wegen ihrer Watten keine für eine Landung günstigen Punkte: die Jahde aber ist für den Kriegshafen der günstigste Punkt, insofern sie fast genau in der Mitte dieser Küste liegt und da von ihr aus die Flotte schneller als von jeder andern Flußmündung die hohe See gewinnen kann und dann auf der Höhe von Helgoland eine gleichmäßig alle Flußmündungen beherrschende Position findet, um so mehr als sie mit seltnen Ausnahmen das ganze Jahr hindurch für Dampfer offen ist. Künftig wird dann dieser Hafen namentlich als Aus- und Abrüstungsstation der in Dienst gestellten Schiffe wichtig sein, da die Einfahrt in die Ostsee oft schwierig ist, wenn auch seine Eröffnung noch nicht, wie anfangs beabsichtigt, 1869 wird erfolgen können.

---

*) Um so mehr ist zu bedauern, daß es sich nicht thunlich erwiesen hat, die süddeutschen Staaten, welche doch vom Schutz der deutschen Handelsmarine ebensoviel profitiren als der Norden, auch zur Zahlung einer Beitragsquote für die Marine zu veranlassen. Eine Million mehr im Marinebudget würde schon ganz bedeutend Größeres zu leisten gestatten, da sie eben als Zuschuß käme.

Die mecklenburgische Pfandstadt Wismar.

Der Name Wismar ist bei Vollziehung des Anschlusses der Großherzogthümer Mecklenburg an den deutschen Zollverein viel genannt worden. Die Stadt suchte sich mit Aufbietung aller Kraft der ihr zugedachten Einschließung in den Zollgrenzbezirk zu erwehren und hat auch jetzt, nachdem ihre Anstrengungen erfolglos geblieben sind und sie durch die Zollbinnenlinie von dem übrigen Lande abgeschieden worden ist, den Muth und den Willen nicht aufgegeben, eine Aenderung dieser Maßregel, in welcher sie die größte Benachtheiligung für ihren Handel und Wohlstand erblickt, herbeizuführen. Sie beruft sich dabei auf ihre Privilegien, welche ihr das Recht gewährten, bei der Bestimmung der Zollbinnenlinie mitzuwirken, und auf vertragsmäßige Verpflichtungen, welche die Landesherrschaft nicht blos ihr, sondern auch der Krone Schweden gegenüber eingegangen sei. In einer Druckschrift, welche „die rechtliche Stellung Wismar's in der Grenzbezirkfrage" zum Gegenstand hat, wird geradezu behauptet: so lange Wismar seine Zustimmung noch nicht ertheilt hat, ist die Ausdehnung der Zollvereinsgesetzgebung auf diese Stadt und ihr Gebiet für dieselbe dem Rechte nach nicht bindend, wenn sie sich auch thatsächlich derselben unterwirft. Mag nun diese Behauptung sich als begründet erweisen oder nicht, die rechtliche Stellung einer Stadt, welche zu solcher Auffassung führen kann, ist unter allen Umständen eine ganz ungewöhnliche. Dazu kommt noch ein internationales Rechtsverhältniß besonderer Art, welches schon bei der Gründung deutscher Kriegshäfen und Marinestationen mehrfach in Frage gekommen ist und die deutsche Presse wiederholt beschäftigt hat. In diese eigenthümlichen Rechtsverhältnisse wollen wir im Folgenden einen Einblick zu geben versuchen.

Im Mittelalter war Wismar ein kräftiges Mitglied des Hansabundes, innerhalb dessen es mit Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund und Lüneburg eine engere Verbindung unterhielt. Es waren dies die sogenannten sechs wendischen Städte. Mit Lübeck und Rostock theilte es im Allgemeinen den Gang der inneren Verfassungs- und Rechtsentwickelung und die äußere Politik in Frieden und Krieg. Der Kampf der Zünfte gegen die Geschlechter wurde in Wismar mit fast noch größerer Erbitterung als in Lübeck und Rostock geführt. Zwei den Geschlechtern angehörige Rathsmitglieder, der Bürgermeister Banzkow und der Rathsherr van Haren, von dem Führer der Zünfte, dem Wollenweber Claus Jesup, des heimlichen Einverständnisses mit dem Könige von Dänemark, mit welchem die verbündeten Städte im Kriege lagen, angeschuldigt, wurden im Jahre 1427 auf dem Markte zu Wismar enthauptet.

Die inneren Unruhen in Verbindung mit den allgemeinen Ursachen, welche die Schwächung und schließlich den Verfall des Hansabundes bewirkten, untergruben auch die Kraft und die Handelsblüthe Wismars. Während des dreißigjährigen Krieges wurde es von den Kaiserlichen besetzt und im Jahre 1631 von den Schweden belagert und durch Capitulation eingenommen. Die Stadt blieb seitdem in den Händen der Schweden und wurde nebst den Aemtern Poel und Neukloster im westphälischen Frieden an diese Macht abgetreten. Im Huldigungsreceß vom 14. Juni 1653 wurde ihr zugesichert, daß sie bei ihren Privilegien und namentlich bei dem Rechte der statutarischen Gesetzgebung gelassen werden solle, nur daß die Anwendung dieses Rechtes dem Landesherrn nicht zum Nachtheile gereichen dürfe. Von den zerrüttenden Einwirkungen des dreißigjährigen Krieges, welcher durch einen sechsjährigen Zeitraum die Schifffahrt vollständig lahm gelegt hatte, konnte Wismar sich um so weniger erholen, als es demnächst von den schwedischen Kriegen gegen Dänemark viel zu leiden und wiederholte Belagerungen zu erdulden hatte. Als später die schwedische Macht mehr und mehr in die zweite Linie trat, lag derselben an dem Besitze von Wismar nicht mehr viel und es ging daher ohne Schwierigkeit auf eine Verhandlung mit Mecklenburg-Schwerin ein, welche die Verpfändung der Stadt nebst zugehörigen Aemtern an letzteres zum Gegenstand hatte. Der Pfandcontract wurde am 26. Juni 1803 zu Malmö in Schweden abgeschlossen. Bald darauf (15. Aug.) erfolgte die Auswechslung der Ratificationen, am 18. und 19. August die Uebergabe und am 29. August 1803 hielt der Herzog Friedrich Franz I. seinen feierlichen Einzug in die nach 155jähriger Trennung nunmehr wenigstens pfandweise wieder mit Mecklenburg vereinigte Stadt, welche unter schwedischer Herrschaft so sehr heruntergekommen war, daß sie im Jahre 1795 nur noch 5000 Einwohner zählte und die Straßen mit Gras bewachsen waren.

Dem mittelst des malmöer Pfandvertrages abgeschlossenen Geschäft lag der Gedanke zu Grunde, daß der Werth des Pfandes dem dafür gezahlten Pfandschilling in dem Sinne entspreche, daß letzterer sich durch die Einkünfte verzinse. Der Herzog von Mecklenburg verzichtet daher in dem Vertrage, unter Anerkennung der Uebereinstimmung des Werthes des Pfandes mit dem gezahlten Capital, ausdrücklich auf das Recht, wegen einer zwischen den Interessen des Capitals und den Einkünften des Pfandes sich etwa ergebenden mehr oder minder erheblichen Ungleichheit auf eine Entschädigung anzutragen. Stadt und Herrschaft Wismar nebst den Aemtern Poel und Neukloster werden dem Herzog zu vollem, unbeschränktem genießbräuchlichen Besitz auf hundert Jahre mit dem Vorbehalt des Wiedereinlösungsrechts nach Ablauf dieser Zeit von dem Könige von Schweden verpfändet. Macht der König dann von diesem Rechte keinen Gebrauch, so soll die Vereinbarung so an-

gesehen werden, als sei sie noch auf weitere hundert Jahre erneuert worden. Der Pfandschilling beträgt 1,250,000 Rthlr. hamburger Banco (= 3,750,000 Mark Banco = 1,875,000 Thlr. pr. Crt.). Die vereinbarte Einlösungssumme besteht in dem ursprünglich gezahlten Pfandschilling nebst drei Procent Zins und Zinseszins, unter alljährlicher Zuschlagung der Zinsen zum Capital. Hiernach berechnet sich das zur Einlösung nach hundert Jahren erforderliche Capital auf ca. 36 Millionen Thaler; nach zweihundert Jahren, also im Jahre 2003, würde Schweden die verpfändete Stadt nebst Aemtern nur um den Preis von 691 Millionen Thaler wieder einlösen können.

Der Herzog verpflichtet sich, die ihm blos zu Pfand und Genießbrauch übertragene Besitzung nicht zu veräußern, zu verkaufen, zu verpfänden, zu legiren, noch auf irgend eine Art an einen anderen Staat zu überlassen. Die nach der Abtretung entstehenden Zufälle trägt der Pfandinhaber und sie alteriren seine Zahlungsverpflichtung nicht. Der Herzog macht auf Titel und Wappen von Wismar keinen Anspruch, da diese äußeren Kennzeichen einer unveräußerlichen Landeshoheit auf die Eigenschaft eines genießbräuchlichen Besitzes nicht wohl anwendbar zu sein scheinen.

An diese in den ersten 14 Artikeln des malmöer Vertrages enthaltenen Bestimmungen schließen sich dann als Artikel 15 und 16 folgende Stipulationen: „Da Se. Majestät der König von Schweden durch eine mit einer anderen Macht vorzeiten eingegangene und noch bestehende Vereinbarung sich verbindlich gemacht haben, weder die Stadt Wismar noch deren Hafen auf irgend eine Art noch unter welchem Vorwande es sein möchte zu befestigen und die hohen Contrahenten sich für überzeugt halten, daß durch eine blos hypothekarische Cession diese durch einen älteren Vertrag übernommene Verpflichtung nicht entkräftet werden könne, so haben Se. Durchlaucht der Herzog von Mecklenburg-Schwerin kein Bedenken getragen, besagte Seiner schwedischen Majestät Verpflichtung für Sich und für Ihre Nachfolger auf die volle Dauer des Pfandtermins ohne alle Einschränkung zu übernehmen. Es ist ferner die wechselseitige Vereinbarung getroffen worden, daß der Hafen der Stadt Wismar wie zu einem Kriegshafen zum Gebrauch irgend einer fremden Macht oder eines anderen Staates bestimmt werden könne. Die hohen Paciscenten verstehen unter einem Kriegshafen einen solchen, in welchem bewaffnete Schiffe, von welcher Größe, Bauart oder Benennung sie sein mögen, stationirt sind oder kraft eines es sei ausdrücklichen oder stillschweigenden Vertrages hierzu berechtigt wären."

Sodann werden in Artikel 17 die wohlerworbenen Rechte der abgetretenen Besitztheile und ihrer Bewohner gesichert: „Des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin Durchlaucht verbinden Sich förmlichst, die Stadt und Herrschaft Wismar, die Aemter Poel und Neukloster nebst Zubehörungen und

deren Eingeborenen, sowohl Stadt- als Landbewohner, in allen ihren wohlerworbenen Gerechtsamen, Privilegien und Freiheiten zu handhaben und sie auf keine Art, in keinem Falle und aus keinem irgend scheinbaren Grunde in deren Genusse zu beeinträchtigen."

Die folgenden Artikel beschäftigen sich mit den seitens der neuen Herrschaft gegen die Beamten, Pächter u. s. w. zu übernehmenden Verpflichtungen, mit den Modalitäten der Auszahlung der stipulirten Summe und mit einigen sonstigen Aeußerlichkeiten. Nur der Artikel 23 macht davon eine Ausnahme, indem er auf die Nothwendigkeit der kaiserlichen Bestätigung des Pfandvertrages Bezug nimmt, welche jedoch, soviel bekannt, nicht erfolgt ist. Der Artikel lautet: „Da auch ein über Reichslehen geschlossener Vertrag ohne Vorwissen dessen höchsten Oberhauptes nicht vollzogen werden soll, so versprechen Se. Majestät der König von Schweden, gegenwärtige Vereinbarung zu Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät Kenntniß zu befördern und bei Seiner kaiserlichen, königlichen und apostolischen Majestät solche zweckdienliche Anträge zu machen, als der hohen Paciscenten gemeinschaftliches Interesse und Ihre wechselseitige Sicherheit erfordern dürfte."

Die Ordnung des Verhältnisses der Stadt zu den mecklenburgischen Landständen und ihre Wiedereinfügung in den Organismus der Landesverfassung, dem sie vor dem Uebergange an Schweden angehört hatte, lag außerhalb der Rechtssphäre des Pfandvertrages und blieb daher der Vereinbarung zwischen den Betheiligten überlassen. Der Wiedereinsetzung der Stadt in das Recht der Landstandschaft war nicht der Umstand hinderlich, daß sie durch den Pfandvertrag nur für eine bestimmte Zeit an Mecklenburg hingegeben wurde. Denn wenn auch der Fall der Wiedereinlösung stets im Auge behalten werden mußte, so konnte die Stadt doch jedenfalls für die Zeit, wo sie sich im mecklenburgischen Pfandbesitz befand, in den ständischen Organismus wieder eintreten. Die Schwierigkeit lag darin, daß die mecklenburgische Verfassung während der Zeit, wo Wismar in schwedischem Besitz war, sich weiter entwickelt hatte und daß die Rechte und Pflichten der ständischen Corporationen im Verhältnisse zur Landesherrschaft und zu einander durch neue Verträge genauer festgestellt waren. Der Eintritt eines neuen Gliedes war ohne Störung des mühsam gefundenen Gleichgewichts schwer zu bewirken. Andererseits verlangte auch die Stellung und das Selbstbewußtsein Wismars bei dem Eintritt in den ständischen Organismus mancherlei Vorsichtsmaßregeln zur Wahrung der Sonderrechte. Ungeachtet wiederholter Versuche ist es daher bis auf diesen Tag nicht gelungen, über die der Stadt Wismar innerhalb der ständischen Verfassung einzuräumenden Rechte zu einem allseitigen Einverständnisse zu gelangen und Wismar ist noch jetzt ohne Sitz und Stimme auf den Landtagen und ohne Mitwirkung bei der

allgemeinen Gesetzgebung und Besteuerung. Nur auf dem außerordentlichen Landtage von 1848, dessen Beschlüsse den constitutionellen Staat anbahnten, wurden durch Erkenntniß des Landtags und unter Zustimmung des Großherzogs wismarsche Magistratsdeputirte zur Theilnahme an den Verhandlungen zugelassen. Diese eröffneten aber ihre Wirksamkeit auf dem Landtage mit der Erklärung, daß die Stadt Wismar, da sie ohne amtliche Kunde hinsichtlich der Vorschläge wegen Reform der Landesvertretung geblieben sei, ihre Deputirten mit bestimmten Instructionen in Bezug auf diesen wichtigen Gegenstand nicht habe versehen können. Die Deputirten würden daher nur ihre persönliche Ansicht äußern und wollten durch ihre Theilnahme an den Verhandlungen ihre Committenten in keiner Weise gebunden haben, behielten vielmehr der Stadt Wismar die freieste Entscheidung über die Frage vor, ob sich dieselbe der neuen Landesvertretung anschließen wolle. Durch ein großherzogliches Rescript vom 13. Mai 1848 wurde hierauf den Ständen eröffnet: daß, da die zu errichtende Repräsentativ-Verfassung alle Bestandtheile des Landes umfassen und diese zu einem constitutionellen Staate vereinigen müsse und werde, hieraus von selbst folge, daß auch die Seestädte Rostock und Wismar aller aus solcher Verfassung entstehenden Rechte und Verbindlichkeiten theilhaftig, mithin der allgemeinen Gesetzgebung des Landes unterworfen würden und ihre bisherigen Privilegien und vertragsmäßigen Rechte nur so weit in Wirksamkeit verbleiben könnten, als sie mit dem Wesen der neuen Verfassung und deren nothwendigen Consequenzen sich vereinbar zeigen würden. Zwischen den besonderen Gerechtsamen der Seestädte, welche hiernach in Wegfall kommen müßten, und denjenigen, welche fernerhin Bestand behalten könnten, jetzt im Voraus die Grenze zu ziehen, sei schon deshalb unthunlich, weil die künftige Verfassung in ihren einzelnen Zügen noch nicht vorliege, sondern erst mit den durch Wahlen zu bildenden neuen Ständen vereinbart werden solle; daß aber die Seestädte zu einer jene Consequenz anerkennenden Erklärung bereit sein würden, sei um so mehr zu erwarten, als bis dahin, wo im Wege der Gesetzgebung auf Grund der neuen Verfassung ein Anderes beschlossen sein werde, der status quo unalterirt bleibe und das Vertrauen gehegt werden dürfe, daß bei Feststellung dieser neuen Verfassung selbst als auch bei der demnächstigen Gesetzgebung auf die eigenthümlichen Verhältnisse der Seestädte allenthalben werde Rücksicht genommen werden. Die Stände hielten durch vorstehende landesherrliche Erklärung den vertragsmäßigen Rechtsboden für die besonderen politischen Vorrechte der Seestädte nicht genügend gewahrt und machten in ihrer Antwort auf die Landtagsproposition die Auflösung der bestehenden Landesvertretung von der ausdrücklichen Bedingung abhängig, daß die Seestädte Rostock und Wismar sich der Landesgesetzgebung unterwürfen und daß ihre bisherigen

Privilegien und vertragsmäßigen Rechte nur insoweit in Wirksamkeit bleiben könnten, als sie mit dem Wesen der neuen Verfassung und ihren nothwendigen Consequenzen sich vereinbar zeigen würden. Die Seestädte behielten sich hierüber besondere Erklärungen vor. Diese Erklärung wurde seitens der Stadt Wismar unter dem 15. August 1848 dahin abgegeben, daß die Stadt den Anschluß an die künftige Landesverfassung von folgenden Bedingungen abhängig mache: 1) daß aus der Geltung dieser Verfassung für die Stadt niemals ein Recht der Staatsgewalt hergeleitet werde, die bisherigen politischen Sonderrechte der Stadt ihr ohne ihre Zustimmung, also anders denn im Wege der Vereinbarung zu entziehen; 2) daß der Stadt zugleich mit den Rechten, deren sie sich auf dem eben bezeichneten Wege entäußere, auch die entsprechenden Lasten und Verpflichtungen abgenommen werden; 3) daß sie für alle Rechte von pecuniärem Werth, die sie aufgebe, vollständige Entschädigung erhalte; und 4) daß die Frage, ob und wieweit der Stadt hiernach Entschädigung gebühre, auch nur im Wege der Vereinbarung, eventuell durch einen von beiden Theilen gemeinsam zu erwirkenden Schiedsspruch bestimmt werde. Außerdem ward der Antrag hinzugefügt, daß ein Theil der Schulden Wismars auf das Land übertragen werde. Ein großherzogliches Rescript vom 22. August 1848 erklärte die Aufgebung der mit der neuen Verfassung unverträglichen Sonderrechte für selbstverständlich. Wenn aber der Magistrat seine Bereitwilligkeit dazu an gewisse Voraussetzungen knüpfe und für einen Theil der aufzugebenden Rechte Vergütung beanspruche, so werde eine nähere Bezeichnung dieser Rechte und des Maßes der Vergütung nöthig, um der neuen Vertretung, mit welcher die das ganze Land umfassende constitutionelle Verfassung vereinbart werden solle, von den Ansprüchen der Stadt die richtige Anschauung zu geben. Es erschien demnächst ein großherzoglicher Commissarius, um über diesen Gegenstand mit städtischen Deputirten zu verhandeln. Die letzteren aber weigerten sich, bindende Erklärungen abzugeben und suchten dem Commissar die Verpflichtung zuzuschieben, die Vorrechte bestimmt zu bezeichnen, deren Aufgebung gefordert werde. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat. Aber die großherzogliche Regierung war sich bewußt, daß in Ansehung der Seestädte allen auf dem außerordentlichen Landtage gestellten Bedingungen genügt worden sei. Sie schritt daher, nach erfolgter Vereinbarung des neuen Staatsgrundgesetzes unter dem 10. Oct. 1849 zu dessen Publication und machte der Stadt Wismar davon Anzeige, indem sie dieselbe zugleich aufforderte, ihre Ansprüche wegen der Einbuße etwaiger Sonderrechte zusammenzustellen und Deputirte für Verhandlungen mit einem landesherrlichen Commissarius zu ernennen. Der Rath forderte den Bürgerausschuß zur gemeinsamen Erhebung eines Protestes gegen die neue Verfassung auf, was dieser durch die

an den Rath erlassene Aufforderung zu einer gemeinsamen Anerkennung der neuen Verfassung erwiderte. Gegen den Widerspruch des Bürgerausschusses legte nun der Rath für sich allein den Protest ein, worauf der letztere dem Staatsministerium seine Mißbilligung dieses Schrittes erklärte. Bei der Vernichtung des Staatsgrundgesetzes durch die in Freienwalde zusammengetretenen Schiedsrichter wurde auch auf diesen Protest Gewicht gelegt. Seit der factischen Wiederherstellung der alten Verfassung nahm Wismar wieder seine alte Stelle außerhalb derselben ein.

Die städtischen Sonderrechte, welche dem Magistrat so großen Werth zu haben schienen, daß er lieber das Staatsgrundgesetz zurückwies und zu dessen Vernichtung mitwirkte, als daß er jene Rechte aufgab, finden ihren Ursprung theils in der früheren hansestädtischen Verbindung, welche der Stadt dem Landesherrn gegenüber eine große Selbständigkeit verlieh, theils in der förmlichen oder factischen Erwerbung während der schwedischen Herrschaft. Die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten unterliegt zwar der landesherrlichen Oberaufsicht, wird aber im Uebrigen von dem Rath unter Mitwirkung eines nach mehrfachem Wechsel der Organisation seit dem Jahre 1853 auf Grund einer Eintheilung der Bürgerschaft in gewisse Berufsclassen gewählten Bürgerausschusses ganz unabhängig besorgt. Die Mitglieder des Raths werden unter Betheiligung des Bürgerausschusses gewählt, ein Bestätigungsrecht besitzt die Regierung nicht. Der Magistrat hat die volle Gerichtsbarkeit in Civil- und Criminalsachen, welche er durch ein Niedergericht und ein Obergericht übt. Letzteres fungirt unter Zuziehung von drei Pastoren zugleich als Ehegericht. Dem für die Untersuchung bestimmter schwererer Verbrechen begründeten großherzoglichen Criminalcollegium zu Bützow, welches nach der neuen Criminalproceßordnung auch Spruchgericht erster Instanz ist, hat Wismar sich im Vertragswege zwar unterstellt, jedoch mit dem Vorbehalt, in einzelnen Fällen die Untersuchung und Aburtheilung den eigenen Gerichten zu überweisen. Die Verhältnisse zum großherzoglichen Oberappellationsgericht und die Beiträge zu dessen Erhaltung sind gleichfalls im Vertragswege geordnet. Die Stadt besitzt das Polizeirecht in vollem Umfange, eine Einmischung der großherzoglichen Gensdarmen in das städtische Polizeiwesen kann nur auf besondere Requisition der Stadtbehörden erfolgen. Die Kirchen und Schulen der Stadt stehen unter städtischem Patronat und in den Kirchengemeinden ist ein besonderes wismarsches Gesangbuch in Gebrauch. Die Stadt übt ferner ein unbeschränktes Besteuerungsrecht über ihre Angehörigen, nur daß bei dessen Anwendung der „fremde Mann“ ohne landesherrliche Genehmigung nicht ergriffen werden darf. Hinsichtlich neuer Landessteuern beansprucht die Stadt das Recht der Zustimmung, da sie, als auf Landtagen nicht vertreten, sich durch Landtagsbeschlüsse nicht gebunden

hält. Ihre bisherigen Beiträge zu allgemeinen Landeslasten hat sie, soweit sie nicht auf Vereinbarung beruhen, nach ihrer Auffassung nur freiwillig, ohne rechtliche Verpflichtung geleistet. Bis zum Jahre 1863 bestanden auch ausschließliche Rechte der Bürger auf Benutzung des Hafens und auf Handelsbetrieb in der Stadt. Die Ertheilung von Concessionen zum Gewerbebetrieb und von Zunftrollen liegt in den Händen des Magistrats. Bis zum Erlasse des Bundesfreizügigkeitsgesetzes erfreute sich die Stadt auch des durch ihre statutarische Gesetzgebung festgestellten Rechtes, keine Juden aufzunehmen. Von alter Zeit her besitzt sie das Münzrecht, welches sie noch jetzt durch Ausprägung von Dreilingen und Pfennigen geltend macht.

Mit der politischen Sonderstellung der Stadt war bis zum Jahre 1863 auch eine Abgeschlossenheit in Bezug auf Handel und Verkehr verbunden, welche der Stadt zum großen Nachtheil gereichte. Auf dem Seewege für Ein- und Ausfuhr mit einem landesherrlichen Zoll („Licent") und für den gesammten Handel außerdem mit einer städtischen Accise belastet, mußten die Waaren bei ihrer Versendung von Wismar in die Landstädte hier noch den vollen Betrag der Handelssteuer entrichten.

Dieser drückenden Absperrung von dem übrigen Lande machte erst die neue mecklenburgische Steuer- und Zollgesetzgebung, welche am 1. Oct. 1863 ins Leben trat, ein Ende. Wismar hatte durch einen Vertrag mit der Regierung vom 19. März 1863 sich der neuen Gesetzgebung angeschlossen. Die Hauptbestimmungen dieses Vertrages waren folgende:

Wismar unterwirft sich dem zwischen Landesherrn und Ständen vereinbarten neuen Zollsystem. Die rücksichtlich des Eingangszolls im Wege der Landesverfassung zu Stande kommenden Gesetze (das Zollgesetz, der Zolltarif u. s. w.) erhalten für Wismar volle Gültigkeit. Sie ist daher den Bestimmungen dieser Gesetze gleich den anderen Landestheilen unterworfen und gibt rücksichtlich derselben ihre bisherige Sonderstellung auf. Die Stadt Wismar darf sich auf ihre Kosten durch einen Deputirten des Magistrats, der aber nur berathende Stimme hat, mit der Stadt Rostock abwechselnd an der Revision und Visitation der Centralzollbehörde betheiligen und erhält von allen Zusammenkünften der Visitationscommission vorgängige Anzeige. „Wird hierdurch der Stadt schon Gelegenheit gegeben, von den Aenderungen in der Zollgesetzgebung Kenntniß zu nehmen, welche in der Visitationscommission zur Vorbereitung verfassungsmäßiger Verhandlung werden berathen werden, so sollen derselben doch auch noch, so lange sie in den ständischen Verband nicht aufgenommen sein wird, die bezüglichen an den Landtag zu bringenden Vorlagen rechtzeitig mitgetheilt werden, um ihre etwaigen Wünsche zur Erwägung und eventuellen Vertretung derselben dem Staatsministerium vortragen zu können." Die Verwaltung des Eingangszolles wird auch für

Wismar eine rein landesherrliche, ohne alle und jede Betheiligung der Stadt an derselben. Die Stadt verpflichtet sich, an und eventuell in ihrem Hafen die Stationirung landesherrlicher Zollwachen zu gestatten, auch den Requisitionen der großherzoglichen Zollbehörden stets und unweigerlich Folge zu geben. Als Zollgericht fungirt in Wismar das städtische Niedergericht kraft eines allgemeinen Auftrages. Die Rechtsmittelinstanz für dasselbe ist das städtische Obergericht. Die Stadt Wismar verzichtet auf die fernere Erhebung einer eigenen Waarenaccise, auf das Recht der ausschließlichen Benutzung des Hafens durch wismarsche Bürger und auf einige andere die Beschränkung des Handels Fremder in der Stadt betreffende Rechte. Sie empfängt dafür als eine nach ihrem Ermessen zu Bedürfnissen der Stadt, des Hafens u. s. w. zu verwendende Entschädigung eine jährliche Aversionssumme von 16,000 Thlrn. Crt. „Im Uebrigen behalten die Gerechtsame der Stadt Wismar, in so weit sie durch diesen Vertrag nicht ausdrücklich aufgehoben oder abgeändert sind und sie solche zu behaupten vermag, ihren unveränderlichen Bestand. Insbesondere gilt dies von der ihr zuständigen eigenen Erhebung einer Mahl- und Schlachtsteuer und darf folgeweise diese Steuer auch von allem in Wismar zum dortigen Consum, gleichviel woher, eingeführten Mehl, Malz und Schrot, sowie von gebackenem Brote und geschlachtetem Fleische genommen werden." —

So lagen die Verhältnisse, als die Ereignisse des Jahres 1866 eintraten und außer den übrigen norddeutschen Staaten auch Mecklenburg nöthigten, den Bündnißvertrag mit Preußen zu schließen, welcher schon die Bestimmung enthielt, daß die verbündeten Staaten ein gemeinsames Zoll- und Handelsgebiet bilden und daß die Zoll- und Handelsgesetzgebung in diesem Gebiet zu den Attributen der Bundesgewalt gehören solle. Der Bündnißvertrag wurde den mecklenburgischen Ständen vorgelegt, welche ihm mit dem Vorbehalt zustimmten, daß ihnen demnächst die vereinbarte Bundesverfassung zur Erklärung zugehe. Um der Stadt Wismar Gelegenheit zu geben, etwaige auf den Vertrag bezügliche Wünsche dem Staatsministerium vorzutragen, wurde auch ihr die Landtagsproposition zugefertigt, worauf sie den Wunsch zu erkennen gab, daß statt der Ausdehnung des bestehenden Zollvereins auf Mecklenburg eine neue Zolleinigung der verbündeten Staaten angestrebt werden möge, außerdem aber auch die „übrigens selbstverständliche" Respectirung der aus der Vereinbarung vom 19. März 1863 der Stadt Wismar zuständigen Rechte bedang.

Es folgten nun die auf die Wahl zum Parlamente bezüglichen Regierungsacte, später die Vorlage der vereinbarten Bundesverfassung an die Stände und die zustimmende Erklärung der letzteren, sodann die landesherrliche Publication der Bundesverfassung, welche mit der ausdrücklichen Be-

stimmung verbunden war, daß dieselbe im ganzen Lande „mit Einschluß der Städte Rostock und Wismar“ am 1. Juli 1867 in Kraft treten solle. Am 8. Juli 1867 wurde der Vertrag wegen der Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins abgeschlossen und nach Erledigung der anfangs noch entgegenstehenden Hindernisse am 11. August 1868 der Anschluß Mecklenburgs an den Zollverein vollzogen.

Bis zu diesem letzteren Zeitpunkte hatte Wismar der Entwickelung der Dinge ruhig zugesehen. Als aber im Anfang August dieses Jahres die Kunde sich verbreitete, daß die Binnenlinie südlich von Wismar laufen und dieses demnach in den Grenzbezirk fallen solle, gerieth die ganze Bevölkerung der Stadt, indem sie die Zerstörung des Handelsverkehrs als die nothwendige Folge dieser Anordnung ansah, in eine fieberhafte Aufregung. Versammlungen wurden gehalten, Petitionen und Deputationen in Bewegung gesetzt; der Magistrat, der Bürgerausschuß, die kaufmännischen Corporationen, die gesammte Bürgerschaft richteten an den Großherzog, an das großherzogliche Ministerium, an das Bundeskanzleramt, an den Zollvereins-Bundesrath die nachdrücklichsten Vorstellungen. Namentlich zeigte der Bürgerausschuß sich eifrig um die Abwehr der Anordnung bemüht, indem er dieselbe nicht nur als eine schwere Benachtheiligung der Stadt, sondern auch als eine schreiende Verletzung ihrer Rechte auffaßte. Kaum war die Verordnung wegen der Binnenlinie erschienen, so richtete er (7. August) an den Rath die Aufforderung, „unter Protest gegen die erfolgte willenlose Hineinziehung Wismars in den Zollgrenzbezirk eine Rechtsverwahrung wegen aller durch solchen Act verletzten Privilegien der Stadt“ gemeinschaftlich mit der Bürgerschaft einzulegen, wozu indessen der Rath, ungeachtet mehrmals erneuerten Antrags, die Hand zu bieten sich weigerte.

Der von dem Bürgerausschuß erhobene Anspruch einer Mitwirkung der Stadt bei der Bestimmung der Binnenlinie, wenn auch nur in Form einer der Entscheidung vorangehenden Aeußerung ihrer Wünsche, geht von dem Rechte der Stadt aus, in allen ihre Zoll- und Steuerverhältnisse berührenden Fragen mindestens gehört zu werden. Da die Stadt bisher nicht unbedingt ihre Unterwerfung unter die Zollgesetzgebung erklärt habe, so habe sie das Recht gewahrt, die Bedingungen zu bestimmen, unter welchen sie dem Zollverein sich anschließen wolle. Als solche Bedingung wird nun die Mitwirkung der Stadt bei Bestimmung der Zollbinnenlinie, soweit dabei die wismar'schen Verkehrsinteressen in Frage kommen, aufgestellt. Zur Verstärkung dieses Anspruches wird dann noch geltend gemacht, daß die Zollgesetzgebung auch noch anderweitig in die der Stadt vertragsmäßig gesicherten Rechte eingreife, namentlich in deren Gerichtsbarkeit und Polizeirecht. Der Bürgerausschuß beruft sich dabei theils auf den malmöer Vertrag vom

26. Juni 1803, theils auf die Vereinbarung mit dem Großherzoge vom 19. März 1863.

Der malmöer Vertrag ist außerhalb Wismars niemals so aufgefaßt worden, als solle er der Stadt das Recht verbürgen, allgemeinen, ganz Mecklenburg ergreifenden Aenderungen der politischen Institutionen durch Berufung auf Sonderrechte, die dadurch verletzt würden, zu widersprechen oder sich von denselben auszuschließen, — nur die Pflicht einer Entschädigung für materielle Nachtheile, die der Stadt aus dem erzwungenen Verzicht auf gewisse Rechte erwuchsen, hat man für einen solchen Fall als begründet anerkannt. Ueberdies kommt zur Erwägung, daß Wismar selbst nicht vertragschließender Theil bei dem malmöer Vertrage ist. Wenn die mecklenburgische Regierung in demselben Pflichten übernommen hat, die nach Behauptung des wismar'schen Bürgerausschusses verletzt worden sind, so würde nur Schweden zur Erhebung einer Beschwerde deswegen berechtigt sein. Schweden in diese Angelegenheit hineinzuziehen, wird jedoch in Wismar, einer wiederholten und glaubwürdigen Versicherung der Beschwerdeführer nach, nicht beabsichtigt, und in der That würde es einer deutschen Stadt schlecht anstehen, Schutz ihrer Rechte bei einer fremden Macht zu suchen.

Die Vereinbarung vom 19. März 1863 hat Wismar dem neuen mecklenburgischen Zollsystem einverleibt und bei dessen weiterer Entwickelung zwar Gehör, aber keine entscheidende Stimme zugesichert. Der Anschluß Mecklenburgs an den deutschen Zollverein ist aber nicht eine Entwickelung der Landeszollgesetzgebung, sondern ein Theil und eine Folge einer die gesammten Verhältnisse Mecklenburgs in dessen Beziehungen zu Deutschland ergreifenden politischen Umgestaltung. Die neuen Zollgesetze stehen daher nicht unter den Regeln und Verpflichtungen, welche die Vereinbarung vom 19. März 1863 unter ganz anderen Voraussetzungen aufstellt. Wismar mußte es sich gefallen lassen, seine vertragsmäßigen Rechte so weit dahinschwinden zu sehen, als dies eine Folge der neuen Bundesverpflichtungen des Großherzogthums war. Ist aber die mecklenburgische Regierung berechtigt gewesen, die Stadt Wismar selbst wider ihren Willen in die neuen durch den Bund begründeten Verhältnisse hineinzuziehen, so verschwindet vollends jeder Grund zum Vorwurf der Vergewaltigung, wenn, wie die Geschichte der vorbereitenden Verhandlungen lehrt, Wismar mit seiner vollen Zustimmung in die neue Gestaltung der Bundes- und Zollverhältnisse eingetreten ist.

Obgleich die mecklenburgische Regierung nicht dazu verpflichtet war, da die Vereinbarung vom 19. März 1863 nur die Fortbildung der mecklenburgischen Zollgesetzgebung zum Gegenstand hat, so gab sie doch der Stadt Wismar Gelegenheit, ihre Wünsche hinsichtlich des Bündnißvertrages kund-

zuthun, und die Stadt hat diese Gelegenheit auch benutzt. Sie hat dabei aber gegen die Uebertragung der Zoll- und Handelsgesetzgebung auf die zu begründende neue Bundesgewalt keine Einwendung erhoben, sich auch an allen Acten, welche in der Vereinbarung der Bundesverfassung ihren Abschluß fanden, ohne Widerspruch oder Vorbehalt betheiligt und daher selbst zu dem Zustandekommen der Bundesverfassung und ihrer einzelnen Bestimmungen mitgewirkt. Wenn darüber geklagt worden ist, daß die vereinbarte Bundesverfassung zwar den Ständen zur Erklärung vorgelegt, der Stadt Wismar aber „nicht einmal zur Kenntnißnahme und Abgabe ihres rathsamen Erachtens" mitgetheilt worden sei, so wäre doch in der That eine solche Mittheilung ganz zwecklos gewesen, da es sich nach erfolgter Vereinbarung der Bundesverfassung in den einzelnen Staaten nur um Annahme oder Ablehnung derselben im Ganzen handeln und es der Regierung nicht einfallen konnte, eine einzelne Stadt um ihren Willen in dieser Beziehung zu befragen. Eine Vernehmung von Wünschen, nach Anleitung der auf den vorliegenden Fall nicht anwendbaren Vereinbarung vom 19. März 1863 dem Staatsministerium zur Erwägung und eventuellen Vertretung vorgetragen, wäre in diesem Stadium auch deshalb ganz an unrechter Stelle gewesen, da die Regierung an die Bundesverfassung, so wie sie vorlag, unbedingt gebunden war. — Aus der Geltung der Bundesverfassung für Wismar folgt auch die Geltung des auf Grund dieser Verfassung abgeschlossenen Zollvereinsvertrages. Soweit nach diesem Vertrage die Zollgesetzgebung reicht, hat sich ihr jede mecklenburgische Stadt zu unterwerfen, auch in denjenigen Punkten, durch welche frühere vertragsmäßige Rechte derselben aufgehoben werden. Nur wenn sich nachweisen ließe, daß die mecklenburgischen Ausführungsverordnungen zum Nachtheile von Wismar über die durch den Zollvereinsvertrag gezogenen Grenzen hinausgreifen und willkürlich die Rechte der Zollverwaltung ausdehnen, würde eine Beschwerde begründet sein. Es scheint ein solcher Vorwurf aber nicht erhoben werden zu können und eine Erfüllung des wismarschen Wunsches bezüglich einer Aenderung des Laufes der Binnenlinie nur nach Aenderung der normirenden Bestimmungen der Zollvereinsgesetzgebung möglich zu sein.

Gewiß ist die Lage innerhalb des Zollgrenzbezirks für eine Handelsstadt wie Wismar mit großen Unbequemlichkeiten und Nachtheilen verbunden, selbst bei milder Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen. Wir sind weit entfernt, dies zu verkennen, aber wir fürchten, daß die Berufung auf angeblich gekränkte Sonderrechte Wismars ein wenig geeigneter Weg sei, um Aenderung herbeizuführen. Nicht außerhalb der Zollvereinsverfassung, sondern nur auf dem Rechtsboden dieser Verfassung stehend wird Wismar die Mittel aufzusuchen haben, durch welche es eine Modification der Zollbinnen-

linie für sich selbst oder eine allgemeine Umgestaltung der Grenzbezirkseinrichtung im deutschen Zollverein erreichen kann.

Politischer Monatsbericht.

✕ Leipzig, 30. September.

Der unglückliche Einfluß des Jahres 1866 auf die „freiheitliche Entwickelung" Deutschlands ist ein vielbeliebtes Schlagwort unserer radicalen Parteien. Richtig verstanden hat dasselbe eine gewisse Wahrheit, nur sitzen die Hemmungen der Freiheit nicht da, wo die verbündeten Legitimisten, verschämten und offenen Republikaner sie suchen. Der Alp, der auf der Brust unseres öffentlichen Lebens liegt und alle Bestrebungen zu Gunsten eines freiheitlichen Ausbaus im norddeutschen Bundesgebäude lähmt, ist die auswärtige Politik, der prekäre Zustand, in welchem der preußisch-deutsche Staat sich dem Auslande gegenüber befindet. Wir *sind* in die Reihe der großen Staaten Europas getreten, aber wir haben unter ihnen noch nicht Platz genommen und müssen die Hand am Degen halten, um unsere Position zu behaupten und zu consolidiren. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre jeder andere Staat, dem ein plötzlicher Machtzuwachs zu Theil geworden, in derselben Lage. Weil Preußen sich selbst geholfen und ohne schützenden Patron aus der Lage zwischen Thür und Angel herausgekommen, hat es alle continentalen Großmächte (Italien zählt unter diesen nicht) zu offenen oder geheimen Gegnern — für alle sind die Ereignisse von 1866 unerwartet und schon darum unerwünscht gekommen. Hier murren die Völker, dort die Regierungen darüber, daß die letzte der europäischen Großmächte zur ersten geworden ist und nur dem Umstande, daß die im Occident gleichartigen Interessen unserer Nachbarn sich im Orient kreuzen, haben wir es zu danken, wenn wir nicht all' unsere *starken* Nachbarn zu Feinden haben. Dazu kommt, daß die Mehrzahl europäischer Mittelstaaten von der Furcht der Großen vor dem preußisch-deutschen Staat mit angesteckt ist und von einer Gefährdung ihrer Interessen fabelt, der jede thatsächliche Begründung fehlt: der skandinavische Norden hat die Sache Dänemarks wenigstens moralisch zu der seinigen gemacht, die Länder an der Rheinmündung fürchten zum Compensationsobject bei einer möglichen französisch-preußischen Auseinandersetzung zu werden, Italien und Spanien, denen ein Gegengewicht gegen den französischen Supremat nur zum Vortheil gereichen kann, sind von inneren Schwierigkeiten geknebelt und die Türkei zählt in der europäischen Politik schon seit lange nur noch als Ambos mit.

Daß eine Concentration auf die inneren Fragen und eine Parteibildung nach der Stellung zu diesen angesichts einer so schwierigen auswärtigen Lage unmöglich ist, hat sich in den letzten Wochen mit besonderer Deutlichkeit gezeigt. Wären wir nicht durch eine unglückliche Vergangenheit daran gewöhnt, die Frage nach der äußeren Stellung und der Würde unseres Staates regelmäßig außer Augen zu setzen und, sobald es sich um die Durchführung unserer speciellen Parteimeinungen handelt, taub und blind dafür zu sein, ob der innere Hader unseren Feinden zu Gute kommt oder nicht — wir würden es für selbstverständlich halten, daß die innere Entwickelung in einer Zeit, die täglich zu einem auswärtigen Kriege führen kann, alle Augenblicke ins Stocken geräth. Kriege werden bekanntlich mit Geld und mit Soldaten geführt, für diese zu sorgen ist die erste Pflicht und zwar eine Pflicht, bei deren Erfüllung nicht erst gefragt werden kann, ob und wie sie mit anderen Pflichten zu vereinigen ist. Preußen hat es nicht verschuldet, daß die europäischen Völker sich so vollständig daran gewöhnt hatten, das deutsche Volk als unmündiges Kind anzusehen, daß ihnen die gewichtige Stimme, in deren Gebrauch wir uns 1866 gesetzt haben, wie eine freche Provocation, die deutsche Machtstellung wie eine Anmaßung erscheint. Uns bleibt nichts übrig, als des großen Friedrich's Mahnung: „Toujours en vedette" zum Wahlspruch zu nehmen, bis wir zu den legitimen großen Nationen gezählt werden und unsere Großmachtstellung außer Frage steht.

So ereignißvoll der Septembermonat des Jahres 1868 für die auswärtige Politik gewesen, so wenig kommt er für das innere deutsche Leben in Betracht. Von den Beziehungen des deutschen Nordens zu den Staaten südlich vom Main ist seit dem Schluß des Zollparlaments nicht mehr die Rede. Der Pessimismus, mit welchem wir am Ausgang dieser Versammlung behaupteten, sie habe bewiesen, daß wir von den stolzen Hoffnungen der Jahre 1866 und 1867 so weit zurückgeworfen seien, daß uns selbst der Maßstab für unsere innere Lage abhanden gekommen sei — er hat leider Recht behalten. Die süddeutsche Frage ist von der nationalen Tagesordnung so vollständig verschwunden, als hätte sie niemals auf derselben gestanden, die Kluft zwischen Norden und Süden ist so breit und so tief geworden, daß Frankreich, wenn es den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund als einen casus belli bezeichnet, damit eine Friedensgarantie zu bieten glaubt. Die Gedanken an eine Annäherung der süddeutschen Länder an den Norden sind so vollständig außer Curs gesetzt, daß selbst die Tagespresse von denselben nicht mehr redet, sich kaum die Mühe gibt, die Bedeutung der gegenwärtig tagenden süddeutschen Militärcommission näherer Erwägung zu unterziehen. Und dieses Verhältniß ist wesentlich das Product der inneren Lage und hat zunächst noch nichts mit den Schwierigkeiten zu thun, welche Preußen franzö-

ſiſcherſeits im Fall einer Ueberſchreitung der Mainlinie bereitet würden. Im Norden ſteht die Sache ſo, daß die wärmſten Freunde der nationalen Sache am wenigſten geneigt ſind, die Heranziehung des Südens zu beſchleunigen. Die Mängel und Schwierigkeiten, welche die Reorganiſation der Verwaltung in den neuen Provinzen begleitet haben, die tauſend Inconvenienzen, zu denen der Mangel ſachmäßig geordneter Bundesminiſterien in den Preußen verbündeten Kleinſtaaten Veranlaſſung gegeben hat, ſobald es ſich um conſequente Durchführung von Bundesbeſchlüſſen handelte, haben denen, welche einen tieferen Einblick in die Verhältniſſe gethan, allen Muth benommen, den Pflichtenkreis für die nationale Arbeit zu erweitern. Man fragt ſich nicht nur, wo die Kräfte herkommen ſollen, die Reorganiſationsarbeit zu übernehmen, man fragt zugleich, wie auf wirkliches Verſtändniß und tactvolle Behandlung ſüddeutſcher Eigenthümlichkeit gerechnet werden könne, wo ſelbſt das Organ für eine richtige Behandlung der Altpreußen weſentlich näher verwandten neuen Provinzen zu fehlen ſcheint. Die Pfuſch- und Flickarbeit der Proviſorien, welche als Nothbrücken zwiſchen den neuerworbenen Ländern und der Centralverwaltung dienen ſollen, hat nirgend Glück gemacht, weder in den alten noch in den neuen Landestheilen, und das allgemeine Mißtrauen, mit welchem man den Eulenburg'ſchen Vorſchlägen für Neugeſtaltung der Provinzial- und Kreisverfaſſung und der Selbſtverwaltung entgegenſieht, läßt dennoch fürchten, daß die Feſtſtellung mit der Volksvertretung vereinbarter Definitiva noch lange auf ſich warten laſſen wird.

Dazu kommt endlich eine miniſterielle Praxis, die ſelbſt den an „obrigkeitliche“ Bevormundungen reichlich gewöhnten ehemaligen Kleinſtaatlern unerträglich dünkt und alles Behagen an den neuen Verhältniſſen gleichſam in der Geburt erſtickt. Die Tactloſigkeit, mit welcher die Mehrzahl der berliner Centralſtellen die Communalverhältniſſe in den neuen Provinzen, Anſtellung neuer Lehrer und Beamten u. ſ. w. behandelt, erſcheint um ſo unbegreiflicher und unverzeihlicher, als jeder politiſche Schulknabe weiß und wiſſen muß, daß die große politiſch indifferente oder leicht beſtimmbare Maſſe der Bevölkerung ſich allenthalben nach dieſen Dingen ihr Urtheil über den Staat und deſſen Lenker bildet. Die berliner Officiöſen haben die Sache ſo dargeſtellt, als werde ſeitens der nationalen Partei ſyſtematiſch und lediglich aus Parteirückſichten gegen die Miniſter des Innern und des Cultus geſchürt. Iſt man an maßgebender Stelle wirklich ſchlecht genug unterrichtet, um nicht zu wiſſen, daß die nationale Partei die Situation genugſam überſchaut, um mit den vorhandenen Größen zu rechnen, ſoweit das überhaupt möglich iſt? Weiß man wirklich nicht, daß die nationale, d. h. preußiſche Partei durch Geſchichten wie die Kreyſſig'ſche um die Möglichkeit einer gedeihlichen Wirkſamkeit in den neuen Provinzen gebracht wird und daß die

wesentliche Quelle der Unzufriedenheit dieser Partei aus dem Unmuth darüber herrührt, daß dieselbe die preußische Regierung gegen das eigene Fleisch wüthen sieht? Welche sind denn die Factoren, auf die das Ministerium sich stützen will, wenn die nationalen Führer in Hannover, Hessen und Nassau um ihren Einfluß gebracht werden? Haben die Herren v. Mühler und v. Eulenburg in den annectirten Provinzen etwa bessere Freunde der preußischen Sache aufzuweisen, als die Benningsen, Miquèl oder Braun? Wo sind die Ministeriellen quand même zu finden, die man diesen Männern bei dennächsten Wahlen entgegenzustellen gedenkt?

So lange auswärtige Gefahren immer wieder die Fäden der inneren Entwickelung zerschneiden und Wechselfälle im Tuileriencabinet und in den pariser Zeitungsbureaus darüber entscheiden, welche innere Politik in Deutschland getrieben werden kann, dürfen wir auf diese Fragen schwerlich Antwort erwarten. Die Unberechenbarkeit der in Paris jeweilig herrschenden Stimmungen und Tendenzen springt immer wieder zwischen Frage und Antwort störend ein, und wir wissen aus einer langen Reihe von Erfahrungen, daß die Männer, welche Preußens innere Politik machen, zum Dienst der wahren Interessen des Staats gezwungen werden müssen und von jeder Gelegenheit, sich diesem Zwang zu entziehen, den weitesten Gebrauch machen! Die stete Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch pariser Allarmnachrichten gibt ihnen immer wieder freie Hand und ein Ende derselben ist auch gegenwärtig schlechterdings nicht abzusehen.

Die neueste Phase der französischen Kriegsmanifestationen ist von ihren Vorgängerinnen dadurch wesentlich verschieden gewesen, daß selbst der Schein eines wirklichen Kriegsvorwandes gefehlt hat. Grade der Mangel eines solchen war es, der die Börsen ängstigte: „Geschieht das am grünen Holz gänzlicher Abwesenheit von Differenzpunkten" — so calculirte man nicht unrichtig — „was ist dann nicht zu fürchten, wenn die Interessen auch nur scheinbar auf einander platzen?" Eine Sprache wie die Girardin's und der beiden Cassagnac war nur erklärlich, wenn hinter diesen Regierungsmänner standen, welche die Vollmacht hatten, einen plötzlichen Bruch vorzubereiten. Das Uebergewicht der sog. spanischen Partei am Tuilerienhof, das sich in der Abweisung der italienischen Forderungen und der Aufnahme des Grafen von Girgenti documentirte, ließ darauf schließen, daß an Beruhigung der Gemüther durch freiheitliche Concessionen nicht zu denken sei und der wesentlich gouvernementale Ausfall der Wahlen unterstützte diese Annahme wenigstens indirect. An die Alternative Krieg oder Freiheit hatte man sich längst gewöhnt — war der Würfel jetzt geworfen? Das vieldeutige Wort, das der Kaiser zu Chalons gesprochen und das nicht eben beruhigend klang, ließ sich in diesem Sinne deuten. Gleichzeitig schlug die Sprache der wiener Preßorgane

eine veränderte Tonart an, und die Peſſimiſten hatten leichtes Spiel, wenn ſie dieſe einzelnen Thatſachen in Zuſammenhang brachten und zu Ungunſten der Aufrechterhaltung des Friedens deuteten.

Für uns Deutſche iſt dieſer Zeitpunkt allgemeiner Geſpanntheit der Gemüther und Verhältniſſe mit einem Ereigniß zuſammengefallen, das von der Eider bis zu den Alpen mit Selbſtgefühl begrüßt worden iſt: mit der Rede des Königs in Kiel. Auf die unerwartet günſtige Aufnahme, welche der greiſe Fürſt an der Nordgrenze ſeines Staats gefunden, konnte keine beſſere Antwort ertheilt werden, als der Hinweis auf diejenige Frucht des Jahres 1866, in deren freudiger Anerkennung Alle einig ſind, welche auf den Namen von Patrioten Anſpruch machen: die Berufung darauf, daß es keine Gefahr gebe, der das neue Deutſchland nicht ſtolz und ruhig ins Auge ſehen könne. Gerade in Schleswig-Holſtein, wo der Verzicht auf die Realiſirung in das Volksbewußtſein übergegangener Lieblingshoffnungen beſonders tief eingeſchnitten hatte, weil die Erfahrung von der Unhaltbarkeit der erſehnten kleinſtaatlichen Exiſtenz fehlte, hat das Bewußtſein, daß durch die gebrachten Opfer mindeſtens *ein* Reſultat, die Machtſtellung des Vaterlandes erreicht worden iſt, eine wichtige Miſſion. — Die Art und Weiſe, wie das königliche Wort in Paris interpretirt worden, beweiſt, daß es auch in Beziehung auf das Ausland zur rechten Zeit und in der richtigen Tonart geſprochen worden iſt. Es gab beiden um die öffentliche Meinung Frankreichs ſtreitenden Parteien die gebührende Antwort und die famoſe Miniſterialerklärung, welche Rouher der Börſe über ſeine Auffaſſung der kieler Rede mittheilen ließ, führte zum Ueberfluß den Beweis, daß man auch in dem Vaterlande hochmüthigen Selbſtgefühls Regungen der Furcht nicht ganz unzugänglich ſei. Es ließe ſich ſchwerlich nachweiſen, daß jemals früher ein von einem deutſchen Fürſten geſprochenes Wort ſo nachhaltigen Eindruck in der franzöſiſchen Hauptſtadt gemacht und einer beruhigenden Interpretation durch die Staatsleiter hervorgerufen hätte!

Ein günſtiges Geſchick hat gewollt, daß der Höhepunkt der franzöſiſchen Kriegsdrohungen zugleich der Augenblick ihres Verſtummens geweſen iſt. Der plötzliche Ausbruch der ſpaniſchen Revolution hat die preußiſcherſeits angeordnete Zurückſtellung von Rekruten und Entlaſſung eines Theils der waffenfähigen Mannſchaft gerechtfertigt und als richtigen Calcul ausgewieſen. Fraglich kann höchſtens ſein, ob der Aufſtand in unſerem und ſeinem eigenen Intereſſe nicht zu früh ausgebrochen iſt, ob er uns zu anderer Zeit nicht noch beſſere Dienſte geleiſtet hätte. Die Unberechenbarkeit ſeines Ausgangs muß zur Zeit als günſtiges Moment angeſehen werden, denn daß ſich die Reſultate der bisherigen ſpaniſchen Erhebungen in der Regel vorausberechnen ließen, hing mit ihrer Schwäche ziemlich eng zuſammen. Die Aufmerkſamkeit der Pariſer iſt fürs

Erste an die Wechselfälle des spanischen Bürgerkrieges gebannt, die Regierung durch die Besorgniß vor einem Siege des Hauses Orleans oder der Bildung eines iberischen Einheitsstaats genugsam genirt — davon nicht zu reden, daß die in Aussicht genommene eventuelle Besetzung Roms durch spanische Truppen auch für den Fall eines Sieges der Königin Isabella unmöglich geworden ist. Der Zusammenhang zwischen einzelnen der spanischen und französischen Parteien macht die Sache für den Kaiser besonders bedenklich. Die bekannten Sympathien der Kaiserin Eugenie für „ihre Souveränin" bringen außerdem eine Spaltung zwischen den bisher verbündeten Regierungsfractionen zuwege. — Der spanische Aufstand selbst bietet im Augenblick noch das Bild eines unentwirrbaren Knäuels, dessen einzelne Fäden auch von dem Auge des Zunächststehenden nicht unterschieden werden können. Siegt die Revolution und sind die Tage der spanischen Bourbonen ebenso zu Ende wie die ihrer neapolitanischen und französischen Vettern, so scheint ein langjähriger innerer Krieg zwischen den siegreichen Parteien am wahrscheinlichsten; die Behauptung, daß der Herzog von Montpensier keine Neigung hege, der Nachfolger seiner unglücklichen Schwägerin zu werden, klingt nicht unwahrscheinlich und zu einem friedlichen Austrag durch das von den Aufständischen vorgeschlagene Suffrage universel dürften in Spanien alle Vorbedingungen fehlen. Vielleicht daß der Partei der iberischen Unitarier, welche gegenwärtig wenig zahlreich ist und im eigentlichen Volk keinen Boden hat, vorbehalten ist, im Augenblick der Ermattung der übrigen Fractionen siegreich hervorzutreten und die Früchte der Umwälzung im Interesse des Hauses Braganza zu pflücken. Das Einverständniß der Regierung des jungen Königs von Portugal mit den Führern der Iberier in Spanien war schon vor Jahr und Tag Gegenstand von Klagen in der clericalen Presse Frankreichs und Deutschlands. — Daß die Königin Isabella II. zu Gunsten ihres unmündigen Sohnes des Prinzen von Asturien resignirt, ist wohl selbst für den Fall wahrscheinlich, daß die Regierung die Oberhand gewinnen sollte; die Ausbreitung des Aufstandes über die verschiedensten Punkte der Monarchie, der feste Anhalt, den derselbe an der Flotte hat, das Einverständniß beinahe aller hervorragenden Politiker des Landes und aller unzufriedenen Parteien werden den General Concha auch im günstigsten Fall zu einem Compromiß dieser Art zwingen. Die Annahme desselben verliert freilich von Tag zu Tage an Chancen. Der veränderte Ton, in welchem die pariser Officiösen neuerdings von den Fortschritten des Aufstandes zu reden begonnen haben, beweist, daß es mit der Anfangs gezeigten Zuversichtlichkeit der Partei der Kaiserin zu Ende geht und daß die kaiserliche Regierung sich auf einen ihren Interessen ungünstigen Ausgang gefaßt macht.

Für Italien wird die spanische Revolution mindestens ebenso wichtig

ſein wie für Frankreich. Das Papſtthum verliert an der Tochter Chriſtina's eine warme Freundin, der neapolitaniſche Exkönig die einzige Verwandte, die noch über Land und Leute zu gebieten hatte, und die zuverſichtliche Miene, welche der italieniſche Legitimismus während des letzten Sommers zu zeigen begann, wird ſich unter den veränderten Verhältniſſen der Gegenwart nicht mehr behaupten laſſen. Für die Sache der italieniſchen Regierung iſt damit freilich noch nicht viel gewonnen; de Mouſtier's entſchiedene Erklärung, daß an eine Räumung Roms noch nicht zu denken ſei, hat den General Menabrea um die Möglichkeit gebracht, den nach der Parlamentsauflöſung nothwendig gewordenen Neuwahlen unter Vortritt auch nur eines wichtigeren Reſultats entgegen zu gehen und die Dämpfer, welche den Unzufriedenen Neapels einerſeits durch die ſpaniſche Revolution und andererſeits durch das Scheitern der Ratazzi'ſchen Pläne für ein ſüditaliſches Gegenparlament aufgeſetzt worden ſind, bewirken höchſtens, daß der Heerd der regierungsfeindlichen Partei aus Süd- nach Mittelitalien verlegt wird. In den Hofkreiſen wird der erbitterte Kampf zwiſchen Lamarmora und Cialdini, den Anhängern Frankreichs und denen Preußens, noch immer fortgeführt, in Rom iſt einer der Mitunterzeichner des züricher Friedens, und eifriger Anhänger des dominium temporale, Herr v. Banneville, an Stelle des bisherigen franzöſiſchen Geſandten Sartiges getreten, vielleicht um ſymboliſch anzudeuten, daß die Gerüchte von neuen Angriffsplänen der Actionspartei gegen Rom die Entſchloſſenheit Frankreichs nur geſteigert, nicht herabgeſtimmt haben. Im Uebrigen herrſcht im patriotiſch-italieniſchen Lager die frühere Apathie und Niedergeſchlagenheit. Aus eigener Kraft über die obwaltenden Schwierigkeiten hinwegzukommen, hat man längſt aufgegeben — man lebt von der Hand in den Mund und hofft, die gegebenen Verhältniſſe werden wenigſtens bis zum nächſten Zuſammenſtoß in Mitteleuropa vorhalten und die Eventualität offen laſſen, dieſen zur Befreiung von der franzöſiſchen Vormundſchaft auszubeuten.

Die längere Zeit hindurch ziemlich weit verbreitete Annahme, Frankreich habe es auf einen Winterfeldzug gegen Deutſchland abgeſehen und dieſer werde im italieniſchen Intereſſe benutzt werden können, hat durch die neueſten Vorgänge in Oeſtreich beträchtlich an Wahrſcheinlichkeit verloren. Nothwendige Vorbedingung einer Verwirklichung von Plänen dieſer Art iſt die Zuſtimmung des wiener Cabinets, das ſich mindeſtens anheiſchig machen müßte, Rußland zu beſchäftigen. Die unaufhörlichen Schwankungen in der inneren Politik des Kaiſerſtaats ſchließen aber gegenwärtig jeden Gedanken an eine äußere Action deſſelben aus. All' die Schwierigkeiten, mit denen der Dualismus von Hauſe aus zu kämpfen hatte, ſind in dem verwichenen Monat zuſammengetroffen, um die Stellung des Miniſteriums und

des Reichskanzlers zu erschüttern. Die strengen Maßnahmen, mit denen das Ministerium Giskra-Auersperg gegen die czechische Presse vorging, sind vergeblich geblieben und haben nur Oel in das Feuer des böhmischen Nationalfanatismus geschüttet, der prager Provinziallandtag ist durch die Zurückhaltung der czechischen Partei zu einem Rumpfparlament geworden, das trotz seiner Beschlüsse für Umgestaltung der Belcredi'schen Gesetze und trotz des guten Willens, den die liberalen Deutsch-Böhmen im Uebrigen bewiesen haben, dem Ministerium keine erheblichen Dienste leisten kann. Zieht die Regierung das factische Verhältniß, nicht den demselben gegebenen formalen Ausdruck in Betracht, so hat es in Prag Fiasco gemacht. In den deutschen Kronländern, welche zu Gunsten der Verfassung eingetreten, erheben die renitenten Bischöfe das Haupt so trotzig, daß ihre Bändigung alle disponiblen Kräfte in Anspruch nimmt und nicht daran gedacht werden kann, einen Ueberschuß derselben gegen die andringenden slavischen Elemente ins Treffen zu führen. Während auf diese Weise in den Ländern, wo die Regierung am stärksten ist, freundliche und feindliche Einflüsse einander die Wage halten, erleidet das Ministerium Giskra-Auersperg an den exponirten Punkten Niederlage über Niederlage. Die schlimmste, weil unerwartetste und unverdienteste derselben ist der Regierung von der Thorheit der Polen Galiziens bereitet worden. Während Oestreich wegen des Schutzes und guten Willens, den es den Polen bewiesen, von Rußland ebenso angefeindet wird wie von der Mehrzahl der panslavisirenden Westslaven, während das Cabinet den Polen zu Liebe alle Sympathien unter den Treusten der Getreuen Habsburgs, den Ruthenen, eingebüßt hat, benutzen die Führer des lemberger Landtags die prekäre Lage der k. k. Hofburg, um mit Ansprüchen hervorzutreten, deren Verwirklichung mit der Aufhebung der cisleithanischen Reichsverfassung gleichbedeutend wäre. Wie empfindlich der Stoß ist, der dem liberalen Ministerium dadurch bereitet worden, sehen wir aus dem Rücktritt des Fürsten Auersperg, der trotz des Verzichts auf die galizische Kaiserreise aufrechterhalten worden ist und trotz aller kaiserlichen Versprechungen einen Niedergang der constitutionellen Einflüsse bedeutet.

Nicht minder unheilvoll haben die Mißerfolge des liberalen wiener Cabinets in Ungarn gewirkt. So scharf die Grenzlinie auch ist, welche die ungarische Opposition zwischen den Ministerien der beiden Reichshälften zieht — es hat nicht ausbleiben können, daß die Unfälle des einen die Stellung des andern Cabinets geschädigt und die Einflüsse der Linken gesteigert haben, trotzdem daß Graf Andrassy ein neues wichtiges Resultat, die Annahme seiner kroatischen Ausgleichsvorschläge durch den pesther Landtag aufzuweisen hat. Mögen die Leichtblütigen unter den Gliedern der ungarischen Opposition immerhin des Glaubens sein, Ungarns Sache könne durch den Sturz des gegenwärtigen Cabinets nur gewinnen, mögen sie wähnen, die polnische Drohung, Galizien werde sich Ungarn anschließen, wenn es mit Oestreich nicht handelseinig geworden, lasse sich im Interesse erhöhter Selbständigkeit der Stephanskrone ausbeuten — den deutschen Freunden der ungarischen Sache ist niemals zweifelhaft gewesen, daß der ungarische Einfluß auf die wiener Entschließungen in demselben Maße abnimmt, in welchem er sich von seiner eigentlichen Aufgabe, Garant einer friedlichen auswärtigen Politik Oestreichs und — was gegenwärtig mit dieser identisch ist — einer liberalen inneren Politik zu sein — entfernt. Vergebens schauen die pesther Oppositionsmänner nach Osten aus, bald von einem Bündniß mit den Rumänen die Erweiterung der magyarischen Machtsphäre hoffend, bald mit den Serben verhandelnd (vgl. Ungarische Monatsschrift, H. III., S. 85, 93 u. s. w.). —

Ungarn kann die Aufgabe, welche es bei dem Ausgleich von 1867 übernommen, nur durchführen, wenn es im Westen das Heil sucht und sich durch treue Unterstützung der deutsch-östreichischen Friedens- und Freiheitspolitik Anspruch darauf erwirbt, in seiner inneren politischen und wirthschaftlichen Arbeit unterstützt zu werden. Die Speculation auf Erweiterung der ungarischen Selbständigkeit durch eine Ministerveränderung ist grundfalsch. Ein gerechten ungarischen Ansprüchen geneigteres cisleithanisches Ministerium, als das Cabinet Giskra-Auersperg, wird in Deutsch-Oestreich nicht zu finden sein — eine ungarische Regierung, die links von dem Andrassy'schen Programm Stellung nimmt, ist mit dem Fortbestande der östreichischen Monarchie nicht wohl vereinbar. Wenn ungarischerseits dennoch auf den Rücktritt des Reichskanzlers und der beiden Ministerien in Pesth und Wien speculirt wird, so muß das als Verstoß gegen die politische Logik angesehen werden.

Trotz der Wirren in Spanien und trotz der empfindlichen Schläge, welche der östreichische Liberalismus, dieser Haupthalter des Friedens in Mitteleuropa, erfahren hat, schließt der Monat September unter beruhigenden Auspicien. So furchtbar haben sich die auf der wiener Regierung lastenden Schwierigkeiten gehäuft, daß es fraglich erscheint, ob selbst die Feinde der neuen Verfassung im Fall eines Sieges sobald in der Lage wären, einen Krieg wollen zu können. — Die Fortdauer der Bandenbildung an der rumänisch-bulgarischen Grenze würde unter anderen Umständen und angesichts der türkischen Drohung mit dem Einschreiten großherrlicher Truppen für ein gefährliches Symptom gelten dürfen, nur haben gegenwärtig das in einer neuen Krisis begriffene Oestreich und Rußland, das allen Nachdruck auf Durchführung seiner Maßregeln zur Russificirung der katholischen Kirche in Polen und Litthauen zu legen begonnen, das gleiche Interesse daran, die Gelegenheit zu Conflicten an der unteren Donau hinwegzuräumen. Das Journal de St. Petersbourg hat sich noch neulich direct dahin ausgesprochen, daß Rußland im Interesse seiner türkischen Glaubensgenossen eine Fortdauer der bulgarischen Wirren gegenwärtig nicht wünsche.

Fürs Erste wirken die beiden ehemals durch eine Tyrannei verbundenen Außenposten westeuropäischer Cultur — Spanien und Ungarn — jenes trotz seiner Unruhe, dieses vermöge seiner einsichtigen Ruhepolitik als einander äquirende Wagschalen.

Literatur.

„Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens." Von J. P. Eckermann. 3 Bände. Dritte Ausgabe. (Leipzig bei F. A. Brockhaus.)

Mit der Herausgabe einer neuen Auflage dieses Buches ist dem Bedürfniß eines großen Leserkreises entsprochen worden, der dasselbe zwar noch aus der Tradition kennt, aber nicht die Gelegenheit zu gründlicherer Vertiefung mehr gehabt hat. Als besonderer Vorzug ist anzusehen, daß nunmehr das gesammte Werk in einer Ausgabe zu haben ist, da die Verlagsfirma auch das Eigenthum des dritten Bandes erworben hat. Dieser dritte Band war elf Jahre nach den beiden ersten Bänden und zwar inmitten der Wirren des Revolutionsjahres 1848 zu Magdeburg

erschienen und aus diesem Grunde übersehen und vergessen, ehe er gehörig bekannt geworden. — Der Werth von Aufzeichnungen nach Art der Eckermann'schen hat das mit dem des Weins gemein, daß er von Jahr zu Jahr zunimmt. Was den Zeitgenossen ausschließlich wegen seiner Beziehung zu dem großen Dichter von Interesse war, hat für die neuere Generation, die an die zweiundzwanzig Jahre später erschienene Ausgabe geht, zugleich culturgeschichtliche Wichtigkeit. Die Physiognomie unseres öffentlichen Lebens hat sich seit jenem Zeitpunkt so vollständig verändert, daß es einer Orientirung bedarf, um zu richtigem Verständniß der Zustände zu gelangen, die den Dichter umgaben. Gerade für diese Orientirung ist das Eckermann'sche Buch von unschätzbarem Werth. Wenn es sein Inhalt auch wesentlich mit Goethe's Stellung zu künstlerischen und wissenschaftlichen Fragen zu thun hat, die an und für sich von den Zeitverhältnissen und deren Wechsel unabhängig sind, so fehlt es doch nicht an Episoden, welche zugleich Streiflichter auf die concreten Zustände der deutschen Gesellschaft der zwanziger und dreißiger Jahre werfen. Eine der interessantesten dieser Episoden ist bekanntlich der durch Eckermann erhaltene Ausspruch Goethe's über die Bedingungen zur Einigung Deutschlands und das ahnungsvolle Wort, das der Dichter damals von der Nothwendigkeit sprach, zunächst die Hemmnisse des Verkehrs und Wirthschaftslebens zu beseitigen und dem Deutschen dadurch die Empfindung zu geben, daß er außerhalb seiner speciellen Heimath überhaupt zu Hause und unter Deutschen sei — dieses Wort, das dem vormärzlichen Liberalismus oft genug zum Gegenstand der Klage über des „Geheimraths politische Urtheilslosigkeit" gedient hat, muß in unserer Zeit, der die Erfüllung dessen zu Theil geworden, was damals Gegenstand kühner Wünsche war, von besonders schlagender Wirkung sein. — Gerade die letzten Lebensjahre Goethe's sind von seinen Biographen (auch Lewes nicht ausgenommen) sehr viel flüchtiger behandelt, als die Abschnitte bis zu Schiller's Tode, freilich weil diese ganz abgesehen vom Helden einen Stoff bieten, neben dem eigentlich jeder Roman zu kurz kommt. Dieser romanhafte Charakter fehlt den letzten dreißig Jahren natürlich vollständig. So vertraut die Nation mit dem leipziger Studenten, dem Gast in Sesenheim, dem Rechtspraktikanten von Wetzlar und dem Genossen Schiller's ist: der Greis Goethe steht ihr ferner und wird wesentlich nach den Eindrücken beurtheilt, die er neugierigen und schreiblustigen Besuchern und Touristen zurückließ. Goethe's große Zeitgenossen, denen wir einen nicht geringen Theil der Kunde von seinen früheren Lebensjahren zu danken haben, waren damals sämmtlich todt und die Vermittler dessen, was das größere Publikum von ihm erfuhr, waren Fremde, die nicht selten ohne Pietät, noch öfter ohne feineres Verständniß waren. Gerade aus diesem Grunde begrüßen wir das Erscheinen der neuen Ausgabe der „Gespräche" mit besonderer Genugthuung. Bilden diese doch das vorzüglichste aller vorhandenen Mittel, um auch den Altmeister in das deutsche Volks- und Familienbewußtsein einzuführen.

Mit vorliegendem Hefte **Nr. 40** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal,** welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im September 1868.

Die Verlagshandlung.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 41.

Ausgegeben am 9. October 1868.

Inhalt:

Die Arbeiterfrage in England . . . . . Seite 41
Bestrebungen zur Ausdehnung des weiblichen Wirkungskreises . . 56
Die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg 62
Hermann Baumgarten's Geschichte von Spanien 68
Galizien und die beiden östreichischen Reichshälften 72
Literatur 78

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Die Arbeiterfrage in England.

Die arbeitenden Classen Englands in socialer und politischer Beziehung von J. M. Ludlow und Lloyd Jones. Aus dem Englischen v. Julius von Holtzendorff. Berlin. J. Springer 1868.

Der gewaltige Aufschwung der englischen Industrie datirt von der im Anfang dieses Jahrhunderts beginnenden Masseneinfuhr der amerikanischen Baumwolle und von der fast gleichzeitigen Erfindung der Dampfmaschine, welche ausgedehnte Fabrikanlagen in den Städten ermöglichte, denen die Wasserkraft fehlte. Aber die großen Vermögen, welche die Unternehmer nun meist rasch gewannen, beruhten nicht blos auf der Anwendung von Maschinen, sondern auch wesentlich auf einer übertriebenen Ausbeutung der Arbeiter, die von 5 Uhr früh bis Abends spät mit kurzen Unterbrechungen beschäftigt, schlecht genährt und gekleidet waren und in kümmerlichen schmutzigen Wohnungen fast ohne Unterricht hinlebten; besonders verwerflich war die Beschäftigung der Kinder, welche oft schon mit fünf, immer mit neun Jahren in die Fabrik geschickt wurden. Die Folgen hiervon machten sich bald geltend durch eine rasche allgemeine Verschlechterung der Constitution, zahlreiche Krankheiten und große Rohheit, bedingt durch die fast vollständige Unwissenheit. Diese Uebelstände wurden noch vermehrt durch das vielfach herrschende Truckſystem (truck, frz. troc Tausch). Viele Fabrikanten übernahmen darnach, um den nominellen Lohn noch weiter herabzudrücken, für die Bedürfnisse ihrer Arbeiter zu sorgen und lieferten ihnen Lebensmittel, Kleider, oft auch Wohnungen in möglichst schlechter Qualität und zu möglichst hohem Preise. Eine andere Plage der Arbeiter waren die Mittelmänner (middlemen, butties), welche die Auszahlung der Löhne übernahmen und dann einen Theil derselben einbehielten, den die Arbeiter im Trinken durchbringen mußten; der Rest wurde in Wirthshäusern ausbezahlt, die der butty hielt und die neuen Anlaß zum Trunk gaben. Erwachsene und Kinder waren nach der übermäßigen Tagesarbeit erschöpft und unfähig zu geistiger Anstrengung und suchten ihre Erholung in wüsten Lustbarkeiten; von Zeit zu Zeit machte sich der Haß der

Unterdrückten dann durch Aufstände, Brandstiftungen und Morde Luft. Mr. Lloyd Jones war gegenwärtg als 1828 eine der Fabriken in Manchester durch Feuer zerstört ward. „Das brennende Gebäude war umlagert von Tausenden aufgeregten Volkes, deren Gesichter, geröthet durch die aufsteigenden Flammen, eine ungestüme und wilde Freude ausdrückten. Als das Feuer seinen Weg nahm von Raum zu Raum, herausschlagend aus den langen Fensterreihen, wurde ein Freudengeschrei von dem Haufen ausgestoßen und als es endlich durch das Dach brach und prasselnd zum Himmel aufstieg, tanzte die rasende Menge in Luft, jauchzte und klatschte in die Hände wie in ungezügeltem Dankgefühl für einen großen Sieg."

Den ersten Anstoß zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen gaben Huskissons Finanzreformen und die Aufhebung der Coalitionsgesetze. Bis 1825 waren die Vereinigungen der Arbeiter unter sich, um höheren Lohn zu erzielen, ganz verboten, wodurch dieselben natürlich nicht gehindert, sondern nur zur Heimlichkeit und oft zu gewaltsamen Ausbrüchen getrieben wurden. Damals wurden diese repressiven Gesetze (combination laws) aufgehoben und den Arbeitern die Freiheit gegeben, sich zu vereinigen und eine Verständigung zu erzielen, um den Lohn und die Stunden festzusetzen, wofür sie ihre Arbeit anbieten wollten. Diese Maßregel mußte einen großen und wohlthätigen Einfluß ausüben. Das Schicksal des Arbeiters hängt von den Bedingungen ab, unter denen er über seine Arbeit verfügt, er findet, daß er als Einzelner, ohne Reservefonds, von der Hand in den Mund lebend, durch seine Mittellosigkeit fest an die Scholle gebunden, nur einen schlechten Handel mit dem Unternehmer machen kann, der ihm in jeder Beziehung überlegen ist. Er muß annehmen, was ihm geboten wird und leidet unter niedrigem Lohn, langer Arbeitszeit und schlechtem Arbeitsraum. Anders aber wird es, wenn er sich mit seines Gleichen zusammenthut und mit ihnen über die Bedingungen einigt, welche sie von den Arbeitsgebern fordern wollen; eine solche genossenschaftliche Gliederung hilft dem Arbeiter, sich auf gleichen Fuß mit dem Capitalisten zu stellen, indem er nun Bedingungen machen und Zumuthungen verweigern kann. Die Mitglieder verbinden sich, ihre Lebensfragen, Lohn und Arbeit, zu discutiren, sich den Beschlüssen der Majorität zu unterwerfen und bilden, um diese durchsetzen zu können, einen gemeinsamen Fonds durch regelmäßige Beiträge aus ihrem Lohn. Wollen die Unternehmer ihre Bedingungen nicht annehmen oder nicht einhalten, so remonstrirt die Genossenschaft, und hilft das nicht, so kündigen sie alle auf einmal (strike) und werden aus den Fonds unterstützt bis die Krisis beseitigt ist und entweder die Unternehmer oder sie selbst nachgegeben. Dies Princip wurde die Grundlage der freien Innungen, Trades Unions, welche trotz ihrer großen später zu besprechenden Schattenseiten wesentlich

zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Classen beigetragen haben, indem sie eine Schranke gegen die Selbstsucht der Unternehmer bildeten.

Demnächst sind die Fabrikgesetze (factory acts) zu nennen, zu denen der Grund bereits 1819 gelegt wurde, die aber erst allmählich in Wirksamkeit traten und bis 1864 durch Additionalacte, (deren berühmtester die Zehnstundenbill von 1847 war) immer mehr erweitert wurden. Es ward durch diese Gesetze vor allem die Arbeit von Kindern und Frauen in der Art beschränkt, daß denselben Zeit für Erholung und Essen blieb, indem die Arbeitsstunden junger Leute unter 18 Jahren und weiblicher Personen auf 10 Stunden täglich und 58 wöchentlich als Maximum festgesetzt wurden. Kinder unter acht Jahren dürfen (später sind ärztliche Zeugnisse nothwendig, um sie zur Fabrik zuzulassen) nur in einzelnen Ausnahmsfällen überhaupt beschäftigt werden, die Rastzeiten müssen zwischen $7\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags und 6 Uhr Nachmittags liegen, wenigstens $1\frac{1}{2}$ Stunden betragen und die Mahlzeiten dürfen nicht in den Fabrikräumen eingenommen werden. Die Letzteren sollen billigen sanitätischen Bedingungen entsprechen, namentlich hinsichtlich der Ventilation; das Maschinenwerk soll überwacht werden, um Unglücksfällen vorzubeugen; für den Unterricht der Kinder wird besser gesorgt, er ist obligatorisch für alle, die 48 Stunden wöchentlich arbeiten. Sonnabend Nachmittag wird um 2 Uhr geschlossen, um Ausflüge und Spiele im Freien zu ermöglichen, und das Auszahlen der Löhne im Wirthshause ist verboten. Vom Staate angestellte Inspectoren halten darauf, daß diesen Vorschriften genügt wird.*)

Entsprechend den Fabrikgesetzen ward auch die Arbeit in den Bergwerken und Kohlengruben geregelt. Hier verbot ein Gesetz von 1842 die Beschäftigung von Frauen und Mädchen gänzlich, weil diese Arbeit für ihr Geschlecht unpassend sei, ebenso von Knaben unter 10 Jahren. Knaben zwischen 10—12 Jahren dürfen nur dann beschäftigt werden, wenn sie lesen und schreiben können, junge Leute dürfen zur Aufsicht über Maschinen erst mit dem 18. Jahre angestellt werden. Inspectoren sind auch hier bestellt, die namentlich sogleich über jeden Unfall zu berichten haben.

Auch Schornsteinfeger, Bäcker, Matrosen und Arbeiter in ähnlichen Gewerben sind entsprechend geschützt, Matrosen hauptsächlich durch Vorschriften für die Gesundheit und die Sicherheit der Schiffe.

Alle diese Gesetze sind in hohem Grade wohlthätig gewesen. Die Gegner derselben, vornehmlich die Fabrikherren behaupteten, sie würden die Löhne herabdrücken, die Production vermindern und die Arbeiter würden ihre

*) Die damit zusammenhängenden Statute über Schadenersatz für Unglücksfälle sind in einer zugleich die französische Legislation berücksichtigenden Denkschrift aus Leipzig bearbeitet, während der letzten Session des norddeutschen Reichstags vom Bundesrathe als Grundlage eines umfassenden Entschädigungsgesetzes für den norddeutschen Bund adoptirt. A. d. R. —

Mußestunden in Müßiggang und Trunk vergeuden; aber gerade das Gegentheil ist eingetroffen. Vor allem hat sich der Gesundheitszustand in den Fabrikdistricten merkwürdig gehoben, die Krankheiten, die in ihnen früher specifisch waren, sind fast ganz verschwunden. Man sieht wenig krumme Beine, spitze Schultern und bleiche Gesichter, namentlich die Frauen und Mädchen sind jetzt blühend und stark. Bevor die Fabrikgesetze durchgesetzt waren, hatten nur wenige Kinder Gelegenheit, die Schule zu besuchen — jetzt arbeitet jedes Kind unter 13 Jahren nur einen halben Tag in der Fabrik und besucht 3 Stunden die öffentliche Schule. 1843 erhielten nur 19% der Fabrikkinder solchen öffentlichen Unterricht, 45% besuchten Frauenschulen, die kaum den Namen verdienten, der Rest gar keine, — jetzt frequentiren 70% öffentliche und 14% Privatschulen, die von Männern gehalten werden. Die Verbindung von mäßiger Arbeit und Lernen hat sich speciell bewährt und man hat gefunden, daß diese Kinder durchschnittlich mehr lernen, als die welche 5—6 Stunden in der Schule festgehalten werden. Ebensowenig haben durchschnittlich die Erwachsenen die gewonnene Zeit vergeudet; ihre Intelligenz hat sich gehoben, ihre Wohnungen sind sauberer, die Lebensmittel besser geworden, die Trunkenheit hat im Ganzen abgenommen, Abendschulen sind eingerichtet und fleißig besucht, vernünftigere Vergnügungen haben mehr und mehr die rohen verdrängt und die Sittlichkeit hat sich dermaßen gehoben, daß in einer Fabrik, welche 500 Mädchen beschäftigt hat, durchschnittlich nur 3 uneheliche Kinder geboren haben. Die beste Probe des sittlichen Fortschritts hat die Bevölkerung von Lancashire durch ihre Haltung in der Baumwollennoth gegeben.

Aber auch die Fabrikherren haben anerkannt, daß die Gesetze durchaus wohlthätig gewirkt. „Viele von uns (sagt Mr. Potter S. 83) haben sie als einen ungerechten Eingriff in Capital und Arbeit erklärt und sich demgemäß widersetzt. Sie sind aber in socialer Beziehung wohlthätig gewesen, die Baumwollendistrictbevölkerung hat sich in rascher und gesunder Weise vervollkommnet, diese Legislation war dem Baumwollengewerbe sogar eine wesentliche Kräftigung. Vollendetes Maschinenwesen verlangt regelmäßig beschäftigte, wohleingeübte Hände und eine gute physische Beschaffenheit."

Die Fabrikherren haben eben eingesehen, daß die verbesserte Qualität der Arbeiter weit wichtiger ist als die Länge der Arbeitszeit und acceptiren daher gern das fernere Eingreifen der Gesetzgebung, sowie sie selbst die Anlegung von Schulen, Parks, Bädern, Waschanstalten u. s. w. fördern. Die Ergebnisse sind dem entsprechend günstig, die Löhne stiegen von 1844—1860 durchschnittlich um 10%, die in der Baumwollenindustrie beschäftigten Spindeln von 17 Millionen im Jahre 1850 auf 30 Millionen im Jahre 1865, die Bevölkerung von Lancashire selbst wuchs in 10 Jahren um 20%. 1841

belief sich die Zahl der in den Bergwerken Großbritanniens beschäftigten Arbeiter auf 193,825, von denen 118,233 in Kohlengruben waren. Im Jahre 1861 war die Zahl dieser letzteren allein auf 235,000 gestiegen, 1866 auf 307,000; der gesammte Werth der Bergwerksproducte stieg von 1853—1864 beinahe um 69%, also mehr als 6% jährlich.

Parallel mit dieser Entwickelung der schützenden Fabrikgesetzgebung geht das Bestreben des Parlaments, den Arbeitern Erleichterungen für ihr selbständiges Unterkommen zu gewähren durch Ausbildung des Sparkassenwesens, Gründung von Unterstützungscassen, Baugesellschaften, Schulen, Lesezimmern, Volksbibliotheken, Museen und Sammlungen aller Art, Musterschutz u. s. w. Alle diese Maßregeln hatten einen wohlthätigen Einfluß; die Sparcasseneinlagen haben sich in progressivem Maße vermehrt, besonders seitdem das Gelddepartement der Post sich mit ihrer Verwaltung befaßt. Die Bau- und Landgesellschaften haben einer immer wachsenden Zahl von Arbeitern eigene Häuser verschafft, indem sie große Güter ankauften und sie parcellirten; im Jahre 1861 wurden die Mitglieder der sämmtlichen Baugesellschaften in England auf 100,000 und ihr Capital auf 6 Mill. Pfd. Sterl. geschätzt. Der Fortschritt des Unterrichts ist im Verhältniß zu dem der Bevölkerung noch ungenügend und wird es auch bleiben, so lange man sich in England nicht entschließt, allgemeine Schulpflicht einzuführen. Der frühere Unterrichtsminister Bruce gibt selbst zu, daß, während 2 Millionen Kinder die Schule besuchen sollten, nur 8—900,000 dieser Pflicht genügen. Nichtsdestoweniger ist auch hier der Fortschritt unverkennbar, denn erst durch die Verminderung der Arbeitsstunden wurde den Kindern Zeit und Kraft gegeben, die Schule zu benutzen. Auch für den Unterricht Erwachsener ist viel geschehen, namentlich durch Förderung der Musterzeichenschulen, welche einen so günstigen Erfolg lieferten, daß die französischen Arbeiterdelegirten, welche zur Ausstellung von 1862 hinübergesandt wurden, erstaunt waren über die Fortschritte der englischen Industrie seit 1851. Das South-Kensington-Museum, von Prinz Albert gegründet, hat in dieser Beziehung ungemein viel gewirkt, und an Institute dieser Classe schließen sich die Gewerbeschulen an, die über fast ganz England verbreitet, aber besonders zahlreich in Lancashire und Yorkshire sind, wo sie sich, meist unter einander verbunden, gegenseitig durch Lehrer und Utensilien aushelfen; die Yorkshire-Universität zählt 138 Institute, von welchen 90 Abendclassen hatten, die von mehr als 9000 Schülern besucht wurden. Höher strebende Arbeiter können ihre Bedürfnisse in den Working Men's Colleges befriedigen, in welchen alte und neue Sprachen, Trigonometrie, Algebra, Botanik, Physik und Buchhaltung gelehrt wird.

Die öffentlichen Bibliotheken haben einen außerordentlichen Aufschwung genommen; die 1852 in Manchester gegründete hatte nach siebenjährigem

Bestehen 27,000 Bände für Lesende und 22,000 für Entleihende, sie hatte an erstere 602,000 Bände und leihweise 59,000 ausgegeben, der Totalverlust für verlorene und verletzte Bücher war in dieser Zeit nur 3 Pfd. Sterl. Besonders haben sich die Arbeiterlesezimmer vermehrt, seit die Herabsetzung des Stempels die Entwickelung der Pennypresse ermöglichte; während 1829 die sämmtlichen in London täglich erscheinenden Zeitungen in ca. 35,000 Exemplaren verbreitet wurden, wird jetzt der Daily Telegraph allein nach beglaubigter Angabe in 138,700 Exemplaren abgezogen. Im Zusammenhang hiermit ist die Einführung des Pennyporto unstreitig der Arbeiterclasse für ihre geistige Ausbildung ebenso zu Nutze gekommen wie für ihre materielle Entwickelung die Durchführung des Freihandels und die Herabsetzung der Abgaben auf die nöthigsten Lebensmittel wichtig geworden ist.

Alle diese Maßregeln treten indeß an Bedeutung zurück gegen die Verbindungen der Arbeiter unter sich zum Zweck des Schutzes und der Förderung der Arbeit selbst. Hier sind in erster Reihe die Consume-, Rohstoff- und Vorschußvereine zu nennen, in welchen zuerst das Princip der Association, welches in den modernen Actiengesellschaften so Großes geleistet, seine fruchtbaren Wirkungen für die unteren Classen zeigte. Die Consum- und Rohstoffvereine gewähren dem Arbeiter den Vortheil, seine Bedürfnisse in bester Qualität zu den billigsten Preisen anzuschaffen, der kleinsten Haushaltung werden alle Vorzüge der großen Oekonomie und so vieler in ihr allein anwendbarer Erfindungen zu Theil, ohne daß eine Uebervortheilung der Mittelsleute, Krämer, Müller u. s. w. zu fürchten wäre. Die Vorschußvereine gewähren dem Arbeiter Credit, welchen er allein nie oder doch zu unerschwinglichen Bedingungen erhält. Der Gewinn, der sich schließlich ergibt, wird unter die Mitglieder des Vereins vertheilt. Solche Genossenschaft stärkt die geistigen Elemente ebenso wie die materiellen, nur sittlich und ordentlich Lebende werden als Mitglieder aufgenommen; Spirituosen sind bei den Consumvereinen meist ausgeschlossen, die Einzelnen fühlen sich als Genossen eines größeren Ganzen, für dessen Förderung zu arbeiten ihr eigenes Interesse ist. Die Equitable Pioneers in Rochdale begannen diese Bewegung 1844 mit einem Capital von 28 Pfd. Sterl., 1866 betrug dasselbe 99,989 Pfd. Sterl. und die Anzahl der Mitglieder 6246. Jetzt bestehen 651 solche Vereine mit 148,586 Mitgliedern. In zweiter Linie sind die obenerwähnten trades unions zu nennen, welche in letzter Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit in England so sehr beschäftigt haben. Ihr Zweck ist, wie wir sehen, die Arbeiter durch genossenschaftliche Gliederung gegen die Uebermacht des Capitals und der Unternehmer zu schützen; sie sichern ihren Mitgliedern zwar auch Unterstützungen im Fall von Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit und Alter, aber wesentlich geht ihr Ziel auf die Regelung des betreffenden Gewerbes. Sie

ſuchen die Stunden der Arbeitszeit, die Höhe des Lohnes und die Zahl der Lehrlinge feſtzuſetzen und ſie vertreten den Arbeiter in Fällen des Conflicts mit dem Unternehmer; das Mittel hierzu iſt die Maſſenkündigung: der Strike. Dieſer bindet aber natürlich nur die Mitglieder der Union und der Einfluß auf andere nicht zu ihr gehörige Arbeiter hängt von dem Maßſtab ab, in welchem die Mitglieder Geſchicklichkeit in dem ſpeciellen Handwerk repräſentiren. Iſt ihre Kunſt nicht groß, ſo werden Andere ſich wenig um ihre Forderungen kümmern und die Meiſter leicht außer der Union Arbeiter finden — umfaßt dieſelbe aber alle Handwerker erſter Claſſe, ſo werden ihre Forderungen auch für die Nichtunioniſten von entſcheidendem Einfluß werden. Da alſo die Macht der Union auf ihrer Ausdehnung beruht, ſo erklärt es ſich leicht, weshalb ihre Mitglieder die Draußenſtehenden mit allen Mitteln zum Beitritt zu nöthigen ſuchen, eventuell aber verfolgen. Letzteres verbietet nun freilich das Geſetz, welches mit drei Monaten Gefängniß den Arbeiter bedroht „der ſich gegen Meiſter oder Mitarbeiter irgend einer Gewaltſamkeit, betreffe ſie Perſonen oder Eigenthum, oder der Drohung, Einſchüchterung, Beſchwerung oder Hinderung ſchuldig macht;“ aber einerſeits gibt es manche Mittel, welche nicht direct gegen dieſe geſetzlichen Verbote verſtoßen und ſich doch ſehr wirkſam erweiſen, Arbeiter wie Meiſter einzuſchüchtern, (anonyme Drohbriefe, Ausſchließung aus Wirthshäuſern u. ſ. w.) und andererſeits haben die Unterſuchungen der königlichen Commiſſion ans Licht gebracht, in welch' furchtbarem Maße jene Geſellſchaften durch feſtgeſchloſſene Organiſation das Geſetz bisher ſtraflos verletzen und wahrhaft verderbliche Grundſätze durchführen konnten. Als leitendes Princip iſt nämlich meiſtens aufgeſtellt, daß alle Arbeiter gleich bezahlt werden ſollen und keiner mehr arbeiten darf, als was der Durchſchnitt (average) genannt wird, ein Minimum von Arbeit, welches durch die Innung als das, was ein gewöhnlicher Arbeiter ohne Anſtrengung fertig bringen kann, feſtgeſetzt wird. Der Arbeiter, der mehr oder daſſelbe in kürzerer Zeit fertig bringt, wird beſtraft und wenn er ſich dem nicht unterwerfen will, von der Union ausgeſchloſſen. Ebenſo iſt alle Stückarbeit unterſagt, weil dabei die weniger geſchickten Leute gegen die ihnen überlegenen zu kurz kommen würden. Die Genoſſenſchaft duldet nicht, daß Leute, welche außerhalb der Union ſtehen, von Unternehmern beſchäftigt werden, und legen ſämmtlich ihre Arbeit nieder bis Jene entlaſſen ſind.

Es ſoll mit einem Wort alle Concurrenz unter den Arbeitern abgeſchafft werden, fleißige und geſchickte Geſellen ſollen nicht mehr verdienen dürfen als ſchwerfällige und träge. So verderbliche Grundſätze, welche den elementarſten Principien der Nationalökonomie widerſprechen und alles Intereſſe des Arbeiters an der Güte ſeiner Arbeit vernichten, können eben nur gewaltſam durchgeführt werden, und die Zeugenausſagen in Sheffield haben gezeigt,

daß die Unions auch nicht vor dem Morde zurückschreckten. Widerspenstige wurden zuerst durch Wegnahme ihrer Werkzeuge heimgesucht, half das nicht, so beschädigte man ihre Häuser, legte Pulverminen, die von selbst explodiren mußten, und blieb auch dies ohne Erfolg, so ward beschlossen, sie um jeden Preis arbeitsunfähig zu machen. Der Secretär eines Vereines von Sägeschleifern, Broadhead, gestand die intellectuelle Urheberschaft von einer Reihe von Morden und schweren Verwundungen ein. Die Ausführung des Geschäfts ward förmlich licitirt: in einem Falle fordert der Gedungene erst 20 Pfd. Sterl. und acceptirt 15 Pfd. Sterl., wenn er 3 Pfd. Sterl. auf Abschlag erhält, dafür verspricht er: „Linley so zuzurichten, daß er nie wieder arbeiten könne." Er verfolgt nun sein Opfer sechs Wochen lang und als er findet, daß er das Verbrechen mit einem Revolver nicht begehen könne ohne entdeckt zu werden, schießt er Linley mit einer Windbüchse an, sodaß derselbe bald darauf stirbt. Broadhead nahm das Blutgeld aus der Vereinscasse und buchte es als geheime Dienstausgabe, fand auch beim Verhör nicht, daß er Unrecht gethan, da doch alles zum Heile der Union geschehen sei. Er beklagte, daß er kein gesetzliches Mittel gehabt, Linley zu bestrafen, er habe nicht beabsichtigt, denselben tödten zu lassen, sondern nur zur Arbeit unfähig zu machen, denn „er schadete unserem Verein der Sägeschleifer!" Was dem Jesuiten sein Orden ist diesem Mann seine Union: um ihre Vorschriften aufrecht zu erhalten ist jedes Mittel recht.

Es ist behauptet worden, daß Sheffield eine Ausnahme bilde und solche Gräuel anderswo nicht vorgekommen, und bis zu einem gewissen Grade ist das wahr. Die dort betriebenen Gewerbe sind meist sehr gefährlicher Art und werden deshalb hoch bezahlt, die Gefahr erzeugt bei den Arbeitern Gleichgültigkeit gegen das Leben und der hohe Lohn andererseits fördert die Rohheit durch Trunk und Ausschweifung. Um so mehr macht sich dann der Geist des Monopols geltend, welcher den Vortheil des hohen Lohns allein für die kleine Zahl der Unionisten sichern will. Verbannten die Unionisten doch die neuerfundene Schutzmaske gegen das Eindringen des Stahlstaubes in die Lungen, weil die dadurch herbeigeführte größere Gefahrlosigkeit der Arbeit einen größeren Zufluß von Concurrenten veranlaßt hatte. — Aber auch wenn man zugibt, daß diese Umstände besonders gravirend in Sheffield gewirkt haben, so sind doch auch an andern Orten, wie Glasgow, Manchester, Dublin und dem sogenannten black country genug Beispiele der gröbsten Einschüchterung bewiesen. Es ist dies auch ganz begreiflich, denn unnatürliche Grundsätze wie die obengenannten können nur durch unnatürliche Mittel anfrechterhalten werden. — Ebenso klar ist aber auch, daß der Staat einer solchen Arbeiterwehme gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann, daß er vielmehr verpflichtet ist, nicht blos jene Gewaltsamkeiten zu unterdrücken, sondern auch die Auf-

ſtellung von Principien, die zu denſelben führen müſſen, nicht zu dulden. Der eigentliche Zweck faſt aller Trades unions iſt, den Arbeitslohn zu ſteigern, indem ſie die von einem Manne zu leiſtende Arbeit auf ein gewiſſes Maß fixiren und andrerſeits die Zahl der Leute beſchränken, welche eine beſtimmte Arbeit thun dürfen. Auf dieſe Weiſe wird natürlich weniger producirt und das Wenige erheblich theurer verkauft. Bei den feinen Sheffield-Stahlwaaren mag das zu ertragen ſein, aber bei Maurern, Ziegelſtreichern und Zimmerleuten iſt es weit bedenklicher, und man hat berechnet, daß durch jene Beſchränkungen der Unions der Preis der Wohnungen um 10—20 % erhöht wird. Noch ſchlimmer ſteht die Sache in Bezug auf Kohlen: die Mitglieder der Colliers unions arbeiten oft nur drei oder vier Tage in der Woche und beſtimmen, daß nicht mehr als eine gewiſſe Menge Kohlen zu Tage gefördert werden ſoll. Das hat zur Folge, daß der Preis bei unbeſchränkter Concurrenz faſt um die Hälfte ſinken würde. Aber wenn auf dieſe Weiſe auch die inländiſche Concurrenz beſchränkt wird, ſo reicht die Macht der Unionen doch nicht bis ins Ausland, und die letzte pariſer Ausſtellung hat gezeigt, daß eine Uebermacht der engliſchen Induſtrie nur noch in wenigen Zweigen beſteht; je theurer man zu Hauſe producirt, deſto mehr können auswärtige Concurrenten nicht blos in neutralen Märkten auf Erfolg rechnen, ſondern auch mit Nutzen nach England importiren, und dies geſchieht bereits in erheblichem Maße. Die Arbeiter ſuchen dem freilich entgegen zu wirken, indem ſie ihre Organiſation auf andere Länder wie z. B. die Colonien, Frankreich, Belgien auszudehnen ſtreben. Die 1864 auf Laſſalle'ſche Principien gegründete internationale Aſſociation verfolgt dieſen Zweck und zählt ihre Mitglieder bereits nach Hunderttauſenden; aber es liegt auf der Hand, daß auswärtige Concurrenz auf dieſe Weiſe niemals wirklich auszuſchließen iſt. Hörte ſie in Europa auf, ſo würde ſie aus Amerika kommen. Endlich kommt in Betracht, daß die Mitglieder jener Innungen ſchließlich wenig Vortheil von ihrem Terrorismus haben. Den Satz des Lohnes halten ſie allerdings durch das factiſche Monopol, welches ſie ſich anmaßen, ſehr hoch, aber die Geſammteinnahme der Arbeiter an Lohn ſteigt darum noch keineswegs, denn einmal arbeiten Wenigere und andererſeits wird der hohe Lohn derſelben ſehr geſchmälert durch die Beiträge, welche ſie hiervon in die Unionscaſſe zahlen müſſen, — Steuern, die von 5 bis 20% der Wochenlöhne betragen. Die amalgamated society of Engineers verausgabte in 15 Jahren für Strikes 279,840 Pfd. Sterl., eine Summe, die doch durch die Shillinge und Pence des Arbeiters geſammelt werden mußte. Der „Economist“ hat berechnet, daß ſelbſt bei erfolgreichen Strikes der Verluſt an Arbeitslohn während des Feierns zuſammengenommen mit der Summe der erhobenen Beiträge gewöhnlich ſo groß ſei, daß jahrelang erhöhter Lohn nöthig wäre, um ihn wieder auszugleichen. Sind die

Strikes nun gar erfolglos, so ist der Verlust ohne alle Compensation. So kündigten die Schneider im vorigen Sommer in Masse, die Unternehmer ließen sich aber nicht einschüchtern, ließen viele auswärtige Arbeiter kommen und wußten dieselben vor den Verfolgungen der Unionisten zu schützen, die nach viermonatlichem Feiern und nachdem sie ihre sämmtlichen Fonds aufgezehrt, wieder zum früheren Satz zu arbeiten sich bequemen mußten. Im letzten Winter sahen einige große Schiffsbauer in London sich wegen schlechter Conjuncturen genöthigt, den Lohn von 6 auf 5 Shilling pro Tag herabzusetzen; die Arbeiter wollten sich das nicht gefallen lassen und kündigten: nachdem der Strike einige Zeit gedauert, boten die Unternehmer 5 Sh. 6 P. und bewiesen den Delegirten der Union, daß sie dabei positiven Schaden haben würden und das Anerbieten nur machten, um sich die Arbeiter zu erhalten. Die Unionisten lehnten aber ab, weniger als 6 Shill. zu nehmen, faullenzten, ließen sich durch die gemeinsame Casse erhalten, so lange etwas darin war, und verlangten dann Armenunterstützung.

Alles das sind Symptome eines durch und durch ungesunden Zustandes und es fragt sich: was kann geschehen um ihn zu bessern?

Zunächst wird keine Rede davon sein können, die Arbeiterinnungen zu verbieten oder die alten Regressivgesetze wieder einzuführen, — im Gegentheil, man muß die Hindernisse, welche der gesetzmäßigen Wirksamkeit der Unions noch entgegenstehen, beseitigen, ihnen freien Spielraum geben, so lange sie nicht die Freiheit Anderer schädigen, sie aber dafür auch unter die Controle voller Oeffentlichkeit stellen. Sie sind bisher nur als friendly societies betrachtet worden d. h. als Vereine für gegenseitige Unterstützung in Krankheits-, Alter- und Sterbefällen, eine Thätigkeit, mit der sie sich allerdings auch befassen, die aber sehr zurücktritt gegen die der Lohngarantie. Die Innungen müßten auch in letzterer Eigenschaft anerkannt werden und ihnen dieselbe Macht über ihre eigenen Mitglieder gegeben werden, wie jeder anderen freiwilligen Vereinigung, d. h. sie müßten berechtigt sein, ihre Mitglieder zur Erfüllung der von der Genossenschaft selbst aufgestellten Vorschriften zu nöthigen, soweit letztere die Natur eines Contractes haben. In diesen Grenzen mögen die Arbeiter volle Freiheit haben, mit den Unternehmern zu unterhandeln, Höhe des Lohns und Zeit der Arbeit zu bestimmen, die sie innehalten wollen. Mehr aber können sie nicht verlangen; sie müssen darauf verzichten, irgend welchen Zwang auf Nichtunionisten zu üben und dürfen ebensowenig Unionisten nöthigen, wider ihren Willen in der Innung zu bleiben. Neuer gesetzlicher Vorschriften wird es dazu nur insofern bedürfen, als die Strafen zu schärfen wären. Die verübten Gräuel beweisen, wie elend die Sicherheitspolizei gehandhabt ist und daß die Gerichte die Sache zu leicht genommen; jeder, auch der leiseste Versuch einer Einschüchterung muß

Digitized by Google

ſtreng geahndet werden; auch werden die Unions zu nöthigen ſein, ihre Statuten der geeigneten Behörde, alſo etwa den Board of works mitzutheilen.

Es bleibt noch eine wichtige Frage offen. Die Innungen verfolgen meiſtens zwei ganz verſchiedene Zwecke zugleich: ſie wollen ihre Mitglieder den Capitaliſten gegenüber vertreten und ſie wollen ſich unter einander bei Krankheit, Unvermögen u. ſ. w. beiſtehen. Der Economist hat Ende vorigen Jahres in mehreren Artikeln treffend ausgeführt, wie verderblich dieſe Vermiſchung zweier ganz heterogener Functionen ſei; die eine Chance, die der Unterſtützung, iſt ſtatiſtiſch zu berechnen, die andere, die der Strikes, nicht, und doch zahlt der Arbeiter weſentlich deshalb ſeinen Beitrag zur Unionscaſſe, um im Falle des Unvermögens aus ihr unterſtützt zu werden; wie kann aber die Caſſe das leiſten, wenn ſie durch langandauernde Strikes erſchöpft wird? Nach Anſicht der Unterſuchungscommiſſion ſind faſt alle Trades Unions factiſch bankerott, inſofern ſie nicht im Stande ſein würden, ihre contractlichen Verpflichtungen zu erfüllen, nachdem ſie den Wohlthätigkeitsfonds zu Gunſten des Garantiefonds angegriffen haben. Um dies in Zukunft zu vermeiden, braucht man nicht ſo weit zu gehen wie Einige, welche verbieten wollen, daß ein und dieſelbe Union beide Zwecke verfolge, ſondern man kann einfach vorſchreiben, daß dieſe beiden Fonds zu trennen ſind und von den Beiträgen ein beſtimmter Theil für die Krankencaſſe reſervirt werden ſoll, um dieſelbe ſolvent zu erhalten.

Hiermit, glauben wir, iſt Alles erſchöpft, was der Staat direct thun kann; aber die eigentliche Frage zwiſchen Arbeitern und Arbeitgebern iſt damit nicht gelöſt, ſondern nur in die geſetzlichen Grenzen gewieſen, innerhalb deren ſie auszutragen iſt. Sehen wir, wie das möglich iſt.

Jede Induſtrie muß wenigſtens die Zinſen des Anlagecapitals und den gezahlten Lohn decken; thäte ſie das nicht, ſo würde ſich das Capital von ihr abwenden. Aber außer dieſer nothwendigen Deckung bringt jede *ſchwunghaft betriebene* Induſtrie noch einen Ueberſchuß an Gewinn und um dieſen kämpfen Unternehmer und Arbeiter mit einander. Der Erſtere gebietet über größere Geldmittel und Intelligenz, die Arbeiter dagegen haben als Einſatz meiſt nur die Geſchicklichkeit ihrer Hände. Um dieſe möglichſt hoch zu verwerthen und den Unternehmer zu nöthigen, jenen Ueberſchußgewinn, den ſie mit ſchaffen helfen, auch mit ihnen zu theilen, verbinden ſie ſich unter einander durch eine feſte Organiſation, die Genoſſenſchaft, die Union: dies iſt vollkommen in der Ordnung — nur muß man ſich die Bedingungen des Kampfes auch vollſtändig klar machen. Die Arbeiter, welche, indem ſie Theilung des Ueberſchußgewinnes verlangen, damit thatſächlich fordern, Theilnehmer am Geſchäft zu werden, müſſen einſehen, daß ſie in einem gewiſſen Grade dies bereits ſind. Jener Ueberſchußgewinn nämlich wird nicht *rea-*

liſirt, bis die Waare fertig, verkauft und bezahlt iſt, worüber meiſt ein Jahr vergeht. Darauf kann aber der capitalloſe Arbeiter nicht warten, er muß für ſein Tagewerk gleich bezahlt werden, ehe der Unternehmer noch irgend welchen Gewinn eingeſtrichen, ja ehe es überhaupt noch feſtſteht, ob ſich ein Gewinn ergeben wird und nicht vielmehr ein Verluſt. Er kann ſich auch nicht auf einen fluctuirenden Gewinn einlaſſen, ſondern muß auf eine feſte Wocheneinnahme rechnen können, um ſich und ſeine Familie zu erhalten. Der Capitaliſt, indem er dem Arbeiter Lohn zahlt, ſchießt alſo demſelben den Antheil am Fabricationsgewinn vor, den er ſich durch ſeine Hand erworben. Er thut dies nach einer Wahrſcheinlichkeitsberechnung ſeines Gewinnes, aber gibt den Arbeitern natürlich etwas weniger, als wenn ſie — wie er — warteten, bis die Waare bezahlt iſt; dies iſt auch ganz billig, denn einmal verliert er die Zinſen des gezahlten Lohns und andererſeits läuft er die Gefahr, daß die Operation nicht den gehofften Gewinn, ja vielleicht Verluſt bringt: für beides muß er einen Abzug machen. Der Arbeiter iſt alſo Theilhaber am Geſchäft, er bezieht ſeinen Antheil am Gewinn nur in anderer Form, indem er ſelbſt verlangt, ſtatt des vielleicht größeren aber unſicheren, jedenfalls wechſelnden und ſpät eingehenden Gewinnes des Capitaliſten ein geringeres aber feſtes Einkommen zu haben. Wenn alſo jetzt die Arbeiter Theilnahme am Geſchäft begehren, ſo kann das nur heißen, daß ſie andere Formen dieſer Theilnahme fordern, als die, welche ſchon beſtehen. Sie verlangen in Wirklichkeit fluctuirenden Gewinn ſtatt feſten Lohnes, denn, wie ſie ganz richtig ſagen, nur wenn ſie die wechſelnden Chancen des Geſchäftes theilen, werden ſie ſicher ſein, jenen verhältnißmäßigen Antheil am Gewinn zu erhalten und eben deshalb erſt dann das lebhafte Intereſſe an der Arbeit nehmen, welches allein den größtmöglichen Vortheil für beide Theile verſpricht.

Aber es iſt klar, daß, wenn dieſe Forderung nach einem höheren aber unſicheren und wechſelnden Gewinn erfüllt werden ſoll, der Arbeiter nicht zugleich den Vortheil des vorerwähnten feſten Lohneinkommens fordern kann, oder doch nicht in demſelben Maße, wie bisher; denn wenn der Unternehmer jenen endlichen Ueberſchuß mit den Arbeitern theilen ſollte, womit ſollte er die Zinſen des vorgeſchoſſenen Lohnes und die Verluſte ſchlechter Conjuncturen decken? Will der Arbeiter dieſen Antheil an dem wechſelnden Endgewinn des Geſchäfts haben, ſo muß er, da er den feſten Lohn nicht entbehren kann, ſich dazu verſtehen, einmal einen geringern Lohn zu nehmen, andererſeits ſich mit einem ſolchen Antheil an dem Nettogewinn zu begnügen, welcher dem Unternehmer erlaubt, die Verzinſung des Lohnes und die ungünſtigen Geſchäftschancen zu übertragen, und nur in dieſer Combination ſcheint die wahre Löſung zu liegen. — Suchen wir dies an einem concreten Fall deutlich zu machen. Ein Arbeiter hat bisher in guten Jahren 1 Pfd. Sterl.

pro Woche als festen Lohn empfangen, also 52 Pfd. Sterl. jährlich. Er nimmt nun an, daß wenn er an dem schließlichen Gewinn Antheil hätte, derselbe sich auf 70 Pfd. Sterl. belaufen müßte. Er muß aber andererseits schlechte Conjuncturen in Anschlag bringen, bei denen sein Schlußgewinn vielleicht nur 30 Pfd. Sterl. betragen hätte; will er dieses Risico nicht laufen und seine sichere Wocheneinnahme festhalten, ohne doch der Aussicht auf einen Gewinn nach Abwickelung des Geschäftes ganz zu entsagen, so muß er sich zuerst zu einer Reduction des Lohnes verstehen, also z. B. auch in guten Zeiten mit 17—18 Shilling zufrieden sein. Andererseits kann der Unternehmer auch bei einer solchen Lohnherabsetzung nicht jedem Arbeiter gleichen Antheil am Schlußgewinn geben wie sich selbst, denn wenn er z. B. 100 Arbeiter beschäftigt und durch eine wöchentliche Reduction des Lohnes um 2 Shilling eine Ersparniß von 520 Pfd. Sterl. jährlich macht, so reicht das bei weitem nicht hin, um ihn für die Zinsen des bezahlten Lohnes und das Verlustrisico zu decken, das er am Ende des Jahres mit seinen Arbeitern nach Kopfraten theilen könnte. Das Geschäft soll ja auf der Basis geführt werden, daß der Arbeiter seinen etwas geringeren aber festen Lohn jedenfalls erhält; verlieren kann er bei der Schlußabrechnung Nichts, schon aus dem einfachen Grunde, weil er Nichts zu verlieren hat. Der Capitalist also muß Verluste allein tragen, folglich kann der Antheil am schließlichen Gewinn für den Arbeiter immer nur verhältnißmäßig gering sein. Aber dies ist auch ganz genügend, um in dem Verhältniß beider Theile einen wohlthätigen Umschwung hervorzubringen. Zunächst würden die Arbeiter durch eine solche Theilnahme die Einsicht gewinnen, wie wechselnd der Gewinn des Unternehmers ist und wie sehr derselbe im Ganzen oft überschätzt wird. Sodann würden sie sich ganz anders anstrengen, jede Beschädigung des Materials vermeiden und ökonomisch arbeiten, weil alles das den Gewinn vermehren muß, an dem sie ja Antheil haben. Aus demselben Grunde würden Strikes so gut wie ganz aufhören, weil sie den Gewinn vermindern müßten und weil, wenn die Lage des Geschäftes an sich eine Erhöhung der Löhne zuließe, der Vortheil hiervon den Arbeitern doch am Ende des Jahres in Gestalt einer höheren Dividende zu Gute käme. Die Arbeiter würden auf diese Weise die Aussicht haben, bei tüchtiger Anstrengung selbst Capitalisten zu werden, wenn sie ihren Jahresgewinn als Ersparnisse anlegen und vermehren wollten. Damit fiele dann auch das ganze Unwesen der Trades Unions, wo stets eine ententschlossene Minorität die Majorität ausbeutet, weg.

Für die Ausführung dieses Princips bieten sich verschiedene Formen; die weitgehendste ist die reine Productivassociation, die, nur aus Arbeitern gebildet, dieselben als Actionäre zu gleichen Theilen am Gewinn participiren läßt. Der Gewinn ist so natürlich am größten, aber diese Form hat auch

wieder große Schwierigkeiten. Das Anlagecapital muß zum größten Theile geborgt werden, was immer unvortheilhaft wirkt, wenn schlechte Zeiten eintreten, während welcher doch Zinsen gezahlt werden müssen. Sodann kann ein Geschäft niemals erfolgreich durch einen Ausschuß betrieben werden und die Arbeiter haben selten Einsicht genug, die Leitung in die Hand eines würdigen Mannes zu legen und denselben dann frei schalten zu lassen, auch ist ein solcher, falls der gute Wille dazu da wäre, nicht leicht zu finden. Nichtsdestoweniger liegen eine Reihe von Beispielen solcher Productivassociationen vor, welche vortrefflich gedeihen; so vor allem die Rochdale Pioneers, welche mit Ersparnissen aus ihrem Consumverein eine große Spinnerei und Weberei gründeten, deren geringes Capital in einer kurzen Reihe von Jahren auf nahezu 70,000 Pfd. Sterl. gewachsen war; ähnlich die North of England Wholesale Cooperative Society, welche nach zweijährigem Bestehen jetzt ein Geschäft von 250,000 Pfd. Sterl. macht; die Wolverhampton and Brewood Industrial and Provident Plate Lock Manufacturing Society, welche nach verzweifeltem Kampfe jetzt Chubb und Brames Concurrenz macht; die Working Gilders, Tailors, Bakers, Cabinet makers Associations u. A. — Im Ganzen aber werden die Productivassociationen, welche übrigens in Frankreich mehr prosperiren, als in England und Deutschland, noch die Ausnahme bilden, weil sie sowohl eine hohe Bildung und Tüchtigkeit aller Arbeiter, als auch besonders begabte Geschäftsführer erfordern, welche sich doch mit mäßigem Gewinn begnügen, und obwohl Schulze-Delitzsch mit Recht diese Form der Cooperation als die Blüthe seines ganzen Systems bezeichnet, so werden doch die Industrial Partnerships, die Associationen der Fabrikanten mit ihren Arbeitern, nach den obenerwähnten Grundsätzen für die Zukunft die Regel bleiben. Drei verschiedene Modalitäten eines solchen gemeinsamen Geschäftes liegen bis jetzt vor.

1) Der Unternehmer gibt festen Lohn und vertheilt von dem Reingewinn einen Theil unter die Arbeiter, oder

2) der Unternehmer gibt festen Lohn und vom Reingewinn 10% des gezahlten Lohnes als Bonds.

3) Der Unternehmer macht sein Geschäft zur Actiengesellschaft, reservirt sich eine große Zahl Actien sowie die freie Leitung und die Arbeiter werden nach und nach Actionäre, die verhältnißmäßig an der Dividende theilnehmen. Diese Form setzt schon eine weit vorgeschrittene Entwickelung der Arbeiter voraus, da dieselben um Actien zu erwerben, selbst wenn dieselben sehr klein sind, schon ein gewisses Capital besitzen müssen.

Alle drei Arten arbeiten mit ausgezeichnetem Erfolg, der Industrial Partnerships Accord gibt die Abrechnung des letzten Jahres von acht cooperativen Firmen, welche durchschnittlich eine Dividende von 24% gegeben

haben; Sir Francis Croßley, der große Teppichfabrikant, der das Princip der Cooperation zuerst eingeführt, gab seinen Arbeitern in den letzten Jahren 20% Dividende und ist dabei selbst Millionär geworden; seit 24 Jahren hat kein Strike bei ihm stattgehabt.

In der Ausbildung dieses cooperativen Princips sehen wir die Lösung der Arbeiterfrage, soweit dieselbe organisatorisch angefaßt werden kann. Die Unternehmer werden mehr und mehr einsehen, daß, ebenso wie es zu ihrem Vortheil gereichte, wenn der Staat durch Beschränkung der Arbeitszeit die Arbeiter hob, es in ihrem eigenen Interesse sein muß, die Arbeiter am Gedeihen des Geschäftes direct zu interessiren; die Arbeiter dagegen müssen auf diese Weise die Vorstellung aufgeben, daß sie erbarmungslos vom Capital ausgebeutet werden. — Es ist nicht wahr, daß die moderne Entwickelung der Arbeit durch den Großbetrieb an sich die Lage derjenigen Classen verschlechtern müsse, welche wesentlich auf ihre Hände angewiesen sind; im Gegentheil liegt im Maschinenwesen für sie ein befreiendes Moment, indem hierdurch der Mensch immer mehr von der grob mechanischer Arbeit emancipirt wird. Nur das ist wahr und zu beklagen, daß sich durch die Schuld aller Theile, der Unternehmer und des Staates wie der Arbeiter selbst, die verderblichen Folgen der an sich unvermeidlichen Auflösung überlebter socialer Zustände dauernd haben geltend machen dürfen, ehe man auf die rechte Hilfe gekommen ist. Es dünkt uns wahrscheinlich, daß die schlimmste Zeit jenes Uebergangs hinter uns liegt, namentlich in England, und daß dort die Gräuel der Trades Unious mehr noch das letzte Aufflammen der alten schlechten Leidenschaften gewesen sind, als daß sie ein drohendes Symptom für die Zukunft bilden, ebenso wie wir in Deutschland hoffen dürfen, die Hohlheit der Lassalle'schen Bewegung bald zu überwinden. Der Fortschritt wird in demselben Maße wachsen, in welchem alle drei Theile ihre Pflicht thun. Der Staat muß nicht nur die Freiheit der Arbeit im weitesten Sinne wahren, sondern auch nach Kräften helfen, Bildung und Wohlbefinden der arbeitenden Classen zu fördern, er muß dieselben nicht nur gegen Ausbeutung der Capitalisten durch Regelung der Arbeitszeit und Behandlung schützen, sondern er darf auch nicht den wohlhabenderen Classen Monopole geben, deren Last vornehmlich auf die unteren fällt. Zu solchen Monopolen gehören immer Schutzzölle, hohe Besteuerung der nothwendigsten Lebensmittel, Erlaubniß durch Ausgabe von Papiergeld zinslos Capital zu machen, ebenso in den häufigsten Fällen Concessionen, welche eine Art Monopol in sich schließen, und Zinsgarantien.

Die Unternehmer müssen sich zu der Auffassung erheben, daß sie ihr eigenes Interesse am besten wahrnehmen, wenn sie die Arbeiter nicht ausbeuten, sondern durch Betheiligung am Gewinn heben; die Arbeiter müssen

einsehen, daß sie mit socialistischen Theorien und Plünderung der Reichen nicht aus ihrer gedrückten Lage heraus, sondern erst recht ins Elend hinein kommen würden, daß vielmehr ihr Heil nur darin liegt, mit den Unternehmern Hand in Hand zu gehen und dadurch selbst kleine Capitalisten zu werden, während andererseits Consum- und Bauvereine ihnen zu einer bessern äußern Existenz, Schulen, Volksbibliotheken und Erholungsanstalten zu einer höheren Bildung helfen und in demselben Maß die ihnen eigenthümlichen Lasten erleichtern müssen.

Auf diese Weise werden die arbeitenden Classen mehr und mehr zu einem sittlichen und menschenwürdigen Dasein gelangen und es wird schließlich so wenig von einem vierten Stand die Rede sein, als man heute noch von einem dritten sprechen kann. —

Das Buch, das zu diesen Ausführungen Veranlassung gegeben, enthält reiches Material über die Zustände der arbeitenden Classen in England, und ist, wie so häufig bei ähnlichen englischen Werken, sehr unübersichtlich zusammengestellt; der Uebersetzer würde sich daher durch eine systematischere Umarbeitung ein Verdienst erworben haben. Außerdem gibt die Uebertragung an einzelnen Stellen zu positiven Mißverständnissen Anlaß.*) Was das Original betrifft, so scheint es uns nicht ganz von Parteilichkeit für die arbeitende Classe frei, welche dem Verf. „das Herz und die Hoffnung der Nation" ist; wir freuen uns mit ihm der Fortschritte, welche die Arbeiter gemacht haben, aber bei aller Anerkennung derselben durfte nicht so leicht über die Schattenseiten weggegangen werden, und es wäre zu wünschen gewesen, daß der Uebersetzer die Enthüllungen von Sheffield sowie den wichtigen Bericht ausführlicher berücksichtigt hätte, welchen die Commission über die Trades Unions Anfang des Jahres erstattet hat.

Bestrebungen zur Ausdehnung des weiblichen Wirkungskreises.

Am 20. September hat sich in Braunschweig der allgemeine deutsche Frauenverein, der von Leipzig aus geleitet wird und dessen Organ die „Neuen Bahnen" sind, zu einem sogenannten Frauentag versammelt. Vier Wochen später, am 17. October, sollte in Stuttgart die zweite deutsche Frauen-

*) Wenn z. B. S. 176 von „japanischer Arbeit" gesprochen wird, so kann der deutsche Leser sich hierunter nichts Bestimmtes denken, während japanned goods einfach „durch Lederwaaren" zu übersetzen ist. S. 78 from ten to twenty percent ist zu übersetzen: um 10—20 Procent, während von 10 auf 20 Procent keinen Sinn gibt.

conferenz stattfinden. Am 1. October ist in Berlin die allgemeine Frauenindustrieausstellung eröffnet worden, welche der dortige Verein zur Ausdehnung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts veranstaltet hat, und an deren Anziehungskraft für die betheiligten Kreise sich die Erwartung knüpft, daß auch diejenige Gruppe von Vereinen, zu welchen der unter dem Protectorat der Kronprinzessin von Preußen stehende berliner gehört, in einen gewissen bleibenden nationalen Zusammenhang trete.

Wo eine zeitgenössische Agitation sich gleichzeitig in vielen Brennpunkten sammelt, mag es wohl gelegen sein, ihren Stand und ihre Aussichten auf Erfolg einmal kritisch zu mustern. Entgegengesetzt der stürmischen Ueberstürzung, mit welcher die „Emancipation der Frauen" sich vor mehr als zwanzig Jahren in Deutschland zuerst ankündigte, ist die Bewegung seit ihrem Wiederauftauchen vor drei Jahren ziemlich geräuschlos dahingeschlichen, so daß gewiß recht viele Landsleute von ihrem Vorhandensein unter uns kaum eine Ahnung haben.

Wie das Temperament, so hat auch das Programm der Agitation sich bei ihrem zweiten Anlauf merklich ermäßigt. Von Attentaten auf einen solchen Grundpfeiler der gesitteten menschlichen Gesellschaft wie die Ehe ist keine Rede mehr. Die Annahme männlicher Tracht und männlicher Sitten, wie z. B. des Rauchens und des flotten Biertrinkens, hat aufgehört, die besser gereifte weibliche Einbildungskraft zu reizen. Nicht einmal die politische Gleichberechtigung, nach welcher amerikanische und englische Damen neuerdings wieder mit allen Kräften trachten, findet unter den Zielen der deutschen Bewegung eine Stelle. Es handelt sich für sie lediglich um wirthschaftliche Gleichberechtigung. Das weibliche Geschlecht soll denselben unbeschränkten Zutritt zu allen Erwerbszweigen haben, denen es sich selbst gewachsen fühlen mag, wie das männliche Geschlecht. Die Agitation rüttelt daher nicht sowohl an Staatsgesetzen und Grundeinrichtungen der Gesellschaft, als an diesen oder jenen Vorurtheilen der Ueberlieferung, welche sich der Verwendung von weiblicher Arbeitskraft in gegebenen Fällen entgegenstellen. Die verschiedenen Zweige der Bewegung sind in dieser weisen Selbstbeschränkung mehr oder weniger einig.

Worin sie nicht einig sind, das ist hinsichtlich der Recrutirung ihrer streitenden Heere. Die von Leipzig aus geleitete Verbindung hat auf ihre Fahne „Selbsthilfe der Frauen" geschrieben, und nur eine Jungfrau von Orleans, ein weiblicher Fähnrich soll sie aufnehmen und vorantragen dürfen. Frauen allein schreiben die Wochenschrift, welche das literarische Organ dieser Partei ist, die „Neuen Bahnen", Frauen allein führen im Vorstande die Zügel, versammeln sich alljährlich zum deutschen Frauentage. Dahingegen wird das Organ der deutschen Frauenconferenz, die in Stuttgart heraus-

kommende allgemeine Frauenzeitung, von einem Manne, dem Capitän a. D. Korn redigirt, und auch in den Vereinen der norddeutſchen Großſtädte, welche ſich weder Leipzig noch Stuttgart angeſchloſſen haben, in Berlin, Breslau, Hamburg, Bremen, Hannover, Königsberg, Danzig u. ſ. f. wirken durchgängig Männer und Frauen gemeinſchaftlich. Wie es bei einer ſo jungen und noch überwiegend localiſirten Bewegung natürlich iſt, tritt die männliche Mitwirkung an dem einen Orte mehr zurück, an dem anderen in den Vordergrund. Letzteres gilt z. B. von Berlin, wo trotz des hohen weiblichen Protectorats das männliche Element die Hauptrolle ſpielt; während in Hamburg und Bremen der Damenthätigkeit alles das überlaſſen zu ſein ſcheint, was man ihr nicht zu entziehen braucht, ohne den praktiſchen Erfolg der Agitation zu gefährden.

Der bisherige praktiſche Erfolg der Agitation — das ſollte denn auch in der That der Maßſtab ſein, nach welchem allenthalben das gegenſeitige Verhältniß der beiden Geſchlechter in ihrem Zuſammenwirken bemeſſen würde. Von rein theoretiſchem Geſichtspunkt aus muß man ohnehin behaupten, daß es ſich bei dieſen Beſtrebungen entweder um eine wahre Angelegenheit der Menſchheit handle, an der beide Geſchlechter gleichmäßig intereſſirt ſind, oder auch nicht um das echte Intereſſe des weiblichen Geſchlechts. Man kann höchſtens zugeben, daß die Sache den von öffentlichen Aufgaben bisher ziemlich unbehelligten Frauen etwas näher liegt als den damit überhäuften Männern; daß folglich eine Beſchränkung des Beiſtands der letzteren auf das ſchlechthin nothwendige Minimum natürlich und gerathen erſcheint. Zu demſelben Schluſſe aber wird wohl auch die praktiſche Berechnung führen. Alles was viel Zeit und Hingebung erheiſcht, ohne eine beſondere Vertrautheit mit der Praxis des öffentlichen Lebens vorauszuſetzen, die tägliche innere Arbeit der Vereine, bleibe den Frauen ausſchließlich oder vorzugsweiſe überlaſſen; der männliche Rath trete hinzu, wenn es ſich um öffentliches Auftreten, um Einwirkungen auf die regierende oder geſetzgebende Gewalt des Staates handelt.

Nicht anders ſcheint man anfänglich die Frage auch hier in Leipzig angeſehen zu haben. Aber die compromittirenden Extravaganzen des Mannes, mit welchem man ſich damals hauptſächlich eingelaſſen hatte, des jetzt von Stuttgart aus agitirenden vormaligen Bonvèdhauptmanns Korn, brachten die entgegengeſetzte Anſchauungsweiſe auf. Das Kind wurde mit dem Bade ausgeſchüttet — der förmliche Grundſatz aufgeſtellt, daß die Frauen ſich ſelbſt helfen müßten. Der Glaube an die wunderbare Kraft, an eine Art Alleinberechtigung der Selbſthülfe war dazumal gerade im höchſten Schwang und wurde nach alter Erfahrung demgemäß mitunter auch auf

Verhältniſſe und Lagen angewandt, in denen er, jenſeits gewiſſer enger Grenzen wenigſtens, ſinnlos wurde.

In der Idee könnte man ſich allenfalls eine nicht ganz erfolgloſe Thätigkeit vorſtellen, bei welcher nur Frauenhände mitwirkten. Man könnte ſich denken, daß es einem Verbande energiſcher, opferwilliger, begüterter und angeſehener Damen z. B. gelänge, eine Art Hochſchule für das weibliche Geſchlecht oder eine mediciniſche Facultät für Studentinnen herzuſtellen. So hohen Flug jedoch haben auch die leipziger Führerinnen bisher nicht genommen. Ihre Unterſtützung des weiblichen Ringens nach wirthſchaftlicher Selbſtändigkeit beſchränkt ſich auf dieſelben rein örtlichen Anſtalten, wie ſie die gemiſchten Vereine anderer größerer Städte mit gleichem oder ſelbſt noch beſſerem Erfolg ins Leben gerufen haben. Ueber Leipzig hinaus wirken ſie blos literariſch anregend durch ihr Blatt und einmal im Jahre etwas ſtärker durch den Frauentag. Was ſie ſowohl auf dieſem als ſonſt im Laufe des Jahres thun, um läſtige Schranken niederzureißen, läuft im Weſentlichen darauf hinaus, Behörden und Körperſchaften bittweiſe um dies oder das zu erſuchen. Alle die ſo angegangenen Körperſchaften und Behörden beſtehen aus Männern. Hier findet die „Selbſthülfe der Frauen" alſo ihre Grenze. Wäre es da nicht zweckmäßiger, die Heranziehung des männlichen Beiſtands ſchon im Stadium der Berathung eintreten, das andere Geſchlecht theilnehmen zu laſſen an der Ueberlegung, welcherlei Ziele zunächſt und überhaupt ins Auge gefaßt, welche Wege zu denſelben hin eingeſchlagen werden ſollen? Es würde darin doch wohl eine Bürgſchaft mehr für die Wirkung ſolcher Schritte liegen, wie ſie bisher ziemlich erfolg- und eindrucklos gethan worden ſind, z. B. wegen Anſtellung von Frauenzimmern im norddeutſchen Poſt- und Telegraphendienſt oder wegen ihrer Zulaſſung zu den Prüfungen praktiſcher Aerzte.

Alles in Allem genommen beſchränken ſich die Ergebniſſe der deutſchen Bewegung bis jetzt auf einige Erleichterung der Lage des weiblichen Geſchlechts in einer Anzahl meiſt größerer deutſcher Städte. Anſtalten zur Nachweiſung weiblicher Arbeitskraft und lohnender Beſchäftigung für ſolche, vorübergehende oder dauernde Ausſtellungen weiblicher Arbeitsproducte, Schulen zur geſchäftlichen Ausbildung junger Mädchen — das ſind ſo ziemlich überall die Unternehmungen, welche von den beſtehenden Vereinen zuerſt in die Hand genommen und mit dem meiſten Glücke verfolgt worden ſind. Höhere und umfaſſendere Erfolge wird man wohl dann erſt erwarten dürfen, wenn es gelingt, die jetzt iſolirt arbeitenden Vereine der norddeutſchen Großſtädte in einer paſſenden Form zu ſtändigem Zuſammenwirken zu verbinden.

Daß ſolche Erfolge möglich ſind, daß es auch ohne jedes phantaſtiſche Hinüberſchweifen auf das politiſche oder ſociale Gebiet für die Verbeſſe-

rung der Lage des weiblichen Geschlechts unter gewissen regelmäßig wiederkehrenden Umständen noch reichlichen Spielraum gibt, lehrt ein Blick auf England. Wir wollen nur auf einige der dortigen Bestrebungen andeutungsweise aufmerksam machen.

Ende Mai dieses Jahres ging von Liverpool ein Segelschiff in See, das hundertundzehn junge Frauenzimmer nach Canada bringen sollte. Ihre Führerin, Miß Rye, die schon früher ähnliche Transporte nach Australien begleitet hat, war vorab mit den colonialen Regierungsbehörden in Verbindung getreten und hatte sich so vergewissert, daß ihre Pflegebefohlenen in Quebec, Montreal, Toronto und anderen canadischen Städten willkommen sein würden. Die Wichtigkeit dieser Art von Auswanderung kann nicht leicht zu hoch angeschlagen werden. Sicherer, handgreiflicher als jede andere hilft sie jenseits einem Mangel und diesseits einem Ueberfluß ab, erfüllt also den wahren Zweck alles Austausches zwischen verschiedenen Zonen und Völkern. Sie verpflanzt weibliche Arbeitskraft aus einem Lande, wo sie überreichlich vorhanden ist, folglich niedrig im Preise steht, nach einem anderen Lande, wo das gerade Gegentheil der Fall ist. Und woher, rührt es denn, daß im Vergleich zu männlicher Arbeitskraft weibliche Arbeitskräfte in England (und ebenso in Deutschland) so überreichlich vorhanden ist? Von der regelmäßigen Auswanderung so vieler ihr Glück suchender junger Männer nach anderen Welttheilen. Was also kann richtiger sein als Veranstaltungen treffen, um ihnen die entsprechende Anzahl junger Frauenzimmer nachzusenden? Da es im Allgemeinen noch nicht Mode ist, daß Mädchen sich entschließen, allein und auf gut Glück übers Meer zu gehen, so muß eine Vermittelung wie die der wackeren Miß Rye dazwischen treten. Die Auswanderungslustigen müssen gesammelt, von einer geeigneten Führerin begleitet und drüben womöglich gleich in vorab eröffnete Stellen hineingewiesen werden. Der einzige Fehler jener Veranstaltung ist, daß sie nicht mit noch größeren Zahlen auftritt. Hundert oder zweihundert Mädchen im Jahre auf ein Land wie England verringern das Angebot von weiblichen Arbeitskräften noch nicht sehr fühlbar. In Deutschland, dessen continentale Lage obendrein Nachschub aus den Nachbarländern bequem gestattet, würden sie es selbstverständlich noch weniger thun. Es wäre denn, daß das Beispiel und die Berichte der zuerst ausgewanderten Frauenzimmer mit der Zeit zu massenhafterer Nachfolge Veranlassung gäben.

Eine sehr heilsame, den deutschen Großstädten zu empfehlende Einrichtung ist die des in London gegründeten Clubs für Arbeiterinnen. Dort finden die zahlreichen Frauen und Mädchen, welche allein stehen und sich an kein befriedigendes Familienleben anzuschließen vermögen, zu jeder Zeit einen anständigen, von Versuchung freien, behaglichen Aufenthalt, mit Gelegenheit

zu leſen, zu ſchreiben, ſich zu unterhalten, ſich zu erfriſchen, unter Umſtänden auch die Nacht zuzubringen. Wer, der ſich jemals um die Zuſtände des niedern Volks gekümmert hat, wüßte nicht, welche Gefahren in der leeren Muße des Sonntagnachmittags ſchlummern! Im beſſeren Falle iſt ſie fruchtbar an verfrühten Ehen; im ſchlimmeren an Unordnungen aller Art, Proſtitution und Trunkſucht. Die Darbietung eines angenehmen Aufenthaltsortes würde zahlreiche Mädchen dieſer Gefahr des reinen Müßiggangs entziehen und für einen Theil derſelben die Ausſicht eröffnen, daß ſie ſich vermöge eigener Anſtrengung über ihre angeborene Niedrigkeit und Ungeſittung erheben.

Geglückt iſt ferner in England das Streben, die Univerſitätsprüfungen auch Mädchen und Frauen zugänglich zu machen. Wenn der Ausfall der erſten gemeinſamen oder gemiſchten Prüfungen die Organe der Frauenemancipation zu Dithyramben begeiſtert hat, weil die weiblichen Examinanden ſich den männlichen im Durchſchnitt überlegen zeigten, ſo iſt das freilich etwas gedankenlos; denn im Anfang werden natürlich nur die muthigſten und tüchtigſten jungen Damen in dieſe neue Arena eingetreten ſein, und erſt die Erfahrung ſpäterer Jahre kann das wahre Verhältniß der Geſchlechter zu einander in dieſer Beziehung herausſtellen. Im Uebrigen iſt damit eine weite Bahn geöffnet; die Studien blühen, die Geiſter erwachen — könnte man mit Hutten jetzt von der engliſchen Frauenwelt ſagen, in die ein merkwürdiger Drang nach neuem Wiſſen und neuem Thun gefahren iſt. Eine Miß Thorne hat neulich das Apothekerexamen aufs Glänzendſte beſtanden, eine Miß Garrett hält in London Vorleſungen über Phyſiologie und Hygiene ſpeciell für das ſolcher Aufklärung ſehr bedürftige weibliche Geſchlecht. Wie lange wird es dauern, ſo erheben ſich irgendwo in Londons Nähe die ſtattlichen Räume einer Hochſchule für das weibliche Geſchlecht, nicht wie die zu Poughkeepſie in den Vereinigten Staaten von einem Einzelnen ins Werk gerichtet, ſondern durch Selbſtbeſtimmung einer großen Zahl von engliſchen Frauen und Mädchen gegründet und nach Erziehungsideen eingerichtet, die unmittelbar aus dem vorwärtsſtrömenden geiſtigen Fonds der Zeit geſchöpft, nicht veralteten Schablonen entlehnt ſind? Vielleicht daß daraus ſelbſt der Unterricht des männlichen Geſchlechts auf ſeinen höchſten Stufen einen Anſtoß zu gründlicher Reviſion empfängt.

Die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg.

Aus Holstein, Anfang October.

γ. Mehrfach schon ist in der norddeutschen Presse der Plan, die kieler Hochschule nach Hamburg-Altona zu verlegen, besprochen und von den Betheiligten theils mit Widerspruch, theils aber auch mit lebhafter Billigung begrüßt worden. Es sei vergönnt, an dieser Stelle die entscheidenden Gründe für diese Maßnahme wie sie aus Betrachtung an Ort und Stelle gesammelt sind, vorzutragen. Eben der gegenwärtige Augenblick, wo eine Reihe wichtiger akademischer Institute mit neuen zeitgemäßeren Baulichkeiten versehen werden soll, entscheidet auch in jener vornehmsten unserer Universitätsfragen. Denn wenn erst das neue Auditoriengebäude, eine neue Anatomie, ein zoologisches Museum, ein neues chemisches Laboratorium, ein physiologisches Institut, eine Sternwarte, ein neues Bibliotheksgebäude fertig stehen, würde die Cardinalfrage, ob das Verbleiben der Akademie in Kiel für diese selbst auch wünschenswerth wäre, kaum noch ein theoretisches Interesse gewähren.

Bevor im Jahre 1665 die Universität in Kiel von dem gottorpischen Herzoge Christian Albrecht gestiftet ward, ist großer Zweifel gewesen, ob dieselbe besser in der Stadt Schleswig, der fürstlichen Residenz, oder aber in Kiel zu gründen sei. Es mag heute dahingestellt bleiben, welchen Einfluß eine Universität in der Stadt Schleswig auf die Mischung der Nationalitäten im Herzogthum hätte gewinnen können, und ob wir Epigonen dann noch eine nordschleswigsche Frage zu studiren brauchten. Jedenfalls ist die Errichtung einer Hochschule in dem gottorpischen Theile Schleswig-Holsteins ein Act von wesentlicher politischer Tragweite geworden: die Geschichte der Christiana-Albertina während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts ist dafür ein ebenso glänzender wie ehrenvoller Beweis. All das schwere Leid, welches die Dänenkönige auf das blutsverwandte gottorpische Fürstenhaus gehäuft, ist ihnen von der Universität Kiel, dem Lieblingskinde dieses erlauchten Hauses, ehrlich heimgezahlt worden.

Aber diese hervorragende politische Bedeutung unserer Universität ist geschwunden, ihre politische Rolle ward im Grunde schon mit der Niederwerfung der Herzogthümer im Jahre 1851 beschlossen. Der schwere vernichtende Schlag, welchen die dänische Regierung mit der Absetzung der neun Professoren gegen die Universität führte, der unersetzliche Verlust, den sie durch den Tod Falck's und Joh. Christiansen's bald nacheinander erlitt, der stete lastende Druck, die geflissentliche Vernachlässigung aller wissenschaftlichen Interessen, dazu die Auswahl neu zu berufender Kräfte seitens der Regierung mit besonderer Rücksicht auf Nichtbefähigung zu politischer

Opposition — alle diese Umstände zusammen lähmten den Widerstandsgeist, und die Universität verlor in der Zeit von 1851—1863 nicht blos an politischem Gewichte. Die politische Aufgabe ward damals von den besten Kräften des Bürger- und Bauernstandes selbst aufgenommen, deren Führer Th. Lehmann in den nationalen Bestrebungen des überelbischen Deutschlands im Anfang dieses Jahrzehnts eine Stütze suchte und fand.

Seit 1863 mag die Universität wieder als ein bedeutenderer Factor in den politischen Kämpfen wenigstens den Fernerstehenden erschienen sein. Der Ausgang dieser Kämpfe ist bekannt; immerhin hat die Universität ihrer Pflicht als deutsche Hochschule lediglich genügt, als sie sich den auf Trennung der Herzogthümer von Dänemark gerichteten Bestrebungen anschloß. Wenn aber dieselbe nachher sich verleiten ließ, als Corporation in den Streit, ob preußisch, ob augustenburgisch einzutreten, so hat dies viele Fernstehende über die wirkliche Sachlage derzeit nur irregeführt.

Erwies sich diese fortgesetzte Theilnahme an den politischen Dingen nach vollendeter Lösung der nationalen Aufgabe schon als ein Mißgriff, so kann ganz selbstverständlich jetzt von einer politischen Bedeutung der kieler Universität nicht mehr und nicht weniger die Rede sein als bei ihren gelehrten Schwestern in den älteren Provinzen. Dies scheint so natürlich, daß eine fernere Täuschung Einzelner hierüber nur einer gewissen Ueberspanntheit entspringen kann, welche Jene die an sich selbst verspürte Berufung zur Politik irrthümlich auf das Ganze der Corporation übertragen läßt; die kieler Universität ist aber nicht mehr die deutsche Universität im dänischen Gesammtstaate, und damit ist auch der hauptsächliche Grund hinweggefallen, welcher sie, die geistige Festung der Herzogthümer in Kiel zu halten nöthigte. Und dieser Beweggrund war seinerseits so überaus gewichtig, daß dawider alle sonstigen, auch triftigen Erwägungen stets zurückgehalten werden mußten.

Hamburg-Altona mit etwa einer Viertelmillion Einwohner, die natürliche Hauptstadt der Herzogthümer, wohin die Bevölkerung Schleswig-Holsteins ihre wichtigsten Handelsbeziehungen hat und wo die Einzelnen am häufigsten persönlich verkehren, die Stadt wohin die Herzogthümer Jahr aus Jahr ein die Blüthe ihrer Jugend in die Comptoire zur Ausbildung entsenden, mit der sie durch unzählige Bande des Blutes und der Interessen verknüpft sind, von wo aus endlich ganz Schleswig-Holstein fast ausschließlich mit den täglichen Erzeugnissen der Presse versorgt wird — Hamburg-Altona, obgleich der geistige und commercielle Mittelpunkt dieser Lande, muß der Universität doch entbehren. Daß die Elbherzogthümer diesen inneren Widerspruch bisher weniger empfunden haben, läßt sich allein, aber auch vollständig aus jenem nationalen Interesse erklären, welches sie selbst an die fortdauernde Erhaltung der Universität in der Stadt Kiel band. Der

Widerspruch tritt zunächst darin hervor, daß die Universität gleichwie das Leben und die Anschauungsweise der ganzen schleswig-holsteinischen Provinz lediglich unter dem bestimmenden Einfluß der hamburgischen Metropole selber steht, während diese von der Universität hinwiederum gar Nichts zurückempfängt; auch hat die manchmal spießbürgerliche Configuration der Wissenschaft und ihrer Träger an kleinen Universitäten dem Geschmacke und der Denkungsart des Großstädters wenig Behagliches. Ganz anders könnte es sein, wenn in der deutschen Welthandelsstadt ein Centrum der Wissenschaft, eine große Universität thätig wäre, welche, die materialistische Richtung veredelnd, die ungleich überlegneren großartigen Impulse des inneren und äußeren Lebens dieser Stadt und somit der Nation erhöhte und erweiterte. Wer würde es denn erträglich finden, wenn etwa Berlin, das Herz Deutschlands, das mächtige Fabrik- uud Handelsemporium, ohne Hochschule sein sollte? Und sind die Anrechte und Bedürfnisse Hamburgs so viel geringer? Auch den Elbherzogthümern selbst würde die hamburger Universität mehr werden als eine Vorbereitungsanstalt Eingeborener behufs der Examina. Charakteristisch ist z. B. für die kieler Universität, daß es von dort aus noch nicht versucht worden ist, vor dem Publikum Hamburgs wissenschaftliche Vorträge zu halten, während in Berlin die Mitglieder der Universität mit den Angehörigen der übrigen wissenschaftlichen Anstalten hierin wetteifern. Und doch gibt es, soviel uns bekannt, für solche Vorträge in ganz Deutschland kaum ein dankbareres, lernbegierigeres Publikum als gerade dasjenige Hamburgs. Auf bedeutende und tiefer liegende Mängel endlich deutet der Umstand, daß die Hamburger ihre Söhne fast niemals in Kiel studiren lassen.

Die wissenschaftlichen Leistungen der kieler Hochschule während der letzten Jahrzehnte einer eingehenden Würdigung zu unterziehen, ist nicht unsere Absicht; schon weil wir selbst von dem guten Willen der Betheiligten so viel verlangen, möchten wir hier nichts Hartes gesagt haben. Ohnehin dürfte sich schwerlich gegen die Behauptung Widerspruch erheben, daß eine Reihe wichtiger und umfassender Wissenszweige in Hamburg einer viel größeren Entfaltung fähig wäre, als solche bisher in Kiel stattgefunden. Der Umfang des Materiales, welches dort sich bietet und jetzt theils unbenutzt bleibt, theils nur ungenügend verarbeitet wird, ist außerordentlich. Wer z. B. die Gebäude des allgemeinen Krankenhauses in der Vorstadt St. Georg gesehen, der weiß, was gemeint ist. Hier findet sich ein Reichthum des Materials, mit welchem verglichen dasjenige, was in den kieler Hospitälern vorkommt, nur als dürftig erscheint und wodurch der Lernende so wenig wie der Lehrer selbst schließlich sich befriedigt fühlen kann. Derselben Fülle des Stoffes wie die Medicin würden die Naturwissenschaften im weiteren Sinne sich erfreuen. Was hierin die große Handelsstadt zu gewähren vermag, zeigt

allein schon der botanische und der zoologische Garten Hamburgs; fast sämmtliche Fächer der Naturwissenschaft dürften aus den Welthandelsbeziehungen dieser Stadt Förderung gewärtigen. Was ist dort im Vergleich mit Kiel für die Botanik, die Zoologie, Geologie und Mineralogie, die Erdkunde, die Meteorologie zu leisten, zu gewinnen! Um nur eins der entlegensten Fächer, die Pharmakognosie herauszugreifen, für dasselbe fände sich eine nie versiegende Auswahl bester, stets neu zu ersetzender Stoffe.

Der großartige, wahrhaft patriotische Sinn der Bürger Hamburgs, welcher an den beiden Instituten des zoologischen und botanischen Gartens sowie den übrigen mit dem dortigen akademischen Gymnasium verbundenen Anstalten in immer steigendem Maße sich bewährt hat, er würde sicherlich auch den umfassenderen naturwissenschaftlichen Aufgaben und Bedürfnissen einer Universität gegenüber nicht fehlen. Keine Wissenschaft, am wenigsten die Naturwissenschaft kann, um ihre Gegenstände zu gewinnen, nützlicher persönlicher Verbindung entrathen. Hier vermag schon der einzelne Kaufmann und Rheder, welcher seine Schiffe in die fernsten Welttheile entsendet, der Wissenschaft segensreiche Unterstützung zu gewähren. Rühmliches ist in dieser Richtung von Hamburg geschehen. Außer dem öffentlichen naturhistorischen Museum birgt die Stadt über 30 bedeutendere naturwissenschaftliche Privatsammlungen.

Nicht minder günstige Bedingungen würde die juristische Facultät vorfinden; hinsichtlich der handelsrechtlichen Disciplinen versteht sich dies von selbst. Nicht zu unterschätzen aber wäre auch, daß die Lehrer aller Rechtsdisciplinen, mitten im Verkehre des Welthandels, aus den unmittelbaren Eindrücken des Rechtslebens, wie solches sich thatsächlich gestaltet, täglich fruchtbare Anregung für sich würden schöpfen können. Welcher der Leser etwa den Sitzungen des Handelsgerichts zu Hamburg beigewohnt hat, der wird uns hierin seine Zustimmung nicht versagen. Gewiß ist es verkehrt, den Lernenden auf der Universität gleichzeitig auch zum praktischen Geschäftsmanne ausbilden zu wollen; aber auch ohne eigentliches Studium, schon aus der Berührung mit dem täglichen Leben allein würde der Rechtsbeflissene in Hamburg sich soviel des praktischen Verständnisses von selber anzueignen Gelegenheit haben, als er dem erreichten Bildungsgrade nach aufzunehmen berechtigt ist. Wie oft und schmerzlich vermißt der Hörer an der kleinen Universität bei der Mehrzahl seiner Rechtslehrer eine wirklich praktische Anschauung, ein eigenes lebendiges Verständniß des mitgetheilten Lernstoffs. Das ist ein Mangel der Verhältnisse selbst; wie könnte der Lehrer denn solchen Vorzug gewinnen in den kleinen deutschen Universitätsorten, wo vielleicht nur des strebsamen Ackerbürgers Unternehmungen der täglichen Betrachtung Stoff gewähren. Zur Lösung der großen gesetzgeberischen Auf-

gaben, welche die Rechtsentwickelung Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte stellt, bedarf die Nation eines reichlichen Nachwuchses, bei dem vielseitige und umfassende Gesichtspunkte mit gründlicher Rechtskenntniß sich vereinigt finden. Und solcher Männer würde die Universität Hamburg viele bilden.

Es bleibt übrig, daß wir der historischen und Staatswissenschaften in Kürze gedenken. Hamburg ist die Stadt, wo einst die Handelsschule des trefflichen Büsch Männer wie Barthold, G. Niebuhr und Andere erzogen hat; hier eröffnet sich ein weites nur wenig angebautes Feld für Ausbildung der Lehren vom Staate und des Verkehrslebens. Wir erinnern an die Arbeiten des verdienten Professor Wurm; wie wenig ist seitdem geschehen, und was könnte doch gerade hier geleistet werden. Hamburg erleichtert die Anknüpfung an die wissenschaftlichen Bestrebungen anderer Länder und Welttheile, und dies ist von großer Bedeutung. Die Stadt besitzt zudem in ihrer Commerzbibliothek gerade für eine staatswissenschaftliche Facultät eine schöne Grundlage. Und nicht blos daß in allen Zweigen der Volkswirthschaftslehre, in der Statistik und Politik, Handels- und Finanzwissenschaften, der Kunde und Geschichte fremder Nationen, von dem Forscher in der Theorie Erhebliches geschaffen würde; nicht minder groß dürfte die Rückwirkung der Wissenschaft auf die handel- und gewerbtreibende Bevölkerung Hamburgs sein. Hierfür ist in Hamburg ein fruchtbarer Boden bereitet. Der Hinweis auf die öffentliche Gewerbeschule und die Schule für Bauhandwerker mit zusammen circa 700 Schülern und 15 Lehrern mag genügen, der reichen Zahl praktisch-wissenschaftlicher Vereine zu geschweigen. Fast möchte man zweifeln, ob eine Universität Hamburg diesem Boden mehr geben, denn aus ihm empfangen kann, wäre es nicht, daß gerade die Wechselwirkung Beider die edelsten Früchte verspräche*).

Wie die Verlegung der kieler Universität auszuführen ist, läßt sich in verschiedener Weise denken. Sei es nun, daß dieselbe, wie minder entsprechend vorgeschlagen ist, in Altona eingerichtet würde, sei es, daß sie eben in Hamburg selbst ihren Sitz erhält, als ein Preußen und Hamburg gemeinschaftliches Institut, verschmolzen mit dem akademischen Gymnasium — soviel steht uns fest, daß die Universität in Kiel nicht bleiben kann, daß der Staat im Begriff steht, hier ein Capital anzulegen, welches auf dem frischeren Boden Hamburgs der deutschen Nation einen ungleich reicheren geistigen Ertrag verspricht. Es mag hierfür noch ein Umstand besprochen werden, der scheinbar fernliegend, doch von einiger Tragweite ist. Hamburg ist die Haupt-

*) Bekannt ist, daß das ethnographische Museum lediglich aus Geschenken Privater gebildet wurde.

ſtadt nicht blos von Schleswig-Holſtein, ſondern der ganzen cimbriſchen Halbinſel. Die Stadt Kiel kann ſich in dieſer Beziehung mit Hamburg auch nicht im Entfernteſten meſſen, ihre künftige Größe als deutſcher Kriegshafen ſteht auf völlig anderem Felde. Kiel liegt nun ganz abſeiten der großen cimbriſchen Verkehrsbahn, während mit deren Vollendung die Bedeutung und das Gewicht Hamburgs dagegen noch geſteigert erſcheint. Das ſtille thätige Walten deutſcher Geſittung, deutſchen Fleißes längs unſerer Halbinſel würde von Hamburg aus durch ein großes Centrum deutſcher Wiſſenſchaft mächtig unterſtützt werden. Die Univerſität Kiel wird der kopenhagener niemals ebenbürtig, geſchweige denn überlegen ſein.

Nicht ohne Betrübniß — denn auch wir ſind der Chriſtiana Albertina zum Danke verpflichtet — erwähnen wir zum Schluſſe des Siechthums, welches im Laufe der letzten Jahre die Univerſität gezeigt hat. Seitdem das in Kiel abzuhaltende Biennium für Anſtellung in den Herzogthümern kein verpflichtendes Erforderniß mehr iſt, ſeitdem die ſchleswig-holſteiniſchen Juriſten und Aerzte in der ganzen Monarchie den Ort ihrer Examina frei wählen dürfen, iſt eine Abnahme der in Kiel Studirenden hervorgetreten. Nachſtehende Zuſammenſtellung läßt darüber keinen Zweifel:

	Geſammtzahl der Studirenden.	Juriſten.	Mediciner.
Winter 1866/67	242	82	72
Sommer 1867	223	59	77
Winter 1867/68	204	42	69
Sommer 1868	181	30	62

Die Zahlen der Theologen und Philoſophen ſind in dem bezeichneten Zeitraum conſtant geblieben, erſtere ſchwanken zwiſchen 58 und 55, letztere zwiſchen 30 und 34.

Wie dem Schwinden der Studentenzahl zu ſteuern, iſt ſchwer erfindlich; ein unüberſteigliches Hinderniß liegt vornehmlich in der großen Theuerung der Lebensbedürfniſſe. Kiel iſt notoriſch eine der theuerſten Städte Deutſchlands, und dies veranlaßt ſelbſtverſtändlich die Studirenden, ſich nach anderen Univerſitätsorten zu wenden, wo ſie einerſeits weniger Geld brauchen, andererſeits auch wohl für dieſen geringeren Aufwand mehrere und reichere Bildungsmittel zu Gebote ſtehen als in Kiel. Für die Theologen und Philoſophen liegen die Verhältniſſe dadurch etwas anders, daß bei ihren Facultäten ſich Stipendien finden, mittelſt welcher einer gewiſſen Anzahl armer Studenten die Exiſtenz geſichert wird; die hierdurch gegebene Ernährungsgrenze wird natürlich nicht überſchritten. Ebenfalls iſt durch die herrſchende Theuerung die Berufung neuer, reſp. das Feſthalten bereits vorhandener Lehrkräfte ſehr erſchwert.

Wenn hier nun nicht zu helfen iſt, ſo möge man das Unvermeidliche bald

ſich bekennen und demgemäß handeln. Die weſtliche Hälfte der deutſchen Oſtſeeküſte iſt ohnehin mit den drei Univerſitäten Greifswald, Roſtock und Kiel allzu reichlich verſehen, und von dieſen hat Kiel eine beſonders ungünſtige Lage. Will man die Univerſität Kiel nicht verlegen, ſo iſt kein Grund, weshalb ſie noch ferner erhalten bleiben ſoll.

Endlich noch Eins. Der Grund, welcher der Anlage von Univerſitäten in großen Städten meiſt entgegengehalten wird, iſt bekannt; es iſt die Fülle ſinnlicher Genüſſe, deren Verlockungen man die Jugend nicht ausgeſetzt wiſſen will. Aber wenn es möglich war, daß in einer Stadt wie Berlin, welche ſolche Bedenken nicht minder treffen, die Univerſität und zahlreiche andere große Bildungsanſtalten zu ſo glänzender Blüthe gelangt ſind, ſo wird Jenes auch Hamburg nicht entgegenſtehen. Es bedarf für die Gründung der Univerſität in Hamburg eines großartigen Willens, eines Entſchluſſes wie der, welchem die berliner Univerſität ein preiswürdiges Daſein verdankt.

Hermann Baumgartens, Geſchichte von Spanien.

Staatengeſchichte der neueſten Zeit. Vierzehnter Band. Erſte Hälfte. Geſchichte Spaniens vom Ausbruch der franzöſiſchen Revolution bis auf unſere Tage. Von Hermann Baumgarten. Zweiter Theil. Erſter Halbband. Leipzig, S. Hirzel. 1868.

Die letzte Kataſtrophe in Spanien iſt von einer ungeheuren Majorität der Deutſchen mit lebhafter Freude begrüßt worden. Zuerſt natürlich wegen der Spanier ſelbſt. Dann, weil auch für uns eine Niederlage der franzöſiſchen Chauviniſten und der Ultramontanen in dieſem Augenblick die Bedeutung eines ſiegreichen Erfolges hat.

Endlich ſei hier verſtattet, noch eine kleine Privatfreude über die große Kriſis auszuſprechen, und zwar im Intereſſe des deutſchen Geſchichtſchreibers ſpaniſcher Schickſale. Denn ſeiner Geſchichte Spaniens wird durch die Ereigniſſe jetzt ein Abſchluß geſchaffen, wie ihn der Hiſtoriker ſich nicht beſſer wünſchen kann. Und da wir nicht möchten, daß dieſe Gelehrtenfreude über die Förderung, welche die Arbeit eines Einzelnen erfährt, vor dem großen Strom politiſcher Ereigniſſe unſern Landsleuten frivol erſcheine, ſoll hier angedeutet werden, weshalb unſer Publikum Urſache hat, dies Behagen zu theilen. Bekanntlich iſt die Aufgabe des Hiſtorikers, das geſchichtlich Gewordene nach dem Maß der Kenntniſſe und des Verſtändniſſes, welches

ihm seine Zeit und sein Volk an die Hand gibt, zu beurtheilen. Die ethischen und politischen Gesichtspunkte, nach denen er urtheilt, ja seine ganze Auffassung eines fremden Volksthums sind in dem letzten Grunde abhängig von dem Ethos und der Einsicht, welche ihm sein eigenes Leben unter seinen Zeitgenossen vergönnt hat. Nun ist eine oft bewährte Eigenschaft der Deutschen, deren sie sich wohl als eines Vorzuges rühmen dürfen, daß sie Respect vor fremder Tüchtigkeit, ehrfurchtsvolle Betrachtung der großen Culturprocesse jeder Nation, ein inniges Verständniß für das Charakteristische der Fremden zu ihrer Geschichtschreibung mitgebracht haben. Nicht ebenso groß war in vergangener öder Zeit die Sicherheit ihres politischen Urtheils, und wir haben bei namhaften Historikern entweder Stumpfheit in der Auffassung geschichtlicher Verschuldung, oder launische Willkür im Urtheil, oder den polternden Eifer erlebt, welcher von vergangenen Menschen die aufgeklärte Zeitbildung späterer Geschlechter forderte, oder endlich eine unheimliche Objectivität, welche zwar bemüht war, ein historisches Leben aus den Culturverhältnissen seiner Zeit zu erklären, aber darüber vergaß, daß der Geschichtschreiber zwar die Menschen nach dem Maßstabe ihrer Zeit und Cultur, jede Zeit aber nach dem Maßstabe der eigenen Zeit und Cultur zu richten hat. Das ist in der letzten Generation besser geworden, auch nach dieser Richtung haben wir uns eines großen Fortschritts zu freuen. Und unter den Werken, welche uns durch Festigkeit, Unbefangenheit und edle Humanität des Urtheils belehren, steht das vorliegende Buch in erster Reihe. Hier ist ein deutscher Gelehrter, der es zu einer Aufgabe seines Lebens gemacht hat, die seltsamen und verworrenen Verhältnisse Spaniens seit der Zeit, wo die matten Strahlen der Aufklärung und der Sturm der französischen Revolution über dies Land fuhren, zu schildern. Das Werk, über welchem er schafft, wurde durch die Entfernung des Landes und die Unzugänglichkeit vieler Geschichtsquellen sehr erschwert; außerdem dadurch, daß für wichtige Jahre der spanischen Entwickelung die geschriebenen und gedruckten Quellenschriften überhaupt spärlich vorhanden sind. Finden sich doch z. B. bedeutsame Zeitberichte und Flugschriften aus der Zeit des napoleonischen Krieges in den viel geplünderten und verwüsteten Archiven und Bibliotheken Spaniens gar nicht oder sehr fragmentarisch vor.

Der Verfasser war bemüht, durch Reisen in deutsche Archive und Bibliotheken sowie in Spanien selbst, und durch persönlichen Verkehr mit den letzten Zeugen der frühern spanischen Revolutionen das irgend Erreichbare mit deutschem Fleiß zu sammeln. Das Beste des neuen Materials waren ihm nächst den im Lande selbst gewonnenen Anschauungen wohl die fremden Gesandtenberichte, zumal im preußischen Archive. Und wir dürfen annehmen, daß manche Einzelheiten, verworrene Fäden elender Hofintriguen

und Betheiligung einflußreicher Menschen daran in der Zukunft durch Actenstücke, welche jetzt unzugänglich sind, in helleres Licht treten werden. Aber der Verlauf der spanischen Geschichte seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts ist in Wahrheit so, daß Correcturen in Einzelheiten verhältnißmäßig geringe Bedeutung haben, denn wenn irgendwo, wirkt dort über schwachen Personen und kleinem Egoismus ein ungeheures Verhängniß, die Wucht aufgehäufter Schuld aus frühern Jahrhunderten, welche die Politiker entsittlicht, die Reformen ohnmächtig macht, alle Versuche staatlicher Regeneration verdirbt. Es ist der Raubsinn der Conquistadoren, die katholische Reaction und die Pfaffenherrschaft, welche von dem 16. Jahrhundert ab ihre schwarzen Schatten über ein Volk gelegt haben, dessen Stämme seit der Völkerwanderung einige der edelsten Seiten germanischer Natur mit der zähen Lebenskraft der Ureinwohner und orientalischem Wechsel von Trägheit und Leidenschaftlichkeit verbunden zeigen. Dem Fluche alter Schuld verfällt das Geschlecht der spanischen Habsburger und nach ihm das der Bourbonen, die Fürstenkrankheit, jener grauenhafte verkehrte Wahn der Schrankenlosigkeit, umfängt den Sinn fast aller Regierenden und schafft dort eine Reihe von besonders auffallenden Gestalten, widerwärtig durch eine Mischung von mönchischer Bigotterie und zügelloser Sinnlichkeit, von dummer Unehrlichkeit und Tücke mit jähem Wechsel von Hochmuth und Niederträchtigkeit. Kaum einer der Fürsten bewahrt sich in der ungesunden Luft die Reste einer bessern Natur. Und wie die Krankheit der spanischen Könige ist der Verderb der Staatsmänner ohne Beispiel in der neuern Geschichte. Auch den Besten ist unmöglich, die Versöhnung zwischen den humanistischen Theorien der Aufklärungszeit und den verrotteten Zuständen des Landes zu finden. Die ehrlichsten Reformversuche scheitern immer wieder, die beste Tendenz verwandelt sich bei ungeschickter und halber Ausführung in das Gegentheil. Wie dies Alles kommen mußte, hat Baumgarten in ausgezeichneter Weise dargestellt, und bei jedem Abschnitt seiner Erzählung erfreut sein Scharfsinn in Beurtheilung der Menschen und Verhältnisse, die sorgfältige spannende Erzählung und ein fein empfindendes Gemüth, welches die Geheimnisse des historischen Werdens bis zu den letzten uns erreichbaren Bildungen zu schauen befähigt ist.

Es war Resignation zur Uebernahme einer solchen Arbeit nöthig. Denn ein Jahrzehnt nach dem andern zieht über dieses Volk, die Personen wechseln, und doch immer wieder das alte trostlose Spiel von vergeblichen Anläufen zum Besseren und von Rückfall in Möncherei und bornirte Willkür, ein unaufhörliches Feilschen und Abenteuern Ehrgeiziger um den Staat; die heute Generäle, Minister und Lieblinge der Herrscher sind, werden morgen unzufriedene Verschwörer. Und doch birgt sich hinter dieser scheinbaren Stagnation des Landes und ohnmächtigem Intriguenspiel der Regierenden ein

langsamer aber unabläſſiger Fortſchritt zum Beſſeren. Die alte Wahrheit, daß die ſchlechteſte Regierung nicht ſo viel ruiniren kann, als das Culturvolk durch die ſtille Arbeit von Millionen Kleiner gewinnt, gilt auch in Spanien, obgleich dies Land ſo reich an anſpruchsvollen Müßiggängern iſt. Wer die Cultur Spaniens im Jahre 1868 mit den Verhältniſſen im Anfang des Jahrhunderts vergleicht, Handel, Städteleben, ſogar die Schulen und die Landwirthſchaft, Staatsfinanzen, die Richter, die Verwaltung, Heer und Flotte, der wird, wenn er den Maßſtab ſeines weiter fortgeſchrittenen Volkes anlegt, überall zuerſt auffällige Schäden finden und doch nicht leugnen, daß trotz Allem gegen die Zeit Napoleon I. und Ferdinand VII. ſehr viel gebeſſert iſt. Auch in den Charakteren der Politiker iſt der Fortſchritt deutlich. Politiſche Ueberzeugungen, welche zu Anfang des Jahrhunderts nur in wenigen der Intelligenteſten lebten, ſind jetzt Gemeingut geworden. Eine geſetzliche Grundlage für den Staatsorganismus iſt gewonnen, ſogar die reagirenden Gewaltmaßregeln der Könige und der Pfaffen ſind humaner geworden. Bei den inneren Kämpfen der Gegenwart handelte es ſich nicht mehr um abſolute Königsherrſchaft oder Verfaſſung, nur um die Hinterliſt und das böſe Gewiſſen der Regierenden, welche gültiges Geſetz escamotiren wollten. Die öffentliche Meinung, wie ſie in der Preſſe ihren Ausdruck findet, iſt noch ſchwach, und die Controle, welche ſie über die Ehrlichkeit der Politiker ausübt, iſt ſelten kräftig genug, um Eigennutz und rohen Egoismus zu bändigen, aber ſie übt ihr läſtiges Cenſoramt doch immer wieder und ihre Unterdrückung war die verhängnißvollſte Ungeſetzlichkeit des geſtürzten Regiments. Die geiſtige Iſolirung der Spanier hat aufgehört; wer über die Menge hervorragt, dem liegt daran, die gute Meinung des Auslandes zu gewinnen und zu behalten, nicht mehr fremder Regierungen, welche geheime Dienſte bezahlen, ſondern der Nationen, welche vom Politiker Patriotismus und Ehrlichkeit, von dem Gelehrten die moderne Wiſſenſchaftlichkeit fordern. Dampfmaſchinen und Eiſenbahnen, Staatsgläubiger und Comptoirbriefe, Revue-Artikel und Kammerreden, die Einwanderung Fremder und die Reiſen Eingeborener, vor Allem die Arbeit der Werkſtatt und die Lehren der Schulſtube haben im Bunde mit den verhängnißvollen Erfahrungen der letzten hundert Jahre an Charakter und Sitten der Spanier ihre ſegensreiche Arbeit gethan. Für den Geſchichtſchreiber iſt es vielleicht die ſchwierigſte Aufgabe, ſolche Fortbildung, die zwiſchen Hemmniſſen aller Art von Jahr zu Jahr wirkſam iſt, zu ſchildern und in ihren Reſultaten zu würdigen. Daß in dem vorliegenden Werke das Auge des Verfaſſers unabläſſig auf dieſen realen Gewinn der Nation, die tröſtliche Kehrſeite des leidvollen politiſchen Lebens gerichtet iſt, vermag man bereits aus den vorliegenden Theilen des Werkes zu erkennen.

Die Herausgabe des neuen Halbbandes kommt zu gelegenster Zeit. Derselbe enthält die Restauration des bourbonischen Königthums unter Ferdinand VII., vom Sturze Napoleon's 1814 bis 1820, und den Beginn der Militärrevolutionen und Wiedereinführung der Verfassung, welcher die französische Intervention durch den Herzog von Angoulème folgte. Die hier geschilderte Zeit bildet Boden und Grundlage für die Zustände und Parteiverhältnisse, welche bis zur Gegenwart das Schicksal Spaniens bestimmt haben, es ist auch die erste Jugendzeit der meisten Staatsmänner, welche jetzt die Geschicke Spaniens zu entscheiden haben. Der ruhmlose Fall der Verfassung von 1812, der unsinnige Enthusiasmus, mit welchem die Spanier sich ihrem elenden Könige zu Füßen warfen, der Charakter Ferdinand's VII., die höchst kläglichen Charaktere und Intriguen seiner reactionären Staatsmänner, der Kampf Englands und Rußlands um die Herrschaft an einem sittenlosen und ohnmächtigen Hofe, und der erste Ausbruch der Enttäuschung und Unzufriedenheit in dem betrogenen Volke sind erzählt. Der Verfasser bewährt auch hier Wissen, Kunst und gute Natur, welche an dem ersten Band seiner Geschichte zu rühmen waren, er überzeugt, indem er belehrt, und er gibt dem Leser sicheres Vertrauen zu seinem Urtheil und die sympathische Empfindung, welche einzuflößen das Vorrecht eines hochgesinnten und guten Mannes ist.

Möge ihm Lust und Kraft bleiben, das treffliche Werk, dessen wir Deutsche uns rühmen, bis zum Ende, d. h. bis zu der Katastrophe neuester Gegenwart, fortzusetzen, und möge ihm selbst dabei die schönste Freude werden, welche einem deutschen Geschichtschreiber werden kann, die Freude, daß sein ehrlicher Sinn in den letzten Resultaten der Zeit und des Volkes, welche er schildert, einen dauernden Fortschritt erkennt, der seinem eigenen Herzen wohlthut.

♀

Galizien und die beiden östreichischen Reichshälften.

✕ Zu der Ministerkrisis, welche sich gegenwärtig in Wien vollzieht, haben die Vorgänge auf dem letzten lemberger Landtage die Veranlassung gegeben — das ist eigentlich Alles, was bisher über den Rücktritt des Ministerpräsidenten Fürsten Carlos Auersperg zuverlässig bekannt geworden. Fest zu stehen scheint außerdem nur noch, daß der Rücktritt des bisherigen Leiters des cisleithanischen Cabinets mit gewissen Schwankungen in der kaiserlich

königlichen Meinung vom Werth constitutionellen Regiments zusammen gefallen ist. Das sagt uns ebenso die ängstliche Besorgniß des deutsch-östreichischen Liberalismus, wie die Sprache, welche gewisse mit den Regierungskreisen zusammenhängende Journale über einzelne Glieder des Ministeriums führen.

Einen schlimmern Stoß hat der politische Credit des Polenthums nicht erleiden können, als den, welchen er sich selbst durch seine gegen die östreichische Verfassung gerichteten Angriffe zugefügt hat. Es scheint, die Smolka, Adam Sapieha u. s. w. haben der Welt beweisen wollen, daß sie an Urtheilslosigkeit und Kurzsichtigkeit den Männern an der Weichsel Nichts nachgeben, welche sich für ihren Aufstand gegen die russische Herrschaft keinen günstigeren Augenblick zu wählen wußten als den, in welchem zum ersten Mal nach Decennien ein polnischer Patriot an der Spitze der Administration des Königreichs stand. Dieselbe Leichtfertigkeit, mit welcher damals des russischen Kaisers versöhnliche Absichten und des Marquis Wielopolski wohlgemeinte Rathschläge verworfen wurden, offenbart sich heute in der Politik des lemberger Landtags und hat, soweit sich bis jetzt beurtheilen läßt, zu durchaus analogen Folgen geführt: das freisinnige wohlwollende Ministerium, welches ohne Rücksicht auf die wachsende Verstimmung der Ruthenen und das Grollen der russischen Nachbarschaft dem in der übrigen Welt proscribirten oder unmöglich gewordenen Polenthum eine Freistatt eröffnete, ist ins Schwanken gebracht, der nationale Statthalter Goluchowski zum Rücktritt gezwungen worden.

Welche Eventualitäten standen den Polen offen, als sie sich am Vorabend des kaiserlichen Besuchs in Galizien zu einer directen Herausforderung des constitutionellen Oestreich entschlossen?

Wie uns scheint waren nur zwei Möglichkeiten gegeben, mit welcher die Majorität des lemberger Landtages rechnen konnte: Rückkehr zum Föderalismus oder — wie sie selbst drohend geltend gemacht haben — Anschluß an die transleithanische, ungarische Reichshälfte.

In dem Drängen nach Sprengung der gegenwärtigen östreichischen Verfassung und dem Bestreben, den Kaiserstaat in eine Anzahl selbständiger Landschaften aufzulösen, begegnen die Polen sich mit den übrigen Slaven der östreichischen Monarchie, nur daß die Chancen auf Erfüllung *ihrer* letzten Wünsche und Hoffnungen dabei in demselben Maße fallen, als diejenigen der Czechen, Slovenen, Croaten u. a. steigen. In allen westslavischen Ländern geht die panslavistische Strömung gegenwärtig höher, als jede andere und damit ist zugleich gesagt, daß die polnischen Hoffnungen mit den Tendenzen der übrigen Stämme dieser Völkerfamilie unvereinbar sind. Der Panslavismus von heute ist nicht mehr das verschwommene, phantastische Ding, das er im

J. 1848 war und für das ihn noch zehn Jahre später der Marquis Wielopolski zu nehmen schien, als er eine russisch-polnische Föderation gegen das nach Osten vordringende Germanenthum empfahl. Seit den letzten Jahren steht die Bewegung in der slavischen Welt so direct unter russischen Einflüssen, daß die Begriffe Panslavist und Anhänger Rußlands nahezu identisch geworden sind. Das Polenthum aber ist die directe Verneinung der panslavistischen Idee. Weder wollen die Polen etwas von einem Anschluß oder einer Unterordnung unter das russische Banner wissen, noch sind sie mit den übrigen Slavenstämmen in der Abneigung gegen die westeuropäische Civilisation und den schwärmerischen Wünschen für Herstellung einer selbständigen neuen Cultur einig. Ihr Stolz ist von jeher gewesen, das Bollwerk des Abendlandes gegen den Osten gebildet zu haben und der Anspruch, welchen sie auf Wiederherstellung der königlichen Republik erheben, gründet sich vornehmlich auf ihre Verdienste um die Sache der westeuropäischen Civilisation. Ihre entschiedensten Gegner sind darum auch nicht die russischen Gouvernementalen, sondern die Anhänger panslavistisch-nationaler Politik, welche in Moskau ihren Sitz haben und in den Lechen die Störenfriede der slavischen Einigkeit verfolgen. Diese sind es, welche von den Westslaven immer wieder eine Unterstützung der Ruthenen gegen die galizischen Polen als Unterpfand künftigen Zusammengehens fordern.

Was hat das Polenthum unter solchen Umständen mit den übrigen slavischen Föderalisten der östreichischen Monarchie gemein, was hat es von einem Siege derselben zu erwarten? Absolut Nichts. Numerisch schwächer als die übrigen Stämme, von ihnen durch ihre leidenschaftlichen Antipathien gegen Rußland geschieden, bei ihnen durch ihre Händel mit den galizischen Ruthenen übel renommirt, haben die Polen von dem Siege des slavischen Elements in Oestreich Nichts zu erwarten: sie bekommen nur noch in den Kauf, was ihnen im Kaiserstaat bisher erspart blieb: den Haß des wirklich herrschenden und maßgebenden Elements, der Deutschen. Der Deutschöstreicher sieht im Föderalismus den gefährlichsten Feind zugleich seiner Freiheit und Bildung und seiner Nationalität, er weiß aus alter und neuer Erfahrung, daß dieses System sich nur auf ein Bündniß des Slaventhums mit Feudalen und Clericalen stützen kann, daß der Verlust seiner nationalen Präponderanz zusammenfällt mit dem Einsturz gebildeter und freiheitlicher Staatsformen. Auf deutsche Bundesgenossenschaft haben die Polen mithin nicht zu rechnen, wenn sie sich nach Herstellung des föderalistischen Systems im Kampf mit den differirenden Interessen der übrigen slavischen Stämme behaupten wollen — die Gefahr, auf Unkosten ihrer liebsten Wünsche majorisirt und ihrem numerisch stärkeren, von Rußland eifrig patronisirten Feinde im eigenen Land, dem Ruthenenthum, geopfert zu werden, ist in einem von slavischen Einflüssen

beherrſchten Oeſtreich ſogar größer, als in dem conſtitutionellen Verfaſſungsſtaat der Gegenwart.

Dieſen nahe liegenden Erwägungen ſcheinen ſich ſelbſt die Heißſporne des lemberger Landtags nicht ganz verſchloſſen zu haben. Wenn ſie zunächſt auch nur gegen die centraliſtiſche Structur der Conſtitution und für die Autonomie Galiziens ins Feuer gingen, ſo ließ ſich doch durchſehen, daß die in der Preſſe wiederholt und nachdrücklich ausgeſprochene Drohung mit einem eventuellen Anſchluß an die transleithaniſche Reichshälfte in den Köpfen, namentlich der entſchiedenen Oppoſitionsmänner, eine beträchtliche Rolle ſpielte.

Wie nun die Magyaren ſelbſt von der Eventualität eines Anſchluſſes Galiziens an Ungarn denken, iſt in Norddeutſchland nicht bekannt. Aus Andeutungen der die Anſchauungen der Linken des peſther Landtags vertretenden „Ungariſchen Monatsſchrift“ läßt ſich nur erſehen, daß die vorgeſchrittene Partei jede Erweiterung der ungariſchen Machtſphäre gern ſehen würde. Daß ſich aber die maßgebenden ungariſchen Politiker mit der Ungeheuerlichkeit einer Aſſimilation Galiziens jemals befreunden könnten, iſt geradezu undenkbar. Für Ungarn iſt das Vorhandenſein einer in einzelnen Comitaten prävalirenden ſlaviſchen Bevölkerung bereits gegenwärtig eine Calamität, denn weſentlich ihm iſt es zuzuſchreiben, daß der Panſlavismus in dem Magyarenthum ſeinen Todfeind bekämpft. In den compact magyariſchen Landestheilen liegt der Schwerpunkt des ungariſchen Staats; daß es außerdem Provinzen gibt, in denen die Magyaren die herrſchende Claſſe vertreten und eine ſlaviſche Landbevölkerung unter ſich haben, mag dem Nationalſtolz Einzelner ſchmeicheln, trägt zur Kräftigung des Ganzen aber ſicherlich nicht bei. Von dem Polonismus iſt das Magyarenthum ja eben dadurch fundamental unterſchieden geweſen, daß es eine wirkliche Nationalität, die Summe aller zu einem Staatsganzen erforderlichen Elemente repräſentirte und ſeinen urſprünglich weſentlich ariſtokratiſchen Charakter zu überwinden und loszuwerden wußte. Wird Galizien dem ungariſchen Staate zugefügt, ſo treten doppelte Schwierigkeiten ein. Der öſtliche Theil Galiziens, der geographiſch Ungarn am nächſten liegt, iſt der Majorität ſeiner Bevölkerung nach von Ruthenen (Kleinruſſen) bewohnt. Je inniger die Verbindung iſt, in welche die Polen mit den Magyaren treten, deſto unvermeidlicher erſcheint eine Intereſſengemeinſchaft zwiſchen Ruthenen und mißvergnügten ungariſchen Slaven und der ſtändiſch-nationale Gegenſatz, der der Fluch Galiziens und bereits gegenwärtig die ſchwache Seite Ungarns iſt, überträgt ſie auf den größten Theil der unter der Stephanskrone ſtehenden Länder und frißt die Geſundheit des geſammten Staatslebens an. Die Vortheile einer unläugbar bereits vorhandenen Intereſſengemeinſchaft zwiſchen Polen und Magyaren werden durch den Umſtand, daß dieſe Gemeinſchaft zugleich einen Gegenſatz gegen die

Forderungen und Tendenzen der Ruthenen bedeutet, mehr wie aufgewogen. Dazu kommt, daß diese Ruthenen durchweg eifrige Anhänger der griechischen Kirche sind und schon an dem katholischen Charakter Ungarns Anstoß nehmen müssen. Die westliche jenseit des Flüßchens San belegene Hälfte Galiziens, welche hauptsächlich von Polen bewohnt wird und altpolnisches Land ist, ist zugleich die von den ungarischen Centren weiter abliegende und kleinere und kommt darum erst in zweiter Reihe in Betracht.

Das schlimmste Brautgeschenk, das die galizischen Polen Ungarn zubrächten, wäre aber der volle Haß des bereits gegenwärtig entschieden antimagyarisch gesinnten Rußlands. Eine Fusion Ungarns mit den „Erbfeinden" der nationalen russischen Idee würde Rußland ebenso wenig dulden, wie die Unterordnung der Ruthenen unter magyarische Einflüsse — Ungarn würde die russische Feindschaft, an welcher Oestreich jetzt zu tragen hat, mit doppelter Schwere auf sich nehmen.

So sprechen alle Gründe dagegen, daß Ungarn sich jemals auf die von den Polen gewünschte oder doch als Drohung verlautbarte Combination einlassen werde. Zieht man endlich die praktischen Schwierigkeiten in Betracht, erwägt man, daß die cisleithanische Reichshälfte und die wiener Regierung sich einer Abtretung Galiziens an Ungarn aufs Aeußerste widersetzen, dieselbe erforderlichenfalls mit Gewalt verhindern werden und dabei auf die thatkräftige Unterstützung von Millionen aufgebrachter Ruthenen rechnen können, so erscheint der bloße Gedanke an eine Verschiebung der Territorialmachtverhältnisse, wie sie von polnischen Enragés geträumt wird, als Utopie, die für praktische Politiker eigentlich nicht in Betracht kommen kann.

Dann bliebe den Polen, selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, daß sie aus dem thörichten Kampf gegen den östreichischen Verfassungsstaat und das Cabinet Giskra als Sieger hervorgehen sollten, keine andere Wahl, als ein Experiment mit dem Föderalismus, der ihren Todfeind, den Panslavismus, zum eifrigsten Verbündeten, das deutsche Element zum geschworenen Gegner hat, und zugleich den materiellen Interessen aller Theile der östreichischen Monarchie ebenso schädlich ist, wie der geistigen Cultur und der Wehrkraft des Staates nach Außen.

Franz Joseph hat den lemberger Landtag nicht aufgelöst, die versprochene Kaiserreise nach Galizien ist — wenigstens nach polnischen Nachrichten — nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben worden. Die polnischen Galizier haben somit die Möglichkeit ihrer Stellung zum östreichischen Verfassungsstaat noch ein Mal in Erwägung zu ziehen und die Eventualitäten, die für den Fall eines offenen und vollständigen Bruches mit dem gegenwärtigen System offen blieben, der Revision zu unterziehen. Wohl läßt sich schon gegenwärtig absehen, daß ein vernünftiges Einlenken zur elften Stunde

wenig wahrſcheinlich iſt und man polniſcher Seits verſuchen wird, die Sache auf die Spitze zu treiben; zweifelhaft aber kann nicht ſein, daß die Polen damit die Niederlage ihrer Sache ſelbſt und vielleicht für immer unterſchrieben hätten. Es zeigt von einer Selbſtüberſchätzung, für welche man um den Ausdruck verlegen ſein könnte, wenn dieſer im eignen Lande die Minorität bildende Stamm wegen des Vorſchubs, der ihm durch Oeſtreichs gegen Rußland laufende Intereſſen geleiſtet worden, in den Wahn gewiegt worden iſt, er ſei der eigentliche Meiſter der Situation und nur nach einer Verſtändigung mit ihm könne Oeſtreich hoffen, das Werk ſeiner Neugeſtaltung zu vollziehen. Daß das Verhältniß das umgekehrte iſt, liegt für Jeden, der die Lage mit irgend nüchternen Augen anſieht, ſo ſehr auf der Hand, daß alle Nachweiſe dafür überflüſſig ſcheinen. So gering auch die Hoffnungen ſind, welche wir für eine continuirliche Fortentwickelung des conſtitutionellen Lebens in Oeſtreich hegen, ſo genau wir auch wiſſen, daß daſſelbe immer wieder Gefahr laufen wird, von abſolutiſtiſchen und clericalen Velleitäten gekreuzt zu werden — daß die Polen Galiziens nicht die Leute ſind, Oeſtreich aus den Angeln zu heben, in welche es durch die liberale innere Politik der letzten Jahre gehängt worden iſt, verſteht ſich von ſelbſt.

Es gibt geſchichtliche Nothwendigkeiten, welche ſich unerbittlich und ohne jede Rückſicht darauf, wie groß die Opfer ſind, welche auf Unkoſten der Humanität gebracht werden, vollziehen. Man hat die Vernichtung des polniſchen Elements zu dieſen Nothwendigkeiten gerechnet. Wenn irgend Etwas geeignet iſt, dieſe Auffaſſung zu unterſtützen, ſo ſind es die Capitel der polniſchen Geſchichte, welche in den Jahren 1853 und 1868 in Rußland und Oeſtreich geſpielt haben. Daß es kaum fünf Jahre nach den furchtbaren Erfahrungen, die Polen ſeit dem Bankerott des Wielopolski'ſchen Syſtem's gemacht, möglich geweſen, politiſche Thorheiten wie die des letzten lemberger Landtags zu erleben, ſchlägt denen, welche an die Möglichkeit einer Wiederherſtellung dieſes Staates geglaubt haben, empfindlicher ins Geſicht, als Alles was unter den Lesczinsky und Poniatowski geſündigt worden. So friſche Erfahrungen ſo raſch und ſo vollſtändig in den Wind zu ſchlagen, vermag bloß die unbelehrbare und unverbeſſerliche Leichtfertigkeit, und wenn Oeſtreich dereinſt dieſelbe polenfeindliche Politik adoptirt, in welcher Rußland gegenwärtig das Heil ſucht, ſo wird ſeine Berufung auf die Erfahrungen von 1868 bei der Mehrzahl der Zeitgenoſſen keine ganz vergebliche ſein.

Literatur.

Bibliothek geographiſcher Reiſen und Entdeckungen älterer und neuerer Zeit (Jena, bei H. Coſtenoble).

1) Hayes' Offenes Polarmeer.

2) Fernand Mendez Pinto's abenteuerliche Reiſe.

Der der „Bibliothek geographiſcher Reiſen und Entdeckungen" zu Grunde liegende Gedanke, durch die Herausgabe einer Sammlung älterer und neuerer Reiſewerke von Werth die weſentlichſten Reſultate der in den letzten Jahrhunderten durch den Forſchungseifer kühner Reiſender erweiterten Erdkunde in ein Ganzes zuſammenzufaſſen, hat zu viel natürliche Berechtigung, um nicht in weiteren Kreiſen Anklang und Anerkennung zu finden. Ueber Plan und Reihenfolge dieſes auf eine größere Anzahl von Bänden angelegten Werkes iſt in der Ankündigung leider nichts geſagt: den erſten Band bildet Hayes' „Offenes Polarmeer", den zweiten eine in der That ſehr gediegene Ueberſetzung des portugieſiſchen Reiſewerks von Pinto, an dritter Stelle ſoll Bakers Expedition an die Quellen des Nil und den Albert-Nyanza folgen. So vortrefflich dieſe Einzelwerke ſind und ſo zuverläſſig die Namen der Herausgeber eine ſolide Bearbeitung verbürgen, ſo ſcheint uns doch bedauerlich, daß dieſelben in keiner beſtimmten, durch den Inhalt bedingten Reihenfolge erſcheinen. Am empfehlenswertheſten wäre in dieſer Beziehung eine chronologiſche Anordnung des Stoffes geweſen; durch dieſe würde den Leſern die erwünſchte Gelegenheit geboten werden, die Geſchichte der geographiſchen Wiſſenſchaft und ihrer Erweiterung ſeit dem 16. Jahrhundert kennen zu lernen. Statt deſſen werden wir durch das erſte der genannten Werke zur Theilnahme an einer Expedition eingeladen, welche vor noch nicht zehn Jahren in das nördliche Polarmeer unternommen wurde, während Pinto's Reiſen uns in die aſiatiſche Welt (China, Tartarei, Siam, Pegu) des 16. Jahrhunderts verſetzen. J. J. Hayes' war der Schiffsarzt des Schooners „Grinnell" geweſen, auf welchem Kane im Jahre 1853 in das nördliche Eismeer vordrang; nach dem Tode dieſes kühnen Forſchers, im Juli 1860, rüſtete Hayes ſelbſt ein Schiff aus, mit dem er weiter nach Norden gelangte, als vor ihm irgend ein Bewohner der Culturwelt. Am 20. Auguſt 1860 war er bis nach Uppernawik an der grönländiſchen Küſte vorgedrungen; von hier aus ſetzte er ſeine Expedition zu Schlitten bis zu 82° 30' nördliche Breite fort, um wirklich bis an das offene Polarmeer zu kommen. Hier mußte er umkehren, weil ſeine Vorräthe erſchöpft waren. Die Theilnahme an dem nordamerikaniſchen Bürgerkriege, den der Autor als Militärarzt mitmachen mußte, hat denſelben gezwungen, ſeine Reiſebeſchreibung erſt mehrere Jahre ſpäter aufzuſetzen und zum Abſchluß zu bringen. — Für das deutſche Publicum wird dieſes Werk in dem gegenwärtigen Augenblicke von beſonderem Intereſſe ſein, da Hayes' Forſchungen dem Petermann'ſchen Plane zur Grundlage gedient haben, mit deſſen Ausführung eine von deutſchen Seeleuten geleitete Expedition den vergangenen Sommer über beſchäftigt war.

Des Fernand Mendez Pinto (eines im J. 1509 in der Provinz Beira zu Montemor o Velho geborenen Portugieſen) abenteuerliche Reiſe durch China, die

Tartarei, Siam und Pegu war zuerſt um 1614 erſchienen, 1671 zu Amſterdam verdeutſcht und ſeitdem dem deutſchen Publicum nur durch einen mangelhaften, flüchtig gearbeiteten Auszug zugänglich gemacht worden. Das Schickſal dieſes Werks iſt dadurch beſonders intereſſant, daß es Jahrhunderte lang für ein Fabelbuch gegolten hat und erſt durch die Ergebniſſe neuerer Forſchung rehabilitirt worden iſt. Im J. 1539 hatte Pinto ſein Vaterland als Flüchtling verlaſſen und erſt im September 1558 kehrte er nach einer Reihe von unerhörten Abenteuern in die Heimath zurück, wo er im J. 1583 trotz ſeiner Verdienſte um die Erweiterung des portugieſiſchen Handels als armer und unbekannter Mann verſtarb. Pinto's Aufzeichnungen waren zunächſt nicht für die Oeffentlichkeit, ſondern zur Belehrung der Kinder des kühnen Reiſenden beſtimmt. Erſt einunddreißig Jahre nach ſeinem Tode wurden ſie gedruckt; das Aufſehen, das ſie erregten, beruhte hauptſächlich auf der ſtiliſtiſchen Muſtergiltigkeit der Darſtellung, da der Inhalt, wie oben erwähnt, längere Zeit hindurch für fabelhaft und unzuverläſſig galt, ein Umſtand, den der Verfaſſer ſelbſt durch einzelne, übrigens unweſentliche Uebertreibungen und Ausſchmückungen verſchuldet hatte. Im J. 1620, alſo ſchon ſechs Jahre nach dem erſten Erſcheinen, wurden Pinto's Aufzeichnungen durch Francisco da Herera Maldonado ins Spaniſche übertragen, acht Jahre ſpäter ins Franzöſiſche und ſeitdem in faſt alle übrigen europäiſchen Culturſprachen.

Die Geſchichte dieſes Buchs iſt das beſte Zeugniß, das zu Gunſten deſſelben angeführt werden kann und wird in unſerer Zeit ſicher nicht weniger Intereſſe erregen, als vor 250 Jahren, da es nur für einen Reiſeroman galt und doch allenthalben verſchlungen wurde. Wie ſchon die Vorrede bemerkt, iſt ein großer Theil der von Pinto genannten Ortsnamen nicht mehr verſtändlich, da derſelbe ihre Aufzeichnung vornahm, ohne mit den Sprachen der Völker bekannt zu ſein, unter denen er lebte. Dr. Külb, der kenntnißreiche Ueberſetzer und Herausgeber, hat dieſelben leider nur zum Theil in der richtigen Verſion wiedergegeben und dadurch dem Scharfſinn des Leſers mehr überlaſſen, als dieſer in der Regel zu leiſten im Stande ſein wird. Die Ueberſetzung ſelbſt iſt vortrefflich, leicht und fließend zu leſen und enthält dieſelben Vorzüge, welche den Ruhm des Originals begründet haben.

G. Teichmüller, Beiträge zur Erklärung der Poetik des Ariſtoteles. Halle 1867.

Wider unſern Willen erfüllen wir erſt ſpät die Pflicht, auf das vorliegende Buch hinzuweiſen. Es verdient alle Beachtung in hohem Grade und zeichnet ſich durch eine außergewöhnliche Lebendigkeit der Darſtellung, durch großen Scharfſinn und eine Selbſtändigkeit des Urtheils aus, die ſich in einer vorurtheilsloſen Behandlung bereits erkannter und in erfolgreichem Nachweiſe noch nicht erkannter, neuer Probleme zu erkennen gibt. Man muß ſagen, daß es die für die Geſchichte der Dichtkunſt und ihrer Theorie überaus wichtige Erkenntniß von Ariſtoteles' Poetik ſehr weſentlich gefördert hat und ſomit auch außerhalb des engen Kreiſes der Fachgenoſſen Beachtung beanſpruchen darf. Auf die zum Theil überraſchenden Reſultate, welche es bietet, iſt ſchon von competenten Beurtheilern hingewieſen worden (ſo auf

Cap. XVII. durch T—k in Zarncke's Centralblatt, 1868, Nr. 6, S. 134); ganz besonders interessant aber ist der Abschnitt, in welchem eine neue Auffassung von der aristotelischen Lehre über das μῆκος, die Länge von Tragödie und Epos, niedergelegt ist. Teichmüller wendet sich nämlich gegen die Ansicht, daß Aristoteles in der Poetik 5, 8 unter Mekos die Zeit der erdichteten Handlung verstehe, und daß er also die Vorschrift gebe, die Handlung einer Tragödie müsse die Einheit der Zeit festhalten und dürfe nicht das Maß eines Tages überschreiten, wie denn allerdings die meisten antiken Tragödien innerhalb des Zeitraums eines Tages zu spielen scheinen und die französischen Dramatiker hierauf einen wesentlichen Punkt ihrer dramatischen Theorie gegründet haben. Teichmüller hingegen stellt die Ansicht auf, daß „μῆκος" hier den äußeren Umfang eines Dichterwerkes, also die Zeit bezeichne, welche seine Aufführung oder Vorlesung beanspruche, wornach also die Vorschrift besagen würde, daß eine Tragödie nur so lang sein dürfe, daß sie innerhalb eines Tages aufgeführt werden könne. Der mit diesen Fragen Vertraute wird erkennen, wie wichtig und eingreifend diese neue Auffassung ist und daß sie auch für die Frage nach der Tetralogie, die Art der Aufführung und Vertheilung wettkämpfender Tragödien auf die drei Tage der dramatischen Festspiele Bedeutung gewinnt, und der Verfasser hat sich auch die nothwendigen Consequenzen, welche sich aus seiner Erklärung für jene Fragen ergeben, nicht entgehen lassen (vgl. S. 384 ff.). Die neue Ansicht hat außerordentlich viel Wahrscheinliches, und mehrere früher ungelöste Schwierigkeiten beseitigt sie auf das glücklichste. Wer aber wie Referent sich nicht zu der Schöll'schen Hypothese von durchgängiger trilogischer oder tetralogischer Composition der griechischen Tragödie bekennt, sondern die Anschauung festhält, daß z. B. Sophokles in späterer Zeit zwar ebenfalls drei, aber durchaus selbständig nebeneinander stehende Tragödien zusammen aufführte, der wird darin noch ein gewichtiges Bedenken gegen die Hypothese des Verfassers finden. Denn wenn die Worte des Aristoteles in ihrer neuen Deutung sehr wohl auf eine Tragödie oder auf eine vollkommene Trilogie passen, so sind sie weit schwerer auf je drei Tragödien zu beziehen, deren hauptsächliche Verknüpfung nur darin zuliegen scheint, daß sie von einem Dichter geschrieben und an einem Tage aufgeführt wurden. — Wenn Aristoteles a. a. O. zum Schlusse sagt, daß diese Differenz zwischen Epos und Tragödie nicht bestanden habe, so erklärt dies der Verfasser S. 180 in einer Weise, mit der Ref. nicht einverstanden ist. Tragödien, in denen die Dichter ihren Stoff mehrere Tage hintereinander rhapsodisch fortspinnen wie die homerischen Rhapsodien — dies streitet ebenso sehr gegen das Wesen des griechischen Dramas, wie gegen das, was wir von seiner historischen Entwickelung kennen. Weit eher möchte man geneigt sein, dem ältesten Epos eine ähnliche zeitliche Beschränkung zuzuschreiben, wie sie der Tragödie von Anfang an innewohnt. — Dem folgenden Bande, welcher unter Anderem auch das vielbehandelte Problem von der Katharsis enthalten wird, sehen wir mit Verlangen entgegen.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**

Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXXIX. Jahrgang. 3. Semester.

Die Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

IV. Q.
Herausgeber: Gustav Freytag.

Inhalt.
Zur Geschichte der Deutschen Kaiserwahl. (Schluß.) 481
Aus Frankreich und England. (Schluß.) 497
Die Ausstellung der Akademie der Künste in Berlin. (Schluß.) 513

Leipzig, 1880.
Verlag von Grunow.

Alle Rechte für das Originalerzeugniß vorbehalten.

Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten.

I.

1. Die Reformbill von 1832 und die neuen Anläufe von 1852—66.

Mit der schottischen und irischen Reformbill ist der große Act des vorigen Jahres zum Abschluß gebracht und das Land rüstet sich zu den Wahlen, welche das erste Parlament nach dem neuen System versammeln werden. Der Zeitpunkt darf als günstig gelten für eine umfassende Rück- und Vorschau.

Während des großen Kampfes, welchen das Parlament gegen die Stuarts führte, war dasselbe naturgemäß auf die alte Praxis der maintenance of the laws and redress of grievances beschränkt gewesen. Nach der Revolution von 1868 und namentlich unter den beiden ersten schwachen Königen der hannöverschen Dynastie wuchs das Haus der Gemeinen rasch heran zum bestimmenden Factor des Staatslebens. Es war natürlich, daß sich bei dieser zunehmenden Bedeutung das Augenmerk bald auf die sehr ungleiche Vertheilung des Wahlrechts lenkte, denn wie groß auch die Dienste waren, welche das Unterhaus der Sache der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit geleistet, niemand konnte behaupten, daß es eine auch nur annähernde Vertretung des Volkes biete. Freilich die englische Auffassung der Volksvertretung war nie die der Kopfzahl, sondern immer die der Repräsentation von örtlichen Gemeinschaften gewesen, aber zahlreiche Plätze, welche einst Bedeutung gehabt, waren gesunken, andere zu blühenden Städten erwachsen und doch waren jene vertreten, diese nicht. Schon in der Mitte des 17. Jahrhunderts war dies Mißverhältniß offenbar geworden und Cromwell bewies seinen staatsmännischen Blick, indem er 72 kleinen Flecken ihr Wahlrecht nahm, es Manchester, Leeds und Halifax verlieh und die Zahl der Grafschaftsmitglieder vermehrte. Aber die Restauration gab 36 dieser abgeschafften Flecken ihr Wahlrecht wieder, nahm es jenen größeren Städten und mit der Zeit wurden die Mängel immer augenscheinlicher. Die erste und größte Anomalie waren die Nominationsflecken; unbedeutende Orte, oft kaum

Dörfer zu nennen, sandten einen Vertreter ins Parlament, der thatsächlich einfach von den großen Eigenthümern dieser Flecken ernannt ward; so verfügte der Herzog von Norfolk über 11 Sitze, Lord Lonsdale über 9, Lord Darlington über 7 u. s. w. Im J. 1793 saßen 70 Mitglieder für 35 Flecken, in denen es so gut wie gar keine Wähler gab, 90 Mitglieder vertraten 46 Ortschaften mit weniger als 50 Wählern und 37 Mitglieder wurden von 19 Flecken gesandt, die nicht mehr als 100 Wähler hatten. Fast eben so fehlerhaft war die Vertretung der Städte; in den meisten sollte nach gemeinem Recht jeder Hausbesitzer das Wahlrecht haben, thatsächlich aber ward es meist nur von der Corporation, dem Mayor und den Aldermen geübt, in Bath z. B. von 35, in Salisbury von 56 Personen, in anderen stand das Wahlrecht Allen zu, welche Schoß bezahlten oder welche potwallers waren, d. h. allen denen, die in dem Orte selbst kochten. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen die Bestechung eine große Rolle spielen mußte; bei den faulen Flecken wurde das Wahlrecht einfach mitverkauft, der Ehrgeiz der „Nabobs", der Leute, die aus den Colonien mit großem Vermögen zurückkehrten und nun ins Parlament wollten, trieb die Preise zu enormer Höhe; der Kampf um Southampton soll 1868 30,000 Pfd. Sterl. gekostet haben, die Corporationen der Städte verkauften ihre Stimmen meistbietend und da, wo ein größerer Wahlkörper bestand, bot man der Masse Bier und Branntwein, wodurch es meist zu den wildesten Pöbelexcessen kam. Die Wahlmänner der Grafschaften waren zahlreicher, weniger bestechlich und repräsentirten noch am ersten wirklich die ländliche Bevölkerung; aber sie standen doch sehr überwiegend unter dem Einfluß der großen Grundherren und ein Wahlkampf in ihnen ward oft mehr durch die Nebenbuhlerschaft großer Häuser der verschiedenen Parteien als durch verschiedene Ansichten veranlaßt. Im Ganzen sollen Anfang dieses Jahrhunderts nicht weniger als 218 Mitglieder der Burgflecken und Grafschaften durch Ernennung oder Einfluß von 87 Lords im Unterhaus gesessen haben. — In Schottland stand es womöglich noch schlimmer, Edinburgh und Glasgow hatten jedes eine Wählerschaft von 33 Personen, die gesammten berechtigten Wähler Schottlands beliefen sich auf kaum 4000. Im irischen Parlament, das bis 1801 getrennt bestand, herrschte dasselbe System, welches durch die Gesetze gegen die Katholiken sich noch gehässiger gestaltete und im Wesentlichen auch nach der Union mit dem englischen Parlament in Kraft blieb.

Wenn nun gleich in der Wirklichkeit die Sachen sich oft besser machten, namentlich der Parteikampf der Whigs und Tories mehr Leben in die Verhältnisse brachte, wie der öftere Umschlag der Wahlen in großen nationalen Kreisen zeigte, so war doch ein derartiger Zustand zu abnorm, um auf die Länge unangefochten zu bleiben. Lord Chatham's Scharfblick erkannte, daß

Hand ans Werk gelegt werden müſſe und er prophezeite, daß bis Ende des Jahrhunderts das Parlament entweder ſich ſelbſt reformirt haben müſſe oder zur Strafe von außen reformirt werden würde: ſein Vorſchlag (1770) war, den Grafſchaften ein drittes Mitglied zu geben, um ein Gegengewicht gegen die beſtochenen und käuflichen Flecken zu ſchaffen. Auch ein Mann wie Burke, der mit leidenſchaftlicher Vorliebe an den altengliſchen Inſtitutionen hing und fürchtete, daß durch die Verbeſſerung offenkundiger Fehler das Gleichgewicht der Verfaſſung geſtört werden möchte, mußte 1780 zugeben, daß ſich eine tiefe Verſtimmung des Volkes bemächtigt habe (we are grown out of humour with the Constitution itself).

William Pitt nahm den Plan ſeines Vaters wieder auf, er brachte 1783 Reſolutionen ein, wonach jeder Flecken, in welchem die Majorität der Beſtechlichkeit überführt war, ſein Wahlrecht verlieren ſollte, während die Zahl der Vertreter der Grafſchaften und Londons vermehrt werden ſollten. Die faulen Flecken ſelbſt anzugreifen wagte er noch nicht, weil ſie ihm zu ſehr mit der ganzen Verfaſſung verwachſen ſchienen. Mit einer Mehrheit von 142 Stimmen geſchlagen, nahm er die Idee wenige Jahre ſpäter als Miniſter wieder auf. Er hatte dabei mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen; der König war jeder Reform abgeneigt und ſeine Collegen dachten ebenſo oder waren lau, aber er beharrte feſt bei ſeinen früheren Gedanken, die er einerſeits zu erweitern, andererſeits praktiſcher zu geſtalten ſuchte. In der großen Rede, mit der er 1785 ſeine Bill „die Vertretung des engliſchen Volkes im Parlament zu verbeſſern“ einführte, ging er davon aus, daß die Vertretung je nach den Umſtänden wechſeln müſſe; ſie habe dies von Eduard I. bis Karl II. fortwährend gethan, die Krone habe die Befugniß gehabt, zum Parlament zu entbieten wen ſie wolle, nach dem Princip, daß nur ſolche Plätze, welche im Volksleben wirkliche Bedeutung hätten, vertreten ſein ſollten. Noch Jakob I. habe bei der Berufung ſeines erſten Parlaments den Sheriffs geboten, ſolche Flecken nicht wählen zu laſſen, die in offenbarem Verfall ſeien, die Entziehung des Wahlrechts, welche Cromwell gegen 72 Flecken geübt, habe ſelbſt Clarendon gebilligt und bei der Reſtauration ſei jenes Recht nur der Hälfte zurückgegeben; die jetzt beſtehende Anzahl der Wahlkörper könne daher nicht unantaſtbar ſein. Pitt ſchlug daher vor, 36 Flecken das Wahlrecht zu entziehen und die 72 Mitglieder, welche ſie entſandten, auf die Grafſchaften und London zu vertheilen, ebenſo das Recht von 10 ſtädtiſchen Corporationen auf die Bürgerſchaft zu übertragen, auch ſollten in den Grafſchaften neben den Freiſaſſen die Erbpächter das Wahlrecht erhalten. Die ſchwache Seite dieſes Planes war, daß Pitt, um den Widerſtand im Parlament zu überwinden, ſich dazu hatte verſtehen müſſen, für die Entziehungen des Wahlrechts eine Entſchädigung zu bieten, die er damit begründete, daß die Wahlberechtigung

den Flecken unbestreitbar einen höheren Werth gebe, er wollte auf diese Weise allmählich auch Stimmen für die unvertretenen großen Städte gewinnen. Es ließ sich hiegegen unzweifelhaft viel sagen; gleichwohl bleibt es sehr zu bedauern, daß der Versuch, eine allmähliche Aenderung des Wahlrechts zu erwirken, zu der Zeit mißlang, wo er schon geboten und doch noch nicht ungestüm gefordert ward.

Die französische Revolution verdrängt bald alle Reformpläne; die Anträge von G. Erskine und Fox fanden so gut wie keine Unterstützung. Denn die conservative Reaction, welche die Ausschreitungen der Revolution in England hervorrief, steigerte sich, je länger der Kampf gegen Napoleon dauerte und das schroffe Toryregiment, welches auf Pitt folgte, behauptete sich noch lange nach dem Frieden gegen die allmählich erstarkende Bewegung für eine gerechtere Vertretung der Bevölkerung. An die Spitze dieser Bewegung traten die Whigs, ursprünglich ebenso starke Anhänger des alten Systems wie die Tories, weil namentlich in den Grafschaften die Zusammensetzung des Unterhauses ihren Häuptern, den sogenannten great Revolution families, die Staatsleitung gesichert hatte. Seitdem diese aber unter dem Druck der auswärtigen Politik auf ihre Gegner übergegangen war, lag für sie die einzige Chance, wieder zur Macht zu gelangen, in einer Reform des Hauses der Gemeinen. Wären die Tories weise gewesen, so hätten sie sich der Nothwendigkeit einer Reform, die schon vor 50 Jahren anerkannt war, nicht verschlossen; es war ein Widersinn, daß Städte wie Manchester, Leeds und Birmingham, welche bereits das Wahlrecht vorübergehend besessen, als sie vergleichsweise unbedeutend waren, jetzt wo sie zu blühenden Großstädten herangewachsen, ohne Vertretung dastanden. Aber unter dem Einfluß des Herzogs von Wellington blieb die regierende Partei blind in ihrem Kampfe für das Bestehende und verweigerte jede, auch die bescheidenste Abschlagszahlung. Als das Unterhaus auf den Antrag Lord John Russell's, der jetzt seine Reformlaufbahn begann, dem Flecken Gremprund wegen unverbesserlicher Bestechlichkeit das Wahlrecht entzog, weigerten sich die Lords, dasselbe auf Birmingham zu übertragen; andere notorische Fälle der Corruption wurden durch den Uebergang zur Tagesordnung todtgemacht und die gemäßigtsten Vorschläge einer allgemeineren Reform abgelehnt, welche noch damals der Bewegung die Spitze würde abgebrochen haben. Der eiserne Herzog blieb unbeweglich, obwohl mit Huskisson, Palmerston, Lord Dudley und anderen Ministern, die einer nach dem andern zurücktraten, sein Cabinet der besten Kräfte beraubt ward. Wellington war aber mehr General und Minister, als constitutioneller Staatsmann, er fand, es lasse sich vortrefflich mit dem gegenwärtigen Hause regieren, folglich sei ein Wechsel im System unnöthig. Auch das Avertissement der Julirevolution, welche in England

einen ſtarken Rückſchlag zu Gunſten liberaler Grundſätze übte, ließ er unbeachtet, ja als Lord Grey in der Adreßdebatte ſeine Hoffnung ausdrückte, daß die Reformfrage nicht wie die Katholikenemancipation ſo lange hinausgeſchoben werden möge, bis die Regierung dem Druck der Umſtände das nachgeben müſſe, was ſie grundſätzlich verweigert, erklärte Wellington, das Land beſitze nach ſeiner Anſicht eine Verfaſſung, welche alle Zwecke einer guten Geſetzgebung vollſtändig befriedige und das volle Vertrauen der Bevölkerung genieße; er werde nicht nur keine Reformmaßregel vorſchlagen, ſondern ſich jeder von Anderen vorgeſchlagenen widerſetzen. Dieſe unvorſichtige Erklärung, welche der Reform alle Ausſicht abſchnitt, ſo lange die Tories am Ruder blieben, wurde von ſeiner eigenen Partei als ein Fehler empfunden; im Volke wirkte ſie wie eine Herausforderung. Ein großer Sturm brach jetzt los, überall gab es Aufſtände, die feierliche Auffahrt des Königs in der City mußte aufgegeben werden, weil man Beſchimpfungen fürchtete, die Neuwahlen, welche der Tod Georg's IV. herbeigeführt, hatten unter dem Einfluß der Ereigniſſe in Paris und Brüſſel ſtattgefunden, die Majorität im Unterhauſe war ſehr verändert, das Cabinet hatte an 50 Stimmen verloren und trat auf Peel's Rath zurück, als es in einer Abſtimmung über die Civilliſte geſchlagen ward, um nicht bei dem ſchon angekündigten Antrag Brougham's auf Reform zu unterliegen. Earl Grey übernahm die Aufgabe, das erſte Whigminiſterium ſeit 50 Jahren zu bilden und that dies, indem er ſich vom Könige Vollmacht ausbedang, die Reform zum Gegenſtand einer eingreifenden Maßregel zu machen. Er war zur Vermittelung der ſich ſchroff entgegenſtehenden Anſichten beſonders geeignet. Von Jugend auf ein eifriger Whig und Freund von Fox hatte er ſeine freiſinnigen Grundſätze an der Hand der Erfahrung gemäßigt, ohne ſie aufzugeben; kein Liberaler konnte füglich gegen dieſen bewährten Kämpfer für Reform opponiren, andererſeits bot er dem wohlgeſinnten aber etwas ängſtlichen König Garantien gegen zu weitgehende Schritte. Am 1. März 1831 brachte Lord John Ruſſell ſeine Bill ein. Bisher lag die Beſchickung des Hauſes in den Händen

1) der Grafſchaften, wo die Wähler Landedelleute und kleine von dieſen abhängige 40 Shilling-Freiſaſſen waren,

2) der Burgflecken, welche unter dem unbedingten Einfluß der Ariſtokratie ſtanden,

3) der Burgflecken, welche in der Hand der Regierung waren,

4) der größern Städte, in denen weſentlich die Municipalbehörden die Wahl entſchieden.

Jetzt ſollten

1) alle Flecken unter 2000 Einwohner das Wahlrecht verlieren und alle

unter 4000 nur einen Vertreter behalten. Von den so verfügbar gewordenen Sitzen sollten 8 London, 34 größeren Städten und 55 den Grafschaften zufallen,

2) die bunten Abstufungen des Wahlrechtes in den Städten sollten abgeschafft und dafür eine Qualification von 10 Pfd. Sterl. jährlichem Miethzins eingeführt werden.

Die Maßregel ging weiter als Freunde gehofft und Feinde gefürchtet hatten; groß war der Beifall, den sie in der Masse der Bevölkerung fand, um so lebhafter aber die Opposition nicht nur bei denen, die in ihrem bisherigen Besitz bedroht waren (im Unterhaus allein 107 Mitglieder), sondern auch bei vielen Gemäßigten, welche eine Untergrabung des Gleichgewichts der Verfassung von der Bill fürchteten. Guizot erzählt, daß ihm damals ein einsichtiger und hochgeachteter Whig geschrieben, die Strömung gehe seit langer Zeit zur Demokratie, aber er sehe nicht ein, warum man diesen Wechsel noch beschleunigen solle, statt ihn sich langsam vollziehen zu lassen. Eine weniger einschneidende Maßregel würde den ganzen urtheilsfähigen Theil der Nation befriedigt haben. Die Gegner der Maßregel führten im Wesentlichen Folgendes an.

1) Das bisherige System habe auf beiden Seiten jedem politischen Talent einen Platz gesichert. Jeder aufstrebende Kopf, welcher der Regierung oder der Opposition von Nutzen sein konnte, sei sicher gewesen einen Sitz zu finden; fast alle Staatsmänner, welche sich einen Namen in der parlamentarischen Geschichte erworben, seien zuerst für kleine Flecken eingetreten; die Regierung habe auf diese Weise jede Stelle mit dem Bestgeeigneten besetzen können.

2) Das System habe auch eben durch die Zugänglichkeit der kleinen Flecken jedem großen Interesse der Nation eine Vertretung gesichert, während bei offener und freier Wahl manche bedeutende Classen der Gesellschaft doch nicht die Majorität in den einzelnen Wählerschaften erreichen würden.

3) Das System habe der jedesmaligen Regierung eine feste Majorität gesichert und doch, wie die Geschichte zeige, keineswegs stationäre Zustände geschaffen. Wenn ein Ministerium durch Mißgriffe gefallen, so erhielten seine Nachfolger, welche vielleicht mit wenigen Stimmen gesiegt, eine feste Majorität durch die Flecken, welche in den Händen der Regierung als solcher waren. Dadurch aber sei die verderblichste Eventualität des parlamentarischen Wesens beseitigt, nämlich die, daß das Cabinet nicht im Stande sei, eine Maßregel durchzuführen und doch die Opposition nicht fähig war an seine Stelle zu treten. — Gewiß waren diese Einwürfe nicht ohne Gewicht, wollte doch auch der eifrigste Reformer im Grey'schen Ministerium, Lord Brougham, die Regierungswahlflecken (pocket boroughs) erhalten. Es wird auch nicht geleugnet werden können, daß, ehe diese Bill eingebracht war, die öffent-

liche Meinung mit geringeren Zugeſtändniſſen zu befriedigen geweſen wäre. Aus ſolchen Gründen opponirte auch unzweifelhaft Sir Robert Peel der Bill, obwohl er jene herausfordernde Erklärung des Herzogs von Wellington entſchieden getadelt und ſich wohl gehütet hatte, jede Reform abzulehnen; er bekämpfte die Maßregel, weil ſie unter dem Einfluß des revolutionären Geiſtes ſtehe, welcher aus Frankreich wehe; wenn das engliſche Volk von ſeiner augenblicklichen Aufregung wieder zu ſich komme, werde es den Miniſtern vorwerfen, die Verfaſſung umgeſtürzt zu haben, unter der das Land groß geworden ſei. „Ich werde“ ſagte er, „dieſe Bill bekämpfen, weil ich ſie verhängnißvoll für unſere glückliche gemiſchte Regierungsform halte, verhängnißvoll für das Haus der Lords, verhängnißvoll für jenen Geiſt der Mäßigung, welcher England das Vertrauen der Welt erworben hat, verhängnißvoll für die Regierungsweiſe, welche, indem ſie Eigenthum und Freiheit der Individuen mit Nachdruck ſchirmt, doch der Staatsgewalt eine Kraft verliehen, welche jeder andern Zeit und jedem andern Lande unbekannt geblieben iſt.“

Richtiges war in dieſer Kritik; aber an den Tories rächte ſich jetzt der Starrſinn, der jede Reform abgewieſen hatte, als es noch Zeit war; auch jetzt war ihre Taktik falſch, indem ſie nicht einzelne zu weit gehende Clauſeln bekämpften, ſondern mit Leidenſchaft die Verwerfung der ganzen Bill verfochten. Peel ſelbſt ſcheint die Unhaltbarkeit eines ſolchen Verfahrens gefühlt zu haben, denn als ſchließlich, nachdem Neuwahlen dem Miniſterium eine große Majorität gegeben, die Bill im Oberhauſe gefallen war und Lord Grey ſeine Entlaſſung eingereicht, weigerte er ſich, als Premier an die Spitze eines Toryminiſteriums zu treten. Er ſah ein, daß die Reform eine Nothwendigkeit geworden war und daß er ſelbſt eine ähnliche Maßregel vorſchlagen müßte, wie die, welche er im Princip bekämpft, und zog es daher vor, ſeinen Gegnern die Durchführung zu überlaſſen. So übernahm Grey wieder den Poſten des Premiers, nachdem er die Ermächtigung vom König erhalten, den Widerſtand der Lords eventuell durch einen Pairsſchub zu brechen. Es iſt bekannt, daß es dazu nicht kam, da ſich auf den Wunſch des Königs eine hinlängliche Anzahl von Lords der Abſtimmung enthielt, und ſo ward die Bill Geſetz. Das weſentlichſte Verdienſt um ihr Zuſtandekommen hat Earl Grey; er allein war im Stande, den redlichen aber zögernden König feſtzuhalten und den feindlichen Einflüſſen des Hofes und der Tories die Spitze zu bieten*); er theilte ſchwerlich die Anſichten der begeiſterten Reformer wie Macaulay, er berief ſich in der großen Rede, mit welcher er die Maßregel im Oberhauſe einführte, einzig auf ihre Nothwendigkeit: die Lage

*) The Reform Act, 1832. The Correspondence of the late Earl Grey with His Majesty King William IV. and with Sir Herbert Taylor, from November 1830, to June 1832. Edited by Henry Earl Grey. In two volumes. London, John Murray.

sei eben eine solche, daß ein großer und kühner Schritt zugleich der weiseste sei, daß nur ein solcher den Frieden wieder herzustellen vermöge. Daß die Reformbill dies gethan, ist unzweifelhaft und ebenso, daß nachdem sie einmal vorgeschlagen, sie durchgesetzt werden mußte. Es ist aber eine andere Frage, ob sie auf die Dauer die Aufgabe gelöst hat, und dies kann schwerlich behauptet werden, sonst hätte nicht nach kaum einem Menschenalter das Bedürfniß nach einer neuen Maßregel Raum gewinnen können.

Sehen wir die Bill selbst näher an, so läßt sich nicht leugnen, daß sie den Charakter einer Parteimaßregel trägt und zwar nicht blos weil sie einige whigistische Wahlflecken sorgfältig erhalten hat, sondern namentlich weil sie dem städtischen Element, das fortan durch 405 Abgeordnete vertreten war, ein gewaltiges Uebergewicht über das ländliche gegeben, welches nur 253 Vertreter zählte, obwohl die Grafschaften den bei weitem größten Theil der Bevölkerung umfaßten; überdies waren die Städte nicht scharf gegen das Land abgegrenzt, sodaß sie durch ihre Vorstädte auch die Grafschaftswahlen beeinflußten. Die Whigs hatten auf dem Lande sogar nur eine Erweiterung des Wahlrechts an die Erbpächter und an Zeitpächter, die auf 21 Jahre oder mehr wenigstens 50 Pfd. Sterl. zahlten vorgeschlagen, und gaben erst auf Andringen der Opposition die sogenannte Chandos-Clausel, nach welcher alle Pächter von 50 Pfd. Sterl. Wähler wurden.

Was sodann die städtischen Wählerschaften betrifft, so begünstigte die Bill ausschließlich die niedrigere Mittelclasse, in welcher die Dissenters besonders stark sind und die immer sehr whigistisch gewesen war. Eine Wahlqualification nach dem Miethzins wird immer besonders günstig für die kleinen Händler und Ladeninhaber sein, weil sie im Verhältniß zu ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrem Vermögen und ihrer Einsicht eine höhere Miethe zahlen als die andern Classen. Die 10 Pfd. Sterl. Qualification schloß fast alle diese ein und schloß damals fast alle eigentlichen Arbeiter aus. Auch läßt sich manches gegen jenen einförmigen Satz sagen, denn ein Miethzins von 10 Pfd. Sterl. ist offenbar in London oder Manchester etwas ganz Andres als in Chester oder Salisbury, und in der Hauptstadt selbst je nach den Stadttheilen durchaus verschieden. Auch läßt sich überhaupt sehr wohl bezweifeln, ob die Miethe einen richtigen Gradmesser für die politische Stellung eines Mannes gibt. Jedenfalls unterliegt jener feste Satz allen Einwürfen, die gegen einen in Zahlen ausgedrückten Census geltend gemacht werden; die Agitation wird immer suchen, denselben herabzusetzen und es ist kein fester Halt zu finden, bis man nicht bei dem allgemeinen Wahlrecht angekommen.

Ebensowenig läßt sich behaupten, daß durch die Reformbill die Bestechlichkeit erheblich vermindert ward; sie blüht noch heute, wie die fortwährenden

Unterſuchungen beweiſen und im Weſentlichen wird der Unterſchied nur der ſein, daß vor 1832 der Candidat dem Beſitzer des Wahlfleckens eine runde Summe zahlte, während er jetzt den verſchiedenen Perſonen, welche wahlberechtigt ſind, kleinere Summen oder auch nur frei Bier gibt.

Dieſe Mängel wurden gleich bei Erlaß der Reformacte hervorgehoben und vorausgeſagt, andere haben ſich erſt ſpäter mehr und mehr herausgeſtellt. Es liegt einmal im Syſtem der parlamentariſchen Regierung, wie ſie ſich in England gebildet hat, daß nicht blos die Miniſter, ſondern auch die Unterſtaatsſecretäre, Kronanwälte u. ſ. w. Mitglieder eines der beiden Häuſer ſein müſſen; die Miniſter ſelbſt ſind allerdings meiſt bekannt genug, um einer Wahl ſicher zu ſein, es macht aber nach Abſchaffung der Regierungswahlflecken oft erhebliche Schwierigkeiten, um für jüngere Leute, welche vortrefflich als Verwaltungsbeamte, aber politiſch unbekannt ſind, einen Sitz im Unterhauſe zu finden. Die Miniſter müſſen daher nehmen nicht wen ſie für den tauglichſten halten, ſondern wen ſie bekommen können. Auch kann nicht geleugnet werden, daß mit der Reformbill eine Zerſetzung der Parteien begonnen hat*), welche oft das parlamentariſche Regiment überhaupt in Frage zu ſtellen drohte; wir haben es ſeitdem mehrmals erlebt, daß ein Miniſterium nicht leben und nicht ſterben konnte; hat ſich doch auch gegenwärtig das Disraeliſche Cabinet, obwohl in der Minorität, behauptet, weil die Oppoſition zu uneinig war, um ein anderes aus ihrer Mitte zu bilden. Dies iſt eine bedenkliche Erſcheinung in einem Lande, wo keine unabhängige königliche Gewalt neben der Legislative ſteht und wo die Regierung nur dadurch ſtark iſt, daß die Miniſter im Parlament hinreichende Autorität haben, um den Gang der Geſchäfte zu leiten. Je ſchwächer ein Miniſterium iſt, deſto weniger wird es die Verantwortlichkeit großer Maßregeln auf ſich nehmen wollen, ſondern geneigt ſein, ſie auf das Parlament abzuwälzen, wodurch die Verantwortlichkeit illuſoriſch wird, weil eine große Verſammlung, welche nicht geführt wird, unſicher in ihrem Verfahren und unſtät in ihren Beſchlüſſen iſt. Und mit dieſer Zerfahrenheit der Parteien hat die Tüchtigkeit ihrer Führer abgenommen, die Zeit von 1832—60 hat weſentlich von den Staatsmännern gelebt, welche ſchon vorher auf die Bühne getreten waren, wie ſehr aber mangelt es an Nachwuchs! Die Mittelclaſſen haben wenig Männer von Bedeutung und keinen einzigen Staatsmann in großem Stil hervorgebracht.

Wir ſind weit entfernt, der Reformbill allein die Schuld dieſer Uebelſtände zuzuſchreiben und verkennen keineswegs, daß ſie, wie einmal die Situ-

*) Von Bedeutung iſt in dieſer Beziehung übrigens auch die Katholikenemancipation geblieben, denn die Irländer, welchen durch ſie das Parlament geöffnet ward, haben ſich nicht den beſtehenden Parteien eingefügt, ſondern ſtimmen je nach ihren Particularintereſſen mit der einen oder andern.

ation durch den Starrsinn der Tories geworden war, eine überwiegend wohlthätige Maßregel war, weil ihr eine Reihe anderer, namentlich wirthschaftlicher Reformen zu verdanken sind, welche ohne sie schwerlich durchzusetzen gewesen wären. Durch diese hat das Parlament das Vertrauen der Bevölkerung wiedergewonnen, welches es vor 1832 sehr verloren hatte. Aber ebensowenig lassen sich die genannten Uebelstände in Abrede stellen und am wenigsten hat sich die Voraussage Lord John Russell's bewahrheitet, daß die Bill den Abschluß der Frage bringen werde, daß sie eine final measure sein solle. Der großen Aufregung des Kampfes folgte allerdings eine Periode der Ruhe, in der sich die Parteien wieder zu organisiren suchten. Sodann nahmen die wirthschaftlichen Fragen alles Interesse in Anspruch, und nur so lange die Korngesetze dem Volke das Brod vertheuerten, fanden die Chartisten mit ihren abstracten Programmen für allgemeines Stimmrecht, gleiche Wahlbezirke, geheimes Stimmrecht und jährliche Parlamente einen gewissen Anhang unter den arbeitenden Classen. Aber schon 1852 taucht die Frage einer neuen Parlamentsreform auf. Der Anstoß ging diesmal keineswegs aus einer Bewegung im Volke hervor, sondern aus Parteimotiven und zwar war es derselbe Lord John Russell, der die Bill von 1832 für endgiltig erklärt hatte, welcher, um sein schwaches Ministerium durch eine populäre Maßregel zu stärken, eine weitere Ausdehnung des Wahlrechts vorschlug. Danach sollte in den Grafschaften die Qualification der Wähler von 50 auf 20 Pfd. Sterl. herabgesetzt werden und der städtische Satz von 10 Pfd. Sterl. Miethe auf 5 Pfd. Sterl. Gemeindeschätzung*) (rating); außerdem sollten die kleinsten Wahlkörper zu gemeinsamen Bezirken gruppirt werden. Der Vorschlag ward gleichgiltig aufgenommen und der Fall des Ministeriums ließ es zu keiner Entscheidung kommen. Als dann zwei Jahre darauf Lord John im „Ministerium aller Talente" von Aberdeen saß, glaubte er in Rücksicht auf seine „vorgeschrittenen" Collegen Sir W. Molesworth und Milner Gibson weiter gehen zu müssen. Nun sollten 13 kleinere Flecken das Wahlrecht ganz, 33 theilweise verlieren, die Qualification der Pächter sollte von 50 auf 10 Pfd. Sterl., der städtischen Wähler von 10 Pfd. Sterl. rental auf 6 Pfd. Sterl. rating herabgesetzt werden, 46 der verfügbar werdenden Sitze sollten den Grafschaften zufallen, 12 den Städten, daneben sollten die Rechtsschulen (Inns of Court) und die londoner Universität vertreten werden. Außerdem brachte die Bill von 1854 den Vorschlag der Vertretung der

*) Der Unterschied von Miethe (rental) und Gemeindeschätzung (rating) ist der, daß bei ersterer der wirklich gezahlte Miethzins in Betracht kommt, bei letzterer die Abschätzung des Miethwerthes eines Hauses, welche für die Gemeindesteuern zu Grunde gelegt wird und die immer erheblich niedriger ist als die wirklich gezahlte Miethe; 5 Pfd. Sterl. rating ist etwa dasselbe wie 6 Pfd. Sterl. rental.

Minoritäten. Eine solche war von Seiten politischer Schriftsteller warm empfohlen als Gegengewicht gegen die ausschließliche Herrschaft der Majoritäten; Lord John schlug nun vor, den reicheren Classen, welche die Minderzahl der Wählerschaft bildeten, ein Separatvotum zu geben. Endlich sollten, um dem vielgerügten Mangel der Miethqualification abzuhelfen, welche den shopkeepers ein zu großes Gewicht gab, eine Reihe sogenannter fancy franchises eingeführt werden, um auch den Gebildeteren, welche nicht ein eigenes Haus bewohnen, die Chance des Wahlrechts zu geben: danach wäre dasselbe jedem geworden 1) der einen festen jährlichen Gehalt von wenigstens 100 Pfd. Sterl. bezog; 2) der 10 Pfd. Sterl. an festen Zinsen und öffentlichen Fonds erhob; 3) der 2 Pfd. Sterl. jährliche Steuern zahlte; 4) der 50 Pfd. Sterl. in der Sparcasse hatte.

Auch diese Bill ward sehr kühl aufgenommen und bald von ihrem Urheber wegen des Ausbruchs des orientalischen Krieges zurückgezogen.

Der nächste Schritt geschah 1859 unter dem Ministerium Lord Derby's, welcher einst ein Hauptkämpfer für die Bill von 1832 gewesen war, sich aber später zu den Tories gewandt hatte, weil die Whigs eine der Staatskirche feindliche Tendenz verfolgten. Die Bill, welche Disraeli in seinem Namen vorlegte, entzog keinem Flecken das Wahlrecht ganz, aber nahm 15 unter 6000 Einwohnern *ein* Mitglied, wovon 8 den Grafschaften und 7 neuen Städten zufallen sollten. Die städtische Qualification von 10 Pfd. Sterl. Miethe ward festgehalten, aber auf die Grafschaften ausgedehnt, außerdem eine Reihe ähnlicher franchises vorgeschlagen wie 1854 von Russell. Aber sowohl die liberale wie die altconservative Partei opponirte jener Gleichstellung von Land und Stadt und Disraeli ward geschlagen. 1860 brachte Russell noch einmal eine Bill ein, welche ebensowenig Erfolg hatte und von da an ruhte die Reform, weil Lord Palmerston ihr feindlich war. Er war an die Spitze der Geschäfte gerufen, weil Niemand so wie er die nothwendigen Eigenschaften für die oberste Leitung vereinigte, aber seine Majorität bestand aus heterogenen Elementen; ein bedeutender Theil derselben war durchaus conservativ, die Radicalen dagegen vertagten mürrisch die Verwirklichung ihrer Wünsche, weil Palmerston's Sturz die Tories ans Ruder gebracht hätte. Nach seinem Tode (1865) mußte eine Scheidung der Parteien eintreten; die beiden bedeutendsten gemäßigten Liberalen, welche Anspruch auf die Nachfolge gehabt hätten, Lord Herbert und Sir Cornwall Lewis, waren im besten Mannesalter gestorben, Lord Grey, der Sohn, hatte sich theils aus Kränklichkeit, theils aus Abneigung von den Whigs zurückgezogen. Es blieb daher nur übrig, den nominellen Vorsitz dem greisen Lord Russell, die eigentliche Führung aber Gladstone zu geben. Derselbe hatte sich schon unter Palmerston, dessen Dictatur seinem Ehrgeiz lästig gewesen war,

den Radicalen genähert, wahrscheinlich auch denselben bereits weitgehende Versprechungen gemacht, welche nun eingelöst werden mußten. Alle Aussichten schienen dem Ministerium günstig, denn es gebot über eine Majorität von 65 Stimmen; auch schien Gladstone ganz der rechte Mann für eine Reform, denn während seiner langsamen Umbildung vom Hochtory zum Liberalen hatte er sich weder für noch gegen dieselbe gebunden. Hätte er sich nun im Anfang der Session einfach verpflichtet, eine ernsthafte aber gemäßigte Maßregel vorzulegen, sich dann die Zeit genommen, sie sorgfältig auszuarbeiten und zu Ende der Session zur ersten Lesung einzubringen, so hätte sich während der Ferien das Urtheil des Publicums darüber gebildet, das Ministerium hätte gesehen, was es etwa zu ändern gehabt und hätte wahrscheinlich im Laufe 1867 sein Werk sicher durchgeführt. Aber Gladstone verdarb alles durch seine falsche Taktik. Zunächst hüllte er sich in Schweigen, dann ließ er sich nicht die Zeit, ein vollständiges Project auszuarbeiten, sondern brachte dasselbe stückweise vor. Dies gab den offenen und geheimen Gegnern der Reform einen günstigen Angriffspunkt, da sie mit Recht sagen durften, daß eine derartige Maßregel nur als ein Ganzes durchgeführt werden könne, weil ein Theil derselben den anderen bedinge. Als daher der Schatzkanzler eine Bill einbrachte, welche die gesammte Wählerschaft um etwa eine halbe Million erweiterte, aber die 49 Sitze, welche durch Aufhebung des Wahlrechts von kleinen Flecken verfügbar wurden, nicht vertheilte, war die Unzufriedenheit so allgemein, daß sie nur durch das Versprechen der Regierung, alsbald auch eine Bill für die Vertheilung der Sitze vorzulegen, einigermaßen beschwichtigt werden konnte. Nichtsdestoweniger ward bei zweiter Lesung nur eine Majorität von 5 Stimmen erzielt, während das Ministerium bei anderen Maßregeln 70 gehabt hatte. Abgesehen von jener falschen Taktik war dies den schon bei dieser ersten Hälfte hervortretenden Spaltungen der Liberalen zuzuschreiben. Es war klar geworden, daß Gladstone in der Reformfrage wesentlich unter dem Einfluß Bright's stand, dessen Ansichten der großen Mehrheit des Hauses zuwider waren; seine Vorschläge hätten in den Städten den arbeitenden Classen einen überwiegenden Einfluß gegeben. So schied sich die aristokratische Fraction der Liberalen, die der vielverspotteten Adullemiten, von ihrem Führer und stimmte mit den Tories; Gladstone aber, höchst erbittert über diesen Abfall, ließ sich zu heftigen Aeußerungen hinreißen und machte die Sache noch schlimmer. Die Bill über die Vertretung der Sitze, die er in Hast einbringen mußte, war nicht glücklicher, indem sie eine wenig gerechte und praktische Gruppirung kleinerer Flecken vorschlug, welche Disraeli und Lord Stanley mit Recht angreifen konnten, und schließlich blieb die Regierung in der Minorität. Lord Derby ward Premier und unter ihm trat jetzt Disraeli als Führer hervor.

Die Aussichten der spanischen Revolution.

Die spanische Revolution hat rascher gesiegt, als man nach früheren Vorgängen für wahrscheinlich hielt und ihr negatives Resultat, die Entthronung der Königin, steht bereits fest. Daß es dazu früher oder später kommen müsse, war Einsichtigen längst klar; die Regierung Isabella's war für Spanien das geworden, was die Karl's X. in Frankreich war. Die allgemeine Unzufriedenheit ging nicht gegen diese oder jene Maßregel, sondern gegen den ganzen Charakter der Regierung, welche sich mit den schlechtesten Traditionen der Bourbons, jenes Geschlechts, das so unverbesserlich scheint wie das der Stuart, identificirte. Die Spanier sind ein durch und durch katholisches Volk, aber die Bigotterie der Königin, welche das Geld des verarmten Landes mit vollen Händen für kirchliches Schaugepränge, Wiederherstellung geistlicher Orden und Unterstützung des Pabstes wegwarf und die Politik von den Einflüsterungen einer fanatischen Nonne abhängig machte, war ihnen um so widerwärtiger, als die Kehrseite im Privatleben von einer Unsittlichkeit war, welche nicht einmal den äußeren Schein zu wahren wußte. Der Spanier ist kein Rigorist, aber er hält darauf, daß die Formen des Anstands beobachtet werden. Man darf vielleicht Isabella nicht zu scharf beurtheilen, wenn man erwägt, in welchen Umgebungen sie groß geworden und wie, ehe sie noch einen Willen hatte, die Politik mit ihr gespielt. Die schwerste Schuld hierbei trifft unstreitig Guizot, dessen Intriguen 1846 die sechzehnjährige Infantin an den traurigen Franz von Assisi verheirathete, der nie einen Versuch gemacht, seine Ehre zu wahren und von dem jetzt bei der Entthronung seiner Gemahlin Niemand spricht. Aber auch Palmerston's Politik, welche gegen die Heirath mit einem Sohne Louis Philipp's protestirte, hat sich nicht bewährt. Wäre der Herzog von Aumale Isabella's Gemahl geworden, so hätte sie sich wohl sehr anders entwickelt und diese Heirath, weit entfernt Frankreichs Uebergewicht herbeizuführen, hätte ein werthvolles Gegengewicht gegen den Imperialismus gebildet. Wie sich die Dinge nun einmal gestaltet haben und nachdem mit der Verbannung Montpensier's und der Generäle der Despotismus in seiner nacktesten Gestalt hervorgetreten, mußte es früher oder später zum Bruche kommen. — Es war von vorn herein sehr charakteristisch, daß der Aufstand in der Marine begann, welche bisher einen durchaus conservativen und monarchischen Charakter bewahrt und sich nie an den Aufständen betheiligt hatte. Gonzales Bravo aber hatte die Flotte verletzt, indem er ihr Budget stark beschnitt, die Armee war gegen ihn erbittert, weil sie keinen Civilisten an der Spitze der Geschäfte

leiden kann: so fehlten eigentlich alle Kräfte zum Widerstand und die Revolution siegte fast ohne Blutvergießen.

Aber wenn Isabella keine Sympathie verdient, so wird man auch zu denen, welche sie vertrieben, wenig Zutrauen haben können. Unter diesen Generälen, von denen so manche ohne irgendwelche militärische Verdienste Marschälle wurden, ist kein einziger, der das Vertrauen des Landes hat, sie haben sich unter einander bekämpft, verfolgt, verbannt, je nach den Conjuncturen des Augenblickes, sie haben für einen Augenblick gemeinsame Sache gemacht, aber sie werden der Welt nicht lange Zeit das Schauspiel der Einigkeit bieten. Die Bevölkerung ist deshalb auch im Ganzen passiv, alle Welt hielt die Dynastie für unverbesserlich und ihren Sturz für nothwendig, aber Niemand sieht jetzt ab, woher eine bessere Regierung kommen soll. Wäre ein Prätendent an die Spitze des Aufstandes getreten und die Nation wäre ihm gefolgt, so hätte man ein Haupt, nun aber ist eine absolute Leere. Alles ist möglich und darin liegt die ungeheure Gefahr für das Land. Die Proclamation der provisorischen Regierung läßt außerdem befürchten, daß keine der Thorheiten, zu denen der Jubel über den Fall eines verhaßten Regiments ein politisch nicht vollständig reifes Volk verleitet, unterlassen werden wird und die Nation dürfte noch zu ihrem Schaden lernen, daß es weit leichter ist, eine schlechte Regierung zu stürzen, als eine bessere zu gründen. Wie es heißt, soll das Volk über seine Zukunft durch das nicht mehr ungewöhnliche Mittel einer allgemeinen Abstimmung entscheiden. Es liegt indessen auf der Hand, daß dies wenig mehr als eine Form sein wird und alles darauf ankommt, was von Denen, die an der Spitze der provisorischen Regierung und der Armee stehen, zur Abstimmung gestellt wird. Die vorliegenden Möglichkeiten sind 1) die Berufung des Herzogs von Montpensier; 2) die Erwählung des Königs von Portugal; 3) die irgend eines anderen Fürsten; 4) die Republik.

Für Montpensier spricht die ehrenwerthe Haltung, welche er der Wirthschaft Isabella's gegenüber bewahrt, aber gegen ihn der Entschluß, der fast allgemein zu sein scheint: „fort mit den Bourbonen". Man hat eben zu schlechte Erfahrungen mit ihnen gemacht; außerdem dürften die Führer wohl Anstand nehmen, den einzigen Candidaten vorzuschieben, welcher bei Napoleon persona ingratissima sein würde. Für den König von Portugal spricht die Idee der iberischen Union, gegen ihn, daß es den spanischen Stolz verletzen würde, von einem Portugiesen beherrscht zu werden; auch ist es fraglich, ob Portugal einer solchen Vereinigung beider Kronen, wenn sie auch bloße Personalunion wie die schwedisch-norwegische bliebe, günstig wäre. Irgend ein anderer Prinz, wie der Herzog von Aosta, ließe sich wohl finden, aber freilich haben Neapel, Griechenland und die Donaufürstenthümer hinlänglich gezeigt, wozu diese importirten Fürsten, die im Lande keine Wurzel haben, führen. Es bliebe end-

lich noch die Republik, und obwohl dieſe das Thörichtſte wäre, was man wählen könnte, ſo iſt es doch ſehr möglich, daß man dazu kommt. Einmal weil die Nation ſo überaus ſchlechte Erfahrungen mit ihren abſoluten wie conſtitutionellen Monarchen gemacht hat, ſodann weil jeder der Revolutionsgenerale hoffen könnte, in dieſer Staatsform die erſte Rolle zu ſpielen. Kommt es zur Republik, ſo kann man ſich mit Sicherheit auf den gewöhnlichen Kreislauf von einer unpraktiſchen Verfaſſung zur Anarchie und ſchließlich zur Dictatur gefaßt machen. Aber auch wenn ein König gewählt wird, ſo wird er ſchwerlich nach ſeiner Tüchtigkeit erkoren, ſondern je nachdem die Generale hoffen können, ihn zu beherrſchen. Dazu kommt die traurige finanzielle Lage; der Schatz iſt leer, die vorige Ernte iſt ungenügend, die diesmalige ſo ſchlecht, daß große Kornzufuhr von außen nöthig ſein wird. Alles genommen wird man gut thun, kein ſchnelles Definitivum von der Revolution zu hoffen und zunächſt abzuwarten, ob die Nation zeigt, daß ſie etwas durch ihre Vergangenheit gelernt hat und daß die Eiſenbahnen auch moderne Ideen ins Land gebracht haben.

Eine andere Seite der Bewegung iſt die, welchen Einfluß ſie auf die europäiſche Politik haben wird; wir glauben, daß man denſelben überſchätzt. Daß die Revolution augenblicklich dem Kaiſer Napoleon ſehr ungelegen kam und als ein Ableiter wirkt, iſt nicht zu leugnen, aber wir halten es für fraglich, ob dieſe Einwirkung lange dauern wird. Frankreich ſeinerſeits wird ſich paſſiv verhalten. Niemand denkt an eine Intervention, die Wahl des einzigen Candidaten, welche eine offenſive Seite für die napoleoniſche Dynaſtie hätte, des Herzogs von Montpenſier, iſt zur Zeit noch wenig wahrſcheinlich; Spanien ſeinerſeits wird zu viel mit ſich ſelbſt zu thun haben, um Zeit und Geld für europäiſche Politik übrig zu behalten, und weder ein neuer König noch eine Republik wird daran denken können, Napoleon durch actives Eingreifen Schwierigkeiten zu bereiten. Für dieſen würde ſich alſo der ganze Ausfall darauf beſchränken, daß er die projectirte Erſetzung der franzöſiſchen Garniſon Roms durch eine ſpaniſche aus ſeinen Plänen zu ſtreichen hat und dieſer Ausfall iſt nicht groß, zumal zweifelhaft erſcheint, ob ein ſolcher Wechſel der Garniſon nicht für den Kaiſer zu unangenehmen Weiterungen mit Italien geführt hätte, das keinen Septembervertrag mit Spanien abgeſchloſſen hat. Ebenſo wenig können wir viel auf das Argument geben, daß die Revolution einen großen Rückſchlag auf die innern Zuſtände Frankreichs üben werde. Das würde richtig ſein, wenn der Aufbau eines feſten, wirklich freiheitlichen Staatsweſens in Ausſicht ſtände. Sind aber erſt die ſchönen Zeiten der Programme und des Füllhorns ihrer Verſprechungen vorüber, ſo dürfte der innere Zuſtand Spaniens wenig beneidenswerth werden und auch die pariſer Oppoſition das Beiſpiel ſchwerlich zur Nachahmung empfehlen können. Wir werden alſo gut

thun, die Schwierigkeiten, welche die Revolution Frankreich bereitet, nicht zu hoch anzuſchlagen und uns nicht im Vertrauen darauf falſcher Sicherheit zu überlaſſen. Wir wünſchen Spanien das Beſte, dürfen aber nicht dauerhafte Mäßigung von einem Lande hoffen, das durch jahrhundertlange Mißregierung heruntergebracht iſt. Nur ein Reſultat iſt vorläufig ſicher und dies kann uns allerdings willkommen ſein: die ſpaniſche Revolution iſt eine neue gründliche Niederlage des ſchlimmen Feindes deutſcher Einheit, des Ultramontanismus. Die Welt hat aufs neue Gelegenheit zu ſehen, wohin das Pfaffenregiment führen muß, die Königin Iſabella wird Muße haben, über den Werth der Rathſchläge des Paters Claret und der Schweſter Patrocinio nachzudenken, die Spanier aber haben jetzt Gelegenheit zu zeigen, ob ſie ſich von dem Gängelbande ihrer Prieſter frei zu machen verſtehen.

Wir fügen der vorſtehenden Mittheilung eines verehrten vieljährigen Correſpondenten den Abdruck eines zweiten uns bezüglich der ſpaniſchen Revolution zugegangenen Schreibens hinzu. Obgleich daſſelbe eine theilweiſe abweichende Anſchauung vertritt, wird es den Leſern als Mittel zur Orientirung willkommen ſein.

„Mit dem Sturze der ſpaniſchen Bourbonen, des letzten Dynaſtenzweiges jenes Geſchlechtes, das nichts gelernt und nichts vergeſſen, iſt die ſpaniſche Thronfolge eine offene Frage geworden. Die Bourbons haben ähnlich den Stuarts mit unvergleichlicher Frivolität die leicht zu erwerbende Volksgunſt verſcherzt. Trotz der härteſten Bedrückungen, in denen die ſpaniſchen Monarchen ſeit Jahrhunderten unter einander wetteiferten, trotz des unſeligſten Denk- und Glaubenszwanges, der engherzigſten Beſchränkung politiſcher und perſönlicher Freiheit hat ſich das ſpaniſche Volk ſtets einen unverwüſtlichen Kern von Loyalität und Ergebenheit gegen ſeine Monarchen bewahrt bis auf das Frauenregiment Maria Chriſtina's und ihrer Tochter. Seit der Aufhebung des ſaliſchen Geſetzes für die ſpaniſche Thronfolge iſt die ſchöne Halbinſel mehr als vierzig Mal von aufſtändiſchen Bewegungen erſchüttert worden. Das Glück und die unglaublichſte Verblendung der Monarchie haben dieſes Mal die Inſurrection ſiegen laſſen. Ruhig vollzieht ſich die neben der Thronentſetzung Ottos von Griechenland unblutigſte aller Revolutionen unſeres Zeitalters. Jene furchtbare Verſchwörung, die, wie der pariſer „Monde“ verkündet, von Mazzini und Rattazzi, Prim und — dem Grafen Bismarck angezettelt, durch preußiſches Geld unterſtützt wird und nach dem clericalen Blatte die ſpaniſche Revolution gemacht hat, iſt durchgedrungen. Und der „Monde“ hat nicht Unrecht. Es beſteht eine europäiſche Verſchwörung, die auch an der ſpaniſchen Revolution Schuld iſt. Die beſten

Geiſter der Zeit, die Männer, welche den Geiſt ihrer Zeit begriffen, ſtehen, gleichviel welcher Parteiſchattirung angehörig, im Bunde gegen die Bornirtheit und die Bedrückung im Denken und Handeln. Wie ſie jetzt auf der iberiſchen Halbinſel geſiegt haben, ſo werden ſie auch über kurz oder lang eine andere Prophezeihung des „Monde“ erfüllen. „Wenn der ſpaniſchen Revolution“ klagt der entſetzte Monde, „ihre Sache glückt, ſo wird demnächſt Rom in die Hände des revolutionären Italiens fallen, während man Frankreich im Namen der Freiheit in Aufregung ſtürzen wird.“

Die nächſtliegende Frage iſt die nach der Thronfolge in Spanien. Wird die Abſtimmung des ſpaniſchen Volkes, oder das dictatoriſche Votum der Junta darüber entſcheiden? Und wer wird von der Volksſtimme oder von der der Delegirten zum Throncandidaten auserleſen werden? Die erſte Zeitung, die authentiſche und detailirte Nachrichten über den ſpaniſchen Aufſtand brachte, war die „Times“. Mit kluger Vorſicht äußern ſich ihre ſpaniſchen Correſpondenten, aufmerkſamſtes Ohr leihen ſie der Stimmung des Volkes, über deſſen Schickſal ſie referiren. „Spanien — meint ein Correſpondent vom 25. September — wird ſich für eine Republik nicht eignen. Zwar gibt es eine republikaniſche Partei, gerade wie es Parteien für die Erhebung eines italieniſchen oder engliſchen Prinzen auf den ſpaniſchen Thron gibt, Parteien für eine Vereinigung mit Portugal unter dem Hauſe Braganza-Coburg, für Montpenſier, den Prinzen von Aſturien. Aber jede dieſer Parteien betrachtet die andere als wahnwitzig.“ Als ein paar Namen von Mitgliedern der madrider Junta bekannt wurden, mußte es dem Einſichtigen klar werden, daß ſich bei der Verſchiedenheit der Parteien, die jene Namen vertreten, ſchwer eine baldige Einigung für eine Regierungsform und deren Spitzen finden würde. Unioniſten, wie Cantero, Progreſſiſten, wie Olozaga und Figuerola, Radicale wie Rivero finden ſich in jeder Provincialjunta gewiß ebenſo zahlreich wie in Madrid. Was nun die madrider Junta betrifft, ſo wird ſie nicht ohne großen Einfluß auf die conſtituirenden Cortes, die über die neue Regierungsform entſcheiden ſollen, bleiben. Die Freunde der Republik haben nicht viel Chancen für ſich. Die engliſche Preſſe, die ſich in langer Schulung politiſchen Lebens einen freien Blick für politiſche Zuſtände fremder Völker erworben hat, ſpricht ſich in ihrer Majorität gegen die Republik aus. Nur Daily Telegraph und das Wochenblatt Spectator ſind der republikaniſchen Form günſtig geſinnt. Die Beſtätigung der Abfaſſung eines republikaniſchen Programms, das eine Föderativrepublik verlangen ſoll, iſt noch abzuwarten. Von den Führern des Aufſtandes ſcheint General Pierrad der einzige Republikaner zu ſein, der nach einer ebenſo unverbürgten Nachricht ſeinen Soldaten ſogar den Eid auf die Republik abgenommen haben

ſoll.*) Die übrigen londoner Organe glauben dagegen nicht an die Conſtituirung eines ſpaniſchen Freiſtaates. „Star“ und „Daily News“ bezweifeln die Qualification der Spanier zu Republikanern, „Poſt“ und „Globe“, „Herald“ und „Standard“ wollen noch weniger etwas von der Republik wiſſen. Die „Saturday Review“ glaubt, ehe das geſchähe, würde die Königin wiedereingeſetzt werden.

Als ganz grundlos müſſen die Gerüchte bezeichnet werden, die einen bourboniſchen Prinzen zum ſpaniſchen König machen. Ein Regent aus demſelben Stamm, über deſſen jüngſten Regentenſproß die empörte Nation zur Tagesordnung der Freiheit übergegangen iſt, dürfte in einem Lande, das unter den Bourbonen noch mehr als unter den habsburgiſchen Regenten gelitten, unmöglich ſein. Damitfällt die Candidatur Alfons' XII. (des Prinzen von Aſturien) unter der Vormundſchaft des Grafen von Girgenti, ebenſo zu Boden wie die Karl's VII., des Grafen Montemolin (Don Carlos' Enkel). Die Candidatur Anton's I., des Herzogs von Montpenſier (Louis Philipp's Sohn), immerhin eines Bourbon, wenn auch von der orleans'ſchen Linie, iſt vielleicht populärer, allein die Realiſirung dieſes Planes würde, wie die officiöſe „Patrie“ andeutet, in den Tuilerien nimmermehr geduldet werden. Alle Combinationen über die etwaigen bourboniſchen Thronfolger, alle Hoffnungen der Prätendenten ſelbſt ſind jedoch durch den Erlaß der Junta von Madrid vom 30. September vernichtet, der in dürren Worten „die Unfähigkeit aller Bourbonen, den Thron zu beſteigen“ erklärt.

Die Romanen haben in unſerem Zeitalter kein Glück bei der Beſetzung europäiſcher Throne, der Zug der Zeit iſt für die Germanen. Die deutſche Fürſtenfamilie der Coburger, die ſchon vier Throne inne hat, hat jetzt Ausſicht den fünften zu beſetzen. Der Könige von Portugal und Algarbien gibt es jetzt zwei: den Titularkönig Ferdinand und deſſen Sohn Ludwig, den jetzt regierenden König, beide aus dem Hauſe Coburg-Kohary. Es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß die ſpaniſche Krone Ferdinand VIII. oder Ludwig I. zu Theil wird. Ludwig I. würde dann der Schöpfer einer iberiſchen Perſonalunion werden: Portugal und Spanien erhielten in ihm einen gemeinſamen Monarchen, ein Ereigniß von großer politiſcher und wirthſchaftlicher Tragweite. Mit England, ja mit Preußen und durch die Gemahlin Ludwig's mit Italien verſchwägert, würde in den vereinigten iberiſchen Königreichen eine weſteuropäiſche Macht geſchaffen, die etwaigen franzöſiſchen Uebergriffen ein Achtung gebietendes Gegengewicht halten würde. Dazu ſind die transpyrenäiſchen Nachbarn den Spaniern lange verhaßt geweſen, während

*) Das Treiben Escalante's, des Commandanten der madrider Nationalgarde ſcheint nach den neueſten Nachrichten unſchädlicher zu ſein, als die franzöſiſchen Correſpondenten uns glauben machen wollten.

England von den napoleonischen Kriegen her in gutem Andenken steht. Französische Einflüsse im madrider Cabinet sind stets dem Lande verderblich, englische Rathschläge oft nützlich gewesen. Schon aus der Parteinahme beider Großstaaten gegenüber der spanischen Bewegung ergibt sich die Natur ihres Einflusses. Frankreich begünstigte die Moderados, England die Progressisten. Während die französischen Einflüsterungen den Grund zu den Unruhen unter Maria Christina legten, war in Espartero's Maßnahmen ein Anlehnen an die wirthschaftlichen Grundsätze der englischen Politik nicht zu verkennen. Jetzt, da Espartero von der Volksstimme wieder als Präsident der provisorischen Regierung bezeichnet wird, dürfte seine Vorliebe für England, die ihm seiner Zeit einen darauf bezüglichen Spitznamen eintrug, schwer in die Wagschale fallen. Von englischer Seite nun — in der Presse vertritt der „Spectator" hauptsächlich diese Ansicht — wird eine Einigung mit Portugal für das Wünschenswertheste gehalten. Auch französische und deutsche Organe sprechen sich, anfangs schüchtern, jetzt mehr und mehr bestimmt, in diesem Sinne aus. In Spanien selbst hat die Verschwörung Alernany's vom 10. Juni 1865 gezeigt, daß man in gewissen Kreisen nach Abschüttelung des bourbonischen Joches Spanien mit Portugal vereinigt wissen wolle. Wenn man dagegen fürchtet, Portugal werde von dem viermal größeren und volkreicheren Spanien erdrückt werden, so kann die Geschichte diese Furcht entkräften. Sechzig Jahre lang (1580—1640) war Portugal eine Provinz der damaligen Großmacht Spanien: dennoch hat es, durch den Druck der spanischen Habsburger empört, kräftige Mittel gefunden, sich selbständig zu machen und bis heute zu behaupten. Das zähe und hartnäckige Portugiesenvolk ist nicht geeignet in die spanische Nationalität aufzugehen; auch wäre bei einer Personalunion jeder nationalen Individualität — wir sehen es an Schweden und Norwegen — ihr eigenthümliches Recht in ausgedehntem Maße gewahrt. Selbst das Votum der portugiesischen Kammer, die sich bei Gelegenheit des Prim'schen Aufstandes einstimmig gegen die Einheit Iberiens aussprach, scheint uns für den Ausgang der Sache noch nicht entscheidend. Die lockende Aussicht ein weites bisher ungenügend exploitirtes Wirthschaftsgebiet wie Spanien durch das dem portugiesischen Volk eigenthümliche handelsmännische Genie auszunutzen, wie die Aussicht, der iberischen Halbinsel einen portugiesischen König zu geben, werden auf die Portugiesen unstreitig einen gewissen Einfluß üben, sobald die Thronfolgefrage näher an sie herantritt. Auch die Könige, Vater und Sohn, verhalten sich abwartend und deshalb für jetzt ablehnend; es ist der alte Kunstgriff, der bald als solcher erkannt werden wird.

Sollte das portugiesische Project keinen Erfolg haben, so weist doch die Meinung der bestunterrichteten Preßorgane auf Throncandidaten germanischen

Stammes. In einem etwas dunkel gehaltenen Artikel der „Times“ äußert das einflußreiche Blatt: „es gäbe noch eine Reihe anderer Prinzen außer den bourboniſchen, denen ſich die Augen des ſpaniſchen Volkes billigerweiſe zuwenden und deren Verdienſte in Bälde wahrſcheinlich lebhaft erörtert werden dürften.“ Es iſt bei dieſer Andeutung der Times wohl in erſter Reihe an den Prinzen Alfred, den Herzog von Edinburgh zu denken. Desgleichen ſchlägt die „Liberté“ — allerdings in der uneigennützigen Weiſe, die Herrn von Girardin ſogleich erkennen läßt — die Candidatur des Königs der Belgier vor, „wenn dafür — das iſt des Pudels Kern — Belgien an Frankreich fiele“. In pariſer Kreiſen wird jedoch noch allgemeiner der Herzog von Aoſta (Victor Emanuel's zweiter Sohn) als zukünftiger ſpaniſcher König genannt; auch hier vermuthet man preußiſchen Einfluß und wird Graf Bismarck als energiſcher Freund dieſer Candidatur bezeichnet. Wir glauben nicht recht an die Realiſirung dieſes Planes; ebenſo wenig an die Thronfolge des Königs der Belgier. Letzterer aber wie Prinz Alfred und Ludwig von Portugal ſind alle drei Sprößlinge deſſelben Hauſes, des Hauſes Sachſen-Coburg-Gotha; die Thronfolge eines dieſer drei Candidaten würde demnach einem ſächſiſchen Erneſtiner die Krone von Spanien bringen, immerhin ein Gewinn für Deutſchland und ſeine nationale Politik.“

Aus den Memoiren eines ruſſiſchen Dekabriſten:

I. Der 14. December 1825.

Die große Mehrzahl unſerer Leſer wird ſchon die Ueberſchrift der Aufzeichnungen, welche wir nachſtehend der Oeffentlichkeit übergeben, fremd anmuthen. Es handelt ſich um die Erlebniſſe eines der wenigen überlebenden Theilnehmer des petersburger Aufſtandes vom December 1825, die in Rußland techniſch „Dekabriſten“ d. h. Decembermänner genannt werden (der Monat December heißt ruſſiſch Dekaber). Den Verfaſſer, der die Theilnahme an jener Verſchwörung mit vieljähriger harter Verbannung in Sibirien und dem Kaukaſus büßte, hat es gedrängt am Abend ſeines Lebens ein einfaches, wahrheitsgetreues Bild ſeiner Erlebniſſe zu entwerfen, und dadurch einen Beitrag zur Charakteriſtik der Menſchen und Verhältniſſe zu liefern, welche an jenem merkwürdigen Ereigniß betheiligt waren. Es kann ſich ſelbſtverſtändlich nicht um eine Apologie des unſeligen Unternehmens vom 14. December 1825 handeln, über welches die Geſchichte längſt zur Tagesordnung übergegangen iſt, ſondern blos um die objective Zuſammenſtellung intereſſanter Thatſachen, wie ſie im Gedächtniß eines Greiſes haftend geblieben waren, der an den Anſchauungen, Irrthümern und Ueberzeugungen ſeiner Zeit und Umgebung red-

lich Antheil nahm, ohne auch nur nachträglich den Anspruch auf eine große Rolle im Kreise der jugendlichen Verschwörer von 1825 zu erheben. Der selbständigen Veröffentlichung des gesammten Memoirenwerks soll die Mittheilung einiger der interessantesten Episoden desselben vorhergehen, um das deutsche Publicum mit dem Schauplatz der Handlung und den mitwirkenden Personen vorläufig bekannt zu machen.

Der erste Abschnitt des für die grünen Blätter bestimmten Theils dieser Publicationen fällt sogleich medias in res; zunächst ohne auf die geheime Gesellschaft und sein Verhältniß zu derselben einzugehen, erzählt der Verfasser, wie er als junger Premierlieutenant des finnländischen Leibgarde-Regiments bewogen worden, an der Schilderhebung vom 14. December 1825 Theil zu nehmen, und welche Rolle ihm an dem Tage zugetheilt gewesen, der zugleich der erste Tag der Regierung des Kaisers Nikolaus war. Die späteren Abschnitte erzählen von der Untersuchung des Complotts, der Gefangenschaft und der Verurtheilung der Theilnehmer. Sodann wird zu einem umständlichen Bericht über die Reise nach Sibirien und das Loos übergegangen, welches die Verurtheilten hier erwartete.

Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die von den Obristen Pestel Murawjew-Apostol, dem Dichter Ryléjew, Bestushew-Rzumie und Kachowski geleitete Verschwörung zum Umsturz der bestehenden Regierung und zur Begründung einer republikanischen Staatsform gleichzeitig an zwei Punkten in St. Petersburg und in Südrußland losbrach und daß beide Erhebungsversuche vollständig mißglückten. Ueber die Einzelheiten des Aufstandes und den Vorwand, welcher zu demselben genommen wurde, lassen wir den Verfasser selbst reden. Die einfache, schmucklose Art seiner Darstellung trägt das Gepräge so strenger Wahrheitsliebe, daß die Einzelheiten derselben jeder Berufung auf die Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung mit anderen Berichten über die geschilderten Vorgänge füglich entbehren können.

Am 27. November früh Morgens trat ich in den Salon meiner Wohnung ein, in welchem ich Geräusch gehört hatte; es arbeitete dort ein im Hofe beschäftigter Tischler, den ich gemiethet hatte das Parquet in Ordnung zu halten. Mit geheimnißvoller Miene fragte er mich: „Haben Sie von dem großen Unglück gehört? Der Kaiser ist in Taganrog gestorben!“ — Die Personen, die ich den Tag über sprach, bestätigten mir die Richtigkeit dieser Mittheilung. Ich schweige von der Bestürzung, die sie allenthalben erregte. — Gegen Abend versammelte sich unser Regiment auf der Straße, unserm Hospital gegenüber. Der Regimentscommandeur General C. J. Bistram verkündete mit bebender Stimme den Tod des Kaisers Alexander, beglückwünschte uns zu dem neuen Kaiser Constantin, schwenkte den Hut und rief Hurrah! Thränen

floſſen über ſeine und vieler Soldaten Wangen, beſonders derjenigen, welche mit Alexander in den franzöſiſch-deutſchen Feldzügen gekämpft hatten und die er darum immer nur ſeine lieben Dienſtkameraden genannt. Auf Befehl erſchallte das Hurrah des Regiments und wir gingen friedlich, aber betrübt in unſere Caſernen. Mit denſelben Gefühlen leiſteten alle übrigen Garde-Regimenter den Eid; die Betrübniß überwältigte jedes andere Gefühl. Die Vorgeſetzten und die Untergebenen würden ebenſo ruhig und unweigerlich dem Großfürſten Nikolaus den Eid geleiſtet haben, wenn der Wille Alexanders ihnen auf eine geſetzliche Weiſe mitgetheilt worden wäre.

Im Winterpalaſt war die Trauerbotſchaft in demſelben Augenblicke angelangt, in welchem man ein Dankgebet für die angebliche Wiederherſtellung der Geſundheit Alexanders ſang. Der Großfürſt Nikolaus entſchloß ſich ſogleich, dem in Warſchau weilenden Großfürſten Conſtantin den Eid der Treue zu ſchwören, und empfing perſönlich die Eidesleiſtung für ſeinen ältern Bruder von den inneren Wachen des Palaſtes. Graf Miloradowitſch und Fürſt A. N. Galitzin bemühten ſich vergebens, ihn von dieſer Handlung abzuhalten; ſie kannten den Inhalt des Teſtaments Alexander's; — aber der Großfürſt ließ keine Einwendung gelten, ſondern ſagte kurz: „Wer mir nicht folgt und nicht meinem ältern Bruder huldigt, der iſt mein Feind und Feind des Vaterlandes.“ Der Eid wurde überall im ganzen Reiche ohne den geringſten Widerſtand geleiſtet. Nichtsdeſtoweniger war allenthalben bekannt geworden, daß ein Teſtament Alexanders beſtehe, welches Nikolaus die Regierung übertrage und daß Conſtantin verzichtet habe. Es lag wie ein Alp auf der öffentlichen Stimmung. Täglich tauchten falſche Gerüchte, Muthmaßungen und Erwartungen auf, die die Geſellſchaft ängſtigten und aufregten. Die Mitglieder des Reichsrathes wußten ſeit dem Jahre 1823, daß in ihrem Archiv das Teſtament Alexander's mit deſſen eigenhändiger Aufſchrift: „Aufzubewahren bis zu meiner Aufforderung, aber im Falle meines Todes vor jeder andern Handlung zu erbrechen“ lag. Von dieſem Teſtament waren Copien in den Archiven des Senats, des Synods und der Uspenski'ſchen Cathedrale in Moskau zur Aufbewahrung niedergelegt. Es fragt ſich, wem die Schuld dieſer unheilvollen Maßregel zuzumeſſen iſt: Alexander, der zu ſeinen Lebzeiten den Thronverzicht Conſtantin's zu veröffentlichen unterlaſſen hatte, — dem Reichsrath, der ſeine Pflicht nicht erfüllte, — oder dem Großfürſten Nikolaus. Vielleicht wünſchte dieſer jeder Veranlaſſung zu Unruhen und Unzufriedenheit vorzubeugen, da er früher, als die Nachricht von Alexander's Tode ankam, um das Beſtehen und das Ziel der geheimen Geſellſchaften und die Namen eines großen Theiles ihrer Mitglieder wußte. Als Privatleute mögen alle Betheiligten durch ihre Beweggründe gerechtfertigt werden können, politiſch nicht; ſie waren verpflichtet nach dem Geſetz zu handeln und jede perſönliche

Rücksicht zu beseitigen. Ich kann behaupten, daß mit der Veröffentlichung des Testaments am 27. November Alle unweigerlich dem Großfürsten Nikolaus gehuldigt haben würden; wenigstens hätte der Aufstand nicht die zweite Eidesleistung zum Vorwand gehabt, jene Eidesleistung, welche den vor sechszehn Tagen geschworenen Eid auflöste und zugleich erwies, daß der Wille Alexander's nicht berücksichtigt worden war, wie es den bestehenden Gesetzen gemäß hätte geschehen müssen.

Vom 27. November bis zum 14. December währte das Interregnum oder Zwischenreich. Dieser Zeitabschnitt ist nachträglich durch ein Manifest aus der Welt geschafft worden, welches anordnete, den Tag der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus am 19. November, als dem Todestage Alexanders, zu feiern. — Der Großfürst Constantin, dem das ganze Reich huldigte, blieb ruhig in Warschau, fest in seinem Entschluß der Thronentsagung; er empfing keine Beglückwünschungen, er entsiegelte kein Paket der Minister, weil die Aufschrift seinem Namen den kaiserlichen Titel hinzufügte. — Der Großfürst Michael war dem neuen Kaiser entgegengesandt worden; er wartete auf der livländischen Station Nennal auf dessen Ankunft, oder auf eine genaue Nachricht über dessen Entsagung. In Petersburg war Alles verstummt inmitten peinlicher Erwartung und Ungewißheit: keine Musik ertönte auf den Wachparaden, die Frauen der höheren und mittleren Stände trugen Trauerkleider, in allen Kirchen sang man Todtenmessen, Niemand konnte sich der allgemeinen Niedergeschlagenheit entziehen. —

Ich habe schon gesagt, daß der Großfürst Nikolaus von dem Bestehen der geheimen Gesellschaft, von deren Zweck und Mitgliedern Kenntniß hatte und daß auch mehrere Personen seiner nächsten Umgebung davon wußten. Es liegt nahe zu fragen, welche Maßregeln von ihnen getroffen wurden, um dem bevorstehenden Aufstand zuvorzukommen? Gar keine. Alles war dem Zufall überlassen. In Gesellschaften, im Kreise der Offiziere waren Gerüchte in Umlauf, die sich oft widersprachen; man raisonnirte über das Testament Alexander's, man urtheilte über das unantastbare Recht Constantin's, über die Großmuth Nikolaus', der laut Testament das vollkommene Recht auf den Thron habe, ihn aber nicht besteigen wolle, um dem Rechte seines älteren Bruders nicht zu nahe zu treten. Nikolaus glaubte nach seinem eigenen Geständniß, daß er die Liebe des Volkes und der Truppen nicht besitze.

Am 6. December bezog ich die innere Wache im Winterpalast. Wie an Feiertagen gewöhnlich, standen lange Reihen von Gratulanten, Hofchargen und Militärs in den Sälen, um die kaiserliche Familie beim Vorübergehen in die Kirche zu begrüßen. Man hörte keine Gespräche, einzelne Gruppen traten zusammen und flüsterten einander ängstlich in die Ohren. — Am 10. December Abends erhielt ich ein Billet von einem Dienstcameraden Capitän

N. P. Repin; er bat mich, augenblicklich zu ihm zu kommen. Es war ſpät. Ich fand ihn allein auf und nieder gehend, mit der Uhr in der Hand. Mit kurzen Worten theilte er mir mit, der längſt beabſichtigte Aufſtand ſtehe vor der Thür, eine geeignete Gelegenheit zum Handeln ſei gekommen, um nöthigenfalls innerer Zwietracht oder gar einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Reden und Betrachtungen führten nicht zum Ziele, man bedürfe einer materiellen Kraft, brauchte wenigſtens einige Bataillone und Kanonen. Er wünſchte meine Mitwirkung zur Erhebung unſeres erſten Bataillons, was ich rund abſchlug, da ich in demſelben nur einen Zug befehligte; man konnte auf die Bereitwilligkeit der jüngeren Offiziere rechnen, aber nicht auf die der Compagnie-Commandeure. Ein Verſuch blieb immerhin möglich und konnte um ſo leichter gelingen, als man behauptete, daß der Obriſt A. F. Moller mit ſeinem zweiten Bataillon Theil nehmen werde. — Denſelben Abend begab ich mich mit Repin zu Conrad Ryléjew; er wohnte in dem Hauſe der amerikaniſchen Compagnie bei der blauen Brücke. Wir fanden ihn allein mit einem Buche; wegen Halsſchmerzen hatte er ſich mit einem großen Tuche umwickelt. In ſeinen Blicken, in ſeinen Geſichtszügen ſah man ſeine Begeiſterung für die große Sache; ſein Reden war deutlich und überzeugend, er wies nach, daß die bevorſtehende neue Huldigung die Soldaten in Verwirrung ſtürzen werde und mit leichter Mühe zum Zweck eines Syſtemwechſels ausgebeutet werden könne. Bald darauf kamen Beſtuſheff und Tſchepin-Roſtowsky. Nach Beſprechung verſchiedener Vorſchläge trennten wir uns, um bei erſter Gelegenheit wieder eine Berathung zu halten.

Am 11. December fand ich bei Repin zu meiner großen Unzufriedenheit ſechszehn junge Offiziere unſeres Regiments, welche über die Tagesereigniſſe raiſonnirten und zum Theil in das Geheimniß der Unternehmung eingeweiht waren. Es gelang mir den Wirth in ein Seitenzimmer abzurufen, wo ich ihm das Unpaſſende einer ſo vorzeitigen Einweihung von Neulingen vorſtellte. Er erwiderte, daß man im Moment des Handelns auf die Zuverläſſigkeit der Anweſenden werde rechnen können. —

Die Jugend läßt ſich ſo leicht begeiſtern, ſie kennt keine Hinderniſſe, keine Unmöglichkeiten; je größer die Schwierigkeit, die Gefahr, deſto größer der Thatendurſt. — Unter allen Anweſenden befand ſich kein einziges Mitglied der geheimen Geſellſchaft außer dem Wirth ſelbſt, und doch boten alle zu dem bevorſtehenden Unternehmen bereitwillig die Hand.

Am 12. December wohnte ich einer Berathſchlagung beim Fürſten E. P. Obolensky bei, an welcher die in Petersburg anweſenden Häupter der Verſchwörung Theil nahmen. Man beſprach ſich über die vorhandenen Mittel und die bevorſtehende Unternehmung. Der Oberbefehl über die bewaffnete Macht war dem Fürſten Trubetzkoy anvertraut, für den Fall daß nicht aus Moskau

ein erfahrenerer Führer zu rechter Zeit ankäme. Es wurde festgesetzt die aufständischen Truppen auf dem Senatsplatze zu versammeln, so viel Mannschaft als möglich dahin zu führen und unter dem Vorwande, die Rechte Constantin's zu wahren, den Gehorsam und die Eidesleistung für den Großfürsten Nikolaus zu verweigern; schließlich, wenn der Erfolg auf unserer Seite bliebe, sollte der Thron für erledigt erklärt und eine aus fünf Mitgliedern bestehende provisorische Regierung eingesetzt werden; zu derselben sollten u. A. N. S. Mordwinow und Speransky*) gehören. Diese Regierung sollte mit Hülfe des Reichsraths und des Senats so lange das Ruder des Staates führen, bis erwählte Männer aus dem ganzen Reiche den Grund zu einer neuen Verfassung gelegt hätten. — Noch wußte man nicht sicher, über wie viele Bataillone oder Compagnien und aus welchen Regimentern verfügt werden könnte. Aber die Verwirrung, welche die neue Huldigung bei dem gemeinen Mann hervorrufen mußte, durfte unter keinen Umständen unbenutzt bleiben.

Bei einer hinlänglichen Zahl Truppen sollten der Winterpalast, die hauptsächlichsten Verwaltungslocale, die Banken, das Postamt besetzt werden, um jeder Unordnung und Eigenmacht vorzubeugen. Falls die Truppenzahl zu gering wäre und die Unternehmung mißlingen sollte, war ein Rückzug zu den nowgoroder Militärcolonien beabsichtigt, an denen man einen Rückhalt haben konnte. Die Maßregeln waren nicht alle genau und bestimmt getroffen; auf alle Einwendungen und Bemerkungen wurde erwidert: „Man könne zu einem solchen Unternehmen doch keine Probe halten, wie zu Wachparaden." Alle an dieser Versammlung Theilnehmenden waren bereit zu handeln. — Als ich hörte, daß man auf verschiedene Bataillone meines Regiments zuversichtlich rechnete, deren Stimmung ich genugsam kannte um die Grundlosigkeit der gemachten Rechnung übersehen zn können, hielt ich es für Pflicht, die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit eines so unvorbereitet unternommenen Erhebungsversuchs hervorzuheben. „Ja, es ist wenig Aussicht auf Erfolg, aber man muß doch anfangen, man muß Etwas thun; der Anfang und das Beispiel werden Früchte tragen" lautete die Antwort. Ich höre jetzt noch die Betonung der Worte: man muß doch anfangen. Der Sprecher war der enthusiastische Conrad Ryléjew, einer der Führer der Verschwörung.

Am 13. December besuchten mich einige Officiere unseres Regiments. Auf ihre Anfrage, wie sie sich zu verhalten hätten, wenn sie am Tage des Aufstandes irgendwo die Wache beziehen müßten, antwortete ich kurz und

*) Der Geheimrath Speransky war in den ersten Regierungsjahren Alexander's I. einer der einflußreichsten Rathgeber des Kaisers gewesen, kurz vor Ausbruch des großen Franzosenkrieges aber durch eine Intrigue gestürzt und aus der Residenz verwiesen worden. Er galt für einen Liberalen. Unter dem Kaiser Nikolaus völlig rehabilitirt, hat Speransky als Schöpfer des großen russischen Gesetzbuchs eine bedeutende Rolle gespielt.

bündig, daß sie der allgemeinen Sicherheit wegen ihre Posten streng bewahren sollten. So fest auch mein Entschluß war, mich von meinen Freunden nicht zu trennen, so hielt ich es doch für unzulässig, Andere in mein zweifelhaftes Geschick zu verflechten.

Am Abend des 13. December erhielt ich die Privatmittheilung, daß der morgende Tag zur Eidesleistung bestimmt sei. In der Nacht brachte ein Bote aus dem Regimente den Befehl, daß sich sämmtliche Offiziere um 7 Uhr Morgens in der Wohnung des Regimentscommandeurs zu melden hätten.

Am 14. December mit der Morgendämmerung versammelten sich alle Offiziere beim Regimentscommandeur, der uns mit einem neuen Kaiser bewillkommnete; er verlas hierauf das Testament Alexander's, die Thronentsagung Constantin's und das neue Manifest. In Gegenwart aller Offiziere trat ich vor und sagte zu dem General: „Wenn alle von Ew. Excellenz verlesenen Papiere authentisch sind, woran zu zweifeln ich kein Recht habe, wie ist es da zu erklären, daß wir nicht am 27. November sogleich dem Kaiser Nikolaus den Eid der Treue geschworen haben?" — Der General antwortete mit sichtlicher Verlegenheit: „Sie urtheilen nicht richtig; das haben Männer, die älter und erfahrener sind, als Sie, schon überdacht. Meine Herren, begeben Sie sich in Ihre Bataillone, um den Eid zu leisten." — Unser zweites Bataillon unter Obrist Moller bezog die Wachen im Winterpalast und die Posten des ersten Stadttheils. Das erste Bataillon leistete den Eid in den Casernen, ausgenommen meinen Scharfschützenzug, der den Tag zuvor die Wache im Galeerenhafen bezogen hatte und noch nicht abgelöst war. Aus den Casernen begab ich mich in den Winterpalast zur Wachparade, die ohne Ceremonien stattfand. Noch war Alles ruhig, keine Bewegung zu spüren. Nach Hause zurückgekehrt fand ich ein Billet von Ryléjew, nach welchem man mich im Hause des moskau'schen Regiments erwartete. Die Uhr war zwischen 10 und 11. Mich der Isaaksbrücke im Schlitten nähernd, sah ich am andern Ende derselben eine dichte Masse Volks und auf dem Platze eine im Viereck aufgestellte Abtheilung des moskau'schen Regiments. Zu Fuß drängte ich mich durch den Haufen, ging gerade zum Quarré, das jenseits des Denkmals Peter's I. stand, und wurde mit lautem Hurrah begrüßt. In dem Quarré stand der Fürst Tschepin-Rostowsky, sich auf seinen Säbel stützend, ermüdet, erschöpft von dem Kampfe in der Caserne, wo er mit der größten Schwierigkeit gekämpft, den Eid verweigert, seinen Brigadechef, den Regiments- und den Bataillonscommandeur schwer verwundet und endlich seine Compagnie mit der Fahne herausgeführt hatte; ihm folgte die Compagnie von Michael Bestushew und noch einige Haufen aus den übrigen Compagnien. Beide Capitaine standen neben einander und warteten auf Hilfe. Am ruhigsten stand im Quarré J. J. Puschtschin; er hatte seit zwei Jahren seinen Abschied genommen, und ob-

gleich er in Civilkleidung war, gehorchten die Soldaten gern seinem Befehle. Auf meine Frage, wo ich den Dictator Trubetzky antreffen könne, sagte er mir: „Er ist verschwunden; wenn Du kannst, so führe uns noch Mannschaft zu; wo nicht, so sind auch ohne dich schon genug Opfer hier!“

Eiligst kehrte ich in die Caserne meines Regiments (finnländische Garde-Jäger) zurück, wo nur das erste Bataillon und mein inzwischen von der Wache abgelöster Scharfschützenzug anwesend waren. Ich ging durch alle vier Compagnien, befahl den Leuten sich geschwind anzukleiden, Feuersteine einzuschrauben, Patronen mitzunehmen und sich auf der Straße in Reih und Glied aufzustellen, mit dem Hinzufügen, wir müßten unsern Brüdern zu Hilfe eilen. In einer halben Stunde war das Bataillon bereit, von den Offizieren fanden sich nur einzelne ein; Niemand wußte, auf wessen Befehl die Soldaten ausgerückt waren. Adjutanten zu Pferde sprengten unaufhörlich hin und her; einer von ihnen war zu unserm Brigadechef abgeordnet mit dem Befehl, unser Bataillon auf den Isaaksplatz zu führen. Wir marschirten in Compagnie-Colonnen. Bei dem Seecadettencorps begegnete uns der Generaladjutant Graf Komorowsky zu Pferde; er war nach uns abgeschickt. Auf der Mitte der Isaaksbrücke beim Wirthshäuschen wurde angehalten und befohlen, scharf zu laden; fast alle Soldaten bekreuzigten sich. Von der Fügsamkeit meiner Soldaten vollkommen überzeugt, beabsichtigte ich anfangs, mich mit ihnen durch den vor uns stehenden Carabinierzug und durch eine Compagnie des Prekbreschenski'schen Regimentes, welche das andere Ende der Brücke zum Senatsplatze besetzt hielt, durchzuschlagen. Da ich mich aber kurz vorher persönlich davon überzeugt hatte, daß der Aufstand keinen Führer habe und jeder Einheit der Leitung entbehrte und da ich meine Leute nicht zwecklos aufopfern wollte, zugleich aber auch außer Stande war, in die Reihe der Gegenpartei zu treten, so beschloß ich, meinen Zug in demselben Augenblicke stille stehen zu lassen, indem Graf Komarowsky und der Brigadechef befahlen, vorwärts zu rücken. Ich wollte auf diese Weise nicht nur verhindern, daß meine Leute gegen meine Freunde verwandt wurden, sondern zugleich den nacheilenden Regimentern die Möglichkeit benehmen, die von meinem Zug besetzte Brücke zu überschreiten und gegen die Aufständischen zu operiren. Beides gelang mir vollständig. Meine Soldaten schrieen einstimmig Halt! so daß der vor uns stehende Carabinierzug sich nicht formiren konnte; nur den persönlichen Bemühungen des Capitains A. S. Wiatkin, der seine Fäuste nicht schonte, gelang es, seinen Zug weiter zu führen. Zweimal kehrte der Brigadechef zurück, um meinen Zug nachrücken zu lassen, aber sein Zureden und seine Drohungen waren umsonst. Der Bataillonscommandeur war verschwunden und ich beherrschte die Position an der Brücke. Drei ganze Compagnien, die hinter meinem Zuge standen, waren bereits zum Stillstand gebracht; die

Soldaten dieſer Compagnien gehorchten ihren Capitainen nicht und äußerten, daß der an der Spitze ſtehende Offizier ſchon wiſſe, was er thue. — Die Uhr ging auf zwei. Die Polizei vertrieb das Volk von dem Platze, das Volk drängte ſich an dem Geländer der Brücke vorbei nach Waſſily-Oſtrow*), mehrere der Vorbeigehenden baten mich, noch eine Stunde Stand zu halten, Alles würde dann gut gehen. Mit dem ſich zurückziehenden Volke gelang es dem Capitain unſerer dritten Compagnie, D. N. Belewzow, ſeine Compagnie zurückzuwenden und mit ihr die Newa von der Akademie zum engliſchen Quai hin zu überſchreiten und ſich mit dem erſten Zuge unſers Bataillons vor der Brücke zu vereinigen. Er wurde dafür mit dem Wladimirkreuz belohnt. Die übrigen Colonnen blieben bis zum letzten Augenblick hinter meinem Zuge. Ueber zwei Stunden dauerte dieſer qualvolle Zuſtand der Erwartung; jeden Augenblick erwartete ich, meine Freunde würden ſich zur Brücke durchſchlagen, damit ich ihnen mit meinen achthundert Mann Soldaten, die bereit waren, mir überall hin zu folgen, zu Hilfe kommen könne.

Unterdeſſen hatten auf dem Senatsplatze 1000 Mann von dem aufſtändiſchen moskauſchen Regiment ein Viereck gebildet: die Compagnie M. A. Beſtuſhew's ſtand dem Admiralitäts-Boulevard gegenüber und bildete unter ſeinem Commando drei Seiten des Quarrés, während die vierte (der Iſaakskirche gegenüberſtehend) unter dem Befehl des gänzlich ermüdeten Fürſten Tſchepin-Roſtowsky blieb. Dieſer Umſtand machte es M. A. Beſtuſhew möglich, zwei Escadrons der Garde zu Pferde, welche am Viereck vorſprengten und ſich auf halbe Schußweite von demſelben aufſtellten, vor dem Feuer ſeiner Leute zu retten. Die dem Senatsgebäude gegenüberſtehende Fronte des Vierecks legte an, um eine Salve zu geben, wurde aber durch M. Beſtuſhew, der ſich vor die Linie der Face ſtellte und „legt ab" commandirte, davon abgehalten. Einige Kugeln pfiffen ihm an den Ohren vorbei, und einige Mann von der Garde zu Pferde ſtürzten von ihren Pferden zu Boden. Dann wandten die Reiter um, ohne ihren Angriff zu Ende zu führen.

Eine gute Stunde ſpäter eilte das ganze Bataillon der Garde-Equipage (Marineſoldaten), durch die Galeerenſtraße kommend**), dem aufſtändiſchen moskauſchen Regiment zu Hilfe. Als dieſes Bataillon im Hofe ſeiner Caſerne verſammelt war, um den Eid zu leiſten, und einige Offiziere, die

*) Waſſily-Oſtrow iſt eine große, gegenüber dem Iſaaksplatz liegende Newainſel, mit der „großen Seite" der Reſidenz durch mehrere Brücken verbunden.

**) Die Galeerenſtraße mündet durch ein großes Thor, welches das Senatsgebäude in zwei Hälften theilt, auf den Iſaaksplatz. Das Bataillon der Gardemarineſoldaten kam mithin von der dem Winterpalais gegenüberſtehenden Seite den Aufſtändiſchen unbehindert zu Hilfe, da die Truppen, welche der Kaiſer um ſich geſammelt hatten, ſämmtlich vor dem Winterpalais und dem Gebäude des Generalſtabs aufgeſtellt waren.

sich widersetzt hatten, von ihrem Brigadechef, dem General Schipow, arretirt wurden, erschien bei der Eingangspforte der Caserne M. A. Bestuschew I. und zwar in demselben Augenblicke, als vom Senatsplatze die Flintenschüsse gegen den Angriff der Garde zu Pferde zu hören waren, und rief laut: „Kinder, die Unsrigen werden angegriffen! Folgt mir!“ — Alles strömte ihm nach zum Isaaksplatze. In der Eile hatte er vergessen einige Kanonen, die im Bataillonsarsenal aufgestellt waren, mitzunehmen; übrigens hoffte man auf den Beistand der reitenden Gardeartillerie, die ihre Geschütze mitbringen sollte. Auf dem Platze angelangt, bildete das Bataillon sogleich eine Angriffscolonne und stellte sich neben das Quarré der Moskauer, dicht an die zur Isaakskirche gewandte Colonne.

Wenig später kam weitere Hilfe; zu den aufständischen Regimentern stießen noch drei Compagnien der Leibgrenadiere, die durch den Lieutenant A. N. Sutthoff, den Bataillonsadjutanten N. A. Panow und den Unterlieutenant Koschewnikow aus ihrer Caserne auf den Isaaksplatz geführt worden waren. Diese Truppen waren im Sturmschritt über das Eis der Newa gegangen und dann in den inneren Hof des Winterpalastes gerückt, wo sie Cameraden zu finden hofften. Statt dieser fanden sie den Obristen Gerun, der sein Garde-Sappeurbataillon aufgestellt hatte. Es wurden von ihm vergebliche Versuche gemacht, die Grenadiere zum Gehorsam gegen den neuen Kaiser zu bringen. Die Soldaten, ihr Versehen erkennend, riefen laut: „Diese sind nicht von den Unsrigen!“ und wandten im Hofe um, um auf den Staatsplatz zu eilen und die übrigen Aufständischen zu unterstützen. Unterwegs beim Admiralitätsboulevard sahen sie den Kaiser, welcher sie fragte: „Wohin? Seid ihr für mich, so wendet rechts; wenn nicht, so wendet links!“ — Eine Stimme antwortete: „Links!“ und Alle eilten, ohne auch nur in Reihe und Glied zu bleiben, auf den Isaaksplatz. Hier wurden die Grenadiere in das Quarré des moskauschen Regiments aufgenommen, um unter dem Schutz desselben nach Compagnien geordnet zu werden. Noch war diese Aufstellung nicht beendet, so trat bereits die entscheidende Katastrophe ein.

In den Reihen der Aufständischen standen bereits über 2000 Mann. Unter einheitlicher Leitung wäre, im Angesicht des rund herum zu Tausenden versammelten und zur Mitwirkung bereiten Volkes, mit so beträchtlicher Mannschaft ein dem Aufstande günstiger Ausgang wohl möglich gewesen, zumal die Gegenpartei schwankte und verschiedene um den Kaiser versammelte Regimenter Miene machten, sich den Aufständischen anzuschließen. An einer wirklichen Leitung fehlte es den Aufständischen aber vollständig und die Soldaten mußten in passiver Haltung, bei 10 Grad Kälte und einem scharfen Ostwinde und nur in Uniform gekleidet, Stunden lang dastehen. Der er-

wählte Dictator, Fürſt Trubetzkoy, war nicht zu ſehen; ſeine ernannten Gehülfen waren auch nicht auf den ihnen angewieſenen Poſten, obgleich auf dem Platze anweſend. Man bot das Commando dem Obriſten Bulatow an; er ſchlug es aus. Man bot es Beſtuſhew I. an; er lehnte es ab, da er bloßer Flottencapitän ſei und den Infanteriedienſt nicht kenne. Endlich drängte man dem Fürſten E. P. Obolensky den Oberbefehl auf, der zwar nicht Taktiker, aber von den Soldaten gekannt und geliebt war. Es herrſchte vollſtändige Anarchie; da der Dictator ausgeblieben war, ſo fehlten alle Anordnungen — Alle commandirten und ſchrien durcheinander, Alle erwarteten Hilfe und in Erwartung dieſer ſchlug man die feindlichen Angriffe ab, ohne aber ſelbſt anzugreifen, was während der erſten Stunden ſchwerlich ohne Erfolg geblieben wäre; hartnäckig weigerte man die Uebergabe und ſtolz verwarf man die verſprochene Gnade.

Allmählich verſammelten ſich die Truppen der Gegenpartei. Die Garde zu Pferde war zuerſt auf dem Platze. Die Bataillone des Ismailow'ſchen und des Jägerregiments kamen längſt der Wosneſſenski'ſchen Straße zur blauen Brücke; das Semenow'ſche Regiment längs der Erbſenſtraße. Am Admiralitätsboulevard ſtand das Viereck des Preobraſhenski'ſchen Regiments. Dort war der Kaiſer zu Pferde mit einer zahlreichen Suite ſichtbar; im Quarré befand ſich der Thronfolger, als ſiebenjähriger Knabe, mit ſeinem Erzieher. Vor dem Viereck waren Kanonen von der Brigade des Obriſten Neſterowsky aufgefahren, unter Bedeckung eines Zuges Chevaliergarde unter dem Commando des Lieutenants J. A. Annenkow. Hinter dem kaiſerlichen Quarré ſtand ein Bataillon der Pawlow'ſchen Garde, die Sappeure waren, wie bereits bemerkt, im Hofe des Winterpalais aufgeſtellt. — Die Ergebenheit dieſer Truppen für den Thron war an dieſem Tage keine vollſtändige oder unbedingte; ſie wankte in der entſcheidenden Stunde. Als das zweite Bataillon der Gardejäger den Befehl erhielt, über die blaue Brücke weiter vorzurücken, und ſich in Bewegung ſetzte, commandirte Jakubowitſch: „Linksum!" — und das ganze Bataillon kehrte um, obgleich die Treue des Bataillonscommandeurs, des Obriſten W. J. Buße, die zuverläſſigſte, unbeſtreitbarſte war; wegen dieſes Umſtandes wurde Obriſt Buße nicht zum Flügeladjutanten des Kaiſers ernannt, eine Auszeichnung, welche den Commandeuren aller Bataillone der Garde, welche zum Kaiſer hielten, an dieſem Tage zu Theil wurde, natürlich meinen Bataillonschef Talubjew, der durch die Haltung meines Zuges compromittirt war, ausgenommen. Das Ismailow'ſche Regiment war an dieſem Tage auch nicht ganz zuverläſſig. Dafür aber attaquirte die Garde zu Pferde unter Anführung A. J. Orlow's fünf Mal mit Ungeſtüm gegen das Quarré des moskauſchen Regiments und wurde fünf Mal durch Bajonnette und Flintenkugeln zurückgeſchlagen.

Als die Truppen, so aufgestellt, die Aufständischen von allen Seiten mit dichten Colonnen umzingelt hatten, verringerte sich die Zahl der um sie versammelten Volkshaufen auf dem Platze. Die Polizei wurde in dem Auseinandertreiben des Volks kecker, das anfangs alle drei Theile des Isaaksplatzes, die Plätze des Senats, der Admiralität und des Palastes bedeckt hatte; auf den zwei letztgenannten Plätzen ritt der Kaiser selbst in raschem Trabe hin und her, bald streng befehlend, bald freundlich bittend, das Volk solle auseinander gehen und die Bewegung der Truppen nicht länger hindern. Unterdessen waren verschiedene höhere Offiziere bemüht, die noch unentschiedenen Truppentheile für die kaiserliche Sache zu gewinnen. Der Kaiser selbst war einem Blutvergießen entschieden abgeneigt und wünschte lebhaft die Aufständischen zum Gehorsam zurückgeführt zu sehen, ehe es zum Aeußersten kam. General Bistram hielt die in der Caserne gebliebenen Compagnien des moskauschen Regiments zurück, damit sie sich nicht mit ihren aufständischen Cameraden vereinigten, es gelang ihm sogar dieselben zu vermögen, die Wachen an diesem Abende zu beziehen. Der General J. O. Suchasonet sprengte mitten in das empörerische Quarré hinein und bat die Soldaten, auseinander zu gehen, ehe die Kanonen abgefeuert würden; man antwortete ihm, er möge sich selbst aus dem Staube machen und schießen!

Dann näherte sich der Großfürst Michail Pawlowitsch, der an diesem Tage nur wenige Stunden vorher von der Station Nennal (wo er, wie erwähnt, auf den ruhig in Warschau weilenden Großfürsten Constantin gewartet hatte) zurückgekehrt war, zu Pferde muthig dem Viereck der Aufrührer und suchte die Soldaten zum Gehorsam zu überreden. Er war in Gefahr, ein Opfer seines Muthes zu werden, denn W. K. Küchelbecker, befürchtend, daß es dem Großfürsten gelingen könnte, die Soldaten vom Aufstande abwendig zu machen, schoß auf ihn sein Pistol ab, das zufällig versagte. Graf M. A. Miloradowitsch, der geliebteste Anführer der Soldaten, bemühte sich ebenfalls, die Aufständischen vom Isaaksplatz mit sich fortzuführen; Fürst P. E. Obolensky griff dem Pferde des Grafen in die Zügel, um es aus dem Quarré fortzuleiten, und stieß mit dem Bajonnet einer Soldatenflinte in die Weichen des Rosses, um den Reiter zu retten. In diesem Augenblicke trafen die Kugeln Kachowsky's und noch zweier Soldaten den tapfern Miloradowitsch, der in unzähligen Schlachten mit Ruhm gekämpft hatte und nie verwundet worden war, sodaß er sterbend niedersank. — Auch der Commandeur des Leibgarde-Grenadier-Regiments, Obrist Stürler, fiel von einer Kugel Kachowsky's, als er eben bemüht war, die Grenadier-Compagnien, die vom Regiment abgefallen waren, zum Gehorsam zurückzurufen. Endlich erschien der Metropolit Seraphim in vollem Ornat, begleitet von dem kiew'schen Metropoliten Eugenius und mehreren Geistlichen. Das geweihte Kreuz in

der Hand haltend, flehte er die Soldaten im Namen der christlichen Liebe an, in ihre Casernen zurückzukehren; er versprach im Namen des Kaisers, so wie es vorher der Großfürst und Graf Miloradowitsch gethan hatten, allen Verschwörern unbedingte Verzeihung, die Urheber der Empörung allein ausgenommen. Das Flehen des Metropoliten blieb aber vergeblich; man sagte ihm: „Geh' nach Hause, Vater, bete da für uns, für Alle; hier hast Du nichts zu suchen."

Ein Decembertag im hohen Norden währt nicht lange, gegen drei Uhr begann es zu dunkeln; ohne Zweifel wäre in der Dämmerung das Volk, das nur mit Gewalt auseinandergetrieben worden war, zu den Aufständischen zurückgekehrt, aber man gab ihm keine Zeit mehr zur Ueberlegung. Graf Toll soll es gewesen sein, der sich beim Beginn der Dunkelheit dem Kaiser genähert und ihm gesagt hatte: „Sire! befehlen Sie, den Platz mit Kanonen zu säubern, oder entsagen Sie dem Throne." — Der erste Kanonenschuß, blind geladen, donnerte hervor; die zweite und die dritte Kanone schleuderten Kugeln, die sich in die Mauer des Senatsgebäudes setzten oder über die Newa in der Richtung zur Akademie der Künste hinüberflogen. Diesen Schüssen antworteten die Aufständischen mit schallendem Hurrah! Dann wurden die Kanonen mit Kartätschen geladen; Obrist Nesterowsky zielte gerade in das Quarré — der Kanonier bekreuzigte sich, dann commandirte der Kaiser selbst, und Capitain M. Bakunin nahm die Lunte aus der Hand des Soldaten. Einen Augenblick später hagelten Kartätschenkugeln in das dichte Quarré; die Aufrührer flüchteten in die Galeerenstraße und über die Newa zur Akademie; die Kanonen rollten zur Galeerenstraße und zum Newaufer und schleuderten von hier Kartätschen, wodurch sich ganz zwecklos die Zahl der Getödteten, Schuldigen und Unschuldigen, Soldaten und zufälligen Zuschauer verdreifachte. Drei Seiten des Vierecks des moskauschen Regiments unter M. Bestushew III. warfen sich zum Newaufer und wurden von Kartätschenkugeln begleitet. Auf der Newa wollte Bestushew die flüchtenden Soldaten sammeln, da donnerten von der Isaaksbrücke Kugeln her, welche das Eis des Flusses zertrümmerten und vielen Soldaten ein feuchtes Grab bereiteten. Ohne diesen Umstand hätte Bestushew sich noch der Peter-Pauls-Festung bemächtigen können. Die Garde-Equipage, die Leibgrenadiere und ein Theil des moskauschen Regiments warfen sich in die Galeerenstraße, wohin Kanonen folgten, welche im Defilé viele Soldaten niederschossen.

Seltsam, ja wunderbar ist es, daß von meinen Unglücksgefährten, den compromittirten Offizieren, Niemand erschossen oder verwundet wurde; mehreren derselben waren die Mäntel und Pelze von Kugeln durchbohrt; in dem Bataillon der Garde-Equipage fielen ganze Reihen Soldaten, die Offiziere blieben unversehrt. Alles ergriff in den beiden genannten Richtungen die

Flucht; nur einer blieb auf dem Platze stehen trat und zum General Martynow, um durch diesen dem Großfürsten Michail seinen Degen zu übergeben; — es war M. K. Küchelbecker, Lieutenant der Garde-Equipage. In diesem Augenblick sprengte der Obrist Saß von der Garde-Pionnier-Escadron mit geschwungenem Säbel auf ihn zu, General Martynow hielt den Obristen auf und sagte: „Tapferer Obrist Saß! Sie sehen doch, daß er mir seinen Degen schon eingehändigt hat.“ — Als der Platz gesäubert war, rückte das Regiment der Garde zu Pferde über die Isaaksbrücke nach Wassily-Ostrow.

Ich führte meinen Zug zur Manége des ersten Cadettencorps. Mein Regimentscommandeur war unterdessen angelangt und befahl mir, meinen Zug in dem innern Hofe der Wohnung des Directors des Cadettencorps, gegenüber der großen Perspective, aufzustellen. Dahin war der Regimentsgeistliche beordert worden, ich wußte nicht warum. Mir wurde angedeutet, mich vom Zuge zu entfernen. Ich sah, daß meine Soldaten einen Kreis schlossen, der Geistliche fing an sie zu ermahnen; darauf drängte ich mich durch den Kreis und erklärte laut, daß meine Soldaten in Nichts schuld seien, daß sie ihrem Vorgesetzten gehorchen müßten; ich entfernte mich, indessen sie den verlangten Eid leisteten. — Sterne funkelten schon am Himmel; auf allen Plätzen leuchteten Bivouakfeuer, Patrouillen zu Pferde und zu Fuß durchstreiften alle Straßen. Ich mußte mit meinem Zuge den Andreew'schen Markt und die Kaufläden daselbst besetzen. Sogleich wurde in die Kaserne gesandt, um Mäntel zu holen; seit 10 Uhr Morgens befand ich mich in leichter Uniform. Am andern Morgen sah ich meine Frau nur eine Sekunde, es war — um mich auf lange von ihr zu trennen. Auf kaiserlichen Befehl wurde ich am 15. Morgens arretirt.

Wenn ich die Ereignisse dieses denkwürdigen Tages noch einmal an mir vorüber ziehen lasse, so muß ich noch heute der Meinung sein, daß ein Erfolg des Aufstandes leicht möglich gewesen wäre. Mehr denn zweitausend Soldaten und eine viel größere Menge Volkes war bereit, den Winken eines Anführers zu gehorchen. Dieser Führer war ernannt und seine Wahl schien nicht unglücklich; ich habe mit dem Fürsten Trubetzkoy sechs Jahre zusammen gelebt, viele meiner Kameraden kannten ihn noch sehr viel länger, Alle waren darin einig, daß er jederzeit ein tüchtiger und energischer Mann war, auf den man sich verlassen konnte. Warum er zur bestimmten Stunde nicht auf seinem Platze war, hat nie Jemand erfahren; ich glaube, er weiß es selbst nicht, er hatte den Kopf verloren. Dieser eine, vorher nicht zu berechnende Umstand ist entscheidend gewesen. Fürst Obolenski, der an Trubetzkoy's Stelle gewählt wurde, wußte selbst, daß er dieser Stellung nicht gewachsen sei. Während man mit ihm verhandelte und sein Sträuben zu überwinden suchte, verstrich die kostbarste Zeit und fehlte alle Einheit der Action; die zu

der Fahne des Aufſtandes ſtrömenden Offiziere und Soldaten wußten nicht, an wen ſie ſich wenden, bei wem ſie ſich melden ſollten, die ſchon vorhandenen Truppen ſtanden paſſiv da, und doch hatten ſie bereits fünf Attaquen der Garde zu Pferde Widerſtand geleiſtet und weder Bitten, noch Drohungen, noch Verſprechungen nachgegeben, ſelbſt den Metropoliten zurückgewieſen. Wie von einem Bann gefeſſelt ſtanden dieſelben Leute, die ſich ſo entſchieden gezeigt hatten, unthätig da, als ſie mit verhältnißmäßig leichter Mühe die Kanonen nehmen konnten, die gegen ſie geladen waren. Die Kanonen ſtanden unter der Bedeckung eines Zuges der Chevaliergarde, der von dem Lieutenant J. A. Annenhoff, einem Mitgliede der geheimen Geſellſchaft, geführt wurde und doch dachte Niemand daran, von dieſem Umſtande Nutzen zu ziehen. Ohne Schwierigkeit hätte ferner das Ismailow'ſche Regiment, in welchem zahlreiche Mitglieder der Geſellſchaft und Mitverſchworene dienten, der Sache des Aufſtandes gewonnen werden können. In der Nacht nach dem 14. December erſchoß ſich der Capitän Bogdanowitſch, weil er ſich von dem Vorwurf, nicht mitgewirkt zu haben, erdrückt fühlte. Die uns gegenübergeſtellten Regimenter waren gleichfalls nicht alle zuverläſſig; als ein Bataillon Gardejäger gegen das moskauſche Regiment anrücken ſollte, commandirte A. J. Jakubowitſch: links um! und dieſe Worte wirkten ſo, daß nur zwei Compagnien zum Schwenken zu bewegen waren. Aehnlich war es mit vielen andern Regimentern beſtellt. Unbegreiflich erſcheint endlich, warum die Aufſtändiſchen nicht die Polizeidiener vertrieben und dadurch das verſammelte, mit Holzhacken und Aexten bewaffnete Volk ihrer Sache erhielten. Schließlich bemerkte ich noch, daß an dieſem Tage die Wache im Winterpalaſt von dem zweiten Bataillon des finnländiſchen Regiments unter Befehl des Obriſten A. F. Moller, eines vieljährigen Mitglieds der Geſellſchaft, bezogen worden war. Auf dem Admiralitätsboulevard, zwanzig Schritt vom Kaiſer, ſtand der Obriſt Bulatow mit zwei geladenen Piſtolen, mit dem feſten Vorſatz, dem Monarchen das Leben zu nehmen, aber eine unſichtbare Hand hielt ihn zurück. Er hatte Muth und Entſchloſſenheit genug bewieſen; es iſt bekannt, daß er während des großen Feldzuges 1812 mit ſeiner Compagnie wiederholt feindliche Batterien nahm und unter dem Hagel feindlicher Kugeln ſtets ſeiner Compagnie um mehrere Schritte voran war. Als der Kaiſer beim perſönlichen Verhör gegen ihn ſeine Verwunderung äußerte, daß er ihn unter der Zahl der Empörer ſehe, antwortete Bulatow offenherzig, daß im Gegentheil er verwundert ſei, den Kaiſer vor ſich zu ſehen. „Was heißt das?“ fragte der Kaiſer. „Geſtern ſtand ich zwei Stunden lang auf zwanzig Schritte von Ew. Majeſtät entfernt mit geladenen Piſtolen und mit dem feſten Entſchluß, Ihnen das Leben zu nehmen; aber jedesmal, wenn ich die Hand an das Piſtol legte, verſagte mir das Herz.“ Dem Kaiſer gefiel das

offene Geständniß, er befahl, den Obristen nicht in die Casematten der Festung einzuschließen, wo wir Uebrigen uns befanden, sondern ihn in der eigenen Wohnung des Festungscommandanten unterzubringen. Einige Wochen später brachte sich Bulatow durch Hunger um; er überstand den schrecklichsten Kampf mit sich selbst, indem er alle Speisen zurückwies, als seine Fingernägel bereits vor Hunger zerbissen waren. Von einem solchen Manne durfte man erwarten, daß er seinen Vorsatz ausführen würde.

Varnhagen's Blätter aus der preußischen Geschichte (1819—1823).

Aus dem Nachlaß Varnhagen's von Ense. Blätter aus der preußischen Geschichte. 2 Bände (Leipzig bei F. A. Brockhaus 1868).

Varnhagen's vielbändige Hinterlassenschaften haben, wesentlich durch die Schuld der Herausgeberin Ludmilla Assing, das umgekehrte Schicksal gehabt, wie weiland die sibyllinischen Bücher: je mehr ihrer wurden, desto rascher fielen sie im Preise. Die Veröffentlichung des Briefwechsels mit Alexander von Humboldt galt ihrer Zeit für ein literarisches Ereigniß, die im vorigen Jahre herausgegebenen Briefe von Tieck, Chamisso, dem Prinzen Louis Ferdinand u. s. w. wurden kaum beachtet, weil sie an das Interesse des Publicums für literarischen Klatsch und Scandal allzu große Anforderungen stellten.

Anders steht es mit den beiden Bänden aus Varnhagen's Nachlaß, welche uns gegenwärtig vorliegen und von denen nur zu bedauern ist, daß sie nicht an die Spitze der gesammten Publication gestellt worden sind. Sie behandeln einen Zeitabschnitt, in welchem die zufälligen Aufzeichnungen eines im Brennpunkt der Ereignisse stehenden Zeugen ungleich höheren Werth haben, als in der nachfolgenden Periode. Der Inhalt der „Tagebücher" behandelte einen Stoff, für den es an anderen und besseren Quellen keineswegs fehlte; die wichtigeren Ereignisse waren zum großen Theil von der Tagespresse ausführlich behandelt und zwar in einer Weise behandelt worden, welche von der grämlichen, verbissenen und einseitigen Art des isolirten und alternden Tagebuchschreibers vortheilhaft verschieden war, — was der Tagespresse entgangen, verdiente entweder überhaupt keine Berücksichtigung, oder doch nicht die Art von Berücksichtigung, welche Varnhagen ihr angedeihen ließ, indem er nahezu Alles, was mit seiner Verstimmung gegen das herrschende System und dessen Vertreter zusammentraf, für baare Münze nahm.

Die „Blätter aus der preußiſchen Geſchichte“ behandeln einen Zeitraum, für den überhaupt nicht allzu zahlreiche Quellen flüſſig ſind und in welchem es an einer Tagespreſſe, die der herrſchenden Stimmung Ausdruck geben oder auch nur die Vorgänge regiſtriren konnte, welche die öffentliche Aufmerkſamkeit beſchäftigten, in der preußiſchen Hauptſtadt vollſtändig fehlte. Das politiſche Leben bewegte ſich innerhalb abgeſchloſſener Kreiſe, welche ſich, mochten ſie der reactionären oder der freiſinnigen Richtung huldigen, gegen die Außenwelt gleich ängſtlich abſchloſſen. Der Hof und was mit dieſem zuſammenhing haßte grundſätzlich jede Publicität und der famoſe Grundſatz, „daß die Welt denen nicht ins Herz ſehen dürfe, welche ſie regierten“ wurde in der ausgedehnteſten Weiſe befolgt, vielleicht in dem dunkeln Gefühl, daß die, die ihm folgten, in der That Urſache hätten, das Tageslicht zu ſcheuen. Aehnlich ſtand es in den liberalen Kreiſen und in der Sphäre der Demagogie, ſoweit eine ſolche nach dem Jahre 1818 überhaupt noch vorhanden war. Die mißtrauiſche Strenge einer Polizei, welche grundſätzlich zwiſchen Handlungen und Gedanken keinen Unterſchied machte, zwang Alle, die ihrer näheren Bekanntſchaft aus dem Wege gehen wollten, zu Vorſicht und Schweigen gegen Indifferente und Fremde. — Dieſer Umſtand iſt aber nicht der einzige, der die Varnhagen'ſchen Aufzeichnungen von 1819 bis 1823 unter einen anderen Geſichtspunkt der Beurtheilung ſtellt, als die Tagebücher von 1849, 50 u. ſ. w. Der Verfaſſer ſelbſt iſt noch ein Anderer; er lebt in einer Welt, mit der er jung geweſen, mit der er wirklich Vieles gemein hat, mit der er fühlt und die er nicht nur einſeitig vom Iſolirſchemel eines abſtracten und radicalen Parteiſtandpunktes aus beurtheilt. Von einem wirklichen Parteileben iſt in den Jahren, aus welchen dieſe neueſten Aufzeichnungen ſtammen, überhaupt nicht die Rede; es fehlt darum an der Veranlaſſung zu Urtheilen über die Einſeitigkeit und Befangenheit der ſpäteren.

Endlich — und das ſcheint uns die Hauptſache zu ſein — trägt die Reactionszeit von 1819 und 1823, das Zeitalter, in welchem die Jarcke, Schmalz und Kamptz auf dem Höhepunkt ihres unſeligen Einfluſſes ſtanden und den Credit der Regierung bei In- und Ausland ſyſtematiſch herunterbrachten, einen Charakter, der die Art und Weiſe politiſcher Kritik, welche Varnhagen übte, in gewiſſem Sinne zuläſſig erſcheinen läßt. Der negative vaterländiſche Standpunkt, der uns bei den Zeugen der Vorgänge von 1848 und 1849 verdrießt, erſcheint in der Periode der demagogiſchen Umtriebe nicht nur verzeihlich, ſondern ſogar natürlich; es iſt weſentlich derſelbe Standpunkt, den die beſten Männer jener erbärmlichen Zeit einnahmen, und das Urtheil, welches wir aus dem modernen Bewußtſein heraus über daſſelbe fällen, wird mit dem Varnhagens bei weitem in den meiſten Fällen zuſammentreffen. Erſt jenſeit der vierziger Jahre wird das Verhältniß ein ande-

res und ſcheiden ſich die Wege; der Staatsbürger, der die Möglichkeit directer Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten hat, darf nicht mehr raiſonnirender Beobachter bleiben und ſich lediglich auf die Vorausſetzungen ſeiner eigenen Bildung, ſeiner ſubjectiven Wünſche und Anſchauungen ſteifen; Charakter und Beruf des Liberalismus haben ſich verändert. Es hatte darum einen gewiſſen Sinn, wenn die Ueberſchwänglichkeit des Jahres 1848 zwiſchen „vormärzlichen“ und zeitgemäßen Liberalen einen Unterſchied machte, nur nicht den Sinn, der dieſer Unterſcheidung von den Radicalen untergeſchoben wurde, die zu den Todten warfen, wer ihre Tollheiten nicht mitmachte.

Was wir den „vormärzlichen“ Liberalismus nennen möchten, iſt typiſch in Varnhagen vertreten, ganz beſonders in dem Varnhagen der „Tagebücher“. In den Jahren 1819 und 1823 erſcheint dieſe Anſchauungs-, Auffaſſungs- und Darſtellungsweiſe natürlich und berechtigt; wir brauchen uns mit dieſem Zeitabſchnitt nur eingehend zu beſchäftigen, um unverſehens in dieſelbe tiefe Verſtimmung zu gerathen, welche aus jeder Seite der „Blätter zur preußiſchen Geſchichte“ redet und vollſtändig begreiflich zu finden, daß den Zuſtänden des damaligen Preußen von einem Combattanten von 1813 und 1815, der zugleich gebildeter Staatsmann war, kaum eine Lichtſeite abgewonnen wurde. Und wenn ein gut Theil deſſen, was die „Blätter“ berichten, aus Brocken beſteht, die in den Vorzimmern des Königs, der Prinzen und der Miniſter aufgeſchnappt, aus Theater-on-dits und Wachtparade-Flüchen zuſammengeſetzt wurden, ſo läßt ſich dagegen kaum Etwas einwenden. Was man damals politiſches Leben nannte, bewegte ſich in der That zwiſchen dem königlichen Ankleidezimmer und den öffentlichen Orten, an welchen das Publicum diejenigen anzutreffen pflegte, welche die Leiter der Staatsgeſchicke waren.

Varnhagen's Berichte beginnen mit dem Zeitpunkt ſeiner Zurückberufung aus Baden und der erneuten Niederlaſſung in Berlin. Er ſieht ſich noch nicht als definitiv aus dem Staatsdienſt ausgeſchieden an und beobachtet die Zeitläufte wie ein Mann, der an den Wendungen, welche ſie nehmen, direct mit intereſſirt iſt. Das große Intereſſe des Tages iſt die Entſcheidung über die verheißene Conſtitution und die allendliche Zuſammenſetzung des in ſteten Kriſen und Schwankungen begriffenen Miniſteriums. Die Stellung, welche die verſchiedenen Kreiſe und Schichten der Geſellſchaft zur Verfaſſungsfrage einnahmen, wird in zahlreichen Epiſoden und Anekdoten behandelt und das Bild der Geſammtſituation ſetzt ſich aus einer Fülle klarer Einzelvorgänge zuſammen. Wir erfahren genau, wie die einzelnen leitenden Perſönlichkeiten beurtheilt werden, wie ſie ſelbſt urtheilen und welche Kriterien hüben und drüben den Maßſtab bilden. Es iſt, als läge eine ganze Reihe kleiner Parteizeitungen vor uns, welche ſich über alle brennenden Fragen äußern. Der

Adel sieht in der Verfassungsfrage eine günstige Gelegenheit zur Wiedererlangung verlorener ständischer Prärogative, die märkische Ritterschaft bittet den König direct, sich auf keine Constitution einzulassen, der schlesische Adel wünscht die Wiedereinführung der Erbunterthänigkeit, andere Verbände agitiren für die Begründung besonderer Adelsschulen, Allen ist die Abneigung gegen die Stein'schen Reformen, die französischen Einrichtungen am Rhein und die constitutionellen Experimente in Süddeutschland gemein. Im Militär führen die bürgerlichen Elemente aus der Gneisenau-Scharnhorst'schen Schule einen erbitterten aber vergeblichen Kampf gegen die aristokratische Partei, an deren Spitze der Herzog von Mecklenburg steht, in dem niederen Volk bricht der Unmuth gegen die wiederkehrende Hoffahrt des säbelklirrenden Junkerthums bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zu hellen Flammen aus. Das scandaleuse Attentat des jungen Grafen Blücher gegen den Schauspieler Stich, der „Wolfahrt'sche Handel", in den ein Fräulein von Altrock verwickelt ist, Ladendiebstähle, auf welchen zwei adlige Damen ertappt werden, führen zu Volksaufläufen, die trotz ihrer Geringfügigkeit die öffentliche Meinung wochenlang beschäftigen und ängstigen. Wohl treten der König und die Prinzen, unterstützt von einzelnen würdigen Veteranen, für die Sache des Rechts ein, um der Zuchtlosigkeit der aufgeblähten jungen Gardearistokraten zu steuern, aber die gesammte vornehme Gesellschaft stellt sich auf die Seite der Privilegirten, „schleicht sich auf tausend Wegen in die Nähe des Königs, der Prinzen und Minister und gewinnt im Voraus Ansehen, ehe noch die Dinge von den Staatsbehörden entschieden sind." — Im gebildeten Mittelstande herrscht die tiefste Verbitterung gegen das herrschende System, zumal seit das Ausscheiden Humboldt's, Boyen's und Beyme's aus dem Staatsrath den Sieg der reactionären Ultras und die Wiederaufnahme der Demagogenriecherei entschieden hat. Die Untersuchungen und Denunciationen gegen Jahn, Arndt und de Wette halten Alles, was für die Ehre und den Credit Preußens ein Herz hat, beständig in Athem, Urtheile der regulären Gerichtshöfe, Cabinetsordres, Ministerialverfügungen bald zu Gunsten, bald zu Ungunsten der Angeklagten kreuzen einander unaufhörlich und zeugen für den Verfall und die Abhängigkeit der einst so hoch gepriesenen preußischen Justiz. Männer, deren Namen in der gesammten gebildeten Welt nur mit Achtung genannt werden, sind Gegenstand ängstlicher Beobachtung der berliner Polizei und werden von der herrschenden Presse in unwürdigster Weise angefeindet und verlästert.

Wenn Schleiermacher das Voß'sche Schreiben gegen den Grafen Stollberg gelobt oder Sonntags eine kräftige Predigt gegen Heuchler und Lichtfeinde gehalten hat, so stecken die Herren in den Ministerien und im königlichen Empfangszimmer ängstlich die Köpfe zusammen und es ist von Beschlagnahme

der Papiere des einflußreichen Jugendlehrers die Rede. Nach einem Vortrage in der Akademie wird er von einem Offiziere auf offener Straße insultirt. In vertrautem Gespräch gesteht der Geheimerath Schulze, daß auch Marheineke und Neander „in Gefahr seien“ und der Prediger Wilmser hat wegen der Denunciationen, die ein Tertianer über ihn gemacht, ernstlichen Verdruß. Der Buchhändler Reimer hat die ganze aristokratische Meute gegen sich, weil er ein Haus in der Wilhelmsstraße gekauft hat, die für die Domäne der exclusiven Gesellschaft gilt; er, der bewährte Patriot aus der Franzosenzeit, wird auf Schritt und Tritt wie ein Demagoge bewacht und chicanirt; der Banquier Mendelssohn will aus Berlin fortziehen, weil ihm vornehme Herren ungestraft „Hep, Hep“ auf offener Straße nachrufen. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zeigt sich das klägliche Bild absoluter Unfähigkeit und engherziger Kleinmeisterei derer, die an der Spitze des Staats stehen und den König umgeben, dessen gerader Sinn nur selten durch die ausgespannten Intriguennetze bricht. Die feudalen Ultras sind von dem Herabkommen des äußeren Ansehens und der inneren Kraft der Monarchie ebenso lebhaft durchdrungen, wie die liberalen Oppositionsmänner. Der Minister v. Brockhausen spricht von der Verächtlichkeit, dem Ungeschick und der Unbildung der preußischen Diplomaten, die den Stil ihrer Depeschen französischen Romanen entlehnen, sich trotz uralter Stammbäume von Leuten „ohne Geburt und Rang“ betrügen lassen und an den Höfen des Auslandes lächerlich werden. Graf York macht dem Könige wegen der zerrütteten Finanzlage in „ziemlich dreisten Worten“ Vorstellungen und meint, wenn die Finanzen schlecht würden, müsse es mit dem Heer ebenso werden; zwei Herren v. Raumer, beide Mitglieder der Obercensurbehörde, nennen die Censur ein in Preußen unstatthaftes Institut und die gegen den Buchhändler Brockhaus verhängte Recensur die „dümmste und abgeschmackteste Maßregel“.

Mißmuth und Verstimmung haben sich aller Kreise bemächtigt. Die Anhänger des Alten ahnen, daß ihre Tage gezählt sind und nutzen die ihnen gesteckte Galgenfrist dazu aus, das Interesse der Dynastie möglichst eng an das ihrige zu knüpfen, Volk und Herrscher zu entzweien und dadurch gegenseitig in Schach zu halten. Vertrauen in die Zukunft, Glauben an die Dauerbarkeit der bestehenden Verhältnisse und den hohen Beruf des mühsam geretteten, noch immer aus alten Wunden blutenden Staates werden bei ihnen so wenig gefunden, wie bei der Opposition. Das Bürgerthum fühlt sich als den Träger der Zeitideen und ist doch nicht im Stande, seine Ansprüche zur Geltung zu bringen; die Bureaukratie, aus wehrbaren und junkerhaft-frivolen Elementen zusammengesetzt, wird in die verschiedensten Richtungen gezerrt und kommt dadurch um alle Würde und alles Selbstgefühl. „Wir eilen einer neuen Katastrophe wie der von Jena entgegen .... Das Wohl des Staates, das Interesse der Sachen wird persönlichen Absichten und Zuständigkeiten immer dreister nachgesetzt .... Die Einheit des Staats löst sich in verstreuten Privateinrichtungen auf“ — so klagen selbst die, welche in den Geschäften stecken und mit dem herrschenden Winde segeln. Am deutlichsten offenbart sich der Mangel an Thatkraft und Selbstvertrauen in der Willfährigkeit, mit welcher Freund und Feind der liberalen Sache den Vorgängen in Spanien, Griechenland und Italien die höchste Wichtigkeit zumessen. Nicht in Berlin soll darüber entschieden werden, welche Grundsätze für die Politik des preußischen Staates und die Zukunft Deutschlands maßgebend sein sollen, sondern in Neapel oder Madrid, am ägeischen Meer oder an der Seine. An die Abhängigkeit vom Auslande hat man sich so voll-

ständig gewöhnt, daß Preußen keinen Geschäftsträger nach Lissabon zu senden wagt, ehe in Petersburg und Wien angefragt worden.

Das ist im Wesentlichen das Bild, welches die Varnhagen'schen Blätter von dem Zustande entwerfen, in welchem Preußen sich zehn Jahr nach der Schmach der Franzosenzeit befand und wir haben dieses Mal kaum ein Recht, den Berichterstatter der Parteilichkeit anzuklagen; sein Zeugniß wird von hundert anderen gleichlautenden Zeugnissen unterstützt. Eine Frage läßt Varnhagen freilich unbeantwortet, die, wie es möglich gewesen, daß ein so schwer erkrankter Staat sich durchgearbeitet hat und zu dem Baum geworden ist, nach dessen Schatten sich schon fünfundzwanzig Jahre später alle diejenigen sehnten, denen es mit ihren Wünschen für ein freies und einiges Deutschland Ernst war.

Literatur.

Aus Spanien. Von Gustav Körner, Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu Madrid in den Jahren 1862, 1863 und 1864. (Frankfurt a. M. J. D. Sauerländer.)

Bei dem lebhaften Interesse, mit welchem seit der Katastrophe von Cadiz den Vorgängen in Spanien zugesehen wird, halten wir es für Pflicht, auf ein im vorigen Jahre erschienenes Werk über die iberische Halbinsel hinzuweisen, das den ehemaligen amerikanischen Gesandten in Madrid Gustav Körner zum Verfasser hat und trotz der Kürze, mit welcher der politischen Verhältnisse der Gegenwart und der leitenden Persönlichkeiten gedacht wird, in vielfacher Beziehung instructiv ist. Die Interessen des Autors sind in erster Reihe den reichen in den Museen Madrids aufgehäuften Kunstschätzen der Heimath Velasquez's und Murillo's und den socialen Zuständen Spaniens zugewandt; bei der Stellung, welche er Jahre lang als Vertreter der mächtigen transatlantischen Republik eingenommen, hat aber nicht ausbleiben können, daß Herr Körner mit der politischen Lage des spanischen Staats und den einzelnen leitenden Persönlichkeiten genau bekannt wurde. Seine persönlichen Beobachtungen hat der Verfasser mit der glücklichen rücksichtslosen Offenherzigkeit niederlegen können, deren sich ein amerikanischer Diplomat erfreut, sobald er sein Amt niedergelegt hat. Wir heben in dieser Beziehung vier Abschnitte von besonderem Interesse hervor: „die Kaiserin Eugenie in Madrid (October 1864)" „El dos de Mayo" „Spanische Zustände" (1865) und „Spanische Silhouetten" (1866). Diese Capitel enthalten neben lehrreichen Excursen über die jüngste Geschichte des Königreichs eine größere Anzahl kurz gedrängter, aber sehr schlagender Mittheilungen über die Glieder der königlichen Familie und die hervorragendsten Generale und Parteiführer, als O'Donnell, Prim, Serrano, die beiden Concha, Bermudez de Castro u. s. w. Die gefällige Art der leichten, anspruchslosen Darstellung wird dem Buche ebenso viele Leser zuführen, wie der interessante, zum größten Theil mit erwiesener Sachkenntniß behandelte Stoff.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

Verlag von Otto Janke.

Die Grenzboten.

Zeitschrift für Politik und Literatur.

V. Jahrgang.

Berlin, 1. Januar 1846.

Inhalt.

Die Gemeindeordnung für die Provinz Sachsen. Von Dr. Wuttke. 1.

Die Gemeindeordnung für die Provinz Sachsen. Von Dr. Wuttke. 49.

Die Gemeindeordnung für die Provinz Sachsen. Von Dr. Wuttke. 97.

Die Gemeindeordnung für die Provinz Sachsen. Von Dr. Wuttke. 145.

Die Gemeindeordnung für die Provinz Sachsen. Von Dr. Wuttke. 193.

Leipzig, 1846.
Verlag von Otto Janke.

Das Recht der Übersetzung wird vorbehalten.

Die Aussichten des nächsten preußischen Landtags.

✕ Der Zusammentritt des preußischen Landtags ist auf den 4. November angesetzt; mit diesem Tage schließen die politischen Ferien, deren die politische Welt Deutschlands sich dieses Mal nahezu fünf Monate lang erfreut hatte.

Die Constellation, unter welcher die preußische Volksvertretung ihre Arbeiten wieder aufnimmt, ist von der der letzten Jahre wesentlich verschieden. In der auswärtigen Politik herrscht, soweit dieselbe auf die inneren Zustände Preußens einwirkt, Windstille. Durch die französischen Rechnungen hat die spanische Revolution einen so dicken Querstrich gezogen, daß selbst Herr v. Girardin gestehen mußte, es sei an eine Action gegen Deutschland für längere Zeit nicht zu denken und das Sprichwort „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben" bilde den einzigen Trost der Kriegs- und Alarmpartei. Das neuerdings wieder aufgetauchte Project eines französisch-belgisch-holländischen Handels- und Alliancevertrages befindet sich — wenn es überhaupt in Wendung ist — in einem Stadium, das Befürchtungen vor Friedensstörung zunächst ausschließt; wenn Frankreich mit den Niederlanden den Anfang macht, um Belgien moralisch zum Anschluß zu zwingen, so ist das ein ziemlich weit aussehender Plan, da die bezügliche Pression auf die Generalstaaten Wochen und Monate in Anspruch nehmen dürfte und trotz aller holländischen Antipathien gegen Preußen doch daran zu zweifeln wäre, daß die niederländische Volksvertretung dem Wagestück einer directen Provocation des östlichen Nachbarn überhaupt irgend welche materielle Opfer bringt. Oestreich ist durch seine inneren Wirren so vollständig an Händen und Füßen gebunden, daß sein Einfluß auf Großdeutsche und Particularisten ebenso rasch abnimmt, wie Frankreichs Hoffnung, Herrn v. Beust in der Aggression gegen Preußen mit fortzureißen. Daran, daß preußischerseits Etwas geschehe, um Frankreich zu einer definitiven Entschließung zu nöthigen, ist auch nicht entfernt zu denken; obgleich die während des letzten Sommers unternommenen schüchternen Versuche, die todtgeborene Südbundsidee zu elektrisiren, in ihren ersten Anfängen geschei-

tert ſind, hat ſich unſer Verhältniß zum Süden ſeit dem Schluß des Zollparlaments um kein Haarbreit verändert. Die Trennung zwiſchen Nord- und Süddeutſchland geht mehr und mehr in das Volksbewußtſein über und jeder neue Tag, den ſie erlebt, iſt ein Bürge ihrer Dauerbarkeit. Wie weit es mit dem idealen Einheitsbedürfniß der Nation her iſt, das ſich periodiſch in Schützen- und Turnerbanketten manifeſtirt, wiſſen alle verſtändigen Leute ſeit lange. Die zwingenden Einigungsgründe, welche in der früheren wirthſchaftlichen Zerriſſenheit Deutſchlands lagen, exiſtiren nicht mehr und der gegenwärtige Zuſtand kann, wenn nicht äußere Ereigniſſe ſtörend eingreifen, noch lange dauern. Die Geſchichte des deutſchen Bundes, der ſeinen eigenen Stiftern für in jeder Beziehung unhaltbar galt, hat zu deutlich ausgewieſen, daß den ſchwächſten und unvollkommenſten Organismen oft das zäheſte Leben innewohne, als daß wir logiſche Argumente für die Unhaltbarkeit des Status quo irgend gelten laſſen könnten. Ein Ende wird die Zerreißung Deutſchlands allerdings ein Mal nehmen, aber nur ein gewaltſames; an ihren „inneren Widerſprüchen" gehen politiſche Einrichtungen nicht ſo leicht zu Grunde. — Für den bevorſtehenden preußiſchen Landtag wird die deutſche Frage um ſo weniger in Betracht kommen, als innerhalb wie außerhalb Preußens keine Partei als ſolche dabei intereſſirt iſt, dem gegenwärtigen Zuſtand ein Ende zu machen; die Fortſchrittspartei nicht, weil ſie dem Grafen Bismarck überhaupt keinen Erfolg danken will, die nationale Partei nicht, weil ſie den Mangel an organiſatoriſchen Kräften zu bitter empfindet, um das Arbeitsmaß derſelben zu erhöhen, die Conſervativen nicht, weil jeder Schritt weiter den preußiſchen Premier in das liberale Lager führt. Für die Regierung ſelbſt iſt natürlich die Rückſicht auf die äußeren Schwierigkeiten maßgebend und Niemand kann ihr verargen, daß ſie eine Preſſion durch das Volksbedürfniß abwartet, ehe ſie die Thüren des Janustempels öffnet.

So wird die auswärtige Politik keine Veranlaſſung haben, in den Verhandlungen der nächſten preußiſchen Landtagsſeſſion mitzureden — mindeſtens iſt ein fördernder Einfluß auf die Arbeiten unſerer Volksvertretung von derſelben nicht zu erwarten. Die Kriegsmöglichkeit bleibt, was ſie geweſen, die dunkle Wolke die am Horizont ſchwebte und ſichere Rechnungen auf die Zukunft unmöglich machte.

Auf dem Gebiet des inneren Staatslebens zeigt ſich die gleiche Regungsloſigkeit. In den annectirten Ländern und den verbündeten Territorien hat der Einfluß legitimiſtiſcher Intriguen ſichtlich abgenommen; wenn auch der Kurfürſt von Heſſen einen gewapneten Proteſt gegen die Ereigniſſe von 1866 erlaſſen hat, der Herzog von Naſſau die Unverjährbarkeit ſeines Rechts aufs Neue hervorgehoben hat und Georg V. auf einen „Miniſterwechſel" denkt, der die Ungeduld der treuen Hannoveraner beſchwichtigen ſoll, ſo ſteht doch

fest, daß die legitimistischen Hoffnungen sich abgekühlt und daß die offenen und geheimen Agenten der Exposseditten an Terrain verloren haben.

Grade der Wegfall dieser äußeren und nachweisbaren Hemmnisse einer gesunden Entwicklung beweist aber, daß es noch vielfach an den positiven Bedingungen zu einer solchen fehlt. Wir sind in ein neues Stadium getreten, schneller als sich irgend hoffen ließ, ist es mit der Periode des offenen und tendenziösen Widerstandes gegen die neugeschaffenen Verhältnisse auf die Neige gegangen; grade darum steht zu fürchten, daß der Abschnitt, in dem wir gegenwärtig stecken und der nicht minder unbehaglich ist, um so länger dauern werde. Acute Krankheiten sind in der Politik wie in der Medicin leichter und rascher zu überwinden, als chronische, habituell gewordene Leiden. Und der Zustand der Apathie und stillen Verstimmung gegen das mit der neuen Herrschaft identische System hat alle Aussicht ein habitueller zu werden. Wenn man die gegenwärtige Stimmung in Hessen, Nassau, Hannover ꝛc. tröstend mit der vergleicht, in welcher die Rheinlande sich nach dem Jahre 1814 befanden, so scheint uns dieser Vergleich nicht besonders glücklich gewählt zu sein. Ganz abgesehen davon, daß in den ehemaligen geistlichen Kurfürstenthümern von dynastischem Gefühl und eigentlichem Staatsbewußtsein nicht die Rede sein konnte, war die Stellung der preußischen Regierung in jenen Provinzen wesentlich dadurch erleichtert, daß dieselben gewisse liberale Einrichtungen besaßen, welche in den alten Provinzen fehlten und den Bewohnern des Rheingaus das schmeichelhafte Bewußtsein gaben, in mancher Rücksicht vor den Alt-Preußen bevorzugt und von diesen verschieden zu sein. In den gegenwärtig neu annectirten Provinzen fehlten diese Ableiter des provinziellen Dünkels. Der Eintritt in den preußischen Staatsverband ist nicht nur nothwendig mit einer Erhöhung der auf dem Volke ruhenden Lasten und Steuern verbunden gewesen, er hat die Hessen und Nassauer zugleich in die peinliche Lage versetzt sich an ein ministerielles Bevormundungs- und Einmischungssystem zu gewöhnen, das den alten Provinzen durch jahrelange Gewöhnung erträglich geworden war. Wenn man den Gang der Dinge, wie er sich in den letzten Monaten gestaltet hat, im Einzelnen nachgegangen ist, so möchte man glauben, die Ministerien der innern Angelegenheiten und des Cultus hätten sich das Wort gegeben, einander in der angenehmen Pflicht der Volksverstimmung abzulösen. Kaum daß Graf Eulenburg mit der Nichtbestätigung von Communalwahlen eingehalten hat, so läßt Herr von Mühler sich angelegen sein, durch seine Reorganisation des nassauischen Schulwesens die dünngesäten Freunde der nationalen Sache abzustoßen. Die Verwandlung der meisten Schulen dieser Landschaft in confessionelle und die absichtliche Förderung clericaler Einflüsse auf das gesammte Schulwesen hat nach übereinstimmenden Zeugnissen aller Parteien mindestens ebenso ungünstig gewirkt

wie im vorigen Jahre das Verhalten des Regierungspräsidenten bei den Wahlen zum Reichstage. Unwillkürlich müssen wir die Frage, die sich uns schon früher aufgedrängt hatte, noch einmal wiederholen: mit welchem Recht stößt man die alten und erprobten Freunde zurück, da man sich durch eine ziemlich langjährige Erfahrung von der eigenen Unfähigkeit, neue Freunde zu gewinnen, sattsam überzeugt haben muß? Was verschlägt es, müssen wir weiter fragen, daß die Verhandlungen des hannoverschen Provinziallandtages zu relativ befriedigenden Resultaten geführt worden sind, wenn man gleichzeitig einen wahren Sturm von Unwillen für die nächsten Provinzialversammlungen in den südwestlichen Ländern herauf beschworen hat? Die Stimmung, in welcher die Mehrzahl der neupreußischen Vertreter am 4. November dieses Jahres nach Berlin kommen wird, dürfte der Regierung sehr viel minder günstig sein als die des vorigen Jahres, wo die altpreußischen Glieder der liberalen Parteien durch ihre neuen Collegen wiederholt zu einem entgegenkommenden Verhalten gegen das Ministerium veranlaßt wurden. Die Parole, daß dem herrschenden System heuer schärfer zu Leibe gegangen werden müsse, ist dieses Mal in den nationalliberalen Kreisen Hannovers, nicht wie früher in Berlin oder Breslau ausgegeben worden.

In den alten Provinzen bedingt schon die Waffenbrüderschaft aus der Zeit des Conflicts daß die nationale Partei der Demokratie näher gerückt ist als in den Provinzen, wo die Gesinnungsgenossen sich lediglich nach ihrer Stellung zu der nationalen Frage zusammengefunden haben. Wenn die Versuche zu einer Coalition der Nationalen in der Fortschrittspartei auch dieses Mal noch viel rascher und empfindlicher zu Boden gefallen sind, als im Sommer des vorigen Jahres, so läßt sich doch absehen, daß die nationalen Vertreter der alten Provinzen dem Ministerium noch reservirter entgegentreten werden, als während der letzten Session. Was bis jetzt über die gegenseitige Stellung zu der wichtigsten aller für die Tagesordnung bestimmten Fragen, der nach den Bedingungen communaler und provinzialer Selbstverwaltung, bekannt geworden ist, stimmt die Hoffnungen auf freundschaftliche Verständigung ziemlich tief herab und Budgetdebatten haben noch nie und nirgend zu einer Annäherung zwischen Regierung und Volksvertretung geführt. Dazu kommt, daß seit der monatelangen Entfernung des Grafen Bismarck von den Staatsgeschäften auch die weiteren Kreise, welche gewohnt sind nach der äußeren Physiognomie der Dinge zu urtheilen, eine gewisse prickelnde Ungeduld nach Zerstreuung der häßlichen Wolken zeigen, welche den Himmel des inneren Staatslebens verhängen.

So erscheinen die Conjuncturen, unter denen sich der Beginn des heurigen politischen Winterfeldzugs vollzieht, als durchweg unerquickliche. Erschütterungen und Conflicte ernsterer Natur sind nicht zu befürchten; aber es

fehlt auch Alles, was zu freudiger Inangriffnahme der neuen Arbeit reizen und ermuthigen, was die Erreichung des ersehnten Hafens versprechen könnte. Die im Jahre 1866 geschaffenen Zustände als Definitiva anzusehen, haben wir uns noch nicht gewöhnen können, und die Spannkraft, welche uns helfen sollte, den Sprung über den Main zu wagen, ist doch nicht mehr vorhanden. Der eigenthümliche Vorzug deutscher Art ist aber zu allen Zeiten gewesen, auch ohne starke und begeisternde Impulse in der continuirlichen Arbeit nicht zu erlahmen und bei lichtlosem Himmel ebenso unerschütterlich auf dem Posten auszuharren, wie bei strahlendem Sonnenschein und dadurch auszugleichen, was ihr an Raschheit des Entschlusses und praktischem Geschick in der entscheidenden Stunde abgeht. Diesen Vorzug auch unter den gegenwärtigen Conjuncturen zu bethätigen, wird vor Allem Sache der nationalen Partei sein. Unbeirrt durch alle Mißgriffe der Leiter des Staatsschiffes hat sie dem Curse treu zu bleiben, den sie seit dem Herbst 1866 eingeschlagen hat. Grade weil es unserer Partei nicht beschieden war, die entscheidende Wendung zu dem angestrebten Ziel von sich aus zu bewirken, darf sie sich den Ruhm nicht entgehen lassen, auf der letzten, ermüdenden Strecke an Ausdauer und Treue alle übrigen Parteien übertroffen und die Stationen, an denen Halt zu machen war, nur nach ihrer Entfernung vom Hafen beurtheilt und behandelt zu haben.

Die czechische Frage.

Die letzten Ereignisse in Böhmen haben die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Prag und die große Landschaft gelenkt, wo drei Millionen Slaven unter zwei Millionen Deutschen wohnen. Die slavische Partei, welche sich jetzt die böhmische nennt, während sie noch vor wenig Jahren den Namen der czechischen beanspruchte, steht unter den sogenannten nationalen Fractionen Europas am ungünstigsten. Es ist ihr nicht gelungen, irgendwo im Auslande Sympathien zu finden, sogar die russischen Journale, welche sich den Verbrüderungseifer der Czechen aus Eitelkeit und Politik gern gefallen lassen, vermögen nicht immer ihre Geringschätzung zu verbergen; im gebildeten Europa ist das Groteske, Unwahre und Phrasenhafte der gesammten czechischen Agitation allzu auffällig geworden, sogar die meisten französischen Journale und die europäische Demokratie, beide nicht wählerisch in ihren Bundesgenossen, betrachten das Gebahren der böhmischen Slavophilen mit Kälte nnd Ironie.

In Wahrheit ist in keinem Lande der Versuch, eine Nationalität neu zu beleben, so sehr mit dem Fluch der Lächerlichkeit behaftet gewesen. Bereits in der Zeit, wo die Agitation einen vorwiegend literarischen Charakter hatte, wurden die Alterthümler des Landes der Wissenschaft durch wiederholte Fälschungen lästig, welche die altczechische Literatur vervollständigen sollten. Der czechischen Jugend mußte ein deutscher Schneider in Prag das Nationalcostüm erfinden; ungeschickt wurde aus andern Slavensprachen der heimische Wortschatz ergänzt, zuweilen von Solchen, welche selbst der czechischen Sprache nicht vollkommen mächtig waren; ohne Wahl wurde zu nationalen Demonstrationen benutzt, was sich irgend darbot: der heilige Wenzel und Huß, Ziska und Libussa, die katholische Kirche und das Theater, die böhmische Krone und die Taboriten. Das Gebahren der Agitationen war ein Gemisch von Trotz und Schwäche, den Pöbel des Landes und der Stadt zu Straßencrawallen aufregen und Deutsche insultiren, schien zuweilen der einzige Zweck; dazu kam ein würdeloses Anlehnen an andere Slavenvölker von größerer Kraft, heute an die Serben, morgen an die Russen, und ebenso an andere politische Parteien, an die östreichische Reaction und an die Ultramontanen. Die größten nationalen Acte waren theatralisch arrangirte Feste, bei denen kleinstädtische Selbstgefälligkeit und ein geschmackloser Aufwand von Phrasen auch die löbliche Veranlassung verunstaltete. Und diese Agitation wurde um so peinlicher, da ihr letzter Grund nicht vernünftige nationale Forderungen, sondern Widerwille gegen die deutschen Landsleute war, welche sich im Besitz der Intelligenz und des Capitals befanden, zuweilen freilich auch Haß gegen den Bureaukratismus der Regierung. Aber auch der reale Hintergrund des czechischen Nationalismus, soweit ein solcher überhaupt hinter dem Lärm der Volksversammlungen und der kleinen Zeitungen zu finden ist, widerspricht nicht nur den Lebensinteressen des östreichischen Staates und in zweiter Linie denen der deutschen Nation, sondern ebenso sehr dem Vortheil des gesammten civilisirten Europas. Denn wenn den Czechen gelänge, was unmöglich ist, das Deutschthum aus Böhmen, Mähren und Oestreichisch-Schlesien zu tilgen und dort einen neuen Chrobatenstaat auf den Trümmern deutscher Cultur zu gründen, so wäre das ein Culturschaden für ganz Europa und ein Rückfall in barbarische Zustände, welchen das gemeinsame Interesse Aller verbietet. Es wäre gleichbedeutend mit einem Fortschritt Rußlands bis an den Main, und weder wir Deutschen noch irgend eine der Westmächte könnte für diese Verminderung des europäischen Wohlstandes und der Bildung sich dadurch entschädigt fühlen, daß die Czechen selbst in der kläglichsten Weise von ihren stammverwandten Freunden unterdrückt und mit Sibirien zu einem Staatskörper vereinigt werden würden.

Bevor hier über die neusten Vorgänge in Böhmen die jedem Deutschen

naheliegende Betrachtung folgt, wird der Brief eines langjährigen Correspondenten d. Bl. mitgetheilt, welcher uns genau die Stimmung der Deutschen in Böhmen auszudrücken scheint.

Aus Königgrätz.

III.

Endlich hat der czechische Leu für seine Tücken eins auf die Pfoten bekommen. Mit andern Worten, die Regierung hat sich gezwungen gesehen, das Vereins- und Versammlungsrecht nebst einigen anderen Rechten in Prag zu suspendiren, und Feldmarschall-Lieutenant v. Kollar, seinem Rufe nach ein zweiter Windischgrätz, thront als Statthalter in der böhmischen Hauptstadt.

Den unmittelbaren Anlaß zu diesen Maßregeln gaben die letzten czechischen Auftritte in Prag. Am 4. Oct. wurde der Versuch gemacht, ein gesetzwidriges Meeting vor den Thoren zu veranstalten. Vor dem Veto, welches drei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Husaren einlegten, stob die ungeheure Volksmasse zwar auseinander, aber sie strömte in das Innere der Stadt, zerstörte hier die Wohnung eines deutschen Redacteurs und zerschmetterte die Fensterscheiben verschiedener mißliebiger Institute, wie z. B. des deutschen Casinos, wo ein faustgroßer Kieselstein einen langsam flüchtenden alten Herrn glücklich am Schädel traf. Die städtische Polizei steht unter dem von der Gemeinde erwählten Bürgermeister; und da Dr. Claudi, der gegenwärtige Lord-Mayor, ein gewitzigter Mann ist, der wegen einer Anwandlung von Unparteilichkeit schon einmal in Gefahr schwebte zu täglicher Katzenmusik und lebenslänglicher Unpopularität verurtheilt zu werden, so sah die Polizei zu und lächelte. Die Bewegung hatte somit einen nach czechischen Begriffen glänzenden Triumph errungen, und den Führern schwoll der Kamm. Sie forderten ihren Troß zu neuen Meetings desselben Charakters auf, und diesen Plänen ist von Wien aus ein militärischer Riegel vorgeschoben worden.

Die Wurzel des Uebels liegt darin, daß die czechische, besser die czechomanische Logik andere Gesetze hat als die deutsche. Es gibt czechische Begriffe, die man außerhalb Czechiens kaum für möglich hält. Wenn Einer aber mit den Patrioten auf dem Lande einigemal politisirt, so wird er bald belehrt. „Wenn's hätten kein Militär geschickt" sagte Czapka, der Instrumentenmacher, „wär' kein Scandal gewesen." Verzeihung, Herr Czapka, gab es keinen Scandal in Chlum, keinen in Hochstadt, keinen in Kosteletz und bei andern Massenmeetings in diesem Sommer? Da erschien überall anstatt des Militärs ein einzelner wehrloser Beamter, der den Leuten gütlich erklärte, daß und warum die Versammlung gesetzwidrig sei. Was war die Folge? Der Bezirksvorsteher, Herr Smolarz, wurde von dem Kaufmann Labski von

hinten angefallen und mit der Faust niedergeschlagen. Labski spazierte ins Gefängniß, wird aber von Vielen als Märtyrer angesehen. „Smolarz war Spion, abscheulicher" hörte ich von einem czechischen Patrioten; „wär' ihm recht geschehen, zu werden aufgehenkt. Warum kommt er hin, wenn Meeting is verboten?" Bei dem halb aus Amazonen bestehenden Meeting bei Hochstadt entging der Secretär Froreich dem Tode mit genauer Noth. Daß er durch Steinwürfe halb todt geschlagen wurde, ist bekannt. Nennen Sie das nicht Scandal? — „Ja, aber wozu Beamte schicken?" entgegnete der Instrumentenmacher. „Je mehr sie verbieten Meetings, desto mehr werden sein." —

Wir bekehren Czapka und Genossen nicht, denn er findet es auch furchtbar despotisch von der Regierung, daß sie Leben und Eigenthum in Prag durch schnöde Gewalt zu schützen sucht. Wenn es sich um ein Meeting (oder wie sie hier sagen Meting) handelt, verstehen die Czechen keinen Spaß. Die Volksversammlung unter freiem Himmel ist ihnen zur Leidenschaft geworden, und das hat seinen guten Grund. Vom Landtage und vom Reichstage in Wien wollen sie nichts wissen; sie mögen dort nicht mehr mitspielen, weil sie nicht jedesmal gewinnen. Aus dem Umstande, daß in Böhmen 3,000,000 Czechen und nur 2,000,000 Deutsche hausen, folgt nach czechisch-demokratischer Logik der Schluß, daß, wenn eine Erörterung oder Berathung nicht eine Mehrheit von 3 czechischen Stimmen gegen 2 deutsche ergibt, die Geschäftsordnung, das Wahlgesetz, die ganze Verfassung falscher Schein und gröbliches Unrecht ist. Ueberhaupt bilden ja die Slaven die überwiegende Kopfzahl in Oestreich, und daß drei slovakische Topfbinder auf der politischen Wage schwerer wiegen, als zwei deutsche Fabrikanten, Gutsbesitzer oder Gelehrte, ist so klar wie das Einmaleins. Aber beim Massenmeeting unter freiem Himmel sind die Czechen ihrer Majorität gewiß, daher hat man, so sagen sie, perfider Weise die Benutzung des Versammlungsrechts an unerhörte Bedingungen geknüpft. Drei Tage vor der Versammlung soll der Zweck derselben nebst den darin zu stellenden Anträgen der Behörde angezeigt werden: Volksversammlungen unter freiem Himmel sollen sogar einer vorherigen amtlichen Genehmigung bedürfen. Es versteht sich, daß die Czechen, da sie keine Schlafmützen sind wie die Deutschen, über solche Netze und Fallgruben mit genialer Leichtigkeit hinwegspringen. Zuweilen wird kein Zweck angezeigt und nach keiner Erlaubniß gefragt. Ein andermal heißt es: Unser Zweck ist, uns mit vaterländischen Dingen zu beschäftigen, Näheres ist noch nicht anzugeben, denn die Redner werden aus dem Stegreif sprechen. An einem Freitag zeigte der Narodni Pokrok ein Massenmeeting auf den kommenden Sonntag an, mit dem Beisatz, daß über die zu beantragenden Beschlüsse „schon" fleißig berathen werde. Sind dann die Tausende versammelt, so

donnern die Stegreifredner gegen den deutſchen Trug und Druck, zeigen, daß die wiener Miniſter Erzfeinde der ſlaviſchen Sache, oder daß die Fabriken der Deutſchen und Juden in Prag „Mördergruben“ ſeien. Unterhaltungen dieſer Art pflegen in jedem Klima das Blut gewöhnlicher Leute in Wallung zu ſetzen, und ſelbſt in Czechien ſcheinen Sanftmuth und Weisheit in der niederen Volksſchicht nicht vorherrſchend zu ſein. Es tauchen von da unten Geſichter auf, in denen bei viel jeſuitiſcher Kniffigkeit zuweilen auch ein Zug huſſitiſcher Grimmigkeit lauert. Und in Bezug auf ſeine Kopfzahl iſt der czechiſche Pöbel nicht gering zu ſchätzen. „Jede Bevölkerung hat einen mehr oder minder dicken Bodenſatz“ bemerkt ein prager Doctor und Statiſtiker, „iſt mehr oder minder pöbelhaltig. Wir, z. B., ſind 7½ bis 9 Percent pöbelhaltiger als Wien.“ In wie weit die abſchreckenden Eigenſchaften dieſes Elements durch die weltbekannte „ſlaviſche Weichheit“ gemildert werden, vermag ich nicht genau zu berechnen. Sie trägt vielleicht dazu bei, daß der durch ein Maſſenmeeting angefachte nationale Zorn in lauten Jubel übergeht, ſobald ihm einige kleine Opfer gebracht ſind. Hat man aus dem Stegreif einige Hüte eingetrieben, einen Deutſchen oder Juden durchgeprügelt, oder einen Beamten ein Bischen gelyncht, ſo läuft man vergnügt auseinander und gibt ſich der Hoffnung auf künftige immer größere Erfolge hin. Dieſe Nationalvergnügungen werden nun, da der Winter eines gelinden Belagerungszuſtandes über Prag hängt, jedenfalls in der Hauptſtadt und vielleicht auch auf dem Lande ins Stocken gerathen.

„Ein ſchönes Loch hat die Verfaſſung“ höhnen jetzt die Patrioten, wenn ſie von der über Prag verhängten Tyrannei reden. Wer das Loch gemacht hat, iſt keine Frage die ihnen in den Sinn kommt. Sie haben ihrem Volke bewieſen, daß die Verfaſſung ein Gaukelwerk oder nur für die Deutſchen gegeben iſt. Mit einer Hand — ſagen ſie — bietet man uns das Verfaſſungsrecht, mit der andern nimmt man es zurück. Den Deutſchen geſtattet man, was uns, blos weil wir Slaven ſind, ſtreng unterſagt wird. Werden Sie es glauben, daß ſelbſt wohlhabende und von Hauſe aus ruhige czechiſche Bürger ſich in dieſer Weiſe äußern? Ich habe Wochen lang mit Männern dieſer Klaſſe verkehrt, aber mit keiner Silbe verriethen ſie eine Ahnung davon, daß das Verſammlungsrecht an geſetzliche Bedingungen geknüpft iſt, oder daß es ſelbſt in den freieſten Ländern, wie England und Amerika, gewiſſen Beſchränkungen unterliegt. Wer ſich nicht den Wortlaut der neuen Geſetze verſchafft — eine Gewohnheit die nichts weniger als allgemein iſt, hat wenig Ausſicht die Wahrheit zu erfahren. Der Stockczeche glaubt nur was er in ſeinen eigenen Organen, Narodni Liſti, Novini, Pokrok u. ſ. w. ſchwarz auf weiß ſieht. Verweiſt man ihn auf die „Bohemia“, die wiener „Preſſe“, auf die Prager Zeitung oder ein anderes nichtſlaviſches Organ,

ſo antwortet er regelmäßig: „To jest (das iſt) Schandblatt“. Es gibt auch deutſch geſchriebene Organe des Czechenthums, wie die in Wien erſcheinende „Zukunft“ und die prager „Correſpondenz“ (früher „Politik“ betitelt). Sie ſind auf jenes große zwieſchlächtige Publicum berechnet, das der Sprache nach mehr deutſch als ſlaviſch, der Geſinnung nach aber ſlaviſch und föderaliſtiſch iſt. Sie ſind mit Geſchick und Hinterliſt redigirt und für die Taktik der Czechomanen ſehr charakteriſtiſch. Sie gleichen dem höflichen Dolmetſcher von dem ein engliſcher Reiſender erzählt. Wenn der Paſcha dem Dolmetſch befahl: „Sage dem verfluchten Franken, daß ich ihn ſpießen laſſen könnte, aber ihm diesmal noch das Leben ſchenke“, ſo lautet das in der Ueberſetzung: „Der Paſcha liebt dich wie ſeinen leiblichen Sohn.“ Und wenn die Narodni Liſti meint, daß die Czechen allein in Böhmen zu herrſchen und die deutſchen Schmarotzer hinauszuwerfen berechtigt ſeien, ſo erklärt das die „Correſpondenz“ mit den Worten, daß der Slave in Böhmen nichts ſehnlicher wünſche, als mit ſeinem deutſchen Landsmann ſich zu verbrüdern.“ Das Czechenthum erſcheint in dieſem Organ immer als Opferlamm. Haben irgendwo ein paar Jünglinge auf deutſche Weiber und Kinder zur Uebung mit Steinen geworfen, ſo ſchweigt die Correſpondenz ſo lange, bis der Vorfall in einem deutſchen Blatte erwähnt wird, und dann ſeufzt ſie: „Zwei Böhmen gerathen in Streit, und gleich macht man zwei verſchiedene Nationalitäten aus ihnen und will ſie mit einander verfeinden.“ Jeden Deutſchen der ſich über eine Unbill beſchwert beſchuldigt ſie daß er hetze. Von Einfluß iſt dieſes Blatt auf die Haltloſen und Schwankenden unter den Deutſchen, die, ohne einer ſlaviſchen Sprache kundig zu ſein, ſich über die Vorgänge im gegneriſchen Lager zu orientiren wünſchen und oft ſo ſchön hinters Licht geführt werden, daß ſie die journaliſtiſchen Vertreter ihrer eigenen Sache Störenfriede, Hitzköpfe u. ſ. w. ſchelten.

In den deutſch wie in den czechiſch geſchriebenen Czechenorganen iſt das Verbot jedes geſetzwidrigen Meetings als Willkür und Slavenhaß dargeſtellt worden. Welchen Zweck die Agitatoren dabei im Auge hatten, iſt leicht zu errathen. Der demokratiſche Theil der Regierungsfeinde ſcheint wirklich dem Wahn zu huldigen, daß die Slovenen, Ruthenen, Mähren und Slovaken beſtimmt ſeien im Bunde mit den Czechen dereinſt Oeſtreich ſlaviſch zu machen oder mit Hülfe Rußlands es aus den Angeln zu heben, und daß Czechien dieſem Bunde durch Groll und Mißvergnügen am ſicherſten entgegenreifen werde. Wollen die Thuns und Clam-Martinitze und die ultramontanen Biſchöfe daſſelbe? Schwerlich, aber mitverantwortlich ſind ſie für allen Unfug, den ihre demokratiſchen Alliirten ſtiften, ſo wie die komödiantiſchen modernen Huſſiten an der Frechheit ihrer pfäffiſchen Gönner mit Schuld ſind. Huſſiten, Demokraten, Pfaffen und Großjunker bilden hier zuſammen

einen häßlichen Knäuel schwindelhafter Ränke. Oft genug haben ja die Organe der national-czechischen Partei erklärt, daß zwischen Alt- und Jungczechen, zwischen Rieger und Gregr, Palacky und Sladkowski nie eine Spaltung gewesen sei, sondern unzerstörbare Solidarität herrsche. Die reactionären Adeligen und Prälaten liefern, so meint man, den nervus rerum zur Nährung der Agitation. Eine kleine anarchische Episode als Beweis für die Lebensunfähigkeit der Verfassung wäre diesen Herrn ohne Zweifel willkommen. Aber die letzten prager Geschichten verdienen kaum den Namen eines Sprühteufels. Der Maulwurf muß tiefer wühlen. Vor der Hand scheint kein bedeutsamer und entscheidender Ausbruch zu erwarten. Der großmäulige czechische Leu wird dem Stock und Säbel von Koller's gehorchen wie der Pudel; für die Stimme der Vernunft und Mäßigung aber hat er ein Trommelfell von Rindsleder.

J. Gilben.

Die Pflicht der Regierung.

Die kaiserlichen Regierungsmaßregeln hat der Reichsrath zu legalisiren; über die Opportunität derselben war man dem Vernehmen nach vor dem Erlaß im Ministerrath selbst nicht einer Meinung. Uns scheint, daß man den rohen und trotzigen Unarten nur dann länger Spielraum gestatten durfte, wenn man die Absicht hatte, dieselben zu radicalen Maßregeln gegen das ganze czechische Unwesen zu benutzen. Für ein solches Einschreiten ist die Mitwirkung des Reichsraths, ja für einzelne Fälle seine Initiative durchaus nothwendig. Zwar ist das gesammte Treiben der Czechen von ihrem literarischen Agitationsmittel bis zu der Wallfahrt nach Moskau und Costnitz und den Massenversammlungen zur Zeit mehr grotesk, als staatsgefährlich. Dennoch ist die ganze Angelegenheit für Oestreich von furchtbarem Ernst. Denn seit die Zweitheiligkeit des großen Staatskörpers gesetzlich festgestellt ist, sind dem Staatsmann und dem Patrioten Oestreichs große Gefahren beseitigt, aber auch neue geschaffen. Soll der Kaiserstaat in dieser Zweitheiligkeit der Verwaltung gedeihen, so ist dies nur dann möglich, wenn diesseit der Leitha die Herrschaft deutscher Cultur fest behauptet und, wo sie verloren ist, rücksichtslos wieder eingeführt wird. Die Magyaren sollen da, wo sie als Herren sitzen, ihre gesetzlichen Rechte unversehrt gebrauchen; sie sind durch die stärksten Bande mit dem deutschen Oestreich verknüpft, jeder materielle Fortschritt, ja ihr Bestand als Volk hängen an dieser Verbrüderung, es gibt für sie in der That keine Wahl, als in einem fremden slavischen Volksthum aufgehen, oder als Bundesgenossen mannhaft zu Deutschland halten. Was aber diesseits der Leitha auf deutschem Boden liegt, muß deutsch sein, im Interesse des Gesammtstaates, wie der Völker diesseit und jenseit der Leitha.

Es gibt, seitdem ein ungarisches Ministerium besteht, für Oestreich keine Wahl mehr, keine Transaction mit einer dritten, vierten, fünften Völkerschaft. Der Kaiserstaat ist erkrankt, ja er schien in einem Menschenalter zweimal seiner Auflösung nahe, weil sich fast in allen Landschaften unter einem geistlosen und trotz tyrannischer Bevormundung doch schwachen Regiment die unzufriedenen Stämme einen localen Patriotismus suchten. Ueberall ist das Deutschthum zurückgewichen, selbst in der Vertheidigung machtlos, im Littoral, in Welschtirol, in Kärnthen und Krain, in Böhmen, in Mähren. Das war lange eine Unehre für die Deutschöstreicher, dann wurde es die größte Gefahr für den Staat. Bitter hat sich gerächt, daß der große Staat durch fast 50 Jahre den Interessen eines ultramontanen Clerus und einer reactionären Aristokratie diente. Noch ist es Zeit, den Fortschritten feindseliger Volkswünsche und staatsvernichtender politischer Forderungen da zu steuern, wo dies Fremde mit den letzten Lebensbedingungen des Kaiserstaats in Widerspruch tritt. Nirgend aber ist dieser Widerspruch auffälliger geworden, als in Böhmen. Was die Czechen während und nach jener berüchtigten Reise nach Rußland getrieben haben, war schlechtverhüllter Landesverrath. Denn mit schamloser Offenheit ist die Tendenz hervorgetreten, sich dem russischen Staat anzuschließen; die Russen selbst mußten gegen diese Zumuthung protestiren. Und dies Unrecht wird nicht besser dadurch, daß die czechischen Führer sich über das gesetzliche Unrecht und die Illoyalität ihres Thuns nicht klar waren. Die Ehrfurcht vor der Idee des Staates ist in ganz Oestreich sehr verringert; es ist Zeit, daß die Regierung das Ihre thut, sie den Völkern wiederzugeben. Allerdings vermögen Ausnahmsgesetze und Belagerungszustand dies nicht zu bewirken; man kann dadurch im besten Fall auf einige Zeit ein Symptom beginnender Zersetzung des Staatsorganismus beseitigen, nicht das Uebel selbst. Und die liberalen Stimmen aus Wien haben ganz Recht, wenn sie auszuführen suchen, daß nur auf freisin niger Grundlage durch Beschränkung der Priestermacht, durch Hebung des Volksunterrichts und durch sorgfältige Pflege der realen Interessen Bildung, Wohlstand, Kraftgefühl des Volkes gesteigert werden können. Wenn aber der Deutschöstreicher hofft, daß man durch sein Verfassungsschema und durch Gesetzgebung allein oder vorzugsweise das eingewurzelte Uebel bändigen und die Czechen allmählich von ihrem Separatismus zur Hingabe an den Staat führen werde, so ist auch er in einem verhängnißvollen Irrthum. Es ist eine acute Krankheit und energische Gegenmittel sind erforderlich, um der Ausbreitung des Uebels zu steuern. Die Gewaltherrschaft des Baron Koller ist wahrscheinlich nöthig, um im Augenblick den bubenhaften Trotz zu bändigen, und es ist schlimm genug, daß sie nöthig geworden ist. Um aber die Czechenkrankheit zu heilen bedarf es vor Allem der Wiedereinsetzung des Deutschthums in

seinen früheren Stand auf den Gebieten, wo der Staat das Recht hat, anzuordnen. Es fällt uns nicht ein den Czechen ihre Sprache und Volkssitte zu rauben. Ein solcher Versuch wäre nicht deutsch, sondern russisch, er würde eine höchst berechtigte Empfindung des Volkes kränken, und deshalb wäre auch der Erfolg zweifelhaft. Volksschule und Gottesdienst sollen die czechische Sprache behalten, wo dieselbe altheimisch ist, und die Regierung soll für tüchtige Volkslehrer sorgen; der nationalen Poesie und den gelehrten Arbeiten der Czechen soll die Theilnahme und Förderung werden, welche jede ernste wissenschaftliche Thätigkeit vom Staate beanspruchen darf; im Uebrigen aber muß die Wahrheit zur Geltung kommen, daß das czechische Landvolk und der Kleinbürger seit Jahrhunderten unter der Herrschaft deutscher Bildung stehen, daß der große Grundbesitz, der Großhandel, Fabriken, Beamtenthum Alles, was Industrie und Geist im Leben unserer Zeit verbindet, seit Jahrhunder tenin Böhmen deutsch sind, außer dem ein großer Theil des Volkes selbst. Alle höheren Unterrichtsanstalten, wie sie auch heißen mögen, welche der Staat direct oder indirect leitet, müssen wieder werden, was sie noch vor kurzem waren, Anstalten, welche in deutscher Sprache lehren. Die czechischen Gymnasien, höheren Real- und Gewerbeschulen sind sofort zu schließen und neue zu organisiren. Auch in den Schullehrerseminarien muß die deutsche Sprache diejenige sein, in welcher die Lehrer gebildet werden. Selbstverständlich in jedem Universitätsvortrag. Diese Maßregel hat die beste innere Berechtigung, denn der östreichische Staat kämpft durch sie ebenso sehr für moderne Cultur gegen eine bösartige Barbarei, wie im Gegensatz Rußland durch eine Russificirung der Ostseeprovinzen einen niedrigeren Culturzustand an die Stelle eines höher entwickelten Volksthums zu setzen bemüht ist.

Diese Erziehungsmaßregel, in Böhmen fest und consequent durchgeführt, wird ausreichen, um in zwei Generationen den ganzen wüsten Traum eines politischen Czechenthums zu beseitigen. Wird diese Maßregel nicht durchgeführt, so frißt die Krankheit zerstörend weiter. Man sehe z. B. auf die beiden wissenschaftlichen Institute in Königgrätz, dem Orte, aus welchem unser Correspondent seine Briefe datirt. Dort ist bei den Knaben, welche in der nächsten Generation als Geistliche, Lehrer, Aerzte die Vertreter der Cultur in kleinen Kreisen des Volkes sein sollen, bereits der beste Stolz, nicht deutsch zu sprechen. In einer kaiserlichen Festung, unter einer zum großen Theil deutschen Bevölkerung, ist der Idealismus der jungen Generation in den weitläufigen Lehranstalten, slavisch und russisch zu sein, und diese Gesinnungstüchtigkeit wird ihnen die theuerste geistige Habe, welche sie für das Leben mitbringen, in ein Leben, welches wahrscheinlich zu Halbheit und Unheil bestimmt ist, denn ihre wissenschaftliche Bildung wird ebenso dürftig, als ihre Ansprüche ungemessen. Dort und auf anderen Bildungsanstalten

der Czechen werden jetzt tausende von czechischen Agitatoren erzogen, welche in der Zukunft die Stellung Böhmens zum Kaiserstaat zu bestimmen haben. Die Toleranz der kaiserlichen Regierung gegen dergleichen Entfremdung ihrer Staatsbürger gleicht der Sorglosigkeit eines Landmanns, der seine Kinder mit Streichhölzern um das Dach seiner Scheuer spielen läßt. Aber nicht die Regierung allein, auch die Deutschen des Reichstages und der Presse laden schwere Schuld auf sich, wenn sie in dieser Frage säumig sind; ihre Aufgabe ist es, die Regierung, soweit für diese pädagogische Aenderung Acte der Gesetzgebung nöthig sind, zu unterstützen und die Agitation dafür zu betreiben. Es gibt große Culturinteressen, vor denen eine Regierung den Widerspruch einzelner Landschaften, den aufbrennenden Haß der Verletzten und die politische Verantwortung ungern auf sich nimmt, und in Oestreich ist diese Scheu jetzt aus vielen Gründen besonders fühlbar. Um so mehr ist es Pflicht der deutschen Bevölkerung, der Regierung beizustehen. Für den östreichischen Kaiserstaat steht aber die Sache so. Noch ist die czechische Frage ein Strohfeuer, welches in ungeschickten Händen hin und her flackert. Tilgt man diese Flamme nicht, so wird sie in der nächsten Generation ein Brand, der Gedeihen und Bestand des Staates in Frage stellt. Und dann wird der deutsche Norden um seiner Selbsterhaltung willen das Schadenfeuer zu löschen haben. Unter uns ist nirgend Hoffnung und Wunsch auf solche Arbeit; aber die Oestreicher können der wärmsten Sympathie und jeder Förderung durch Deutschland sicher sein, wenn sie ernsthaft das Ihre thun, von der Zukunft ihres Staates eine große Gefahr abzuwehren.

Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen:

II. Untersuchungshaft und Verhör.

Am Morgen des 15. December wurde ich, wie bereits erwähnt, verhaftet. Der Regimentsadjutant war nach mir gesandt worden; mit ihm fuhr ich nach kurzem Abschied von meiner Frau (ich war erst acht Monate lang verheirathet) zum Regimentscommandeur, wo ich alle Offiziere unseres Regiments versammelt fand. Der General fragte: „Wer von Ihnen, meine Herren, wünscht den verhafteten Baron R. zum Commandanten zu geleiten?“ Niemand erbot sich dazu. Hierauf wandte der General sich zum Dejouroffizier Capitän D. A. Tulubjew und befahl ihm, mich in seinem Wagen in die Commandantur zu geleiten. In der Canzlei des Commandanten nahm man mir den Degen ab und führte mich auf die im Winterpalais befindliche Hauptwache, wo ein Bataillon unseres Regiments die Wache hielt. Ich bat

den Obriſt Moller um die Erlaubniß, meiner Frau einige Zeilen ſchreiben zu dürfen; der Obriſt war verlegen und ſagte mir offen, daß ihm das unmöglich ſei; wenn ich aber mündlich Etwas zu ſagen hätte, würde er es ſogleich meiner Frau mittheilen laſſen, was auch geſchah. Man führte mich in das Zimmer der wachehabenden Offiziers. In einem Winkel, der von der übrigen Stube durch einen langen Tiſch getrennt war, ſchlief ein arretirter Generalſtabsoffizier, K. V. Tſchevkin; er wurde geweckt und abgeführt, ſein Platz mir angewieſen. Die Wache wurde abgelöſt, es trat der Commandant Baſchuzky ein und erkundigte ſich nach den Arreſtanten.

Darauf führte man mich in das Vorzimmer der Wachtſtube hinter einen Verſchlag mit Glasthüre, wo ich blieb; von dieſem Platz aus konnte ich ſehen wie Soldaten vom Preobraſchensky'ſchen Regiment Beſtuſhew umringten, der ſich ſelbſt freiwillig geſtellt hatte. Er war feſtlich wie zum Ball gekleidet und als das ihm zugegebene Geleit fortmarſchiren wollte, commandirte er ſelbſt Vorwärts! und ſchritt mit der Mannſchaft im Takt. — Nach einer halben Stunde führte man ebenſo J. J. Puſchtſchin ab. Als er von zwölf Soldaten umringt daſtand, ſtürzte ein junger Offizier in die Mitte, um den Arretirten zu umarmen — es war S. P. Galachow, Adjutant im Leibgrenadierregiment.

Es war ſchon elf Uhr Abends. Wieder erſchien ein Geleit von zehn Soldaten, man ſah noch keinen Arreſtanten. Hierauf trat der dienſtthuende Stabsoffizier Obriſt Mikulin zu mir ein, um mich und den Capitän Repin, den man mir kurz vorher zugeſellt hatte, zu unterſuchen, ob wir vielleicht verſteckte Waffen bei uns hätten, und uns ſodann anzuzeigen, daß er Befehl habe, uns zum Kaiſer zu führen. Wir wurden von Soldaten umringt und ſtiegen mehrere Treppen hinauf; während deſſen fühlte ich, daß Jemand an den Schößen oder der Hintertaſche meiner Uniform zupfte — es war der Obriſt Mikulin, der mir ein Blättchen Papier herausgenommen hatte. Im Vorzimmer des Kaiſers angelangt, durch welches unaufhörlich General- und Flügeladjutanten ſtreiften, fragte mich der Obriſt, von wem das Billet geſchrieben ſei, das er bei mir gefunden; ich verlangte es zu ſehen und antwortete, es ſei von meiner Frau. Nach dem Aufhören der geſtrigen Kanonade hatte ich Repin gebeten, meine Frau zu beruhigen; zwei Stunden ſpäter ſchickte ich einen Soldaten zu ihr, der mir ein Billet mit den Worten: „Sois tranquille, mon ami, Dieu me soutient, ménage-toi“ brachte. Mikulin entgegnete mir, daß das unmöglich ſei, oder daß meine Frau kein Franzöſiſch verſtehe; es ſei offenbar, daß nicht ein Frauenzimmer einem Mann, ſondern umgekehrt ein Mann einem Frauenzimmer geſchrieben habe. „Wie kann man im männlichen Geſchlecht das Wort tranquille mit zwei l und e ſchreiben?“ wiederholte der Obriſt immer wieder, ohne im Geringſten darauf zu achten

daß mir, der zum Verhör vor den Kaiser geführt werden sollte, die Beschäftigung mit grammaticalischen Minutien unerträglich sein mußte. Zu meinem Glück kam der Adjutant des Kaisers V. A. Browsky und unterbrach den unangenehmen Wortstreit, indem er dem gelehrten Obrist bemerkte: „Cessez donc, mon cher, vous dites des bêtises.“ — Aus dem Cabinet des Kaisers trat der Fürst J. V. Wasiltschikow in Thränen, ihm folgte A. J. Neithardt, Chef des Stabes; meinen Gruß erwiederten sie höflich und wischten sich die Augen. Dann erschien ein Flügeladjutant mit der Anzeige, daß der Kaiser nicht mehr empfangen werde und befohlen habe, mich auf die Hauptwache des Chevaliergarderegiments, meinen Kameraden Repin auf die Hauptwache des Preobraschenski'schen Regiments durch Feldjäger abzuführen.

Acht Tage brachte ich in der Hauptwache des Chevaliergarderegiments zu, ohne zum Verhör beschieden zu werden. In der Nähe wohnte ein Onkel meiner Frau, er schickte mir ein Bett und einen Schirm, sodaß ich erträglich existiren konnte. Am dritten Tage meines Aufenthalts bezog J. A. Annenkow die Wache, derselbe, der am 14. December die gegen die Aufständischen gebrauchten Kanonen gedeckt hatte und später als Mitglied der geheimen Gesellschaft zu ewiger Zwangsarbeit verurtheilt wurde. Die meisten Mitglieder der geheimen Gesellschaft hatten gerade in der Chevaliergarde, dem der kaiserlichen Familie am nächsten stehenden Regiment gedient. — Am 21. December Nachmittags kam ein Feldjäger, um mich zum Verhör abzuholen. Der wachehaltende Offizier begleitete mich bis zu meinem Schlitten und wünschte mir baldigste Befreiung.

Im Winterpalais angelangt wurde ich wiederum hinter den Verschlag mit der Glasthüre geführt, der bereits früher mein Aufenthaltsort gewesen war, um zu warten, bis die Reihe an mich kam. Um 10 Uhr Abends führte mich ein Geleit von zehn Soldaten in die inneren Gemächer des Palastes; nach einer halben Stunde wurde ich zum dejourirenden Generaladjutanten V. V. Lewaschow geführt. Er saß an einem Schreibtische, begann mich nach aufgesetzten Fragepunkten zu verhören und schrieb meine Antworten nieder. Gleich beim Beginn dieses Verhörs öffnete sich eine Seitenthür des Gemachs und der Kaiser trat ein. Ich ging ihm einige Schritte entgegen, um ihn zu begrüßen, er sagte mit lauter Stimme: „Halt!“ kam auf mich zu, legte die Hand auf mein Epaulette und wiederholte: „Zurück — zurück — zurück!“ — mir folgend, bis ich an meinem frühern Standpunkt angelangt war und mir die auf dem Tische brennenden Lichter gerade in die Augen schienen. Dann faßte er mich etwa eine Minute lang scharf ins Auge, erwähnte seiner Zufriedenheit mit meinem Dienste und daß er mich wiederholt ausgezeichnet habe; er fügte hinzu, daß schwere Beschuldigungen auf mir lasteten, daß er von mir ein offenherziges Geständniß erwarte und versprach endlich, Alles

zu thun, was möglich sei, um mich zu retten; dann entfernte er sich wieder. Das Verhör wurde, sobald der Kaiser das Gemach verlassen hatte, wieder aufgenommen. Ich befand mich in der peinlichsten Lage; für meine Person zu leugnen, hatte ich keine Möglichkeit und keinen Grund, aber die ganze Wahrheit durfte ich doch nicht sagen, insbesondere Niemand von den Theilnehmern und Anstiftern nennen. Nach einer halben Stunde kam der Kaiser wieder herein, nahm dem General Lewaschow den Bogen mit den protokollirten Antworten aus der Hand und las denselben. In meinen Aussagen war kein Name genannt — mit Wohlwollen sah er mich an und ermuthigte mich, offenherzig zu sein. Der Kaiser trug, wie er früher als Großfürst gethan, einen alten Uniformsrock (vom ismailow'schen Regiment) ohne Epauletten; die blasse Farbe seines Gesichts, die an Entzündung leidenden Augen zeigten deutlich, daß er viel arbeitete, in Alles eindringen, Alles selbst hören, selbst lesen wollte. Als er in sein Cabinet zurückgekehrt war, öffnete er noch einmal die Thüre, und die letzten Worte, die ich von ihm hörte, waren: „Dich rette ich gern." — Nachdem Lewaschow sein Protokoll beendet hatte, überreichte er mir das Papier zum Durchlesen, damit ich mit meiner Unterschrift die Wahrheit meiner Aussagen bezeugen sollte. Ich bat ihn, mich von solcher Unterschrift zu entbinden und gab ihm zu verstehen, daß ich die ganze Wahrheit nicht enthüllen könne. „In diesem Falle muß ich Sie von neuem verhören." Mir blieb nichts übrig, als das Protokoll doch zu unterzeichnen; meine anfängliche Zögerung wurde dem Kaiser aber berichtet und soll von ihm als Nichtachtung seines gnädigen Versprechens aufgefaßt worden sein. Mein Urtheil wurde, wie in der Folge näher ausgeführt werden soll, nicht nur nicht gemildert, sondern verschärft.

Diese „ersten Verhöre" im Palais haben alle in die Verschwörung verwickelten oder der Theilnahme an derselben bezichtigten Personen durchzumachen gehabt. Der Kaiser sah und sprach Jeden von ihnen. Die Generaladjutanten Lewaschow, Benkendorff*) und Toll schrieben nach der Reihe die Aussagen nieder, am häufigsten Lewaschow, der sich nicht selten einer höchst eigenthümlichen Methode der Untersuchungsführung bediente. So zum Beispiel sagte er zu Bestushew-Rjumin, der nicht gleich auf alle seine Fragen antwortete: „Vous savez, l'Empereur n'a qu'à dire un mot et vous avez vécu". Dem Obrist M. F. Mittkow sagte er: „Mais il y a des moyens pour vous faire avouer", sodaß dieser gezwungen war, ihm zu bemerken, daß wir im 19. Jahrhunderte lebten und daß die Tortur durch ein Gesetz des Kaisers Alexander aufgehoben worden sei. — Diese ersten Verhöre im Cabinet des Kaisers konnten unmöglich in alle Einzelheiten der Verschwö-

*) Später Chef der politischen Polizei und als solcher einer der einflußreichsten Rathgeber des Kaisers Nikolaus.

rung eindringen; sie sollten dem Kaiser Gelegenheit bieten, jeden der Verschwörer einzeln zu sprechen und zu sehen und die Namen der noch nicht bekannten Theilnehmer in Erfahrung zu bringen. Sobald solche Namen genannt waren, wurden sogleich Feldjäger, Gensd'armen, Offiziere aller Waffengattungen entsendet, um die Angeschuldigten zu verhaften. Eines der merkwürdigsten Verhöre fand mit N. A. Bestushew statt. Dieser hatte in der Nacht, welche dem 14. December folgte, sich durch die Flucht retten wollen und den Weg nach Schweden dazu gewählt; er erreichte den Leuchtthurm Tolbuchin, wo die wachehaltenden Matrosen ihn als Gehülfen des Generals Spasowiew, Directors aller Leuchtthürme, kannten. Er wollte dort einige Stunden ruhen, wurde aber zu seinem Unglück von der Frau eines Matrosen als Flüchtling erkannt und angezeigt, sodaß man ihn einholte und den anderen Tag in den Winterpalast brachte. Entkräftet durch Hunger, Ermüdung und Kälte wandte er sich an den ihm begegnenden Großfürsten Michael mit der Bitte, er möge befehlen, daß ihm etwas Nahrung gegeben werde, sonst werde er kaum im Stande sein, im Verhöre zu antworten. In demselben Gemache war das Abendessen für die Dujour-Flügeladjutanten aufgetragen; der Großfürst hieß Bestushew sich zu Tische setzen und unterhielt sich während der Mahlzeit mit ihm. Als Bestushew fortgeführt wurde, sagte der Großfürst zu seinem Adjutanten Bibikow: „Gott sei Dank, daß ich mit diesem Manne nicht schon vorgestern bekannt war, er hätte mich am Ende mit hineingezogen." — Der Kaiser empfing Bestushew milde und sagte ihm: „Du weißt, ich kann Dir verzeihen, und wenn ich sicher sein könnte, in Dir künftig einen treuen Diener zu haben, so bin ich bereit, Dir zu verzeihen." Bestushew antwortete: „Majestät, das ist eben das Unglück, daß Sie Alles thun können, daß Sie über dem Gesetz stehen; wir wollten Nichts weiter, als bewirken, daß das Loos Ihrer Unterthanen künftig blos vom Gesetz abhängig sei, nicht von Ihrer Laune." In demselben Geiste haben sich auch Andere der Schuldigen vor dem Kaiser gelegentlich des Verhörs geäußert.

Nach Beendigung meines ersten Verhörs führte man mich wieder in das Vorzimmer der Hauptwache des Palais hinter die bekannte Scheidewand zurück. Licht erhielt ich durch die Glasthüre, Wärme durch das obere Ende der Scheidewand, mithin war es weder hell noch warm, höchstens einige Stunden lang überhaupt erträglich; ich erwartete jede Minute auf eine andere Hauptwache oder in die Festung übergeführt zu werden und ergab mich darum mit Geduld in mein Schicksal. Die Nacht schlief ich auf einem Stuhle, mich mit dem Arm auf einen Tisch lehnend. Den folgenden Tag vom frühen Morgen an wurden unaufhörlich neue Arrestanten herein und heraus geführt, Militärs und Civilisten, Bekannte und Unbekannte. Waren ihrer zuviele auf einmal

angelangt, so wurden einige auf etliche Stunden zu mir hinter die Scheidewand gesetzt, diesen aber eine Schildwache beigegeben, welche darüber wachen sollte, daß wir nicht mit einander sprachen. So brachten einige Stunden der Obrist Poliwanow und Graf Bulgary bei mir zu; am längsten, eine ganze Nacht saß der Obrist P. O. Grabbe bei mir; er blieb mir besonders erinnerlich wegen seiner vollkommenen Gemüthsruhe in Gebärden und Gesichtszügen. — Weihnachten kam heran, noch immer war derselbe enge, dunkle Verschlag des Wachtvorzimmers mein Aufenthalt; man ließ mich dasitzen, in hohen engen Bottfort-Stiefeln, wie sie damals zur Uniform gehörten, und kurzem, unbequemem Uniformsfrack; glücklicherweise hatte ich meinen Mantel mitgenommen, der mich etwas wärmte. Alle Vorbeigehenden gafften durch meine Glasthüre, weshalb ich meinen Stuhl so umkehrte, daß ich mit dem Rücken gegen die Thür saß. Jeden Tag bei Ablösung der Wache besichtigten mich der Obrist und der Capitän. Den fünften Tag traf die Reihe das Gardejägerregiment und den Obristen V. J. Busse, meinen früheren Dienstkameraden; ich bat ihn, einen Soldaten in meine Wohnung zu schicken und mir einen Ueberrock, kurze Stiefel und Wäsche bringen zu lassen. Nach einigen Stunden waren diese Sachen mir zugestellt; meine Frau hatte ein Saffianohrkissen mitgeschickt. — So bestimmte lediglich der Zufall darüber, ob und welche Bequemlichkeiten uns, die wir uns vorläufig nur in Untersuchungshaft befanden, zu Theil wurden.

Im December wird es zeitig dunkel, Licht gab man mir nicht, es war auch unnütz, da ich kein Buch hatte: durch die Glasthüre drang etwas Beleuchtung aus dem Vorzimmer, ein schwacher Schimmer derselben fiel auf meine Hinterwand. Die Stimmen der Redenden im Wachtzimmer waren deutlich zu hören.

In dieser Situation verging eine Reihe von Tagen, die mir endlos erschien. — Am Nachmittage des dritten Weihnachtsfeiertags trat plötzlich der Großfürst Michail bei mir ein. Er blieb in der Thür stehen und fragte: „Wie — ist er noch immer hier?“ Ich gewann es über mich, weder über Kälte noch über Hunger zu klagen, obgleich meine tägliche Nahrung sich auf einen Teller Suppe und ein kleines Stück weißen Brodes beschränkte. Der Grund davon war in meiner exceptionellen Lage zu suchen. Während die meisten Verdächtigen, sobald sie nach Petersburg geschafft waren, in das Winterpalais geführt wurden und hier nur einige Stunden, höchstens einen Tag auf das Verhör warteten, war mir der Winkel in der Wachtstube des Palais als vorläufiger Aufenthalt angewiesen worden, der 14 Tage lang währte. Für Diejenigen, welche nur wenige Stunden im Palais zubringen mußten, war der Teller Suppe aus der Hofküche genügend — ich und die gleich mir im Palais saßen und dennoch mit den Uebrigen auf gleichem Fuß behandelt

wurden, konnten durch denſelben nur nothdürftig vor dem Verhungern geſchützt werden. Einer meiner Gefährten, M. N. Naſimow, wagte es, dem Kaiſer beim Verhör zu ſagen, daß man ihn im Palais hungern laſſe. „Dabei iſt nichts zu machen“ erwiederte Nikolaus, „Alle werden auf gleiche Weiſe behandelt — es iſt nur für kurze Zeit.“ Das Schlimmſte für mich war, daß ich nicht ſchlafen konnte; auf meinem Stuhl — außer dem Tiſch dem einzigen Meuble des Zimmers — war es zu unbequem, auf dem Fußboden trotz des wärmenden Mantels furchtbar kalt. Es blieb mir nichts übrig, als 14 Nächte auf dem Stuhl zu verbringen. Mehrere Male geſchah es, daß die wachhabenden Soldaten ſich meines Hungers erbarmten, mich Nachts weckten und mir heimlich von ihrem Brod gaben. — Den Unterhaltungen dieſer Leute, die mich ſtets mit rückſichtsvoller Höflichkeit behandelten, zuzuhören war meine einzige Beſchäftigung. Dieſe Unterhaltungen klangen oft ſeltſam genug: „Es iſt Schade, Bruder, um die armen jungen Leute“ hörte ich Einen ſagen; „die kommen jetzt auf die Feſtung und werden da eingeſperrt.“ — „Wir haben es nicht beſſer“ erwiederte der Andere, „unſere Caſernen ſind noch ſchlimmer wie die Feſtungen — und wenn wir ſie verlaſſen, ſo iſt es doch nur, um mit Exercitien und Wachen gedrillt und gequält zu werden! Dieſe guten, armen Herzensjungen werden in ihren Löchern wenigſtens Ruhe haben.“ —

Bis zum 3. Januar 1826 blieb ich in meinem elenden Winkel; am Nachmittage dieſes Tages intervenirte der Großfürſt Michail, der wiederum in die Wachtſtube eintrat und wiederum verwundert war, mich noch im Verſchlage derſelben zu finden. Auf ſein Geheiß wurde ich in ein anderes Zimmer geführt, wo man mir ein Bett und friſche Wäſche gab: vor meine Thür wurden zwei Soldaten mit blankem Säbel geſtellt. Die Wohlthat wieder ausgeſtreckt ſchlafen zu können genoß ich in vollen Zügen. Zwei Tage lang blieb ich in dieſem Zimmer, das ein anderer Compromittirter, Obriſt Rajewsky, mehrere Stunden lang mit mir theilte. Da die Schildwache uns an jedem Geſpräch verhinderte, unterhielten wir uns ſingend in franzöſiſcher Sprache; Jeder trällerte vor ſich hin, als ob er auf den Anderen keine Rückſicht nähme. Am Nachmittag des 5. Januar wurde ich endlich durch einen Feldjäger auf die Feſtung abgeführt.

Mit bewegtem Herzen fuhr ich durch das Thor der Peter-Pauls-Feſtung; mich begrüßte das Glockenſpiel der Feſtungsuhr, eines mechaniſchen Kunſtwerkes, welches gedehnt und langweilig die Melodie Got save the king abſpielte. In der Commandantur fand ich drei arretirte Offiziere vom Ismailow'ſchen Regimente, Andréjew, Müller und Mallutin vor, welche gleich mir ihrer Einſperrung entgegen gingen. Nach einer halben Stunde kam der Commandant Sukin, öffnete die Packete, die der Feldjäger ihm eingehändigt

hatte, und kündigte uns an, daß wir auf allerhöchſten Befehl in die Kaſematten geſetzt werden würden. — In demſelben Saale mit uns ſtand ein bejahrter Mann in Civilkleidung, er trug den Annenorden in Brillanten um den Hals; der Commandant wandte ſich zu ihm und rief entrüſtet und traurig: „Wie? Du biſt auch hier — für dieſe Sache und mit dieſen Herren?“ — „Nein, Ew. Excellenz; ich befinde mich unter Kriegsrecht für Entwendung von Bauholz und Schiffsmaterialien.“ — „Nun, Gott ſei gedankt! lieber Neffe“ — ſagte der Commandant und drückte dem Glücklichen freundſchaftlich die Hand. — Der Platzmajor Obriſtlieutenant G. M. Poduſchkin führte uns einzeln in die Caſematten; er fragte mich, ob ich ein Taſchentuch bei mir hätte, da er mir dem Reglement gemäß die Augen verbinden müſſe. Er verband mir wirklich die Augen, ergriff meinen Arm, geleitete mich die Treppen hinunter und ſetzte mich dann in einen Schlitten. Nach kurzer Fahrt waren wir an Ort und Stelle.. Der Platzmajor half uns aus dem Schlitten, ſagte „nun kommt eine Schwelle und dann ſechs Stufen“ und rief endlich laut: „Feuerwerker! öffne Nummer 13!“ — Schlüſſel klingelten, Schlöſſer klapperten, wir traten ein, die Thüren wurden hinter uns zugeſchlagen. — Darauf nahm der Platzmajor die Binde von meinen Augen ab und wünſchte mir baldigſte Befreiung. Ich bat ihn, mir etwas zu eſſen geben zu laſſen; an dieſem Tage hatte ich noch gar keine Nahrung bekommen, vierzehn Tage lang im Palais gehungert. Er machte einige Schwierigkeiten, weil die Mittagsſtunde ſchon längſt vorüber war, entſchuldigte ſich mit der ſchlechten Beſchaffenheit der Feſtungsküche, vorausſetzend, daß ich zu den verwöhnten Gaſtronomen gehöre, verſprach mir aber Eſſen zu ſchicken, obgleich ich nur um ein Stück Brod gebeten hatte.

In meiner Zelle war es faſt beſtändig finſter; das Fenſter war mit einem dichten eiſernen Gitter beſchlagen, durch welches ich nur einen ſchmalen Streifen des Horizonts und einen Theil der Feſtungsglacis ſehen konnte. An der einen inneren Wand meiner dreieckigen Zelle ſtand ein Bett mit bläulichgrauer Decke, an der anderen ein Tiſch und eine Bank. Mein Dreieck hatte ſechs Schritte in der Hypotenuſe. In der Thür war ein kleines Fenſter, von außen mit Leinwand behangen, damit die im Corridor ſtehenden Schildwachen zu jeder Zeit ihre Arreſtanten beobachten könnten. Eine kleine Weile nachdem ich in dieſen Käfig getreten war und mich niedergelaſſen hatte, hörte ich die Schritte der Schildwachen, die Schlüſſel und Schlöſſer klapperten wieder, der Gefängnißwärter trat ein und brachte mir eine Lampe (einen Docht, der in einem gewöhnlichen mit Waſſer und Oel gefüllten Glaſe brannte), einen Topf mit Suppe und ein gewaltig großes Stück Brod. Auf die Fragen, die ich an den Mann richtete, bekam ich keine Antwort; dann verſchlang ich in der größten Geſchwindigkeit die mit Lor-

beerblättern gewürzte Kartoffelsuppe und zwei Pfund Brod. Der Wächter sah mich mit Verwunderung an, weshalb ich ihm die Ursache meines Hungers erklärte; wie ein Stummer nahm er den ausgeleerten Topf, ging hinaus und schloß meine Thüre.

Die Festungsspieluhr schlug acht Mal, dann begann wiederum das God save the king. Die Töne klangen noch in meinem Gehör nach, als ich bereits fest einschlief; ich hätte gewiß 24 Stunden geschlafen, wenn der Wächter mit seinen Schlüsseln mich nicht aufgeweckt hätte. Nach diesem Höllengeklapper trat der Platzadjutant Nikolajew ein, ihm folgten ein langer Mann im schwarzen Frack und der als Gefängnißwärter fungirende Feuerwerker; ich setzte mich auf mein Bett und glaubte, daß man mir noch einen Mitgefangenen einführe. — Der Adjutant erkundigte sich nach meinem Befinden, nach ihm fragte der Arzt im Frack, wie meine Gesundheit sei? Beiden antwortete ich „Gott sei gedankt! ich habe süß geruht." — „Entschuldigen Sie dann, daß wir Sie gestört haben, wir mußten unsere Amtspflicht erfüllen;" — und stumm, wie sie eingetreten waren, verschwanden die drei Männer. Ich schlief sofort wieder ein. Als ich erwachte war es Mittag; aber es wurde nicht heller, denn das Fenster war in einer tiefen Schießscharte angebracht und gab kein volles Licht, nie habe ich durch das Fenster Sonne oder Mond gesehen, nur selten einen Stern an dem engen Streifen des Horizontes. Gegen Abend brachte man eine Lampe; ich hatte kein Buch, und Niemanden gab man Bücher in den ersten Monaten unserer Gefangenschaft. Allein, eingeschlossen in einem engen Raume hatte der Körper keine Bewegung, die Sinne keine Zerstreuung; die Gedanken allein waren nicht zu fesseln. Ungewiß und traurig lag die Zukunft vor mir, die Gegenwart bot gar Nichts; die Vergangenheit allein war mir treu geblieben.

Am 8. Januar neun Uhr Abends kam der Platzmajor zu mir, um mich in das Untersuchungscomité zu führen, welches sich täglich in der Commandantur versammelte. Er verband mir die Augen, aber dieses Mal so fest, daß mein ganzes Gesicht bedeckt war. An der Commandanturtreppe hörte ich sprechen, durch das Tuch konnte ich die erleuchteten Laternen der Wagen sehen, das Vorzimmer war gefüllt von Dienern. In dem folgenden Zimmer setzte mich der Platzmajor auf einen Stuhl nnd hieß mich seine Rückkehr abwarten. Ich hob sogleich das Tuch auf, erblickte eine doppelte große Thüre, hinter mir einen mächtigen Schirm, hinter dem Schirme zwei Lichter, und keinen Menschen im ganzen Zimmer. Ich weiß nicht, woher mir der Gedanke kam, daß die Thüre sich plötzlich öffnen und ich erschossen werden würde? Vermuthlich war diese Einbildung durch das geheimnißvolle Wesen des Platzmajors und durch das Festbinden meiner Augen erzeugt worden. — So saß ich eine Stunde. Endlich erschien der Platzmajor, der mich mit ver-

bundenen Augen durch das nächste sehr gut erleuchtete Zimmer führte; ich hörte eine Menge Federn kratzen, ohne die Schreiber unterscheiden zu können. In dem folgenden Zimmer wiederum Federkratzen ohne Wortlaut. Endlich in dem dritten Zimmer angelangt, sagte mir der Platzmajor mit halber Stimme: „Bleiben Sie hier stehen." — Eine halbe Minute lang war kein Laut, keine Bewegung zu hören, darauf erschallten die Worte: — „Nehmen Sie das Tuch ab!" — es war die Stimme des Großfürsten Michail. — Ich sah einen langen Tisch vor mir; am obersten Ende desselben saß der Präsident der Commission, Kriegsminister Tatischtschew, rechts von ihm der Großfürst — dann folgten der berühmte J. J. Dibitsch — S. A. Kutusow und der Generaladjutant v. Benkendorff; — links saßen Fürst A. N. Galitzyn, der einzige Civilbeamte, General A. J. Tschernytschew*), U. V. Lewaschow und der Obrist W. Adlerberg**), der die Functionen eines Secretärs übernommen hatte. Sie alle waren in vieler Hinsicht achtungswerthe Männer, aber Keiner von ihnen konnte auf die Eigenschaften eines gebildeten, competenten und unparteiischen Richters Anspruch machen. Die Verhöre dieser Untersuchungscommission waren in Nichts von denen unterschieden, welche die Generaladjutanten im Cabinet des Kaisers abgehalten hatten. Sollte diese Untersuchungscommission ein Kriegsgericht sein? Dann konnte die ganze Sache in 24 Stunden ohne Rechtskundige entschieden werden, das Kriegsreglement hätte jeden Beschuldigten sogleich zum Tode verurtheilt! — Und diese Art von Gerichtsbarkeit, in der lediglich Offiziere Recht sprachen und die Ankläger zugleich die Richter spielten, war die damals in Rußland gebräuchliche, sobald es sich um wichtigere Fälle handelte!

Die erste Frage wurde vom Großfürsten Michail an mich gerichtet: — „Wie konnten Sie als Commandeur eines bloßen Scharfschützenzuges drei ganze Compagnien zurückhalten, die zum Theil vor Ihrem Zuge standen?" — „Als das Bataillon aus den Casernen rückte, war es in Compagniecolonnen aufgestellt, so daß mein Zug sich vor den drei Jägercompagnien befand." — „Pardon, ich habe diesen Umstand nicht gekannt" bemerkte der Großfürst mit freundlicher Stimme.

Darauf fragte Dibitsch, warum ich meine Soldaten auf der Mitte der langen Isaaksbrücke angehalten hätte. Ich antwortete, daß, nachdem ich persönlich wahrgenommen, daß auf dem Senatsplatze kein Anführer, keine Einheit und Pünktlichkeit in den Anordnungen sei, es mir am zweckmäßigsten erschienen sei, stehen zu bleiben und nicht direct zu handeln. — „Ich verstehe" sagte Dibitsch als Taktiker, „Sie beabsichtigten eine entscheidende Reserve zu bilden."

*) Später Kriegsminister und Fürst.

**) Gegenwärtig Graf und Minister des kaiserlichen Hauses.

Dann fragte er weiter: „Seit wann gehören Sie zur geheimen Gesellschaft und wer hat Sie aufgenommen?“

„Ich bin nie Mitglied irgend einer geheimen Gesellschaft gewesen.“

„Vielleicht meinen Sie, daß es dazu besonderer Gebräuche oder Ceremonien, Zeichen und Bedingungen bedurfte, wie in der Brüderschaft der Freimaurer; wenn Sie nur das Ziel der Gesellschaft gekannt haben, so sind Sie Glied derselben gewesen.“

„Ich habe schon die Ehre gehabt Ew. Excellenz zu bemerken, daß mich Niemand in die geheime Gesellschaft aufgenommen hat, und daß ich mich auf alle wirklichen Mitglieder derselben berufe, ohne die Abhörung vor Zeugen oder eine Confrontation zu scheuen.“

Hier wurde ich von S. A. Kutusow unterbrochen: „Sie haben doch Ryléjew gekannt?“ — „Ich kenne ihn und bin mit ihm im ersten Cadettencorps zusammen erzogen worden.“

„Haben Sie nicht auch Obolensky gekannt?“

„Ich kenne ihn sehr gut, ich habe mit ihm zusammen gedient, er war der älteste Adjutant des Garde-Infanteriecorps, — wie sollte ich ihn da nicht kennen?“

„Was brauchen wir weiter für Beweise?“ bemerkte Kutusow in seiner läppischen Weise.

Ich schwieg, obgleich es mir leicht gewesen wäre, ihm zu sagen, daß auch er den Fürsten Obolensky gekannt habe, folglich auch Mitglied der Gesellschaft gewesen sei.

Der Präses Tschernischew kündigte mir an, daß ich morgen schriftliche Fragen aus der Commission erhalten, und auf jede Frage schriftlich nach Punkten zu antworten haben würde. Vor Beendigung des Verhörs sagte noch der Obrist Adlerberg: „Man beschuldigt Sie, mit Ihrem Degen den zweiten Scharfschützen von der rechten Flanke niederstoßen gewollt zu haben, weil er viele seiner Cameraden überredete, dem Carabinierzuge zu folgen.“

„Meine Soldaten, Herr Obrist, haben wenn sie in Reih und Glied standen, nie gesprochen; Einer von ihnen, ich weiß nicht ob es der zweite oder der dritte von der Flanke war, wollte vorwärts rücken, dem hielt ich meinen Degen vor und bedrohte damit Jeden, der sich ohne meinen Befehl rühren würde.“

Die Bemerkung des Obristen Adlerberg zeigte mir genugsam, daß man die kleinsten Umstände meines Verhaltens denuncirt hatte. Der Brigadecommandeur und noch Einer, der Ursache hatte, meine Aussagen zu fürchten, hatten das gethan. Ich hoffe, daß sie jetzt beruhigt sind.

Damit war das erste Verhör geschlossen. Der Präsident klingelte, der Platzmajor verband mir die Augen und führte mich fort. Mein Gesicht war

mit dem Tuche bedeckt, damit auch die Secretäre und Schreiber in den beiden Durchgangszimmern die Arreſtanten nicht erkennen ſollten. Nach einigen Minuten befand ich mich wieder in meiner Nr. 13.

Drei Tage ſpäter wurde mir ein verſiegeltes Packet aus der Commiſſion überreicht. Die Fragepunkte waren faſt dieſelben, die man mir in der Sitzung vorgelegt hatte, es waren aber neue Beſchuldigungen eingeſchloſſen, mit Erwähnung verſchiedener Perſonen und Anzeigen. Der Platzmajor, als er mir das Packet einhändigte, ſagte: „Eilen Sie nicht und bedenken Sie Alles.“ In dem erſten Augenblicke freute ich mich, einige Bogen Papier, Feder und Tinte zu beſitzen; als ich aber die Fragepunkte mit raſchem Blicke überſchaute und Namen gewahr wurde, preßte ſich mir das Herz zuſammen. Sollen denn alle dieſe Männer der Einkerkerung und dem Gerichte verfallen ſein! — Die Commiſſion war bereits von der Verſammlung, die bei Repin ſtattgefunden, unterrichtet, ebenſo von den Berathungen bei Ryléjew und bei Obolensky. Was mich ſelbſt perſönlich betraf, ſo lagen die Antworten auf der Hand, da meine Handlungen am 14. December öffentlich begangen worden waren. Wie ſollte ich mich aber gegenüber den Angaben, die die Berathungen betrafen, verhalten? Ich war ſo glücklich, daß Niemand der mir genannten Perſonen arretirt, Niemand von meinen Soldaten beſtraft wurde. Meine Antworten gaben in der Folge zu einer einzigen Confrontation mit einem Dienſtcameraden Urſache, deren ich weiter am gelegenen Orte erwähnen werde. — Nachdem ich meine Antworten beendet, ſchloß ich ein Geſuch an die Commiſſion ein; ich bat um die Erlaubniß, meiner Frau ſchreiben zu dürfen. Den folgenden Tag war dieſes Geſuch gewährt; ich ſchrieb einen langen Brief und erhielt nach einigen Tagen die Antwort. Darauf wurde mir geſtattet ein Mal monatlich zu ſchreiben; mein zweiter Brief wurde mir mit der Bemerkung zurückgeſchickt, daß er zu lang ſei und daß ich künftig nur einige Zeilen ſchreiben dürfe. Die Antworten meiner Frau mußten auch kurz gefaßt ſein, doch waren ſie mir eine große Beruhigung und ein wahrhafter Troſt. Noch hatte ich um Erlaubniß gebeten, Bücher von Hauſe zu bekommen; das wurde nicht geſtattet, der Platzmajor brachte mir aber von ſich aus die Pſalmen David's.

Die Unterſuchungscommiſſion hielt tägliche Sitzungen. Der Großfürſt war ſpäter ſeltener zugegen. Tſchernytſchew ſchien die Hauptperſon zu ſein, die Canzlei der Commiſſion ſchrieb oft bis ſpät in die Nacht. Alle Specialangaben fügte D. N. Bludow*) in ein Ganzes zuſammen; er ſchloß häufig das Wichtige und für die Angeklagten Günſtige aus, ſchob Denunciationen und Privatunterhaltungen ein, wie jeder unbefangene Leſer des gedruckten Berichtes der Commiſſion aus demſelben erſehen kann. Die Gründer der

*) Starb vor einigen Jahren als Graf und Präſident des Reichsraths und Miniſtercomités.

geheimen Gesellschaft und die Führer der Verschwörung wurden sehr oft in die Commission berufen. — Pestel mußte so oft erscheinen, und wurde so sehr mit Fragen gequält, daß er wiederholt die Geduld verlor, zumal er krank war. Er warf der Commission ihre Unfähigkeit vor, verlangte einen Bogen Papier, und schrieb in der Commission für sich selbst die Fragepunkte nieder: — „So, meine Herren, sollten Sie die Sache logisch führen; nach diesen Anfragen werden Sie die Antworten erhalten, auf welche es ankommt." — Bei Widerspruch der Anzeigen wurden die Beschuldigten einander persönlich gegenüber gestellt, die einzelnen Aussagen zu Protokoll genommen, bisweilen ziemlich verkehrt. Einzelne Fragen, die gethan wurden, sind mir noch als besonders wunderlich in der Erinnerung. Tschernytschew, der sich durch besonderen Eifer auszeichnete, fragte z. B. meinen Freund M. A. Nasimow, was er wohl unternommen hätte, wenn er am 14. December in Petersburg zugegen gewesen wäre? — er war auf Urlaub in Moskau gewesen. — Diese Frage war so verfänglich, daß Benkendorff vom Stuhl sprang, Tschernytschew in den Arm griff und lebhaft sagte: „Ecoutez, vous n'avez pas le droit d'adresser une pareille question, c'est une affaire de conscience." —

Der Vorsitzende der Commission Tatischtschew mischte sich nur höchst selten in die Untersuchung. Er machte den Angeklagten nur einmal die nachstehende Bemerkung: „Sie haben, meine Herren, immer nur Tracy, Benjamin Constant und Bentham gelesen — sehen Sie, wohin Sie das geführt hat; ich habe mein Lebelang nur die heilige Schrift gelesen, und sehen Sie, was ich verdient habe". Dabei wies er auf die zwei Reihen Sterne, die an seiner Brust glänzten.

Lübke's Kunstgeschichte.

Grundriß der Kunstgeschichte von Dr. W. Lübke. Vierte Auflage. Mit 403 Holzschnitt-Illustrationen. Stuttgart, Ebner und Seubert 1868.

Zu den Büchern, die in unseren Tagen das größte Glück machten, wahre Hausbücher geworden sind, gehört Lübke's Grundriß der Kunstgeschichte. Diese Popularität, durch die rasche Aufeinanderfolge neuer Auflagen bekundet, ist gut begründet und wohl verdient. Zur vollkommenen Beherrschung des so überaus weitläufigen Stoffes gesellt sich bei Lübke ein feiner Blick für alles Besondere und Eigenthümliche, ein sicheres Urtheil über das wahrhaft Bedeutende. Sinnige Auffassung und geschmackvolle Darstellung gehen bei unserem Autor stets Hand in Hand. Der große Erfolg seines Buches ist daher durchaus gerechtfertigt, und wenn die Kritik noch einzelne

Mängel entdeckt und verſchiedene Wünſche ausſpricht, ſo entſtammen jene großentheils nur der unabwendbaren Natur eines Handbuches und finden dieſe ihre Erklärung in dem Umſtande, daß eine ſolche allumfaſſende Ueberſicht erſt durch wiederholte Bearbeitungen, ſchrittweiſe und allmählich der Vollendung ſich nähern kann. Die erheblichſte Schwierigkeit bei dem Abfaſſen eines Handbuches der Kunſtgeſchichte liegt in der Unvereinbarkeit zweier gleich weſentlicher Eigenſchaften: der Vollſtändigkeit und der einheitlichen Methode. Die meiſten Leſer würden den Ausſchluß der altorientaliſchen Kunſt vermiſſen und doch kann dieſe nicht in der gleichen Weiſe behandelt werden wie die antike und chriſtliche Kunſt. Nur hier ſind wir im Stande, eine zuſammenhängende Entwickelung nachzuweiſen, nur hier tritt uns ein Werden, ein wirkliches Schickſal entgegen, während uns in der altorientaliſchen Kunſt Alles in eine Ebene gezeichnet erſcheint, wir uns bei der unſicheren Chronologie, der mangelhaften ſchriftlichen Kunde mit der Schilderung eines gleichſam zeitloſen Zuſtandes begnügen müſſen. In dem einen Falle nähren wir die hiſtoriſche Erkenntniß, in dem anderen befriedigen wir höchſtens die Neugierde. Vollends rathlos ſtehen wir den Kunſtbeſtrebungen barbariſcher und halbciviliſirter Völker gegenüber. Die Forderung einer vollſtändigen Wiedergabe des hiſtoriſchen Materials duldet nicht ein Auslaſſen derſelben, jeder Verſuch, ſie zu claſſificiren und einzuordnen, erweckt aber mannigfache Bedenken. Kugler, dem wir überhaupt die Syſtematik der Kunſtgeſchichte verdanken, half ſich, indem er die verſchiedenen Anſätze zur Kunſtübung bei den Celten, Mexikanern ꝛc. als Vorſtufen an den Anfang der Kunſtgeſchichte ſetzte; dadurch wird aber leicht der falſche Schein geweckt, als ob dieſelben nothwendige Durchgangsſtufen der Kunſtbildung überhaupt wären, und als ob auf die Volksindividualität und das ethnographiſche Element nicht genügende Rückſicht genommen wäre. Gewiß läßt ſich die Frage nach dem Urſprung und den Anfängen der Kunſt nicht umgehen. Sie wird ſich aber kaum auf andere Art löſen laſſen, als indem man auf dem Wege der Combination die erſten Vorgänge des künſtleriſchen Geiſtes zu errathen ſich bemüht nnd den pſychologiſchen Proceß, der das künſtleriſche Schaffen bedingt, ſich aber der hiſtoriſchen Erfahrung entzieht, zu reconſtruiren wagt. Das Ornament, das älter iſt als die figürliche Nachbildung und die architektoniſche Gliederung, dürfte dabei die wichtigſte Rolle ſpielen und den Hauptgegenſtand der Erörteruug der Nachweis darüber bilden, wie aus dem mechaniſchen Vorgange des Knüpfens, Aneinanderreihens, Flechtens u. ſ. w. die einfachſten und natürlichſten ornamentalen Elemente hervorgehen, die dann ſelbſtändig entwickelt werden, zuerſt Plaſtik und Architektur überwuchern, bis dieſe durch die Beobachtung zunächſt einzelner Naturerſcheinungen, ſpäter der allgemeinen Natur-

geſetze ein unabhängiges Daſein gewinnen, das Ornament, den Schmuck in einen beſcheideneren Rahmen zurückdrängen.

Ein gelegentliches Wort Lübke's in der Einleitung deutet darauf hin, daß er einer ähnlichen Auffaſſung zuneigt und läßt hoffen, daß die nächſte, gewiß bald erſcheinende Auflage bereits die Durchführung derſelben bringt. Für dieſe nächſte Auflage hätten wir noch mehrere Wünſche auf dem Herzen. Zunächſt einen weniger conſervativen Standpunkt in einzelnen Theilen der antiken Kunſtgeſchichte. Es iſt begreiflich, daß Lübke, deſſen Forſchungen ſich vorzugsweiſe auf dem Gebiete der mittelalterlichen Kunſt und der Architektur bewegen, bei Schilderung der ihm nicht ſo unmittelbar nahe liegenden antiken Kunſt — es kann heutzutage aus ſachlichen Gründen kein Gelehrter antike und neuere Kunſt gleichmäßig bewältigen — eine gewiſſe Vorſicht anwendet. Geht aber dieſe Vorſicht nicht zu weit, wenn z. B. die allein richtige, von allen Archäologen anerkannte Deutung des Apoll von Belvedere als des Aegisſchüttlers ſchüchtern und nur als „wahrſcheinlich" in eine Anmerkung verwieſen, das Kunſtwerk ſelbſt in den Kreis römiſcher Kunſt eingeſtellt wird und die Diana von Verſailles zum nächſten Nachbar erhält, da doch insbeſondere ſeit der Auffindung des Steinhäuſer'ſchen Kopfes an dem griechiſchen Original des Apoll von Belvedere nicht gezweifelt werden kann, die Verwandtſchaft mit der pergameniſchen Kunſt ganz klar iſt? In dem Abſchnitte über altchriſtliche Kunſt iſt es uns aufgefallen, daß das grundlegende Werk über die Katakomben von Roſſi nirgends citirt iſt, wie überhaupt die literariſchen Nachweiſungen noch nicht gleichmäßig behandelt erſcheinen. Auch über die Auswahl der Beiſpiele, welche aus der Reihe zahlreicher Werke des einen oder anderen Meiſters namentlich hervorgehoben werden, ließe ſich hier und da ſtreiten. Daß auch auf die Zugänglichkeit einzelner Werke Rückſicht genommen werden muß, iſt ſelbſtverſtändlich. Dann durfte aber z. B. der vortreffliche Rembrandt (das Gleichniß von den Arbeitern im Weinberge), welchen das Städel'ſche Muſeum in Frankfurt beſitzt, nicht fehlen. Sollen aber wirklich ſtets nur die hervorragendſten Werke eines Künſtlers betont werden, ſo vermiſſen wir wieder z. B. Paul Veroneſe's Familie des Darius und Murillo's Moſes, der das Waſſer aus dem Felſen ſchlägt. Das ſind übrigens nur Kleinigkeiten, da ſchließlich bei der Auswahl der charakteriſtiſchen Werke doch immer der ſubjective Geſchmack des Autors maßgebend bleibt. Wichtiger iſt ein anderer Punkt. Dem Herkommen gemäß handelt Lübke die italieniſche Renaiſſancekunſt bis zum Schluſſe des 16. Jahrhunderts ab und wendet ſich dann erſt zu der nordiſchen Kunſt des 15. und 16. zurück. Wir kennen die Gründe, welche für dieſe Anordnung ſprechen. Immerhin wird es aber dem Leſer ſchwer, nachdem er von Raphael und Michelangelo gehört, den farben-

reichen Tizian bewundern gelernt hat, ſich in dem naiven Weſen der altniederländiſchen Malerſchule, in den Ecken und Winkeln der altdeutſchen Bildhauer zurecht zu finden, unwillkürlich wird er zu einer unbilligen Beurtheilung der letzteren verleitet und zu dem Glauben an eine untergeordnete Künſtlerkraft im Norden gebracht. Wäre es nicht empfehlenswerther, die nordiſche Kunſt des 15. Jahrhunderts unmittelbar an die Schilderung der mittelalterlichen Kunſtweiſe anzuſchließen, mit welcher ja namentlich die ſpätere Bildhauerei mannigfache Verwandtſchaft beſitzt, zumal das Eindringen der italieniſchen Renaiſſance in den Norden doch weſentlich in die Zeiten nach Dürer und Holbein fällt, während der Einfluß der Niederländer auf die italieniſchen Maler des 15. Jahrhunderts unbeſtreitbar iſt?

Die zahlreichen Illuſtrationen, mit welchen Lübke's Buch ausgeſtattet iſt, ſind von ungleichem Werthe. Großes Lob verdienen die architektoniſchen Skizzen und die für das Werk neu geſchnittenen Abbildungen; dagegen begegnen wir auch anderen, älteren Werken des gleichen Verlages entnommenen Holzſchnitten, von welchen man kaum ſagen kann, daß ſie dem Buche zur Zierde gereichen. Wir ſind überzeugt, daß wenigſtens zwei Illuſtrationen in die nächſte Auflage nicht mehr hinübergenommen werden: Dürer's Ritter, Tod und Teufel, eine doch gar zu dürftige Uebertragung des berühmten Kupferſtiches und Rembrandt's geraubter Ganymed, welcher doch wahrlich nicht geeignet iſt, in die Kunſtweiſe des Meiſters einzuführen und ohne Mühe durch die Nachbildung irgend eines anderen Rembrandt'ſchen Gemäldes erſetzt werden kann.

Der Suez-Canal.

Die Arbeiten am Suez-Canals ſind derart vorgeſchritten, daß als Zeitpunkt der Beendigung derſelben der erſte October 1869 feſtgeſtellt worden iſt.

Dieſer Tag wird zu den denkwürdigſten des 19. Jahrhunderts der Geſchichte überhaupt gehören und eine neue Aera für den Verkehr eröffnen. — Eine Actiengeſellſchaft ſtellte die erſten Fonds ihrem Director Leſſeps zur Verfügung, nachdem eine internationale Commiſſion, beſtehend aus Ingenieuren von England, Oeſtreich, Frankreich, Spanien, Holland und Preußen, feſtgeſtellt hatte, daß kein Niveauunterſchied zwiſchen den beiden getrennten Meeren vorhanden ſei. Die auszuführenden Arbeiten waren auf 200 Millionen Francs veranſchlagt worden, welche Summe aufgebracht wurde.

Im Jahre 1859 begannen die ersten Arbeiten unter der unmittelbaren Direction der Compagnie selbst.

Die Aufgabe war, eine Meerenge von 160 Kilometer Länge, 100 Kilometer Breite und 8 Meter Tiefe zu bilden. Zur Ausführung dieser Arbeit war man gezwungen, 74 Millionen Kubikmeter Erde aus einer Region wegzuschaffen, wo weder trinkbares Wasser noch bewohnbare Stellen vorhanden waren.

Von diesem Quantum sind bereits 34 Millionen Kubikmeter Erde weggeschafft. Der Rest wird mit Hilfe des ungeheuren Materials, der verschiedenen Maschinen, die jetzt in der Wüste fungiren, viel schneller ausgehoben werden, sodaß, wie bereits erwähnt, am 1. October 1869 der Canal dem Welthandel übergeben werden soll, denn es werden monatlich circa zwei Millionen Kubikellen Erde ausgegraben.

Die in Suez jetzt angewendeten Maschinen arbeiten mit 18,000 Pferdekraft, welche der Arbeit von 100,000 Menschen gleichkommt; es werden monatlich 12,219 Tonnen Kohlen verbraucht.

Außerdem sind noch 10,000 Arbeiter aller Nationen bei dem Canalbau thätig. Diese Arbeitskräfte ermöglichen die Wegschaffung von 1,500,000 Meter Erde in jedem Monat.

Trotzdem daß die ursprünglich veranschlagte Summe von 200 Millionen Francs durch verschiedene Beiträge der egyptischen Regierung fast um dritte 100 Millionen erhöht worden war, stellte es sich doch Anfang dieses Jahres heraus, daß zur Beendigung des Canals noch wenigstens 100 Millionen erforderlich seien. Lesseps ging nach Paris, um eine neue Anleihe zu negociiren. Eine Anleihe als solche scheiterte nun zwar, es gelang indeß, eine Lotterie mit Bewilligung der französischen Kammern zu Stande zu bringen, welche bis Anfang Juni 1868 bereits 40 bis 45 Millionen ergab und voraussichtlich bald die ganze geforderte Summe erreichen wird.

Aus nachstehender Aufstellung ist die Ersparniß zu ersehen, welche der neue Weg nach Indien durch den Suez-Canal gegen den bisherigen um das Cap der guten Hoffnung ergibt.

Hafen.		Distanz bis Bombay. Um das Cap,	durch den Canal.	Unterschied.
Constantinopel	Meilen	6,100	1,800	4,300
Malta	„	5,240	2,062	3,178
Triest	„	5,960	2,340	3,620
Marseilles	„	5,650	2,374	3,276
Cadix	„	5,200	2,224	2,976
Lissabon	„	5,350	2,500	2,850
Bordeaux	„	5,650	2,800	2,850

Havre	Meilen	5,800	2,824	2,976
London	„	5,950	3,100	2,850
Liverpool	„	5,900	3,050	2,850
Amsterdam	„	5,950	3,100	2,850
St. Petersburg	„	6,550	3,700	2,850
New-York	„	6,200	3,761	1,439
New-Orleans	„	6,450	3,724	2,726

Man kann den Canal von drei verschiedenen Seiten her besuchen, nämlich von Port-Said, von Ismailia und von Suez. Von diesem letzteren Orte an bis nach Ismailia hat der Canal eine Länge von 90 Kilometer; an der Wasserlinie ist er überall 14 Meter breit und hat eine durchschnittliche Tiefe von 1,20 Meter.

Der Transport von Transitwaaren über den Isthmus von Suez und Ismailia und durch die Rigole maritime zwischen letzterer Stadt und Port-Said begann, wenn auch in unregelmäßiger Weise, schon vor längerer Zeit und geschieht mittelst Chalands, welche von kleinen Dampfern durch den Seewassercanal remorquirt werden, während für den Süßwassercanal die Tonage eingeführt wurde. Die Tonage ist folgendermaßen construirt: durch den ganzen Süßwassercanal von Suez bis Ismailia ist eine Kette gelegt: der Toneur, ein kleiner Dampfer ohne Schraube oder vielmehr ein schwimmendes Locomobile, trägt über dem Wasser ein starkes gezahntes Rad, das durch die Maschinen gedreht wird. Indem die Kette aus dem Canale gehoben und derart über das Rad gelegt wird, bewegt sich durch die Drehung des Rades der Toneur an der Kette fort indem er die angehängten Chalands-Trains nachzieht.

Zwischen den beiden Endpunkten der Landenge besteht bereits eine regelmäßige Post, zum Besuch der Canalarbeiten kann man auch Extrafahrzeuge erhalten; der Verkehr ist außerdem durch kleine Privatschiffe sehr belebt. Schon gegenwärtig beziehen die indischen Schiffe sowie die Bewohner von Suez alle Kohlen auf dem Canal. — Jedes Passagierfahrzeug hat einen Vorraum und einen kleinen Salon, der für vier Personen eingerichtet ist, sogar ein kleines Ankleidezimmer und Accessoir fehlen nicht. Man kann die Fahrt von Suez nach Ismailia in 10—12 Stunden machen; indeß ist es sehr gerathen einige Stunden in Chalouf zu bleiben, um die dortigen Arbeiten zu besichtigen. Es ist dies der einzige Ort, wo man auf felsiges Terrain, jedoch von lockerer Beschaffenheit stieß. Täglich findet man hier die schönsten Versteinerungen: Fische, Säugethiere und Pflanzen. Es herrscht in Chalouf ein reges Leben, große Dampfpumpen sind fortwährend in Thätigkeit, um das eindringende Wasser, welches der nahe Süßwassercanal durchsickern läßt, herauszuschaffen, während andere mächtige Maschinen die Erde selbst angreifen.

Zur Ausführung der großartigen Arbeiten sind folgende Maschinen thätig: 1) 10 mechanische Zermalmer; 2) 4 Handbaggermaschinen; 3) 10 kleine Baggermaschinen; 4) 58 große Baggermaschinen; 5) 30 Dampfschiffe, mit Seitenklappen um den Schutt wegzutragen; 6) 79 Schuttdampfschiffe mit Grundklappen, 37 von diesen halten das Meer; 7) 18 Elevateurs; 8) 90 schwimmende Chalands mit Schuttkisten; 9) 30 Dampfwidder; 10) 15 Dampfchalands; 11) 60 Locomobilen; 12) 15 Locomotiven; 13) 20 Dampferhöhler, theils für trockenen, theils für nassen Boden; 14) 1800 Erdwagen; 15) 25 Dampfcanots oder Remorqueurs und 16) 200 eiserne Chalands; außerdem ein genügendes und massenhaftes Material von kleinen Geräthen, nebst einer Arbeitskraft von circa 12,000 Menschen.

Nur in Chalouf hat man das Bild und Profil des Canals. Nebenbei ist hier eine ganze Stadt entstanden, es gibt Kirchen, Moscheen, Wirthshäuser, Spitäler und Cafés. Vom Süßwassercanal führt eine Zweigbahn nach Serapeum. Auch hier kann man die Arbeiten in ihrer ganzen Großartigkeit bewundern und auch hier hat sich rasch ein Ort entwickelt, wie es übrigens das Zusammenströmen so großer Arbeitermassen von selbst mit sich bringt.

Ismailia ist eine Stadt von circa 8000 Einwohnern. Nach einem vollkommen regelmäßigen Plane gebaut, wird sie weit hinaus im Halbkreise von einem Süßwassercanal umgeben, welcher von üppigen Weiden eingefaßt ist. Man hat dort eine katholische und zwei griechische Kirchen, eine Moschee und zwei Hospitäler gebaut, von denen eines für die arabische Bevölkerung bestimmt ist. Es befinden sich hier die Gebäude der Directoren, welche an Pracht und Bequemlichkeiten in Nichts den Sommerwohnungen von Fürsten nachstehen. Die Straßen sind breit und vor allen Privathäusern befinden sich breite Blumenbeete und Baumanlagen.

In Ismailia ist das beste Gasthaus das Hôtel des Voyageurs; es gibt deren fünf oder sechs. Wo Franzosen sind, fehlen die Cafés chantants und das Roulette nicht; dieses letztere ist jetzt in Egypten so verbreitet wie in Californien, und namentlich zur Zeit der Baumwollperiode wurden oft in den schmutzigsten Winkelstuben Summen umgesetzt, um die sie die Banken von Homburg, Wiesbaden und Ems hätten beneiden können. Auch das deutsche Bier hat seinen Weg zum Canal gefunden und in Ismailia wie in allen anderen Städten Egyptens gibt es deutsche Bierstuben, welche ihr Bier aus Wien beziehen.

Von Ismailia bis Port-Said benutzt man den Canal maritime, der von Port-Said an gerechnet 75 Kilometer lang ist; der ganze Canal, wenn er fertig ist, wird bis Suez 160 Kilometer betragen. Es ist hier tägliche Dampfverbindung und man legt die Fahrt gewöhnlich in acht Stunden zurück.

Port-Said ist eine vollkommen europäische Stadt und hat in diesem Jahre circa 10,000 Einwohner, welche Bevölkerung aus Egyptern und nächst diesen hauptsächlich aus Oestreichern, Franzosen, Italienern und Griechen besteht. Letztere, der Auswurf ihres Landes, machen indeß das Leben in Port-Said eben so unsicher wie in Suez und Alexandria. In allen diesen Städten kommt durchschnittlich jeden Tag ein Mord vor. Zum Glück für die übrigen Europäer, von denen sie wie die Pest gemieden werden, schlachten die Griechen sich meist unter einander ab. Die Stadt hat einen egyptischen Gouverneur und einen von der Regierung gepflegten Gesundheitsdienst; fast alle maritimen Staaten sind durch Consuln vertreten, der norddeutsche Bund durch Herrn Braun, welcher früher schon ebendaselbst Consul Preußens war. Es gibt Kirchen, Moscheen, Hospitäler und Klöster, eine Menge Hotels, von denen das Hotel Paguon das erste sein soll, sodann Cafés mit und ohne Musik, öffentliche Bäder, Clubs, kurz es fehlt nichts, um schon jetzt Port-Said als kleine Großstadt bezeichnen zu können.

Schon gegenwärtig zieht sich ein sehr reger Verkehr von und nach Port-Said. Die Messageries, der östreichische Lloyd, die Assiste-Compagnie, die russischen Postdampfer, sowie andere regelmäßige Dampflinien von Privaten unterhalten eine regelmäßige Postverbindung mit den Haupthäfen des Mittelmeeres, der Ein- und Auslauf der Waarenschiffe ist ebenfalls ein sehr bedeutender.

Port-Said hat eine große Zukunft, und wenn Suez auch in der Einwohnerzahl, die jetzt nahe an 30,000 Seelen beträgt, vorangeeilt ist, so ist das dem Umstande zuzuschreiben, daß es Eisenbahn hat und Transitpunkt des Verkehrs nach Indien war. Port-Said mag in einer Reihe von Jahren die erste Stadt Egyptens sein. Wie Alexandria mit seinen 200,000 Einwohnern (zur Zeit Napoleon's I. nur 50,000 Bewohner stark) Damiette und Rosette überflügelt hat, so wird es seinerseits von Port-Said überholt werden. Wenn einmal die Verbindung zwischen dem rothen und mittelländischen Meer offen steht, dann wird, falls der Durchgang frei ist und eine Eisenbahn den Canal entlang läuft, alle Welt diesen Weg gehen.

Für die Sendungen nach oder von Suez, sowie für Güter aus den Häfen des rothen Meeres oder dahin, ist der Weg über den Isthmus zum Theil schon heute viel billiger als jener über Cairo. Allerdings dauert der Transport über den Isthmus 2 bis 3 Tage länger, als der über Cairo; da die Güter aber ohnehin nicht gleich nach der Einschiffung abgehen, so wird in den meisten Fällen durch den längeren Transport nichts an Zeit verloren. Dagegen sind die bedeutenden Ersparnisse an Fracht bei vielen Waaren, die in großen Quantitäten versendet werden, Bürge dafür, daß sich recht bald ein großer Waarenverkehr über den Isthmus entwickeln wird.

Das Museum für vaterländiſche Alterthümer in Kiel.

Brief an den Redacteur der Flensburger Norddeutſchen Zeitung.

Verehrter Herr College!

Vor einigen Wochen ſetzte ein Correſpondent aus Sylt in Ihrem Blatt meinen Namen in eine gewiſſe Verbindung mit der Stein- und Bronzezeit. Die gelehrten Anſchauungen der Notiz ließen ahnen, daß ihr Verfaſſer der würdige Reporter von den Inſeln, Herr Lehrer Hanſen von Keitum, war. Unſere Freunde von der deutſchen Zeitungspreſſe, denen obliegt, unter dem Feuilletonſtrich die lyriſchen Gefühle der Leſer durch Allerlei zu befriedigen, waren nach einem warmen Sommer wenig zur Schonung geneigt und brachten in vielen Blättern einen alten Amtsgenoſſen als Schatzgräber in die Geſellſchaft von Haifiſchen, Feuersbrünſten und neuen Petroleumquellen. Der Gleichmuth, welcher einem Journaliſten bei ſo plötzlicher Berühmtheit wohl anſteht, wurde dem Schreiber dieſes durch die trübe Ahnung vermindert, daß jene Mittheilung weitere Folgen haben, d. h. ihn zuletzt zu einem Journalartikel nöthigen werde.

Und ſo iſt es gekommen. Es erſchien zunächſt ein unzufriedenes Eingeſandt — Itzehoer Nachrichten — worin eine Stimme von Sylt mittheilte, daß ein Fremder, den ſie als hamburger Geſchäftsmann darſtellte, aus einem Hünengrabe Schätze entführt und dadurch allgemeine Unzufriedenheit auf der Inſel Sylt hervorgerufen habe, auch gegen den Einſender ungefällig geweſen ſei. Darauf folgte weitere Verwickelung, durch ein Mißverſtändniß aus Edelmuth. Denn Ihre Zeitung belehrte die Itzehoer Nachrichten mit einer Ritterlichkeit, die mich entzückt haben würde, wäre ich nicht ſelbſt der Beſchirmte geweſen, nicht ein hamburger Kaufmann, ſondern ich ſei der Räuber, und von meiner Ehrlichkeit ſei zu erwarten, daß ich Fund und Beobachtungen der civiliſirten Welt nicht vorenthalten werde. Darauf replicirte unſer verehrter College in Itzehoe, an der Identität zweifelnd und verſtändigen Unwillen über das Verſchleppen der Alterthümer ausdrückend.

Auch ſein Correſpondent von Sylt fuhr fort, einen Unwillen der Inſel über mehrfache Ausgrabungen durch Fremde zu conſtatiren: ich für mein Theil ſtehe im Verdacht, einen Keſſel aus einem Grabe fortgeführt zu haben, es ſei zu hoffen, daß ich mich rechtfertige. Dieſer Correſpondent iſt wahrſcheinlich wieder unſer litecariſcher Neſtor von den Inſeln, welcher nach dem alten Brauch der Frieſen, auf ihrer Weide ein ſchwarzes und ein weißes Schaf nebeneinander zu pflöcken, ſich nicht verſagt hat, ſeiner ruhigen Würdigung menſchlicher Beſtrebungen in Ihrer loyalen Zeitung eine ſtrenge kritiſche Betrachtung in dem Oppoſitionsblatt von Itzehoe gegenüberzuſtellen. — In ſolcher Art aufgefordert, bekenne ich, in dieſem Sommer nach eingeholter Erlaubniß einen kleinen bereits zerwühlten Grabhügel unweit Kampen

in Gegenwart des Eigenthümers, Herrn Capitän Tiſſen von Weſterland, geöffnet und darin außer einigen roh zugeſchlagenen Feuerſteinſpitzen einen Hammer, eine Speerſpitze und einen Meißel von Feuerſtein gefunden zu haben, außerdem Scherben dreier Thongefäße, ein ſehr kleines Stück Bernſtein und einen ſehr oxydirten Bronzeknopf, deſſen Form zu der Annahme verleitet, daß ein alter Hüne ſich damit ſeinen Hemdkragen zuſammengeknöpft habe. Die Steingeräthe dieſes Fundes haben nichts Ausgezeichnetes, und kann man dergleichen zu Kiel bei einem Händler mit Antiquitäten in ausgezeichneten Exemplaren für wenige Schillinge kaufen. In dem Bewußtſein, durch dieſen Fund keinen Neid, nicht der Götter, nicht der Frieſen erregt zu haben, benutze ich die dargebotene Gelegenheit eine Angelegenheit von allgemeinem Intereſſe zu beſprechen.

Die Gräberfunde aus der deutſchen Heidenzeit haben lange für unſere Alterthumswiſſenſchaft verhältnißmäßig geringe Bedeutung gehabt; ſie wurden als Curioſitäten in den Sammlungen aufbewahrt, oft faſt werthlos, wenn die Angabe der Fundorte fehlte; der Gelehrte wußte wenig aus ihnen zu machen, ſtand doch nicht einmal feſt, welchem Volksthum ſie ihren Urſprung verdankten, ob ſie ſlaviſch, celtiſch, germaniſch waren. Seit man vollends im ſcandinaviſchen Norden eine Steinzeit, Bronzezeit, Eiſenzeit, auf einander folgende Perioden in der Entwickelung des Menſchengeſchlechts aus den Grabfunden erkennen wollte, wurden ſie dem deutſchen Gelehrten, dem die Anfänge unſerer durch Schriftdenkmale beglaubigten Geſchichte ohnedies genug zu thun machten, ganz verleidet. Erſt in der neueſten Zeit iſt die Bedeutung der Grabalterthümer für die wiſſenſchaftliche Forſchung eine größere geworden. Nicht ſowohl durch die Entdeckung der Pfahlbauten, welche neue unſichere Perſpectiven in eine unmeßbare Urzeit des Menſchengeſchlechts eröffneten, wohl aber durch einige andere Beobachtungen. Zunächſt hat man unter ihnen, und nicht blos im ſüdlichen Deutſchland und am Rhein, ſondern auch im deutſchen Norden eine Anzahl von Geräthſchaften aus Metall und Glas gefunden, welche auf eine weit ältere und innigere Verbindung mit der antiken Cultur des Mittelmeers ſchließen laſſen, als man den Völkern Germaniens bisher zuſchrieb. Dann hat man in nicht wenigen Schmuckſachen und Geräthen aus Bronze, in Thongefäßen, ja ſogar an den Steinwaffen die Ausbildung einer ſehr eigenthümlichen und offenbar heimiſchen Kunſtfertigkeit erkannt, welche ein neues Licht auf die vorchriſtlichen Culturverhältniſſe in Deutſchland wirft, und endlich hat man auf ausgegrabenen Schmuckſachen, auf Halszierrathen, Spangen, Armringen, Speerſpitzen deutſche Runenſchrift gefunden, welche das Volksthum, ja in einzelnen Fällen ſogar den Stamm und die Zeit der Eingrabung ſicher ſtellt. Seitdem eröffnet das Sammeln und kritiſche Unterſuchen dieſer Reſte auch ernſter Wiſſenſchaft neue Ausſicht.

Die Provinz Schleswig-Holstein ist sehr reich an Grabalterthümern aus der deutschen Heidenzeit. Alljährlich wird gefunden, wahrscheinlich kommt nur Weniges aus erster Hand in respectable Sammlungen, das Meiste wird schon beim Ausgraben zerstört oder bei Seite geworfen, Auffallendes von den Findern unter der Hand verkauft. — Kein Theil der Landschaft aber bietet nach dieser Richtung höheres Interesse, als die Insel Sylt. Dort erheben sich auf dem ältesten Geestboden der Insel, welcher kaum die Hälfte derselben, weniger als eine Quadratmeile, ausmacht, eine große Anzahl Grabhügel von verschiedener Construction — nach der Zählung eines dortigen Sammlers an hundert, von denen etwa die Hälfte noch ungeöffnet sein soll. Die Insel ist seit ältester Zeit von deutschen Stämmen bewohnt, wahrscheinlich zuerst von dem großen Volk der Chauken, dann von Friesen, sie hat bis in die Neuzeit ihre friesische Bevölkerung verhältnißmäßig wenig gemischt bewahrt unter den alten einfachen Lebensbedingungen als Landbauer, welche ihre Jugend zu Handel, Abenteuer und Gewinn auf die See senden. Spät hat das Christenthum dort den Heidenglauben verdrängt, über das Meer kam alles Metall und bessere Töpferarbeit.

Die Gräberfunde auf Sylt scheinen nicht reich an Schmuck und Metallarbeit, wohl aber an Waffen und Werkzeugen von Feuerstein. Steingeräth mag bis in die christliche Zeit — auf Sylt etwa bis zum Jahr 1000 unserer Zeitrechnung — gebraucht worden sein; die alte Technik, den Stein durch Steinschläge zu verarbeiten, wurde kunstvoll, zuweilen zierlich geübt. Was zur Todtenasche in den Grabhügel gelegt wurde, war selbstverständlich, wie das ganze Ceremoniell der Bestattung, durch alten heiligen Brauch bestimmt. Nun ist allerdings zweifellos, daß Steingeräth zu den ältesten Erfindungen des Menschengeschlechts gehört, aber aus dem Vorhandensein solcher Geräthe in Grabstätten auf eine unermeßliche Zeitentfernung ihrer Eingrabung schließen zu wollen, wäre verkehrt. Denn noch lange nachdem Eisenwaffen im Kriege verwandt wurden, blieb das Material, aus welchem der Hammer des Gottes Donar gefügt war, im Ritual und Gesetz ehrwürdig. Zu der Deposition von Steinwerkzeugen hatten die Bestattenden noch einen besonderen Grund, der nirgend zwingender war, als an der Seeküste: die Grabkammer galt für das Gemach des Todten, aus dem er zu den Göttern zog, zu dem er wohl auch zurückkehrte, man wußte aber, daß Metallgeräth, wenn es nicht von Gold oder Silber war, in der nassen Erde leicht unbrauchbar wurde, ja ganz dahin schwand. Wir sind endlich zu der Annahme berechtigt, daß bei germanischen so gut wie bei altitalischen Gräbern niedergesetztes Geräth und Schmuck zum Theil für den Grabritus eigens angefertigt wurde. Dies dürfen wir z. B. von manchen Bronzewaffen annehmen. Einige gefundene Bronzeschwerter scheinen niemals dem praktischen Gebrauch des Lebens gedient

zu haben, ſondern zu herkömmlichem Requiſit eines vornehmen Grabes gerade ſo als ſtehender Handelsartikel von Kaufleuten des Mittelmeeres bezogen worden zu ſein, wie durch Jahrhunderte die ſogenannten etruriſchen Vaſen von italiſchen Völkern aus griechiſchen Töpfereien. Denn die Conſtruction der Schwertgriffe macht ſehr unwahrſcheinlich, daß dieſelben jemals von der Fauſt eines Kriegers im Kampfe geführt ſind. — Wir haben aus dieſen Gründen für die Zeitbeſtimmung der Gräberfunde auf Sylt noch gar keine Handhabe. Auch die einfacheren oder kunſtvolleren Formen des Steingeräths, an welchem man uralte Typen oder Nachbildung von Bronzewaffen zu erkennen bemüht iſt, laſſen uns unſicher. Wir wiſſen nur, daß die Leichenverbrennung der vorchriſtlichen Zeit angehört; ſelbſt das neue Chriſtenthum mag in den erſten Jahrhunderten gegenüber altem Krieger- und Seefahrerbrauch die Volksſitte nicht ſofort beſeitigt haben. Es iſt alſo wahrſcheinlich, daß die jüngſten Grabhügel bis zum Jahre 1000 nach Chriſtus aufgeſchüttet worden ſind, die älteſten, welche vielleicht kaum noch über den Boden ragen, wenn ſie nicht auf dem höchſten Kamm eines Erdrückens ſtehen, können leicht mehrere Jahrtauſende älter ſein.

Ohne Zweifel wird aus den Gräberfunden ſelbſt allmählich darüber beſſere Sicherheit zu gewinnen ſein. Aber für eine wiſſenſchaftliche Ausbeutung derſelben iſt zur Zeit noch wenig gethan, die Nachgrabungen, wie ſie von Neugierigen etwa unternommen werden, geſchehen in der Regel ſehr unbehilflich; ungeübte Arbeiter zerſtechen und zerſtampfen vielleicht das Werthvollſte, am meiſten, wenn ſie ſelbſt eifrig werden. Und ſelten wird ein Grabhügel vollſtändig aufgedeckt, auch wenn man, wie in der Regel geſchieht, einen Stollen ſeitwärts nach der Grabkammer treibt, darauf achtet, ſtets die Sohle zu erreichen, von der eingeſchwemmten Erde innerhalb der Grabkammer den Spaten und die Rodehacke ganz fern hält und darin vorſichtig mit kleinem Gartengeräth arbeitet.

Da die Heidengräber auf der Inſel zwei ſehr von einander abweichende Conſtructionen zeigen, ſo wäre das nächſte Intereſſe, aus den Gräberfunden feſtzuſtellen, ob irgend welche Verſchiedenheiten in Arbeit, Zeitalter, Verkehrsbeziehungen zur Fremde erkennbar ſind.

Man darf annehmen, daß auch die koniſchen Grabhügel der Inſel aus ſehr verſchiedenen Zeiten ſtammen; auch ihre Conſtruction iſt nicht ganz gleich. Die gewöhnliche Conſtruction iſt dieſelbe, welche in einem hübſchen Modell des kieler Muſeums dargeſtellt iſt. Ein kreisrunder Raum wurde tellerartig vertieft und dieſer ſo vertiefte Grund mit Steinen gepflaſtert, in die Mitte eine Anzahl großer erratiſcher Steinblöcke ſo zuſammengeſtellt, daß ſie einen leeren Raum, die Grabkammer, einſchließen, gegen Südoſten zuweilen die Steine ſo gefügt, daß ſie eine Pforte bildeten, über die Steinblöcke Deck-

platten gelegt. In die Grabkammer wurden die Urnen und Todtengefäße mit der Asche gesetzt, daneben Waffen und Geräth gelegt, und wie es scheint, auch andere Gefäße, Schalen von Thon und Glas mit nicht nachweisbarem Inhalt. Darauf wurden die Granitblöcke der Mitte zuweilen, aber nicht immer mit geschichteten Steinen umsetzt, das Ganze mit Erde überschüttet und jedenfalls, um den Hügel gegen Sturm und Regenguß zu sichern, mit Rasen überzogen. Da Sturm und Regen ihre Wirkungen an den Hügeln trotz des alten Rasenüberzugs unabläſſig übten, so wurde die Höhe derselben nothwendig geringer, und man darf als ein — allerdings unsicheres — Kennzeichen höheren Alters betrachten, wenn das Profil des Hügels flacher ist und allmälig mit der Ebene verläuft. Da auf Sylt große Steinplatten zur Grabdecke nicht häufig waren, auch Gneis und Schiefer derselben leicht brüchig wurden, so sind die Decken der Gräber mit Grabkammern häufig gesenkt und eingestürzt. Außerdem war der Verschluß der Zwischenräume zwischen den Steinen nicht so fest, daß er das Herabrieseln und Einschwemmen der Erde in die Grabkammern hinderte, und deshalb ist dieser Raum fast immer mit feiner Erde unter dem gesenkten Deckſteine angefüllt, die Erde hat die Thongefäße, welche allmälig weich wurden, zerdrückt, die deponirten Gegenstände umhüllt, das Kupfer pflegt sehr stark oxydirt zu sein, und was etwa von Eisen in den Gräbern war, ist mit Sand und Erde zu einer farblosen Masse zusammengebacken, welche, wenn man nach einzelnen Fundstücken urtheilen darf, das Aussehen von Knollen oder Bruchstücken von Raseneisenstein hat. Grade diese unscheinbaren Fundstücke verdienen besondere Beachtung.

Denn die Aufgabe des Grabenden muß allerdings sein, den ganzen Inhalt des im Grabe Niedergelegten vollständig und möglichst wohlerhalten ans Licht zu bringen; der nasse und weiche Thon oder vielleicht das Glas der Gefäßscherben, die zerfallenden Oxyde von Kupfer und Eisen und die sehr erweichten Bernsteinstücke machen das nicht leicht, zumal diese Sachen oft mit Sand und Erde verkittet sind. Auch roh zugehauene Steingeräthe lassen beim ersten Anblick zweifelhaft, ob man zufällige Splitter oder von Menschenhand Bearbeitetes vor sich habe. Selbstverständlich sind Umkreis und Höhe des Hügels, seine innere Construction, die Weite und Beschaffenheit der Grabkammer genau zu bestimmen.

Die Klage des holsteinschen Blattes über das Verwüsten und Verschleppen dieser Alterthümer ist nur zu wohl begründet. Aber es ist nicht leicht dem abzuhelfen. Zwar ist das Nachgraben von obrigkeitlicher Erlaubniß abhängig gemacht und Fremde können von der Behörde auf ihre Befähigung angesehen werden, wiewohl auch hier eine Prüfung unmöglich ist. Aber das häufigste Aufdecken der sogenannten Hünengräber geschieht durch die Eigenthümer des Grundes selbst zu irgend einem praktischen Zweck, und

dem ist schwer zu steuern, zumal in vielen Fällen nicht feststeht, ob ein Erdaufwurf ein Hünengrab ist oder nicht. Denn bekanntlich sind nicht immer und nicht überall die Grabstätten durch ausgezeichnete Gestalt von außen kenntlich. Der Wunsch, eine Ungleichheit vom Ackerfeld zu tilgen, oder hervorragende Steine zu Bauzwecken zu benutzen, bestimmt den Landmann, die Stätte zu verwerfen. Was er dabei etwa Auffallendes findet, gibt er, da ihm ein Verhandeln mit der Obrigkeit unbequem ist, unter der Hand an Aufkäufer weg, welche jetzt auch entlegene Dörfer nach Antiquitäten absuchen, nach geschnitzten Holzmöbeln, alten Thronkrügen, Münzen und dergleichen. Möge man da, wo einiges Interesse an solchen Alterthümern in der Bevölkerung aufgeregt ist, wie z. B. in Sylt, Fremden wie Einheimischen das Graben nur dann gestatten, wenn sie sich verpflichten, das Gefundene einer öffentlichen Sammlung einzuverleiben. Noch besser wäre, wenn sich einer der gescheidten Bewohner der Insel im Einvernehmen mit dem Herrn Landvogt und den Herren Bauervögten bereit erklärte, diese Grabfunde, bis eine Ablieferung an das Museum in Kiel rathsam wird, pflichtgetreu und uneigennützig und unter guter Aufsicht aufzustellen und zu bewahren. Zur Zeit ist unzweckmäßig, die Fremden, welche ein Hünengrab öffnen, zu beargwöhnen, während die Einheimischen die Hügel achtlos als Steingruben benützen.

Leider ist der Zustand des schleswig-holsteinschen Museums für vaterländische Alterthümer gegenwärtig derart, daß eine Aufstellung neuer Funde fast unmöglich ist. Die Räumlichkeiten desselben sind so dürftig und so wenig zweckentsprechend, daß vielleicht nur die Hälfte des Vorhandenen dem Publicum sichtbar ist, vieles Werthvolle liegt seit Jahren verpackt und aufgeschichtet.

Außerdem stehen noch die Kisten mit allen den Alterthümern uneröffnet, zu deren Herausgabe die Dänen durch den Friedensschluß von 1864 genöthigt worden sind, und man kann von sehr patriotischen preußischen Gelehrten die Ansicht aussprechen hören, es wäre für die Wissenschaft besser gewesen, wenn diese Alterthümer nutzbar und wohlgeordnet in Kopenhagen geblieben wären, anstatt jetzt verpackt in einem Lagerraum der Feuchtigkeit und dem Rost achtlos überlassen zu werden.

Es ist unbillig, der Staatsregierung aus diesen dürftigen Zuständen des Museums einen Vorwurf zu machen, sie hat für die nächste Zeit in der Provinz sehr viel zu schaffen, der Universität Kiel fehlt Universitätsgebäude, Bibliothek, mit Ausnahme der medicinischen Anstalten jede zeitgemäße Etablirung der Naturwissenschaften durch Laboratorien und Apparate. Und sie wird voraussichtlich durch eine Reihe von Jahren für die Herzogthümer große Summen auszugeben haben. Aber die antiquarische Sammlung der Herzogthümer zu erhalten, ist auch nicht Pflicht der Staatsregierung. Das Museum für vaterländische Alterthümer ist zunächst eine Anstalt von provinziellem Interesse und es ist Aufgabe der Provinz, dasselbe der Wissenschaft zu bewahren, für zweckmäßige Räumlichkeiten zu sorgen und die Mittel zu einer Ergänzung zu gewähren.

Hier ist keine Parteisache; jeder Schleswig-Holsteiner vermag ein patriotisches Interesse an der Reconstruction dieses Museums zu bethätigen. Es ist allerdings Recht des Landtags, die Landschaft auch in dieser Angelegenheit zu vertreten; da aber die Provinzialstände des Herzogthums voraussichtlich im Drange anderer Geschäfte nicht sehr bereit sein werden, ihre Arbeiten mit einer Anleihe für ein Kunstinstitut zu beginnen, so ist wünschenswerth, daß zunächst einflußreiche Privatpersonen diese Sache in die Hand nehmen. Das Museum steht unter der Verwaltung eines Ausschusses ausgezeichneter und bedeutender Männer; mögen diese sich durch Herbeiziehung anderer Kräfte ergänzen und durch ein eingesetztes Comité die Beschaffung einer würdigen Räumlichkeit und durch Actien die Beschaffung eines Fonds betreiben, welcher die Möglichkeit gewährt, die Beamten mit anständigem Gehalt auszustatten und in dem Lande planmäßig und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit Ausgrabungen vorzunehmen. Mit mäßigen Geldmitteln läßt sich hier Vieles ausrichten. Wenn nicht in Kiel, so ist vielleicht in Schleswig oder Altona ein Gebäude vorhanden, welches den Neubau entbehrlich macht; ein Zusammenhang des Museums mit der Universität, ohnedies fast zufällig, hat keine innere Nothwendigkeit, es ist im Zeitalter der Eisenbahnen nicht nöthig, nicht einmal wünschenswerth, alle wissenschaftlichen Culturinteressen an einem Orte zu concentriren. Aber selbst wenn ein Neubau unvermeidlich würde, was bedeutet er für die reiche Landschaft?

Da die Localpresse den heimischen Alterthümern warme Beachtung schenkt, so wird ihr wohl anstehen, ihre Landsleute auf diese Ehrenpflicht hinzuweisen und eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes herbeizuführen, und sie wird in diesem Falle nichts Ungewöhnliches und Unerhörtes fordern, sondern etwas, was sich in Deutschland fast von selbst versteht. Schleswig-Holstein steht in der werkthätigen Theilnahme an seinen wissenschaftlichen und Kunstinstituten hinter fast allen Landschaften Norddeutschlands zurück. Fast alle größeren und einige Mittelstädte haben durch die Anstrengungen einer einzelnen Commune Museen und Gebäude für ihre wissenschaftliche Sammlungen erbaut, überall ist die Opferwilligkeit von Privaten den Communen bereitwillig, oft in großartiger Weise entgegengekommen. Wenn eine mäßige Stadt wie Hildesheim sich weite, stattliche Räume so vortrefflich für ihr Localmuseum einrichtet, wenn es möglich war, in Leipzig binnen wenigen Jahren mehr als 800,000 Thlr. für ein Museum und ein Theater zu beschaffen, wenn das Herzogthum Gotha, welches ein Zehntel der Einwohnerzahl von Schleswig-Holstein enthält, für die Kunstsammlungen des Landes einen sehr stattlichen Bau ausführt, der mehr als eine Viertelmillion Thlr. kostet, so ist es für eine Provinz mit den Städten Altona und Kiel und mit so viel altem Wohlstand keine Ehre, wenn die große Sammlung von Alterthümern, welche in ihrer Art ausgezeichnet ist und zu den Eigenthümlichkeiten des Landes gehört, in so trauriger Weise vernachlässigt liegt.

Es wird hochverdienstlich sein, wenn die Presse Schleswig-Holsteins in diesem Sinne für die Alterthümer ihrer Landschaft sorgt, und Schreiber dieser Zeilen bittet diese ehrliche Bemerkung als seinen Dank dafür anzunehmen, daß man in den Zeitungen der Provinz seinem bescheidenen Interesse an den Reliquien alter Zeit Beachtung gegönnt hat.

Gustav Freytag.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 44.

Ausgegeben am 30. October 1868.

Inhalt:

Colin Muset der Jongleur . . . . . Seite 161
Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen: 3. Verurtheilung und Execution 168
Politischer Monatsbericht. (Ende October) 185
Der vierte deutsche Handelstag 1. 196

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Digitized by Google

Colin Muſet der Jongleur.

Mit Unrecht hat man ſich gewöhnt, die reiche lyriſche Poeſie Nordfrankreichs im Mittelalter mehr oder weniger als reinen Abklatſch der etwa fünfzig Jahre früher blühenden Trobadourpoeſie anzuſehen und ihr einen ſelbſtändigen Werth abzuſprechen. Wenn dies literargeſchichtliche Vorurtheil trotz der vorgeſchrittenen Kenntniß der mittelalterlichen Poeſie überhaupt und der altfranzöſiſchen Dichtung im Beſonderen heute noch beſteht und in manchen literaturgeſchichtlichen Arbeiten wie eine Thatſache ausgeſprochen wird, ſo hat dies ſeinen Hauptgrund in der Vorliebe, mit der die bedeutendſten Vertreter der romaniſchen Philologie in Deutſchland und Frankreich, Diez an der Spitze, ſich dem Studium der provençaliſchen Literatur und der Herausgabe ihrer hauptſächlich der Domaine der lyriſchen Poeſie angehörenden Denkmäler zuwandten, von denen verhältnißmäßig nur noch ein kleiner Theil ungedruckt iſt*). Unterdeſſen iſt die Poeſie der nordfranzöſiſchen Trouveres in Bezug auf die Herausgabe ihrer Denkmäler faſt ganz und gar vernachläſſigt worden, in ihrer literargeſchichtlichen Behandlung aber, abgeſehen von einzelnen guten Arbeiten, in die Hände von ungeeigneten Bearbeitern gefallen, die, meiſt voll guten Willens und Kirchthurmpatriotismus, aber mit nur ſehr mangelhafter Kenntniß ihres Stoffes und einem weit über das Ziel hinausſchießenden Eifer nicht nur zur Aufklärung des Gegenſtandes und zur Erweiterung der Kenntniß dieſer Periode ſehr wenig beitrugen, ſondern ſogar durch Findenwollen, wo nichts iſt, Hineinlegen von Beziehungen, wo keine waren, die Begriffe eher fälſchten, als klärten und zahlreiche Irrthümer ins Leben riefen, die, wie Unkraut, das einmal Wurzel gefaßt, von der nachfolgenden ſachkundigen Kritik nur mit Mühe ausgerottet werden können.

Wie zahlreiche Lanzen auch im vorigen Jahrhundert für Werth und Wichtigkeit der nordfranzöſiſchen Literatur von Legrand d'Auſſy und ſeinen Geſinnungsgenoſſen gebrochen wurden, von den eigentlichen Vorzügen der

*) Dieſer kleine Theil ſieht auch ſeiner vollſtändigen Herausgabe durch einen der eifrigſten Verehrer der langue d'oc K. A. F. Mahn, der einen großen Theil ſeines Lebens auf dieſes Werk verwandt hat, entgegen.

Trouveres als Liederdichter, von den Punkten, wo sie den Dichtern der Langue d'oc offenbar überlegen sind, hatten diese Champions der nordfranzösischen Dichtung nur eine sehr geringe oder gar keine Kenntniß. Wir sagen die eigentlichen Vorzüge der nordfranzösischen Lyrik, denn das sind wir weit entfernt bestreiten zu wollen, daß die Trouveres in der poetisch-rhetorischen Behandlung der Erotik (im Sinne von Diez), in der eigentlichen Dialektik der Minnepoesie, namentlich aber in der Gewandtheit und vielseitigen Ausbildung der Form, in der Glätte und Gefeiltheit der Sprache, worin die provençalische Dichtung, diese erste aller modernen Kunstpoesien, so wunderbar weit gekommen, die Schüler und meistens die weit hinter ihrem Muster zurückgebliebene Schüler der Troubadours waren. Es haben in allen Theilen der höfischen Poesie, in Sirventes, Canzonen, Planhs, Sonets, Tenzonen, und wie die vielfachen Formen und Arten der erfindungsreichen Troubadours alle heißen mögen, die Trouveres ihre Vorbilder selten erreicht und die Stücke, die sich wirklich mit provençalischen derselben Art messen können, sind zu zählen.

Wirklich überlegen sind aber die Trouveres den Dichtern der Langue d'oc in allen Arten der volksthümlichen Poesie, in dem volksmäßigen balladenartig erzählenden Liede, in der eigentlichen Romanze, in Trink- und Tanzweisen, Estampins, Motets und vor Allen in den Pastourellen. Wenn durch den nunmehr festgestellten Einfluß der schon im Anfang des 13. Jahrhunderts in Südfrankreich sehr bekannten nordfranzösischen Dichtung zu den Zeiten der Nachblüthe der provençalischen Literatur hie und da ein Versuch gemacht wurde, diese volksthümlichen Dichtungsarten des Nordens im Süden einzuführen, so vermochte man sie doch nur zu einer kümmerlichen Existenz zu erwecken. — Der der Entwickelung der höfischen Poesie so ungemein vortheilhafte Boden Südfrankreichs konnte das Gedeihen dieser urwüchsigen Pflanzen nicht begünstigen; sie gingen nach Zerstörung ihrer eigentlichen Natur in eine Ab- und Mischart höfischer Poesie über. Das bemerken wir namentlich bei den Pastourellen, die doch schon ziemlich früh in Südfrankreich eingeführt sein müssen*). Abgesehen von den herkömmlichen Figuren der Schäferin und des Ritters haben sie mit den nordfranzösischen Stücken dieser Art fast gar keine Aehnlichkeit mehr — diese volksthümliche Poesie Nordfrankreichs, der beste Titel auf die Eigenthümlichkeit und Originalität seiner lyrischen Dichtung im Mittelalter, ist eine vollkommene Offenbarung des französischen Volksgeistes in seinem älteren Typus, da ihm das Streben nach classischer Form und Regelmäßigkeit, das sich später mit breitspuriger Ausschließlichkeit Geltung

*) Ihren Ursprung dahin zu verlegen, verwehrt ein genaueres Studium dieser Dichtungsart bei Franzosen und Provençalen, wie wir anderswo (in Lemcke's Jahrbuch für romanische Literatur) gezeigt haben.

verſchaffte und die wilde, üppig kräftige Blume der Volkspoeſie verdrängend und ausrottend, die Treibhauspflanze der Hofpoeſie an ihre Stelle ſetzte, — noch nicht ſtrenge die Flügel beſchnitten. — Der letzte Vertreter oder Epigone der naiven Poeſie, welcher die Natürlichkeit, Leichtigkeit und übermüthige Laune dieſes älteren franzöſiſchen Literaturtypus mit der Glätte, Formſtrenge und äußerlichen Correctheit des claſſiſchen Typus aufs glücklichſte und anmuthigſte zu verbinden wußte, war Lafontaine, der poetiſche Erzähler par excellence. — Weiter zurückſteigend in die Gebiete der älteren Literatur können wir Marot, Villon und Ruſtebues als hauptſächliche Vertreter dieſer älteren naiven Kundgebung des franzöſiſchen Eſprit anführen. — Das eigentliche franzöſiſche Mittelalter hat uns von den Namen ſolcher volksmäßigen Lyriker, von deren Werken uns eine ziemlich große Anzahl in den zahlreichen franzöſiſchen Liederhandſchriften*) erhalten ſind, nur ſehr wenige aufbewahrt. — Die meiſten dieſer Liederſammlungen ſind für vornehme Perſonen angefertigt und haben ſich, wenn ſie auch gelegentlich unter zahlreichen Produkten der Hofpoeſie den Erzeugniſſen der volksthümlichen Muſe Raum verſtatteten, doch um die Namen der Verfaſſer dieſer Stücke nicht dieſelbe Mühe gegeben, die ſie ſich nicht allein für die Feſtſtellung der Namen der Ritter und Herren, ſondern auch für die genaue Erforſchung und prächtige Darſtellung ihrer Wappenbilder gaben. Wir können daher mit einiger Gewißheit annehmen, daß die wenigen Dichter aus dem Volke, deren Namen dennoch in den Sammlungen auf uns gekommen ſind, eines weitverbreiteten Rufes genoſſen.

Einer der hervorragendſten Dichter dieſer Art, die wir mit dem Namen ihrer Zeit Jongleurs nennen, iſt Colin Muſet, dem ungefähr 11—12 Stücke in verſchiedenen Handſchriften beigelegt werden. Neben den ungefähr 70 Liedern, die uns von Thibaut IV. von Navarra aufbewahrt ſind, oder gar den mehr als 80 des Gaſſe Brulé nimmt ſich die dichteriſche Equipage Colin's allerdings ziemlich beſcheiden aus.

Bedenken wir aber, daß der Dichterruhm mancher ſogar in der Zeitgeſchichte ſehr berühmten Dichter z. B. des Johann de Braine, des Königs von Jeruſalem, des Karl von Anjou und Richards Löwenherz nur auf drei, zwei, ſogar nur einem Gedichte beruht! Und noch weniger dürfen wir uns über die geringe Anzahl der von Colin aufbewahrten Stücke wundern, wenn wir ein ſchon oben berührtes Argument dazu nehmen, daß nämlich die Schreiber der meiſt prächtig ausgeſtatteten Liederſammlungen (wie ſie uns noch heute namentlich von der kaiſerlichen Bibliothek zu Paris aufbewahrt werden) offenbar nicht dieſelbe Sorge getragen, in dieſen Handſchriften, die

*) Bis jetzt ſind 23 ſolcher Handſchriften bekannt, welche Bibliotheken Frankreichs, Italiens, Englands und der Schweiz aufbewahren.

sich Ritter und Herren mit großen Kosten anfertigen ließen, die Gedichte irgend eines Jongleurs zu sammeln, mit der sie eine vollständige Sammlung der beliebten Gedichte des Königs von Navarra, des Grafen von Champagne oder des Modedichters Monseigneur Gasse Brulé zusammenzustellen suchten. — Die beiden Handschriften vielmehr, welche uns die besten und vollständigsten Recensionen von Colin's Gedichten aufbewahren, sind die einzigen Liedermanuscripte, von denen man mit Sicherheit sagen kann, daß sie für den Handgebrauch eines Jongleurs zusammengestellt sind. Für diese mochte sich das Bedürfniß ergeben, auch zuweilen dem dörflichen Geschmack zu genügen, und gewiß fanden sie häufig die derbere Gastfreundschaft und die Schinken und Würste irgend eines fetten Klosterbauern ebenso gut, wie die Pelzmäntel, Pferde und Kleinodien der Ritter, die es ohnehin nicht alle Tage regnete, wie uns ein Lied von Colin selbst belehren wird. — Wenn diese volksthümlichen Erzeugnisse dem dörflichen Geschmack zusagten, so wurden sie von Rittern und Großen doch auch nicht verschmäht; haben sich doch Fürsten und Könige nicht gescheut, mit den Jongleurs in die Arena zu treten und um den Preis der volksthümlichen Dichtung zu concurriren; wir erinnern nur an die Pastourellen des Königs von Jerusalem, des Königs von Navarra und des Grafen von der Mark, Hugo's von Lusignan, u. A. m. Daß aber bei weitem die größte Anzahl der Pastourellen, dieser Hauptart unter den volksthümlichen Genres, anonym überliefert ist, dürfte ein Beweis dafür sein, daß die vornehmen Herren wohl zuweilen sich in diesen leichten Spielen des Geistes zu üben liebten, doch ohne gern ihren Namen dazu herzugeben. Derselbe Grund hat wohl in den meisten Handschriften den Pastourellen und sonstigen Erzeugnissen der volksthümlichen Muse einen so untergeordneten Rang zugewiesen. Die großen Herren reimten in ihren wilden Jugendtagen gern irgend einen mehr oder weniger derben Gassenhauer, eine lustige Tanzweise oder gar ein Trinklied, desavouirten aber diese Jugendsünden in reiferen Jahren sorglich.

Unser Dichter gehört sicherlich dem Anfang des 13. Jahrhunderts an, wenn wir auch sonst nicht viel Sicheres von ihm wissen. Das beweist:

„mein guter Herr von Waignonrut"

wie Colin ihn in dem Geleit eines seiner Lieder nennt, und der höchstwahrscheinlich mit einem Gautier de Gaignonru identisch ist, welcher, wie wir aus Villehardouin sehen, den Kreuzzug von 1199 mitmachte, das beweist ferner der in demselben Gedichte genannte Graf von Widemont oder Vaudemont, der, wie uns die fleißige Compilation der Benedictiner (l'art de vérifier les dates) lehrt, im Jahre 1235 starb und schon 1187 bei Tiberias mitkämpfte. Beide gehören der Champagne an, was uns zugleich

einen Anhalt für das Vaterland des Colin gibt, den die Champagne mit Recht reclamirt.

Das Vaterland aber und die ungefähre Lebenszeit ist auch Alles was wir über Colin wissen. Die neuere Kritik hat nichts Positives zu diesen Daten hinzugefügt, sie hat sich, wie das leider meist ihre Aufgabe ist, darauf beschränken müssen, hier wie bei anderen Dichtern des Mittelalters die künstlich aufgeführten biographischen Gebäude der Dilettanten des vorigen und dieses Jahrhunderts zu zerstören. — Zu diesen durch Nichts begründeten biographischen Notizen, in deren Aufnahme und Erfindung vor Allen Laborda, der Verfasser des bekannten Essai sur la Musique, große Leichtfertigkeit bewies, gehört z. B. die Nachricht, daß Colin sich in irgend einer officiellen Stellung am Hofe Thibaut's des Vierten von Navarra befunden, oder gar Mitglied der fabelhaften Akademie gewesen sei, die man diesem König und Dichter zu Troyes hat gründen lassen. In dieselbe Kategorie von Fabeln gehört die Notiz, daß Colin die Kirche St. Julien des ménétriers gegründet habe, daß er die Vielle (ein beliebtes Saiteninstrument), das Vaudeville, das Tanzlied erfunden habe u. dgl. Das Alles gehört in das Reich der müßigen Erfindungen.

Was wir Positives über Colin wissen, geht lediglich aus den Gedichten hervor, die in den verschiedenen Handschriften seinen Namen tragen, und in denen er außerdem meist Sorge getragen hat, sich zu nennen. Wir erfahren daraus, daß er Jongleur von Metier war, Dichter und Musiker zu gleicher Zeit und daß er vielfach in der Champagne und in der Lorraine, vielleicht auch in Flandern und Artois umherzog. Außer den Grafen von Waignonrut und Widemont zählte er noch andere große Herren und Damen zu seinen hohen Gönnern, so ist z. B. eines seiner Lieder, ein Descort (welches überhaupt die poetische Form war, in der er sich mit Vorliebe bewegte), an eine nicht genannte Herzogin gerichtet, unter welcher wir Agnes von Bar, Herzogin von Lothringen zu vermuthen Grund haben. — Aber nicht überall war Colin gleich gern gesehen, nicht immer wurden ihm die Ehrengaben des Dichters zu Theil, das zeigen seine häufigen Klagen über die kargen Schenker. So sagt er in einem seiner Lieder:

„Wenn ich Gott wäre, so würde ich die Welt ganz anders schaffen und bessere Leute hineinsetzen, denn die vorhandenen sind nichts werth. Je mehr Gold und Silber, Pelzwerk und Seidenstoffe sie besitzen, um so kärglicher schenken sie, kärglicher als ein wuchertreibender Jude."

Noch directer und bitterer beklagt er sich in einem anderen Gedichte über den Geiz eines nicht genannten Grafen, vor dem er in seinem Schlosse die Viola gespielt, der ihm aber nichts gegeben habe — das sei ein unadeliges Betragen (vilanie). Dasselbe Gedicht zeigt uns, daß Colin Familienvater

war; er erzählt uns, wie seine Frau ein böses Gesicht machen werde, wenn er mit leerem Säckel heimkomme und führt sie sprechend ein: „Euer Quersack schlägt Falten und ist nur vom Winde aufgeblasen.“ Angenehmer dagegen, sagt Colin weiter, sei sein Empfang, wenn er mit gefülltem Quersack hinter sich und schön geschmückt mit einem neuen pelzverbrämten Kleide heimkomme, dann lege seine Frau schleunigst den Rocken bei Seite, komme ihm freundlich lächelnden Angesichtes entgegen, umarme ihn und entledige das Pferd, das dann der Knabe zur Tränke führe, des gefüllten Sackes, während seine Tochter zwei Kapaunen schlachte, um sie in Knoblauchssauce zuzubereiten und ein anderes Mädchen für seine Toilette sorge. Dann fühle er sich so wohl in seinem Hause, mehr als man sagen könne. — Dies Gedicht ist in vielfacher Beziehung interessant; es zeigt uns zunächst, daß Colin einer gewissen Wohlhabenheit — wahrscheinlich durch die Freigebigkeit seiner Gönner, die er aber auch niemals um den Preis seiner poetischen und musikalischen Leistungen zu mahnen vergaß — genoß, vielleicht angefeuert durch seine Frau, welche, wie es scheint, gleich der Albrecht Dürer's, das Talent ohne materielle Resultate nicht zu schätzen wußte, sondern einen wohlgefüllten Quersack höher stellte, als allen Dichter- und Künstlerruhm. In diesem speciellen Falle scheint der Himmel auch kein ungleiches Paar zusammengeführt zu haben. Denn wie Colin selbst sich hier als einen Verehrer leiblichen Wohlseins, wohlgebratener Kapaunen und eines behäbigen Lebens in seinem Heim hinstellt, so zeigt er sich auch in anderen Gedichten als einen Epikuräer und Freund grobmaterieller Genüsse:

„Wenn ich mein Liebchen im Arme halte auf einer rings von Bäumen eingeschlossenen Wiese im Sommergrün und wenn ich außerdem gebratene Gänse und Backwerk, Hühnchen, Torten, ein Spanferkel und Rindfleisch mit Kräutersauce habe, dazu in einem Tönnchen kühlen, starken und lieblichen Wein, um bei der großen Hitze zu trinken, dann fühle ich mich wohler, als auf einem Schiff im Meere in großer Furcht.“

Dieses Stück Lebensphilosophie eines lustigen Sängers und Musikers aus dem dreizehnten Jahrhundert, das zugleich Beiträge liefern kann zu einem Speisezettel dieser Epoche, zeigt uns, daß Colin in allen Stücken ein vollendeter Epikursjünger war. Die meisten seiner Lieder zeigen ihn außerdem als eifrigen Verehrer des schönen Geschlechts. So beginnt er z. B. eines seiner hübschesten Lieder:

„Im Mai, früh Morgens beim Aufgang der Sonne, als die Vögel mit großer Freude sangen, ging ich auf eine blumige Wiese, einen Kranz in der Grüne zu winden. — Da sah ich ein Mägdlein, lieblich und schön und lachenden Mundes, das mir zurief: ‚Komm her, geig' mir hübsch vor und singe dazu!‘ Ich eilte zu ihr und sang ihr den Muset, während ihre blonden

Locken, ihre ſchönfarbigen Wangen und ihr zierlicher Leib in glänzenden und koſtbaren caſtiliſchen Stoff gekleidet mein Herz vor Freude hüpfen machten."

Hier war es nicht ein koſtbarer, pelzgeſchmückter Mantel, nicht ein wohlgefüllter Querſack, der den Dichter belohnte, ihm ward ein ſchönerer Lohn zu Theil, worüber er uns keinen Zweifel läßt. — Charakteriſtiſch und nicht ganz zu dem hochpoetiſchen Anfang ſtimmend, iſt der Schluß, wo er uns erzählt, wie er ſein Schätzchen mit leckeren Biſſen, hervorgezogen aus ſeinem Querſack, und mit gutem Weine geletzt." —

Colin fühlt ſich in dieſem herumziehenden Leben, heute im Schloſſe, morgen im Dorfe, heute mit Rittern und Herrn, morgen mit Bauern und Schäfern, aber immer luſtig und guter Dinge, ſehr glücklich, nur ſagt die dörfliche Geſellſchaft ſeiner etwas derben Natur im Grunde mehr zu, als die der Herren:

„Wenn bei dem Klange der Hirtenflöte und der ländlichen Trommel Knaben und Mädchen ſingen und voll ausgelaſſener Freude ſind, jedes mit einem Blumenkranze und grünen Laubzweigen geſchmückt, und dazu die Vögel ſchön ſingen, ſo wandelt mich große Freude an. Vergnügter ſind ſie wahrlich, bei Sanct Marzell, als Mancher im hohen Schloſſe!"

Schätze anzuſammeln iſt Colin's Sache nicht; ſo leicht, wie er gewonnen worden, ſo leicht verrinnt ſein Lohn auch wieder:

„Mancher ſammelt tauſend Mark zu einem großen Haufen und lebt dabei in Unehre. Der Teufel hat ſeine Haut, ſeinen Leib und ſeine Seele unwiderruflich. Darum will ich bald und ſchnell meinen Mantel verzehren in einer guten Stadt. — Wozu Ueberfluß haben, wenn man ihn nicht anſtändig verzehrt?"

Dieſelbe Leichtlebigkeit zeigt uns eine Stelle eines anderen hübſchen Liedes, das in lauter Diminutiven reimt:

„Mein blondlockiges Liebchen verſetzt mich in ſolche Freude, daß ich alle meine Schulden vergeſſe."

Daſſelbe Lied ſchließt er auf würdige Weiſe ſo:

„Man nennt mich Colin Muſet; manchen guten Kapaunen habe ich gegeſſen, manchen Braten und manche leckere Torte in grünen Gärten und auf Wieſen. Und wo ich einen Wirth finde, der mir Credit gibt und leiht, da bleibe ich. Nicht will ich meinen Gaul ermüden, kargen Herren nachzulaufen; wenn *ihnen* mein Bitten verhaßt iſt, ſo iſt *mir* ihr Weigern noch hundertmal verhaßter."

Das Alpha und Omega Colin's aber, ſein Lieblingsthema, auf das er am häufigſten zurückkommt, iſt eine gute Küche. Hält er leckere Biſſen doch ſogar für ein Mittel, die Gunſt ſeiner Angebeteten zu erwerben. „Ihr werdet ſehr gut bedient werden" ruft er ihr zu, „mit fetten Biſſen und ge-

bratenem Fleiſch. Lieblichen Wein werden wir trinken und ein gutes Leben führen."

Auch Troſt bei verſchmähter Liebe und Heilmittel der Liebe ſind ihm dieſe materiellen Genüſſe. Das ſehen wir in einem intereſſanten „Jeuparti" mit Jaikes d'Amiens, dem Verfaſſer einer Kunſt zu lieben (nach Ovid) die neuerdings gemeinſam mit einem ihm ebenfalls, aber irrig, zugeſchriebenen Heilmittel der Liebe von Körting herausgegeben iſt. Jaikes d'Amiens beklagt ſich über unerwiderte Liebe. Colin ſucht ihm durch alle möglichen Mittel von der Liebe überhaupt abzurathen und ſchildet ihm die Schlechtigkeiten der Weiber. „Es iſt ein alter Gebrauch bei ihnen, ſie lieben Keinen, der nicht den Säckel gut gefüllt hat." Als er ſieht, daß er den Liebesritter doch nicht bekehren kann, erklärt er ſich zu fetten Kapaunen, leckeren Torten und gutem Weine zurückziehen zu wollen, er habe ſeine Liebe den guten Biſſen zugewendet und einem großen Feuer bei dieſer Kälte. — Er fordert den Jaikes auf ſeinem Beiſpiele zu folgen, dann werde er ein gutes Leben führen. Jaikes jedoch erwiedert ihm: „Suche Du gemüthliche Ruhe in Deinem Hauſe, Colin, ich werde Scherz und Luſtbarkeit der Liebe ſuchen, denn ich kann ihrer nicht entrathen!"

So lernen wir einen Dichter kennen, der an ſorgloſer Heiterkeit des Gemüths und an dichteriſcher Leichtigkeit mit den beſten ſeines Volkes aus ſpäterer Zeit wetteifern dürfte. Unter den lyriſchen Schöpfungen des dreizehnten Jahrhunderts aber, unter der Maſſe der ſich leicht in todten Formen und ewigen Wiederholungen bewegenden Kunſtdichtungen muß ſolche Naturfriſche als wahre Oaſe begrüßt werden.

Aus den Memoiren eines ruſſiſchen Dekabriſten:

III. Verurtheilung und Execution.

Vorbemerkung. Bevor wir unſern Memoirenſchreiber über ſeine ferneren Erlebniſſe berichten laſſen, ſcheint uns angemeſſen, über die merkwürdige Epiſode ruſſiſcher Geſchichte, welche zu dieſen Aufzeichnungen Veranlaſſung gegeben, einige Erläuterungen nachzutragen.

Ueber den Verfaſſer und deſſen Erlebniſſe brauchen wir Nichts zu bemerken. Die ſchlichte, allenthalben das Gepräge ſtrengſter Wahrheitsliebe tragende Art der Darſtellung kennzeichnet den Ehrenmann, der das Geſchick, in welches er ſich verflochten, mit Muth und Würde trägt. Unerklärt

bleibt nur, wie er und seine Genossen überhaupt in ein Wagstück verflochten wurden, dessen unglücklicher Ausgang von Hause aus ziemlich zweifellos gewesen war.

Nach der zweiten Einnahme von Paris hatten russische und preußische Besatzungstruppen Jahre lang in Frankreich gestanden. Während das preußische Offizierscorps, dessen Glieder zum Adel gehörten, von tiefgewurzeltem Franzosenhaß, zuweilen auch von lebhafter Abneigung gegen die französischen Revolutionsideen durchdrungen war und nur den Wunsch nährte, in die Heimath und die alten Verhältnisse zurückkehren zu können, hatten auf die Russen die Jahre des Aufenthalts auf französischer Erde in durchaus anderer Weise gewirkt. Für den jungen russischen Adel namentlich der Garderegimenter war der französisch-deutsche Feldzug mit dem Eintritt in eine Culturwelt identisch gewesen, von der bis dazu nur Einzelne nähere Kunde gehabt hatten. Unter einem milderen Himmel, inmitten neuer Verhältnisse, welche das Gepräge einer höheren Cultur trugen, unter dem Einfluß sanfterer Sitten und humanerer Lebensanschauungen gewannen die Offiziere Rußlands neue Gesichtspunkte für die Beurtheilung der Zustände des Heimathlandes. Den jungen Männern, welche den größten Theil ihres Lebens in der Eintönigkeit entfernter russischer Provinzialstädte oder im bacchantischen Taumel der petersburger Feste verbracht hatten, ging am blühenden Strand der Loire und Garonne eine neue schönere Welt auf, deren Zauber sie sich mit Entzücken hingaben. Die Muße eines bloßen Besatzungsdienstes, die großen Entfernungen, durch welche die einzelnen Truppenabtheilungen von einander getrennt waren, verstatteten eine Freiheit der Bewegung, wie man sie bisher kaum geahnt hatte. Die politischen Parteikämpfe, welche Frankreich erfüllten, fanden an den jungen Fremdlingen aufmerksame und gelehrige Zuschauer. Gerade die tüchtigeren und strebsameren Elemente der russischen Garde sogen die Ideen von Bürgerthum, Freiheit und Verfassungsrecht mit Begeisterung ein und vertieften sich mit Leidenschaft und Bewunderung in das Leben des Volks, zu dessen Bekämpfung sie aus dem fernen Osten herangezogen waren. In mehr wie einer Brust lebte der Gedanke, ob es denn nicht möglich sein werde, die ferne Heimath der gleichen Wohlthaten theilhaft zu machen und mit der warmen Begeisterung der Jugend setzte man über die tiefe Kluft hinweg, welche zwischen den russischen und den französischen Bildungsvoraussetzungen lag. Als die Jahre des Aufenthalts in Frankreich vorüber waren, zog die Blüthe des Offiziercorps der Garde mit der Absicht nach Hause, Frankreich nach Rußland zu importiren. Es bildeten sich zunächst in der Mehrzahl der besseren Regimenter Freimaurerlogen von rein politischer Färbung; als diese aufgelöst und verboten wurden, fanden ihre Glieder sich in geheimen Gesellschaften zusammen, die unter den Namen „Bund des Nordens", „Bund des

Südens“ und „vereinigte Slaven“ das eine Ziel verfolgten, Rußland eine conſtitutionelle Staatsform zu ſchaffen. Man wußte, daß ſich der Kaiſer Alexander ſelbſt mit ähnlichen Gedanken trug und glaubte darum im Sinne deſſelben zu handeln, wenn man einer Umgeſtaltung der ruſſiſchen Verhältniſſe vorarbeitete. Alexander aber, erſchreckt durch die liberale Bewegung in Deutſchland, lenkte bald in andere Bahnen und jetzt ſtand der junge Militäradel in directem Gegenſatz zu dem herrſchenden Syſtem. Verſchiedene Repreſſionsmaßregeln blieben erfolglos, zumal auch ein Theil der Soldaten von dem franzöſiſchen Gift angeſteckt war und eine Behandlung wünſchte, wie er ſie in Frankreich geſehen hatte und gewohnt geworden war. Die Enragés unter den Verſchwörern wurden dem Kaiſer immer mehr entfremdet und wandten ſich einem republicaniſchen Ideal zu. — Noch bevor Alexander ſtarb, waren Schilderhebungen in Petersburg und in Südrußland im Werke; ſein Tod brachte das Unternehmen zur Ausführung, ehe es reif geworden war. Man glaubte die Verwirrung benutzen zu müſſen, die durch Conſtantin's Entſagung entſtanden war und ſchlug los, bevor die Organiſation des Aufſtandes einen ſicheren Ausgang verbürgte; hatte erſt Nikolaus' feſte Hand die Zügel der Regierung ergriffen, ſo erſchien es unmöglich, irgend etwas gegen die Dynaſtie und die ihr ergebenen Maſſen auszurichten.

Der Aufſtand von 1825 brach gleichzeitig an zwei Punkten aus und mißlang an beiden. Ihre Theilnehmer beabſichtigten eine politiſche Unmöglichkeit und hatten es ſich ſomit ſelbſt zuzuſchreiben, wenn ſie die Opfer ihrer Unbeſonnenheit wurden. Aber es läßt ſich nicht leugnen, daß es die Blüthe der Garde, überhaupt der jungen Intelligenz geweſen war, welche den Handſtreich von 1825 gewagt hatte. Mit jugendlicher Begeiſterung hing man an einer Anzahl begabter, aber gleichfalls dem wirklichen Leben fernſtehender Führer; unſer Memoirenſchreiber und mit ihm viele andere Offiziere hielten es für ein Gebot der Ehre, Gefahr und Noth mit den Männern zu theilen, die ſie als edle, begeiſterte Vorkämpfer der modernen Ideen kannten. — Das Bewußtſein, den Beſten anzugehören, wirkte ſtärker, als die Furcht vor Tod und Exil — man war zum erſten Mal mit dem Idealismus in Berührung gekommen und konnte der Zauberkraft eines Unternehmens nicht widerſtehen, das Jedem, der an ihm Theil nahm, einen Platz unter den Beſten ſeiner Zeit zuſicherte.

So erſcheinen die „Dekabriſten“ als jugendliche Schwärmer, die weſentlich noch nach einem anderen als dem blos politiſchen Maßſtabe beurtheilt werden müſſen. Das harte Loos, das ihnen zu Theil wurde, hat ihre Schuld geſühnt und dem Leſer, der heute von ihren Geſchicken lieſt, iſt die Möglichkeit rein humaner Theilnahme an dem erſten Verſuch, Rußland in die Bahnen des weſteuropäiſchen Liberalismus zu ziehen, offen gelaſſen.

Der Platzadjutant beſichtigte mein Gefängniß täglich; doch war er nicht geſprächig und ſo war ich blos auf mich ſelbſt angewieſen. Um meinen Körper in ein gewiſſes Gleichgewicht zu bringen, trampelte ich täglich auf einer und derſelben Stelle umher, drehte ich mich im engen Raume, ſoviel ich konnte. Der Schlaf verkürzte mir die Hälfte der Zeit. Die Nahrung war geſund, einfach, genugſam, nicht ſo karg wie im Palaſte. Sehr oft, beſonders am Abend, hatte ich ein Bedürfniß zu ſingen; das Singen ſtärkte meine Bruſt, erſetzte mir die Unterhaltung; mit dem Geſange drückte ich meine Gemüthsſtimmung aus. Ich ſang Proſa und von mir ſelbſt gereimte Lieder, ſetzte meine eigenen Melodien zuſammen und erinnerte mich vieler alten Lieder. So ſang ich einſt am ſpäten Abend das allgemein bekannte ruſſiſche Lied: „Mitten im ebenen Thale ſtand eine beſchattende Eiche.“ — Beim zweiten Vers hörte ich eine andere Stimme hinter der aus Balken zuſammengeſetzten Scheidewand mich begleiten; ich erkannte die Stimme meines Wärters. — Ein gutes Zeichen! dachte ich, wenn er mit mir ſingt, ſo wird er auch mit mir ſprechen. Ich wiederholte das Lied noch einmal von Anfang bis Ende, er begleitete mich lauter und kannte die Worte beſſer als ich. — Als er mir die Nahrung brachte, dankte ich ihm für die Begleitung des Liedes, er entſchloß ſich mir zu antworten: „Gott ſei gedankt, daß Sie ſich nicht langweilen, daß Sie ein heiteres Herz haben.“ — Seit dieſer Stunde fing er an geſprächig zu werden und antwortete gern auf meine Fragen.

„Sage mir, Sokolow“ — ſo hieß der Feuerwerker — „was ſoll ich thun, um mir Bücher zu verſchaffen? ich höre wie mein Nachbar in Nr. 16, ſchräg mir gegenüber, ganze Nächte durch in Büchern blättert.“ —

„Gott behüte Sie vor ſolchen Büchern! Das Herzenskind da lieſt und ſchreibt ſo viel, daß es ſich ſchon Ketten an die Hände geſchrieben hat.“ —

„Was ſoll das bedeuten?“

„Ja, man hat ihm an beide Hände eine eiſerne Kette von fünfzehn Pfund geſchmiedet.“ Es war ein junger Menſch von einundzwanzig Jahren, Beſtuſhew Rjumin, der ſtark verwickelt war, ſowohl in die Unternehmungen der polniſchen, als die der ruſſiſchen Verſchwörer; man wollte ihn auf ſolche Weiſe zu vollem Geſtändniß zwingen. Er drückte ſich beſſer in der franzöſiſchen als in der ruſſiſchen Sprache aus, da er ſeine Geſtändniſſe aber ruſſiſch niederſchreiben mußte, ſo hatte man ihm Wörterbücher gegeben und deshalb hörte ich das eilige und öftere Blättern in den großen Folianten.

Einige Tage ſpäter hörte ich Kettengeklirre mir gegenüber in Nr. 15. „Hat man noch einen neuen Arreſtanten hineingeſetzt?“ fragte ich Sokolow.

„Nein, er ist schon mehrere Wochen hier, hat sich aber auch seit gestern Unglück an seine Hände geschrieben.“

Diese geschärfte Strafe war N. S. Bobrischtschew-Puschkin, Offizier vom Generalstabe, zu Theil geworden, von dem die Untersuchungscommission die Stelle erfahren wollte, wo die von Pestel geschriebene Constitution sich befinde. Sie war in ein kleines Kästchen gelegt und in die Erde vergraben worden; die Stelle war nur Puschkin und Saïkin bekannt. Letzterer wurde mit einem Feldjäger an Ort und Stelle geschickt, wo nach langem Suchen und Scharren im Schnee das Kästchen aufgefunden und unmittelbar in die Hände des Kaisers überreicht wurde.

„Sind noch mehrere von den Gefangenen in Ketten?“ fragte ich weiter. „Ja, von meinen dreißig Nummern sind zehn damit versorgt.“

Dasselbe Verhältniß galt für die Zahl der Gefesselten in den übrigen Kasematten und Kurtinen. Ein Jüngling, Midshipman der Gardeequipage, Diwow, den die Wächter Kindchen nannten, saß auch in Ketten. Sein Gemüth ward gereizt, seine Einbildung entflammt, er theilte der Untersuchungscommission Wunderdinge mit, die nur in seiner Phantasie existirten. Diese wurden Gegenstand der Untersuchung und spielten nachher in dem Bericht des Grafen Bljudow eine beträchtliche Rolle. Für solche Aussagen wurde Diwow nach der Verurtheilung von der Zwangsarbeit befreit und zur Festungsarbeit nach Bobrowsk geschickt. Einige meiner Schicksalsgenossen ließen sich einreden, daß nur ein ganz offenes Geständniß sie retten könne; namentlich komme es darauf an, daß sie die Namen Derer nennten, von denen sie in die geheime Gesellschaft aufgenommen worden. Manche ließen sich dadurch wirklich zu speciellen Angaben bewegen. So der Obrist Fallenberg, welcher angab, Fürst Bariatinsky habe ihn in die Verschwörung eingeweiht; Bariatinsky leugnete diese Thatsache und es kam zur Confrontation. Die Aussagen standen sich schroff gegenüber. Bariatinsky machte noch einen letzten Versuch, seinen Kameraden zu retten, indem er dem General Tschernytschew sagte: „Sie sehen, Excellenz, selbst, wie wunderlich der Herr Kamerad ist; konnte ich einem solchen Manne wohl ein Geheimniß anvertrauen?“ — Ungeachtet dieser grenzenlosen Offenherzigkeit wurde Fallenberg zur Zwangsarbeit verurtheilt. — In der Zahl meiner Mitgefangenen befanden sich auch solche, die an Händen und Füßen Ketten trugen und in der Finsterniß ohne Lampe sitzen mußten; anderen wurde die Nahrung verkürzt.

Den 6. März kam der Platzadjutant nicht, wie er täglich zu thun pflegte. Sokolow zeigte ein geheimnißvolles Aussehen und war in neuer Kleidung. Der Wächter Schibojew, Invalide des Leibgarde-Jägerregiments, der mir täglich Nahrung brachte, war auch in seinem neuen Mantel erschienen und rasirt. — „Was ist heute für ein Festtag?“ fragte ich. „Es ist

kein Fest.“ „Warum seid Ihr denn neu gekleidet?“ „Heute ist die Beerdigung des Kaisers Alexander.“ Alles war einförmig und still um mich herum, wie immer; die breiten Festungsmauern mit Erd- und Rasenbedeckung ließen keinen Laut erschallen, nur durch die Schießscharte und das vergitterte Fenster drang bisweilen das Geläute des Glockenspiels. Plötzlich am Nachmittag donnerte ein Kanonenschuß, ein zweiter, unzählige — das war das Ende der Trauerceremonie.

Da alle Winkel und Ecken in der Festung mit Arrestanten gefüllt waren, so konnte man sie der großen Zahl wegen nicht oft in die Badstube führen. Die Reihe dazu kam an mich zum erstenmale Mitte April. Der Schnee war verschwunden, das Wetter schön; ein Geleite führte mich ab, die Augen wurden mir nicht mehr verbunden. Als ich aus dem dunkeln Corridor über die Schwelle der Außenthüre trat, wurden meine Augen von den Sonnenstrahlen so heftig geblendet, daß ich stehen blieb und unwillkürlich meine Augen mit der Hand bedeckte. Allmählich nahm ich die Hand ab und ging weiter; die Erde schien unter meinen Füßen zu wanken, die frische Luft benahm mir den Athem. Längst der inneren Mauer der Kronwerkschen Kurtine, an einer langen Reihe von Fenstern vorübergehend, konnte ich Niemand von meinen Kameraden sehen, weil die Fensterscheiben mit Kreide bestrichen waren. Als ich mich rechts wandte, längs der anderen Kurtine, wo in der Mitte das Hauptthor der Festung ist, sah ich über dem Thor ein Fenster, und erkannte M. F. Orlow, der am Fenster sitzend schrieb. — Nicht weit von der Pforte stand eine Unteroffizierswache; ich freute mich, als ich meine Soldaten erkannte; sie eilten sogleich auf die Plattform und antworteten ebenso laut und freudig auf meinen Gruß, wie sie es früher vor jedem Exercitium gethan hatten. — Die Badstube war geräumig, das Bad stärkte und erfrischte mich. Bei meiner Rückkehr bemerkte ich neben der Wache meinen Diener Michail stehen, der durch eigenthümliche Bewegungen und Pantomimen meine Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen suchte. — „Ist auch Anna Wassiliewna (meine Frau) gesund?“ fragte ich. — „Sie war eben hier in der Kirche und kommt jetzt die Allee herunter.“ — Ich verdoppelte meine Schritte, und sah sie, wie sie langsam einherschritt, ungefähr zweihundert Schritte von mir entfernt; ich wollte zu ihr eilen, aber ich bedachte, daß sie ihrer Entbindung entgegen ginge und erschrecken könnte; auch fürchtete ich die Verantwortung meines Geleites — ich konnte ihr nur mit der Hand meine Grüße zuwinken, und ging weiter. In mein Gefängniß zurückgekehrt, fand ich es noch dunkler, als früher, sodaß ich weder Tisch noch Bank unterscheiden konnte, ich sah nur die weiße Kante der grauen Bettdecke.

In der Charwoche hatte der Kaiser erlaubt, den Arrestanten Bücher geistlichen Inhalts, Tabak und Pfeifen zukommen zu lassen. Das war ein

wahrhafter Luxus nach langer Entbehrung. Ich hatte mich schon seit vier Jahren der Pfeife entwöhnt, jetzt fing ich an, mit desto größerem Genuß zu rauchen, um zugleich wo möglich die schädliche, feuchte und unreine Luft um mich herum zu verscheuchen. Meine Frau hatte mir die Stunden der Andacht von Zschokke übersandt; drei Bände, in denen Betrachtungen über die Kriegsjahre von 1812, 1813 und 1814 enthalten waren, wurden von der Censur unserer Untersuchungscommission nicht ausgeliefert. Durch die Bekanntschaft des Onkels meiner Frau mit dem Commandanten Sukin hatte ich auch Schnupftabak und ein Dutzend Taschentücher bekommen. Ich fragte einst den Platzadjutanten Nikolajew, ob meine Kamerad auch Tabak, Bücher und Wäsche von ihren Verwandten bekämen? — Er antwortete: „Nur diejenigen, die in Petersburg Verwandte oder Bekannte haben" und erzählte weiter, daß er gestern dem Obristen M. T. Mitkow ein Bündel mit Wäsche und englischer Flanelldecke gebracht habe; als aber Mitkow erfuhr, daß nicht alle von den Eingekerkerten dieser Begünstigungen theilhaft würden, band er das Bündel wieder zusammen und erklärte, daß auch er dieser Sachen entbehren könne. Nach langen Leiden ist er in Verbannung zu Krasnojarsk im Jahre 1850 gestorben.

Alle sechs Wochen besichtigten uns auf Befehl des Kaisers seine Generaladjutanten Sasonow, Strekalow und Martynow. Letzterer empfahl mich dem ihn begleitenden Commandanten, und erinnerte daran, daß der Kaiser mich früher ausgezeichnet habe.

Am 13. Mai weckte mich der Platzadjutant Nikolajew früh Morgens; im Corridor erscholl seine Stimme, man solle geschwind den Barbier herbeischaffen. „Soll ich wieder in die Commission geführt werden?" „Nein, im Hause des Commandanten erwartet Sie eine große Freude; Ihre Gemahlin hat die Erlaubniß erhalten, Sie zu sprechen."

In einer Minute war ich gekleidet und wollte den Barbier nicht abwarten. — Wir eilten hinaus — helle brennende Sonnenstrahlen blendeten meine Augen; eine milde, balsamische Luft stärkte mich. Vor der Gefängnißthür begrüßte mich mein Diener Michail; auf dem Vorhofe stand mein Wagen, und als mein Kutscher Wassily mich erkannte, rückte er mit den Rappen vor, fuhr im Kreise herum und zeigte mir die gute Haltung der Pferde. — In der Commandantur umarmte ich meine Frau, sie war in tiefe Trauer gekleidet — meine Mutter war während meiner Gefangenschaft gestorben. Ihr Aeußeres, ihre Worte, ihre Stimme erfreuten und tröfteten mich. Während unserer Zusammenkunft war der Festungscommandant Generaladjutant Sukin immer zugegen, daher konnte die Unterhaltung nicht offenherzig sein, und nur Verwandtschafts- und Familienverhältnisse berühren. Durch Vermittelung des Generaladjutanten V. V. Lewaschow hatte

meine Frau die kaiſerliche Einwilligung zu dieſer Zuſammenkunft erlangt. Die Zeit ihrer Entbindung rückte näher; ſie wünſchte, daß wir uns noch gegenſeitig ſegnen könnten. Ich ſuchte ſie auf alle mögliche Weiſe über mein künftiges Geſchick zu beruhigen; eine Stunde vergeht bald, der Commandant konnte ſie nicht verlängern, wir trennten uns, indem wir uns dem Willen des allmächtigen und alliebenden Vaters empfahlen. — Mit einem Herzen voll Dankbarkeit gegen Gott kehrte ich in meine Nr. 13 zurück; ich war beruhigt, nachdem ich meine Frau geſehen hatte und hoffen durfte, daß ſie die Trennung und die bevorſtehende ſchwere Stunde mit Standhaftigkeit ertragen werde. — Lauter und öfter ſang ich meine Lieder und im Wachen und im Träumen unterhielt ich mich mit der Frau, deren feſte Haltung mich mit neuer Kraft erfüllt hatte. Drei Tage darauf erhielt ich einen Brief von ihr, und die Verſicherung, daß die Zuſammenkunft ſie geſtärkt habe. Ich hatte ihr im Beiſein des Commandanten die letzten Worte mitgetheilt, die der Kaiſer mir ſelbſt geſagt hatte und ſuchte ſie auch ferner auf jegliche Art zu beruhigen. War ich wieder allein, ſo machte ich mich mit dem Gedanken, hingerichtet zu werden, mehr und mehr vertraut.

Den 17. Mai war eine ungewöhnliche Bewegung im Corridor des Gefängniſſes bemerkbar: unaufhörlich führte man Gefangene auf und ab, wurden Stimmen der Wächter und Arreſtanten laut; mehrere der Letzteren an meiner Nummer vorbeigehend, begrüßten mich indem ſie mir: „bon jour 13 — portez vous bien 13!“ zuriefen. — Nachmittags ſagte mir der Wächter Sokolow, daß ein Theil der Gefangenen in die Commiſſion berufen worden ſei, wo ſie Papiere unterzeichneten und dann ſogleich in die Kaſematten zurückkehrten. — „Was glaubſt Du“ fragte ich, „iſt es zum Glücke oder zum Unglück Derjenigen, die dahin verlangt wurden?“ — „Gott weiß es“ war die Antwort, „mir ſcheint es, diejenigen werden es leichter haben, die man in Ruhe läßt.“ — In unruhiger Erwartung ſchlief ich endlich ein, bis ein Geraſſel der Schlöſſer und Riegel mich plötzlich aufweckte, und der Platzadjutant mich in die Commiſſion führte. Der Gang bis zur Commandantur zeigte mir wie ſchön der Frühling geworden war. Die Luft war von Fliederduft geſchwängert, die Vögel flatterten und ſangen in dem Garten des Commandanten, in welchem ſie ſich unwillkürlich vereinigt hatten da ihnen ringsum kalte Mauern von drei Seiten entgegenſtarrten. Man führte mich durch die Zimmer der Schreiber, aber nicht zum früheren Sitzungsſaale der Commiſſion, ſondern in ein anderes Zimmer rechts, wo an einem Schreibtiſche Benkendorff und der Senateur Baranow ſaßen. — Man überreichte mir die von mir geſchriebenen Antworten auf die Fragen der Commiſſion, und ſtellte Fragen: ob die Unterſchrift von mir herrühre? ob ich ungezwungen geantwortet hätte? und ob ich noch Etwas hinzuzufügen

hätte? — Die ersten beiden Fragen bejahte, die dritte verneinte ich. Darauf hieß man mich die Papiere unterzeichnen. In den Gesichtszügen Benkendorff's las ich, daß es mir schlecht gehen würde. Der Senateur Baranow war nicht Mitglied der Untersuchungscommission, aber als Mitglied des zu unserer Verurtheilung niedergesetzten obersten Criminalgerichts mußte er sich von der Richtigkeit der Unterschriften überzeugen. Das war die einzige Procedur, welche noch fehlte; die Verurtheilung mußte mithin schon erfolgt sein. Pestel, Rylejew, Murawiew-Apostol, S. A. Juschnewsky, Bestushew und einige Andere hatten diese letzte Befragung dazu benutzt, offen ihre Ueberzeugungen zu verkünden, und die Mißbräuche und Ungerechtigkeiten des herrschenden Systems in aller Schärfe bloszulegen. Die Mehrzahl der Angeklagten hatte dagegen bei dieser Gelegenheit frühere Aussagen zurückgenommen oder verändert, nicht aus Furcht oder Reue, sondern weil die Heimlichkeit des Verfahrens es überflüssig erscheinen ließ, Bekenntnisse abzulegen, die ihnen selbst die Strafe nur vergrößert und andere Mitschuldige vielleicht compromittirt hätten. — Auf meinem Rückwege in die Kasematten sog ich mit Begierde die Mailuft ein; am Gartenzaune vorüberstreifend pflückte ich einige Grashalme; dann beschleunigte ich meine Schritte, um mir das Herz nicht zu sehr erweichen zu lassen. Gefühlvolle Seelen werden mir glauben, daß ich diese Gräser küßte und bewunderte; als sie verwelkten, beobachtete ich noch jede Faser derselben und verglich die Formen und Unterschiede. Sie waren das Einzige, was ich in Monaten von dem, was die Natur dem Menschen bietet, berührt hatte.

Vom 17. Mai an wurden die Bewegungen und Stimmen in unserem Corridor seltener und leiser. Nur die täglichen Visitationen des Platzmajors, der Festungsadjutanten und des Wächters unterbrachen die einförmige Stille, die bisweilen in einigen Nummern oder Gefängnißzellen auf einige Minuten durch ein Lied, durch eine Declamation, durch einen Seufzer unterbrochen wurde. — Einer meiner Unglücksgefährten, M. A. Fon-Wisin, konnte die Eingeschlossenheit nicht ertragen; seine Seele war stark, sein Muth ungebrochen, die Nerven aber in dem Zustand so furchtbarer Erregung, daß man endlich befohlen hatte, seine Thüre nicht mit Riegeln und Schlössern zu verschließen, sondern eine Wache in seine Nummer zu stellen. — Sechszehn meiner Kameraden saßen von den Uebrigen getrennt in einer geheimen Abtheilung der Festung, in dem Alexejewschen Ravelin, wo ein besonderer Civilbeamter für ihre Beaufsichtigung und Ueberwachung angestellt worden war. Vor den Fenstern stand eine hohe Mauer, der innere dreieckige Raum des Ravelins war von drei Mauern eingeschlossen, die gar kein Fenster, nur eine Thür hatten; hier auf einem engen Raume wuchsen einige Bäume und hieher führte man zuweilen einzelne Gefangene auf ein Viertelstündchen, damit sie frische Luft schöpfen

könnten. Auf das Blatt eines der hier stehenden Ahornbäume hatte Ryléjew seine bekannten Abschiedsverse geschrieben.

Seit dem Beginn des Juni lebte ich in steter Unruhe um meine Frau, denn die Zeit ihrer Niederkunft rückte heran. Ich sang meine Lieder seltener, Sokolow und Schibajew, meine Wächter, fragten mich oft, ob ich krank sei. Mein Schlaf wurde beständig von Träumen unterbrochen; ich sah meine Frau leidend und mich zu Hilfe rufend; mit einem Worte, der Glaube, die feste Zuversicht wankten. Sogar in der Festung geschah, was gewöhnlich im Leben geschieht, daß die guten Nachrichten sich verspäten, während die schlechten und traurigen schnell anlangen. Am 19. Juni war mein ältester Sohn geboren worden, ich erfuhr es erst am 22.; zwei Zeilen von der Hand meiner Frau beruhigten mich über ihre Gesundheit. Ich freute mich für sie, sie hörte auf allein zu sein; ich segnete in Gedanken meinen Sohn und bat in meinem Gebete, daß der ewige Vater ihm den zeitlichen Vater ersetzen möchte. Damals hatte ich keine Hoffnung meinen Sohn zu sehen, ich erwartete die baldige Entscheidung meines Schicksals. —

Am 12. Juli Vormittag bemerkte ich auf dem Kronwerk'schen Wall, meinem Fenster gegenüber, einige arbeitende Zimmerleute, ohne zu begreifen, was sie auf dem Walle aus Balken bauten. Oft kehrte ich mich zum Fenster und einmal sah ich auf derselben Stelle zwei Generaladjutanten umhergehen. — Nachmittags führte mich der Platzadjutant in die Untersuchungscommission, wohin ich verdrossen ging, in der Erwartung einer Confrontation oder eines neuen Verhöres. Man kann denken mit welcher Ueberraschung ich die Zimmer von meinen Mitgefangenen angefüllt sah, mit welcher Freude ich meine bekannten Kameraden umarmte. Man sagte mir, daß wir versammelt seien, um unseren Urtheilsspruch zu vernehmen. Vergeblich suchte ich einige meiner Kameraden, die entweder gar nicht daselbst zugegen waren, oder die sich in höheren Kategorien befanden und schon zum Anhören ihrer Sentenz hineingerufen worden waren. In zwei Zimmern, die an den Sitzungssaal anstießen, waren die Verurtheilten nach Kategorien oder Abtheilungen versammelt, so daß, wenn die erste Kategorie in den Sitzungssaal eintrat, die zweite Kategorie die Stelle der ersten einnahm und die folgende nachrückte. Nach Vorlesung der Sentenz wurden die, denen dieselbe verkündet worden, durch die andere Seite des Saales heraus und in die Gefängnisse zurückgeführt, aber nicht in ihre bisherigen Nummern, sondern nach der Reihe und der Zahl der Verurtheilten, die sich in einer Kategorie befanden. — Ich ward zur fünften Kategorie gezählt, überhaupt waren zwölf Kategorien. Einige Minuten hatten wir Zeit mit einander zu sprechen. Dann trat die Wache an unsere Abtheilung, die aus fünf Mann bestand. Schildwachen standen an jeder Thür.

Wir traten ein und ſtellten uns in eine Linie auf. Alle Mitglieder des Obercriminalgerichts ſaßen vor uns an langen Tiſchen längs der Wände. Gerade vor uns ſaß der Metropolit mit einigen Biſchöfen; rechts Generale, links Senatoren, Alle in voller Uniform, mit Bändern und Orden geſchmückt. Ich überſah dieſe Abtheilungen und bemerkte in der Zahl der Generäle den tapferen Biſtram, meinen verehrten Chef, der ſeine Thränen nur mühſam zurückhielt: einige Minuten vorher hatte er ſeinen liebſten Adjutanten, den Fürſten E. P. Obolensky, verurtheilen ſehen müſſen. Einige der Richter ſahen theilnehmend, die meiſten finſter aus; mehrere von den Senatoren zeigten eine unſchickliche und impertinente Neugierde; um uns zu betrachten gebrauchten ſie nicht allein Lorgnetten, ſondern große Operngucker. In der Mitte ſtand der Oberſecretär des Senats, Shurawlew, und verlas die Sentenzen mit lauter vernehmlicher Stimme. Das Gericht hatte unſere (die fünfte) Kategorie am 10. Juli zu zehnjähriger Zwangsarbeit und auf dieſe folgende „ewige“ Anſiedlung in Sibirien verurtheilt. Der Kaiſer hatte dieſes Urtheil am 11. Juli für meine Kameraden Repin und Küchelbecker auf acht Jahre gemildert, für Bodisko in Betracht ſeiner Jugend die Zwangsarbeit in Feſtungsarbeit verwandelt; Glebow und ich erwarteten, daß man unſerer unter denen erwähnen würde, deren Loos gemildert worden; ſtatt deſſen ſchwieg Shurawlew und der Commandant winkte, uns in die Kaſematte zurückzuführen. — Die Urſache dieſer Ausnahme, welche von 121 Verurtheilten nur drei traf, nämlich N. A Beſtuſhew, M. N. Glebow und mich, ſuche ich, ſoweit ſie mich betrifft, in einer augenblicklichen Reizbarkeit oder einem vorübergehenden Unwillen des Kaiſers, der es als beſonderen Undank angeſehen haben mochte, daß ich die mir früher von ihm erwieſene Aufmerkſamkeit und das mir bezeigte Wohlwollen mit Parteinahme für ſeine Gegner vergolten hatte. — Die ganze Ceremonie der Urtheilspublication an die Angeklagten hat fünf Stunden lang gedauert und verlief in der tiefſten Stille. Nur M. S. Lunin, ein Verurtheilter der dritten Kategorie, ſagte, als man ihm die Sentenz vorgeleſen und der Secretär auf die Worte „ewige Anſiedlung“ beſonderen Nachdruck gelegt hatte, mit lauter Stimme: „Eine ſchöne Ewigkeit, ich bin ſchon über fünfzig Jahre alt.“ — Er ſtarb zu Nertſchinsk im Jahre 1847, dieſe „Ewigkeit“ hat mithin für ihn immer noch über zwanzig Jahre gedauert. N. S. Bobriſchtſchew-Puſchkin ſchlug, nachdem er ſeine Sentenz vernommen hatte, ein Kreuz auf ſeine Bruſt.

Der Eindruck, den wir von dieſer Scene hatten, war der, daß wir uns nicht in einem Gerichtshofe und nicht vor Richtern befanden. Das oberſte Criminalgericht war am 1. Juni niedergeſetzt und beſtätigt worden; es beſtand aus Gliedern des Reichsrathes, des Senats und des Synods (der Oberkirchenbehörde) und fünfzehn „zucommandirten“ Generalen. Das Gericht

hielt seine Sitzungen im Senatsgebäude und zwar unter Vorsitz des tauben Fürsten Lopuchin; als Generalprocurator fungirte der Fürst Lobanow Rostowsky, als Secretär der erwähnte Shurawlew. — Der aus achtzig Gliedern bestehende Gerichtshof wählte aus seiner Mitte ein Comité zur Eintheilung der Staatsverbrecher in Kategorien, d. h. zur Ermittelung des Grades der Schuld, deren die Einzelnen theilhaft waren. In diesem Comité saßen Graf P. A. Tolstoi, Wassiltschikow*), Speransky**), Stroganow, Komarowsky, Kuschnikow, Engel, Graf Kutaissow und der thätigste unter allen unseren Richtern, D. O. Baranow, derselbe, der sich vorher gemeinsam mit dem Grafen Benkendorff von der Echtheit unserer Unterschriften und geschriebenen Antworten überzeugt hatte. —

Als wir aus der Commandantur heraus- und in unsere Casematten zurückgeführt wurden, sah ich bei der Pforte und vor dem Hause eine Menge von General-Adjutanten, Regiments-Adjutanten und Lakeien, die sich heran drängten, um uns ins Auge zu fassen. Da wir Fünf bis zur Casematte zusammengingen, war es natürlich, daß wir uns des Wiedersehens nach langer Einkerkerung erfreuten und uns lebhaft und freundschaftlich unterhielten; dieser Umstand wurde außerhalb der Festungsmauern als „stolze Verachtung" der verhängten Strafe — nicht zu unseren Vortheil — weiter erzählt. — Ich wurde nicht in meine Zelle Nr. 13, sondern in die Casematte des Laboratorbollwerks geführt, wo man mir ein Zimmerchen mit ziemlich großem Fenster, dessen unterste Glasscheiben mit Kreide beweißt waren, anwies. An den Wänden las ich die Namen der hier eingesperrt gewesenen Gefangenen, von denen nur einer, Graf H. Gr. Tschernytschew verurtheilt worden war. Ein so helles Gemach hatte ich seit Monaten nicht bewohnt, schlaflos ging ich die ganze Nacht in meinem kleinen, blos neun Schritte haltenden Zimmer auf und nieder — die Sonne verschwand nur auf wenige Stunden vom Horizont, denn wir befanden uns in einer jener nordischen Julinächte, wo es überhaupt nicht dunkel wird. Der Platzadjutant hatte mir vor seinem Weggehen gesagt, daß er mich früh Morgens zur Vollziehung der Sentenz abholen würde. Ich erwartete eine unverzügliche Abfertigung zur weiten Reise in eine sibirische Festung.

So brach der 13. Juli an. Noch vor Sonnenaufgang führte man mich auf den Festungsplatz, wo ein großes Quarré von Truppenabtheilungen des Pawlowschen Leibgarde-Regiments und der Festungs-Artillerie aufgestellt war. Man geleitete mich in das Viereck, wo schon einige meiner Unglücksgefährten dastanden, und die Uebrigen nach und nach eingeführt wurden. Ich freute mich, meine Bekannten wiederzusehen; Alle umarmten einander, Jeder suchte

*) Später Präsident des Reichsraths.

**) Der berühmte russische Codificator und Schöpfer der Gesetzessammlung (Swod Sakonow).

ſeine näheren Freunde; vergeblich ſuchte ich Ryléjew, bis man mir ſagte, er befände ſich in der Zahl der Fünf, die zu ſchmählichem Tode verurtheilt waren. Alle theilten ſich gegenſeitig ihre vernommenen Sentenzen mit, Manche mit Humor und Laune, Andere mit verhaltenem Ingrimm. Fürſt S. G. Wolkonsky ging in munterem Geſpräch auf und nieder, Batenkow hielt einen Hobelſpan in der Hand und biß vor Unwillen in denſelben; Jakubowitſch ging in Gedanken vertieft auf und nieder; Obolensky hatte in der Feſtung zugenommen, ſeine Wangen blühten; J. J. Puſchtſchin war heiter nach ſeiner Gewohnheit und brachte den um ihn verſammelten Kreis zum Lachen. Ich ſah Niemand in Verzweiflung, ſelbſt die Leiden welche ſich auf den Geſichtern der Kranken ſpiegelten, blieben ſtumm. Außerhalb des Vierecks gingen die General-Adjutanten Benkendorff und Lewaſchew und einige Officiere auf und nieder. Obriſt P. B. Abramow, einer der Verurtheilten, rief einen der wachhabenden Officiere laut bei Namen an ohne daß dieſer ſich jedoch umſah; Benkendorff fragte Abramow, was er wolle? — „Ich wünſche meine neuen Epauletten meinem Bruder zu übergeben, der bald Obriſt wird" lautete die ruhig trockne Antwort. — Benkendorff willigte in höflicher Weiſe ein und befahl dem anweſenden Capitain Pohlmann die Epauletten in Empfang zu nehmen. — In dieſem Vierecke warteten wir eine halbe Stunde, bis wir in vier Abtheilungen getheilt und von Soldaten umgeben wurden. In der erſten Abtheilung befanden ſich die verurtheilten Officiere der 1. Garde-Diviſion und des Generalſtabes, in der zweiten die Officiere der 2. Garde-Diviſion, der Sappeure und der Pionniere, in der dritten die Officiere der Armee, in der vierten die Civiliſten. Die Verurtheilten welche der Marine angehörten waren zur Vollziehung des Urtheils nach Kronſtadt geſandt worden. In dieſen durch Soldatenreihen von einander getrennten Abtheilungen führte man uns durch das Feſtungsthor auf das Glacis der Kronwerkſchen Courtine. Mit dem Rücken gegen die petersburger Seite*) gewandt, ſtanden in unabſehbar langer Reihe die Truppen aus allen Regimentern des ganzen Gardecorps mit geladenen Kanonen da. Auf dem Kronwerkſchen Walle war ein Galgen ſichtbar — ich erkannte die Zimmermannsarbeit, die ich aus meiner Caſematte geſehen hatte, ohne ſie mir erklären zu können. — Unſere zwei Abtheilungen wurden in gleichmäßiger Entfernung von den beiden benachbarten aufgeſtellt; neben jeder Abtheilung brannte ein Scheiterhaufen, vor welchem ein Henker daſtand. Der General-Adjutant Tſchernytſchew ritt ab und zu; an dieſem Morgen war er nicht geſchminkt, ſein Geſicht war blaß, und er ließ ſein Roß nicht courbettiren.

*) Der öſtlich von der Feſtung auf dem linken Newaufer liegende Stadttheil heißt „Petersburger Seite" (Peterburgskaja Storoná).

Bei jeder Abtheilung befand ſich ein General, bei der unſrigen mein geweſener Brigade-Commandeur E. A. Golowin. Nach der Reihe der Kategorien wurden wir einzeln hervorgerufen; Jeder mußte ſich auf ſeine Knie niederlaſſen, dann zerbrach der Henker den Degen über ſeinem Haupt, riß ihm die Uniform ab, und warf die zerbrochenen Schwerter und die Kleidung in die brennenden Scheiterhaufen. Als ich mich auf die Knie niederließ, ſtreifte ich meine Uniform raſch ab, bevor der Henker mich berühren konnte; der General ſchrie ihm zu: — reiß ſie ab! — ſie war aber ſchon abgeworfen. Die Degen waren im Voraus angefeilt, ſo daß der Henker ſie ohne große Kraftanſtrengung zerbrechen konnte, nur dem armen Jakubowitſch wurde durch Unvorſichtigkeit des Henkers dabei ſein Haupt verletzt, das von einer Tſcherkeſſenkugel über der rechten Schläfe durchbohrt war. Der Letzte in unſrer Abtheilung war M. J. Puſchtſchin, Capitän der reitenden Garde-Pioniere; er war verurtheilt als gemeiner Soldat mit Beibehaltung ſeiner Adelsvorrechte zu dienen. Geſetzlich hätte über ſeinem Haupt nicht der Degen zerbrochen werden dürfen; er machte dem General dieſe Bemerkung, dieſer aber ließ den Degen zerbrechen.

Dieſe Ceremonie währte über eine Stunde; dann gab man uns geſtreifte Schlafröcke, wie ſie in den Hospitälern getragen werden, anzuziehen, und geleitete uns in der Ordnung, in welcher wir gekommen waren, in die Feſtung zurück. Auf dem Feſtungs-Glacis war kein Volk zu ſehen geweſen, nur beim Feſtungsthor drängte ſich ein Haufen. Die Menge iſt gewöhnlich neugierig; dieſes Mal war ſie bei dem intereſſanten Schauſpiel nicht zugegen geweſen, entweder weil es noch zu früh war, oder weil die Polizei niemand zugelaſſen hatte. Als man uns zurückführte, erwartete der Galgen auf dem kronwerkſchen Walle ſeine Opfer, noch Niemand war in der Nähe deſſelben ſichtbar; wir wandten unſere Blicke dahin und ſbaten Gott um eine leichte Sterbeſtunde für unſere Gefährten. Mich führte man in die kronwerkſche Courtine, Zelle No. 14, daſſelbe Zimmer wo K. F. Ryléjew die letzte Nacht ſeines Erdenlebens zugebracht hatte. Ich trat wie in ein Heiligthum, fiel auf die Knie und betete für ihn, für ſeine Frau und ſeine Tochter, denen er hier in dieſem Gefängniſſe ſeinen letzten Brief geſchrieben hatte. Aus dem zinnernen Trinkgefäße des Gefängniſſes ſtärkte ich mich mit dem Reſte ſeines letzten Trunkts. Neben mir ſaß Repin, doppelte Schaarwände aus Balken trennten unſere kleinen viereckigen Zellen. In meiner früheren Zelle Nr. 13 befand ſich jetzt M. A. Naſimow; ihm war beſchieden, vom Fenſter aus die ſchreckliche Hinrichtung auf dem Kronwerkswalle mit anzuſehen; bis zum ſpäten Abend blieben die kalten Leichen hängen, geſchieden von den glühenden unſterblichen Seelen.

Die Augenzeugen der letzten Lebensſtunden von Paul Peſtel, Conrad

Ryléjew, Sergius Murawjew-Apostol, Michael Bestushew-Rjumin und Michael Kochowsky waren der Geistliche der Kasan'schen Kirche P. N. Myslovsky, der Platzadjutant Nikolajew, der Feuerwerker Sokolow, der Wächter Trosimow in der Festung; auf dem Richtplatze befanden sich außer den genannten Personen noch der Platzmajor der Stadt A. A. Boldywew, der Stabscapitän vom Garde-Generalstabe, V. D. Wolchowsky und einige Soldaten von der Festungsartillerie. — Die letzte Nacht brachten die zum Tode Verurtheilten in der Kronwerkschen Courtine zu. Pestel bewahrte seine ungewöhnliche Geisteskraft bis zu Ende, kein Zug seines eisernen Gesichts zeigte die mindeste Unruhe. Auch die übrigen Verurtheilten starben mit männlicher Fassung.

Ich schreibe nicht die Biographie meiner Cameraden und Unglücksgefährten; ich berühre nur die letzten Stunden ihres Lebens und erwähne dabei der Hauptzüge ihrer Charaktere. Paul Pestel, früher Officier der Chevalier-Garde und Adjutant des Grafen Wittgenstein, dann Obrist des Wjätkaschen Infanterie-Regiments, war eines der Häupter der Verschwörung und Verfasser der Constitution gewesen, welche nach Umsturz des bestehenden Systems eingerichtet werden sollte. Am 14. Dec. war er nicht in Petersburg, sondern an der Spitze der Aufständischen im Süden gewesen. Nach dem einstimmigen Urtheil Aller, die ihn gekannt, war er ein Mann von großem Geist, eisernem Charakter und unerschütterlicher Ueberzeugungstreue. Die Begleitung des lutherischen Pastors Reinbott zum Schaffot hatte er abgelehnt. — Unter den petersburger Verschwörern hatte der mehrerwähnte Conrad Ryléjew die Hauptrolle gespielt, eine edle, schwärmerisch-idealistische Poetennatur. Nach seinem Austritte aus dem 1. Cadettencorps war er in die reitende Artillerie getreten, dann Secretär der amerikanischen Compagnie geworden. In seinen freien Stunden fungirte er als Sachwalter der Klagen armer und bedrückter Menschen, die in den letzten Jahren seines Lebens sein Vorzimmer beständig belagerten. — Ich habe schon gesagt, daß er sich aus eigenem Antriebe dem Aufstande vom 14. December zum Opfer brachte. Er sah das Nichtgelingen voraus, wollte aber doch einen offenen Widerstand, eine öffentliche Forderung der Volksrechte hervorrufen, weil er überzeugt war seine Bestrebungen würden Nachfolger finden, sobald nur „der Anfang gemacht sei." Er war die Seele dieses unglücklichen Unternehmens, und nahm soweit es ihm möglich war, alle Verantwortung für dasselbe auf sich; persönlich bat er den Kaiser und die Commission, daß man ihn nicht schonen solle, aber das Schicksal seiner minder schuldigen Cameraden lindern möchte. Der veröffentlichte Bericht der Untersuchungs-Commission thut dieses Umstandes besondere Erwähnung. Ich weiß nicht, wo Graf Bljudow, der Verfasser dieses Berichts, die Nachricht hergenommen hat, daß Ryléjew nicht selbst auf dem Senats-

platze erschienen sei; ich habe ihn selbst auf diesem Platze gesehen. Er konnte freilich nicht beständig auf dem Platz stehen bleiben, weil er eben an der Spitze der ganzen Verschwörung stand, die Casernen, die Wachen befuhr und die Personen aufsuchte, die nicht auf dem Sammelplatze erschienen waren. Er konnte das Commando nicht übernehmen, da er nicht mehr Militär war und nur kurze Zeit gedient hatte; er stellte sich in die Reihen der Soldaten. — In der Casematte, in der letzten Nacht erhielt er die Erlaubniß seiner Frau zu schreiben; bisweilen unterbrach er sein Schreiben, betete, und fuhr dann fort, seinen letzten Willen mitzutheilen; er suchte die Frau zu trösten und gab ihr Anweisung zur Erziehung seiner einzigen Tochter. Bei Sonnenaufgang trat der Platzmajor zu ihm herein mit der Anzeige, daß er sich in einer halben Stunde aufmachen müsse. Dem Platzmajor folgten zwei Wächter mit Fesseln. Ryléjew setzte sich, um seinen Brief zu beendigen, und bat, daß man ihm unterdessen die Ketten an die Füße legen solle. Sokolow, der Wächter, war betroffen von der Gefaßtheit und Ruhe des zum Tode Verurtheilten. Nach Beendigung des Briefes aß Ryléjew ein Stückchen Brod, trank einige Schlucke Wasser, segnete die Gefängnißwächter, bekreuzigte sich und sagte dann ruhig: „ich bin bereit!"

In der Nummer 12 der Kasematte befand sich am Vorabend der Hinrichtung Sergius Murawjew-Apostol. Seine Denkungsart, sein reiner fester Glaube hatten den Geistlichen Myslowsky schon längst vor der verhängnißvollen Stunde mit solcher Erfurcht erfüllt, daß dieser äußerte: „Wenn ich in die Kasematte des Sergei Iwanowitsch trete, so bemächtigt sich meiner jedesmal ein so andächtiges Gefühl, als ob ich vor dem Gottesdienst in das Allerheiligste einträte." — Seit frühester Jugend war sein Lieblingsgedanke das Wohl des Vaterlandes gewesen; dazu hatte er sich vorbereitet, eifrig in der polytechnischen Schule zu Paris studirt, und unabläßig darauf gedacht, Rußland eine bessere Zukunft zu bereiten. Das Ziel war noch so weit, daß er bisweilen die Geduld verlor. In einer solchen Stimmung drückte er einst sein Gefühl in folgenden an die Mauer des kiewschen Klosters geschriebenen Versen aus:

„Toujours rêveur et solitaire
Je passerai sur cette terre
Sans que personne m'ait connu;
Ce n'est qu'au bout de ma carrière
Que par un grand trait de lumière
L'on verra ce qu'on a perdu. —"

Den durch ihn erhobenen Aufstand des Tschernigow'schen Armee-Regimentes, in welchem er als Oberstlieutenant ein Bataillon commandirte, beschreibe ich weiter an gehöriger Stelle. — Sogar in den letzten Augen-

blicken seines Lebens hatte er keine Zeit an sich selbst zu denken: ihm gegenüber in der Nummer 16 saß sein junger Freund Michail Bestushew-Rjumin, diesen suchte er zu trösten und ermuthigen. Der Feuerwerker Sokolow und die Wächter Schibajew und Trosimow hinderten die zum Tode Verurtheilten nicht, sich laut zu unterhalten, sie achteten die letzten Augenblicke der Todescandidaten. — Ich habe stets lebhaft bedauert, daß diese schlichten guten Menschen nicht verstanden haben, die letzte Unterhaltung der beiden Freunde wiederzugeben; sie wußten nur, daß dieselben über die Unsterblichkeit der Seele geredet hätten.

Bestushew-Rjumin war erst 22 Jahre alt, er hatte anfangs im Semenow'schen Garderegimente als Junker gedient; als dieses cassirt wurde, trat er in das Poltawa'sche Infanterieregiment ein, wo er Offizier wurde; seiner Gewandtheit und Sprachkenntnisse wegen wurde er zu Aufträgen benutzt, die er mehreren Polen nach Kiew, Podolien, Volhynien und Warschau verkleidet und unter falschem Namen brachte. — Er war so jung, daß er sich nur schwer von dem Leben, das er kaum begonnen, trennen konnte. Wie ein Vogel im Käfig warf er sich hin und her und suchte sich zu befreien, als man ihm die Fesseln anlegte. Vor seinem Austritte aus der Kasematte nahm er von seiner Brust das Bild des Gekreuzigten (das jeder Russe trägt), um es seinem Gefängnißwächter Trosimow zum Andenken zu schenken. Ich habe dieses Bild gesehen und wollte es kaufen, aber der alte Soldat gab es nicht von sich: er hoffte die Reliquie nach seiner Verabschiedung der Schwester Bestushew's bringen zu können. — Michail Kachowsky befand sich in einer anderen Abtheilung der Kronwerk'schen Kurtine und nicht unter Aufsicht meines Wächters Sokolow, daher habe ich zu meinem Bedauern keine Auskunft über seine letzten Lebensstunden erhalten können. Er hatte in der Garde gedient und dann seinen Abschied genommen. —

Während man uns auf das Festungsglacis geleitet hatte, waren die fünf zum Tode Verurtheilten in Fesseln und Sterbehemden in die Festungskirche geführt worden, wo sie ihre eigene Todtenmesse anhören mußten. Aus der Kirche ging der Zug zum Kronwerk'schen Walle; unterwegs tröstete Murawjew-Apostol seinen Freund Bestushew-Rjumin, dann wandte er sich zu dem Priester Myslovsky und sprach sein Bedauern darüber aus, daß er genöthigt sei, die Verurtheilten zu begleiten, wie Räuber zum Richtsplatze; darauf antwortete der Geistliche mit den Worten, die der Erlöser am Kreuze dem mitgekreuzigten Räuber gesagt hatte. — Sich dem Galgen nähernd, umarmten sich die Verurtheilten unter einander: dann wurden sie in einer Reihe auf die Bank gestellt. Als aber die Schlingen umgewunden, die Bank umgestoßen war, blieben nur Pestel und Kachowsky hängen, Ryléjew, Murawjew-Apostol und Bestushew-Rjumin aber fielen auf die umgestoßene Bank und beschädigten sich.

Murawjew bemerkte mit einem Seufzer: „Auch dies verſteht man bei uns nicht zu machen.“*) — Dieſe beißende Bemerkung war durch den heftigen Schmerz ſeiner Wunde hervorgerufen worden, die ſeit dem 3. Januar noch nicht vollends geheilt war. Während man die umgefallene Bank aufhob, die Seile und Schlingen neu ordnete, vergingen noch einige Minuten namenloſer Qual. Die drei Verurtheilten, denen man bei einem ähnlichen Zufall unter anderen Verhältniſſen das Leben geſchenkt hätte, benutzten dieſe Zeit, ihr Vaterland noch einmal zu ſegnen und um eine beſſere Zukunft für ihre Mitbrüder zu beten. — Den ganzen Tag über blieben die Leichen zu ſchimpflicher Ausſtellung hängen; in der Nacht wurden ſie abgenommen, in Baſtmatten geſchlagen, auf einem Bote zum Ufer der Chuntujew-Inſel gebracht und daſelbſt in die Erde eingeſcharrt. Andere behaupten, man habe die Leichen in einen Feſtungsgraben mit ungelöſchtem Kalk verſchüttet. — So endete die Execution vom 13. Juli 1826.

Politiſcher Monatsbericht.

✕ Leipzig, Ende October.

Das Intereſſe des abgelaufenen Monats hat der ſpaniſchen Revolution angehört. Kaum ſechs Wochen ſind ſeit dem Pronunciamento von Cadix vergangen und ſchon erſcheint die neue proviſoriſche Ordnung der Dinge leidlich etablirt und iſt von Vorbereitungen zur Entſcheidung über die künftige Staatsform dieſes Landes die Rede, das binnen dreihundert und zwanzig Jahren nur einen König gehabt hatte, der dieſen Namen wirklich verdiente. Das Triumvirat Serrano-Prim-Topete hat ſeine Thätigkeit mit einer Reihe von Maßregeln inaugurirt, welche für die Aufrichtigkeit ſeines Reformeifers Bürgſchaft zu leiſten ſcheinen. Die religiöſe Toleranz iſt im Prinzip anerkannt und ſoll durch Verträge mit fremden Staaten, die Sicherheit der nichtkatholiſchen Bewohner des katholiſchen Staats gewährleiſten, die Jeſuiten ſind ausgewieſen, die ſeit den dreißiger Jahren wiederhergeſtellten Klöſter aufgehoben worden, man hat ferner den Octroy abgeſchafft und durch Herabſetzung der Zölle eine freihändleriſche Handelspolitik angebahnt. Aber ſchon dieſe erſten Verſuche haben gezeigt, wie ungeheuer die Schwierigkeiten ſind,

*) Nach einer andern Verſion ſoll Murawjew geſagt haben: „Maudit pays, où on ne sait ni conjurer, ni juger, ni pendre.“ Die Stricke, welche man den Verurtheilten um den Hals gelegt hatte, waren abgeglitten.

mit denen eine reformatorische Regierung in dem Vaterlande der kirchlichen Verdummung und des Vorurtheils zu kämpfen hat. Vielleicht nur Rußland ausgenommen gibt es in Europa keinen Staat, in welchem die Kluft so tief wäre, welche die gebildeten Classen, ihre Anschauungen, Wünsche und Bestrebungen von denen der Volksmassen trennte, und jenes Bild von dem im Koth steckenden Wagen, den die Deichselpferde nicht fortschleppen können, weil der Vorreiter die Stränge der Spitzpferde gelöst und mit ihnen davon geritten ist, das ein russischer Schriftsteller von seinem Vaterlande brauchte — gilt für Spanien vielleicht noch mehr als für die große Monarchie des Nordostens. Wo die Einen Schatten sehen, scheint den Andern goldnes Licht. Die Bildung der liberalen Mittelclassen ist der des Landvolks und der städtischen Massen um ein Jahrhundert vorausgeeilt und bei jeder Gelegenheit treten die Schwierigkeiten einer auch nur annähernden Verständigung hervor. So erbittert die Nation auch gegen die mit der Exkönigin verbündet gewesene Geistlichkeit ist, eine wirkliche Antastung der Machtstellung derselben macht ihr jedesmal ernsthafte Scrupel und auf ihre exclusive Katholicität will sie schlechterdings nicht Verzicht leisten. Die Schließung einer größeren Anzahl Klöster, wie die provisorische Regierung sie beschlossen, gilt mit Recht für ein gefährliches Experiment und vor der consequenten Durchführung des Prinzips der Toleranz und Gewissensfreiheit beben auch die entschlossensten Progressisten zurück, weil sie mit einem Fehdehandschuh gegen den Volksinstinct identisch wäre. Aehnlich steht es auf wirthschaftlichem Gebiet. Daß nur eine vollständige Entfesselung der Concurrenz und aller Productionskräfte zur Hebung des tiefzerrütteten spanischen Nationalwohlstandes führen könne, steht für alle Kundigen fest; nichtsdestoweniger hat die schüchterne Herabsetzung der Zölle in Catalonien und andern Districten, welche sich für industrielle halten, den lebhaftesten Unwillen und ernstliche Verstimmung gegen die neuen Machthaber bewirkt. „Die spanische Nation" schrieb der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg am 16. März 1815 „hat einen so absonderlichen und scharf ausgeprägten Charakter, daß man sie nicht nach den übrigen europäischen Nationen beurtheilen darf; sie hängt an Einrichtungen, welche die öffentliche Meinung in der ganzen übrigen Welt verurtheilt hat, an Ideen, welche alle übrigen Völker längst abgeschüttelt haben" (Baumgarten, Gesch. Spaniens II, S. 149). Dieses vor einem halben Jahrhundert gesprochene Wort hat noch heute seine Bedeutung. Gerade wie damals liegt noch heute die Gefahr nah, daß der spanische Liberalismus die ihm zur Seite stehenden Chancen des Augenblicks so ausbeute, daß er sich von dem Volk isolirt und dieses der Reaction in die Arme treibt. So zweifellos feststeht, daß dem Elend dieses Staats und seiner Bewohner nur durch eine gründliche und unerschrockene Reform auf allen Lebensgebieten geholfen werden könne, so

halsbrechend erscheint der Versuch dieser Reform, auch wenn die Führer aller liberalen Parteien zusammenstehen und es über sich gewinnen untereinander Frieden zu halten.

Daß der Waffenstillstand bis zu ausgemachter Sache, den die Parteiführer einander gelobt haben, von Dauer sein werde, kann aber nicht einmal gehofft werden. An der Spitze der Regierung stehen ehrgeizige, in Militärverschwörungen und Pronunciamientos ergraute Generale, die die Süßigkeit der Macht zu genau kennen, um auf die Ausübung derselben zu Gunsten des Vaterlandes und der gemeinen Sache verzichten zu wollen. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die künftige Regierungsform durch ein Volk feststellen zu lassen, dessen Majorität weder lesen noch schreiben kann, Aberglauben mit Religiosität, Gehorsam gegen seine Priester mit Moralität, Zuchtlosigkeit mit Freiheit, Bildung mit Losgebundenheit von jeder Autorität verwechselt. Die verschiedenen Candidaturen, welche für Wiederbesetzung des erledigten Throns in Vorschlag gebracht wurden, sind in diesen Blättern wiederholt und ausführlich erörtert worden — unter den vielen ist keine, der nicht Bedenken und Hindernisse der mannigfachsten Art entgegenstünden. Die monarchisch-constitutionelle Partei hat dem Andringen der zahlreichen Republicaner keinen einzigen wahrhaft populären Namen entgegenzuhalten und für eine Monarchie ohne bestimmten Monarchen Propaganda zu machen ist ein aussichtsloses Unternehmen. Bezeichnend genug ist, daß selbst von den Gliedern der provisorischen Regierung keines eine bestimmte Candidatur vertritt, obgleich alle für monarchisch gesinnt gelten wollen. Nicht einmal von Prim, dem bekanntesten unter den Revolutionsmännern, steht fest, ob er für Montpensier, Dom Luis oder für den Prinzen Alfred von England arbeitet; seine im Gaulois abgegebene Erklärung, daß er selbst von allen ehrgeizigen Wünschen frei sei, läßt sogar darauf schließen, daß dieser kühne Abenteurer mehr von der Ehrsucht eines Wallenstein oder Cromwell, als von der Uneigennützigkeit Washington's und Cavaignac's habe. Daß die Candidatur eines spanischen Bürgers aber mit tödlichem Parteikampf identisch wäre, kann Niemand zweifelhaft sein. Topete, Serrano und die übrigen Heerkönige werden schwerlich länger tugendhaft zu bleiben vermögen, als der Graf von Reus.

Die Frage, auf welche es zunächst ankommen wird, wird die sein, ob der allgemeinen Volksabstimmung constituirende Cortes vorhergehen oder nicht, und ob diese im Stande sein werden, die eigentliche Entscheidung in den Händen zu behalten. Das phrasenreiche Manifest der provisorischen Regierung, welches am 20. October in Form eines Rundschreibens an die diplomatischen Agenten veröffentlicht worden, spricht sich im Sinne der letzten Eventualität aus, aber ziemlich verhüllt und ängstlich. Auch die an die provisorische Regierung ge-

richtete Erklärung, welche die madrider Junta kurz vor ihrer freiwilligen Auflösung veröffentlicht hat, schließt sich der Meinung an, daß die Volksabstimmung im gegenwärtigen Augenblicke bedenklich wäre und durch den Zusammentritt einer constituirenden Versammlung vorbereitet und geweiht werden müßte — zu einer ausdrücklichen Verwerfung des Suffrage universel hat es aber auch ihr an Muth gefehlt. Und doch kommt Alles darauf an, daß die Zukunft des Landes nicht bedingungslos in die Hände unzurechnungsfähiger Phrasen- oder Pfaffenknechte gelegt werde, für die es nur ein „Entweder oder", d. h. ausschweifende Freiheit oder blinde Unterwerfung unter irgend einen Namen gibt. Die letzte Gefahr scheint im Augenblicke allerdings geringer zu sein, als die erstere, da das Volk noch unter dem vollen Eindruck der Jämmerlichkeit des alten Systems steht und Don Enrico, der Erbe der Traditionen des Carlismus, bis jetzt nur bei einigen Räuberhaufen in den pyrenäischen und baskischen Bergen Geschäfte gemacht hat.

Die Regierungen der Staaten, welche Zeugen der spanischen Revolution gewesen, stehen der provisorischen Regierung von Madrid bis jetzt noch sehr reservirt entgegen, obgleich sich nirgend, auch in Frankreich nicht, ernste und opferbereite Sympathien für die Sache der zweiten Isabella gezeigt haben. Einstimmig ist nur der Wunsch, daß es nicht zu einer Republik komme. Frankreich steht all' den drei Eventualitäten, welche die meiste Wahrscheinlichkeit für sich haben, gleich negativ entgegen; der Kaiser ist mit Hand und Fuß gegen eine Republik, die Vereinigung mit Portugal und die Einsetzung des Herzogs Anton von Montpensier erscheint ihm aber ebenso unzulässig, wie die Aufrichtung der Staatsform, welche er in Frankreich zu Fall gebracht hat. Italien soll dem Gedanken an eine spanische Republik so abgeneigt sein, daß es lieber den Herzog von Aosta nach Madrid schicken, als ein königloses Reich im Süden der Pyrenäen sehen will. Und doch sind die Zeiten, in denen europäische Republiken ansteckend wirkten, so gründlich vorüber, daß das monarchische Princip von denselben nichts mehr zu fürchten hat, ja durch republikanische Experimente in Spanien eher gewinnen als verlieren würde. Der Glaube an die Heilkraft und Lebensfähigkeit großer Republiken ist durch die französischen Erfahrungen von 1848 und 1851 gründlicher geschädigt worden, als durch all' die theoretischen und praktischen Anfeindungen, welche diese Staatsform seit dem Jahre 1799 erlitten hat. Eine spanische Republik wäre sicherlich mehr geeignet von diesem „Laster" zu entwöhnen, als zu ihm anzureizen und die Furcht, welche einzelne Regierungen vor derselben zeigen, ist nur ein Stück unüberwundenen politischen Aberglaubens.

Die Rolle, welche in der öffentlichen Meinung Frankreichs bisher das

neue Deutſchland eingenommen hatte, wird ſeit den letzten ſechs Wochen von Spanien geſpielt. Die prickelnde Neugier der Pariſer, welche ſich nicht zufrieden gibt, bevor ihre Frage „quid novi“ durch irgend eine politiſche Tagesneuigkeit beantwortet iſt, beſchäftigt ſich mit Conjecturen über die künftige Beſetzung des ſpaniſchen Throns, die lärm- und reclamebedürftige Preſſe nährt ſich mit Briefen von und an Prim und die Schönredner und Schaumſchläger im größeren Styl finden an der vermeintlichen Unterſtützung der einen oder andern ſpaniſchen Candidatur die nöthige Beſchäftigung. Der Gaulois hat ſich durch ſeine Beziehungen zu einzelnen Häuptern der proviſoriſchen Regierung von Madrid für einige Zeit in Mode gebracht und ſorgt dafür, daß nur von Spanien und nur von Spanien die Rede iſt; Herr von Girardin, der vergeblich auf die ſpaniſche Republik pointirte, macht ſeiner Verſtimmung über die ſecundäre Stellung, in welche er augenblicklich gerückt worden iſt, durch abſprechende Kritik von Zuſtänden Luft, die ſich ſeiner Beurtheilung ebenſo entziehen, wie der der übrigen nicht ſpaniſchen Welt; der kaiſerliche Vetter iſt wiederum um eine Hoffnung ärmer geworden und der Kaiſer, endlich in die Nähe ſeiner Hauptſtadt zurückgekehrt, hüllt ſich in das tiefe Schweigen, welches regelmäßig der Kreuzung ſeiner Pläne zu folgen pflegt. Die ſpaniſche Hofpartei der Kaiſerin hat ſich durch ihre anfängliche Parteinahme für die Königin Iſabella eine arge Schlappe zugezogen und mußte erleben, daß ihre Erklärungen über die Solidarität der dynaſtiſchen Intereſſen dieſſeit und jenſeit der Pyrenäen durch den Kaiſer Lügen geſtraft wurden. Eine feſte Poſition hat das Tuileriencabinet gegenüber der ſpaniſchen Revolution noch nicht nehmen können; der Republik und der Inthroniſirung des Herzogs von Montpenſier ebenſo abhold, wie der Verwirklichung der iberiſchen Idee, ſieht der Kaiſer ſich in die peinliche Lage verſetzt, eine Entſcheidung abwarten zu müſſen, die ihm unbequem ſein wird, mag ſie ausfallen wie ſie wolle. Jede der drei Eventualitäten, welche für die Löſung der ſpaniſchen Frage wahrſcheinlich ſind, wird, ſobald ſie in den Vordergrund tritt, in Frankreich als die ſchlimmſte bezeichnet und doch hat man weder das Recht noch die Macht, dieſelbe abzuwenden. — Der große Umfang der Verluſte, welche den Bonapartismus in den letzten Jahren getroffen, iſt wieder einmal in peinlichſter Weiſe blosgelegt. Der ſchmeichelhafte Empfang, der der „Gräfin von Madrid“ am franzöſiſchen Hof geworden, läßt durchſehen, nach welcher Seite die kaiſerlichen Sympathien ſich neigen; auf den Volkswillen in Spanien üben dieſelben aber nicht die geringſte Wirkung und nach den neueſten Nachrichten ſind die Actien des verhaßten Montpenſier ſeit der Weigerung Ferdinands von Koburg-Cohary ſogar beträchtlich geſtiegen. Jede Woche, um welche die Entſcheidung in Madrid hinausgeſchoben wird, rückt zugleich die Hoffnungen der preußenfeindlichen Kriegspartei um einen neuen

Monat weiter hinaus und der Druck, den die Unkosten der reorganisirten Armee auf den Staatssäckel üben, ist so empfindlich, daß der Kaiser selbst, den Geldverlegenheiten sonst nicht zu tangiren pflegten, auf Vorschläge zu einer allgemeinen Entwaffnung denkt oder doch eine Zeit lang gedacht hat. Die neue europäische Karte, welche die die friedliche Haltung Frankreichs als durch die günstigen Resultate seiner Machtentwickelung seit 1815 bedingt nachweisen soll und neuerdings von den pariser Officiösen gefeiert wird, zeigt, daß es mit dem unerschöpflichen Vorrath an Mitteln zur Beschäftigung der nationalen Selbstgefälligkeit stark zu Ende geht und die Unruhe, welche der auf diese Karte bezügliche Artikel der France an der pariser Börse erregt hat, läßt dieses Beschwichtigungsmittel als nicht besonders glücklich gewählt erscheinen.

Dem Glauben an die Möglichkeit einer Wandelung der inneren Politik Frankreichs in liberalem Sinne sind die den Frieden erzwingenden Ereignisse des letzten Monats nicht zu Gute gekommen. Und doch würde nur eine solche Wandelung der Erhaltung des Friedens solide und dauernde Bürgschaften bieten. Wohl ist davon die Rede, den bei den Friedens- und Freiheitsfreunden populärsten der kaiserlichen Räthe, den Staatsminister Rouher mit der Leitung der inneren Angelegenheiten zu betrauen, aber alle Welt weiß daß das nur den Sinn haben würde, die Leitung der nächsten Wahlen für den gesetzgebenden Körper in eine geschicktere Hand zu legen, als die des Herrn Pinard, und daß nach Ansicht der am Hof maßgebenden Kreise die äußerste Grenze der dem französischen Volke zuträglichen Freiheiten längst überschritten ist. Seit mit dem Grafen Walewski einer der letzten älteren Vertrauten des Kaisers zu Grabe gegangen ist und die Verwalter der verschiedenen Ministerien mehr die Rolle von Commis als von selbstthätigen und selbstdenkenden Staatsmännern spielen, prävaliren am kaiserlichen Hof die kleinlichen und dem eigentlichen Staatsinteresse völlig fremden Einflüsse der Umgebung der Kaiserin und die liberale Schattirung der imperialistischen Partei hat kaum noch einen Mann aufzuweisen, dessen persönliche Beziehungen zum Staatsoberhaupt in Betracht kämen. Für Glücksritterschaft und Intrigue ist die auswärtige Politik aber ein ungleich dankbareres Feld, als die Beschäftigung mit den Fragen des inneren Staatslebens, zu welcher es schöpferischer Ideen und solider Kenntnisse bedarf, und so erscheint völlig begreiflich, daß die Hofgesellschaft ihr Möglichstes thut, um die diplomatischen Fragen immer wieder in den Vordergrund zu ziehen und mit diesen den täglichen Bedarf an Emotionen und spielenden Beschäftigungen zu bestreiten.

Wie groß das Maß der Verlegenheiten ist, welche auf der auswärtigen Politik Frankreichs lasten, hat sich neulich in einer Rundschau, welche der Moniteur du soir über die gegenwärtige Lage Europas hielt, auf das schlagendste

offenbart. Mit guten Beziehungen und nachhaltigen Einflüſſen in Spanien und Italien ließ ſich ebenſo wenig renommiren, wie mit dem Reſpect, den man Preußen und Deutſchland eingeflößt hätte, oder den guten Beziehungen zu Rußland; ſelbſt von dem Project einer militäriſch-commerciellen Alliance mit Holland und Belgien ließ ſich noch nicht öffentlich reden, da daſſelbe bis jetzt keine Chancen auf Erfolg hat. So mußte der hohe Werth der Freundſchaft Oeſtreichs in ein möglichſt helles Licht gerückt werden und um die Franzoſen glauben zu machen, Hand in Hand mit Herrn von Beuſt vermöchte der Kaiſer immer noch den Welttheil aus den Angeln zu heben, verſtieg das officielle pariſer Organ ſich zu nachſtehendem Urtheil über die gegenwärtige innere Lage des öſtreichiſchen Kaiſerſtaats: „Ungeachtet einzelner Schwierigkeiten befeſtigt ſich die Neugeſtaltung der öſtreichiſchen Monarchie mit jeden Tage und die feindlichen Strömungen, welche ſich auf den Landtagen von Prag und Lemberg geltend machten, haben weder die wohlwollenden Abſichten des Kaiſers Franz Joſeph, noch die Gefühle der Dankbarkeit und des Vertrauens bei ſeinen Völkern abzuſchwächen vermocht.“ Selbſt wenn man dieſen Satz umkehrte und behauptete, die Vorgänge in Galizien und Böhmen hätten hingereicht, was von Vertrauen bei den Völkern und von gutem Willen bei der Regierung übrig geblieben, zu erſchüttern, man hätte doch noch nicht die Düſterkeit des Bildes erreicht, welches in denſelben Tagen von der „Neuen freien Preſſe“ vor den Augen des neuverſammelten wiener Reichsraths entrollt wurde. „Der Zeitabſchnitt von der einen bis zur andern Parlamentsſeſſion iſt in einigen Tagen beendet: er iſt düſterer und unruhiger geweſen, als wir gefürchtet hatten“ — ſo beginnt die Rundſchau welche das officiöſe Organ des öſtreichiſchen Liberalismus über die vier Monate hält, welche ſeit dem 24. Juni dieſes Jahres verfloſſen ſind. Und in der That — die Unmöglichkeit, eine Staatsform für Oeſtreich zu finden, welche den Anſprüchen der drei Hauptgruppen: Deutſchen, Magyaren und Slaven in gleicher Weiſe entſpräche, hat ſich kaum jemals ſo ſchlagend ausgewieſen, wie bei dem Verſuch, die Arbeit des Reichstags vom erſten Halbjahr 1868 durch die territorialen Landtage beſiegeln zu laſſen. So groß iſt die Zerfahrenheit der Nationalitäten und Stämme, welche in Betracht kommen, daß nicht einmal innerhalb der einzelnen Hauptgruppen eine Einigung erzielt werden konnte, welche für das Gelingen des ſtaatlichen Neubaus Garantien böte. Während die Ruthenen Galiziens nach Rußland, die Raizen nach Serbien gravitiren, die Polen die Wiederherſtellung der alten „königlichen Republik“ als letztes Ziel ihrer Politik bezeichnen, die Czechen die Reconſtruction des Föderativſyſtems anſtreben, kämpfen in Deutſchöſtreich die Parteien der Conſtitutionell-Liberalen und der altöſtreichiſchen Ultramontanen auf Tod und Leben. Nicht nur, daß die Renitenz der Biſchöfe gegen die

Reichstagsbeschlüsse in fast allen außerungarischen Theilen der Monarchie die gleiche ist, das wichtige Kronland Tyrol stellt sich als solches in das Lager der Opposition gegen das neue östreichische Staatsleben und zerreißt damit die Phalanx der deutschen Landtage, welche das Gegengewicht gegen die Separatisten von Prag und Lemberg bilden sollten!

Sind es im Augenblick auch die böhmischen Wirren, welche trotz der energischen Maßnahmen des F. M L. v. Koller den Hauptgegenstand der ministeriellen Sorgen bilden, so erscheinen die galizischen Schwierigkeiten doch als die ernsteren, vielleicht die ernstesten mit denen der Versuch einer Regeneration des Kaiserstaates zu kämpfen hat. Daß Böhmen trotz seiner Nähe von dem Centrum der Regierung und trotz der zwei Millionen deutscher Bewohner, welche zur schwarz-gelben Fahne halten, überhaupt als bedrohter Punkt erscheinen kann, zeigt, auf wie schwankendem Fundament das gesammte Staatsgebäude steht; immerhin wird es einer energischen Regierung möglich sein, der Gefährlichkeit der czechischen Opposition gewisse Schranken zu setzen. In Galizien dagegen hat das Cabinet mit zwei gleich gefährlichen Parteien zu rechnen, ohne denselben innerhalb Landes irgend ein anderes Gegengewicht als die soldatische Gewalt entgegen setzen zu können. Hier wo es sich ausschließlich um rivalisirende Nationalansprüche handelt, ist die Wirkung der liberalen Reformen gleich Null; Polen und Ruthenen sind für die Angebote, welche ihnen der abstracte wiener Liberalismus machen kann, gleich unzugänglich. Ob man in Wien das Concordat auflöst oder nicht auflöst, Preßprocesse durch Geschworene oder staatlich bestellte Richter austragen läßt, ist den hier streitenden Mächten im Grunde völlig gleichgiltig; alles was in Wien geschieht und nicht geschieht wird lediglich aus dem einen Gesichtspunkte beurtheilt, ob es ein Gewicht in die polnische oder in die ruthenische Wagschale wirft; an die Bedürfnisse Deutschöstreichs und den Maßstab, mit dem man hier die Brauchbarkeit der Staatslenker ausmißt, reichen beide galizische Stämme noch nicht heran. — Dem Zusammentritt des wiener Reichstags folgt die vorläufige Vertagung desselben so rasch auf dem Fuß, daß dieses Parlament noch nicht Zeit gehabt zu haben scheint, sich zu den Ereignissen der letzten Monate zu äußern. Das Präsidium des cisleithanischen Cabinets ist vorläufig in den Händen des Grafen Taaffe geblieben und die constitutionelle Maschine arbeitet mit Reformen des Ehe- und Preßgesetzes weiter, als sei ihr Apparat noch derselbe, wie am 24. Juni d. J. Daß das wankende Vertrauen des deutsch-östreichischen Liberalismus durch die bevorstehenden Delegationsberathungen (die in Pesth und nicht in Wien abgehalten werden sollen) gekräftigt werden wird, erscheint trotz der befestigten Stellung der Deákisten wenig wahrscheinlich — man braucht nur auf die kleinlaute Sprache der liberalen und officiösen Organe Wiens zu achten, um zu merken, daß die Schwingen des östreichischen Doppeladlers

nach kurzem Fluge wieder gelähmt ſind. Von allen Seiten wird beſtätigt, daß viele außeröſtreichiſche Deutſche (und unter dieſen zählen dieſelben Nationalen mit, denen noch vor einem halben Jahre vorgeworfen wurde, ſie ſähen der Neugeſtaltung des Kaiſerſtaates mißgünſtig zu) einen Glauben an die Heilkraft des liberalen wiener Syſtems zeigten, nach dem man ſich in Oeſtreich ſelbſt vergeblich umſehe.

Deutſchland, deſſen politiſche Ferien in dieſem Jahre länger dauern, als die ſeiner meiſten Nachbarn, iſt in den letzten Wochen weſentlich auf die Rolle des Zuſchauers auswärtiger Ereigniſſe beſchränkt geblieben. Aus dem Gebiet des inneren Staatslebens iſt wenig zu melden. In Hannover hat Graf Eulenburg den Triumph gefeiert, ſeine Vorſchläge für die provinzielle Selbſtverwaltung nicht nur genehmigt, ſondern durch die Führer der nationalen Partei auf dem Provinziallandtage unterſtützt zu ſehen; in Naſſau, Schleswig, Kiel, Rendsburg und Kaſſel ſind die Provinziallandtage vor Kurzem zuſammengetreten. Die ſouveränen Fürſten des deutſchen Südens und was ihnen anhängt erfreuen ſich eines harmloſen Stilllebens, das nach den Kämpfen und Stürmen des vorigen Halbjahrs als Wiederkehr der alten guten Zeit begrüßt und gelegentlich mit kleinen Handſtreichen gegen anrüchige Freunde der nationalen Sache gefeiert wird. In Stuttgart iſt der Hofprediger Grüneiſen wegen Mangel an orthodox-ſchwäbiſcher Geſinnung trotz langjähriger treuer Dienſte in der Stille beſeitigt worden; die bairiſche Regierung, welche unſern Optimiſten für den Saul unter den ſüddeutſchen Propheten gilt und die mit Preußen noch jüngſt einen Vertrag über Gegenſeitigkeit in Verfolgung von Preßvergehen abgeſchloſſen hat, um reſpective Majeſtätsbeleidigungen unmöglich zu machen, Baiern hat dem Dichter Emmanuel Geibel — gleichfalls in der Stille — die ſeit vierzehn Jahren genoſſene Penſion entzogen, weil er den Einzug König Wilhelm's in die Mauern von Lübeck durch ein patriotiſches Gedicht feierte; nur in Baden wird das im Jahre 1866 für die nationale Sache wiedereroberte Terrain muthig und conſequent vertheidigt. — Während die übrigen deutſchen Parteien noch in der früheren Regungsloſigkeit beharren, hat die ſocialiſtiſche während des letzten Monats eine außerordentliche Rührigkeit entfaltet. Ungeachtet der zahlloſen Spaltungen, welche das ſocialiſtiſche Lager zerreißen — es laſſen ſich nicht weniger als fünf verſchiedene Fractionen nachweiſen, welche alle für die echten Erben Laſſalle's gelten wollen — machen die Beſtrebungen für Anſchluß der deutſchen Arbeiter an die verwandten Agitationen in Belgien, England und der Schweiz erhebliche Fortſchritte. Unter ſolchen Umſtänden verdienen die neuen giftigen Ausfälle der Kreuzzeitung gegen Schulze-Delitzſch beſonders harte Verurtheilung. Wenn die Partei, welche hinter dieſem Organ ſteht, die alte Freund- und Gevatterſchaft mit den Jüngern

Laſſalle's im gegenwärtigen Augenblick wieder aufzunehmen gedenkt, ſo zeugt ſchon die Wahl des Zeitpunkts für ihre Unbelehrbarkeit. Mag die altconſervative Partei auch deſſen gewiß ſein, daß Herr von Schweitzer zu den Geiſtern gehört, die ſich wieder beſchwören laſſen, wenn ſie läſtig werden — ſeit Jahr und Tag weiß der harmloſeſte Zeitungsleſer, daß die Sache des vierten Standes in Preußen den Herausgeber des Socialdemokraten nicht mehr braucht und daß derſelbe täglich durch eine Legion anderer Führer erſetzt werden kann. Nur der völlig urtheilsloſe Leichtſinn kann mit einem Dinge ſpielen, deſſen Rolle in der künftigen Geſtaltung der europäiſchen Dinge ſchlechterdings nicht abzuſehen iſt, deſſen Intereſſen zu eigenartig beſchaffen ſind, um irgendwelche Alliancen nach rechts offen zu laſſen.

An dem diplomatiſchen Himmel Preußens hat ſich nur ein einziges Gewölk, die von franzöſiſchen Preßſtimmen unterſtützte Mahnung Dänemarks zu allendlicher Regulirung der ſchleswig-jütiſchen Grenze, gezeigt. Die berliner Regierung ſoll die Abſicht haben, dieſe Angelegenheit nicht dem bevorſtehenden preußiſchen Landtage, ſondern dem nächſten Reichstage vorzulegen, mithin in das nächſte Jahr hinauszuſchieben. Den Landtag erwartet nächſt den Berathungen über die Umgeſtaltung der Provincial- und Kreisverfaſſung (an deren diesjährigen Abſchluß kaum Jemand innerhalb oder außerhalb Preußens glaubt) die Aufgabe, für ein Deficit von fünf Millionen Rath zu ſchaffen, ein Umſtand, der der „Temperatur" des Hauſes am Dönhofsplatz nicht zu Gute kommen wird, wenn die Officiöſen auch eine Deckung ohne Steuererhöhung in Ausſicht geſtellt haben. Den Miniſtern des Innern und des Cultus ſteht eine ziemlich lange Reihe von peinlichen Interpellationen aus den alten, wie den neuen Provinzen bevor und wenn der Gegenſatz zwiſchen Alt- und Neupreußen nicht auch diesmal einen Keil in die Geſchloſſenheit der alten Parteien treibt, ſo wird das Verhältniß des Cabinets zur Majorität ſelbſt im Vergleich zum letzten, bereits ziemlich ſtürmiſchen Frühjahrs weſentlich verſchlimmert ſein.

In Rußland, deſſen Herrſcher nach mehrmonatlicher Abweſenheit in Deutſchland Anfang October in ſeine Reſidenz zurückgekehrt iſt, wird das Syſtem der Vernichtung alles deſſen, was von polniſchem Weſen in dem „Weichſellande", in Litthauen und in Weißrußland übrig geblieben, unaufhaltſam bis in ſeine letzten Conſequenzen durchgeführt. „Um die Confeſſionsfrage von der Nationalitätsfrage zu trennen" ſind Anſtalten getroffen, die ruſſiſche Sprache in die katholiſchen Gottesdienſte einzuführen; katholiſche Ritualbücher und Katechismen waren ſchon früher in das Ruſſiſche übertragen worden, und wie der Golos neulich berichtete, exiſtirt auch Luther's kleiner Katechismus in einer ruſſiſchen Ausgabe — zunächſt um in den polniſch- und deutſch-proteſtantiſchen Gemeinden des wilnaer Generalgouvernements

eingeführt zu werden. Daß in weiterer Perſpective auch an eine Einführung dieſes nationalen Vehicels in Liv-, Eſth- und Kurland gedacht werde, iſt von der Preſſe der national-demokratiſchen Partei bereits ziemlich deutlich geſagt worden. Der fanatiſche Eifer gegen die deutſchen und polniſchen Elemente in der weſtlichen, zur Aſſimilation mit der „herrſchenden Nationalität" beſtimmten Reichshälfte ſteht auf einer Höhe, die man für den Zenith der geſammten ſeit 1863 in Fluß gekommenen Bewegung halten könnte, wenn nicht bekannt wäre, daß die Einführung der ruſſiſchen Sprache in die katholiſchen Gottesdienſte mit dem Siege einer gemäßigten Fraction der Nationalpartei identiſch iſt. Die Enragés des Panſlavismus, die ſogenannten Slavophilen, haben dieſe Maßregel aufs Lebhafteſte bekämpft, weil ihnen die Begriffe Ruſſenthum und Alleinherrſchaft der griechiſch-orthodoxen Kirche gleichbedeutend ſind und ſie die förmliche Ausrottung der „fremdländiſchen" Confeſſionen mit Hilfe einer gut organiſirten Propaganda fertig zu bringen gedenken; Katkow, der Redacteur der Moskauſchen Zeitung, bekämpfte den Plan der Ausrottung des Katholicismus dagegen aufs Aeußerſte, indem er nachwies, daß derſelbe unausführbar ſei und nur einen verſtärkten Einfluß des polniſchen Clerus auf die der Regierung gewonnenen Bauern zur Folge haben werde. Nach jahrelangem Kampf gegen das nationale Vorurtheil und die Furcht der Geiſtlichkeit, welche in einer ruſſiſch-katholiſchen Kirche eine gefährliche Rivalin ſieht, hat der einflußreiche Publiciſt endlich ſein Programm durchgeſetzt.

Nächſt den Vernichtungsmaßregeln gegen Polen haben der Erlaß eines Geſetzes über Umgeſtaltung der Agrarverhältniſſe in Beſſarabien und die Eröffnung neuer Eiſenbahnlinien (Riga-Mitau und Smolensk-Witepsk) die Aufmerkſamkeit des ruſſiſchen Publicums hauptſächlich beſchäftigt. Ueber eine andere, erſt zu bauende Linie, welche auch für Preußen von großer Wichtigkeit iſt, wird in der ruſſiſchen Preſſe noch lebhaft geſtritten: die Nationalpartei wünſcht den kurländiſchen Hafenort Libau mit Kowno zu verbinden, um den weſtruſſiſchen Export, der bisher auf Königsberg gerichtet war, nach Libau zu dirigiren und dieſe Stadt dadurch mit dem Innern Rußlands und deſſen Intereſſen enger zu verbinden. In den Oſtſeeprovinzen ſähe man Libau lieber mit Riga verbunden und die Regierung ſcheint bis jetzt dieſem letzteren Project zuzuneigen. Die moskauer Preſſe ermangelt nicht, dieſe „Schädigung der ruſſiſchen Intereſſen" preußiſchen Intriguen zur Laſt zu legen und dadurch den tiefen Groll zu nähren, den ihre Anhängerſchaft ſchon lange gegen den aufſtrebenden, von der ruſſiſchen Vormundſchaft emancipirten preußiſch-deutſchen Staat hegt. Die ruſſiſch-preußiſche Alliance iſt von dieſer Seite her ſchon vor einiger Zeit Angriffen ausgeſetzt geweſen, die denen der wiener und pariſer Preſſe an Rückſichtsloſigkeit nichts nachgaben. In den letzten Wochen ſind die offenen Angriffe der Nationalpartei gegen Preußen

übrigens wieder verstummt, merkwürdigerweise ohne daß darum die orientalische Frage, die Grundlage der Entente zwischen den beiden großen Militärstaaten des Nordostens, in den Vordergrund geschoben worden wäre.

Der vierte deutsche Handelstag.

I.

Drei Jahre waren verflossen, seit in Frankfurt a. M. der dritte deutsche Handelstag seine großentheils im Wege des Compromisses entstandenen und deshalb von vorn herein etwas farblosen Beschlüsse gefaßt hatte. Drei ereignißvolle Jahre; im September 1865 galten in der Versammlung, deren reelle Basis die Unbefangenen doch auch da schon ausschließlich im deutschen Zollverein erblicken konnten, die Oestreicher noch als vollberechtigte Glieder, wenn sie auch nicht so zahlreich erschienen waren, wie in München, wohin sie die brüderliche Absicht, in die Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag ein Kukuksei zu legen, in hellen Haufen getrieben hatte. Seit dem prager Frieden waren sie thatsächlich ausgeschieden. Im Concertsaale des Schauspielhauses zu Berlin erhob sich stolz inmitten der Farben der Bundesglieder die schwarzweißrothe Fahne; mit einem Hoch auf den Schirmherrn des norddeutschen Bundes und des Zollvereins, in dessen Namen der preußische Handelsminister die Versammlung bewillkommnete, wurden die Verhandlungen eröffnet. Und der schüchterne Versuch, den bei der Debatte über Art. 2 des Statuts Moll-Mannheim machte, durch Verwandelung der Worte „im Zollparlament vertretene Staaten“ in „deutsche Staaten“ den „ideellen“ Standpunkt zu wahren, war mit dem stolzen Wort beseitigt, das Witte-Rostock ihm entgegenrief: Wir sind jetzt eine Nation geworden!

Als nach den heißen Julitagen 1866 die Wogen der Aufregung zu ebben begannen und der Handelsstand den Saldo der neugeschaffenen Verhältnisse zu ziehen versuchte, da erhob sich auch die Frage nach der ferneren Berechtigung eines Instituts, welches dem Verlangen nach Einigung der deutschen Staaten auf wirthschaftlichem Gebiet seine Entstehung verdankt und in dem Streben danach seine Aufgabe gefunden hatte. Vergleichen wir den Artikel 4 der Verfassung des Norddeutschen Bundes mit den früheren Beschlüssen des Handelstags, so dürfen wir bekennen: ein großer Theil der letzteren, die als fromme Wünsche sich an die dreißig und etlichen Regierungen gerichtet hatten, ist in jenem Artikel krystallisirt. Manche seiner lakonischen Bestimmungen sind seitdem zur Wahrheit geworden. In dem Vertrage vom 8. Juli 1867 hat das Band der wirthschaftlichen Interessen, welches die Mainlinie nicht

kennt, wenigstens eine festere Gestalt gewonnen, und die erste Session des Zollparlaments, das in der Zeit vor Königgrätz uns bescheidenen Politikern fast der Gipfel aller Wünsche däuchte, liegt bereits hinter uns. Aber sollte deshalb der Handelstag nun erklären: wir sind am Ziele, laßt uns die Hände in den Schoß legen —? Mag seine Aufgabe jetzt eine bescheidenere genannt werden, wir lassen es gelten, sofern jedes wirkliche Arbeiten auf staatlichem und wirthschaftlichem Gebiet eine bescheidenere Aufgabe ist, als das Beschließen welterschütternder Resolutionen. Sagen wir lieber: das Haus ist jetzt gebaut, an dessen innerer Einrichtung mitzuarbeiten uns vergönnt ist — eine Arbeit, deren Schwierigkeit zu unterschätzen die Erfahrungen des letzten Jahres uns wenig Veranlassung bieten; und wenn die benannten Zahlen, mit denen wir nunmehr rechnen, nicht ganz so stolz klingen wie die früheren unbenannten, so haben wir dafür einen fruchtbringenden Boden gewonnen. Diese Erkenntniß, welche die Vertreter des deutschen Handels und Gewerbfleißes so zahlreich nach der Bundeshauptstadt geführt hatte, zog sich als rother Faden durch die Verhandlungen des 20. bis 23. October hindurch.

Die reiche Tagesordnung, zu deren Erledigung der bleibende Ausschuß ursprünglich nur drei Tage bestimmt hatte, mochte durch den rascheren Pulsschlag unseres staatlichen Lebens bedingt worden sein. In der Zollfrage hatte das Plenum des Handelstags sich noch gar nicht ausgesprochen; nur vom Ausschuß war eine, die Einzelwünsche zusammenfassende Denkschrift ausgegangen, deren schutzzöllnerische Färbung die bekannte, inzwischen glücklich beseitigte Differenz mit den Vertretern der Ostseeplätze hervorgerufen hatte. Nachdem am ersten Tage die mit allzu deutscher Gründlichkeit behandelte Organisationsfrage nur eine Stunde für das Referatin der Münzfrage übrig gelassen, drängte sich am zweiten Tage die Nothwendigkeit auf, einen Tag zuzulegen. Dessenungeachtet mußte man am Freitag (den 23.), als dessen Aufgabe die Erledigung der wichtigsten unter den so wichtigen Zolltarif-Fragen geblieben war, die Artikel Tabak, Reis und Lumpen von der Tagesordnung streichen — zum großen Schmerz der badenser und der bremer Herren, die in der Tabakfrage längst die Waffen gegen einander gewetzt hatten, und der Vertreter der übrigen Seestädte, unter denen der allezeit kampflustige Stephan-Königsberg schon bei dem ersten gemeinsamen Diner in dem Präsidenten Reincke-Altona den Mann gefeiert hatte, der uns alle Lumpen aus Deutschland zollfrei hinauszuschaffen verheiße, während andererseits ein von zahlreichen Papierfabrikanten unterzeichneten Protest gegen solche „Schädigung der nationalen Industrie" auf dem Tisch des Hauses lag. So blieben unter den Zoll-Artikeln nur Zucker und Eisen stehen. Am Mittwoch wurden außer der Münzfrage, welche die Stunden von 9 bis gegen 1 Uhr beanspruchte, von 2 bis ½ 7 Uhr folgende Gegenstände erledigt:

Eisenbahn-Frachtwesen, Handelsgerichte, Concursordnung; am Donnerstag: Wechselstempel, Markenschutz und Versicherungswesen; außerdem die Neuwahl des bleibenden Ausschusses. Die Aufgabe des Vorsitzenden war bei der Menge der Verhandlungsgegenstände und bei der Fluth gedruckter und geschriebener Amendements, in denen das rege Interesse der Theilnehmer unaufhörlich Ausdruck suchte, keine beneidenswerthe. Hr. Reincke entledigte sich derselben bis zuletzt mit unveränderter Frische und Liebenswürdigkeit; nur am Donnerstag Nachmittag ließ er sich durch den ersten Vicepräsidenten, Liebermann-Berlin, vertreten.

Von der glänzenden Soirée im Kroll'schen Etablissement, welche die ernsten Arbeiten unterbrach, haben die Tagesblätter speciell berichtet. Mochte man in den dort gehaltenen Reden, denen schon das Programm nur eine bescheidene Stelle eingeräumt hatte, den warmen Hauch vermissen, welcher den Mitgliedern des Zollparlaments die Feste des 21. und 22. Mai unvergeßlich gemacht hat, so war doch sonst die Stimmung eine überaus belebte und der Verkehr unter den Theilnehmern voller Herzlichkeit.

Wenden wir uns nun zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung, so dürfen wir

I. über die Organisationsfrage kurz hinweggehen. Von einschneidender Bedeutung war nur der von Königsberg ausgegangene, vom Ausschuß adoptirte Vorschlag, das Stimmverhältniß im Plenum nach der Bedeutung der einzelnen Corporationen, entsprechend den jährlichen Beiträgen zu normiren und diese demgemäß in fünf Classen mit 1—5 Stimmen einzutheilen. Es war jedoch in der Debatte kaum das Wort: „Majorisirung der Kleinen durch die Großen" gefallen, als der Ausschuß jenen Antrag zurückzog. In der Folge würde sich, wenn der Vorschlag durchgegangen wäre, bei einigen Beschlüssen das Stimmverhältniß umgekehrt haben; man darf aber erwarten, daß Regierungen und Zollparlament auch so die Stimmen der einzelnen Handelskammern wägen und nicht blos zählen werden. Die weitere Frage, ob aus Orten, wo eine officielle Handelskammer besteht, auch Privatvereine zuzulassen seien, führte zu piquanten Mittheilungen über die Natur der Handelskammern im Großherzogthum Hessen: die Regierung ernennt dort zuerst die Mitglieder, und diese ergänzen sich in der Folge durch Cooptation, es sind also erbliche Notabelnversammlungen. Gegen den daraus hergeleiteten Antrag, daneben auch wirkliche Vertreter des Handelsstandes zuzulassen, wandte Stephan-Königsberg ein, man möge doch lieber dafür sorgen, daß der geschilderte „Scandal" beseitigt werde. Seine gewichtige Stimme drang durch.

II. In der Münzfrage nahm der Handelstag insofern eine etwas schwierige Stellung ein, als er im Gegensatz zu seinem früheren, noch 1865

bestätigten Beschlusse, welcher die silberne Mark = 1/3 Thaler als Rechnungs-Einheit, also Beibehaltung der Silberwährung und überhaupt der allgemeinen Grundsätze des wiener Münzvertrags vom 24. Januar 1857 empfohlen hatte, sich nunmehr für den Uebergang zur Goldwährung entscheiden sollte, was schließlich mit allen gegen die eine Stimme der berliner Kaufmannschaft geschah. Wodurch rechtfertigt sich dieses veränderte Votum?

Die baldigste Herbeiführung einer zweckmäßigen Münz-Einheit in allen deutschen Staaten war der vornehmste Gesichtspunkt, welcher den früheren Beschluß dictirt hatte. Diese Hoffnung hatte sich nicht verwirklicht; jener Beschluß hat sich weder der praktischen Ausführung, noch auch nur der Zustimmung der Regierungen zu erfreuen gehabt, statt dessen hat der Plan einer allgemeinen internationalen Münzeinigung auf Grundlage der Goldwährung in immer weiteren Kreisen Anhänger gewonnen. Wichtig sind in dieser Hinsicht vor Allem die Verhandlungen der im Jahre 1867 in Paris versammelt gewesenen internationalen Münzconferenz, deren Vorschläge durchgängig auf der Goldwährung beruhen, und welche insbesondere „considérant que, par suite d'une circonstance accidentielle et heureuse, les unités monétaires les plus importantes peuvent s'adapter à la pièce d'or française de 5 francs, moyennant des changements peu sensibles", dieses, das goldene Fünffrankenstück, als Grundlage des internationalen Münzsystems empfohlen hat. Bei dieser Münzconferenz waren bekanntlich auch Preußen und die süddeutschen Staaten durch Bevollmächtigte vertreten, und der Vertreter Preußens stimmte, so reservirt er sich auch in seinen Erklärungen hielt, doch dem Princip der Goldwährung zu (d'admettre le principe de l'étalon d'or), nachdem er von vorn herein erklärt hatte, que sans avoir la pensée de modifier dès maintenant son système monétaire, le Gouvernement prussien ne manquerait pas de prendre la question en considération, si les travaux de la Conférence aboutissaient à une base d'entente monétaire générale. Unter solchen Umständen ist die Herbeiführung einer Münzeinheit auch nur im Zollverein, deren Mangel der Berichterstatter Dr. Soetbeer aus Hamburg treffend dem in seinen Folgen für den Verkehr kaum auszudenkenden Falle verglich, daß die Eisenbahnen in den verschiedenen deutschen Ländern verschiedene Spurweite hätten, nicht füglich anders als auf Grund der Goldwährung, welche zugleich dem internationalen Verkehr zu Gute kommt, überhaupt noch zu erwarten. Auf das, was der Referent, eine bekannte Autorität auf diesem Gebiete, über die Vorzüge der Goldwährung an sich bemerkte, wollen wir hier nicht näher eingehen. Dem fast geringschätzigen Urtheil der Berliner Börsenzeitung gegenüber müssen wir aber constatiren, daß der überaus klare, durch gedruckte Unterlagen im Voraus unterstützte Vor-

trag Gründe und Gegengründe ruhig uud sorgfältig abwog und die Schwierigkeiten des Uebergangs in vollem Maße anerkannte. Wenn nach einem solchen Bericht die Versammlung sich so einmüthig für Zurücknahme des früheren Votums entschied, so will das, scheint uns, mehr sagen, als wenn eine hinreißende Rede des Referenten über die Vorzüge einer internationalen Münzeinigung auf Grund der Goldwährung den Verdacht hätte erwecken können, ein Theil der Abstimmenden sei durch den augenblicklichen Eindruck bestimmt worden. Die Börsenzeitung tadelt insbesondere, daß die Debatte den wichtigen Punkt, wie denn der Uebergang zur Goldwährung zu bewerkstelligen, welche gesetzlichen und münzpolizeilichen Maßregeln deshalb zu treffen seien, nicht klargestellt habe. Dieser Vorwurf widerlegt sich durch den Hinweis darauf, daß der Handelstag kein Verein von Rechtsgelehrten, Volkswirthen und Münztechnikern, sondern von praktischen Kaufleuten ist. In richtiger Erkenntniß der Sachlage hatte der bleibende Ausschuß des Handelstags schon vorlängst diese allerdings sehr schwierige Frage zum Gegenstand eines Preisausschreibens gemacht, dessen recht erfreuliche Resultate seit einem Monat in einem mittleren Octavband vorliegen. Unzweifelhaft wird dieser Punkt noch weiterer Bearbeitung durch die Wissenschaft bedürfen. Die beiden angesehenen Juristen, welche die berliner Kaufmannschaft in's Treffen geschickt hatte, um für ihre conservative Meinung zu plädiren, trugen ihre Parteistellung zu sehr zur Schau, um einen nennenswerthen Eindruck zu erzielen. Größeren Beifall erntete der Geh. Archivrath Riedel in Berlin, welcher, übereinstimmend mit der ersten der eingegangenen Preisschriften, ein zeitweiliges Nebeneinander-Bestehen der Gold- und Silberwährung empfahl und deshalb statt „alleinige Goldwährung" setzen wollte: „eine Goldwährung" — ein Antrag, dem auch der Bankdirector Fromberg aus Breslau seine Beistimmung schenkte, der aber schließlich mit 75 gegen 37 Stimmen abgelehnt wurde.

Dagegen wurde Art. 3 des Ausschußantrags, welcher Annahme der alleinigen Goldwährung mit consequenter Durchführung des Decimalsystems (jedoch vorbehältlich der Viertheilung auf der untersten Stufe) im Anschluß an die von der pariser Münzconferenz empfohlenen Grundsätze befürwortet, mit überwiegender Majorität angenommen.

In Bezug auf die Rechnungs-Einheit hatte der Ausschuß seinen Vorschlag alternativ gehalten: entweder das Fünffrankenstück oder den Goldgulden = 2½ Franken, für den die Handelskammer zu Köln eingetreten war, dazu zu adoptiren. Hr. Christ aus Siegen plädirte für das reine Frankensystem, freilich aus einem eigenthümlichen Grunde: weil eine bloße Rechnungsmünze irrationell sei — als ob man Goldfranken ausprägen könnte! Nur mit einer Majorität von einer Stimme wurde der Antrag von Mosle-Bremen abgelehnt, durch Streichung von Pos. 4 des Ausschußantrags die Frage der speciellen Einheit ganz dahingestellt sein zu lassen. Diese Pos. 4 wurde sodann mit 64 gegen 48 Stimmen angenommen und so das Fünffrankenstück alternativ mit dem Goldgulden empfohlen. Der Schlußantrag, wonach an das Präsidium des norddeutschen Bundes und an die süddeutschen Regierungen das Gesuch gerichtet werden soll, daß sie die Vorbereitungen so treffen möchten, um die Münzreform spätestens am 1. Januar 1872 gleichzeitig mit der neuen Maß- und Gewichtsordnung ins Leben treten zu lassen, fand fast allseitige Beistimmung. Die zahlreichen Amendements von geringerer Bedeutung können wir füglich übergehen.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 45.

Ausgegeben am 6. November 1868.

Inhalt:

Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten: Die Geschichte der Bill von 1867 . . . . . Seite 201
Norddeutsche Kriegshäfen: Die Wesermündung 212
Die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg 225
Der vierte deutsche Handelstag 2. 229
Literatur 240

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Die engliſche Parlamentsreform und ihre Ausſichten.

Die Geſchichte der Bill von 1867.

In dem Miniſterium welches im Juli 1866 ins Amt trat, war Disraeli unſtreitig die leitende Perſönlichkeit. Daß der Sohn eines jüdiſchen Literaten im ariſtokratiſchen England nicht nur eine politiſche Rolle ſpielen, ſondern ſich zum Führer der Tories aufſchwingen konnte, iſt eine höchſt merkwürdige Erſcheinung, um ſo mehr als er bis dahin ſeinen Namen mit keiner einzigen bedeutenden Maßregel verknüpft, vielmehr beidemal vorher als Schatzkanzler durch ſeine Taktik raſch zum Sturz des Toryminiſteriums geführt hatte: 1852 fiel die Verwaltung Lord Derby's durch Disraeli's Budget, 1859 durch ſeine Reformbill. Dennoch blieb er der Partei unentbehrlich durch ſein ſtrategiſches Geſchick und ſeine Beredſamkeit. Gladſtone war durch die Reformfrage gefallen, an Disraeli war es ſie jetzt wiederaufzunehmen; alle Welt verlangte, daß die Sache zum Abſchluß gebracht werde und auch Lord Derby forderte bald nachdem das Cabinet gebildet war ſeinen Paladin auf, Bedacht zu nehmen, die Frage in großem Stil (in no niggardly spirit) durchzuführen. Sehen wir nun, welche Stellung Disraeli bisher zur Parlamentsreform genommen.

Der charakteriſtiſche Zug ſeiner Bill von 1859 war die Gleichſtellung von Stadt und Land (borough and county suffrage); dagegen bekämpfte er aufs Aeußerſte die Herabſetzung der Wahlqualification in den Städten. Zwar die bedeutendſten Mitglieder des Cabinets Henley und Walpole hielten dieſe Poſition für falſch und traten aus, als Disraeli bei ſeinem Vorſchlage beharrte. Ihrer Anſicht nach war es verkehrt Stadt und Land gleichzuſtellen, wogegen ſie zugaben, daß eine Herabſetzung der Wahlqualification in Städten wünſchenswerth ſei; als ſolche ſchlugen ſie vor den Satz von 6 Pfd. Sterl. Gemeindeſchätzung oder 8 Pfd. Sterl. Miethe an die Stelle des bisherigen von 10 Pfd. Sterl. Miethe treten zu laſſen. Dies, meinten ſie, würde keine willkürliche Fixirung ſein, ſondern einen wirklichen

Ruhepunkt gewähren, weil unter dem Betrag das compounding beginne. Dies beſteht in dem Brauch, daß kleine Miether ihre Gemeindeſteuern nicht ſelbſt bezahlen, ſondern durch Vermittlung des Hauseigenthümers. Die ſtädtiſche Behörde, um die Weitläufigkeiten zu vermeiden, welche die Eintreibung kleiner Steuerbeträge verurſacht, trifft ein Abkommen mit dem Eigenthümer, wonach derſelbe die Gemeindeabgaben bezahlt und auf die Miethe ſchlägt, die Stadt aber gewährt dafür, daß ſie des Einſammelns überhoben iſt, eine gewiſſe Reduction der Steuer, ſo daß z. B. ein Miether der 10 Shillinge zahlen müßte, durch ſeinen Hauswirth nur 7 zahlt; Leute, die auf dieſe Weiſe wohnen, nennt man compound householders. Walpole und Henley nahmen ganz verſtändigerweiſe als die Grenze, wo die Unabhängigkeit aufhöre und Abhängigkeit beginne den Miethbetrag von 8 Pfd. Sterl. an, wo das compounding gewöhnlich beginnt (Hanſard vol. 152 col. 1218), und Gladſtone erklärte in der Debatte im Namen der Oppoſition, daß, wenn der Schatzkanzler auf dieſe Idee eingegangen wäre, die Bill mit allgemeiner Zuſtimmung begrüßt ſein würde. Aber Disraeli und Stanley waren hierzu nicht zu bewegen. Der erſte erklärte, daß die Herabſetzung der Wahlqualification in Städten zu der Herrſchaft einer Haushalterdemokratie führen müſſe; es ſei noch kein wirkſames Erſatzmittel für das gegenwärtige Syſtem gefunden, durch welches man eine entſprechende Vertretung der verſchiedenen Intereſſen und Claſſen des Landes erhalte. Als Lord Ruſſell fragte, ob das Miniſterum leugnen wolle, daß ſeit 1832 große Fortſchritte von den arbeitenden Claſſen gemacht und Viele unter ihnen ſeien, welche nicht 10 Pfd. Sterl. Miethe zahlten und doch fähig ſeien das Wahlrecht auszuüben, entgegnete Lord Stanley, er wolle dieſe Fortſchritte nicht leugnen und ihnen werde Rechnung getragen durch die ſogenannte lateral franchises der Bill, indem Alle dies Stimmrecht erhalten ſollten, welche einen gewiſſen Betrag in Sparkaſſen hätten oder aus Zinſen bezögen, ſowie die Zimmereinwohner welche 20 Pfd. Sterl. jährlich zahlten; dagegen weigerte er ſich durch eine allgemeine Maßregel die arbeitenden Claſſen als ſolche (in a body) zum Wahlrecht zuzulaſſen, über Einzelheiten laſſe ſich reden, in dieſer Principfrage aber könne das Miniſterium nicht nachgeben und fordre das Verdict des Hauſes. Daſſelbe fiel verneinend aus, und als nach der Auflöſung die allgemeinen Wahlen den Gegnern des Miniſteriums die Majorität gegeben, mußte daſſelbe zurücktreten. Denſelben Standpunkt nahm Disraeli bei ſeiner Oppoſition gegen die nun folgenden Reformverſuche der Liberalen ein; 1860 bekämpfte er Lord John Ruſſell's Vorſchlag, die ſtädtiſche Qualification auf 6 Pfd. Sterl. Miethe herabzuſetzen, weil ſie einer Claſſe, nämlich der arbeitenden, ein ungebührliches Uebergewicht gebe, ebenſo opponirte er der Gladſtone'ſchen Bill von 1866, welche die Herabſetzung auf 7 Pfd. Sterl. vorſchlug, weil damit die Geſchicke des Landes einer bloßen

Zahlenmehrheit überantwortet würden, und klagte seine Gegner an die berühmten Institutionen Englands amerikanisiren zu wollen.

Hiernach hätte man erwarten können, daß Disraeli, als er aufs Neue berufen war die Initiative zu nehmen, erklärt hätte, daß, da die Majorität eine Herabsetzung der Qualification verlange und doch wieder den von Gladstone vorgeschlagenen Satz von 7 Pfd. Sterl. zu weitgehend finde, er den frühern seiner Collegen Walpole und Henley von 8 Pfd. Sterl. aufnehme. Bei dem Temperament des Hauses und der starken Zerfahrenheit der liberalen Partei durch den Abfall der Adullamiten wäre ein solcher Vorschlag sehr wahrscheinlicher Weise durchgegangen, aber Disraeli sann auf größere Dinge. Er sah, daß im Volke sich eine große Erbitterung über die Manöver, durch welche die Tories die Gladstone'sche Bill zum Fall gebracht hatten, kund gab. Denn diese Bill, obwohl wie früher erwähnt, ungeschickt angebracht, hätte sich doch bei gutem Willen sehr wohl umgestalten lassen, weil ihr Hauptprincip gesund war; dazu aber wollten die Tories es nicht kommen lassen und benutzten den Widerwillen der conservativen Whigs, welche vielfach die Details der Gladstone'schen Vorschläge gar nicht verstanden, zu einer Reihe von factiösen Amendements, welche niemals den eigentlichen Kern betrafen. Derselbe aber, der Satz von 7 Pfd. Sterl., war, wenn einmal eine Reform stattfinden sollte, annehmbar, da nach ihm wohl eine erhebliche Anzahl aus den arbeitenden Classen (etwa 144,000) das Wahlrecht erhalten hätten, aber ihnen immerhin doch nicht das Uebergewicht gegeben wäre. Die intelligenteren Arbeiter hatten gefühlt, daß wenn die Gladstone'sche Maßregel auch nicht Alles gab, was Bright wollte, sie doch ehrlich gemeint war und äußerten deshalb ihr Mißfallen über seine Niederlage in Meetings, welche sich über das ganze Land erstreckten. Diese Demonstrationen sind gewiß nicht ohne Eindruck auf die Regierung geblieben, wenn gleich es noch nicht aufgeklärt ist, ob Disraeli wirklich, wie er sich später rühmte, schon damals die Absicht gehabt, so weit in der Reform zu gehen, wie er später that, und ob in der That alle seine Kreuz- und Querzüge im Anfang der Session nur darauf gingen seine Partei irre zu machen.

Die Thronrede (5. Febr. 1867) enthielt nur die allgemeine Andeutung, das Wahlrecht solle frei ausgedehnt werden ohne das verfassungsmäßige Gleichgewicht (balance of power) zu stören. Am 13. sollte der Schatzkanzler die Absichten der Regierung eingehender entwickeln. Alles war in höchster Spannung, das Haus bis auf den letzten Platz besetzt. Disraeli begann damit, daß weil alle Parteien sich bisher vergeblich an der Reformfrage versucht, dieselbe nicht länger das Schicksal von Ministerien entscheiden dürfe, dann suchte er geschichtlich zu beweisen, daß die Wiedereröffnung der Frage, welche Lord Russell durch die Acte von 1832 für endgiltig entschieden er-

klärt habe, wesentlich den Bestrebungen einzelner unabhängiger Mitglieder des Hauses und nicht den sich folgenden Ministerien zuzuschreiben sei und zog daraus den einigermaßen gesuchten Schluß, daß das Haus mit der gegenwärtigen Regierung die Verantwortlichkeit für die Lösung der Frage theile. Aus diesem Grunde habe er sich entschlossen, durch Resolutionen vorzugehen, um sich zu vergewissern, ob eine Uebereinstimmung in den allgemeinen Zielen zu erreichen sei und damit eine feste Grundlage für die einzubringende Bill gewonnen werden könnte. — Das Haus schien indeß wenig Geschmack an dieser Fühlungsmethode, dem tentative process zu haben, zumal die Resolutionen, welche allmälig zum Vorschein kamen, so vag und unklar waren, daß Niemand sehen konnte worauf sie abzielten und was die Folge ihrer Annahme sein würde. Die Doctrin, daß die ministerielle Verantwortlichkeit bei der Reformfrage aufhören solle, nahm sich außerdem wunderlich genug in dem Munde eines Politikers aus, der gerade die Reform zum Hebel gemacht, seine Gegner zu stürzen; treffend bemerkte Bright, daß, wenn ihm Disraeli den Vorwurf mache, die englischen Institutionen amerikanisiren zu wollen, er sagen müsse, daß niemals dem Hause ein so amerikanisirender Vorschlag gemacht sei, denn in Amerika gebe es ja eben keine ministerielle Verantwortlichkeit, während in England der ganze Regierungsmechanismus auf der Verbindung der Legislation mit der Executive durch das verantwortliche Ministerium beruhe.

Wiederholt ward der Schatzkanzler gedrängt die Resolutionen näher zu präcisiren oder sie zurückzuziehen uud eine ausgearbeitete Bill einzubringen; er aber weigerte sich und beantragte in vierzehn Tagen ins Comité zu gehen, dann werde er alle wünschenswerthen Erläuterungen geben. Der Zustand war ein sehr unbehaglicher; die Liberalen scheuten sich schon jetzt mit einem ernsten Angriff vorzugehen, um sich nicht dem Vorwurf factiöser Opposition auszusetzen und sahen doch ein, daß sie nicht unthätig bleiben konnten; die Conservativen waren unruhig, weil Niemand wußte, was das Ministerium eigentlich wollte. Dasselbe fühlte, daß es auf diesem Wege nicht durchkommen werde; am 28. Februar berief Lord Derby privatim seine Partei zu einer Versammlung in seinem Hause, um ihr dies einzugestehen und zwei neue Vorschläge vorzulegen unter denen sie wählen sollte. Der eine war, daß künftig in Städten jeder Hausbesitzer, welcher zwei Jahre in einem Orte gewohnt und persönlich seine Gemeindesteuern bezahle, das Wahlrecht haben solle, dagegen aber jeder, der 20 Shilling directe Steuern bezahle, eine zweite Stimme abgeben dürfe (dual vote); der andere war, das städtische Wahlrecht den Hausbesitzern von 6 Pfd. Sterl. Gemeindeschätzung (rating) zu geben und in den Grafschaften die Qualification von 50 auf 20 Pfd. Sterl. herabzusetzen, außerdem solche zuzulassen 1) welche durch wissenschaftliche Prüfungen ihre Befähigung be-

wieſen haben (educational franchise), 2) die 30 Pfd. Sterl. in Sparcaſſen oder 50 Pfd. Sterl. in Fonds beſäßen und 3) die 20 Shilling directe Steuern bezahlten. Die Partei entſchied ſich für die letztere Modalität und am Abend deſſelben Tages kündigte der Schatzkanzler eine hierauf baſirte Bill an. Die neuen Vorſchläge waren ebenſo klar und einfach als die Reſolutionen vag und unklar geweſen; aber es war auch ebenſo klar, daß ſie keine Ausſicht hatten durchzugehen. Tags darauf verſammelten ſich 289 Mitglieder bei Gladſtone und einigten ſich mit ihrem Führer dahin, daß man nicht mehr ſtill ſitzen könne, ſondern der Regierung die Alternative ſtellen müſſe, eine annehmbare Bill vorzulegen oder zurückzutreten. Auch den Conſervativen ward es bei der Taktik ihres Führers ſchwül zu Muth und ein Meeting von 120 Mitgliedern im Carltonclub forderte das Miniſterium auf ſich entgegenkommender zu zeigen. Um dem drohenden Gewitter vorzubeugen erklärte denn Disraeli am nächſten Abend, als Gladſtone einen Antrag ankündigte, die Regierung möge eine definite measure vorlegen, ſich dem Wunſche des Hauſes fügen zu wollen und eine Bill auf befriedigender Baſis einzubringen. Jetzt aber trat es zu Tage was Schärferblickende ſchon längſt vermuthet, daß innerhalb des Cabinets eine tiefgehende Meinungsverſchiedenheit über die Reformfrage beſtand. Disraeli nämlich hatte, als es klar ward, daß mit den Reſolutionen nicht durchzukommen war, ſeinerſeits ſofort das Haushaltswahlrecht mit dem dual vote vorſchlagen wollen; dem aber widerſetzten ſich drei der bedeutendſten Mitglieder, die Miniſter des Krieges, der Colonien und von Indien, General Peel, Lord Carnarvon und Lord Cranborne; ſie ſahen ein, daß die Maßregel praktiſch einfach auf Haushaltswahlrecht hinauskommen werde, wollten einer ſolchen radicalen Veränderung ihre Zuſtimmung nicht geben und erklärten ſchon damals, daß ſie, falls der Schatzkanzler darauf beſtehe eine ſolche Maßregel vorzuſchlagen, zurücktreten würden. Um dies zu vermeiden ſtoppelte man denn in wenig Stunden das zweite Schema zuſammen, das von der Partei angenommen und Abends dem Hauſe vorgelegt ward. Als es nun damit nicht gehen wollte und Disraeli auf ſeinen erſten weitergehenden Vorſchlag zurückgriff, legten jene drei Miniſter ihr Amt nieder. Der Eindruck, als dieſelben ihre Beweggründe dem Parlamente vorlegten und Lord Derby den thatſächlichen Hergang zugeben mußte, war vernichtend für die Regierung, um ſo mehr als die ausſcheidenden Miniſter ſehr bedeutende adminiſtrative Talente waren und nur durch vornehme aber unbedeutende Männer erſetzt werden konnten; man ſprach von dem Cabinet der three dumb dukes. So war ein Monat verſtrichen, ohne daß man einen Schritt weiter gekommen wäre, die Regierung hatte nur Fehler gemacht, ſie hatte die lange Zeit vom Juli bis Februar ungenutzt verſtreichen laſſen, hatte

den Feldzug ohne festen Plan und uneinig in sich begonnen und demzufolge eine Niederlage nach der andern erlitten.

Am 18. März brachte der Schatzkanzler nun endlich die Bill ein, welche der Ausgangspunkt der Reform ward. In Städten sollte Jeder wahlberechtigt sein, der ein Haus zwei Jahre bewohnt hat und seine Gemeindesteuern selbst bezahlt, ebenso 1) wer 20 Shilling directe Steuern zahlt (falls derselbe schon wahlberechtigt als Haushalter ist, erhält er eine doppelte Stimme), 2) wer 50 Pfd. Sterl. in Sparcassen oder Fonds hat und 3) wer gewisse wissenschaftliche Prüfungen bestanden. Auf diese Weise behauptete Disraeli würde die Zahl der Wahlberechtigten in Städten um 237,000 und in den Grafschaften, wo die Qualification von 50 auf 20 Pfd. Sterl. herabgesetzt werden sollte, um 300,000 vermehrt werden. Dies beruhte nun wie Gladstone ihm sofort bewies auf ganz falsch gruppirten Zahlen, er hatte einfach angenommen, daß Jeder, der nicht compound householder sei, d. h. nicht wie oben erwähnt seine Gemeindeabgaben durch den Eigenthümer in der Miethe entrichte, sie selbst bezahle, während es eine Menge von Leuten gibt, die ein Haus oder eine Hütte bewohnen und aus Armuth gar keine Abgaben bezahlen oder selbst Unterstützung erhalten; statt 237,000, meinte Gladstone, würden nur 147,000 neuberechtigt werden, bei genauerer Rechnung ergaben sich nur 118,000.

Als noch ungerechter aber wies der Führer der Opposition das Verfahren gegen die compound householders nach, deren ganze Classe durch das Prinzip der Regierungsbill, welches persönliche Steuerzahlung verlangte, ausgeschlossen werde, zu der aber gerade die intelligentesten Arbeiter gehörten. Dazu komme, daß dies Prinzip an verschiedenen Orten ganz verschieden wirken müsse, denn in manchen Städten wie z. B. Sheffield kenne man das System des compounding gar nicht, in andern z. B. Brighton sei es allgemein, dort würde also fast jeder Haushalter, wenn er auch nur 1 Shilling Abgaben zahle, Wähler werden, hier würde die Wählerschaft durch die Bill um vierzehn Köpfe erweitert werden. Ja die Ungleichheit gehe so weit, daß in derselben Stadt ein Kirchspiel jene Abschlagszahlung eingeführt, das andere nicht; so würden von zwei Leuten, die in ganz gleichen Verhältnissen in derselben Straße wohnten, der eine Wähler werden, der andere nicht. Außerdem werde dies System der Bestechung Thor und Thür öffnen, denn die Candidaten würden durch Agenten die Gemeindesteuern für die Wähler bezahlen — ein Verfahren, das leicht so gehandhabt werden könne, daß es sich jeder gesetzlichen Verfolgung entziehe — und die ganze Wählerrolle werde abhängig von den Gemeindebeamten, welche die Steuern einsammelten. Schließlich führte Gladstone aus, daß die ganze Methode die Wahlberechtigung auf die Gemeindeabschätzung (rating) zu gründen eine falsche sei, sie besitze

keinen Vortheil vor der bisherigen Abmeſſung nach der Miethe, weil ſie nach dieſer berechnet werde, ſie habe aber den Nachtheil, daß der Abzug, welcher von der Miethe für die Umlage der Gemeindeſteuern gemacht werde, ungemein in ſeinem Betrage ſchwanke: in der einen Stadt Exeter werde in einem Kirchſpiel ein Abzug von 15, im zweiten von 25—33, im dritten von 50% gemacht.

Durch dieſe meiſterhafte Kritik der Bill, welche um ſo mehr zu bewundern war, als Gladſtone ſie ganz aus dem Stegreif gab, ward Disraeli in große Verlegenheit geſetzt; er wußte ſich nicht anders zu helfen, als daß er die Unregelmäßigkeiten zugab, zu denen ſeine Vorſchläge führen würden; behauptete aber, ſie würden nichts ſchaden, weil gerade der größte Mangel der bisherigen Syſtems ſeine Monotonie ſei, der zu gleiche Charakter der Wählerſchaften. Gerade die Anomalien würden die mannigfaltigere Intereſſenvertretung ergeben, welche Indien und das Colonialreich forderten. Die Lahmheit dieſer Antwort war augenfällig und die Lage des Miniſteriums ſo übel wie möglich, aber unglücklicherweiſe kam ihm Gladſtone ſelbſt zu Hilfe; bisher hatte er ſich maßvoll und ſachlich gehalten, aber die unehrliche und leichtfertige Politik ſeines Gegners erbitterte ihn zu ſehr und er ließ ſich zu einer heftigen perſönlichen Invective hinreißen: dies mißfiel der Mehrzahl ſeiner eigenen Partei und als er ſich der zweiten Leſung widerſetzen wollte, weigerte ſie ſich mit ihm zu gehen. Der Grund hiefür war hauptſächlich die Anſicht, daß die Reformfrage auf eine oder die andere Weiſe aus der Welt geſchafft werden müſſe; wenn beide Parteien in zwei auf einander folgenden Sitzungen ſich unfähig zeigten eine annehmbare Bill durchzubringen, ſo würde das ein zu großes Armuthszeugniß für das Parlament ſein. So mußte er nachgeben nnd erklären, daß, wenn das Miniſterium das doppelte Stimmrecht aufgebe und die Wahlberechtigung ausgleiche, die Maßregel annehmbar gemacht werden könne.

Für den Augenblick ſah es nun zwar nicht ſo aus, als ob das Miniſterium Conceſſionen machen wollte; vielmehr erhob ſich, nachdem Gladſtone beim Antrag auf zweite Leſung die Forderungen der Liberalen aufgezählt, welche auf eine vollkommene Umgeſtaltung der Bill hinausliefen, der Miniſter Hardy und vertheidigte die miniſteriellen Vorſchläge als ein Ganzes und Lord Stanley wies mit Entrüſtung die Unterſtellung zurück, als ob die Regierung je auf Bright's Grundſätze kommen und die Gegengewichte gegen das Haushaltswahlrecht, das Verlangen zweijährigen Wohnens und die doppelten Stimmen aufgeben werde. Aber ſiehe da, am folgenden Abend ſtand der Schatzkanzler auf und desavouirte ſeine Collegen; er gab das doppelte Stimmrecht auf, weil Niemand dafür ſei, und es daher unnütz ſei gegen einen ſolchen Widerſtand darauf zu beharren; auch das Erforderniß zwei-

jährigen Wohnens verhieß er nicht länger festzuhalten und meinte dann, ob das Haus die Clausel, welche das Wahlrecht gewissen Steuerzahlern gebe, aufrechthalten wolle und ob die Grafschaftsqualification noch weiter herabzusetzen sei, bleibe am besten der Discussion im Comité vorbehalten. Mit einem Wort: er hielt nur daran fest, daß das Wahlrecht in Städten künftig von der persönlichen Zahlung der Gemeindesteuern abhängig sein sollte und gab sonst seine Vorschläge preis, indem er das Haus in der einschmeichelndsten Weise versicherte, daß er sich ganz dessen Urtheil unterwerfen und von dessen unfehlbarem Instinct leiten lassen werde.

Unter dem Eindruck der allgemeinsten Ueberraschung über diese Wendung, welche den ganzen bisherigen Kampf veränderte, wurde ohne Abstimmung, ja fast ohne Debatte die zweite Lesung einer Bill angenommen, von der Niemand wußte, woraus sie noch bestand.

Es war begreiflich, daß Gladstone über diese bis dahin unerhörte parlamentarische Taktik erbittert war, aber er ließ sich zu einem Gegenzug verleiten, welcher zu einer directen Niederlage für ihn ward. Ganz unerwartet rief er seine Anhänger am 5. April zusammen und legte ihnen eine Instruction vor, wonach das Comité des ganzen Hauses befugt sein solle 1) das System der Gemeindesteuern (law of rating) zu ändern und 2) eine bestimmte Grenzlinie festzuhalten, unterhalb welcher Niemand zum Wahlrecht zugelassen werden sollte. In diesem zweiten Satze lag das Hauptgewicht, da er dem Disraeli'schen Princip, daß Jeder berechtigt sein solle, der persönlich zahle, entgegentrat. Einige Mitglieder der Versammlung äußerten Bedenken gegen dies Verfahren, welches im Lande als ein Parteimanöver werde angesehen werden, aber Gladstone wies sie ziemlich hochfahrend zur Ruhe: wenn er Führer der Opposition bleiben solle, so müsse er seinen eigenen Standpunkt wählen dürfen. Obwohl hierauf in der Parteiversammlung die Instruction angenommen wurde, war der Widerstand gegen dieselbe nicht beseitigt, sondern ward noch stärker, als Disraeli Tags darauf bei Empfang einer Deputation erklärte, die Regierung sei entschlossen das Parlament aufzulösen, wenn jene Instruction durchgehe. Gar manche Liberale mußten sich sagen, daß ihre Sitze gefährdet sein könnten, wenn Disraeli an das Land appellire auf ein Votum hin, welches weniger liberal erschien als sein eigener Vorschlag. Als das Ministerium Derby 1859 seine Reformbill vorbrachte, verhinderte die Opposition durch ein Mißtrauensvotum, daß die Bill ins Comité kam; es konnte nicht rathsam sein ein derartiges Verfahren, das Disraeli oft genug denuncirt, jetzt zu wiederholen, wo Alles sich nach Erledigung der Reformfrage sehnte. Dazu kam eine andere Rücksicht: eine Anzahl vorgeschrittener Liberalen hatten aus Disraeli's Fügsamkeit den Schluß gezogen (und wie die Folge zeigte mit vollem Recht), daß er noch weiter nachgeben

werde und daß es gelingen könne, einfach das Haushaltswahlrecht durchzusetzen. So vereinigten sich 48 Mitglieder der Opposition im Theezimmer des Hauses und kamen zu dem Beschluß, von ihrem Führer zu verlangen, daß der zweite Satz der Instruction wegfalle. Gladstone mußte hierauf eingehen, da er ohne die 48 nicht die Majorität gehabt haben würde; aber die Instruction war damit ihres eigentlichen Inhalts beraubt: als der erste Satz allein vorgebracht ward, erklärte Disraeli mit ironischer Bereitwilligkeit, er habe Nichts dagegen einzuwenden und das Haus ging ohne Abstimmung ins Comité.

Indeß Gladstone gab sich noch nicht geschlagen; am 9. April kündigte er zwei Verbesserungsanträge an:

1) daß die geforderte Wohnzeit (term of residence) von 2 auf 1 Jahr herabgesetzt werde,

2) daß die Wohnung, welche Wahlrecht gebe, einen jährlichen Werth von mindestens 5 Pfd. Sterl. Gemeindeschätzung haben müsse, sei es daß der Einwohner seine Abgaben persönlich oder durch den Eigenthümer zahle.

Disraeli dagegen erklärte seinen Anhängern, daß, wenn einer dieser Anträge angenommen werde, die Regierung sich in die Unmöglichkeit versetzt sehen würde, mit der Bill weiter vorzugehen. Inzwischen wurden alle Künste der Coulissen ins Werk gesetzt, die parlamentarischen Agenten gingen umher und flüsterten den Schwachen ins Ohr, die Regierung werde, wenn Gladstone's Vorschläge angenommen würden, ans Land appelliren. Das wirkte mehr als die schlagendsten Argumente, eine Auflösung drohte große Kosten, möglicherweise Verlust des Sitzes, eine Herbstsession würde höchst unbequem sein, die Agitation würde nur aufs Neue und stärker beginnen — das Resultat war, daß Gladstone's zweiter Antrag, über den zuerst abgestimmt ward, mit 21 Stimmen abgelehnt wurde. Im Verdruß darüber zog Gladstone auch sein erstes Amendement zurück und schrieb einem seiner Freunde, er sei es müde Führer einer Partei zu sein, die ihm nicht mehr folge. Die Verbesserung der Bill ward nun von unabhängigen Mitgliedern der liberalen Partei übernommen. Triumphirend über die Niederlage seines alten Gegners zeigte sich Disraeli gefügiger, und nachdem Mr. Ayrton Gladstone's ersten Antrag aufgenommen und durchgesetzt hatte, erklärte er, daß, obwohl die Regierung die Entscheidung bedauere, er es doch nicht für unvereinbar mit ihrer Pflicht halte, sich der Meinung des Hauses zu unterwerfen.

Es folgte nun ein anderes Amendement von Hibbert, wonach der Accordhaushalter, um stimmberechtigt zu werden, künftig nur so viel Gemeindesteuern zahlen sollte, als er jetzt durch den Eigenthümer entrichte. Colonel Taylor, der Einpeitscher der conservativen Partei, versicherte, der Schatzkanzler werde sich bereit finden lassen dem zuzustimmen; als es aber zur Discussion im Parlament

kam, erklärte Disraeli, von solchen Zusicherungen nichts zu wissen und blieb bei seiner Forderung, daß solche Miether die volle Abgabe, auf die ihre Wohnung taxirt sei, zahlen müßten um Stimmrecht zu erhalten. Als man nun ihm die Ungerechtigkeit vorhielt, die darin liege, daß ein Mann, der bisher durch seinen Hauswirth 15 Shilling gezahlt, nun 20 Shilling zahlen müsse, auf die sein Haus ursprünglich geschätzt sei, machte er die Concession, daß der Compounder künftig berechtigt sein solle, den vollen Betrag der Steuer, den er direct bezahle, von seiner Miethe abzuziehen. Es war indeß klar, daß dies nur eine scheinbare Lösung bot; in dem angegebenen Falle würde so der Hauseigenthümer 5 Shilling weniger an Miethe erhalten, ein Verlust zu dem er sich offenbar nicht verstehen wird, er wird also einfach die Miethe um 5 Shilling erhöhen, so daß der Miether nur die Wahl hat, diese Prämie für die Gewährung des Wahlrechts zu zahlen oder es beim Alten zu lassen, also auf die Zulassung zur Wahl zu verzichten. Trotz der beredten Auseinandersetzungen der Opposition blieb Disraeli bei seiner Auffassung, lehnte die Aufhebung des compounding oder eine Aenderung der Gesetze über die Gemeindeabgaben entschieden ab und siegte bei der Abstimmung mit erheblicher Mehrheit. Nachdem nun dieser kritische Punkt glücklich umschifft war, ignorirte Disraeli mit seiner gewöhnlichen Kaltblütigkeit alle Erklärungen, die er gegen die Ungerechtigkeit einer in Zahlen ausgedrückten Grenze für das Stimmrecht (hard and fast line) gegeben, gestand die bisher verweigerte Clausel für Miether einzelner Zimmer zu und proponirte eine Qualification von 10 Pfd. Sterl. dafür. Aber die größte Ueberraschung sollte noch kommen. Am 18. Mai stellte ein wenig bekanntes Mitglied, Herr Hodkinson, den Antrag, das ganze System des compounding abzuschaffen und nur solche Leute auf das Steuerregister zu setzen, folglich für stimmfähig zu erklären, welche ihre Abgaben direct bezahlten. Gladstone erkannte an, daß dieser Vorschlag, da einmal das von ihm bekämpfte Prinzip angenommen sei, die Bill sehr vereinfachen und verbessern würde; und siehe da, während die meisten Mitglieder zum Essen gegangen waren*), erhob sich Disraeli, der noch neulich die Aufforderung Hibbert's, die Accordgesetze zu ändern, als eine unbedachte Neuerung zurückgewiesen, und erklärte das Amendement sei ihm aus der Seele gesprochen, er habe ein derartiges Verfahren immer für das richtige gehalten und würde es selbst schon früher vorgeschlagen haben, wenn die Regierung Meister der

*) Es besteht nämlich in England folgender wunderlicher Geschäftsgang. Die Sitzung wird um 4½ Uhr eröffnet, worauf zunächst Interpellationen erledigt werden; etwa um 5 Uhr beginnt gewöhnlich die ernstere Discussion und dauert bis 7½ Uhr; dann gehen fast Alle zum Essen, aber die Sitzung wird nicht suspendirt, es bleiben vielmehr gerade so viel Mitglieder da als nöthig um das Haus beschlußfähig zu machen, und vor den leeren Bänken sprechen die kleinen Redner, die dii minorum gentium, bis dann etwa um 9 Uhr die Menge zurückkehrt und die große Debatte wieder anfängt.

Situation gewesen wäre; Nichts könne ihm lieber sein als wenn das Haus darauf eingehe. Dieser plötzliche Umsprung war denn doch der eigenen Partei des Schatzkanzlers etwas zu stark und Lord Cranborne setzte die Vertagung der Debatte durch; aber in der nächsten Sitzung nahm das Haus namentlich unter dem Einfluß der Radicalen das Amendement an und führte damit einfach das Haushaltswahlrecht in Städten ein. Es war dies eine vollkommene Umwälzung der Bill: vorher hätte sie die Wählerschaft des Landes um 118,000 Stimmen vermehrt, nach Annahme dieses Vorschlags um 427,000, die Zimmereinwohner nicht mitgerechnet; diese eingeschlossen wurde die gesammte Wählerschaft, welche bisher 488,920 betrug, verdoppelt, es war in der That, wie Lowe in seinem beredten Protest sagte, eine Revolution in der Verfassung.

Die nun noch überbleibende Arbeit ward rasch erledigt. Für die Grafschaftsqualification unterwarf sich Disraeli, der 15 Pfd. Sterl. vorgeschlagen, einem Compromißantrage von 12 Pfd. Sterl., er ließ bei der Wiedervertheilung der gewonnenen Sitze diese bis auf 38 vermehren, nachdem der Vorschlag von Laing angenommen war, daß keine Stadt von weniger als 10,000 Einwohnern mehr als einen Vertreter haben sollte, und gestand den vier großen Städten Liverpool, Manchester, Birmingham und Leeds ein viertes Mitglied zu. Als Epilog zur Bill setzte der Schatzkanzler noch die Boundary Commission durch, welche die Grenzen der Stadtweichbilde zu erweitern und festzustellen bestimmt war. Die Bevölkerung der Vorstädte bildete bisher ein vermittelndes Element zwischen Stadt und Land; sie sollte jetzt zur städtischen Wählerschaft gezogen werden, damit die ländliche Bevölkerung allein wähle. An die Stelle dieser vorstädtischen, meist unabhängig gestellten Wähler würden also in Zukunft, da die Grafschaftsqualification von 50 auf 12 Pfd. Sterl. herabgesetzt ist, die ganz kleinen Pächter treten, welche von den großen Grundherren durchaus abhängig sind.

Das Oberhaus, in welchem die Bill höchst ungünstig auf beiden Seiten aufgenommen ward, fügte ihr einige Amendements bei, wovon aber nur eins vom Unterhaus sanctionirt ward, die Vertretung der Minoritäten. Es sollten danach bei jeder Wahl in Städten oder Grafschaften, die durch drei Mitglieder vertreten werden, kein Wähler für mehr als zwei Candidaten stimmen. Am 12. August erhielt die Bill die königliche Sanction. Dies ist die Geschichte der Reformbill von 1867, welche von Niemand so wie sie ward gewollt war, mit Unglücksprophezeiungen vom Unterhaus entlassen und ebenso bei den Lords empfangen ward und die traurigste Seite der neuen parlamentarischen Geschichte Englands bildet. Wir wollen versuchen in einem Schlußartikel ihre Resultate zu ziehen, um zu sehen, welche Perspectiven sie eröffnet.

Norddeutſche Kriegshäfen.

Die Weſermündung.

Außer dem Jahdebuſen ſind an der Nordſeeküſte ſehr wenige Stellen zu finden, welche zu Kriegshäfen oder Marineſtationen geeignet wären. Namentlich die ſchleswigſche Weſtküſte iſt in dieſer Beziehung ungünſtig geſtaltet. Der Zugang iſt durch Inſeln und Sandbänke verſchanzt, die Einfahrten zwiſchen den Inſeln verſanden und verſchlicken allmählig und werden vielleicht durch eine einzige Sturmfluth gänzlich verändert. Die Anlage eines ſicheren und dauerhaften Hafens iſt dort längs des ganzen ſchleswigſchen Feſtlandes wohl unmöglich. Auch die beſſeren der ſogenannten Hafenplätze: Huſum an der Hever und Tönning an der Eider ſind nur bei Fluth und nur für leichte Fahrzeuge erreichbar. Aber eine vortreffliche Rhede befindet ſich an der Oſtſeite der langgeſtreckten Inſel Sylt. Dort iſt zwiſchen Sylt und Röm die kurze und tiefe Einfahrt, welche nur durch eine Barre in 16 bis 20 Fuß Tiefe bei niedrigſtem Waſſer für ſchwere Schiffe gefährlich wird. Südlich der Einfahrt, die von Sylt aus durch zwei Leuchtthürme auf der Landzunge Ellenbogen geſichert iſt, gelangt man auf die prachtvolle Liſter Rhede, die ſich nach Nordoſt im Römer Tief fortſetzt. Von der Anlage eines Handelshafens bei Röm wird in anderem Zuſammenhang die Rede ſein; für die Kriegsmarine wäre dort nur einigen Kanonenbooten Station und Depot möglich.

Der Königshafen an der Inſel Sylt, der zur Zeit Chriſtian IV. einmal die ganze däniſche Flotte aufgenommen haben ſoll, iſt völlig verſandet; auch er wurde ſeinerzeit als Kriegshafen für die deutſche Flotte empfohlen, und Techniker haben behauptet, daß er ſich mit verhältnißmäßig geringen Koſten zu einer Marineſtation herrichten laſſe. Aber es ſcheint, daß die Verſchlickung in dem ganzen Wattenmeer zwiſchen den frieſiſchen Inſeln und dem Feſtlande Schleswigs gar nicht aufzuhalten iſt. Als im Jahre 1858 die Anlegung eines Hafens an der Nordweſtküſte Schleswigs beabſichtigt wurde und die däniſche Regierung zu dieſem Behuf vielfache Unterſuchungen anſtellen ließ, widerriethen ſachkundige Männer, welche ſeit einer Reihe von Jahren mit den Einwirkungen der Strömung der Nordſee bekannt waren, ein ſolches Unternehmen als ſehr prekär, da es faſt unmöglich ſei, die vielfachen Veränderungen zu berechnen, welche dort auf dem Meeresboden entſtehen, ohne daß man ſpecielle Veranlaſſungen anzugeben vermag. So wurde im Jahre 1852 ein in der Schmaltiefe gelegener Grund „Seeſand" mit einem neuen Seezeichen verſehen, weil das alte, das früher in der Mitte des Grundes geſtanden hatte, im Laufe von 16 Jahren an die Weſtſeite deſſelben zu

ſtehen gekommen war, wegen der Sandmengen, die vom Weſtwind beſtändig auf die öſtliche Seite des Grundes getrieben werden. Der Grund hatte ſich folglich in 16 Jahren ungefähr 1000 Ellen oſtwärts verſchoben und an Stellen, wo man früher 8—9 Faden (ungefähr 50 Fuß) Waſſer zur Zeit der niedrigſten Ebbe hatte, fand man 1852 vier Fuß Sand über gewöhnlicher Fluth. Im Heverſtrom, der von Huſum in die offene Nordſee führt, zeigte eine Rinne im Jahre 1852 eine Veränderung ihrer Breite von 25 Fuß auf 8 Fuß binnen 6 Jahren, und jetzt iſt dieſelbe gänzlich verſchwunden, und tiefgehende Schiffe wagen gar nicht, ſich in dieſes veränderliche Fahrwaſſer zu begeben.

Ungünſtig war auch das Schickſal der oſtfrieſiſchen Häfen. Emden beſaß in ſeiner unmittelbaren Nähe bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts an der Emsmündung einen ſchönen, tiefen, für große Kauffahrtei- und Kriegsſchiffe paſſenden Hafen, deſſen ausgezeichnete Eigenſchaften von Zeitgenoſſen gelobt werden. Aber dieſelben Sturmfluthen, die durch ihre Einbrüche ins Land den Jahdebuſen bildeten, änderten auch hier. Sie riſſen namentlich 1277 die Deiche des linken Ufers gegenüber der Stadt ein, und bildeten, da die uneinigen Oſtfrieſen nicht an die Wiederherſtellung gingen, ſchließlich einen großen faſt kreisförmigen Buſen, der in die linke Flanke des Emsſtroms mündet, d. h. den Dollart. Der Hauptſtrom aber brach ſich von Oſt nach Weſt eine neue Rille quer durch den Dollart, die jetzt nur 6—8 Fuß Waſſer bei niedrigſter Ebbe beſitzt — die Nebenrillen haben noch weniger — und das alte nördlichere Bett verſchlemmt. Alle Kunſtbauten, welche dieſen Uebelſtänden zu ſteuern verſuchten, halfen nichts: die 1583 begonnenen Deichbauten, welche den Strom in ſein altes Bett zurückdrängen ſollten, wurden immerfort wieder durchbrochen, bis man 1632 die Sache aufgab. Ein 1768 von der Mündung des Binnenhafens nach dem tiefen Waſſer des Dollart gezogener Canal verſchlammte wieder trotz gänzlicher Abdämmung des verſchlickten alten Fahrwaſſers; eine 1804 ins Werk geſetzte Austiefung und Verbreiterung half ebenfalls nicht auf die Dauer, das Fahrwaſſer wurde vielmehr immer ſchmaler und ſeichter. Auch die 1846 von der hannöverſchen Regierung verſuchte Correction, ein von der Stadt nach dem tiefen Waſſer im Dollart gegrabner gerader Canal mit einer Schleuſe in der Mitte, von welcher ſeitwärts zwei Deiche zum Schutz der Stadt gegen Ueberſchwemmungen abgingen, verfehlte inſofern ihren Zweck, als der Hafenzugang doch nicht offen und tief blieb und jetzt zu einer ſeichten und ſo engen Rille geworden iſt, daß zwei Schiffe einander nicht ausweichen können und bei Fluth Schiffe von höchſtens 12 Fuß Tiefgang zu paſſiren vermögen — und doch hat die Anlage der Stadt an 267,000 Thlr. gekoſtet! Darum iſt man jetzt von dem Plane einer Correction des eigentlichen Hafens von Emden abgegangen, und

die emdner Handelskammer, welche Emden zum Hauptausfuhrplatz für die Kohlen- und Industriebezirke Westphalens machen möchte, empfiehlt in einer mit genauer Karte der Unterems ausgestatteten Denkschrift eine Correction der Unterems und die Anlage eines neuen Hafens an der Knocke, der äußersten $1^1/_2$ Meilen westlich von Emden gelegenen Landspitze, bei der die Ems nordwärts umbiegt um sich in die Nordsee zu ergießen. Dieses Project will nur einen Handelshafen schaffen, der Hamburg und Bremen viel weniger Concurrenz machen würde als den holländischen Häfen; er würde mit seiner Handelsstadt gerade so auf Eisenbahnverkehr angewiesen sein, wie Bremerhaven mit Bremen. An der Knocke tritt das tiefe Wasser nahe an die Küste, der Wasserbau hat wenig zu thun um es bis zum Quai der Eisenbahn zu leiten, durch welche die Knocke mit Emden verbunden werden soll, und von der Mündung des Hafeneingangs führt dann bis in die See ein schönes tiefes Fahrwasser von $^1/_4$—$^1/_2$ Meile Breite, in welchem sich nur westsüdwestlich der Knocke eine minder tiefe Stelle findet, die aber auch noch $22^1/_2$ Fuß Wasser bei niedrigster Ebbe hat, mehr als Swinemünde, und bei Fluth mit $31^1/_2$ Fuß Tiefe sogar den größten Kriegsschiffen genügt. Außerdem befindet sich gerade südlich der Knocke die große emdner Rhede mit 20—60 Fuß Tiefe bei niedrigster Ebbe, der Hafen hat größere Eisfreiheit als fast alle anderen Nordseehäfen. Die Anlage eines befestigten Marinedepots wäre hier durch die Localität begünstigt, und es wäre werthvoll, an dem allerwestlichsten Punkt unserer Küste einen Zufluchts- und Stützpunkt für unsere Kriegsschiffe zu haben, der zugleich holländische Küstenfahrzeuge in Delfzijl (sprich Delfseil) im Schach hält.

Eine Position an der Knocke bei Emden liegt am äußersten linken Flügel unserer Nordseefront, eine Station an der Lister Rhede auf dem rechten Flügel. Das Centrum aber enthält drei vorzügliche Rheden: die Jahde, die wir bereits besprachen, die Wesermündung bei Blexen-Nordenhamm und weiter abwärts, und die Elbmündung bei Cuxhaven-Brunsbüttel, während für alle drei als gemeinsam dominirende Position sich Helgoland darstellt, das aber in englischen Händen ist.

Um die Terrainbeschaffenheit des unteren Weserstromes zu erkennen, besteigen wir in Bremen einen der Flußdampfer, welche die Weser hinabgehen. Im Spätsommer und bei Ebbe beträgt bei Bremen und noch eine ganze Strecke unterhalb das Fahrwasser nur 5 oder sogar nur 4 Fuß an den flachsten Stellen; so ist es natürlich, daß man hier kein einziges größeres Seeschiff, sondern nur sogenannte Weserkähne mit ziemlich seemäßigem Bau und Schluptakelage, ähnlich den Ewern, und wenig Matrosen zu sehen bekommt. Die alte Handelsstadt mit ihrer prächtigen Giebelfront längs des Flusses und der Reihe von Kirchthürmen darüber hat haupt-

ſächlich dieſem Umſtande eine Ruhe und Stille zu verdanken, deren bürgerlicher Ernſt durch die heitere Anmuth der hochſtämmigen Parkanlagen an den ehemaligen Wällen gemildert wird, welche in künſtleriſch gebrochener Halbkreislinie die alte Stadt umziehen, oder durch einzelne großartige Bauten, wie die gothiſche Börſe, das Rathhaus, den Bahnhof und die neue Brücke. Infolge der Eigenthümlichkeit des Fahrwaſſers bei Bremen iſt es feindlichen größeren Kriegsſchiffen völlig unmöglich bis zur Stadt zu gelangen, dieſe bedarf deshalb für ſich ſelbſt keines Schutzes. Ebenſowenig iſt es für unſere Kriegsſchiffe möglich, in der Nähe der Stadt Station zu nehmen. Anders weiter unterhalb am Weſerſtrom.

Indem wir von der Stadt leiſe auf dem Waſſerſpiegel hinabgleiten und zunächſt das Etabliſſement des Norddeutſchen Lloyd auf dem rechten Ufer paſſiren, fällt uns die verhältnißmäßig geringe Breite auf, welche die Weſer kaum als Strom erſcheinen läßt, und noch lange fahren wir auf dem ſchmalen Waſſerlauf dahin, zwiſchen niedrigen grünen, theilweiſe mit Weidengebüſch beſtandenen Ufern, welche vielfach an die Elbe oberhalb Hamburg erinnern und auch meiſt eingedeicht ſind; die Tiefe iſt dabei wie geſagt an den flachſten Stellen, die allerdings wenig zahlreich ſind (die allerflachſte zwiſchen der neuen rothen Kirche von Moorloſe und Vegeſack, wo immer Bagger liegen), bei Ebbe nur 4, bei Fluth höchſtens 7 Fuß, und Schiffe ſind auch hier noch nicht zu ſehen.

Rechts erhebt ſich bald auf einer Uferhöhe das freundliche Seemannsſtädtchen Vegeſack (ſprich Fehgeſack), der Wohnſitz vieler aus der Praxis geſchiedener Schiffscapitäne und vieler Seemannsfamilien, im friſchen Laubſchmuck ſeiner Bäume hart am Strom; aber obwohl Vegeſack mehrere Werften (die Lange'ſche Werft auch für Eiſenſchiffe) beſitzt, iſt dennoch weder hier noch weiter unten die Oertlichkeit für größere Kriegsſchiffe geeignet — ſelbſt von der Handelsmarine ſieht man hier faſt nur Schooner und Briggs verankert liegen. — Von Nonnebeck abwärts ſind kleinere Seeſchiffe zu ſehen, wie auch Bagger, da die Fluth mittwegs zwiſchen Bremen und Bremerhaven die Tiefe nur um 5 Fuß vermehrt; in Elsfleth zeigen ſich kleine dreimaſtige Schiffe in Ballaſt, und das oldenburgiſche Städtchen Brake geſtattet Schiffen von 14, auch wohl 16 Fuß Zugang zu dem Canal (Schleuſenbaſſin) hinter dem Ort oder zu dem flachen Quai mit ſeinen vielen niedrigen Häuſern hart am Waſſer und der neuen hübſchen rothen Kirche an dem holzverſchalten Bollwerk, bei welchem ſich das Telegraphengebäude beſonders heraushebt. Uebrigens iſt hier auf den Werften, wo zahlreiche Schiffe auf Stapel liegen, auch ein Muſterkutter der erſten deutſchen Nordſeefiſchereigeſellſchaft gebaut worden. Einſt lagen hier im gelben Weſerwaſſer während der Wintermonate die Kriegsſchiffe der „deutſchen Flotte“ von 1848, die aller-

dings verhältnißmäßig leichte Schiffe waren und trotzdem in dem weichen Schlamm öfters festgesessen haben sollen.

Von hier ab beginnt aber die Weser breiter und voller zu fluthen, während andererseits öfters grüne flache Inseln und Sandbänke erscheinen. Nach einiger Zeit steigt über dem Spiegel der Weser eine Stadt mit hellen, nicht gerade hohen Häusern auf: es ist die Doppelstadt Bremerhaven-Geestemünde, auf dem rechten Ufer der Weser an einer Stelle gelegen, wo der Strom eine Krümmung macht, sodaß sie sich uns jetzt in der Front präsentirt, und zwar links Bremerhaven, rechts Geestemünde. Auf dem linken Ufer, also dem eine halbe Meile entfernten Bremerhaven direct gegenüber, erhebt sich der spitze Thurm des Dorfes Blexen und unfern desselben die Gebäude der norddeutschen Lloydstation Nordenhamm, von der aus die nach England fahrenden Dampfer abgehen und später alle auf Amerika fahrenden Dampfer abgehen werden, da hier, nahe dem Ankerplatz der ehemaligen deutschen Flotte für die Sommermonate, ein prachtvoll tiefes Fahrwasser und eine vorzügliche Rhede ist, die großen Schiffen, also den Lloyddampfern, eine so sichere Lage bietet, wie fast kein Platz der deutschen Küste außer der kieler Föhrde, und die durch einen Hafendamm, gleich dem auf der New-Yorker Station, noch bedeutend verbessert werden könnte. Unser Dampfer führt uns nahe an diesem Weserhafen Oldenburgs (Nordenhamm) vorbei; dann aber entfernen wir uns, obwohl in gleicher Richtung weiterfahrend, vom linken Ufer, da wir den Strom an seinem Knie kreuzen, und nähern uns der ausgebreiteten Doppelstadt Bremerhaven-Geestemünde mit ihren hellen Häusern und dem Mastenwalde in ihren Hafenbassins. Die Stadt wird durch den kleinen, aber an der Mündung auffallend tiefen Fluß Geeste in zwei Hälften geschieden: nördlich Bremerhaven, südlich Geestemünde. Bremerhaven ist bekanntlich eine moderne Schöpfung bremischer Kaufleute, welche im Jahre 1827 hier von Hannover ein kleines Territorium erwarben. Hannover ahnte damals die Bedeutung der Sache nicht, sonst würde es schwerlich auf die Wünsche der Bremer eingegangen sein: wenigstens hat es nachher alle Anstrengungen gemacht, die aufblühende Hafenstadt durch einen hannöverschen Concurrenzhafen niederzudrücken. Es chicanirte den bremer Handel auf jede Weise und legte sogar eine Küstenbefestigung, Fort William, nicht unterhalb, sondern oberhalb Bremerhaven, zwischen dieses und Geestemünde, sodaß im Fall eines feindlichen Angriffes Bremerhaven schutzlos bleiben oder gar durch die feindlichen Kugeln vernichtet werden mußte. Uebrigens ist das Fort William, welches jetzt die Inschrift „Fort Wilhelm“ trägt, fortificatorisch von geringer Bedeutung, ein einziges rothes zinnengekröntes halbrundes Fort mit einigen Schießscharten für schweres Geschütz und mit wehender norddeutscher Kriegsflagge auf dem

rechten Ufer des Ausflusses der Geeste, im Winkel zwischen dieser und der Weser und von beiden Städten durch Wassergräben und den Fluß abgesperrt, endlich, da es nur aus Mauerwerk besteht, von geringer Widerstandsfähigkeit gegen modernes Schiffsgeschütz. Jene unwürdige Rivalität gegen Bremen hat aufgehört; das zeigt sich recht augenfällig darin, daß nunmehr Fortificationen zum Schutze der ganzen Doppelstadt angelegt worden sind.

Wie man nun in Havre und in Antwerpen, um der Versandung durch den Fluß zu entgehen, nicht die Seine und die Schelde selbst als Hafen gebraucht, sondern besondere Bassins in das Land hineingegraben hat, so ist auch hier nicht die Weser als Hafen benutzt, sondern es sind besondere Binnenbassins gegraben und durch Schleusenthore mit der Weser verbunden, sodaß die letztere nur als Rhede dient. Die Weser fließt hier ziemlich gerade nach Norden und die Geeste mündet von Osten nach Westen fließend in die Weser. Wenige Schritte oberhalb der Mündung der Geeste führt aus derselben eine Schleuse in ein langes, südwärts gestrecktes Bassin, den Hafen von Geestemünde, und ebenso führt durch das andere Ufer der Geeste, der erwähnten Schleuse gegenüber, eine zweite Schleuse mit mächtigen Fluththoren in ein langes nordwärts gestrecktes Bassin, den alten Hafen von Bremerhaven, der noch weiter nordwärts in einem zweiten Bassin, dem neuen Hafen, längs der Weser seine Fortsetzung findet — wir haben also auf dem rechten Ufer der Weser ganz nahe demselben und ihm parallel laufend, eine Kette von drei an einander schließenden Bassins, von denen die beiden nördlicheren durch die Geeste von dem südlichen, zu Geestemünde gehörigen, getrennt werden.

Wenden wir uns zunächst durch die südliche Schleuse von der Geeste nach Süden hinab. Lang, aber wenig von Schiffen belebt, streckt sich das ausgedehnte Bassin des geestemünder Hafens mit einem prachtvoll in rothem Rohbau ausgeführten hohen Packhofgebäude auf der östlichen Flanke, an das die Schiffe direct anlegen können, und mit dem Bahnhof (Endstation der von Bremen kommenden Bahn) am südlichsten Ende, sodaß dieser Hafen directe Bahnverbindung mit Bremen und dem ganzen Hinterlande hat. Kurz vor dem Packhof entsendet das Bassin gegen Osten einen schmaleren rechtwinklig abgezweigten Nebenarm, dessen Ende sich abermals in weiten Bassinanlagen erweitert und an dessen südlichem Quai ein freier durch Eisengitter abgeschlossener Platz das preußische Marinedepot bildet. Einige Schuppen, mächtige Kohlenhaufen zur Ergänzung der Vorräthe auf den Kriegsschiffen, Pyramiden von Kanonenkugeln und Ankern und ein Posten in der Uniform der Kriegsschiffsmatrosen mit dem Zündnadelgewehr im Arm kennzeichnen die Bestimmung dieses Platzes. Hart am Quai liegt, die hohe schwarze

Masse des hier außer Dienst gestellten Panzerfahrzeuges „Prinz Adalbert", das wir vor einiger Zeit in diesen Blättern beschrieben, mit den ragenden Maststumpfen und den konischen Dächern über seinen Kasemattenthürmen. Schräg gegenüber ist der kleine quadratische Marktplatz mit niedrigen freundlichen Häusern, daran schließen sich größere Plätze, deren Einrahmung die Massen der Seeschiffe in den anderen Bassins bilden. Saubere kurze Straßen im Charakter eines netten, zierlichen, noch im Werden begriffenen Städtchens, eine Anzahl von Werften und Docks an der Geeste vollenden das Bild, und lassen ein fröhliches Aufblühen des preußischen Orts im engen Verein mit seiner reicheren Schwesterstadt wünschen.

Die Benutzung Geestemündes als Kriegshafen ist eifrig in Vorschlag gebracht worden und wird noch erstrebt, sie erscheint uns aber durchaus unthunlich und wir wünschen davon zu überzeugen. Der Hafen besteht aus einem in die Geestemündung ausgehenden Vorhafen nebst einer doppelten Schleuse von 80 Fuß Breite mit einer Schleusenkammer von 250 Fuß Länge und aus einem sich daran schließenden Hauptbassin von 1734 Fuß Länge, 400 Fuß Breite, 26 Fuß Tiefe. Gleich links am Eingang zweigt sich der von den preußischen Kriegsschiffen benutzte Canal rechtwinklig ab, in einer Länge von 1300 Fuß, einer Breite von 150 Fuß und einer Tiefe von 21 Fuß, und an diesen Canal stößt ein zweiter rückwärts bis in die Nähe der Geeste laufender Canal von ebenfalls 1300 Fuß Länge und 21 Fuß Tiefe, aber nur 112 Fuß Breite. Schon diese beiden Canäle allein bieten eine Wasserfläche von 338,000 Quadratfuß und allerdings hinreichenden Platz für Unterbringung der preußischen Holzkriegsschiffe außer den großen gedeckten Corvetten. Dazu kommt aber noch das große Bassin mit 690,000 Quadratfuß, welches 20—25 große Kriegsschiffe aufnehmen kann, wenn dieselben keinen bedeutenden Tiefgang haben. Die mächtigen Packhäuser haben je 300 Fuß Länge und 60 Fuß Tiefe, außerdem ist Platz für den Bau noch zweier solcher Packhäuser vorhanden und ebenso reichlicher Platz für Aufschüttung bedeutender Kohlenvorräthe. Schließlich sind in nächster Nähe, in der Geeste, mehrere bereits fertig eingerichtete und erprobte Privatdocks, welche für jedes unserer Holzschiffe genügen, in Bremerhaven die des Consuls Lange, weiter oben am Flusse das Tecklenborg'sche, in Geestemünde namentlich das der Firma H. F. Ulrichs, das nach den neuesten Bedürfnissen, z. B. auch mit Krahnen und Vorrichtungen zum Ein- und Ausbringen der Schraube, eingerichtet und 1865 eröffnet worden ist. Dieses Trockendock hat nicht weniger als 405 Fuß Länge, eine mittlere Breite von 100 Fuß, eine Schleusenweite von 62 Fuß und eine Tiefe von 7 Fuß unter 0 des Pegels, sodaß der gewöhnliche Wasserstand 19—24 Fuß ist. Hier wurde auch einst unser „Cheops" ausgebessert, der allerdings nachher in Danzig nochmals

ins Dock geſchafft werden mußte. Abgeſehen von dieſen Privatanlagen haben die Hafenbauten der hannöverſchen Regierung, die erſt vor wenigen Jahren vollendet wurden und ſolid und, abgeſehen von der zu ſtarken Krümmung des Vorhafens, gut gebaut ſind, nicht weniger als faſt 4 Millionen Thaler gekoſtet. In der That iſt die ganze Anlage großartig entworfen; es iſt ſoviel Terrain erworben und freigelaſſen, daß auch bei einer Steigerung des Handelsverkehrs, der die ſchönen weiten Packhäuſer nicht mehr genügen könnten, die nöthigen Erweiterungen ohne Schwierigkeit auszuführen wären. Geeſtemünde war eben das Schooßkind der hannöverſchen Regierung als ein Concurrenzbau. Es ward vor 40 Jahren gleich darauf angelegt, als Bürgermeiſter Smidt Bremerhaven gegründet hatte. Aber ſelten hat ſich die Gemeinſchädlichkeit des Particularismus ſo auffällig gezeigt, als hier, wo Millionen an eine unnöthige und nicht recht lebensfähige Schöpfung weggeworfen wurden, um einen Nachbar zu ruiniren. Allerdings vergebens; denn der Seeverkehr wendet ſich infolge der Handelsverhältniſſe doch ganz vorwiegend Bremerhaven zu, und auch von den Dampfern haben blos die großen amerikaniſchen Raddampfer, welche ihrer Breite wegen die bremerhavener Schleuſe nicht paſſiren können, Geeſtemünde aufgeſucht*).

Trotz aller angeführten Vorzüge halten wir eine Benutzung von Geeſtemünde als Kriegshafen nicht für möglich. Für lange Schiffe iſt die Krümmung des Vorhafens zu ſtark, für alle ſchweren Kriegsſchiffe die Tiefe von 21 Fuß viel zu gering: genau wie Swinemünde, iſt dieſer Hafen höchſtens für gedeckte Corvetten praktikabel; unſere Panzerfregatten aber würden das Schickſal der öſtreichiſchen Panzerfregatte „Don Juan d'Auſtria“ theilen, die bei beſonders günſtigen Fluthverhältniſſen hier ins Dock eingelaufen war, aber nicht wieder hinaus konnte, wegen des Schlicks in dem Hafenausgang und zu geringer Waſſertiefe. Ueberdies wird, wenn auch vorläufig Geeſtemünde für die kleineren Schiffe der norddeutſchen Kriegsflotte eine ſehr ſchätzbare Acquiſition bildet, ein Kriegshafen an dieſer Stelle unnöthig, ſobald der Jahdehafen eröffnet iſt, der ja auch für die größten Schiffe genügt. Selbſt zu einer befeſtigten Marineſtation, die vielleicht in der Weſermündung wünſchenswerth wäre für Schiffe, die vor feindlicher Uebermacht in die Weſer einzulaufen gezwungen ſind und den Jahdehafen nicht mehr erreichen können, würde der Waſſertiefe wegen nicht Geeſtemünde zu be-

*) Inwieweit der Handel die geeſtemünder Baſſins benutzen wird, ſeitdem die hannöverſche Verwaltung aufgehört hat, muß die Folge zeigen, wenn der Handel weniger darniederliegt als in den letzten beiden Jahren. Im Herbſt vorigen Jahres lagen kaum ein Dutzend Schiffe in den Hafenbaſſins; bei der Uebernahme durch Preußen waren nur fünf größere Handelsſchiffe im ganzen Hafen, und auch in den vier darauffolgenden Wochen belief ſich die Schifffahrtsbewegung auf nur fünf Kauffahrer und zwei Dampfer der amerikaniſchen Linie.

nutzen sein*), sondern entweder drüben auf dem oldenburgischen Ufer der Platz bei Blexen und Nordenhamm, oder vielleicht noch besser auf dem rechten Weserufer eine Strecke unterhalb Bremerhaven in der Gegend von Imsum die Stelle, wo der tiefe Strom am nächsten an das Land herantritt und nur kurze Molen vom Fahrwasser bis zum Bassin nöthig macht. Diese Stelle empfiehlt sich nämlich vor allen andern Punkten an der Weser durch den Umstand, daß sie unterhalb der Barre von Bremerhaven liegt, welche schon Schiffe von 20 Fuß Tiefgang genirt. Als Marinedepot wird Geestemünde schon jetzt von der Marineverwaltung benutzt, und es erscheint uns nur praktisch, daß dieselbe für die Nordseeflottille unter diesen Umständen nicht mehr als $^1/_{10}$ des Raumes der ganzen offenen und geschlossenen Räumlichkeiten und den Seitencanal beansprucht, $^9/_{10}$ des Platzes aber und das ganze Hauptbassin dem Handel freigelassen hat.

Lenkt man den Schritt von Geestemünde nach Norden, so gelangt man mit der Fähre über die Geeste, landet dicht neben der nördlichen Schleuse und setzt den Weg längs der nach Norden gestreckten Bassins von Bremerhaven fort, die nur durch einen schmalen Landstreifen mit hohem Deich von der parallel strömenden Weser geschieden sind. Wir wandeln neben dem langgedehnten ersten Bassin Bremerhavens, dem „alten Hafen" hin, in dessen Wasser unzählige Schiffe größter Art mit ihren hochragenden Masten sich in wirrem Durcheinander drängen: links begleitet uns stets der Deich, über den die Mastspitzen der Schiffe auf der Weser (Rhede) herüberschauen, und rechts ziehen sich die Häuser Bremerhavens, einer Stadt von über 10,000 Einwohnern, entlang. Der Quaistraße entsprechen mehrere östlich gelegene Parallelstraßen gleich stattlicher Neubauten, von einer Anzahl Querstraßen durchschnitten, die den Grundriß zu einem Gitterwerk rechtwinklig gekreuzter Linien bilden; manche Privathäuser, sowie ein paar schmucke Kirchen zeichnen sich in sauberer, wohlthuender Zierlichkeit vor den Bauten andrer Hafenplätze vortheilhaft aus. Die Bürgermeister-Smidtstraße erinnert an den Gründer der freundlichen Stadt, deren Hinterseite auch von der im Haken fließenden Geeste mit Werften am Ufer umströmt wird. Bremerhaven unterscheidet sich vor ähnlichen Landungsplätzen, die nahe der See unterhalb großer Seehandelsstädte liegen, dadurch, daß hier nicht nur die schweren Schiffe einen Theil ihrer Ladung löschen, sondern daß es der ausschließliche Hafen für seine Hauptstadt ist, während Neufahrwasser und Swinemünde doch nur die größeren Schiffe aufnehmen, deren Ladung nach Danzig und Stettin bestimmt ist, und Cuxhaven überhaupt nur Zufluchtshafen ist. Die Hafenbassinanlagen Bre-

*) Auch wenn Geestemünde der Wasserverhältnisse wegen stets benutzbar wäre, müßte doch neben der zu stark gekrümmten Hafeneinfahrt ein geraderer Durchstich gemacht werden.

merhavens ſind recht bedeutend, wenn ſie auch den neuerdings erweiterten Anlagen Antwerpens und vollends denen von Havre weit nachſtehen.

Auch am Ende des „Alten Hafens“ iſt die Reihe der Seeſchiffe noch nicht abzuſehen. Denn an das nördliche Ende deſſelben ſchließt ſich mittelſt einer Schleuſe das Baſſin des „Neuen Hafens“. Die Scenerie bleibt dieſelbe, rechts die Waſſerfront von Bremerhaven mit einem ſchönen durchbrochenen rothen Kirchthurm, der durch ſeinen Abſchluß mit einem Kranz gothiſcher Fialen ſtatt einer Spitze ein wenig an die berühmte „Krone der Normandie“ in Rouen erinnert; links der Deich, welcher das Baſſin von der Weſer trennt, und über den die Maſten der Schiffe von der Weſer herüberſchauen.*) Auf dem Deich ſteht der ſchmucke Leuchtthurm, ein runder normanniſcher Thurm mit Zinnen und gothiſchen Spitzſäulen, auf der Weſerfront von den grünen Wällen einer hakenförmigen Batterie mit Kehlpalliſadirung und Blockhaus gedeckt, ſowie durch einige ſtärkere Schanzen weiter unterhalb, die auch die Petroleumſchuppen ſchützen. Dicht neben dem Leuchthurm aber führt eine mächtige, ſchön gebaute Schleuſe mit einer Paſſagegalerie auf den Flügeln aus dem neuen Hafen direct zur Weſer, d. h. auf die Rhede. Dieſer Schleuſe und der Batterie gegenüber ſieht man den ſpitzen Kirchthurm von Blexen am andren Ufer aus dem Gebüſch hervorragen, während Nordenhamm ſich etwas weiter links präſentirt, wo die jenſeitigen Batterien mit den dieſſeitigen ſpäter ein wirkſames Kreuzfeuer ermöglichen werden. Nach dem diesjährigen Bundeshaushaltsetat ſollen für die Beendigung der Batterie Brinkamahof an der Weſermündung 110,000 Thlr. und im nächſten Jahre (1869) für den Beginn eines Werks im Fahrwaſſer der Weſer unterhalb Brinkamahof 100,000 Thlr. ausgegeben werden, während die in dieſem Jahr zu vollendende artilleriſtiſche Armirung des erſtgenannten Werks und der Kugelbaakſchanze bei Cuxhaven zuſammen 800,000 Thlr. koſten wird. — Die Schreibung des Namens „Brinkamahof“ iſt die officielle der Reichstagsvorlagen, die behaglichere deutſche Form lautet „Brinkhammers Hof“.

Am Quai nahe dem Leuchtthurm liegen die ſchönen rothen Rohbaugebäude mit den Comptoirs des Norddeutſchen Lloyd. Innerhalb des „Neuen Hafens“ drängen ſich nun am öſtlichen Quai die mächtigen Segelſchiffe der Handelsmarine in dichter Schaar, und luſtig ſchimmern die Farben der norddeutſchen Bundes-Kauffahrteiflagge aus der Takelage hervor. Der ſchwarze Streifen derſelben, halbdurchſichtig gegen den Himmel, iſt oft von dem Blau der holländiſchen und franzöſiſchen Flagge kaum zu unterſcheiden, und ſo markirt ſich denn die Differenz nur dadurch, daß Frankreichs Flagge ſenkrecht blauweißroth geſtreift iſt, die deutſche und die holländiſche aber beide quergeſtreift ſind, erſtere mit Roth unten (ſchwarzweißroth), letztere mit dem

*) Die Fluth an dieſer Stelle vermehrt die Waſſertiefe um zwölf Fuß.

Roth oben. Während aber die Segelschiffe die östliche Hälfte des Neuen Hafens einnehmen, wird der westliche Quai durch die stolze Dampferflotte des Norddeutschen Lloyd besetzt, deren Compagnieflagge in weißem Felde einen schwarzen Anker und einen schwarzen Schlüssel gekreuzt zeigt. Der Norddeutsche Lloyd, von dem berühmten H. H. Meier gegründet, ist eine Dampfschifffahrtsgesellschaft, die nicht blos mittelst eines halben Dutzends kleinerer Dampfer wie „Schwalbe", „Condor" 2c. den Verkehr nach England unterhält und mit den neuen Doppelschraubendampfern „Falke", „Nordsee", „Cyclop" Fahrten nach Helgoland macht, sondern die auch mit einer Flotte großer mächtiger Schraubenschiffe eine rege Verbindung mit Nordamerika — Newyork und neuerdings auch Neworleans und Baltimore — vermittelt und siegreich neben der „Hamburg-Amerikanischen Packetschifffahrtsgesellschaft" ihren Platz behauptet. Beide Compagnien haben, Dank der Tüchtigkeit ihrer Gründer und Leiter und vor Allem Dank der Tüchtigkeit des deutschen Seemanns, es verstanden, den Verkehr Nordamerikas und Deutschlands zu hoher Blüthe zu entfalten, ihren Actionären glänzende Dividenden — bis zu 18 % — zu sichern und die Concurrenz des Auslandes und auch englischer Dampferlinien siegreich aus dem Felde zu schlagen; ohne Staatssubvention, wie sie der Oestreichische Lloyd, die französischen Messageries Impériales, die englische Peninsular und Oriental Company, die nordfranzösische Compagnie Transatlantique erhalten. Kein Wunder, wenn deshalb Engländer mit scheelem Auge auf sie blicken, wenn selbst die Times sich veranlaßt findet, ihre Stimme gegen die Benutzung dieser concurrirenden deutschen Dampfer zu erheben — wahrlich, Deutschland hat Grund, stolz auf solchen Neid des Auslandes zu sein. Die transatlantische Dampferflotte des Norddeutschen Lloyd zählt gegenwärtig nicht weniger als 11 große Schraubendampfer, die theils zweimastig als Briggs, theils dreimastig als Barkschiffe getakelt sind und an feiner Eleganz der Formen ihrer riesigen schwarzen Körper, wie an prachtvoller Ausstattung ihres Innern mit den schönsten Schiffen des Auslands wetteifern: für die jüngstgeschaffene Linie Bremen-Baltimore laufen die beiden Dampfer „Berlin" und „Baltimore", für die Linie Bremen-Neworleans die Schiffe „Bremen" und „Newyork", die übrigen für die ältere bewährte Linie Bremen-Newyork. So besteht denn die transatlantische Flotte aus den kolossalen Schiffen „Hermann", „Deutschland", „Amerika", „Union", „Hansa", „Bremen", „Newyork", „Berlin", „Baltimore", „Weser", (der „Hudson" ist vor längerer Zeit verbrannt) „Rhein", „Main", „Donau" (im Bau). Die fertigen 11 Dampfer repräsentiren allein ein Capital von 3,780,000 Thlrn.

Das nördliche Ende des neuen Hafens, der Heimath unsers Norddeutschen Lloyd, umschließen jetzt weiß bedachte Petroleumschuppen und dann in

ſchützendem Gürtel ein paar ſtarke Redouten mit hohen grünen Wällen*). Es iſt auch wohl dieſe Stelle, wo man die nöthig werdende Erweiterung der bremerhavener Baſſins wird eintreten laſſen müſſen. Schon jetzt iſt der Verkehr für die bremerhavener Hafenanlagen faſt zu bedeutend, und bald wird es ſich als nothwendig herausſtellen, von dieſem Punkte aus ein drittes großes Baſſin nach Norden hin zu graben. Es fragt ſich überhaupt, ob es nicht gleich anfangs zweckmäßiger geweſen wäre, die Baſſins von Bremerhaven noch ein Stück weiter ſtromab anzulegen, d. h. nördlich der Barre. Indeſſen wird derſelbe Vortheil auch jetzt erreicht, wenn das dritte Baſſin bis hinter die Barre gegraben und von dort eine molengeſchützte Schleuſenausfahrt zum tiefen Fahrwaſſer geführt werden kann, ſodaß es mit der Schleuſe durch einen Canal, mit dem jetzigen neuen Hafen aber direct verbunden wäre. Soll doch auch die Scheidewand, welche den neuen vom alten Hafen trennt, binnen kurzer Zeit fallen, um die Schiffe leichter entfernen zu können. Gerade bei einem Schiffsbrande iſt es außerordentlich wichtig, daß die Schiffe zwei Ausgänge haben und ſich bequem ins Freie flüchten können. Mit Hannover konnte keine Einigung erzielt werden, weil dieſes daran feſthielt, daß zum Fort Wilhelm aus ſtrategiſchen Gründen ein feſter Landſtreifen führen müſſe. Preußen hat jetzt das Areal, auf welchem ſich jene unbedeutende Batterie befindet, an Bremen abgetreten, und nun ſteht nichts mehr entgegen, den Weg zwiſchen beiden Häfen aufzulaſſen und dieſelben zu vereinigen. Sobald die Hafenbaſſins mit dem Fahrwaſſer nördlich der Barre verbunden ſind, bieten ſie den Kriegsſchiffen auf der Weſerſtation (die, wie wir oben ausführten, am beſten bei Blexen-Nordenhamm angelegt würde, ſodaß ſich Kriegs- und Handelsmarine nicht ſtörten) ganz von ſelbſt auch auf dem rechten Ufer jederzeit Zugang, und die Weſer läßt dann mit den beiden Zufluchtspunkten links und rechts für die Marine wenig mehr zu wünſchen übrig. Die Batterien am rechten Ufer hätten den Vortheil, feindliche Kriegsſchiffe, die den Eingang erzwingen wollen, gerade an der Barre, wo zwar Kauffahrteiſchiffe bei Fluth kein Hinderniß finden, größere Kriegsſchiffe aber immerhin vorſichtig und langſam zu dampfen gezwungen ſind, während dieſer langſamen Fahrt wirkſam beſchießen zu können.

Das Einzige, was in reicherer Zukunft noch zu wünſchen wäre, wenn man es nicht durch die Jahdeanlagen entbehrlich glaubt, wäre die Herſtellung eines für Panzerſchiffe geeigneten Docks bei Blexen oder Imſum an der

*) Mit dem Bau von ausreichend die Weſer ſperrenden Befeſtigungswerken auf dem linken Weſerufer iſt am 16. Januar d. J. der Anfang gemacht worden; doch erlitten die fortificatoriſchen Arbeiten theilweiſe dadurch eine Unterbrechung, daß während der Differenz zwiſchen Reichstag und Bundesregierung im Frühling d. J. der Batteriebau in Geeſtemünde ſiſtirt war.

30-Fuß-Tiefe. Allerdings werden in den jetzt an der Geeste liegenden Docks (einem halben Dutzend Bassins), welche theils zu Geestemünde, theils zu Bremerhaven gehören, die großen und namentlich sehr langen transatlantischen norddeutschen Lloyddampfer ausgebessert*): aber dies sind doch immer Schiffe, die selbst bei voller Ladung nicht über 24 Fuß Tiefgang und auch nicht die kolossale Schwere von Panzerschiffen ersten Ranges haben, welche 27 Fuß tief im Wasser liegen und in die Geeste nicht einlaufen können. Selbst dem minder tiefgehenden östreichischen „Don Juan d'Austria" (24 Fuß Tiefgang) ist, wie wir oben erwähnten, sein Einlaufen in die Geeste-Trockendocks schlecht bekommen: er wurde in Wenke's Dock (nahe dem Lange'schen) ausgebessert, während der „Schwarzenberg" (Holzfregatte), um seinen bei Helgoland in Brand geschossenen Hauptmast zu ersetzen, im neuen Hafenbassin von Bremerhaven lag.

Die bedeutendsten aller zu Bremerhaven gehörigen Docks sind aber die beiden Docks des Consuls Lange im nördlichen Ufer der Geeste, von welchen das eine 400 Fuß Länge, 60 Fuß Breite des Eingangs und 18 Fuß Tiefe hat, während das andere 250 Fuß Länge, 50 Fuß Eingangsbreite und 16 Fuß Tiefe besitzt. Die doppelte Breite und die große Länge erlaubt auch den Postdampfern in diesem Bassin zu repariren, welches im vorigen Jahre das damals größte deutsche Segelschiff, den „Arnold Bönniger" aus Duisburg (in Vegesack gebaut), aufnahm. Das Dock ist übrigens schräg gegen die Geeste gelegt, damit ablaufende Schiffe nicht bis zum jenseitigen Ufer fahren. Die Fluth trägt von selbst das Schiff hinein, und bei Ebbe werden die Thore geschlossen, wodurch das schwierige Vonstapellassen nach der Reparatur wegfällt, jenes Rutschen von den Helgen, welches einmal nicht ungefährlich, und dann nur da statthaft ist, wo Wassertiefe genug vorhanden ist, um das Schiff beim Ablaufen nicht auf den Grund stoßen zu lassen. Vor einiger Zeit war auch die Rede davon, daß zwei ausländische Firmen, Webb aus Newyork und Randolph, Elder und Co. aus Schottland sich um Begünstigungen beworben hätten, um hier in Bremerhaven-Geestemünde eine Schiffsbauanstalt zu errichten. Indessen scheint uns eine solche Anlage nach zwei Seiten hin nicht wünschenswerth: einmal würde sie das Aufblühen der heimischen Industrie und namentlich der kieler Actiengesellschaft beeinträchtigen, während die Entwicklung der Letzteren gerade aus allen Kräften gefördert werden muß, und dann erregen auch die bisherigen Leistungen der beiden Firmen nach einer Richtung Be-

*) Wie der Begründer des norddeutschen Lloyd, H. H. Meier als Abgeordneter für Bremen im Reichstage hervorhob, gehen die großen Dampfer wie die „Hansa" (365 Fuß lang) zweimal jährlich in die Docks von Geestemünde und werden dabei weder durch die Länge noch den Tiefgang (ohne Ladung) gehindert.

denken; weder Webb's Kasemattenpanzerschiff „Dunderbrog", das wir früher beschrieben und das jetzt als „Rochambeau" einen Theil der französischen Flotte bildet, noch auch die neuesten Pläne des Chefs der schottischen Firma, welcher Schiffen von kreisrundem Horizontalschnitt 13 Knoten Schnelligkeit und Sicherheit des Feuerns geben zu können meint, versprechen so solide Constructionen wie wir sie für unsre Panzerschiffe wünschen müssen. Auch scheinen sich die Hoffnungen beider Constructeure nicht erfüllt zu haben. Aber wenn auch nicht als Constructionshafen, in allen andern Beziehungen ist die Wesermündung eine jedem deutschen Seemannsherzen theuere Stelle unserer Küste.

Die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg.

Hamburg, Ende October.

Die Grenzboten haben kürzlich (Nr. 41) einen bemerkenswerthen Artikel aus Holstein gebracht, welcher sich lebhaft für die Verlegung der kieler Universität nach Hamburg ausspricht. Wir verkennen das Gewicht der angeführten Gründe keineswegs, möchten uns aber doch gegen das Project erklären. Zunächst glauben wir, daß der Verfasser die Bedeutung Kiels zu gering anschlägt; man mag die Stellung, welche die Universität in den letzten Wirren genommen, tadeln und zugeben, daß mit der Trennung von Dänemark ihre frühere politische Aufgabe wesentlich aufgehört hat: eine nationale Aufgabe bleibt ihr doch, da der Norden Schleswigs dem Deutschthum erst voll zu gewinnen ist. Der Verfasser hält nun Kiel hierfür nicht geeignet und führt zum Beweise das Sinken der Universität an; es ist indeß zu berücksichtigen, daß daran in erster Linie die systematische Ungunst Schuld ist, mit der die dänische Regierung die widerspenstige Hochschule behandelt hat; dergleichen wird nicht rasch wieder verwunden, man denke nur wie lange Göttingen an den Folgen der Vertreibung der Sieben gelitten hat. Außerdem findet der Umstand, daß die Anzahl der Studirenden sich auch vermindert hat seit die Herzogthümer preußisch geworden, seine Erklärung darin, daß von da an die schleswig-holsteinischen Studenten eine große Zahl von Landesuniversitäten zur Auswahl hatten, mit denen sich Kiel nicht messen konnte. In jüngster Zeit hat die Regierung mehrere tüchtige Männer berufen; wenn in der Hinsicht noch mehr geschieht, vor allem wenn die nothwendigen neuen Baulichkeiten, Auditorien, Anatomie, chemisches Laboratorium, Sternwarte ꝛc., ohne welche in unsern Tagen eine Universität nicht mehr ihre Aufgabe erfül-

len kann, hergestellt sein werden, dann darf Kiel wohl einer neuen Blüthe entgegensehen. So glauben wir, man könnte der Stadt das Opfer ersparen, welches ihr eine Verlegung der Universität nach Hamburg auferlegen würde, und welches auch in den Herzogthümern, mit deren Geschichte Kiel so eng verwachsen ist, sehr gefühlt werden müßte, man sollte nicht ohne Noth den Faden einer 200jährigen Geschichte abschneiden.

Allerdings diese Gründe müssen weichen, wenn Hamburg die Aufgabe einer Universität für die Herzogthümer entschieden besser erfüllen würde. Dies aber müssen wir bestreiten. Daß es nationell die Hauptstadt, nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern für die ganze cimbrische Halbinsel ist, wird nicht bestritten; der jütische Kaufmann arbeitet fast ausschließlich mit hamburger Credit; daß es aber auch schon der geistige Mittelpunkt geworden, wie der Verfasser sagt, möchte zweifelhaft sein. Eine Universität würde freilich viel beitragen es dazu zu machen, aber doch halten wir Hamburg nicht für geeignet. — Zunächst bleiben wir der Ansicht, daß in der Regel große Städte weniger geeignet für akademische Studien sind als kleinere, die Zerstreuungen, welche sie bieten, das theure Leben wirken ungünstig. Allerdings haben auch die Großstädte ihre Vorzüge, durch das sich entfaltende reichere Leben, die umfassenden Anstalten, die Sammlungen, das Theater ꝛc. Indeß uns will bedünken, daß wir in Deutschland solcher großstädtischer Universitäten schon genug haben und als solche eignen sich Residenzen wie Berlin, München, Wien für den Aufenthalt der studirenden Jugend doch besonders, weil sich in der Anlehnung an die Fürsten am meisten jener edle geistige Luxus von Museen, Theatern, Concerten ꝛc. entfaltet, zu denen kleineren Städten die Mittel fehlen müssen. So ist auch das Verhältniß in Großbrittannien; die beiden großen Hauptuniversitäten Oxford und Cambridge sind kleine Städte, außerdem gibt es Hochschulen in London, Edinburgh und Dublin; aber Niemand hat daran gedacht solche in Liverpool, Manchester, Bristol oder Belfast zu gründen. Dieselben Gründe sprechen gegen Hamburg als eigentliche Universität.

Zunächst würde der materielle Punkt große Schwierigkeit machen. Wenn in Kiel viele neue Baulichkeiten herzustellen sind, so würde in Hamburg fast Alles neu zu bauen sein; schon der Platz für Auditoriengebäude, der doch in der Nähe der Bibliothek und einigermaßen im Mittelpunkt liegen müßte, wäre nur dadurch zu gewinnen, daß man einen bedeutenden Häusercomplex expropriirte nnd niederrisse; wir gehen gewiß nicht zu weit, wenn wir annehmen, daß die nothwendigen Gebäude allein $1^1/_2$ Million Thaler kosten würden; dazu rechne man nun die fortlaufenden Kosten der Universität, welche, wenn man überhaupt daran ginge, doch im großen Stil zu projectiren wäre; wir werden diese Unterhaltung jährlich auf 200,000 Thlr. anschlagen müssen. Woher soll das Geld

kommen? Hamburg ist allerdings reich, aber die Steuern sind schon hoch und neue stehen in Aussicht, da der norddeutsche Bund unsre frühern Ueberschüsse in ein Deficit von 1 Mill. verwandelt hat; wird man unter solchen Umständen nicht Bedenken tragen müssen, das Budget in so starkem Maße mehr zu belasten, wie eine Universität es verlangen würde? Diese Belastung bliebe auch dann noch groß, wenn Preußen sich etwa bereit zeigte, die Kosten zur Hälfte zu tragen, und außerdem würden bei solcher Eventualität sehr verwickelte Verhältnisse durch eine gemeinsame Verwaltung geschaffen.

Aber auch hiervon abgesehen halten wir Hamburg nicht für den Boden, wo eine Universität recht gedeihen würde; daß sein geistiges Leben durch dieselbe in realer Beziehung eine große Bereicherung erfahren würde ist gewiß, aber dieser Aussicht glauben wir auch auf andere Weise gerecht werden zu können, wobei alle die vom Verfasser gerühmten Vorzüge für naturwissenschaftliche, mathematische, geschichtliche und staatswissenschaftliche Studien zur Geltung kommen würden. Doch zu einer Universität gehört noch mehr: für Philologie, Philosophie, Theologie ist Hamburg absolut kein Feld, ja wir möchten bezweifeln, ob es für das eigentliche Studium der Jurisprudenz wesentliche Vorzüge bietet, denn Studenten würden wenig von dem Handelsgericht haben können. Endlich, ist das Leben in Kiel theuer, so ist es doch in Hamburg gewiß noch kostspieliger.

Aus diesen Gründen müssen wir dem drastischen Ausdruck eines Freundes beipflichten, der auf die Frage, was er von der Gründung einer Universität in Hamburg halte, erwiderte: „das wäre Runkelrübenbau auf Getraideboden."

Aber darin hat die Stimme aus Holstein auch unserer Ansicht nach vollkommen Recht, daß Hamburg eine große Anstalt entbehrt, welche für über die Schulbildung hinausgehende Studien bestimmt ist, und daß dies als ein empfindlicher Mangel gefühlt wird. Diese Lücke müßte unsrer Ansicht nach ausgefüllt werden durch die Umbildung des akademischen Gymnasiums in eine Akademie für Nichtstudirende.

Das akademische Gymnasium ward wie das Carolinum in Braunschweig gegründet um eine Uebergangsstufe zwischen Schule und Universität zu sein. Durch die höhere Ausbildung der gelehrten Schulen sind solche Mittelanstalten überflüssig geworden, sie können Nichts mehr leisten was bei richtiger Anordnung und Leitung nicht eben so gut oder besser in der ersten Classe der Gelehrtenschule oder im ersten Stadium der Universitätsstudien erreicht werden kann. Nachdem sich die hamburger gelehrte Schule unter Classen's trefflicher Leitung in neuester Zeit sehr gehoben, ist das akademische Gymnasium fast ohne Schüler, die Professoren haben entweder gar keine Zuhörer in der classischen und biblischen Philologie, oder finden den Schwerpunkt ihres

Wirkens in Vorlesungen, welche sie für der Anstalt Nichtangehörige halten, so z. B. in der Chemie Prof. Wiebel, in der Geschichte der kürzlich nach Bonn berufene Prof. Aegidi. Ein derartiges Institut ist zur Aufhebung reif, aber es ließe sich ohne große Kosten zu einem höchst nützlichen machen. Deutschland hat schon zu viele Universitäten und wir wünschten, sowie Altorf, Frankfurt und Wittenberg verschwunden sind, möchten Greifswald und Rostock, Halle und Jena, Marburg und Gießen, Münster und Bonn, Freiburg und Heidelberg zusammengelegt werden. Aber was Deutschland noch nicht in genügendem Maße hat, das sind Fortbildungsanstalten für Nichtstudirende; speciell gibt es deren fast gar nicht für Kaufleute. Zu einer solchen sollte man das hamburger Gymnasium machen, anknüpfend an die Traditionen der einst so berühmten Büsch'schen Handelsakademie, welche Alexander von Humboldt und Niebuhr zu ihren Zöglingen zählte.

Wir denken uns ein Institut, an dem die bestehenden Professuren der Geschichte und Naturwissenschaften erhalten und weiter ausgebildet würden, während die der classischen und biblischen Philologie auf den Aussterbeetat zu setzen wären. Hiezu kommen würden dann noch Lehrstühle für Staatswissenschaften, speciell Nationalökonomie, Technologie, Mathematik und Astronomie, Geographie, Handelswissenschaften und Literaturgeschichte. Für eine derartige Akademie wären die Räumlichkeiten so ziemlich da oder könnten doch leicht hergestellt werden, die Mehrkosten würden kaum 25,000 Thlr. betragen und diese Summe würde auch unsere demokratische Bürgerschaft, deren Mehrheit Ausgaben für Kunst, Wissenschaft und Cultur als Luxus betrachtet, gewiß bewilligen, weil damit einem wirklichen Bedürfniß abgeholfen würde. Ebendeshalb hätte eine solche Anstalt auch Aussicht auf Gedeihen und einen weit über die Grenzen unseres Gebiets reichenden Erfolg. Eine große Anzahl wohlhabender junger Kaufleute sucht nach Gelegenheit um eine über die Schule gehende Bildung zu erlangen, aber will doch nicht sich einem förmlichen Universitätsstudium hingeben; sehr Viele kommen aus In- und Ausland nach Hamburg als Volontärs, die nicht verdienen, sondern lernen wollen und denen eine solche Akademie höchst willkommen sein müßte. Durch sie würden alle jene Institute, welche der Verfasser mit Recht rühmt, wie Commerzbibliothek, zoologischer und botanischer Garten, naturhistorisches Museum, Sternwarte u. s. w. doppelt nutzbar gemacht, die Zöglinge würden die Vortheile für ihre Studien haben, welche eine Handelsmetropole wirklich bietet und wir würden doch eine Anstalt gründen, welche auf gesundem eigenen Boden gedeihen müßte, während eine Universität nur zu leicht zur Treibhauspflanze werden dürfte*).

*) Aehnliches hat auch Classen befürwortet in seiner lesenswerthen Schrift: „Die ehemalige Handelsakademie von Büsch und die Zukunft des akademischen Gymnasiums." Hamburg 1865.

Der vierte deutsche Handelstag.

II.

Den dritten Gegenstand der Tagesordnung bildete das Eisenbahn-Frachtwesen in Verbindung mit den Verhältnissen der Stromschifffahrt. Der bleibende Ausschuß hatte denselben durch eine von einer Subcommission bearbeitete, bereits im Mai d. J. ausgegebene Denkschrift vorbereitet. Diese erachtet eine Beseitigung der Mißstände im Eisenbahn-Frachtwesen, mit deren Erörterung es nicht schwer fallen würde Bände zu füllen, nur dadurch für möglich, daß ein neuer maßgebender Grundsatz, auf den wir sogleich näher zu sprechen kommen, in die Verwaltung des gesammten Eisenbahnwesens hineingetragen werde. Um den vielen berechtigten Klagen abzuhelfen, begann der Referent Dr. Meyer aus Breslau seinen geistvollen Bericht, biete sich zunächst der schon häufig betretene Weg, zu erklären: der Staat muß hier eingreifen, muß Abhülfe schaffen, muß die gewünschten Reformen erzwingen. Das sei der Weg derjenigen Leute, die sich zu jeder schwierigen Arbeit außer Stande wüßten, der breite Weg des Socialismus. Unstreitig thue eine solche entschiedene Erklärung dem bedrängten Herzen wohl. „Einen Nachtheil aber" fuhr er fort, „hat dieser Weg, er hilft nämlich nichts. Solche Resolutionen erschüttern nur die Luft." Man habe das Handelsgesetzbuch angeklagt, daß es ausschließlich das Interesse der Eisenbahnverwaltungen begünstige, allein das sei doch nicht zu verkennen, daß dessen Verfasser Gründe und Gegengründe gehört, alle Interessen zu berücksichtigen, allen Klagen zu begegnen versucht haben. Bis vor Kurzem habe das Verdammungsurtheil gegen die Differenzialfrachten als ein Glaubensartikel gegolten — jetzt gebe es kaum noch einen unerschrockenen Mann, der denselben noch principiell entgegenzutreten versuche; auch ein auf dem Tisch des Hauses liegender Antrag (von Moll-Mannheim), der ihm eben zu Gesicht gekommen, sei sehr zahm gehalten. Man habe einsehen gelernt, daß die Differenzialfrachtsätze nur eine gesunde, wenn auch zuweilen schmerzliche Reaction gegen die Krankheit der zu hohen Frachten, ein Symptom der beginnenden Genesung bilden. Es komme nur darauf an, die Differenzialsätze auf die Plätze zweiten, dann dritten Ranges u. s. w. auszudehnen, und das werde geschehen, sobald man den Bahnen nachzuweisen vermöge, daß sie dabei ein gutes Geschäft machen. Auch den vielgerühmten Einpfennigtarif könne man doch unmöglich als ein unwandelbares Prinzip hinstellen; während er in vielen Fällen die Bahnen auf Hungerlöhne setze, bedeute er in anderen noch nicht die Grenze des zu Erstrebenden. Das einzige durchgreifende Mittel, allen Uebelständen abzuhelfen, sei die Beförderung möglichst freier Con-

currenz. Diese könne nun in das Eisenbahnwesen eingeführt werden auf dem Wege, den man in England schon längst eingeschlagen und welchen für Deutschland schon im J. 1860 die hamburger Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen in Vorschlag gebracht habe, daß man nämlich unterscheide

a. Den Frachtverkehr, bei welchem die Eisenbahnverwaltung die Güter in Empfang nimmt, sie verladet und nach vollbrachter Beförderung auf der Bahn sie an dem Bestimmungsorte an den ihr angewiesenen Empfänger abliefert,

b. von dem Fahrverkehr, bei welchem die Eisenbahnverwaltung einen Eisenbahnwagen dem Absender zur Verladung der Güter bereit stellt und nach vollbrachter Beförderung auf der Bahn dem ihr angewiesenen Empfänger zur Entladung der Güter wiederum bereit stellen läßt.

Referent konnte sich auch auf ein Beispiel aus der Praxis einer deutschen Bahn beziehen: die nassauische Eisenbahn stellt einzelnen Absendern leere Waggons zur Verfügung und erhebt dafür, ohne von dem Inhalt der Wagenladungen Kenntniß zu nehmen, eine Pauschal-Miethe. Man hat, so fuhr Referent fort, gegen diesen Vorschlag eingewendet, daß ja in England selbst der Fahrverkehr mehr und mehr außer Uebung komme. Dies ist innerhalb gewisser Grenzen wahr; die bloße gesetzliche Möglichkeit der Concurrenz der Spediteure hat eben die Bahnverwaltungen genöthigt, ihre Sätze so niedrig zu stellen, daß sie die Concurrenz nicht zu scheuen brauchen. Für gewisse Güter bildet aber doch die Beförderung im Fahrverkehr die entschiedene Regel. Es führt sich auf diese Weise von selbst eine Arbeitstheilung ein, die allen Interessenten zugute kommt. Man mag übrigens ja nicht von der gesetzlichen Einführung jenes Unterschieds, der ein rein facultativer bleiben soll. eine plötzliche großartige Umwandelung erwarten; der Ausschuß gibt sich darüber keinen Illusionen hin, daß die Wirkung nur eine leise und allmälige sein kann; aber besser leise und allmälig, als nicht und niemals."

Auf einige specielle Reformen, die der Ausschuß noch befürwortete, kommen wir unten zurück. Rücksichtlich der Stromschifffahrt beantragte er nochmalige Verweisung des neuen Materials an eine Commission behufs Ausarbeitung einer Denkschrift. Einen redegewandten und schlagfertigen Gegner fand der Referent in dem schon genannten Moll, einem langjährigen Mitgliede des badischen Landtags, der, wie er sich ausdrückte, dem ausgezeichneten theoretischen Vortrag des Ersteren gegenüber doch auch einige bescheidene praktische Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen hoffte. Die freie Concurrenz sei gewiß ein sehr beachtenswerthes Princip, nur werde leider selbst im großen Verkehr ihre Wirkung durch Compromisse der Bahnen ausgeschlossen und im internen Verkehr sei von ihr gar keine Rede. Von dem Fahrver-

kehr verſpreche er ſich keinen Vortheil; ſtatt einer Hand wollten dann zwei an dem Frachtgut verdienen, und während das Publicum jetzt auf die Eiſenbahntarife durch die Generalverſammlungen, bei den Staatsbahnen durch die Landtage wenigſtens einigen Einfluß ausübe, würden ſich dann Conſortien von Spediteuren bilden, welche allen Segen der Concurrenz illuſoriſch machten — vorausgeſetzt daß man überhaupt die Eiſenbahnen zwingen könne ſich einen ſolchen Eingriff gefallen zu laſſen. Zur Unterſtützung ſeines gegen übermäßige Disparitäten gerichteten Antrags bezieht Redner ſich auf folgendes in der That draſtiſche Beiſpiel. Ein mannheimer Haus hat 100 Ctr. Kaffee von Amſterdam bezogen und verkauft ſie weiter nach Wien. Um nun den billigſten Transport zu wählen, muß es ſie nach Amſterdam zurück und von da nach Wien dirigiren; auf dieſe Weiſe werden gegenüber der directen Fracht nach Wien noch 24 Kreuzer erſpart! Unter ſolchen Unbilligkeiten müſſe der Zwiſchenhandel zu Grunde gehen. Der Handelstag ſolle wenigſtens die öffentliche Meinung aufklären. Den Einpfennigtarif empfiehlt Redner als das dem jetzigen Bedürfniß Entſprechende. Dagegen warnt Stephan-Königsberg eindringlich, nicht wieder den in Frankfurt a. M. eingeſchlagenen Weg zu betreten: „Eiſenbahn-Verwaltungen und Regierungen haben ſich an die dortigen Beſchlüſſe über die Fracht-Disparitäten ſchlechterdings nicht gekehrt und ſelbſt die Preſſe hat ſie ſchließlich nur verurtheilt.“

Aus dem ſonſtigen Inhalt der Debatte mag noch ein Beiſpiel für das willkürliche Verfahren der Eiſenbahn-Verwaltungen hier Platz finden, welches Schnoor-Leipzig zur Begründung eines von der dortigen Handelskammer geſtellten, die Lieferfriſten betreffenden Antrags mittheilte. Für den Beginn der Lieferfriſt iſt nach dem Vereins-Güter-Reglement die Abſtempelung des Frachtbriefes maßgebend. Um nun mit der Lieferfriſt nicht in Colliſion zu kommen, läßt die Verwaltung einfach den Frachtbrief nicht eher abſtempeln, als bis es ihr bequem iſt das Gut abzuſenden. In dem fraglichen Falle war das Gut am 15. Februar zur Beförderung aufgegeben und erſt am 7. März an dem nur wenige Meilen entfernten Beſtimmungsorte angekommen. Die 3tägige Lieferzeit war trotzdem beſtens gewahrt: der Frachtbrief war erſt am 5. März abgeſtempelt!

Der Antrag Leipzig wurde vom Referenten im Schlußvortrag acceptirt. Dagegen konnte er ſich mit den Moll'ſchen Anträgen durchaus nicht befreunden und übte an deſſen Einwendungen gegen die Unterſcheidung zwiſchen Fahrverkehr und Frachtverkehr eine ſcharfe Antikritik. „Der geehrte Redner“ ſagte er, „meint daß die Frachten vertheuert werden, wenn die Arbeit zwiſchen den Bahnverwaltungen und den Spediteuren getheilt wird. Dieſe Befürchtung klingt eigenthümlich im Munde Jemandes, der für die Intereſſen des Zwiſchenhandels plädirt,

Wäre es wahr, daß Arbeitstheilung die Preise erhöht, dann könnte ja das Publicum nur dabei gewinnen, wenn in Folge der Frachtdifferenzen der Zwischenhandel aufhörte, der doch eben darauf beruht, daß außer dem Fabrikanten oder Importeur und dem Detailliſten noch eine dritte Hand an der Waare gewinnen will. Mir von meinem Standpunkte ſind die Verdienſte des Zwiſchenhandels ebenſo verſtändlich wie die Vortheile der Trennung des Frachtverkehrs von dem Fahrverkehr, durch welche die Eiſenbahn-Verwaltungen in den Stand geſetzt werden, ihre ganze Sorgfalt auf die Inſtandhaltung des Schienenwegs und des Betriebs-Materials zu verwenden, während die Sorge für Ausnutzung des Wagenraums einer anderen Claſſe von Geſchäftstreibenden überlaſſen bleibt, welche dieſe Arbeit präſumtiv beſſer und wohlfeiler verrichten. Ich bin überzeugt, daß den Eiſenbahnverwaltungen die Vortheile dieſer Arbeitstheilung auf die Dauer nicht verborgen bleiben. Des Zwanges wird es daher nicht bedürfen." Referent warnt nochmals vor unfruchtbaren Reſolutionen, welche nach Laſſalle'ſchem Muſter alles Heil von der Staatseinmiſchung erwarten.

Die Ausſchußanträge werden hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Punkt 1 enthält den motivirten Wunſch nach Durchführung der Unterſcheidung zwiſchen Fahrverkehr und Frachtverkehr in Geſetz und Praxis. Punkt 2 lautet mit dem oben erwähnten Zuſatze: „Der bleibende Ausſchuß wird beauftragt, im Sinne dieſes Grundſatzes eine Petition an das Bundeskanzleramt zu richten und dabei nach Anleitung der Denkſchrift vom Mai 1868 eine Verſchärfung der Haftpflicht der Eiſenbahnen, namentlich in den Fällen des Diebſtahls, erwieſener Fahrläſſigkeit der Beamten und des Bruchſchadens anzuregen, ingleichen in Betreff der Lieferfriſten nach Maßgabe der Verträge der Handelskammer zu Leipzig." Punkt 3: „Es iſt erforderlich, daß die Eiſenbahnen verpflichtet werden, auf Erfordern der Intereſſenten Ladeſcheine und Nachnahmeſcheine zu ertheilen und wird der bleibende Ausſchuß beauftragt, auch in dieſer Beziehung auf die Durchführung der in der gedachten Denkſchrift entwickelten Grundſätze hinzuarbeiten". Daneben gewann aber auch die eine Moll'ſche Reſolution eine kleine Mehrheit für ſich, welche das Eine thun und das Andere nicht laſſen mochte. Sie lautet: „Im Intereſſe unſeres Verkehrslebens und unſerer Concurrenzfähigkeit iſt die Verallgemeinerung des Einpfennigtarifs auf alle Maſſentransporte auf das Dringendſte geboten".

In Betreff der Stromſchifffahrt ging der Ausſchußantrag durch nebſt einem Antrag von Scharffenorth-Memel, durch welchen einige der aufzunehmenden Grundſätze präciſirt werden.

IV. Ueber die Einrichtung der Handelsgerichte hatte der Handelstag bereits in Heidelberg und in Frankfurt 1861 und 1865 ſeine Anſicht

ausgesprochen. Der Ausschuß beantragt, ein Gesuch an den Bundeskanzler um Berücksichtigung dieser Beschlüsse bei der bevorstehenden Justizreorganisation zu richten. Von einigen Rheinländern — die bekanntlich an ihren Handelsgerichten nach französischem Muster eifersüchtig festhalten — wurde das Bedenken erhoben, ob nicht die früheren Beschlüsse mit dieser Einrichtung in Collision kämen, insofern sie zum Vorsitzenden des Handelsgerichts einen gelehrten Richter empfehlen. Der Referent Dr. Weigel aus Cassel constatirte jedoch, daß die berechtigte Eigenthümlichkeit der rheinischen, nur aus Kaufleuten bestehenden Handelsgerichte durch einen ausdrücklichen Vorbehalt gewahrt sei. So stand der Annahme des Ausschußantrags Nichts mehr im Wege. Vor der Abstimmung gab Dessauer-Aschaffenburg im Namen seiner sämmtlichen bayrischen Collegen die Erklärung ab, daß sie die Ausdehnung der Competenz des Zollparlaments auf alle wirthschaftlichen Fragen wünschten. Diese Erklärung erntete den Beifall, den sie als Stimmungssymptom auch von Denen beanspruchen durfte, welche über die politische Räthlichkeit einer solchen Maßregel anderer Meinung sind.

V. Ungeachtet der bereits vorgerückten Zeit erledigte der Handelstag vor dem Festessen auch noch die gleichfalls durch eine Denkschrift vorbereitete Concursordnungs-Frage; Referent Dr. Meyer-Breslau. Der Ausschußantrag zerfällt in 4 Punkte.

Punkt 1 lautet: „Die baldige Emanation einer gemeinsamen Concursordnung für das Gebiet des Zollparlaments ist eine dringende Nothwendigkeit. Unabhängig von derselben und noch vor ihr kann ein Gesetz über kaufmännische Accorde emanirt werden".

Punkt 2 enthält die Grundzüge für ein solches Accordgesetz. Die Denkschrift empfahl hier u. A. den aus der bremer Debitordnung entlehnten Satz: „Der Accord wirkt als Zwangsstundung". Dieser Satz ist jedoch vom Ausschusse nicht mit adoptirt.

Punkt 3 entwickelt die Folgerungen aus dem Princip, daß den Gläubigern im Concurse ein möglichst ausgedehnter Einfluß auf die Verwaltung der Activmasse einzuräumen sei.

Punkt 4 endlich lautet: „Die Ueberweisung der Concurse und der Accorde außerhalb des Concursverfahrens mit Ausnahme der gemeinen Concurse an die Handelsgerichte ist unerläßlich für die zweckmäßige Handhabung des Verfahrens".

Die Debatte drehte sich ausschließlich um die Grundzüge für das Accordverfahren und insbesondere um die Frage, ob der Ehefrau des Gemeinschuldners ein Stimmrecht zu gewähren sei oder nicht. Im Gegensatz zu dem Ausschußantrage wünschen Liebermann-Berlin als Vertreter der dortigen Kaufmannschaft und Dr. Schumacher-Bremen die Frage bejaht zu wissen.

Dagegen erklärt sich Hürter-Düsseldorf unter Hinweis auf praktische Erfahrungen, der Referent aus dem theoretischen Grunde der Personen-Einheit von Mann und Frau. Die gemeinschaftlichen Amendements der beiden Erstgenannten werden schließlich abgelehnt, die Ausschußanträge durchgängig angenommen.

VI. In Bezug auf den Wechselstempel war der Ausschuß getheilter Meinung. Während der Referent Dr. Meyer für eine gemeinschaftliche, auf Grund einer Bestimmung der verfassungsmäßigen Gewalten des Zollvereins resp. des norddeutschen Bundes zu erhebende Stempelsteuer eingetreten war, hatte die Majorität sich für folgenden Antrag entschieden: „Es ist wünschenswerth, daß in den deutschen Staaten, in welchen der Wechselstempel besteht, derselbe in gleichmäßiger Gebühr und nach gleichmäßigen Normen erhoben wird und daß ein in einem der Staaten abgestempelter Wechsel in den anderen Staaten der Stempelpflicht enthoben ist." Dr. Meyer, dem ungeachtet seines dissentirenden Votums die Berichterstattung auch für das Plenum aufgetragen war, erlaubte sich statt dessen die Empfehlung seines ursprünglichen Antrags (später suchte er diese Ordnungswidrigkeit wieder gut zu machen, indem er die Ausschußanträge in Bezug auf das Versicherungswesen energisch gegen ein principiell abweichendes Amendement in Schutz nahm). Den vom Ausschuß vorgeschlagenen Zustand verglich er einer Erhebung der Zölle oder der Posteinkünfte für Rechnung der Einzelstaaten; man möge doch nicht ohne Noth sich wieder in die Lage versetzen, mit 22 Regierungen verhandeln zu müssen. Für den Ausschußantrag, welcher die beiden Nachtheile der Belastung bisher verschont gebliebener Staaten und der ungerechten Vertheilung der Lasten zu vermeiden sucht, traten u. A. Rentzsch-Dresden und Mosle-Bremen ein. Die Meyer'schen Bedenken wegen der Ausführbarkeit wurden schlagend widerlegt durch die Mittheilung, daß das sächsische Stempelgesetz bereits eine Bestimmung enthalte, wonach unter der Voraussetzung der Reciprocität ein in einem anderen deutschen Staate gestempelter Wechsel von der Stempelpflicht befreit sein soll, und daß die sächsische Regierung damit umgehe, solche Reciprocität herbeizuführen.

Der Ausschußantrag wurde darauf mit großer Majorität angenommen; ebenso fand Annahme der Zusatzantrag der Handelskammer von Frankfurt a. M.: „Es liegt im Interesse des Handels, daß die Stempelpflicht nur durch den Ort der Zahlung, nicht aber durch den Ort der Ausstellung des Wechsels bestimmt werde, daß also Wechsel, welche im Inland auf das Ausland gezogen sind, von der Stempelpflicht befreit werden." Ein zweites Amendement wurde abgelehnt, ein drittes zurückgezogen.

VII. Die Nothwendigkeit eines besseren Markenschutzes für die Industrie war von der Handelskammer zu Düsseldorf zum Gegenstand wiederholter

Vorstellungen beim preußischen Handelsministerium gemacht. Letzteres hatte noch in einer am 6. Juli d. J. bei der Antragstellerin eingegangenen Antwort diese Nothwendigkeit in Abrede gestellt, am 8. Juli aber wurde im Bundesrath wenigstens Gegenseitigkeit des bestehenden Schutzes beschlossen. Während des Vortrags des Referenten Liebermann-Berlin wanderte ein interessantes corpus delicti, ein Packet Tabak mit der echten Etiquette und eine täuschende Fälschung, im Saale umher. Der Ausschuß-Antrag lautet: „Die Emanirung eines Gesetzes zum Schutze der Fabrikmarken und Etiquetten innerhalb des Zollvereins ist dringend geboten. Die Behörden des Zollvereins sind zu ersuchen, die für statthaft erkannten Normen des Schutzes auch durch Verträge mit anderen Ländern in weitester Ausdehnung zur Geltung zu bringen. Der bleibende Ausschuß wird beauftragt, eine motivirte Eingabe für diesen Zweck an die zuständigen Behörden zu richten". Hürter-Düsseldorf und Genossen hatten in einem Amendement diesem Antrag noch Motive beigefügt, beruhigten sich aber bei der Erklärung des Referenten, daß eben diese Motive in der zu verfassenden Denkschrift näher ausgeführt werden sollten. Ohne weitere Debatte stimmte die Versammlung einhellig dem Ausschußantrage bei.

VIII. Der Nachmittag des dritten Tages war dem Versicherungswesen gewidmet. Auch hier lag eine, von dem „technischen Freunde" des Handelstags Generaldirector Knoblauch in Magdeburg verfaßte Denkschrift vor, welche die vom Staat auf diesem Gebiet begangenen Mißgriffe einer schneidenden, überall durch Thatsachen belegten Kritik unterzieht — eine Blumenlese, wie sie im Lauf der Debatte genannt wurde, aber von übel duftenden Kräutern. Der gedruckte ausführliche Antrag des Referenten von Sybel enthält im Wesentlichen eine Wiederholung der ins Detail eingehenden Sätze, welche in Frankfurt 1865 principiell von der Versammlung adoptirt worden waren. Derselbe konnte sich daher, wie er im Eingang seines einstündigen (!) Vortrags bemerkte, „zum Glück sehr kurz fassen". Wir müssen uns leider wirklich sehr kurz fassen, obgleich unsern Lesern jene interessante Schrift nicht vorliegt. Der Handelstag will den frankfurter Beschlüssen zufolge die weitere Ausbildung des Rechtsverhältnisses zwischen Versicherer und Versicherten vor der Hand noch der privatrechtlichen Autonomie überlassen. Der Staat soll das Concessionswesen und die damit verbundenen endlosen Hudeleien aufgeben. Die Zwangspflicht zur Benutzung von staatlichen (provinzialen 2c.) Anstalten, überhaupt deren Bevorzugung muß aufhören. Die staatliche Einmischung ist auf die nothwendige Oberaufsicht einzuschränken, welcher gesetzliche Normativbestimmungen zum Anhalt dienen. Vor allen Dingen ist — dieser Punkt wird neuerdings besonders hervorgehoben — der da und dort noch bestehende entsittlichende Zustand zu beseitigen, daß der Betrieb des

staatlichen Versicherungsgewerbes gegen besonderen Entgelt und die Aufsicht über den concurrirenden Privatgewerbebetrieb in den Händen derselben Beamten liegt.

Die Debatte über diesen Gegenstand gehört zu den interessantesten Partien des Handelstags. Eisenstuck-Chemnitz bezeichnete den Vortrag des Referenten als oratio pro domo; er seinerseits wolle auch das Interesse der Versicherten wahren. Redner sucht durch Zahlen nachzuweisen, daß die bestehenden Versicherungs-Anstalten der Nachfrage nicht genügen, und will daraus die hohen Dividenden der Versicherungsanstalten und die erschwerenden Bestimmungen erklären, durch welche das Versicherungswesen benachtheiligt werde. Aus demselben Grunde legt er eine Lanze ein für die Staatsanstalten, die seiner Erfahrung nach günstigere Bedingungen böten, und redet selbst einer „theilweise obligatorischen Verpflichtung" das Wort. Gegen das Zahlenwerk in dieser durch lebendige Darstellung fesselnden Rede erhebt der genannte Generaldirector Knoblauch, eine der ersten Autoritäten auf diesem Gebiet, zugleich sehr gewandter Redner, gewaltige Bedenken. Ueberhaupt gestaltet sich der Vortrag des Letzteren, der gekommen war die Klage gegen das Verhalten des Staats zu begründen, mehr und mehr zu einer Vertheidigung der Versicherungsanstalten gegen die Angriffe des Vorredners, der großentheils alte, längst beseitigte Mißbräuche im Auge habe. Eisenstuck erklärte darauf, er freue sich dieser Belehrung, die ihm die Möglichkeit zeige, mit seinem alten Freunde wieder einmal einen Versicherungsvertrag abzuschließen. Dr. Soetbeer ist ebenfalls für Zwangsversicherung im Interesse der Hypothekengläubiger. Dagegen construirt Dr. Meyer die Nothwendigkeit der freiesten Bewegung auch auf diesem Gebiete des Wirthschaftslebens aus der Theorie. Den Vorredner weist er auf Ereignisse wie den hamburger Brand und auf deren Folgen für eine communale Versicherungsanstalt hin; würde z. B. Bremen von einem ähnlichen Unglück betroffen, so würde der Schaden sich auf etwa 60 Anstalten vertheilen. Auch der Referent bekämpft im Schlußwort die Eisenstuck'schen Anträge. Der erste davon wurde denn auch abgelehnt; den zweiten, auf die Staatsanstalten bezüglichen, vermochte der Antragsteller nur dadurch vor dem gleichen Schicksal zu retten, daß er besondere Abstimmung über die Worte: „selbst mit theilweiser obligatorischer Verpflichtung" beantragte und so dem Antrage die Spitze abbrach. Mit der dadurch bedingten geringen Modification wurde die Vorlage des Ausschusses mit großer Majorität angenommen. Darüber war es Abend geworden, sodaß der Präsident nur noch das Resultat der Neuwahl des bleibenden Ausschusses verkünden konnte. Zur Erledigung der wichtigen Zollfragen blieb sonach nur der vierte Tag übrig. Wir erwähnten schon oben, daß die Tagesordnung auf Zucker und Eisen beschränkt werden mußte.

IX. In der Zuckerzoll-Angelegenheit handelt es sich bekanntlich vorzugsweise um zwei Punkte: einmal um das Verhältniß des Zolles auf Colonialzucker zur Rübenzuckersteuer und sodann um die Frage, ob die letztere die Form der Rübensteuer behalten oder in eine Fabrikatsteuer verwandelt werden soll.

In der ersteren Beziehung stimmten alle vorliegenden Anträge darin überein, daß das Schutzzollsystem zu verlassen sei. Selbst die badischen Handelskammern, welche den sämmtlichen vom Ausschuß ausgegangenen Tarif-Anträgen eine geschlossene Phalanx stark schutzzöllnerisch gefärbter Resolutionen entgegengestellt hatten, sprachen sich hier für ein „möglichst richtiges Verhältniß" zwischen Zoll und Steuer, im Uebrigen aber für Uebergang zur Tagesordnung über diese Frage als eine durch technische Untersuchungen bedingte aus. Specielle Vorschläge enthielt ein Antrag des Herrn Eugen vom Rath aus Cöln, welcher insbesondere die Rübensteuer von 7½ auf 8 Sgr. pro Ctr. erhöht wissen wollte — ein Wunsch, der den Ohren des Finanzministers wie süße Melodie geklungen haben wird. Der Ausschuß hatte aus dem angedeuteten Grunde es vermieden, specielle Vorschläge zu machen, wünschte jedoch für den Fall, daß eine umfassende Vorlage bis zum nächsten Zollparlament nicht fertiggestellt werden könnte, eine vorläufige wesentliche Ermäßigung der Eingangsabgaben für Zucker, insbesondere Rohzucker zum allgemeinen Gebrauch, und für Syrup. Langen-Cöln und Brockhoff-Duisburg hatten speciell vorgeschlagen, daß der Eingangszoll auf Rohzucker sofort auf 3½ Thlr. ermäßigt werde. Gegen ein derartiges Provisorium war ein Antrag der magdeburger Kaufmannschaft und der Handelskammer zu Braunschweig gerichtet.

Die zweite der obigen Fragen anlangend, wollte der Referent ebenfalls die eventuelle Einführung einer Fabrikatsteuer nur den Regierungen zur Erwägung anheimstellen. Für Beibehaltung des bisherigen Modus hatten insbesondere die Corporationen von Magdeburg und Braunschweig sich erklärt, während Langen und Brockhoff und außerdem Reihlen-Stuttgart „im Namen sämmtlicher süddeutscher Zuckerfabriken" beantragt hatten, daß nur die in den Consum übergehenden Zuckerfabrikate besteuert werden möchten, weil — wie es in den Motiven heißt — „die bisherige Erhebung der Zuckersteuer nach dem Gewichte der Rüben einer ferneren gesunden Entwickelung der Zucker-Production des Zollvereins ebenso hinderlich im Wege steht wie einer gerechten Gleichstellung des Süßigkeitswerthes der fremden und einheimischen Zucker". Unter den — freilich ungleich zahlreicheren — norddeutschen Zuckerfabrikanten hat diese Ansicht bisher nur einen Vertreter gefunden, welcher deshalb als „der weiße Sperling" bekannt ist.

Die Debatte war, obwohl durch den Referenten Dr. Soetbeer in der vorsichtigsten Weise eingeleitet, eine sehr bewegte.

Dr. Seyferth-Braunschweig trat für die Rübenzucker-Industrie, deren Interessen mit denen der Consumenten identisch seien, mit einem Pathos ein, das Stephan-Königsberg später nicht mit Unrecht als ein advocatorisches bezeichnete. Sein Eifer für den jetzigen Besteuerungsmodus hinderte ihn übrigens nicht zu bekennen, daß es nicht schwer sei, daran die bekannten 123 Fehler zu finden, daß er insbesondere die Zuckerfabriken in Wasserverdampfungs-Anstalten verwandelt habe und daß man ihn nicht wählen würde, wenn er nicht bestünde. Im Sinne des Magdeburg-Braunschweiger Antrags sprachen ferner Canzleirath Zwicker, Fabrikant Zuckschwerdt aus Magdeburg und Archivrath Riedel (für Halle), welcher das französische System der Saft-Besteuerung einer scharfen Kritik unterzog. Reihlen-Stuttgart und Langen-Cöln vertheidigten ihre Anträge; Moll-Mannheim unterstützte den seinigen auf Tagesordnung durch das Compliment, daß wir jetzt noch weniger instruirt seien, als wir hergekommen. Stephan-Königsberg hielt die Fahne des Freihandels hoch und wies dagegen das Bestreben der Zucker-Industriellen, ihr Interesse mit dem des Staates und der Volkswirthschaft zu identificiren, entschieden zurück. Nach einem etwas matten Schlußwort des Referenten wurde der süddeutsche Vertagungs-Antrag abgelehnt. Der Magdeburg-Braunschweiger Antrag wurde in namentlicher Abstimmung — deren Verlauf auf ein zwischen der Zucker- und der Eisen-Industrie geschlossenes Compromiß zu deuten schien — mit 77 gegen 28 Stimmen ebenfalls abgelehnt, dagegen der Antrag des Referenten mit Ausschluß des letzten, auf Einführung eines Provisoriums gerichteten Satzes, welcher nur 41 Stimmen für sich hatte, mit 78 gegen 29 Stimmen angenommen.

X. Die Eisenzoll-Frage fand die Reihen der Theilnehmer bereits stark gelichtet, doch wurde ein Antrag auf Tagesordnung entschieden abgelehnt. Der Referent von Sybel suchte in einem, wiewohl auf „Hervorhebung der Hauptpunkte" beschränkten, doch abermals einstündigen Vortrage vergeblich die schutzzöllnerische Spitze seines Antrages zu verbergen, welcher zwar „Verharren in der bisherigen Tendenz successiver Ermäßigung der Eisenzölle bis zu deren völliger Beseitigung" empfiehlt, dieselbe aber mehr oder weniger direct von der vorherigen Erniedrigung der Eisenbahnfrachten und der Beseitigung des nicht zu leugnenden Mißbrauchs abhängig macht, welcher in Frankreich — übrigens ebensowohl zum Schaden der eigenen wie der diesseitigen Industrie — mit den titres d'acquit-à-caution (d. h. Scheinen über bezahlten Einfuhrzoll auf Eisen behufs Rückvergütung bei der Ausfuhr von Eisenwaaren) getrieben wird. Es konnte daher Niemanden verwundern, daß der Referent im Schlußwort mit sichtlicher Befriedigung ein Amende-

ment Druckenmüller acceptirte, welches die Herabsetzung der Eisenzölle außerdem von der Gegenseitigkeit gegenüber Frankreich, Belgien und Oestreich abhängig macht, d. h. vollends ad Calendas graecas vertagt. Er hätte getrost noch die charakteristische süddeutsche Clausel aufnehmen dürfen: „insoweit, als die Rücksicht auf die dabei maßgebenden mannigfachen Bedingungen unserer Concurrenzfähigkeit dies zuläßt", welche später von Moll-Mannheim mit gewohnter Eleganz vertheidigt wurde.

Der Correferent Stahlberg-Stettin begründete mit wohlthuender Klarheit und Kürze, wenn auch ohne neue Gesichtspunkte, seinen (später durch einige Zusätze ergänzten) Antrag: „Der Handelstag erklärt die gänzliche Beseitigung des Zolles auf Roheisen und eine angemessene Herabminderung der Tarifsätze für Eisenwaaren, besonders für gröbere, für nothwendig und unaufschiebbar".

Mit großer Aufmerksamkeit und wiederholten, dort ernstlich, hier ironisch gemeinten Beifallsbezeugungen hörte die Versammlung den großen schlesischen Eisen-Industriellen Friedländer an, welcher, übrigens an den Gedankenkreis des Referenten sich anschließend, offen bekannte: „Aushalten können wir die Aufhebung der Eisenzölle — aushalten kann man viel — aber angenehmer wäre es uns, wenn man damit nur allmälig und bedingungsweise vorginge. Tragen Sie das Haus allmälig ab, nur schießen Sie nicht mit der Bombe hinein".

Die Schutzzöllner blieben in der Mehrheit, obgleich die Vertreter der großen Handelsstädte durchgängig für den Antrag des Correferenten, in zweiter Linie für das taktisch geschickte Amendement des Dr. Eras und Genossen stimmten, welche den ersten Satz des Referenten adoptiren, ihm aber den Zusatz beifügen wollten, daß der Termin der gänzlichen Beseitigung der Eisenzölle im Voraus fixirt werde. Der Antrag des Referenten mit dem Amendement Druckenmüller wurde schließlich mit 51 gegen 37 Stimmen angenommen. Dafür stimmte u. A. auch der Vertreter des „deutschen Manchester".

XI. In Folge einer von dem Centralcomité kaufmännischer Vereine eingereichten Petition schlug der Ausschuß noch die folgende Resolution vor: „In Erwägung, daß das Vorhandensein eines Bedürfnisses, die Geschäftszeit für junge Kaufleute in vielen Fällen abzukürzen und ihre Sonntagsarbeit einzuschränken, anerkannt werden muß und Abhilfe dieser Uebelstände, wo sie bestehen, dringend wünschenswerth erscheint, beschließt der deutsche Handelstag, seinen Mitgliedern zu empfehlen, in der ihnen geeignet scheinenden Weise in dieser Richtung wirken zu wollen." Von Wesenfeld-Barmen kurz befürwortet, fand dieselbe einstimmige Annahme.

XII. Ein Antrag von Christ-Siegen, die Beschlagnahme von Arbeitslöhnen betreffend, wurde dem Ausschuß zur Behandlung überwiesen.

Demselben überließ man auch die Entscheidung der Frage, an welchem Orte der nächste Handelstag abgehalten werden solle. Einladungen lagen vor von Hannover, Bremen und Leipzig. Gewiß würde letzteres die mit ernstem Streben, wenn auch, bei ihrer Stellung zwischen entgegengesetzten Interessen, nicht immer mit Erfolg arbeitende Versammlung freudig in ihren

Mauern willkommen heißen. 1871, wenn nicht besondere Gründe frühere Berufung erheischen, wird der Handelstag wieder zusammentreten. Möchte bis dahin das Wort: „Wir sind eine Nation geworden" in dem Sinne verwirklicht sein, daß er seine Anträge einfach an das deutsche Reichsministerium und an den deutschen Reichstag richten kann! —l.

Literatur.

Christian Carl Josias Freiherr von Bunsen. Aus seinen Briefen und nach eigener Erinnerung geschildert von seiner Wittwe. Deutsche Ausgabe von Friedrich Nippold (Leipzig, F. A. Brockhaus 1868). Erster Band. Jugendzeit und römische Wirksamkeit.

Die englische Ausgabe dieses interessanten biographischen Werkes ist in den Grenzboten so ausführlich besprochen worden, daß wir nur der Erweiterungen Erwähnung zu thun brauchen, welche die vorliegende durch Herrn Prof. Friedr. Nippold besorgte deutsche Bearbeitung erfahren hat. Was zunächst den eigentlichen Text anlangt, so ist derselbe von einer Reihe interessanter Noten aus dem reichen Schatz der Correspondenz Bunsen's begleitet worden und zwar aus Briefen des Freiherrn von Stein, Alexander's von Humboldt, Niebuhr's, des kölner Erzbischofs Grafen Spiegel, Platen's, Richard Rothe's u. s. w. Ferner hat der Herausgeber die Abschnitte, welche die Verhandlungen des preußischen Hofes mit der römischen Curie und den kölner Kirchenstreit anlangen, durch Nachträge aus Bunsen's Aufzeichnungen beträchtlich erweitert und dadurch schätzenswerthe neue Beiträge zur Geschichte der dreißiger Jahre geliefert. Vollständig neu ist endlich der acht Bogen umfassende Anhang, welcher fünf Documente über die römischen Zustände zur Zeit der Bunsen'schen Gesandtschaft und fünf Actenstücke über die preußischen Kirchenverhältnisse enthält. Es genügt die Ueberschriften derselben zu nennen, um ihr Interesse zu charakterisiren: der Regierungswechsel vom 13. December 1823 (die Wahl Leo's XII. und der Sieg der jesuitischen Partei), das Leben des Ritters Italinsky, russischen Gesandten in Rom (eines Mannes, der sich vom Sohn eines armen kleinrussischen Popen zum Diplomaten und Freunde der ausgezeichnetsten Männer seiner Zeit emporgearbeitet hatte), Memorandum über Capaccini und dessen brüsseler Unterhandlungen vom Jahre 1828; über die im Kirchenstaat erforderlichen Reformen (1831) — Denkschrift über die gemischten Ehen (1828), über die Verhandlungen mit dem Erzbischof Spiegel (1834), über die katholischen Angelegenheiten in den westlichen Provinzen Preußens 1837, über die Conferenz mit dem Fürsten Metternich (Dec. 1837) u. s. w. — So viel von den Nachträgen welche der erste Band enthält. Der Veröffentlichung des zweiten Theils sehen wir mit um so größerem Interesse entgegen, als derselbe nicht nur die diplomatische sondern auch die schriftstellerisch-theologische Wirksamkeit Bunsen's zum Gegenstande haben wird und zu erwarten steht, daß der Herausgeber zu eingehender Beschäftigung mit den kirchlichen Zuständen der vierziger und fünfziger Jahre reiche Veranlassung haben werde.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 46.

Ausgegeben am 13. November 1868.

Inhalt:

Ein neues Buch von Otto Jahn . . . . . Seite 241
Die C-dur-Messe von Beethoven 245
Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen: Die Reise nach Sibirien 249
Aus Königgrätz. 4 264
Die ungarischen Volksschulen 269
Literatur 279

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.
Literarische Beilage von Otto Spamer in Leipzig.
Literarische Beilage von Julius Niedner in Wiesbaden.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Digitized by Google

Digitized by Google

Ein neues Buch von Otto Jahn.

Aus der Alterthumswiſſenſchaft. Populäre Aufſätze von Otto Jahn. Mit acht Tafeln Abbild. und einigen Holzſchnitten. Bonn, Adolph Marcus 1868.

Die Grenzboten ſind in der angenehmen Lage, dies neue Werk ihres Mitarbeiters gewiſſermaßen als ein Hausintereſſe des Blattes zu betrachten. Denn ein großer Theil der Aufſätze, welche hier verbunden erſcheinen, iſt zuerſt in den grünen Heften dem Leſer werth geworden, und die Zeitſchrift darf heut mit Selbſtgefühl daran erinnern, daß ſie in dem Vierteljahrhundert ihres Beſtehens einer langen Reihe ehrenwerther und wirkſamer Bücher in ähnlicher Weiſe eigenes Leben vorbereitet hat. Solche Entſtehung eines Buches aus den Aufſätzen einer Zeitſchrift hat ſich ſehr ſelten ſo gemacht, daß unſer Blatt ein in der Hauptſache fertiges Werk ſtückweiſe mittheilte; faſt immer ſind die Mitarbeiter durch den Antheil, welchen einzelne Aufſätze fanden, und durch die beſcheidenen Mahnungen der Redaction allmälig ſo weit gekommen, daß ihnen ſelbſt die geſchriebenen Stücke in innern Zuſammenhang traten, und der Entſchluß reifte, das Zerſtreute zuſammenzuſchließen, und für ein geſchloſſenes Ganze zu vertiefen. So geſchah es auch mit dem vorliegenden Buche.

Denn die Aufſätze deſſelben ſind nicht nur zufällig aneinander gereiht, ſie ſind durch gemeinſamen Inhalt und eine beſtimmte Tendenz verbunden. Dieſe iſt in dem Werk ſo ſehr Hauptſache geworden, daß auch das früher Gedruckte hier in anderer Beleuchtung geboten wird und ein neues Intereſſe beanſpruchen darf. Wie Formen und Inhalt der antiken Kunſt ſeit dem Beginn unſerer Alterthumswiſſenſchaft von Gelehrten und Künſtlern verarbeitet wurden, das wird in überſichtlicher Darſtellung und an einzelnen Beiſpielen gezeigt; dann, wie das Verſtändniß des Alterthums ſich unabläſſig erweiterte, wie jede Zeit neue Geſichtspunkte in Beurtheilung der Vergangenheit gewann, und wie unendlich viel Schönes, welches in irgend einer Vorzeit geſchaffen war, in dem Menſchengeſchlecht fortlebte und immer aufs Neue dem Gelehrten Gedanken, dem Künſtler Motive gab. Während ſo erhellt, wie ſegens-

reich unſerer Zeit die wiſſenſchaftliche Beſchäftigung mit antiker Vergangenheit war, werden auch neueſte Fortſchritte unſerer Alterthumswiſſenſchaft deutlich. Dadurch wird dem Laien ein Einblick eröffnet in die ſtille Werkſtatt des Gelehrten, er lernt die hingebende Arbeit deſſelben an Einzelheiten kennen und begreift, daß auch ſcheinbar Unbedeutendes, das aus dem Schutt des Alterthums mühſam hervorgeholt wird und vielleicht lange faſt nutzlos zur Seite liegt, plötzlich als Glied in eine lange Kette von Beobachtungen eingereiht, uns das Verſtändniß großer Ideen heranzieht.

Daß der Leſer von einem unſerer erſten Archäologen in leichtfaßlicher und klarer Darſtellung zum Vertrauten gemacht wird bei gelehrter Arbeit, daß ihm nicht nur die Reſultate gegeben werden, ſondern vor Allem die Wege gezeigt, auf denen die Wiſſenſchaft Reſultate gewinnt, das ſcheint uns ein Hauptvorzug des Buches. Denn die beſte Kunſt eines populären Werkes iſt, den Leſer nicht als Schüler, ſondern als Freund zu behandeln.

Der erſte Aufſatz: „Bedeutung und Stellung der Alterthumsſtudien in Deutſchland“ iſt einführender Prolog, er enthält in großen Zügen die Geſchichte unſerer claſſiſchen Philologie von dem erſten Beginn der Renaiſſance, charakteriſirt ihre Fortſchritte, bezeichnet ihren Gewinn und ihre Aufgabe in der Gegenwart und den Werth, welchen ſie für die moderne nationale Bildung hat. In den folgenden Abſchnitten: „Eine antike Dorfgeſchichte“ und „Novelletten aus Apulejus“ iſt diejenige poetiſche Kunſtform behandelt, welche dem modernen Dichterſchaffen am meiſten entſpricht, Novelle und Roman des Alterthums. Gern würden wir hier außer den literarhiſtoriſchen Einleitungen, welche Schriftſteller des antiken Romans charakteriſiren, und außer den Ueberſetzungen aus dem Jäger des Dio Chryſoſtomus und dem goldenen Eſel des Apulejus noch eine Hinweiſung darauf leſen, wie ſehr die Romane, welche uns aus der letzten Zeit der Antike überliefert ſind, bis faſt zur Gegenwart auf Form und Inhalt unſerer Romanliteratur eingewirkt haben. Freilich iſt ſolcher Bericht nicht vorzugsweiſe Sache des Philologen, und wir entbehren zur Zeit überhaupt noch eine genügende Geſchichte des Romans. Es iſt aber gewiß merkwürdig, daß der Roman von Sophron und Petronius bis zu Walter Scott faſt zwei Jahrtauſende brauchte, ehe er das innere Recht gewann, als Kunſtgattung ſeinem älteren Bruder, dem Epos, ebenbürtig an die Seite zu treten. Denn erſt Walter Scott fand für ihn künſtleriſche Geſtaltung, d. h. einheitliche poetiſche Idee, welche geſetzlich gegliedert den geſammten Inhalt zu einem feſten, wohlgemeſſenen Kunſtbau zuſammenſchließt. Bis dahin liefen die beiden antiken Formen des Romans, der Abenteurerroman und der Schäferroman, beide mit lockerem Zuſammenhange in den Einzelnheiten der Handlung, neben einander her, oft in einander über. Noch Göthe folgte in dem Roman „Wilhelm Meiſter“ mit höchſter Grazie der Methode antiker Aben-

teurergeschichten, während er für die Novelle in „Werther's Leiden“ bereits eine höhere Kunstform fand.

Ein umfangreicher Essay, dem Leser der Grenzboten neu, „die hellenische Kunst“, führt in eine Reihe von Artikeln ein, welche wohl als Musterstücke einer populären Behandlung wissenschaftlicher Untersuchungen gelten dürfen. Diese Aufsätze „die Restitution verlorener Kunstwerke für die Kunstgeschichte“, „die alte Kunst und die Mode“, „die Polychromie der alten Sculptur“, „der Apoll von Belvedere“, „höfische Kunst und Poesie unter Augustus“ und „die griechischen bemalten Vasen“ sind so geordnet, daß sie einander ergänzend fast ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Der Weg wird gezeigt, auf welchem allmälig dem Gelehrten und Künstler verständlich wurde, daß die erhaltenen antiken Statuen, an denen sich seit der Renaissance die modernen Anschauungen von der Schönheit und dem Adel antiker Kunst gebildet hatten, keineswegs aus der großen Zeit hellenischer Kunst stammen, sondern daß gerade die traditionell berühmtesten Statuen, wie Apoll von Belvedere, Laokoon, Niobidengruppe, nur Nachbildungen aus römischer Zeit sind, mit mehr oder weniger Geist und formaler Fertigkeit, aber Arbeiten einer Zeit, in welcher die beste schöpferische Kraft bereits lange geschwunden war. Nur einzelne Sculpturen, fast sämmtlich Ueberreste antiken Tempelschmucks, die besterhaltenen Reliefe davon, geben Anschauungen von der Kunst des Phidias und der Blüthenzeit antiker Kunst. Seitdem ist es eine der lohnendsten Aufgaben der Archäologie, in dem erhaltenen Vorrath von Antiken die Nachbildungen der Werke großer hellenischer Künstler zu erkennen, aus den Copien und entlehnten Motiven eine Vorstellung von den verlorenen Originalen zu erhalten. Der Weg, auf welchem dies geschieht und die Hülfe, welche erhaltene Gemmen und Vasenbilder dabei gewähren, sind durch eine Anzahl wohlgewählter Beispiele erläutert. Noch eine andere, nicht weniger radicale Wandlung in der Beurtheilung antiken Kunstgefühls hat sich in der neuesten Zeit vollzogen. Lange hat sich unsere Empfindung gegen die Thatsache gesträubt, für die es doch unwiderlegliche Ueberlieferungen gab, daß die Statuen der hellenischen Zeit, sogar die aus edlem Marmor, mit Farben bemalt waren. Auch über den Stand dieser Frage wird dem Leser ausführlicher Bericht gegeben, er wird von liebgewordener Auffassung scheiden müssen und seine Phantasie daran gewöhnen, daß die Hellenen bei Darstellung des Nackten, des Antlitzes wie der Glieder, gerade das glänzende Weiß des feinkörnigen Marmors, das uns als höchster Reiz desselben erscheint, für roh hielten, und dem bearbeiteten Stein für diese Theile einen warmen Farbenton imprägnirten, welcher das krystallinische Gefüge nicht deckte, und daß sie ferner Haare und Augen und nicht weniger Rüstung und Gewand mit einer Malerei versahen, bei welcher Farbenwahl und Ausführung sehr sorgfältig und kunstvoll war und als würdige Auf-

gabe den beſten Malern zugemuthet werden konnte. Geſchmack und Methode dieſer Malerei aus den ſpärlichen Ueberreſten der Farbe, welche an neuen Funden noch erkennbar ſind, zu begreifen, iſt, wie man aus dem Buche ſieht, gerade jetzt eine lockende Aufgabe für unſere Archäologen.

Es ſind die Trümmer einer vergangenen Kunſtwelt, von denen das Buch handelt; aber wer dieſe Ueberreſte antiker Schöpferkraft muſtert, den überwältigt faſt die Ahnung einer unermeßlichen Fülle von Glanz, Farbe und ſchönen Formen, von Technik, Kunſt und Pracht des antiken Lebens. Wohl wiſſen wir, auch dieſer Lichthimmel der antiken Bildung mußte bis auf vereinzelte Strahlen umdämmert werden, damit wir Germanen unſer Volksthum behaupten und ein eigenes Leben in der Zeit uns retten konnten. Aber unſere Abhängigkeit von antiker Cultur iſt doch ſo innig geblieben, daß wir aus ihrem verſunkenen Glanze unabläſſig für uns zu gewinnen ſuchen, gerade ſo viel, als wir verarbeiten können. Und dieſen lebenbringenden Zuſammenhang der germaniſchen und antiken Zeit ſtellen die letzten Aufſätze des Buches an drei wohlgewählten Beiſpielen dar. Ein italieniſcher Antiquar im Aufgange des 15. Jahrhunderts zeichnet die Umriſſe einer — für uns verlorenen — Antike; nach dieſer Handſchrift des Italieners zeichnet kurz darauf ein ehrlicher Deutſcher rohe Abriſſe in ſein Reiſebuch; dieſe findet Albrecht Dürer und benutzt ſie als Motiv für eine reizende Zeichnung: Arion auf dem Delphin. — Später als den Italienern kam den Deutſchen die lateiniſche Bildung; wie ſchwer der Kampf des armen Schülers war, der die Cultur der lateiniſchen Schule gewinnen wollte, zeigt ein anderes Bild. Das dritte endlich, wie von moderner Dichtkunſt eine antike Kunſtidee neu aufgenommen und nach den Bedürfniſſen des deutſchen Gemüthes verarbeitet wurde: Iphigenie auf Tauris.

Zu lange war es Brauch der namhaften deutſchen Gelehrten, die Populariſirung ihrer Arbeit den kleineren Leuten ihrer Wiſſenſchaft zu überlaſſen. Wir freuen uns, daß dies jetzt anders wird. Es wäre eine ſehr unrichtige Annahme, daß ein Buch wie das vorliegende auch irgend ein Andrer ſchreiben konnte, und es iſt völlig unwahr, daß Würde und Gründlichkeit eines ernſten Forſchers bei ſolchen Werken leidet, welche verſtehen, eine große Zahl gebildeter Zeitgenoſſen zu achtungsvoller Theilnahme an den Reſultaten ernſter Wiſſenſchaft heranzuziehen. Dem Verfaſſer des vorliegenden Werkes aber werden die Leſer für ein ſehr lehrreiches und feſſelndes Buch ebenſo dankbar ſein, als ihrem treuen Correſpondenten die grünen Blätter.

♀

Zur C-dur-Meſſe von Beethoven.

Bei meinen Beſuchen in Eiſenſtadt, dem denkwürdigen Aufenthalte Joſ. Haydn's, bemühete ich mich u. A. auch Näheres über die Angelegenheit der Beethoven'ſchen Meſſe zu ermitteln. Zunächſt ſuchte ich im Muſikarchiv der Bergkirche nach etwa noch vorhandenen Orcheſterſtimmen. Ich fand ſie auch bald, zerſtreut liegend unter Kirchenmuſikſtücken aller Art, unter denen jene von dem alten Gregorius Werner, Haydn's wunderlichem Vorgänger, beſonders ſtark vertreten waren. Die Chor- und Orcheſterſtimmen, in denen Beethoven mit Rothſtift und Tinte zahlreiche Correcturen, Tempobezeichnungen u. ſ. w. vorgenommen hatte, waren ſämmtlich ſo wohl erhalten, daß man wohl annehmen kann, daß ſie nach der erſten Aufführung in Eiſenſtadt nicht weiter in Gebrauch genommen wurden. Eine Abſchrift der Partitur, ebenfalls reich mit Correcturen von Beethoven verſehen, trug auf dem Titelblatt von des Meiſters Hand in großen Schriftzügen die urſprünglich beabſichtigte Widmung:

Missa
Composta e dedicata al Ser^{mo} e Eccell^{mo}
Principe
Nicolo Esterhazy de Galantha etc. etc.
di Luigi v: Beethoven.

Ueber das Datum der erſten Aufführung ſchwanken noch immer die Angaben. Schindler ſetzte ſie zuerſt ins Jahr 1810, dann ins Jahr 1808 „im Laufe des Sommers"; Nohl nennt ebenfalls das Jahr 1808. Durch die in der Anmerkung Nr. I erſichtliche, vom Fürſten an den Vice-Kapellmeiſter Joh. Fuchs gerichtete Zuſchrift, welche ich im fürſtlichen Hauptarchiv auffand, ergibt ſich als ſicheres Datum der erſten Aufführung der 13. September 1807.

Anmerkung I. An meinen Vice-Kapellmeiſter Johann Fuchs.

Es wird mir mein Vice-Kapellmeiſter die Urſache anzuzeigen haben, warum meine conventionirten Sängerinnen nicht jedesmahl in Dienſt bei deren Musiquen erſcheinen? Gleichwie ich heute mit vielem Mißvergnügen erſehen habe, daß bei der abgehaltenen Probe von der Bethoviſchen Meſſe von denen fünf Contra-Altiſten nur eine zugegen war, welches auch der Vice-Kapellmeiſter beobachten hätte ſollen, und daher ich demſelben hiemit den Auftrag ertheilen muß, ſtrengſtens darauf zu ſehen, daß nicht nur Morgens bei abzuhaltenden Production von der Bethoviſchen Meſſe Alles von meinem Musique und Singe-Perſonale erſcheinen ſondern auch anſonſten Niemand ohne hinlänglicher Urſache vom Dienſt ſich entfernen ſolle, weilen ich anſonſten mich gerade an Meinen Vice-Kapellmeiſter als vorgeſetzten Chef welchen es obliegt, alles in Ordnung zu erhalten und Nichts was zuwider den Dienſt zu dulden, halten, und demſelben zur Verantwortung ziehen müſſe.

Exp. f. Esterhazy. Eiſenſtadt am 12. Sept. 1807.

Es ist dies aber der Marientag, der jährlich an dem auf Maria Geburt (8. Sept.) zunächst folgenden Sonntag gefeiert wird. Als Namensfest der Fürstin, einer geborenen Prinzessin Marie von Liechtenstein, wurde der Tag im fürstlichen Haus immer auch durch eine größere kirchliche Musikaufführung gefeiert. So hatte auch Haydn seine letzten großen Messen für diesen Tag geschrieben und war eigens von Wien nach Eisenstadt gefahren, sie dort persönlich zu dirigiren. Schindler erzählt uns zuerst von dem Eindruck, den Beethoven's Messe auf den musikliebenden Fürsten, Nicolaus Esterhazy, gemacht; wie verblüfft Beethoven über dessen wenig ermuthigende Aeußerung gewesen und wie er, das Lächeln des dabeistehenden Kapellmeisters Hummel auf sich beziehend, in voller Aufregung das Haus verlassen habe. So unauslöschlich auch der Haß war, der bei Beethoven von da an gegen Hummel wurzelte (wozu auch noch andere Motive beigetragen haben sollen), trat doch am Sterbelager des Tonfürsten vollständige Versöhnung ein. Für den Fürsten aber blieb die Messe verloren, denn, wie bekannt, dedicirte sie Beethoven beim Erscheinen im Jahre 1812 dem Fürsten Ferdinand Kinsky — ein fast unerhörter Fall. Und dennoch scheint der Bruch zwischen Beiden, Beethoven und Fürst Nicolaus, nicht gar so grell gewesen zu sein. So vergißt z. B. der vielseitig in Anspruch genommene Fürst im Jahre 1809 nicht, sich bei Beethoven's Benefice (am 22. December 1808) mit einer namhaften Summe zu betheiligen, in demselben Benefice, in dem Theile der Messe in Wien zum ersten Mal aufgeführt wurden. Ich gebe diese, die inneren musikalischen Angelegenheiten des Fürsten mehrfach bezeichnende Notiz in der Anmerkung II.

Die nachfolgenden Briefe Beethoven's, seines Arztes und des Fürsten Esterhazy sind ebenfalls dem Hauptarchiv des fürstlichen Schlosses zu Eisenstadt entnommen und werden hier zum ersten Mal veröffentlicht. Sie sind von mehrfachem Interesse, namentlich auch in Bezug auf Haydn. Wer je an Beethoven's hoher Anerkennung der Verdienste Haydn's gezweifelt: die eigenen Worte des Meisters müssen ihn hier eines Besseren belehren.

Anmerkung II. An mein Hof und Haupt-Zahlamt.

Es werden für die Theater Beneficen deren Hofschauspieler Brokmann, Lange und Koch für meine Rechnung laut beiliegender Quittung Nr. 1 300 Gulden, der Josepha Auernhammer nachträglich für ihr Benefice zu Pressburg 50 Gulden laut Beilage sub Nr. 2. nicht minder dem Regisseur der Oper an der Wien Fridrich Sebastian Mayer 100 Gulden laut Beilage Nr. 3, dann für das Benefice der musikalischen Academie des Herrn Beethoven laut Beilage sub Nr. 4 100 Gulden, endlich laut Beilage sub Nr. 5 für die Beneficen der Wohlthätigkeits Anstalt 100 und der Musique Wittwen und Waisen eben auch 100 fl. zu verabfolgen und da diese Gratialien durch Meinen Hofrath und Kanzlei Director v. Kämer gleich aus der Hand auf meinen Befehl geleistet worden sind, demselben anwiederum zu ersetzen und mir in Anrechnung zu bringen sein.

Wien den 18. Jänner 1809.

(Beethoven an den Fürſten Eſterhazy.)

Durchlauchtigſter, gnädigſter Fürſt!

Da man mir ſagt, daß ſie mein Fürſt nach der Meſſe gefragt, die ſie mir aufgetragen für ſie zu ſchreiben, ſo nehme ich mir die Freyheit, ihnen durchlauchtigſter Fürſt zu verkünden, daß ſie ſolche ſpätſtens bis zum 20ten auguſt-Monath erhalten werden — wo alsdenn Zeit genug ſeyn wird, ſolche auf den Namens-Tag der Durchlauchtigſten Fürſtin aufzuführen — außerordentliche vortheilhafte Bedingungen, die mir von London gemacht wurden, als ich das unglück hatte mit einem Benefice-Tag im Theater durchzufallen und die mich die Noth mit Freuden ergreifen machen mußte, verzögerten die verfertigung der Meſſe, ſo ſehr ich es auch gewünſcht, damit vor ihnen durchlauchtigſter Fürſt zu erſcheinen, dazu kam ſpäter eine Kopf Krankheit, welche mir anfangs gar nicht und ſpäter und ſelbſt jetzt noch nur wenig zu arbeiten erlaubte; da man mir alles ſo gern zum Nachtheil auslegt, lege ich ihnen d. F. einen von den Briefen meines Arztes hierhin bej — darf ich noch ſagen, daß ich ihnen mit viel Furcht die Meſſe übergeben werde, da ſie d. F. gewohnt ſind, die unnachamlichen Meiſterſtücke des großen Haidn ſich vortragen zu laſſen —

Durchlauchtigſter, gnädigſter Fürſt!

mit Hochachtung ergebenſter unterthänigſter

Baden am 26ten juli — Ludwig von Beethoven.

(Dr. Schmidt an Beethoven.)

Wien 22. July 1807.

Ich war, lieber Freund, vorher überzeugt, daß Ihr Kopfſchmerz gichtiſch iſt, und bin es jetzt, nachdem der Zahn ausgezogen, annoch. Gelindert werden Ihre Schmerzen ſeyn, ganz aufhören werden ſie in Baden, und auch in Rodaun nicht, denn der Boreas iſt Ihnen Feind. Darum verlaſſen Sie jetzt Baden, oder wenn Sie es noch in Rodaun 8 Tage verſuchen wollen, ſo gehen Sie jetzt gleich daran, ſich Seitelbaſt-Rinde auf die Arme zu legen. Von Blutigeln haben mir nichts mehr zu erwarten, wohl aber davon, daß Sie wacker gehen, wenig arbeiten, und ſchlafen, auch wohl eſſen, und mäßig geiſtig trinken. Gruß und Freundſchaft Der Ihrigſte

In Eile. Schmidt.

à Monsieur Louis van Beethoven à Baden. [Außenſeite des Briefs.]

(Fürſt Nicolaus Eſterhazy an Beethoven, nach dem Concept.)

An Herrn Ludwig van Beethoven.

Schätzbarſter Herr van Beethoven!

Mit vielem Vergnügen habe ich aus Ihrem Schreiben von Baden erſehen,

daß ich bis zum 20. dieſes, eine Meſſe von Ihnen zu erhalten, die angenehme Erwartung haben könne, deren Erfüllung mir um ſo viel mehr Freude machen wird, als ich mir davon ſehr viel verſpreche, und Ihre geäußerte Beſorgniß in Vergleich der Haydniſchen Meſſen, nur noch mehr den Werth Ihres Werkes erhöhet. Ich wünſche Ihnen übrigens von Herzen die ſchleunigſte Herſtellung Ihrer vollkommenen Geſundheit, und bin mit aller Schäzung

Eiſenſtadt den 9. Auguſt 1807 Ihr bereitwilligſter

exp. [expediatur] F. Eſterházy.

Ueber den Erfolg der erſten Aufführung in Eiſenſtadt wußte man am 23. September 1807 in Wien noch Nichts zu ſagen. Unter dieſem Datum berichtet man der „Leipziger Allgemeinen Muſikzeitung“ aus Wien: „Beethoven hat eine neue Meſſe für den Fürſten Eſterházy geſchrieben. Bekanntlich iſt dieſer Fürſt ein eifriger Liebhaber der Kirchenmuſik, für welche auch ſchon Kozeluch, N. Hummel und Kreuzer aus Zürich ähnliche Arbeiten verfertigt haben.“ — Beethoven ſelbſt führte in ſeinem obenerwähnten Benefice im Theater an der Wien drei Sätze aus ſeiner Meſſe auf: „Hymne mit lat. Text“ (Gloria) und „Heilig, im Kirchenſtil geſchrieben“ (Sanctus und Benedictus). Es war jenes merkwürdige Benefice, in dem Beethoven u. a. ſeine Cmoll- und Paſtoral-Symphonie und die Phantaſie für Pianoforte, Chor und Orcheſter aufführte. Bei der letzteren warf das Orcheſter um, ſo daß Beethoven abbrechen und wieder von vorne anfangen ließ. Im Stich erſchien die Meſſe im Jahre 1812 (ſiehe Nottebohm: them. Verzeichniß der W. von L. v. Beethoven Nr. 86); dennoch fand eine erſte öffentliche und vollſtändige Aufführung in Wien erſt im Jahre 1816 ſtatt. Die „Leipziger Allgem. M.-Zeitung“ ſagt darüber in demſelben Jahr in einer Notiz aus Wien: „Durch den Betrieb des hier beliebten Muſiklehrers und geſchickten Organiſten Herrn Gebauer wurde uns der erfreuliche Genuß, Beethoven's herrliche Meſſe zum erſten Male öffentlich in der Auguſtinerkirche aufführen zu hören. Ueber das Werk ſelbſt iſt in dieſen Blättern ſchon erſchöpfend geurtheilt worden [Band XV. Nr. 24 u. 25] und man bedauerte nur, daß das Locale, wegen ſeiner Länge, hohen Wölbung und der vielen hindernden Pfeiler, eben nicht günſtig gewählt war.“ — Sonſtige Aufführungen der Beethoven'ſchen Meſſe waren um jene Zeit: in Mannheim im Jahre 1815 (mehrere Sätze im Concertſaal); in Paſſau im Jahre 1816 (zweimal in der Kirche); in Leipzig im März 1817 (im Concert). —

Wien, im November 1868.

C. F. Pohl.

Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen:

IV. Die Reise nach Sibirien.

An dem Tage der Urtheilsexecution begann sogleich die Abfertigung der Verurtheilten nach Sibirien. Ich weiß nicht, aus welchem Grunde die zur Zwangsarbeit Verurtheilten gegen den Gebrauch schon für die Reise in Eisen geschmiedet wurden; solch' verschärfter Strafe wurden sonst nur Individuen unterworfen, die sich durch neue Vergehen oder durch Versuche zum Entlaufen eine Steigerung der Strafe zugezogen hatten. Da die wegen des Aufstandes Verurtheilten je einen Gensdarmen beständig zur Wache bei sich hatten und immer vier Mann zusammen, in Begleitung eines Feldjägers und einer Wache von vier Gensdarmen, mit Postpferden nach Sibirien transportirt wurden, war bei uns an ein Entrinnen nicht zu denken. Die Beförderung per Post war eine Ausnahmemaßregel, über deren Gründe vielfach gestritten wurde. Die Einen meinten, man habe uns den weiten Marsch ersparen wollen, Andere, man habe uns vor der „Volkswuth" schützen wollen, wieder Andere waren der Meinung, es habe der Gefahr der Verbreitung revolutionärer Ideen durch uns vorgebeugt werden sollen und man habe darum das rascheste Beförderungsmittel gewählt. — Aus der ersten der erwähnten zwölf Verbrecher-Kategorien wurden acht Personen sofort und direct in die Quecksilber-Bergwerke von Nertschinsk verschickt: Fürst S. P. Trubetzkoy, Fürst E. P. Obolensky, Fürst S. G. Wolkonsky, V. L. Davidow, A. Z. Murawjew, A. J. Jakubowitsch und die beiden Brüder A. J. und P. J. Borissow; sie haben in den unterirdischen Minen gleich den übrigen Zwangsarbeitern Jahre lang gearbeitet. Diesen acht schwer Compromittirten folgte die ganze Kategorie der zur Ansiedelung in Sibirien Verurtheilten. Die betreffenden Männer wurden zu je vier und vier abgefertigt und gingen einem äußerst harten Loose entgegen, da sie einzeln und in der nördlichsten Region Sibiriens, zwischen Obdorsk und Kolymsk angesiedelt wurden, in einer Gegend wo die Erde kein Korn mehr hervorbringt. Hier blieben sie über ein Jahr, um darauf etwas südlicher zwischen Beresow und Jakutsk placirt zu werden. Sie waren die erste Zeit über ganz allein, keine Freundesstimme, kein Sonnenstrahl erwärmte sie, und es erscheint natürlich, daß Einzelne von ihnen wahnsinnig wurden, Andere sich einer Verzweiflung ergaben die ihrem Leben ein baldiges Ende machte; dem ersten Unglück verfielen der Fürst Schachowskoy und N. S. Bobrischtschew-Puschkin, dem zweiten Fuhrmann und Schachirew, die beide nach zwei Jahren starben. — M. A. Nasimow lebte über ein Jahr in Nishni-Kolymsk, wohin man ihn theils auf

Packpferden, theils auf einem kleinen mit Hunden bespannten Schlitten brachte; sein Nachtlager hat er auf dieser Reise oft unter freiem Himmel, im Schnee und bei 30° (Réaumur) Kälte halten müssen. Nishni-Kolymsk ist derselbe Ort an welchem zur Regierungszeit der Kaiserin Elisabeth Petrowna der frühere Minister Graf Golowkin als Verbannter gelebt hatte. Eine locale Volkssage erzählt, daß man den bejahrten und kranken Verwiesenen gezwungen habe, an Festtagen in die Kirche zu gehen, damit er hören könne, wie nach Beendigung der Liturgie der Geistliche über ihn das Anathema aussprach. — Die nächste Kategorie der noch abgefertigten Verschwörer umfaßte die Personen, die zu gemeinen Soldaten degradirt worden waren und als solche ihr ganzes Leben in Sibirien verbringen sollten; sie wurden in verschiedenen kleinen Festungen und Burgen Sibiriens untergebracht und später in die kaukasischen Berge versetzt.

Im August hörte die „Abfertigung" der Staatsverbrecher für einige Monate auf, weil man die zur Zwangsarbeit Verurtheilten nicht Alle in Nertschinsk vereinigen, auch nicht in einem andern Bergwerke concentriren wollte, indem man einen Aufstand in den größeren Bergwerken befürchtete; diese Vorsicht war nicht überflüssig, wie die Begebenheiten in Nertschinsk später bewiesen haben. — Im August 1826, kurz vor der Krönung des Kaisers Nikolaus, wurde der Commandeur des Sewersky'schen reitenden Jägerregiments, Obrist S. R. Lenarsky, zum Commandanten der nertschinsk'schen Bergwerke ernannt. Ihm war befohlen einen Ort jenseit des Baikal-Sees zu ermitteln, der zur Anlegung eines provisorischen Gefängnisses geeignet sein sollte, bis ein anderer Ort zur Erbauung eines festen Gefängnisses oder eines Zuchthauses bestimmt sein würde. — Lenarsky reiste sogleich ab und wählte die sibirische Festung Tschita, zwischen Wyschne-Udinsk und Nertschinsk gelegen und etwa 400 Werst von letztgenannter Stadt entfernt. In Erwartung seiner Entscheidung und seines Berichts wurde unsere (d. h. meine und der übrigen Verurtheilten der fünften Kategorie) Absendung aufgeschoben. Um die überfüllte Festung in Petersburg zu räumen, wurden Einige von den Verurtheilten auf mehrere Monate nach Schlüsselburg, Andere in die Gefängnisse von Finnland und der Alandsinseln versetzt; die Uebrigen blieben in den Kasematten sitzen, wo nach der Verurtheilung die Ueberwachung nicht mehr so streng blieb, wie zur Zeit des Verhörs und der Untersuchung.

Die uns zu Theil werdende Erleichterung bestand darin, daß man uns einzeln nach der Reihenfolge in ein Vorhaus führte, wo Thüren und Fenster offen waren und wo wir täglich etwa zwanzig Minuten lang frische Luft schöpfen konnten; ferner führte man uns alle zehn oder vierzehn Tage in der Festung und auf dem Walle spazieren. Diese Maßregel war dringend nothwendig: die blaßgelben Gesichter der meisten Eingekerkerten zeugten von

dem zerstörenden Einfluß der unreinen und feuchten Gefängnißluft; ich litt an Skorbut, mein Zahnfleisch war geschwollen und ganz weiß. — Eine dritte sehr wichtige Erleichterung bestand in der Erlaubniß Bücher zu erhalten. Mit großem Vergnügen las ich alle Romane von Walter Scott; die Stunden vergingen so schnell, daß ich oft des Geläute der Festungsuhr gar nicht hörte. Durch Sokolow theilte ich meine Bücher mit einem Mitgefangenen. In einem Tage verschlang ich zuweilen vier Bände und befand mich in diesen Stunden nicht in der Festung, sondern im Schlosse Kenilworth, im Kloster, in einem schottischen Wirthshause, in den Palästen Ludwigs XI., Eduard's und Elisabeth's. Am Abende freute ich mich auf den kommenden Morgen, um ein neues Buch vorzunehmen. Die stete Erwartung einer baldigen Abfertigung nach Sibirien erlaubte nur diese leichte Lectüre; ernsthafte und wissenschaftliche Bücher vorzunehmen, wäre mir zu jener Zeit unmöglich gewesen. Ich wünschte Schriften über Sibirien, aber damals war noch wenig über das Land geschrieben worden. Außer den Reisebeschreibungen von Pallas, Martynow, Martus und einigen Personen, die mit einer Mission über Kiachta nach China gereist, waren schriftliche Nachrichten nicht zu haben und die meisten dieser Nachrichten waren, wie sich in der Folge zeigte, unvollständig und voller Fehler. — Diejenigen meiner Mitgefangenen, welche in Petersburg keine Verwandte hatten, erhielten Bücher aus der Festungsbibliothek: die Reisen Cook's, die Geschichte des Abbé Leporte und alte russische Zeitungen. Ein Kamerad übersandte mir einst ein Zeitungsblatt von 1776, das einen Artikel über Nordamerika enthielt, in welchem beständig von dem schändlichen Rebellen General Washington die Rede war.

Eine Woche nach Vollziehung des Urtheils erhielt ein Verwandter und Dienstkamerad Erlaubniß mich zu sehen und Abschied von mir zu nehmen. Das Wiedersehen fand in der Commandantenwohnung in Gegenwart eines Platzadjutanten statt. Am 25. Juli erhielt meine Frau die Erlaubniß mich meinen neugeborenen Sohn in der Commandantur sehen zu lassen. Obgleich in Thränen, war meine Frau gefaßt und standhaft; sie erkundigte sich nach der Zeit nnd dem Orte unserer Wiedervereinignng. Mein Sohn, sechs Wochen alt, lag auf dem Divan des Commandanten, er schien uns durch das Lächeln seines Mundes und seine blauen Augen trösten zu wollen. Ich bat meine Frau, mir nicht sogleich nach Sibirien zu folgen, sondern erst, wenn mein Sohn gehen könne und ich ihr über meinen neuen Aufenthaltsort Nachricht gegeben. Sie segnete mich mit einem Muttergottesbilde, ich bemerkte, daß auf der Kehrseite desselben etwas angeklebt sei; es waren tausend Rubel in Banknoten. — Ich wies die Summe zurück, Geld war mir unnütz; ich bat dagegen mir einen breiten Mantel aus grauem Tuch nähen und mit Wachstuch füttern zu lassen. Dieses Kleidungsstück war mir später von

großem Nutzen bei Regen und Kälte. Noch bat ich meine Frau, die Wittwe und die Tochter Ryléjew's zu besuchen und sie nicht zu vergessen. — Die festgesetzte Stunde des Wiedersehens war bald zu Ende, wir trennten uns in der festen Hoffnung auf Wiedervereinigung, gleichviel wann und wo. Dann kehrte ich mit schnellem Schritt in meine Kasematte zurück, ich bemerkte kaum das Grün, freute mich nicht der Blumen im Garten, die Luft war trübe von dem Rauch der in weitem Umkreis brennenden Wälder — sogar die Sonne sah aus wie eine glühende eiserne runde Platte.

Die Abfertigung meiner zur Ansiedelung und zum Soldatendienst in Sibirien bestimmten Kameraden nahm unterdessen unaufhörlich ihren langsamen Fortgang; alle drei Tage wurden nur vier Mann abgeschickt, damit der Postenlauf nicht gehemmt werde. — Im September bekamen wir die Erlaubniß, bis zu unserer Abfertigung unsere nächsten Verwandten eine Stunde in der Woche sehen zu dürfen. Meine Frau besuchte mich jede Mittwoch. — Auch meine Brüder durften mich zuweilen sehen, einer derselben kam aus Esthland angereist. Mein jüngster Bruder, der Cadett im 1. Cadettencorps, erschien gleichfalls, er weinte bitterlich und bedauerte unter Anderm, daß ich durch meine Verurtheilung das Recht verloren, jemals das Georgenkreuz zu verdienen. Er theilte mir ferner mit, daß die Cadetten darauf stolz seien, mehrere Namen früherer Zöglinge ihres Instituts in der Zahl der Verurtheilten zu finden, und mich bedauerten, daß ich nicht desselben ehrenvollen Looses wie Ryléjew theilhaftig geworden.

So vergingen sieben Monate in steter Erwartung meiner Abreise nach Sibirien. Ein ganzes Jahr der Einkerkerung in den Kasematten lag bereits hinter mir und noch immer mußte ich warten. Im Winter wurden die leergewordenen Nummern unseres Gefängnisses von Polen besetzt, die Kenntniß von der geheimen Gesellschaft in Rußland gehabt hatten. Diese Polen verstanden ihre Sache so gut zu führen, die Haltung der polnischen revolutionären Gesellschaft so gut zu verdecken, daß nur Wenige, Graf Mochinsky, Kryschanowsky und Januſch-Kewitsch nach Sibirien verbannt wurden. Gegenüber meiner Nummer hatte die Stelle von Bobrischtschew-Puschkin I. ein Obrist Worzel eingenommen. Er war mit den Schicksal der übrigen Verurtheilten nicht bekannt, da er mehrere Monate in einer anderen Festung zugebracht hatte. Singend und in französischer Sprache erkundigte er sich bei mir, seinem gegenüber eingeschlossenen Nachbarn, nach seinen Bekannten, — er nannte Pestel, S. Murawjew, Wolkonsky — singend mußte ich ihm antworten: pendu, pendu, exilé à Nertschinsk. — Nach Neujahr 1827 wurden die Abfertigungen wieder neu aufgenommen. Mein Mantelsack war schon lange bereit. Mein Schwager war nach Petersburg gekommen und hatte Rennthierfelle gekauft, aus denen meine Frau mir einen Ueberrock nähen ließ.

Das Fell des Thiers war nach außen gekehrt, der Rock von innen mit Seide wattirt. Dieser Anzug war leicht, warm und bequem; da ich außerdem einen Pelz besaß, so konnte ich auf der Reise jeder Kälte trotzen. Der dritte Februar, Namenstag meiner Frau, war der Tag unsers Abschieds und der letzten Zusammenkunft in der Festung; Tags darauf sollte ich abreisen. Ich wußte das im Voraus, weil an demselben Tage M. M. Naryschkin, Lohrer und zwei Brüder Beläjew abgefertigt worden waren und nach diesen die Reihe an mich kommen sollte. Ich bereitete meine Frau dazu vor und wiederholte meinen Wunsch, daß sie mir nicht eher folgen möchte, als bis mein Sohn gehen könne und das Durchbrechen der Zähne überstanden habe. Wir wußten damals noch nicht, daß den Frauen der Verurtheilten nicht gestattet sei, ihre Kinder mitzunehmen. — Um Trostgründe für meine Abreise war ich nicht verlegen; ich stellte meiner Frau vor, wie nothwendig es meiner Gesundheit sei, wieder frische Luft zu athmen, daß das einstündige Wiedersehen einmal in der Woche auf die Dauer nicht erfreulich für sie sein werde, zumal sie bemerken müsse, wie rasch die Einkerkerung meine Gesundheit untergrabe. Seit dem Anfange des Winters hatten unsere Spaziergänge gänzlich aufgehört, die spärliche Lampe gestattete kaum einige Minuten nach einander das Lesen, durch Unachtsamkeit der Wächter brannte der eiserne Ofen bald einen alten Handschuh, bald einen Fettlappen an, so daß die ohnedies schon verpestete Luft noch verderblicher wurde; ich fühlte wirklich, daß meine Kräfte langsam aber stetig abnahmen. Alles, was ich meiner Frau in Gegenwart des Platzadjutanten sagen konnte, theilte ich ihr mit. Zum zweitenmale schlug ich ab, heimlich Geld mitzunehmen. Jedem von uns war erlaubt, fünfundneunzig Rubel Banko-Assign. zu haben, die der Verwahrung des Begleiters übergeben werden mußten. — So nahmen wir einen langen, schweren Abschied; meine Frau gab mir ein kleines hölzernes Kreuz aus Jerusalem, welches auf ihrer Brust und auf der Brust meines Sohnes geruht hatte. Meinen Sohn konnte ich an diesem Abschiedstage nicht sehen, weil Skropheln seine Wangen bedeckten. Vielleicht hätte der Platzadjutant Nikolajew unsere letzte Zusammenkunft verlängert, aber dies würde die Trennung doch nicht erleichtert haben.

Den 5. Frbruar saß der Platzadjutant länger als gewöhnlich auf meinem Bett und zeigte mir an, daß er mich noch in dieser Nacht zu meiner Abreise abholen werde. Im Winter erfolgt die Abfertigung Verurtheilter um Mitternacht. Ich hatte Zeit, mich vorzubereiten, das heißt, ich empfahl mich und Alles, was mir theuer und lieb war, dem alliebenden, allmächtigen Vater. Die Uhr schlug eilf, noch einmal tönte die einförmige Melodie God save the king an mein Ohr; ich war froh dieses Geläute zum letzten Mal gehört zu haben. Dann schob Sokolow eilig die Riegel meiner Zelle auf; ich konnte ihn um-

armen, ehe der Platzadjutant eintrat und mich zum Commandanten führte. An der Treppe der Commandantur standen fünf Schlitten. Gleich nach mir wurden N. P. Repin, M. N. Glebow und M. K. Küchelbecker in die Commandantur geführt. Wir umarmten einander; mit Ersterem hatte ich zusammen gedient, mit den Letzteren am Executionstage Bekanntschaft gemacht. Wir hatten unsere eigene warme Kleidung. In demselben Zimmer standen der Platzmajor, zwei Platzadjutanten, ein Feldjäger und an dem Ofen gelehnt der wohlbekannte Doctor im schwarzen Frack; auf dem Kaminsims sah ich Arzneigläser. Nikolajew sagte mir, der Doctor wäre bei jeder Abfertigung gegenwärtig, um im Falle einer Ohnmacht oder eines Krankheitsfalles Hilfe zu leisten. Für uns blieb er Zuschauer. Unsere kurze Unterhaltung wurde durch den Eintritt des Commandanten Sukin unterbrochen; ihm folgte ein Feuerwerker, der die beiden Ecken seines Mantels geheimnißvoll in den Händen zusammenhielt. — Der Commandant zeigte uns an, daß er uns auf allerhöchsten Befehl nach Sibirien abzufertigen habe und zwar in Ketten; bei diesem letzten Worte ließ der Feuerwerker die Enden seines Mantels fallen und auf die Diele klirrten die für uns bestimmten Fesseln. Der Commandant entfernte sich. — Die Reifen um die Fußknöchel wurden zusammengeklappt, mit Schlössern zugeschlossen und die Schlüssel dem Feldjäger, der uns geleiten sollte, gegeben. Wir traten hinaus; es war etwas schwer die Treppen hinunter zu steigen; ich hielt mich an dem Geländer fest, einer von meinen Kameraden stolperte und wäre beinahe gefallen. Da brachte uns der Platzmajor rothe Schnüre, die früher zum Zusammenbinden von Federposen gedient hatten. Ein Ende der Schnur wurde an einem Ring befestigt, der die eisernen Stäbe und Glieder der Fesseln vereinigte, das andere Ende derselben mit den aufgehobenen Eisen an den Gurt gebunden; so konnten wir uns rascher bewegen und Schritte von etwa einer halben Elle Länge machen. Dienstfertige Gensdarmen kamen uns bei der Treppe entgegen, setzten uns einzeln in die Schlitten, und so fing unsere 6,600 Werst (944 deutsche Meilen) weite Reise an. —

Unser Weg war vom Monde und von funkelnden Sternen hell erleuchtet. In kurzem Trabe fuhren wir über die Newa; mein Blick war auf Wassily-Ostrow gewandt; ich wußte, daß meine Frau jetzt für mich betete. Il ny'a rien de plus beau dans le monde que le ciel étoilé et le sentiment du devoir dans le coeur de l'homme, hatte sie meinem Vater einmal gesagt. — Beim Marmorpalais erreichten wir das andere Newaufer, lenkten in die Liteinaja ein, in die Offiziersstraße, zur Newsky'schen Perspective, dann am Alexander-Newsky-Kloster vorüber zum Schlüsselburg'schen Thor. Nur wenige Häuser waren noch erleuchtet, die Straßen waren öde; man hörte nur das Anrufen der Straßenwächter, die mit ihren Hellebarden auf- und nieder-

gingen, und begegnete hin und wieder einem verſpäteten Gaſte; es war eben die Butterwoche*). — Beim Schlagbaum wurde angehalten, der Feldjäger trat in die Wachtſtube, die Poſtillone löſten unterdeſſen die Zungen der Poſtglocken, die Schildwache hob den Schlagbaum, muthig und flink ſprengten die Pferde davon. Die Kälte ohne Wind erfriſchte uns, die Poſtlione bemühten ſich, recht ſchnell zu fahren und riefen ihren Pferden beſtändig: „Butterwoche, Ihr Falken!“ zu. In einer Stunde waren wir auf der nächſten Station. — In wenigen Minuten waren andere Schlitten angeſpannt da man auf der Poſtſtation die für die Abfertigungen beſtimmten Tage im Voraus wußte; nach wenigen Minuten ſaßen wir in anderen Schlitten, gutmüthige Poſtillone umwickelten unſere Füße ſorgfältig mit trockenem Heu, damit wir nicht frieren ſollten, und weiter ging es in unaufhaltſam raſcher Fahrt. Auf den beiden erſten Stationen fanden Einige von uns Verwandte und Freunde vor, die ſich eingefunden hatten, um noch einmal von den Verbannten Abſchied zu nehmen; der Geiſtliche Myslowsky hatte die Freundlichkeit gehabt, ſie über den Tag unſerer Abfertigung zu benachrichtigen. Dann eilten wir weiter.

Mit ſteigender Unruhe bemerkte ich, daß wir uns der Feſtung Schlüſſelburg näherten; ich befürchtete, daß man auch uns in ihre Mauern einſchließen würde, da ich wußte, daß Einige unſerer Kameraden daſelbſt nach der Vollziehung der Sentenz längere Zeit eingeſperrt geweſen waren. In einer Feſtung eingeſchloſſen zu ſitzen, erſchien mir aber ſchrecklicher als jedes andere Loos. Wir kamen an den Kreuzweg, wo es links zur Feſtung, rechts zum Dorf und weiter zur Station geht — mein Herz ſchlug immer ſtärker: unſere Schlitten bogen rechts ab zum Dorfe, wir hatten die Feſtung nicht zu fürchten. Raſch waren die Pferde gewechſelt, wir jagten weiter; nur undeutlich konnte ich die Mauern der Feſtung ſehen, an welcher ruſſiſche Soldaten einſt eine berühmte Probe ihrer Tapferkeit abgelegt hatten. Peter, der Schlüſſelburg den Schweden entreißen wollte, ließ die Feſtung ſtürmen, aber während des Sturmes zeigte ſichs, daß die Sturmleitern zu kurz ſeien. Peter, die Unmöglichkeit eines Erfolgs einſehend, befahl, den Sturmlauf einzuſtellen. — „Sagt dem Kaiſer“ entgegnete der Anführer, Fürſt Galizyn, als er den Befehl erhielt, „daß ich jetzt nicht ihm angehöre, ſondern Gott allein; vorwärts Kinder!“ — Galizyn ſtellte ſich auf die Schultern eines Kriegers, der auf der höchſten Stufe der Leiter ſtand, und war der Erſte auf dem Walle, die Andern folgten ihm nach und die Feſtung wurde genommen.

Noch während der Butterwoche durchreiſten wir die Städte Tichwin,

*) Bekanntlich heißt die Carnevalswoche vor Beginn der großen Faſten ruſſiſch „Butterwoche“ (Maßliniza).

Uſtiugna, Molaga. Allenthalben, wo wir zu Mittag und zu Abend ſpeiſten, wurden wir mit fertigen Blini (Faſtnachtspfannkuchen) und Fiſchſuppe aus Sterlett erwartet. Nach mehrtägiger Fahrt kamen wir Nachts in Rybinsk an, wo wir zum erſten Male ſeit dem Beginn unſrer Reiſe einige Stunden ruhen durften. Auf der Station waren nur zwei Zimmer vorhanden; im erſten derſelben ſtanden bloß Tiſche und Stühle, das zweite, mit Divan und Betten, war bereits von Reiſenden beſetzt. Die Erſchöpfung machte ihr Recht geltend: wir lagerten uns eben auf dem Fußboden, als aus dem hintern Zimmer ein mit dem Georgenorden geſchmückter Mann in Admiralsuniform heraustrat, dem zwei verſchlafene Jünglinge folgten, von denen jeder ein Kiſſen und ein Bündel trug. — Wir entſchuldigten uns, daß wir die Herren unwillkürlich durch das Geklirr unſerer Ketten aus der Ruhe geſtört hätten. — „Ich bitte Sie, meine Herren" — ſagte der Admiral höflich — „mit mir das Zimmer zu wechſeln, in meinem Zimmer iſt es wärmer, Sie werden dort beſſer ruhen als hier; Ihr Weg geht weit, der meine nur nach Petersburg." — Der Unbekannte reiſte in die Reſidenz um ſeine Söhne ins Cadettencorps zu bringen; hier gab er ihnen eine vorläufige gute Lehre. — Nach kurzer Raſt ging es unaufhaltſam weiter. An einem Sonntagvormittag langten wir endlich in Jaroslaw an, in einem Gaſthofe auf dem Marktplatze, wo man die Poſtpferde wechſelte. — Während man uns den Tiſch deckte und ich auf und ab ging, hörte ich behutſam an die Thür klopfen. Eine zarte Stimme fragte: „Iſt J. D. Jakuſchkin hier? wo iſt er? wann kommt er?" — Es war des verurtheilten Jakuſchkin Frau und ſeine Schwiegermutter N. N. Schermetjew.*) Dieſe Fragen konnte ich nicht beantworten, ich wußte nur, daß Jakuſchkin ſchon längſt aus der petersburger Feſtung in eine andere nach Finnland verſetzt worden war. Die beiden in Luxus und Wohlleben aufgewachſenen Damen lebten ſeit Monaten in dieſem elenden Gaſthauſe um Jukuſchkiu zu erwarten; er wurde erſt im folgenden Sommer nach Sibirien abgefertigt.

Während wir ſpeiſten, verſammelte ſich das Volk auf dem Platze; in einer Viertelſtunde war der Platz ſo dicht von Menſchen angefüllt, daß, wenn man von oben herab einen Apfel geworfen hätte, er nicht in den Schnee gefallen wäre, ohne eine Mütze oder eine Schulter zu berühren. Unſere Schlitten ſtanden bereit im inneren Hofe, die Pforte war geſchloſſen, an der Außenſeite ſtanden zwei Gensdarmen mit blank gezogenem Säbel. — Im Corridor begrüßten uns Frau von Jakuſchkin und ihre Mutter und wünſchten uns eine glückliche Reiſe. Als wir die Treppe hinabſtiegen, befahl der Feldjäger, daß ſein Schlitten vorfahre und daß die Gensdarmen nicht hinter ihm zurückbleiben ſollten; im Hofe ſetzten wir uns ein. Kaum hatte die Wache

*) Die Grafen Schermetjew gehören den reichſten und vornehmſten Geſchlechtern des ruſſiſchen Adels an.

die Pforte geöffnet, als wir pfeilſchnell über den Platz fuhren, wo von beiden Seiten eine unzählige Menge Volks ſtand. Ich hatte kaum Zeit, meine Hand an die Mütze zu legen und zu grüßen, als alle Hüte herunterflogen und uns ehrfurchtsvoll grüßten; von „Volkswuth“ war keine Spur zu entdecken. In wenigen Minuten hatten wir die Wolga paſſirt, auf deren öſtlichem Ufer es jetzt weiter fort ging.

Wie Feldjäger jagten wir unaufhaltſam Tag und Nacht weiter; im Schlitten zu ſchlafen, war faſt unmöglich, in Ketten und Kleidern zu nächtigen beinahe ebenſo unbequem; daher ſchlummerten wir immer nur einige Minuten auf den Stationen, während die Pferde umgeſpannt wurden; die eilige Fahrt wurde immer angreifender und unerträglicher. Koſtroma, Makariew, Kotolnitſch, Wjätka, Glaſow, Perm, Kunjur, Katherinburg, Tjumen zogen mit geſpenſtiger Eile an unſeren Blicken vorüber. In Glaſow nächtigten wir und hier wurden zum erſten Mal unſere Ketten auf einige Augenblicke abgenommen, während wir die Wäſche wechſelten. — Jetzt, wo wir von den Hauptſtädten des europäiſchen Rußlands weit entfernt waren, hatten wir Gelegenheit die eigenthümlichen Praktiken des Feldjägers, der uns beigegeben war, kennen zu lernen. Unſer Begleiter verſtand ſeine Börſe vortrefflich zu füllen. Von Tichwin an ließ er nur vier Schlitten anſpannen; er lud mich ein, mit ihm in ſeinem Schlitten zu ſitzen, ſetzte meinen Gensdarmen in den folgenden Schlitten und ſo blieben die Vorſpanngelder für die drei Pferde, welche einen fünften Schlitten hätten ziehen ſollen, für volle dreitauſend Werſt in ſeiner Taſche. Das hätte man ſich noch gefallen laſſen können, denn er übervortheilte dadurch Niemand, nicht den Stationshalter, nicht die Poſtillone, nicht die Poſtpferde, denn drei Pferde konnten ohne Anſtrengung einen Verurtheilten mit zwei Gensdarmen fortſchleppen; ſogar der Krone that er keinen Schaden, ſie hatte ihm eine beſtimmte Summe verabfolgt, für welche er die Arreſtanten bis zum beſtimmten Orte zu begleiten hatte. Aber der Feldjäger begnügte ſich damit nicht: ſobald die Pferde angeſpannt waren, fragte er den Poſthalter mit lauter Stimme: „wie viel habe ich Dir Vorſpanngeld zu zahlen?“ — Wenn dieſer nur die Hälfte des geſetzlichen Betrages verlangte, ſo befahl er ruhig, daß der Feldjägerſchlitten hinterdrein fahren, die Gensdarmen mit den Verurtheilten vorausfahren ſollten. So ging es dann in vollem Trabe; neben mir ſitzend ſchlummerte er ruhig oder ſtellte er ſich ſchlafend, und wir fuhren glücklich weiter. Wo der Poſthalter aber die volle Summe des Vorſpanngeldes verlangte, da donnerte die Stimme des Feldjägers: „Mein Dreigeſpann fährt voraus, Gensdarmen bleibt nicht nach!“ Dann begann ein wildes Jagen, welches die unglücklichen Pferde abſichtlich ruiniren ſollte. Immerwährend ſtieß der Feldjäger den Poſtillon mit ſeinem Säbel, indem er „Vorwärts! Vorwärts!“ brüllte. „Du ſollteſt

nur Leichen fahren, aber nicht Feldjäger!“ — und drohend und fluchend trieb er den Postillon zu wahnsinniger Eile an. Ich mußte bisweilen mit dem Aermel meines Pelzes Mund und Nase bedecken, das schnelle Fahren bei der strengen Kälte hemmte mir den Athem. Durch solche Chikanen brachte der schändliche habsüchtige Mensch es dahin, daß allein bis Tobolsk sieben Pferde todt zu Boden stürzten. Er hoffte dadurch die Posthalter zu einem theilweisen Nachlaß des Vorspanngeldes zu zwingen. — Ich remonstrirte und schalt vergebens und konnte oft kaum an mich halten, wenn ich sah, daß der Postillon auf solche Weise sein bestes, feurigstes Pferd verlor und schluchzend die Stränge desselben durchschnitt. Ich wollte, daß der Feldjäger auf der nächsten Station ihm einen Revers ausstelle, nach welchem der Eigenthümer 20 Rubel Silber Entschädigung erhielt, obgleich das Pferd 40 Rubel werth war. „Ach was“ rief der Feldjäger, „wie können Sie sich für einen Betrüger und Taugenichts verwenden, der mir mit Absicht ein krankes Pferd vorgespannt hat; das ist eine alte Finte dieser Canaillen“ und dabei blieb es. Doch auf den Stationen, die von Tataren gehalten wurden und jenseit Tjumen immer zahlreicher wurden, konnte der Feldjäger Nichts ausrichten; man verlangte von ihm die volle Zahl der Vorspanngelder und fuhr so schnell, daß er den Fuhrleuten Nichts anhaben konnte. Kaum näherten wir uns einer Station, so hoben die Fuhrleute uns sogleich aus den Schlitten, damit die Pferde keine Minute stehen blieben und eine Stunde lang zur Erholung umher geführt werden konnten. Mit Schadenfreude und Lächeln sahen sie auf den Feldjäger; die Postillone waren gewandt und ihrer Sache sicher, ihre Pferde leicht und rasch wie der Wind.

Am 22. Februar früh Morgens kamen wir in Tobolsk im Hause des Polizeimeisters an; hier empfing uns ein Polizeibeamter, der uns ersuchte, nicht aus den Schlitten zu steigen, sondern zum Polizeihof zu fahren. Wir waren überrascht über diesen höflichen Empfang, der zu der Wohnungsanweisung einen schroffen Contrast bildete: wir erhielten ein Zimmer im Polizeizuchthause. Unterdessen hatte man unsere Postschlitten nicht weggeschickt, unsere Reisesäcke nicht herausgetragen. Wir waren so schnell gereist, daß wir unsere Kameraden eingeholt hatten, die zwei Tage vor uns aus Petersburg abgefertigt worden waren; bis man sie weiter expedirte, wurden wir in der Polizei aufgehalten, dann aber in die Wohnung des Polizeimeisters Alexéjew geführt, wo wir zwei Tage in dessen Gastzimmern ruhten und auf Befehl des Civilgouverneurs Bantysch-Kamensky außerordentlich gut bewirthet wurden. Zum Frühstück reichte man uns allein zwölf verschiedene Fischgattungen aus den fischreichen Flüssen Sibiriens. Diese Ruhe und Pflege war uns nothwendig und wurde in vollen Zügen genossen. Am Morgen des dritten Tages mußten wir unsere Reise fortsetzen; statt des

Feldjägers gab man uns einen Aſſeſſor des Kurgan'ſchen Kreisgerichts, J. M. Geraſſimow mit, ſtatt der Poſtpferde ſpannte man Bauerſchießpferde vor. Vor unſerer Abreiſe aus Tobolsk wurden wir zum Civilgouverneur geführt, der uns höflich empfing und ſich freundlich erkundigte, wie unſere Geſundheit die Einſperrung in der Feſtung und die weite Reiſe ertragen habe? Dann verbeugte er ſich und ſagte unſerem Begleiter: „Das ſind Ihre Arreſtanten; Sie werden aber nicht vergeſſen, daß Sie es mit Gentlemen (wörtlich: wohlgeborenen Leuten) zu thun haben.“

Jetzt reiſten wir auf der großen Hauptſtraße, die quer durch ganz Sibirien führt; Alles war auf zu transportirende Verbrecher eingerichtet, jede Station zugleich ein Etappenort. Die Gegend ſüdlich von dieſer großen Straße iſt die bevölkertſte des ganzen Landes: immerhin iſt die Bevölkerung ſo ſchwach, daß Städte immer nur auf je 100—400 Werſt vorkommen. In Tara konnten wir die Gaſtfreundlichkeit des Polizeimeiſters Stepanow, eines kaukaſiſchen Kriegers aus Jermolow's Zeiten, nicht benutzen, weil wir dieſe Stadt Nachts paſſirten. Gefährten, denen wir ſpäter begegneten, wußten den Edelmuth dieſes Mannes nicht genug zu preiſen, der wegen ſeiner Humanität ſpäter zur Verantwortung gezogen wurde, übrigens kurz erwiderte, er ſei einfach den Vorſchriften der chriſtlichen Liebe gefolgt. — Die Schießpferde wurden in den Höfen der Gemeindegerichtshäuſer gewechſelt, wo wir zuweilen Gemeindeberathungen antrafen und uns nicht ſelten über den einfachen raſchen Gang der Communalangelegenheiten und den geſunden Sinn der ruſſiſchen Bauern freuten. Die Nächte brachten wir in reinlichen Bauerhäuſern zu, wo die Eigenthümer uns treuherzig aufnahmen und jede Zahlung ablehnten. — Ueber Sibirien und deſſen Bewohner werde ich bei Gelegenheit meiner Rückreiſe ausführlicher berichten, da dieſe im Sommer erfolgte und ich im Winter keine Möglichkeit hatte, Land und Leute auf der raſchen Reiſe kennen zu lernen. Hier will ich nur noch kurz des Wohlthätigkeitsſinnes der Sibirier erwähnen: an gewiſſen Tagen und an beſtimmten Orten ſahen wir eine Menge Bauern, die am Wege unter freiem Himmel bei großer Kälte daſtanden. Es war Gebrauch, daß die Bewohner der an der großen Straße liegenden Dörfer ſich verſammelten, um die Züge der „Unglücklichen“ (ſo werden die Verbannten und Verwieſenen in Sibirien genannt) zu erwarten und denſelben Eßwaaren, warme Strümpfe u. ſ. w. zu verkaufen. Die Aermeren erhielten dieſe Dinge regelmäßig geſchenkt. Das geſchieht zwei Mal wöchentlich an den Tagen, wo die Verurtheilten von Etappe zu Etappe geführt werden, und die Bewohner der Dörfer löſen ſich dabei nach einem beſtimmten Turnus ab. Ich erfuhr, daß dieſer chriſtliche Gebrauch ſchon ſeit alter Zeit beſtehe. — Ueberall, von Tobolsk bis Tſchita, nahm man uns liebreich auf; auf unſere offenen Schlitten wurden

ſchützende Verdecke gebunden, unſere Füße ſorgſam in wärmendes Heu gehüllt, wir ſelbſt mit Segensſprüchen begleitet.

Unſer Weg führte durch die Städte Tara, Kainsk, Kolywan, Tomsk, Atſchinsk, Krasnojarsk, Kansk, Niſhny-Udinsk, Irkutsk; neun Städte auf einer Strecke von 3000 Werſt (etwa 430 deutſchen Meilen). Von Krasnojarsk an fuhren wir mehrere Stationen weit auf Rädern. Die wellenförmigen Berge von gelblichrother Kreide hatten den Schnee abgeworfen, der Weg ſtaubte bereits. — Die Hauptſtraße von Krasnojarsk war mit gut gebauten ſteinernen Häuſern von nicht ſelten zwei Stockwerken eingefaßt; wir hielten auf dem Markte bei der Polizeiverwaltung an, wo verſchiedene Einwohner lange um die Ehre ſtritten, uns bei ſich beherbergen zu dürfen. Endlich bat ein Greis den Polizeimeiſter uns in ſein Haus aufnehmen zu dürfen, es war ein Kaufmann Starzow. Er gab uns ſeine beſten Zimmer, bewirthete uns freigebig und hatte nach ruſſiſcher Art ein erquickendes Bad bereiten laſſen. Bei unſerm Eintritt in ſein Haus ſtellte er uns ſeine Söhne und Schwiegertöchter vor; wir führten mit ihm eine angenehme Unterhaltung über die uns unbekannte Gegend. — Ich freute mich, daß ich zufällig gerade bei ihm einquartirt war, und hoffte auf dieſe Weiſe hinter ein Geheimniß zu kommen, daß uns ſchon lange plagte; aber alle meine Fragen und Anſpielungen blieben vergeblich, Starzow ſagte immer, daß er Nichts wüßte. Die Sache war die, daß von Tjumen an die Poſtillone und Bauern uns überall gefragt hatten, ob wir nicht Afanaſſy Petrowitſch geſehen hätten? Dann erzählten ſie, daß der Polizeimeiſter aus Tobolsk, Alexéjew, und der Kaufmann aus Krasnojarsk, Starzow, dieſen Mann ehrerbietig nach Petersburg begleitet hätten, daß derſelbe einen Tag in Tobolsk geruht und den Generalgouverneur Kopzewitſch, der an einer halb geöffneten Thür dageſtanden, bemerkt, ſogleich erkannt und gefragt habe: „Nun, Kopzewitſch, Favorit von Gatſchina, erkennſt du mich noch?“ — Der Unbekannte ſei ſehr alt, aber noch friſch geweſen und habe ſich durch eine ſehr feine Kleidung ausgezeichnet. Im Volk curſirten die verſchiedenſten Gerüchte. Einige behaupteten, Afanaſſy Petrowitſch ſei ein vom Kaiſer Paul verſchickter Bojar, Andere hielten ihn für einen leiblichen Bruder dieſes Kaiſers. Mein Wirth war wahrſcheinlich in das Geheimniß eingeweiht, aber er ſchwieg hartnäckig. Als ich ſpäter auf meiner Rückreiſe in ſeinen Wohnort kam, fand ich ihn nicht mehr am Leben; ſeine Kinder wußten nur, daß er und der Obriſt Alexéjew die geheimnißvolle Perſon nach Petersburg begleitet hätten.

Den 22. März kamen wir endlich in Irkutsk an; die letzten 3000 Werſt waren wir mithin noch einmal ſo langſam gefahren, als die erſten 3000 Werſt von Petersburg bis Tobolsk: dafür war kein einziges Pferd gefallen und wir hatten ein bis fünfmal wöchentlich genächtigt. In Irkutsk hatten wir

einen Rasttag, den wir in einem schlechten Gefängniß zubringen mußten. Hier trennten wir uns von unserem zweiten Begleiter und erhielten einen neuen in der Person eines Kosakenunteroffiziers. Zwei Poststationen jenseit Irkutsk fuhren wir über den Baikalsee, hier das heilige Meer genannt; die Pferde liefen über sechzig Werst weit ohne anzuhalten; die Fuhrleute hatten in ihren Schlitten einige Bretter mitgenommen, um über die breiten Eisspalten des Sees Nothbrücken zu schlagen. Ueber diese Spalten, die oft mehrere Ellen breit waren, sprangen die Pferde mit einer solchen Geschwindigkeit weg, daß der lange Schlitten kaum das Wasser berührte; überhaupt sind die sibirischen Pferde ungewöhnlich ausdauernd und rasch, obgleich klein und unansehnlich; ohne Anstrengung laufen sie 80 Werst in einem Strich. — Das jenseitige Ufer des Baikal erreichten wir beim Kloster Podolsky. Die schöne Umgegend dieses Ortes, den ich später kennen lernte, war jetzt mit einer Schneedecke belegt, deren Einförmigkeit nur hier und da durch Dörfer, Berge und Wälder unterbrochen wurde. Einige Stationen diesseit Tschita sahen wir zum ersten Mal die Jurten (Filzzelte) herumziehender Burjäten. Auf der letzten Station vor Tschita in Klutschewoy spannte man uns Postwagen vor, weil um Tschita herum das ganze Jahr hindurch der Schnee nicht liegen bleibt. Dieser Ort ist sehr hoch gelegen und sieht beständig einen klaren, unbewölkten Himmel über sich; wenn auch bisweilen Schnee fällt, so wird er sofort durch den Wind wieder in die Thäler geweht. In gewissem Sinne läßt sich sagen, daß Tschita zu kalt für den Schnee sei; die Kälte stieg bis zu 40 Grad Reaumur, sodaß das Quecksilber im Thermometer zufror und nur noch ein Spiritus-Thermometer den Grad der Kälte angeben konnte. — Kurz vor diesem Ort unserer Bestimmung hatten wir noch ein Abenteuer zu bestehen. Am 29. März fuhr ich mit Glebow in einem verdeckten Postwagen die letzte Station unserer weiten Reise nach Tschita; der Fuhrmann war ein heidnischer Burjäte, der die Geschirre nur nachlässig aus Stricken zusammengebunden hatte. Nachdem wir 10 Werst gefahren waren, befanden wir uns auf einem hohen Berg, von welchem aus das kleine Dorf Tschita sichtbar wurde. Wir fuhren langsam und behutsam die Anhöhe hinab; plötzlich aber rissen die Stricke des Geschirrs, gleichzeitig brach der hölzerne Nagel, der die Vorderräder mit dem Wagen verband — in einem Augenblicke waren wir herausgeschleudert. Glebow fiel über das rechte Seitenpferd auf den Weg, der Fuhrmann warf sich seitwärts, ich blieb mit dem rechten Fuße an den Strängen des einen Seitenpferdes hängen, mich mit beiden Händen an der Mähne des Mittelpferdes festhaltend. Die Pferde jagten zwei Werst weit unaufhaltsam in gestreckter Carrière vorwärts, nur die Vorderachse des zerbrochenen Wagens mit sich führend, zwischen ihnen hielt ich mich mit meinen schweren Ketten nur mühsam fest, bis Repin und Küchelbecker, die vor uns am Fuße des Berges

angekommen waren, meine mißliche Lage sahen, die Pferde anhielten und mich herunter nahmen. Meine Ketten hinderten mich an jeder Art von Selbsthilfe. Merkwürdigerweise blieb ich unbeschädigt; sogar meine Kleidung war nicht zerrissen worden. Der Wagen wurde reparirt und nach einer Stunde gelangten wir endlich an das Ziel unserer Reise, in das Gefängniß von Tschita, ein von einem Zaune umgebenes Holzhäuschen. Wir hofften, einige unserer Kameraden, die vor uns aus Petersburg abgefertigt worden waren, vorzufinden; aber diese bewohnten ein anderes temporäres Gefängniß, in welchem für uns kein Platz war, da dasselbe nur 24 Mann beherbergen konnte. —

Wir wurden von dem Capitän eines Linienbataillons, einem Platzadjutanten, einem Schreiber und einigen Schildwachen in Empfang genommen. Der Capitän fragte, ob wir Geld oder Kostbarkeiten bei uns führten, die streng verboten seien. — Ich nahm sogleich die seidene Schnur von meinem Halse, an welcher ein eingefaßtes Portrait meiner Frau, ein Medaillon mit den Locken meiner Eltern und ein Päckchen Staub der heimathlichen Erde hingen. Als ich diese Sachen dem Capitän einhändigte, bemerkte er an meinem Finger einen goldenen Ring und rief mit Stentorstimme: „Was hast Du da an dem Finger?“ „Meinen Trauring.“ „Herunter damit!“ Ich entgegnete ihm höflich, daß man mir den Trauring im Winterpalaste und in der Festung gelassen habe und daß das Tragen eines solchen nicht verboten sei. — „Herunter damit, sage ich Dir!“ kreischte der rohe Mensch noch einmal. Ich antwortete ihm mit vornehmer Ruhe: „Nehmen Sie den Ring mit dem Finger zusammen“ — kreuzte meine Arme über die Brust und lehnte mich kaltblütig an den Ofen. — Der Adjutant gab dem Capitän keine Zeit, ein Wort zu sagen, flüsterte ihm etwas ins Ohr, nahm unsere Kostbarkeiten zusammen und entfernte sich. Unterdessen untersuchte ein Schreiber unsere Reisesäcke und Bücher und notirte alle Sachen. Nach einer halben Stunde kehrte der Adjutant mit der Anzeige zurück, daß der Commandant mir das Portrait meiner Frau zurücksende und mir den Trauring zu tragen gestatte; die übrigen Andenken sollten sorgsam in der Canzlei aufbewahrt bleiben. — So endete unser Empfang. Von dieser Stunde an, während meines ganzen Aufenthaltes in Tschita und später im Gefängniß von Petrowsky, benahm sich der Capitän Stepanow übrigens sehr höflich gegen mich.

Anderen Tags besuchte uns unser Commandant St. R. Leparsky, ein uralter Cavallerieofficier, der Jahrzehnte lang das Sewer'sche reitende Jägerregiment befehligt hatte, dessen Chef der Großfürst Nikolaus gewesen war ehe er Kaiser wurde. Wenn in anderen Regimentern Unannehmlichkeiten vorfielen, in Folge deren man Officiere versetzen mußte, so wurden die sogenannten unruhigen Köpfe stets in Leparsky's Regiment übergeführt, der mit

Allen umzugehen verstand und sich nie Feinde machte. Obgleich er sein ganzes Leben in entfernten Garnisonen zugebracht hatte, so machte sich doch sofort geltend, daß er in der Jugend eine gute Bildung empfangen hatte. Er war Zögling der Jesuitenschule von Polozk gewesen, konnte Lateinisch und drückte sich im Französischen und Deutschen geläufig aus. Dabei war er ein edler Mensch und vollkommner Gentleman. — Der Greis erkundigte sich mit Theilnahme, wie wir die weite Reise zurückgelegt hätten und ob wir nicht der Hilfe eines Arztes bedürften? Er fügte hinzu, daß er gern zur Erleichterung unseres Schicksals beitragen werde. Darauf bat ich ihn um die Erlaubniß, meiner Frau schreiben zu dürfen: diese Bitte mußte er mir abschlagen, weil uns das Schreiben ausdrücklich streng verboten war.

Zwei Tage nach uns langte die folgende Reihe unserer Gefährten aus Petersburg an: V. N. Licharew, v. Tiesenhausen, S. T. Kriwzow und Tolstoy. Zwei Tage darauf kamen Ljublensky, Wigadowsky, Lisowsky und N. A. Sagoretzky an; diesen folgten noch von der Brüggen, A. V. Jentalzow, A. J. Tscherkasow und J. A. Abramow II. Wir hatten es enge, aber gesellig; unsere schweren Ketten erlaubten uns nicht, viel zu gehen, aber wir gewöhnten uns an dieselben und lernten sie mit Riemen aufzubinden und am Gurt oder der Halsbinde zu befestigen. Zwischen unserem Häuschen und dem hohen Pfahlzaun war ein Raum von zwei Faden Breite; um dieses Viereck bewegten wir uns mehrere Mal täglich. — Im April wurden die Tage wärmer. Ende Mai begann die Erde aufzuthauen, sodaß wir mit unserer Arbeit beginnen konnten. Eines Morgens führte man uns auf einen freien Platz, wo wir unseren Kameraden aus dem anderen Gefängnisse begegneten. Das Wiedersehen war ein höchst erfreuliches und wiederholte sich zwei Mal täglich, Morgens von 8 bis 12, Nachmittags von 2 bis 5 Uhr. Dann begann unsere regelmäßige Beschäftigung. Man hatte eine Menge Spaten, Hämmer, Grabschaufeln, Karren und Tragbahren zusammengebracht; unsere erste Arbeit bestand in dem Ausgraben zum Fundament unseres neuen Gefängnißgebäudes und des Grabens um dasselbe. Diese Arbeit erinnerte uns daran, daß einst die Schweizer gezwungen worden waren, für sich selbst die Festung Zwing-Uri zu bauen, und das traurige Gebäude, das wir aufführen sollten, hieß fortan „Zwing-Uri". Jeden Tag, die Sonn- und Feiertage ausgenommen, trat der wachehaltende Unterofficier früh Morgens zu uns herein und rief: „Meine Herren, an die Arbeit!" — Gewöhnlich rückten wir mit Gesang aus, um dann nach Kräften zu arbeiten; Zwang wurde uns dabei nicht angethan. Das hatten wir unserem Commandanten zu verdanken, der in seiner Instruction zwar die Vorschrift erhalten hatte, uns *schonungslos* zu Arbeiten zu gebrauchen, es durch Vorstellungen aber dahin zu bringen wußte, daß das Maß unserer Arbeit von seinem Gutdünken abhing.

Aus Königgrätz.

IV.

Prag, das alte vielthürmige, an monumentalen Plätzen, hohen schweigsamen Palästen und misanthropischen Heiligenbildern reiche Prag, hat in neuerer Zeit einigen frischen Schmuck angelegt. Seinem Karl, dem Universitätsgründer, seinem faulen Wenzel und Franz zu Ehren hat es Denkmale zu Pferd und zu Fuß gesetzt; sich selber zu Liebe hat es eine dritte Brücke über die Moldau geschlagen und einen hübschen Quai gebaut. Wäre es nur auch in anderer Beziehung etwas reizender geworden! Aber nach Allem, was der Fremde dort hört, wird das Leben in der alten Stadt, trotz ihrer steinernen Schönheit, trotz labender Bierquellen und lustiger Tanzmusik täglich unleidlicher. Der Kampf zwischen Deutschthum und Slaventhum, der sich hoffnungslos in die Länge zieht, verscheucht die Gemüthlichkeit. Wenn der ruhige Bürger noch so vertrauensvoll zur polizeilichen Vorsehung betet und wenn er die Schlafmütze noch so tief über die Ohren zieht, doch schrecken ihn im Schlummer häßliche Traumgestalten, die, mit Morgenstern und Dreschflegel bewaffnet, grinsend durchs Fenster gucken. Zupft Charpie, Kinder, zupft Tag und Nacht — sagt der früher erwähnte prager Doctor und Statistiker, es liegt eine große Prügelei in der Luft, und wollte Gott, sie wäre schon vorüber. Ohne eine kleine Dosis Blut und Eisen wird das Uebel ja doch nicht zu heilen sein.

Ich selbst schlief in Prag drei Nächte, ohne ein Gespenst zu sehen. Dafür begegnete mir auf der Reise dahin ein kleiner Philister von geisterhaftem Aussehen und krankhafter Geschwätzigkeit. Es war ein Galanteriewaarenhändler aus Wien, ein blasses dürres Männchen mit gewaltiger Adlernase und einem langen, steif nnd schwarzgewichsten Schnurrbart, der ihm während seiner lebhaften Bewegungen und Gebärden als Balancirstange zu dienen schien. Unter uns, sagte er, Prag ist finster, das wiener Leben ist hell wie Gold und schmeckt wie Mandeln und Rosinen. Aber allen Respect vor Prag! Sehen Sie, ich bin verheirathet. Ich werde doch einmal Kinder kriegen; meinen Sie nicht? Gut; meine Kinder sollen nicht mit Galanteriewaaren handeln. Wie sie zwei Jahr alt sind, schicke ich sie zu meinen Verwandten nach Smichov. Warum? fragen Sie. Wie können Sie fragen warum? Sie sollen mir ordentlich böhmisch (d. h. czechisch) lernen. Was ist die Hauptsache bei der Erziehung? Französisch. Nun, so wahr ich lebe, kein Deutscher kann gut französisch reden, er bringt den Ton nicht heraus. So'n böhmisches Kind aber kriegt eine Zunge — die ist mit hundert Schleifsteinen gewetzt. Und dann der Geist, die Construction! Zum Beispiel, der Deutsche

ſagt: Ich waſche mich. Das iſt falſch. Der Böhme ſetzt das „mich“ voran wie die Franzoſen, nicht wahr? Der Böhme ſagt: Ich dich betrüge, ich dich habe betrogen, ich dich werde betrügen. Da ſehen Sie gleich, daß die böhmiſche Regel beſſer iſt, denn ſie ſtimmt mit der franzöſiſchen Grammaire überein.“

Die Station Pilſen erlöſte mich von dem Galanteriemännchen. An ſeine Stelle ſetzten ſich zwei fein gekleidete ältliche Enkelinnen Libuſſa's. Von der einen, die ihre Beleſenheit zeigte und mit leiſer ſlaviſcher Betonung ſehr gewählt deutſch ſprach, hatte ich einige czechiſche Complimente für Frau Germania in Empfang zu nehmen. Sie erzählte von ihren Erlebniſſen im Sommer des Jahres 1866, von dem Schrecken der Hauptſtadt nach der Schlacht bei Königgrätz, und wie die Preußen in Prag „ſo charmante“ Feinde geweſen ſeien. Sie wohnte auf dem Roßmarkt, wo die feindlichen Truppen jeden Morgen zum Appell aufmarſchirten, und „ſah aus dem Fenſter die Bildung, die unter ihnen herrſchte“ und daß ſogar die Gemeinen von den Officieren mit „Sie“ angeredet wurden. Aber „dies Alles“ wird jetzt bei uns ganz ſo werden wie bei Ihnen, fügte ſie bei. „Wie bei Ihnen“! Sie ſchien mich alſo für einen Preußen zu halten und daher vielleicht ihre Zuvorkommenheit. In der Hauptſtadt machte ich ähnliche Erfahrungen. Anfangs überraſchte mich das gute Deutſch, in welchem Perſonen mit offenbar czechiſchen Geſichtern mir überall auf jede Frage Auskunft gaben. Später glaubte ich zu bemerken, daß die Czechen mit diplomatiſchem Inſtinct zwiſchen den Deutſchen „aus dem Reich“ und denen aus Oeſtreich unterſcheiden. Glauben ſie einen Mann von „draußen“ vor ſich zu haben, ſind ſie eitel Sonnenſchein und Maienluſt. Sie lieben nämlich den „echten“ Deutſchen, den eine politiſche Grenze ihnen weit vom Leibe hält, und wenn er blos im Reich der „Idee“ exiſtirte, würden ſie ihn noch aufrichtiger lieben. Tritt er ihnen aber als Mitbürger an die Seite, werden ſie borſtig. Viele kochen Gift und Galle darüber, daß die Deutſchböhmen nicht alleſammt mit heißem Bemühen czechiſch, — oder, wie ſie mit Nachdruck ſagen, „böhmiſch“ — lernen. Denn, obgleich es in ihrem Idiom keine Bezeichnung wie etwa bemski, bemizki, bemaki oder behemi gibt, behaupten ſie doch, daß „böhmiſch“ und nicht „czechiſch“ die richtige Verdeutſchung von „česky“ ſei. Indem ſie den Unterſchied zwiſchen dem geographiſchen Ausdruck „böhmiſch“ und der Stammesbezeichnung „czechiſch“ leugnen, ergreifen ſie gleichſam Beſitz vom ganzen Königreich und machen aus dem deutſchen Landsmann entweder einen Fremdling oder einen mißrathenen Sohn ſeiner Heimath, von dem ſie mit patriotiſcher Entrüſtung ſagen können: „Er iſt ein Böhme und ſpricht nicht böhmiſch!“ Aber viele Oeſtreicher und ſelbſt Deutſchböhmen huldigen gedankenlos demſelben falſchen Sprachgebrauch. Im Auslande entſtehen dadurch oft komiſche Begriffsverwirrungen. So er-

zählte mir einmal ein belgischer Reisender, daß man in Prag drei verschiedene Sprachen spreche: deutsch, slavisch und böhmisch. Wie das Letzte klingt, war ihm nicht recht erinnerlich.

Hier in Königgrätz giebt es czechische Lehranstalten für 1600 Musensöhne. Auf dem Gymnasium, dem Obergymnasium und im Seminar wird jeder Unterrichtsgegenstand, so gut es eben geht, in der Sprache Palatzky's vorgetragen. Der Aufschwung, den die czechische Cultur genommen, wurde mir auf Grund der 1600 mit schreienden Farben ausgemalt. Fragte ich nach den lebendigen Blüthen und Früchten czechischen Geistes, so wies man auf die politischen Zeitungen, die illustrirten politischen Witzblätter, auf ein angefangenes neues Wörterbuch oder auf die archäologischen Arbeiten des Prof. Wael hin. Auch sollen die wandernden Schauspieler, die im Winter Königgrätz zu besuchen pflegen, sich durch die Lebhaftigkeit ihrer Darstellung auszeichnen, aber unter ihren Zugstücken sind die aus dem Deutschen und Französischen übersetzten Possen und Komödien die Mehrzahl. Es ist so ziemlich die alte Leier wie vor 20 Jahren, als ich diese Gegend zum letzten Mal sah. Der großen Volksmasse in Stadt und Dorf ist der Schnabel noch gerade so gewachsen wie damals. Im kürzesten czechischen Zwiegespräch blinken einzelne deutsche Wörter, die wie Lichtlein im dunkeln Walde den Weg zum Verständniß des Sinnes zeigen. Häufig wird das deutsche Zeitwort durch eine slavische Beugung naturalisirt. To se schick-nje (das schickt sich), To kost-nje (das kostet), Muß-ite handl-owat (Ihr müßt handeln). Im Laufe eines einzigen Tages zeichnete ich mir eine Menge solcher Fremdwörter auf, z. B.: meld-owat, pump-owat, putz-owat, schwindl-owat, stichl-owat, wechsl-owat, wichs-owat u. dergl. mehr. In einem gerichtlichen Actenstück las ich den Ausdruck kvelb (Gewölbe), und ein Geschäftsreisender war na wandru (auf der Wanderschaft). Ganz unverändert bleiben viele Hauptwörter, namentlich die zusammengesetzten, wie: To jest Kunststück, Zugluft, Stockuhr, Streichriemen, Todesmuth, Schnitzarbeit, Preßproceß, Hochgenuß.

Glauben Sie ja nicht — bemerkte mir ein Gelehrter — daß es uns an guten Ausdrücken für jene Begriffe fehlt. So spricht nur die dienende und gewerbtreibende Classe, die fortwährend mit Deutschen zu thun hat. — Natürlich, und dieser Verkehr wird fortwährend steigen. Ihr werdet hoffentlich nicht aus Purismus die Eisenbahn- und Handelsverbindungen mit Deutschböhmen, Oestreich, Sachsen und Schlesien abbrechen. Die Dienstboten und Kutscher aber, die ehrsamen Handwerker und Kaufleute, die jeden Augenblick deutsche Wörter in den Mund nehmen während sie czechisch reden, machen ihre Versündigung dadurch wieder gut, daß sie ihr Deutsch mit czechischen Wurzeln spicken. Denn das ist der geistige Segen eines zweisprachigen Landes, daß die Masse der Bevölkerung beide Idiome gleich oberflächlich kennt; der Bil-

dungsgrad pflegt da in demſelben Verhältniß zu ſinken oder zu ſteigen, in welchem das eine oder das andere Idiom die Oberhand gewinnt. Scharf zu denken und tief zu fühlen vermag auch der Begabteſte nur in ſeiner Mutterſprache; zwei Mutterſprachen aber hat kein Menſch auf Erden.

Jedermann in Königgrätz zählt die „tüchtigen Czechen", die nicht Philologen von Fach ſind, an den Fingern her. Tüchtige Czechen nennt man Leute, denen in einer czechiſchen Zeitſchrift oder Zeitung beinahe jedes Wort verſtändlich iſt und die einen rein czechiſchen Brief zu ſchreiben verſtehen. Manchen Einwohner, der mehr czechiſch als deutſch redet, fragte ich vergebens nach der Bedeutung gewiſſer nationaler Loſungsworte. Was heißt denn eigentlich Sokol (Falke)? — I nu jo, Sokol is weiter nix wie Verein. — Danke ſchön; und was verſteht Ihr unter „na zdar" (gut Heil)? — Wenn ich ſag na zdar, i nu, da mein ich: auf Wiederſehn, oder guten Appetit, oder ſo was. — Neugierig, den Text zu einer oft gehörten Nationalmelodie kennen zu lernen, kaufte ich mir ein Liederbüchlein für 10 Kreuzer und bat einen Bekannten, der im Ruf eines ziemlich tüchtigen Czechen ſteht, mir das „Kde domov muy?" (Wo iſt meine Heimath? mit anderen Worten: Was iſt des Czechen Vaterland?) zu erklären. Aber ſchon vor dem Ende der erſten Strophe ſtießen wir auf eine Klippe und in der zweiten auf eine Sandbank. — Haben Sie kein Wörterbuch? fragte ich. — Ach was, Wörterbuch! rief er beleidigt. Ich werde doch meine Sprache kennen, und der Sinn iſt mir klar genug. Nur kommt im Druck manchmal eine altböhmiſche oder krobatiſche Phraſe vor; und das ſchadet weiter nichts. — In ſolchen Nöthen hilft doch nur das Lexikon oder ein gelehrter Thebaner, ein Profeſſor oder ein durch Fleiß und Talent ausgezeichneter Octavianer (Primaner). Dem letzteren wieder kann es geſchehen, daß er beim Ueberſetzen um den entſprechenden deutſchen Ausdruck verlegen wird. Oefters redete ich zwölf- oder vierzehnjährige Gymnaſialſchüler auf deutſch an, und es war nichts weniger als Böswilligkeit von ihnen, daß ſie mir die Antwort ſchuldig blieben. Aeltere gewerbtreibende Czechen pflegen zehnmal beſſeres Deutſch zu reden als der Octavianer, der an der Schwelle der Univerſität ſteht. Der Aufſchwung czechiſcher Cultur ſcheint eben vorzugsweiſe in dem abnehmenden Sinn für deutſche Bildung zu beſtehen. Die jüngere Generation fühlt eine patriotiſche Befriedigung darin, daß ſie die teutoniſchen Autoren ungefähr ſo genau wie die todten Lateiner kennen lernt; wenn die Sprache Schiller's und Goethe's ihr ſo fremd klingt wie dem gebildeten Ruſſen oder Franzoſen, wandelt ſie ein Bewußtſein der Vornehmheit an und ſie glaubt einer ſelbſtändigen und großen Nation anzugehören.

Daß man die czechiſche Jugend lehrt das heilige Rußland anzubeten, iſt kein Geheimniß. Da jedoch der ruſſiſche Name ſelbſt in Czechien nicht

allgemein im besten Geruch steht, zeigt man dem jugendlichen Enthusiasmus das Schattenbild der künftigen Panslavia und schmückt es mit allen erdenklichen Tugenden. Wir wollen es den verschiedenen Zweigen der slavischen Race nicht verdenken, daß sie alles Edle und Gute „slavisch" nennen; ein gewisser Grad von Selbstgefühl ist gesund. Sie bleiben dabei nicht stehen, sondern schreiben gern jeden ungewaschenen Fleck an ihrer moralischen Haut der Berührung mit dem Deutschthum zu. In Rußland pflegten die Demokraten noch kürzlich alle Rohheiten ihres Czarismus von deutschen und mongolischen Einflüssen herzuleiten. Ein im J. 1864 in Königgrätz internirter polnischer Flüchtling, der über das Benehmen der Einwohner Grund zu klagen hatte, behauptete von den Czechen, daß sie keine slavische Ader im Leibe hätten, sondern meist germanisirtes Gesindel seien. Bloße Retourkutsche, wie die Studenten sagen, denn an der Weichsel und Newa weiß man sehr gut, daß wir slavisch und sclavisch für nahezu gleichbedeutend halten. Mögen sie sich mit Worten rächen. Was aber dem Unbefangensten mißfallen muß, ist die Sucht dieser Race ihre offenbaren Fehler und Gebrechen als nationale Vorzüge zu preisen und zu hätscheln. Nicht wenig bilden sich die Slaven auf die melancholische Eintönigkeit ihrer Volksmelodien ein; diese Weisen klingen oft reizend, aber bald sehnt man sich etwas Frischeres zu hören, denn die Monotonie macht zuletzt den Eindruck einer aus dem Gefühle innerer Armuth entspringenden Traurigkeit. Eben so geht es Einem mit ihren endlosen und häßlichen Verkleinerungswörtchen, wie überhaupt mit der vielgerühmten slavischen Weichheit; ein etwas strammeres Wesen würde dem Deutschen mehr zusagen. Die Weichheit ist häufig nur ein beschönigen des Wort für Fügsamkeit und Schmiegsamkeit, für Unbeständigkeit und Schwäche. Und was beweisen am Ende die klagenden Melodien und die ewig liebkosenden Verkleinerungswörtchen? Die Russen singen in Moll, aber sie hauen in Dur. Und Väterchen Nikolaus konnte die Knute schwingen, daß man das Geschrei seiner Kinderchen bis auf den atlantischen Ocean hörte. —

Wie schön wäre Prag, welch heiteres Licht könnte sich über ganz Böhmen ergießen, wenn die Czechomanen nicht darauf bestünden, ihr geistiges Antlitz dem moskowitischen Osten zuzuwenden und der deutschen Bildung den Rücken zu kehren! Aber der Belagerungszustand, der jetzt auf kurze Zeit über Prag waltet, wird dem trüben Strom der czechischen Bewegung keine andere Richtung geben.

J. Gilben.

Die ungariſchen Volksſchulen.

Aus Ungarn. Ende October.

Der Kampf, der hierzulande gegenwärtig auf dem Gebiete des Volksunterrichts entbrannt iſt, verdient es aus vielfachen Gründen, daß auch das Ausland von ihm Notiz nimmt. Ueberall wo Staat und Kirche in Conflict gerathen, darf die lebhafte Theilnahme Aller vorausgeſetzt werden; tritt dann noch hinzu, daß die Schule den Zankapfel bildet, ſo ſteigert ſich das Intereſſe in dem Maße als aller Fortſchritt ſolidariſch und die Culturelemente aller Länder in Wechſelwirkung ſtehen. Die Angriffe vollends, welche in dieſem Momente der Volksſchulenentwurf unſeres Cultusminiſters erfährt, bieten ganz ſonderbare, auf eine unſerer großen politiſchen Parteien wunderliche Streiflichter werfende Erſcheinungen. Derſelbe Geſetzentwurf nämlich, den die katholiſche Hierarchie mit tiefem Grollen aufnimmt, er muß ſich gleichzeitig auch die heftigſten Vorwürfe von proteſtantiſcher Seite gefallen laſſen, und wer in erſter Reihe unter der Fahne der kirchlichen Autonomie und zum Schutze der „confeſſionellen Schule“ gegen Baron Eötvös zu Felde zieht, iſt kein Anderer, als der proteſtantiſche Curator und Führer der Reichstags-Linken, Herr Koloman von Tisza. Es geſchieht ſo das Unglaubliche: ultramontane Federn poſaunen das Lob des Curators der reformirten Kirche aus und das Haupt der Linken findet ſeine kräftigſten Stützen in den Zſedényi's und Somſſich's der äußerſten Rechten; unter dem Zujauchzen der Römlinge wird das in blutigen Kämpfen gegen ſie errungene Panier der proteſtantiſchen Autonomie entfaltet, der Geſetzentwurf aber, welcher das Princip der Lehr- und Lernfreiheit bis auf die Elementarſchule herab verpflanzt und die politiſche Gemeinde ganz autonom ihre Schulen — freilich nicht-confeſſionelle — organiſiren läßt, ſtößt auf die heftigſte Oppoſition Jener, die gewohnt ſind, der Deákpartei gegenüber ſich mit dem ausſchließlichen Privileg echten Liberalismus zu brüſten. Zur Beſchönigung dieſer Ungeheuerlichkeit greift Tisza zur bekannten, in der reactionären Rüſtkammer ſtets vorräthigen Waffe, zur Behauptung nämlich: „der geringere oder größere Grad von Freiheit ſei nicht der alleinige Maßſtab, um den Werth von Inſtitutionen und Geſetzen zu ſchätzen.“ Wenn irgendwo, gilt aber hier das qui s'excuse s'accuse und die angeführte Behauptung iſt wohl die prägnanteſte Charakteriſirung all' des mittelalterlichen Staubes, den der Führer der Linken diesmal aufgewirbelt — zur Rettung des Proteſtantismus, wie der Herr Curator vorgibt, in Wirklichkeit aber zur Erniedrigung des echten proteſtantiſchen Geiſtes, der, im Gegenſatz zu ſeinem jüngſten Interpreten, den neuzeitlichen Anforderungen des Staats an die Volksſchule nicht nur

nicht feindlich, sondern geradezu als deren erste Quelle bezeichnet werden muß. Ein neuer Beleg dafür, wohin übergroßer Glaubenseifer, durch politische Oppositionssucht geschürt, zu führen vermag. Ja, so weit ging hier der Fanatismus für die confessionelle Schule, daß man von dieser Seite die Drohung hören konnte, die confessionelle Frage sei in unserem Vaterlande schon einmal vor Jahrhunderten durch das Schwert entschieden worden, und würden diese Entscheidungen heute angetastet, so müßte man von Neuem an die Waffen appelliren, und Tisza war es, der in einer geheimen Abgeordnetensitzung ungescheut den Antrag stellte, man möge in die Berathung des Schulgesetzes erst dann eingehen, wenn der Herr Cultusminister „erschöpfende Daten" über die derzeitigen Verhältnisse unseres Volksschulwesens, seine Mängel und die zu ihrer Beseitigung nöthigen Kosten dem Hause vorzulegen vermag, was für denjenigen, der die Renitenz kennt, deren sich die protestantischen Superintendenzen jedesmal, wenn die politische Behörde ihnen statistische Daten abverlangt, befleißen, Nichts weniger bedeutete, als daß der Eötvös'sche Gesetzentwurf in dieser Session gar nicht mehr zur Verhandlung gelange. Der „ewige Jude der ungarischen Gesetzgebung", wie der geistvolle Kazinczy vor zwanzig Jahren schon die Unterrichtsfrage nannte, soll also nach dem Wunsche Tisza's und seines eingestandenermaßen diesmal illiberalen Anhangs noch immer nicht zur Ruhe kommen, unbekümmert darum, daß ein Drittheil sämmtlicher Gemeinden Ungarns sich ohne jede Volksschule, mehr denn eine Million Kinder sich ohne jeden Unterricht befinden und daß ohne Berathung des Schulgesetzentwurfs der Minister außer Stande ist, an dieser mehr als beschämenden Lage Etwas zu ändern. — Doch es ist Zeit, daß ich den geehrten Leser mit den wesentlichen, vorzugsweise vom Conflict berührten Bestimmungen des Gesetzentwurfs bekannt mache.

Alle Kirchen, bestimmt der Entwurf, dürfen aus eigenen Kräften Volksschulen errichten und erhalten; wo keine oder doch keine der Ortsbevölkerung entsprechende confessionelle Schule besteht, ist die Gemeinde zur Errichtung einer Schule verpflichtet, die confessionell sein kann, wenn alle Schulpflichtigen sich zur selben Confession bekennen, die dagegen nicht-confessionell (simultan) sein muß, wenn unter den schulpflichtigen Kindern 30 einer anderen Confession angehören; für den Religionsunterricht sorgen in diesen Fällen die einzelnen Confessionen; zur Errichtung solcher Schulen darf die Gemeinde eine Schulsteuer bis zur Höhe von 5 Procent der directen Steuer von allen ihren Mitgliedern, auch von jenen, die eine eigene confessionelle Schule erhalten, erheben; zu gleichem Zwecke ist von den noch nicht commassirten Gütern wenigstens $^1/_{100}$ des Areals auszuscheiden; reichen die genannten Gemeindemittel nicht hin, so kann das betreffende Comitat eine allgemeine Schulsteuer bis zu 3 Procent

der ordentlichen Steuer ausschreiben und im Fall auch dies zur Deckung sämmtlicher Kosten nicht genügt, dann hilft die Staatskasse aus; eine Schulcommission, von der Gemeinde constituirt, wählt die Lehrer, wacht über die pünktliche Erfüllung der Schulgesetze, handhabt das Schulvermögen u. s. w.; die gesammten Volksschulangelegenheiten eines Comitats verwaltet ein vom Unterrichtsminister ernannter Comitatsschulinspector und ein unter dessen Präsidium stehender Schulrath, dessen Mitglieder von den verschiedenen Confessionen, den Lehrern der Gemeinde- wie der confessionellen Schulen im Comitat und aus der Mitte der Comitatsrepräsentanz selbst gewählt werden; vermöge des Oberaufsichtsrechts des Staats ist es Amt und Recht der Regierung, auch die confessionellen Schulen überwachen zu lassen, zu sehen, ob die Lehrer befähigt und die vorgeschriebenen Gegenstände vortragen, ob die Schulräumlichkeiten, die Lehrhilfsmittel die geeigneten u. s. w., und falls selbst nach der von Seite der Regierungsorgane ergangenen Warnung etwaige Mängel nicht abgestellt worden, so kann die Regierung auf Empfehlung des Comitatsschulraths die Schule schließen lassen. Der Gemeinde oder Confession läßt demnach der Entwurf ihre volle Autonomie der Schule gegenüber, den staatlichen Einfluß beschränkt er auf pure Aeußerlichkeiten und auf die Forderung allein, daß die Lehr- und Lernfreiheit nicht zur Freiheit Nichts zu lehren und Nichts zu lernen ausarte; woher also die große Angst der Gegner, was läßt Herrn v. Tisza und seinen Anhang so sehr für den Bestand und die Autonomie der confessionellen Schulen fürchten? Wissen die Protestanten erst, heißt es, daß wenn ihre confessionelle Schule den Anforderungen nicht entspricht, eine Gemeindeschule errichtet wird, so werden sie wenig Neigung zeigen, ihrer Sonderschule weitere Opfer zu bringen; werden sie vollends gezwungen, die Steuer zu Gunsten der nichtconfessionellen Gemeindeschule mitzutragen, dann wird jene Neigung auf ein Minimum herabsinken. Wie eigenthümlich doch, daß der Herr Curator ein solch geringes Vertrauen in den confessionellen Eifer seiner Glaubensgenossen besitzt und es nicht scheut, ihnen ein solch religiöses Armuthszeugniß auszustellen! Und was aus dem Munde des Führers der Linken nicht minder auffällig klingt, daß er die Protestanten von der Pflicht zur Gemeindeschule beizutragen befreien möchte: als läge der Volksunterricht im Belieben der einzelnen Confessionen und als gehörte er nicht vielmehr zu den allerersten Aufgaben des Staats, der Gesammtheit seiner Bürger. Hat Herr v. Tisza denn nie einen Blick in die Statistik der Verbrechen und Gefängnisse gethan, um zu erfahren, daß ihre Ziffer in umgekehrtem Verhältniß zu jener der Volksschulen steht und daß es daher dem Staate des 19. Jahrhunderts obliegt, zur Verminderung jener für die Vermehrung dieser Sorge zu tragen? Haben wir ferner Herrn v. Tisza erst daran zu erinnern, daß das Wahlrecht ein

leeres Wort, wenn der Wähler kaum des Lesens und Schreibens kundig, daß die wichtigste demokratische Errungenschaft der 1848er Gesetze so lange ein todter Buchstabe bleibt, als Hunderttausende an die Wahlurne treten, die nie einen Elementarunterricht genossen! Da hatte die Linke unseres 1848er Reichstags — und auch sie zählte Protestanten genug in ihrer Mitte — ganz andere Ansichten; nicht nur würdigte sie Rázmándy's Frage, ob denn auch die Erhalter einer protestantischen Schule zu Gunsten der Gemeindeschulen besteuert werden sollten, nicht der geringsten Beachtung, sie verlangte geradezu, daß die Errichtung confessioneller Schulen überhaupt nicht mehr gestattet werden sollte. Wo ist nun der Grund zu suchen, daß die Männer der heutigen Linken, die so gern an das Jahr 1848 erinnern, ihren Sitzen treuer geblieben als ihrer damaligen Ueberzeugung? Hat vielleicht das Bedürfniß nach confessionellen Schulen während der abgelaufenen zwei Decennien zu-, jenes nach Simultanschulen abgenommen? Oder macht etwa die Stellung, welche Ungarn seit dem erfolgten Ausgleich in der europäischen Staatenfamilie einnimmt, es ihm überflüssig, für die Bildung der gesammten Nation bis zu ihren niedersten Schichten herab und ohne Unterschied der Confession zu sorgen, und sollte diese staatliche Pflicht nicht vielmehr durch den Zuwachs an Macht und Einfluß erhöht worden sein? Und selbst wenn der streng confessionelle Standpunkt festgehalten wird, wie will v. Tisza es rechtfertigen, die Erhalter einer protestantischen Schule von der Unterstützung der Gemeindeschule zu befreien, da ja die Gemeindeschule eben dem Postulate der Gleichberechtigung der Confessionen nachkommt und wie sie an dem einen Ort dem Katholiken als neutrales Asyl dient, so wird sie es an einem andern dem Protestanten?*) Herr v. Tisza hat sich durch seine Angriffe gegen den Schulgesetzentwurf an der Freiheit, an der der Schule und des Gewissens, versündigt und büßt dafür in allen seinen weiteren Folgerungen hart genug.

So hat er einige seiner Hauptgesichtspunkte dahin angegeben: der Staat soll dort, wo die confessionelle Schule einer verhältnißmäßig geringen Aushilfssumme (etwa ¼ der Gesammtkosten) zu ihrer Erhaltung benöthigt, ihr diesen Beitrag gewähren: solche Schulen sollen dafür auch von Kindern anderer Confessionen besucht werden, unter denselben Bedingungen wie von den Kindern der die Schule erhaltenden Eltern, nur daß für ihren religiösen Unterricht die eigene Confession zu sorgen hat; welcher Einfluß auf diese Schulen der Confession gewahrt bleiben, welchen Rechtskreis die Staatsregierung

*) Hie und da hören wir gleichwohl, daß Baron Eötvös seinen Gegnern die Concession machen will, die Erhalter einer confessionellen Schule von der Besteuerung zu Gunsten der Gemeindeschule zu befreien. Um des lieben Friedens willen und um die hochwichtige Erledigung nicht weiter hinauszuschieben, mag der Cultusminister sich dazu herbeilassen — auf eine principielle Rechtfertigung darf diese Concession nimmer rechnen.

haben soll, wird nach Vernehmung der Confessionen und Sachverständiger festgestellt. Es ist das das einzige Positive, dem wir bis jetzt von Seite der Linken begegnet; um ihr gerecht zu werden, wollen wir es daher etwas näher ansehen. Riecht es nun nicht sogleich nach mittelalterlichem Moder, wenn Herr v. Tisza ganz ernst empfiehlt, der Staat solle den Kirchen zur Erhaltung confessioneller Schulen Geldbeiträge gewähren, gerade als lebten wir noch in den Zeiten, da die Klöster die einzigen Stätten der Bildung waren? Sehen wir dabei von den Knaak's und seinen nicht allzu spärlich gesäten protestantischen Collegen ganz ab, so muß ja Tisza's zu Gunsten der confessionellen Schule gestelltes Verlangen nothwendig auch den katholischen Schulen zugute kommen und wir hätten so die schöne Aussicht, Schulen vom Staat unterstützt zu sehen, die ihre geistige Richtung ausschließlich vom Primas erhielten, demselben Cardinal, der noch ganz vor Kurzem bei der Trauung des Fürsten Esterházy an den jungen Gemahl die mahnenden Worte gerichtet: den Fußtapfen seiner Ahnen zu folgen, „die nie ihr Knie vor den Forderungen der Zeit gebeugt!" Nein, der Staat mag und soll die Kirche und ihre Anhänger auf dem Gebiete der Volksschule gewähren lassen, das ist er ihrer autonomen Stellung schuldig; einer Schule aber Unterstützung geben, auf deren geistige Richtung ihm jeder Einfluß versagt ist, das wäre der Selbstverleugnung zu viel. Aber selbst wenn er's auch wollte, er könnte es nicht. In den meisten Gemeinden bestehen 2—3 confessionelle Schulen, deren große Mehrzahl der Staat, dem Wunsche T.'s gemäß, zu unterstützen hätte; anstatt daher, wie der ministerielle Entwurf empfiehlt, in solchen Gemeinden eine nicht-confessionelle Gemeindeschule aus den Mitteln der Gemeinde, und wo diese nicht hinreichen, aus solchen des Comitats und des Staats zu errichten, müßten alle bestehenden confessionellen Schulen und zwar vom Staat allein Geldunterstützung erhalten, denn von einer Besteuerung der Gemeindemitglieder kann wohl da nicht die Rede sein, wo es sich um eine confessionelle Schule handelt. Was soll man ferner davon halten, wenn T. meint, auch die Kinder anderer Confessionen sollten in die eine, vom Staat unterstützte confessionelle Schule gehen, also protestantische Kinder in die katholische und katholische Kinder in die protestantische? Von zweien eins: hat die confessionelle Schule ihren confessionellen Charakter, dann können wir Kindern anderer Confessionen nicht den Besuch derselben empfehlen; hat sie ihn nicht, wozu dann ihrer Erhaltung solche Opfer bringen? Wohl um in dieser Richtung eine Vermittlung anzubahnen, vielleicht auch um die vom Staat geforderte Selbstverleugnung ein wenig zu mildern, läßt T. in den letzten der von ihm angeführten Zeilen durchblicken, daß er den Einfluß der Confession auf diese Schulen nicht ganz ungekürzt gewahrt wissen will; nun, dann hätten wir neben den bestimmt confessionellen und nicht-confessionellen auch halb-con-

fessionelle Schulen, Zwitteranstalten, wie geschaffen, um die Conflicte zwischen Staat und Kirche permanent zu machen.

Gewiß waren alle diese Schwächen der Offensive auch den Angreifern selbst nicht unbekannt geblieben, und es mußte daher nach einem Schlagwort gesucht werden, geeignet diese Mängel zu verdecken. Man durfte nicht lange suchen: „Autonomie" lautet das Schlagwort aller Gegner des ministeriellen Unterrichts-Entwurfs, die Autonomie der Kirche ist in Gefahr, rief zuerst Tisza, rufen jetzt mit ihm im Chorus die Wortführer des Ultramontanismus. In Deutschland, an der Geburtsstätte des Protestantismus, wo neben dem Kampf um die Selbstständigkeit der Kirche im Staat der um die Unabhängigkeit der Schule von der Kirche einhergeht und die Ersten, die die Schule frei von jedem geistlichen Einfluß wissen wollen, im Geiste echten Liberalismus nicht nur, sondern zugleich in dem eines wahrhaften Protestantismus zu handeln glauben, wird man es schwer begreifen, wie bei uns eben die sich gerne „liberal" nennende Partei aus allen Kräften für den Fortbestand der confessionellen Schulen in die Schranken tritt und dem Staate, dem parlamentarischen Staate des 19. Jahrhunderts, der im Interesse seiner Bürger das Ueberwachungsrecht über sie in Anspruch nimmt, im Namen der protestantischen Kirche ein non possumus entgegensetzt. Mag sein, daß die Gewohnheit auch hier ihr Recht geübt. Seit der Periode des linzer und prager Friedens bis zu den letzten Kämpfen gegen das Thun'sche Patent involvirte das Festhalten an der Autonomie der protestantischen Kirche zugleich die Wahrung und Förderung der gesammten nationalen Freiheit und Civilisation und da könnte es denn dem reformirten Curator nachgesehen werden, wenn er, für die Strebungen seiner Kirche fanatisch eingenommen, sich eines gewaltigen Anachronismus schuldig macht und dort Gefahren erblickt, wo sie längst geschwunden; aber vom Führer der Linken durfte man jedenfalls ein richtigeres Erkennen erwarten und so wird man zur Annahme gedrängt, es sei eben die Oppositionssucht quand même, die diesmal Herrn v. Tisza geleitet; der Gegner des Ausgleichs-Ministeriums gönnt demselben den Ruhm nicht, dem Unterrichtswesen in Ungarn eine neue Aera zu eröffnen, und vergißt in der Hitze des Parteikampfs, daß die Waffen, deren er sich bedient, längst verrostet sind. Die Verlockung, an die Autonomie zu appelliren, lag allerdings für Herrn v. Tisza sehr nahe. Es ist der Linken gelungen, durch ihren den Ohren der großen Menge immer noch sympathischen Appell an die Comitats-Autonomie das Ministerium davon abzuhalten, eine unserer wichtigsten Existenzfragen, die Regulirung der Municipien, die Feststellung ihres administrativen, judiciellen und politischen Wirkungskreises, dem gegenwärtigen Reichstag zur Erledigung vorzulegen und so mochte sie mit einigem Recht hoffen, das Schlagwort

Autonomie werde auch die Unterrichtsfrage ad graecas calendas hinausſchieben. Einen weſentlichen Unterſchied überſah ſie jedoch dabei. In der Comitats-Angelegenheit iſt es dem Miniſterium ganz und gar unmöglich, der Autonomie in dem Sinne eine Conceſſion zu machen, wie ſie bisher von den Municipien geübt wurde; ſoll die Juſtiz den Anforderungen der Jetztzeit nachkommen, ſoll die Verantwortlichkeit des Miniſteriums zur Wahrheit werden, ſo muß der Cantönli-Wirthſchaft, der vielgerühmten Comitats-Souverainetät ein Ende gemacht werden; ohne das ganze parlamentariſche Leben in ſeinen wichtigſten Elementen zu gefährden, kann das Miniſterium hier keine Conceſſion machen und muß ruhig abwarten, bis die öffentliche Meinung über die populären Phraſen hinweg an den Kern der Frage geht und ihn erkennt. Ganz anders ſteht dagegen die Regierung der Volksſchulenfrage gegenüber. Die Autonomie, die der Eötvös'ſche Geſetzentwurf dabei der Gemeinde, der Confeſſion vindicirt, reicht bis an die äußerſten Grenzen und der ganze Lärm, den Herr v. Tisza im Namen der kirchlichen Autonomie erhebt, iſt Nichts als Scheinlärm. Wann immer die proteſtantiſche Kirche in den letzten Decennien zur Wahrung ihrer Autonomie das Wort ergriff, war es der Geſetzartikel 179$^{0}/_{1}$: 26, den ſie als ihr Palladium anrief. Derſelbe geſtattet nun den proteſtantiſchen Gemeinden die Errichtung von Schulen und Sammlungen von Beiträgen für ſie, ſtellt ihnen die Wahl und Anzahl der Lehrer, ſowie die Beſtimmung über die Reihenfolge der Lehrgegenſtände und die Art in der ſie zum Vortrag gelangen ſollen anheim: lauter Dinge, hinſichtlich deren auch der gegenwärtige Geſetzentwurf den Gemeinden und Confeſſionen den freieſten Spielraum läßt; es wäre denn, daß man es für eine Beſchränkung derſelben anſieht, wenn zugleich ein Minimum der Lehrgegenſtände als Norm aufgeſtellt und verlangt wird, daß die Lehrer ihre Befähigung zum Unterricht nachweiſen. Ja, Eötvös hat der Autonomie ſogar noch weitere Grenzen gezogen, als es der angeführte Geſetzartikel thut. Dieſer beſtimmt nämlich, daß „auf die Unterbreitung der Stände das durch Se. Majeſtät feſtzuſtellende Unterrichtsſyſtem auch auf dieſe (proteſtantiſchen) Schulen ausgedehnt werden kann", eine Begrenzung der Autonomie, von der der miniſterielle Geſetzentwurf Nichts weiß, ein beredtes Schweigen, das allein jedem Unbefangenen die Ueberzeugung verſchaffen muß, wie ſehr gerade unſerem Cultusminiſter bei der Schaffung ſeines Entwurfs das Ideal der Autonomie vorgeſchwebt.

Aber, klagen die Gegner, der Miniſter behält ſich das Recht vor, auf Empfehlung des Comitats-Schulraths die Schule ſchließen zu laſſen; liegt hierin nicht eine Verletzung der Autonomie? Man ſollte meinen, wer mit dem Geſetzartikel 179$^{0}/_{1}$: 26 Sr. Majeſtät die Ausübung des Ueberwachungsrechts durch die geſetzlichen Behörden zuerkennt, der müſſe als nothwendiges

Corollar der Regierung auch das Recht vindiciren, die Schule zu schließen, wenn sie ihrem Zweck nicht entspricht; oder soll der Comitatsschulinspector nur immer mahnen, ohne je dem Uebelstande effectiv zu steuern? Die Bürgschaft hingegen dafür, daß mit der Schließung nur im äußersten Fall vorgegangen werden soll, liegt wohl darin, daß ja im Schulrath der Lehrkörper, die Geistlichkeit und die Comitatsrepräsentanz ihre Vertreter haben, daß schließlich der Minister jedesmal im Unterhause zur Verantwortung gezogen werden kann. Auf der anderen Seite wird der Herr Curator v. Tisza aus vielfacher eigner Erfahrung wissen, daß auch der protestantischen Schule eine energische Hand Noth thut. Vor zehn Jahren schon haben die evangelischen und reformirten Kirchendistricte einen eignen Lehrplan ausgearbeitet, der mit denen in der Schweiz und in Deutschland wetteifern kann; aber bis auf den heutigen Tag sehen wir ihn kaum in dem sechsten Theil der Schulen eingeführt. Wie viele Schulen kennen wir ferner, in denen der Schullehrer 200 Schüler unter sich hat und dabei noch als Dorfnotar beschäftigt ist; wie viele, in denen nur vier Monate Unterricht ertheilt, in denen außer Lesen und Schreiben Nichts gelehrt wird. Ja, im debrecziner Reformirten-District, der nicht weniger als 700,000 Seelen zählt, bestehen zwei vierclassige Gymnasien, deren gesammter Lehrkörper aus je einem Professor besteht! Und solchen Zuständen gegenüber will man das Oberaufsichtsrecht der Regierung lahm legen? Sollte übrigens zur vollkommenen Wahrung der Autonomie verlangt werden, daß die der Schließung der Schule vorausgehenden Warnungen unter Berücksichtigung der protestantischen Kirchenbehörde auszugehen haben, so dürfte der Cultusminister kaum etwas dagegen einwenden.

Wiederholt wird von Tisza und seinen Anhängern hervorgehoben, daß die Lage des Protestantismus dem Katholicismus gegenüber und der Einfluß des katholischen Clerus noch immer solche seien, die der protestantischen Kirche Vorsicht und Wachsamkeit nach allen Richtungen hin zur strengen Pflicht machten; noch sei der Katholicismus im Besitze vieler Vorrechte, denen gegenüber der Protestantismus seine Defensivstellung nicht aufgeben darf und welche zu behaupten die Jugend in der Schule die nöthige Anregung erhält; insbesondere sei die katholische Kirche durch reiche Fundationen begünstigt und werde daher leichter auch ohne Unterstützung Seitens ihrer Gläubigen und des Staats und ohne jedes Schulgeld ihre confessionellen Schulen gebührend investiren können, um ihnen die Schmach der Schließung zu ersparen und ebenso die Concurrenz mit den Gemeindeschulen zu ermöglichen, als dies die protestantische Kirche vermag. Liegt es nun fern von uns, die Dringlichkeit eines interconfessionellen Gesetzes, das die papierne Gleichberechtigung der Confessionen zur vollen Wahrheit machte, wegzuleugnen, so ist es doch für Jedermann klar, daß autonom, wie die protestantische Schule durch den

Geſetzentwurf geſtellt wird, ſie von keinerlei in der Regierung etwa ſich geltend machenden clericalen Einflüſſen berührt werden kann. Ebenſo übertrieben iſt die vorgebliche Angſt, die proteſtantiſchen Schulen würden hinter den katholiſchen zurückbleiben; das war nie der Fall und kann es nie ſein, und daß Herr v. Tisza zu einer ſolchen Waffe greifen muß, beweiſt nur, wie wenig haltbar ihm ſelbſt diesmal ſeine Sache erſcheint. Wenn ſchließlich der proteſtantiſche Glaubenseifer betont wird, den die Jugend aus dem Schulunterricht ſchöpfen ſoll, ſo möchte ich dagegen mit einem unſerer hervorragendſten proteſtantiſchen Publiciſten bemerken: „durch die Idee der Gemeindeſchule wird wenigſtens der Anfang dazu gemacht, von den Schultern unſerer Kirche endlich eine Laſt zu nehmen, die ihr als Kirche eigentlich nicht zukommt und die ſie bis jetzt bedauerlich genug daran gehindert hat, ihre ganze Kraft dem Erblühen ihres inneren Glaubenslebens, der Errichtung wohlthätiger Anſtalten zuzuwenden.“ Ja, der Führer unſerer Linken mag ſich dagegen wehren ſo viel er will, es bleibt doch wahr: die confeſſionelle Schule diente den Proteſtanten in vergangenen Tagen als Schutzmauer, unter den gegenwärtigen ſtaatlichen und kirchlichen Verhältniſſen hat ſie nur mehr die Bedeutung einer chineſiſchen Mauer. Das iſt ſo wahr, daß unter den Vertrauensmännern, die auf Empfehlung der Kirchenobern von der das Schulgeſetz berathenden Reichstagscommiſſion zum Abgeben ihrer Voten eingeladen wurden, die proteſtantiſchen Geiſtlichen nur theilweiſe, die katholiſchen dagegen insgeſammt für Tisza's Anſicht geſtimmt haben, eine Thatſache, die wohl am beſten Herr v. Tisza darüber belehren könnte, wie wenig Hoffnung die katholiſche Kirche hat, durch das Eötvös'ſche Schulgeſetz ein Uebergewicht über die proteſtantiſche Kirche zu gewinnen.

Vollends fällt Herr v. Tisza aus der Rolle eines Führers der Linken, wenn er ſtets von Neuem frägt, woher der Cultusminiſter die Millionen nehmen wird, die ſein Reformationsplan in Anſpruch nimmt. Ganz abgeſehen davon, daß die von Tisza gewünſchte Unterſtützung der confeſſionellen Schulen von Seite des Staats keine beſondere Schonung des Staatsſäckels verräth, ſo darf es ſicher als ſeltene Erſcheinung im parlamentariſchen Leben verzeichnet werden, daß im Unterhauſe dem Miniſterium vorgeworfen wird, es verlange zu viel für den Unterricht und daß dieſer Vorwurf von den angeblich fortgeſchrittenen Liberalen ausgeht. Baron Eötvös feiert da einen Triumph, auf den er zwar lieber verzichtet hätte, den ihm aber die vaterländiſche Geſchichte gewiß zum größten Ruhm anrechnen wird. Dem ruhigen klaren Denker, der ſeit Decennien über den Unterrichtsplan mit ſich zu Rathe geht, wird entgegengehalten, daß er die Frage überſtürzt, ſich Illuſionen hingibt und mit ſeinen idealen Anſichten Beſtehendes niederreißt ehe er Neues aufbaut, wird ihm von Solchen entgegengehalten, deren Politik ſeit

Jahren bekanntlich nach unerreichbaren Zielen strebt. Und welcher Art sind die Berechnungen, mit denen Herr v. Tisza dem Gesetzentwurf entgegentritt? Von den 14,000 confessionellen Schulen, die Ungarn jetzt besitzt, beginnt er seinen Calcül, werden nach Annahme des Gesetzentwurfs 4000 (sic) in Function bleiben, und dieser an Ungeheuerlichkeit ihres Gleichen suchenden Voraussetzung schließt Herr von Tisza die consequente Folgerung an, daß Baron Eötvös jährlich 6 Millionen Gulden benöthigen werde, um nur die bisherige Anzahl an Volksschulen zu erhalten, während er doch auch in mehreren Tausenden Gemeinden, die bis jetzt ohne Schule sind, solche errichten müßte. Nun, Baron Eötvös mag gegen das Compliment, das ihm zumuthet, er werde in demselben Moment 10,000 bereits bestehende Schulen schließen, in welchem er, auch wenn diese in Thätigkeit gelassen werden, 7000 neue zu errichten hat, in dem Compliment Trost suchen, das der Herr Curator damit zugleich den eignen Schulen macht, deren Schließung er voraussetzt, weil der Cultusminister von ihnen Leistungen verlangt, welche selbst von den Lehrern, die vor der Reichstagscommission ihr Votum abgegeben, als ein Minimum erklärt werden. Baron Eötvös hat keinen Anspruch auf eine gerechtere Behandlung von Seite des Herrn v. Tisza als die protestantischen Schulen und mag es der Oppositionssucht des politischen Parteiführers zuschreiben, wenn der Herr Curator sich so arg versündigt.

Einen wesentlichen Dienst hat indeß Herr v. Tisza jedenfalls der Unterrichtsfrage geleistet. Seine fortgesetzten Angriffe gegen den Gesetzentwurf haben das Interesse der öffentlichen Meinung für die Frage erhöht und zugleich den Freunden des Entwurfs den erwünschten Anlaß geboten, sie nach allen Seiten hin zu beleuchten. Die Discussion in den Organen der Presse hat so jener im Reichstagssaale gehörig vorgearbeitet und läßt an einer günstigen Erledigung nicht länger zweifeln. Der Genius der Nation wird es nicht zugeben, daß mittelalterliche Kircheninteressen den Sieg davon tragen über eines der ersten Postulate der heutigen staatlichen Gesellschaft, den freien, durch keinerlei confessionellen Einfluß getrübten Unterricht. Mag darum die Kirche ihre Schulen forterhalten, so lange sie es kann; an den ungarischen Staat tritt die Forderung heran, durch Gründung, Hebung und Vermehrung von Gemeindeschulen jenem Postulate nachzukommen, und er wird ihm nachkommen.*)

*) „Seitdem ich Ihnen vor 14 Tagen meinen Artikel über den Eötvös'schen Gesetzentwurf zugesendet" — schreibt uns der Verfasser des obigen Aufsatzes unter neuestem Datum — „haben sich die Dinge wesentlich geändert. Herr v. T. besteht nicht länger auf die Unterstützung der confessionellen Schule durch den Staat; der Umstand insbesondere, daß gerade die clericalfeudalen Organe Wiens, „Volksfreund" und „Vaterland", sein Verlangen aufs Wärmste vertheidigten, mußte ihn stutzig machen und zugleich besorgen lassen, daß weder seine Glaubensgenossen, noch seine politische Partei ihn diesmal unterstützen werden. Allem Anschein nach wird daher der ministerielle Entwurf schon in der nächsten Woche ohne wesentliche Opposition die Zustimmung des Unterhauses erhalten." — D. Red.

Literatur.

Annalen des norddeutſchen Bundes und des deutſchen Zollvereins von Dr. Georg Hirth (Berlin bei Stilke und v. Muyden).

Der Verfaſſer, der uns durch ſeine Parlaments- und Reichstags-Almanache ſchon früher als umſichtiger und gewiſſenhafter Sammler bekannt geworden, hat in dem vorliegenden Werke ein verdienſtvolles Unternehmen begründet, welches auf Zuſammenfaſſung alles legislativen, ſtatiſtiſchen und adminiſtrativen Materials des norddeutſchen Bundes und des Zollvereins abſieht. Von den acht Heften, welche den erſten, das J. 1868 betreffenden Theil umfaſſen ſollen, ſind fünf bereits erſchienen. Der Bericht der Bundesrathsausſchüſſe über den Vertrag vom 8. Juli 1867 eröffnet die Zahl der Publicationen des erſten Hefts, indem er zugleich als hiſtoriſche Einleitung über die Ereigniſſe dient, welche zu der gegenwärtigen Geſtaltung der vaterländiſchen Verhältniſſe führten; dann folgt der Vertrag ſelbſt und ihm werden die übrigen für den Zollverein gültigen Geſetze und Beſtimmungen angereiht. Das zweite Heft enthält u. A. die auf die Reform des Zolltarifs und der Zollprocedur bezüglichen Actenſtücke und Verhandlungen. Aus dem Inhalt der letzten Hefte ſind beſonders namhaft zu machen die Geſetze über die Tabak- und die Branntweinſteuer. Einen beſonderen Werth erhalten die „Annalen“ durch die den Mittheilungen über die neuen Bundesgeſetze beigegebenen ſtatiſtiſchen Ueberſichten über Bevölkerungsverhältniſſe, Zolleinnahmen u. ſ. w. des Bundes und die Vergleiche mit analogen Verhältniſſen anderer Staaten. Da dem Herausgeber durchaus zuverläſſiges, zum großen Theile officielles Material zu Gebote ſteht, läßt ſich dem Fortgang und der Verbreitung dieſes auf die Befriedigung eines entſchieden praktiſchen Bedürfniſſes gerichteten Unternehmens ein durchaus günſtiges Horoskop ſtellen.

Ein den Annalen verwandtes Unternehmen iſt „Das Archiv des norddeutſchen Bundes und des Zollvereins“. Ein Jahrbuch für Staats-, Verwaltungsrecht und Diplomatie des norddeutſchen Bundes von Dr. A. Koller (Berlin, Verlag von Fr. Kortenkamp).

Außer einer Sammlung ſämmtlicher auf die innere Politik und die Verwaltung des norddeutſchen Bundes bezüglichen Actenſtücke enthält dieſes Jahrbuch noch eine ſyſtematiſch geordnete Sammlung aller auf die Verhältniſſe des Bundes und Zollvereins bezüglichen diplomatiſchen Verhandlungen und Actenſtücke; die dritte Abtheilung Material zu vergleichender Geſetzes- und Verfaſſungskunde.

Die uns vorliegenden fünf erſten Hefte enthalten eine ausführliche Darſtellung des Gangs der Verhandlungen der erſten Seſſion des norddeutſchen Reichstages, die Wahlgeſetze der vier ſüddeutſchen Staaten zum Zollparlament, ſämmtliche noch nicht veröffentlichte Actenſtücke zur luxemburger Angelegenheit u. ſ. w. Beſonders ſchätzenswerth iſt der detaillirte Bericht über die norddeutſche Militärorganiſation in allen ihren Theilen; den einzelnen Abſchnitten iſt die Mittheilung der wichtigſten, auf ſie bezüglichen parlamentariſchen Verhandlungen, der geſtellten Amendements, Erklärungen der Miniſter u. ſ. w. beigegeben. Das Gleiche gilt für die Abſchnitte über das Steuer- und Zollweſen, die Poſtverwaltung u. ſ. w.; auch hier ſind

sämmtliche auf die betreffenden Gesetze und Voranschläge bezüglichen Anträge, Reden u. s. w. ihrem Hauptinhalt nach mitgetheilt. — Stofflich ist das reiche Material dieses Werkes, welches eine wesentlich erweiterte Fortsetzung des Glas'schen Archives bildet, so geordnet, daß jede der drei erwähnten Abtheilungen, — Gesetze und Verordnungen, diplomatische Aktenstücke und Sammlung von Verfassungen und Gesetzen fremder Staaten, welche der Analogie wegen von Wichtigkeit sind — ein selbstständiges Ganze bildet, dem ein Sachregister beigegeben ist. Der Werth, den ein Unternehmen dieser Art namentlich für praktische Politiker hat, liegt zu sehr auf der Hand, um besonderen Nachweises zu bedürfen. Als besonders glücklich erscheint uns der Gedanke, der Publication des neuen Bundesgesetzes eine Reihe Mittheilungen aus den analogen Verfassungs- und Legislationsbranchen anderer Staaten, namentlich Frankreichs, Belgiens und Englands folgen zu lassen. Wir fügen noch hinzu, daß dieses Jahrbuch in acht, von sechs zu sechs Wochen erscheinenden Heften herausgegeben wird und daß je acht Hefte sich zu einem Bande abschließen.

Geschichte der Jahre 1860 bis 1867 von Eduard Arnd. Zwei Bände (Leipzig. Duncker und Humblot).

Die Umgestaltung, welche das europäische Staatsleben in den letzten zehn Jahren erfahren, ist eine so vollständige gewesen, daß sich das Bedürfniß nach einer zusammenfassenden Darstellung der Ereignisse seit dem italienischen Kriege von 1859 schon seit längerer Zeit geltend gemacht hat.

Unter den verschiedenen zu diesem Zweck erfolgten Publicationen dürfte das vorstehende von Ed. Arnd herausgegebene Buch an erster Stelle zu nennen sein, weil die Darstellungen desselben sich nicht, wie es bei ähnlichen Werken der Fall ist, hauptsächlich auf Deutschland und dessen Beziehungen zu den übrigen europäischen Staaten beschränken, sondern zugleich die außereuropäischen Länder umfassen und dadurch ein Gesammtbild der Weltlage seit den letzten acht Jahren ermöglichen.

Während der erste Band Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland, England u. s. w. ausführlich behandelt und ebenso auf die inneren und die auswärtigen Verhältnisse dieser Staaten eingeht, hat der vor Kurzem erschienene zweite Band ausschließlich die Zustände Asiens und Amerikas zum Gegenstande. Es sind nicht nur der nordamerikanische Bürgerkrieg und die Vorgänge in Mexico eingehend und auf Grund zuverlässiger Quellenwerke berücksichtigt, sondern auch jenen inneren und äußeren Händeln der südamerikanischen Republiken, welche von Zeit zu Zeit in den Zeitungen auftauchen, ohne irgendwo ihrem Wesen nach gekannt zu sein, besondere Abschnitte gewidmet. Dem zweiten Bande ist ein Namen- und Sachregister beigegeben, welches die Uebersicht wesentlich erleichtert. Die nationale und patriotische Gesinnung, welche der Verfasser in dem ersten Theil seines Werkes zu bethätigen Gelegenheit gehabt hat, und die Gründlichkeit und Sachkenntniß, von welcher die Ueberwindung der stofflichen Schwierigkeiten des zweiten Bandes Zeugniß ablegt, machen dieses Werk empfehlenswerth.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**

Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 47.

Ausgegeben am 20. November 1868.

Inhalt:

Die Selbstverwaltung in Hannover . . . . . Seite 281
Das Gefängnißwesen in Preußen 289
Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen: 5. Sträflingsleben in Sibirien 298
Die Nordpolfahrt 312
Baumgartens Geschichte Spaniens 1820—1825 316

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.
Literarische Beilage von Dietrich Reimer in Berlin.
Literarische Beilage von R. L. Friderichs in Elberfeld.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Die Selbstverwaltung in Hannover.

✕ Als die Frage über Bewilligung oder Nichtbewilligung des hannoverschen Provincialfonds während des vorigen Winters im preußischen Landtag zum Austrag kam, ließ sich unschwer voraussehen, daß die bezügliche Entscheidung zu Consequenzen von weittragendster Bedeutung führen werde. Für die Mehrzahl der Zeugen jenes denkwürdigen Vorgangs culminirte das Interesse an demselben in dem Versprechen des Ministeriums, demnächst Gesetzentwürfe für Decentralisation der Verwaltung und Begründung provincieller Selfgovernments in allen Theilen der preußischen Monarchie einzubringen und dadurch den alten Provinzen die Möglichkeit zu bieten, der der neuen Provinz Hannover eingeräumten Vortheile theilhaft zu werden.

Wir haben dem Beschluß, der der Provinz Hannover die Fortdauer eines gewissen Maßes von Selbstbestimmung einräumte, von Hause aus eine andere und in gewissem Sinne höhere Bedeutung zugemessen. So lebhaft unsere Wünsche für Verwirklichung des ministeriellen Versprechens auch waren — wir mußten uns sagen, daß eine Umgestaltung von dem Umfang und Gewicht der in Rede stehenden überhaupt nicht im Handumdrehen bewerkstelligt werden könne, und zumal nicht in einem Staat von so entschieden bureaukratischem Gefüge wie dem preußischen und unter einem Ministerium, dessen innere Politik zu der der Volksvertretung in nahezu unvermitteltem Gegensatz steht. Wo wirkliche Selbstverwaltung besteht, ist dieselbe nirgend durch ein oder ein Paar liberale Gesetze geschaffen worden, sondern immer nur das Resultat einer weitschichtigen historischen Entwickelung gewesen, die in der Regel zum Abschluß gelangt war bevor ihre Träger den bloßen Instinct, dem sie gefolgt waren, gegen ein von Principien geläutertes Programm vertauscht hatten. Der Beruf unserer Zeit und des preußischen Staats zu einer Umgestaltung, die zugleich eine veränderte Auffassung des gesammten Staatsbegriffes und die Störung aller politischen Gewohnheiten einer großen und hochciviliſirten Nation involvirte, schien uns so zweifelhaft, daß wir den guten Glauben Derer, die der künftigen preußischen Selbstverwaltung zu Liebe die halbe Million Thaler bewilligten, absolut nicht theilen konnten.

Die Bewilligung des hannoverschen Provincialfonds war uns darum nicht minder werth und wichtig. Wir begrüßten sie als eine Bürgschaft dafür, daß den von Preußen annectirten Ländern die Möglichkeit geboten

oder vielmehr gelaſſen werden würde, von den Einrichtungen, Gewohnheiten und „Eigenthümlichkeiten“, in die ſie ſich einmal hineingelebt hatten, alles das zu bewahren, was der Aufbewahrung fähig und mit der nothwendigen Staatseinheit vereinbar war. Uns ſchien die Stellung der neuen Provinzen zum altpreußiſchen Staat — ſchon bevor jene Frage auftauchte — für die Richtung präjudicirlich zu ſein, in welcher an der Löſung der deutſchen Frage überhaupt fortgearbeitet werden ſollte. Aſſimilirt, nicht über den hergebrachten alten Leiſten geſchlagen mußten die im J. 1866 eroberten Provinzen werden, wenn der preußiſche Staat durch ihre Einſchmelzung eine erhöhte Fähigkeit zur Erfüllung ſeiner deutſchen Aufgabe gewinnen ſollte. Durch das, was im particulariſtiſchen Lager „Verpreußung“ genannt wird, konnte weder dem preußiſchen Staat der Gegenwart, noch jenem preußiſch-deutſchen Staat gedient werden, zu welchem das J. 1866 den Grundſtein gelegt hat. Die Gefahr, daß der Spielraum, den man den Gewohnheiten und Provincialtraditionen der neuen Landestheile ließ, zu weit geſteckt werde und die Staatseinheit gefährde, war von vorn herein ausgeſchloſſen; der bureaukratiſche Charakter des berliner Regierungsapparats, der weſentlich centraliſtiſche Zug der Zeit, die für die Gebildeten allmächtige „moderne Staatsidee“ — das ließ ſich mit Gewißheit vorausſehen — mußten dafür ſorgen, daß dieſe Bäume nicht in den Himmel wuchſen. Die größere Gefahr war offenbar die einer wohl oder übel gemeinten Uniformirung, die die moraliſche „Verpreußung“ der Heſſen, Hannoveraner u. ſ. w. nur erſchwert und zugleich dazu beigetragen hätte, die ſüße Gewohnheit bureaukratiſchen Herkommens in allen Theilen der Monarchie zu verewigen.

In den maßgebenden liberalen Kreiſen Preußens wurde die Sache von vorn herein anders angeſehen: man dachte nicht ſowohl an die den neuen Mitbürgern lieb gewordenen alten Gewohnheiten, als an das lang gefühlte Reformbedürfniß am eigenen Heerde. Die Nothwendigkeit einer Reorganiſation der Verwaltung der neuen Provinzen wurde vorzugsweiſe unter dem Geſichtspunkt der günſtigen Gelegenheit betrachtet, welche ſie zu einer Neugeſtaltung der Kreis- und Provincialverfaſſung in den alten Provinzen und damit im geſammten Staate bot. Wir wollen unerörtert laſſen, ob dieſe Auffaſſung der betreffenden Frage gerecht wurde oder ob ſie an dem Punkt, um den es ſich hier handelt, vorüberging — genug, daß ihre Verwirklichung an den ein Mal gegebenen Thatſachen ſcheiterte. Mit der Einfügung der neuen Provinzen in den preußiſchen Staat ließ ſich nicht lange ſackeln, für die gewünſchte Reorganiſation an Haupt und Gliedern fehlte es aber an den nöthigen Vorarbeiten und die berufenſten Stimmen verſicherten, nach den bisher gemachten Erfahrungen ſei an eine Erledigung auch innerhalb der nächſten Jahre nicht zu denken. Das war entſcheidend. Am 22. Auguſt 1867, noch vor

Ablauf der königl. Dictatur, erschien die Verordnung wegen der provincialständischen Verordnung des ehemaligen Königreichs Hannover', durch welche einmal die ehemals hannoverschen Lande als Individualität anerkannt und gleichzeitig die Träume Derer gestört wurden, welche Hannover die künftige Provincialordnung zugedacht hatten, welche für alle Provinzen, die alten wie die neuen, noch ausgearbeitet werden sollte. Schon vorher hatte der Lärm wegen Einziehung des hessischen Staatsschatzes bewiesen, daß selbst die nationalen Politiker der neuen Provinzen einen Nachdruck auf die Erhaltung gewisser alter Provincialeinrichtungen legten, der wunderbar mit der souverainen Gleichgiltigkeit contrastirte, mit welcher altpreußische Liberale und Demokraten Alles behandelten, was nicht in die Schablone des modernen liberalen Staats paßte. Dann trat der Landtag zusammen und begann eine Reihe von Debatten, welche zu Nichts als zu jenen „Provisorien" für die neuen Provinzen führte, mit welchen man sich beim Mangel von Definitivis zufrieden geben mußte. Noch bevor die verschiedenen Parteien Zeit gehabt hatten, sich über ihre Stellung zu dem Maß der den neuen Provinzen zu bewilligenden Selbstbestimmung klar zu werden, wurde dann dem Landtage im Februar d. J. das Gesetz wegen des hannoverschen Provincialfonds vorgelegt und durch dessen Annahme — wie wir die Sache auffassen — principiell entschieden, daß sich die Organisation der neuen Provinzen nicht sowohl an das Reformbedürfniß der alten Länder, als an die speciellen Wünsche, Gewohnheiten und Eigenthümlichkeiten ihrer Bewohner anzuschließen habe.

Daß man in Altpreußen bei Conservativen wie bei Liberalen einer abweichenden Meinung gehuldigt hat und nicht sowohl dem Selbstbestimmungs- und Individualisirungsbedürfniß der annectirten Provinzen Concessionen gemacht haben wollte, als dem Wunsch nach einer allgemeinen und womöglich uniformen Umgestaltung der preußischen Provincial- und Kreisverfassung überhaupt, hat sich inzwischen mit genügender Deutlichkeit gezeigt. Nicht nur, daß das zwischen dem Ministerium des Innern und dem hannoverschen Provinciallandtag vereinbarte Statut in liberalen Kreisen ziemlich ungünstig aufgenommen worden ist: man hat in der Presse die — jetzt vollendete — Thatsache, daß jenes Statut einseitig zwischen der Regierung und den hannoverschen Ständen vereinbart, als bloße Gesetzesausführung mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 1. November bestätigt und dadurch der Prüfung durch den Landtag entzogen worden ist, einer ziemlich scharfen Kritik unterzogen und die rechtliche Giltigkeit des beliebten Verfahrens, wenn nicht direct geleugnet, so doch in Zweifel gezogen. Man wird kaum irre gehen, wenn man diese Art der Beurtheilung als die für den altpreußischen Liberalismus überhaupt typische ansieht.

Wie wir die Dinge ansehen, ist das Verfahren der Regierung im vor-

liegenden Falle nicht nur innerhalb der Schranken der Verfassung geblieben, sondern auch das politisch allein rathsame gewesen. Möglich, daß es dem Grafen zu Eulenburg wesentlich nur darum zu thun gewesen, den Landtag zu umgehen und geheimräthlichen Wünschen nach möglichster Vermeidung aller Berührungen mit der Volksvertretung Rechnung zu tragen: materiell ist sein Verfahren das richtige gewesen und die formelle Anfechtbarkeit desselben scheint uns zur Zeit noch nicht nachgewiesen, auch schwer nachweisbar zu sein. Eine richtige Auslegung dessen, was nach § 45 der preußischen Verfassung unter „zur Ausführung nothwendigen Verordnungen" zu verstehen ist, dürfte zufolge der knappen Fassung des betreffenden § kaum anders als an der Hand der bisherigen preußischen Praxis möglich sein; und daß diese zu widerspruchsvoll ist, um eine über allen Zweifel erhabene Interpretation zuzulassen, wird kaum zweifelhaft sein. Uns genügt die Ueberzeugung, daß das von der Regierung eingeschlagene Verfahren mit der Verfassung in Einklang gebracht werden kann, zu dem Verzicht auf alle weiteren Auseinandersetzungen über den Rechtspunkt; eine entgegenstehende Bestimmung der Verfassung würde von uns nicht anders als mit lebhaftem Bedauern angesehen worden sein — denn durch eine solche würde nicht nur jede gedeihliche Entwickelung der Selbstverwaltung erschwert, sondern zugleich die Möglichkeit ausgesprochen worden sein, den neuen Provinzen Preußens die Behandlung zu Theil werden zu lassen, welche zu einer glücklichen Lösung dessen, was von deutscher Frage übrig geblieben, unumgänglich nothwendig erscheint. — Soll die Gewöhnung an Selbstverwaltung sich in dem Volke wirklich befestigen, so wird nämlich vor Allem nothwendig sein, daß den einzelnen landschaftlichen Gruppen, in welche dasselbe zerfällt, die Möglichkeit geboten werde, diese Selbstverwaltung nach ihren speciellen Wünschen, Bedürfnissen und Gewohnheiten zu regeln. Die Mannigfaltigkeit der Verhältnisse, welche in den verschiedenen Theilen der Monarchie obwaltet, macht den Verzicht auf eine Uniformität in den bezüglichen Einrichtungen von vorn herein zur nothwendigen Vorbedingung. Jene „Einheit der Gesetzgebung" welche ein Theil unserer Presse bereits dadurch gefährdet glaubt, daß den hannoverschen Provincialständen das Recht eingeräumt worden, sich mit dem Minister des Innern über das Statut ihrer Provincialverwaltung zu verständigen, ist unserer Meinung nach mit den Forderungen, welche an eine wirklich lebendige Selbstverwaltung zu stellen sind, unvereinbar. Für den hannoverschen Provinciallandtag kam es in erster Reihe darauf an, sich mit der neuen Organisation möglichst eng an die thatsächlichen Verhältnisse, oder richtiger gesagt, an die Anschauungen anzuschließen, welche in Hannover über dieselben herrschend sind. Nicht das beste und theoretisch richtigste System der Selbstverwaltung sollte geschaffen werden, sondern ein solches, für dessen

Durchführung auf möglichstes Zuvorkommen der örtlichen Bevölkerung gerechnet werden konnte. Hält man fest, daß es sich in diesen neugeschaffenen Organen nicht um die Entscheidung politischer Fragen, sondern um den Verwaltungsmodus einer Anzahl öffentlicher Anstalten und Einrichtungen handelt, an denen die politisch urtheilslose und indifferente Masse ebenso lebhaft interessirt ist, wie die politische Intelligenz, und zieht man ferner in Betracht, daß die Gewohnheit an Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von einer bevormundenden Bureaukratie erst geweckt, die Theilnahme des Volkes so zu sagen erst gereizt werden muß, so wird man sich der Erwägung nicht entziehen können, daß das Hauptkriterium der neugeschaffenen Institutionen der Anklang sein mußte, den dieselben innerhalb Landes fanden. Eine Ueberweisung des bezüglichen Regulativs an den preußischen Landtag hätte aber zweifellos die Beurtheilung nach durchaus abweichenden Gesichtspunkten zur unausbleiblichen Folge gehabt. Bei dem Einfluß, den wissenschaftliche Doctrinen noch gegenwärtig auf die Mehrzahl unserer Politiker ausüben, wäre unausbleiblich gewesen, daß die hannoverschen Vorschläge an dem Maßstabe des „besten" Systems der Selbstverwaltung, mindestens des für Altpreußen besten und wünschenswerthesten Systems bemessen worden wären, ohne jede Rücksicht darauf, wie es um die Wünsche und Ansichten der Hannoveraner bestellt ist, denen die praktische Durchführung dieses Versuchs zur Selbstbestimmung thatsächlich anheimgegeben ist: der Gegensatz, in welchem die Anschauungen der Vertreter des idealen Volksbegriffes häufig genug zu den Meinungen der realen Volksmasse stehen, hätte sich auf einem Gebiet bethätigt, auf welchem sich ohne den guten Willen der letzteren einmal Nichts ausrichten läßt.

Daß die Hannoveraner ein System der Selbstverwaltung erhalten haben, wie sie es selbst wollten und mit dem durchzukommen für sie Ehrensache sein wird, scheint uns die Hauptsache zu sein, denn dadurch allein werden wirkliche Chancen für einen Erfolg und für Anspannung aller Kräfte zur Erzielung dieses Erfolgs geboten. Ein Verfahren, welches die jungen Keime dieser Selbstverwaltung der chemischen Analyse durch die Retorten des berliner Landtags unterzöge, würde ihrer Triebkraft sicher nicht zu Gute kommen und die Vortheile, welche sich von etwaigen wirklichen „Verbesserungen" erwarten ließen, reichlich aufgewogen werden durch die angebliche „Verschlechterung", welche das Regulativ in den Augen der Leute erfahren hätte, die sich mit demselben durchzukommen getrauten und in der That das Hauptinteresse daran haben, gut bedient zu sein. Der gute Glaube und die Freudigkeit der Betheiligten scheinen uns wichtigere Bedingungen für eine glückliche Entwickelung zu sein, als alle denkbaren theoretischen Vorzüge eines Selbstverwaltungs-Regulativs. Diesen guten Glauben und guten Willen wird man aber nur erzielen, wo man der localen Bevölkerung die Möglich-

keit bietet, nach ihrer landschaftlichen Façon zu hantieren, wo es sich um blos landschaftliche Interessen handelt.

Es ist sicher mehr wie ein Zufall gewesen, daß die bewährten und patriotischen Führer der nationalliberalen Partei in Hannover, v. Bennigsen und Miquel, Männer, an deren nationaler und constitutioneller Gesinnung jeder Zweifel ausgeschlossen ist, nicht nur dem Regulativ, wie es von den hannoverschen Provincialständen beliebt worden, ihre Zustimmung ertheilt haben, sondern zugleich zufrieden gewesen sind, die staatliche Sanction desselben auf dem Verordnungswege zu erhalten; mindestens ist aus ihrer Mitte keine Stimme laut geworden, welche nach Ueberweisung des Regulativs an den Landtag der Monarchie verlangt hätte.

Daß die Mitwirkung der Kammern zum Zustandekommen dieses Regulativs nicht gesetzlich nothwendig war, ist darum, wie wir annehmen, auch von Denen, die die preußische Sache in Hannover auf ihren Schultern tragen, als ein glücklicher Umstand begrüßt worden. Mußten sie sich doch gleichzeitig sagen, daß die den Hannoveranern gelassene Freiheit, auf einem ungefährlichen Gebiet ihre „Eigenthümlichkeit" und „Besonderheit" zu bethätigen, der preußischen Sache bei tausend anderen wichtigeren und wirklich politischen Fragen reichlich zu Gute kommen werde. Einheit der Gesetzgebung und der Staatsinstitutionen werden überall da am besten und sichersten gewährleistet sein, wo sie sich auf die Gebiete beschränken, welche wirklich staatlicher Natur sind; soll diese Einheit aber in allen Details des Communallebens und der localen Administration durchgeführt werden, so verliert sie ihre natürliche Kraft und wird dem Baume vergleichbar, der seine Triebkraft in Schößlingen ausgibt.

Die Frage nach den Vorzügen oder Nachtheilen des hannoverschen Selbstverwaltungsregulativs kann für Diejenigen, welche auf dem von uns bezeichneten Standpunkt stehen, eine blos secundäre Bedeutung haben. Daß der ständische Verwaltungsausschuß aus Vertretern der drei Curien zusammengesetzt ist, sehen auch wir für keinen Vorzug an — eine Gefahr können wir hinter dieser Bestimmung aber nicht wittern, da der Lenthe'sche Antrag auf Wahl durch die Curien ausdrücklich verworfen worden ist und überdieß die Natur der Gegenstände, welche der Competenz des Ausschusses unterliegen, wenig geeignet ist, dem „Feudalismus" zum Aufschwung zu verhelfen. Ein wichtigerer und bedenklicherer Punkt ist der der Gehaltsfestsetzung für die Glieder des Landes-Directoriums; unter den gegebenen Verhältnissen muß derselbe aber schlechterdings als nothwendiges Uebel angesehen werden. Ehrenämter einrichten wollen, so lange es noch Diäten für die Landtagsmitglieder gibt, und zwar Ehrenämter, welche eine volle Arbeitskraft das ganze Jahr über in Anspruch nehmen, scheint uns inconsequent. Mit Con-

sequenzmachereien und Doctrinen ist auf diesem Gebiet freilich überhaupt Nichts auszurichten: denn unleugbar steht der ständische Charakter des Ausschusses wiederum zu der Bezahltheit seiner Directoren in Widerspruch. Wir müssen indessen gestehen, daß wir jeden Streit über diesen Punkt für müßig halten; wollen und können die Hannoveraner die Beamten ihrer Landesdirection bezahlen, so mögen sie es thun, für die übrigen preußischen Provinzen ist damit kein Präjudiz geschaffen; wenn die localen wirthschaftlichen Zustände Hannovers nicht dazu angethan sind, die Einrichtung von Ehrenämtern zu begünstigen, so kann das immer noch in anderen Theilen der Monarchie der Fall sein.

Damit kommen wir freilich zu dem wichtigsten Punkte der gesammten Frage. Einer in Preußen weitverbreiteten Meinung nach ist der Begriff „Provinz" überhaupt vom Uebel und wird mit ihm bei Einführung von Decentralisation und Selbstverwaltung nicht zu operiren sein. Weil man bei dieser Umgestaltung aus einem Punkte zu curiren gedenkt, erklärt man, Provinzen seien künstlich geschaffene Begriffe, die man am besten beseitigte, um auf Kreise und Gemeinden zu recurriren, welche wirkliche und naturgemäße Einheiten seien. Wir müssen gestehen, uns weder eine heilsame Art der Selbstverwaltung denken zu können, die in allen Theilen der Monarchie nach den gleichen Grundsätzen verführe, noch eine solche für wünschenswerth zu halten. Ueber Provinzen im Allgemeinen abzusprechen, ist schon an und für sich ein gefährliches Unternehmen; möglich, daß einzelne derselben in Preußen ohne innere Berechtigung sind — damit ist aber noch nicht bewiesen, daß das bei allen der Fall sei. Wo solche Provinzen vorhanden sind — und daß die neu annectirten Länder ausgesprochene landschaftliche Eigenthümlichkeiten besitzen scheint uns zweifellos — ist aller Grund vorhanden, dieselben zu conserviren: oder wir entschließen uns, auf das französische Muster des uniformirten alles individuellen Lebens baren Departements-Staats loszusteuern. Daß innerhalb eines solchen für Selbstverwaltung kein Platz vorhanden ist, hat eine achzigjährige Geschichte zur Genüge ausgewiesen. Wir haben nicht einmal nöthig, auf Preußens deutsche Aufgabe hinzuweisen, um die Bedeutung hervorzuheben, welche der Begriff „Provinz" für den preußischen Staat hat, mindestens seit dem Jahre 1866 hat — uns gilt für ausgemacht, daß die Zufriedenheit der neuen Länder ebenso durch eine freie Entwickelung ihres individuellen Lebens bedingt ist, wie die Anziehungskraft, die Preußen auf die übrigen deutschen Staaten ausübt. — Aber selbst ohne Berücksichtigung dieses Gesichtspunkts und im bloßen Interesse der Selbstverwaltung betrachtet, erscheint uns ein möglichst großer Spielraum für die provincielle Individualität dringend geboten. Unserer Meinung nach ist Selbstverwaltung nur möglich, wenn die Selbstthätigkeit der Nation geweckt

und zur Betheiligung an den öffentlichen Zuständen, wie sie thatsächlich vorhanden sind, eingeladen wird. Mindestens in den neuen Provinzen und einem Theil der alten tragen diese Zustände eine individuelle Physiognomie. Soll der Weckung der Volkstheilnahme an denselben ein allgemeiner Umschmelzungsproceß nach a priori festgestelltem Muster vorangehen, so ist die Sache um ein Menschenalter verschoben und wird eine Vorarbeit gefordert, welche weit schwieriger ist, als die Erreichung des Zweckes, zu welchem sie unternommen werden soll.

Bei der Ausdehnung, die der Staat bereits gegenwärtig hat, und in Rücksicht auf die Ausdehnung, die er noch gewinnen soll, erscheint dringend geboten, dem Volk gewisse locale Centren zu erhalten, an welche es sich mit der Thätigkeit, die von ihm gefordert wird, anlehnen kann. Diese Thätigkeit soll sich ja nur auf einen beschränkten Kreis von Dingen erstrecken: die Forderung möglichst freier und individueller Bewegung innerhalb dieses ist darum mit der Idee der Staatseinheit völlig vereinbar. Die Nothwendigkeit des Aufgehens in und der Hingabe an den einen Staat wird sich ungleich leichter erfüllen, wenn sie von vorn herein auf gewisse Grenzen beschränkt und mit Bürgschaften dafür ausgestattet wird, daß das Maß der an die Allgemeinheit zu opfernden Individualitäten auf das Nothwendige beschränkt wird und daß der künftige Einheitsstaat nicht die Forderung stellt alle Details des öffentlichen Lebens umgestalten zu wollen. Die Einheit des Staats glauben wir gewährleistet, wenn durch die Volksvertretung desselben eine feste Grenze zwischen den politischen Einrichtungen gezogen wird, welche um des Ganzen willen einen bestimmten Zuschnitt tragen und auf einen Punkt gerichtet werden müssen, und denen, welche sich nach dem örtlichen Bedürfniß individuell gestalten und je nach den für die Selbstverwaltung vorhandenen Mitteln befriedigen dürfen. Wird diese Grenzlinie an der richtigen Stelle und mit der gehörigen Deutlichkeit gezogen, so sind alle Befürchtungen für mangelnde Einheit des Staates und seine Verwaltung beseitigt. Glaubt man aber, daß diese Einheit nur durch Uniformität der Institutionen erzielt werden kann, so verzichte man auf die Selbstverwaltung ein für alle Mal: mit einem uniformen und schlechthin centralisirten Staat ist dieselbe unvereinbar, mag dieser Staat absolutistisch, scheinconstitutionell oder wirklich constitutionell eingerichtet sein.

In dieser Ueberzeugung und von der Ansicht ausgehend, daß möglichst freier Spielraum für die provincielle Individualität in gleicher Weise der Sache der Selbstverwaltung wie der des preußisch-deutschen Zukunftsstaats zu Gute komme, begrüßen wir die Anfänge der hannoverschen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung — so gegründet die Ausstellungen an dem gegenwärtig geltenden Regulativ auch sein mögen — als einen bedeutungsvollen Fortschritt.

Das Gefängnißwesen in Preußen.

In den Annalen der Thätigkeit des preußischen Landtags gibt es kaum ein weniger befriedigendes, dürftigeres Capitel als dasjenige, in welchem die Behandlung der Gefängnißangelegenheit verzeichnet ist. Seit einer Reihe von Jahren ist es stehender Gebrauch geworden, daß die hier schwebenden Fragen, Fragen der gewichtigsten Natur und von staatsrechtlicher Bedeutung, in der Zeitdauer von einer halben oder Viertelssitzung des Abgeordnetenhauses flüchtig berührt und dann unter Bewilligung der betreffenden Etatspositionen fallen gelassen werden. Gelegentlich faßt das Abgeordnetenhaus eine Resolution, es erinnert sich an den Umstand, daß in Preußen fortwährend eine Strafe vollzogen und der Vollzug durch die Bewilligung der erforderlichen Gelder seitens der Volksvertretung ermöglicht wird, die gesetzlich gar nicht eingeführt ist; es beschließt (wie in der Session von 1864) zu erklären: „daß die Vollstreckung der Zuchthausstrafen in der Form der Einzelhaft nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie durch das Gesetz geregelt wird" und mit dieser Erklärung ist alsdann für das Abgeordnetenhaus, dessen Willensmeinung unberücksichtigt bleibt, für den Staat, dessen gesetzliche Vorschriften bei Seite gesetzt erscheinen, für die Gefangenenbevölkerung, die ein Recht zur Reclamation hätte, dasselbe aber nicht geltend machen kann — die Sache abgethan.

In den letzten Jahren ist es selbst zu irgend welchen Erklärungen über diese Materie gar nicht mehr gekommen, die Sache nahm einen noch glatteren, harmloseren Verlauf. In der Session von 1865 beantragte der Abg. Dr. v. Bunsen, eine Commission zur Untersuchung des Gefängnißwesens einzusetzen, blieb aber damit in der Minorität. Die Erinnerung an die früheren erfolglosen Bemühungen des Abgeordnetenhauses, von § 82 der Verfassung Gebrauch zu machen, mochten nicht eben ermuthigend gewirkt haben. In der Session von 1866 stellte der Abg. Dr. Eberty den Antrag: die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt einen eingehenden Bericht über die Principien, welche von der Regierung bei der Leitung des Gefängnißwesens befolgt und angewendet werden, zukommen zu lassen. Der Antrag war nicht sehr glücklich formulirt, indessen konnte er von allen Denen angenommen werden, welche dem Gegenstand selbst näher zu treten und ihn nicht blos gelegentlich bei Berathung des Etats abgemacht zu sehen wünschten. In diesem Sinne war er auch von dem Antragsteller motivirt worden; derselbe bezeichnete ihn als ein Mittel, um nur erst einen Fuß in den Steigbügel heben zu können. Gleichwohl ward der Antrag abgelehnt, aus Gründen, für die uns jede Erklärung fehlt, wenn wir sie nicht etwa auf

Rechnung der verflauten Stimmung der Versammlung am Schluß einer anstrengenden Sitzung und einer langwierigen Berathung von Budgetposten zu setzen haben. Dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, kam diese Stimmung jedenfalls so wesentlich zu Hilfe, daß er sich nach Ausweis der stenographischen Berichte dem Antrag gegenüber auf die cavalière Bemerkung beschränken konnte: „Ich erkläre mich gegen den Antrag und verzichte auf Anführung von Gründen". Nicht viel ergebnißreicher verläuft die Session von 1867. Der Abg. Eberty wiederholte unter Anführung sehr detaillirter Angaben die Anklagen über die Gefängnißverwaltung in Moabit, ließ es aber an dem nothwendig dazu gehörigen Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungs-Commission, vermuthlich durch die früheren Vorgänge entmuthigt, fehlen. Die gegebenen Enthüllungen blieben denn auch, obwohl ihnen von Seiten der Regierung nicht einmal widersprochen wurde, ohne alle weiteren Folgen, als daß die Abgg. Eberty und Strosser von conservativer Seite her in eine schließlich in persönliches Gezänk ausartende Polemik verwickelt wurden. Von anderer Seite (Abg. Windthorst) war der nicht unwichtige Antrag gestellt worden: die Verwaltung der Strafanstalten aus dem Ressort des Ministeriums des Innern in das Ressort des Justizministers zu überweisen. Windthorst machte außer anderen Gründen für diesen Antrag auch den wichtigen Grundsatz geltend, daß diejenige Behörde, welche eine Strafe erkennt, auch die Vollstreckung derselben überwachen müsse. Der Justizminister müsse eine Garantie dafür haben, daß die Strafe in dem Sinn und Geist vollstreckt werde, in dem sie erkannt worden sei, er müsse also Einfluß auf die Art und Weise der Ausführung haben. Auch diesen Antrag, dessen Annahme immerhin einen, wenn auch nicht entscheidenden Fortschritt bekundet hätte, verfolgte das gewöhnliche Mißgeschick aller auf die Gefängnißfrage bezüglichen Anträge. Bei der Abstimmung ward nur der erste Theil: das Abgeordnetenhaus erklärt es für wünschenswerth, die Verwaltung der Strafanstalten in einem Ministerium zu vereinigen, angenommen, der zweite, wichtigere Theil, daß dies Ministerium das Justizministerium sein solle, ward von dem Vicepräsidenten v. Köller für abgelehnt erklärt und trotz des Widerspruchs sehr vieler Abgeordneten, welche die Fragestellung nicht verstanden hatten, eine zweite Abstimmung nicht vorgenommen, so daß über diesen Punkt seitens des Abgeordnetenhauses jetzt nur ein mindestens sehr zweideutiger Beschluß vorliegt.

Um die ganze Bedeutung dieses in seiner Energielosigkeit so seltsam von der Behandlungsweise anderer schwebender Fragen abstechenden Verhaltens des preußischen Abgeordnetenhauses zu würdigen, muß noch einmal an die beiden Hauptpunkte erinnert werden, auf die es in dem jetzigen Stadium der Gefängnißangelegenheit in Preußen ankommt. Die eine, auf die wir bereits

Bezug genommen haben, ist rein staatsrechtlicher Natur, sie betrifft das in aller Staatspraxis unerhörte und vollkommen unerreicht dastehende Novum — wir bedienen uns dieses Ausdrucks mit gutem Bedacht — daß seit 11 Jahren an einem Theil der Gefangenen eine gesetzlich nicht erkannte und unmöglich zu erkennende, weil in dem Strafgesetzbuch gar nicht vorgesehene Strafe — die der Einzelhaft — vollstreckt wird. Von der Verwaltung, welche sich aus eigener Machtvollkommenheit zu dieser Umwandlung befugt hält und die allen Resolutionen des Abgeordnetenhauses entgegen auf ihrem vermeintlichen Rechtsstandpunkt einfach verharrte, ist nur einmal der Versuch einer Rechtfertigung ihrer Auffassung in einer 1861 dem Landtag überreichten Denkschrift des Ministeriums des Innern gemacht worden, die wenigstens das Verdienst hatte, daß sie Veranlassung zu einer von einem unserer scharfsinnigsten Juristen verfaßten Gegenschrift wurde (v. Holtzendorff, „Gesetz oder Verwaltungsmaxime?"), deren vernichtende Schärfe den Streitpunkt ein für allemal entschieden hat.

Während die „Denkschrift" ihre Argumentation auf die „Thatsache" basirte, „daß die Einzelhaft aus dem sittlichen Ernst der bisherigen Strafanstaltsverwaltung mit Nothwendigkeit hervorgewachsen sei, daß sie recht eigentlich ein geschichtliches Resultat der bisherigen preußischen Strafanstaltsverwaltung darstelle" — eine Thatsache, über die, selbst wenn sie hier von Belang wäre, die Ansichten schwerlich übereinstimmend lauten würden — lieferte v. Holtzendorff den einzig entscheidenden Nachweis, daß die Einzelhaft nicht nur dem Buchstaben, sondern dem geschichtlich nachweisbaren, von den Gesetzgebungsfactoren supponirten Sinn des § 11 im Strafgesetzbuch widerspreche. Er zeigte, wie die Regierungspraxis eine Strafe, unter welcher sich die Regierung ebenso wie die Kammer bei Berathung des Strafgesetzbuches ausdrücklich und anerkanntermaßen die gemeinsame Haft vorgestellt hatte, zum directen Gegentheil im Wege einer bloßen Administrationsmaßregel umgestaltet habe, und er erhob Protest gegen dies Verfahren nicht allein im Interesse des Strafrechts, sondern des gesammten öffentlichen Rechts, weil sich die Verwaltung dadurch ihrer moralischen Autorität beraube und auf den Standpunkt einer Privatperson begebe, die Alles thun dürfe, was gesetzlich nicht ausdrücklich verboten sei. Von den Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses wurde dieser Protest gehört und wenigstens soweit aufgenommen, daß sie die in demselben ausgesprochene Rechtsansicht ausdrücklich zu der ihrigen machten und von da an, wie erwähnt, wiederholt die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Ausübung der Einzelhaft verlangten. *)

*) Wir erwähnen der Vollständigkeit halber und um uns von gegnerischer Seite keiner Unterschlagung zeihen zu lassen, daß es auch nicht an gelegentlichen Rechtfertigungsversuchen seitens der Regierungscommissare im Abgeordnetenhause gefehlt hat, die sich aber stets auf

Aber kann dies wiederholte Verlangen, dies Beharren auf dem theoretisch correcten Standpunkt der für unstatthaft erachteten Verwaltungspraxis gegenüber genügen? Ist es ein normaler oder auch nur ein erträglicher Zustand zu nennen, wenn die Volksvertretung in einem Athem das Verfahren der Behörde für lückenhaft und der gesetzlichen Grundlage ermangelnd erklärt und gleichwohl, als ergäben sich aus dieser Prämisse gar keine weiteren Consequenzen, die ihrer gewissenhaften Bewilligung anvertrauten Gelder derselben Behörde zu denselben Zwecken weiter zur Verfügung stellt? Wir sind in Verlegenheit dies Verfahren entsprechend zu charakterisiren und in noch größerer, Gründe, die als Entschuldigung gelten könnten, anzugeben.

Man kann sagen — und mit einiger Wahrscheinlichkeit — daß das Abgeordnetenhaus den Rechtspunkt nicht auf die Spitze zu treiben Veranlassung fand, weil es in seiner Majorität gegen die thatsächliche Anwendung, welche die Regierung von ihrer Interpretation des § 11 des Strafgesetzbuches macht, nichts einzuwenden hatte, weil ihm die Anwendung der Einzelhaft als ein Fortschritt erschien, der ebenso den Gefangenen wie den Strafzwecken und dem Staat zu Gute komme. Aber diese Argumentation, die wir an sich für höchst bedenklich halten, weil sie die Verpflichtung der Landesvertretung das rechtlich allein Zulässige zu wahren unterschätzt, wird dadurch noch besonders hinfällig, daß das in ihr vorausgesetzte Verhältniß das Widerstreben der Regierung gegen eine gesetzliche Regelung doppelt unbegreiflich erscheinen läßt. Schon Holtzendorff hat hervorgehoben, daß es vom politischen Standpunkt aus rein unerklärlich erscheint, weshalb man sich gegen eine Gesetzvorlage über die Einzelhaft sträubt. Man sollte meinen, jede Regierung müsse das, was sie als vortrefflich erkannt hat, gegen die Meinungsverschiedenheiten einer nachfolgenden Verwaltung sicher zu stellen suchen. In der That lag die ganze Zeit über das Verhältniß so, daß ein Gesetzentwurf, welcher die Anwendung der Einzelhaft für zulässig erklärte und in welchem das Verhältniß der Zeitdauer derselben zu der bisher gültigen gemeinschaftlichen Haft bestimmt war, ohne die geringste Schwierigkeit die Zustimmung des Landtags erhalten haben würde. Allerdings wäre gerade

Wiederholung derselben Erklärung beschränkten: „Daß die bestehende Strafgesetzgebung der Vollstreckung der Zuchthausstrafe in der Form der Einzelhaft nicht entgegensteht und die Zuchthausstrafe in der Form der Einzelhaft nicht als eine besondere von der im Gesetz angedroheten Zuchthausstrafe zu betrachten ist." Daß es sich bei der Einzelhaft nicht lediglich um eine besondere Form der Vollstreckung sondern um eine Strafart handelt, geht aber schon daraus hervor, daß man bei den Berathungen des Strafgesetzbuchs anerkannte, daß die Einführung der Einzelhaft eine Verkürzung der Freiheitsstrafe zur Folge haben müßte. Darin liegt zugleich begründet, daß die Einzelhaft die strafgesetzlich geregelten Principien der Gerechtigkeit durch ihre mit der gemeinschaftlichen Haft gleichgesetzte Dauer verletzt. Uebrigens ist außer in Preußen auch in keinem Lande und von keiner Regierung jemals der Satz aufgestellt worden, daß die Einzelhaft lediglich ein Vollstreckungsmodus der Zuchthausstrafe sei, der einer besonderen gesetzlichen Regelung nicht bedürfe.

in Preußen, wegen der bekannten Vermiſchung von Gefangenen-Beſſerungszwecken mit den Beſtrebungen der inneren Miſſion, Anlaß geweſen, die Zuſtimmung an beſtimmte Bedingungen zu knüpfen; wer aber die Debatten des Abgeordnetenhauſes über dieſen Gegenſtand verfolgt hat, weiß daß dieſer Fall aller Wahrſcheinlichkeit nach nicht eingetreten wäre.

Welchen Anlaß nun auch die Regierung haben mochte eine geſetzliche Regelung, trotzdem daß derſelben gar keine Schwierigkeiten im Wege ſtanden, zu verſagen: für die Volksvertretung konnte doch in dieſem Verhältniß nur eine verſtärkte Aufforderung enthalten ſein, ihrem einmal erhobenen Anſpruch nöthigenfalls durch Verweigerung der betreffenden Etatspoſitionen den zwingenden Nachdruck zu verleihen. Es handelte ſich hier um kein hochnothpeinliches Dilemma zwiſchen Miniſterium und Volksvertretung; wenn aber letztere in ſo einfachen Dingen auf ihr Recht oder auf die energiſche Geltendmachung deſſelben verzichtet, wie ſollen in zweifelhafteren und ſchwierigeren Fällen ihre Anſprüche jemals Anerkennung finden?

Von dem Miniſterium wird vorausgeſetzt — und es ſteht dieſer Annahme wenigſtens Nichts entgegen — daß ihm die Einzelhaft und die Begünſtigung der Richtung der inneren Miſſion im Gefängnißweſen, die nur bei der Einzelhaft möglich iſt, nach wie vor am Herzen liegt. Ob daſſelbe unter dieſer Vorausſetzung gerade weiſe daran gethan hat, der geſetzgeberiſchen Regelung der Frage fortwährend aus dem Wege zu gehen, iſt eine Frage, deren Beantwortung der weiteren Entwickelung noch vorbehalten bleibt. Denn mit jedem Jahr, welches über dieſem Zaudern verſtrichen iſt, hat ſich — und hiermit rühren wir an den zweiten Hauptpunkt in dieſer Angelegenheit — vor dem Forum der Wiſſenſchaft die Sache der reinen Einzelhaft ungünſtiger geſtaltet, ihre Anhänger haben ſich vermindert, ihre Gegner ſind an Zahl und Bedeutung gewachſen. Unter den letzteren verdient neuerdings ein dem Ausland angehöriger Fachmann beſonders hervorgehoben zu werden, weil ſowohl ſeine gegenwärtige Stellung wie ſeine früheren Erfahrungen dem von ihm gefällten Urtheil ein beſonderes Gewicht verleihen. Es iſt dies der gegenwärtig an die Spitze des däniſchen Gefängnißweſens berufene Director Bruun. Bruun ſtand früher als Gefängnißbeamter an drei verſchiedenen Strafanſtalten: Viborg, Hörſens und zuletzt an dem Einzelhaftgefängniß Vridlöſelille. Er war als Vollzugsbeamter an drei verſchiedenen Vollſtreckungsweiſen betheiligt und kennt aus eigener Anſchauung und unmittelbarer Mitwirkung ſowohl die alte, gemeinſame Haft als das Schweigſyſtem und die Einzelhaft. Auf den genauen Inhalt ſeiner im vorigen Jahre erſchienenen Schrift (Om Fuldbyrdelse af Strafarbeide, über die Vollſtreckung der Strafarbeit; eine kritiſche Analyſe derſelben iſt in dem neueſten Jahrgang der „Allg. Deutſch. Strafrechtszeitung“ enthalten) kann an dieſer

Stelle nicht eingegangen werden; hervorzuheben aber bleibt, daß der Verfasser nach genauen statistischen Vergleichungen der Ergebnisse sich für das Progressiv-System ausspricht. Seine Vorschläge lehnen sich im Einzelnen meistens an das häufig geschilderte irische System an; volle Beachtung verdienen namentlich seine in einer Denkschrift an das Ministerium entwickelten Reformvorschläge über die zweckmäßige Behandlung jugendlicher Verbrecher. „Fast in unmittelbarer Nähe" (wir citiren hier die „Allg. Deutsch. Strafrechtszeitung") „gleichsam unter seinen Augen hatte Bruun Gelegenheit, die beiden Besserungsanstalten, Flakkebjerg und Böggilgaard, zu beobachten. Auf Grund seiner Beobachtung entscheidet sich der Verfasser für den vorzugsweisen Werth der ländlichen Arbeit und er verlangt insbesondere einen stufenweisen Uebergang zwischen Gefängniß und Freiheit, indem er betont, daß die physische Entwickelung jugendlicher Personen ganz besonders ins Auge gefaßt werden müsse. Nicht zu übersehen ist außerdem, was Bruun gegen die Einzelhaft für jugendliche Verbrecher einwendet, nämlich die Rücksicht auf die Geschlechtsentwickelung, welche in der Einzelhaft durch die stärkere Erregung der Phantasie nur benachtheiligt werden könne." Hinsichtlich der Einzelhaft für Erwachsene faßt Bruun sein Urtheil dahin zusammen: „Es ist meine volle Ueberzeugung, daß die Einzelhaft, ausgeführt auf lange Zeit und nach dem absoluten System, bedeutende Gefahren für die Gesundheit des Gefangenen in physischer Beziebung mit sich führt, Gefahren, welche ich nach meiner Kenntniß für unabwendbar ansehe und noch nirgends beseitigt gefunden habe." Als beachtenswerthe Erfahrung verzeichnet Bruun ferner eine Aeußerung des Bußgefängniß-Directors von Christiania, der zufolge Einzelhaft physische Entkräftung nach sich ziehe, welche sich bald verliere, wenn der Gefangene aus der Zelle entfernt werde. Nebenbei verdient in Bezug auf jenes Gefängniß noch Erwähnung, daß der Procentsatz der Rückfälligen auf 25 anzunehmen ist — ein sehr ungünstiges Systemsergebniß, wenn man es mit den Resultaten des Progressivsystems (in Irland etwa 7 Procent) vergleicht.

Wir gebrauchen hier den Ausdruck „Progressivsystem" als einen wissenschaftlich gebräuchlich gewordene Terminus, welcher in aller Kürze ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal fixirt und vor der häufig gemachten irrigen Voraussetzung behütet, daß man, das irische System anempfehlend, jede einzelne technische Besonderheit desselben als unabänderlich feststehend bezeichnen wolle. Dies wird den Befürwortern desselben häufig irrthümlicher Weise Schuld gegeben, während die Absicht doch nur die sein konnte, einerseits den Grundgedanken desselben, andererseits die Methodik des Systems als wahrhafte Fortschritte zu empfehlen. Aber allerdings ist nach dem jetzigen Standpunkt der Wissenschaft das in Irland gehandhabte System so sehr als

der vollendetſte Ausdruck des Gedankens der am Verbrecher zu vollziehenden, fortſchreitenden Erziehung zur Freiheit anzuſehen, daß die vorgeſchlagenen Abweichungen immer nur geringfügiger, meiſtens localen Verhältniſſen entnommener Natur ſind und daß im Weſentlichen Progreſſiv- und iriſches Syſtem als ſynonyme Bezeichnungen gelten können.

Als einer der neueſten Zeugen für das letztere iſt namhaft zu machen der Oberappellations-Gerichtsrath Frhr. v. Groß in Weimar, der 1865 — dem Beiſpiel des Prof. v. Holtzendorff folgend — die engliſchen und irländiſchen Gefängnißeinrichtungen an Ort und Stelle ſtudirte und ſpäter einer Commiſſion für Gefängnißweſen in Weimar präſidirte, deren Thätigkeit leider durch die Zeitereigniſſe eine dauernde Unterbrechung erfahren hat. Herr v. Groß veröffentlichte ſeine Erfahrungen und Vorſchläge in den „Blättern für Gefängnißkunde“ unter dem Titel „die Uebertragbarkeit des irländiſchen Gefängnißſyſtems auf deutſche Verhältniſſe.“ Neuerdings iſt auch eine in Jena im vorigen Jahr von derſelben Autorität gehaltene Vorleſung, „eine Wanderung durch irländiſche Gefängniſſe“, in der bekannten Sammlung gemeinverſtändlicher wiſſenſchaftlicher Vorträge (Heft 60) zum Abdruck gelangt. Zur allgemeinen Kenntnißnahme des Gegenſtandes, um den es ſich hier handelt, iſt beſonders dieſe einfach, anſchaulich und überſichtlich abgefaßte Schrift dem größeren Publicum zu empfehlen. Der Verfaſſer legt den Werth des complicirten und doch ſo bewunderswerth einheitlichen Mechanismus des iriſchen Strafhaftſyſtems in überzeugender Weiſe dar, er zeigt, „daß daſſelbe das Streben und die Selbſtbeherrſchung des Gefangenen aufs höchſte anſpornt und ihn ſtufenweiſe aus ſchweren in beſſere Tage — der Freiheit entgegen führt und dadurch zur Freiheit erzieht“, und ſchließt ſeine Abhandlung mit dem Ausdruck ſeiner Ueberzeugung, „daß der Grundgedanke des iriſchen Gefängnißſyſtems, nämlich der, den einzelnen Verbrecher in einer Reihe von Abſtufungen zu dem höchſten Endziel, zum vernünftigen Gebrauch ſeiner Freiheit hinzuleiten, eine große anthropologiſche und pſychologiſche Wahrheit iſt, deren Verwerthung für ihre Gefängnißeinrichtungen auch anderen Nationen als der irländiſchen nur dringend anempfohlen werden kann.“

Es liegt in dieſen Worten eine ernſte, nicht zum erſten Mal ausgeſprochene Mahnung, eine Mahnung, die wiederholt von Männern der Wiſſenſchaft wie von Praktikern an Alle, die zu der Entwickelung des Gefängnißweſens beizutragen im Stande ſind, gerichtet worden und die leider, vor Allem in Preußen, faſt vollkommen unberückſichtigt geblieben iſt. Wir beabſichtigten nicht, die preußiſche Regierung dafür ausſchließlich verantwortlich zu machen. Allerdings ſcheint es uns ein berechtigtes Verlangen, daß dieſelbe längſt eine Commiſſion von Sachverſtändigen zur Unterſuchung der Gefängnißeinrichtungen nach Irland hätte ſchicken ſollen, und in den gelegentlichen Verſicherungen

von der Ministerbank, daß die Regierung den Ergebnissen des irischen Systems immerwährend mit Aufmerksamkeit folge, erblicken wir nur eine Parodie dessen, was mit Fug und Recht beansprucht werden könnte. Allein wir finden eine Erklärung und gewissermaßen auch eine Entschuldigung für dies Verhalten in der eigenthümlichen Stellung der Verwaltung, die bei uns wie in aller Welt nicht gerade mit Vorliebe und Unbefangenheit an die Arbeit geht, die eigene Mangelhaftigkeit aus dem Studium fremder Vorbilder zu erkennen. Viel unverzeihlicher aber erscheint uns die Mitschuld des Landtags, der anscheinend ebenfalls froh, der eigenen Mühewaltung überhoben zu sein, die Erklärungen der Regierungscommissare stets einfach ad acta legte und der noch nie einen auch nur halbwegs ernsthaft gemeinten und ernsthaft durchgeführten Versuch gemacht hat die Staatsregierung zu einem correcten Vorgehen zu veranlassen.

Wir sprechen es geradezu aus, daß uns diese Versäumniß des preußischen Landtags, dies passive Gehenlassen in einer Frage der Humanität und des Rechts, einer Frage, von deren richtiger Lösung das Wohl und Wehe vieler Tausende abhängt, ja als eine wahre Versündigung an dem Geiste des Fortschritts wie an dem guten Ruf, den sich die liberale Majorität in mühsamen Kämpfen auf anderen Gebieten erworben, erscheint. Und was bei dieser Thatsache noch besonders entmuthigend wirkt, ist ihre Ursache. Fragen wir, weßhalb denn dieser Gegenstand von einer liberalen Majorität bisher in so wenig befriedigender Weise behandelt worden ist, so glauben wir einen plausiblen Erklärungsgrund nur in der oft beobachteten Erscheinung finden zu können, daß Fragen, wie wichtig sie an sich auch sein mögen, meistens so lange vernachlässigt bleiben, bis die Folgen derselben in der einen oder andern Weise unerträgliche Mißstände verursachen, welche sich sodann die öffentliche Aufmerksamkeit erzwingen. So war es in England mit der Gefängnißfrage. Erst das Epidemischwerden der Garottirungen (1861) brachte die Niedersetzung einer Untersuchungscommission zu Wege (1862) und führte zu dem Abschluß der neuen englischen Gefängnißacte (1864), die sich wesentlich an das irische System anlehnt. Auf einen solchen Impuls zu warten, müssen wir glücklicherweise verzichten, da die Verhältnisse unseres Gefängnißwesens derartige traurige Erscheinungen zu erzeugen nicht geeignet sind. Aber bedarf es denn überhaupt einer so außerordentlichen Veranlassung, um dieser Frage das ihr gebührende Maß Aufmerksamkeit seitens der Landesvertretung und, wir müssen gleichzeitig sagen, seitens der preußischen Presse, die an Indolenz mit jener bisher gewetteifert hat, zuzuwenden? Ist es eines Culturstaates würdig, an Reformen nur unter dem Zwangsdruck der äußersten Nothwendigkeit zu gehen, und ist es insbesondere Preußens würdig, dem kleinen Sachsen, das auf diesem Gebiet aus eigener Initiative mit Erfolg Hand angelegt hat,

so unendlich weit nachzustehen? Stimmen aus Regierungskreisen haben es in der letzten Zeit an Andeutungen darüber nicht fehlen lassen, daß es sich vermuthlich in der nächsten Zeit um neue Bewilligungen für neue Gefängnisse handeln werde. Man spricht von der beabsichtigten Anlage eines Einzelhaftgefängnisses für Frauen in Moabit und, was noch wahrscheinlicher ist, von einer zu errichtenden Einzelhaft-Gefangenenanstalt in Schleswig-Holstein. Für diese Provinz ist die Sache von besonderer Wichtigkeit, insofern dort die Nothwendigkeit vorliegt ganz neue Strafanstalten aufzuführen. Die öffentliche Aufmerksamkeit wendet sich der Frage zu, welches System denselben zu Grunde gelegt werden soll und ein sachgemäßer Aufsatz in der dortigen Landeszeitung empfahl kürzlich die Prüfung der Anwendbarkeit des irischen Systems mit dem Hinzufügen, daß es an Haiden, die zu cultiviren und an Entwässerungen, die vorzunehmen seien, auch bei Rendsburg und Neumünster nicht fehle. In geschärfter Form tritt also die nun schon oft vertagte Frage abermals vor die Landesvertretung. Dieselben Bedenken, die nun schon seit Jahren unerledigt geblieben sind: ist die Bewilligung von Geldern für Einrichtungen, denen die gesetzliche Begründung abgesprochen wird, überhaupt statthaft — erfordert die Vollstreckung der Einzelhaft, wie sie in Preußen unter dem von allen Fachmännern*) für verderblich erklärten Einfluß einer extremen religiösen Richtung üblich geworden ist, nicht die dringendste Aufmerksamkeit und das Einschreiten der Landesvertretung — ist eine gründliche Untersuchung über die anderwärts zur Geltung gebrachten Principien des Strafvollzugs nicht als Vorfrage für die gesetzliche Regelung des Gegenstandes anzusehen? — alle diese Bedenken treten aufs Neue vor die Versammlung hin, stumme Zeugen eines von Session zu Session sich hinschleppenden unfruchtbaren Schlendrians, wie er glücklicherweise auf keinem anderen gleich wichtigen Gebiet zum zweiten Mal vorkommt.

Wie das Abgeordnetenhaus bei einem erneuerten Anlaß sich zu der Frage des Gefängnißwesens stellen werde, bleibt unsicher; die Vermuthung indessen, die sich aus dem bisherigen Verhalten ergibt, ist eine zu peinliche, als daß wir sie zu wiederholen Lust haben könnten. Sollte es sich bewahrheiten, daß die Gründung neuer Einzelhaftanstalten beabsichtigt wird, so würde es sich um

*) Zu diesen Fachmännern rechnen wir den Minister des Innern allerdings nicht. — 1864 that derselbe den sehr bemerkenswerthen und merkwürdigen Ausspruch: Ich liebe den Pietismus nicht und wenn ich glauben müßte, daß eine Anstalt den Pietismus erzöge oder auf der Basis des Pietismus beruhte, so würde sie sich nicht mehr meiner Theilnahme und meiner Protection zu erfreuen haben." Nun wird Niemand den Grafen von Eulenburg persönlich pietistischer Neigungen für verdächtig halten; aber daß es ihm gänzlich entgangen ist, in welchem Verhältniß Herr Wichern und dessen Einfluß auf das Gefängnißwesen zum Pietismus stehen, dafür wissen wir keine andere Erklärung, als daß er infolge der weiten Verzweigtheit seines Ressorts in diesen Theil desselben nie einen sach- und fachkundigen Blick geworfen hat.

keinen unbedeutenden Budgetposten handeln, da das Einzelhaftsystem bekanntlich die theuerste aller bestehenden Formen des Strafvollzugs ist, und dieser Umstand wird gegenwärtig vielleicht mehr als alles Andere geeignet sein dem Gegenstande die geschärfte Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses zuzuwenden. Wenn dasselbe bezüglich der einmal bestehenden Einrichtungen bisher Anstand genommen hat sich den Regierungsanforderungen zu entziehen, so sollte es sich doch bei neu erhobenen Ansprüchen zu dem Entschluß aufraffen jede Bewilligung abzulehnen, bis dem Rechtspunkt und dem nothwendigen Reformbedürfniß Genüge geleistet ist. Niemand wird nach dem bisherigen Verlauf der Dinge das Abgeordnetenhaus der Uebereilung zeihen dürfen, wenn es von seinem formellen Rechte endlich ernsthaften Gebrauch macht, wenn es eine längere Verschleppung des Gegenstandes, als das Ansehen der Gesetzgebung wie die Würde des Landtags beeinträchtigend, entschieden von der Hand weist.

J. Duboc.

Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen:

V. Sträflingsleben in Sibirien.

Ende Mai begannen die Berge und Wiesen um Tschita zu grünen. Dieses kleine Dorf liegt an der großen Straße, zwischen dem Baikalsee und Nertschinsk, auf einer Anhöhe, von zwei Seiten von hohen Bergen umgeben. Der kleine Fluß Tschita ergießt sich in der Nähe des Dorfs in den schiffbaren Fluß Ingoda und bildet ein reizendes Thal. Nach Norden hin sieht man den See Onon, an dessen Ufern Tschingis-Chan seinen Gerichtshof hielt (er pflegte die Schuldigen in siedendem Wasser zu kochen) als er nach Rußland marschirte. Die Nachkommen seiner Mongolen, die Burjäten, ziehen noch heute in dieser an Wiesen und Wasser reichen Gegend als Nomaden umher; mit ihren Filzzelten sind sie bald hier bald dort, immer zu Pferde, oft mit der Flinte, gewöhnlich mit Bogen und Pfeilen bewaffnet, um das Pulver, das sie wohl kennen, für besondere Nothfälle zu sparen. Ein Theil der Burjäten hat sich angesiedelt, er treibt Ackerbau und berieselt sein Feld und Wiese ebenso geschickt, wie die Mailänder es thun. Obgleich die hohe Lage Tschitas die Kälte im Winter beträchtlich vermehrt, so hat dieser Ort doch eine besonders reine, gesunde Luft. Der Himmel ist fast immer heiter, außer im August, wenn die Gewitter einige Tage lang fast ununterbrochen donnern und dann ein Platzregen folgt, der mit ungeheuren großen einzelnen Tropfen anfängt

und die Straßen binnen weniger Stunden überschwemmt, weil das Wasser längs dem Abhange Fall hat und sich tiefe Schluchten ausgräbt. — Bemerkenswerth ist noch die große elektrische Kraft der Luft; die leichteste Berührung an Tuch oder Wolle gab Funken und Knistern. Das Klima war gesund, die Vegetationskraft des Landes ungewöhnlich zu nennen, denn binnen 5 Wochen, vom Juni, wo die Nachtfröste aufhören, bis Ende Juli, wo sie wieder anfangen, reifen Korn und Gemüse. Von letzterem waren viele Gattungen in dieser Gegend unbekannt; einer meiner Kameraden war der Erste, der hier selbst Gurken (im Freien) und Melonen (in Mistbeeten) zog.

Berühmt ist das Thal von Tschita durch seine Flora, um welcher willen man diese Gegend den „Garten von Sibirien" nennt. Gewisse Gattungen der Lilie, der Iris und verschiedene Zwiebelgewächse habe ich nirgend schöner gesehen. — Die Zahl der Einwohner des Dorfes, in dem wir lebten, betrug kaum 300; sie sind arm wie alle Bergwerksbauern. Sie wohnten in kleinen Häusern, auf welche eine baufällige hölzerne Kirche trübselig herunterſah, und ernährten sich vom Ackerbau und einem Fischfang, der in der Ingoda und im Ononsee ergiebig ist. Das Land gehörte der Krone, die es den Bauern anwies; dafür waren diese zum Brennen von Kohlen verpflichtet, welche sie zu Wasser in die Bergwerke von Nertschinsk schiffen mußten. Bis zu unserer Ankunft bildete die einzige Civilautorität des Orts ein Bergwerksbeamter, Smolläninow, der uns während der ersten vier Monate unseres Aufenthaltes für unsere eigene Rechnung beköstigte; die Krone gab uns Brot und zahlte außerdem täglich zwei Kopeken Kupfer (etwa 2 Pfennige preußisch) für jeden Mann. In den drei Jahren und sechs Monaten, die wir in Tschita verlebten, erhielt dieser Ort eine völlig neue Gestalt sowohl durch viele neue Gebäude als durch die neuen Gäste, die eine bedeutende Zahl von Militärbehörden und Wachen in ihrem Gefolge hatten. Bei unserer Ankunft zählte Tschita 26 Hütten und drei ordentliche Häuser, die der Bergwerksbeamte, der Commandant und der Platzmajor einnahmen.

Anfangs lebten nur 30 von uns Staatsverbrechern in Tschita; 8 unserer Kameraden waren gleich nach Vollstreckung der Sentenz in die Bergwerke von Nertschinsk zur Zwangsarbeit abgefertigt worden, die Uebrigen saßen noch in den Festungen von Schlüsselburg und auf den Alandsinseln. All' diese Verurtheilten wurden im August 1827 mit uns vereinigt, als der Bau eines größeren Gefängnisses vollendet war, das uns Alle aufnehmen konnte. Bis zu unserer Vereinigung lebten wir, die zuerst in Tschita Angelangten, in zwei befestigten Bauernhäusern und kamen nur bei der Arbeit zusammen. Als wir das Fundament zum neuen Gefängnisse und die tiefen Gräben zur Umzäunung desselben ausgegraben hatten, ließ man uns eine tiefe Schlucht hart an der Hauptstraße mit Erde und Sand ausfüllen. Diese Schlucht

drohte den ganzen Weg durch abſtrömende Gebirgswaſſer zu durchſchneiden. Das Waſſer riß binnen weniger Tage die Arbeit eines ganzen Sommers weg, ſo daß wir im folgenden Jahre gezwungen waren, einen Damm aus Balken aufzuführen, um eine Unterlage für unſere Schüttungen von Sand und Erde zu gewinnen; dieſe Stelle der Schlucht nannten wir Teufelsgrab.

Das Leben ſpann ſich in troſtloſer Einförmigkeit ab. Bücher hatten wir im Anfange ſehr wenige, alles Schreiben war ſtreng verboten und nirgends Papier und Tinte aufzutreiben. Ein Sängerchor, der uns ſpäter manche trübe Stunde verkürzte, bildete ſich erſt als Alle vereint wurden. — Das Schachſpiel bildete in der Zeit zwiſchen Arbeit und Schlaf die einzige Unterhaltung. Spielkarten hätten wir durch die Wächter bekommen können, aber wir hatten uns das Wort gegeben, kein Kartenſpiel zu dulden, um jedem Anlaß zu Unannehmlichkeiten oder Streitigkeiten vorzubeugen. Die Enge unſerer Behauſung verſchuldete, daß unſer Zimmer eigentlich nie vollkommen rein war; wir ſchliefen auf Pritſchen, die wir mit Filzdecken oder Pelzen belegten; unter den Pritſchen lagen unſere Mantelſäcke und Stiefel. In der Nacht bei geſchloſſenen Thüren und Fenſtern war die Luft unerträglich drückend und die Thüren wurden ſchon mit Sonnenuntergang geſchloſſen; da man ſie früh Morgens öffnete, habe ich den Aufgang der Sonne kein einziges Mal verſchlafen, um ſogleich heraustreten und mich durch die friſche Luft erquicken zu können. Tabak rauchte ich nicht, faſt alle Uebrigen rauchten und ertrugen dadurch die gepreßte Luft leichter als ich.

Eine Seele lebte ſchon vor meiner Ankunft in Tſchita, die meine aufrichtige Theilnahme und mein innigſtes Mitleiden erweckte: Alexandrine Murawjew, geborene Gräfin Tſchernytſchew. Ihr Mann, Nikita Michailowitſch Murawjew, war ſchon im Februar in Tſchita angelangt; ſie hatte ihren einzigen Sohn und ihre beiden Töchter der Pflege der Großmutter, Catharine Fedorowna Murawjew, anvertraut und eilte zum Beſtimmungsorte ihres Mannes, um mit ihm die Verbannung und alle Prüfungen zu theilen. Aber wie grauſam wurde ſie enttäuſcht, als der Commandant ihr anzeigte, daß ſeine Inſtruction ihm nicht geſtatte, ſie mit ihrem Manne zu vereinigen und daß ſie ihn nur zwei Mal wöchentlich eine Stunde lang in Gegenwart eines Dejouroffiziers ſprechen dürfe, wie es früher in der Peter-Pauls-Feſtung der Fall geweſen war. — Zum erſten Male ſah ich dieſe unvergeßliche Frau, als wir einſt zur Arbeit geführt wurden, in der Nähe ihrer Wohnung, die ſich gegenüber dem Gefängniß befand, wo ihr Mann eingeſchloſſen war. Um einen Vorwand zu haben, ihn wenigſtens von Weitem zu ſehen, öffnete und ſchloß ſie ihre kleinen Fenſterladen Morgens und Abends ſelbſt. Außer ihrem Manne befanden ſich in der Zahl der Verurtheilten ihr Schwager, Alexander Murawjew, und ihr leiblicher Bruder, Graf Zacharias Tſchernytſchew, ein-

ziger Erbe eines großen Majorats; dieses Vermögen suchte der Kriegsminister A. J. Tschernytschew zwei Jahre später an sich zu bringen; trotz seines großen Einflusses wurde er vom Reichsrathe abgewiesen, nachdem N. S. Mordwinow deducirt hatte, daß dieser Bewerber in gar keiner Verwandtschaftsbeziehung zu der Familie des Verurtheilten stehe, also auch gar kein Recht auf diese Besitzungen habe. Das große Vermögen und der Familienname gingen später auf einen gewissen Kruglikow über, der die älteste Schwester des Majoratsherrn geheirathet hatte. — Alexandrine Murawjew war erst 24 Jahre alt, wohl aussehend, schön gewachsen, voller Geist und Leben. Ihrem Manne gegenüber zeigte sie sich zufrieden, sogar heiter, um ihn nicht zu betrüben; aber sobald sie allein war wurde die zärtliche Mutter von der Sehnsucht nach ihren fernen Kindern gefoltert. Sie wußte, daß Niemand ihnen die Mutter ersetzen könne, obgleich die vortreffliche Großmutter ihre Großkinder wie Augäpfel bewachte. Nach einem Jahre der Trennung starb der einzige Sohn, die Töchter verloren ihre Gesundheit, vielleicht in Folge allzu ängstlicher Wartung und Schonung. — Anfangs glaubte ich, daß diese sonderbare Absonderung von Mann und Frau in Tschita nicht lange dauern würde und nur die Folge eines Mißverständnisses sei; auch in der Wohnung seiner Frau wäre Murawjew Arrestant geblieben, hätte er seine Ketten getragen, auch von da die täglichen öffentlichen Arbeiten mitmachen können; aber unglücklicherweise wurde diese Maßregel drei Jahre lang streng beibehalten, bis wir in das große Staatsgefängniß übergeführt wurden, das während unseres Aufenthalts in Tschita an einem anderen Orte gebaut worden war.

Zwei Monate nach unserer Ankunft in Tschita traf Elisabeth Naryschkin*), geborene Gräfin Konownitzyn, in Begleitung einer anderen Dame, Alexandrine Jentalzow, ein. Diese Frauen mußten sich demselben Loose fügen, sie konnten nur zwei Mal wöchentlich zu einer bestimmten Stunde ihre Männer sprechen. Es zerriß mir das Herz, wenn ich sah, wie diese Damen uns traurig nachsahen, wenn wir in Ketten an ihnen vorübergeführt wurden und sie von ihren Männern, denen sie an das äußerste Ende der Welt gefolgt waren, kaum einen Blick erhaschen konnten, und ich gestehe, daß ich jeden Tag Gott dankte, daß sich meine Frau entschieden hatte, meine Bitte zu erfüllen und bei meinem Sohne zu bleiben, bis ich sie zur Herreise aufforderte. Zu ihrem Glücke hatte Frau Naryschkin in ihrer Heimath keine Kinder zurückgelassen, da ihre einzige Tochter, Natalie, in Moskau bereits vor längerer Zeit gestorben war. — So schwierig und traurig auch die Lage der Verheiratheten war, so hatte doch die Ankunft dieser Frauen einen höchst

*) Die Naryschkin gehören ebenso wie die Tschernytschew zum höchsten russischen Adel. Peters des Großen erste Frau war eine Naryschkin.

wohlthätigen Einfluß auf unser Gefängnißleben. Wir durften unseren Verwandten keine Briefe schreiben; Einige von uns waren gänzlich von ihren Verwandten vernachlässigt und vergessen; vielleicht würde ein solches Loos die Mehrzahl getroffen haben, wenn diese Frauen uns nicht gefolgt wären und nicht die Correspondenz mit unseren Verwandten geführt und durch diesen Briefwechsel unser Andenken in der civilisirten Welt wach erhalten hätten. Diese Frauen waren auch in den Gefängnissen unsere Schutzengel: für alle Bedürftigen waren ihre Beutel offen, für die Kranken bauten sie ein besonderes Krankenhaus. Alexandrine Murawjew verschrieb durch ihre Großmutter eine ausgezeichnete Apotheke und verschiedene chirurgische Instrumente aus Moskau. Einer meiner Kameraden, früher Stabsarzt in der II. Armee, Ferdinand Wolff, bewohnte dieses Krankenhaus, fungirte als Arzt desselben und half den Leidenden nach Kräften. Unsere Wohlthäterinnen konnten sogar unsere Dankesworte nicht vernehmen; nur von Weitem und höchst selten konnten wir ihrer durch die Spalten unserer Gefängnißmauer gewahr werden, am häufigsten wenn sie zu Fuß und zu Pferde die umliegenden Berge durchstreiften.

Alexandrine Jentalzow war kinderlos und hatte in früher Jugend ihre Eltern verloren; sie wünschte das Schicksal ihres Mannes zu theilen und zu erleichtern. Nur wenige Monate lebte sie mit uns, weil ihr Mann, früher Commandeur einer Artillerie-Batterie, nur zu einjähriger Zwangsarbeit verurtheilt war und Tschita bald verließ. Diese Ansiedelung war für die Jentalzow'schen Gatten in den ersten Jahren fast unerträglicher, als uns das Leben im Gefängniß, denn man hatte ihnen Beresow zum Aufenthaltsorte angewiesen! Drei Jahre später wurden sie südlicher nach Jalutorowsk versetzt, wo der Mann 1847 starb; seine Wittwe sucht bis zum J. 1856 vergeblich um die Erlaubniß nach, in ihre Heimath zurückzukehren, und trauerte einsam am Grabe ihres Gatten.

Im Herbst 1827 war das große für uns bestimmte Gefängniß, dessen Fundament wir selbst ausgegraben hatten, fertig ausgebaut. Im September wurden Fürst Trubetzkoy und die übrigen Staatsverbrecher, welche direct nach Nertschinsk in die Quecksilbergruben verschickt worden waren, mit uns vereinigt; wenig später auch die übrigen in Schlüsselburg und Finnland internirt gewesenen Kameraden. Die Sträflinge von Nertschinsk waren von zwei Frauen begleitet, die sich in jeder Hinsicht als unsere Schutzengel bewährten. Die Fürstin Catharine Trubetzkoy, geborene Gräfin Laval, war 1826 gleich nach der Abfertigung ihres Mannes demselben in Begleitung eines Secretärs ihres Vaters nach Sibirien gefolgt. In Krasnojarsk zerbrach der Reisewagen der Fürstin und ihr Begleiter erkrankte; sie konnte sich nicht aufhalten, setzte sich in ein elendes Fuhrwerk ohne Federn und er-

reichte in diesem nach langer mühsamer Reise Irkutsk. Trubetzkoy war schon nach Nertschinsk weiter befördert worden, das 700 Werst (100 deutsche Meilen) von Irkutsk liegt; die Fürstin wandte sich an den dortigen Civilgouverneur, B. J. Zeidler, um von diesem einen Begleiter für die Weiterreise zu erbitten. Hier fing eine Reihe schwerer Prüfungen für die edle und muthige Frau an. Die Gouvernementschefs hatten den Befehl erhalten, alle Mittel anzuwenden, um die Frauen der Staatsverbrecher, welche ihren Männern nachzufolgen wünschten, von diesem Entschluß zurückzuhalten. Der Gouverneur Zeidler stellte der Fürstin zuerst die Schwierigkeiten der Existenz an einem Orte vor, welcher 5000 schwere Verbrecher beherbergte, mit denen sie in gemeinschaftlicher Kaserne zu wohnen hätte, ohne eigene Bedienung, ohne irgendwelche Bequemlichkeit. Diese Vorstellung schreckte die Fürstin nicht ab: sie erklärte sich bereit alle Entbehrungen zu tragen, wenn sie nur mit ihrem Manne zusammen sein könne. Anderen Tages erklärte ihr der Gouverneur, daß er die Ordre habe, von ihr eine schriftliche Erklärung darüber zu verlangen, daß sie allen ihren Adelsrechten entsage und auf jedes Eigenthum, bewegliches wie unbewegliches, welches sie schon besitze und welches ihr durch Erbschaften noch zufallen könne, verzichte. Catharine Trubetzkoy unterzeichnete diese Erklärung ohne die geringste Widerrede und hoffte sich dadurch den Weg zu ihrem Manne gebahnt zu haben. Aber die Reihe ihrer Prüfungen war noch nicht zu Ende. Einige Tage nach einander wurde sie vom Gouverneur nicht empfangen, indem dieser sich durch Unwohlsein entschuldigen ließ. Die Fürstin wartete geduldig und Zeidler mußte sie endlich doch empfangen; nachdem er sie vergeblich beschworen, von ihrem Unternehmen abzustehen, erklärte er ihr endlich, daß sie nicht anders zu ihrem Manne gelangen könne, als mit den wöchentlich abzufertigenden Zwangsarbeitern, mit Stricken gebunden und diesen von Etappe zu Etappe folgend. — Die Fürstin willigte mit der größten Ergebung auch in diese Bedingung. Jetzt konnte der Gouverneur seiner Bewegung nicht mehr Herr bleiben, er brach in Thränen aus und sagte: „Sie werden zu Ihrem Manne fahren.“ — Um dieselbe Zeit kam unser Commandant Leparsky nach Irkutsk; er war von der Handlungsweise der Fürstin Trubetzkoy tief ergriffen und hat gewiß dazu mitgewirkt, daß ihr keine weiteren Schwierigkeiten gemacht wurden. — Eine Frau mit weniger Seelenkraft hätte gewankt, hätte Bedingungen gemacht, die Sache durch Correspondenz mit den petersburger Oberbehörden verzögert und dadurch die übrigen Frauen abgehalten, die weite und mühsame Reise zu unternehmen. Ohne das Verdienst und die Energie dieser übrigen Frauen zu schmälern oder herabzusetzen, muß ich doch sagen, daß die Fürstin Trubetzkoy die Erste gewesen, die sich nicht allein den weiten und ungewissen Weg

zur Vereinigung mit ihrem Manne gebahnt hat, ſondern zugleich das Widerſtreben der Regierung beſiegte.

Einige Wochen nach der Fürſtin Trubetzkoy langte die Fürſtin Marie Wolkonsky, geborene Rajewsky, in Tſchita an. Ihr Vater, der berühmte Held von 1812, hatte die Abreiſe ſeiner Tochter dringend widerrathen; er wußte, daß ſie die Heirath mit dem Fürſten Serge Wolkonsky, der ſchon während des großen Feldzuges 1813 zum General befördert worden war und ſeinem Alter nach der Vater ſeiner Gemahlin ſein konnte, nicht aus Neigung ſondern nur aus Gehorſam gegen ſeinen Willen geſchloſſen hatte. — Marie Wolkonsky war außerdem Mutter eines Säuglings, ihres erſtgeborenen Sohnes, der ſie vollſtändig in Anſpruch nahm. Sie entſchloß ſich, diejenige Pflicht zu erfüllen, die am meiſten Opfer und Selbſtverleugnung verlangte: ſie ſagte ihrem alten, kranken Vater, an dem ſie mit leidenſchaftlicher Liebe hing, daß ſie nur auf kurze Zeit abreiſe, um ihren Mann zu ſehen, ließ ihren einzigen Sohn bei der Großmutter, der älteſten Staatsdame des kaiſerlichen Hofs, zurück und unternahm die Reiſe nach Sibirien. In Irkutsk erwarteten ſie dieſelben Hinderniſſe und Schwierigkeiten, welche die Fürſtin Tubetzkoy zurückgehalten hatten; auch Marie Wolkonsky verpflichtete ſich ſchriftlich zum Verzicht auf die Rechte ihres Standes und ihr Vermögen. Dieſelbe ſchriftliche Erklärung wurde von allen Frauen verlangt, die ihren Männern nach Sibirien folgen wollten, auch von meiner Frau, welche die Zahl der Frauen beſchloß, die freiwillig die Verbannung ihrer Männer theilten, und im Jahre 1830 zu mir kam. Die Fürſtinnen Trubetzkoy und Wolkowsky waren die Erſten, die ihren Männern nachgeeilt waren, ihre Lage war darum die ſchwierigſte. Anfangs fehlte es noch an einer ausführlichen Inſtruction für die ſibiriſchen Behörden, die jegliche Anfrage in Petersburg ſcheuten. Ein Briefwechſel auf 7000 Werſt Entfernung konnte nicht anders als langſam gehen; die in Petersburg und Moskau weilenden Verwandten der beiden Damen wußten nicht recht, an wen ſie ſich bei Geldverſendungen zu wenden hätten, ob an den Dejour-General Potapow, ob an den Grafen A. Benkendorff. So litten die Damen anfangs an allem Nöthigen Mangel, ſie haben einige Monate lang Kälte und Hunger erdulden müſſen. Daß ſie ihre Wäſche ſelbſt wuſchen und mit einer Nahrung vorlieb nehmen mußten, wie ſie dem ärmſten Tagelöhner zu ſchlecht geweſen wäre, verſtand ſich für ſie, die von Kindheit nur auf Gold und Silber geſpeiſt hatten, von ſelbſt; aber ſie hatten Leiden zu erdulden, die noch ſehr viel härter waren: ſie ſahen ihre Männer in unterirdiſchen Bergwerken unter der Aufſicht roher Bergwerksbeamten arbeiten! — Als dieſe Frauen mit uns in Tſchita vereinigt wurden, veränderte ſich ihre Lebensweiſe zum Beſſeren. Die Zuſendung von Briefen und Geldern wurde jetzt durch den Civilgouver-

neur Zeidler und den uneigennützigen Commandanten Leparsky vermittelt; die Geldsummen waren nicht beschränkt, befanden sich zwar nicht in den Händen der Eigenthümer, wurden aber nach deren Verlangen und Bedürfnissen durch die Vermittelung der Canzlei des Commandanten verausgabt. Der Posttag, der nur einmal wöchentlich wiederkehrte, bildete so jedesmal eine wichtige Epoche in unserem eintönigen Leben. In der Folgezeit wurde uns noch gestattet, russische und auswärtige Journale zu verschreiben.

Im September 1827 wurden wir, wie erwähnt, in das neuerbaute Gefängniß übergeführt. Der Commandant theilte uns in fünf Abtheilungen ein. In einem Zimmer befanden sich die acht zuletzt angekommenen Kameraden aus Nertschinsk; die übrigen vier Abtheilungen wurden nicht nach der Reihenfolge der Strafkategorien, sondern nach dem Gutdünken des Commandanten besetzt. Eines dieser Zimmer wurde von uns Moskau benannt, weil seine Bewohner meist aus Moskau stammten, ein anderes hieß Nowgorod, weil hier ebenso viel politisirt wurde, wie weiland in den Volksversammlungen dieser berühmten Republik; die Abtheilung, in welcher ich mich mit siebzehn Kameraden befand, wurde Pleskau, die Schwester Nowgorod's genannt. Statt der Pritschen hatten wir für eigene Rechnung Betten machen lassen, nicht um bequemer zu schlafen, sondern um unsere Zimmer reinlicher halten zu können; unter den Bettstellen konnte man die Diele fegen, was bei den Pritschen unmöglich war. Wir hatten eine gemeinsame Tafel, speisten in unseren Abtheilungen, deckten selbst, der Reihe nach mußte stets einer von uns de jour sein. Nach der russischen Gefängnißordnung war uns gestattet, aus unserer Mitte einen Aeltesten zu wählen, der unsere Anliegen dem Dejour-Adjutanten oder dem Commandanten vortrug. Dieser Aelteste verfügte über unsere Geldmittel, kaufte Vorräthe ein, hatte aber keinen Kopeken in Händen; seine Anweisungen wurden von der Commandantur-Canzlei ausgezahlt. Fünfzig Schritte von dem Gefängnisse standen unsere Küche und Vorrathskammer. Der Aelteste hatte die Erlaubniß, im Laufe des Tages und unter Geleit, so oft er wollte, dahin zu gehen; er wurde auf je drei Monate erwählt. Der erste Aelteste war der frühere Obrist Iwan Semenowitsch Pawolo-Schweikowsky, der dieses Amt zwei Mal nach einander bekleidete. Unsere Nahrung war einfach und gesund; oft bewunderte ich die Genügsamkeit derjenigen meiner Unglücksgefährten, die ihr Lebelang gewohnt gewesen waren, die besten französischen Köche zu haben und nie ohne Champagner zu speisen; jetzt begnügten sie sich mit Kohlsuppe und Brei und tranken Kwas oder Wasser dazu. Wir hatten viele Gastronomen unter uns; sie gestanden sämmtlich ein, daß sie in Tschita nie an Hunger gelitten, sich allerdings aber auch nie gesättigt gefühlt hätten. Ich habe schon erwähnt, daß etwa die Hälfte meiner Kameraden nicht bemittelt war und daß Viele von ihren Verwandten ver-

nachläſſigt wurden; die Uebrigen waren ſehr reich. Nikita und Alexander Murawjew erhielten allein 60,000 Rubel jährlich! — Jedesmal nach Ablauf von drei Monaten, bei der Wahl des neuen Aelteſten, circulirte ein Bogen auf welchem Jeder ſeinen Mitteln nach zu den gemeinſamen Ausgaben contribuirte; die eingegangene Summe wurde vom Aelteſten zur Anſchaffung von Nahrungsmitteln, Thee, Zucker, Wäſche ꝛc. verwandt. Kleidung und Wäſche ſchafften wir ſelbſt an; die Bemittelten kauften die nöthigen Artikel und theilten ſie mit den Unbegüterten. — Alles wurde brüderlichlich getheilt, Geld und Leid. Um das Geld nicht unnütz zu vergeuden, wurde die Bekleidung von einigen Kameraden ſelbſt zugeſchnitten und genäht. Die beſten Schneider waren Paul Puſchkin, Fürſt Eugen Obolensky, Paul Masgana, Anton Arbuſow. Die ſchönſten Mützen und Schuhe wurden von Nikolai und Michael Beſtuſhew und Peter Fallenberg genäht; ſie erſparten durch ihre Arbeit eine Summe Geldes, mit der wir auch andere unglückliche Verbannte unterſtützen konnten. — Als der Geiſtliche Myslowsky (derſelbe, der die fünf Führer der Verſchwörung zum Galgen begleitet hatte) dieſe Details unſerer Lebensweiſe durch Alexander Kornilowitſch erfahren hatte, theilte er ſie meiner Frau mit, indem er die Bemerkung hinzufügte, daß wir in Tſchita das Leben der Apoſtel führten.

Unſere Arbeiten dauerten wie früher ununterbrochen fort; an die Ketten, welche wir trugen, hatten wir uns allmälig gewöhnt. Vom Mai bis zum September füllten wir die Teufelsgruft aus, beſſerten wir den großen Weg, pflanzten und begoſſen wir die Pflanzen des Gartens, der uns Gemüſe und Kartoffeln lieferte. Als ich nach Schweikowsky's Rücktritt zum Gefängnißälteſten erwählt wurde, ſalzte ich in großen Branntweinfäſſern 60,000 Gurken aus unſerm eignen Garten ein. — Vom September bis zum Mai führte man uns täglich zweimal in ein beſonders gebautes Gebäude, außerhalb des Gefängnißhofes, wo Handmühlen eingerichtet waren; Jeder von uns mußte täglich 80 Pfund Roggen mahlen. Anfangs war dieſe Arbeit ſchwer, bis unſere Hände und Arme ſich an dieſelbe gewöhnten; die geſünderen und ſtärkeren meiner Unglücksgefährten halfen den ſchwächeren ihr Quantum fertig bringen. Oft wurde unſere Arbeit, die im Reiben der Mahlſteine beſtand, mit melodiſchem Geſang begleitet; P. N. Loiſtunow machte den Capellmeiſter; die Kirchenmuſik von Bortniansky wurde beſonders gut gegeben. In die Kirche wurden wir nur einmal jährlich zur Faſtenzeit geführt, um zu communiciren; an den Vorabenden großer Feſttage kam der Geiſtliche in unſer Gefängniß um Gottesdienſt zu halten. Ich werde nie vergeſſen, wie rührend und erhebend dieſer Gottesdienſt am Oſterſonnabend des Jahres 1828 gefeiert wurde, wie um neun Uhr vor dem Zapfenſtreich von allen Seiten der Ruf „Chriſtus iſt auferſtanden!“ ertönte und die Ketten der Ge-

fangenen klirrten, die ſich in brüderlicher Begeiſterung einander in die Arme warfen. In Gedanken umarmten wir zugleich unſere entfernten Verwandten und Freunde, denen wir uns im Gebet verbunden wußten.

Unſere Freiſtunden wurden nach den erſten ſchweren Jahren durch angenehme und belehrende Lectüre ausgefüllt: außer Zeitſchriften in ruſſiſcher, franzöſiſcher, engliſcher und deutſcher Sprache, deren Anſchaffung uns geſtattet wurde, hatten wir die guten Bibliotheken zu unſerer Dispoſition, welche Nikita Murawjew, Wolkonsky und Trubetzkoy ſich nachkommen ließen. Die Zeitſchriften wurden unter mehrere Leſer vertheilt, die über die wichtigſten Neuigkeiten und Begebenheiten den Uebrigen referiren mußten. Da Mehrere von uns wiſſenſchaftliche Bildung erhalten hatten, wurde beſchloſſen, daß dieſe uns die langen Winterabende durch Vorträge verkürzen ſollten. Nikita Murawjew, der ſchöne Militärkarten und Pläne beſaß, trug uns Strategik und Taktik vor; Ferdinand Wolff hielt Vorleſungen über Chemie und Anatomie; Puſchkin II. trug höhere Mathematik vor; Alexander Kornilowitſch und Peter Muchanow laſen ruſſiſche Geſchichte; Alexander Odojewsky ruſſiſche Literatur. Mit Liebe und Erkenntlichkeit muß ich noch des Fürſten A. Odojewsky gedenken, der die Geduld hatte, mich, den geborenen Eſthländer, der nur mangelhaft ruſſiſch konnte, vier Jahre lang in dieſer Sprache zu unterrichten. — Um 9 Uhr Abends ſchloß man unſere Thüren und mußten unſere Lichter ausgelöſcht werden. Da wir nicht ſo zeitig einſchlafen konnten, dauerten die Unterhaltungen im Dunkeln gewöhnlich noch mehrere Stunden lang fort oder wir hörten den Erzählungen M. Küchelbecker's zu, der eine Seereiſe um die Welt gemacht hatte. A. Kornilowitſch machte dann zuweilen noch Mittheilungen aus der vaterländiſchen Geſchichte, mit welcher er ſich als Redacteur des Journals „die ruſſiſche alte Zeit" fleißig beſchäftigt hatte. Mehrere Jahre lang hatten er und der Profeſſor Kunitzin freien Zutritt zu dem Staatsarchiv gehabt und die Regierungszeit der Kaiſerinnen Eliſabeth und Anna beſonders eifrig ſtudirt. — Nach einem halben Jahre mußten wir uns von dieſem kenntnißreichen Kameraden trennen: ein Feldjäger, der uns S. Wadkowsky aus Schlüſſelburg brachte, führte Kornilowitſch mit ſich fort. Später erfuhren wir, daß dieſer wieder in die Peter-Pauls-Feſtung eingeſperrt worden ſei, wo man ihn öfter über die polniſche geheime Geſellſchaft verhört hatte; 1834 wurde er als Soldat nach dem Kaukaſus geſchickt, wo er einige Expeditionen mitmachte und zwei Jahre ſpäter an einem bösartigen Fieber ſtarb.

Der Jahre lange intime Verkehr mit gebildeten Kameraden hatte einen großen Einfluß auf Diejenigen unter uns, die früher keine Zeit oder keine Mittel beſeſſen hatten, um ſich mit Kenntniſſen zu bereichern. Einige begannen fremde Sprachen zu erlernen; unter dieſen machte Zawaliſchin I. die größten Fortſchritte: er erlernte nicht nur das Griechiſche und Lateiniſche,

sondern noch acht europäische Sprachen. Zur Erlernung jeder dieser Sprachen fand er einen Lehrer in der Zahl der Kameraden, als besonderer Schlüssel und als allgemeines Wörterbuch diente ihm die Bibel. Die Sprachübungen, die gemacht wurden, führten zu manchem komischen Auftritt. Allgemein war das Gelächter, wenn Jemand sich um die Aussprache der englischen Worte abmühte und M. Lunin, der dieser Sprache vollkommen mächtig war, bittend sagte: „Lesen Sie und schreiben Sie, meine Herren, englisch, so viel Sie wollen, nur sprechen Sie diese Sprache nicht.“ — Unsere fünf Zimmer waren sehr eng, denn auf allen vier Seiten standen Betten. Einige von uns äußerten den Wunsch, die Geige zu spielen, oder die Flöte zu blasen, sie waren aber zu gewissenhaft, die Ohren der anderen Kameraden zu quälen; ich wählte mir daher das undankbarste Instrument — den Czakan (Stockpfeife) und widmete diesem täglich eine halbe Stunde. Ein Jahr später wurde uns gestattet, in unserm Gefängnißhofe ein Häuschen von drei kleinen separaten Zimmern zu bauen. In einem standen Hobel- und Drechslerbänke und und eine Presse zum Buchbinden; die besten Erzeugnisse auf diesem Gebiet lieferten die Gebrüder Bestushew, Puschkin, Frolow und Borissow I. — In den andern Zimmern standen ein Royal und ein Fortepiano; nach festgesetzten Stunden kam man der Reihenfolge nach dahin, um die Flöte, den Czakan zu blasen, die Geige und die Guitarre zu üben. Auf dem Royal spielte A. P. Juschnewsky sehr geläufig; mit Wadkowsky, einem ausgezeichneten Violinspieler, Krukow II. und Soistunow, der Violoncello spielte, bildete er ein gutes Quartett. Den 30. August 1828, da wir 16 Namenstage gleichzeitig feierten, spielte unser Orchester zum ersten Mal im Gefängnisse.

Ein Jahr nach unserer Ankunft in Tschita verließen uns unsere Kameraden von der siebenten Kategorie, da ihr Termin für die Zwangsarbeit zu Ende war und sie zur „Ansiedlung in Sibirien“ übergehen mußten. Wir freuten uns für die Abreisenden, daß diese fortan mehr Freiheit genießen sollten — sie trauerten, uns in Ketten und im Gefängniß zurücklassen zu müssen; die Zeit lehrte, daß wir es doch besser hatten als sie. Die Gesellschaft edler, gesitteter Männer schmückt das Gefängnißleben eben so sehr, als die Gesellschaft von Taugenichtsen das Leben in der Freiheit verdunkelt. Die Abreisenden hatten anfangs viel zu leiden, da sie an entfernt liegenden nördlichen Ortschaften und von einander getrennt angesiedelt wurden; erst nach zwei Jahren wurden sie in eine südlichere Gegend versetzt, wo sie zu je zwei und drei Kameraden zusammen leben konnten. — In den ersten Tagen des August 1828 langte ein Feldjäger in Tschita an, er brachte Niemand mit und führte Niemand fort; wir konnten darum über den Grund seines Erscheinens Nichts erfahren, zumal keine Veränderung in unserer Behandlung eintrat. Ende September erschien der Commandant aber plötzlich in großer Uniform mit

breitem Bande über der Schulter im Gefängniß; er versammelte uns in einen Kreis und kündigte an, daß der Kaiser allergnädigst zu befehlen geruht habe, uns in Ansehung unserer guten Führung die Ketten abzunehmen, die wir auf der Reise und dann noch anderthalb Jahre lang getragen hatten. Später erfuhren wir, daß der Kaiser am 8. Juli, dem Tage des Festes der Kasan'schen Kirche zu St. Petersburg, aus dieser heraustretend befohlen hatte, einen Feldjäger nach Tschita abzufertigen mit der Ordre, denjenigen Staatsverbrechern, die solche Gnade durch ihre gute Führung verdient hätten, die Ketten abzunehmen. Der Commandant hatte diese Ordre Anfang August erhalten, aber beschlossen die Sache zu verheimlichen, bis er Antwort auf die Anfrage erhalten hätte, ob die bewilligte Gnade auf die Staatsverbrecher aller Kategorien ausgedehnt werden dürfe. Er wünschte Allen und nicht nur einem Theile der Gefangenen die Ketten abzunehmen — mußte sich zugleich aber sagen, daß, wenn er uns Alle davon befreite, er das Mißtrauen der höheren Behörde auf sich geladen hätte, die ihn stürzen und durch einen harten Nachfolger ersetzen konnte. Leparsky wünschte sich unsertwegen auf seinem Posten zu erhalten und berichtete, daß wir Alle diese Gnade verdient hätten. Sein Vorschlag war genehmigt worden und er hatte die Freude, uns selbst davon in Kenntniß zu setzen: ein Unterofficier öffnete die Schlösser unserer Eisen — zum letzten Mal klirrten sie, auf den Fußboden fallend. Ich betrauerte sie in diesem Augenblick fast; sie hatten so lange und so oft meine Lieder begleitet, wenn ich den Tact zu denselben mit meinen gefesselten Füßen schlug. Die ersten Nächte nach der Befreiung schien es mir noch immer, als ob die Ketten meine Füße umschlängen, weil dieselben an eine bestimmte Richtung und Lage gewöhnt worden waren. Ich erinnere mich nicht, welchem meiner Kameraden es gelang, sich ein Paar von unseren Ketten zu verschaffen und aus diesen Andenken für uns arbeiten zu lassen; ich habe noch einen Ring und ein Kreuz, das Jakubowitsch aus diesem Eisen geschliffen. Wenn ich zu umständlich und zu sentimental von meinen Ketten rede, so halte man mirs zu gut; ich habe die Erfahrung gemacht, daß Leiden für eine Idee auch ihre süßen Seiten haben. — Zu dieser Zeit wurde ich zum Aeltesten erwählt, um J. P. Schweikowsky abzulösen. In Angelegenheiten meiner Unglücksgefährten hatte ich bisweilen Gelegenheit, mit dem Commandanten Leparsky zu verhandeln: er empfing mich stets außerordentlich höflich. Mehrere Male sagte er: „Was wird alles über mich in Europa geschrieben werden? Man wird sagen, daß ich ein herzloser Gefängnißwächter, ein Scharfrichter und Unterdrücker gewesen sei! Ich bewahre meine Stellung nur, um Sie, meine Herren, vor Verfolgungen und Ungerechtigkeiten gewissenloser Beamten zu schützen. Was habe ich von meinen Bändern und meinen

Sternen, die ich hier doch Niemanden zeigen kann? Möchte ich bald von hier befreit werden, aber nicht anders, als mit Ihnen zugleich!“ —

Im Jahre 1828 gelangten noch drei Frauen zu uns nach Tschita. Natalie Fonwisin, geborene Opyhtin, hatte ihrem Manne wegen zweier minderjähriger Söhne nicht sogleich folgen können. In ihrer frühesten Jugend schon zeichnete sie sich durch Schönheit und religiösen Sinn aus; vor ihrer Verheirathung wollte sie sich von der Welt zurückziehen und sich in ein Kloster einschließen. Später die Verbannung und die Leiden ihres Mannes theilend, wahrte sie sich eine unbedingte Ergebenheit in Gottes Willen, aber ihre Nerven wurden so zerrüttet, daß sie oft mit Krankheit zu kämpfen hatte. Zu gleicher Zeit mit ihr kam Alexandrine Dawydow, die Gemahlin des Husarenobristen Wassily Ljwowitsch Dawydow, nach Tschita; sie hatte eine zahlreiche Familie verlassen und mußte vor ihrer Abreise ihre Kinder bei Verwandten unterbringen. Eine ungewöhnliche Sanftmuth, beständiger Gleichmuth und große Ergebung zeichneten den Charakter dieser liebenswürdigen Frau aus. — In demselben Jahre kam noch Mademoiselle Pauline, die Braut P. A. Annenkow's, nach Tschita; die Verlobung war in der Stille vollzogen, die Erlaubniß, zu ihrem Bräutigam zu reisen, öffentlich und glänzend von dem Kaiser selbst ertheilt worden, an den die heldenmüthige Braut sich persönlich bei Gelegenheit eines großen Manövers gewandt hatte. Der Kaiser empfing sie zur guten Stunde mit der größten Theilnahme und gab ihr Reisegeld, während den übrigen bereits verheiratheten Frauen alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt worden waren. Jetzt befanden sich acht Damen in Tschita: die Fürstinnen Catharine Trubetzkoy und Marie Wolkonsky, Alexandrine Murawjew, Elisabeth Naryschkin, Alexandrine Jentalzow, Natalie Fonwisin, Alexandrine Dawydow und Pauline Annenkow. Sie besorgten die gesammte Correspondenz mit den Verwandten aller anwesenden Staatsverbrecher; sie waren die Vermittlerinnen zwischen den Lebenden und den politisch Todten. Sie selbst führten ein Leben voll Selbstverleugnung: ihre Männer konnten sie, wie erwähnt, nur zwei Mal wöchentlich während einer Stunde sehen, in Gegenwart eines Dejourofficiers und einer Schildwache. Dieses Verhältniß dauerte fast vier Jahre, bis zu unserer Versetzung in ein neues Gefängniß bei der Petrowski'schen Eisenfabrik.

Wir waren anfangs in Tschita unser 82 Mann. Nach der Abfertigung der Staatsverbrecher von der sechsten und siebenten Kategorie, die nach Verbüßung der Strafarbeit zur Ansiedlung weggesandt worden waren, und der Abreise Tolstoy's (nach dem Kaukasus) und Kornilowitsch's (in die Festung von Petersburg) blieben 70 Männer und 7 Frauen in Tschita zurück; Frau von Jentalzow war ihrem Manne im ersten Jahre ihrer Ankunft an den Ort seiner Ansiedlung gefolgt. — Jeder Gefangene ist unaufhörlich mit Ge-

danken an ſeine Befreiung beſchäftigt; auch wir dachten an die Möglichkeit einer Befreiung für uns und die unſchuldig leidenden Damen: derſelbe Gedanke beſchäftigte noch Andere außerhalb unſeres Gefängniſſes. In den Bergwerken von Nertſchinsk, wo anfangs acht meiner Kameraden mitgearbeitet hatten, waren noch Einige von den Officieren des meuteriſchen Tſchernigow'ſchen Regimentes geblieben, die nicht mit uns zugleich gerichtet, ſondern durch ein beſonderes Kriegsgericht verurtheilt worden waren. Unter ihnen befanden ſich der Baron Solowjew, Byſtritzky, Maſſalewsky und ein gewiſſer Suchanow. Der Letztere, der kurz vor ſeiner Verurtheilung in ein Huſarenregiment übergeführt war, entſchloß ſich, die vielen Tauſende in Nertſchinsk internirter Zwangsarbeiter aufzuwiegeln, uns mit ihrer Hilfe aus Tſchita zu befreien und ſich über das Weitere mit uns zu verſtändigen. Die Mehrzahl der Zwangsarbeiter hatte eingewilligt; es war verabredet, die Wachen in der Nacht zu entwaffnen und am folgenden Morgen aufzubrechen, als am Vorabend ein Verräther die Verſchwörung entdeckte und Suchanow und die Hauptführer in Ketten in ein Gefängniß geworfen wurden. Die Sache wurde ſogleich nach Petersburg berichtet und Suchanow ſammt zehn Hauptführern zum Tode verurtheilt. In der Nacht vor Vollziehung des Urtheils hatte Suchanow ſich an dem Ofen ſeines Gefängniſſes aufgehängt; die Uebrigen wurden erſchoſſen. Solowjew, Byſtritzky und Maſalewsky wurden zu uns nach Tſchita verſetzt, um ähnlichen Verſuchen vorzubeugen. In Tſchita wurden wir von einer Compagnie Infanterie und von fünfzig ſibiriſchen Koſaken bewacht. Mehere von uns waren fleißig mit Befreiungsgedanken und Vorbereitungen zur Flucht beſchäftigt, andere aber ſahen die Unmöglichkeit eines ſolchen Unternehmens ein und wieſen dieſelbe nach. Mit der Wache hätte man zurecht kommen können; die Soldaten waren uns ergeben, ſie hätten freiwillig oder gezwungen ihre Gewehre geſtreckt; aus dem Gefängniſſe, aus dem Thor hätten wir entweichen können, aber was ſollte dann geſchehen? — Wir hätten ſüdlich nach China flüchten und ſo die Grenze erreichen können, aber die Chineſen würden uns ausgeliefert haben. An der Grenze wären überdies fünfzig Koſaken hinreichend geweſen, um uns Tag und Nacht zu verfolgen, keinen Augenblick Ruhe zu geben und uns dadurch in einigen Wochen aufzureiben. — Ein anderer Weg führte ſüdöſtlich zu den Ufern des Amur; wir hätten in einer Bucht dieſes Fluſſes ein Fahrzeug bauen, auf dem Fluſſe in den großen Ocean ſegeln und nach Amerika gehen können. Wie aber ſollten wir an das Ufer des Amur gelangen? die Burjätiſchen, Nomaden, hätten uns nicht geholfen; ſogar nach Erreichung des Amur wären wir immer noch weit vom Ocean entfernt geweſen und die Verfolger hätten unſere Flotille leicht vernichten können. — Ein dritter Weg ging nach Weſten; 4000 Werſt waren es allein bis zur Grenze des europäiſchen Rußlands; bei einer ſolchen Entfernung

wären unzählige Hemmnisse zu überwinden gewesen. — Ein vierter Weg ging über die Tundren, morastige mit Moos bewachsene Flächen zum Eismeer. Leichter wäre die Flucht Einzelner zu bewerkstelligen gewesen. Wir wußten, daß einige verschickte Tscherkessen glücklich über den Aralsee und das kaspische Meer in ihre heimathlichen Gebirge gelangt waren. Die Befreiung Einzelner hätte aber die härtesten Maßregeln gegen die Zurückgebliebenen zur Folge gehabt; Niemand wollte die Verantwortung dafür gegen die Kameraden und deren Frauen auf sich laden. Anders stand es mit Denjenigen, die als Ansiedler verschickt worden waren und abgesondert von einander lebten; aber auch hier würde das Entweichen des Einen die grausamsten Folgen für die Uebrigen gehabt haben. So blieb Nichts übrig, als sich gehorsam unter das Gesetz der Nothwendigkeit zu beugen.

Die Nordpolfahrt.

Die beiden Expeditionen, welche diesen Sommer versucht haben nach dem Nordpol hin vorzudringen, sind in der Hauptsache unverrichteter Sache zurückgekehrt. Das deutsche Schiff „Grönland", von Dr. A. Petermann in Gotha vermöge einer Art halb-öffentlicher Nationalsammlung ausgerüstet, von C. Koldewey befehligt, hat die Ostküste Grönlands nicht frei genug von Eis gefunden, um an ihr entlang nordwärts zu steuern, und ist nach einem gleichfalls vergeblichen Versuch bei Spitzbergen umgekehrt; seine Reise dauerte vom 24. Mai, wo es Bergen verließ, bis zum 10. October, an welchem Tage es festlich eingeholt in Bremerhaven einlief; der höchste nördliche Punkt, welchen es errreicht hat, war 81° 5′. Die schwedische „Sophie", ein Dampfschiff, ist bis zu 81° 42′ vorgedrungen, also nur etwa einen Grad weniger weit, als Parry, der im Jahre 1827 auf Schlitten 82° 45′ berührte und weiter vordrang als je vorher ein Schiff. Die Absicht indessen, im Eise zu überwintern und dann im Frühjahr noch weiter nach Norden zu gehen, haben Prof. Nordenskjöld und Capt. v. Otter nach erlittenen schweren Beschädigungen ihres Schiffes aufgeben müssen. Am 4. Juli ausgegangen, hat die „Sophie" am 20. October vor Tromsöe wieder Anker geworfen.

Damit ist jedoch die Sache selbst von den Nationen, welche sich ihrer einmal bemächtigt haben, so wenig aufgegeben, daß vielmehr in diesem Augenblicke schon so gut wie feststeht, daß im nächsten Jahre drei Expeditionen ersten Ranges von den verschiedensten Ausgangspunkten her das Unternehmen erneuern werden. Die Franzosen treten neu in die Linie ein; die Amerikaner knüpfen

den Faden wieder an, welcher zerriß als der vierjährige Bürgerkrieg ausbrach; und wir Deutsche endlich lassen uns durch den ersten Mißerfolg nicht im mindesten entmuthigen, sondern lernen von demselben nur, wie wir es das zweite Mal zweckmäßiger und glückbezwingender anzufangen haben.

Die französische Nordpolfahrt war schon im Werden, als die nun vollendete erste deutsche noch nicht einmal im Kopfe ihres Urhebers geboren war. Sie reifte mit einer für Frankreich auffälligen Langsamkeit; ihr Urheber Gustav Lambert setzt eine wahrhaft ungewöhnliche Beharrlichkeit an die schwere Aufgabe, seine Landsleute für diese Art von Muth- und Tapferkeits-Probe hinlänglich zu erwärmen. Er hat mehr als hundert Vorträge in einer großen Zahl von Städten halten müssen, um die Nationalsubscripton, der doch der Kaiser mit 50,000 Franken vorausgegangen war, auf die erforderliche Höhe von einer halben Million zu treiben. Im nächsten Januar will Lambert nun abgehen, um bis zum Juli bereit zu sein, von der Behringsstraße her auf das Ziel loszusteuern. Denn das ist die Eigenthümlichkeit der von ihm gefaßten Idee: er nimmt an, von jener entlegenen Stelle aus, wo Asien und Amerika einander ansehen nnd der stille Ocean seine Wogen mit denen des nördlichen Polarmeers mischt, sei der Pol am sichersten und ersten zu erreichen. Abgesehen von allgemeinen Betrachtungen, welche für die Erreichbarkeit des Nordpols überhaupt sprechen, stützt Lambert sich hauptsächlich auf die Wahrnehmungen russischer Marine-Officiere, namentlich der ehemaligen Lieutenants, späteren Admiräle Wrangel und Anjou, welche in den Jahren 1821 und 23 nordwärts von Sibirien gesegelt waren. Neuerdings kommen ihm freilich die Aussagen zweier amerikanischer Walfischfahrer einigermaßen in die Quere, welche im Sommer 1867 jenseits der Behringsstraße kreuzend zwar wenig Walfische, aber ein grün bewachsenes Land gefunden haben wollen.

Amerikas Theilnahme an der Erforschung der unbekannten nördlichen Polargegenden besteht bis jetzt hauptsächlich in den Fahrten von Kane (1853—54) und Hayes (1860—61). Der verstorbene Dr. Kane überwinterte im Rensselaer-Hafen am Smith-Sund nördlich der Baffins-Bai, war aber selbst zu schwach, um von dort aus noch weiter nordwärts zu dringen, und sandte daher seinen Stewart Morton aus, der zuletzt an ein weit hinaus unbegrenztes, offenes und leidlich eisfreies Meer gerieth. Wurden gegen Morton's, als eines ungelehrten Mannes Bericht, noch starke Zweifel erhoben, so schlug diese Dr. Hayes sieben Jahre später vollkommen nieder. Er hatte schon Kane's Reise als Arzt mitgemacht; mit einem eigenen durch Sammlungen bestrittenen Fahrzeug kehrte er 1860 in den Smith-Sund zurück, überwinterte in Port Foulke, etwas südlicher als Kane, drang aber dafür im folgenden Frühling theils auf Schlitten, theils zu Fuße gegen zwanzig Meilen weiter nach Norden an der westlichen Küste des Sundes, dem sogenannten

Grinell-Land vor, wo er schließlich ebenfalls ein unabsehbares Meer erblickte. Durch die Beschädigungen seines Schiffes genöthigt heimzukehren, nahm er den festen Entschluß mit, zum dritten Male auf derselben Bahn nach dem erhabenen Ziele vorzudringen. Er hoffte zwei Schiffe aufzutreiben, das kleinere dann in Port Foulke vor Anker zu legen, gestützt auf eine dort anzusammelnde Jagd-Colonie von Eskimos, mit dem größeren aber durch den Sund hinaus ins offene Meer zu segeln. Es war ihm zur Ueberzeugung geworden, daß nördlich von Cap Frazer der Smith-Sund jeden Sommer schiffbar sei. Als Dr. Hayes jedoch nach Halifax kam, erfuhr er den Ausbruch des Aufstandes in den Südstaaten; er glaubte weder seine eigenen Dienste dem bedrängten Vaterlande entziehen zu dürfen, noch konnte er erwarten unter solchen Umständen thätige Betheiligung an einer wissenschaftlichen Entdeckungsfahrt zu finden, und so vertagte er nothgedrungen seinen Plan auf spätere Tage. Diese scheinen nun angebrochen; der subatlantische Telegraph hat uns vor Kurzem gemeldet, daß eine neue Nordpolreise in Newyork beschlossen worden sei. Ohne Zweifel wird dieselbe sich in erster Linie auf die unerschütterliche Energie und die nicht hoch genug anzuschlagenden praktischen Erfahrungen dieses vorzüglichen Mannes gründen.

Wenn auch keine ihm gleichzustellenden, so besitzt Deutschland doch nun auch schon einige praktische Kenner des Segelns nnd Festsitzens im Polarmeer. Das ist der materielle Haupterfolg der diesjährigen Reise. Mit einem einzigen kleinen Segelschiff unternommen, auf rasch entworfene Instructionen hin, kann sie unmöglich wie der erste, so auch der letzte deutsche Versuch in dieser Richtung sein sollen. Das leidet die einmal eingesetzte nationale Ehre und das hohe Interesse unserer werdenden Marine an solchen Uebungsfahrten nicht. Man muß sich, um den ersteren Punkt zu würdigen, nur erinnern, wie die Sache zwischen den überhaupt betheiligten Völkern steht. Nachdem die Amerikaner in ihrer hoffnungsvollen und erfolgreichen Aufnahme der Idee durch ihre inneren Wirren unterbrochen worden, in England aber das so lange und hartnäckig fortgesetzte rühmliche Streben nach Franklin's Wiederauffindung endlich aufgegeben war, brachte im Jahre 1865 Capitän Sherard Osborn durch einen Vortrag in der londoner Geographischen Gesellschaft die Nordfahrtpläne wieder in Fluß. Er forderte, daß die Admiralität zwei ihrer Dampfschiffe ausschicken und dann von diesen aus an geeigneten Punkten Schlitten-Expeditionen auf den Weg nach dem Nordpol absenden solle. Er ging nämlich von der Voraussetzung aus, daß der Pol von festem Lande, nicht von Wasser umgeben sei. Diese Voraussetzung griff unser Landsmann Dr. A. Petermann in einem Briefe an den Präsidenten jener Gesellschaft, Sir Roderick Murchison, mit wissenschaftlichen Gründen so wirksam an, daß die Anregung Osborn's ohne Erfolg blieb. Aber Dr. Petermann hatte

by Google

natürlich nicht von dem Trachten nach der Erreichung des Nordpols überhaupt abmahnen wollen. Im Gegentheil, dieſe betrachtete er als eine ausgemachte Aufgabe der Zeit und ſetzte in die Bekämpfung der Vorurtheile, welche ihr entgegenſtehen, ſogar einen ganz perſönlichen edlen Ehrgeiz. Er begann denn auch von dem Tage an die Ausführung eines deutſchen Unternehmens der Art ernſtlich ins Auge zu faſſen. Deutſche Wiſſenſchaft hatte engliſchen Unternehmungsgeiſt von der Betretung eines ihr falſch erſcheinenden Pfades zurückgehalten; ſollte ſie nun nicht im Stande ſein, den ſchlummernden ſeemänniſchen Unternehmungsgeiſt ihrer eigenen Nation dafür auf dieſe Straße zu leiten? Die erſten Verſuche, bald an die Mittel des preußiſchen Staats, bald an die des jetzt aufgelöſten Nationalvereins geknüpft, mißlangen zwar aus Gründen, welche nicht in der Sache ſelbſt lagen; aber Intereſſe für den Gedanken wurde dabei doch in wichtigen und ſelbſt in ziemlich weiten Kreiſen geweckt. Als nun bekannt wurde, daß die Franzoſen ebenfalls auf dieſer ruhmverheißenden internationalen Arena aufzutreten vorhätten, ja als der Prinz Napoleon, der ſelbſt einmal eine Spazierfahrt ins Eismeer angeſtellt hatte, zufällig nach Gotha kam und Dr. Petermann direct und indirect ermuthigte, ſein Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, da entſchloß ſich dieſer zu einer anſcheinend verwegenen That. Er rief ein paar begeiſterte junge Seeleute herbei, raffte alle ſeine Mittel zuſammen, ſchoß der Nation gewiſſermaßen das Capital für eine vorläufige Recognoſcirungsfahrt vor und die „Grönland“ konnte ausſegeln. Wenn ſpäter die Geſchichte dieſer Dinge zu überſehen iſt, ſo wird ſich wahrſcheinlich herausſtellen, daß dieſer raſche Entſchluß für das erſehnte endliche Vollbringen weit wichtiger geweſen iſt als die bloße Kritik der Reſultate ergeben mag.

Die diesjährige ſchwediſche Expedition hat ihre Mittel erhalten durch das Zuſammenwirken von Bürgern der Handelsſtadt Gothenburg mit der Regierung. Prof. Nordenſkjöld, der leitende Kopf, ſetzte durch den einflußreichen Grafen Ehrenſvörd die gothenburger Kaufmannſchaft in Bewegung und nachdem das nöthige Geld beiſammen war, bewog er den König zur Ueberlaſſung des gerade disponibeln Poſtdampfers „Sophie“. Aehnlich ſcheint die zweite, größere deutſche Expedition im nächſten Jahre zu Stande kommen zu ſollen. In Bremen hat ſich das Bewußtſein, daß die Nationalehre und das Nationalintereſſe eine baldige Erneuerung des Verſuchs erheiſche, am lebendigſten geregt. Dr. Petermann wurde kurz nach der Heimkehr des Capt. Koldewey und ſeiner Gefährten veranlaßt dorthin zu kommen und ihm ein demonſtratives Feſtmahl gegeben, hinter deſſen durchſichtigem Vorhange, ſo zu ſagen, ſich die erſte allgemeine Vorbereitung zu der neuen Fahrt halb verrieth und halb verbarg. Ein Mann bekannten Namens, das Reichstagsmitglied H. H. Meier, deſſen glücklicher Initiative und durchdringender Energie

schon Vieles gelungen ist, will das Praktische der Sache in die Hand nehmen. Sobald das geographisch-nautische Programm von Dr. Petermann und andern Sachkennern ausgearbeitet ist, wird von Bremen aus unter einer angemessenen Vorabzeichnung die Nation eingeladen werden, eine zweite größere Expedition durch ihre Beiträge flott zu machen.

Das Operationsfeld wird aller Wahrscheinlichkeit nach wiederum in der weiten nördlichen Oeffnung des atlantischen Oceans gesucht werden. Koldewey hat von seiner Kreuzfahrt die Ueberzeugung heimgebracht, daß irgendwo in dieser Gegend jeden Sommer durch das Eis zu dringen sei. Aber es muß ein Dampfschiff sein, nicht wie diesmal ein Segelschiff, mit dem die starren Schranken des Eissaumes untersucht werden müssen, ob sie nicht irgendwo ein Loch haben; und womöglich müssen zwei Dampfschiffe darauf ausgehen, um die Chancen des Erfolgs durch hinreichende Kohlenvorräthe u. dgl. m. so hoch wie möglich anzuhäufen. Würde, wie anfänglich schon im letzten Sommer, an der Ostküste von Grönland versucht werden theils zu Schiff, theils nöthigenfalls im Boote oder auf Schlitten vorwärts gegangen, so könnte es geschehen, daß man zuletzt entweder auf grönländischem Granitboden oder in dem jenseits wogenden offenen Meer den Amerikanern des Dr. Hayes begegnete und so vielleicht noch ein Stück weiterer Entdeckungen von den beiden Nationen gemeinsam gemacht würde, die sich in endlich erkannter Brüderlichkeit jetzt anfangen die Hand zu reichen.

Baumgarten's Geschichte Spaniens 1820—1825.

Staatengeschichte der neuesten Zeit. Des 14. Bandes zweiter Theil: Geschichte Spaniens vom Ausbruch der französischen Revolution bis auf unsere Tage von Hermann Baumgarten. Zweiter Theil, zweiter Halbband. Leipzig bei S. Hirzel (1868).

Die erste Hälfte des zweiten Bandes der Baumgarten'schen Geschichte Spaniens war in den Tagen erschienen, in denen die Nachricht von dem Ausbruch der jüngsten spanischen Revolution zu uns gelangt war. Ihren Hauptinhalt hatte die Schilderung der Zustände ausgemacht, welche zu dem spanischen Aufstande von 1820 führten, und der Mehrzahl der Leser dieses interessanten Buches mag die Aehnlichkeit mit den Verhältnissen, deren Ausgang sie eben zusahen, bei der Lectüre der Schilderungen aus den Jahren 1814 bis 1820 lebhaft vor Augen geschwebt haben. Hoffen wir, daß das Stück Geschichte, welches der soeben ausgegebene zweite Halbband dieses zweiten Theils erzählt (der traurige Ausgang der Umwälzung von 1820

bildet seinen Hauptinhalt), gründlich verschieden sei von dem Capitel spanischer Revolutionshistorie, welches uns die nächste Zukunft bringen soll.

Der erste Halbband war an neuen Aufschlüssen und Gesichtspunkten für die spanische Restauration nach der Rückkehr des siebenten Ferdinand aus Bayonne, außerordentlich reich gewesen. Während man bisher angenommen hatte, der reactionäre Einfluß der Staaten der heiligen Alliance und namentlich Rußlands habe wesentliche Mitschuld an der verbrecherischen Thorheit und tyrannischen Roheit gehabt, mit welcher der letzte männliche Regent aus dem Hause der spanischen Bourbonen gegen die Männer gewüthet hatte, denen die Rettung seines Throns und der Unabhängigkeit seines Vaterlandes zu danken gewesen war — erfuhren wir an der Hand der archivalischen Schätze, welche Baumgarten's Fleiß erschlossen hatte, daß dem nicht so gewesen. Aus russischen, englischen und preußischen Depeschen wurde uns nachgewiesen, daß Kaiser Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. Ferdinand's Wüthen gegen die Liberalen, seine Rückkehr zu den brutalsten Formen des Absolutismus und seine Abwendung von allen Gedanken an eine rechtlich geordnete Verfassung ebenso mißbilligt hatten, wie die Vertreter Englands und die freisinnigen Männer in ganz Europa. Der russische Gesandte Tatischtschew, der bisher für den Hauptmitschuldigen der nichtswürdigen madrider Camarilla gegolten, war in Wahrheit unablässig bemüht gewesen, den König auf bessere Bahnen zu leiten und die eingekerkerten liberalen Führer zu befreien; in ihren Depeschen an Hardenberg und Lord Castlereagh, den Todfeind des continentalen Liberalismus, hatten die Gesandten Schepeler und Sir Henry Wellesley die spanische Mißregierung mindestens ebenso hart verurtheilt, als es jene englischen Oppositionsredner thaten, welche Se. katholische Majestät vor offenem Hause einen „verabscheuungswürdigen Wicht" (execrable wretch) titulirten — jede Spur einer Entschuldigung für den Fürsten, der sein patriotisches Volk wie ein mongolischer Chan behandelte, ist weggefallen und dadurch das strenge Urtheil, welches über Ferdinand VII. schon früher feststand, beträchtlich verschärft worden.

Der vorliegende zweite Halbband ist an neuen wichtigen Aufschlüssen nicht minder reich. Trotz der Schwierigkeiten, welche der Verfasser zu überwinden hatte, um in den Besitz des nöthigen Materials zu gelangen, und trotz des Scheiterns seiner Versuche, in die Depeschen der französischen, englischen und italienischen Staatsmänner, welche Zeugen der Vorgänge von 1820 bis 1824 waren, gehörige Einsicht zu gewinnen, ist er im Stande gewesen ein Bild jener Ereignisse zu entwerfen, das allenthalben das Gepräge lebensvoller Wahrheit trägt und die reiche Anerkennung, welche er durch seine früheren Arbeiten auf dem Gebiet spanischer Geschichte erworben, beträchtlich vermehren wird.

Ein glücklicher Umstand ist dem Verfasser dabei allerdings zu Hilfe gekommen. Das revolutionäre Spanien der J. 1820 bis 1824 konnte von einem Manne, der so gründliche Vorstudien getrieben hatte wie Baumgarten, auch ohne die Hilfe der Staatsarchive, welche ihm verschlossen blieben, studirt und verstanden werden. Für die diplomatische Zeitgeschichte boten die preußischen Depeschen

(die einzigen, die dem Verfasser für diesen Zeitraum zugänglich waren) einen zuverlässigen Leitfaden, wenn der Werth desselben auch durch die Unmöglichkeit des Vergleichs mit den Berichten anderer Gesandten geschmälert wurde; der eigentliche Schauplatz der Entwickelung, der Boden, auf welchem die eigentlichen Krisen sich vollzogen, ist in diesem Zeitabschnitte aber Spanien selbst. Dieses ließ sich aus den zeitgenössischen Journalen und Flugschriften ungleich besser studiren, als aus den Darstellungen interessirter diplomatischer Zuschauer. — Abweichend von einer großen Zahl früherer Beurtheiler, die, unter dem Einfluß der liberalen Ueberschwänglichkeit ihrer Zeit stehend, die Hauptschuld an dem traurigen Ausgang des zweiten constitutionellen Experiments in Spanien bei seinen Gegnern gesucht hatten, leitet unser Verfasser den Bankerott der liberalen Sache aus dem Ungeschick ihrer Vertreter, der Maßlosigkeit der Exaltados und der abergläubischen Voreingenommenheit der gesammten freisinnigen Partei für die unpraktische Verfassung von 1812 ab. Mit dieser Verfassung, die das Lieblingskind auch ihrer deutschen, französischen und italienischen Zeitgenossen war, ließ sich — wie Wellington schon früher gesagt hatte und wie Baumgarten nach unparteiischer Prüfung bestätigt — in der That nicht regieren. Ihre freisinnig-doctrinären Vorschriften standen nicht nur im Gegensatz zu der Unbildung und Verwilderung des Volks, für welche sie gegeben waren, sie paßten nicht nur nicht für die Zustände, welche sie entwirren sollten — sie waren so beschaffen, daß selbst eine gebildetere, von einsichtigen und wohlwollenden Fürsten und Staatsmännern geleitete Nation mit ihr nicht zurecht gekommen wäre. Die königliche Macht war auf ein Minimum beschränkt, welches keinem Regenten, der ein Gefühl von der Würde und Verantwortlichkeit seines Amtes hatte, genügen konnte, und einem in den Traditionen des spanischen Absolutismus erzogenen Bourbonen aber zeitlebens ein Gräuel sein und bleiben mußte, weil er durch dasselbe zum Werkzeug nicht seiner Minister, sondern der zufälligen Majorität in den Cortes gemacht wurde. Die Räthe der Krone, die parlamentarische Minister im eminenten Sinne des Worts sein sollten, waren völlig außer Stande, den Einfluß auf ihre Parteigenossen, der die Grundlage ihrer gesammten Stellung bilden sollte, irgend zu bethätigen; sie waren nicht die Führer der Majorität, sondern rechtlich höchst beschränkte Diener derselben. Nach einer gradezu unsinnigen Vorschrift der Constitution von 1812 (an welcher nichtsdestoweniger von allen Parteien, ja von den Gliedern des Cabinets Argüelles selbst, unbedingt festgehalten wurde) dürften die Minister an den Verhandlungen des Parlaments regelmäßig keinen Antheil nehmen, nicht einmal den Sitzungen desselben beiwohnen. Ihr Erscheinen war auf die Fälle beschränkt, in denen sie von den Cortes zur Theilnahme an der Debatte eingeladen wurden. Für alle wichtigen Verhandlungen konnten Einfluß und Beredtsamkeit der Regierungsvertreter ohne Weiteres dadurch bloßgelegt werden, daß ein Radicaler ihre Abwesenheit benutzte oder ihre Nichteinladung durchsetzte. „Die Minister sollten aufs strengste an das Vertrauen der Versammlung gebunden sein und doch im Besitz dieses Vertrauens Nichts vorstellen, als die Vollstrecker des souveränen Willens der Versammlung, auf dessen Formulirung sie in keiner Weise einwirken konnten. Die eigentliche Regierungsgewalt lag in den Cortes, mußte in ihnen liegen, so lange diese Verfassung galt. Die Cortes gebärdeten sich demgemäß als ein Complex sämmtlicher Ministerien und überdies der höchsten Gerichte, in dem legislative und administrative Formen, politische und richterliche Functionen ein unglaubliches Chaos bildeten. Wie ein Regierungscollegium ließen sie sich auf alle Details der Verwaltung ein, wie

ein Richtercollegium letzter Instanz zogen sie unter dem Titel der Verfassungsverletzung alle möglichen Dinge vor ihr Forum; es gab Nichts, mit dem ein eifriger Antragsteller sie nicht behelligen konnte. Da aber aus dieser unsinnigen Vielgeschäftigkeit sich Nichts ergeben konnte, als ein unendliches Gerede mit viel geschäftigen Resolutionen und ohnmächtigen Decreten, so mußte die Lähmung der constitutionellen Maschinerie das nothwendige Resultat sein."

Die Zähigkeit, mit welcher an einer so unheilvollen Verfassung festgehalten, die blinde Vorliebe, mit welcher der „heilige Codex" zum Gegenstande eines besonderen Cultus gemacht wurde, hätte zu einem Zusammensturz des constitutionellen Gebäudes führen müssen, auch wenn dasselbe auf solideren Grundlagen als den thatsächlich in Spanien vorhandenen geruht hätte. Die Exaltados waren schon bei der Eröffnung der Versammlung mittelst ihrer Clubbs die Herren der Situation und der Stimmung in den Städten und unter den gebildeten Mittelclassen geworden; der Götzendienst, den das Ausland mit ihrer Art der Verfassungsauslegung trieb, der Umstand, daß diese Verfassung im Juli 1820 in Neapel nach dem Siege der Revolution proclamirt worden war, steigerte ihren Einfluß ins Maßlose und verleitete sie zu dem Irrwahne, hinter ihnen stehe das gesammte spanische Volk. Und zu derselben Zeit, da sie die maßvollen Minister terrorisirten und unter ihre unbedingte Abhängigkeit zu bringen suchten, war das Werk der Contrerevolution bereits im Gange, conspirirte der König mit unzufriedenen Royalisten der Armee und Garde, durchzogen die Vorboten und Kreuzprediger der neuen „Glaubensarmee" bereits das Land, um die durch den Clerus beherrschte ländliche Bevölkerung im Voraus auf die Seite des Königs zu ziehen, dessen Antipathien gegen das herrschende System und dessen Vertreter (Argüelles und ein Theil seiner Collegen waren die ersten Opfer der Reaction von 1814 gewesen und hatten Jahre lang ohne Verhör im Kerker geschmachtet) den Eingeweihten trotz aller bourbonischen Verstellungskniffe niemals zweifelhaft gewesen waren. Zu diesen Parteiwirren, die bald in einen Bürgerkrieg ausarten, den der in seiner Machtstellung bedrohte Clerus direct, die Maßlosigkeit der Radicalen indirect nährt, kommen die Uebel einer Armee, die aller Disciplin entbehrt, in der politische Gegensätze alle Bande der Zucht gelöst haben und die außerdem nicht regelmäßig bezahlt wird, einer zusammenhangslosen, von Provincial-Junten und Clubbs beherrschten Administration, eines leeren Staatsschatzes, auf welchem die Forderungen zahlloser Pensionäre aller Parteien lasten und völligen Darniederliegens der materiellen Interessen. Der Credit ist so tief gesunken, daß sich weder im Inlande noch im Auslande auch nur zu den höchsten Zinsen Anleihen abschließen lassen, wie sie dem Umfang der Finanznoth entsprechen: im Rechnungsjahr 1820 betrug die Summe der angeschlagenen Staatseinnahmen (die in ihrem vollen Betrage noch niemals eingelaufen waren) 460 Millionen Realen, die der fälligen Zinsen der Staatsschulden 235, nach einer anderen Berechnung gar 252 Millionen — außerdem war noch ein Deficit von 200 Millionen aus der Zeit der absolutistischen Wirthschaft herübergenommen werden. Die Armee allein kostete nach dem Anschlag des Finanzministers Canga mehr, als der Staat im günstigsten Falle überhaupt einnahm!

Daß es unter Verhältnissen so widersinniger Art zum Bruch kommen muß, daß dieser Bruch bei den bekannten Antipathien Frankreichs und Rußlands gegen die Constitution von 1812 dem Absolutismus zum Siege und Frankreich zu der längst gewünschten Intervention verhelfen muß, weiß der Leser schon, wenn er das erste Dritttheil der vorliegenden zweiten Halbbandes hinter sich hat. Der Gegensatz zwischen dem Hof und den Exaltados, welche

die ministerielle Partei längst überflügelt und in unbegreiflicher Thorheit dem Könige ihre Unterstützung zur Niederwerfung derselben geliehen haben, spitzt sich so rasch zu, daß der Sieg des Radicalismus bei den Neuwahlen von 1822 bereits das Signal zum Bürgerkriege gibt, der seit der Einziehung der Klostergüter schon seit Monaten in einzelnen Provinzen gespukt hatte. Dem Ministerium Arguelles folgen die gleich unglücklichen, vom Könige und der radicalen Majorität gleich scheel angesehenen Moderados-Cabinette Feliu und de la Rosa, bis die gemäßigte Partei völlig in die Luft gesprengt wird und der radicale Journalist San Miguel an die Spitze der Geschäfte tritt. Während die in Verona versammelt gewesenen Mächte bereits schlüssig darüber sind, von der herrschenden Partei Concessionen an die königliche Gewalt zu verlangen oder eine französische Armee über die Pyrenäen marschiren zu lassen, verlacht Spanien die ihm drohende Gefahr und fühlen sich selbst die mit der diplomatischen Lage bekannten Minister unter dem Schutz der Charte von 1812 und in dem Glauben an die unwiderstehliche Macht des liberalen Dogmas sicher.

So bricht das Verhängniß unwiderruflich herein. Angoulême führt seine Armee nach Madrid und zum Erstaunen des gesammten liberalen Europas ist der Widerstand, den das zur Vertheidigung des constitutionellen Palladiums aufgerufene spanische „Volk" leistet, gleich Null; das radicale Ministerium hatte Nichts gethan um dem Feinde eine schlagfertige Armee entgegenzustellen und die Regimenter, welche man auf die Beine gebracht hatte, wurden durch unaufhörliche Desertionen so rasch gelichtet, daß die demokratische Regierung ein unerhört hartes Gesetz gegen diese und ihre Verwandten erlassen mußte. Auch von den gehofften constitutionellen Sympathien der französischen Armee, die in der That nur ungern für die Sache „der Mönche" über die Pyrenäen gegangen war, ließ sich Nichts verspüren. Am 7. April 1823 hatte Angoulême die Bidassoa überschritten, am 9. Mai rückte er in Burgos, 15 Tage später in Madrid ein, „von den Einen (den Royalisten) als Befreier, von den Andern (den vom Pöbel geängstigten liberalen Bourgeois) als Beschützer begrüßt." Am 1. October traf der König im französischen Lager ein und jetzt wiederholte sich Zug für Zug, was zehn Jahre früher schon einmal schmachvoll geschehen war: Ferdinand begann ein Regiment der tollsten Willkür und grausamsten Rache gegen die Liberalen, dem die Fremden, die zu ihrer Bekämpfung herangezogen waren, nur mit Aufbietung ihres ganzen Einflusses die Spitze abbrechen konnten. Des streng legitimistischen Generals Bourmot erstes Werk nach der Wiedereinsetzung des Königs war die gewaltthätige Rettung dreier von diesem zum Tode verurtheilter bisheriger Minister — Angoulême's erster Brief an den Minister Villèle ein Ausdruck der Besorgniß über den „Rückfall in den Absolutismus."

Mit der Inauguration dieses absolutistischen Schreckensregiments schließt der zweite Band des Baumgarten'schen Buchs. Die Zeichen, unter denen diese neue Aera aufgethan wird, sind die Verzweiflungsausbrüche derselben legitimistischen Höfe, welche die Restauration durchgesetzt hatten, und — die Anerkennung der Unabhängigkeit der Colonien durch das Ministerium Canning.

Möchte es uns vergönnt sein, über das Erscheinen des dritten und letzten Bandes in einer nicht allzufernen Zukunft berichten zu können. Die „Staatengeschichte der neuesten Zeit" ist durch diesen 14. Band um ein wahres Prachtstück bereichert worden.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 48.

Ausgegeben am 27. November 1868.

Inhalt:

Englands auswärtige Politik . . . . . Seite 321
Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten. Kritik der Bill von 1867 und Resultate 326
Die Lage in Spanien 336
Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen: 6. Die Uebersiedelung nach Petrowsk 341
Vom linken Mainufer. Correspondenz aus Hessen-Darmstadt . 353
Vermischte Literatur 358

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Englands auswärtige Politik.

Das Abkommen, welches die zwiſchen England und Amerika ſchwebenden Differenzen einem ſchiedsrichterlichen Austrag zuweiſt, iſt der Regierungspreſſe ein neuer Anlaß geworden, die Verdienſte Lord Stanley's zu feiern, und Disraeli hat demſelben beim Lordmajorsbankett ſogar ins Blaue hinein die Aufgabe zugewieſen, zwiſchen Frankreich und Preußen zu vermitteln, was der Miniſter des Auswärtigen ſelbſt gleich darauf in ſeiner Wahlrede indirect ablehnte, indem er erklärte, daß die luxemburger Frage ein Ausnahmsfall geweſen; England dürfe principiell keine Interventionspolitik befolgen, ſeine Lage als Inſelreich erfordere eine iſolirte Politik.

Wir wollen die Verdienſte des Miniſters nicht verkleinern, aber dem übermäßigen Lobe gegenüber ſcheint es doch an der Zeit, ſie auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Es iſt eine alte Erfahrung, daß, wenn man ſich auf der einen Seite wund gelegen hat, als eine große Erleichterung erſcheint, wenn man ſich auf die andere wenden kann; ſo ging es den Engländern mit ihrer auswärtigen Politik. Das würdeloſe Verfahren Lord Ruſſell's, welcher ſich in alle Verhältniſſe miſchte, überall unaufgefordert guten Rath gab, eventuell drohte und ſich dann mit der Fauſt in der Taſche zurückzog, hatte die große Mehrheit der Nation mit Unwillen erfüllt; ſie war froh, als dies Syſtem zu Ende ging und in Stanley ein Mann ins auswärtige Amt kam, welcher ſich nicht unnöthig um Angelegenheiten Anderer kümmerte und ſich darauf beſchränkte, die eigene laufende Politik geſchäftsmäßig zu beſorgen. Dies hat der gegenwärtige Miniſter in anerkennenswerther Weiſe gethan: er hat die Tornadofrage mit Spanien erledigt und hat ſoeben mit dem amerikaniſchen Geſandten eine Vereinbarung getroffen, welche die ſchlimme Differenz über die Alabama aller Wahrſcheinlichkeit nach beſeitigen wird. Das iſt gewiß verdienſtlich, aber das iſt auch alles, was Lord Stanley gethan; in allgemeinen Fragen hat er keine Proben einer eigenen poſitiven Politik gegeben. Dieſe Behauptung mag Manchem im Hinblick auf die luxemburger Conferenz auffallend erſcheinen, aber die Bedeutung ſeines Eingreifens iſt

hier in der That eine sehr geringe gewesen. Lord Stanley ist allerdings ein zu nüchterner Kopf, um eine Conferenz ohne feste Präliminarien zu betreiben, wie Lord Russell es im Frühjahr 1864 in der schleswig-holsteinischen Sache that; er erklärte von vorn herein, daß eine europäische Conferenz den Frieden nicht bewahren könne, so lange nicht Frankreich und Preußen eine gemeinsame Basis acceptirt hätten. Daß eine solche in der Räumung und Neutralisirung Luxemburgs gefunden ward, ist nicht sein Werk, sondern wesentlich das des englischen Botschafters in Paris, Lord Cowley, des französischen Botschafters in London, Fürsten Latour d'Auvergne, und des Fürsten Gortschakoff. Der Kaiser Napoleon, welcher sich, mangelhaft gerüstet wie er war, in größter Verlegenheit befand und nach einem ehrenvollen Rückzug suchte, berief Lord Cowley zu sich und bat ihn, die Vermittlung seiner Regierung anzuregen. Ob die Idee der Neutralisirung zuerst vom Kaiser selbst ausgesprochen, ob sie von Cowley oder von Latour aufs Tapet gebracht wurde, ist uns nicht bekannt, aber sicher ist, daß sie nicht von Stanley ausging, der vielmehr zunächst noch ablehnte darauf einzugehen; erst nachdem Fürst Gortschakoff sie acceptirte und seinen ganzen Einfluß aufbot, ihr in Berlin Eingang zu verschaffen, ließ er sich von dem unablässig treibenden Fürsten Latour und von Cowley bewegen, sie auch seinerseits zu empfehlen. Aber selbst dann sträubte er sich bis zum letzten Augenblick dagegen, England der Collectivgarantie für die Neutralität beitreten zu lassen, und erst als Graf Bernstorff im Auftrage seiner Regierung bestimmt erklärte, daß für Preußen die Garantie sämmtlicher Großmächte conditio sine qua non des Nachgebens sei und daß es im Weigerungsfalle seinerseits zu Rüstungen schreiten müsse, gab er nach, um dann, nachdem kaum die Tinte trocken geworden, mit welcher der Vertrag unterzeichnet war, dem Parlament zu erklären, daß man mit der Collectivgarantie eigentlich gar keine Verpflichtung übernommen habe, und wenn nicht alle Großmächte einig seien, England sich nicht zu rühren brauche, die Neutralität Luxemburgs zu vertheidigen. Wenn das Interesse an auswärtiger Politik nicht so gering im großen englischen Publicum wäre, so dürfte schwerlich Disraeli in jeder Tischrede die Verdienste Stanley's in dieser Frage preisen. Ebensowenig hat der Lord in anderen europäischen Angelegenheiten den Einfluß Englands geltend gemacht. Nirgend war dies dringender geboten, als bei dem candiotischen Aufstand. Der Minister erkannte freilich mit richtigem Blick, daß derselbe lediglich von Griechenland und von russischen Agenten angezettelt sei, und ließ sich darin weder durch die Versicherungen des Baron Brunnow über das „désintéressément de son auguste maître", noch durch die Schlangenwindungen der französischen Politik, welche damals Rußland zu gewinnen suchte, täuschen. Aber er blieb vollständig unthätig; Lord Palmerston (um von Männern wie Pitt und Canning ganz zu schwei-

gen) hätte in ſolchem Falle eine kategoriſche Note nach Athen geſandt und eventuell durch die Sendung einer Fregatte dem völkerrechtswidrigen Treiben der griechiſchen Regierung und den Blockadebrechern ein Ende gemacht. Lord Stanley dagegen beklagte ſich über ſeinen eigenen Geſandten in Athen, Mr. Erskine, welcher ein Philhellene ſei, aber ließ ihn ruhig dort und verſchwendete ſeine Zeit damit, dem griechiſchen Miniſterium Vorſtellungen zu machen, auf welche daſſelbe natürlich nicht hörte, da ſein Geſandter aus London ſchrieb, daß England thatſächlich nicht interveniren werde. Wie viel Elend und Blutvergießen hätte hier ein rechtzeitiges Eingreifen verhindert! Doch Stanley's Politik war rein negativ und rechtfertigt für den Augenblick bis zu einem gewiſſen Grade Graf Bismarck's ſchneidendes Wort: „Wenn ich ein Abyſſinier oder Chineſe wäre, ſo würde ich mich wahrſcheinlich ſehr um Englands Politik kümmern, da ich aber ein Europäer bin, thue ich es nicht.“ Eine Politik, die von vorn herein das Princip der Nichtintervention auf ihre Fahne ſchreibt, kann keinen Einfluß haben, mögen ihre Rathſchläge noch ſo wohl gemeint ſein. Allerdings mag wahr ſein, daß, wie Stanley in ſeiner Wahlrede ſagte, es noch nie eine Zeit gegeben, wo England im Auslande mit weniger Eiferſucht betrachtet wurde und weniger im Verdacht ſtand, heimliche Anſchläge gegen die Wohlfahrt und den Frieden anderer Staaten zu hegen: wenn er aber hinzuſetzt, daß nach ſeiner Anſicht England durch ſeine Iſolirung nicht im geringſten an Anſehen verloren, ſo täuſcht er ſich ſchwer und vergißt, daß die Eiferſucht, mit der ein Staat von anderen angeſehen wird, gewöhnlich in genauem Verhältniß zu ſeiner Größe ſteht. Die Stimme des Englands der Pitt, Wellington und Canning gebot überall Achtung, weil man hinter ihr den Entſchluß wußte, eventuell dem Rath oder der Forderung Nachdruck mit Linienſchiffen zu geben; jetzt, da dieſe ultima ratio überall fehlt, wo nicht etwa engliſche Unterthanen brutal verletzt ſind wie in Abyſſinien, hört der betreffende Miniſter die Rathſchläge der britiſchen Cabinete höflich an und thut dann was ihn gut dünkt.

Auf gleich falſcher Unterlage, wie das Urtheil Stanley's über die Gegenwart, ſcheint uns ſein Prognoſtikon für die Zukunft zu beruhen. Er ſprach bei dem liverpooler Bankett am 22. October ſeine Hoffnung aus, daß die auswärtige Politik nicht mehr einen Gegenſtand der Parteikämpfe bilden werde. Englands Politik ſolle ſein: ſtreng die Rechte der Schwachen wie der Starken zu reſpectiren und ſich nicht zu beeilen erlittenes Unrecht zu rächen, ſondern ſich dem leidenſchaftsloſen Schiedsrichterſpruch irgend eines competenten Tribunals zu unterwerfen (not readiness to resent wrongs, but to submit to the dispassionate arbitration of some competent tribunal). Das iſt gewiß ſehr edel und menſchenfreundlich gedacht, aber wenn dies Programm praktiſch werden ſollte, müßte ſich die menſchliche Natur geändert

haben. Der radicale Irrthum bei dieſer Auffaſſung iſt, daß man den Fall eines Schiedsrichterſpruchs in Privatangelegenheiten mit dem in internationalen Fragen gleichſtellt, während beide vollſtändig verſchieden ſind. Wenn zwei Privatleute mit einander ſtreiten und ſich einem Schiedrichterſpruch nicht unterwerfen wollen, ſo iſt ein Gerichtshof da, an den ſie ſich wenden können, und der die Macht hat ihren Proceß zu entſcheiden. Derſelbe Gerichtshof nöthigt beide Parteien, auch wenn ſie einmal erklärt haben, den Schiedsſpruch annehmen zu wollen, ſich demſelben zu unterwerfen und ihn auszuführen. Wo aber iſt in internationalen Fragen ein ſolches Tribunal? Wenn zwei Staaten übereinkommen, ihren Streit vor einen Schiedsrichter zu bringen, und der Ausſpruch deſſelben dem einen ſo ungerecht dünkt, daß er ſich weigert ihn zu vollziehen, was bleibt dem anderen übrig als zuzuſehen oder mit den Waffen in der Hand zu zwingen? — Ein Schiedsrichterſpruch zwiſchen Nationen entſpricht alſo nicht dem im Privatleben, ſondern ſteht auf dieſem Gebiet gleich mit dem Verſuch einer außergerichtlichen freundlichen Ausgleichung; gelingt eine ſolche nicht, ſo wenden ſich die Privaten an den Richter, wenn ſie ihre Anſprüche durchſetzen wollen, und ebenſo greifen zwei Regierungen wenn ſie ſich einem Schiedsſpruch nicht unterwerfen wollen und ihre Anſprüche geltend zu machen entſchloſſen ſind, zu den Waffen: der Krieg iſt der Proceß der Nationen und wird es bleiben, ſo lange das tauſendjährige Reich des ewigen Friedens noch nicht angebrochen iſt. Alle Beſtrebungen ſollten darauf gerichtet ſein, die Kriege ſeltener, kürzer und in ihren Mitteln menſchlicher zu machen; die genfer Convention, die Beſtrebungen das Privateigenthum zur See frei zu machen, haben mehr für das Wohl der Nationen gethan, als die Declamationen der Friedenscongreſſe. In dieſer Hinſicht iſt es auch immer anerkennenswerth, wenn ein großer Staat ſich in einer großen Frage einem Schiedsrichterſpruch unterwirft, aber man ſoll nur nicht glauben, daß dadurch der Krieg ſelbſt beſeitigt werde. Wo die Ehre und Unabhängigkeit einer Nation in Frage kommen, da wird ſie ſich keinem Schiedsſpruch unterwerfen, ſondern ihr Recht auf jede Weiſe durchzuſetzen ſuchen, gerade wie ein Privatmann, den ein anderer eines Verbrechens angeklagt, keine freundſchaftliche Verſtändigung darüber vorſchlägt, ob er ſchuldig oder unſchuldig ſei, ſondern, wenn er ſich ungerecht verletzt fühlt, eine kategoriſche Erklärung des Gerichtes verlangt. Wenn England jetzt zuſtimmt die Schadensforderungen der Amerikaner wegen der Alabama dem Schiedsſpruche des Königs von Preußen zu unterwerfen, dieſer für Amerika entſcheidet und England ſich demzufolge entſchließt eine große Summe zu zahlen, ſo beweiſt das nichts weiter, als daß es mehr in ſeinem Intereſſe erachtet, ein Opfer zu bringen, als eine Differenz beſtehen zu laſſen, welche zum Kriege führen könnte. Als aber die

Amerikaner die südstaatlichen Gesandten vom Bord des Trent weggeführt hatten, da schlug England keinen Schiedsspruch darüber vor, ob nicht Amerika im Unrecht gewesen, sondern verlangte einfach und kategorisch in Washington Freilassung, mit dem Entschluß diese Forderung mit jedem Mittel durchzusetzen. Und derselbe Lord Stanley, der eben mit Johnson die Convention unterzeichnet, antwortete als Seward verlangte, England solle auch die Frage einem Schiedsspruch unterwerfen, ob es berechtigt gewesen die Südstaaten als kriegführende Partei anzuerkennen: das sei nicht möglich, eine solche Frage müsse jeder souveräne Staat für sich entscheiden, gab also damit seiner jetzigen neuesten Theorie eines internationalen Amphiktyonengerichts im Voraus ein Dementi.

Lord Stanley hat das merkwürdige Schicksal gehabt, seine Politik fast ebenso, wenn nicht noch mehr von seinen Parteigegnern, als von seinen Parteigenossen bewundert zu sehen. Es ist also, wenn wie wahrscheinlich demnächst ein Cabinetswechsel eintritt, keine Aussicht auf eine positivere auswärtige Politik, Gladstone interessirt sich überhaupt für auswärtige Politik nicht oder hat doch wenigstens keine bestimmten Ansichten darüber, Lord Kimberley, der unter ihm Stanley's Nachfolger werden soll, hat zwar früher als Unterstaatssecretär und Gesandter in Petersburg eine praktische Schule durchgemacht, wird aber, auch wenn er wollte, doch schwerlich eine unabhängige Politik verfolgen können, zumal er Bright zum Collegen haben wird.

Wir beklagen diesen Stand der Dinge aufrichtig, nicht blos im europäischen, sondern im speciell deutschen Interesse. Die Natur der Verhältnisse weist auf eine Verbindung der Mächte des mittleren Europa, England, Scandinavien, Deutschland und Italien gegen das Vordringen der übermächtigen Flankenreiche, Rußland und Frankreich hin. Wir müssen uns aber an den Gedanken gewöhnen bei einem Kriege mit Frankreich England, dessen erstes Interesse die Erhaltung der Integrität Deutschlands sein sollte, in der Reihe der Großmächte nicht mitzuzählen. Lord Stanley's Sympathien für die deutsche Einheit, die derselbe in seiner neulichen Wahlrede ausgesprochen hat, können wir gern acceptiren, wenn wir dabei nur im Auge behalten, daß solche Aeußerungen, hinter denen kein Entschluß eventuell selbst einzugreifen steht, ohne großen Eindruck in Paris bleiben müssen. Das Einzige worauf man allenfalls rechnen kann ist, daß England Belgiens Neutralität schützen wird und auch dies wohl nur, weil die Königin hierfür ihr ganzes Gewicht in die Wagschale werfen würde und ihr dafür die Specialgarantie, welche England übernommen, zur Seite steht. Was Rußland betrifft, so ist es jetzt Mode in England geworden, den Krimkrieg zu verurtheilen als ein Abenteuer, zu dem man sich von Frankreich habe drängen lassen und welches seinen Zweck ganz verfehlte, während es doch auf der Hand liegt, daß nur das den Zweck

vereitelt hat, daß man sich von Frankreich drängen ließ zu früh Frieden zu machen und so Rußlands Macht im Wesentlichen ungebrochen zu lassen.

Trotz dieser allgemeinen Stimmung für die Nichtintervention sind wir überzeugt, daß sie auf die Länge nicht dauern kann; selbst die Mehrheit, welche sie jetzt vertheidigt, fühlt das Demüthigende das in ihr liegt; es wird sich über kurz oder lang eine Grenze zeigen, an der das passive Zusehen aufhören muß. England erinnert freilich jetzt in mancher Beziehung an das Holland des 18. Jahrhunderts, welches damals auch ängstlich jeder Verwickelung aus dem Wege ging: es ist zu weich, zu satt und so verletzlich in seinen weitverzweigten Intressen geworden, daß es jeden Streit vermeidet; aber andere Staaten befinden sich nicht in derselben Gemüthsverfassung und sie werden seine Geduld über kurz oder lang auf solche Proben stellen, daß es nicht mehr Schiedsrichtersprüche suchen, sondern sich genöthigt sehen wird, der Welt zu zeigen, daß es eventuell seine Interessen, seine Ehre und seinen Einfluß mit den Waffen zu vertheidigen weiß.

Die englische Parlamentsreform und ihre Aussichten.

Kritik der Bill von 1867 und Resultate.

Wir haben bei unserer Kritik der Reformacte von 1832 die Mängel derselben ausführlich hervorgehoben, aber dabei betont, daß dieselbe eine überwiegend wohlthätige Wirkung gehabt hat. In unterbrochener Reihe ziehen sich die großen Reformen hin, welche seitdem durchgesetzt sind. Einen zwingenden Grund, die Frage einer veränderten Vertretung des Volkes im Parlament wieder aufzunehmen, können wir daher nicht zugeben und jedenfalls hätte die Reform eher auf Beseitigung positiver Uebelstände, wie der Bestechung, des Unwesens der Privatbills, der nicht ausreichenden Vertretung der Grafschaften den Städten gegenüber, gehen müssen als auf allgemeine Herabsetzung der Wahlqualification. Da aber einmal diese Frage auf die Tagesordnung gebracht und so lange ventilirt war, daß ihre Erledigung in einem oder dem anderen Sinne nothwendig geworden, so bot Gladstone's Bill von 1866 noch den besten Ausweg: sie gab den arbeitenden Klassen wenigstens nicht das Uebergewicht, im Gegentheil, sie war conservativer als die frühere von Russell, sie ging nur auf 7 Pfd. Sterl. herab, während 1860 6 Pfd. Sterl. von den Liberalen vorgeschlagen war. Gladstone gab auch ganz offen den Grund für dies Zurückgehen an. „Der Satz von 6 Pfd. Sterl.“

ſagte er, „müßte nach den ſorgfältigſten Ermittelungen 242,000 neue Wahlberechtigte ergeben, die faſt alle der arbeitenden Klaſſe angehören würden; die geſammte Wählerſchaft wäre dann 428,000, ſo daß die arbeitenden Klaſſen die Majorität in derſelben bilden würden. Das hat niemals eine Bill, die in dieſem Hauſe vorgeſchlagen wurde, thun wollen, das Parlament würde nie darauf eingehen, obwohl ich nicht ſagen kann, daß ich große Gefahr dabei ſehen würde; nach allgemeinen Gründen politiſcher Klugheit iſt es nicht gut plötzliche und große Aenderungen in der Vertheilung der politiſchen Macht eintreten zu laſſen". Gladſtone ſchlug daher den Satz von 7 Pfd. Sterl. vor, welcher 144,000 neue Wahlberechtigte von der arbeitenden Klaſſe bringen würde; außerdem ſollte noch 60,000 ſtädtiſchen Einwohnern durch verſchiedene Clauſeln das Stimmrecht gegeben werden, welche aber meiſtens nicht zu den arbeitenden Klaſſen gehörten. Das Reſultat wäre geweſen daß die Elite derſelben, die skilled artisans, Arbeiter welche ſich durch ihre Tüchtigkeit zu verhältnißmäßiger Unabhängigkeit aufgeſchwungen haben, des Wahlrechts theilhaftig geworden wären. Das Haus verwarf dieſen Vorſchlag und zwar, weil, wie Lord Stanley gleich nach Gladſtone's Rücktritt bei ſeiner Wiederwahl in Kings Lynn ſagte, die von der Regierung vorgeſchlagene Maßregel, was die Wahlqualification betrifft, weiter ging, als die Mehrheit des Hauſes geneigt war zuzugeſtehen. Wäre die Regierung bereit geweſen 20 Pfd. Sterl. in Grafſchaften und 8 Pfd. Sterl. in Städten anzunehmen, ſo wäre ein derartiger Compromiß unzweifelhaft von einer großen Mehrheit der conſervativen Partei angenommen worden.

Ein Jahr darauf führte dieſe Partei das Haushalterwahlrecht ein! Disraeli hat dies zwar einmal geleugnet mit dem Bemerken, in England ſeien 4 Mill. Haushalter und nach ſeiner Bill hätten überhaupt nur $1\frac{1}{2}$ Mill. das Stimmrecht. Es iſt dies aber ein ſeichtes Sophisma: bei einem parlamentariſch regierten Lande kommt es weſentlich auf die Majoritäten an; man hat nie behauptet daß er Haushalterwahlrecht in England überhaupt eingeführt habe, ſondern nur in den Städten; von dieſen aber wird die Mehrheit der Parlamentsmitglieder gewählt und ſo liegt doch in letzter Inſtanz das Schickſal des Landes in den Händen der Haushalter.

An andern Orten hat Disraeli ja auch als ſein Verdienſt gerühmt den Arbeitern das Wahlrecht, welches ihnen angeblich durch die Acte von 1832 entzogen ſein ſoll (d. h. in Wahrheit den Proletariern der großen Städte, die am leichteſten beſtechlich waren) wiedergegeben zu haben. Bei der dritten Leſung behauptete er, ſchon 1859 habe darüber in Lord Derby's Cabinet keine Meinungsverſchiedenheit geherrſcht, daß, wenn man einmal verſuche die Wahlqualification herabzuſetzen, man zum Haushalterwahlrecht kommen meſſü, und dieſelbe Anſicht habe auch die gegenwärtige Regierung bei ihrem

Amtsantritt gehabt. In seiner großen edinburgher Rede wiederholte er dies nicht nur, sondern erklärte: „Während sieben Jahren hatte ich die öffentliche Meinung (the mind of the country) vorzubereiten und unsere Partei zu erziehen, wenn es nicht anmaßend ist einen solchen Ausdruck zu gebrauchen. Es ist eine große Partei und um ihre Aufmerksamkeit auf Fragen der Art zu richten bedarf es eines gewissen Druckes." —

Selten ist der Wahrheit wohl auf so cynische Weise ins Gesicht geschlagen worden, als durch diese Behauptungen. Schon bei Gelegenheit der Debatte im Oberhause erklärte Lord Carnarvon die Angabe, daß das Haushalterwahlrecht schon 1859 der geheime Glaube des Cabinets gewesen sei, für einfach falsch. „Wäre dem so gewesen" rief er, „hätten wir während all der Zeit, wo wir gegen eine Herabsetzung auf 7 Pfd. Strl. als eine revolutionäre Maßregel protestirten, im Herzen die Hoffnung gehegt, einförmiges Haushalterwahlrecht durchzusetzen, dann, Mylords, würde ich Asche auf mein Haupt streuen und würde demüthig aber offen anerkennen, daß das ganze Leben der großen Partei, der anzugehören ich für eine Ehre hielt, nichts gewesen ist als eine organisirte Heuchelei." — Und nun nehme man folgende Aeußerungen Disraelis.

Als er 1859 seine Bill gegen den Vorwurf vertheidigte, daß sie keine Herabsetzung der Qualification enthalte, antwortete er: „Es würde gewiß unverständig, um nicht zu sagen unerträglich sein, wenn wir, um uns gegen das Uebergewicht einer Landaristokratie und das einer Fabrik- und Handelsoligarchie zu schützen, das Parlament reformiren wollten, indem wir einer Haushalterdemokratie das Uebergewicht gäben." 1861 wiederholte er, der Kampf sei im J. 1859 darum gekämpft, ob man die Wahlqualification habe herabsetzen sollen oder nicht; die liberale Partei sei dafür, die conservative dagegen gewesen. 1865 sagte er: „Ich habe meine Ansicht über die Reformfrage nicht geändert; Alles was sich inzwischen ereignete, was ich gesehen und beobachtet habe, hat mich darin befestigt, daß das Princip wonach die Wählerschaften des Landes erweitert werden sollten, Ausdehnung, nicht Herabsetzung der Qualification sein müsse." *) Am 27. April 1866 erklärte er: „Ich spreche es nicht als meine eigene Meinung aus, sondern als die des Landes, d. h. der unparteilichen und einsichtigen Meinung, die das Land in Wirklichkeit regiert, daß, obwohl man wünscht, daß die arbeitenden Klassen einen Theil und einen nicht unbedeutenden der Wählerschaften bilden sollen, man doch entschieden jede grobe und unterschiedslose Herabsetzung der Wahlqualification verwirft."

Bis Mitte 1866 also kann durch Disraeli's eigene Worte bewiesen wer-

*) Disraeli brauchte hier noch den von ihm erfundenen und in diesem Sinne unübersetzbaren Ausdruck lateral reform, womit er die sog. fancy franchises meinte im Gegensatz zu der radical reform, die Herabsetzung der Wahlqualification.

den, daß er ſtets gegen eine bedeutende Herabſetzung des Wahlrechts gekämpft hat. Es mag ſein, daß er, indem er nach Schluß der Seſſion über die Mittel nachſann, wie er ſich am Ruder erhalten könne, zu der Idee gekommen iſt, welche ſein früherer College Mr. Henley ſchon bei der letzten Neuwahl offen ausſprach, daß wenn einmal doch eine Herabſetzung ſtattfinden ſolle, man nur recht weit gehen möge, weil die unteren Volksclaſſen den Conſervativen günſtiger ſeien als die mittleren. Hätte die conſervative Partei, deren Held ja damals gerade Lowe war, der den unteren Klaſſen die Fähigkeit für das Wahlrecht rundweg abſprach, eine Ahnung davon gehabt, daß ihr General ins Lager des Feindes übergehen würde, ſo hätte ſie ſich einfach empört und ſeine Art von Sieg zur Niederlage gemacht: deshalb mußte ſie mit den einſchränkenden Bedingungen gekirrt werden, bis die Radicalen merkten, daß ihr Waizen blühe und Disraeli jene Beſchränkungen leicht über Bord werfen werde. Wahrſcheinlich iſt dies nicht. Jedenfalls hat er dann ſein Geheimniß gut gewahrt. Aber auch von allen ſeinen Collegen kann höchſtens Lord Derby etwas von ſolcher Abſicht erfahren haben, ſonſt würden die drei Bedeutendſten nicht plötzlich ausgetreten ſein und die Verbleibenden ſich nicht durch ſo lebhafte Ausfälle gegen das Haushalterwahlrecht compromittirt haben. Gathorne Hardy ereiferte ſich für die Doppelſtimmen, Walpole erklärte, das Weſen der Bill liege in ihren Beſchränkungen, und vor Allen wies Lord Stanley noch am 5. März weit die Unterſtellung ab, als ob die Abſicht der Miniſter ſei im demokratiſchen Sinne weiter zn gehen als die Oppoſition. „Ich ſage einfach und offen, daß ich keine Umſtände denken kann, welche es für uns in unſerer Stellung und bei unſeren Antecedentien nützlich und ehrenhaft machen könnten, einen ſolchen Weg einzuſchlagen und wir werden es ſicherlich nicht thun. Wenn man glaubt, daß die Regierung eine Bill die mit den Anſichten übereinſtimmt, welche hier ſo ausdauernd und ſo fähig durch das ehrenwerthe Mitglied für Birmingham (Bright) vertreten werden, einbringen will, ſo irrt man ſich ſehr.“ Drei Monate ſpäter war alles dies geſchehen und Lord Stanley hatte mit für das Haushalterwahlrecht geſtimmt.

Der Hergang bei der Reformbill läßt es als das Wahrſcheinlichſte erſcheinen, daß das Miniſterium bei Anfang der Seſſion ohne feſten Plan war; Lord Derby ſagte ſelbſt noch am 4. März von den Reſolutionen ſprechend: „Wir hatten gehofft, dadurch vom Unterhauſe die Anſicht *heraus zu locken* (elicit) über die Hauptfragen, welche nothwendig bei einer Reformbill vorkommen müſſen.“ Disraeli wollte ja keine Bill vorbringen, weil er ſich durch den Inſtinct des Hauſes leiten zu laſſen wünſchte, und als er dann gezwungen ward mit einer Bill zu kommen, was war ihr Schickſal? daß kaum ein

Satz derselben stehen geblieben ist; fast alle seine Vorschläge sind verworfen oder erheblich abgeändert.

Disraeli verlangte das doppelte Wahlrecht für gewisse Steuerzahler und gab dasselbe ohne Sang und Klang auf; er führte eine Menge von fancy franchises vor und ließ sie sämmtlich im Stich; er verweigerte den Zimmereinwohnern das Wahlrecht und gewährte es; er hatte als das große Princip seiner Bill die persönliche Zahlung der Gemeindeabgaben hingestellt und in dem Gesetz kommt der Ausdruck gar nicht vor, so daß die Zahlung eben so gut durch den Eigenthümer als durch den Miether stattfinden kann; er ignorirte hartnäckig das ganze System des Compounding und schaffte es dann plötzlich ab; er verlangte eine Wohnzeit von 2 Jahren und setzte sie auf 1 Jahr herab, er hatte schriftliche Stimmabgabe vorgeschlagen und ließ sie fallen; er verweigerte den großen Städten ein drittes Mitglied und gab es vieren derselben; er ließ sich die Grafschaftsqualification von der Opposition auf 12 Pfd. Strl. reduciren; er hatte es als großen Fehler der Gladstone'schen Bill getadelt, daß sie nicht gleichzeitig gegen die Bestechlichkeit vorgehe und er that dasselbe, verschob seine Maßregel um ein Jahr und hat trotz derselben aller Voraussicht nach durch Heranziehung der besonders bestechlichen Elemente zum Wahlrecht das Uebel noch vermehrt. Wer kann sich auch über dies Schicksal einer Bill wundern, die nach Lord Derby's Geständniß in höchster Eile entworfen ist? aber welch ein Gegensatz zu der Reformbill von 1832, welche auf das sorgfältigste durch ein Comité des Cabinets vorbereitet, fast wörtlich so Gesetz ward wie sie eingebracht war!

Und nachdem so eine Deckung nach der anderen über Bord geworfen ist und das nackte Haushaltswahlrecht mit den bloßen Bedingungen einjähriger Wohnzeit und Zahlung der Abgaben übrig geblieben ist, tritt Disraeli auf und sagt bei einem öffentlichen Bankett seinen Anhängern, den Landedelleuten Altenglands, auf deren Schultern er zur Macht getragen ist: nach diesem Ziele habe er seit Jahren gestrebt! Wahrlich der Herzog von Argyll hatte Recht als er rief: „Die conservative Partei ist wohl die gutmüthigste in der Welt, denn ich weiß gewiß, wenn von irgend welchem bedeutenden Mitgliede der liberalen Partei eine ähnliche Rede gehalten wäre, in der gesagt wird, daß die Partei durch ihre Führer für eine Politik geschult und gezogen sei, welche sie nicht gewollt, so würden wir nicht eine, sondern ein Dutzend Spaltungen haben." —

Ein solches Verfahren ist an sich und ganz abgesehen von seinen materiellen Resultaten heillos und hat keinen Vorgang in den Annalen der parlamentarischen Geschichte Englands. Es hat mit dem des gerade so heftig von Disraeli angegriffenen Sir Robert Peel keine Aehnlichkeit, außer daß hier wie dort ein Minister das selbst that, was er zuvor bekämpfte. Sicher

wäre es auch von Peel richtiger gewesen, die Durchführung der Reformen, die er schließlich als nothwendig anerkennen mußte, ihren Verfechtern zu überlassen; aber sowohl 1829 bei der Katholikenemancipation als 1846 bei den Korngesetzen setzte er absichtlich eine gesicherte Majorität aufs Spiel, um eine große politische Maßregel durchzuführen. Lord Derby dagegen bekannte offen, daß, als er die Bildung des Ministeriums übernommen, es nicht seine Absicht gewesen, sich zum drittenmal als bloßen Lückenbüßer brauchen zu lassen, bis es der liberalen Partei gefalle, ihre Zwistigkeiten zu vergessen und ihn aus dem Amt zu treiben, sondern er sei entschlossen gewesen, so zu operiren, daß er womöglich seine Minorität in eine praktische Majorität umwandle, worauf ihm vom Herzog von Argyll die richtige Antwort ward, er möge sich nur vorsehen, nicht aus einem Lückenbüßer ein Wetterhahn zu werden. Peel brachte 1829 und 1846 einfach durch was die Opposition immer verlangte, Disraeli ging weit über das hinaus was die Liberalen jemals wünschten. Im J. 1829 und 1846 brach Peel seine Partei auf; 1867 hörten die Tories knirschend aber schweigend den bitteren Vorwürfen Lowe's zu, der sie fragte, ob sie, die Landedelleute Englands, sich nicht schämten so durch den Koth geschleift zu werden? sie wußten nur mit dem kläglichen Wort Henley's zu erwiedern: die Sache müsse zu Ende kommen, der Topf dürfe nicht überkochen, und stimmten mit Ausnahme von Lord Cranborne und General Peel — für die Haushalterdemokratie. 1829 und 1846 führte Peel seine langsam gewonnene Ueberzeugung selbständig durch, jetzt ließen die Minister ihre Maßregel bis zur Unkenntlichkeit ändern; dann erkannte Peel an, daß nicht ihm der Ruhm der Reform gebühre, sondern 1829 Fox und Grattan, 1846 Cobden, diesmal stellt sich Disraeli, der seine Partei zu den Grundsätzen Bright's und darüber hinaus geführt hat, als den Urheber des ganzen Planes hin.

Man kann die politische Moralität nicht tiefer erschüttern, die Grundlagen der parlamentarischen Regierung nicht gefährlicher untergraben, als er es gethan, und wir sympathisiren nicht mit den Radicalen, die nur die humoristische Seite der Frage ansahen, daß sich die Tories so ins Garn führen ließen und erklärten, es sei einerlei wie es gemacht werde, wenn nur Haushalterwahlrecht das Resultat sei. Die parlamentarische Regierung ist eine sehr verwickelte und feine Maschine, die den Dienst versagen muß, wenn ihre Vorbedingungen nicht erfüllt werden. Seit unter Wilhelm III. allmälig das System „des Cabinets" erwachsen war, wurde die Wahl der Ministerien durch die Abstimmungen des Unterhauses vorgezeichnet, dort die Majorität zu haben war für jede Regierung nothwendig; eine Minoritätsregierung ist daher schon an sich ein Uebel und darf nur eine ganz vorübergehende Anomalie sein; auch besteht seit 1700 nur ein Beispiel, wo der Premierminister trotz einer entscheidenden Niederlage fortregierte, ohne sogleich aufzulösen, das

Beispiel W. Pitt's 1783; aber dieser wußte rasch seine Minorität in eine entscheidende Majorität zu verwandeln, Disraeli versuchte 1859 vergeblich dasselbe, 1867 dagegen kam er durch die Adullamiten ins Amt und hielt sich durch die Radicalen. Indem er verlangte, daß die Frage der parlamentarischen Reform nicht mehr als Parteifrage behandelt, sondern vom Hause selbst in die Hand genommen werde, stellte er das ganze parlamentarische System auf den Kopf. Wenn ein Minister sich einfach vom Hause vorschreiben zu lassen hat, was er thun soll, dann wird der Cabinetwechsel nach einer Niederlage ein veralteter Aberglaube, man kehrt seinen Rock um und regiert weiter. Damit aber fällt auch die ministerielle Verantwortlichkeit und thatsächlich jede Verantwortlichkeit, denn eine solche hört auf für jede große souveräne Versammlung.

Wenn das Unterhaus blos aus 650 Personen bestände, die weiter keine Beziehungen zu einander hätten, als daß sie alle zu Volksvertretern gewählt wären, so wäre jede geschäftliche Verhandlung größern Stiles einfach unmöglich; sie wird möglich erst dadurch, daß das Parlament ein organisirter Körper ist, eine Gliederung von Parteien, die auf bestimmten Grundsätzen ruhen: diese Parteien messen sich mit einander nach bestimmten Regeln der Taktik und die Entscheidungen des stärksten Theiles werden zu Entscheidungen des Hauses und damit des Landes. Nichts ist also nothwendiger für die parlamentarische Regierung als eine feste Majorität, die im Allgemeinen weiß was sie will und sich dann von einem erprobten Führer leiten läßt; ohne das hört jede klare Vorausbestimmung auf, eine führerlose Versammlung weiß nie was sie will noch wohin sie steuert und wird daher, wie die Geschichte aller Revolutionen zeigt, immer zu extremen Maßregeln geneigt sein. Es war bisher Englands Ruhm, im Gegensatz zu den übelgelungenen Copien seiner Verfassung auf dem Continent, große regierungsfähige Parteien zu haben. Und diesen Grundpfeiler der ganzen Regierungsmaschine schlägt Disraeli kaltblütig vor wegzunehmen, nur um sich unter den ärgsten Demüthigungen einige Zeit im Amt zu halten!

Sehen wir jetzt auf das Resultat. Es ist zunächst das, daß trotz aller Abänderungen die Bill wahrscheinlich kein Jahr so bleiben wird wie sie Gesetz geworden ist. Die Abschaffung des Compounding wird als rein unerträglich gefühlt, von den Haushaltern in England unter 10 Pfd. Sterl. gehören $^2/_3$ oder $^1/_2$ Million zu den Compounders die ihre Gemeindeabgaben in der Miethe bezahlen, über 10 Pfd. Sterl. aber nur $^1/_9$, daher die große Rolle, welche die Classe in dem ganzen Kampf spielte: je nach ihrer Stellung wurde die Bill sehr eng oder sehr weit. Die von Gladstone vorhergesagte Folge ist eingetroffen, durch Abschaffung der Erlaubniß den Betrag der Abgabe von der Miethe abzuziehen, sind fast alle Miethen der kleinen

Leute erhöht. Darüber ist natürlich große und berechtigte Klage; aber das System selbst war so zweckmäßig, daß es wiederhergestellt werden muß, die Gemeinde bekam dadurch sicher ihre Abgaben von zahlungsfähigen Leuten und die kleinen Miether bezahlten weniger. Das neue Parlament wird also sich sofort damit beschäftigen müssen diesem Uebelstand abzuhelfen. Hiervon abgesehen besteht das Hauptergebniß der Bill darin, daß in der Mehrheit der Wahlkörper den Classen die Majorität gegeben ist, welche fast ausschließlich von ihrer Hände Arbeit leben. Dies Experiment ist durchaus neu in der Geschichte; große Städte wie Rom und Paris haben zeitweilig unter der Herrschaft der Massen gestanden, Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten sind Demokratien von Ackerbauern, aber die Idee, die Geschicke eines großen Reiches in die Hand der ärmeren Bevölkerung der Städte zu legen, ist noch nicht dagewesen. Für den Erfolg des Wagnisses kann man auch keineswegs aus dem Ergebniß der Acte von 1832 schließen, diese verlegte den Schwerpunkt der politischen Macht in die Mittelclassen; die unterste Stufe der Wähler bestand aus kleinen Gewerbtreibenden, aber diese gehörten doch wie die gesammte übrige Wählerschaft zu den Besitzenden und Arbeitgebern. Jetzt aber hat man eine große Classe herangezogen, welche keinen Besitz hat und von Andern Arbeit nimmt. Das ist ein unermeßlicher Unterschied, welcher durch das ominöse Wort Lord Derby's bezeichnet wird, zu dem er im Oberhause gedrängt ward: der Erfolg der Bill lasse sich nicht berechnen, sondern nur hoffen; unzweifelhaft sei sie „ein Sprung ins Dunkle". Und wenn es schon an sich gefährlich scheint, denen die größte Macht zu geben, die am wenigsten Einsicht und am wenigsten zu verlieren haben, so ist es besonders gefährlich in England, wo diesen städtischen Massen gegenüber das Gegengewicht eines zahlreichen Bauernstandes fehlt, welcher immer conservativ gesinnt ist. Die Yeomen sind neben den Großgrundbesitzern ganz verschwunden; es gibt außer den Letztern auf dem Lande fast nur noch Pächter und ländliche Arbeiter, kein Boden ist also ungeeigneter für eine Demokratie als der englische. Wie die Arbeiter das gegebene Geschenk brauchen, ist allerdings abzuwarten, aber wir theilen vorläufig weder die macchiavellistischen Hoffnungen Disraeli's, noch die sanguinischen der Radicalen. Die Rechnung des erstern ist einfach die der Cäsaren und Oligarchen, sich auf die Massen gegen die intelligente Mittelclasse zu stützen. Dies war schon in der Debatte im Unterhause so deutlich, daß Mill ihm zurief: „Die Politik des sehr ehrenwerthen Herrn ist, unsere Institutionen zu reconstruiren auf dem Princip der Demokratie geführt durch die Grundaristokratie, und seine Bill ist so schlau ersonnen, daß sie einer großen Zahl abhängiger, aber nur einer kleinen Zahl unabhängiger Arbeiter das Stimmrecht gibt, so daß der Einfluß der Reichen nur gesteigert würde." Aber auch der jetzige Lordkanzler Lord Cairns gestand

daſſelbe ziemlich unumwunden ein, als er am 23. Juli 1867 ſagte: „Der eigenthümliche Fehler eines Satzes von 7 Pfd. Sterl. war, daß er eine Anzahl Stimmberechtigter gebracht hätte, die ungefähr auf derſelben Stufe wie die 10 Pfd. Sterl.-Wähler ſtanden, mit denen dieſelben zuſammen gearbeitet hätten um die über ihnen Stehenden todtzuſtimmen. Dagegen iſt ein bedeutender Unterſchied zwiſchen denen, welche höhere Arbeiterclaſſen genannt werden, und denen, die unter ihnen ſtehen.“ Und noch deutlicher ſprach es ein Mitglied der Partei außer dem Parlament aus, daß man auf die untern Stände für die Conſervativen rechne. „Wir wünſchen das Wahlrecht zu geben nicht dem intelligenteſten Theil der arbeitenden Claſſen, ſondern dem, auf welchen wir unſere Intelligenz am leichteſten wirken laſſen können.“ —

Indeß Grant Duff möchte doch Recht haben, wenn er in Bezug auf dieſen Punkt Disraeli das italieniſche Sprüchwort zurief: „Es wandern mehr Felle von Füchſen als von Eſeln zum Kürſchner.“ Die Sache iſt ſchlau genug erſonnen, dürfte aber doch ſcheitern, denn um ein Reſultat zu erzielen wie z. B. Napoleon, müßte Disraeli auch wie dieſer über eine bureaukratiſch verzweigte, gewaltige Regierungsmaſchinerie gebieten; der Kaiſer von Rußland mit ſeinem allmächtigen Beamtenſtaat könnte ohne Gefahr morgen allgemeines Stimmrecht einführen; in England, wo die Regierung verhältnißmäßig ſo geringe Macht hat, wird ſie der organiſirten demokratiſchen Bewegung ziemlich rathlos gegenüberſtehen. Auf dem Lande werden die Wahlen nach wie vor von den Großgrundbeſitzern beſtimmt werden, aber in den Städten haben die Tories als Actionsmittel für die Maſſen nur das Geld und werden es nicht ſparen dürfen um den reichen Emporkömmlingen die Stange zu halten, denen der Preis des M. P. noch hoch genug iſt, um dafür mit vollen Händen auszutheilen.

Aber auch die Radicalen werden ſich täuſchen, welche Disraeli's Bill durchbringen halfen und meinen, daß nun nur noch die geheime Stimmabgabe fehle um das Wahlſyſtem vollkommen zu machen, und daß das neue Parlament alle Reformen in Schule, Staat und Kirche durchſetzen werde, für die ſie gegen Bigotterie und Vorurtheil bisher vergeblich gekämpft haben. Sie hoffen mit Hilfe der neuen Wähler gründlich in dem mittelalterlichen Weſen aufzuräumen, die Landgeſetze, Erſtgeburtsrecht, Fiedelcommiſſe, die Staatskirche abzuſchaffen, obligatoriſchen und rein weltlichen Unterricht einzuführen, den Wuſt der Geſetze durch Codification zu lichten, das Kaufſyſtem in der Armee durch Conſcription zu erſetzen u. ſ. w. Aber es fragt ſich, ob ſie nicht die Rechnung ohne den Wirth gemacht und ob die Arbeiter ſich von denen werden lenken laſſen, die bisher für ſie geſprochen. Seit ihnen durch das Wahlrecht politiſche Macht gegeben iſt, werden ſie dieſelbe auch für ihr

Intereſſe brauchen und deshalb nicht Führern aus über ihnen ſtehenden Kreiſen gelehrig folgen, ſondern nach Leitern aus ihrer Mitte ſuchen; und welcher Art dieſelben ſein werden, darauf mag man einen Schluß machen aus der Wahl der Vorſteher ihrer Trade Unions. Es wird freilich geſagt, die Zuſammenſetzung des Unterhauſes werde ziemlich dieſelbe bleiben, die politiſche Verfaſſung eines Landes hänge immer von der ſocialen ab und ſo lange nur wohlhabende Leute im Parlament ſitzen könnten, ſo lange ſeien keine Radicalen zu befürchten. Es mag das für den Augenblick wahr ſein; auch wir glauben nicht, daß ſich das nächſte oder zweite Parlament ſehr von dem bisherigen in ſeiner Zuſammenſetzung unterſcheiden wird; die Vertreter der Schule, welche ſich um Mill und Fawcett ſammelt, werden nicht zahlreich werden und ſich an Gladſtone anlehnen müſſen, wofern ſie ſich nicht auf bloßes Proteſtiren und Verneinen beſchränken wollen, und ebenſowenig werden viele Vertreter der Arbeiter gewählt werden. Aber weitgreifende Veränderungen in der Verfaſſung eines Landes pflegen ſelbſt in unſerm Zeitalter des Dampfes ſich nicht raſch zu vollziehen. Es mögen dieſelben Perſonen im Parlament ſitzen, ſie werden doch in einem anderen Geiſte arbeiten, weil ſie andere Wählerſchaften vertreten. Allerdings hängt die politiſche Verfaſſung von der ſocialen ab; aber eben weil England noch heute in ſocialer Beziehung keineswegs demokratiſch iſt, war es ſo unverantwortlich ohne jede Noth als Parteimanöver den untern Claſſen das politiſche Uebergewicht zu geben. Die Arbeiter ſind auch nicht ſo kurzſichtig nicht zu bemerken, daß der eigentliche Grund der Herrſchaft der höheren Claſſen nicht im Parlament, ſondern in den conſervativen Grundlagen der engliſchen Geſellſchaft liegt; aber eben deshalb werden ſie ihre Agitation gegen dieſelben wenden, um vor allem den großen Grundbeſitz, welcher der Ariſtokratie Einfluß gibt, zu brechen; äußerte doch einer der Radicalen offen gegen uns: „We shall never get a good government, unless we get rid of these infernal large estates.“ Wenn aber erſt die Subſtitutionen abgeſchafft und für den Grundbeſitz die Principien des Code Napoleon eingeführt ſind, dann kann das Oberhaus auch nicht mehr beſtehen, dann fallen die Elemente, welche in England jene wunderbare Vereinigung von Ordnung und Freiheit erhielten, um die es von Völkern wie von Staatsmännern beneidet ward.

So weit iſt es nun freilich noch nicht: noch leben in der Nation zu viel geſunde Grundſätze als daß man nicht auf eine kräftige Reaction hoffen dürfte, wenn die radicale Partei zu raſch Sturm gegen die engliſchen Inſtitutionen laufen wollte; es könnte ſich ſonſt der Fall von 1837 wiederholen, wo fünf Jahre nach der entſcheidendſten Niederlage der Tories Sir Robert Peel an der Spitze einer geſchloſſenen conſervativen Majorität ſtand. Sehr viel hängt von Gladſtone's Verhalten ab, der aller Vorausſicht nach bald nach

Zusammentritt des Parlaments als Premier eingesetzt werden wird. Weiß er den Reformdrang seiner Partei auf die wirklich faulen Flecken zu lenken und hat er den Muth den Radicalen entgegenzutreten wo sie Lebensfähiges zerstören wollen, so kann er unendlich viel Gutes wirken und auf lange Zeit der nothwendige Mann bleiben. Aber sein rascher Sinn, seine Heftigkeit, sein Ehrgeiz sind zu fürchten; seine Behandlung der irischen Frage war und bleibt bedenklich und die Reden seiner jetzigen Wahlcampagne zeugen nicht von dem Tact eines wahren Staatsmannes; jedenfalls bedarf es um ihn zu zügeln einer festen conservativen Opposition. Eine conservative Partei braucht England mehr als jeder andere Staat, weil es keine starke königliche Gewalt hat und die Stärke seiner Regierung von der Stetigkeit des Parlaments abhängt; die Mächte des Beharrens müssen in einer Partei gegliedert sein, welche die Continuität wahrt. Eine solche Partei wird allerdings in der Gefahr blinden Widerstands sein, wie die liberale in der des zu raschen Vorwärtsgehens. Aber das Schlimmste was ihr begegnen kann ist, daß sie von einem Manne geführt wird, der selbst nicht an ihre Grundsätze glaubt und dem die Politik überhaupt nur ein Spiel um den persönlichen Besitz der Macht ist. Diese moralische Niederlage, schwerer als die 1832 durch Wellington's Hartnäckigkeit erlittene, haben sich die Tories jetzt zugezogen, indem sie durch Disraeli zu einer radicalen Politik sich drängen ließen, die schließlich doch gegen sie ausfallen muß. Wollen sie wieder eine würdige Rolle spielen, so müssen sie die Führerschaft eines politischen Abenteurers abschütteln und sich unter ihrem fähigsten und angesehensten Manne neu organisiren, dem jetzigen Marquis of Salisbury, bisher im Unterhause Lord Cranborne.

Wie aber auch die Sache sich wendet, gewiß ist es nicht das Verdienst der Bill von 1867, wenn sie besser geht, als man erwartete. Die Liberalen trifft freilich der Vorwurf, daß sie die Reform 1852 ganz unaufgefordert heraufbeschworen und es doch bis 1866 damit nicht ernst meinten; aber auf dem Erben des ältesten Grafenhauses von England bleibt der Flecken, daß er, um sich im Amt zu halten mit den schlechten Künsten eines Disraeli durch dick und dünn gegangen ist und über sein Land Gefahren heraufbeschworen hat, deren Bedeutung noch Niemand übersehen kann.

Die Lage in Spanien.

Die Bedenken, welche wir beim Ausbruch der spanischen Revolution gegen ihren glücklichen Ausgang geltend machten (S. 91), haben sich seitdem steigern müssen. Sollte der Sturz Isabella's zu einem geordneten freiheitlichen

Regiment führen, so haben die Maßregeln der provisorischen Regierung bis jetzt dies Resultat doch sehr erschwert; ihr Verfahren läßt in der That nur eine doppelte Auslegung zu: entweder geht ihren Mitgliedern die elementarste Kenntniß dessen ab, was solche Zeitläufte fordern, und dann muß das Land der Anarchie und Dictatur verfallen, oder diese Planlosigkeit ist nur scheinbar und hinter ihr steht der Plan eines ehrgeizigen Mannes, welcher darauf rechnet, aus der Zerrüttung seine Herrschaft zu bauen.

Das Urtheil könnte auf den ersten Blick hart oder zu schnell erscheinen, aber die Thatsachen rechtfertigen es — die Hauptfrage ist die dynastische: wer soll an der Spitze des Staates stehen? Hierüber hat sich der leitende Mann der provisorischen Regierung, Prim, in seinem bekannten Briefe an Girardin folgendermaßen ausgesprochen: „Wir wußten, was wir stürzten: eine Willkürherrschaft, die fortwährend die Verfassung verletzte; wir wußten was wir an die Stelle setzen wollten, eine liberale constitutionell monarchische Regierung, aber wir wollen die Entscheidung hierüber der Nationalsouveränetät überlassen. Sie (Girardin, welcher die Republik einführen will) verwechseln das Wesentliche mit dem Zufälligen; ich bin und bleibe der Vertheidiger eines Princips, ich bin nicht der Vertreter dieses oder jenes Prinzen. Sie sagen, es werde sich kein Souverän für Spanien finden; aber die Geschichte ist voll von Ueberraschungen dieser Art und was mich betrifft, so hege ich das Zutrauen, daß Spanien einen Fürsten finden wird, welcher seiner würdig ist." — Das ist entweder die Sprache eines Ideologen ohne Einsicht und Erfahrung oder die eines klugen Mannes, welcher die Menge mit Redensarten abspeist und auf seine Zeit wartet. Bei einem planvoll angelegten Aufstand wie der spanische war, mußten die Führer, wenn sie wirklich eine geordnete freie Regierung einführen wollten, sich zuerst darüber verständigen, wer Isabella folgen sollte. Da dies nicht geschehen und die provisorische Regierung noch immer schweigt, so muß entweder unter ihren Mitgliedern Uneinigkeit herrschen, oder dieselben sämmtlich nicht wissen was beginnen. Daß die Betheuerung, man dürfe nicht der Entscheidung des Volkes vorgreifen, nur Affectation ist, liegt auf der Hand; eine provisorische Regierung soll doch mindestens so viel Führung gewähren, als ein Ministerium, und was würde man wohl von einem solchen sagen, wenn es in einer Lebensfrage des Staates ohne allen Plan vor die Legislative träte, damit diese entscheide? Und dies thut doch das spanische Triumvirat; nach der Erklärung seines hervorragendsten Mitglieds hofft es auf einen der Glücksfälle an denen die Geschichte so reich sein soll. Die Zahl solcher Ueberraschungen scheint uns im Gegentheil sehr gering, in unserm Jahrhundert wüßten wir höchstens zwei Beispiele einer erfolgreichen neuen Dynastie: Bernadotte in Schweden und Leopold von Coburg in Belgien. Aber in diesen beiden Fällen waren

die Umstände durchaus verschieden von denjenigen in Spanien; in Schweden wie in Belgien handelte es sich nicht um eine gänzliche Umwälzung; bei Bernadotte's Thronbesteigung, welche langsam vorbereitet war, blieben Verfassung und innere Zustände ganz unverändert, gerade wie bei Wilhelm III. in England, und an die Stelle des abenteuernden Gustav trat ein kluger Politiker und berühmter General. Belgien hatte allerdings die ernste Probe nicht nur eines Wechsels der Dynastie, sondern auch der Losreißung von Holland und eines längeren Interregnums durchzumachen. Aber es hatte auch große Vortheile: es war innerlich wohl geordnet, seine Revolution wurde von Anfang an durch Frankreich und England begünstigt und geleitet, die Bewegung fand fähige Führer und einen Monarchen, der sich als roi homme d'état bewährte. Von alledem sehen wir in Spanien Nichts, dagegen vollständig zerüttete Finanzen, ein von Priestern geleitetes, in der Cultur tiefstehendes Volk, einen corrumpirten Beamtenstand, eine viel zu große Armee, ehrgeizige Generale und nirgends eine ernsthafte fürstliche Candidatur. Man hört sogar kaum von Bewerbern um den Thron sprechen und wenn es deren überhaupt gibt, so gleichen sie jedenfalls den Whistspielern, welche ihr Geschick darin suchen, nicht selbst auszuspielen, sondern auf die Bewegungen und Fehler des Gegners zu warten. Die provisorische Regierung spricht sich für das Princip der demokratischen Monarchie, der bekannten royauté sur la surface égale Mirabeau's aus, aber eine Monarchie ohne Monarchen ist ein Messer ohne Klinge an dem der Stiel fehlt; so kann es denn auch nicht Wunder nehmen, daß, da das Volk keine Persönlichkeit sieht, welche den Thron einzunehmen berufen sein könnte, die Republik immer mehr Anhänger gewinnt. Während nun die provisorische Regierung da, wo sie führen sollte, stille sitzt, hat sie auf fast allen andern Gebieten schweres gewagt und der Entscheidung der Nationalvertretung vorgegriffen.

Daß sie leere Kassen und ein Deficit von mehr als 40 Mill. Thlr. für das laufende Jahr fand, war allerdings nicht ihre Schuld und Geld mußte geschafft werden; aber um die Staatsmaschine bis zum Zusammentritt der Cortes in Gang zu erhalten, war doch gewiß nicht ein Anlehen von 140 Millionen Thaler nothwendig: die Volksvertretung allein hat ein Recht Anlehen von solchem Betrag zu votiren. Der Erfolg ist denn auch sehr zweifelhaft, bis zum 15. Nov. waren noch nicht 7 Millionen Thaler unterzeichnet, trotzdem daß man Staatsgüter als Pfand geboten; die Capitalisten wissen eben was von dem Credit eines Landes zu halten ist, welches überhaupt genöthigt ist specielle Sicherheiten zu bieten. Und welche Aussichten geben spanische Papiere? Bis jetzt betrug die consolidirte Schuld 1300 Millionen Thlr., daneben eine schwebende Schuld von 140 Millionen Thlrn., außerdem waren bis 1865 für 540 Millionen Thlr. Nationalgüter verkauft, welche fast ganz

von den außerordentlichen Budgets d. h. Deficits verſchlungen waren. Während die proviſoriſche Regierung die verſchuldete Nation neu belaſtet, gibt ſie regelmäßige Einnahmen auf: ſie hat die Octrois abgeſchafft oder von den Juntas abſchaffen laſſen und etwa 2000 zollpflichtige Artikel aus dem Zolltarif geſtrichen. Nun iſt freilich Nichts gewiſſer, als daß das widerſinnige ſpaniſche Prohibitivſyſtem einer gründlichen Reform bedarf, wenn die Kräfte des Landes ſich entwickeln ſollen; aber derartige Reformen wollen, eben weil ſie ſo tief in das Volksleben eingreifen, wohl vorbereitet ſein; vorläufig hat man Nichts weiter damit erreicht, als daß man die Induſtriellen der öſtlichen Provinzen erbittert und die regelmäßigen Einnahmequellen geſchwächt hat, welche ſchon nach der Natur der Sache durch jede Revolution leiden müſſen: einige Decrete welche z. B. das Verbot der Korneinfuhr aufgehoben und die übermäßigen Zölle auf Schiffsbaumaterialien ermäßigt, wären ganz ausreichend geweſen.

Abgeſehen von den Finanzen iſt die wichtigſte Maßregel der proviſoriſchen Regierung die Aufhebung der Klöſter. Für die Dringlichkeit der Maßregel läßt ſich anführen, daß es 42,765 Geiſtliche gab, alſo einen auf je 37 Perſonen der Bevölkerung; daneben 11,166 Küſter, 5833 Chorſänger nnd 1335 Glöckner, während die ganze Handelsmarine nur 39.437 Menſchen beſchäftigt. Dieſe Legion, von denen die Mehrzahl als Müſſiggänger angeſehen werden darf, zu lichten war gewiß nothwendig; gleichwohl fragt es ſich, ob ſo große Gefahr im Verzuge war, daß man nicht bis zum Zuſammentritt der Cortes warten konnte, denn es iſt zu berückſichtigen, daß die Regierung mit dieſen raſchen Maßregeln den mächtigen Clerus gegen ſich aufgebracht hat, was ſich bei den allgemeinen Wahlen deutlich genug zeigen wird. Außerdem iſt es zweifelhaft ob das ſpaniſche Volk für die proclamirte volle Glaubensfreiheit reif iſt; uns würde es gar nicht wundern, wenn die Cortes ſich ſehr viel katholiſcher zeigten als die proviſoriſche Regierung. Wahrſcheinlich iſt es auch dieſe Hoffnung, welche das auffallend wohlwollende Verhalten der Curie zur Revolution erklärt: der Nuntius gibt ſich den Anſchein gar nicht zu bemerken, daß der Papſt in der Perſon Iſabella's ſeine ergebenſte Stütze verloren, und verkehrt freundlich mit Serrano und Prim. Da man aber nicht wohl annehmen kann, daß der Papſt ſich über Nacht zur Toleranz und Glaubensfreiheit bekehrt hat, ſo wird man darauf geführt, daß Rom ſich durch dieſe Haltung ſeinen Einfluß ſichern will und den richtigen Inſtinct hat, daß mit je mehr Ueberſtürzung die jetzigen Machthaber vorgehen, deſto ſicherer die Reaction folgen muß. Auch gegen die franzöſiſche Republik von 1848 nahm Pius IX. eine ähnlich wohlwollende Stellung und aus ähnlichen Gründen.

Neben den Prieſtern kommt für die Zukunft Spaniens vor Allem die

Armee und die Bureaukratie in Betracht und für beide ist die provisorische Regierung nicht nur den schlechtesten Traditionen der Monarchie Isabella's gefolgt, sondern drüber hinausgegangen. Was die Beamten betrifft, so bestand bisher in Spanien derselbe Gebrauch wie in Amerika, daß mit der Regierung auch ein großer Theil der Beamten wechselte; in den Vereinigten Staaten wird diese schlimme Procedur indeß nur alle vier Jahr einmal vorgenommen, wenn ein neuer Präsident kommt, und sie belastet die Staatscasse nicht, weil die Beamten jederzeit widerruflich sind. In Spanien wurden die Beamten mehr oder minder bei jedem Ministerium gewechselt und die abtretenden auf Halbsold gesetzt, wodurch ein Haufen unzufriedener Müßiggänger geschaffen und den Finanzen eine schwere Last aufgebürdet ward. Diesem Gebrauch, das Arreglo genannt, hat die provisorische Regierung nicht nur gehuldigt, indem sie einen Massenwechsel eintreten ließ, sondern sie hat auch durch Decret das Gesetz aufgehoben, welches bisher das Avancement im Civildienste regelte. Nur das verdient Anerkennung, daß sie in dem provisorischen Wahlgesetz die Beamten, mit Ausnahme der in Madrid wohnenden, für nicht wählbar erklärt hat. Noch bedenklicher ist das Verfahren mit der Armee. Die dringlichste Reform, welche allein den Finanzen dauernde Erleichterung schaffen könnte, wäre eine starke Reduction der Streitkräfte zu Lande wie zu Wasser, und eine solche würde ohne alle Gefahr vorgenommen werden, da Niemand Spanien anzugreifen oder zu schädigen beabsichtigt: die See und die Pyrenäen schützen das Land hinlänglich. Statt dessen hat die provisorische Regierung alle Chargen der Armee um einen Grad avanciren lassen, gleichviel ob sie für oder gegen Isabella gefochten, als ob Spanien noch nicht genug Generäle und Obersten hätte; und Serrano hat Prim zum Generalcapitän der ganzen Armee gemacht. Diese Massenpromotion ohne allen Grund ist doch nur durch das Bestreben zu erklären, die Prätorianer bei guter Laune zu erhalten, und Prim scheint sich rechtzeitig die Armee gewinnen zu wollen. Nach seiner Ernennung hat er die Soldaten in einer Ansprache ermahnt, sich nicht um Politik zu kümmern, sondern Disciplin zu halten und ihren Obern zu gehorchen. Diese Ermahnung nimmt sich etwas eigenthümlich im Munde eines Generals aus, der soeben durch politischen Aufstand ans Ruder gekommen ist; aber sie zeigt wenigstens, daß Prim weiß worauf es ankommt und daß er sein Werkzeug vorbereitet. Die Armee ist thatsächlich schon Meister in Spanien und wer sie in der Hand hat beherrscht das Land, welches es ruhig über sich ergehen lassen müßte, falls das Heer morgen Isabella zurückriefe. Wenn, was sehr wohl möglich, ehe die Cortes eine Verfassung ins Leben gerufen, irgendwo ein Localaufstand ausbräche, den die Armee niederzuwerfen hätte, wenn in Folge der Anarchie das Land nach einer Rettung der Gesellschaft, die Priester nach Herstellung der Religion rufen sollten, so wäre die Dictatur fertig; die Ele-

mente dazu sind vorhanden: allgemeines Stimmrecht durch Priester geleitet, eine zahlreiche unzufriedene Bureaukratie und ein ehrgeiziger General an der Spitze einer Armee, die bei der Errichtung eines freiheitlichen Staats nur verlieren könnte. Wenn ihr die Entscheidung zufällt, so würde wahrscheinlich Spanien bald der Reihe jener Staaten angehören, welche die Freiheit zu schwer und theuer fanden und sich deshalb dem Cäsarismus in die Arme warfen. Das Wahlmanifest sagt: „die Monarchie dynastischen Ursprungs ist für immer todt in Spanien, die welche wir votiren wollen, ist die Monarchie welche aus dem Volksrecht entspringt, durch das allgemeine Stimmrecht geheiligt wird, welche die Souveränetät der Nation symbolisirt, alle öffentlichen Freiheiten consolidirt, die Rechte des Bürgers personificirt, Rechte welche über allen Institutionen und Gewalten stehen. Es ist die Monarchie, welche radical das göttliche Recht vernichtet und mit diesem die Suprematie einer Familie über die Nation, die von demokratischen Institutionen umgebene, die volksthümliche Monarchie." Danach scheint es schon sehr zweifelhaft, ob man die Erblichkeit des Königthums erhalten will, und wenn nicht, so handelt es sich ja eben nur um einen Präsidenten. Mit ähnlichen hochtönenden Reden zeichneten auch 1790 die Redner der französischen Revolution ihre Ziele und errichteten auf dem nivellirten Boden eine Verfassung, welche der erste Sturm wie ein Kartenhaus umwarf. Wir werden sehen, ob in Spanien heute ähnliche Anläufe andere Resultate ergeben werden.

Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen:

VI. Die Uebersiedelung nach Petrowsk.

In Tschita verlebten wir drei Jahre und sieben Monate. Dieses provisorische Gefängnißleben war von längerer Dauer, weil der Bau des uns definitiv bestimmten unweit der Stadt Werchne-Udinsk bei der Petrowky'schen Eisenfabrik belegenen Gefängnisses erst im Jahre unserer Ankunft in Tschita geplant und durch einen eigens dazu delegirten Ingenieur-Stabsofficier sammt Gehilfen angelegt worden war. Dieses neue, sehr geräumige Gebäude war im Sommer 1830 vollendet worden und unser Commandant erhielt um dieselbe Zeit Befehl uns dahin zu bringen. Unsere Vorbereitungen waren schnell gemacht: die Mantelsäcke wurden gepackt, unsere Gemüse sammt Gärten und unsere hölzernen Geschirre den Einwohnern Tschita's geschenkt. Wir mußten in zwei Abtheilungen marschiren, weil allenthalben unterwegs nur sehr dürf-

tiges Unterkommen für Reisende, an einigen Orten gar keines zu finden war. Die erste Abtheilung marschirte unter Aufsicht des Platzmajors Obristlieutenant Leparsky, eines Neffen unseres Commandanten, die zweite wurde von dem greisen Commandanten selbst geführt; jede Abtheilung war von einer hinlänglichen Anzahl Geleitssoldaten und von Kosaken escortirt. Zum Transport der Sachen waren Fuhrwerke gemiethet worden, deren Benutzung zum Fahren nur denjenigen meiner Kameraden gestattet war, die entweder eine schwache Gesundheit hatten oder von Wunden bedeckt waren; unter Letzteren befanden sich Fonwisin, Fürst Trubetzkoy, Schweikowsky, Lunin, Fürst Wolkonsky, Jakubowitsch, Mittkow, Dawydow und Abramow. — Jede Abtheilung hatte einen erwählten Aeltesten: bei der ersten fungirte N. N. Suthoff, bei der zweiten meine Person; wir mußten, ebenfalls unter Geleite, einen Tag früher als die Uebrigen mit Küche und Proviant ausrücken, um die Mittags- und Abendmahlzeiten vorbereiten zu lassen. Nach je zwei Marschtagen hatten wir einen Rasttag. Unsere Reise war volle 100 Meilen (700 Werst) lang und dauerte 48 Tage. Die Frauen begleiteten uns einige Tagemärsche weit, dann fuhren sie, da sie keine Quartiere finden konnten, bis Werchne-Udinsk voraus; von diesem Punkt an kamen wieder große Dörfer vor, die uns beherbergen konnten.

Die erste Abtheilung rückte am 4. August aus, anderen Tages folgte die zweite. Die Bewohner von Tschita begleiteten uns mit ungeheuchelter Rührung eine Strecke Weges, denn unser Aufenthalt hatte ihnen große Vortheile verschafft: sie hatten reichlichere Einnahmen gehabt, dadurch sich besser angebaut und durch die neuen Häuser des Commandanten und der Damen Trubetzkoy, Wolkonsky und Annenkow eine wirkliche Verschönerung ihres Orts erfahren. Die Damen Murawjew, Naryschkin und Dawydow lebten in gemietheten Häusern, die sie hatten ausbauen lassen. — Bis zur Stadt Werchne-Udinsk führte eine Poststraße; an jeder Station waren ein kleines Posthaus und einige Hütten zu finden, auf der ganzen Strecke dagegen, die von Burjäten eingenommen ist, existirte kein einziges Dorf. Unsere Nachtlager und die Punkte, an denen wir die Rasttage verbrachten, waren mit Jurten der Burjäten versehen: kegelförmigen Filzzelten, in welchen je vier Mann Platz hatten. Mehrere solcher Zelte, in einer Linie aufgestellt, boten das Ansehen eines kleinen Lagers dar, zumal sie rings von Wachtposten und Pickets umgeben waren. Gekocht wurde im Freien, bei Regenwetter der Kessel mit einem aus Latten und Baumästen gefertigten Nothdach bedeckt. — Die stärkende Herbstluft, die am Tage warm genug war, Nachts aber bis zu acht Grad Kälte stieg, und die Bewegung in einer bergreichen Gegend erfrischten die Gesundheit unserer Schaar. Einige Tage lang führte unser Weg durch Berg und Thal, von allen Seiten starrten uns Berge entgegen, kaum daß

der Weg eine Werst weit zu übersehen war; erst am Fuß des Berges zeigte sich dann seitwärts ein Engpaß, durch den man wieder ein neues Thal sehen konnte. Rechts und links sah man Tabunen (Pferdeheerden) weiden, größtentheils aus weißen und grauen kleinen Pferden bestehend; die Hüter mit Flinte und Bogen bewaffnet waren gleichfalls beritten und führten zweiräderige Fuhrwerke mit Filzzelten, in denen ihre Weiber und Kinder saßen, mit sich. Die nomadischen Burjäten nähren sich von Jagd, Fischfang und vom Aas gefallener Thiere. Diese Nachkommen der Mongolen haben ebenso wenig Bedürfnisse wie ihre Vorfahren aus der Zeit Tschingis-Chans, der mit unzähligen Heerschaaren ungeheuere Märsche durch Wüsteneien ohne Vorrathsmagazine unternehmen konnte. Unsere burjätischen Begleiter und Fuhrleute führten weder Brod noch andere Mundvorräthe mit sich; sie entfernten sich abwechselnd in Partien zwei Mal täglich aus dem Lager und hielten sich dann eine halbe Stunde im Walde auf, um daselbst ihren Hunger mit Strickbeeren zu stillen. Allmälig näherten sie sich uns; Einige unter ihnen sprachen russisch, und dienten den Anderen als Dragomans, die sie tolmatsch (Dolmetscher) hießen. Regelmäßig versammelte eine Gruppe sich um den Tisch, an welchem Trubetzkoy und Wadkowsky Schach spielten; diese Zuschauer gaben durch Ausrufungen und Beifallszeichen zu verstehen, daß sie dieses Spiel genau kannten. Einem von ihnen wurde eine Partie angeboten: er schlug unsere besten Spieler und erklärte, daß dieses Spiel den Burjäten schon längst bekannt gewesen und aus China überkommen sei.

Die Neugierde dieser Nomaden wurde am meisten durch meinen Kameraden M. S. Lunin erregt: seine Wunden hatten ihm die Erlaubniß verschafft, in einem Fuhrwerke zu fahren, welches er mit Wachstuch verdecken ließ; er schlief auch des Nachts darin und verließ es nie am Tage. Mehrere Tagemärsche nach einander, sobald wir zum Nachtlager oder zum Rasttage anhielten, war sein Fuhrwerk von einem Burjätenhaufen umringt, der ungeduldig erwartete, daß der Gefangene sich zeigte; aber die Vorhänge aus Wachstuch blieben fest zugeschnallt, der geheimnißvolle Mann, in welchem sie den Hauptverbrecher zu erkennen glaubten, war unsichtbar. Endlich fiel es ihm ein, herauszutreten und nach ihrem Begehr zu fragen. Der Dolmetscher erklärte im Namen der Zuschauer, daß sie ihn zu sehen und zu erfahren wünschten, weshalb er eigentlich nach Sibirien verschickt sei. — „Kennt ihr Euern Taischa?“ — Taischa ist der höchste Rang, der Titel des Oberhaupts der Burjäten. „Wir kennen ihn.“ „Kennt ihr aber auch den Taischa, der über euerm Taischa steht, ihn in mein Fuhrwerk setzen und ihm den Ugei (Garaus) machen kann?“ — „Ja, wir haben von ihm gehört.“ — „Nun, ich wollte seiner Macht ugei machen, dafür bin ich verschickt.“ — „Ho! ho! ho!“ hallte es in der bewundernden Schaar, und mit tiefen

Verbeugungen zogen die Neugierigen sich von dem Fuhrwerke und dessen mysteriösem Besitzer wieder zurück. — Ein kleiner Theil dieses Nomadenstammes ist zum Christenthum bekehrt, lebt in Häusern und treibt Ackerbau; die Uebrigen sind Götzendiener und werden von ihren Priestern den Schamanen geleitet, welch' letztere den Aberglauben absichtlich erhalten, sich gelegentlich bis zur Ohnmacht verrenken und in dem Zustande völliger Bewußtlosigkeit prophezeien und verwünschen. Die Unreinlichkeit der Burjäten erreicht den höchsten überhaupt denkbaren Grad: sie haben keine Wäsche, tragen ihre Pelze auf dem bloßen Körper, eine Fußbekleidung aus Gemsenfell und Winter und Sommer kleine Pelzmützen; ihr Haupthaar rasiren sie bis auf einen Zopf, der den Scheitel krönt, völlig ab. Kleine Augen, niedrige und flache Stirn, viereckige Gesichter mit breit hervorstehenden Backenknochen, blaßgelbe Gesichtsfarbe sind die Kennzeichen ihres Stammes. Unter sich nennen sie sich Mendu, der Gruß den wir täglich mit ihnen wechselten, lautete amur-mendu.

Bis zur Stadt Werchne-Udinsk nächtigten wir stets in Filzzelten, die gut gemacht waren und keinen Wind durchließen; an kalten Abenden wurde in der Mitte des Zelts Feuer angemacht. Im Mittelpunkte des Daches ist eine Oeffnung mit Klappen angebracht, aus welcher der Rauch entweicht. Um das Feuer setzt sich die Familie des Burjäten auf Filzdecken nieder; nackte Kinder wälzen sich zwischen den Erwachsenen, welche Thierfelle mit den Zähnen zerreißen und zuschneiden, Pfeile drechseln, Kugeln gießen oder Filz walken. Der Leckerbissen und die hauptsächlichste Nahrung der Wohlhabenden ist eine besondere Art von Thee: ein Gemisch von abgefallenen und verdorbenen Theeblättern, das durch Kirschleim und andere klebrige Stoffe in Formen gepreßt wird, welche glatten Ziegelsteinen von 1—2 Fuß Länge, 7 Zoll Breite und 3 Zoll Dicke ähnlich sehen; dieser Thee heißt um solcher Aehnlichkeit willen in Sibirien Ziegelsteinthee. Von diesen Platten schlagen die Burjäten mit Beilen kleine Stückchen ab, stampfen oder pulverisiren diese in Mörsern, kochen das Theepulver in einem Kessel, legen etwas Mehl, Milch oder Butter und Fett dazu und trinken solches Gebräu mit Genuß aus hölzernen lackirten Schalen, die etwas tiefer und größer als unsere Untertassen sind. — Die Burjäten lieben den Tabak leidenschaftlich und rauchen ihn aus kleinen kupfernen Pfeifen. Wenn sie die Pfeifen anrauchen, ziehen sie allen Rauch ein. Die Pfeifen sind klein, weil der Tabak sehr theuer ist; gegenwärtig wird derselbe übrigens vielfach in den südlichen Regionen Sibiriens gebaut. Ohne Zweifel werden diese Nomaden mit der Zeit dem Beispiele ihrer ansässigen Stammgenossen folgen, die meist in einem gewissen Wohlstande leben.

Zwei Wochen vor unserem Ausrücken aus Tschita hatte ich einen Brief

meiner Frau aus einer jenſeit des Baikalſees gelegenen Station (wo ſie einer ſchrecklichen Ueberſchwemmung halber drei Wochen aufgehalten worden war) erhalten. — Mein Sohn zählte ſchon vier Jahre; meine Frau hatte ſich lange mit den Gedanken gequält, wem ſie ſeine Erziehung anvertrauen ſollte. Unterdeſſen hatte ihre Geſundheit durch die Trennung und ſchwere Sorgen empfindlich gelitten, beſonders ſeitdem ſie eine entſchieden abſchlägige Antwort auf ihr Geſuch, unſer Kind nach Sibirien mitnehmen zu dürfen, erhalten hatte. Der General-Adjutant Dibitſch hatte der Frau von J. D. Jakuſchkin, die ihrem Manne nicht ſofort gefolgt war, weil ſie zwei minderjährige Söhne verſorgen mußte, das Verſprechen gegeben, daß ſie ihre Söhne werde mitnehmen dürfen. Als meine Frau ſich perſönlich mit dem gleichen Geſuch an den General-Adjutanten Grafen Benkendorff wandte, kündigte dieſer ihr die Unmöglichkeit einer Gewährung an. Als meine Frau ſich auf das Verſprechen Dibitſch's berief, hatte Benkendorff entgegnet: „C'est impossible, c'est une étourderie de la part du Général. Et encore je dois Vous prévenir, Madame, si vous voulez partir sans votre fils, il n'y aura jamais de retour pour vous, jamais!“ — Dann fügte er noch hinzu: „Si vous avez besoin de quelque autre chose, j'intercederai auprès de Sa Majesté.“ — Meine Frau konnte nur antworten: „Je vais prier ne pas revenir, et je n'ai rien à demander quand on me refuse mon fils.“ — Benkendorff war bis zu Thränen gerührt und bat, ſie möchte ihn vor ihrer Abreiſe noch eine Mittheilung zugehen laſſen, damit er ihr die erforderlichen Papiere zuſchicken könne. — Die Drohung Benkendorff's „Il n'y aura pas de retour pour vous“ war keine leere, ſondern beſchloſſene Regierungsmaßregel. Zwei meiner verheiratheten Kameraden, Tuſchnewsky und Jentalzow, ſtarben im Jahre 1846 in Sibirien; ihre kinderloſen Wittwen baten um Erlaubniß, in die Heimath zurückzukehren, erhielten aber eine abſchlägige Antwort. *) — Meine Frau war, als ſie in ihre Wohnung zurückkehrte und ihren Sohn auf den Arm nahm, wie zerſchlagen; von dieſem Augenblicke an ſtellte ſich eine durch beſtändiges Ohrenbrauſen bewirkte Schwäche ihres Gehörs ein, die mehrere Jahre währte und ſich ſpäter bei jeder Gemüthsbewegung erneuerte. Während der Zeit unſerer Trennung lebte ſie ſehr eingezogen, widmete ſich ganz dem Sohne und reiſte im letzten Jahre auf ihr Landgut in die Ukraine. Ihre Geſundheit ſchwand merklich; liebende Verwandte nahmen warmen Antheil an ihrem Kummer, wußten aber nicht, wie ihr zu helfen ſei. — Erſt als ihre jüngſte Schweſter für das Kind zu ſorgen verſprach, wurde meine Frau ruhiger, denn jetzt wußte ſie daſſelbe wohl aufgehoben. Ihre Vorbereitungen zur Reiſe waren kurz, ſie benachrichtigte Benkendorff von der Zeit ihrer Abreiſe und erhielt

*) Dieſe Aufzeichnungen ſind im Jahre 1853 gemacht. D. Red.

mit umgehender Post seine Antwort und vier Paquete, welche an die Gouverneure von Tobolsk, Jeniseisk, Irkutsk und an unsern Commandanten Leparsky adressirt waren.

Bis Moskau ließ meine Frau sich von ihrem Sohne begleiten. Hier angelangt erhielt sie die Besuche vieler Verwandter meiner Unglücksgefährten; die Gräfin Wera Tschernytschew, Schwester unserer Alexandrine Murawjew, jetzige Gräfin Pahlen, bat meine Frau mit Thränen, sie unter dem Namen einer Dienstmagd mitzunehmen, damit sie in Sibirien ihrer Schwester helfen könne. — Ich übernehme es nicht, den letzten Tag zu beschreiben, den meine Frau mit ihrem Sohne zubrachte.

Am 17. Juni 1830 verließ meine Frau in Begleitung eines Dieners und einer Magd Moskau und reiste ebenso schnell wie die Briefpost; bis Tobolsk hatte sie nur eine Nacht geruht. Als sie hier Benkendorff's Brief dem General-Gouverneur J. A. Weljaminow zugesandt hatte, erhielt sie vom diesem das Anerbieten, einen Begleiter in der Person des Postillons Sedow bis Irkutsk mitzunehmen. In Irkutsk traf sie am 31. Juli ein und wurde daselbst einige Tage aufgehalten; obgleich man ihr nicht so große Hindernisse in den Weg legen konnte wie früher der Fürstin Trubetzkoy, so verlangte man doch einen schriftlichen Verzicht auf die ihre adligen Staatsrechte. Den 4. August wurde die Reisekalesche meiner Frau auf ein großes Fischerboot, ein Segelfahrzeug, gesetzt, das sie über den Baikalsee führen sollte; nach stürmischer Seefahrt, die zum Einlaufen in einen Nothhafen zwang, trafen die Reisenden in der Station Stepnaja ein; hier mußten sie liegen bleiben, weil das Austreten der Flüsse Selenga und Uda die ganze Umgegend überschwemmt hatte. Zehn Tage lebte meine Frau in einem armseligen Dorfe in einer Scheuer, bis das Wasser endlich zurücktrat. Sie mußte ihre Kalesche zurücklassen, einige Werst zu Boote fahren und konnte die folgende Station nur mit Mühe und nach großen Gefahren erreichen. Der Diener war bei der Equipage zurückgeblieben; sie setzte sich mit der Magd in einen Postwagen und jagte dann weiter. — Obgleich ich schon in Tschita den Brief meiner Frau aus Stepnaja erhalten hatte, war es doch unmöglich ihre Ankunft an einem bestimmten Tage zu erwarten; der Entfernung nach konnte sie täglich eintreffen. Die Frau meines Gefährten Juschnewsky war zwei Wochen vor meiner Frau aus Moskau abgereist und weder von dem Baikalsee, noch durch Ueberschwemmung aufgehalten worden. Es war ihr nicht bestimmt, auf längere Zeit das Gefängniß und die Verbannung ihres Mannes zu theilen — er wurde von seinen Leiden durch einen plötzlichen Tod befreit, während er in der Kirche des Dorfes, wo er angesiedelt war, vor dem Sarge unseres Kameraden Wadkowsky stand. — Am 27. August hielten wir in Ononsky-Bor, einem Dörfchen, Rasttag, wo wir in Filzzelten ein-

quartirt waren. Nachmittag legten wir uns schlafen, ich konnte aber kein Auge schließen; die Zelte waren längs der Poststraße aufgestellt, die über einen Bach in den Wald führte. Ich hörte Postglocken, das Rollen eines Postwagens, blickte durch die Ritze des Zeltes und als ich einen grünen Schleier bemerkte, warf ich meinen Rock über die Schulter und lief hinaus dem Wagen entgegen. Nikolai Bestushew lief mir nach, konnte mich aber nicht einholen; die vor uns aufgestellten Schildwachen warfen sich mir entgegen, um mich aufzuhalten, aber vergeblich, ich schlüpfte durch — einige Schritt von den Schildwachen hielt der Postwagen, einen Augenblick später hielt ich meine Frau in den Armen.

Die Schildwachen blieben unbeweglich stehen; in den ersten Augenblicken gab ich mich einer unbeschreiblichen Freude hin. Aber wohin sollte ich meine Frau führen? sie konnte nach der angreifenden Fahrt kaum gehen. Glücklicherweise kam der Platzadjutant Capitän Rosenberg, der mich benachrichtigte, daß er vom Commandanten den Befehl erhalten habe, mich mit meiner Frau in einem Bauernhause einzuquartieren und eine Wache daselbst aufzustellen. Meine Frau hatte nur eine Magd und einen Reisesack mit sich. Fragen und Antworten über meinen Sohn, meine Verwandten, über das vergangene und bevorstehende Leben erfüllten die ersten, schnell verrauschten Stunden. Ich mußte fortgehen, um das Abendbrot auszutheilen, und überredete meine Frau, während dessen Frau Naryschkin zu besuchen. Als ich mich den Zelten näherte, kamen mir meine Kameraden sämmtlich entgegen, um mir Glück zu wünschen; sie umarmten mich und in manchem Auge sah ich Thränen stehen. Man ließ mich nicht zur Küche gehen, sondern hatte mein Geschäft bereits verrichtet. Ich wollte meine Frau mit unserer Kost bewirthen, aber Jakubowitsch hatte ihr bereits eine treffliche Brühe zum Willkommen bereitet. Andern Tages rückte ich mit meinem Geleite und meinen Kesseln weiter; meine Frau holte mich in einem Postwagen ein. Den ganzen Tag ging ich neben ihrem Wagen und unterhielt mich mit ihr. Ich wollte mich nicht aufsetzen, weil ich mir das Wort gegeben hatte, aus Tschita nach Petrowsk zu Fuße zu gehen. — In den ersten Tagen konnte meine Frau kaum eine Werst mit mir gehen; nach einer Woche, als wir uns dem Ufer der Selenga näherten, ging sie mit mir schon sechs bis zehn Werst. Das Wetter war schön; von 10—2 Uhr wärmte die Sonne so tüchtig, daß meine Frau in einem leichten Sommerkleide gehen konnte. — Eine Nacht brachten wir in einem Filzzelte zu, wo wir Briefe von unserem Sohne und unseren Verwandten lasen; dieses Nachtlager gefiel meiner Frau besonders, weil sie durch die Rauchöffnung des Zeltes gerade über ihrem Haupte den gestirnten Himmel sehen konnte.

Nach einigen Tagen erreichten wir das Ufer der Selenga, die reizendste

und großartigste Gegend Sibiriens. Man stelle sich einen breiten Fluß vor, dessen rechtes Ufer von hohen Felsen gebildet wird, die aus vielen, ganz verschiedenfarbigen Schichten bestehen: rother, gelber, grauer, schwarzer Granit wechselt mit Spath, Schiefer, Sand, Lehm, Kies und Kalksteinen. Dieses Felsufer ist etwa 60 Fuß hoch. Bei klarem Wetter blitzte die senkrechte Felsenwand in tausend prächtigen Farben. — Die Umgegend des Flußthals ist von Hügeln durchkreuzt, die mit großen Felsblöcken, welche Schlössern und Burgen ähnlich sehen, gekrönt sind, vermuthlich infolge von Erdbeben; die Ufer des Baikalsees bestätigen eine solche Vermuthung. Dieser See, welcher in Sibirien das heilige Meer genannt wird, ist unermeßlich tief. — Pallas, der berühmte Reisende aus der Zeit Catharina's II., beschreibt diese Gegend ausführlich und zählt sie zu den schönsten Landschaften die er je gesehen. Ich weiß nicht, ob Pallas im Kaukasus und in Grusien gewesen ist? Die Natur an der Selenga ist schön, aber es fehlt an Menschen; die Bevölkerung ist sehr schwach: ein Mangel, der sich auch für den Beschauer stärker fühlbar macht, als man gewöhnlich annimmt.

Bei der Stadt Werchne-Udinsk bogen wir links vom großen Wege ab; nach drei Tagemärschen gelangten wir in ein großes Dorf Tarbagatay, welches durch seine Häuser und seine Bewohner ganz das Aussehen eines Dorfs der großrussischen Gouvernements hatte. Hier leben auf einer Strecke von 50 Werst die sogenannten Semeiskije, Leute deren Vorfahren unter der Regierung der Kaiserin Anna 1733 und unter Catharina II. im Jahre 1767 größtentheils wegen Sectirerei aus Dorogobusch und Gomel nach Sibirien verschickt worden waren. Man hatte ihnen gestattet, ihr Hab und Gut zu verkaufen und mit ihren Weibern und Kindern in die Verbannung überzusiedeln. Daher erhielten sie in Sibirien die Benennung Semeiskije, d. h. Leute die mit ihren Familien ins Land kamen. Als diese Verwiesenen über den Baikalsee gegangen und in Werchne-Udinsk angelangt waren, erhielten sie von der Ortsbehörde Befehl, sich hier an wüsten von anderen Ansiedlungen entfernten Orten anzubauen. Der Regierungs-Commissar führte sie in einen Urwald längs des kleinen Flusses Tarbagatay und erlaubte ihnen, sich hier einen beliebigen Wohnort auszuwählen. Von Zahlung der Kronabgaben waren sie vier Jahr lang befreit. Wie groß war die Verwunderung des Beamten, als er sie nach Jahresfrist besuchte und ein schön angebautes Dorf, Gemüsegärten und Felder an einem Ort sah, wo noch vor Jahresfrist ein dicker Wald Alles bedeckt hatte! Dieses Wunder war durch die Arbeitsamkeit der Leute und durch das Geld bewirkt worden, daß sie mitgebracht hatten. Da sie in der Heimath alle Habe verkauft hatten, waren sie mit reichlicher Baarschaft angekommen: sobald ihre Ankunft bekannt wurde, strömten aus den

umliegenden Bergwerken geſchickte Handwerker zu ihnen und die Arbeit ging raſch von Statten. — Von Werchne-Udinsk an, hielten wir unſere Nachtlager und Raſttage nicht mehr in burjätiſchen Filzzelten, ſondern in dieſen großen Dörfern. In Tarbagatay hatten wir Zeit, Alles umſtändlich in Augenſchein zu nehmen. Mit meiner Frau war ich in dem Hauſe eines Bauern einquartirt: die Häuſer enthielten mehrere Zimmer, bedeckte Treppen, große Fenſter, breterne Dächer; auf der einen Seite der Flur befand ſich eine geräumige Stube für die Arbeiter und ein mächtiger ruſſiſcher Backofen, auf der anderen 2—5 Zimmer mit holländiſchen Oefen; hier war der Fußboden mit eigens dazu fabricirten Teppichen bedeckt, die Tiſche und Stühle waren ſauber angeſtrichen, ſelbſt Spiegel, die in Irbit zur Jahrmarktszeit gekauft worden waren, fehlten nicht. Unſere Wirthin nahm uns gaſtfrei mit Schinken, Stör und verſchiedenen Gattungen Kuchen auf. — In den Höfen ſahen wir mit Eiſen beſchlagene Wagen, gute Geſchirre, ſtarke wohlgenährte Pferde und geſunde wohlgeſtaltete Menſchen, die einen vortrefflichen Eindruck machten. Es war Sonntag, Alles ging ins Bethaus, die Männer in langen Röcken aus blauem Tuch und ſtattlichen Zobelmützen, die Weiber in ſeidenen mit Zobelkragen beſetzten Halbmänteln, die ſie Seelenwärmer nennen; ihr Kopfputz war aus Seidenſtoff gefertigt und mit Gold und Silber durchwebt. Alles zeigte Wohlhabenheit, Arbeitſamkeit und Ordnung. Nur Eins fehlte dem Beobachter: die Kirche; als Altgläubige hatten die Ortsbewohner blos ein Bethaus und keinen Prieſter. Wie alle Altgläubige gebrauchen ſie keinen Tabak, keinen Thee, keinen Wein, keine Medicin, auch impfen ſie keine Pocken ein, da ſie das Alles für Sünde halten; ich habe unter ihnen übrigens keinen einzigen Pockennarbigen geſehen. Sie ſind ſehr gottesfürchtig, leſen fleißig die heilige Schrift und beobachten aufs ſtrengſte die Gebräuche ihrer Secte.

Viele dieſer Leute ſind Capitaliſten; Einige beſitzen Capitalien im Betrage von 100,000 Rubeln, unternehmen große Kornlieferungen und handeln mit den Chineſen, denen ſie vortheilhaft Waizen und Schafsfelle verkaufen. — „Warum ſind Eure Nachbarn ſo arm?“ — fragte ich meinen Wirth. — „Wie ſollen ſie nicht arm ſein!“ — antwortete er — „wenn der Hahn kräht, ſind wir ſchon auf dem Felde und pflügen in den kühlen Morgenſtunden, indeſſen der einheimiſche Bauer kaum aufgeſtanden iſt und ſeinen Ziegelthee kocht; bis er ſich zu ſeinem Felde ſchleppt, ſteht die Sonne ſchon hoch am Himmel. Wir haben unſere erſte Arbeit ſchon beendet und ruhen, während der Sibirier ſich in der Hitze mit ſeinen Anſpann abquält; weder er ſelbſt noch ſein Pferd haben Kräfte das Land gut durchzupflügen. Außerdem ſind die früher Angeſiedelten dem Branntweintrinken ergeben; ſie bringen jeden Kopeken durch und können daher keine Capitalien ſammeln.“ — Beſtuſhew fragte einen dieſer Bauern, warum ſie nicht zur Erleichterung und Beſchleunigung der Arbeit bei ſich

Maschinen einführten, wenigstens Dresch- und Saatreinigungsmaschinen? Der Gefragte antwortete: „Wir haben meist gedörrtes Korn, welches wir bei fruchtbaren Jahren und niedrigen Preisen oft fünf Jahre lang aufbewahren. Zum Windigen dient uns eine breite Schaufel. Wie viel kann die Maschine in einem Tage windigen?“ — „Mehr als sechzig Loof.“ — „Meine Schaufel und meine Hand windigen nicht weniger“ entgegnete der Bauer, seine starke Hand vorzeigend, deren Handgelenk über vier Zoll breit war. Das ganze Wesen dieser Leute zeugte von Wohlstand und Zufriedenheit: sie haben eine Communalverfassung, durch welche sie ziemlich unabhängig gestellt sind, bezahlen ihre Abgaben pünktlich und haben nur mit Kronbeamten zu thun, mit denen sie umzugehen verstehen.

Am folgenden Tage nächtigten wir in einem Dorfe derselben Colonie und fanden daselbst das nämliche thätige Leben. In einem dritten Dorfe, Dessiatnikowo, hielten wir den dritten Rasttag; unser Wirth war ein rüstiger Greis von 110 Jahren, welcher der Zahl der ersten Verschickten aus der Regierungszeit Anna's (1733) angehörte. Er war damals 13 Jahre alt gewesen und erinnerte sich noch deutlich aller Umstände der weiten Reise und der ersten Einrichtung. Der Alte lebte im Hause seines jüngsten, vierten Sohnes, der selbst ein Greis von 70 Jahren war. Obgleich der Vater nicht mehr arbeitete, hatte er die Gewohnheit, stets ein Beil im Gurt zu tragen; frühmorgens weckte er seine Kinder und Enkel zur Arbeit. Er führte mich zu seinen anderen drei Söhnen; für Jeden hatte er ein besonderes Haus mit Hof und Scheuer, und für jedes Haus eine besondere Wassermühle angelegt. — „Warum hast du, Großvater, so viele Mühlen gebaut?“ fragte ich den Alten. — „Sieh doch, was wir für Felder haben“ erwiderte er und zeigte auf die umliegenden Berge, wo jeder Winkel bearbeitet war. Der Boden erzeugt guten Waizen, der vortheilhaft veräußert werden kann. Nach dem Reichthum und Wohlstande dieser Bauern zu urtheilen, schien es mir, als hätte ich arbeitsame Russen in Amerika und nicht in Sibirien vor mir; in dieser Gegend ist Sibirien um nichts schlechter als Amerika. Fruchtbares Land im Ueberfluß, Arbeitsamkeit der Menschen, die sich selbst regieren.

In diesem dritten Dorfe fanden wir die Kalesche meiner Frau, welche der Ueberschwemmung wegen zurückgeblieben war. Noch blieben vier Tagemärsche bis zu unserem neuen Gefängniß übrig; ich überredete meine Frau vorauszufahren, um für sich und die Diener eine Wohnung zu miethen und einige Vorräthe einzukaufen. — In unserem letzten Nachtlager angelangt, legte ich das Amt eines Tafel- oder Küchenbesorgers nieder. Hier, am Vorabende unserer Ankunft in Petrowsk, erhielten wir Briefe und die wichtige Nachricht von der Julirevolution in Frankreich; das war von guter Vorbedeutung für unseren neuen Aufenthaltsort und eine desto angenehmere

Digitized by Google

Nachricht, als uns die vorletzten Zeitungen die unſinnigen Ordonnanzen von Karl X. mitgetheilt hatten. — Jedem Reiſenden iſt es angenehm, ſich dem Ziele der Reiſe zu nähern; nicht ſo uns, die wir von einem neuen Gefängniß erwartet wurden. Die letzten Werſte ſchlängelte ſich der Weg durch einen Wald, der, jemehr wir uns Petrowsk näherten, immer lichter und dünner wurde, endlich durch Gebüſch und Moraſt führte, bis plötzlich hohe Berge gegen Norden und Oſten zum Vorſchein kamen. In einem tiefen Thale zeigte ſich ein großes Dorf, eine Kirche, ein Fabrikgebäude mit vielen Schornſteinen, ein Bach und hinter demſelben das rothe Dach des Gefängniſſes. Näher gekommen ſahen wir endlich ein enormes Gebäude auf hohem ſteinernen Fundament in der Form eines Galgens; daſſelbe zeigte eine Menge von Schornſteinen aus Ziegeln, aber alle Wände waren fenſterlos, ein Ausbau ausgenommen, an welchem der Eingang, die Hauptwache und die Wachtſtube angebracht waren. Als wir durch das Thor gekommen waren, erblickten wir an den inneren Mauern Fenſter, Treppen und eine hohe Umzäunung aus aufrecht ſtehenden und zugeſpitzten Balken, die den ganzen inneren Raum in acht geſonderte Höfe eintheilte. Jeder Hof hatte ſeine eigene Pforte, jede Abtheilung faßte fünf bis ſechs Mann. Jede Treppe führte in einen hellen Corridor von vier Ellen Breite, aus welchem Thüren in die einzelnen Zellen führten; jede Zelle war ſieben Schritt lang und ſechs Schritt breit. Dieſe Zellen waren faſt ganz dunkel, denn ſie erhielten ihr Tageslicht nur aus dem Corridor durch ein vergittertes Fenſterchen, welches über der Zellenthür angebracht war; es war ſo dunkel, daß man am hellen Tage nicht leſen, nicht die Zeiger und Ziffern an der Uhr unterſcheiden konnte. Am Tage war es erlaubt, die Thüre zu öffnen und bei warmer Witterung im Corridor zu arbeiten; aber wie lange dauert der Schein der ſibiriſchen Sonne? Schon im September mußten wir im Dunkeln ſitzen oder den ganzen Tag Licht brennen. Es waren in Allem ſechszig Zellen; in einigen wurden zwei Gefangene zuſammen einquartirt.

Der erſte Eindruck war peinlich, umſomehr, als er völlig unerwartet gekommen war. Wie konnten wir ahnen, daß man uns, nachdem wir faſt vier Jahre lang in dem engen aber erträglichen Gefängniſſe von Tſchita zugebracht hatten, ohne Urſache durch Verſetzung in ein ſehr viel ſchlechteres Gefängniß beſtrafen und ſogar des Tageslichtes berauben würde? Mir thaten beſonders diejenigen meiner Kameraden leid, die in dieſem Gefängniſſe zwölf Jahre zubringen ſollten. — Zwei Abtheilungen des Gefängnißgebäudes, die erſte und die zwölfte, waren den Verheiratheten angewieſen; die Frauen zauderten nicht einen Augenblick, das Gefängniß ihrer Männer zu theilen, was in Tſchita wegen der Enge und der gemeinſchaftlichen Einſperrung verboten geweſen war; hier hatte Jeder ſeine beſondere Zelle. In unſerer Abtheilung lebten

die Frauen von Trubetzkoy, Naryschkin, Fonwisin und die meinige. Serge Trubetzkoy pflegte zu sagen: „Wozu brauchen wir Fenster, da wir vier Sonnen haben!“ — Alexandrine Murawjew und Catharine Trubetzkoy konnten in dem Gefängnisse nur den Tag zubringen, weil es nicht gestattet war, Kinder in dasselbe mitzunehmen; die Thüren der Zellen wurden jeden Abend nach dem Zapfenstreiche abgeschlossen — kleine Kinder die oft plötzlicher Hilfe bedürfen, wären der größten Gefahr ausgesetzt gewesen, zumal Nachts kein Feuer angemacht werden durfte. Die Mütter brachten die Nacht bei ihren Kindern im eigenen Hause, den Tag bei ihren Männern im Gefängnisse zu. Jeder von uns suchte seine Zelle nach Kräften auszuschmücken; eine gemeinschaftliche Küche befand sich in einem besonderen Gebäude in der Mitte des ganzen Gefängnißhofes. Jeder der abgetheilten Höfe konnte gänzlich abgesperrt werden, sobald man die Pforten desselben verschloß. Ein ebenso großer Raum, als das ganze Gefängniß einnahm, war von einem hohen aus Balken gezimmerten Zaun eingeschlossen, sodaß die Gefängnißwände und der eingezäunte Platz ein rechtwinkliges und gleichseitiges Viereck bildeten. Nach dem anfänglichen Plane sollte das ganze Viereck mit Gefängnissen bebaut werden; da aber ein Theil der Gefangenen schon aus Tschita zur Ansiedelung verschickt war und mit der Zeit nach bestimmten Terminen die übrigen Kategorien folgen sollten, so wurde nur die Hälfte des Raumes bebaut, und die andere eingezäunte Hälfte diente uns zum Tummelplatz und zur Promenade; im Winter legten wir Rutschberge und eine Eisbahn zum Schlittschuhlaufen an. Ein Corridor oder gemeinschaftlicher Durchgang führte an allen Zellen vorüber; um aber einige Ruhe herbeizuführen und das Geräusch zu vermindern, befahl der Commandant diejenigen Thüren des Corridors, die eine Abtheilung von der anderen trennten, gänzlich zu schließen.

Als wir dem Commandanten Leparsky über die Finsterniß in unsern Zellen Vorstellungen machten und unsere Verwunderung darüber aussprachen, daß er den Bau nach einem so verkehrten, gleichsam auf unsere Erblindung abzielenden Plane zugegeben, erklärte er achselzuckend, der Plan zu unserem Gefängniß sei persönlich vom Kaiser bestätigt worden und darum an kein Remonstriren zu denken gewesen. Aber er sandte Vorstellungen nach Petersburg und erwirkte die Erlaubniß, daß im folgenden Frühjahr kleine Fenster in unsere Zellen gebrochen wurden.

Vom linken Mainufer.

Correspondenz aus Hessen-Darmstadt, Mitte November.

Im Frühjahr d. J. waren, wie durch die Zeitungen bekannt geworden, die militärischen Verhältnisse Hessen-Darmstadt's zu einer Art Krisis gediehen. Es handelte sich dabei um die Ausführung der Militärconvention mit Preußen und die dadurch bedingte Organisation des Truppencontingents. Von hessischer Seite suchte man eine möglichst selbständige Stellung der hessischen Truppen zu gewinnen, während ein entgegengesetzter Einfluß für die Einfügung derselben in den Rahmen der norddeutschen Armee thätig war. Dieser Gegensatz spitzte sich zu der praktischen Frage zu, welche Bedeutung das hessische Kriegsministerium künftig in Anspruch zu nehmen habe, dessen Rechte der damalige Kriegsminister v. Grolmann mit den Räthen seines Ministeriums zollbreit vertheidigte. Auf der andern Seite stand Prinz Ludwig, der Divisionär der hessischen Truppen, indem er die genaue Durchführung der conventionsmäßigen Bestimmungen verlangte und damit zugleich die Stellung und Bedeutung seiner Charge vertheidigte. Die Bedeutung des Kriegsministeriums konnte nur auf Kosten des Einflusses des Divisionärs erhalten werden. Weiter aber mußte die Stellung des Prinzen unhaltbar erscheinen, da derselbe zwischen die Ordres der ihm übergeordneten Armeecorpscommandantur zu Cassel und die Competenzansprüche des hessischen Kriegsministeriums geklemmt war. Er konnte weder den Befehlen des Einen noch den Rescripten des Anderen genug thun und entschloß sich die Sache zum Biegen oder Brechen zu bringen, indem er seine Demission einreichte. An Versuchen ihn zum Bleiben unter den bisherigen Bedingungen zu bewegen fehlte es natürlich nicht; namentlich war dies Geschäft dem Bundesfeldherrn von 1866, dem Prinzen Alexander, zugefallen, der für die hauptsächlichste Vertrauensperson seines Bruders des Großherzogs gilt. Prinz Ludwig blieb aber fest; es mußte ein provisorischer Divisionär bestellt werden, der bald in die übelste Lage gerieth. So kam denn General v. Bonin, der von Preußen mit der Ordnung der einschlagenden Verhältnisse betraut und nach Darmstadt geschickt wurde, beiden Theilen gelegen. Unter seiner Vermittlung wurde der obschwebende Conflict nach Lage der Umstände leidlich geordnet. Der Kriegsminister trat mit seinen sämmtlichen Räthen ab, nicht ohne daß man ihnen als Schmerzensgeld eine ansehnliche Gehaltserhöhung bewilligt hätte, der Titel und Orden die außerdem vertheilt wurden nicht zu gedenken. Prinz Ludwig übernahm von Neuem das Divisions-Commando. Das Kriegsministerium ward durch preußische Beamte neu organisirt, mit den Functionen einer preußischen Armeecorpsintendantur ausgestattet und mit speciellen Vertrauensmännern

des Prinzen Ludwig besetzt. Die gegenwärtigen Mitglieder dieser Behörde zeichnen sich in der That durch Thätigkeit und Geschäftsgewandtheit vortheilhaft aus; daß sie im Gegensatz zu der bundestägl.-östreichischen Färbung ihrer Vorgänger den neuen Militäreinrichtungen aufrichtig zugethan sind, ergibt sich schon aus der Geschichte ihres Amtsantrittes. — Um diese so außerordentlich tief in das Leben unseres Kleinstaates einschneidende Veränderung einzuführen, war ein Mann besonders thätig gewesen von dem man so Etwas nicht erwartet hätte.

Herrn v. Dalwigk entging es nicht, daß hier, als in einer Militärangelegenheit, Preußen Ernst machen würde, und so ließ er ohne Bedenken seinen Collegen v. Grolmann fallen und war eifrig bemüht, der neuen Combination die Wege zu ebnen. Charakteristischer Weise schloß dann dieses ganze Zwischenspiel mit einem Diner, zu welchem Herr v. Dalwigk den General v. Bonin und die übrigen Hauptactoren desselben zusammengebeten hatte. Seitdem ist in militärischer Beziehung jeder Einfluß beseitigt geblieben, der sich der Durchführung der preußischen Organisation entgegenstellen konnte. Als das Militärbudget vor die Stände kam, wurden zwar einige schwache Versuche gemacht, auf die Frage der Stellung des Kriegsministeriums im constitutionellen Leben Hessens zurückzukommen, auch von den Majoritäten beider Kammern Beschlüsse gefaßt, welche die Rechte der hessischen Stände in Militärangelegenheiten mitzusprechen wahren sollten, allein der Gedanke, daß es sich doch nur um todte Formeln handele und daß eine constitutionelle Controle des Militärwesens nur noch in dem Reichstag und nicht mehr in den Einzelkammern möglich sei — drückte offenbar auf diese Körperschaften und selbst auf die heißblütigsten Vertretern der hessischen Selbständigkeit. Die öffentliche Meinung aber nahm mit Recht an, daß das Recht Ja zu sagen illusorisch geworden sei, seit das „Nein" zur Unmöglichkeit geworden. Im Herbste wurden dann aus der militärischen Umgebung des Großherzogs einige Personen entfernt, von denen angenommen wird, sie hätten in einem preußenfeindlichen Sinn gewirkt; nunmehr hat das ganze hessische Militärwesen einen so orthodox-nordbündlerischen Charakter als man in Berlin nur wünschen kann. Das Officiercorps, durch die Ereignisse von 1868 über die Unhaltbarkeit der bisherigen Einrichtungen belehrt, hat nach Ausstoßung der unbrauchbaren Elemente durchgängig die neue Ordnung der Dinge mit Eifer ergriffen. Das Institut der einjährigen Freiwilligen, das besonders bei der städtischen Bevölkerung Hessens sehr eingreifend ist, ist merkwürdig schnell in das Bewußtsein des Landes eingewachsen und dem Gleichheitsgefühl von Soldaten und Bürgern thut es wohl, Arm und Reich jetzt in einer Linie dienen zu sehen.

Dieser wohlthätigen Revolution im hessischen Staatsleben steht in un-

vermitteltem Gegensatz fortwährend eine preußenfeindliche innere Politik gegenüber. Als verdächtig gilt im Civilstaatsdienst Jeder, bei dem man Neigung für Preußen und den Nordbund wittert. Ein eigenthümlicher Vorfall in dieser Richtung ist jüngsthin Gegenstand der Besprechung in der hessischen Presse geworden. Als im Jahr 1866 alle anderen Staaten ihren Frieden mit Preußen gemacht hatten, blieb Hessen-Darmstadt allein zurück und der Kriegszustand wurde ihm um so empfindlicher, als die aus dem übrigen Süddeutschland zurückgezogenen preußischen Truppen in einer Stärke von 20—30,000 Mann wie eine Art Execution in die Landestheile des rechten Rheinufers gelegt waren, während die hessische Division in Kriegsstärke in Rheinhessen zusammenblieb. Allerlei Gerüchte von dem angeblichen Starrsinn des Großherzogs, der in seinem Aufenthalt zu Nymphenburg Nichts von den preußischen Friedensbedingungen hören wolle, von dem schädlichen Einfluß Herrn v. Dalwigk's auf die Unterhandlungen circulirten und wurden von den aufgeregten Gemüthern aufgegriffen. Natürlich erregten dieselben gerade bei den hessisch Gesinnten die größte Bestürzung und so lud eine Anzahl sehr loyaler Bürger und Beamten zur Unterzeichnung einer Adresse an den Großherzog ein, welche dem Friedensbedürfniß des Landes Ausdruck geben sollte. Als die Adresse dann berathen wurde, fiel für die meisten der Einlader die Form derselben zu entschieden aus und weigerten dieselben sich der Unterzeichnung. Im Herbste dieses Jahres nun wurde mehreren der Beamten, von denen jene Einladung ausgegangen war und die sich später um erledigte Stellen im Justizfach bewarben, eröffnet, daß alle Diejenigen, die zum Erlaß jener Adresse eingeladen hätten, nicht das Vertrauen der Regierung besäßen und sich daher auf Beförderung im Staatsdienst keine Hoffnung machen dürften. Vorgänge solcher Art zeigen dem Beamtenstande deutlich an, auf welcher Seite die Hoffnung auf Carriere und wo die Aussicht auf Zurücksetzung liegt — eine Lehre, die für die Meisten nicht verloren geht. — In demselben Geiste wird fortwährend der Regierungseinfluß bei den Landtagswahlen ausgeübt. Die mehr als zweideutige Stellung der hessischen Regierung bei den Zollparlamentswahlen, wo sie für Ultramontane und Demokraten wirkte, sobald festgestellt war, daß diese Preußenfresser seien, ist bekannt. Neuerdings wurden zwei Landtagssitze vacant, welche die Regierung unbedingt zu vergeben hatte. In dem einen Bezirk ließ sie einen jungen Anwalt wählen, der sich durch Zuschautragung seines kurhessischen Legitimismus und durch öffentliche Bestreitung der Rechtsgiltigkeit der Annexionen seine Sporen verdient hatte, in dem anderen Bezirk stellte sie ihren Bundestagsgesandten von 1866, einen Bruder und Gesinnungsgenossen des wiener Hofraths v. Biegeleben, auf und setzte ihn gegen einen von der Gegenpartei aufgestellten Verwaltungsbeamten gemäßigter Gesinnung glück-

lich durch. Bemerkenswerth war bei dieſer Wahl noch, daß die Regierung, um die Organiſation jeden Widerſtandes gegen ihre Candidaten zu brechen, ſchon für den Tag nach dem Begräbniß des ſeitherigen Ständemitgliedes, des bekannten Geh. Rath Seetz, die Wahlmänner zur Neuwahl durch expreſſe Boten zuſammenholen ließ. — Ebenſowenig feiern Staatsanwälte und Criminalgerichte gegen die nationale Partei. Es werden in dieſem Augenblick der Zollparlamentsabgeordnete Bamberger mit einer Anzahl Genoſſen proceſſirt, weil ſie in einem Wahlaufruf geſagt haben die heſſiſche Regierung ſei ein Bündniß mit der Intoleranz eingegangen (wörtlich). Der Staatsanwalt hat auf zweimonatliche Feſtungsſtrafe und 200 Gulden Geldſtrafe angetragen. Das Urtheil des Gerichtes ſteht noch aus. Der Redacteur eines nationalen Blattes wurde gar zu vier Monat Correctionshaus verurtheilt, weil er während der Parlamentswahlen in einem politiſchen Streit im Wirthshaus das Regierungsſyſtem in Heſſen als ein ſchmähliches bezeichnet hatte. Die Strafe wurde dann auf zwei Monate Gefängniß von der höheren Inſtanz gemildert.

Derartige Verfolgungen die zu ſchwach ſind um eine Partei niederzuſchlagen dienen als trefflicher Sporn, dieſelbe in Athem zu halten und ſo iſt die nationale Partei in Heſſen-Darmſtadt derzeit, wie es ſcheint, die rührigſte von allen nationalen Parteiverbindungen des deutſchen Südens. Sie iſt die einzige die bis jetzt zu einer Organiſation in Vereinsform gelangt iſt. Der Verein, an deſſen Spitze ein Landesausſchuß ſteht, gliedert ſich in Kreisvereine die nach Parlaments- und Zollparlamentswahlbezirken abgegrenzt ſind und nimmt allenthalben einen lebhaften Fortgang.

Das Bild, welches vorſtehend von dem augenblicklichen öffentlichen Zuſtand in Heſſen gegeben wurde, wäre unvollſtändig, wenn nicht noch mit ein paar Worten die kirchlichen Zuſtände des Landes berührt würden. Daß Herr v. Dalwigk, ſich über das bisherige Landesrecht kurzer Hand hinwegſetzend, mit dem mainzer Biſchof einen Vertrag über die Rechtsverhältniſſe der katholiſchen Kirche abſchloß, iſt bekannt und in ganz Deutſchland hinlänglich gewürdigt. Die ultramontane Partei, die anfangs nur einen Theil der Bureaukratie zum Gegner gehabt hatte, während die Bevölkerung im Ganzen gleichgültig war, eroberte allmälig in den Miniſterien die einflußreichſten Stellen für ihre Parteigenoſſen und hatte darum bis zum Jahre 1859 die beinahe unbeſtrittene Herrſchaft im Lande. Mit dem Erwachen des nationalen Lebens in jenem Jahre organiſirte ſich die liberale Partei, um den Kampf mit den Ultramontanen aufzunehmen. Die proteſtantiſche Geiſtlichkeit hielt ſich in beinah vollſtändiger Paſſivität. So ging es bis in das Jahr 1866. Damals, als der politiſche Kampf ſich nach einer ganz anderen Seite hingezogen hatte, traten nun die drei proteſtantiſchen Superin-

tendenten gegen den Bischof von Mainz mit einer förmlichen Anklageschrift vor das Publicum, worin sie dem Bischof systematische Angriffe gegen die protestantische Kirche Schuld gaben. Unter anderen Umständen hätte dieses Auftreten der Superintendenten einen wirklichen Erfolg haben können. Jetzt aber verpuffte der Angriff wirkungslos; nicht blos der Zeitpunkt, sondern auch das Terrain waren schlecht gewählt, denn Herr von Ketteler ist viel zu weltklug um den Protestantismus öffentlich zu schmähen, seine Sünden liegen auf einem ganz anderen Felde. Die Sache endete mit einer literarischen Niederlage der von der Bevölkerung im Stiche gelassenen Würdenträger. Hierzu kam noch, daß einer der Superintendenten, Prälat Zimmermann, in früheren Jahren — namentlich zur Zeit der Entstehung des Deutschkatholicismus — in Streitschriften gegen den Katholicismus des Guten etwas viel gethan hatte, ein Umstand der dem Bischof von Mainz entschieden zu Gute kam und von den gouvernementalen Freunden desselben nach Kräften ausgebeutet wurde. Während der Herrschaft des Ultramontanismus hatte sich die Kampffähigkeit unserer Prälaten gegen den Katholicismus hauptsächlich im Schmollwinkel des Gustavadolfsvereins concentrirt; dabei waren die inneren Zustände der protestantischen Kirche wenig beachtet worden. Das Consistorium (Oberconsistorium genannt), das unter Aufsicht des Ministeriums des Innern und unter Beihilfe der Kreisräthe die protestantische Kirche in Hessen verwaltet, hatte sich *zwischen* den kirchlichen Parteien gehalten, zumal die kirchlichen Parteien fast ausschließlich durch Geistliche gebildet wurden. Die protestantische Bevölkerung, welche ganz außerhalb der Kirchenverfassung *steht* und die durchweg rationalistisch gesinnt ist, hatte schon lange angefangen sich aus dem kirchlichen Leben zurückzuziehen, namentlich seit der Orthodoxismus unter den Geistlichen die Oberhand gewann. Das Lutherfest, das mit so großem äußeren Prunk in Worms gefeiert wurde, konnte diese schweren inneren Schäden, an denen die hessische protestantische Kirche laborirt, kaum verdecken. Gerade dieses Fest sollte Veranlassung werden, die ganze Zerfahrenheit kirchlicher Zustände in Hessen ans Tageslicht zu bringen. Ein darmstädter Mitprediger ließ als Festschrift eine Broschüre ausgehen, die nach Form und Inhalt unbedeutend, und nicht einmal auf der Höhe der zum Gemeingute gewordenen wissenschaftlichen Resultate stehend, doch in den Augen der Bevölkerung das große Verdienst hatte, die große Kluft, die zwischen der religiösen Ueberzeugung der Gemeindemitglieder und dem Standpunkt des größeren Theiles der Geistlichkeit liegt, in drastischer Weise darzulegen. Das Consistorium war dem kühnen Unternehmen gegenüber zuerst rathlos; die orthodoxe Partei aber fand sich zu tief verwundet, als daß sie nicht in einer sehr entrüsteten Adresse die exemplarische Bestrafung des Angreifers gefordert hätte. Das rief denn auf der anderen Seite eine

durch die Massenhaftigkeit der Unterschriften imposante Gegenadresse der darmstädter Bürgerschaft hervor. Das Consistorium, zu seinem großen Schrecken zwischen zwei Feuer gebracht und in die Nothwendigkeit versetzt einen Entschluß zu fassen, sprach die Amtsentsetzung des Angeklagten aus, die jedoch noch der landesherrlichen Bestätigung bedarf. Man hat nun versucht, durch das ganze Land eine Bewegung für Einführung einer Synodal- und Presbyterialverfassung zu organisiren und dem mitgetheilten Einzelfalle dadurch eine weitere Bedeutung zu geben. Ob aber die rationalistische Partei, die ihrer Natur nach kirchliche Einrichtungen mit einer gewissen Gleichgiltigkeit betrachtet, gegen die kleine aber außerordentlich rührige orthodoxe Schaar den Sieg davon tragen wird, bleibt noch vorerst zweifelhaft, zumal die hessische Verwaltung sich Reformen, welche einen demokratischen Beigeschmack haben, grundsätzlich verschließt.

Herr v. Dalwigk hatte vorgezogen, während des Lutherfestes abwesend zu sein. Vermuthlich fühlte er die schiefe Stellung in die er zur protestantischen Bevölkerung gerathen ist, auch mochte ihm mit einem Zusammentreffen mit dem König von Preußen und den Großherzogen von Baden und Weimar wenig gedient sein. Genug, er reiste nach Livland, um seine dortigen Verwandten zu besuchen. Was er in jenem Lande außerdem getrieben, ist neuerdings Gegenstand einer Zeitungsdebatte geworden, welche in Hessen mit wahrhaft leidenschaftlichem Eifer verfolgt wird.

Vermischte Literatur.

Georg Koch, Rafael-Galerie.

Von der bei Theodor Kay in Kassel erscheinenden Rafael-Galerie in Photographien nach Kreide-Zeichnungen Georg Koch's liegt ein neues Heft vor, welches allen Freunden und Kennern des großen Urbinaten aufs Wärmste empfohlen werden darf. Wiederholt haben diese Blätter eine Pflicht darin gesehen, auf jenes schöne, ganz auf der Höhe des heutigen Geschmackes und aller sonstigen ästhetischen Anforderungen stehende Unternehmen aufmerksam zu machen; mit Genugthuung constatiren sie, daß diese Pflicht mit den weiteren Fortschritten desselben nur gewachsen ist. Das Bestreben des Herrn G. Koch, die beliebtesten Gemälde Rafael's zu reproduciren, hat mit ungewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Publicum ist gewöhnt, die Bilder nach den populären Kupferstichen zu beurtheilen; in dieser Gestalt sind sie ihm ans Herz gewachsen, obgleich sie sich doch fast alle wie Ueber-

ſetzungen zum Original verhalten. Kenner dagegen wollen heute nur die directen photographiſchen Copien dal vero gelten laſſen, die dem auf allen Gebieten überhand nehmenden Verlangen unſrer ſcharfſichtigen Zeit nach Urkunden in ſo unerſetzlicher Weiſe entſprechen, die aber bei der Natur mechaniſcher Reproduction in vielen Punkten Abweichungen zeigen, welche nur ein ſehr geübtes Auge corrigiren kann; den Laien muß die falſche Wirkung mancher Farbentöne in der Photographie geradezu verwirren. Zwiſchen den Unvollkommenheiten der Maſchine und der Willkür oder dem mangelhaften Vermögen des Kupferſtiches zu vermitteln, iſt die künſtleriſche Aufgabe, welche ſich Herr G. Koch geſtellt hat. Ausgerüſtet mit unermüdlicher Hingabe und eindringendem Verſtändniß und im Beſitze einer vollendeten Technik zeichnet er mit friſchem Auge unmittelbar nach den Originalen und ſeine Abſicht iſt darauf gerichtet, die Ungleichheiten der directen Photographie zu berichtigen und die Sprache des Grabſtichels einerſeits zu ergänzen, andrerſeits durch Ausdruck des Colorits klangvoller zu machen. Die Veränderungen, welche die Zeit an den Bildern hervorgebracht hat und oft auch der geheimnißvolle Zauber der Behandlung laſſen hierbei nicht immer gleichen Erfolg gelingen, aber wie die Mehrzahl der bisher erſchienenen, ſo ſind auch die jetzt vorgelegten Blätter Meiſterarbeiten. Und das Talent des Künſtlers nöthigt uns um ſo größere Achtung ab, da es galt, zwei in ihrem Charakter und in der Gattung ſo ſehr verſchiedene Gemälde vorzuführen wie das „Geſicht des Ezechiel" und die „Madonna del Granduca", — und wir wiſſen in der That nicht, ob wir mehr die vollkommen zur Geltung gebrachte Großartigkeit der auch in der Lichtführung ſo merkwürdigen Darſtellung Gottvaters oder mehr die warme Innigkeit rühmen ſollen, mit welcher das andere Bild, dieſe ſchlichteſte Madonna Raſael's, wiedergegeben iſt. Jedenfalls haben wir aber allen Grund zu dem Wunſche, daß Künſtler und Verleger in ihrem trefflichen Unternehmen unbeirrt fortfahren und verdienten Dank finden mögen.

Herr von Bismarck, von Ludw. Bamberger. Breslau bei E. Günther.

Ein Buch ad hoc, d. h. zu dem beſtimmt ausgeſprochenen Zweck, die Franzoſen mit der Bismarck'ſchen Politik zu verſöhnen, ihnen die Nothwendigkeit einer allendlichen preußiſchen Abrechnung mit dem Hauſe Habsburg nachzuweiſen und etwaige Befürchtungen vor einem Angriff auf Frankreich niederzuſchlagen. Dieſer Zweck mag mit der vorliegenden Schrift ziemlich vollſtändig erreicht worden ſein; Herr Bamberger kennt die Franzoſen, weiß ſie an ihren ſchwachen Seiten zu faſſen und mit den Factoren zu rechnen, welche weſtlich vom Rhein den Ausſchlag in der öffentlichen Meinung geben. Des preußiſchen Premier Verhalten in der Conflictszeit wird (offenbar mit Rückſicht auf den conſtitutionellen Eifer der pariſer Oppoſition) in lebhafter, colorirter Sprache verurtheilt und feierlich erklärt, der Mann, der den öſtreichiſchen Bundestag begrub, Preußen um fünf ſchöne Provinzen bereicherte, der kleinſtaatlichen Miſère die Axt an die Wurzel legte — werde von der Geſchichte die Indemniſation, welche er von der preußiſchen Volksvertretung erlangt hat, niemals erhalten. Nach dieſem etwas pathetiſchen „Jamais" wird in eine ſcharfſinnige Apologie der deutſchen Politik des Grafen Bismarck eingetreten, mit aller Schärfe die Abſichtlichkeit betont, mit welcher B. den Krieg provocirte, den Reſul-

taten desselben die gebührende Anerkennung gezollt und mit der Versicherung geschlossen, Herr v. Bismarck werde trotz der Elasticität seines Geistes stets die Quelle der Verlegenheiten Derer sein, welche in ihm etwas Anderes sehen, als den Aristokraten, der sich des Fortschritts nicht aus Liebe zur Freiheit, sondern aus politischem Instinct bedient. Auf diese Weise hat der Verfasser die Sache der nationalen Politik in das für die Franzosen richtige Licht gestellt und doch zugleich die orthodoxe Reinheit seines demokratischen Katechismus gewahrt.

Wir werden uns hüten, mit dem Verfasser über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit eines Urtheils zu streiten, welches in letzter Instanz nur von der Nachwelt, nicht von der Mitwelt gesprochen werden kann. Gerade darum müssen wir gestehen, trotz aller Anerkennung des patriotischen Eifers, mit dem der Verfasser darauf ausgegangen ist, die französischen Vorurtheile zu beseitigen — nicht verstehen zu können, warum er in eine deutsche Uebersetzung seiner Schrift gewilligt hat. Bücher dieser Art haben in Deutschland keine rechte Statt und stehen der deutschen Art und Weise um so ferner, je glücklicher sie für die Franzosen den richtigen Ton treffen. Anhänger der nationalen Sache und näher stehende Zeugen des preußischen Verfassungsconflictes werden mit den Anschauungen und den etwas absolut gehaltenen Urtheilen des Verfassers schwerlich übereinstimmen, unsere Gegner diese Art der Apologie nicht gelten lassen, aus ihr am Ende gar Capital schlagen. Wir sind gespannt, die bezüglichen Urtheile der östreichischen und kleinstaatlichen Presse zu hören und werden uns freuen, wenn wir die Wirkungen, welche die vorliegende Schrift auf diese üben wird, falsch angeschlagen haben.

Schiller's sämmtliche Werke. Historisch-kritische Ausgabe. 3. Theil: Fiesko, Cabale und Liebe, Rheinische Thalia. Herausgegeben von Vollmer. 4. Theil: Arbeiten der Leipzig-Dresdner Zeit.

Wir haben beim Erscheinen der beiden ersten Bände dieser historisch-kritischen Schiller-Ausgabe Gelegenheit gehabt, unsere Stellung zu der philologischen Manier dieser Herausgabe ebenso zu bezeichnen, wie unsere Meinung über die Veröffentlichung sämmtlicher, auch der von dem Dichter selbst verurtheilten Jugendarbeiten zu sagen. Was die Art und Weise der Textherstellung und der Registrirung sämmtlicher verschiedener Lesarten anlangt, haben wir über die beiden neu erschienenen Bände Nichts nachzutragen. Anders steht es mit den neuen Publicationen, welche aus der Zeit der Mannheimer und der Dresden-Leipziger Periode Schillers herrühren und deren Herausgabe schon darum unter einen andern Gesichtspunkt fällt, als das Hervorsuchen von Jugendverirrungen, welche unserer Meinung nach besser der Vergessenheit verfallen wären. Als solche Herausgaben von wirklichem Interesse sind „Das Lied", „Die Gedichte an Körner", die Aufsätze über Philipp II. (nach Mercier) und die „Verschwörung des Marquis Bodemar gegen die venetianische Republik" besonders zu nennen.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 49.

Ausgegeben am 4. December 1868.

Inhalt:

Ein Buch über Minister und Ministerverantwortlichkeit . . Seite 361
Die souveräne Freiherrschaft Wolde 375
Das Bürgerrechtsgeld in Preußen 380
Eduard Devrient über Felix Mendelssohn 382
Politischer Monatsbericht 387

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.
Literarische Beilage: E. A. Seemann's Weihnachts-Katalog.
Zwei Literarische Beilagen von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Ein Buch über Minister und Ministerverantwortlichkeit.

„Das Princip der Ministerverantwortlichkeit in der constitutionellen Monarchie.“ Eine staatsrechtliche Abhandlung von Dr. Adolf Samuely. Berlin 1869.

Die Zeiten der politischen Scholastik sind für uns Deutsche noch lange nicht vorüber. Einige von uns hat zwar das Stück Geschichte seit dem Frühjahr 1866 heraus- und fortgerissen aus den politischen Formeln und Antithesen zur Werktagsarbeit praktischer Staatsmänner, Andere sind rückhaltslos in den Dienst der wirthschaftlichen Interessen hinübergetreten, und Andere sind durch den realistischen Zug ihres Naturells der Doctrin entfremdet. Aber die Mehrzahl unserer Gebildeten unter den Auspicien der Juristen ist doch mit ihren Neigungen des Kopfs wie des Herzens, sei es dem Dogma, sei es doch der Methode jener politischen Wissenschaft treu geblieben, deren Gebäude in den öden Jahrzehnten zwischen den Freiheitskriegen und der deutschen Revolution von einer Reihe unserer besten Männer und tüchtigsten Gelehrten zum Trost und Nutzen der Zeitgenossen aufgeführt wurde. Der deutsche Liberalismus kann die klangvollen Namen eines Dahlmann, Mohl, Rotteck, Zachariae u. A. nicht leicht vergessen, die ernste Gravität ihrer Gedanken, die keusche Reinheit ihrer idealen Anschauungen auch nicht leicht entbehren. Und noch mehr hängen unsere Gewohnheiten in Sprache, Ausdrucksweise, Gedankenrichtung an jener Schule strenger Systematiker, denen das formale Staatsrecht, die sogenannte constitutive Politik als das Fundament alles politischen Wissens galt. Von ihnen her haftet an den Worten „Verfassung“, „Volksvertretung“, „constitutionelle Monarchie“, „Ministerverantwortlichkeit“ noch immer der Zauber, als seien sie nicht, was sie doch in der That nur sind, willkürliche Bezeichnungen rein formellen Charakters für irgend welche höchst unbestimmte Postulate, sondern Axiome von absolutestem Werth, lebendigstem Inhalt, untrüglichstem Heil, auf deren richtige Durchführung Alles ankommt. Die zünftige Gelehrsamkeit der deutschen Universitäten und ihrer Docenten des Staatsrechts thut dann das Uebrige, um immer neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen und

jenen vordem in den stillen Werkstätten tüchtiger Meister sorgsam ausgemünzten Schulbegriffen den gangbaren Cours auf dem Markte des politischen Tageslebens zu erhalten.

Die constitutionelle Monarchie war, wie männiglich bekannt, das Lieblingskind dieser Doctrinen. Ja vielleicht ließe sich durch Zurückgehen auf Montesquieu, Necker und die französische Constitution vom Jahre 1791 erweisen, daß sie das Geschöpf der Doctrin ist. Und obwohl der historische Ausgangspunkt der constitutionellen Ideen, die Gewaltentheilung und das Balancement der Kräfte, heute als abgethan und überwunden gilt, so reizt dennoch das gedanklich und thatsächlich in dieser Staatsform verkleidete Compromiß zwischen Fürstengewalt und Volksgewalt, Monarchie und Demokratie fortgesetzt alle speculirenden Köpfe, alle scholastischen Geister zu immer neuen Betrachtungen, Prüfungen, Berichtigungen des Ausgleichs. Mit unendlicher Umsicht, Vorsicht, Genauigkeit werden immer und immer wieder beide Seiten gegen einander erwogen und abgeschätzt, hier oder dort zu viel Belastung, zu viel Uebergewicht entdeckt und theoretisch corrigirt, die principielle Richtigkeit der Wagschale revidirt — das Zünglein schwankt so ununterbrochen hin und her, daß der Fehler schlechterdings gefunden werden muß. Es wäre ja schier zum Verzweifeln an deutscher Gelehrsamkeit, wenn der Radicalismus derer Recht behielte, die in dem ruhelosen Pendelschlag dieser Staatsform überhaupt nur ein Moment geschichtlichen Uebergangs von der Monarchie zur demokratischen Volkssouveränetät sehen wollen.

Musterhaft für diese Gattung ist die staatsrechtliche Abhandlung, deren Titel und Verfasser oben genannt sind. Wäre die Annahme erlaubt, der Verfasser bewerbe sich um einen Lehrstuhl für öffentliches Recht an einer unserer Universitäten, es handele sich um eine Habilitationsschrift und es wäre mir auferlegt, einer hochgelahrten Facultät oder auch nur einem professor publicus ordinarius über die Dissertation zu referiren, es sollte mir nicht schwer werden, dem Verfasser ein vorzügliches Prädicat zu erwirken. Ich würde zunächst im Allgemeinen Folgendes rühmend hervorheben. Der Verfasser hat mit bemerkenswerthem wissenschaftlichen Muth einen Stoff für seine publicistische Abhandlung erwählt, der zu den dunkelsten, schwierigsten und bestrittensten Gebieten des constitutionellen Staatsrechts gehört. Er hat mit nicht hoch genug anzuerkennendem Fleiße Alles gelesen und gesammelt, was über diese wichtige Materie in der Literatur und Gesetzgebung der civilisirten Staaten, insbesondere Deutschlands, Frankreichs, Englands, Amerikas, Skandinaviens zu Tage gefördert worden ist. In klarer Anordnung, methodischer Sichtung, musterhafter Uebersichtlichkeit zerfällt die Schrift in einen kritischen und einen dogmatischen Theil, jeder Theil in drei mit einander corre-

ſpondirende Abſchnitte, in denen das Verhältniß der Miniſter zur Krone zur Volksvertretung und die juriſtiſche Natur der Miniſterverantwortlichkeit, die eigentliche Subſtanz des Begriffs, beleuchtet und begründet werden. Ein letzter Abſchnitt enthält die Ausführung der gewonnenen Reſultate bezüglich des Gerichtshofs, des Verfahrens, des Urtheils, der Begnadigung. Die Kritik iſt zwar in den ſehr kategoriſchen Abſtufungen des Lobs und Tadels, die ſehr ehwürdigen Meiſtern der Wiſſenſchaft und Geſetzgebung zu Theil werden, nicht immer von dem Reſpect getragen, den auch der begabteſte junge Gelehrte unter allen Umſtänden ſolchen Männern und ſolchen Inſtitutionen ſchuldig iſt; doch zeigt ſie durchgehends gründliche und eindringende Forſchung. Die dogmatiſchen Erörterungen enthalten ohne Zweifel eine Bereicherung der Wiſſenſchaft um neue und wichtige Geſichtspunkte, einige meiſt verkannte Wahrheiten. Die politiſche Geſinnung des Verfaſſers iſt freiſinnig und doch auch conſervativ, der hiſtoriſchen Monarchie ebenſo zugethan, wie den Rechten des Volks, fürſtlicher Willkür ebenſo abgeneigt, wie parlamentariſcher Souveränetät. Die Schreibweiſe endlich iſt ſchmucklos, einfach, durchſichtig, von ernſter Solidität, wie ſie dem Stoff entſpricht.

Zu einer kurzen Analyſe des Inhalts ſelbſt übergehend, würde ich das Weſentliche der Erörterungen dahin präciſiren. Der Verfaſſer erklärt ſich mit Lebhaftigkeit gegen die Tendenz einiger franzöſiſcher Publiciſten (B. Conſtant's), ein ſelbſtändiges pouvoir ministériel, als eigentlichen verantwortlichen Träger der Regierungsgewalt, zu ſtatuiren, die königliche Gewalt aber als pouvoir neutre et abstrait jeder möglichen Action entkleidet zu einem allerdings unſchädlichen, aber auch ohnmächtigen Scheindaſein hinabzudrücken. Er verwirft ebenſo entſchieden als der conſtitutionellen Idee widerſprechend die Auffaſſung L. Stein's, welcher in den Miniſtern nur „befehlende und verordnende“ Behörden ſieht, wie die abweichende von Buddeus und Biſchof, denen die Idee der Miniſterverantwortlichkeit mit der Fiction eines nothwendig vorhandenen Sündenbocks für das vom Fürſten begangene Unrecht zuſammenſchmilzt. Der kritiſche Abſchnitt wendet ſich ſodann von dem Rechtsgrunde, der Verantwortlichkeits*pflicht*, zu dem Titel des parlamentariſchen Verantwortungs*rechts*. Dem Montesquieu'ſchen Princip, daß die geſetzgebende Gewalt die Art, wie die Geſetze durch die königliche Executive ausgeführt würden, überwachen müſſe, wird die zu enge Begrenzung des Miniſteramts durch den Begriff der Geſetzesausführung entgegengehalten. Derſelbe Vorwurf trifft den Grundgedanken Mohl's und ſeiner Nachfolger, die Verantwortlichkeit der Miniſter lediglich auf die Garantie des Verfaſſungs-Grundgeſetzes zurückzuführen, zu beſchränken und nur für Verfaſſungsverletzungen lebendig zu machen. Zutreffend wird darauf hingewieſen, wie unendlich weiter die Befugniſſe, Gerechtſame, Obliegenheiten der Miniſter, die poſitiv

ſchaffenden Aufgaben der Regierungsgewalt gehen, als die beſtehenden Geſetze auszuführen und die Verfaſſung aufrecht zu erhalten. Daran knüpfen ſich ungezwungen die ebenſo ſcharfſinnigen wie überzeugenden Ausführungen des Verfaſſers, daß der Thatbeſtand der „Verfaſſungsverletzung“ als das eigentlich von den Miniſtern zu vertretende Delict vom ſtrafrechtlichen Standpunkte nach jeder Richtung hin zu verwerfen ſei, daß hierfür jede begriffliche Beſtimmtheit der ſtrafbaren Handlung unfindbar, jeder Maßſtab der Schuld und Strafe undenkbar ſei, die ganze Vorſtellung ſich in die vagen, vollkommen ebenſo greifbaren Begriffe von „Geſetzesverletzung“ oder ſchlechthin „Unrecht“ verliere. Eine Vermiſchung ſchiedsrichterlicher und ſtrafrechtlicher Geſichtspunkte befriedigt offenbar ebenſowenig. Auf dieſem kritiſchen Unterbau gelangt der Verfaſſer folgerichtig zu drei fundamentalen Principien. 1) „Das nothwendige Correctiv der Unverantwortlichkeit des Staatsoberhaupts gegenüber dem conſtitutionellen Grundſatz der allgemeinen ſtaatsrechtlichen Verantwortlichkeit iſt darin gefunden, daß demſelben die Spitzen der Centralverwaltung als Organe zur Seite geſtellt werden, an deren Zuſtimmung und Mitwirkung er bei allen ſeinen Regierungshandlungen gebunden iſt, und welche die Verantwortlichkeit für ihre Mitwirkung tragen.“ Daher die vorgeſchriebene Contraſignatur der Miniſter für alle rechtsgiltigen Regierungsacte des Souveräns, um das Vorhandenſein und den Beweis mitwirkender Verantwortlichkeit zu ſichern. 2) Die Volksvertretung hat naturgemäß ein allgemeines Controlrecht, „den Gebrauch der den Regierungsorganen zur Erfüllung ihrer ſtaatlichen Aufgaben überlaſſenen Mittel zu überwachen, eine umfaſſende und wirkſame Aufſicht über die Erfüllung der denſelben auferlegten Pflichten zu üben.“ Daher das Recht des Parlaments und jeder Kammer, auf das Urtheil eines Gerichtshofes über die Miniſter überall zu provociren, wo ſei es ein gemeines Vergehen, ſei es irgend ein Pflichtverletzung im amtlichen oder außeramtlichen Verhalten vorzuliegen ſcheint. 3) „Die Verantwortlichkeit der Miniſter, deren Realiſirung der Volksvertretung zuſteht, iſt ihrem Rechtsgrunde, ihrem Inhalt und ihrer Natur nach ein Ausfluß der disciplinaren Verantwortlichkeit aller Staatsdiener.“ Sie wurzelt in der Amtshoheit des Staats über ſeine zur Beſorgung ſtaatlicher Geſchäfte angeſtellten Diener; dieſe Disciplinargewalt iſt verſchieden von der Strafgewalt weſentlich discretionärer Art; Disciplinarankläger iſt die Volksvertretung mit der Wirkung, daß ſchon mit Einleitung der Anklage ſofortige Suspenſion vom Amte eintreten muß, und das Urtheil, welches mit Ausſchluß jeder Begnadigungsinſtanz immer nur Amtsentſetzung mit oder ohne Unfähigkeit zu allen öffentlichen Aemtern als Strafe verhängen kann, wird von einem von Regierung und Volksvertretung unabhängigen Disciplinargerichtshofe ad hoc gefällt. —

Um endlich meine Unparteilichkeit und zugleich mein Interesse für den Habilitandus darzuthun, würde ich mir, im geschlossenen Kreise der constitutionellen Doctrin verbleibend, etwa folgende rationes dubitandi gegen vorbesagte Thesen auszusprechen erlauben. Es ist gewiß ein sehr beachtenswerthes Streben des Verfassers, die Stellung der Minister so zu determiniren, daß sie sich weder zu Curatoren der Monarchie erheben, ohne deren Consens kein rechtlicher Act möglich ist, noch zu Prügelknaben herabwürdigen, und daß die Bedeutung der Contrasignatur in ihr richtiges Licht gestellt wird. Aber ist es nicht eine Vermischung sehr disparater Elemente, die leicht wieder zu den alten Irrthümern zurückführt, wenn die Verantwortlichkeit der Minister einmal auf ihre freie Mitwirkung bei der fürstlichen Regierungsgewalt und dann wieder auf ihre Staatsdienerqualität reducirt wird? Dürfte ein schärferes Auseinanderhalten der ersteren überwiegend staatsmännischen, durch Grenzen und Pflichten des Amts schwerlich zu definirenden Dignität als freie Berather des Monarchen von der letzteren allerdings dienstlichen Qualität als Chefs gewisser Centralbehörden nicht zu empfehlen sein? Sollten viele abweichende Anschauungen nicht eben darin ihren Grund haben, daß z. B. Gelehrte wie Mohl nur jene Dignität als wesentlich, die andere als für das System indifferent ansahen, deshalb überwiegend nur die durch fürstliche Regierungsacte verübten Verfassungsverletzungen im Auge behielten, während die Franzosen, wie Constant, durch den Anblick der französischen Centralisation verleitet, in den Ministern eben nur die allmächtigen Chefs ihrer bewunderungswürdigen Administration, in der Contrasignatur lediglich eine durch Heranziehung des fürstlichen Namenszuges etwas veränderte Form dieser Administration zu erblicken gewohnt waren und deßhalb nach der Verantwortlichkeit des pouvoir ministériel suchten? Es dürfte ferner nicht ohne Bedenken sein, ein allgemeines Controlrecht der Volksvertretung ohne Weiteres als selbstverständlich vorauszusetzen und darauf ein Anklagemonopol zu gründen. Dieses Controlrecht, das doch verschieden sein soll von der jedem Bürger zustehenden Befugniß, sich über ungetreue und pflichtwidrige Beamte zu beschweren, und das doch mehr bedeuten soll, als durch die Prüfung von Petitionen und Staatshaushaltsrechnungen gewährleistet ist, wird nicht leicht aus dem geschriebenen Verfassungsrecht herzuleiten sein. Es widerspricht zum Theil dem constitutionellen System und kann in der Praxis zu gefährlichen Ausschreitungen führen. Schon der Gedanke Montesquieu's dieses Recht in beschränktem Umfange aus der legislativen Gewalt und ihrem Verhältniß zur Executive herzuleiten, gibt in der Wissenschaft zu ernsthaften Controversen Anlaß, ob er die fürstliche Souveränetät nicht in latenter Weise verletzt. — Weiter ist es gewiß ein neuer, schöner und fruchtbarer Schulbegriff, der der „Disciplin", um welchen der Verfasser unsere Lehre bereichert. Aber er ist

auch unendlich weich und dehnbar. Ja es ist wohl nicht ganz so zufällig, als der Verfasser annimmt, daß „die Theorie diesen interessanten Gegenstand so ziemlich vernachlässigt" hat. Man spricht sehr leichthin von Disciplinarrecht und Disciplinarverfahren, als handele es sich unbestrittenermaßen um ein Gebiet des materiellen oder formellen Rechts. Und doch ist es mehr als zweifelhaft, ob das was die Modernen Beamtendisciplin nennen und unsere classischen Dogmatiker gar nicht kannten, überhaupt etwas mehr ist, als vollkommen undefinirbare Sentiments über Standesehre und Corpsgeist, wie sie sich willkürlich und conventionell in geschlossenen Berufsgenossenschaften zu entwickeln pflegen. Die Oberen und die Standesgenossen entscheiden in der Regel ganz nach subjectivem Ermessen über die Grundsätze, welche für Aufnahme und Ausschließung in der Körperschaft gelten. Objective, der Wissenschaft zugängliche Normen sind hier überall kaum findbar, und es ist zu bedauern, daß der Verfasser sich nicht eingehender über die problematischen Grundprincipien des Disciplinarrechts verbreitet hat. Die Minister befinden sich folgerecht unter der Disciplinargewalt des Fürsten, dessen Hofe und Umgebung sie angehören und der sie nach anerkanntem constitutionellen Staatsrecht jederzeit nach Belieben ihrer Aemter entheben kann.

Da die Minister solchergestalt verschieden von allen anderen Staatsdienern sich schon in einer höchst prekären Charge befinden, erscheint es mißlich, sie daneben auch noch einem selbständigen Disciplinargerichtshofe zu unterwerfen. Als Räthe, Freunde, Gehilfen des Fürsten entzieht sich ihre Thätigkeit jeder profanen Beurtheilung. Wer will darüber zu Gericht sitzen, ob ihr Rath und Einfluß stets lauter, weise und heilsam gewesen, wenn nicht der Fürst selbst, und wer sollte gegen sie Zeugniß abzulegen wagen, wenn es der Fürst nicht thut! Als Chefs der Centralbehörden sind sie aber selbst bereits die obersten Disciplinarrichter, und es ist damit unverträglich, noch eine höhere Disciplinarinstanz über sie zu gipfeln. Dann sind diese Disciplinarrichter fortan die Chefs der Verwaltung und man könnte ihnen besser gleich auch den Namen von Ministern geben. Wer soll schließlich wieder die Disciplin über diese Disciplinarrichter handhaben? Können sie nicht auch unfähig, ungetreu, gewissenlos, pflichtwidrig verfahren? Es ist ein circulus vitiosus, in dem der Verfasser sich bewegt, und der alle Subordination und wohlgegliederte Amtshierarchie zu gefährden droht. Mit allen Cautelen, einer immer über der anderen, gelangen wir doch endlich stets bei einer an, auf deren Infallibilität wir uns verlassen müssen. Wollen wir dies Prädicat nach constitutionellem Dogma dem Fürsten verweigern, so lassen wir es wenigstens im Disciplinarrecht den Ministern. — Die Bedenken, welche der Verfasser von seinem Standpunkte gegen die Verweisung der Ministeranklagen an den höchsten Landesgerichtshof erhebt, verdienen alle Berücksichtigung.

Nur ist zu fürchten, daß ihnen auch der Disciplinar- oder Staatsgerichtshof, wie ihn unsere Dissertation wünscht, sobald er etablirt ist, nicht entgehen würde. Sehr wahr wird bemerkt, daß die Mitglieder dieses Gerichtshofs juristisch gebildete Staatsmänner sein müssen, welche „durch Selbständigkeit, Unabhängigkeit, Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit ausgezeichnet sind, welche außerhalb des Getriebes und der Leidenschaften der Parteien mit dem Gefühl der Pflicht und Bedeutung ihrer Aufgabe einen tiefen Patriotismus und das Bewußtsein ihrer großen moralischen Verantwortlichkeit verbinden", welche „zugleich einen richtigen politischen Blick, eine tiefe Erkenntniß des Wesens, der Bedürfnisse und Geschäfte des Staats besitzen." Aber der Verfasser läßt uns zu unserem Bedauern bei der nahe liegenden Frage völlig im Stich, wie er sich ungefähr die Ermittelung dieser Besten des Volks, die Art ihrer Berufung und Ernennung, insbesondere auch die formalen Garantien ihrer vollen Unabhängigkeit von Regierung, wie Volksvertretung denkt. Ist dies ins Klare gestellt, dann würde sich freilich der obige Zweifel wiederholen, ob es nicht rathsamer wäre, diesen Männern sofort das Ministeramt selbst anzuvertrauen und Garantien ausfindig zu machen, die nur solchen Männern das verantwortliche Amt zugänglich machen. Hier ist noch ein weiter Spielraum wissenschaftlichen Forschens, von dem wir nicht zweifeln, daß der Verfasser in Fortsetzung seiner scharfsinnigen Studien ihn ausfüllen wird. Vielleicht führen ihn diese noch zur Verwerthung eines weiteren Gesichtspunktes, dessen Berücksichtigung wir ihm mit Vorsicht anheimgeben möchten. Die Praxis des constitutionellen Staatsrechts hat bekanntlich auf dem Gebiet der disciplinaren Verantwortlichkeit der Staatsdiener zu einer vorzüglichen Einrichtung geführt, die gerade bei den wichtigsten constitutionellen Amtsstellungen ein gutes Theil des Disciplinarrechts mit dessen älteren schwerfälligen Formen obsolet gemacht hat. Wir meinen die Zurdispositionstellung im Interesse des Dienstes. Es ist dies offenbar eine schöne Fortentwickelung der constitutionellen Disciplin über die Beamten, und es erscheint um so auffälliger, daß dieser interessante Gesichtspunkt von der constitutionellen Theorie bei der Lehre von der Ministerverantwortlichkeit nicht fruchtbringender ausgebeutet worden ist, als die Minister doch bereits von Seiten des Fürsten dieser Zurdispositionstellung unterliegen. Wäre zur Herstellung constitutionellen Gleichgewichts und vollster Realisirung constitutioneller Verantwortlichkeit für die Volksvertretung nicht ein gleiches Recht zu erstreben und der Anspruch darauf dogmatisch zu begründen?

Mit den letzten Bemerkungen bin ich eigentlich schon aus meiner Rolle des Referenten herausgefallen und es wird mir in der That schwer, den trockenen Ton dieser Dogmatik länger festzuhalten. Für meinen ketzerischen Laienstandpunkt ist all' das mit all' seinem respectablen Aufwänd von Ge-

lehrſamkeit und Scharfſinn eitel Scholaſtik, unfruchtbare Speculation, wiſſenſchaftliche Schultheorie. Es ſei mir vergönnt, ſoweit das an dieſer Stelle möglich, die Häreſie kurz zu rechtfertigen.

Die ganze Lehre von der conſtitutionellen Miniſterverantwortlichkeit iſt ſchon in der Fragſtellung ſo unglücklich formulirt, daß alle Löſungen der Frage mißgebildet und ohne Lebensfähigkeit bleiben müſſen. Wie in aller Welt kommt man dazu, die Miniſter ſo ohne Weiteres als einen organiſchen Beſtandtheil des conſtitutionellen Staats zu behandeln, Begriff, Bedeutung, rechtliche Natur, geſchichtliches und herkömmliches Weſen dieſer Perſonen als feſtſtehend und ſelbſtverſtändlich vorauszuſetzen? Hält man es denn gar nicht der Mühe werth, etwas in die Vergangenheit des abſoluten Staats zurückzublicken und zu unterſuchen, wie höchſt ſonderbar, verworren und willkürlich die conſtitutionelle Doctrin aus dem verbrauchten Inventar des fürſtlichen Abſolutismus, aus einer höchſt zweideutigen Claſſe halb aus Höflingen, halb aus Beamten zuſammengeſetzter Leute ſich den ſogenannten Schlußſtein des Syſtems zuſammengeſchnitzelt hat? Aus der grauen Vorzeit des deutſch-romaniſchen Staates im Frankenreiche, wo wir in den „capitanei ministeriales“, dem Kämmerer, Seneſchall, Truchſeß, Marſchall, wohl zuerſt dem Namen und Weſen der Miniſter begegnen, iſt ihnen etwas haften geblieben von dem Stande der Miniſterialen, der Dienſtleute, dem ſie angehörten, von der grundſätzlichen Nicht-Theilhaftigkeit an der Genoſſenſchaft des Landrechts, von ihrem Beruf, als höchſte Hof- und Staatsbeamte, wie ein deutſcher Rechtshiſtoriker ſich ausdrückt, „für die Umgebung und Berathung des Königs, für den Glanz des Hofes, den Empfang der Fremden, den Zutritt zum König und eine freigebige Gaſtlichkeit zu ſorgen.“ Als dann nach der Auflöſung des Lehnsſtaats zuerſt wieder in Frankreich an die Traditionen der fränkiſchen Monarchie und des karolingiſchen Beamtenſtaats angeknüpft wurde, treibt der Miniſterialismus, freilich jetzt unter ſehr veränderten Formen, neue Keime. Der Hof der Valois und Bourbons liegt weit ab von dem Reichshofe Kaiſer Karl's, dem veredelten Abbilde des gemeinen deutſchen Hofweſens. Aus Tocqueville's ſo unendlich lehrreichem Buche über die alte Regierung und die Revolution Frankreichs wiſſen wir, wie die adminiſtrative Centraliſation „cette belle conquête que l'Europe nous envie“ mit dem „conseil du roi“ anhebt, beſtehend aus „simples donneurs d'avis“ von allmächtigem Einfluß auf alle Staatsgeſchäfte. „Dieſes Conſeil“ ſagt Tocqueville, „iſt durchaus nicht zuſammengeſetzt aus hohen Adligen, ſondern aus Perſönlichkeiten mittlerer oder niederer Geburt, alten Intendanten und anderen geſchäftlich routinirten Leuten, mit ſtets widerruflicher Stellung. Es handelt in der Regel discret und geräuſchlos, zeigt ſtets weniger Anſprüche als Gewalt. Auch iſt es an und

für ſich ohne jeden äußeren Glanz, verliert ſich vielmehr in dem Glanz und der Nähe des Thrones, zu gleicher Zeit ſo mächtig, daß es Alles ergreift, und ſo im Dunkeln, daß die Geſchichte ihn nur mit Mühe wahrnimmt.“ Man möge dann weiter nachleſen, wie aus dieſem Conſeil der „Generalcontroleur“ und als ſeine Agenten in der Provincialverwaltung „Intendanten“ hervorgehen, wie dieſe die bis dahin noch üblichen „Provincialminiſter“ und „Provincialgouverneurs“ zu blos repräſentativen Stellungen herabdrücken, und der Generalcontroleur nach und nach ſich polypenartig als Centralminiſter der Finanzen, des Innern, der öffentlichen Arbeiten, des Handels zergliedert. Im Grunde und Kerne des Verfaſſungsrechts blieb es bei dem Conſeil des Königs, das nur als Miniſterium die officiellen Allüren einer Behörde mit geordneter Arbeitstheilung angenommen hatte. Den Franzoſen des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts war denn freilich le pouvoir ministériel ein ſo abſolut nothwendiges Inſtrument der centraliſirten Adminiſtration geworden, daß es ihnen die Regierung ſelbſt war und ſie ſich den Staat ſo wenig ohne dieſe Centralgewalt denken konnten, wie ihr Land ohne Paris. Für den conſequenten franzöſiſchen Conſtitutionalismus konnte die Miniſterverantwortlichkeit nie eine andere Bedeutung haben, als die Unterordnung der Executive, der adminiſtrativen Centraliſationsmaſchinen unter den legislativen Volkswillen. Sobald in dieſem einheitlich-demokratiſchen Staatsweſen die Volksſouveränetät ihren cäſariſchen Repräſentanten gefunden hatte, wurden die Miniſter auch wieder „simples donneurs d'avis“ und ihre Verantwortlichkeit durch den Imperialismus der Bonapartes confiscirt.

Die Ahnen der deutſchen Miniſter ſind nicht ganz ſo dunkele Ehrenmänner, wie die der franzöſiſchen. Der fürſtliche Abſolutismus in Deutſchland war im Ganzen maßvoller in ſeiner Centraliſation und hatte insbeſondere ſtets Sinn für den germaniſchen Zug corporativer Bildungen, der die Organiſation der fürſtlichen Beamtencollegien beſtimmte. Der Geheimerath des großen Kurfürſten beſtand zwar auch aus mancherlei Fremdländern und Perſönlichkeiten unbeſtimmter officieller Stellung; ſein Wirken war aber von vorn herein im Licht des Tages, durch eine legale Geheimrathsordnung geregelt und begrenzt. Das landesväterliche Regiment der ſpäteren Hohenzollern ſorgte dafür, daß aus dieſem Geheimerath ſich keine Miniſterialgewalt entwickelte. Je ſelbſtthätiger die königlichen Herren waren, deſto einflußloſer wurde der Geheimerath, und die Centralbehörden, die daneben organiſirt wurden, das Generalkriegscommiſſariat, das Generaldomänen-, bez. Finanzdirectorium, Oberforſtmeiſteramt, Erbpoſtmeiſteramt, Collegium medicum u. ſ. f. mit den ihnen vorgeſetzten Chefs hatten ihren ſelbſtändigen Wirkungskreis, ohne daß die letzteren Titel, Rang oder Bedeutung von Miniſtern be-

ſaßen. „Saget dem Fürſten von Anhalt“ ſchreibt Friedrich Wilhelm I. kurz nach ſeiner Thronbeſteigung, „daß ich der Finanzminiſter und der Feldmarſchall des Königs von Preußen bin; das wird den König von Preußen aufrechterhalten“. Daß auch dieſe Monarchen ſich vorübergehend des Rathes und der Mitwirkung ihrer höchſten Beamten bedienten, iſt ſelbſtverſtändlich. Im Uebrigen kannten auch wir in der einen oder anderen Provinz Preußens, wie in Frankreich, Provincialminiſter. Erſt unter der ſchwachen Regierung Friedrich Wilhelm's II. und während der erſten Regierungsjahre Friedrich Wilhelm's III. entwickeln ſich in Preußen vom königlichen Cabinet aus eigentliche Miniſter in unſerem Sinne mit dem Titel „Cabinetsminiſter“, urſprünglich nur Gehilfen in den perſönlichen Regierungsgeſchäften des königlichen Arbeitszimmers, ſehr bald Perſönlichkeiten von dem weitgehendſten, unberechenbarſten Einfluß auf den Fürſten ſelbſt, wie auf alle Staatsgeſchäfte. Iſt es nicht ſonderbar, welch fremdartiger übler Klang an dieſen Leuten, den Lombard, Lucchesini, Haugwitz u. A. haftet? Als dann Stein und die Regenerationsgeſetzgebung den Staat und das ganze Staatsbeamtenthum von Grund aus neu aufrichteten, glaubten ſie die Cabinetsregierung durch Organiſation des „Staatsminiſteriums“ für alle Zeit unſchädlich gemacht zu haben. Dieſes ſollte als collegiale höchſte Staatsbehörde einerſeits den Geheimerath erſetzen, welcher in gemeinſamer Berathung mit dem Könige die wichtigſten Angelegenheiten des Staats und Regiments erledigte, andererſeits mit Decernaten der einzelnen Mitglieder nach unten hin die Staatsverwaltung leitete, grundſätzlich aber nicht ſelbſt verwalten ſollte. So weiſe dieſe Inſtitution gedacht war, ſo wenig hatte ſie Beſtand gegen eine anders gewendete Strömung des Jahrhunderts. Mit dem Tode des Fürſten v. Hardenberg zerfiel die Schöpfung, das „Staatsminiſterium“ als collegiale Behörde verflüchtigte ſich zu einer inhaltloſen Form, die Cabinetsregierung unter dem Einfluß vielleicht eines begünſtigten Miniſters, vielleicht eines Cabinetsraths, vielleicht eines Generaladjutanten trat wieder in den Vordergrund, und die Miniſter entſchädigten ſich nach unten hin dadurch, daß ſich jeder ſein eigenes „Miniſterium“ bildete durch Heranziehung einer immer größeren Zahl von Hilfsarbeitern und durch Uſurpation immer größerer Gebiete der eigentlichen Verwaltung. Man muß noch ſehr jungfräuliche Anſchauungen vom modernen Staate haben, um ſich unter dem Ding, das ſich „Miniſterium“ nennt, irgend eine organiſche Inſtitution vorzuſtellen. Seit 1866 vollends ſind die preußiſchen Miniſterien ſo koloſſale und unförmliche Centralverwaltungsapparate geworden, daß eine ungemein kräftige Hand erforderlich ſein wird, um eine wirkliche Regeneration unſerer durch und durch ungeſunden Verwaltungszuſtände durchzuführen. Ob es im Intereſſe behenderer Centraliſation auf rein mechaniſchem Wege oder im Intereſſe provincieller und

communaler Selbstregierung durch organische Reform geschehen mag — geschehen muß mit jenen Ministerien sehr bald Etwas. Ists nicht ein Abbruch, so ein Zusammensturz durch die eigene Schwere.

Diese historischen Aphorismen mögen genügen, um dem Hinweis Nachdruck zu geben, daß es kaum ein Wort zweideutigeren Wesens und Ursprungs gibt, als das in der Theorie so viel mißbrauchte Wort „Minister", und daß schlechterdings Nichts damit gewonnen ist, dasselbe ohne Weiteres in der heut üblichen, auf Willkür, Zufall, Usurpation und Unkenntniß ruhenden Bedeutung aufzunehmen. „Das Ministerium (soll wohl heißen die Ministerien) ist die oberste Centralbehörde des Staats. Die einzelnen Minister sind die höchsten Staatsdiener d. h. diejenigen dem Souverän zugeordneten Gehilfen, welche unmittelbar unter demselben stehen und denen das gesammte übrige Beamtenthum untergeordnet ist"; so drückt sich bündig Dr. Samuely aus, und auf diese Ministerdefinition will er ein Verantwortlichkeitsprincip gründen! Ich meine, das ist keine wissenschaftliche oder begriffliche Determination, sondern eine leidige Paraphrase des thatsächlichen Ministerialismus, gegen deren Richtigkeit vom Standpunkte der Realpolitik folgende Bemerkungen zu machen sind.

Daß die Minister — um den Gesammtbegriff „Ministerium" ganz bei Seite zu lassen — die Gehilfen, Räthe, Mitarbeiter des Souveräns sind, ist manchmal der Fall, sehr häufig nicht. Sehr häufig führen die in der persönlichen Regierungsthätigkeit des Souveräns einflußreichen Räthe weder Namen noch Amt eines Ministers. Das Postulat der constitutionellen Doctrin, durch die vorgeschriebene Contrasignatur als Vorbedingung jedes rechtsgiltigen fürstlichen Regierungsacts, Dasein und Beweis einer verantwortlich mitwirkenden Person zu sichern, ist vom processualischen Standpunkte unanfechtbar, als politischer Gedanke werthlos, in seiner thatsächlichen Realisirung von der verschiedenartigsten Wirkung. Daß im Falle einer vom Fürsten begangenen Rechtsverletzung die Helfer durch die persönliche Unverletzbarkeit des Souveräns nicht gedeckt sind, wird jeder auch noch so monarchisch gesinnten Nation bei gesundem Rechtsgefühl unzweifelhaft bleiben. Daß sie sich der Erkennbarkeit entziehen sollten, ist eine nur scheinbare Gefahr. Ein gesetzwidriger Regierungsact bleibt so lange vollkommen unschädlich, als er nicht thatsächlich, activ, physisch durch zwangsweise Ausführung in den bestehenden Rechtszustand eingreift. Zu solchem Eingriff gehören immer erkennbare Werkzeuge und der Eingriff selbst wird sich stets unter den Thatbestand eines gemeinen Verbrechens subsumiren lassen. Hier hängt Alles ab von der Sicherheit der allgemeinen Rechtsordnung und der Autorität der gerichtlichen Organe. Im Uebrigen aber ist es klar, daß die Contrasignatur eine Formalität ist, vollkommen ungeeignet, um fürstliche Unbillen zu verhüten.

Der Souverän, der das Landesrecht brechen will, wird sich wahrlich nicht durch die Contrasignatur der Minister aufhalten lassen, und, kann er überhaupt auf Hilfe rechnen, wird er auch hierfür contrasignirende Minister finden. Es waltet kein innerer und nothwendiger Zusammenhang ob zwischen der constitutionellen Gegenzeichnung und dem Ministeramt. Jene Formalität könnte im Interesse der processualischen Beweisfrage ebenso gut einem expedirenden Cabinetssecretär, Cabinetsrath oder sonst wem mit demselben Effect aufgebürdet werden. Vermeint man, daß eben nur, wenn die Minister d. h. die sogenannten Chefs großer Central-Verwaltungsbehörden die verantwortliche Gegenzeichnung besorgen, eine Garantie für die Verantwortlichkeit nicht eines quivis ex populo, sondern wirklich qualificirter Persönlichkeiten vorhanden ist, so übersieht man, daß der Souverän constitutionell vollkommen befugt ist, auch seinen Kammerdiener zum Chef jener Centralbehörden zu ernennen, und daß bereits die Existenz derartig allmächtiger Behörden dazu hinreicht, die Ausführung jedes Regierungsacts thatsächlich von ihrer verantwortlichen Mitwirkung abhängig zu machen. Es ist eine sehr unglückliche Gewöhnung des Constitutionalismus der Theoretiker, wie der Praktiker, alles Recht und alles Unrecht im constitutionellen Sinn stets nur auf dem abstracten Boden der Gesetzgebung, weiser Verfassungsparagraphen oder verfassungswidriger Ordonnanzen zu denken. Einer Charte können freilich schon Signaturen gefährlich werden, Rechtsinstitutionen werden der Regel nach erst durch wirkliche Delicte von greifbarem Thatbestand in ihrer Existenz gefährdet.

Der Boden der Staatsdienerqualität ist aber nicht minder ohne Consistenz, weich und schwankend, wie der der Unverantwortlichkeit des Souveräns und der ministeriellen Gegenzeichnung. Wieviel läßt sich für die entgegengesetzte These anführen, daß die Minister keine öffentlichen Beamten, keine Staatsdiener sind! Vorweg ist für ihre ganze Stellung charakteristisch und der Staatsdienerqualität principiell widersprechend, daß sie ganz nach fürstlicher Willkür ernannt und entlassen werden können, daß der Souverän an keine persönliche Qualification, Alter, Befähigung, Vorbildung, Unbescholtenheit, an gar keine Formen der Entlassung gebunden ist. — In dem Inhalt ihrer Functionen sieht die constitutionelle Bürde der Gegenzeichnung wie ein öffentlicher Dienst aus, und doch kann dabei von keiner Norm öffentlicher Rechte und Pflichten, von keinem objectiv gegebenen Kreise amtlicher Ordnung, amtlicher Gerechtsame die Rede sein. — Insoweit die Minister zugleich an der Spitze von Centralverwaltungsbehörden stehen, läßt sich endlich mit Grund behaupten, daß diese Behörden fast überall außerhalb des Landesrechts, der Amtsordnung stehen und auf allmäliger Usurpation gegenüber der gesetzlichen Aemterorganisation beruhen. Man mische all' diese

Elemente noch so viel durcheinander, die Amtsqualität der constitutionellen Minister bleibt eine höchst schielende Fratze.

Die Ministerverantwortlichkeit in Ministerdisciplin aufzulösen enthält allerdings die Consequenz constitutioneller Methode, welche erst „Verfassungsverletzung", dann „Gesetzesverletzung", dann „Mißregierung", schließlich schlechthin „Pflichtwidrigkeit" als die Substanz der zu verfolgenden Vergehen bezeichnet. In diesen Dingen macht immer nur der erste Schritt Mühe. Mit dem letzten, dem Problem des Disciplinargerichtshofs, findet man sich dann am Ende des Gedankenganges, wie wir oben gesehen, durch einen hohen Aufschwung ins Reich der Ideale ab. Dem Verfasser scheint dabei der Senat der Vereinigten Staaten vorgeschwebt zu haben. Aber ganz abgesehen von dem ungeheuren Unterschiede zwischen einer Föderativrepublik und constitutioneller Monarchie ist schon von Murhard im Rotteck-Welker'schen Staatslexikon („Staatsgerichtshof") darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Unionssenat ein Träger der Unionssouveränetät, daß er eine ebenso administrative, wie legislative Behörde, daß seine Zustimmung schon zur Ernennung der höchsten Unionsbeamten constitutionell erforderlich, und daß die Procedur der Dienstenthebung auf Antrag des Congresses zwar in judiciären Formen geschieht, aber materiell wesentlich ein Ausfluß der Verwaltungshoheit ist.

Ich fasse zum Schluß meine Betrachtungen dahin zusammen. Im Constitutionalismus durchkreuzen sich von Anbeginn an zwei Strömungen völlig verschiedener Art, die eine romanischen, die andere germanischen Ursprungs, und noch ist es für Deutschland ein fragwürdiges Räthsel, welche die Oberhand behalten wird. In der Lehre von der Ministerverantwortlichkeit ist ihr Durcheinanderfluthen am lebhaftesten. Die eine geht von der Idee demokratischer Volkssouveränetät im Gewande legislativer Volksgewalt aus, gravitirt unabwendbar zur centralisirten Staatsomnipotenz und verstärkt stetig die Ministergewalt als das wesentlichste Instrument allmächtiger Administration. Hier bedeutet Ministerverantwortlichkeit nur die Auffindung gewisser Formen, in denen die Unterordnung der administrativen Regierungsgewalt unter den legislativen Volkswillen mit der Wirkung eines Entlassungsrechts der Minister für die Volksvertretung geltend zu machen sei, und die constitutionelle Contrasignatur bedeutet die Bevormundung der neutralisirten fürstlichen Souveränetät durch die dem Parlament untergebenen Minister. Wie diese rein politische Machtfrage gelöst wird, hängt ab von der Persönlichkeit der Fürsten, der Kraft der demokratischen Idee, dem Geist und der Geschicklichkeit der Volksführer, den großen Schicksalen, die über Blüthe und Verfall, Werden und Vergehen der nationalen Gemeinwesen walten. Wird sie zu Ungunsten des Fürsten gelöst, dann substituirt die constitutionelle Praxis gewöhnlich der

Miniſteranklage das Mißtrauensvotum als legalen Act parlamentariſcher Disciplinirung der Miniſter mit der Wirkung ſofortiger Dienſtentlaſſung.

Die andere Strömung geht von der deutſchen Gemeindefreiheit und dem gemeinen Landesrechte aus, will die Unumſchränktheit ſtaatlicher Geſetzgebung und Verwaltung überhaupt beſeitigt und begrenzt wiſſen, ſtrebt nach dem Rechtsſtaate und der Decentraliſation. Sie verlangt einen kräftigen und gleichmäßigen Schutz des Rechts von den Gerichtshöfen des Landes für Hoch wie Niedrig, gegen Private wie gegen alle Claſſen des Beamtenthums. Sie beſchwert ſich insbeſondere darüber, daß durch das Anklagemonopol der Staatsanwaltſchaft, Competenzconflicte und die Hierarchie des Beamtenthums der Bürger thatſächlich ſchutzlos daſteht in ſtrafrechtlicher, wie in civilrechtlicher Beziehung, wenn er die Gerichte gegen Beamte wegen amtlicher Handlungen oder Unterlaſſungen anrufen will. Je höher der Beamte in der bureaukratiſchen Gliederung, deſto ausſichtsloſer jede Rechtsklage. Die dunkele Erkenntniß iſt da, daß in der unverantwortlichen Uebergewalt der Miniſterien der Sitz des Krebsſchadens und der Grund all' dieſer Uebel zu ſuchen iſt, daß die Miniſter, wie ſie ſind, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Selbſtändigkeit der provinciellen und communalen Verwaltungskörper untergraben, die beſten Elemente des altköniglichen Beamtenthums durch Verquickung mit der miniſteriellen Bureaukratie der zur höheren Carriere privilegirten Hilfsarbeiter verderben, ſich ſelbſt aber, theils durch den Thron, theils durch die willenloſe Subordination des übrigen Beamtenthums geſchützt, außerhalb alles Rechts und aller Verantwortlichkeit geſtellt haben. So lange die Miniſter im Beſitz ihrer heutigen Gewalt ſind, iſt jeder Verſuch, ſie unter die Verantwortlichkeit des gemeinen Rechts herunterzudrücken, ein innerer Widerſpruch. Könnte dieſe Strömung daher ungetrübt wirken, ſie würde ſich mit aller Energie nur auf die Zerſtörung der Miniſterialgewalt werfen zu Gunſten der Kräftigung einer decentraliſirten Verwaltung, unabhängiger Gerichte, wirkſamen Rechtsſchutzes im bürgerlichen, wie im Strafproceß. Je mehr der Umfang der Miniſterialgewalt eingeſchränkt wird, deſto entſchiedener verliert die ganze Frage der Miniſterverantwortlichkeit an rechtlichem Intereſſe und tritt in den Bereich der allgemeinen Amtsverantwortlichkeit aller Staatsdiener zurück. Zu unſerem Unglück paralyſirt aber jene erſte Strömung die letztere faſt vollſtändig. Immer und immer wieder gewinnt das leichter zu befriedigende parlamentariſche Bedürfniß, die Miniſter der Majoritätsherrſchaft, der Parteidisciplin, dem Mißtrauensvotum unterzuordnen, die Oberhand über das mühevolle Organiſationswerk der Verwaltung. Was dort geſchaffen iſt, wird hier wieder zerſtört, das rechtliche Problem in demſelben Verhältniß unlösbarer, je heftiger die politiſche Machtfrage hin und her wogt. Iſt man aber erſt ſo weit, daß ein Mißtrauensvotum und in Folge deſſen einige Jahre

an der Schattenſeite der Schatzkammerbänke alles Uebel ausmachen, das Miniſter und hohe Staatsbeamte treffen kann für Alles, was ſie begehen und vergehen können, dann kann das Dogma der Miniſterverantwortlichkeit getroſt der Mythologie anheimfallen. „The days of impeachment are gone" ſo lautet das Wort eines engliſchen Staatsmannes dieſes Jahrhunderts für England. Wann werden die Tage für den deutſchen Staat kommen?

D. M.

Die ſouveräne Freiherrſchaft Wolde.

Italien hat ſeine Republik San-Marino, die Pyrenäen umſchließen das freie Thal Andorra: daß auch in Deutſchland und zwar in Norddeutſchland bis in die neueſte Zeit, wenn nicht rechtlich, ſo doch thatſächlich ein ähnlicher Freiſtaat beſtanden, dürfte nicht eben vielen Leſern dieſer Blätter bekannt ſein. An der Grenze des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin und des demminer Kreiſes der Provinz Pommern, zwei Meilen öſtlich von Stavenhagen, eine Meile ſüdöſtlich von Jvenack, liegt an der Straße von Stavenhagen nach Treptow das ritterſchaftliche Gut Wolde, deſſen ſtaatsrechtliche Verhältniſſe ſo eigenthümlicher Art ſind, daß ein Vergleich mit den oben erwähnten kleinen Republiken nicht unberechtigt erſcheint.

Wolde war im Mittelalter eine der größten und feſteſten Burgen Norddeutſchlands und gehörte ſeit 1428 denen von Maltzan, wurde im Jahre 1491 aber zerſtört. Damaliger Beſitzer dieſer Burg war Berend Maltzan, ein gewaltthätiger Mann, von ſeinen Zeitgenoſſen der böſe Berend genannt. Ueber die Zerſtörung der Burg Wolde berichtet der Chroniſt Kantzow in ſeiner gemüthlichen Erzählungsweiſe Folgendes: „Als der Herzog Bogislaw von Pommern im Jahre 1490 Hochzeit hielt, war Berend Maltzan auch dabei anweſend, nnd wiewol der Herzog ihm von wegen ſeines Unfugs nicht gut war, ſo mochte er ihm in den Freuden doch nichts thun, ſondern ermahnte ihn nur, er ſolle noch davon abſtehen, oder er wollte ihm den Kathen einmal über dem Kopfe umkehren und ihm den Weg zum Lande hinaus weiſen. Maltzan aber war halb ſpöttiſch dabei, denn er hatte ein ſehr feſtes Haus an der Grenze, der Wold genannt, das den mecklenburgiſchen Fürſten ſtets in die Augen geſtochen. Darum, wie Herzog Bogislaw ſagte, er wollte Maltzanen den Kathen umkehren, und Herzog Magnus von Mecklenburg dabei ſtand, griff dieſer Bogislaw's Wort auf und ſagte: „Schwager, das gilt eine Tonne Bier, wo Jhr das thut," und meinte es ſpöttiſch und reizte den Herzog Bo-

gislaw dadurch noch mehr auf. Das verdroß diesen und er sagte: „es gilt eine Tonne Bier oder Goldes, — wird er es nicht lassen, so werde ich es thun.“ — Und hieran kehrte sich Maltzan nichts, sondern versorgte sein Haus mit Büchsen nnd Pulver und fuhr in seinem Vornehmen gleich frech fort. Da konnte Herzog Bogislaw es nicht länger dulden und forderte die Stralsunder, Greifswalder, Anclamer und Stettiner auf und zog vor das Haus, und belagerte es im Jahre 1491, Mittwochs nach Bartolomäi, und beschoß es mit allen Kräften. Aber es waren die Mauern so stark und dick, daß Maltzan nichts darnach fragte, sondern es tapfer hielt. Aber es wurde auf dem Schlosse versehen, wie sie in der Nacht die Büchsen laden wollten, daß das Pulver daselbst Feuer fing, und das halbe Schloß umkehrte, und wie das Maltzan sah, und es in der Nacht war, kam er davon. Der Herzog aber ließ gegen das Schloß Sturm laufen, und gewann es, und ließ es darnach in den Grund brechen, welches denn die Herzoge von Mecklenburg gern sahen.“ — Der Haß dieser Herzoge und besonders des Herzogs Magnus gegen Berend Maltzan hatte seinen guten Grund. Des Herzogs Erich von Pommern-Stettin Tochter, Sophia, war 1472 mit des Herzogs Friedrich von Mecklenburg zweitem Sohne Johann verlobt worden. Da aber dieser vor der Hochzeit im Sommer 1474 auf einer Reise nach dem gelobten Lande die er mit seinem jüngeren Bruder Magnus unternommen, starb, warb Magnus 1476 um die pommersche Sophia und wollte dieselbe, obgleich sie als verwittwete Braut das Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt hatte, im October 1476, früher, als es dem Bruder derselben, dem jungen kriegslustigen Herzog Bogislaw von Pommern recht war, heimführen. Bogislaw trat mit Waffengewalt dazwischen und überfiel den Herzog Magnus, als dieser mit geladenen Vettern und Freunden und vielem köstlichen Geräthe zur Hochzeit zog. Sämmtliche von dem Herzog Magnus zum Beilager bestimmten Kostbarkeiten, 4000 Gulden an Werth, wurden unweit Cummerow von Bogislaw's Lehnsmann, Berend von Maltzan auf Wolde, geraubt; Berend sah diese Summe zugleich als Schadloshaltung für das Lösegeld von 1800 Mark Lübisch an, mit welchen er kurz vorher seine Befreiung aus der Gefangenschaft des Herzogs Magnus hatte erkaufen müssen, nachdem er in einer Fehde wegen Penzlin in dessen Gefangenschaft gerathen war. Diese Fehde wurde zwar am 25. Juni 1478 in der Zeit, da Herzog Magnus, nachdem der Widerspruch Bogislaw's beseitigt war, sich in Anclam mit Sophia von Pommern vermählte, gehoben und am 6. August 1479 durch einen Vergleich völlig beendigt; wir haben aber aus der Erzählung Kantzow's gesehen, daß Herzog Magnus dem „bösen Berend“ den Raubzug von 1476 nicht vergessen hatte. Wenn Kantzow dabei bemerkt, daß Wolde den mecklenburgischen Herzogen stets in die Augen gestochen habe, so haben wir darin eine

Andeutung über den Urſprung der ſpäteren mecklenburgiſch-pommerſchen Streitigkeiten wegen Wolde und der ſtaatsrechtlich eigenthümlichen Stellung dieſer Beſitzung zu ſehen.

Von den Maltzans kam Wolde in den Beſitz der Familie Preen. Zu Ende des 16. Jahrhunderts, nachdem die Herren Heinrich Magnus und Hugold Preen verſtorben waren, ſetzten die Herzoge von Mecklenburg ſich thatſächlich in den Beſitz der von ihnen beanſpruchten Lehnshoheit über Wolde, indem ſie „Schlöſſer vor die Mühlen daſelbſt“ legten und ſich von den dazugehörigen Leuten huldigen, auch Vorwerk und Antheil des gedachten Hugold Preen einnehmen ließen. Darüber kam es zu Weiterungen mit dem Herzoge von Stettin-Pommern, der die Lehnsherrlichkeit über Wolde bis dahin beanſprucht hatte. Dieſer Conflict, der einen ernſtlichen Charakter anzunehmen drohte, wurde durch Vermittelung des von beiden ſtreitenden Theilen angerufenen Herzogs Julius zu Braunſchweig-Lüneburg im Jahre 1600 durch einen Vertrag vom 26. Juli dahin beigelegt, daß das Vorgehen der mecklenburgiſchen Herzoge als ungeſchehen angeſehen und jedem Theile vorbehalten werden ſollte, ſein Recht auszuführen; bis nach ergangenem Urtheil aber ſollte keiner der Streitenden wegen des alten Schloſſes „Vorwerk, Städtlein und Mühlen zu Wolde“ zu Weiterungen Urſache geben oder mit Thätlichkeiten vorgehen. Weiter wurde vereinbart, daß inzwiſchen bei eintretenden Veränderungen in der Perſon des Lehnsmannes deſſen Nachfolger von beiden fürſtlichen Häuſern Pommern und Mecklenburg mit Wolde belehnt werden ſollte. Der Streit wegen der Landeshoheit über Wolde hat den in dieſem Vertrag vorgeſehenen rechtlichen Austrag nicht gefunden. Die letzten Verhandlungen wurden, nachdem dieſer Handel durch die inzwiſchen erfolgte Zugehörigkeit Pommerns zu Schweden unterbrochen geweſen zu ſein ſcheint, im Jahre 1829 zwiſchen Preußen und Mecklenburg gepflogen. Dieſe Verhandlungen haben gleichfalls zu keinem Ergebniß geführt, ſo daß auch fernerhin beide Theile ſich der Ausübung der Landeshoheit über Wolde enthielten.

Kann hiernach auch nicht von einer früheren Reichsunmittelbarkeit Wolde's die Rede ſein (wie ſie hie und da behauptet worden), da vielmehr blos eine unausgeglichene Grenzſtreitigkeit vorliegt, ſo hat Wolde doch bisher die Vortheile einer thatſächlichen Unabhängigkeit von beiden ſtreitenden Landesherren genoſſen. Die Ausübung der Jurisdiction über Wolde hat deſſen Beſitzer dem ritterſchaftlichen Patrimonialgericht zu Ivenack (in Mecklenburg) übertragen, und ſomit iſt die großherzogliche Juſtizcanzlei zu Güſtrow für die Proceſſe dortiger Einwohner in zweiter Inſtanz, ſowie als exemtes Forum für Wolde competent; auch in kirchlicher Beziehung iſt Wolde nach dem benachbarten mecklenburgiſchen Kaſtorf eingepfarrt, ſo daß es demzufolge im

gewöhnlichen Leben als mecklenburgiſcher Ort gilt. Aber Wolde zahlt keine Steuern, weder an Mecklenburg, noch an Preußen, und iſt überhaupt von jeder ſtaatlichen Einwirkung frei. Das galt bisher auch von der Militärrecrutirung. Die Einwohner von Wolde wurden weder in Preußen, noch in Mecklenburg zum Militärdienſt herangezogen. Dieſes eigenthümliche Privileg iſt erſt neuerdings durch die norddeutſche Bundesgeſetzgebung aufgehoben worden. Dieſe verpflichtet jeden Norddeutſchen zum Kriegsdienſte, alſo auch die Einwohner von Wolde. Nach jüngſt erfolgter Verſtändigung der mecklenburgiſchen Regierung mit dem königlich preußiſchen Gouvernement iſt Wolde behufs der Heranziehung ſeiner Bewohner zum Militärdienſte in der norddeutſchen Bundesarmee vorläufig, und ohne daß dadurch dem gegenwärtigen Rechts- und Beſitzſtande nach irgend einer Seite hin präjudicirt worden wäre, dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin zugetheilt und für dieſen Zweck dem Aushebungsbezirke Malchin beigelegt worden. Zur Ausführung dieſer Beſtimmung ſind nach einer Bekanntmachung des mecklenburg-ſchwerin'ſchen Miniſteriums des Innern vom 7. Nov. 1868 die reſp. Civilbehörden mit entſprechender Inſtruction verſehen und insbeſondere angewieſen worden, alle diejenigen Angehörigen des Ritterguts Wolde, welche zur Zeit der Publication der Verfaſſung des norddeutſchen Bundes in militärpflichtigem Alter ſtanden, reſp. ſeit jener Zeit in das militärpflichtige Alter getreten ſind, nachträglich heranzuziehen.

Wie die Militärfreiheit Wolde's mit der Einführung der bundesgeſetzlichen allgemeinen Wehrpflicht untergegangen, ſo wird auch die Steuerfreiheit dieſes Orts verſchwinden, ſobald allgemeine directe Bundesſteuern eingeführt werden. Eben weil Wolde niemals reichsunmittelbar oder gar ganz unabhängig von ſtaatlicher Hoheit geweſen iſt, ſondern die Ausübung der Landeshoheit nur vertragsmäßig ſeit Jahrhunderten ruhte, mußte die ſtaatliche Unterordnung dieſes Orts ſich bethätigen, ſobald über die Territorialhoheit beider ſtreitenden Landesherren eine höhere ſtaatliche Autorität, die des norddeutſchen Bundes, trat.

Jedenfalls iſt das Beiſpiel Wolde's geeignet, dieſe Suprematie des Bundes über die Landeshoheit der einzelnen Bundesglieder, Preußen nicht ausgenommen, praktiſch zu klarem Verſtändniß zu bringen. Bis zur Gründung des norddeutſchen Bundes konnten die Landesherren von Mecklenburg und Preußen auf die Ausübung der Landeshoheit über Wolde paciſcirend verzichten; den ſtaatsrechtlichen Pflichten, die der norddeutſche Bund jedem einzelnen ſeiner Angehörigen auferlegt, kann Wolde ſich aber nicht entziehen, es muß ihnen vielmehr gerecht werden — und weil der norddeutſche Bund keine unmittelbare Herrſchaft über einzelne Gebiete, wie ſie zu den Zeiten des deutſchen Reichs beſtand, kennt, mußte zwiſchen den ſtreitenden Nachbarn

ein Abkommen getroffen werden, welches die Wahrnehmung der hoheitlichen Rechte des Bundes für Wolde auf einen von beiden (wie geschehen, auf Mecklenburg) übertrug.

Selbstverständlich wird Wolde dagegen auch Anspruch auf Genuß der aus der Zugehörigkeit zum norddeutschen Bunde entspringenden Rechte haben, namentlich auch auf Theilnahme an den Reichstagswahlen; jedenfalls dürfte die jetzige veränderte Lage zu einer endlichen Erledigung des Streits wegen der Landeshoheit den geeignetsten Anlaß bieten. Bis jetzt ist Wolde weder im preußischen Landtage vertreten gewesen, noch hat dessen Besitzer Sitz und Stimme auf dem mecklenburgischen Landtage gehabt. Seine Vertretung wird Wolde erforderlichen Falls direct beim Bundesrath und Reichstag zu suchen haben.

Aus dem Besitz der oben erwähnten Familie Preen gelangte Wolde in den der gräflich von Moltcke'schen Familie, welche sich beim Verkaufe des Guts an den Grafen von Pleßen auf Ivenack die Grabcapelle reservirte. Jetziger Besitzer Wolde's ist der in Mecklenburg auch anderweitig begüterte Kammerherr von Fabrice.

Wolde hat eine Feldmark von 194,155 Quadratruthen (ca. 1645 magdeb. Morgen) und bildet einen lieblichen Landsitz mit ca. 200 Bewohnern, unter denen schon früher, ehe die Gewerbefreiheit für Mecklenburg auf das platte Land ausgedehnt wurde, ein Kaufmann und verschiedene Handwerker existirten. Der jetzige Besitzer hat einen ganz neuen Wirthschaftshof mit massiven Gebäuden, zugleich auch weitläufige Parks anlegen lassen. Das Schloß mit zwei an der Vorderseite vorspringenden Flügeln ist von schönem einfachem Stil. Die Rückseite desselben wird von dem Garten begrenzt, der hier zunächst in drei hohen Terrassen abwärts fällt und links vom Schlosse ein schönes Lindenparterre bildet, dann aber in die Parkanlagen übergeht. Eine steile Anhöhe mit dichtem Gebüsch bewachsen, der sogenannte Schloßberg, auf dem in neuerer Zeit eine Kirche in byzantinischem Stil erbaut wurde, ist von einem tiefen Graben und den Spuren eines Walles umgeben, der die Stelle der 1491 zerstörten Burg bezeichnet. — Wie damals der Herzog von Pommern den Trotz des auf Wolde gesessenen Ritters gebrochen, so hat jetzt die von Preußen ausgegangene Begründung des norddeutschen Bundes der bisherigen „staatsrechtlichen Freiheit Wolde's" ein Ende gemacht. Unter dem durchlauchtigsten Bundestage hätte auch diese „historisch-politische Individualität" Aussicht gehabt, bis an das „Ende der Tage" fortzubestehen.

Das Bürgerrechtsgeld in Preußen.

Correspondenz aus Preußisch-Sachsen.

Die norddeutsche Bundesgesetzgebung hat durch die Freizügigkeit, die Beseitigung aller Niederlassungsabgaben und die Aufhebung der polizeilichen Ehebeschränkungen für die freie Bewegung der Arbeit einen volkswirthschaftlich rationellen Zustand geschaffen.

Da indessen die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Aufnahme in die localen Gemeindeverbände nicht zur Competenz des Bundes gehören, so sind zwar die von Neuanziehenden wegen des Anzugs zu erhebenden Abgaben im Bundesgebiet fortgefallen, allein die für den Erwerb des Bürgerrechts den Stadtcommunen zukommenden Bürgerrechtsgelder bestehen gesetzlich noch. Dadurch ist die Anomalie hervorgerufen, daß für die Bundesangehörigen nur dann unbeschränkte Freizügigkeit vorhanden ist, wenn sie außerhalb ihres engeren Vaterlandes den Wohnsitz nehmen, daß sie aber, sobald sie innerhalb ihres eigentlichen Heimathstaates den Wohnort wechseln, sich bei jeder Wohnsitzveränderung gewärtigen müssen, dafür jedesmal von Neuem mit einer Abgabe belegt zu werden.

Werfen wir einen Blick auf die einschlägige Gesetzgebung Preußens, als des wichtigsten Staates im Nordbunde, als desjenigen, wo am ehesten Abhilfe zu hoffen ist und wo diese das weiteste Gebiet betreffen würde.

In den Städten Preußens erwirbt nach den drei in den sechs östlichen Provinzen, in Westphalen und in der Rheinprovinz geltenden Städteordnungen jeder selbständige, vierundzwanzig Jahr alte Preuße das Bürgerrecht, also das Recht zur Theilnahme an den Wahlen, sowie die Befähigung zur Uebernahme unbesoldeter Aemter der Gemeindeverwaltung und Vertretung, wenn er seit einem Jahre Einwohner des Stadtbezirks und Mitglied der Stadtgemeinde gewesen ist und einen gewissen Vermögenscensus, entweder durch Hausbesitz oder durch Gewerbebetrieb in einem gewissen Umfange oder durch einen bestimmten Steuerbetrag (in Westphalen und den sechs östlichen Provinzen auf 4 Thlr. jährliche Classensteuer in minimo normirt) erfüllt hat. Der Erwerb des Bürgerrechts tritt eo ipso und selbst gegen den Willen des Einzelnen ein. Sobald er eingetreten ist, sind die Städte auf Grund des Gesetzes vom 14. Mai 1860 befugt, ein Bürgerrechtsgeld zu fordern.

Nichtpreußen und selbst die Angehörigen neuerer norddeutscher Bundesstaaten können also in Preußen sich niederlassen, städtische Grundstücke erwerben und Gewerbe betreiben, wo und wie sie wollen, ohne jemals Bürgerrechtsgeld zahlen zu müssen. Der Preuße aber, der genöthigt ist nach

einander in verſchiedenen preußiſchen Städten einen, wenn auch jedesmal länger als ein Jahr dauernden, doch immerhin nur vorübergehenden Aufenthalt zu nehmen, wird in jeder Stadt für den Erwerb des Bürgerrechts von Neuem Bürgerrechtsgeld zu zahlen haben.

Hiervon werden zahlreiche Claſſen von Perſonen hart betroffen, wie die Beamten von Privateiſenbahnen, Verſicherungsgeſellſchaften, Induſtrieetabliſſements, Vermeſſungsbureaus, kaufmänniſchen Comptoiren und alle Solche, die wegen ihrer Berufsverhältniſſe das Domicil öfters wechſeln und wegen knapper Einnahmen durch das mehrmalige Zahlen von Bürgerrechtsgeld unverhältnißmäßig belaſtet werden.

Zwar tritt die Verpflichtnng zur Zahlung deſſelben immer erſt nach einem etwas längeren, als dem einjährigen Aufenthalt ein; dies vermindert aber nicht, ſondern vermehrt viel eher das Läſtige. Auch iſt es ein ſchlechter Troſt, daß bei fruchtloſer Execution auf das Bürgerrechtsgeld nicht wie beim Einzugsgeld Ausweiſung, ſondern nur Nichterwerb des Bürgerrechts eintritt.

Es erſcheint hiernach das Forterheben des Bürgerrechtsgeldes als ein Widerſpruch mit dem Geiſte der Bundesgeſetzgebung, der um ſo ſtärker iſt, als dadurch der Freizügigkeit im engeren Heimathlande eine Feſſel angelegt wird. —

Aber auch abgeſehen hiervon iſt das Bürgerrechtsgeld eine nicht mehr zeitgemäße und in mehrfacher Hinſicht drückende Abgabe.

Nach den Städteverfaſſungen der früheren Jahrhunderte war an die Bürgereigenſchaft das wichtige Recht geknüpft, ſtädtiſchen Grundbeſitz zu erwerben und ausſchließlich ſtädtiſche Gewerbe zu betreiben. Dieſe Vorrechte ſind den Bürgern noch durch das allgemeine Landrecht und die Städteordnung von 1808 beigelegt. Es wurde von dem zum Bürger Gewordenen ein beſonderer Bürgereid geleiſtet, ihm ein beſonderer Bürgerbrief ausgeſtellt und die Bürger ſahen mit einem gewiſſen Stolze auf die von Hausbeſitz und ſtädtiſchem Gewerbebetrieb ausgeſchloſſenen Schutzverwandten herab. Danach hatte das Bürgerrecht für den Einzelnen eine materielle Bedeutſamkeit und es erſchien Keinem drückend, für Erlangung eines ſo wichtigen Rechts eine erhebliche Abgabe zu zahlen.

Als aber ſeit der revidirten Städteordnung von 1831 die Bürgereigenſchaft dieſe Wirkung verlor, indem ſie nur noch die active und paſſive Wahlfähigkeit für die unbeſoldeten Functionen in der Gemeindeverwaltung in ſich begriff, und als die modernen Verhältniſſe einen öfteren Domicilwechſel für viele Perſonen zur Regel machten, da nahm das Bürgerrechtsgeld ſchließlich den Charakter einer läſtigen und hemmenden Abgabe an, welche die Städte lediglich aus financiellen Gründen forterhoben, ohne daß die Betroffenen eine materielle Gegenleiſtung erhielten, welche ſie als Aequivalent

für die gezahlte Summe und für die überkommene Verpflichtung unentgeltlicher Mühwaltungen anſehen konnten. Für wirkliche Gemeindenutzungen muß ſtets noch ein beſonderes Einkaufgeld gezahlt werden.

Dabei iſt das Bürgerrechtsgeld eine ſpärliche Finanzquelle und ſteht in keinem Verhältniß weder zu dem Apparat, den ſeine Einziehung erfordert, noch zu dem Odium, den letztere alljährlich bei den Betroffenen gegen die Magiſtrate hervorruft.

Endlich trägt das Bürgerrechtsgeld für wenig bemittelte Perſonen inſofern etwas Gehäſſiges an ſich, als es oft einer Geldſtrafe gleich erſcheint, die auf rüſtiges Streben geſetzt iſt. Hat der fleißige Arbeiter das Ziel ſeiner langjährigen Sparſamkeit, ein eigenes kleines Haus, erreicht, iſt es dem Eiſenbahnunterbeamten geglückt, ſich von 200 auf 250 Thlr. Gehalt emporzuarbeiten, ſo überraſcht ihn nach Jahr und Tag die Stadtcaſſe, um einen unverhältnißmäßigen Tribut zu fordern, und zwar zur größten Beſtürzung des neuen Bürgers, denn unſere preußiſche Bürgerrechtsgeſetzgebung ſteht der Kenntniß und dem Rechtsbewußtſein des Volkes fern.

In Erwägung aller dieſer gegen die Forterhebung des Bürgerrechtsgeldes ſprechenden Gründe haben bereits einige preußiſche Communen freiwillig dieſe Abgabe fallen laſſen. Sie haben aber unter den anderen Städten bisher keine Nachahmer gefunden. Es dürfte daher geboten erſcheinen, daß im Wege der Geſetzgebung für die ganze Monarchie eine Abgabe beſeitigt werde, die weder mit der Freizügigkeit des norddeutſchen Bundes, noch mit den volkswirthſchaftlichen Anſchauungen der Jetztzeit im Einklang ſteht.

Eduard Devrient über Felix Mendelsſohn.

Meine Erinnerungen an Felix Mendelsſohn-Bartholdy und ſeine Briefe an mich. Von Eduard Devrient. Leipzig, J. J. Weber. 1869.

Gern möchte unſer Blatt unter den erſten ſein, welche dies neue Buch für den Weihnachtstiſch empfehlen, denn längere Zeit iſt uns kein Werk vorgekommen, welches ſo lebendig und anmuthig, mit Pietät und doch mit ſelbſtändigem Urtheil in das Leben eines bedeutenden Künſtlers einleitet. Es iſt keine ausgeführte Biographie, nicht Aufzählung der ſämmtlichen muſikaliſchen Werke und nicht kritiſche Beurtheilung derſelben; aber die Perſönlichkeit des Componiſten tritt durch das Erzählte mit reinen und ſcharfen Umriſſen in das

Verſtändniß des Leſers, der ſich gern und vertrauend das achtungsvolle Urtheil des erzählenden Freundes über den Umfang, ja auch über die Grenzen, in denen ſich die geſchilderte Perſönlichkeit bewegte, aneignet. Wohl war Eduard Devrient für dieſe Arbeit berufen wie Wenige; er kannte ſchon den Knaben Felix, war dem Jüngling und Mann in enger Freundſchaft verbunden, dazu ein langjähriger Bekannter des Mendelsſohn'ſchen Hauſes in Berlin. So hat er das glänzende und glückliche Künſtlerleben, das ſich ſo früh vollendete, in ſeinen Fortſchritten, in Störungen und Erfolgen oft als vertrauter Rathgeber beobachtet mit der ganz einzigen Miſchung von Bewunderung und Kritik, welche die Seelenbündniſſe idealiſtiſcher Naturen aus unſerer nächſten Vergangenheit charakteriſirt. Perſönlichkeiten und Verhältniſſe des Mendelsſohn'ſchen Hauſes, die ſonnige Jugend des Künſtlers, ſeine Vorbildung, die Concerte im Vaterhauſe, die kleinen Züge, in denen ſich die Anmuth, die Zartheit und zuweilen die Reizbarkeit ſeines Weſens ausdrückten, ſind geſchildert. Anmuthig iſt erzählt, wie Felix und Devrient zuſammen die erſte Aufführung der Matthäus-Paſſion von Bach in Berlin zu Stande brachten gegen den Tyrannen Zelter, die mangelhafte Organiſation der muſikaliſchen Kräfte und den herrſchenden Geſchmack. Eine Anzahl Briefe von Felix Mendelsſohn ſind in die Erzählung hineingewebt, darunter mehrere Prachtſtücke, die das feine, vornehme Weſen und die ehrliche Tüchtigkeit des Geſchiedenen in ſo helles Licht ſetzen, daß ſie uns zu dem Beſten gehören, was von ſeiner Correſpondenz herausgegeben wurde. Auch der Bericht über Mißerfolge iſt lehrreich, z. B. wie die Verſuche des Componiſten, in der Oper heimiſch zu werden, immer wieder ſcheiterten und wie die Sehnſucht darnach ihn bis ans Ende ſeines Lebens verfolgte; und nicht weniger befriedigt das tactvolle Urtheil des Erzählers an ſolchen Stellen, wo er dem Freunde nicht Recht geben kann: in dem Verhalten Mendelsſohns gegen Immermann beim Beginn der düſſeldorfer Theaterzeit, und wo ſonſt eine Beſonderheit des Weſens fühlbar wurde, z. B. bei den unklaren Verhältniſſen, welche König Friedrich Wilhelm IV. dem Künſtler durch eine Ernennung zum Muſikdirector ohne Kapelle bereitete. Das Buch iſt aus der Erinnerung geſchrieben, und es iſt wohl möglich, daß in Einzelheiten den Erzähler ſein Gedächtniß im Stich gelaſſen hat*); auch iſt nach dem Titel des Buches ſelbſtverſtändlich, daß Devrient mit am ausführlichſten ſein Verhältniß zu Mendelsſohn darſtellt. Aber er hat im Ganzen betrachtet durch ſeine biographiſche Mittheilung das beſte Lob erreicht, was einer Biographie werden kann: er macht den Helden ſeiner Darſtellung lieb und verſtändlich und er beweiſt in ſeinem Urtheil ſich

*) So iſt S. 192 die Angabe, wie Felix Mendelsſohn ſeine ſpätere Gattin, ein Fräulein Jeanrenaud, in Frankfurt kennen lernte, nach Annahme der leipziger Freunde irrthümlich.

ſelbſt als einen wackeren Freund des Geſchiedenen und vertrauenerweckenden Führer des Leſers.

Es war ein glänzendes und glückliches Künſtlerleben, von dem in dem Buche erzählt wird: kluge und tüchtige Eltern, reiche Bildungsmittel, ſehr feingebildete Empfindung im elterlichen Hauſe, in der ganzen Jugend Nichts von den harten Kämpfen, welche ſonſt dem Talent nicht erſpart werden, bevor es ſich durchſetzt. Und wir verſtehen aus dem Buche vollſtändig, wie dieſe Verhältniſſe neben großer Sauberkeit der Empfindung und der zarten, geiſtvollen Liebenswürdigkeit einer vornehmen Künſtlernatur auch eine faſt weibliche Weichheit des Gefühls großzogen, zu große Reizbarkeit und Ungeduld, und eine Neigung, ſich unbequeme Arbeit, die Mühe der vorbereitenden Organiſationen, Alles was Kampf mit dem Leben heißt, fern zu halten. Sehr gewiſſenhaft und fleißig war Felix Mendelſohn in ſeiner ſchöpferiſchen Arbeit, er vermochte ſich ſelten genug zu thun und hatte großen Reſpect vor der Oeffentlichkeit; aber jedes abfällige Urtheil, ſelbſt der ſchonendſte Tadel des Freundes konnte ihn tief und lange verſtimmen, und wo es galt, einen guten Willen gegen äußere Hinderniſſe durchzuſetzen, da wurde er leicht müde und verdroſſen. Wie ſeine Anlage war, formte ſich auch ſein äußeres Leben. Im Ganzen ein ſonniges Daſein, reiches Talent, warme Freunde und Bewunderer, erfolgreiche Thätigkeit, eine glückliche Häuslichkeit, kaum andere Mühen, als die beglückenden des künſtleriſchen Schaffens — aber es war ein Leben von zarter Schönheit, nicht auf lange Erdendauer angelegt. Schon in früher Jugend war der Enkel von Moſes Mendelsſohn bei widerwärtiger Aufregung und plötzlichen Störungen ſeiner Laune krankhaften Affectionen ausgeſetzt geweſen: er ſprach dann in ſeiner Aufregung wohl gar irre und wurde nur durch einen todtenähnlichen Schlaf von ſolchem Zuſtand geheilt. Schon mehrere Jahre vor ſeinem Hinſcheiden lag zuweilen eine Mattigkeit auf ihm, welche die nächſten Freunde beunruhigte, und ſie ſahen ängſtlich auch in dem, was er als Künſtler ſchuf, die friſche Schöpferkraft nicht geſteigert. So war ſein früher Tod, der überall mit tiefer Trauer vernommen wurde und nirgend mehr, als hier in Leipzig, keine Erſcheinung, bei welcher plötzlich eindringende Gewalt ein vollkräftiges Leben zerſtörte. —

Devrient war es, welcher den Freund unabläſſig auf die Oper hinwies; er ſpricht wiederholt ſeine Ueberzeugung von der hohen dramatiſchen Begabung Mendelsſohn's aus und berichtet, daß der Freund nur zu wähleriſch in Textbüchern geweſen ſei und vielleicht allzu ſehr die Mühe geſcheut habe, ſich in Gemeinſchaft mit einem Dichter das Textbuch dramatiſch zurecht zu machen. War es wirklich nur das, was den Componiſten der Lieder ohne Worte von erfolgreicher Operncompoſition fernhielt?

Felix Mendelsſohn ſtarb ein Jahr vor den Ereigniſſen von 1848, welche

dem gesammten Leben der Deutschen neuen Inhalt und veränderte Richtung geben sollten; er starb in dem blühenden Alter von 38 Jahren und er würde jetzt, wenn ein günstiges Schicksal ihn uns erhalten hätte, noch im kräftigen Mannesalter sein, gleichalterig Vielen von Denen, welche seitdem als treue Werkmeister und Führer für die Ideale der deutschen Neuzeit gearbeitet haben. Und doch erscheint er uns in seinem ganzen Wesen nur als eine Blüthe der merkwürdigen Periode zwischen 1815—1848, einer Periode von sehr eigenthümlichem Charakter, welche fast allen Talenten, die in ihr heraufwuchsen, ein Gepräge aufgedrückt hat, das diese Deutschen scharf von den Charakteren der Gegenwart unterscheidet. Sein Leben vollendete sich in den letzten Jahrzehnten jenes langen Zeitraums deutscher Bildung, welcher nach dem dreißigjährigen Kriege mit den frommen Frauen Spener's begann, darauf die Aufklärung, die schönen Seelen und das hohe Aufblühen deutscher Wissenschaft, Poesie und Musik umfaßte. Es war eine lange Zeit deutscher Privatmenschen, in welcher Feinheit, Grazie und Adel der Empfindung, eine reiche, häufig encyclopädische Bildung, weiche Innigkeit des Gefühls, ein hoher Flug der Gedanken sehr häufig mit einem leicht erregbaren und beweglichen, in Geschäften unsicheren, gegen starke Prüfungen nicht gestählten Willen verbunden waren. Die stille Gemeinde der Gleichgesinnten galt zu viel, das Volk und der Staat zu wenig. An Stelle der schwachen öffentlichen Meinung leiteten die Freunde, die Coterie und die fast zufälligen Einwirkungen, welche dem Einzelnen in dem vielgetheilten Deutschland aus seinem Kreise kamen. Der Gebildete lebte meist im Widerspruch, oder nicht selten allzu willfährig gegen das geistlose Regiment der Regierungen, und der Mangel an Gewöhnung, das eigene Wesen einem starken und unabläßigen Zuge großer Interessen bescheiden einzuordnen, gab Willkür in der Beurtheilung von Personen und Zuständen; den Schwachen wurde Unrecht zu Recht, jede fremde pathetische Lebensäußerung verwirrte das haltlose Urtheil; auch den Besseren fehlte in fleißiger Arbeit zu oft der Sinn für Form, die Methode, die sichere Regulirung ihrer Gedanken und Thaten durch den gemeinen gesunden Menschenverstand. Es wird einst für sehr merkwürdig gelten, daß fast alle Führer des geistigen und politischen Lebens in dieser Zeit, Staatsmänner, Gelehrte und Künstler, eine auffallende Familienähnlichkeit zeigen. Friedrich Wilhelm IV., Humboldt, Bunsen, Varnhagen, Hegel und Schelling, sehr weit auseinander gehend in Neigungen und Beruf, tragen in einer für uns sehr kenntlichen Weise dieselbe Signatur dieser Periode, in welcher sich eine reiche und hochgesinnte, aber nicht energische Bildung auslebte. Auch an großen Fachgelehrten mit ungewöhnlicher Schöpferkraft, ja an den Eroberern neuer umfangreicher Gebiete der Wissenschaft sind einige derselben Züge den jüngeren Zeitge-

noſſen erkennbar, welche mit ſtrengerer Zucht, feſterer Methode arbeiten, ſo an Savigny, den Grimm, an den meiſten vergangenen oder alternden Größen der Philologie, Geſchichte und der Naturwiſſenſchaft. Wohl gibt es Ausnahmen auf jedem einzelnen Gebiete geiſtiger Thätigkeit und nicht die Wiſſenſchaft allein rühmte ſich einer Kraft wie Lachmann. Aber es waren nur einzelne feſtgefügte, wohlgemeſſene, ſichere Naturen. Wenn es uns aber leicht wird, die Schwächen jener Zeit an den Individuen zu erſchauen — am leichteſten, wenn wir ſelbſt in uns gegen dieſelben Schwächen kämpfen mußten — ſo haben wir auch bereits nach vieler Richtung Urſache, gewiſſe Vorzüge jener früheren Richtung herauszuheben, die, wie es ſcheint, uns ſeltener werden: die ſchöne Humanität, zarte und feine Formen des perſönlichen Verkehrs, die Virtuoſität und das Bedürfniß, reichlich und voll von dem eigenen Inhalt mitzutheilen, aufmerkſame und verbindliche Freundlichkeit gegen Gleichberechtigte und ehrfurchtsvolle Achtung vor jedem Talent. Es iſt wahr, die Bildung der Feinfühlenden hatte in jener Zeit Etwas von Treibhauscultur und zu ſehr bedurfte ſie fremder Stützen; aber dafür war eine ſorgfältige Pflege des Humanen und eine Herzenswärme an ihnen ſichtbar, die wir jetzt zuweilen vermiſſen.

Seit dem Jahre 1848 iſt das geiſtige Weſen der Deutſchen robuſter geworden, ſie werden früh aus dem Schutzdach der Familie in das freie Land verſetzt, die rauhe Luft der Politik weht durch die grünenden Blätter unſeres Geſchlechts. Jeder wird davon erfaßt, auch der Künſtler. Ja, für dieſen ſind die neuen Aufgaben unſerer Zeit vielleicht übermächtig geworden und es wird ihm jetzt noch allzuſchwer, Tendenz und reale Forderung, welche ſeiner Kunſt fremd ſind, von ihren Gebilden abzuhalten. Aber mit neuen Gefahren iſt auch neue Kraft gekommen, ſie zu beſiegen. Und es iſt eine vergebliche Frage, wenn die Sehnſucht der Freunde ſie ſtellen will, welche Einwirkung unſere Zeit auf den lebenden Mendelsſohn gehabt hätte. Wie ſein Leben vor uns liegt, iſt es ſelbſt einem geiſtvoll aufgebauten und abgeſchloſſenen Kunſtwerk ähnlich, deſſen Beſonderheiten uns nicht nur das Gepräge eines eigenthümlichen Talentes, auch das einer vergangenen Zeit haben.

Das Schickſal ſeines Jugendfreundes Devrient aber war ein anderes; dieſem war beſchieden, noch im reifen Mannesalter die Wandlungen der Neuzeit durchzumachen, in einer Stellung, welche ihm für ſeine Kunſt ſchwere Aufgaben ſtellte. Und wenn er die ideale Richtung der dramatiſchen Kunſt in einer ſüddeutſchen Hauptſtadt vertrat und dem ſchauenden Publicum allmälig ein Kunſtbedürfniß gab, welches ſich nicht mehr in wiener Poſſen und franzöſiſcher Leichtfertigkeit befriedigte, ſo wurde ſeine Thätigkeit für uns auch

eine nationale und patriotiſche, weil ſie großen politiſchen Ideen eine Stätte bereitete. Ihm aber wurde das Glück, daß er in angeſtrengter Berufsarbeit und hartem Kampf als Künſtler, Beamter und Patriot ſich mit den höchſten Forderungen der Zeit im Einklange erhielt.

♀

Politiſcher Monatsbericht.

✕ Leipzig, den 2. December.

„Ich ſitze am Ufer und warte auf den Wind“ lautet ein oft wiederholtes ruſſiſches Sprichwort, das wenn wir nicht irren Alexander Herzen zuerſt in Umlauf gebracht und auf größere Verhältniſſe angewandt hat. „Ich ſitze am Ufer und warte auf den Wind“ ſo kann die Mehrzahl der europäiſchen Staaten ſagen, um deren Geſchicke es ſich in der Tagesgeſchichte handelt und die im Mittelpunkt der Ereigniſſe oder der Gedanken ſtehen, die man ſich über dieſelben macht. Preußen wartet auf den Wind, der es über den Main führt, Frankreich oder doch Frankreichs Regierung auf günſtige Lüfte zur Fahrt über den Rhein, Oeſtreich auf die Gelegenheit zur Wiederaufnahme ſeiner deutſchen Politik, Italien auf den Sturm, der die franzöſiſche Occupationsarmee von der römiſchen Erde wegfegt, Spanien erwartet von dem freien Luftzug, den es ſich geſchaffen hat ſogar daß derſelbe ihm einen König in den Schooß werfe. Die letzten Jahre haben uns ſo gründlich daran gewöhnt, daß unvorhergeſehene Ereigniſſe über den Haufen ſtürzen, was lange und mühſam geplant worden, daß wir ſolche Ereigniſſe als regelmäßige Factoren mit in Rechnung ziehen und nicht zum Schluß kommen, wenn ſie ausbleiben.

Auf dem Gebiete der inneren deutſchen Politik macht ſich dieſe neue Art der politiſchen Buch- und Rechnungsführung beſonders peinlich geltend. Auf die neuen Verhältniſſe, in welche wir durch das Jahr 1866 geſtellt wurden, war keine der alten Parteien eingerichtet und die neue Partei, welche ſich auf den Boden der neuen Verhältniſſe geſtellt hat, kann nicht verleugnen, daß ſie ſich in ein Bett gelegt hat, das ihr von anderen Leuten gemacht worden iſt. Die Situation vom Herbſt 1866 war über Nacht gekommen — kein Wunder, daß ihre Conſequenzen von Niemanden voraus berechnet werden konnten, auch von Denen nicht, welche ſie geſchaffen hatten. In der Beſorgniß, ſich nicht zum zweiten Male durch die Ereigniſſe überraſchen zu laſſen und dann der Kurzſichtigkeit angeklagt zu werden, wurden wir zu weitſichtig, d. h. unſere Gedanken überſprangen die weite dürre Ebene

welche zwischen der vollzogenen Einigung des nördlichen und der künftigen Einigung des ganzen Deutschland liegt und die wir jetzt langsam und geduldig durchwandern müssen. Mag man sagen, was man wolle: die wirkliche politische Geduld ist unsere Sache nie gewesen — was man mit ihr verwechselte war eine Apathie, die weder geduldig noch ungeduldig, sondern eben — apathisch war. Es scheint, wir werden diese Geduld lernen müssen; der wohlfeile Optimismus, der da meinte, das ungethane Stück Arbeit von 1866 werde sich von selbst einholen, hat zu gründlich Bankerott gemacht, als daß uns Etwas übrig bliebe, als die Arbeit, die im Glanze der Siegessonne übernommen wurde, an lichtlosen Tagen fortzuführen und mit der Speculation auf unerwartete Glücksfälle abzuschließen.

Freilich wird diese Geduld mitunter auf harte Proben gestellt. Der heurige preußische Landtag hat seine Thätigkeit mit der Betrachtung des häßlichen Reverses der Medaille von 1866 beginnen müssen. Noch ehe die erwarteten Vorlagen für Reorganisation der Kreisverwaltung aus dem ministeriellen Nebel traten, der über ihnen liegt, wurde dem Landtage ein Budget vorgelegt, welches die Thatsache des eigentlich schon lange vorhandenen Deficits unzweideutig eingestand. Was der Finanzminister vorbrachte, um die Verantwortlichkeit für diese Schuld abzulehnen, erinnerte lebhaft an den neulich herangezogenen Vergleich der norddeutschen Bundesverfassung mit einer Maschine, die nur ihr Schöpfer zu handhaben wisse. Die Nothwendigkeit ein verantwortliches Bundes-Finanzministerium herzustellen ist nie mit solcher Deutlichkeit hervorgetreten, als während der Debatten, welche dem v. d. Heydt'schen Resumé über die Finanzlage und dem Lasker'schen Antrage folgten. Daß dieser Antrag von den vereinigten Radicalen der Rechten und Linken zu Fall gebracht wurde, lieferte einen neuen Beleg dafür, daß die alten Parteien schlechterdings außer Stande sind, ihre doctrinären Schnürstiefel auszuziehen und gehen zu lernen. Die Lasker'sche Bill war so allgemein gehalten, ging so direct auf das Ziel los, dem widersinnigen Confusionszustande ein Ende zu machen, den Herr v. d. Heydt deutlich genug eingestanden hatte, daß nur böser Wille oder Unverstand annehmen konnten, es handele sich um ein Erbieten zur Aufbringung neuer Steuern oder (wie die „Kreuzzeitung" nachträglich behauptete) um ein Attentat auf die königliche Prärogative. Dieselben Leute, welche sich fortwährend auf die altpreußische Praxis steiften, keine Ausgaben zu machen, ehe die entsprechenden Einnahmen sicher gestellt worden, haben sich mit Hand und Fuß dagegen gesträubt, diese Praxis auf den norddeutschen Bund auszudehnen: das System, nach welchem der Reichstag nur die Ausgaben feststellt und die Aufbringung der bezüglichen Mittel der Hauptsache nach den Einzelstaaten überläßt, steht in directem Gegensatz zu der Forderung Ausgaben und Einnahmen

im Voraus in Gleichgewicht zu bringen. Hoffen wir, daß die nächste Reichstagssession das Geschick des Lasker'schen Antrags im preußischen Abgeordnetenhause nicht als Präjudiz ansehen und dem preußischen Staate ebenso wie den übrigen Staaten helfen werde, ohne auf particularistische Bedenken Rücksicht zu nehmen.

Nächst den Verhandlungen über das Budget haben die Debatten über einzelne Positionen des Cultusministeriums bis jetzt das Hauptinteresse gewährt. Als besonders erfreulich muß die Taktik angesehen werden, mit welcher die liberalen Parteien an dem Grafen Eulenburg dieses Mal vorübergegangen sind, um ihr Hauptgeschütz gegen den Unterrichtsminister zu richten und da Bresche zu schießen, wo die Bastion der Gegner augenscheinlich am schwächsten ist. Nichts hat der preußisch-deutschen Sache in den neuen Provinzen so empfindlichen Schaden gethan, Nichts den particularistischen Umtrieben so reichliches Aufwasser gegeben, als jenes System ministeriellen Besserwissens und Bessermachens, das sich in alle Details des Communallebens einmischt und Schullehreranstellungen in den Rang politischer Parteifragen erhebt. Wie unermeßlich groß das Capital ist, das die Gegner allein aus der Kreissig'schen Angelegenheit, der Vertheidigung des Flügge'schen Lesebuchs und dem breslauer Schulstreit geschlagen haben, weiß man in Preußen vielleicht nicht so genau, wie bei uns im norddeutschen „Auslande". Das Aergerniß wegzuschaffen, das Herr von Mühler durch diese Mißgriffe gegeben, sollte das Hauptziel der liberalen Parteien sein; kein Preis der dafür gezahlt wird, auch nicht der, gewisse Collegen des unglücklichen Reorganisators der nassauischen Schulverhältnisse noch Jahr und Tag zu behalten, ist zu hoch. Klingt es nicht wie ein Hohn auf all die Decentralisations- und Selbstverwaltungs-Versprechungen, von denen die officiöse Presse überfließt, wenn der Cultusminister seine berliner Gewohnheiten zu Kriterien darüber machen darf, wie bei der Einrichtung von schlesischen oder hessischen Schulen im Einzelnen verfahren wird, wenn Monate vergehen müssen, ehe eine große Provincialstadt das Recht erhält, den Mann ihrer Wahl als Schuldirector anzustellen und zu bezahlen! Mag es bei Lichte besehen im Ressort des Grafen Eulenburg nicht besser zugehen: vor Provocationen der öffentlichen Meinung, wie sie Herrn von Mühler zur Gewohnheit geworden sind, hat der preußische Minister des Innern sich wenigstens in der Neuzeit gehütet und wirkliche Freunde der Decentralisation werden sogar nicht leugnen können, daß derselbe sich durch seine Behandlung der Selbstverwaltungsfrage in Hannover und Hessen ein Verdienst erworben hat, das jedem liberalen Minister zur Ehre gereichen würde. Nicht auf den Inhalt der neuerdings bestätigten hessischen und hannoverschen Regulative kommt es bei Beurtheilung derselben an, sondern darauf, daß sie in wirklich auto-

nomiſtiſcher Weiſe und ohne Einmiſchung der Centralgewalt — mag dieſelbe Miniſterium oder Parlament heißen — zu Stande gekommen ſind. Daß man hier provinciellen Neigungen und Gewohnheiten freies Feld gelaſſen und wirklich blos zugeſehen hat, ſcheint uns von unermeßlichem Werth zu ſein. Nichts Verkehrteres hätte ſich denken laſſen, als wenn die provinciellе Selbſtverwaltungsmaſchine von anderen Leuten aufgeſtellt worden wäre, als denen die mit ihr auszukommen haben, nichts Unwahreres und Hohleres, als wenn man die Begründung der Selbſtverwaltung auf dem Wege der Bevormundung eingeleitet und das Selbſtbeſtimmungsrecht der neuen Provinzen ſchon in ſeiner Geburtsſtunde namens liberaler oder conſervativer Doctrinen gekreuzt hätte.

Noch eine andere Errungenſchaft iſt aus der preußiſchen Geſchichte des letzten Monats aufzuzählen und da wir im Uebrigen an liberalen preußiſchen Errungenſchaften nicht beſonders reich ſind, darf ſie nicht übergangen werden: die parlamentariſche Redefreiheit iſt endlich ſeitens der Regierung anerkannt worden und wenn ſie nicht noch im Herrenhauſe auf Klippen ſtößt, wird die Wiederkehr von Proceſſen im Stil der Lasker-Tweſten'ſchen künftig unmöglich ſein. Mit Recht hat die liberale Partei ſich gehütet, von der allendlichen Anerkennung einer ſelbſtverſtändlichen Forderung beſondres Aufheben zu machen — immerhin aber iſt es ein Gewinn, daß ein Odium der peinlichſten Art aus dem inneren preußiſchen Staatsleben ausgemerzt worden iſt.

Fragen der auswärtigen Politik haben ſeit Begründung des norddeutſchen Bundes in dem Hauſe am Dönhofsplatz keine Stätte mehr. In der letzten Zeit hat die preußiſche Diplomatie — ſo weit ſich über dieſelbe überhaupt urtheilen läßt — ruhigere Tage gehabt. Frankreich iſt mit Spanien und mit ſich ſelbſt überbeſchäftigt, zumal ſeit es Herrn Pinard gelungen, den todten Baudin aus dem Grabe aufzuwecken und täglich durch die Straßen und Gerichtsſäle der franzöſiſchen Hauptſtadt zu führen — und das Verhältniß zu Frankreich iſt und bleibt, trotz aller öſtreichiſchen Radomontaden, immer die große und im Grunde die einzige Frage der preußiſch-deutſchen auswärtigen Politik. Erſt wenn in Frankreich die Kriegspartei die Oberhand gewinnt, werden die 800,000 Soldaten, welche Herr v. Beuſt ſich vom wiener Reichsrath bewilligen ließ, waffenfähig, erſt wenn Marſchall Niel über die Rathſchläge de Mouſtier's und Rouher's die Oberhand gewinnt, kommt in Betracht, was man in Stuttgart, Darmſtadt u. ſ. w. gegen die neue Ordnung der deutſchen Dinge plant. Bis es zu einer Entſcheidung über Frankreichs auswärtige Politik kommt, haben wir vom deutſchen Süden Nichts zu hoffen aber auch Nichts zu fürchten und wird unſere deutſche Politik ſich aller Wahrſcheinlichkeit nach darauf beſchränken können, den status quo zu erhalten und darüber zu wachen, daß Preußens und des norddeutſchen Bundes

Attractionskraft nicht gemindert werde. Und eine Entscheidung in Frankreich scheint weiter als jemals auszustehen; die letzten vier Wochen französischen Staatslebens haben die Regierung in eine Reihe von Verwickelungen gestürzt, deren Ende sich absolut nicht absehen läßt. Die Entschiedenheit, mit welcher der Kaiser sich gegen des vielgewandten aber charakterlosen Rouher Rath in der Baudinangelegenheit für eine Repression im brutalsten Sinne des Worts entschieden hat, bestätigt, daß die Elasticität des französischen Herrschers in der That abnimmt und derselbe in der Vertheidigung seines bisherigen Systems das einzige Heil sieht. Ohne Rücksicht auf die bevorstehende Neuwahl zum gesetzgebenden Körper und die Warnungen unabhängiger Freunde hat die Regierung die Zügel so scharf anzuziehen begonnen, als stünde das französische Volk noch unter dem Einfluß der Gesellschaftsrettung von 1851 und als hänge es nur von ihrem Willen ab, daß die Tage des Generals Espinasse wiederkehren. Im eigentlichsten Sinne des Worts wird von der Hand in den Mund gelebt und krampfhaft an einem Regierungsapparat festgehalten, der sich schon seit Jahr und Tag als verbraucht ausgewiesen hat. Von den jüngeren Kräften, die sich seit dem letzten Jahrzehnt geltend gemacht haben, ist nicht *eine* von Bedeutung in den Dienst des zweiten Kaiserreichs gezogen worden; die Bureaus wie die officiösen Preßstellen werden von Leuten bedient, welche niemals mit dem seit 1851 erwachsenen Geschlecht Fühlung gehabt haben. Und dieses jüngere Geschlecht ist unter Eindrücken aufgewachsen, die mit denen der vorigen Generation so gut wie Nichts gemein haben; die Erfahrungen, welche die Majorität von 1851 dem Kaiserthum, als der einzigen Rettung vor dem rothen Gespenst in die Arme trieben, fehlen den Altersclassen, welche unter der Polizeifuchtel groß wurden und die Erinnerungen von 1830 und 1848 nicht nach ihrer erschreckenden, sondern nur nach ihrer rosigen Seite kennen. Die Art und Weise, wie die letzte spanische Revolution in Paris aufgenommen worden, beweist deutlich, wie gründlich der Wind umgeschlagen hat und daß die Revolutionsfurcht nicht mehr das leitende Motiv der französischen Gesellschaft ist. In früheren Jahren wäre eine Umwälzung dieser Art der Regierung zu Gute gekommen; heute ist dieselbe dem Kaiserreich zu einer neuen Verlegenheit geworden. Unterstützt wird die allgemeine Unzufriedenheit mit dem herrschenden politischen System noch durch den Zusammensturz des wirthschaftlich-financiellen. Inmitten des Baudin-Lärms ist das traurige Resultat der letzten Versammlung des Credit immobilier ziemlich lautlos verhallt, aber für die Leute, welche sich nicht mit Politik beschäftigen, so lange sie ruhig von ihren Renten leben können, spielt der Bankerott der unter kaiserlicher Aegide gebildeten Finanzgesellschaften die Rolle eines zweiten Mexico, einer Niederlage die sich an jedem Ultimo und jedem Quartalschluß

wiederholt. Daß im kaiſerlichen Hoflager bereits die Rede von der Nothwendigkeit einer Armeereduction iſt, zeigt, wie hoch die financielle Verlegenheit und Bedrängniß ſelbſt in den Augen des in Geldſachen nicht eben ängſtlichen Kaiſers geſtiegen iſt und daß derſelbe immer nur nach Ruhe ſeufzt und von keiner Art von Veränderungen Etwas wiſſen will, entmuthigt ſeine Anhänger vielleicht noch mehr, als das Anwachſen der Oppoſition. Daß das gegenwärtige Syſtem auf zwei Augen ſteht galt lang genug für ſeine Stärke, daß ein ſtarker Wille herrſche, der blos Werkzeuge, nicht Genoſſen neben ſich brauchte, wurde nach den Wirren der Revolution und der impotenten blauen Republik als Wohlthat geprieſen. Heute documentirt ſich mit erſchreckender Klarheit, daß das geprieſene gouvernement personnel ein Proviſorium war, von Hauſe aus mehr darauf angelegt dem Ehrgeiz eines Einzelnen zu entſprechen, als den Bedürfniſſen einer Nation. Entſchließt der Kaiſer ſich nicht noch in der elften Stunde dazu, eine Modification eintreten zu laſſen, welche wenigſtens einzelnen Trägern der öffentlichen Meinung Frankreichs innerhalb des Kaiſerthums Platz ſchafft — und das wird täglich unwahrſcheinlicher — ſo kann die von ihm geſchaffene Regierungsform ihren Schöpfer kaum überleben. Die Todesangſt mit der die pariſer Börſe jede Nachricht von Schwankungen des kaiſerlichen Geſundheitszuſtandes aufnimmt, hat uns noch neuerdings darüber belehrt, daß dieſe Meinung in den Kreiſen Derer am weiteſten verbreitet iſt, die ſie am wenigſten wahr haben wollen.

In Spanien hat die Fortdauer des ungewiſſen Gährungszuſtandes, in welchem das Land ſich befindet, die Lage der proviſoriſchen Regierung und die Ausſichten der monarchiſch-conſtitutionellen Partei entſchieden zum Ungünſtigen verändert. Das von Olozaga veröffentlichte Rundſchreiben des Centralcomités, welches die liberalen Spanier zu feſtem Zuſammenſtehen gegen die clericalen Wühlereien für die Republik einladet, iſt ein Symptom dafür, daß die bisherigen Leiter der Bewegung den Boden unter ihren Füßen ſchwinden fühlen. Noch ſind es nicht zwei Monate, daß ſie dieſen Boden betreten haben und bis zum Zuſammentritt der Cortes werden mindeſtens noch zwei weitere Monate vergehen. Es fehlt vielleicht nur noch, daß Prim mit ſeiner Candidatur für die ſpaniſche Krone offen hervortritt, um dem Faß den Boden auszuſchlagen. Die Unfähigkeit der Regierung, ihr monarchiſches Programm durch eine beſtimmte Throncandidatur zu vervollſtändigen, hat nicht nur ihrem Credit, ſondern zugleich dem der monarchiſchen Sache unendlichen Schaden gethan und den Republicanern und Pſeudorepublicanern direct in die Hände gearbeitet. Die clericale Partei iſt zu klug, um ihre Sache durch ſofortiges Eintreten für die vertriebene Dynaſtie zu compromittiren; ihren Zwecken läßt ſich ſehr viel erfolgreicher durch Unterſtützung republicaniſcher Gelüſte nachgehen, da dieſe mit Nothwendigkeit zu Zerrüttung und Bürger-

krieg führen und den Kreislauf der Revolution beschleunigen müssen. Schon am 3. Oct. stellte Orense, Marquis von Albaida, ein republicanisches Programm auf, das den Clericalen sehr viel besser gefiel, als alle übrigen Manifeste in denen Moderados und Radicale sich versuchten; er forderte eine Föderativrepublik auf Grund der alten Provincialprivilegien, jener Fueros, die den liberalen Spaniern als Verneinung jedes wirklichen Staatslebens gelten, deren Namen das Landvolk aber nicht vergessen hat und die in den altspanischen Priesterkreisen aus naheliegenden Gründen einen sehr viel besseren Namen haben, als alle Verfassungsparagraphen, mit denen man es seit 1812 und 1820 versucht hat. Dem Clerus kann es nicht schwer fallen, unter Appellation an die Fueros die republicanischen Phrasen mitzumachen und dadurch die gegen die provisorische Regierung gerichtete Strömung zu verstärken. Hat diese erst das Oberhaupt gewonnen und die monarchisch-constitutionelle Partei zu Fall gebracht, so ist die allgemeine Verwirrung, in deren trüben Wassern sich erfolgreich fischen läßt, bereits vorhanden. — Das Verlangen nach Truppensendungen, das Mitte dieses Monats von einer Anzahl wichtiger Provincialstädte geäußert wurde, ist wiederum verstummt — nachträglich hat sich sogar herausgestellt, daß die durch die sevillaer Unruhen erweckten Besorgnisse übertrieben waren — aber das Vertrauen in die Autorität der Regierung hat sich seitdem nicht wieder gehoben; daß Prim seine Truppen in der Hauptstadt behalten wollte, konnte in der That nicht für einen Beweis von Selbstvertrauen und Sicherheitsgefühl gelten. Auch die Nachrichten aus Cuba, wohin das erste Kriegsschiff endlich abgegangen ist, lauten nicht mehr so zuversichtlich, wie in Lersundi's früheren Berichten — kurz man hat das Gefühl am Vorabend neuer Ereignisse zu stehen und die Flitterwochen der jungen spanischen Freiheit sind vorüber gegangen, ohne daß sie von den augenblicklichen Machthabern irgend erfolgreich ausgebeutet worden wären.

Die Verwickelungen im südwestlichen Europa haben zunächst die Folge gehabt, die ängstliche Aufmerksamkeit der deutschen Politiker von Paris abzuziehen und wieder nach Osten zu richten. Preußens auswärtigem Amt steht eine nach Außen wie nach Innen schwierige und peinliche Aufgabe bevor, bei der die Volksvertretung dieses Mal ein wichtiges Wort mitzureden haben wird. Die Entscheidung über die abgelaufene Cartellconvention mit Rußland soll getroffen werden. Es gilt auf der einen Seite die Wünsche einer befreundeten, zur Zeit unentbehrlichen und dabei höchst reizbaren Nachbarmacht zu berücksichtigen, auf der anderen Seite der Würde der eigenen Nation Nichts zu vergeben und die kaum zweifelhaften Antipathien in Betracht zu ziehen, welche Rußland sich durch sein Zollsystem und seine innere Politik in Deutschland zugezogen hat. Das schutzzöllnerische Absperrungssystem, an dessen unseligen Einfluß auf Preußens östliche Provinzen die

Noth des vorigen Winters nur all zu lebhaft erinnerte, ſteht in Rußland noch immer in Blüthe und iſt durch die vielbeſprochene letzte Tarifreviſion nicht verändert worden; Grenzverletzungen, wie ſie längſt herkömmlich geworden, haben auch in der Neuzeit nicht gefehlt, und die gegen die Oſtſeeprovinzen und gegen Polen geübte innere Politik hat ſicher nicht dazu beigetragen, die ruſſiſchen Sympathien in Preußen zu verſtärken. In Rußland ſelbſt und namentlich in den Kreiſen der nichtofficiellen Politiker ſcheint man eine lebhafte Empfindung davon zu haben, daß trotz der freundſchaftlichen Beziehungen zwiſchen den Regierungen der beiden nordiſchen Großmächte eine Fortdauer des gegenwärtigen Verhältniſſes nicht für alle Zeiten möglich ſein werde. Die nationale Partei wünſcht ſich wirthſchaftlich noch unabhängiger von den preußiſchen Nachbarn zu machen und namentlich das Band zu löſen, durch welches die weſtruſſiſche Ausfuhr an unſere Oſtſeehäfen geknüpft iſt. Dem „abnormen“ Zuſtande, daß Königsberg und Memel die geſammte Production Polens und Litthauens ausführen und daß eine Sperrung dieſer Häfen mit dem Stocken alles wirthſchaftlichen Lebens an dem Njemen und der Weichſel gleichbedeutend ſein würde, ſoll plötzlich und gewaltſam ein Ende gemacht werden. Seit Monaten bringt die einflußreiche Mosk. Zeitung wöchentlich mehrere Artikel über dieſen Gegenſtand und jeder derſelben ſchließt mit der peremptoriſchen Forderung, Kowno mit der kurländiſchen Hafenſtadt Libau zu verbinden und dieſe an die Stelle der preußiſchen Rivalen zu ſetzen. Wo möglich ſoll außerdem das benachbarte Windau in einen ſtarken Kriegshafen verwandelt werden. Da gleichzeitig von derſelben Partei dagegen agitirt wird, den ruſſiſchen Weſten durch neue Eiſenbahnen mit unſerem Oſten zu verbinden und das Beſtreben, Libau zum Mittelpunkt des baltiſchen Exports zu machen, ebenſo gegen Riga wie gegen die preußiſchen Häfen gerichtet iſt, hat das bezügliche Project mit vielfachen Schwierigkeiten zu kämpfen. Immerhin iſt ſeine Realiſirung höchſt wahrſcheinlich; ſeine Bedeutung für Preußen läßt ſich ebenſo an dem Eifer bemeſſen, mit dem es ſeitens der Stettiner Oſtſeezeitung bekämpft wird, wie an den Befürchtungen der ruſſiſchen Preſſe vor „preußiſchen Intriguen“. Kommt die Cartellconvention im Abgeordnetenhauſe zur Sprache, ſo wird wohl auch dieſer Punkt eingehend erörtert werden.

Die officielle ruſſiſche Politik, welche man in Wien und Paris hauptſächlich im Orient beſchäftigt glaubt, hat thatſächlich alle Hände voll mit inneren Fragen zu thun. In nicht weniger als 11 Provinzen ſteht, nach einer amtlichen Bekanntmachung des Miniſters des Innern, auch für dieſes Jahr bittere Noth zu erwarten und an Nachzüglern aus anderen Reichstheilen wird es aller Wahrſcheinlichkeit nach nicht fehlen. Schon gegenwärtig iſt Petersburg mit Bettlerſchaaren aus dem hungernden Weſten und Südweſten

überfüllt. In Polen und Litthauen wird die Einführung der russischen Sprache in die katholischen Kirchen mit unbeugsamer Strenge durchgeführt; künftig soll von jedem katholischen Priester, der das geistliche Seminar verläßt um in eine praktische Thätigkeit zu treten, der Nachweis genügender russischer Sprachkenntniß gefordert werden. Ebenso wird die ausschließliche Herrschaft der russischen Sprache in der Administration des Königreichs Polen („Weichselland") zur Geltung gebracht. Dreihundert Städtchen Polens sind zu Dörfern degradirt worden, um die Kosten städtischer Verwaltung zu sparen und die Zahl der mit russischen Beamten zu besetzenden Stellen zu mindern; im wilnaer General-Gouvernement haben zahlreiche Städte ihre polnischen Namen gegen die russischen Bezeichnungen aufgeben müssen, welche vor der „polnischen Invasion dieses altrussischen Landes" d. h. vor vierhundert Jahren üblich waren. In den drei Ostseeprovinzen (die jetzt sämmtlich unter nichtdeutschen Gouverneuren stehen) haben die Amtsblätter zunächst ihre deutschen Titel mit russischen vertauscht; in Dorpat ist dem deutschen Curaten ein russischer Gehilfe beigegeben worden, um die Ausbreitung des russischen Sprachunterrichts in den Schulen des baltischen Lehrbezirks zu überwachen. Gleichzeitig ist die russische Nationalpartei eifrig bemüht die Letten und Esthen in ein Bündniß gegen das herrschende deutsche Element zu ziehen: der von lutherischen Predigern vor dreißig Jahren gegründeten lettisch-literarischen Gesellschaft zu Riga und Mitau ist ein Concurrenzverein entgegengestellt worden — von Wilna her werden mit russischen Lettern gedruckte lettische Bücher nach Liv- und Kurland importirt und ein lettischer Convertit hat ein lettisch-russisches Lesebuch herausgegeben, das den Zweck hat, die beiden slavischen Brudervölker einander zu nähern und die Sprache der Urbewohner Livlands von dem Joch deutschen Einflusses zu befreien. Daß die unermüdlichen Aufreizungen der moskauer Presse auch an maßgebender Stelle ihren Zweck zu erreichen beginnen, wird immer bemerkbarer: wie von den verschiedensten Seiten mit beispielloser Uebereinstimmung behauptet wird, hat ein deutscher Diplomat diesen Versuchen zur Verdächtigung des baltisch-deutschen Elementes und dessen angeblicher Sympathien für Preußen seine Unterstützung geliehen. — In Petersburg ist man vornehmlich mit zwei Dingen beschäftigt gewesen: mit den sich von allen Seiten, selbst von Sibirien herandrängenden Gesuchen um Eisenbahnconcessionen und mit der Umgestaltung der officiellen Presse. Vom 1. Januar 1869 ab sollen die Organe sämmtlicher Ministerien eingehen um einem Regierungsorgane Platz zu machen. Diese Maßregel ist wichtiger, als man auf den ersten Blick glauben möchte, denn sie verhindert die einzelnen Minister, durch ihre Journale an dem heftigen publicistischen Parteikampf, der in Moskau und Petersburg geführt wird, Theil zu nehmen. Besonders empfindlich sieht sich die nationale Demokratie verletzt, welche an dem Kriegsminister Miljutin und dessen Leiborgan, dem „Invaliden", einflußreiche Gönner sah, deren Beistand schmerzlich vermißt werden wird. Die gesammte Maßregel scheint einen lebhaften Kampf widerzuspiegeln, der im Schooß der Regierung ausgekämpft wird und die Stellung des demokratischen Kriegsministers in Frage gestellt hat. Das militärische System dieses Armeereformators ist gleichzeitig von dem Vorkämpfer der aristokratisch-constitutionellen Partei, der Zeitschrift „Wesstj" in leidenschaftlicher Weise angegriffen worden — die gesammte polen- und deutschenfeindliche Demokratie wie ein Mann für ihren bedrohten Führer eingetreten. Daß dieser Kampf zu einer Veränderung des herrschenden Systems führen werde, scheint von den Kämpfern nicht geglaubt zu werden; wohl aber dürfte es sich darum handeln, ob neben den demokratisch-nationalen Einflüssen noch andere an maßgebender Stelle

fortbestehen sollen, eine Frage, die nicht unwichtig ist, weil sie mit der auswärtigen Politik Rußlands zusammenhängt, mindestens auf die künftige Stellung dieser Macht zur orientalischen Frage einwirken kann. Die nationale Partei huldigt auch in dieser Beziehung aggressiven Tendenzen, die weder vom Fürsten Gortschakow noch von den übrigen Vertretern der conservativen Richtung gebilligt werden.

Man hat in Wien geglaubt und gesagt, die russische Diplomatie sei in letzter Zeit besonders eifrig mit Rumänien und mit gewissen rumänischen Umtrieben an der Donau beschäftigt gewesen, welche auch preußischerseits begünstigt würden. Die steigende Erbitterung, welche Russen und Magyaren einander beweisen, hat diese Gerüchte genährt und für gewisse pesther und wiener Journale zum Axiom gemacht, daß Rußland die bucharester Regierung aufhetze — wie die Einen behaupten gegen die Ungarn, wie die Anderen wissen wollen gegen die Pforte. Schon daß eine solche Alternative möglich gewesen, beweist die Unzuverlässigkeit dieser Anklagen, die unausgesetzt wiederholt worden, obgleich seit Monaten Nichts von den Banden verlautet, die in Bucharest und Jassy ausgerüstet werden sollen. Es wäre schwer zu erklären, was Rußland in diesem Augenblick mit einer Feuersbrunst an der Donau beabsichtigte — dessen zu geschweigen, daß Preußen absolut keinen Grund hat, Verwickelungen zwischen Rußland und der Türkei oder deren Beschützern hervorzurufen, so lange Oestreich Frieden hält. Unter solchen Verhältnissen hat nicht ausbleiben können, daß die letzten Auseinandersetzungen der Norddeutschen Zeitung über des berliner Cabinets Stellung zu Rumänien allenthalben wo sie gelesen wurden, nachhaltigen Eindruck gemacht haben. Die Nachrichten freilich, welche aus der Moldau-Walachei nach Westeuropa dringen, sind so abgerissen, widerspruchsvoll und unzusammenhängend, daß man sich von dem, was in diesem abgelegenen Donaugebiet eigentlich vorgeht, eine deutliche Vorstellung nicht machen kann. Die russische Presse, die über die Donauländer und den Orient gewöhnlich besser unterrichtet ist als der Occident, beobachtet über Rumänien schon seit längerer Zeit ein hartnäckiges Schweigen, d. h. sie dementirt oder reproducirt die deutschen und französischen Nachrichten, ohne selbst ausführlichere und zuverlässigere Berichte zu bringen. Daß etwas zu Bucharest im Werk gewesen, ist durch die in den letzten Tagen erfolgte Entlassung Jean Bratiano's eigentlich zweifellos gewesen; der Rücktritt dieses gefürchteten Staatsmannes ist den jüngsten berliner und wiener Zeitungsartikeln zu rasch gefolgt, um nicht mit ihnen in Verbindung zu stehen. Bratiano's Hauptwerk, der begonnene Verkauf der griechischen Kirchengüter, der ihm in London und Paris besonders zum Vorwurf gemacht wird (obgleich ein Versuch dieser selben Maßregel zu Zeiten Cusa's in Paris hochgepriesen und nur von Petersburg her bekämpft wurde), scheint mit seinem Rücktritt in Stocken gekommen zu sein, da die fürstliche Eröffnungsrede eine „versöhnende Lösung" dieser Angelegenheit in Aussicht nimmt. In der Moldau-Walachei war der Minister, der diese höchst populäre Maßregel ins Werk richtete, übrigens wenig beliebt, — man wirft ihm vor, unter dem Schein des Liberalismus ein Bündniß zwischen dem Fürsten und den rohen Massen gegen die gebildeten Classen vermittelt und dadurch den Cultur- und Bildungsfortschritt des Landes gehemmt zu haben. Bratiano's Rücktritt und die friedliche Rede, mit welcher Fürst Carl seine Kammern eröffnete, werden voraussichtlich für eine Weile beruhigend wirken; Cogolnitscheano, der gemeinsam mit D. Ghika das neue Cabinet bilden soll, ist der Minister, mit dessen Hilfe Cusa seinen Staatsstreich vom Mai 1864 ausführte, übrigens gleich seinem Vorgänger

Demokrat. — In dem der Walachei benachbarten Serbien ist der Belagerungszustand aufgehoben und zu einer Reform der „Socialgesetzgebung" Miene gemacht worden.

Die wirkliche oder angebliche Besorgniß vor einem Ausbruch in Rumänien hat unter den Gründen, mit denen Herr von Beust den wiener Reichsrath zur Bewilligung seines Wehrgesetzes bestimmte, eine wichtige Rolle gespielt. Die übrigen Argumente, welche der östreichische Reichskanzler zu Gunsten seiner mehr als drei Viertel Millionen Soldaten zählenden Friedensarmee in die Wagschale warf, haben den Glauben an Oestreichs dauernde Versöhnlichkeit gegen Preußen und Deutschland ebenso erschüttert wie den an die Lebensfähigkeit des liberalen cisleithanischen Ministeriums. Daß in dem Kaiserstaat Freiheit und Frieden gleichbedeutend sind, mindestens die constitutionelle Freiheit den Frieden nicht überleben würde, das weiß vielleicht Niemand so genau wie das Ministerium Giskra und darum hat die liberale deutsche Partei sich nur mit schwerem Herzen entschlossen, dem Kanzler eine kriegsfähige Armee in die Hände zu geben. Wie der Finanzminister es anfangen werde, sein bei Gelegenheit der Couponsteuer gegebenes Versprechen zu halten und das Deficit binnen drei oder jetzt $2^1/_2$ Jahren aus der Welt zu schaffen, ist zunächst noch sein Geheimniß: möglich, daß man ihn der Verlegenheit, dieses Versprechen zu halten, in Bälde entheben wird. Klagte die wiener officiöse Presse schon vor Zusammentritt des Reichsraths über den allgemeinen Pessimismus und den Unglauben der Oestreicher an die Dauerbarkeit des gegenwärtigen Systems, so ist nicht anzunehmen, daß die Stimmung sich nach der Annahme des Wehrgesetzes bessern werde. Ueberdies ist die Sprache, welche man in dieser Presse gegen Preußen führt, nicht dazu angethan, den friedlichen Kernsprüchen, in denen der Leiter der östreichischen Politik sich ergeht, eine Stätte zu bereiten. Auch die große Masse der Friedfertigen und Indifferenten in Süddeutschland ist durch die Annahme des Wehrgesetzes nicht eben angenehm berührt worden; bis tief in die Mittelpartei herein hat man sich sehr entschieden mißbilligend darüber ausgesprochen, daß das friedensbedürftige Oestreich auf die Friedenshoffnungen dieses Winters einen Mehlthau geworfen habe. Befriedigt sind höchstens diejenigen bairischen und badischen Ultramontanen, welche ihren Aerger über die Antastung des Concordats genugsam verwunden haben, um an dem liberalen wiener Cabinet irgend etwas löblich zu finden, die Welfen und Welfengenossen vom Schlage der „Sächsischen Zeitung". — Mit den renitenten Czechen ist die k. k. Hofburg trotz aller Repressivmaßregeln und Ausnahmegesetze um keinen Schritt weiter gekommen; daß neuerdings von der Wiederaufnahme privater Verhandlungen mit den böhmischen Führern die Rede ist, beweist, daß man der Regierung größere Nachgiebigkeit zutraut als dem Starrsinn der böhmischen Wortführer. Besser ist man mit den Polen gefahren, die trotz der ihnen verhaßten Eintheilung Galiziens in 11 Verwaltungskreise *für* das Wehrgesetz gestimmt und der Regierung dadurch einen so wichtigen Dienst geleistet haben, daß der Kaiser ihnen direct seinen Dank abstatten ließ. Ein Opfer haben die Vertreter Galiziens mit ihrem Votum nicht gebracht, auch Nichts von dem zurückgenommen, was sie auf dem letzten lemberger Landtage als ihre Meinung aussprachen — sie waren in der günstigen Lage gleichzeitig dem von ihnen gekränkten Cabinet ein Pflaster auf die Wunde legen und dem Grundgedanken aller polnischen Politik, dem Haß gegen Rußland, treu bleiben zu können. — In der östlichen Reichshälfte hat die Deákpartei sich noch immer an der Spitze der öffentlichen Meinung zu behaupten gewußt und in allen wichtigen Fragen den Ausschlag

gegeben. Die im pesther Unterhause geführte Debatte über das Nationalitätengesetz hat auch dieses Mal zu einem Conflict zwischen dem herrschenden Stamm und den nach Gleichberechtigung ringenden kleinen Nationalitäten geführt; die rumänischen und ein Theil der serbischen Vertreter verließen den Conferenzsaal ohne daß das Haus sich durch diesen Zwischenfall (den Deák als „rein privaten" bezeichnete) in seinen Verhandlungen unterbrechen oder aufhalten ließ. In Belgrad und Bucharest wird dieser Vorgang sicher nicht mit derselben Gleichgiltigkeit aufgenommen werden wie im pesther Ständehause, sondern neues Oel in das Feuer des Hasses gießen, welches in den westslavischen Völkern gegen Ungarn entbrennt. Das Verhältniß der außerhalb Ungarns lebenden Serben und Rumänen zu der Stefanskrone ist von dem der Kroaten, die sonst für die gefährlichsten südslavischen Gegner des Dualismus gelten, stets verschieden gewesen. Als Katholiken sehen die Kroaten den Fortbestand der türkischen Macht aus wesentlich anderen Gesichtspunkten an als ihre der griechischen Kirche angehörigen Stammverwandten und Nachbarn, denen die Wiederaufrichtung des griechischen Kreuzes auf der Aja Sophia traditionell das höchste irdische Ziel ist; sie haben ferner bei ihrem Sträuben gegen die Vereinigung mit Ungarn nie einen andern Stützpunkt gehabt als die habsburgische Dynastie und seit diese sich mit den Magyaren versöhnt hat, auch in Wien keinen Rückhalt mehr. Zwischen Kroaten und Magyaren haben endlich nur nationale, aber niemals religiöse Gegensätze obgewaltet und diese sind es welche im östlichen Europa immer in letzter Instanz entscheiden und in den Massen, die das Nationalitätsprincip nie recht verstanden haben, den Ausschlag geben. In der kirchlichen Gemeinschaft der Rumänen, Serben, Bulgaren u. s. w. mit den Russen liegt die eigentliche Gefahr des Panslavismus und aus diesem Grunde erscheinen selbst untergeordnetere Differenzen zwischen Magyaren und deren griechisch-orthodoxen Mitbürgern gefährlicher, als die ernstesten Händel mit den zahlreicheren und an und für sich wichtigeren Kroaten. Kroatische Klagen über magyarische Bedrückung verhallen ziemlich spurlos in Agram und Fiume und werden nur der Form wegen in Neusatz, Prag und Moskau nachgedruckt, während jede Beschwerde über Beeinträchtigung von Gliedern der „rechtgläubigen" Kirche bis an den Bosporus, das weiße und schwarze Meer und den finnischen Meerbusen lebhaften Widerhall findet. Allen Bemühungen der panslavistischen Schultheorie zum Trotz gilt dem gemeinen Mann in Rußland, Rumänien, Serbien und der Türkei immer nur der Glaubensgenosse als slavischer Bruder; es ist darum völlig begreiflich und gerechtfertigt, wenn man in Pesth ungleich größeres Gewicht auf die Vorgänge und Stimmungen in Bucharest und Belgrad legt, als auf Alles, was in Agram oder Prag geschieht*) und das neu erschienene östreichische Rothbuch hat durch die Ausführlichkeit mit welcher es auf diese Länder eingeht in der That einem vorhandenen Bedürfniß wenigstens der ungarischen Reichshälfte entsprochen.

Mit dem breiten Raum verglichen, den das östreichische Rothbuch den souveränen Staaten der Pforte widmet, ist der Abschnitt, welcher die türkischen Zustände behandelt, ziemlich unbedeutend und flüchtig. Sehr viel deutlicher hat sich über die Trostlosigkeit der ottomanischen öffentlichen Zustände Lord Stanley in seiner Wahlrede ausgesprochen. Kaum jemals früher dürfte

*) Zu bemerken ist bei dieser Gelegenheit, daß innerhalb der westslavisch-griechischen Welt Serben und Rumänen nicht immer gleichen Sinnes sind, sondern häufig genug um die geistige und politische Führerschaft an der unteren Donau hadern.

ein brittiſcher Miniſter ſo unzweideutig eingeſtanden haben, daß es mit dem „kranken Manne“ zu Ende geht, ein Umſtand der von der officiellen ruſſiſchen Preſſe wiederholt und nachdrücklich hervorgehoben und utiliter acceptirt worden iſt.

Das kühle Urtheil des leitenden engliſchen Staatsmanns über die innere Auflöſung des türkiſchen Reichs ſteht mit deſſen Sympathien für das Nichtinterventionsprincip in engem Zuſammenhange. Dieſes Princip beginnt mehr und mehr der Angelpunkt aller auswärtigen Politik Englands zu werden und ſeine Anwendung auf das große orientaliſche Zukunftsproblem iſt vielleicht nur noch Frage der Zeit. Schon vor Jahr und Tag behaupteten die Münchner „hiſtoriſch-politiſchen Blätter“ mit der ihnen eigenthümlichen Draſtik, der Zeitpunkt ſei nicht mehr fern, wo die brittiſchen Mammonsdiener in der Hoffnung auf geſteigerten Abſatz ihrer Baumwollwaaren die verarmten Türken fallen laſſen würden, um mit deren ſlaviſchen Feinden und präſumptiven Rechtsnachfolgern Frieden und Freundſchaft zu ſchließen. Wenn es in der bisherigen Weiſe fortgeht, ſo iſt nicht unmöglich, daß dieſe Prophezeiung ſich verwirklicht. Eifrige Theilnahme an der continentalen Politik galt in früherer Zeit für eines der Hauptmerkmale alt-engliſcher Torydoctrin; heute fragt ſich nur noch, ob Tories oder Whigs in ihrem Abſcheu gegen jede Betheiligung an europäiſchen Händeln weiter gehen und auf welcher Seite die Politik von 1853 am härteſten verurtheilt wird. — Stanley und Disraeli haben mit den Reden, welche ſie auf dem Bankett des Lord-Mayors hielten, um ihren Glauben an Preußens deutſche Zukunft noch einmal zu bekräftigen, wahrſcheinlich ihr miniſterielles Schwanenlied geſungen. Trotz aller Anſtrengungen der Tories und ihrer weitverbreiteten hochkirchlichen Bundesgenoſſenſchaft ſind die nach dem Reformgeſetz vorgenommenen Wahlen entſchieden whigiſtiſch ausgefallen. Tories und Radicale ſind aufs Haupt geſchlagen worden und trotz der Vermehrung der Wählerzahl um Hunderttauſende von Arbeitern gebieten die Gegner des Reformminiſters über eine Majorität von mindeſtens 110 Stimmen; John Stuart Mill, Milnar Gibſon und Roebuck ſind der Concurrenz conſervativer Gegner unterlegen — der traditionelle Charakter des engliſchen Unterhauſes iſt aus der Kriſis des letzten Winters noch ſiegreicher hervorgegangen, als aus dem großen Kampf von 1832.

Es gilt ſchon gegenwärtig für ausgemacht, daß, wenn die Oppoſition ans Ruder kommt, John Brigbt neben Gladſtone auf der Miniſterbank Platz finden wird. Von dieſer bevorſtehenden engliſchen Staatsveränderung haben wir Deutſche mithin für den Fall eines kriegeriſchen Zuſammenſtoßes Nichts zu erwarten; der bloße Name des bekannten Mancheſtermannes iſt mit entſchiedener Abneigung gegen Alles, was nach Krieg oder leiſeſter Schädigung der Intereſſen des engliſchen Handels klingt, identiſch und wir müſſen uns darauf gefaßt machen, das Nichtinterventionsprincip bis auf die äußerſte Spitze getrieben zu ſehen. Einem Politiker, dem kein Ausdruck zu ſtark war, wenn es ſich um die Verurtheilung eines Krieges handelte, deſſen Unterlaſſung einen vollſtändigen und principiellen Verzicht auf Englands orientaliſche Stellung und die Auflöſung der türkiſchen Monarchie bedeutet hätte, einem Politiker dieſer Art kann zugetraut werden, daß er ſelbſt einer unbeſchränkten franzöſiſchen Herrſchaft über Mitteleuropa unerſchütterlich zuſehen würde, ſo lange dieſelbe nicht etwa protectioniſtiſche Grundſätze für ihr Handels- und Wirthſchaftsſyſtem adoptirte oder eine neue Continentalſperre ins Werk ſetzte. Wenigſtens für die nächſte Zukunft zählt England in der großen europäiſchen Politik nicht mehr mit, mögen die Whigs oder die Tories die Herrſchaft behaupten. Dieſe Lücke in dem Concert unſeres Welttheils wird

um so fühlbarer werden, als von kundiger Seite versichert wird, der Anspruch Nordamerikas darauf, im Rath der europäischen Mächte mitzustimmen, werde, wenn General Grant in das weiße Haus zu Washington gezogen, mit besonderer Lebhaftigkeit aufgenommen werden. Die Wahl des Siegers von Vicksburg kann als gesichert angesehen werden, obgleich sie ihr zweites Stadium noch durchzumachen hat. Wohl läßt sich mit einiger Sicherheit voraussagen, daß der republicanische Präsident, wenn er das Gewicht seines jungen Staats in die europäische Wagschale wirft, zu Deutschland und nicht zu Frankreich — dem weiland Verbündeten der südlichen Secessionisten — stehen werde, die europäische Großmacht, welche am Meisten von amerikanischer Unterstützung zu hoffen hat und im Gebiet der Union am populärsten ist, wird aber nicht Preußen, sondern Rußland sein. Seit dem Triumphzuge, den der Unterstaatssecretär Fox im J. 1866 durch Rußland hielt, ist kein Gedanke in den beiden Staaten, welche die äußersten Endpunkte unserer Culturwelt bilden, so populär, wie der eines engen Bündnisses zwischen der nordamerikanischen Republik und der russischen Autokratie. „Von der felsigen Küste des finnischen Meerbusens bis an die flachen Ufer der Wolga" so heißt es in einer 1866 veröffentlichten Betrachtung über Fox' russische Mission, „tönen Jubelrufe zum Preise der großen Republik des Westens, bärtige Mushiks von Twer und Nowgorod schwingen begeistert das Sternenbanner, Adelsmarschälle, Kammerherrn, wirkliche und gemeine Staatsräthe schwärmen für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und Hail Columbia ist ein russisches Volkslied geworden." Anderthalb Jahre früher hatten die Officiere einer in New-York ankernden russischen Escadre einen ähnlichen Triumphzug durch das Gebiet der damals noch im Bürgerkriege liegenden Union gemacht. Seitdem ist das Band zwischen der Nationalpartei in Rußland und den nordamerikanischen Republicanern nur noch befestigt und durch die Heranziehung angeblicher Analogien in der neueren Geschichte beider Staaten enger gezogen worden. Dieselbe Rolle, welche die Republicaner des Nordens als Sclavenbefreier in den Südstaaten gespielt haben, nehmen die moskauer Demokraten für ihre rettenden Thaten in Polen und Litthauen in Anspruch und der mit ihnen verbündete russische Protectionismus steift sich nicht wenig darauf, daß sein System durch einen Bürger der Union (Carrey) wissenschaftlich begründet und nirgend rücksichtsloser und consequenter durchgeführt worden ist, als in dem Vaterlande der Freiheit und der modernen liberalen Ideen. Die wirthschaftliche Unfreiheit ist nach dieser Theorie das nothwendige Correlat demokratisch nationaler Entwickelung — Arm in Arm mit der Nation der occidentalen Zukunft marschirt das Volk des jungfräulichen Ostens an der Spitze der Civilisation, die entartete europäische Culturwelt weit hinter sich lassend! — Bei so bewandten Umständen kann es uns nicht Wunder nehmen, daß Grant's Erwählung in der officiellen petersburger Presse wie eine neue Bürgschaft für die verheißungsvolle Zukunft der russischen auswärtigen Politik gefeiert wird. Ob diese russisch-amerikanische entente cordiale, wenn sie dereinst erst in voller Blüthe steht, nicht England wieder in die Arme einer thätigeren Theilnahme an den Geschicken unseres Continents zurückführen wird?

Verantwortliche Redacteure: Gustav Freytag u. Julius Eckardt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

Digitized by Google

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 50.

Ausgegeben am 11. December 1868.

Inhalt:

Die Parteien im italienischen Parlament . . . . . Seite 401
Das neue englische Parlament 409
Spanien und Cuba 418
Das östreichische Rothbuch 420
Aus den Memoiren eines russischen Dekabristen: (Schluß) . . . 425
Die Regierung und die liberale Partei in Baden 437
Vermischte Literatur 440

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.
Literarische Beilage der C. F. Winter'schen Verlagshandlung in Leipzig und Heidelberg.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Die Parteien im italieniſchen Parlament.

Die Einheit jener großen Nationalpartei, welche ſich ſchon vor 1859 gebildet hatte und in den folgenden Jahren die feſte Stütze der Cavour'ſchen Politik war, beſteht längſt nicht mehr. Auch Cavour hätte ſchwerlich auf die Länge ſeine Getreuen zuſammengehalten, und die Scenen, die er noch ſelbſt im Parlament mit Garibaldi hatte, kündigten bereits die erbitterte Fehde an die ſeitdem um ſein Erbe geführt wird. Es macht dem politiſchen Tact der Italiener alle Ehre, daß ſie es wenigſtens damals verſtanden das Vaterland über die Secten zu ſtellen, daß dort, durch bittere Erfahrungen belehrt, alle Parteien, die Monarchiſten und Republicaner, Unitarier und Föderaliſten auf dem Boden eines Compromiſſes ſich einigten, der ſo lange währte, bis die Grundlagen der Wiedergeburt geſichert waren. Es hat allen Anſchein als ob es in Deutſchland ſelbſt in den entſcheidendſten Momenten vergeblich wäre, allen Parteien die Einſicht zuzumuthen, daß es Zeiten gibt, in welchen das Vaterland die oberſte und einzige Rückſicht iſt.

In Mailand iſt dieſer Tage eine Schrift erſchienen, welche mitten in die heiße Arbeit hineinblicken läßt, welche den patriotiſchen Agitatoren damals jene Vereinigung der Parteien koſtete. Auſonio Franchi, der bekannte Freidenker, hat nämlich die Correſpondenz des unlängſt verſtorbenen Laſarina herausgegeben, der erſt Secretär, dann Präſident des Nationalvereins und immer deſſen Seele geweſen iſt, treu in den Fußtapfen Manin's wandelnd, von welchem zuerſt die Anregung zu jenem Compromiß ausging. Es gehörte ganz dieſe unverwüſtliche Arbeitskraft, dieſe ſelbſtloſe Hingebung an die Sache dazu, wie Laſarina ſie beſaß, um den Einwendnngen und Rechthabereien der Parteien zum Trotz mit dem Grundſatz durchzudringen, daß man jeden Weg, wenn er nur zum Ziele führe, einſchlagen müſſe, ob er zu den bisherigen dogmatiſchen Glaubensbekenntniſſen paſſe oder nicht. „Mit dem König von Piemont, wenn er ſeine Krone für Italien einſetzt; wo nicht, nicht.“

Aber dieſelbe Publication iſt zugleich ein ſprechender Beweis, wie weit entfernt Italien heute von jener freiwilligen und freundſchaftlichen Neutrali-

tät der Parteien ist. Es fehlen in der Sammlung gerade solche Briefe, auf welche der Leser vor allen gespannt ist, nämlich die Briefe Lafarina's an den Marchese Giorgio Pallavicino, den ehemaligen Gefangenen des Spielberg, und an Garibaldi, die beide mit ihm zusammen eine Zeitlang den Nationalverein leiteten. Sie fehlen, weil diese beiden fanatischen Parteimänner heute nicht mehr daran erinnert sein wollen, daß sie einst zusammengingen mit der Nationalpartei. Sie haben die Herausgabe der an sie gerichteten Briefe verweigert, sie haben dieselben vielleicht vernichtet; ein wahrhaft klägliches Verfahren, womit sie sicher den Verdiensten Lafarina's Nichts entziehen, der später von wüthendem Hasse der Garibaldianer verfolgt wurde, das vielmehr nur wider Diejenigen spricht, welche von ihren Schmeichlern als die lebendige Verkörperung strenger Heldengröße und edler Bürgertugend sich preisen lassen. So ist das Buch, eine Erinnerung an jene Zeit begeisterten Aufschwungs, zugleich ein Denkmal heutigen Parteihasses geworden.

Nicht das ist zu bedauern, daß die Parteien seitdem sich wieder geschieden haben. Das lag in der Natur der Sache. Sobald die Existenz des Vaterlands gesichert war, trat die Partei wieder in ihr Recht. Aber das muß von den Freunden Italiens beklagt werden, daß das Parteiwesen sofort nicht nur einen leidenschaftlichen, sondern mehr noch, einen kleinlichen und persönlichen Charakter angenommen hat, der einen geordneten Gang der Staatsverwaltung überaus erschwert. Vergebens fragt man nach den großen Principien welche die Parteien scheiden. Es ist ein ununterbrochenes Intriguiren zu dem einen Zweck, das jeweilige Ministerium zu stürzen und selbst seine Stelle einzunehmen. Nie ist es ein bestimmtes Programm, sei es in den äußeren oder in den inneren Fragen, auf deren Grund diese oder jene Partei die Gewalt beansprucht. Es erfordert freilich wenig Witz, Ersparnisse in den Ausgaben zu verlangen oder Reformen in der Verwaltung oder eine energische Politik in der römischen Frage. Wie aber diese schönen Dinge verwirklicht werden sollen, auf diese Frage pflegen die kühnen Reformatoren die Antwort schuldig zu bleiben. Dieser fortwährende innere Krieg, an welchem persönliche Eitelkeit oder Ehrgeiz den größten Antheil haben, hat bisher die Organisationsarbeiten wesentlich gehemmt.

Seit der Verlegung der Hauptstadt nach Florenz ist dazu noch ein Anderes gekommen: ein Wiederaufleben des Municipalgeistes, der für immer in der siegreichen Revolution begraben schien. Nicht als ob in den Provinzen eine Reaction gegen die Form des Einheitsstaats sich bemerklich machte. Von einer Agitation für die Restauration der Depossedirten, von föderalistischen Programmen ist in Italien keine Rede, der Geschmack für solche Liebhabereien ist den Italienern ein für alle Mal vergangen. In Palermo allein regt sich dann und wann der Geist einer trotzigen Autonomie, der an das Mittelalter

erinnert. Aber von ernſter Bedeutung ſind dieſe Regungen ſchon deshalb nicht, weil Palermo damit auf der Inſel ſelbſt völlig iſolirt ſteht.

Die holde Unwiſſenheit deutſcher Doctrinäre beruft ſich zuweilen auch auf Italien, um an ihm die unſeligen Folgen des centraliſirten Einheitsſtaats zu erweiſen. Man beliebt dann das italieniſche Volk als ſeufzend unter dem piemonteſiſchen Corporalſtock, als eingeſchnürt in die ſtraffen Formen des piemonteſiſchen Regiments darzuſtellen; anſtatt daß Piemont aufgegangen ſei in Italien, ſei vielmehr dieſes in Piemont untergegangen. Das genaue Gegentheil iſt die Wahrheit. Die üble Lage Italiens rührt zum großen Theil daher, daß es allzufrüh vom Hegemonieſtaat ſich emancipirt und dieſen damit in die Oppoſition geſtoßen hat. Jeder Vorrang irgend einer Provinz hat längſt aufgehört und alle Provinzen ſind zufrieden mit dieſer Form des Staats, alle mit Ausnahme von Piemont. Seit der Verlegung der Hauptſtadt macht dieſe Provinz der Regierung, und zwar einer jeden, einen unverſöhnlichen Krieg, der bis heute noch Nichts von ſeiner Bitterkeit verloren hat. Keine Appellation an den Patriotismus will fruchten, jeder Verſuch einer Verſtändigung iſt bisher geſcheitert. Nur der ewigen Stadt will Turin ſeinen Rang abtreten. Die loyale Reſidenz der ſavoyiſchen Könige iſt unter die Garibaldianer gegangen. Straßendemonſtrationen, revolutionäre Rufe, ſonſt hier unerhört, haben ſich ſeitdem eingebürgert. Graf Ponza di San Martino, der ſonſt genannt wurde, wenn ein Cabinet von ſtreng conſervativer Färbung gebildet werden ſollte, iſt das Haupt der permanenten Aſſociation, die mit der Linken ſich zum Sturz der Regierung verſchwört und mit ihr in den Ruf Roma Capitale! einſtimmt. Durch dem Abfall dieſer Piemonteſen von der großen conſervativen Partei iſt vollends Confuſion in das Parteiweſen gekommen. Es iſt durch locale, ebenſo wie durch perſönliche Motive vergiftet und die Regierung empfindet es ſchwer, daß die gegneriſchen Parteien durch die Oppoſition derjenigen Provinz verſtärkt ſind, die doch immer noch die ſtärkſte und gewichtigſte iſt und deren Schmollen der Staat in der That nicht auf die Länge ertragen kann. Es iſt klar, wie auf dieſe Weiſe ſchon vom Geſichtspunkt der inneren Politik eine Löſung des römiſchen Problems zu einer Lebensfrage des Staats geworden iſt.

Es iſt ein Zufall, daß die wieder zuſammengetretene Kammer gleich in ihrer zweiten Sitzung ſich mit Rom beſchäftigt hat. Daran trug der heilige Vater ſelbſt die Schuld, deſſen Regierung den Tag der Parlamentseröffnung zu Florenz in ihrer Art durch die Hinrichtung zweier politiſcher Verbrecher feiern zu müſſen glaubte. Aber auch ohne dieſen Zwiſchenfall war die römiſche Frage von der Oppoſition längſt als einer der Hauptangriffspunkte gegen das Miniſterium Menabrea auserſehen. Die Hinrichtung auf der Piazza de' Cerchi war eher ein günſtiger Umſtand für das Miniſterium, ſofern ſie demſelben

Veranlaſſung gab Gefühle auszudrücken, welche mit denen ſämmtlicher Parteien übereinſtimmten. Doch wurde der Beſchluß, der einer Vertrauenserklärung für Menabrea gleichkommt, nur mit kleiner Mehrheit gefaßt. Jedenfalls iſt die ſtürmiſche Sitzung vom 25. nur das Vorſpiel zu einem ernſteren Gange.

Aber es iſt ſchwer zu ſagen was die Linke damit eigentlich erreichen will. Zu der Taktik der extremen Parteien, die in Italien nicht ſchlechter und nicht beſſer ſind als überall, gehört es, dieſes Miniſterium als einen Ausbund von reactionärer Geſinnung, als ein gehorſames, ſclaviſches Werkzeug der franzöſiſchen Politik darzuſtellen. Der Ruf: abasso il ministero! darf überhaupt niemals fehlen, gleichviel wer die wenig beneidenswerthen und doch vielbegehrten Sitze inne hat. In Wirklichkeit iſt das Miniſterium Menabrea, obwohl es eine conſervativere Färbung hat als ſeine Vorgänger, ſo correct verfaſſungsmäßig geweſen als dieſe und es hat ſich auch in der römiſchen Frage, obwohl nach Mentana ins Amt getreten, immer zu denſelben Grundſätzen bekannt, wie Cavour und deſſen ſämmtliche Nachfolger. Auch ſeine Meinung iſt, daß die Einheit Italiens erſt auf dem Capitol vollendet ſein wird, daß aber nur moraliſche Mittel zu dieſem Ziele führen und daß es nur im Einverſtändniß mit Frankreich erlangt werden könne. Erſt unlängſt hielt der Miniſter Broglio vor ſeinen Wählern in Baſſano eine Rede, worin er ganz unumwunden den Beſitz Roms als Ziel der italieniſchen Politik hinſtellte. Der hartnäckige Widerſtand L. Napoleon's und die thatſächliche Abhängigkeit von deſſen Willen wird von dem Miniſterium ohne Zweifel noch viel lebhafter empfunden, als von den Ungeduldigen, die ihm vorwerfen nach der Pfeife der Tuilerien zu tanzen. Die Zeiten der herzlichen Allianz ſind längſt vorbei; was von ihr übrig, iſt wenig mehr als verhaltener Haß und wenn die „Conſorterie" dennoch an dem Bündniß mit Frankreich feſthält, während die Linke offen ihre Sympathien für Preußen ausſpricht, ſo geſchieht jenes nicht, weil man auf der conſervativen Seite Sympathien für Frankreich hätte — dieſe ſind jetzt dünn geſät in Italien — ſondern einfach weil Frankreich thatſächlich die Gewalt in der römiſchen Frage beſitzt, weil ein Bruch Italiens mit Frankreich unter den jetzigen Umſtänden unmöglich iſt und, wenn verſucht, jedenfalls nur dazu dienen würde, die franzöſiſche Herrſchaft die im Mittelpunkt Italiens aufgerichtet iſt zu befeſtigen. Man weiß daß es an Sympathien für die preußiſche Allianz auch den Staatsmännern der Conſorterie nicht fehlt, wenn ihnen auch eine darauf gebaute Politik — ohne Zweifel mit Recht — für jetzt nicht praktiſch erſcheint.

Das Miniſterium ſieht daß irgend ein Schritt in der römiſchen Frage geſchehen muß, aber es muß gleichzeitig die Unmöglichkeit bekennen dieſen Schritt von den Tuilerien zu erzwingen. Das iſt eine ſchwierige, unleidliche

Lage, aber das Miniſterium hat ſie nicht geſchaffen, ſondern vorgefunden. Daß das franzöſiſche Banner heute auf der Engelsburg weht, iſt nicht Menabrea's Schuld, ſondern das gemeinſame Verdienſt Garibaldi's und Rattazzi's. Die Unbeſonnenheit des Einen und die Zweideutigkeit des Anderen, der hinter den Rothhemden in Rom einſchleichen wollte, hat die Franzoſen wieder nach Rom zurückgerufen und damit die römiſche Frage auf den Punkt zurückgeworfen, auf welchem ſie vor dem Septembervertrage ſtand. Man ſollte jetzt wenigſtens darüber belehrt ſein, auf welchem Wege man Rom nicht gewinnt. Nämlich nicht durch einen Freiſchaarenzug und durch den Bruch von Verpflichtungen, infolge deren das große Reſultat des Abzugs der Franzoſen aus Italien bereits erreicht war. Die Linke geht nun mit der Abſicht um von der Regierung zu verlangen, daß ſie den Septembervertrag in Folge der Rückkehr der Franzoſen für erloſchen, für null und nichtig erkläre, damit ihr für irgend welche künftige Eventualitäten die Hände nicht gebunden ſeien. Jetzt nach der Hinrichtung vom 25. Nov. hat ſie noch ein weiteres Motiv für dieſe Taktik. Allein dieſe Taktik läuft doch nur auf ein negatives Reſultat hinaus; es wäre Nichts damit gewonnen, als etwa das Aufhören der Zahlungen für den italieniſchen Antheil an der vormals päpſtlichen Schuld. Ein poſitives Reſultat ſtrebt das Miniſterium an, indem es auf irgend eine Weiſe den Septembervertrag erneuern und damit die Verpflichtung der Franzoſen zum Abzug wiederherſtellen will. In der That iſt nicht wohl abzuſehen wie ein Fortſchritt in der römiſchen Frage möglich iſt, ohne daß zuvor wiederhergeſtellt wird, was bereits erreicht war und durch Garibaldi's Römerzug wieder verſcherzt iſt. Bis jetzt ſind freilich alle Anſtrengungen des Miniſteriums in dieſer Richtung vergeblich geweſen. Weder das Angebot der einfachen Erneuerung des Septembervertrags, noch das Angebot eines modus vivendi hat L. Napoleon angenommen, und ebenſowenig hat durch das Finanzprotokoll vom 31. Juli 1868, die Zahlung der päpſtlichen Schuld betreffend, irgend ein Zugeſtändniß erlangt werden können. Man müßte denn als ſolches das päpſtliche Decret betrachten, durch welches jüngſt eine erhebliche Herabſetzung der Zölle auf Gegenſtände des gewöhnlichen Verkehrs angeordnet worden iſt: eine Maßregel, welche allerdings der Bevölkerung in den benachbarten italieniſchen Gebieten zu ſtatten kommt und den Grenzverkehr erleichtert. Dieſe Unmöglichkeit irgend einen namhaften Erfolg aufzuweiſen, macht die Stellung des Miniſteriums gegenüber der Kammer überaus ſchwierig. Allein dieſe wird zu erwägen haben, ob ein anderes Miniſterium glücklicher geweſen wäre oder mehr Ausſichten hätte die Tuilerien günſtig zu ſtimmen. Daß ein Cabinet der Linken dieſe Ausſichten nicht hat, liegt auf der Hand.

Die römiſche Frage iſt zwar die gewichtigſte, aber doch nur eine von

den vielen, welche sich die Opposition während der Ferien zurechtgelegt hat, um mit ihnen den Sturm auf das Ministerium zu unternehmen. Schon über die außerconstitutionelle Zusammensetzung desselben will die Linke wieder Klage erheben. Auch durch die seit der letzten Session vorgenommenen Veränderungen hat nämlich das Ministerium von Mentana Nichts gethan, den „Fehler seines Ursprungs" zu verbessern. Cantelli für das Innere, Ludovico Pasini (der Bruder von Valentino, dem Diplomaten Manin's) für die öffentlichen Arbeiten sind aus dem Senat, nicht aus der Wahlkammer genommen. Indessen haben sie sich wenigstens nachträglich um Sitze in dieser beworben und dieselben erlangt. Auch sind Viele der Meinung, daß es eher ein Gewinn als ein Schaden für die Regierung sei, wenn sie Mitglieder gewinnt von jungfräulicher Reinheit, unberührt durch die unerquicklichen und verbitterten Parteikämpfe der Kammer.

Eine andere Beschwerde bilden die Bedingungen der Emission der 180 Millionen Obligationen aus dem Verkauf des Tabaksmonopols. Lanza, welcher der Hauptgegner dieses Gesetzes war, ist auch dazu bestimmt es aufs Neue zur Sprache zu bringen. Es ist wahr, jene Bedingungen sind ungünstig genug; die Frage ist nur auch hier, ob ein Ministerium der Linken günstigere Bedingungen erzielt hätte und überhaupt der Geschäftswelt größeres Vertrauen einflößen würde.

Ferner schwebt noch immer der Streit über die Reform der Verwaltung, nachdem seit sieben Jahren über diese Frage eine Reihe von Vorschlägen gemacht, Commissionen niedergesetzt und Berichte erstattet worden sind, die bis jetzt alle schätzbares Material geblieben. Jetzt soll die Sache zur Erledigung kommen, nachdem die Mittelpartei nur unter der Bedingung dieser Reform den Finanzplänen des Ministeriums ihre Zustimmung ertheilt hat. Auf einen von Bargoni (welcher der genannten Partei angehört) vorgelegten Entwurf wird sich ohne Zweifel die Mehrheit der Kammer vereinigen, während die Linke an dem Project des früheren Ministers Cadorna festhält, welches nur unwesentliche Modificationen in der bisherigen aus Piemont herübergenommenen Gesetzgebung einführen will. Bargoni's Entwurf ist radicaler und beseitigt namentlich die Unterpräfecturen, an deren Stelle Regierungsdelegationen für kleinere Bezirke von 40—50,000 Seelen treten und mit welchen zugleich die bisherigen kostspieligen Finanzämter verschmolzen werden sollen.

Endlich hat man noch eine besondere Beschwerde gegen den früheren Minister für die öffentlichen Arbeiten wegen einiger Verträge mit der Südbahngesellschaft. Sie betreffen die Abänderung projectirter Eisenbahnlinien in Unteritalien und haben in einigen Gegenden, die durch diese Abänderung benachtheiligt sind, namentlich in den Städten Campobasso und Rieti sehr

böſes Blut gemacht. Die Sache wurde gleich in der erſten Sitzung vorläufig angeregt.

So ſcheint denn die Miniſter eine ziemlich dornenvolle Seſſion zu erwarten. Ob ſie aus allen Fährlichkeiten ſiegreich hervorgehen werden, iſt eben bei der Zerſplitterung der Parteien ſchwer mit Sicherheit vorauszuſagen, und das iſt es, was den Gang der Staatsmaſchine nicht aus einer gewiſſen Unſicherheit herauskommen läßt. Die Rechte iſt zwar die ſtärkere Seite des Hauſes, aber die Mehrheit iſt nicht bedeutend und vor Allem nicht compact; ein Zufall kann neue Gruppirungen ſchaffen; freilich iſt die Linke noch viel weniger eine geſchloſſene Partei.

Rechnet man, daß bei wichtigeren Fragen etwa 300 und etliche Mitglieder zugegen zu ſein pflegen, ſo wird man auf die vereinigte Linke 130—140 Stimmen rechnen dürfen. Das Gros derſelben bilden die Abgeordneten aus den ſüdlichen Provinzen unter Führung des Sicilianers Crispi, eine Partei von etwa 100 Mitgliedern. Ihr Organ iſt die Riforma. Davon zu unterſcheiden iſt das Häuflein der Mazziniſten, das wenig über ein halbes Dutzend ſtark der Leitung des Dr. Bertani folgt, in der Unità italiana ſein Organ hat und das durch ſeine Talente nicht ſchwerer ins Gewicht fällt als durch ſeine Zahl. Es ſind die Republicaner, während Crispi entſchieden ſein monarchiſches Glaubensbekenntniß abgelegt und ſich dadurch „möglich“ gemacht hat. Eine dritte Gruppe ſind die Permanenten, ihr Haupt der Graf Ponza di San Martino, ihr Hauptredner, ſchwülſtig und phraſenhaft, der turiner Advocat Ferraris. Es ſind die ſchmollenden Piemonteſen, zwanzig an der Zahl, ihr Organ die Turiner Volkszeitung. Eine vierte Gruppe hat ſich unter Lanza und Sella bei der Abſtimmung vom 8. Auguſt über das Tabakgeſetz von der Rechten getrennt und wird in dieſer Seſſion zur Linken zu rechnen ſein. Endlich iſt Rattazzi, den Mentana in die Oppoſition geworfen hat, hier zu nennen, eine Partei für ſich, coquettirend mit allen anderen, unberechenbar, der Nachfolger in spe eines jeden Miniſteriums und je nach den Umſtänden gerade wegen ſeiner Geſchmeidigkeit die bequemſte Auskunft, obwohl er bei Vielen der Linken ſo verhaßt iſt wie bei der Rechten.

Die Rechte wird zum größten Theil von jener rein miniſteriellen Partei gebildet, die bisher die Hauptſtütze aller Miniſterien war und die Trümmer der Cavour'ſchen Mehrheit in ſich begreift. Ihre Führer ſind die Patrioten von 1860, die Männer der Annexionen: Ricaſoli, Peruzzi, Minghetti, Visconti-Venoſta, Spaventa, Piſanelli u. ſ. w. Die Hauptorgane dieſer Partei, der Conſorterie, ſind die Nazione in Florenz und die Perſeveranza in Mailand. Es iſt bemerkenswerth, daß faſt alle venetianiſchen Abgeordneten dieſer Partei beigetreten ſind. Es hätte den Venetianern widerſinnig geſchienen, blos dazu den Anſchluß an den Nationalſtaat zu votiren, um ſich

innerhalb desſelben ſofort auf den bequemen Fauteuils der Oppoſition niederzulaſſen. Oberitalien, Toscana und die Emilia bilden das Hauptcontingent dieſer Gruppe, in welcher noch immer der Schwerpunkt des Parlaments ruht. Sie wird verſtärkt durch die ſogenannte dritte Partei, terzo partito, aus etwa 20 Abgeordneten beſtehend, die, früher der Linken angehörig, ſpäter eine Mittelſtellung einnahmen und jetzt der Rechten beizuzählen ſind. Namentlich am 8. Auguſt waren ſie es, welche den Sieg des Miniſteriums entſchieden. Dieſer Uebergang einer gemäßigten Demokratie zur Partei der Regierung iſt ebenſo bezeichnend als der Uebergang der hochconſervativen Piemonteſen zu den Garibaldianern. Führer dieſer Partei iſt Mordini, das conſervativ gewordene einſtige Haupt der Linken; auch an Bargoni, Correnti u. A. beſitzt ſie hervorragende Talente, wie ſie überhaupt eine Zukunft hat. Ihr Organ iſt der Diritto.

Endlich hat ſich bei der Abſtimmung vom 25. Nov. noch eine kleine clericale Partei gezeigt, als deren Wortführer der Prof. der Philoſophie in Piſa, A. Conti, auftrat. Zu dieſer Gruppe, die 8—9 Mitglieder zählt, gehört auch der bekannte Palermitaner Baron d'Ondes Reggio.

Es mag noch erwähnt ſein, daß ſich auch in Italien lebhaft das Bedürfniß geltend gemacht hat, durch einfachere Formen aus den ſchleppenden, zeitraubenden Gewohnheiten des franzöſiſchen Conſtitutionalismus herauszukommen. Die Geſchäftsordnung war in dieſer Beziehung um ſo mangelhafter, als der Italiener ſich im Uebermaß gern ſprechen hört und bei wichtigeren Fragen wo möglich ein Jeder zum Wort kommen will, wo möglich Jeder auch ſeinen beſonderen Antrag ſtellen zu müſſen glaubt. Es kommt vor, daß ein Redner — ſo Rattazzi nach Mentana — nicht weniger als drei Sitzungen braucht, um ſeine Rede zu vollenden! Solchem Drange iſt nun freilich ſchwer durch die Geſchäftsordnung ein Damm entgegenzuſetzen. Aber immerhin iſt ſchon dies ein Fortſchritt, daß der übermäßige Zeitverluſt von allen Seiten gefühlt und anerkannt worden iſt. Man hat eine Commiſſion aus bedeutenden Mitgliedern aller Parteien niedergeſetzt, die Wochen und Monate auf das Studium der engliſchen Geſchäftsordnung verwandt und nach dieſem Vorbild die eigene zu reformiren verſucht hat. Lanza war Vorſitzender, Maſſari Berichterſtatter dieſer Commiſſion. Nach ihren Vorſchlägen ſollen künftig die Wahlprüfungen nicht mehr vom Plenum des Hauſes vorgenommen werden, weil ſich herausgeſtellt hat, daß gewöhnlich ſchon dieſe Gelegenheit zu politiſchen Reden benützt und die Entſcheidungen mehr nach politiſchen als nach juridiſchen Gründen getroffen wurden. Die Prüfung der Wahlen ſoll deshalb künftig einem Ausſchuß von 12 Mitgliedern zuſtehen. Gerade dieſer Punkt ſtieß aber auf lebhaften Widerſpruch, als in der erſten Sitzung die neue Geſchäftsordnung en bloc angenommen

werden ſollte und man behielt ſich weitere Berathung darüber vor, während man beſchloß es im Uebrigen proviſoriſch mit dem neuen Reglement zu verſuchen. Von den ſonſtigen Aenderungen deſſelben iſt die wichtigſte die Abſchaffung der durch das Loos gewählten 9 Abtheilungen (uffizj), die das erſte Stadium waren, das jeder Geſetzesvorſchlag zu paſſiren hatte. Erſetzt ſollen ſie werden durch die allerdings eigentlich einem ganz anderen Zweck dienende engliſche Einrichtung des Comités des Hauſes. Auch in Italien ſoll künftig die Kammer als Privatcomité berathen können unter einem zeitweiligen Vorſitzenden, der vom Kammerpräſidenten verſchieden iſt; es genügt die Anweſenheit von 30 Mitgliedern. Der Unterſchied iſt nur, daß in England die Berathung im Comité ſtattfindet, wenn ein Geſetz nach ſeinem allgemeinen Inhalt bereits im Plenum genehmigt iſt und nun ſeine Einzelheiten feſtgeſtellt werden ſollen, während in Italien die Berathung des Privatcomités das Erſte iſt. Dann wählt das Comité einen Ausſchuß, der Ausſchuß macht einen Bericht, der Bericht wird gedruckt, binnen 24 Stunden vertheilt und die Berathung im Hauſe iſt dann, genau wie jetzt, erſt die allgemeine, dann die ſpecielle Debatte. Der Unterſchied reducirt ſich alſo im Ganzen darauf, daß an die Stelle der bisherigen 9 durch den Zufall gebildeten Abtheilungen eine einzige Abtheilung tritt, in welcher alle Abgeordneten zugleich ſein können und vorausſichtlich diejenigen ſein werden, die ſich beſonders für den Gegenſtand intereſſiren. Ob damit Zeit gewonnen wird, ſteht noch dahin. Man fürchtet namentlich, daß die Verhandlungen des Comités leicht ungeregelt und turbulent und die Wahl der Ausſchüſſe ſchwieriger ſein werde. Indeſſen mag darüber die Erfahrung entſcheiden. Die bisherige Geſchäftsordnung ſcheint derart geweſen zu ſein, daß jede Aenderung als ſolche erwünſcht iſt.

W. L.

Das neue engliſche Parlament.

Die Artikel d. Bl. über die Parlamentsreform waren geſchrieben, ehe die Wahlen zum neuen Parlament begonnen hatten.

Es wurde darin behauptet 1) daß Disraeli's Rechnung, eine conſervative Majorität zu erhalten indem er die Liberalen überbot und die nichtbeſitzenden Arbeiter der Städte zum Wahlrecht zuließ, falſch ſei und er vielmehr für ſeine Gegner gearbeitet haben werde; 2) daß auch die Radicalen, welche Disraeli geholfen die Bill durchzubringen, in ihren Erwartungen ſich getäuſcht ſehen würden, daß vielmehr das nächſte oder zweite Parlament ſich

in seiner Zusammensetzung nicht sehr von dem bisherigen unterscheiden werde und in demselben weder die philosophischen Radicalen wie Mill und Fawcett noch die Arbeiter viele Vertreter haben würden; 3) daß dies aber Nichts für die Unschädlichkeit der Reform beweise, vielmehr erst abzuwarten sei, wie sich das neue Parlament entwickele und ob nicht die Agitation, wenn trotz der Wahlreform die Zusammensetzung des Unterhauses dieselbe bleibe, sich gegen die conservativen Grundlagen der Gesellschaft wenden werde; 4) daß sehr Viel von dem Verhalten Gladstone's abhängen werde und seine bisherige Taktik gerechte Bedenken einflöße, ob er den richtigen Weg einschlagen werde; 5) daß eine starke conservative Partei für England eine Nothwendigkeit sei, dieselbe aber Disraeli's Führerschaft abschütteln müsse.

Wir meinen richtig prophezeit zu haben. ad 1) hat Disraeli sich verrechnet; die liberale Partei ist aus den Wahlen mit einer Majorität hervorgegangen, wie sie kaum je zuvor dagewesen: bis jetzt gehören ihr 383 Mitglieder an, während die Conservativen nur 269 zählen; die einzelnen Nachwahlen werden dies Resultat nicht ändern. Dies ist der Erfolg der Mittel, die Lord Derby anwandte um seine Minorität in eine Majorität zu verwandeln; die Conservativen gaben ihre Traditionen auf und verbündeten sich mit den Radicalen um 50 Stimmen zu verlieren. So rächt sich die Principienlosigkeit. Wir sagten voraus, daß Disraeli's machiavellistische Politik, sich auf die Massen gegen die intelligente Mittelclasse zu stützen, keinen Erfolg haben werde, weil in England bis jetzt noch die Vorbedingungen des Cäsarismus fehlten, nämlich eine allmächtige Bureaukratie und gleiches Wahlrecht für Stadt und Land. Wäre England in gleich große Wahldistricte getheilt und wäre auch auf dem Lande schon das Haushalterwahlrecht eingeführt, so hätte er vielleicht mehr Erfolg gehabt; bis jetzt aber wird die Mehrheit der Parlamentsmitglieder von den Städten gewählt und die Herabsetzung der Grafschaftsqualification hat nur die Folge gehabt liberalen Elementen Einfluß zu geben: so haben z. B. die Conservativen Essex fast ganz verloren, das ihnen seit Menschengedenken gehörte. In den Städten hatte die Arbeitermajorität durchweg liberal gewählt; die Fiction des conservativen Arbeiters, womit die Regierungspresse so viel Lärm gemacht, die Behauptung, daß wenn man nur tief grabe man auf eine Toryschicht in der Bevölkerung komme, ist zerstört; Lord Shaftesbury, welcher durch lebenslängliche philanthropische Bestrebungen das Volk kennt, hat Recht behalten als er in der Reformdebatte des Oberhauses sagte, es sei Träumerei zu glauben, daß die Handwerker eine geheime Neigung für die Aristokratie hätten. Auch die Halbliberalen, welche Disraeli 1866 halfen Gladstone zu stürzen, sind durch die Wahlen gerichtet: nur zwei von den 21 Adullamiten sind wieder gewählt: Lord Grosvenor, weil seine Familie in Chester durch ihren Reichthum all-

mächtig ist, und Lowe von der londoner Universität, weil er ein radicales Programm für die Erziehungsreform aufgestellt.

Disraeli macht sich selbst keine Illusion mehr über seine Niederlage: seine Wahlrede in Buckinghamshire, eine der wenigen unaffectirten und würdigen Reden die er gehalten, ist mehr die Apologie eines Ministers der sich zurückziehen muß, als das Programm eines Führers der sich zu behaupten gedenkt und die Verleihung des Titels einer „Vicountess of Beaconsfield" an seine Gemahlin, da er selbst die Peerswürde abgelehnt, weil er noch Führer der Opposition im Unterhaus zu bleiben gedenkt, ist offenbar ein Zeichen der Sympathie seiner königlichen Gebieterin um ihn über die Niederlage zu trösten.

ad 2) Die radicale Partei hat nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern eine Niederlage erlitten, welche unsere Voraussicht weit übertroffen; nicht blos ist kein einziger Arbeitercandidat gewählt, nicht blos sind die Führer der Reformliga, Beales, Bradlaugh, E. Jones u. s. w. durchgefallen, sondern mehrere hervorragende Radicale, vor allem Mill, haben ihre Sitze verloren. Daß kein Arbeiter gewählt wurde, ist in mancher Hinsicht zu bedauern; ein befähigter Vertreter des Standes wäre wahrscheinlich instructiver zu hören gewesen, als die Theoretiker, die bisher für die Interessen der Arbeiter oft ziemlich sentimental plaidirt haben. Aber daß die Arbeitercanditaten nirgends durchgedrungen, daß auch in Chelsea Odger sich vor einem Baronet zurückziehen mußte, bleibt doch sehr charakteristisch für das große Publicum, welches offenbar noch dem Vorurtheil huldigt, daß ein unabhängiger Gentleman besser zum Vertreter geeignet sei, als ein Mann, der auf seiner Hände Arbeit angewiesen ist. Am merkwürdigsten ist, daß in den schottischen Städten, welche durchweg liberal gewählt haben und durchschnittlich wohl die gebildetsten Arbeiter im Königreich haben, nicht einmal ein Candidat des Standes aufgestellt ist.

Im Gegentheil erklärte das bedeutendste schottische Blatt, der Scotsman: „Es ist ein principieller Trugschluß anzunehmen, daß, um die politischen Ansichten dieses Landes zu repräsentiren, nothwendig sei, Vertreter einer besonderen Classe zu wählen und es ist ein thatsächlicher Irrthum anzunehmen, daß es thunlich sei, Personen, welche für ihr tägliches Brod von ihrer täglichen Arbeit abhängen, zu Gesetzgebern zu wählen." Ob dies die herrschende Stimmung bleiben wird, wenn andere Fragen die Arbeitermassen bewegen werden, ist allerdings abzuwarten, augenblicklich herrscht sie unleugbar. Noch mehr für die Gesundheit des öffentlichen Urtheils beweist es, daß keiner der Führer der Liga gewählt ist; die Arbeiter mögen den richtigen Instinct gehabt haben, daß solche Demagogen gut genug als Agitatoren, aber nicht in der verantwortlichen Stellung von Volksvertretern zu

brauchen seien. Auch die Niederlage Mill's, eines Mannes von ganz anderem Schlage, können wir nicht bedauern, weil er im Parlament durchaus nicht an seinem Platze war. Es hat uns trotz alles seines Talentes, trotzdem daß er sich in unerwarteter Weise als schlagfertiger Redner zeigte, immer einen trüben Eindruck gemacht, ihn im Parlament zu beobachten. Mit Uhrwerksregelmäßigkeit erschien er auf seinem Platze zugleich mit dem Sprecher und wich nicht bis die Sitzung zu Ende war; aber er blieb ohne jeden Einfluß, das Haus wußte die Feinheit seiner Argumentation nicht zu würdigen, sondern verstand nur die Sonderbarkeit der Schlüsse, zu denen er kam. Seine Vertheidigung des weiblichen Stimmrechts, das wilde Project der Landvertheilung in Irland und persönliche Tactlosigkeiten bei den Wahlen, wie die Empfehlung des seichten Atheisten Bradlaugh, haben sein politisches Ansehen nicht gefördert und so war es nicht zu verwundern, daß er von der Wählerschaft von Westminster, die ihn 1865 als unbekannte Größe gewählt, gegen einen conservativen Zeitungsagenten unterlag. Das Land wird dabei Nichts verlieren und Mill selbst entschieden gewinnen, indem er sich seinen Studien wieder ausschließlich widmen kann. Er ist unstreitig einer der bedeutendsten Denker und Schriftsteller unserer Zeit, obwohl sein Scharfsinn ihn oft auf Wege führt, welche dem praktischen einfachen Verstande als Abwege erscheinen; jedenfalls wird ein kleines neues Buch von ihm mehr werth sein, als seine ganze parlamentarische Thätigkeit. — Das Resultat der Wahlen ist also im Ganzen genommen, daß der Charakter des neuen Parlaments derselbe sein wird, wie der des letzten; höchstens wird es etwas ernsthafter hergehen, da gerade die kaustischen Sprecher Osborne und Roebuck und die wider Willen komischen Herren Darby Griffith und Serjeant Gasedee fehlen, so daß der Witz künftig durch Lowe und Disraeli ziemlich allein vertreten sein wird. Von bedeutenderen Männern sind nur Milner Gibson, Roebuck, Lushington und Bruce durchgefallen, sonst sind die alten Mitglieder wiedergewählt; die neuen Wählerschaften haben nicht, wie die Radicalen prophezeiten, verlangt, Leute eines ganz neuen Schlages als Vertreter zu haben.

ad 3. Dagegen bezweifelten wir ob dies so bleiben werde und thun dies noch. Ob wir irren, kann freilich erst die Zukunft lehren; indeß fehlen Argumente für unsere Ansicht nicht. Die Partei der Radicalen, welche das treibende Element in der Reformfrage war und die größten Hoffnungen auf das Haushalterwahlrecht gesetzt, kommt getäuscht, gedemüthigt und erbittert aus der Wahlschlacht. Kein Arbeiter gewählt, Mill verstoßen, die Führer der Liga ignorirt, dafür Tories in Liverpool, Manchester, Blackburn, Ashton, Salford und Westminster gewählt, das kann ihnen nicht passen. Vielleicht wäre es im allgemeinen Interesse nicht so übel gewesen, wenn einige der Schreier gewählt wären; ihr Volksrednerruhm würde im Parlament rasch

zu der verdienten Unbedeutendheit zusammengeschrumpft sein: die Herren v. Schweitzer, Bebel und Liebknecht thun im Reichstag weit weniger Schaden, als wenn sie draußen geblieben wären und nun über die Ausschließung ihrer Partei declamiren könnten. Wie die Sache jetzt steht, darf man nicht glauben, daß die Radicalen sich bei dem Resultat zufrieden geben werden. Sie haben zu ihrer Enttäuschung gesehen, daß sie bei einem allgemeinen Appell an den Liberalismus des Landes niemals das Parlament bekommen werden, nach welchem sie streben; sie werden daher darauf bedacht sein, solche Fragen auf die Tagesordnung zu bringen, welche die arbeitende Bevölkerung zu einer Partei gegen die Mittelclassen vereinigen könnten. Zunächst wird wohl bei der Correctur der Reformbill das Ballot, die geheime Abstimmung, zur Sprache kommen. Unserer Ansicht nach ist es eine Täuschung, davon Hilfe gegen Bestechung und Einschüchterung zu erwarten, welche sich auf beiden Seiten trotz der neuen Bill gegen beides bei den letzten Wahlen so breit gemacht haben; es wird nur zu mehr Heuchelei und zur Unterdrückung der freien Discussion führen. Indeß, wie auch die Entscheidung darüber ausfallen mag, für politische Machtfragen herrscht in den unteren Schichten der Gesellschaft geringes Interesse, man kann sie in ihrer Tiefe nur aufrühren durch religiöse, nationale oder ökonomische Fragen. Kirchliche Fragen von Belang können die Radicalen augenblicklich nicht anbringen; was die irische Kirche betrifft, so hat sie unter den arbeitenden Classen wahrscheinlich ebensoviel Anhänger als Gegner, das no popery findet im ungebildetsten Theile des Volkes noch am meisten Anklang. Auch die einzige nationale Frage die sie angeregt: „Gerechtigkeit für Irland", hat keine Sympathie unter den Arbeitern, welche vielmehr die Irländer hassen, weil dieselben geringeren Lohn nehmen und ihnen den Markt verderben. Aber um so empfänglicher werden sie für ökonomische Fragen sein und daß die Radicalen damit umgehen, diese aufs Tapet zu bringen, läßt sich schon aus den neuesten Reden von Bright schließen; a free breakfast table ist der Ruf den er erhebt: die Zölle auf Thee, Kaffee und Zucker sollen abgeschafft werden. Nationalökonomisch kann es nichts Verkehrteres geben, als diese Loosung; die englische Steuergesetzgebung ist nach den großen Reformen Peel's und Gladstone's musterhaft, alle nothwendigen Bedürfnisse, wie Fleisch, Getreide, Milch, Kleidungsstücke u. s. w. sind vollkommen frei; England kennt weder Schlacht- noch Mahlsteuer, noch Belastung der Rohstoffe. Das Budget wird hauptsächlich aufgebracht einmal durch die Zölle auf Thee, Kaffee, Zucker, Tabak, Wein und einige weniger bedeutende Artikel, sodann durch die Bier- und Spirituosensteuer (excise), zusammen 43 Mill. Pfd. Sterl., die einzige große directe Staatssteuer; die income tax gibt daneben nur 6 Mill. Die indirecten Steuern sind keineswegs drückend; sie belasten Artikel, welche stets consumirt

werden, die aber nicht zu den ersten Bedürfnissen gehören; es hat sich bei denselben demgemäß eine fortwährende Steigerung der Erträge gezeigt. Wenn Bright nun die Abschaffung der Zölle auf Thee, Kaffee und Zucker verlangt, so streicht er damit, da er nicht eine Verdreifachung der Einkommensteuer wollen kann, einfach etwa 12 Mill. aus den Staatseinnahmen, folglich müßten die Ausgaben um ebenso viel verringert werden; und da die ca. 28. Mill. Zinsen für die Staatsschuld doch gezahlt werden sollen, müßte das Kriegs- und Marinebudget von 26 Mill. auf 13 herabgesetzt werden. Das wäre allerdings nach dem Herzen des Friedensmannes, der den Krimkrieg für Unsinn erklärte; setzte er das durch, so könnten ihm Rußland und Frankreich Denkmale errichten, aber England müßte die Standbilder Wellington's und Nelson's als altes Metall verkaufen.

Vorläufig wird noch zu viel gesunder Sinn im Volke sein, als daß solche Projecte Fuß fassen könnten; aber man muß darauf vorbereitet sein, daß die radicale Partei Fragen aufs Tapet bringt, welche die jetzige Majorität der Wähler, die Arbeiter, bei einer Neuwahl zu einer compacten Partei vereinigt, und erst dann würde man sehen, was Haushalterwahlrecht in England bedeutet. —

ad 4) Der Gang der Dinge hängt von Gladstone ab, dessen Politik zweifelhaft ist. Gladstone wird binnen Kurzem Premier sein; die Nachricht, daß die Königin versuchen werde ein Cabinet durch Lord Granville zu bilden, ist nicht ernsthaft zu nehmen, da, selbst wenn Disraeli mit einem so schlimmen Rathe bei der Königin durchdringen sollte, Granville der Erste sein würde seiner Gebieterin zu sagen, daß er eine so unmögliche Aufgabe ablehnen müsse. Zunächst wird es dann auf die Zusammensetzung des Gladstone'schen Ministeriums ankommen. Kann der Eintritt Brights vermieden werden, so wäre das ein großer Gewinn für die liberale Partei. Bright ist zwar als Individuum vielleicht der mächtigste Mann im Parlament; als Minister würde er auflösend auf die Partei wirken. Allen alten Whigs ist er im Herzen antipathisch; sie fürchten mit Recht seine weitgehenden Projecte, die namentlich in Bezug auf Irland und auf Steuern kürzlich wieder stark hervorgetreten sind, und falls er im Cabinet mit solchen Ideen durchdränge, würden Viele eine starke Neigung spüren, zu den Tories überzugehen; es könnte sich demzufolge eine ganz neue Gruppirung bilden welche mehr den continentalen Parteien, Centrum, Rechte und Linke entspräche. In ähnlicher Weise ungünstig würde Bright's Eintritt auf die auswärtige Politik wirken; Lord Stanley's neuliche unglückliche Aeußerungen über die Türkei werden nur den Erfolg haben, Die zu ermuthigen, welche auf ihren Zerfall speculiren, aber die Freude in St. Petersburg und Athen würde vollkommen sein, wenn die personificirte Nichtintervention in London ans Ruder käme. Auch auf

die Verhandlungen mit Amerika würde Bright's Eintritt nicht im englischen Interesse wirken; es ist jedenfalls auffällig, daß gerade gleichzeitig mit dem Sieg der Liberalen aus Washington telegraphirt wird, Seward verlange noch gewisse Abänderungen an dem von Lord Stanley und Johnson unterzeichneten Protokollen. Sollte sich der schlaue Staatssecretär nicht vielleicht schmeicheln, daß er unter dem Einfluß von Bright's Enthusiasmus für Amerika noch günstigere Bedingungen von dem neuen Cabinet erhalten könnte? All' diese Klippen würden vermieden, wenn Bright auf ein Portefeuille verzichtete; ihm selbst wird wenig daran liegen und die Partei ist seiner mächtigen Unterstützung sicher auch wenn er unabhängig bleibt.

Ist diese Frage beseitigt, so wird im Uebrigen die Constituirung des Ministeriums keine großen Schwierigkeiten bieten: Cardwell, Lowe, Göschen werden im Unterhaus, der Herzog von Argyll, Lord Kimberley und Granville im Oberhaus die Hauptposten nehmen*). Damit sind aber nur die Personalfragen erledigt; dann wird man den sachlichen näher treten müssen. Für zwei Punkte hat sich Gladstone engagirt: wohlfeilere Verwaltung und Abschaffung der irischen Kirche. Das erstere wird ihm bei seiner Kenntniß der Finanzen keine ernsten Schwierigkeiten machen: der abyssinische Krieg ist aus, die Hinterlader bezahlt, im Uebrigen wird man Flotten- und Armeebudget etwas reduciren; daneben heben sich die Einkünfte wieder, sodaß es leicht sein wird 2—3 Mill. zu sparen. Aber um so schwieriger liegt die irische Kirchenfrage. Gladstone hat sich bis jetzt rein in der Negation gehalten: die Staatskirche soll aufhören; aber er hat noch nie gesagt, was mit ihren verfügbar werdenden Einkünften geschehen soll, er hat nur bemerkt, hierüber könne er erst als Minister Vorschläge machen. Den Grund hiervon hat er nicht angegeben, wir vermögen ihn auch nicht ausfindig zu machen und muthmaßen stark, daß Gladstone nur schweigt, weil diese Frage so ungemein schwer zu lösen ist und jeder positive Vorschlag die Gefahr mit sich bringt seine Partei zu spalten die bisher seine Negation gutgeheißen hat. In der That lassen sich gegen jede Lösung ernste Bedenken geltend machen. Will man die Einkünfte nach Verhältniß unter die drei Confessionen Irlands, Katholiken, Anglicaner und Presbyterianer vertheilen, so erheben sich dagegen sowohl die Protestanten, welche den Katholiken nicht den Löwentheil gönnen, als die katholische Geistlichkeit, die Nichts vom Staate nehmen will. Soll das Geld für Schulen, Hospitäler ꝛc. verwendet werden, so wirft man dagegen ein, daß Fonds, die religiösen Zwecken gewidmet waren, nicht für weltliche Anstalten verwendet werden sollten, daß es auch nicht gerecht sei, Localeinkünfte, wie die der irischen Kirche es sind, allgemeinen Anstalten zuzuwenden. Die ganze

*) Die Richtigkeit der Annahme des Herrn Corresp. ist inzwischen durch die vom Observer mitgetheilte Ministerliste (6. Dec.) bestätigt worden. D. Red.

anglicaniſche Partei würde in ſolcher „Confiscation“ ein gefährliches Präcedens für England ſehen. Vielleicht wäre es das Billigſte, die disponibel werdenden Fonds zur allmäligen Verminderung der Armenſteuer zu benutzen; nur muß man dabei nicht überſehen, daß, da dieſelbe zur Hälfte auf den Grundeigenthümern ruht und $^9/_{10}$ des Bodens in Händen von Proteſtanten iſt, der Vortheil einer ſolchen Maßregel allein dieſen zukäme; denn wenn auch die andere Hälfte der Steuer der Pächter zahlt, ſo wird doch der Eigenthümer von ihm ſofort um ſo viel höheren Pacht fordern, als er an Abgaben entlaſtet wird. Ob daher dieſe Maßregel die Katholiken befriedigen würde, iſt ſehr zweifelhaft. Auch die Frage der Conſtituirung der iriſchen Kirche als freie religiöſe Organiſation iſt keineswegs einfach. Gladſtone ſagt, ſie ſolle ſich ſelbſt conſtituiren, wie ſie es für gut finde; aber damit hörte ſie auf ein Theil der Kirche von England zu ſein, denn das Weſen derſelben beruht auf ihrer Verbindung mit dem Staat. Nicht aus einer religiöſen Bewegung iſt ſie hervorgegangen wie die proteſtantiſchen Kirchen des Feſtlandes: das Parlament hat ſie gemacht, die Jurisdiction des Papſtes abgeſchafft, die 39 Artikel eingeführt, den König zum Oberherrn der Kirche geſetzt. Katholiken und Diſſenters ſind jetzt von dem früheren Drucke befreit, aber das engliſche Staatsrecht kennt noch heute als Kirche nur die anglicaniſche, die nach ihm einfach die Nation vom religiöſen Geſichtspunkt bedeutet.

Alles das ſind ſchwere, verwickelte Fragen, die ſich nicht mit einem Schlage löſen laſſen; eine Inſtitution abſchaffen iſt leicht, aber ſagen, was an ihre Stelle treten ſoll, oft ſehr ſchwer. Und dabei hat Gladſtone es mit einer Oppoſition zu thun, die zwar in der Minorität, aber wohl disciplinirt und entſchloſſen iſt den Boden Schritt für Schritt zu vertheidigen, auch möglicherweiſe wie 1866 Unterſtützung im Lager der Miniſteriellen finden könnte. Es kommt hierzu, daß Disraeli als Führer der Oppoſition in dieſer Frage eine ſehr viel günſtigere Stellung hat als bisher auf der Miniſterbank. Er hat bisher nur erklärt: keine Zerſtörung der iriſchen Kirche; er kann jedes Compromiß annehmen und ſelbſt vorſchlagen, welches die vollſtändige Zerſtörung vermeidet, mag die Reform auch ſehr weit gehen, und zu einem ſolchen Compromiß werden ſehr viele Liberale im Herzen geneigt ſein. Gladſtone aber kann darauf nicht eingehen, denn er hat ſich für Abſchaffung der Kirche gebunden. Nun erwäge man noch ſeine Reizbarkeit, ſeine Unfähigkeit die Menſchen zu behandeln, ſeinen Hochmuth der durch den großen Sieg nicht vermindert ſein wird und man wird wenigſtens nicht die Möglichkeit in Abrede ſtellen können, daß er ſeine jetzige Majorität von 110 Stimmen ebenſo ruiniren könnte wie 1866 die von 60. Große Majoritäten ſind außerdem gewöhnlich ſchlecht disciplinirt und verlangen, daß die Führer ſehr tolerant für offene Fragen ſeien. Jedenfalls muß man abwarten wie die Sachen ſich

entwickeln, und wir können nur wiederholen, daß es von Gladstone's Taktik allein abhängen wird, wie lange er sich hält.

ad 5) daß eine starke neu organisirte conservative Partei für England Bedürfniß sei.

Daß die Elemente für eine solche nicht fehlen zeigen die Wahlen. Eine Partei welche nicht wie die der Liberalen aus verschiedenen Fractionen besteht, sondern über eine compacte Masse von 258 Stimmen gebietet, ist auch als Minorität sehr mächtig im Parlament und vielleicht noch mehr im Lande, wenn man in Anschlag bringt, daß auch da wo sie geschlagen ward oft der Kampf ein sehr heißer war und bis zum letzten Augenblicke unentschieden blieb. In Westminster, das immer radical gewählt, ward Mill geschlagen, in Liverpool nur Tories gewählt, in Manchester und der City je einer durchgesetzt; nimmt man den Durchschnitt der Stimmenzahl, den die Gewählten dieser drei größten Städte gehabt, so kommen auf jeden conservativen Candidaten 13,605, auf jedem Liberalen 10,335 Stimmen. Das bedeutendste Resultat aber ist, daß die Tories in der Fabrikgrafschaft par excellence, in Lancashire, alle vier Landdistricte und von 24 Städten, welche als die Burgen des Radicalismus galten, 14 gewonnen haben; Gladstone ist am Vorabend seiner Premierschaft in seinem alten District, den er inne hatte, seit Oxford ihn verworfen, durchgefallen und kommt nur durch den für ihn in Reserve gehaltenen Sitz von Greenwich ins Parlament; seine rednerischen Gastrollen haben ihm also wenig genützt. Der Grund dieses Umschlages ist wahrscheinlich in dem Haß der englischen Arbeiter gegen die Irländer zu suchen, welche sie nicht begünstigt sehen wollen, aber das Resultat bleibt darum nicht minder merkwürdig. Jedenfalls ist die conservative Partei trotzdem, daß sie sich durch Disraeli zu einer selbstmörderischen Politik hat verleiten lassen, deren Folgen sie jetzt trägt, noch stark genug Gladstone das Leben sauer zu machen und ihn zu controliren. Auf den Wechsel in ihrer Führerschaft, den wir als nothwendig für ihr Ansehen erklärten, wagen wir freilich jetzt noch nicht zu hoffen, weil im Unterhause kein Mann ist Disraeli zu ersetzen, nachdem Lord Cranborne ins Oberhaus hat übersiedeln müssen. Diese Frage wird auch erst brennend werden, wenn es sich um ein neues conservatives Cabinet handelt. Ein entschiedener Tory, Sir Rainald Knightley, der bisher Disraeli gefolgt ist, hat übrigens offen in seiner Wahlrede gesagt, er hoffe, daß Disraeli bald in die heitere Temperatur des Oberhauses versetzt werde, da er allein das Hinderniß einer Verbindung zwischen den Conservativen und dem conservativeren Theile der Liberalen sei. Wir Deutsche haben inzwischen vorläufig von dem Ausgang des Kampfes wenig zu hoffen oder zu fürchten, können aber sicherlich aus dieser neuen Entwickelung des parlamentarischen Lebens Viel lernen.

Spanien und Cuba.

Von der Havanna kamen uns in neueſter Zeit ziemlich unklare Nachrichten über einen im Inneren der Inſel ausgebrochenen Aufſtand. So viel iſt klar, daß derſelbe nicht von den Negern, ſondern von Creolen ausgegangen iſt, die Nichts von Freilaſſung der Sclaven wiſſen wollen: es iſt verwildertes Raubgeſindel, welches nach ſeiner Niederlage durch die Truppen am 15. Oct. ſich in einzelne Banden auflöſte und die Plantagen zu brandſchatzen ſuchte. Man wird mit denſelben ſchon fertig werden, zumal die Creolen ſich überhaupt in Cuba in einer verſchwindenden Minderzahl befinden. Mit der ſpaniſchen Revolution hat die Sache Nichts zu thun, da der Aufſtand ſchon lange vor dem Eintreffen der Nachrichten von den cadixer Ereigniſſen datirt. Dagegen iſt unleugbar, daß die Revolution in Spanien, welches auch ihr Ausgang ſein mag, einen tiefgreifenden Einfluß auf die Sclaven Cubas haben muß; denn ſei es, daß die Republik oder demokratiſche Monarchie das Feld behauptet, ſei es daß Prim ſich zum Dictator aufſchwingt, immer wird die Staatsgewalt auf die Beſſerung der ſocialen Zuſtände ausgehen müſſen, und die Ausbeutung der Colonien war einer der wundeſten Punkte des bourboniſchen Regiments. Die Aufhebung der Sclaverei in Cuba, die durch ein Decret der proviſoriſchen Regierung bereits angebahnt iſt, wird demnach nur eine Frage der Zeit ſein können. Aber ſo ſehr wir uns freuen müſſen, daß es dann außer Braſilien keinen civiliſirten Staat mehr geben wird, in welchem die Sclaverei beſteht, ſo ſehr müſſen wir doch im Intereſſe Cubas wie der Sclaven ſelbſt wünſchen, daß man bei der Emancipation mit Vorſicht zu Wege gehe. Was daraus wird, wenn man in mißverſtandenem philanthropiſchem Intereſſe die Sclaven ohne Weiteres vom Zuſtand der Knechtſchaft in die volle Freiheit übergehen läßt, zeigen uns Hayti, die engliſch-weſtindiſchen Colonien und die Südſtaaten der Union; was dagegen durch vorſichtige Politik aus einer Sclavenbevölkerung zu machen iſt, ſieht man an den franzöſiſchen Colonien Martinique und Gouadeloupe.

Hayti iſt vollkommen unabhängig die Neger ſind die herrſchende Raçe; aber dieſem geſegneten Lande iſt unter ihrem Regiment eine Reihe der blutigſten Revolutionen und abſolute Verkommenheit geworden, wovon jeder Reiſende, der die Inſel beſucht, zu erzählen weiß. Nicht viel beſſer iſt es mit Jamaica, wo die Sclaven durch die große Emancipationsmaßregel Englands zu Eigenthümern des von ihnen bebauten Landes gemacht und ihre Herren durch Geld entſchädigt wurden. Die Neger, welche damals zu den Weißen im Verhältniß von 16:1 ſtanden, haben ſich ſo vermehrt, daß ſie jetzt wie 34:1 ſtehen;

dennoch ist die ehemals blühende Insel der traurigsten Zerrüttung anheimgefallen: der Boden ist durch Raubbau erschöpft, die Ausfuhr spärlich, die Bevölkerung lebt in Schmutz, Unzucht, Unwissenheit, Armuth und Trunksucht. Aehnlich in den anderen englischen Colonien, mit Ausnahme von Barbados, welches eben schon zur Zeit der Emancipation so bevölkert war, daß kein Boden mehr zum Anbau zu vergeben war, wo die Schwarzen also wenigstens soviel um Taglohn arbeiten müssen, daß sie leidlich leben können. Der Drang der Umstände hat in den Vereinigten Staaten zu einer gleichen hastigen Emancipation ohne Uebergang geführt; aber die schlimmen Folgen zeigen sich schon hinreichend. Man hat den Sclaven nicht blos alle bürgerlichen, sondern auch politische Rechte gegeben; die Folge ist, daß die Cultur des Südens sinkt und der Neger der Spielball der kämpfenden Parteien geworden ist: so lange ihn die Militärgouverneure gegen seine früheren Herren schützen, stimmt er für die Republicaner, wo nicht, für die Demokraten. Weit weiser verfuhr die französische Republik 1848 bei Abschaffung der Sclaverei; sie hatte die warnenden Beispiele von Hayti und Jamaica vor sich und sah ein, daß es thöricht sei, in solchen Fragen nach idealen Gesichtspunkten zu verfahren. Die Erfahrung zeigt, daß der Neger eine natürliche Abneigung gegen andauernde Arbeit hat, wie sie allein ein Land zum Gedeihen bringen kann: er thut eben nicht mehr als nöthig ist, sich über Wasser zu halten, und auch das nicht immer, sondern er versinkt bei an sich großer Gutmüthigkeit aus Faulheit leicht in Laster. Demzufolge erklärte man die Sclaven in Martinique und Gouadeloupe zwar für frei, aber nur unter der Bedingung des Nachweises, daß sie sich ernähren könnten; man behandelte sie wie Kinder, die gegen die Folgen der eignen Thorheit geschützt werden müssen, und die beiden Colonien sind blühend geblieben.

Ein ähnliches Verfahren ist auch für Cuba nöthig; es liegt dort der günstige Umstand vor, daß die weiße Bevölkerung zahlreicher ist als die Sclaven: 311,000 gegen 287,000. Es ist also zunächst weder an einen wirklichen Aufstand der Neger in Masse zu denken, noch daran, daß sie die Oberhand bei der Emancipation bekommen könnten wie in Jamaica: sie sind den Spaniern auch nicht blos der Intelligenz nach sehr untergeordnet, sondern betrachten dieselben mit höchster Ehrerbietung. Auch haben die Pflanzer ihre Sclaven im Ganzen gut und mit einer gewissen familiären Freundlichkeit behandelt, die den Angelsachsen der Vereinigten Staaten ganz fremd war; die Sclaven haben sogar gegen ihre Herren einen öffentlichen Vertreter ihrer Interessen, der gegen etwaige Grausamkeiten Einsprache thun kann: „el syndico qui tiene los esclavos“. Der Neger ist außerdem wie alle niedrigstehenden Völker durchaus zur Nachahmung geneigt: er versucht das zu werden was die höhern Classen sind, die ihm umgeben, und der cubanische Pflanzer gehört zu

den beſten ſeiner privilegirten Raçe. Der Sclave wird auch nicht, wie früher die Sclaven der Union, durch fanatiſche Prediger aufgeſtachelt, ſondern betrachtet die Spanier noch als höhere Weſen und es fällt ihm ſelten ein ſich gegen ihre Autorität aufzulehnen. Alle Elemente ſind alſo gegeben zu einer allmäligen Emancipation, welche die Hilfsquellen des reichen Landes wahrſcheinlich reich entwickeln würde. Auch iſt die Gefahr einer Annexion durch die Vereinigten Staaten ſehr vermindert: zur Zeit der oſtender Conferenz von 1854 waren die Sclavenhalter in Waſhington am Ruder, welche nur ſtrebten das Gewicht des Südens durch Erwerbung neuer Sclavenſtaaten zu ſtärken; die jetzigen Machthaber aber finden ſich ſchon ſo hinreichend durch die Sclavenfrage beſchäftigt, daß ſie ſich ſchwerlich darnach ſehnen werden die Emancipation auch in Cuba durchzuführen. Wir wollen deshalb hoffen, daß die Frage der Emancipation mit Entſchiedenheit, aber auch mit Beſonnenheit in Madrid in die Hand genommen werden möge.

Das öſtreichiſche Rothbuch.

Seitdem die meiſten Regierungen diplomatiſche Actenſtücke in regelmäßigen Sammlungen veröffentlichen, ſind die Blau-, Gelb-, Grün- u. ſ. w. Bücher erheblich im Preiſe geſunken. Niemand wird ſo naiv ſein zu glauben, daß die auswärtigen Angelegenheiten jetzt plötzlich vor aller Welt Augen verhandelt würden; muß man die officiellen Depeſchen drucken, ſo werden die vertraulichen und die Privatbriefe in denen die eigentlichen Inſtructionen und Auffaſſungen gegeben ſind deſto zahlreicher ſein. Der frühere Cabinetschef Guizot's Mr. Génie, von Manchen le mauvais génie du ministère genannt, ſagte dem Schreiber dieſes einmal von den Blaubüchern der Julimonarchie: Monsieur, vous n'avez pas d'idée quelle peine cela nous faisait de composer ces livres! und beſchrieb dann, wie ſchwierig es ſei, Depeſchen nur ſtückweiſe zu veröffentlichen und doch ſo zuzuſtutzen, daß die Oppoſition nicht merken könnte, daß Etwas fehle. Indeß wenn man nicht glauben kann in dieſen officiellen Kundgebungen wirklich hinter die Couliſſen zu ſehen, gewähren ſie doch immer merkwürdige Einblicke; ſie zeigen vor Allem was die betreffende Regierung gewußt und geglaubt wiſſen will und laſſen demzufolge auf die Ausgangs- und Zielpunkte der Politik der Mächte ſchließen. Von dieſem Geſichtspunkt iſt auch das gegenwärtige öſtreichiſche Rothbuch intereſſant, namentlich weil offenbar zwiſchen den Zeilen zu leſen iſt, daß

wo ſo gravirende Documente, wie z. B. S. 80 über die rumäniſchen Waffentransporte, publicirt werden, offenbar die Regierung wohl noch bedeutſamere Beweiſe in Händen haben wird. Im Ganzen geben dieſe Actenſtücke wie auch die vorausgeſchickte Einleitung einen neuen Beweis für die Thatſache, welche jeder Denkende ſich klar gemacht hat, daß eine unmittelbare Gefährdung des Friedens nicht vorliegt, daß dagegen die Situation höchſt precär iſt und ein Vertrauen in die Dauer des Friedens nicht aufkommen laſſen kann. — Man kann die beſprochenen Angelegenheiten füglich unter drei Rubriken bringen: deutſche, orientaliſche und Verhandlungen mit der römiſchen Curie.

1) Was die deutſchen Angelegenheiten betrifft, ſo wäre es vergeblich ſich darüber zu täuſchen, daß trotz der unleugbar verſöhnlichen Sprache in dieſen Actenſtücken aufs Neue der tiefe Gegenſatz conſtatirt iſt, in welchem die öſtreichiſche Politik zu der preußiſchen ſteht.

Oeſtreich hält an dem prager Frieden feſt, in dem Sinne, daß jede Ueberſchreitung des Maines von Preußens Seite eine Verletzung des Vertrages ſein würde: wir aber fühlen daß wir auf irgend welche Länge nicht am Main ſtehen bleiben können, wir fühlen das jetzige Stehenbleiben als einen drückenden Stillſtand in der ganzen deutſchen Frage. Damit iſt alles geſagt. Welchen Werth die öſtreichiſche Regierung darauf legt, die öffentliche Meinung in Süddeutſchland für ſich zu gewinnen, zeigen die beiden Berichte des Grafen Trauttmannsdorff aus München und die Antwort Beuſt's darauf. Auch Norddeutſchland wird nicht außer Augen gelaſſen; bei den Hanſeſtädten iſt noch dieſer Tage nach zweijähriger Unterbrechung der diplomatiſchen Vertretung ein Geſandter neu beglaubigt, obwohl man nicht abſieht, was derſelbe noch neben einem Generalconſul zu thun haben kann, und der Reichskanzler ſtimmte in den Delegationen ausdrücklich den Ausführungen Kuranda's zu, daß es eine Schwächung des prager Friedens ſein würde, die Geſandtſchaften bei den kleinen deutſchen Staaten einzuziehen. Bei dem precären Stande, in welchem ſich dieſe Verhältniſſe befinden, möge man ſich nicht dazu verleiten laſſen, einige tauſend Gulden zu ſparen und damit eine Politik zu ſchwächen, die zu erhalten man alle Urſache habe.

Neben der Anerkennung dieſes Gegenſatzes finden wir aber keinerlei Anlaß uns über die Haltung zu beſchweren, welche Oeſtreich in der nordſchleswigſchen Frage angenommen und ſehen keinen Grund über die einzige publicirte Depeſche einen Lärm zu machen, wie es die Kreuzzeitung zu thun für gut gefunden hat. In dieſer Depeſche beſtätigt Graf Beuſt indirect die Bemerkung des Grafen Bismarck im preußiſchen Landtag, daß die Einſchaltung des betreffenden Artikels nicht von Oeſtreich d. h. alſo von Frankreich ausgegangen ſei und direct die Erklärung des Bundeskanzlers im Reichstag, daß Oeſtreich allein legitimirt ſei in dieſer Frage mitzuſprechen. Der Reichs-

kanzler ſagt ferner nur, daß die Zögerung eine Verbindlichkeit zu erfüllen, die man im Grundſatz nicht zu beſtreiten vermöge, dem allgemeinen Intereſſe an Sicherſtellung des Friedens nicht eben förderlich zu ſein ſcheine. Er könne ſich vom preußiſchen Standpunkt die Ausführung des betreffenden Artikels auf doppelte Weiſe vorſtellen: entweder nach dem Wortlaut durch freie Abſtimmung der Bevölkerung, dann ſei es erklärlich wenn Preußen für die deutſchen Minoritäten der abzutretenden Diſtricte Garantien fordere; oder mehr nach politiſch-ſtrategiſchen als nach nationalen Momenten, dann könne es ſich nur um die Abtretung eines kleinen Bezirks handeln, der ziemlich rein däniſch ſein werde, ſodaß für die Deutſchen nur die freie Auswanderung auszubedingen ſein würde.

Wir wiſſen gegen dieſe Argumentation Nichts einzuwenden, nachdem einmal der unglückliche Artikel in den prager Frieden zugelaſſen iſt und glauben auch zu wiſſen, daß Graf Bismarck durchaus für jene zweite Alternative iſt, aber damit nicht hat durchdringen können.

Die orientaliſchen Actenſtücke zerfallen in zwei Theile: ſolche welche Rumänien und ſolche welche die allgemeine große Frage berühren, die man ſich gewöhnt hat ſchlechtweg die orientaliſche zu nennen. In der erſten Frage ſtehen wir in keinem Gegenſatz zu der Politik des Reichskanzlers; hinſichtlich der zweiten haben wir auch vom öſtreichiſchen Geſichtspunkt erhebliche Bedenken. Die über Rumänien veröffentlichten Actenſtücke zeigen aufs Neue wie unſicher die Grundlagen dieſes ganzen Staatsweſens ſind: zuerſt die Judenhetze, welche bis zum letzten Augenblick von den Machthabern mit der größten Unverſchämtheit geleugnet, im Grunde aber von ihnen ins Werk geſetzt iſt; ſodann in neueſter Zeit die Waffentransporte.

Ueber die Judenverfolgungen hat der Unwille der ganzen civiliſirten Welt gerichtet und die verdächtigen Rüſtungen ließen ſich ſchließlich doch ſo wenig vertheidigen, daß der Hauptunruheſtifter, Bratiano, darüber gefallen iſt. Daß es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn in Preußen beſtellte Waffen trotz des weiten Umwegs und der damit verbundenen Koſtenvermehrung über Rußland unter der falſchen Bezeichnung von Eiſenbahnſchienen nach Bukareſt gehen, liegt auf der Hand und man kann ſich nicht wundern, wenn die öſtreichiſche Regierung, welche bisher ſtets den directen Tranſit durch ihr Gebiet geſtattete, an ſolchem Verfahren, das mit dem Erſcheinen der bulgariſchen Banden auf rumäniſchem Boden zuſammenfiel, Anſtoß nahm. Die officiöſe preußiſche Preſſe hat zuerſt dieſe Angaben als Verdächtigungen abgewieſen, während ſie keine der angeführten Thatſachen widerlegen konnte und hat doch auch eine Schwenkung vollzogen, indem ſie Rumänien auf den Frieden hinwies. Wir können uns dieſer Schwenkung nur freuen, denn wir halten der Ungarn wegen die Gefahr eines agitatori-

schen Unterstützens der rumänischen Bewegung für größer, als den eventuellen Nutzen, welchen Preußen von den Waffen Rumäniens zu hoffen hat. Was den Reichskanzler betrifft, so wird man nicht leugnen können, daß die von ihm veröffentlichten compromittirenden Actenstücke wesentlich dazu beigetragen haben des Ministerium Bratiano unmöglich zu machen und damit eine Gefahr des Friedens zu beseitigen. Im Sinne des Friedens, dessen Oestreich so sehr bedarf, sind auch gewiß seine Rathschläge an die Pforte für die Behandlung der inneren Fragen gemeint; aber wir bezweifeln, daß dieselben im wirklichen Interesse Oestreichs sind, wenn man sich nicht an den Augenblick hält. Graf Beust faßt nämlich als Lösung der orientalischen Frage die Erfüllung der Aufgabe „die nationalen Bestrebungen und Interessen ihrer Provinzen in innigen Verband mit den oberherrlichen Rechten der Pforte zu bringen" (Rothbuch S. 4 Al. 3.) d. h. also den nationalen Bestrebungen die größtmöglichen Concessionen zu machen. Daß dies bei Serbien geboten war ist nicht in Abrede zu stellen, weil dort die Oberherrlichkeit der Pforte schon längst nur nominell war und durch die Besatzung in Belgrad nicht stärker wurde; aber dies als Princip der Pforte empfehlen scheint uns mehr im russischen als östreichischen Interesse, denn die consequente Anwendung des Grundsatzes würde unfehlbar zur Auflösung der Türkei führen. Serbien ist so gut wie unabhängig geworden, weil es eine compacte Nationalität bildet; dies ist aber von keinem der Stämme in den andern Provinzen zu sagen, welche sich vielmehr unter einander weit mehr als die Türken hassen: wollte die Pforte ihren nationalen Bestrebungen Raum geben, so würden sie sich nur unter einander bekriegen und es würde daraus einfach jene Anarchie entstehen, auf welche Rußland hinarbeitet, seit ihm durch den pariser Frieden directe Angriffe unmöglich geworden sind. Hätte die Pforte nach diesem Grundsatz gehandelt, so hätte sie Candia an Griechenland abtreten müssen. Ganz in ihrem eigenen Interesse ist es dagegen, wenn Oestreich mit andern Mächten auf energischeres Vorgehen in den inneren Reformen dringt; hierin allein liegt noch eine Zukunft für die Türkei oder wenigstens doch die Aussicht, daß sich die Rajah allmälig so cultiviren um für die Selbständigkeit reif zu werden.

Ueber die Verhandlungen mit der Curie können wir uns kurz fassen; in ihr stehen die Sympathien der ganzen nichtultramontanen Welt auf Oestreichs Seite und allgemein läßt man dem Grafen Beust Gerechtigkeit widerfahren für die Festigkeit und Geschicklichkeit, mit der er diese Frage durchgeführt. Das Concordat, zugleich Gesetz und auswärtiger unkündbarer Vertrag, war ein Cirkel aus dem ohne einen Sprung nicht herauszukommen war; da man sich in Wien selbstverständlich hinter das non possumus verschanzte, mußte man von Seiten des Staates einseitig vorgehen. Man setzte

ſich dabei einem Proteſte des Papſtes aus, deſſen Bedeutung bei der mächtigen Stellung, die der Clerus noch immer in Oeſtreich hat, nicht zu unterſchätzen war; es handelte ſich darum, dieſem Proteſt die Spitze abzubrechen und einen diplomatiſchen Bruch zu vermeiden, andrerſeits aber mit feſter Hand die Verſuche der Biſchöfe zu unterdrücken, welche den neuen Geſetzen Gehorſam weigerten. Beides iſt gelungen: die diplomatiſchen Beziehungen ſind erhalten und der Agitation des Clerus gegenüber iſt Langmuth und Schonung gezeigt, damit derſelbe nicht die Miene des Märtyrers annehmen könne, aber Widerſetzlichkeit iſt nicht geduldet und der Angriff der päpſtlichen Allocution vom 22. Juni auf die Grundgeſetze der Monarchie mit Nachdruck durch die Depeſche vom 3. Juli zurückgewieſen worden. Von allen ſchwierigen Aufgaben, die Beuſt vorfand, iſt dieſe bei den perſönlichen Hinderniſſen, die er am Hofe zu überwinden hatte, gewiß die dornigſte geweſen.

Die innere Reorganiſation der öſtreich-ungariſchen Monarchie fällt eigentlich außerhalb des Bereichs des Rothbuchs und Graf Beuſt hat ſie auch nur zum Gegenſtand von Depeſchen gemacht um den auswärtigen Credit Oeſtreichs zu heben. Bis jetzt iſt die Sache allerdings gegangen, aber die Probe hat das Werk noch keineswegs beſtanden und Nichts wird weniger geeignet ſein daſſelbe zu befeſtigen als Conceſſionen an die Czechen, von denen jetzt wieder die Rede iſt. Der Dualismus iſt nur unter einer Bedingung, wenn überhaupt möglich, der daß in der öſtlichen Hälfte die Ungarn, in der weſtlichen Hälfte die Deutſchen herrſchen. Die Ungarn kämpften auf dem hiſtoriſchen Boden ihrer poſitiven Verfaſſung, die Czechen verlangen für Böhmen ein Verhältniß welches nie beſtand und nur durch gewaltſame Unterdrückung von $^2/_5$ der Bevölkerung erreicht werden könnte, bei denen die überwiegende Intelligenz und das Capital des Landes iſt. Was Conceſſionen an die Verfechter der Wenzelskrone bedeuten, hat das Miniſterium Belcredi erfahren und dies ſollte dem Reichskanzler ein warnendes Beiſpiel ſein. Am wahrſcheinlichſten und beſten bleibt es freilich, daß die Czechen durch eigene Unvernunft und Maßloſigkeit jede Vereinbarung unmöglich machen.

Zu ſanguiniſch ſcheint uns endlich Herr Beuſt die Stimmung anzuſehen, mit der das Ausland ſeine Couponſteuer aufgenommen; daß man ſich wohl oder übel darin gefunden, iſt wahr, aber es iſt unnöthig und klingt faſt wie Hohn, wenn der Miniſter eines großen Staates den Gläubigern, die durch dieſe Maßregel doch offenbar verkürzt werden, zuruft, ſie hätten ja von Anfang gewußt, daß ſie keine engliſchen Conſols oder holländiſchen Papiere kauften. Auch das Argument, daß der verbleibende Zinsbetrag um ſo ſichrer ſei, weil die Couponſteuer nicht erhöht werden dürfe, iſt hinfällig; ihre Einführung hat bereits bewieſen, daß Noth kein Gebot kennt, und ſogut wie man jetzt das Verſprechen bei Seite geſetzt, welches auf allen Metalliques zu leſen

ſteht, daß der Betrag ohne Abzug in Silber zu zahlen ſei, ſo gut kann man künftig im Drange der Umſtände die Steuer verdoppeln oder verdreifachen. Welchen Eindruck die Sache an der Börſe gemacht, darüber könnte Herr Beuſt ſich nicht beſſer belehren, als wenn er in der City nachfragte, zu welchen Bedingungen ein neues öſtreichiſches Anlehen zu ſchließen ſein würde. Die altbekannte journaliſtiſche Emſigkeit des Grafen Beuſt verdient — nebenbei bemerkt — auch vor dem Rothbuch die collegiale Anerkennung der deutſchen Zeitungspreſſe.

Aus den Memoiren eines ruſſiſchen Dekabriſten:

(Schluß.)

Vorbemerkung. Die unſern Leſern bisher mitgetheilten Fragmente aus dem Leben eines Genoſſen der Verſchwörung vom J. 1825 reichten bis zu dem Zeitpunkte der Ueberſiedelung der tſchitaer Sträflinge in das Gefängniß von Petrowsk. Die folgenden Schilderungen ſind zu ausführlich und gehen in zu zahlreiche intereſſante Details, als daß ihr Abdruck innerhalb des engen Raumes der grünen Blätter möglich wäre. Bei dem Intereſſe, das die ſchlichte und gerade durch ihre ungeſchminkte Wahrheit ergreifende Erzählung des vielgeprüften Mannes bei Denen wachgerufen hat, die ihm gefolgt waren, haben wir es indeſſen nicht über uns gewinnen können, die Leſer dieſer Blätter bis zum Erſcheinen des Memoirenwerks, welches dieſe Schilderungen enthalten ſoll*), ohne alle Kunde von den ferneren Geſchicken des Dekabriſten zu laſſen. Indem wir erwähnen, daß derſelbe ſeit einer Reihe von Jahren vollſtändig begnadigt und nach längerem Aufenthalt im Innern des Reichs in ſeine Heimath Eſthland zurückgekehrt iſt, wo er noch gegenwärtig lebt, theilen wir noch zwei Epiſoden aus der ſibiriſchen Epoche dieſes ſeltſam gewundenen Lebenslaufes zum Schluſſe mit: Die Ueberſiedlung in das Städtchen Kurgan, wo der Verurtheilte mit ſeiner Familie als Anſiedler lebte, und die durch den Thronfolger, jetzigen Kaiſer Alexander II. bewirkte Begnadigung deſſelben zum Militärdienſt im Kaukaſus.

Die Zeit rückte heran, wo ich Petrowsk verlaſſen mußte um angeſiedelt zu werden; der Termin meiner Zwangsarbeit und damit zugleich mein Gefängnißleben waren am 11. Juli 1832 zu Ende. Ich wußte, daß die Verwandten meiner Frau die Regierung gebeten hatten, uns in Kurgan in

*) Das vollſtändige Werk wird unter dem Titel: „Memoiren eines ruſſiſchen Dekabriſten" erſcheinen.

Weſtſibirien anzuſiedeln und daß dieſe Bitte erhört worden war; da meine Frau Ende Auguſt ihre Entbindung erwartete, ſo überredete ich ſie, ſchon den 3. Juli nach Irkutsk voraus zu reiſen und daſelbſt die Expedition der erforderlichen officiellen Papiere auszuwirken, damit wir gleich nach meiner Ankunft unſere weite Reiſe fortſetzen könnten. Den 2. Juli trug ich meinen Sohn Conrad zu mir ins Gefängniß um von ihm Abſchied zu nehmen; das Kind hatte einen hellblauen Mantel um ſich, den Fürſt Obolensky ihm mit großer Geſchicklichkeit genäht hatte, und wurde nicht verlegen, als meine Kameraden es umringten und mit ſichtbarem Antheil liebkoſten. Meine Frau nahm einen rührenden Abſchied von unſeren treuen Gefährten; unſere Damen fürchteten für ihre Geſundheit und ihren Zuſtand, dem die Strapazen der bevorſtehenden Reiſe gefährlich werden konnten. Alexandrine Murawjew ſchickte ihr einen zuſammenzuklappenden Reiſeſeſſel, bot ihr tauſend Sachen an und beredete ſie, während der Ueberfahrt über den Baikalſee eine Kuh mitzunehmen, damit das Kind zu jeder Stunde friſche Milch haben könne. Torſon verfertigte eine Hängematte aus Segeltuch, N. Beſtuſhew Schrauben und Schnallen, mit denen er das Bettchen an das Verdeck der Kaleſche befeſtigte, in welcher meine Frau die Ueberfahrt machen ſollte. — Den 3. Juli trat meine Frau die Reiſe an; ohne Aufenthalt erreichte ſie das Ufer des Baikal, wo ſie ein Fiſcherboot mit Segeln miethete; die Kaleſche wurde aufgerollt und ſo ging es in Begleitung der Fiſcher und einiger Reiſegefährten in See. Mitten auf dem Baikal erhob ſich ein Sturm, der einige Tage anhielt und das Fahrzeug auf derſelben Stelle hin und her ſchaukelte. Mein Sohn wurde krank, die vorräthig mitgenommene Milch ſauer, abgekochte Milch wollte er nicht trinken; anfangs begnügte er ſich mit Reiswaſſer, zuletzt nahm er gar keine Nahrung zu ſich: er ſchien dem Tode nah. Den fünften Tag legte ſich der Sturm, der Wind wurde günſtig und nach einigen Stunden konnten die Schiffer landen. Meine Frau erinnert ſich noch heute mit Entzücken des Augenblicks als ſie wieder aufs Land kam und ihren kranken Sohn nach fünftägigem Leiden und Hunger wieder mit friſcher Milch erquicken konnte. — Sie langte den 12. Juli in Irkutsk an und erwartete mich am folgenden Tage; aber ich traf erſt zwei Wochen ſpäter ein. Die Verſpätung meiner Ankunft hatte zwei Urſachen. Der Generalgouverneur Lawinsky beſichtigte damals ſeine Gouvernements und hatte vergeſſen unſern Commandanten rechtzeitig über meinen Beſtimmungsort zu benachrichtigen. Leparsky erhielt dieſes Papier erſt am 20. und fertigte mich noch an demſelben Tage ab; ſo mußte ich neun Tage über den Termin im Gefängniß bleiben. — Bald nach meiner Abreiſe wurden die Termine der Gefangenſchaft und Strafarbeit auch für meine nachgebliebenen Kameraden in Veranlaſſung der Geburt des Großfürſten Michail Nikolajewitſch bedeutend abgekürzt. Die zweite Urſache meiner ver-

ſpäteten Ankunft in Irkutsk war gleichfalls ein Sturm auf dem Baikalſee. —

Den 20. Juli 1832 trennte ich mich von meinen Kameraden und von meinem Gefängniß: gern und und freudig verließ ich die eingeſchloſſene Zelle, traurig und beſorgt die zurückbleibenden Gefangenen. Gemeinſame Erinnerungen und Leiden hatten uns feſter aneinander geknüpft, als Verwandſchaftsbande es thun können. — Nicht weniger ſchwer war es mir, mich von unſeren Damen zu trennen; mit Entſagung und Entbehrung hatten ſie Alles gethan, um unſeren Zuſtand zu erleichtern, ſie ſelbſt litten mehr, als wir; auch ſie wünſchte ich wiederzuſehen — aber wo und wann? Niemand gab mir Antwort. — Am Gefängnißthore ſtanden zwei Poſtwagen, ein Unterofficier und ein Soldat ſollten mich begleiten. Der Commandant Leparsky ließ mich in die Wachtſtube rufen, wo er von mir Abſchied nahm und höflich bedauerte, daß er nicht früher meine Bekanntſchaft gemacht habe; ich bat ihn, meine Unglücksgefährten zu ſchonen, wie er es bis jetzt gethan habe. Als ich die Stufen der Wachtſtube herabſtieg, ſah ich meine Kameraden noch einmal ſich an das Thor drängen und mir Lebewohl zurufen. — Ich reiſte mit M. N. Glebow bis Werchne-Udinsk, wo wir uns trennten, weil er in der Nähe dieſer Stadt, im Dorfe Kabansk, angeſiedelt wurde; er ſtarb daſelbſt zwanzig Jahre ſpäter, 1852. Ich fuhr möglichſt raſch und ohne mich aufzuhalten; die reizenden Ufer der Selenga flogen an meinen Augen vorüber, die hellen Tage und Nächte erleuchteten alle Schönheiten derſelben bald mit grellem, bald mit blaſſem Licht, aber meine Gedanken waren in Irkutsk bei meiner Frau und meinem Kinde, in dem kürzlich verlaſſenen Gefängniſſe — kaum daß ich auf meine Umgebung Acht gab. Ich fuhr nicht zum Potſolsky-Kloſter, wo gewöhnlich die Fahrzeuge im Hafen liegen, ſondern dem Rathe meiner Begleiter folgend längs des Ufers der Selenga zum kleinen Flußhafen Tſchertovkino, von wo aus große Fiſcherfahrzeuge nach Irkutsk gehen, indem ſie aus der Mündung der Selenga in den Baikalſee einlaufen. Kaum hatte ich mich dem Dorfe Tſchertovkino genähert, als ich in der Entfernung einer Werſt eine vor kurzer Zeit abgegangene Barke bemerkte; im Hafen waren keine anderen Fahrzeuge; mir blieb nur ein Mittel übrig — die ſchwimmende Barke am Ufer fahrend einzuholen. — Indem wir durch das Dorf jagten, hörte ich ein kreiſchendes Zurufen, daß ſich einige Mal wiederholte: ich ſah mich um und erblickte einen Menſchen, der meinem Poſtwagen nachlief, mit der Hand winkte und dann vom Laufen erſchöpft niederſtürzte. Ich kehrte um, hob den Menſchen auf und erkannte meinen Wacht- und Geleiteſoldaten in Tſchita und Petrowsk, den mit dem Georgienorden belohnten Wisgunow, der vor einigen Monaten ſeinen Abſchied bekommen hatte und mich nun inſtändigſt anflehte, ihn mitzunehmen. — „Ich

weiß ſelbſt nicht, wohin man mich ſchickt; auch habe ich keinen Platz für Dich, lieber Freund!“ war meine Antwort. „Wenn ich erſt eingerichtet ſein werde, ſo nehme ich Dich gern auf, in Irkutsk kannſt Du meinen Beſtimmungsort erfahren.“ Damit trennten wir uns.

Wir fuhren längs des Ufers weiter, über Feld und Wieſen eilend immer dem Boote nach. Nach einer halben Stunde gelangten wir in die nächſte Richtung zum ſchwimmenden Fahrzeuge; aus allen Kräften ſchrie ich dem Steuermann zu: Halt! Nimm mich auf! — Aber gibſt du mir dafür 25 Rubel? — Gern! — Aber 30 Rubel? — Gut. — Aber 35 Rubel? — Abgemacht! — Aber 40 Rubel? — Nur geſchwind ein Boot! — Zwei Fiſcher ſtiegen aus der Barke in ein kleines Boot und ruderten zum Ufer. Mit meinen Begleitern ſtieg ich hinein, ich hatte nur einen Mantelſack, einen Korb mit etwas Brot und eine Flaſche Wein bei mir, die die Fürſtin Trubetzkoy mir zur Reiſe mitgegeben. Ich hatte keine Zeit gehabt, mich mit Lebensmitteln weiter zu verſehen; dabei war der Wind günſtig und wir konnten hoffen in fünf Stunden über den Baikal zu ſegeln. Auf der Selenga wurde die Barke mit einem Taue von drei Mann gezogen, die längs des Ufers langſam fortſchritten; der Steuermann hatte nur ſechs Mann, die ſein Fahrzeug bedienten. Quer über der Barke ſtand ein Tarantaß, in demſelben ſaß ein Mann mit ergrautem Haupte, in einen Militärmantel eingehüllt. — Unſer kleines Boot glitt raſch auf dem klaren Waſſer der Selenga hin; bald hatten wir die Barke eingeholt, wir kletterten hinein, und nachdem ich meinen unbekannten Reiſegefährten begrüßt hatte, befahl ich dem Unterofficier, daß er ſogleich dem Steuermann das verlangte Geld für die Ueberfahrt auszahlen ſollte, indem ich Letzteren bat, alle Mittel zur ſchleunigſten Fahrt anzuwenden, und in ſolchem Falle ſeinen Leuten ein gutes Trinkgeld verſprach. Dieſe Seeleute, die ihr ganzes Leben auf dem Waſſer mit den Fiſchen zubringen, waren zögernder und langſamer als Amphibien und ſchienen den Begriff Eile nicht zu kennen. Es war drei Uhr Nachmittags; bis zur Mündung des Fluſſes zählten ſie noch 16 Werſt und waren im Begriff, das Tau an einem Baume zu befeſtigen, um dann auf dem Fahrzeuge zu eſſen und zu ruhen. — Wir haben Zeit genug, ſprachen ſie; der Wind iſt günſtig, morgen früh ſind wir hinüber, wenn wir nur glücklich aus der Selenga herauskommen, die in vielen Armen und Krümmungen ſich in den Baikal ergießt und in ihrem Delta viele Sandbänke und Klippen birgt. — Die Barke blieb am Ufer ſtehen; ich überredete meine Begleiter herauszuſpringen, um das Tau zu ſchleppen, bis die Fiſcher gegeſſen und geruht hätten. Die unermüdlichen Soldaten folgten mir ſogleich und wir ſchleppten die Barke vorwärts. Aber beim Hinausſpringen aus derſelben hatte ich meinen Fuß verſtaucht, ſo daß es mir mit jedem Schritte ſchwerer wurde, aufzutreten.

Ich fühlte das aber kaum weil ich an meine Frau und an mein Kind dachte, die mich mit der größten Unruhe erwarteten, da die Trennung schon 14 Tage länger währte, als ausgemacht war. Erst am Abend machten wir Halt. Der Steuermann versicherte mich, daß es im Dunkeln gefährlich sei durch die vielen Klippen in die See zu laufen, daß wir mit Aufgang der Sonne in einer Stunde aus dem Flusse heraus sein würden und dann die Segel aufziehen könnten. — Mir schien der Abend genügend hell zu sein, der Mond stand in seinem ersten Viertel und leuchtete genugsam; aber was konnte ich mit meinem beschädigten Fuße und zwei erschöpften Soldaten thun? unbekannt mit der Schifffahrt, mit dem Strome und seinen Windungen mußte ich warten. Ich hüllte mich in meinen Mantel, streckte mich nieder, hörte, wie mein Reisegefährte im Tarantaß meine Begleiter über mich ausfragte, und schlief ein.

Als ich anderen Morgens aufwachte, sah ich die Ufer des Flusses nur noch von fern; wir waren auf der See, die Segel waren aufgezogen, der Wind wurde aber mit jeder Minute schwächer; endlich blieben die Segel hängen, der eiserne Wimpel kreischte auf der Stange, bewegte sich nach allen Richtungen, stand zuletzt unbeweglich still und wir blieben ungefähr 20 Werst vor der Mündung der Selenga liegen. Man kann sich meine Ungeduld und Verzweiflung vorstellen; die Fischer legten sich schlafen und sagten: „Kommen wir nicht heute, so kommen wir doch morgen an". — Ich hatte Zeit genug, den Baikal zu studiren: seine Ufer sind steil, hoch und meist wellenförmig, hie und da schroffe, nackte Felsen aus Granit, Kiesel- und Feuerstein, dazwischen grüner Rasen, wenig Wald. Ueberall machen sich vulcanische Wirkungen geltend und man kann annehmen, daß die Selenga, der Baikalsee und die Angora in früherer Zeit einen einzigen Fluß bildeten. An einigen Punkten ist der See grundlos. Auf der Stelle, wo die Angora aus dem Baikalsee hinausfließt, stehen in der Mitte zwei Granitblöcke, welche als Schleusen dienen; neben diesen Steinmassen zur Seeseite ist die Spur der vulcanischen Einwirkungen deutlich wahrnehmbar. — Allmälig wurden die Schmerzen meines beschädigten Fußes unerträglich, ich befeuchtete ihn fortwährend mit Wasser und bat die Fischer, sie möchten für Zahlung meine Begleiter beköstigen; sie hatten Lebensmittel auf sieben Tage, ohne solchen Vorrath schiffen sie sich nie auf dem Baikal ein, da dieser höchst unzuverlässig ist.

So lagen wir zwei Tage mitten auf dem See; am dritten Tage erhob sich ein Sturm. Die Barke schaukelte, am Anker befestigt, wie eine Wiege von ungeduldiger Hand bewegt. Der Wind war immer conträr; meine Lage wurde immer unerträglicher. Wir wurden Tag und Nacht geschaukelt; meine Augen waren durch das Zurückprallen der Sonnenstrahlen auf der Wasserfläche und durch den Wind stark entzündet; ich konnte nur einige Zeilen aus Göthe's Genius lesen, der sich zufällig in meiner Tasche befand.

Schließlich wurde ich seekrank und lag größtentheils auf dem Verdeck, des Nachts in meiner kleinen Kajüte, in die ich nicht hinein gehen, sondern nur hineinkriechen konnte. Je größer meine Ungeduld wurde, desto unüberwindlicher zeigten sich die Hindernisse, nach zweitägigem Sturm blies sechs Tage lang unausgesetzt ein conträrer Wind. Schon sieben Tage lagen wir vor Anker, der Mundvorrath erschöpfte sich: noch einen Tag, und wir hätten nach Tschertowkino umkehren und im Delta der Selenga aufs Neue Zeit verlieren müssen. Am achten Tage wurden bereits die Ueberbleibsel der Brodkrumen gesammelt; die Fischer hatten noch Branntwein, aber Brod nur wenig, und versicherten kaltblütig, daß sie bisweilen zwei Wochen auf dem See zugebracht und auf günstigen Wind gewartet hätten. Ich mengte Brodstücke und Grützeüberreste mit dem Tokaier Wein, den mir die Fürstin Trubetzkoy zur Reise mitgegeben hatte, und lebte von diesem eigenthümlichen Gemisch Tage lang. Diesen Wein, aus dem Keller des berühmten Gastronomen, Grafen Laval, hatte ich meiner Frau für den Fall einer Krankheit aufbewahren wollen; jetzt mußte er geopfert werden. Am neunten Tage wurde beschlossen, um Mittagszeit zurückzusegeln. Da begann der Wimpel des Schiffes sich zu bewegen. Die Fischer riefen: „Entweder kommt nun Stille oder günstiger Wind! — Richtet den Mast auf, zieht die Segel aus! Der Wind ist gut!“ Es ging wirklich vorwärts: nach einigen Stunden erreichten wir unweit einer Poststation das andere Ufer. Hier erfuhr ich, daß meine Frau gleich mir viele Tage lang auf dem See aufgehalten worden war. Bis Irkutsk jagte ich jetzt mit Windeseile; um Mitternacht kam ich an; ein Polizeidiener begleitete mich zur Wohnung meiner Frau.

Die Magd öffnete leise die Thüre; ich sah das Licht einer Nachtlampe und hörte die Stimme meiner Frau, die ihr schlummerndes Kind einwiegte. Die Freude des Wiedersehns war unbeschreiblich und wir versprachen einander uns künftig nicht wieder zu trennen; in den Gesichtszügen meiner Frau las ich sogleich die Krankheit meines Sohnes. Er war gefährlich krank, nahm keine Nahrung zu sich, seine Gesichtsfarbe wurde noch blässer als sonst. Die Mutter hob ihn aus dem Bette und trug ihn zu mir; er sah mich lange und starr an, hob dann hastig seine Hand auf und lächelte: — von diesem Augenblicke an bekam ich Hoffnung auf seine Genesung. Da der Herbst heranrückte, war an Aufschub der Reise nicht zu denken, wir mußten uns trotz der Krankheit des Kindes auf den Weg machen. Ich fuhr zum Gouverneur J. B. Zeibler, erhielt meinen Paß und zum Begleiter einen Kosakenunterofficier. Den 4. August Nachmittags setzten wir über die klaren Wasser der Angora. Der Abend war freundlich; jenseit des Angora brach die Sonne durch die Wolken und beleuchtete mit ihren Abendstrahlen die zweite Hauptstadt Sibiriens und einige große Gebäude, rings von Gärten umgeben und sich in der An-

gora und Irkuta ſpiegelnd. — Jeder Schritt führte uns einem neuen Leben näher; derſelbe Weg, den ich vor ſechs Jahren im Winter zurückgelegt hatte, ſchien mir jetzt völlig verändert zu ſein.

Da es mit der Geſundheit unſeres Kindes beſſer zu gehen begann, faßten wir friſchen Muth und ſetzten unſere Reiſe nach Kurgan, wo uns doch nur eine neue Art von Gefängniß erwartete, mit einiger Freudigkeit fort. Wir fuhren ſehr ſchnell und eilten abſichtlich, um zeitig in Kurgan anzukommen. Von Petrowsk bis zu unſerm neuen Beſtimmungsorte zählte man nicht weniger als 4200 Werſt (600 deutſche Meilen); die unvorhergeſehene Verzögerung meiner Abfertigung aus dem Gefängniſſe, die Hinderniſſe auf dem Baikalſee hatten uns drei Wochen guter Jahreszeit geraubt: es war ſchon Anfang Auguſt und die Nachtfröſte begannen. Dafür waren wir von den kleinen Fliegen befreit, die während des kurzen ſibiriſchen Sommers Menſchen und Thiere ſo ſchrecklich quälen, daß man am Tage gar nicht arbeiten kann und ſelbſt gemeine Dienſtarbeiter das Geſicht mit Schleiern aus Draht oder Leinwand bedecken müſſen. — Ich habe ſchon der ungewöhnlichen Raſchheit der ſibiriſchen Pferde erwähnt; wir fuhren Tag und Nacht; Abends ſetzte ich mich neben den Fuhrmann auf den Bock und verſprach ihm ein gutes Trinkgeld, wenn er vorſichtig und etwas langſamer fahren würde; aber mein Verſprechen und meine Drohungen waren vergeblich — die Pferde unaufhaltſam. Wenn ſie auf der Station angeſpannt wurden, ſtand eine Menge Menſchen vor dieſen unbändigen Thieren und hielt ſie an den Halftern feſt; ſobald ſich der Reiſende eingeſetzt hatte rief der Fuhrmann: „Laßt los!“ Die Menſchen warfen ſich dann raſch nach rechts und links in die Flucht und der Wagen flog ohne Uebertreibung wie eine Kugel dahin. Alle Anſtrengungen des Fuhrmanns ſind fruchtlos: je mehr er zurückhält, deſto raſcher rennen die Pferde, er kann nur die Richtung des Weges feſthalten. — Nach den erſten vier Werſten, wo gewöhnlich Thor und Umzäunung des Weideplatzes für die Dorf- und Stationsheerde den Weg hemmen, werden die Pferde ruhiger und iſt die eigentliche Gefahr vorüber, denn die Thiere ſehen wenigſtens auf den Weg. Ging es im vollen Lauf bergab oder über einen Fluß, ſo konnte einem immer noch Hören und Sehen vergehen.

Wir übergehen die ferneren Abenteuer der Reiſe, welche unſern Memoirenſchreiber und ſeine Familie von Irkutsk nach Kurgan führte. In dieſem Städtchen, in welchem ſich allmälig auch andere politiſche Verbrecher von 1825 einfanden, lebte der Verfaſſer fünf Jahre lang mit ſeiner heranwachſenden Familie als Anſiedler. Ueber die Umſtände, welche zu einer Umwandlung der „ewigen Anſiedlung in Sibirien“ in Verweiſung nach Kaukaſien führten, laſſen wir ihn ſelbſt berichten:

„In den ersten Tagen des Jahres 1837 verbreitete sich das Gerücht, daß der Großfürst Thronfolger (jetzige Kaiser) Alexander Nikolajewitsch eine Reise nach Sibirien unternehmen und auch Kurgan berühren werde. Im April fuhr man für ihn Pferde ein und dressirte man die Vorreiter; für den Fall, daß der Thronerbe Nachts die Stadt passiren sollte, wurden die Pferde daran gewöhnt vor den erleuchteten Laternen und angezündeten Fackeln, mit denen mehre Reiter auf beiden Seiten des Weges neben den angespannten Pferden sprengen sollten, nicht zu erschrecken. Diese Vorbereitungen belustigten viele Zuschauer, nur nicht die Mütter der Vorreiter und der Fackelträger, welche jeden Augenblick Gefahr liefen von ihren unbändigen Rossen zu stürzen und den Hals zu brechen. Diese Vorbereitungen bildeten Wochen lang den Hauptgegenstand aller Gespräche in Kurgan. Im Kreise meiner Kameraden wurde die Frage aufgeworfen: Sollen wir die Gelegenheit benutzen und um unsere Rückkehr in die Heimath bitten? — Aber welche Zukunft konnten Männer erwarten, die zum bürgerlichen Tode verurtheilt waren? — Was für einen Trost würden unsere Verwandten davon haben, uns ohne Stellung, ohne bürgerliche Rechte, ohne Beschäftigung unter Aufsicht der Polizei verkümmern zu sehen? — Außerdem mußten wir uns sagen, daß wenn die Vermittelung des Thronfolgers auch Einige von uns aus der Verbannung befreite, nur ein geringer Theil unserer Unglücksgefährten dieser Gnade theilhaftig werden könne und die Uebrigen, ja die Meisten, in allen Richtungen Sibiriens zerstreut, in eine noch üblere Lage gerathen müßten. — Als die Nachricht kam, daß der Thronfolger schon in Tobolsk sei, daß er nur den westlichen Grenzstrich Sibiriens berühren, über Jalutorowsk und Kurgan nach Orenburg reisen und den 6. Juni in unserer Stadt eintreffen werde, wuchs meine Unruhe täglich. Für mich selbst hatte ich Nichts zu bitten, aber für die Zukunft meiner Kinder, meiner treuen Gattin mußte ich sorgen, da meine zunehmende Kränklichkeit mir den Gedanken nahe legte, nicht mehr lange ihr Beschützer und Rathgeber zu bleiben. — In einem solchen Kampfe wurde es mir nicht schwer mich zu entschließen. Drei Tage vor der Ankunft des Thronfolgers fuhr ich zu meinen Kameraden und that ihnen meinen Entschluß kund, eine Audienz beim Thronfolger zu erbitten, um ihm mündlich das Schicksal meiner Familie anzuvertrauen, wenn ich selbst nicht mehr sein würde. Ich hätte es mir nie verziehen, wenn ich eine solche Gelegenheit verabsäumt hätte, um meinen Kindern, wenn auch nicht sogleich, doch mit der Zeit, einige Erleichterung zu verschaffen.

Den 5. Juni Nachmittag strömte das Volk in festlicher Tracht dem Thronfolger entgegen, den man zur Nacht erwartete. Außer den Einwohnern der Stadt kam eine Menge Landvolk aus den umliegenden Dörfern und besetzte Werste weit beide Seiten des Weges auf dem er kommen sollte. Die

Sonne ging unter, doch die Sommernächte im Norden werden nie dunkel; dessenungeachtet fand sich ein listiger Speculant, ein unbedeutender Lichtfabrikant, der eine Masse Lichter in Vorrath hatte, und dem Volke einredete, wenn der Thronfolger in der Nacht eintreffe müsse er mit brennenden Kerzen bewillkommnet werden. Das Volk saß an beiden Seiten des Weges mit angezündeten Lichtern in der Hand. Endlich um Mitternacht, als Alles wieder finster geworden war, kam ein Feldjäger angesprengt, dem nach einer Viertelstunde der hohe Gast mit seiner Suite folgte. Im Hause des Kreisrichters nahm der Thronfolger seine Wohnung; die Reisenden begaben sich sofort nach ihrer Ankunft zur Ruhe, das Volk aber stellte sich vor der Wohnung seines künftigen Herrschers auf der Straße auf, um das Erwachen abzuwarten und ihn dann zu sehen. — Um vier Uhr Morgens fuhr ich an das Haus das den Thronfolger beherbergte, ließ die Brettdroschke inmitten eines dichten Haufens halten und schleppte mich auf meinen Krücken bis vor die Thür. Von Weitem kam mir der Polizeimeister entgegen, und bat mich ihn doch keiner Verantwortung auszusetzen, da der Adjutant des Generalgouverneurs ihm streng vorgeschrieben habe, Niemand von den Staatsverbrechern zum Thronfolger zuzulassen. Ich bemerkte ihm, daß ein solcher Befehl mir zweifelhaft erscheine und daß, wenn eine solche Maßregel für unumgänglich nothwendig gehalten worden wäre, die Behörde ihn wohl schon früher davon benachrichtigt und uns entweder eingesperrt oder doch verboten hätte, an diesem Tage das Haus zu verlassen. Ich mußte aber doch der ängstlichen Bitte des guten Polizeimeisters nachgeben und suchte die Wohnung des Gendarmen-Stabsofficiers auf, der den Thronfolger begleitete; es war ein Obristlieutenant Hoffmann, der mir auf der Straße begegnete. Ich ersuchte ihn, mir die Gelegenheit zu einer Audienz zu verschaffen. Diese Bitte mußte der Obrist mir abschlagen; er äußerte aber seine Bereitwilligkeit, eine von mir zu verfassende Bittschrift zu überreichen. Als er erfuhr, daß ich gar keine Bittschrift aufgesetzt hätte, bat er mich, einen Augenblick auf ihn zu warten, er wolle sich über die Möglichkeit der Erfüllung meines Wunsches instruiren.

Während ich auf Obristlieutnant Hoffmann wartete, kam ein stattlicher Mann in einen Militärmantel eingehüllt gerade auf mich zu und sagte: „Gewiß sind Sie der Baron R. Mein Freund Krutow hat mir auf die Seele gebunden, Sie, wenn ich über Kurgan reisen sollte, zu besuchen und Ihnen zu helfen; ich bitte Sie bei mir einzutreten.“ Es war J. V. Jenochin, der Leibarzt des Thronfolgers, der diese Worte zu mir sprach. Einen Augenblick später hatten mich zwei geschickte Feldscherer ausgekleidet; ich lag auf einem Divan, und nachdem Jenochin mein krankes Bein untersucht hatte, erklärte er sogleich, daß es eine „halbe Verrenkung nach vorn“ sei, die mir die Schmerzen verursacht habe. Da schon ein halbes Jahr seit der Verrenkung

verſtrichen war, ſo konnte man mir nicht augenblicklich helfen. Während ich mich ankleidete, trat Hoffmann ein und holte mich in die Wohnung des Thronfolgers, wo mich der Generaladjutant Kawelin empfing. Als ich ihm meinen Wunſch mitgetheilt hatte, erklärte er mir, daß es unmöglich ſei, denſelben zu erfüllen, da ſeine Inſtruction ihm Solches verbiete; ich möchte ihm (Kawelin) meine Bittſchrift überreichen, er werde dieſelbe Sr. Kaiſerl. Hoheit übergeben. Da ich bemerkte, daß ich keine Bittſchrift abgefaßt hätte, fragte der General mich: „Was wünſchen Sie zu erbitten?“ — „Für mich ſelbſt kann ich gar Nichts verlangen, weil ich in meinem hilfloſen kranken Zuſtande von gar keiner Gnade Gebrauch machen kann; ich wollte den Thronfolger bitten, daß für meine Gattin und für meine Kinder im Fall meines Todes geſorgt werde“. — General Kawelin gab mir den Rath, ſogleich eine Bittſchrift aufzuſetzen und ſie ihm eine halbe Stunde vor der Meſſe abzugeben, weil man nach der Kirche ſofort die Reiſe fortſetzen werde. Im Vorhauſe befahl er dem daſelbſt anweſenden Geiſtlichen die Meſſe um ſechs Uhr anzufangen und ſie eiligſt zu vollenden, damit der hohe Reiſende an demſelben Tage zur Nacht Slatouſt erreichen könne, einen 200 Werſt (29. d. M.) entfernten Ort. Auf der Treppe begegnete ich dem Flügeladjutant S. A. Jurjewitſch, der mich bat, Frau von Naryſchkin die Grüße ihrer Brüder, der Grafen Gregoire und Alexis Konowniţin, abzuſtatten. Beim Weggehen bemerkte ich den Thronfolger am Fenſter ſtehend: der Ausdruck ſeiner Geſichtszüge ſchien mir zu ſagen, daß er mein Beſchützer ſein werde.

Vor meiner Hausthür ſtand ein Wagen. Auf meine Frage, wer zu mir gekommen ſei, antwortete der Kutſcher „ein General“ (das ruſſiſche Volk nennt bekanntlich alle Excellenzen, wenn ſie auch Profeſſoren, Aerzte oder Richter ſind, Generale). — Zu meiner unausſprechlichen Freude war es der edle unvergeßliche Waſſily Andréjewitſch Schukowsky, der rühmlich bekannte Dichter und Lehrer des Thronfolgers; er tröſtete meine Frau, liebkoſte meine kaum vom Schlaf erwachten Kinder und küßte ſie, obſchon ſie ſich blöde abwendeten und weinten. Als ich ihm meine erfolgloſen Bemühungen, den Thronfolger perſönlich zu ſprechen, mittheilte und hinzufügte, daß General Kawelin mir den Rath gegeben, ſogleich eine Bittſchrift aufzuſetzen, ſagte er mir: „Sie haben jetzt keine Zeit dazu, wir reiſen ſogleich ab; Sie können aber ganz ruhig ſein, ich werde Sr. Kaiſerlichen Hoheit Alles vortragen. Seit dreizehn Jahren bin ich täglich um ihn, und ich habe mich ſchon längſt davon überzeugt, daß ſein Herz an der rechten Stelle ſchlägt; wo er Gutes thun kann, da thut er es gern.“ — Nicht lange konnte ich mich an der Unterhaltung des liebenswürdigen Dichters erfreuen. Er wunderte ſich, daß wir in Sibirien ſchon ſein neueſtes Werk „Undine“ geleſen hatten; mit großem Lobe erwähnte er der Dichtungen unſeres Odojewsky und bedauerte innig,

daß er in Jalutorowsk meinen Kameraden Jakuschkin nicht hatte sprechen können. Auch über den künftigen Erben der russischen Krone konnte wir einige Worte wechseln; Alles was Schukowsky vom Gemüthe des Thronfolgers sagte, schien mir ein Pfand für das künftige Wohl Rußlands zu bieten. — Der Thronfolger war über die Strecke Sibiriens, die er gesehen hatte, höchst verwundert gewesen; anstatt verfallener Hütten, großer Armuth und Niedergeschlagenheit hatte er Zufriedenheit, einen gewissen Wohlstand und hübsche Dörfer gefunden. Dieses Volk von Verbannten hatte den Großfürsten, wie dieser selbst gesagt, in Tjumen und Tobolsk empfangen, wie man ihn in Rybinsk und Jaroslaw nicht besser hätte empfangen können.

Während Shukowsky noch bei mir war, wurde zur Kirche geläutet; der Cesarewitsch hatte dem Gensdarmen-Stabsofficier anzuordnen befohlen, daß diese Herren (unter dieser Benennung meinte er uns Staatsverbrecher) in die Kirche kämen; „nur dort kann ich sie sehen." — Die aus Petersburg gegebene Instruction hatte einen solchen Fall nicht vorgesehen. Der Polizeimeister schickte sogleich Boten in unsere Wohnungen, damit wir uns sogleich in der Kirche versammeln sollten. Der Thronfolger mit seinem ganzen Gefolge stand vor dem Hauptaltar, rechts an der Seitenmauer standen meine Kameraden, links Frau von Naryschkin; die Beamten und das Volk standen im Hintergrunde, längs der Seitenaltäre, der größte Theil des Volks drängte sich außerhalb der Kirche um die Equipagen. — Während der Liturgie sah der Thronfolger mehrmals meine Unglücksgefährten an und hatte Thränen in den Augen. Ich konnte nicht zur rechten Zeit zur Kirche gelangen und als ich mit meinen Kindern aus dem Hause trat, kündigte ein lusterschütterndes Hurrah bereits die Abreise des Cesarewitsch an, des einzigen hohen Gastes, dessen Erscheinen an einem Verbannungsort Freude und Hoffnung einflößte. Das Volk jauchzte, seinen künftigen Herrscher gesehen zu haben, einzelne furchtsame alte Weiber aber bekreuzigten sich und sagten laut: „Gott sei gedankt, daß wir am Leben geblieben sind!" — Dem ihn begleitenden Obrist Nasimow, der ihn um Erlaubniß gebeten, einen meiner Kameraden zu besuchen, hatte der Großfürst gesagt: „Ich freue mich, daß Du Gelegenheit hast, einen Verwandten zu besuchen, der im Unglück ist." — Auf seiner Rückreise berührte der Thronfolger Saratow; daselbst stellte ihm der General Arnoldi alle anwesenden Artillerie-Officiere vor, nnd als der Name meines jüngeren Bruders genannt wurde, fragte der Cesarewitsch ihn, ob er nicht einen Verwandten in Sibirien habe? Als mein Bruder geantwortet hatte, daß er dort einen leiblichen Bruder habe, äußerte der Thronfolger in Gegenwart aller Umstehenden: „Ich freue mich, Ihnen mitzutheilen, daß ich Ihren Bruder gesehen habe; obgleich er auf Krücken geht, kann seine Ge-

ſundheit doch wiederhergeſtellt werden, und ich habe den Kaiſer bereits um Milderung ſeines Looſes gebeten."

Der Tag der Abreiſe des Thronfolgers aus Kurgan, der 6. Juni, war der Pfingſttag und zugleich das Kirchenfeſt unſerer Stadt. Das Volk feierte dieſen Tag außerhalb der Stadt, ungefähr vier Werſt beim großen Hügel, von welchem die Stadt ihren Namen erhielt. Dort am Ufer des Tobol, in einem nahen Wäldchen, wandelten die Fröhlichen, tranken Thee, Bier und Branntwein, knackten Nüſſe, ſangen und tanzten nach einem Accordion. Gegen Abend fuhr ich mit meinen Kindern dahin; Städter und Landbewohner umringten mich mit Fragen, die Theilnahme verkündeten. „Haben Sie den Thronfolger geſehen? was hat er Ihnen geſagt? hat er Ihnen Befreiung verſprochen? Gott gebe Ihnen Troſt und Befreiung!" — Den 8. Auguſt erfuhren wir, daß der Großfürſt aus der Slatouſt'ſchen Fabrik, ſeinem erſten Nachtlager, einen Courier mit einem Brief an den Kaiſer abgefertigt habe, in welchem er um unſere Befreiung und Rückkehr in die Heimath gebeten. Der Kaiſer Nikolaus hatte nach Empfang dieſes Schreibens geäußert, daß für „dieſe Herren" der Weg nach Rußland nur über den Kaukaſus führen könne, und ſodann befohlen uns als gemeine Soldaten in das abgeſonderte kaukaſiſche Corps überzuführen. Wir erhielten dieſe Nachricht zu gleicher Zeit durch unſeren Generalgouverneur und durch den nach Kurgan gekommenen Capitän des finnländiſchen Garderegiments Grafen Gregoire Konownitzin, der um die Erlaubniß nachgeſucht hatte, ſeine Schweſter, Frau von Naryſchkin, zu ihrer Mutter zu begleiten. Von dieſem Befreiungsacte war allein unſer Camerad A. F. von der Brüggen ausgeſchloſſen und zwar ohne allen Grund; faſt ein Jahr nach unſerer Abreiſe wurde er als Canzeliſt im kurganſchen Kreisgerichte angeſtellt und erhielt nach zehn Jahren den erſten Claſſenrang. — Da der kaiſerliche Befehl ſofort ausgeführt werden mußte, reiſten meine Gefährten ſchon nach einigen Tagen über Tobolsk, Kaſan und Roſtow an unſern neuen Beſtimmungsort ab. Meiner Krankheit und meiner Familie wegen hatte der Generalgouverneur Fürſt D. T. Gortſchakow mir geſtattet, gerade über Orenburg und Saratow zu reiſen und einige Tage lang Reiſevorbereitungen zu treffen.

Am 6. Sept. reiſten wir in dem Wagen, mit dem meine Frau aus Moskau gekommen war, nach Europa zurück, des wackern deutſchen Meiſters gedenkend, der dieſes ſolide Fahrzeug gebaut und Wort gehalten hatte, als er meine Frau verſicherte, ſie werde in demſelben wieder nach Moskau zurückkehren können. — Aus dem Lande der Verbannten ſcheidend, gedachte ich meiner Kameraden, die zurückgeblieben waren; mein Segen ruht auf ihnen, wie auch auf dieſem Lande, welches mit der Zeit aufhören wird, ein

Mittel des Schreckens und der Strafe zu ſein, weil es alle Ausſicht hat, wenigſtens zum großen Theil ein Land des Wohlſtandes zu werden. Vielleicht hat die Vorſehung viele meiner Unglücksgefährten und der vaterlandsloſen Polen dazu auserſehen, die Begründer einer beſſeren Zukunft Sibiriens zu werden. Als Pfänder einer günſtigen Zukunft dieſes Himmelsſtrichs dienen jetzt ſchon drei Umſtände: Dieſes Land hat keine privilegirten Stände, ſehr wenig Beamte, und ein Volk das ſich ſelbſt zu regieren verſteht.

Die Regierung und die liberale Partei in Baden.

Die nationale Politik, welche Baden ſeit 1866 bewährt, hat dieſem ſüdlichen Grenzſtaat deutſchen Lebens die Sympathien aller deutſchen Patrioten verſchafft und mit der wärmſten Theilnahme, nicht ohne Sorge, haften die Blicke auf dieſem Theile unſeres Bodens. Gerade dort ſind die Schwierigkeiten einer bundestreuen Regierung ſo groß, daß ſie die ſtärkſte Feſtigkeit und Beſonnenheit der Regierenden, dazu ein ungewöhnliches Organiſationstalent erfordern. So lange der Eintritt Badens in den großen deutſchen Bund als nahe bevorſtehend zu hoffen war, vermochte die Regierung leichter die Zumuthungen an ihre Staatsbürger zu ſteigern, ſie durfte erwarten, in dem Zwang übermächtiger Thatſachen und in der Autorität des Bundes ihre Stützen zu finden und ſo mit den abgeneigten Elementen in der Bevölkerung, mit Ultramontanen, Großdeutſchen und Radicalen, fertig zu werden. In dieſer Hoffnung wurde durch das Miniſterium Mathy Vieles für den Eintritt vorbereitet: die Steuerleiſtung des Landes ward geſteigert, und ſo die Militärorganiſation des Bundes möglich gemacht, für jeden Kreis der Bundesintereſſen wurden die Verhältniſſe des Staates der Einordnung angepaßt. Der Tod Mathy's traf zuſammen mit einer vorläufigen Entſcheidung der ſüddeutſchen Frage, welche gegen die höchſt berechtigten Wünſche der badiſchen Regierung und der nationalen Deutſchen ausfiel. Die Aufgabe des Miniſteriums Jolly wurde dadurch noch ſchwieriger. Allein und ohne die Autorität des Bundes mußten Finanzen, Heerweſen und Verwaltung in bundestreuem Sinne fortgeführt werden, ſollten Regierung und Volk die Laſten der Neuzeit tragen ohne die entſprechende Erhebung des nationalen Gefühls, des freien Verkehrs, der höchſten Staatsintereſſen, welche die Ausdehnung des Bundes über den Süden gebracht hätte. Wir haben jeden Grund, dem neuen Miniſterium die Hochachtung und Dankbarkeit der Nation auszuſprechen für Feſtigkeit, Thatkraft und Energie, womit daſſelbe die Geſchäfte Badens geleitet. Ohne ſich gegen das Ausland Blößen zu geben und ohne ſich von den andern Südſtaaten feindlich zu iſoliren, hat das Miniſterium Jolly die Militärverfaſſung durchgeführt, der innern Verwaltung Präciſion und Disciplin gegeben, die in Baden nur zu lange fehlte und dabei der Landescultur, der Vermehrung des Wohlſtandes, der Gerichtsorganiſation und den Anfängen einer Selbſtregierung der kleineren Volkskreiſe eine Aufmerkſamkeit und Arbeitskraft zugewendet, welche in Süddeutſchland faſt unerhört ſind. Es iſt eine der wenigen Regierungen in Deutſchland, welche den Beweis führt, daß man durchaus liberal und von

dem edelsten Patriotismus beseelt sein und doch dabei mit sicherer Hand die Zügel einer Staatsregierung leiten kann.

Ihr größter staatsmännischer Vorzug aber ist, daß sie stets verstanden hat, die wichtigste Frage, die des nationalen Anschlusses, obenan zu stellen. Der gegenwärtige Zustand des Staates ist ein provisorischer. Noch ist ein großer Krieg, welcher über die Zukunft des Südens entscheiden soll, nicht unmöglich, Vielen gilt er für nahe bevorstehend. Nach den Erfahrungen von 1866 war die erste Aufgabe, Zucht und Gehorsam in Heer und Beamtenthum durchzusetzen und die nächste zu verhüten, daß die confessionellen und politischen Parteien im Lande selbst durch ihre Zwistigkeiten die Regierung in neue Conflicte warfen, welche bei der eigenthümlichen Configuration des Landes für Baden stets gefährliche Lebensfragen geworden sind.

Bei dieser weisen Politik hatte die Regierung auf die schwächliche, aber geräuschvolle Feindseligkeit der Ultramontanen und Großdeutschen zu rechnen und auf die verständige und hingebende Unterstützung der nationalen Partei in Baden.

Denn die Führer dieser Partei, bisher unsere politischen Freunde, wußten am besten wie unsicher die Majorität war, welche sie gegenwärtig als Erwählte darstellten, wie kurz der Gesichtskreis, schwankend und wechselvoll die Stimmungen ihrer Wähler, und sie vermochten einzusehen, daß ihre beste Weisheit sein mußte, treu in allen großen Fragen zu der nationalen Gesinnung der Regierung zu stehen, und dafür auch berechtigte innere Forderungen zurückzuschieben; gerade sie hatten die dankbare Aufgabe, vor dem übrigen Deutschland, welches sie im vorigen Jahre mit lauter Freude als Vorkämpfer der deutschen Sache begrüßt hatte, zu constatiren daß auch im Süden zuverlässige politische Charaktere von großem Zuschnitt nicht fehlten. Aber während wir im Nordbunde solche Politik der Badenser als selbstverständlich annahmen, was thun dieselben Männer, die seit dem Jahre 1866 als Vertreter unserer Partei galten? Sie vereinigen sich zu Offenburg im vorigen Monat bei einer Zusammenkunft, die sie mit einigem Geheimniß umgeben, gegen ihre alten Parteigenossen in der Regierung zu Forderungen, welche einem Mißtrauensvotum gegen dieselbe und in Wahrheit einem Abfall von der nationalen Partei gleichkommen.

Dieser Verabredung folgen Zeitungsartikel, deren Spitze gegen das Ministerium gerichtet ist; in dem Lande wird von denselben Liberalen für Unzufriedenheit agitirt, die Steuerlast und Militärlast beklagt und der Verdacht gemurmelt, daß das Ministerium Jolly ein Verbündeter der preußischen Reaction zu werden drohe. Endlich werden auch die offenburger Forderungen veröffentlicht, auf deren Erfüllung diese Herren jetzt bestehen müßten. Die Sache macht in Baden und außerhalb das größte Aufsehen, das Ministerium, von seinen eigenen Freunden bedroht, findet sich durch diesen plötzlichen Abfall veranlaßt beim Großherzog die Entlassung einzureichen und nur der ausgesprochene Wille des Fürsten erhält dasselbe jetzt im Amte.

Und sieht man näher zu: welchen Grund haben die liberalen Vertreter des badischen Volkes zu solch' unerhörtem Verhalten? welche schwere Verschuldungen und welcher Abfall von liberalen Grundsätzen macht eine Auflehnung der Partei gegen ein Ministerium von ihrer eigenen Farbe erklärlich? Es ist absolut kein Grund vorhanden; die Unzufriedenen vermögen dem Ministerium keine einzige Maßnahme vorzuwerfen, welche entweder illiberal oder gegen die besten Interessen des Landes und der Nation sind. Ja im Gegentheil, so weit aus den Forderungen, welche sie selbst aufstellen, ihr eigener Standpunkt klar wird, muß sich der patriotische Unwille gegen sie selbst richten. Zwar mehre dieser Forderungen mögen an sich sehr be-

rechtigt sein und nur ihr Aufregen in diesem Momente unzeitig, sowie die Art und Weise sie geltend zu machen ungeschickt; andere aber, vor Allem die Forderung, daß das Militär-Budget jetzt verringert werde, sind gradezu ein Preisgeben der nationalen Sache und ein Rückfall in die alte elende Kleinstaatswirthschaft des Südens. Wahrlich, nicht Schule, nicht Kirche, nicht liberale Reden vermögen grade in Baden das alte leidige Bummelwesen so schnell zu bessern und den Männern aus dem Volke so sehr die Selbstverleugnung und Hingabe an den Staat einzuflößen, wie die allgemeine Wehrpflicht und die als preußisch gescholtene Militärzucht. Und suchen wir die letzten Motive für diese plötzliche Ablösung von dem Ministerium, so vermögen wir wieder keine anderen zu erkennen, als kleine Verstimmung, verletzte Selbstliebe, nicht erfüllte persönliche Hoffnungen. Dann den Mangel jener Parteizucht, welche das erste Erforderniß jedes handelnden Politikers sein soll. Und endlich den Mangel an männlichem Muth, welcher große Ueberzeugungen auch gegen das Geräusch des Tages und die kleinbürgerliche Unzufriedenheit der Wähler aufrecht zu erhalten weiß.

Sind die Herren so kurzsichtig, zu meinen, daß auf eine Abdication des Ministeriums Jolly ein Ministerium Lamey und Bluntschli folgen werde? Es gehört wenig Weisheit dazu, um zu verstehen daß nach solchem Fiasco und Zerwürfniß der nationalen Partei in Baden ein völliger Umsturz des Systems eintreten muß und daß entweder die großdeutsche Partei die Regierung übernehmen wird oder daß eine Krisis anderer Art über den Staat hereinbrechen mag, welche das selbständige Leben Badens noch tiefer schädiget. An dem unglücklichen Tage von Offenburg haben die Liberalen Badens sich ein Armuthszeugniß ausgestellt, welches von Niemandem mit größerer Freude gelesen wird, als von ihren pfäffischen und großdeutschen Gegnern. Und was wir nicht weniger schmerzlich empfinden: sie haben uns andere Deutsche um das Vertrauen ärmer gemacht, welches wir auf sie und ihre Thätigkeit für den Staat deutscher Zukunft setzten.

Es wird uns schwer zu glauben, daß Deutsche, deren Talent und Gesinnung mehr als einmal der deutschen Sache von Nutzen war, sich so ganz auf falschem Wege verlieren sollten. Sie werden leider schon jetzt schwer finden, den Schaden wieder gut zu machen, den sie angerichtet. Dem Ministerium Jolly aber, das nächst dem Großherzog gegenwärtig der letzte Vorkämpfer der nationalen Sache in Baden ist, möchte dies Blatt die achtungsvolle Bitte ans Herz legen, den Posten, auf den es durch ein großes Schicksal gestellt wurde, festzuhalten bis zum Aeußersten. Wie dann auch die Geschicke Badens sich gestalten, ihm wird der Ruhm bleiben, unter schlaffen verrätherischen Freunden und gegen eine Ueberzahl von Feinden die höchste Pflicht deutscher Patrioten erfüllt zu haben. Selten vermag der Lebende zu ermessen, wie die Nachwelt seine Erdenarbeit betrachten wird; wenn uns aber jemals ein solcher Blick in die Zukunft gestattet war, so ist es jetzt bei unserem Kampfe für den deutschen Staat. Und wir ahnen, daß die Nachwelt diesen Kampf für groß halten und die Männer, welche damals fest für die Einheitsidee standen, als die Gründer deutscher Freiheit und Größe betrachten wird.

D. Red.

Vermischte Literatur.

Carstens' Werke, in ausgewählten Umrißstichen von Wilh. Müller, herausgegeben von Hermann Riegel. 2. Auflage. 43. Tafeln. Leipzig, Verlag von Alphons Dürr. 1869.

Eine neue Auflage der trefflichen Nachbildungen von Carstens' Compositionen, welche der vor Kurzem verstorbene weimarische Kupferstecher Wilh. Müller seit einer Reihe von Jahren heftweise herausgab, war lange ein Wunsch der Kunstfreunde und Forscher. Die Verlagshandlung von A. Dürr in Leipzig hat sich, wie an manchem ähnlichem Werke, das durch falsche geschäftliche Behandlung dem Publicum entfremdet war, so auch an diesem das Verdienst der Wiederherstellung erworben, was um so dankenswerther ist, weil wir dasselbe nicht blos in handlicherer und geschmackvollerer Form, sondern zugleich auch wohlfeiler erhalten. Dabei ist in der neuen Auflage für einen reichlichen Text gesorgt, welcher über den Lebensgang des Künstlers und die Bedeutung der Compositionen sachkundigsten Aufschluß gibt. Ganz besonders verdient diese Auflage der Kupferstiche nach Carstens' noch deßhalb empfohlen zu werden, weil ihre Aufnahme über die Veranstaltung einer Fortsetzung der Publicationen von Carstens'schen Werken entscheiden soll, von denen noch eine stattliche Reihe dem Publicum fast gänzlich fremd ist und die theilweise auch dem Kunstforscher schwer zugänglich sind.

Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt ist die Anerkennung Carstens' gewachsen; bei den Künstlern versteht sich das von selbst; aber auch von jedem Gebildeten, der die Schicksale der deutschen Kunst mit Interesse verfolgt, wird heute verlangt, daß er sich eine Vorstellung von der Eigenthümlichkeit dieses Mannes bilde, dessen gesinnungsvolles Streben ihn selber in den Tod, die deutsche Kunst zu neuem Leben rief. An Mitteln dazu fehlt es heute nicht mehr. Die vorliegende Bildersammlung weist uns auf die vorm Jahre von demselben Herausgeber, Dr. H. Riegel, veröffentlichte Bearbeitung der Biographie Carstens' von K. L. Fernow zurück (Hannover bei Karl Rümpler 1867), eine Arbeit, welche die Kunde von Künstler und Werk auf das erwünschteste vervollständigt. Mit schöner Pietät hat der Verfasser den Text des Fernow'schen Buches, das fast ganz aus dem Handel verschwunden war, zunächst neu abgedruckt, um das Verdienst des ausgezeichneten Mannes zu wahren und dieses in seiner Art classische Denkmal eines Freundes wieder aufzufrischen. Er gibt sodann in Anmerkungen eigene Kritik sowohl der historischen wie der ästhetischen Seite der Originalbiographie, erweitert und berichtigt dieselbe durch urkundliche Beiträge, unter denen namentlich die Correspondenz Carstens' mit Berlin von Wichtigkeit ist, und setzt in einen eigenen Capitel sein Urtheil mit dem Fernow's und den Künstler mit seiner Zeit und der nachfolgenden Kunstentwicklung auseinander. Das letzte, aber nicht minder dankenswerthe und jedenfalls mühevollste Stück der Arbeit ist ein genaues, mit allen erforderlichen Angaben versehenes Verzeichniß der Werke.

Mit **Nr. 1** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal,** welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im December 1868.

Die Verlagshandlung.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 51.

Ausgegeben am 18. December 1868.

Inhalt:

Ungedruckte Briefe von Goethe und Schiller . . . . . Seite 441
Eine Finanzreform des vierzehnten Jahrhunderts 445
Norddeutsche Küsten und Kriegshäfen: Die Unterelbe und ihre Befestigung 457
Aus Schleswig-Holstein 466
Aus Schwaben 472
Berliner Corresp.: Die Generaldebatte gegen das Cultusministerium 476
Vermischte Literatur 479

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Ungedruckte Briefe von Goethe und Schiller.

Ein Gutachten Goethe's.*)

Ew. Hochwohlgeboren

zutrauliches, für mich ſo ehrenvolles Schreiben hat mir die angenehme Empfindung gegeben, daß meine Verſäumniß, Hochdenenſelben vorigen Herbſt nicht aufgewartet zu haben, hierdurch zum Theil wenigſtens ausgeglichen wird. So wie denn auch des Herrn Staats-Miniſter von Stein, Excellenz, durch Empfehlung meiner vorhabenden Arbeit, zu ſo vielem Guten, das ich dieſem trefflichen Manne ſchuldig geworden, noch ein neues und ſo vorzügliches hinzuthut.

Da die Sache von großer Wichtigkeit iſt, und eine Erklärung über dieſelbe viele Schwierigkeiten hat; ſo ſei es erlaubt mich aphoriſtiſch auszudrücken, vorher aber die Entſtehung jener Druckſchrift, deren Ausgabe leider verſpätet worden, mit wenigem anzugeben.**)

Bei meinem zweimaligen Aufenthalt am Main und Rhein, in beiden vergangenen Sommern, war mir angelegen, nachdem ich meine vaterländiſche Gegend ſo lange nicht geſehen, zu erfahren, was nach ſo vielem Mißgeſchick ſich daſelbſt, bezüglich auf Kunſt, Alterthum und Wiſſenſchaft befinde? wie man es zu erhalten, zu vermehren, zu ordnen, zu beleben und zu benutzen gedenke?

Ich beſah die Gegenſtände, vernahm die Wünſche, die Hoffnungen, die Vorſätze der Einzelnen, ſo wie ganzer Geſellſchaften, und da ich meine Gedanken dagegen eröffnete, forderte man mich auf, das Beſprochene nieder zu ſchreiben, um vielleicht eine öffentliche Ueberſicht des Ganzen zu geben und zu Privatunterhandlungen gleichſam einen Text zu liefern. Da ich aber auf

*) Das Schreiben iſt an Geh. Rath Sack im Köln gerichtet, der bei der vielfach ventilirten Frage über die Einrichtung der Univerſität und Kunſtanſtalten in der Rheinprovinz, namentlich, ob alles in Köln zu centraliſiren oder einzelne Anſtalten in verſchiedene Städte zu verlegen ſeien, auch Goethe um eine Meinungsäußerung anging.

**) Ueber Kunſt und Alterthum in den Rhein- und Maingegenden I. (1816).

gedachter Fahrt Ihro Königl. Maj. Staaten nur im Fluge berührte; so ist leicht zu ermessen daß dieser Theil des Aufsatzes der magerste und unzulänglichste seyn werde, wenn dasjenige was über andere Ortschaften und Gegenden gesagt wird, vielleicht befriedigender ausfallen möchte.

Bey allem konnte ich jedoch nur darauf ausgehen zu bemerken, was vorhanden und was für das Vorhandene allenfalls zu wünschen sey; das Wie hingegen habe ich von meinen Betrachtungen ausgeschlossen, weil dieses nur von denjenigen beurtheilt werden kann, welchen die Ausführung der Sachen, unter gegebenen Bedingungen, der Zeit und Umstände, anvertraut ist.

Die Rhein- und Mayngegenden, im breitesten Sinne genommen, zeigen, so wie das übrige Deutschland, ausgesäte größere und kleinere Lichtpunkte.

Die Natur der nebeneinander gelagerten Staaten bringt mit sich, daß wir niemals zu denen Vortheilen gelangen können, deren sich die Pariser, zwar mit Unrecht, aber doch zu eigenem und zum Vortheil der übrigen gebildeten Welt erfreuten. Alles denkbare, was der mannigfaltig Thätige zu seinen Zwecken bedürfen mag, fand sich beysammen, so daß Männer wie Humbold und Gall, wenn sie sich selber nicht verkürzen wollten, einen solchen Aufenthalt nicht verlassen durften.

Dieser Körper ist auseinandergefallen, und wenn der deutsche Freund der Kunst und Wissenschaft sich umsieht, wo er irgend ähnliche Vortheile finden könnte; so wird er sich als einen Reisenden betrachten müssen, da er denn freylich die größten Schätze von Wissenschaft und Kunst nach und nach wird aufsuchen und benutzen können.

Die Hauptrichtung meines kleinen Aufsatzes geht deshalb dahin, einem jeden Orte das seinige zu lassen und zu gönnen, das Vorhandene hingegen allgemeiner bekannt zu machen, damit man leichter beurtheile, wie es erhalten und belebt und von Einheimischen und Fremden benutzt werden könne.

Wenn nun aber das vorhergesagte hauptsächlich von demjenigen gilt, was wirklich schon besteht, so findet bey dem, was erst eingerichtet werden oll, eine neue Betrachtung statt.

Die Bildung nämlich unserer Zeit steht so hoch, daß weder die Wissenschaft der Kunst, noch diese jener entbehren kann. Seit Winkelmanns und seiner Nachfolger Bemühungen ist Philologie ohne Kunstbegriff nur einäugig. Alle mehr oder weniger gebildete Völker hatten eine zweite Natur durch Künste um sich erschaffen, die aus Ueberlieferung, Nationalcharakter und climatischem Einfluß hervorwuchs, deswegen uns alle alterthümlichen Reste von Götterstatuen bis zu Scherben und Ziegeln herab, respectabel nnd belehrend bleiben.

Und so fördern die verschiedenen Zweige der Wissenschaften einander,

wie denn auch die verſchiedenen Zweige der Kunſt einander fördern. Mit dem Bildhauer ſinkt der Medailleur, der Kupferſtecher mit dem Zeichner. Ein Kenner und Liebhaber der Naturgeſchichte kann das glücklich nachahmende Talent ſorgfältiger Künſtler nicht entbehren, und ſo geht es durch alles durch, bis Wiſſenſchaft und Kunſt endlich Technik und Handwerk zu Hülfe rufen und auch dieſe veredeln.

Wer ſich ein ſolches Ganze lebendig denkt, wird es an Einen großen Ort, wo alle Glieder ſich unmittelbar berühren, hinwünſchen: denn gerade dieſe Berührung iſt es, woraus das wechſelſeitige Leben und eine Förderniß entſpringt, welche ſonſt auf keine Weiſe denkbar iſt.

In dieſem Sinne alſo mußte der Wunſch, dieſe Totalität in Cöln zu ſehen einem Fremden nicht tadlenswerth erſcheinen, wenn er auch gleich bey Unkenntniß der beſondern Umſtände, denſelben nur problematiſch auszuſprechen wagte. In demſelben Fall befinde ich mich und ſo habe ich mich auch in meiner Druckſchrift gehalten und die Frage zwiſchen Bonn und Cöln ſchweben laſſen.

Eine neue, mir bisher unbekannt gebliebene Eintheilung der Provinzen aber, ſcheint die Vertheilung der verſchiedenen Anſtalten räthlicher zu machen. Ew. Hochwohlgeb. haben ſich hierüber deutlich ausgedrückt und ich glaube auch die hierzu veranlaſſenden Gründe einigermaßen einzuſehen. Wie ſollte auch derjenige nicht ſeine Gründe wohl überdacht haben, der an Ort und Stelle ſchon längſt vorläufig wirkſam, einer von Ihm einzuleitenden neuen Einrichtung den beſten Fortgang zu ſichern wünſcht.

Es ſey mir um der beliebten Kürze willen ein Gleichniß erlaubt: Man hat in dem Raume zwiſchen Mars und Jupiter längſt einen großen, allenfalls mit Satelliten umgebenen Planeten geſucht, und hat endlich an der Stelle vier kleine gefunden. So werden nun auch nach gedachten Vorſchlägen die getheilten Anſtalten ſich um die Centralſonne des wiſſenſchaftlichen Vereins bewegen. Alles an einem Orte vereinet, würde durch Realität und Lebenskraft der Oberaufſicht ſowohl das Ueberſchauen als das Einwirken erleichtern, anſtatt daß ſie, in dem gegenwärtigen Falle, ein ideeller Punkt wird, der ſich mit mächtigen Abtractions- und Repulſionskräften zu waffnen hat, wenn er die ſämmtlichen Bahnen um ſich her und unter ihnen ſelbſt in regelmäßiger Bewegung erhalten will.

Ich ſage dies nicht, um gegen die vorgeſchlagene Einrichtung zu argumentiren, ſondern nur auszuſprechen, was gewiß ſchon bedacht iſt, daß nämlich jeder von dieſen beiden Fällen von obenherein eine andere Behandlung bedürfe.

Eine Beſorgniß jedoch muß ich noch ausſprechen, daß Deutſchland, ſo groß es iſt, ſo groß es iſt, kaum ſo viele mobile Individuen liefern werde,

welche ſich qualificiren eine große Geſammt-Anſtalt am Rhein wahrhaft zu beleben, wobey doch mancher in verſchiedene Fächer eingreifen und durch ein mehrfaches Talent nützen könnte. Zu vertheilten Anſtalten aber iſt ein weit größeres Perſonal, das zugleich mehr Fähigkeit, Tüchtigkeit und guten Willen hat, erforderlich. Anderer ernſteren und anhaltenden Bemühungen der Vorgeſetzten nicht zu gedenken, welche nöthig ſeyn werden, um die ſchon an und für ſich getrennten und nun auch durch Ortsentfernung geſchiedenen Elemente, in einer wechſelſeitigen, wohlwollend verbundenen Thätigkeit zu erhalten.

Daß dieſes kräftigen, energiſchen, erfahrenen und geprüften und mit hinlänglicher Autorität verſehenen Männern, die ſich zum Mittelpunkt conſtituiren zu leiſten möglich ſey, will ich nicht in Zweifel ziehen; auch ſpreche ich hier nur als einer der ſich einen Augenblick anmaßt, über das Wie ſeine Bedenklichkeiten zu eröffnen.

Sobald mein Aufſatz oder wenigſtens deſſen erſtes Heft gedruckt iſt, nehme mir die Freyheit ſolches zu überſenden. Es kann nichts die königl. Provinzen betreffendes enthalten, was Ew. Hochwohlgeboren nicht ſchon bekannt wäre. Wie man aber die Städte weiter aufwärts zu einem Verein einladen und ſie dafür intereſſiren könne, hierüber werden vielleicht einige brauchbare Notizen hervorgehen.

Der ich, mit nochmaliger aufrichtiger Anerkennung des Werthes eines ſo ſchätzbaren Zutrauens, um Verzeihung bitte, der flüchtig geäußerten Gedanken. Dero Schreiben iſt mir erſt am zwölften Tage zugekommen, deshalb ich gegenwärtiges beeile. Sollte mir etwas weiteres beygehen, das ich der Mittheilung werth achten dürfte, ſo wird mir die Erlaubniß ſolches nachzubringen gefällig geſtattet ſeyn. Wie ich denn mit vollkommenſter Hochachtung die Ehre habe mich fortdauerndem Zutrauen angelegentlichſt zu empfehlen

Ew. Hochwohlgeb.

gehorſamſter Diener
J. W. Goethe.

Weimar, den 15. Januar 1816.

Ein Brief Schillers.*)

Volkſtätt, den 7. Jul. 1788.

Haben Sie Dank, liebſter Freund, für Ihre Bemühungen um die Thalia. Es hat mich nachher geärgert, daß ich Sie überhaupt nur mit dem Ein-

*) Gerichtet an Kammerrath Riedel, den Erzieher des Erbprinzen in Weimar.

treiben derſelben gequält habe. Ein einziger Brief nach Leipzig hätte ſie mir ja verſchafft. Indeß iſt es wirklich eine merkwürdige Begebenheit, daß — ein Prinz etwas zurückgibt.

Ich wünſchte Sie ſchon manchen Tag hierher; der Umgang mit Ihnen würde meine hieſige Exiſtenz noch einmal ſo ſchön machen. Auch Ihnen würde dieſer Selbſtgenuß wohl thun. Meine Tage verſchwinden mir hier ſo angenehm, ſo ſchnell. Ich werde um den Sommer gekommen ſein, ehe ich mir's denke. Beſonders viel gearbeitet wird nicht. Meine Geſellſchaft in Rudolſtadt iſt ſo anziehend für mich, daß ich oft ganze Tage darin verliere, biß mich einer meiner Verleger aus dieſem ſüßen Traum wieder auſpocht. Geſtern habe ich die ſchönen und ehrwürdigen Ruinen vom Schloſſe Plankenburg geſehen, die größten die mir noch vorgekommen ſind. Es verlohnte ſich wohl der Mühe, eine Zeichnung davon zu machen. Ich wünſchte nur einen Tag hier zuzubringen und mich ganz in die alte Ritterzeit hineinzuträumen.

Goethe iſt jetzt bei Ihnen.*) Ich bin ungeduldig, ihn zu ſehen. Wenige Sterbliche haben mich noch ſo intereſſirt. Wenn Sie mir wieder ſchreiben, liebſter Freund, ſo bitte ich Sie, mir von Goethe viel zu ſchreiben. Sprechen Sie ihn, ſo ſagen Sie ihm alles ſchöne von meinetwegen, was ſich ſagen läßt. Die Iphigenia hat mir wieder einen recht ſchönen Tag hier gemacht; obſchon ich das Vergnügen, das ſie mir gibt, mit der niederſchlagenden Empfindung büßen muß, nie etwas ähnliches hervorbringen zu können.

Ich trage jetzt auch das Gerüſte zu einem Stück zuſammen und der Sommer, hoffe ich, ſoll es vollenden.**) Wird es fertig, wie ich wünſche, ſo ſehe ich es in Hamburg vielleicht ſpielen; ich bin ſtark verſucht im Spätjahr dahin zu reiſen.

Leben Sie recht wohl und laſſen Sie bald etwas von ſich hören.

Der Ihrige

Schiller.

Eine Finanzreform des vierzehnten Jahrhunderts.

Chroniken der deutſchen Städte, 6. Band: Braunſchweig 1. Band. (Herausgegeben durch die hiſtoriſche Commiſſion bei der königl. Akademie der Wiſſenſchaften in Baiern.) Leipzig, S. Hirzel. 1868.

Der vorliegende Band der deutſchen Städtechroniken, der ſechſte der ganzen Sammlung, der erſte der niederſächſiſchen Reihe, iſt, bis auf das von

*) „Goethe iſt jetzt in Weimar ſeit vierzehn Tagen; man findet ihn wenig verändert" ſchreibt Schiller an Körner 5. Juli 1788.

**) Der Menſchenfeind.

Dr. Karl Schiller in Schwerin verfaßte Glossar,*) in sprachlicher wie in historischer Beziehung ganz von dem braunschweigischen Stadtarchivar Ludwig Hänselmann bearbeitet, demselben, dem wir bereits das vortrefflich edirte Urkundenbuch der Stadt Braunschweig verdanken. Er enthält nach einer allgemeinen lehrreichen Einleitung, welche das Entstehen und Zusammenwachsen der fünf Weichbilde Braunschweigs darstellt, vier Texte aus dem Ende des 13., des 14. und aus dem Anfange des 15. Jahrhunderts: die machinatio fratrum minorum 1279, das Fehdebuch 1377—88, die Heimliche Rechenschaft 1406, und Hans Porner's Gedenkbuch 1417—27. Dieselben werden erläutert durch sieben Beilagen, die wir nicht anstehen, als Muster sorgfältiger Untersuchung zu bezeichnen und die zu dem Besten gehören, was die städtische Historiographie überhaupt aufzuweisen hat. Eigentlich gehören zu diesem Bande neun Beilagen; aber zwei sind für den folgenden zurückgelegt worden, ohne Zweifel auf Veranlassung des Herausgebers der ganzen Sammlung, Professor Hegel, der in der Vorrede bemerkt, daß „den selbständigen historischen Ausführungen des Bearbeiters in den Beilagen dieses Bandes ein großer, vielleicht zu großer Raum gelassen sei." Wir theilen diese Sorge nicht. Was zur Erklärung einer dunklen Schrift von einem Kenner irgend Sachliches beigebracht werden kann, soll gerade in solcher Sammlung nicht vorenthalten werden. Das entgegenstehende Beispiel des sonst so hochverdienten Böhmer, der „den monumentalen Charakter der alten Quellen durch kein fremdartiges Beiwerk beeinträchtigt wissen wollte" sollte man nur beiziehen, um es seiner Autorität zu entkleiden; denn ein Kind sieht ein, daß es etwas Anderes ist, einen Dom mit Häusern bekleben und eine Chronik durch Beilagen erläutern.

An eigentlich chronikalischem Material bietet dieser Band nur die ganz kurze Aufzeichnung über die machinatio fratrum minorum und das Fehdebuch, und auch dies ist mehr ein Conto über erlittene Schäden als eine Chronik; das dritte Stück, die Heimliche Rechenschaft, ist eine officielle Denkschrift, das vierte das Notizbuch eines einflußreichen und vielerfahrenen städtischen Beamten. Aber man that sehr wohl, den Begriff der Chronik so weit auszudehnen, daß er die vorliegenden Monumente, obgleich sie zum äußerlichen Verlaufe der braunschweigischen Geschichten direct nur wenig Neues beibringen, noch mit umfaßte. Denn bieten sie nicht Geschichte, so bieten sie etwas unendlich Werthvolleres, nämlich eine authentische Interpretation der Geschichte, und das für eine Reihe von Vorgängen, die nicht ausschließlich der besonderen Entwickelung Braunschweigs angehören, sondern gleichzeitig und mit fast gleichem Verlaufe in beinah allen deutschen Städten

*) In welchem Wörter wie: Echteding, gebreke, gicht, gylde, hop, jengherhande, lenwate, laken, loze, tzingel, vorvesten, waswekinghe, wysen — nicht hätten fehlen sollen.

wahrzunehmen sind. Die „Heimliche Rechenschaft", absichtslos unterstützt durch das Fehdebuch und Hans Porner's Gedenkbuch, ist die officielle Kritik jener Periode städtischen Lebens, die unter schweren Erschütterungen mit dem 14. Jahrhundert zu Ende ging, und zugleich das Programm der neuen, in welcher die Städte zu einer kurzen aber kräftigen Blüthe gelangten. Sie gibt zu der bekannteren politischen Charakteristik des ausgehenden Mittelalters in lehrreichen Details die Ergänzung einer financiellen Würdigung. Mit Hilfe dieses höchst werthvollen Schriftstückes und einer Reihe anderer bisher noch nicht benutzter Archivalien, namentlich der Klagschriften der unterlegenen Partei, der betr. hansischen Recesse u. s. w., ist es der umsichtigen und vielseitigen Untersuchung Hänselmann's gelungen, sowohl die Krisen des braunschweigischen Aufruhrs v. J. 1374 gegenüber der herrschenden Auffassung in ein ganz neues Licht zu rücken als auch den eigentlichen Charakter desselben völlig klar zu machen. In letzterer Beziehung gewinnen wir einige allgemeine Gesichtspunkte, die sich ohne Zweifel für die Erforschung der großen und umfassenden communalen Bewegung, welche das letzte Viertel des 14. Jahrhunderts charakterisirt, als sehr fruchtbar erweisen werden. Dieser sechste Band der Chroniken ist ein Commentar zu allen übrigen.

Was Kriegk in seinen „Frankfurter Bürgerzwisten und Zuständen im Mittelalter" bereits für den frankfurter Aufruhr der sechziger Jahre andeutete, ist hier für den braunschweigischen des darauf folgenden Jahrzehntes zur völligen Evidenz gebracht: daß er sich nämlich wesentlich in financiellen und volkswirthschaftlichen Motiven bewegte und Nichts weniger war als die Machination einiger unruhiger Demagogen in den Gilden. Er schloß auch keineswegs, wie in den bisherigen Darstellungen angenommen wurde, die auf die Aeußerlichkeiten der lübecker Sühne zu viel Gewicht legten, mit einer einfachen Reactivirung der alten Persönlichkeiten und Zustände und einem Widerrufe der revolutionären Thatsachen, sondern mit einem höchst fruchtbaren Compromiß zwischen den Leuten der alten und den Forderungen der neuen Zeit. Und in der Vollziehung dieses Compromisses ist die Heimliche Rechenschaft zum Nutzen des Rathes von einer Anzahl seiner älteren Mitglieder (wahrscheinlich zumeist durch den trefflichen Hermann v. Vechelde) geschrieben worden, Männern, welche die Uebelstände der alten Zeit wohl kannten, aber zugleich auch einsahen, daß es weniger persönliche Verschuldungen als sehr tief gehende in allgemeinen Verhältnissen begründete Schäden gewesen waren, welche dem alten Regimente einen jähen Sturz bereitet hatten. Sie haben diese Schäden verzeichnet und zugleich angegeben, wie die neue Verwaltung der Stadt sie zu heilen sich bemühte, und der Rath, der ihre Arbeit dankbar entgegennahm, verordnete, daß sie alle drei Jahre verlesen und je und je der Fortschritt der reformatorischen Arbeit dazu vermerkt werden sollte.

Jene Mißstände wurzelten, wie gesagt, in der Finanzwirthschaft des 14. Jahrhunderts, die allerdings ein höchst unbeholfenes verwirrtes Wesen und von vorn herein zu einem permanenten Minus verurtheilt war. Um sie zu verstehen, muß man sich erinnern, daß gerade damals der Staat noch kaum irgend einer seiner natürlichen Aufgaben gerecht wurde und daß er im Ganzen nur dazu diente, dem Kampf Aller gegen Alle, in welchem das öffentliche Leben damals bestand, eine gewisse Form zu geben. Es fehlte durchaus und überall die Sicherheit des Verkehrs und des Besitzes, die uns Neueren als die selbstverständliche Leistung des Staates gilt, und der Einzelne mochte zusehen, wie er einen dürftigen und höchst unzuverlässigen Schutz sich entweder erkaufte oder mit den Nächstinteressirten vereinbarte. Der offene Schaden des täglichen Krieges verzehrte unablässig die besten Säfte der Nation; es war sehr schwer möglich, überschüssige Kraft zu produciren. Fast ergötzlich ist es zu lesen, mit wie leidenschaftsloser Ruhe der Rath zu Braunschweig über die Schäden Buch führt, die ihm aus der täglichen Fehde erwachsen, als wäre sie eine unabwendbare Zugabe des öffentlichen Lebens. Die wichtigsten dieser schloßgesessenen Räuber bekommen ein stehendes Conto, und ihre Schuld wird dann gelegentlich behufs einer Richtigung summirt. So lesen wir von denen von Ampleve, von Tzampleve, von Sowinge und ihren Helfern, was sie z. B. im Jahre 1379 auf braunschweigischen Dependenzen geleistet haben: „erstens in einem Bergfried in der Mühle zu Achem auf 100 Mark; item zu Dencte an Brand, an Raub auf 150 Mark; zu Sotterum auf 40 Mark; zu Symmenstidde auf 200 Mark, Einen todtgeschlagen; zu Remlinge auf 100 Mark; zu beiden Bywende auf 150 Mark; zu Tymberen auf 70 Mark ohne Todte und ohne Gefangene, die sie viele fingen, besonders unseren Bürger Corde Callem, dem sie 40 Mark abschatzten; item zu Callem auf 50 Mark ohne Todte; item zu Hedebere auf 200 Mark; zu Zenstidde auf 40 Mark; zu Rokele auf 100 Mark; zu beyden Winninghestidde auf 250 Mark." Andere Räuber werden zum laufenden Datum registrirt. Verfolgen wir z. B. den August des J. 1381: „Aug. 1. Kokerbeke und seine Helfer. 1. Aug. da sagte er hier auf um ein Unrecht, als ob wir ihm jetzt Rechtes weigerten. Während der Zeit er Vogt war, schlug er unserer Meier zu Wendecelle, zu Lengede, zu Kyssenbrucge, zu Hedebere und anderswo 15 todt. Er schatzte den Unseren ab über Recht und Pflicht mehr denn 1200 lothige Mark. — Aug. 1..... Desselben Tages brannten sie (die Veltheims und Herzog Friedrich) Swulbere und thaten den Unsern wohl auf 100 Mark Schaden. — Aug. 2. Kokerbeke nahm vor St. Michaelisthor Corde van Evense 3 Pferde werth 10 Mark, und schlug Henning seinen Ohm todt und fing Dornebuschen. — Aug. 3. da nahm er bei St. Leonhard aus 2 Pflügen 10 Pferde und fing unseren Bürger Bekedöre in der Altenwik. Der schwur ihm

6 Mark zu geben. — So haben Herzog Otto Borchart van Luttere, Borchart van Goddenſtidde, Jan von Eſcherde, Hinrik Velthem, Vrederik van Alvensleven u. A. ihre ſtehende Rubrik.

Wenn man erwägt, daß ſolcher Fehde eigentlich nie ein Ende wurde und daß ſie ſich in den endloſen Streitigkeiten der Landesherren, in den Privathändeln der Ritter, den Feindſchaften der Städte fort und fort aus ſich ſelbſt neu gebar, ſo wird man begreifen, welche unermeßliche Menge von Werthen in dieſem unabläſſigen Schinden, Schatzen, Brennen und Auspochen zwecklos zu Grunde ging, und in der That begegnet man in den Aufzählungen aus jener Zeit, den Werthunterſchied des Geldes von damals und heute in Anſchlag gebracht, durchweg nur geringen Vermögensziffern. Und irgend ein politiſcher Gewinn kam für jene Verluſte nicht herein; die Machtfragen ſtanden nach der Fehde ſo wie vorher; es waren lediglich ſo und ſo viel hundert Mark zu Grunde gegangen, und die Sache konnte allernächſt an irgend einer niederträchtigen Clauſel, die in eine Richtigung, in eine Urfehde oder einen Geleitsbrief eingeſchmuggelt war, an den frechen Uebergriffen eines Vogtes oder an der Laune eines müſſigen Ritters wieder losgehen. Denn der „friſchen und freien Rittersleute" von der Art des Eppele von Geilingen, die ein Handwerk aus der Fehde machten, gab es zu viele; ihr Vergnügen und ihr Erwerb war es, den die fleißigen Leute zu bezahlen hatten. Dieſer tägliche Krieg beſtand vor Allem im Nehmen und Verderben, und die Feindſchaft der Stadt hatte auch der Einzelne mit ſeiner Habe zu büßen, wie wiederum dieſe für ihren Bürger aufkam, wenn er ſonſt eine einigermaßen angeſehene Stellung hatte. Geringeres Volk zwar ſchlug man ſich gegenſeitig todt, aber Leute, für die man Hoffnung hatte Auslöſung zu erlangen, fing man behutſam ein: ſo gab es für die Stadt ſtets eine Anzahl ihrer Bürger und Diener mit ſchwerem Gelde freizukaufen. Daß Letztere ſich dadurch nicht abhalten ließen, bei der nächſten Fehde in den Reihen der Feinde zu erſcheinen, hatte ſie öfters zu erfahren. Sie ſelbſt konnte ſchließlich, um ſich ſchadlos zu halten, kein anderes Mittel anwenden, als mit denen ihr ſelbſt begegnet wurde, und ſo verdoppelte ſich nur der Verluſt für's Ganze.

Nur gab es leider kein Gefühl für's Ganze: über die Mauern des Weichbildes, über den Wall der Burg ging der Blick nicht hinaus. Daß Nachbarn einander ſchädigten, wo ſie konnten, daß z. B. Herzog Ludwig von Bayern das Korn nicht durch ſein Land ließ, mit dem Augsburg einer dringenden Hungersnoth abhelfen wollte, und daß er es ihr dadurch um ein Viertel des Preiſes vertheuerte, dergleichen war ganz ſelbſtverſtändlich; aber auch im eigenſten Bereiche wurde der brutalſte Egoismus überall vorausgeſetzt und geübt. Denn der Staat war noch nicht in den Idealismus hineingezogen, auf den die Kirche jener Zeit gegründet war, und er erſchien lediglich als

eine gute Entrepriſe: Grund genug, ſich gegen ihn und ſeine Aemter, ſo lange er in keiner höheren Rechtfertigung auftrat, nach Möglichkeit zu wehren. Es gab jedenfalls — ehe nicht ganz neue Ueberzeugungen aufkamen — keine Macht, die ſtark genug geweſen wäre, die Friedensſtörer nachdrücklich zu ſtrafen, Fleiß und Unternehmungsgeiſt zu ſchützen. Selten kam es zu einem Richterſpruch, der aus den höheren Geſichtspunkten des Staates ergangen wäre, und noch ſeltener zur Execution eines ſolchen; neben dem täglichen Kriege ging ein tägliches Theidingen der Parteien her, das eigentlich nur im jeweiligem gegenſeitigen Aufrechnen der Kerbhölzer beſtand. Das Theidingen wurde recht eigentlich die Signatur einer Zeit, welcher das ſtrenge Maß der Geſetzlichkeit abhanden gekommen war.

Eine weitere wirthſchaftliche Erſchwerung dieſer ungünſtigen Verhältniſſe lag in der eigenthümlichen unfertigen Exiſtenzweiſe der Städte. Bei dem oben mitgetheilten Verzeichniſſe iſt es ſehr auffällig, daß die Stadt zumeiſt auf ihren Dörfern, auf den Höfen der Ihrigen geſchädigt wurde. Nun begegnen freilich an anderen Stellen auch die Nachrichten von weggenommenen Tuch-Producten-Ladungen ꝛc., aber in der That überwiegen doch die landwirthſchaftlichen Verluſte. Schon hieraus erkennt man — und jenes Verhältniß wiederholt ſich auch anderwärts — wie ſehr die Stadt noch in das agrariſche Leben verflochten war und daß mit Nichten die Mauer den Bürger und Bauer völlig trennte. Die alten Burgenſen waren zum Theil Grundbeſitzer (in verſchiedenen Stellungen), die in die Stadt gezogen waren, zum Theil Kaufleute, die ſich auch draußen zu begütern geſucht hatten, und dieſe regierenden „Geſchlechter“ haben noch einen durchaus feudalen, rittermäßigen Zug; ſie haben ihre Exiſtenz noch keineswegs allein auf den Handel, auf die Induſtrie geſtellt, und nicht ſelten muß es die Stadt büßen, wenn ihre Ehrbaren die ritterliche Luſt einer Rauferei anwandelt. Gerade eine ſolche ohne rechten Grund mit dem magdeburger Erzbiſchof angezettelte Fehde war es, die in Braunſchweig, als ſie übel auslief und die Auslöſung einer Anzahl von Bürgern nöthig machte, den Aufruhr von 1374 ausbrechen ließ. Von ausſchließlich bürgerlicher Exiſtenz waren wohl nur die Handwerker, wenn auch unter ihnen Manche angetroffen werden, die draußen Grund und Boden, Belehnung und Pfandſchaft erworben haben. So gab es in den Städten zwei Arten von Bürgern, die, von verſchiedener ſocialer Stellung und verſchiedener ſocialer Lebensanſchauung, einander nur mit Mißtrauen betrachteten und die erſt eine innigere Verbindung unter ſich eingehen mußten, ehe ſich die Städte als ſelbſtändige Organismen von den Landſchaften ablöſen konnten. In der Reihe von Revolutionen, welche das 14. Jahrhundert brachte, hat ſich dieſer Proceß vollzogen. Für unſeren Geſichtspunkt aber iſt es wichtig hervorzuheben, daß die Städte, ſo lange ſie jenes Doppelleben führten, den

Schädigungsverſuchen ihrer zahlreichen Gegner immer doppelte Blößen boten; daß ſie auf der einen Seite in die endloſen Händel der Ritter hineingezogen und, um ſie auszufechten, genöthigt wurden ſich unter den Rittern ſelbſt ihre Freunde zu ſuchen; daß ſie andererſeits ihre Waaren auf den überall unſichern Wegen zu decken hatten. Durch dieſen Mangel an Concentration wurde der Schutz, den die Stadt ſich und den Ihrigen ſchuldete, unverhältnißmäßig vertheuert.

Es liegt auf der Hand, wie ſchwer ſchon die Summe der hier berührten Verhältniſſe auf den Etat einer Stadt drücken mußte, direct durch eine Menge unproductiver Ausgaben, indirect durch eine beträchtliche Minderung der Steuerkraft ihrer Angehörigen. Ueberdieß war es bei dem Charakter jener Ausgaben gar nicht möglich, auch nur annähernd einen Voranſchlag für die Verwaltungskoſten der Stadt aufzuſtellen; und wenn dann, wie ſo häufig, der Fall eines außerordentlichen Bedürfniſſes eintrat, ſo war dies Bedürfniß den Gilden und der Gemeinde nur ſelten einleuchtend zu machen. Im Gegentheil hatten dieſe die Einſicht oder mindeſtens das Gefühl, daß es ſich dabei mehr oder weniger um eine Angelegenheit ihrer privilegirten Mitbürger handle, und jede Schoßerhöhung wurde unter ſolchen Umſtänden ein gefährliches Experiment. Der Rath mußte ſich das nothwendige Geld daher auf einem Wege zu verſchaffen ſuchen, der ſich der Controle der Bürger entzog: er machte Anleihen und wieder Anleihen, und bald genug hatte er die Stadt mit einer Maſſe von Paſſiven belaſtet, für welche nirgends ein reales Aequivalent vorhanden war. Der Zinsfuß war außerordentlich hoch: in den ſechziger Jahren gab der Rath 11 und 10 Procent, und für die in der beliebten Form der Leibzucht angelegten Capitalien — die ſo in kurzer Zeit ſowohl dem Staate als der Familie verloren gingen — 10 Procent auf je 4 Leben. Die Stadt gerieth auf dieſe Weiſe allgemach in die ſchwebende Schuld und bei der Unregelmäßigkeit der Schoßeinzahlung gab es bald eine Zeit, wo der Rath neue Anleihen aufnehmen mußte, um die Zinſen der alten zu decken. Der gemeine Mann konnte bei alledem nur das Gefühl haben, daß der Capitaliſt das gemeine Gut für eigenen Nutzen mißbrauche, und ſo verſchärfte ſich der Gegenſatz von Vornehm und Gering durch den von Reich und Arm.

Gehen wir nun auf die ſtehenden Ausgaben der Stadt ein, ſo treffen wir zunächſt auf zwei Punkte, die mit den eben bezeichneten Verhältniſſen in allernächſter Verbindung ſtehen. Von erheblichſtem Nachtheile war für die Stadt vor Allem der Beſitz der Pfandſchlöſſer. Sie kamen ihr zu Handen theils als Pfänder für Anleihen, die den Fürſten nicht gut zu weigern waren, theils ſuchte man ſie auch wohl im eigenen Intereſſe zu erwerben, um nicht einen böſen Nachbar in bedrohliche Nähe zu bekommen, oder um einen neuen Vertheidigungspunkt zu gewinnen, und endlich ging überhaupt die Neigung

der ſtädtiſchen Gebieter dahin, die eigene Herrſchaft möglichſt breit auszudehnen. Aber jedenfalls war ihr Beſitz ein Krebsſchaden am gemeinen Weſen: ihr Ertrag und ihr praktiſcher Werth ſtanden in gar keinem Verhältniſſe zu den Koſten, die ſie verurſachten. Denn ſie bedurften fortwährend einer koſtſpieligen Vertheidigung und Reparatur und bedeuteten für den Schutz der Stadt ſelbſt ſchließlich Nichts. „Und hatten“ ſagt die Heimliche Rechenſchaft, „manche Zeit, daß da Nichts war, wovon die Stadt und der Rath ſo ſehr zurückgingen und in ſo großen Schaden kamen, als von den vorgenannten Schlöſſern.“

Da iſt ſodann die Beſoldung Derjenigen, welche den ſtädtiſchen Kriegsdienſt zu beſorgen hatten und der übrigen Diener der Stadt. „Ferner ſo war das eine große Unordnung mit den Stadtdienern“ ſagt die Heimliche Rechenſchaft; „denen war man viel ſchuldig, und der Schuld wußte man mit ihnen kein Ende. Beſonders die aus der Altſtadt wußten das auf 100 Mark nicht, was ſie ihnen ſchuldig wären; was ſie abbezahlten, die Schuld blieb gleich groß.“ Dieſe naive Praxis hing mit der ſtillſchweigenden Vorausſetzung zuſammen, daß wer zu den Gefreundeten des Rathes gehörte — und die Diener der Stadt wurden doch vom Rathe beſtellt — den Seckel der Stadt wie ſeinen eigenen betrachten dürfe. Eine Rechnungsablage gab es nicht; die Geldangelegenheiten der Stadt gehörten zu den „heimlichen Dingen“ des Rathes. Daß die ſtädtiſchen Reiſigen das Futter für ihre Pferde verkauften und ihrer oft zwei in einem Jahre verhungern ließen, ſcheint wenig Rüge gefunden zu haben; „auch ſo hatten ſie eine Weiſe“ ſagt die Heimliche Rechenſchaft, „wem ſeine Pferde gediehen, dem gediehen ſie ſelbſt, alſo daß er die verkaufte und behielt den Vortheil ſelbſt; verdarben ihm aber die Pferde, ſo waren ſie der Stadt verdorben.“

Natürlich ſtanden die Herren in einem noch innigeren Verhältniſſe zum gemeinen Beutel, als die Diener. Erſt als die im Aufruhr Vertriebenen zurückkehrten, kam es bei jedem Einzelnen zu einem klaren Abſchluß darüber, was er der Stadt und was die Stadt ihm ſchulde; vorher gab es weder in den fünf Weichbilden eine Rechnungsablage noch an der gemeinſchaftlichen Caſſe. Es war nun einmal hergebracht, daß die bevorzugten Familien des öffentlichen Gutes in beſonderer Weiſe genießen dürften, und faſt an letzter Stelle erſcheinen wohl noch die Koſten, die ſie dem Beutel der Stadt durch die Schmauſereien an den großen kirchlichen und ſtädtiſchen Feſten, bei der Sargtragung (St. Autor's), am Gründonnerſtage, an St. Borchard's Abend, in den Faſten, durch Geſchenke an die Gefreundeten, an die Propſtei und die Geiſtlichkeit, durch Gratulationsgelder für die Rathsfrauen u. ſ. w. verurſachten. Freilich iſt die Summe von 20 Mark, die man ſpäter bei einer Reduction dieſer Feſtlichkeiten nur geſpart haben will, wohl zu niedrig ge-

griffen; es sind dabei die Naturallieferungen, welche die Stadt dazu leistete, offenbar nicht mitberechnet. Von weit größerer Erheblichkeit erscheint es, wenn die begüterten städtischen Geschlechter sich selbst durch den Rath, in welchem sie sitzen, jenen schon oben bezeichneten hohen Zinsfuß bewilligen; denn daß auch um weit niedrigeren Zins Capitalien zu haben waren, zeigte sich, als der neue Rath später die 10 Procent allmälig auf 3 herabbrachte.

Endlich führte die Art der Verausgabung selbst zu neuem Schaden. Theils nämlich wurde Sold, Zins und Leibzucht ausbezahlt, wenn es die Berechtigten gerade begehrten, theils gab man in halbjährigen Raten und zwar sonderbarer Weise an Terminen, die in die Ebbezeit der Casse fielen. Dadurch wurde man, um nur die laufenden Ausgaben zu decken, wieder genöthigt Anleihen zu erheben: eine Art der Verwaltung, die sich eben nur aus der Voraussetzung erklärt, daß man Niemanden dafür Rechnung zu legen habe. Nicht minder nachlässig war die Art und Weise der Vereinnahmung. Die Einnahmen der Stadt flossen theils aus mancherlei Eigenthum und Gülten an Grund und Boden und Gebäuden, aus einträglichen gewerblichen Unternehmungen, namentlich den Weinkellern, Mühlen, Ziegeleien, Steinbrüchen und aus der Münze, theils aus der Judenbede, den Erbschaften, Testamenten, Bürgerbriefen und aus der Gerichtsbarkeit, theils aus den Zöllen, besonders dem Mühlen-, Korn- und Markt-Zoll, endlich aus der directen Steuer des Schlosses. Was nun jene Art von Einnahmen betrifft, die aus Besitztiteln und nutzbaren Rechten stammten, so fällt in dem Eide der Rathsleute wie nachmals Derjenigen, welche aus der Verbannung zurückkehrten, eine Clausel auf, durch die sie verpflichtet werden, städtische Besitz- und Rechtsansprüche, die ihnen bekannt sind, zur Kenntniß des Rathes zu bringen. Sie erklärt sich einerseits aus der Heimlichkeit, mit welcher der Rath die Angelegenheiten der Stadt betrieb, andrerseits aus der Zersplitterung und Zusammenhangslosigkeit seiner Geschäftsführung. Nur das, was als das Wichtigste erschien, wurde collegialisch erledigt, die laufenden Geschäfte waren einzelnen Deputirten aufgetragen, die ihren Aemtern willkürlich genug vorstehen mochten; denn es gab keine Controle und keine geschäftliche Tradition, die über ihnen gewesen wäre. Wie manches nutzbare Recht, um das vielleicht nur ein Einzelner gewußt hatte, mochte auf diese Weise, besonders in unruhigen Zeiten bei dem auffallenden Mangel an officiellen Aufzeichnungen, für die Stadt verloren gegangen sein! Nicht besser stand es um die directe Steuer. Davon berichtet uns die Heimliche Rechenschaft: „Hatte ein Bürger Schuld ausstehn, da brachte er ein Pfand für, wenn er wollte. Hatte auch ein Kaufmann sein Gut draußen, da brachte er auch ein Pfand für, wenn er wollte. Hatte ein Rentner Gut in einem Processe, der brachte auch ein Pfand, wenn

er wollte. Und die Pfänder die sammelten sich von einigen unserer Bürger von Jahr zu Jahr, daran gab es großen Schaden."

Genug, es wird überall ersichtlich, daß das Gemeinwesen weit entfernt war, eine wichtige oder gar die wichtigste Stelle unter den Interessen seiner Mitglieder einzunehmen. „Alles politische Dichten und Trachten verfiel" so charakterisirt Hänselmann jene Periode, „den niederen Mächten der Erde: vorab einem fesselosen Eigennutze, blind für Alles, was außerhalb des engsten Kreises der Zunft oder Sippe lag, ängstlich bemüht, jede erworbene und ersessene Gerechtsame in unwandelbare Formen festzubannen. Das war die Wurzel jenes herrischen Anspruchs auf verantwortungsloses Schalten mit dem öffentlichen Gute, von daher wucherten die zahllosen Mißbräuche der Verwaltung auf, welche das Finanzwesen überall zur schwächsten Seite der städtischen Geschlechterherrschaft machten."

Die Revolution von 1374 machte in Braunschweig diesen Mißbräuchen ein Ende und strafte in blutigster Weise an den bis dahin herrschenden Geschlechtern die allgemeine Schuld der Zeit. Die Motive, in denen sie sich ohne ein Programm aufgestellt zu haben und ohne Vorbereitung vollzogen hatte, treten zu Tage in der ersten positiven Wirkung, zu welcher sie es brachte: der Einsetzung eines neuen Rathes aus allen Ständen und der Berufung der Gildemeister und Gemeindevertreter zur Mitwirkung bei den Ausgaben der Verwaltung. Alsdann wurde, während sich die Revolution in langwierigen Unterhandlungen nach Außen Anerkennung zu verschaffen suchte, der Etat der Stadt in allen Theilen einer sorgfältigen Revision unterzogen, alles Zweifelhafte auf's Reine gebracht und ein Budget geschaffen.

Vor Allem wurde das Verhältniß zwischen den Specialetats der fünf Weichbilde und dem Hauptetat der Stadt geregelt, nachdem bis dahin gar nicht festzustellen gewesen war, ob von Seiten der einzelnen Weichbilde auch nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit wie ihrer Ansprüche zum gemeinen Beutel beigesteuert wurde. Als Organ für diese Vermittelung sowohl wie für die Verwaltung der städtischen Kasse überhaupt wurde ein Ausschuß von zehn (später sieben) Männern eingesetzt. Ihm hatte damals wie späterhin jährlich jeder der Weichbildsräthe seine Einnahmen wie Ausgaben darzulegen und nachzuweisen, und unter seiner Mitwirkung wurde festgestellt, was jedes Weichbild zu zahlen, an gemeinen Lasten zu tragen und was es etwa an Beisteuer für seine besonderen Unternehmungen zu fordern habe. Mit dieser Centralisirung der Finanzen war der Willkür, welche die fünf Weichbildscassen so lange zum Schaden der Gemeinheit gezehntet hatte, war dem allgemeinen Mißtrauen, welches daher entsprang und das nur zu leicht zur Rechtfertigung des eigenen Nichtwollens wurde, ein Riegel vorgeschoben. Die zweite der wichtigen Aufgaben, welche dem Zehnerausschusse zuertheilt

wurden, bestand in der Minderung und Klärung der öffentlichen Schulden. Hierzu bedurfte es vor Allem baarer Mittel. Ein Theil derselben wurde dadurch herbeigeschafft, daß der neue Rath sich selbst mit einer beträchtlichen Steuer belegte: jedes seiner Mitglieder hatte 10 Mark zum gemeinen Beutel zu zahlen. Das Uebrige warb der Ausschuß selbst unter den Freunden des Regimentes und der Stadt zu niedrigen Zinsen. Mit diesen Mitteln in der Hand lud er Diejenigen, deren Capitalien die Stadt in Händen hatte, ein, sich darüber zu erklären, ob sie zu einer Herabsetzung des Zinsfußes bereit seien. Wer dies weigerte, der erhielt sein Geld sofort zurück, und es hob den Credit der Stadt nicht wenig, daß eine Anzahl göttinger Gläubiger auf der Stelle befriedigt wurde; Andere ließen der Stadt ihr Geld noch ein Jahr zu einem etwas geringeren Zinse, und endlich konnte die Verwaltung überall bis auf 3 Procent heruntergehn. Aehnlich verfuhr man mit der Leibzucht. Hatte der Rath früher 10 Mark auf 4 Leben bezahlt, so gab man jetzt auf 3 Leben für das erste 10, für das zweite 8, für das dritte 6 Mark, später sogar nur 10 Mark auf ein oder 7 auf zwei Leben. Und wer irgend Zins oder Sold von der Stadt zu erheben hatte, mußte sich fortan die Zahlung an zwei Terminen gefallen lassen, die der Stadt bequem lagen, nämlich zur Schoßzeit.

Eine sehr wichtige Stelle in der Reihe dieser Operationen nahm endlich die Kündigung der Pfandschlösser ein, welche allmählich vor sich ging. Mit ihnen gab die Stadt ebenso viele Anlässe zum täglichen Kriege, ebenso viele Berührungspunkte mit der feudalen Gesellschaft auf, um mehr und mehr den eigentlich bürgerlichen Charakter ihrer Existenz herauszubilden, und die Maßregel ist somit von ebenso politischer wie financieller Bedeutung. In jener Beziehung entsprang sie derselben Einsicht, welche zur nämlichen Zeit die Städte lehrte, sich im Kampfe mit der feudalen Welt ganz auf sich selbst zu stellen und in größeren Bündnissen mit Ihresgleichen Schutz zu suchen.

Wurde so gegen Außen der bürgerliche Charakter des Gemeinwesens deutlicher hervorgehoben, so gibt sich in der Art und Weise, wie jene financiellen Maßregeln begonnen und später fortgeführt wurden, die Tendenz kund nach Innen seinen staatlichen Charakter strenger durchzubilden. Wir nehmen nämlich einerseits das Bestreben wahr, das Eigenthum der Stadt aus der breiten Verzetteluug, in der es sich befand, zu sammeln und auf wenige ergiebige Besitzstücke, wie z. B. die Mühlen, zu concentriren, diese aber von fremdem Mitbesitz und dritten Rechten ganz freizukaufen, andrerseits das System der Anleihen zu beschränken und unter Aufhebung unbequemer Zölle die Finanzwirthschaft der Stadt möglichst ausschließlich auf die directe Steuer zu stellen. Indem sich die Stadt so mehr und mehr von dem Charakter privater Existenzen unterschied, mußte dem Bürger die Vorstellung aufgehn,

daß ſie über den Intereſſen der Einzelnen ſtehe und mit einer höheren Rechtfertigung ausgeſtattet ſei, als die geweſen war, für eine Anzahl privilegirter Familien eine ergiebige Verſorgungsanſtalt zu ſein.

Dem Ausſchuſſe der Zehn wurde auch das ganze Ausgabenweſen übertragen. „Ferner ſo wurden ſie gebeten, daß ſie wollten hiervon wieder ausgeben des Hauptmanns und der Diener Sold, Hufſchlag, der Schreiber und Stallwärter Lohn, und auch für Pferde auf die Ställe, (die damals erſt zu beſſerer Handhabung des Reiſigenweſens gebaut wurden) und allen Aufwand und Koſten dazu, und auch Botenlohn heimlich und offenbar, den man verſchenkte und vergab, und auch die Kleidung der Stadtſchreiber und alle Zehrung, wenn der Rath oder die Seinigen (im Dienſte der Stadt) wohin ritten, und auch zu der Landwehr, wenn das nöthig wäre. Auch wurden ſie gebeten, daß ſie ausgäben allen Zins, den der gemeine Rath pflegte zu geben drinnen und draußen, Weddeſchatz und Leibzucht. Dieß iſt alſo wohl geſchehn und dieß iſt wohl beſchrieben und berechnet von Jahr zu Jahr, und jedes Jahr in einem beſondern Buche ... Und dieſe vorbeſchriebene Einrichtung hat den Rath und die Stadt in großen Nutz und Frommen und in großen Credit gebracht.“ Der niederſächſiſche Chroniſt konnte die Wirkung all' dieſer heilſamen Neuerungen mit den Worten beſtätigen: „Braunſchweig iſt von Tag zu Tage, von Jahr zu Jahren beſſer, ſtärker, mächtiger geworden, und iſt Krone und Spiegel des Landes Sachſen und der Fürſten zu Braunſchweig und Lüneburg.“ Die financielle Leiſtung der Stadt war auch in der That außerordentlich. In den Revolutionsjahren ſelbſt hatte die Schuld der Stadt etwa 60,000 Mark betragen: im Jahre 1406 war ſie auf etwa 8000 Mark heruntergearbeitet, alles Bauwerk der Stadt in den beſten Stand geſetzt, die Mühlen waren ſämmtlich freigekauft, Mühlen- und Korn-Zoll waren aufgehoben, und nichtsdeſtoweniger konnte mit dem Schoß auf ein Viertel ſeines früheren Betrages heruntergegangen werden. Die Vortrefflichkeit der neuen financiellen Principien war alſo auf's Glänzendſte bewährt.

Allein was wichtiger war als dies Alles: es war ein neuer Geiſt in Braunſchweigs Mauern eingezogen, ein Geiſt der Hingebung, des Patriotismus und einer Tugend, welche ihre Bewährung in der aufopfernden Arbeit für's Ganze und ihren Lohn im ewigen Leben ſuchte. Nur der Kraft ſolcher ſittlichen Mächte konnte auch jener gewaltige Umſchwung gelingen, deſſen die Heimliche Rechenſchaft Kunde gibt; aber an einigen Punkten dieſer Schrift kennzeichnet er ſich auch ganz unzweideutig in ſeinem eigenſten Weſen. „Hierum ſo mag ein Jeder gern ſich dazu erproben und ſich da treulich mit bearbeiten daß es ja dabei bleibe. Könnte man auch ferner noch was Beſſeres hierbeiſetzen und erproben, das der gemeinen Stadt zu Gut und zu Vortheil kommen möchte, das ſollte ein Jeder gern thun um Gotteswillen und auch um

ſeiner ſelbſt willen, auf daß er davon empfangen möge den rechten Lohn, das iſt das ewige Leben. Denn wer einem Gemeinen dient und arbeitet, der dient Niemandem beſonders; darum lohnt ihm auch hier in der Zeit Niemand beſonders, und das Gemeine kann durch ſeine Mannigfaltigkeit Niemanden lohnen. Und nach dem Mal, daß alle Wohlthat unverloren ſein ſoll, und daß der gemeine Dienſt hier nicht belohnt wird, ſo iſt daran kein Zweifel, er werde belohnt von dem, aus welchem alle Wohlthat entſproſſen iſt, und das iſt Gott, und der lohnt mit der Freude des ewigen Lebens. Daß die uns Allen werde, das helfe uns der Vater und der Sohn und der heilige Geiſt, Amen."

Es iſt kein anderer als der Geiſt der Reformation, der ſich hier ankündigt. Schon eine Weile ehe der durchſchlagende theologiſche Ausdruck für die neuen Ueberzeugungen gefunden wurde, hatte man in den Städten einſehen lernen, daß wahre Sittlichkeit etwas Anderes bedeute als eine Reihe inhaltsloſer ſogenannter „guter Werke" aufſummiren, die nirgends eine Spur von ſich hinterlaſſen; daß der Menſch getroſten Muthes in die Mannigfaltigkeit der irdiſchen Verhältniſſe, vor Allem in den Staat zu gedeihlicher Arbeit eintreten dürfe und ſolle, ohne Schaden an ſeiner Seele zu nehmen. Und an ſolchen Einſichten ging jener Egoismus, der den Staat zerſetzte, gründlicher zu Schanden, als an dem Idealismus der Kirche, der nun auch längſt zur Lüge geworden war. Wenigſtens in den Städten führten ſie eine Periode kräftigen und geſunden Strebens herauf, das zu den beſten Hoffnungen für ganz Deutſchland berechtigte, dem aber leider die Rechtsgewalt nicht, wie ſie ſollte, entgegenkam.

Von dieſem neuen Geiſte iſt die „Heimliche Rechenſchaft" in all' ihrer Nüchternheit und Trockenheit ein ſchönes und erhebendes Denkmal.

W. R.

Norddeutſche Küſten und Kriegshäfen.

Die Unterelbe und ihre Befeſtigung.

Die Eigenthümlichkeit der deutſchen Küſte, welcher faſt nur die Flußmündungen als Handelshäfen brauchbar ſind, hat zu dem auffallenden Ergebniß geführt, daß Deutſchland keine hart an der See gelegenen Großſtädte beſitzt, ſondern daß wir bei den Strommündungen nur kleinere Häfen finden, während

die großen Seehandelsstädte alle weit aufwärts am Flusse liegen; so Bremen an der Weser, Hamburg an der Elbe, Stettin an der Oder, Danzig an der Weichsel, Königsberg am Pregel, Riga an der Düna. Deshalb ist das Fahrwasser bei allen diesen Städten nicht sonderlich tief: auch Hamburg, der am meisten begünstigte Platz, hat nicht mehr als 14—19 Fuß Wassertiefe in der Ebbe — tiefgehende Schiffe mit schwerer Ladung müssen die Fluth, welche das Wasser 18 Meilen aufwärts staut, zum Heraufkommen abwarten und auch diese genügt oft nicht: man muß erst einen Theil der Ladung bei Cuxhaven, Brockdorf (z. B. die Guanoschiffe von 23—24 Fuß Tiefgang) oder Stade in flachgehende Fahrzeuge löschen, damit das erleichterte Schiff gefahrlos nach Hamburg hinaufzugehen vermag. Diese Verhältnisse sind auch für den Schutz der Häfen und der Küste von Wichtigkeit und es ist wohl der Mühe werth, gerade bei Hamburg dieselben genauer ins Auge zu fassen.

Wir begeben uns in Hamburg an Bord eines Dampfers, welcher nach Cuxhaven hinab und weiter nach England geht. Auf dem hohen östlichen Ufer der Elbe liegt rechts die altehrwürdige Hansestadt, in der sich die größten Contraste vereinigen. Ueberall Erinnerungen an eine lange schicksalsreiche Vergangenheit und doch Alles durchzogen von modernem, schnellpulsirendem Leben, die stattliche Behäbigkeit der alten Zeit in wundersamer Mischung mit dem aufstrebenden Erwerbseifer unseres Jahrhunderts. Die gemüthlichen Häuser des alten Stadttheils an der oberen Elbe mit ihren Giebelfronten, blanken kleinen Fenstern und grünen Jalousien wie in Holland, im Farbenschmuck ihrer rothen Ziegel, freundlich halb versteckt hinter dem Laub einzelner Bäume, Seemannstreiben in allen Winkeln der schmalen Gäßchen, und im Gegensatz dazu die stolzen Paläste des neuen Stadttheils an breiten prächtigen Straßen, lange Fronten hellschimmernder fünfstöckiger Prachtbauten und großartige Quais am breiten Spiegel des Alsterbassins, die neue Börse, die gothischen Spitzen der Nicolaikirche und die entzückenden Parkanlagen an den ehemaligen Wällen. Ein anderes Bild bietet wieder der Hafen, den früher die Elbe ausschließlich bildete, während man jetzt noch einen großen und schönen Seitencanal nach der Seite des Sandthors geschaffen hat. Früher konnten nämlich die Schiffe, selbst wenn sie bis auf 16 Fuß geliechtet hatten, zu Hamburg nur im Elbstrom, nicht hart am Ufer anlegen und es wurde somit eine vierfache Umladung der Waaren nothwendig: in Stade auf einen Liechter oder vor Hamburg in einen Ewer, von diesem ans Land, vom Quai einen Wagen und vom Wagen auf die Bahn. Seit Vollendung des Sandthorquais vermögen die Seeschiffe ihre Waaren mittelst der Ladetakel und Nocktakel (Flaschenzüge an den Raaen) direct auf den Quai zu übertragen, von wo sie entweder in die längs des letzteren laufenden ungeheueren langen

Schuppen geſchoben oder mittelſt der Eiſenbahn nach dem Binnenlande verſandt werden. Denn auf dem Quai ſelbſt, hart am Waſſer, laufen Schienengleiſe mit Eiſenbahnwagen, auf welche die Ladetakel die Ballen aus dem Schiff überſetzen. Noch leichter geſchieht dies durch die zahlreichen locomobilen Dampfkrahne, kleine Dampfmaſchinen, die auf den Gleiſen laufen und an jeder Stelle, wo es gewünſcht wird, raſtlos ſchnarrend mit außerordentlicher Schnelligkeit wie die Heinzelmännchen der Volksſage die Umſetzung der Güter zwiſchen Schiff und Quai beſorgen. Endlos dem Auge dehnt ſich dieſer Quai am Grasbrook hin, und wenn ihn auch nicht Schiffe allergrößter Art mit voller Ladung benutzen können, ſo hat er doch bei Ebbe wie bei Fluth ſtets 20 Fuß Waſſer; hier löſchen und laden die größeren Dampfer (außer den amerikaniſchen) faſt ausſchließlich und die Großartigkeit der Einrichtungen nähert ſich wenigſtens der in den Baſſins in Havre. Außerdem ſind neue Baſſinanlagen auf dem Grasbrook ſelbſt im Entſtehn. Rechts ſteigt ſteil und hoch die Uferhöhe empor, durch deren grünbebuſchte Schluchten die Straßen aus der Stadt nach dem Hafen herabführen, während darüber die dem Seefahrer vertrauten geſchnörkelten Linien des alten Michaeliskirchthurms gegen den Himmel ragen. Und wie auf Vorgebirgen liegen dazwiſchen ſtattlich die rothen Gebäude der Vorſtadt St. Pauli und das weithinſchauende rothe Schloß des „Seemannsaſyls“ mit ſeiner wehenden Flagge, wo beſchäftigungsloſe Seeleute fürſorgliche Aufnahme finden.

Drüben aber, links vom Hafen, auf der anderen Seite des Stroms, wo die Inſeln am Reiherſtieg mit ſeiner großen Eiſenſchiffbauanſtalt und Steinwärder mit der bewährten einzigen Seemannsſchule Deutſchlands, den zahlreichen Werften und den Sloman'ſchen Docks das flache Ufer füllen, bietet ſich ein neues Bild: niedrige Häuſer und davor die hohen Körper der Schiffe auf Stapel und im Dock. Und inmitten der ganzen Scenerie liegen ſchwimmenden Burgen gleich fünf Reihen mächtiger Seeſchiffe vor Anker oder an Pfahlgruppen vertäut, ſtolze Klipper der größten Claſſe mit hochragenden Maſten und bunten ſpielenden Flaggen, aus Amerika, Oſtindien und den entfernteſten Ländern der Erde. Dazwiſchen kreuzen kleine Ewer mit ihren ſpitzen weißen Topſegeln und den rothbraunen Gaffelſegeln den Strom, majeſtätiſch wie Schwäne kommen Briggs und Barkſchiffe im Gewande ihrer weißen Segel den Strom heraufgezogen, während dazwiſchen unaufhaltſam daherſchäumend die Dampfer ſich den Weg bahnen.

Hier liegen am Ufer von St. Pauli die koloſſalen Schraubendampfer der „Hamburg-Amerikaniſchen Packetfahrt-Actiengeſellſchaft“ — der allerdings ein kürzerer Name zu wünſchen wäre — die mit den bremer norddeutſchen Lloydſteamern wetteifernd den Verkehr Deutſchlands mit Nordamerika unterhalten. Es iſt eine prächtige Flotte, dieſe mächtigen als Barks

getakelten Schiffe, deren Deck wie eine Burgmauer hoch über den Waſſerſpiegel ragt: „Germania“, „Teutonia“, „Boruſſia“, („Auſtria“ verbrannte leider vor einigen Jahren auf See) „Bavaria“, „Saxonia“, „Hammonia“, zu denen ſich in neuerer Zeit noch die in England gebauten Prachtſchiffe „Alemannia“, „Kimbria“, „Holſatia“ und „Weſtphalia“ geſellt haben und die „Sileſia“ (bei Caird in Greenock im Bau) ſich geſellen wird, Schiffe*) von etwa 3000 Tons und 400 Pferdekraft (nominal), welche die Ueberfahrt von Land zu Land wohl in neun Tagen machten und dabei berühmte engliſche Dampfer um faſt zwei Tage übertroffen haben. Von den genannten Schiffen befahren „Teutonia“, „Bavaria“ und „Saxonia“ die Linie Hamburg-Neworleans, die übrigen aber die alte Hauptlinie Hamburg-Newyork.

Noch gewaltiger erſcheinen die Gegenſätze, welche Hamburg als Seeſtadt in ſich vereinigt, wenn wir als Vorſtädte**) die Theile hinzunehmen, die der Lage nach faſt als ſolche zu betrachten ſind, Altona und Harburg. Drüben jenſeits der grünen flachen Strominſeln (Wilhelmsburg), zwiſchen denen ſchmale Canäle hindurchführen, liegt die freundliche neue Stadt Harburg (14,000 Einwohner) mit ihrer kleinen Citadelle, einem baſtionirten Fünfeck, das in hannöverſcher Zeit durch ein Commando von 48 Mann der lüneburger Garniſon beſetzt war und deſſen Wallgraben in ſeiner Verbreiterung eigentlich den „Hafen“ bildet, welcher durch eine Schleuſe mit der Süderelbe in Verbindung ſteht. Dies Harburg mit ſeinen rothen Parkhäuſern, dem Bahnhof und den regelmäßigen Hafencanälen dazwiſchen ſollte früher ebenſo ein hannöverſcher Concurrenzhafen von Hamburg werden, wie Geeſtemünde für Bremerhaven, wird jetzt aber in preußiſchen Händen verſtändiger verwaltet und erhält eine Austiefung ſeiner Elbſtromrinne zugleich mit der hamburger, ſtatt daß früher Hannover beide Verbeſſerungen zu hintertreiben ſuchte um Hamburg zu ſchaden! Denn nach einem vor Kurzem zwiſchen Preußen und Hamburg geſchloſſenen Vertrag wird in der Norderelbe wie im Köhlbrand das Fahrwaſſer verbeſſert, und zwar erhält dadurch der Zugang zum harburger Hafen 12 Fuß Tiefe und 300 Fuß Breite gegen früher nur 8 Fuß Tiefe und 150 Fuß Breite. Dagegen dieſſeits, auf dem rechten Ufer der Elbe, unterhalb an Hamburg oder vielmehr an ſeine Vorſtadt St. Pauli anſchließend, dehnt ſich Altona auf der hundert Fuß hohen ſteilen Uferbank, an deren Fuß eine Reihe Speicher mit geöffneten Luken ſich

*) Die „Weſtphalia“, der neueſte dieſer Dampfer, hat 362 Fuß Länge über Deck, 43 Fuß Breite, 35 Fuß Tiefe im Raum, zwei Maſchinen mit zuſammen 24 Feuern und 2500 Pferdekraft (indicirt), 130 Mann Beſatzung und Platz für 895 Paſſagiere (75 I. Claſſe, 120 II. Claſſe, 700 Zwiſchendeck). Das Schiff iſt ganz von Eiſen, beſitzt vier Decke und iſt als Brigg getakelt, während die älteren Dampfer eine Barktakelage führen.

**) Vgl. die Ueberſichtskarte der Umgegend Hamburgs mit Harburg in Bädeker's Norddeutſchland, S. 48.

hinzieht, halbverdeckt von dem Maſtengewirr der Schiffe, während oben über die Häuſer des Höhenrandes die Baumwipfel der Palmaille herüberſchauen, jener ſchönen doppelten Lindenallee, die ſich ſchnurgerade in der langen Hauptſtraße Altonas hinzieht und ihren Namen wohl wie die holländiſchen Maliebanen vom Ringſtechen erhalten hat.

Das große Centrum des Elbhandels und der Verbindung mit Amerika, Hamburg mit Altona und Harburg, liegt vor einem Angriffe durch feindliche Flotten ſchon an ſich ziemlich geſichert. Gegen leichte Kriegsfahrzeuge würden in der Elbe ſtationirte Kanonenboote, die hier nicht ſchlingern, genügend ſchützen. Schweren Kriegsſchiffen verbietet die geringe Waſſertiefe der Ebbezeit das Heraufkommen; auch während der Fluth dürfen ſie es kaum wagen, aus Furcht während der Ebbe abgeſchnitten zu werden. Konnte doch der amerikaniſche Doppelthurmmonitor „Miantonomoh“, obwohl er nur 15 Fuß 10 Zoll Tiefgang hat und gerade Hamburg imponiren ſollte, nicht einmal nach Altona, geſchweige denn nach Hamburg hinaufkommen: er mußte bei Neumühlen unterhalb Altona vor Anker gehen. Außerdem würde die hohe Lage von Altona und dem neuen Theil Hamburgs den Monitors und ſelbſt andern Kriegsſchiffen nicht geſtatten, mit ihren Geſchützen beträchtlichen Schaden zu thun, ſelbſt wenn ſie herauf kommen könnten. Schwere Kriegsſchiffe könnten höchſtens bis Neumühlen, Panzerfregatten nicht einmal bis dahin hinaufdampfen. Neumühlen liegt, wie wir von unſerm Dampfer, der ſich ſtromab bewegt, deutlich ſehen können, nahe jener Ecke, wo der Altona tragende Höhenzug ſcharf vom Waſſer zurücktritt und flachen grünen Wieſen das rechte Ufer überläßt. Schon beginnen die geankerten Schiffe ſeltener zu werden, während wir in raſchem Laufe zahlreiche ausgehende Schiffe überholen — links aber dehnt ſich wie vorher flaches grünes Wieſenufer, der Werder, dahin. Bald ſehen wir, daß die Elbhöhen nur auf eine kurze Strecke vom Flußlauf zurückgetreten ſind; die Hügel von Blankeneſe mit ihren weißen Villen im Grün der Bäume erheben ſich rechts wieder höher dicht am Fluſſe. Nur das linke Ufer dehnt ſich in flacher Einförmigkeit unabſehbar grün dahin. Weiter führt uns der Dampfer, dem der weiße Giſcht am Buge emporſpritzt: wir haben Stade oder vielmehr die auf dem linken Ufer hart am Waſſer liegenden Schanzen von Brunshauſen erreicht. Hinter niedrigen grünen Wällen ſchauen kleine rothe Inſpectionshäuſer hervor. Sie dienten früher, von der wehenden hannoverſchen Flagge überragt, zur Sicherung des ſtader oder brunshäuſer Elbzolls, und noch jetzt löſchen hier gewöhnlich die ſtromauf ſegelnden großen Klipper einen Theil ihrer Ladung zur Erleichterung der Fahrt — auch transatlantiſche Dampfer ſieht man aus gleichem Grunde öfters hier liegen. Es wird zweckmäßig ſein dieſe Schanzen, obwohl ſie nicht gerade hohen fortificatoriſchen Werth beanſpruchen

können, in Zukunft für den Fall bestehen zu lassen, daß eine feindliche Flotte die Befestigungen bei Cuxhaven forcirt hätte und ihre leichteren Schiffe nach Hamburg hinaufdampfen wollten. Von hier elbabwärts erscheinen in rascher Folge auf dem linken ehemals hannöverschen Ufer Grauerort — nach einigen Karten Graverort — etwa eine Stunde unterhalb Brunshausen, wo umfassende Küstenbefestigungswerke beabsichtigt werden und die Erdarbeiten schon im Laufe dieses Herbstes begonnen werden sollten; sodann auf dem rechten Ufer Glückstadt mit vortrefflichem eisfreiem Hafen und Kopfstation einer Zweigbahn des holsteinschen Schienennetzes; dann links gegenüber die Insel Krautsand, die auch befestigt werden soll, und darauf wieder auf dem rechten Ufer die Mündung der Stör, von wo einer der Pläne den Nordostseecanal begonnen haben will; darauf die Kirchthürme von Brookdorf und Brunsbüttel mit einer vorzüglichen, geräumigen und tiefen Rhede, Stellen, welche von Andren als Ausgangspunkte dieses Canals vorgeschlagen sind, und noch vor ihnen St. Margarethen, von wo aus der Geh. Oberbaurath Lentze seine Canallinie projectirt hat. Auch diese Küste entflieht rasch unsern Blicken, die flachen Ufer verschwinden mehr und mehr, die Elbe rauscht breiter und mächtiger dahin und nach kurzer Fahrt haben wir auf dem imposanten Strome Cuxhaven erreicht, das von Hamburg nicht weniger als 14 deutsche Meilen entfernt ist.

Cuxhaven ist ein kleiner, fast ärmlicher Ort, mit niedrigen Häusern: auch der Leuchtthurm ist klein, durchaus nicht schön zu nennen, und auf die Bedeutung des Platzes lassen nur die mächtigen Pfahlbollwerke schließen, welche theils als Schutz des Ufers, theils wie aus Pfahlrost gebildete Molen, durch die das Wasser spült und die in England piers heißen, als Landungsbrücken dienen. Dennoch ist dieser Punkt für den Schutz unsrer Küsten und der weiter aufwärts gelegenen Seehandelsplätze von höchstem Werth. Hier vielleicht besser als bei Brunsbüttel wird diejenige Marinestation der Nordsee anzulegen sein, welche die Elbe deckt, und wenn an beiden Orten, in Cuxhaven und in Brunsbüttel, sich tüchtige Befestigungen mit weittragenden Geschützen erheben, wird man dem Angriff einer feindlichen Flotte auf die Elbe und auf die Mündung des vielbesprochenen Canals genügende Hindernisse in den Weg gelegt haben. Allerdings ist für die Erreichung des letzteren Zweckes auch noch vorausgesetzt, daß, wie schon der verdiente Generalconsul Sturz vorgeschlagen, auch die kleine vor der Elbmündung (westlich) gelegene Insel Neuwerk mit ihrem Leuchtthurm ebenso wie Wangerooge befestigt wird — sie liegt noch innerhalb der drei Feuerschiffe — stark und kurz gebauter und an schweren Ketten verankerter Fahrzeuge, auf deren Mast eine Kugel, Nachts eine Laterne den Schiffen den Weg angibt. Sogar die Elbsandbank Vogelsand, nahe dem dritten Feuerschiff, hat man landfest zu machen

und mit Befeſtigungen zu verſehen vorgeſchlagen, um von hier aus das Elbfahrwaſſer wirkſamer zu beherrſchen. Die Befeſtigungen bei Cuxhaven waren ſchon 1860 von der deutſchen Küſtenbefeſtigungscommiſſion projectirt: aber erſt jetzt werden ſie, allerdings in erſter Linie, ausgeführt. Nach dem Bundeshaushaltsetat für 1869 werden verwandt für Beendigung des Werks an der Kugelbaak (einem Wegweiſer, der für die Seefahrer am Lande aufgeſtellt iſt und eine Kugel trägt) bei Cuxhaven 80,000 Thlr., für die artilleriſtiſche Ausrüſtung deſſelben (und zugleich des Weſerforts bei Brinkhammershof) 80,000 Thlr., ferner für das Werk am Leuchthurm bei Cuxhaven 120,000 Thlr. und für das Werk am Groden (eigentlich Außendeichland) bei Cuxhaven 60,000 Thlr.: ſämmtlich Werke, die natürlich blos von Schiffsgeſchützen beſchoſſen werden können, da ſie den Poſitionsgeſchützen eines von Jütland herabmarſchirenden Heers wegen der Breite der Elbe nicht erreichbar ſind.

Glücklicherweiſe ſind wir jetzt auch durch die tegler Schießverſuche mit Armſtrong-300 Pfdrn., Krupp-300 Pfdrn. und 200 Pfdrn. (nominal 90 Pfd. und 72 Pfd.) zur definitiven Feſtſtellung der Geſchützarten gelangt, welche als Einheitscaliber für Panzerſchiffe und Küſtenbefeſtigungen dienen ſollen. Jetzt kann, unbeirrt von wechſelnden Erfolgen einzelner Proben, die Fabrication ſchnell und im Großen vor ſich gehen und eine baldige Herſtellung der Vertheidigungsfähigkeit unſerer Küſtenforts wird ſomit zur Gewißheit.

Wir würden nach Allem, was wir bisher ausführten, bei einem vollſtändigen Ausbau unſrer Küſten und Hafenetabliſſements in der Nordſee, außer dem Centralkriegshafen an der Jahde, eine Station an der Knocke unterhalb Emden auf dem äußerſten linken Flügel, die Weſerſtation bei Blexen bez. Imſum und die Elbſtation bei Cuxhaven beſitzen, wozu als Marinedepots für kleinere Fahrzeuge vielleicht Norden, Tönning oder Huſum kommen könnten. Die Lage aller dieſer Punkte kann ſich der Leſer recht gut auf der ſchon erwähnten Karte der deutſchen Nordſeebäder im Bädeker S. 58 veranſchaulichen. Doch hätten wir für die künftige Erneuerung dieſer Karte und ſelbſt für die Herſtellung der Karten in Schulatlanten noch den Wunſch, daß Untiefen nicht blos im Allgemeinen durch punctirten Grund angedeutet werden, ſondern daß ſtatt der unnützen, dem Land parallel laufenden Schraffirung vor Allem diſtinct diejenigen Grenzlinien von flachem und tiefem Waſſer angegeben werden, die praktiſch für die Schifffahrt von Bedeutung ſind. Wir meinen erſtens die Linie von 5 oder auch 6 Faden (36 Fuß) Tiefe bei mittlerer Fluth, welche angibt, bis wohin das Terrain allen, auch den ſchwerſten Kriegsſchiffen zugänglich iſt. Die zweite Linie wäre die von 3 Faden, (18 Fuß) Tiefe bei mittlerer Fluth, die alſo Kauffahrteiſchiffen von nicht allzu bedeutender Größe d. h. von 16 Fuß Tiefgang binnen längſtens 12 Stun-

den ſtets den Zugang geſtattet, auch den größten Schiffen, wenn ſie etwas geliechtet ſind. Dieſe beiden Linien ſollten auf jeder Karte angegeben ſein, wobei ihre Diſtanz ohne Schaden im Intereſſe der Deutlichkeit nach der See hin größer genommen werden kann, als ſie nach dem Maßſtab der Karte ſein müßte, wie ja auch der Kartograph die Flüſſe ſtets breiter zeichnet, als ſie eigentlich ſein dürften — es handelt ſich hier lediglich darum zu zeigen, wo dieſe Tiefen ans Land herantreten bez. Verbindungscanäle bilden. Der Raum zwiſchen beiden punktirten Linien würde dann auf der Karte paſſend mit einem locker punktirten Grunde, der Raum zwiſchen der inneren Linie und dem Lande mit einem dicht punktirten Grunde auszufüllen ſein. In Handatlanten mit Karten etwas größeren Maßſtabs könnten noch zwei andere Linien eingezeichnet werden: die Linie von 4 Faden = 24 Fuß, welche die Grenze für gedeckte Corvetten angiebt, und die Linie von 2 Faden = 12 Fuß welche die Grenze für leichte Schiffe der Handelsmarine und für Kanonenboote bezeichnet. Derartige Linien würden auch dem Laien oft erwünſchten Aufſchluß geben. Gerade jetzt iſt die ſo lange erſehnte, durch Deutſchlands Uneinigkeit bisher nie zu Stande gekommene, nunmehr aber auf Grund mehrjähriger Vermeſſungen der norddeutſchen Marine glücklich vollendete officielle Seekarte der deutſchen Nordſeeküſten von den Seeleuten mit wahrem Jubel begrüßt worden.

Die Eiſenbahnverbindung dieſer Stationen, auf welche ganz beſonderes Gewicht zu legen iſt, wird bei der geringen Ausdehnung der Nordſeeküſte weit weniger ſchwierig ſein als in der Oſtſee. Bereits iſt zur Herſtellung derſelben Bedeutendes geſchehen. Die Eiſenbahn, welche von Süd nach Nord die untere Hälfte der cimbriſchen Halbinſel durchzieht, genügt auch für die weſtcimbriſche Küſte als Parallelbahn für Truppenbeförderung, ſobald nach dem Strande gegenüber Sylt ebenſo eine Zweigbahn gebaut, d. h. die Zweigbahn nach Tondern etwa bis Hoyer fortgeführt iſt, wie im Süden nach Glückſtadt, Huſum und Tönning. Alle wichtigen Punkte der nordfrieſiſchen Küſte ſind dann genügend mit Hamburg verbunden. Die Eiſenbahn von Hamburg nach Harburg mit ihrer koloſſalen Ueberbrückung der Elbinſeln (Wilhelmsburg) iſt im Intereſſe der Linie Hamburg-Venloo bereits ſicher geſtellt, und auch die Bahn von Harburg nach Stade wird dem Vernehmen nach binnen Kurzem durch die Regierung ausgeführt werden. Ebenſo iſt der Bau von Stade nach Cuxhaven bereits projectirt, und nur für die directe Verbindung von Cuxhaven mit Bremerhaven über Imſum und Bremerlehn fehlt es noch an feſten Projecten. Die Bahnen von Bremen zur Weſermündung und Jahde ſind bereits im Betrieb und auch die Herſtellung einer 10 Meilen langen Bahn von Heppens über das oldenburgiſche Jever, Wittmund, Eſens, Dornum und Norden nach Emden und von letzterem Orte

nach der Knocke ſoll von einer engliſchen Geſellſchaft gegen 4½ procentige Zinsgarantie in Ausſicht genommen und die Vermeſſung bereits begonnen ſein.

Auch die Bahnen, welche zur Verbindung der erwähnten Marineſtationen mit den Feſtungen und größeren Garniſonen des Hinterlandes nöthig erſcheinen, ſind zum größten Theil ausgeführt. Die ſchleswigſchen Plätze ſind durch die Nordſüdbahn und Cuxhaven wird durch die eben beſprochene Bahn nach Harburg-Hamburg mit Spandau (Berlin) und Magdeburg direct verbunden. Ebenſo iſt Bremerhaven durch die Bahn nach Bremen mit Hannover und Minden in Verbindung gebracht. Daſſelbe gilt von Heppens (Jahde), das außerdem binnen einiger Zeit noch eine directe Verbindung über Oldenburg nach Minden erhalten wird. Emden iſt ſchon gegenwärtig durch die Emsbahn mit dem Hinterlande (Leer, Minden, Weſel, Köln) in beſter Verknüpfung — nur eine Bahn von Bleyen über Brock nach Oldenburg wird ſich vielleicht noch als nöthig herausſtellen.

Wenn es erlaubt iſt, noch weiter in die Zukunft hinein Pläne zu machen, ſo ſei hier erinnert, daß auch eine Fahrt der Kriegsſchiffe über das Feſtland nicht mehr zu den unmöglichen Dingen gehört. Es mag wohl geſchehen, daß einſt unſere Kriegsſchiffe per Eiſenbahn von Bleyen (Nordenhamm) oder dem linken Weſerufer zu dem Kriegshafen an der Jahde quer über die ſchmale Halbinſel Butjadingerland transportirt werden. Da für die Landenge von Panama bereits ein ſolches Project beſteht (Seezeitung „Hanſa“ Nr. 21), ſo ſei hier kurz die Methode erwähnt. Nach dieſem Project laufen über die Landenge eine große Anzahl paralleler Schienenſtränge dicht neben einander: auf dieſen Schienengleiſen aber fährt ein einziger außerordentlich großer und ſtarker, aus Eiſen conſtruirter Wagen, deſſen Breite die ſämmtlichen Schienengleiſe nebeneinander bedeckt und deſſen Länge auf mehrere Achſen hintereinander vertheilt iſt, während ſeine Platform ungefähr wie der Boden eines ſchwimmenden Docks zur Aufſtellung eines Schiffs eingerichtet iſt. An jedem Ende der Bahn aber liegt ein ſchwimmendes Dock, das man mittelſt Einlaſſens von Waſſer auf eine unter Waſſer liegende feſte Bettung hart am Schienenende niederlaſſen kann, und in dieſes Dock wird auf den Schienen der Eiſenwagen mit dem Schiff darauf durch Locomotiven übergeführt. Sobald dies geſchehen, wird das Dock durch Auspumpen von Waſſer gehoben, dann in tiefes Waſſer geſchleppt und hierauf ſo weit geſenkt, daß das Schiff darauf von ſelbſt flott wird und herausfahren kann. Durch eine Einrichtung dieſer Art, die ſich trotz ihrer Koſtſpieligkeit bei dem ganz ebenen Terrain wohl immer billiger als ein Canal ſtellen und vor Allem die Waſſerverhältniſſe nicht wie ein ſolcher verändern würde, ließen ſich dann Schiffe aus der Weſer-

station nach dem Jahdebusen überführen. Man vermöchte so ganz außer dem Bereich der feindlichen Kanonen zu Lande die Flotte auf einen Punkt zu concentriren. Wir verkennen nicht das Kühne und Ungewöhnliche dieses Planes; indessen ist die heutige Technik in präciser Bewegung schwerer Massen so weit vorgeschritten, daß die Schwierigkeiten durchaus nicht unüberwindlich erscheinen. Es werden ja auch jetzt schon große Panzerfregatten mit voller Armirung und Ausrüstung vom Boden eiserner Schwimmdocks getragen, und bei dem angeführten Project vertheilt sich die Last auf so viel Achsen und Räder bez. Berührungsstellen der letzteren mit den Schienen, daß das Project keineswegs als utopisch zu betrachten ist.

Aus Schleswig-Holstein.

December 1868.

Es traf sich günstig für mich, daß Sie meiner Correspondenz aus dem September d. J. auf dem Fuße einen Bericht aus Kiel über den Empfang König Wilhelm's in Schleswig-Holstein folgen lassen konnten. Der mit Absicht einseitig gewählte Gesichtspunkt, von dem aus ich Ihnen die neue Ordnung in den Herzogthümern zu charakterisiren versuchte, erhielt dadurch ausgleichendes Licht. Gerade das ist ja der ideellste und unzerstörbarste Beruf wahrhaften Königthums, daß es in der Vorstellung der Menschen über den Kämpfen und Irrungen der Zeit stehend und als Verkörperung der reinsten und unvergänglichsten Seite des Staats die Interessen der Vergangenheit wie der Zukunft umfassend die Gegensätze der Gegenwart aussöhnt, den Widerstreit particularen Selbstrechts aufhebt in dem der Gesammtheit gewährleisteten öffentlichen Frieden. Und König Wilhelm müßte durch die rein menschlichen Eigenschaften seiner Person, Hoheit, Würde und Wohlwollen seines Wesens, wie durch ruhmreiche Thaten unter den lebenden Fürsten weniger ausgezeichnet sein, hätte er nicht auch in dieser neuen Provinz durch sein Erscheinen Herzen zu gewinnen und seines Regiments Ansehen fester zu begründen gewußt. Nach meinen Eindrücken trat diese Wirkung noch unendlich lebhafter, als in dem meist conventionellen Prunk und Auflauf städtischer Begrüßung überall da zu Tage, wo unser Landvolk heranströmte, um den neuen Landesherrn zu sehen und willkommen zu heißen. Ist erst die Generation von heute ausgestorben, die den Stachel verübter oder erlittener Unbillen im Herzen mit verbittertem Gemüth und unruhigem Gewissen nach Conflicten sucht und von der Feindschaft gegen Preußen lebt,

hat erſt die allgemeine Wehrpflicht des jungen Geſchlechts eine Reihe von Jahrgängen dem preußiſchen Heerweſen einverleibt, ſo wird, daran iſt kein Zweifel, die Monarchie in dem Landvolk dieſer Nordmarken ihre feſteſten Wurzeln ſchlagen und der Segen des großen nationalen Gemeinweſens unberechenbare Gebiete des Volksthums auch hier befruchten.

Für den Augenblick muß einem ſolches Vertrauen freilich über manche verwirrende Erſcheinung des Tages forthelfen. Bekanntlich führte die königliche Reiſe zu einer hohen Auszeichnung des Oberpräſidenten v. Scheel-Pleſſen. Aengſtliche Leute ſind dadurch derartig decontenancirt worden, daß ernſthaft die Möglichkeit beſprochen wurde, ob der wirkliche Geheimerath Baron v. Scheel-Pleſſen nicht vielleicht der Nachfolger des Grafen Eulenburg als Miniſter des Innern werden könne. Etwas ephemerer Art iſt das Oberpräſidium ohnehin ſeit dem 1. October d. J. geworden, ſeit die vereinigte Regierung in Schleswig unter Elwanger's Präſidium inſtallirt iſt und der Oberpräſident in Kiel ſeinen Sitz behalten hat. Die Bedenken, welche von nationalliberaler Seite im Abgeordnetenhauſe gegen die geſetzliche Baſis der ſchleswiger Regierung geltend gemacht worden ſind, vermag ich nicht zu theilen. Die vereinigte Regierung hat ſelbſtverſtändlich eine andere interne Organiſation, aber materiell keinen andern Wirkungskreis, keine anderen Befugniſſe, als ſie die getrennten beiden Regierungen bereits beſaßen, und ich meine, das Miniſterium hat jene Organiſation vollkommen bona fide im Verordnungswege geregelt, nachdem der vorjährige Beſchluß des Abgeordnetenhauſes die Vereinigung beider Regierungen budgetmäßig forderte, ohne die leiſeſte Andeutung dafür, daß die Vereinigung nicht als mechaniſche Verſchmelzung zweier gleichartiger Behörden, ſondern als Combination ganz neuer Verwaltungsideen zu denken ſei. Aber neben dieſer einen Regierung ein davon vollkommen getrenntes Ober-Präſidium, mit drei vortragenden Räthen und Bureau-Perſonal ausgeſtattet, das ſcheint mir in der That eine Art von Nebenregierung zu ſein, ebenſo neu gegenüber dem bisherigen wie allem übrigen Verwaltungsrechte des Staats. Alles, was Graf Eulenburg als natürliche Erklärung und Rechtfertigung dieſer Eigenthümlichkeit anzuführen verſucht hat, gehört in die Claſſe der wohlfeilſten Brombeeren. Ein derartiges Oberpräſidium für eine Provincialverwaltung von kaum einer Million Einwohner neben nur einem Regierungscollegium iſt ein Unicum, das nirgend anderwärts zu finden, das durch keine ſachlichen Bedürfniſſe bedingt iſt und das unfehlbar mit Herrn v. Scheel-Pleſſen eingehen wird. Wäre, was noch im vorigen Jahre eine Zeit lang möglich ſchien, v. Zedlitz Oberpräſident geworden, er präſidirte heute ſicherlich der vereinigten Regierung in Schleswig, und Niemand dächte daran, daß es anders ſein könnte.

Bald nach dieſer, ſo zu ſagen, vorläufig definitiven Geſtaltung der

obersten Administrativbehörde erfolgte die Eröffnung der ersten Session der schleswig-holsteiner Provincialstände in Rendsburg. Nach der ihnen durch königliche Verordnung v. 22. September v. J. gegebenen Composition bestehen dieselben aus 19 Abgeordneten des großen Grundbesitzes, darunter 4 Vertretern der ritterschaftlichen Corporationen, 19 Abgeordneten der Städte und ebenso 19 Abgeordneten der Landgemeinden. Mit einer Virilstimme sind außerdem die hessischen Fideicommißgüter vertreten. Es ist gewiß, daß diese Dreitheilung dem wirklichen Verhältniß der ständischen oder socialen Bestandtheile der Herzogthümer herzlich wenig entspricht und ein ziemlich verzwickter und willkürlicher Wahlmodus macht die Sache noch schlechter. Auch blieb beim Mangel jedes Provincialfonds und jeder darauf zu gründenden ständischen Verwaltungsorganisation unser Provinciallandtag von vorne herein weit hinter den Aufgaben der in Hannover, Kassel und Wiesbaden tagenden Provincialvertretungen zurück. Trotzdem hat die Geschichte der preußischen Provinciallandtage vor dem Jahre 1848 gezeigt, daß mit einiger Energie und Geschicklichkeit selbst diesem barocken ständischen Rahmen ein lebendiger Inhalt und vorwärts treibende Kraft zu geben ist. Wenn die Verhandlungen der schleswig-holstein'schen Stände stark unter dem erlaubten Maße von Eintönigkeit und Langweiligkeit blieben, so lag der beste Theil der Schuld entschieden an dem Mangel politischer Capacitäten. Sie sind wohl auch im alten Ständesaale zu Itzehoe nicht sehr zu Hause gewesen: heute, wo die wenigen weitsichtigen Führer der alten nationalen Partei stille Männer geworden und der Gegensatz gegen das Dänenthum Nichts mehr verdeckt, starrt einem ein trostloser Mangel positiver politischer Kräfte, in den öffentlichen Dingen gewiegter Geschäftsleute peinlich entgegen. Es wurde in Rendsburg von liberaler Seite ein Anlauf genommen, das Postulat einer der Zeit und dem Lande entsprechenderen Zusammensetzung der Provincialvertretung zu formuliren. Nachdem jedoch der königliche Commissar davor gewarnt, nicht zu früh an dem „Fundamentalgesetz" zu rütteln, und der Klosterpropst von Ahlefeld, einer der intelligentesten Vertreter der Ritterschaft, in jenem Versuch den Ausdruck des Mißtrauens gegen einen Theil der Stände erblicken zu wollen erklärt hatte, verwahrte man sich gegen jede böswillige Absicht und ließ die Sache fallen. Etwas einmüthiger, aber nicht kräftiger verlief ein zweiter Ansturm, den sog. Zuchthausfond im Betrage von 650,000 Thlrn., der aus Beiträgen der Communen hervorgegangen, darauf hin den Provincialständen zu eigener Verwaltung zu vindiciren. Gegen die kategorische Erklärung des Oberpräsidenten, daß die fragliche Summe nach der Ansicht der Staatsregierung schlechterdings nicht der Provinz, sondern den allgemeinen Staatsfonds gebühre, war nicht aufzukommen. So blieb denn die Begutachtung verschiedener Gesetzentwürfe übrig, von denen ein

Jagdgeſetz einiges, der Entwurf einer ſchleswig-holſtein'ſchen Städteordnung, ſollte man meinen, ſehr viel Intereſſe darbot. Graf Eulenburg hatte ohne Umſtände die Städteordnung der ſechs öſtlichen Provinzen Preußens zu Grunde gelegt, doch aber zu Gunſten unſerer überkommenen Eigenthümlichkeiten die zwei großen Conceſſionen gemacht, daß Magiſtrat und Deputirtencollegium wie bisher ſo auch fernerhin der Regel nach in gemeinſamer collegialer Berathung tagen und die Magiſtratsmitglieder, vom Bürgermeiſter und Beigeordneten abgeſehen, auch fernerhin unmittelbar von der Bürgerſchaft gewählt werden dürfen: dafür ſollen aber die Bürgermeiſter nach Präſentation dreier Candidaten unmittelbar vom Könige bez. der Regierung ernannt werden. Die ſchöne Erfindung der altpreußiſchen Reactionszeit, die Graf Schwerin im J. 1862 vergeblich zu beſeitigen verſuchte, daß jeder Diſſens zwiſchen Magiſtrat und Stadtverordneten durch die löbliche Regierung zu entſcheiden ſei, fand ſich trotz der zugeſtandenen Vereinigung der ſtädtiſchen Collegien glücklich im Entwurfe wieder vor. Gegen die letzteren beiden Beſtimmungen richteten ſich hauptſächlich die Bedenken einiger getreuen Stände. Indeſſen Graf Eulenburg hatte dem Oberpräſidenten und ſeinen Räthen wohl nicht das erforderliche Feuer zugetraut, um dieſe geſetzgeberiſche That mit der gehörigen Energie zu plaidiren: es wurde der intellectuelle Urheber des Entwurfs, natürlich ein Geheimrath aus dem Miniſterium des Innern, nach Rendsburg geſchickt, und an dem bureaukratiſchen Panzer dieſes Herrn prallten faſt klanglos alle von ſchwachen, ungeübten Händen geführten Angriffe ab. Etwas Humor lag für den entfernten Beobachter immerhin in dem Schauſpiel, dramatiſches Intereſſe gar nicht. Oder iſt es nicht ein humoriſtiſcher Zug, wenn der Geheimrath auch jenen auf erweiterte Selbſtverwaltung gerichteten Wünſchen nicht blos den Widerſpruch der Staatsregierung, nicht blos das Intereſſe geſammtſtaatlicher Uniformität, nein, auch die gewiſſe Abneigung des preußiſchen Landtags gegen derartige Eigenthümlichkeiten drohend entgegen hielt und nur im tapferen Zuſammenſtehen der Stände mit der Staatsregierung einige Ausſicht auf Erfolg gegen den berliner Parlamentarismus verhieß? Wir hoffen, die liberalen Parteien des Abgeordnetenhauſes werden dem ſchleswig-holſtein'ſchen Provinciallandtage dennoch zu Hülfe kommen, ſelbſt auf die Gefahr hin, die Städteordnung bleibt Entwurf, und wir behelfen uns noch ein und das andere Jahr länger mit unſeren bunten Localſtatuten.

Etwas lebhaftere Wellen ſchlug in jüngſter Zeit unſer politiſches Leben nach andrer Seite hin. Als im Spätherbſt v. J. die erſten Wahlen zum Landtage der Monarchie ſtattfanden, etablirte ſich in Kiel, der Hofburg unſeres Particularismus, ein Wahlverein, verzweigte ſich über das Land und octroyirte den Wahlkreiſen die Candidaten. Die kieler Staatsanwaltſchaft

hatte die Schwäche, dem Andrängen des Oberpräsidiums nachzugeben und wegen Uebertretung des bekannten Coalitionsverbots im Vereinsgesetz die kieler Vorstandsmitglieder zu verfolgen. Sie erreichte in erster Instanz eine Verurtheilung zu einigen Ordnungsstrafen und nachdem sich der Proceß fast ein Jahr hingeschleppt, führte er in zweiter Instanz zu der Feststellung, daß es sich nur um einen großen Gesammtverein handele, und folgeweise zur Freisprechung. Flugs wurde von Kiel aus dies Ereigniß den Parteigenossen in einem ausführlichen Rundschreiben mitgetheilt und dieselben aufgefordert, nunmehr dem zu allgemeiner politischer Thätigkeit verjüngten Vereine männiglich beizutreten, für sein Programm kräftig zu wirken. Das recht glatt geschriebene Circulär erwähnte Nichts mehr von den Programm von Neumünster, dem bisherigen Evangelium unserer Particularisten, es vermied in Wort und Gedanken ebenso geschickt jede Erwähnung Preußens, der nationalen und gesammtstaatlichen Interessen und betonte in unendlichen Variationen lediglich die Vertheidigung, Förderung, Entwickelung der provinciellen Institutionen.

An der Spitze dieser Art von Bewegung stand und steht Herr Hänel, Professor der Rechte an der Universität Kiel, Abgeordneter des 18. schleswig-holstein'schen Wahlkreises. Er gehört unbedenklich zu den rising men in unserem Phäakenlande und ich hätte allen Grund, mein oben ausgesprochenes abfälliges Urtheil über die Herrschaft politischer Impotenz zu seinen Gunsten wesentlich einzuschränken, wäre Herr Hänel nicht ein ziemlich fremdes Element in unserer Gesellschaft. Als er, irre ich nicht, i. J. 1862 als sächsisches Landeskind von Leipzig hierher kam, brachte er anscheinend bereits ein gutes Theil sowohl jenes Preußenhasses, wie jener politischen Geschmeidigkeit mit, deren Vorbild Herr von Beust damals und vielleicht auch heute noch ist. Während der augustenburger Episode entwickelte er im auswärtigen Departement des Erbprinzen als Hülfsarbeiter beide Eigenschaften in fruchtbarster Weise. Später als der leitende Genius der „Kieler Zeitung" und als Vorstandsmitglied der schleswig-holstein'schen Wahlvereine fand er mehrfach Gelegenheit, sich mit der kieler Staatsanwaltschaft zu messen, und im Augenblick sind seine beiden Reden im Abgeordnetenhause gegen den Oberpräsidenten von Scheel-Plessen und gegen die preußischen Staatsanwälte das große Ereigniß im Lande. Schade, daß Herr Hänel, so ächt auch sein Particularismus ist, doch selbst keine Heimathsrechte in Schleswig-Holstein besitzt! Dies allein thut seinem Ruhme unter uns Abbruch.

Quis tulerit Gracchos de seditione querentes! Ich habe durchaus keine Neigung, sei es für unser Oberpräsidium, sei es für das Institut der Staatsanwaltschaft eine Lanze einzulegen. Aber Herr Hänel und seine Partei gehören nicht zu den Leuten, in deren Munde sich Klagen über Parteiregiment und politische Verfolgungssucht gut und ehrlich ausnehmen. Unsere

Administration und unsere Strafgerichtsverfassung, die auch in ihrer jetzigen Gestalt immer noch einen Fortschritt von Jahrhunderten gegen das alte hiesige Chaos darstellen, könnten dem Ideale um ein Unendliches näher sein: trügen sie die Farbe Preußens, so würden die Querelen jener Partei über Mißregierung sich in anderer Tonart, aber mit nicht minderer Festigkeit ergehen. Zudem ist das, was Herr Hänel in Betreff der „Herrschaft" der Staatsanwälte über die „Inferiorität" der Gerichte klagend vorgebracht hat, zwar mit leidlicher Klugheit ausersonnen, aber doch eben nur eine Erfindung des Herrn Professors. Etwas Absonderliches sollte vorgebracht werden, und so mußte ein in der Literatur über die Reform der Staatsanwaltschaft häufig als eine mögliche Gefahr herangezogener Gesichtspunkt dazu herhalten, in schärfster Zuspitzung dem Vortrage besonderen Reiz zu verleihen. Je stärker die darin enthaltene Beleidigung gegen unsere Richter, desto gewisser die Aussicht, Mißtrauen auch da zu säen, wo es im Interesse Aller bisher noch unbekannt war. Grade das war es, was ich in meiner letzten Correspondenz den hiesigen Staatsanwälten zu Gute hielt, daß sie im Allgemeinen entschieden das Bestreben zeigen, in collegialem Einvernehmen mit den Gerichten und mit richterlicher Unabhängigkeit die Strafrechtspflege zu handhaben. Der Justizminister hatte ganz Recht darin: die schleswig-holstein'schen Richter sind im Ganzen nicht aus dem Holze geschnitzt, um sich durch ein bischen Geschäftsroutine und gewandte Plaidoyers moralisch unterjochen zu lassen. Auch haben wir schon jetzt sowohl Richter wie Rechtsanwälte zur Genüge, die vollkommen befähigt sind, dem Parquet das Gleichgewicht zu halten, wo eine Präponderanz sich geltend machen möchte. Ich bin überzeugt, hätte der jetzige Justizminister nicht in ganz unnöthiger Weise einige der verrufensten Ministerial-Rescripte aus der Simons'schen Zeit, welche die Staatsanwaltschaft in Preßsachen und bei Anklagen gegen Beamte in eine abscheuliche Abhängigkeit von Polizei- und Administrativbehörden bringen, plötzlich en bloc den Staatsanwälten der neuen Provinzen aufoctroyirt, er hätte mit noch besserem Gewissen die ganze Hänel'sche Insinuation abfertigen können. In Summa entspricht es trotzdem allein der Wahrheit, wenn ich behaupte, Schleswig-Holstein erfreut sich einer erheblich größeren thatsächlichen Preßfreiheit und einer viel geringeren Zahl politischer Verfolgungen, als die alten Provinzen.

Die Beispiele, mit denen Herr Hänel seine zweite Rede illustrirt hat, sind sämmtlich den Acten der kieler Staatsanwaltschaft entnommen und zum Theil eine recht wunderliche Blumenlese. Eins davon, das zugleich die hiesigen Zustände charakterisirt, möchte auch ich mir in den Strauß binden. Vor etwa Jahresfrist geriethen bei Gelegenheit irgend einer Festfeier und einer dabei veranstalteten Sammlung von Geldbeiträgen ein Amtmann Gr. R.

und ein Amtsrichter R. in einen persönlichen Conflict. Ersterer gehört der nationalen Partei an, Letzterer ist strammer Augustenburger; obwohl der Letztere seinen Gegner schon vordem einmal die unter Männern in Ehrensachen übliche Genugthuung verweigert hat, benutzt er taktvoll die Gelegenheit jener Geldsammlung, um dem Nationalen um früherer in der Landessache gesammelter Gelder willen den Verdacht der Unehrlichkeit und Untreue zu insinuiren. Dieser verlangt sofortigen Widerruf der Beleidigung und greift schließlich, als der Amtsrichter sich dazu nicht bereit findet, zu dem letzten Schutzmittel gegen derartige Bubenstreiche, dem Stock. Der gemißhandelte Amtsrichter denuncirt bei der kieler Staatsanwaltschaft, wird aber nach dem wohl bei allen Staatsanwälten für solche Fälle der einfachen Realinjurie herkömmlichen Formular auf den Weg der ihm zustehenden Privatklage verwiesen. Leider machen es nunmehr auch mehrere Advocaten wie der kieler Staatsanwalt und wollen mit der Anklage gegen Gr. R. Nichts zu thun haben; der Amtsrichter scheut sich aber, selbst seine Ehrensache vor der Strafkammer zu plaidiren — und so hat er die Stockschläge noch heute ungesühnt sitzen. Der Amtmann ist unangefochten Landrath in einer guten alten Stadt Schleswigs, der Amtsrichter dagegen von seiner vorgesetzten Dienstbehörde wegen unwürdigen außeramtlichen Verhaltens disciplinarisch belangt worden. Und obwohl die Staatsanwaltschaft weder über Landräthe, noch über Amtsrichter irgend eine Disciplinar- oder sonstige Gewalt auszuüben hat, macht Herr Hänel zu Gunsten seines Parteigenossen in seiner Diatribe gegen die Staatsanwälte von jenem Histörchen doch die brauchbare Nutzanwendung, daß Jedermann daraus ersieht, wie in Schleswig-Holstein vermöge der Herrschaft der Staatsanwaltschaft richterliche Beamte von höheren Verwaltungsbeamten ungestraft gemißhandelt, jene obenein disciplinirt, diese befördert werden!

Aus Schwaben.

5. December.

Die Thronrede, mit welcher gestern König Karl die neue Ständeversammlung eröffnet hat, befleißigt sich der sachlichen Kürze, welche die Feder des Hrn. v. Geßler vortheilhaft auszeichnet. Geschäftlich und bescheiden vermeidet sie diesmal Anspielungen, wie die auf das „vierhundertjährige Verfassungsleben", in welchen sich noch die letzte Thronrede vom 20. Febr. d. J. gefallen hatte. Auch die wehmüthige Sympathie für „das schöne Reich, das bis dahin seine Geschicke mit uns getheilt und nun von uns geschieden" hat keine Wie-

derholung gefunden. Herzlich und entgegenkommend ist der Ton dem eigenen Volk gegenüber, keine Spur einer Verstimmung über den Ausfall der Wahlen, die der Regierungspartei eine so empfindliche Niederlage bereiteten.

Eine Anzahl Vorlagen ist angekündigt, die meisten von wenig allgemeinem Interesse. Herr v. Golther, der sonst die Reformen in seinem Departement schockweise aus dem Aermel schüttelt, begnügt sich ein Gesetz zu versprechen, das die Rechtsverhältnisse religiöser Vereine im Sinne der Religionsfreiheit ordnet. Der Einfluß der norddeutschen Bundesgesetzgebung ist zu spüren, wenn die Beseitigung der politischen Hindernisse in Schließung der Ehen, wenn eine Vorlage über gleiches Maß und Gewicht mit ganz Deutschland, wenn die Aufhebung der Personalexecution in Wechselsachen angekündigt wird. Diese Vorlagen zeigen aufs Neue, wie die Südstaaten die Erhaltung ihrer internationalen Selbständigkeit um den Preis bezahlen, die norddeutsche Gesetzgebung einfach für sich zu adoptiren.

„Die freie Bewegung im Staatsleben soll gefördert werden." Doch ist von dem Entwurf einer Reform der Verwaltungsbehörden, der, zu Ende der vorigen Periode eingebracht, nicht mehr erledigt werden konnte, keine Rede. Er hat wenig Beifall gefunden und scheint zurückgezogen. Ebenso wenig ist der Entwurf einer Verfassungsreform wieder eingebracht. „Aber auch diese höchst wichtige Frage wird bei versöhnlichem Sinn und aufrichtiger Hingebung an das wahre Wohl des Landes ihre zeitgemäße Lösung finden." Das heißt wohl: man will erst die politische Temperatur des jetzigen zum großen Theil aus Neulingen bestehenden Hauses abwarten und eine betreffende Vorlage vom Wohlverhalten desselben abhängig machen. In seiner bisherigen Gestalt hat freilich auch dieser Entwurf in der neugewählten Kammer so wenig Aussicht auf Annahme, wie in der vorigen. Indessen wird nicht zu umgehen sein, daß auch in dieser Richtung bald Etwas geschehe. Unser Verfassungsorganismus hat trotz, oder vielmehr wegen seines vierhundertjährigen Alters zu viel für die Gegenwart Abnormes und man wird dagegen auf die Länge die Augen nicht verschließen können, wenn man gleichzeitig so empfindlich ist gegen constitutionelle Schwächen fremder Staaten. Die feudalen Reminiscenzen in der Zusammensetzung beider Kammern, die sechsjährigen Landtags- und dreijährigen Budgetperioden lassen sich beim Blick auf die Fortschritte der constitutionellen Entwicklung in andern Ländern schwer vertheidigen. Daß die Kammer ihren Präsidenten nicht selbst wählt, daß ihr das Recht der gesetzgeberischen Initiative versagt, daß das Recht der Redefreiheit nicht verfassungsmäßig garantirt ist, dies Alles sind Punkte, die man allerdings bisher im eigenen Hause recht gelassen ertrug, die aber doch nicht ganz stimmen wollen mit dem gerühmten Hort der Freiheit des Beobachters und mit dem Eldorado Moritz Mohl's.

Der kurze Abschnitt über die politische Stellung des Landes, mit welchem die Thronrede schließt, enthält nichts Neues und Unerwartetes. Er bestätigt daß die Politik der Regierung unverrückt dieselbe ist, abwartend, zwischen den Forderungen der Parteien die goldene Mitte haltend. Der deutschen Partei soll es ohne Zweifel gelten, wenn vor Allem die Selbständigkeit Württembergs betont wird; der Volkspartei gilt die Stelle von der Pflege der nationalen Interessen und den Pflichten gegen das weitere Vaterland. Mit anderen Worten: die Regierung will sich weder zum Anschlusse an den norddeutschen Bund, noch zu undeutschen Experimenten drängen lassen; an dem durch die Verträge geschaffnen Zustand soll Nichts geändert werden, obwohl die Verträge selbst bezeichnenderweise nicht erwähnt waren. Es liegt auf der Hand, daß diese Rede, die unter diesen Umständen gehalten einfach auf das Nächstliegende sich beschränkt, keine Herausforderung zu einer Adresse und Adreßdebatte enthält. Ihr knapper Ton scheint einer solchen eher vorzubeugen und die Abgeordneten an ihre Geschäfte zu verweisen. Auch läge es für die Vertretung eines Staats, der sich zu besonders musterhafter Ausbildung des Constitutionalismus berufen weiß, in der That nahe, mit Vermeidung von Allotrien an die dringlichen Arbeiten zu gehen. Und der Nutzen einer politischen Debatte ist um so weniger einzusehen, als seit den letzten höchst gründlichen politischen Kämpfen, die in demselben Saale geführt wurden, lediglich keine Wendung, kein nennenswerthes Ereigniß eingetreten ist, das der Begutachtung durch den schwäbischen Areopag bedürfte. Wozu also das grausame Spiel abermals aufführen?

Allein damit wäre freilich der Demokratie, die durch die Pforte des allgemeinen Stimmrechts in so imponirender Anzahl in die Kammer eingetreten ist, schlecht gedient. Wenn auch nicht in der Lage der Dinge, so ist doch im Halbmondsaal selbst eine erhebliche Veränderung vor sich gegangen. Eine Reihe von Leuten, die bisher nur in Volksversammlungen oder auf Schützenfesten Proben ihrer staatsmännischen Fähigkeiten abgelegt hatten, erfreuen sich nun eines gesetzlichen Mandats und sind nicht gewillt ihr Licht unter die Tribüne zu stellen. Die Volkspartei der strengen Observanz, von der europäischen Nuance, ist in der Kammer in solcher Zahl vertreten, daß sie sich als eigene Partei, gesondert von der alten Linken, constituiren konnte, mit der sie indessen vorläufig noch mit einer Art von Herablassung als „Vereinigte Linke“ gemeinsame Parteiversammlungen hält. Von dem Augenblick nun, da diese neuen Kräfte mit ihren lange aufgesammelten Gefühlen auf den Brettern erscheinen, hebt offenbar ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte an. Mitleidwürdig erlischt der Stern von Sadowa und in blutrother Gluth geht über dem erstaunten Europa die Freiheitssonne von Be-

ſigheim auf. Glücklich Diejenigen, welche ſich einſt rühmen können dieſen weltgeſchichtlichen Moment erlebt zu haben!

„Das Werk von 1866 muß aus der Welt geſchafft werden.“ Das war das ceterum censeo der Wahlreden aus dem Lager der Volkspartei. So geſchwind wird ſich dies nun freilich nicht machen, daß ſich darauf mit Fug das Goethe'ſche Wort anwenden ließe: „Es war gethan, faſt eh gedacht.“ Man wird ja wohl zufrieden ſein, wenn es gelingt, in mehreren Etappen das Werk Bismarck's wieder aus den Augen der dadurch unangenehm berührten Volkspartei zu ſchaffen, und als erſte Etappe wird nun ohne Zweifel die Rednerbühne in der Kronprinzſtraße zu Stuttgart zu betrachten ſein oder mindeſtens ſich ſelbſt betrachten. Schade, daß ſich auf derſelben nicht viel Neues wird ſagen laſſen. Schade, daß zu einer ſo heroiſchen Arbeit nur längſt verbrauchte Waffen zur Verfügung ſtehen. An dem beſten Willen zwar wird es nicht fehlen. Man wird vor Allem revidiren, was die letzte Kammer zur Verpreußung des Landes gethan. Schlechterdings erfordert die Neugeſtaltung Deutſchlands eine abermalige vernichtende Kritik durch die württembergiſche Volkspartei. Die taube Welt kann nicht oft genug die gewaltigen Proteſte gegen die Blut- und Eiſenpolitiker, gegen den Militarismus und Cäſarismus anhören. Nicht oft genug kann die napoleoniſche Idee des Südbundes als die einzige Rettung der deutſchen Libertät geprieſen, oder dem barbariſchen Miſchlingsvolk in der norddeutſchen Ebene die Ueberlegenheit der echtdeutſchen Raçe bewieſen werden. Kurz, man wird ſich in Geduld auf die unerſchrockene Wiederholung von Reden gefaßt halten müſſen, die längſt alle gehalten, ſtenographirt, gedruckt und gebunden ſind, eine neue Ausgabe, die nur durch ein noch lebhafteres Colorit von den bisherigen ſich unterſcheiden wird. Irgend einen Erfolg mögen ſich die Urheber ſelbſt im Ernſt nicht verſprechen und im übrigen Deutſchland wird die Wirkung kaum mehr als ein erneutes Schütteln des Kopfes ſein Nur der eine Gewinn iſt allerdings nicht zu unterſchätzen: der hingeworfene Handſchuh wird von ſchlagfertigen Kämpfern aufgenommen werden, neben der undeutſchen kommt auch die deutſche Geſinnung nachdrücklich zum Wort, ein kräftiges nationales Zeugniß wird in Schwaben ſich Gehör erzwingen und in unſerem Volk ſelbſt wird durch dieſe wiederholten Turniere eine angenehme Erregung der Gemüther wachgehalten, die nun einmal nicht zur Ruhe kommen ſollen, bis die eine Frage gelöſt iſt, die deutſche.

y.

Berliner Correspondenz.

Die Generaldebatte über den Etat des Cultusministeriums.

⋊ Berlin, den 14. December.

Nachdem die Regierung durch den Mund des Grafen Eulenburg verkündet hatte, daß sie sich der Ausführung des Guerard'schen Antrages nicht widersetzen werde, sah alle Welt die Berathung über den Etat des Cultus- und Unterrichtsministeriums als den wichtigsten und entscheidendsten Punkt des parlamentarischen Winterfeldzugs, mindestens als den Punkt an, der für die liberalen Parteien die größte Wichtigkeit haben werde. Diese Parteien mußten, wenn überhaupt, so bei dieser Gelegenheit zeigen, was sie konnten und was sie gelernt hatten. Der Minister von Mühler hatte nach allen Seiten hin den peinlichsten Anstoß gegeben, in den alten, wie in den neuen Provinzen, bei den Nationalen und bei den Demokraten mannigfaches Aergerniß bereitet, hier durch einseitige Betonung des starrsten Confessionalismus, dort durch bureaukratische Einmischung in städtische und ländliche Schulverhältnisse böses Blut gemacht. Wurde die Sache mit einigem Geschick behandelt, so ließ sich mindestens ein starker Eindruck auf den leitenden Minister erwarten, dem an der Erhaltung eines unbeliebten Collegen nicht viel gelegen sein konnte.

Wie hoch die allgemeine Aufmerksamkeit gespannt war, zeigte schon ein Blick auf die überfüllten Galerien und auf den ziemlich schwach besetzten Ministertisch, in dessen Mitte der blasse, etwas steife und trotz aller äußeren Ruhe sichtlich erregte Mann dasaß, der den heranziehenden Sturm mit Hilfe zweier düster blickender Commissarien bestehen sollte. Die Bänke des Hauses waren dicht besetzt — die Rechte saß in erwartungsvollem Schweigen da, auf der Linken zeigte sichs, daß Etwas im Werk sei.

Auf der Rednerliste (die Dank den Bemühungen der Demokratie sammt der alten Geschäftsordnung noch immer in Uebung ist) standen nicht weniger als sechszehn Redner; zwei Dritttheile derselben wollten den Minister angreifen. Kam auch nur die Hälfte zu Wort, so ließ sich ein günstiges Ende nicht absehen. Wie war eine so lange, noch dazu wesentlich mit unbekannten Namen erfüllte Liste mit einer ordentlichen Taktik der aggressiven Fractionen zu vereinigen? Zwei Punkte, auf die es wesentlich ankam, und für jeden derselben fünf Redner? Wie mochten da wohl die Rollen vertheilt sein, wer die Regie übernommen haben?

Nichtsdestoweniger ließ die Sache sich recht günstig an. Prediger Richter eröffnete den Kampf mit einer Rede, die zwar an Länge und Breite des Guten zu viel that, auch wegen der eingestreuten Liederverse nicht besonders

taktvoll genannt werden konnte — aber im Ganzen doch einen guten Eindruck machte. Das Hauptgewicht war auf die Gefährlichkeit der hyperorthodoxen Richtung gelegt, welcher der Minister folgte; aber auch der andere Punkt, die unerträgliche Bevormundung der Communen war nicht unerwähnt geblieben. Herrn v. Mühler's Antwort bewies am deutlichsten, daß der Vorredner nicht wirkungslos gesprochen hatte; der Minister sprach ausführlich, sehr gemäßigt, in entschieden versöhnlicher Absicht. Als seine etwas eintönige, aber mit formeller Sicherheit gesprochene Antwort beendet war, wandte er sich wieder den Papieren zu, die vor ihm lagen und seine Aufmerksamkeit sehr viel lebhafter in Anspruch zu nehmen schienen, als die krampfhaften Beifallsbemühungen der Rechten und die etwas mesquinen Zischlaute der Linken — Laute, welche trotz der tadelnden Bemerkung des Präsidenten übrigens consequent und von beiden Seiten des Hauses wiederholt wurden, so oft ein Gegner sprach. Der nächste Redner, Domherr Künzer, feierte den Confessionalismus des Ministers und wünschte denselben künftig für die katholische Kirche fruchtbar gemacht zu sehen — ein Umstand, der den Angreifern der gegenwärtigen Cultusverwaltung noch sehr viel mehr zu Gute gekommen wäre, wenn statt der Rede des Abgeordneten Lent die zweite von Dr. Wantrup geführte Vertheidigungscolonne sofort ins Treffen geführt worden wäre, um alle Zweifel darüber auszuschließen, wo die Stützen des Mühler'schen Systems zu suchen seien. Statt dessen trug Herr Lent eine Reihe Bemerkungen über reichenbacher Gesangbücher und deren Einflüsse auf die Frauen und Töchter seiner Mitbürger vor, welche zu dem ein Mal angeschlagenen Ton wie die Faust aufs Auge und überhaupt nicht in eine Versammlung von politischen Männern paßten; dann sprach der Cultusminister noch ein Mal; die Vertagung wurde unter dem Eindruck beschlossen, daß ein wirklicher Erfolg noch nicht erzielt, nicht ein Mal eine Steigerung der Wirkungen herbeigeführt worden sei, welche Richter's Worte hervorgerufen.

Die Debatte des zweiten Tages wurde durch Herrn Wantrup in einer Weise eröffnet, die jede Kritik ausschließt. Die einzelnen sachlichen und mitunter witzigen Brocken, welche zur Widerlegung der Gegner vorgebracht wurden, schwammen in einer Brühe platter, bajazzoartig vorgetragener Späße, die übrigens nicht nur auf den Galerien belacht wurden; daß der Präsident den Redner mit einem Ordnungsruf unterbrechen mußte, störte weder diesen noch den Humor des Publicums. Die Versammlung fand ihre Würde erst wieder, als der Abgeordnete Wehrenpfennig die Tribüne bestieg und nach einigen wohlgezielten Sarkasmen auf den scurrilen Vorredner hervorhob, daß das herrschende System nicht nur die Freiheit der Communen beeinträchtige, ihren Eifer für das Schulwesen lähme und die neuen Provinzen verbittere, sondern auch die beiden Hauptconfessionen zu Eifersüchteleien aufstachele, die ihnen selbst

ebenso schädlich seien, wie der nationalen Sache. Der Schluß dieser Rede, welcher die Staatsgefährlichkeit der wieder erwachten confessionellen Gegensätze nachwies, hob die Debatte aus den Wantrup'schen Sümpfen auf eine Höhe, wie sie noch nicht erreicht worden war. Ihr Erfolg mißt sich nicht sowohl an dem lebhaften Beifall, mit dem sie aufgenommen wurde, als an dem Ton, den der Minister in seiner Antwort anschlug: er begann mit der Versicherung, die Auffassung des Vorredners zu theilen. Schulrath Bieck, der sodann das Wort ergriff, machte keinen Eindruck; Dr. Techow, der ihm folgte, sprach außerordentlich sachlich und klar — es bedurfte nur noch eines kräftigen, resumirenden Schlußworts, das die Summe der dem Minister nachgewiesenen Fehlgriffe zog, und die Sache der Opposition war in den Augen der Zuschauer gewonnen. Wenn Graf Bethusy-Huc dieses Wort auch nicht sprach, so machte die Energie, mit welcher er Herrn Wantrup den Weg wies, doch einen sehr günstigen Eindruck; Namens seiner Partei erklärte der Redner, daß er nur ungern gegen die Regierung zu Felde ziehe, sich aber verpflichtet fühle, den Cultusminister vor Ausschreitungen zu warnen welche das Interesse der nationalen Sache schädigten.

Hatten die liberalen Parteien keinen ihrer Hauptredner mehr ins Treffen zu führen, so mußte jetzt geschlossen werden. Die Hauptsachen waren gesagt — konnten sie nicht noch besser gesagt werden, so war es die höchste Zeit zu schließen — Anträge auf Schluß lagen bereits vor. Aber das Unglaubliche geschah: die vereinigten Fractionen der Linken stimmten ihrer Majorität nach gegen den Schluß und obgleich die wenig versprechende Rednerliste verlesen wurde, beschloß man die Debatte Abends fortzusetzen.

Trüber Ahnungen voll kehrte ich Abends um 7 Uhr auf meinen Platz zurück — aber Alles, was ich gefürchtet hatte, wurde weit übertroffen. Herr Grumbrecht, der den Reigen mit einem höchst langathmigen Vortrag eröffnete, hatte das Unglück, den Augenblick, wo der Niedergang der Debatte begann, mit der Mahnung, der Minister möge zurücktreten, aller Welt deutlich zu bezeichnen; Herr Lesse gab statistische Daten über den traurigen Zustand des Volksschulwesens in Westpreußen, auf die kaum noch Jemand hörte; Herr v. Sybel wiederholte, was bereits Vormittags und mit sehr viel mehr Nachdruck über den schädlichen Einfluß des Confessionalismus gesagt worden war. Als er schloß, sah ich zum Ministertisch hinüber: Herr v. Mühler, der sonst wenigstens zuweilen hinaufgeschaut hatte, war so ausschließlich mit den vor ihm liegenden Papieren beschäftigt, daß sich ersehen ließ, er halte die Debatte längst für geschlossen. Das Haus aber war anderer Ansicht und die Debatte in der That nicht geschlossen: Herr Laßwitz betrat den Rednerplatz, um Allem, was von erhebenden und wirksamen Resultaten des Vormittags übrig geblieben war, vollends den Todesstoß zu geben. Er verstand es, sofort jenen tiefsten Ton der Leutseligkeit anzuschlagen, der jedes feinere Gefühl, mag es mit liberalen oder conservativen Saiten bespannt sein, an und für sich verletzt. Hätte Herr Laßwitz nicht durch die Energie seines Bekenntnisses für Unglauben, Freiheit, Fortschritt, Zeitgeist u. s. w. alle Zweifel daran ausgeschlossen, daß er die „entschiedene" Demokratie Breslaus vertritt — wir hätten ihn für einen Agenten der Wantrup'schen Humoristenschule gehalten, dazu bestimmt Vor- und Nachredner der liberalen Partei lahm zu legen. Von dem was folgt zu reden, ist eigentlich überflüssig — die Sache, welcher es galt, war nicht mehr zu retten, obgleich die Verhandlungen noch anderthalb Stunden dauerten und zunächst von Reichensperger fortgesetzt wurden. Virchow, dem die schwierige Aufgabe zugefallen war, nach Herrn Laßwitz im Namen der Opposition zu reden, begnügte sich leider nicht damit, zu constatiren, daß

Herr v. Mühler an den orthodoxen Ultras (Wantrup und Bieck) und den katholischen Ultramontanen die einzigen Freunde habe, sondern kehrte auf das Gebiet der „berechtigten Denkfreiheit“ (dessen Betreten, wie mir schien, Herr Laßwitz mindestens für 24 Stunden unrathsam gemacht hatte) zurück, und zwar ohne die Grenzen desselben zu bezeichnen, welche der Schule unter den gegebenen Verhältnissen einmal gesteckt sind und welche die übrigen Oppositionsredner (Herrn Laßwitz natürlich ausgenommen) anerkannt hatten.

Zum Schluß erhob sich Herr v. Windthorst-Meppen, um mit wahrhaft vernichtendem Spott zu constatiren, daß die Resultate der endlos langen Debatte gleich Null seien. So vollständig stand die Versammlung unter dem Eindruck, daß die Abendsitzung das Werk der Penelope gethan und alle Arbeit der beiden früheren Versammlungen wieder aufgetrennt habe, daß Niemand gegen das absprechende Urtheil, welches Windthorst mit dem ihm eigenthümlichen Aplomb und der Sicherheit des überlegenen Debatters sprach, zu protestiren in der Laune war.

Um den vollen Becher peinlicher Eindrücke überfließen zu machen, folgte noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen, an denen Herr Wantrup den Hauptantheil hatte. Nur der Energie des Präsidenten war es zu danken, daß die neue Harlekinade, zu welcher der berühmte Schulrath sich anschickte, nicht zu voller Entfaltung kam. Dann trennte man sich. — Mangel an Disciplin und überquellendes Redebedürfniß hatten die Volksvertretung um einen wichtigen Erfolg, um eine Gelegenheit zur Bethätigung ihres Einflusses gebracht, wie sie nicht so leicht wiederkehrt. „Sie ist die erste nicht“ — und doch scheint man noch immer nicht glauben zu wollen, daß ohne Fractions-Disciplin parlamentarische Erfolge nirgend möglich sind, auch nicht unter günstigeren Verhältnissen, als den unsrigen. Daß diese Disciplin auch nicht für den Ausnahmefall eines Zusammengehens zwischen Nationalliberalen und Demokraten hergestellt werden konnte, beweist, wie es überhaupt um sie bestellt ist; alliiren Gegner sich, so pflegt sonst jeder derselben seine Armee als möglichst gut geschulten Organismus zu zeigen, dieses Mal schien man es auf den entgegengesetzten Eindruck abgesehen zu haben!

Vermischte Literatur.

Hildebrandt's Aquarellen, auf seiner Reise um die Erde nach der Natur aufgenommen in Egypten, Indien, China, Japan, Manilla, Amerika ꝛc. Chromo-Facsimiles von R. Steinbock. Berlin, Verl. v. R. Wagner.

Von diesem mit Spannung erwarteten Werke liegt jetzt die erste Lieferung vor, welche landschaftliche Darstellungen aus Cairo, der vorder- und hinterindischen und chinesischen Küste bietet. Die Blätter reproduciren die coloristische Virtuosität des jüngst verstorbenen Malers mit überraschender Wirkung und geben sicherlich den Gesammteindruck der fremdartigen Natur aufs Vollendetste wieder; aber der Farbeneffect überwiegt durchweg die Form in einer Weise, welche um so mehr auffallen muß, weil gerade die südliche Sonne alle Erscheinungen schärfer ausprägt. Besonders bei den an sich sehr gut behandelten Städteansichten und Interieurs ist dies bemerkenswerth. Auffassung und Behandlung selbst sind nichtsdestoweniger manirirt.

Was die Technik anlangt, so wird die Chromolithographie der Breite und Saftigkeit des Pinsels in staunenswerthem Grade gerecht und wir erhalten hier einen neuen Beweis von der Ausgiebigkeit und Bravour dieser Vervielfältigungskunst. —

Die Götter und Heroen Griechenlands. Eine Vorschule der Kunstmythologie von O. Seemann. Leipzig, Verlag von E. A. Seemann 1869.

Entstanden aus dem sehr beherzigenswerthen Wunsche, Schülern der oberen Gymnasialclassen und Akademien Einführung in die Kunstmythologie zu gewähren, muß dieses Handbuch, welches durchweg dem Verständniß solcher Leser angepaßt ist, als eine geschickte und verdienstliche Arbeit bezeichnet werden. Mit gutem Takt sind die neuen Resultate archäologischer Forschung benutzt, ohne daß irgendwo auf Hypothesen gebaut wird, und so entsteht ein sachlich und klar gehaltener Text, dessen positive Beschaffenheit in entscheidenden Fragen doch nicht über den wissenschaftlichen Thatbestand täuscht. Die Abbildungen sind zum überwiegenden Theile sehr gut, die Auswahl ist überall entsprechend. — Einer neuen Auflage würde einerseits deutlichere Hervorhebung der Haupttypen durch größere Holzschnitte (wobei dann u. A. die Nachbildung der Athene Parthenos nicht fehlen dürfte) und andererseits ein etwas reichlicherer, gleichmäßigerer Quellenverweis nützlich sein. —

Niccolo Machiavelli: Das Buch vom Fürsten. Ins Deutsche übertragen von Alfred Eberhard. Berlin, W. Adolf & Co. 1868.

Die beste Apologie großer und eigenthümlicher Menschen, deren Charakterbild in der Geschichte schwankt, ist achtungsvolle Beurtheilung ihrer Werke. Diesen Zweck schätzen wir zunächst in dem Unternehmen, das Buch vom Fürsten, das den modernen Staatsrechtslehrern wie feurige Kohle durch die Hände gegangen ist, uns aufs Neue zu eigen zu machen. Aber wir dürfen hinzufügen, es geschieht hier in so exacter und vollkommener Weise, daß wir nur zu bedauern hätten, wenn uns der Uebersetzer nicht den ganzen Machiavell reproducirte. Der kleine trefflich geschriebene Essay, welcher die Uebersetzung des Principe als Vorwort einleitet, gibt dem vielgeschmähten Werke und seinem Autor die historische und zugleich die sittliche Rechtfertigung. Denn so fremdartig und erschreckend die Moral ist, welche dieser „Schwärmer des Verstandes" predigt, sie will dennoch aus einem Ideale verstanden sein, das die bewegende Macht seiner Zeit war. Feind oder Freund, Jeder muß erkennen, daß die Politik in ihrer wahren Natur, die sittliche Mathematik zu sein, nie schärfer erfaßt, nie rückhaltloser dargelegt ist und daß die Staatswissenschaft durch dieses kleine Buch zuerst von Theologie und Jurisprudenz emancipirt wurde. Schon um deswillen ist diese Erinnerung an den großen florentinischen Staatsmann, der mit antiker Selbstverleugnung unter jeglichem Aspect nur seinem Vaterlande und dessen höchsten Zwecken diente, willkommen. Und gerade wir Deutschen haben heute ganz im Frischen Anlaß genug, den vierten Säculartag seiner Geburt (Mai 1469) mit Selbstbetrachtungen zu feiern. —

Mit **Nr. 1** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal,** welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im December 1868.

Die Verlagshandlung.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

XXVII. Jahrgang. II. Semester.

Die

Grenzboten.

Zeitschrift

für

Politik und Literatur.

№ 52.

Ausgegeben am 23. December 1868.

Inhalt:

Brief über den hildesheimer Fund . . . . . Seite 481
Gervinus und die reine Instrumentalmusik 487
Die höchste und drückendste Steuer 495
Aus Schwaben 500
Ein pariser Slavophile 504
Das Ministerium Gladstone 511
Politischer Monatsbericht 514

Grenzbotenumschlag: Literarische Anzeigen.

Leipzig, 1868.

Friedrich Ludwig Herbig.

(Fr. Wilh. Grunow.)

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Digitized by Google

von ſich unterfangen hätte, über eine Kunſt zu Gericht zu ſitzen, von der er nur eine einzelne Erſcheinung begreift oder zu begreifen meint. Der ausſchließliche Enthuſiasmus für einen einzelnen Künſtler — er ſtehe nun ſo hoch er wolle — würde ſelbſt da immer von dem bedenklichſten Werthe ſein, wo eine vollkommene Bekanntſchaft mit allen anderen vorauszuſetzen wäre, weil alles Ausſchließliche zur Schranke und zur Beſchränktheit führt: welche Bedeutung ſoll man ihm aber in dem Munde eines Mannes einräumen, der von Bach faſt gar nicht und von Beethoven als einem Irrenden ſpricht? Wenn ein Privatmann zu den triſten und barocken Reſultaten des Gervinus'ſchen Buches gelangte, ſo könnte man ihn als eine Curioſität gelten laſſen: die vernünftige Geſellſchaft wird ihm dem Wunderſtuhl, auf den er ſich ſetzt, mit der Dankbarkeit des Humors gönnen. Taſtet jedoch ein Mann, der alle Urſache hat ſich für berühmt zu halten, in einem umfangreichen Buche das Vermögen der Tonkunſt an, leugnet und verhöhnt er ihre größten Meiſter, ſpricht er einem weſentlichen Theil ihrer Macht alle Berechtigung ab, ſo hat der Humor Nichts mehr mit ihm zu ſchaffen, ſondern nur noch die beleidigte Kunſt, welche Abwehr gebietet ſolchen unberufenen Einmiſchungen.

In dem erſten Abſchnitt ſeines Buches gibt Gervinus mit antiquariſchem Behagen eine hiſtoriſche Studie über die erſten Phaſen der Tonkunſt. Wer ſich über dieſe Dinge inſtruiren will, thut beſſer das Buch von Ambros zu leſen, weil es fachlicher und concreter iſt. Trotzdem wird man der geiſtreichen Behandlung dieſes dunkeln Stoffes ſeine Bewunderung nicht entziehen können. Die Abhandlung wird charakteriſtiſch genug mit dem Ariſtoteliſchen Satz von der auf Nachahmung beruhenden Natur aller Künſte, alſo auch der Muſik, eröffnet. Das Reſultat der ſich hieran knüpfenden Unterſuchung beruht in dem tiefſinnigen Satze, daß „der Ton der Gegenſtand der Nachbildung für die Tonkunſt" ſei. Alſo der Ton. Was denn nun für ein Ton? Zugegeben ſelbſt, daß aller Tonkunſt Anfang der „Sprachgeſang" geweſen ſei, was ahmte der Grieche denn nach, wenn ſeine Sprache ſich zum Geſang erhob? Was Waſſer und Winde rauſchen oder was die Nachtigall ſchlägt? „Es iſt ganz nagelneu" ſagt Gervinus, „nicht länger als ein Menſchenalter her, daß eine entgegengeſetzte Behauptung auftauchte, welche die Tonkunſt als eine abgeſchiedene Welt für ſich dem Gerichtsbann der übrigen Künſte entziehen möchte, ableugnend, daß ihr wie der Malerei, der Sculptur oder Dichtung in der Natur ein beſtimmtes Vorbild zur Nachahmung gegeben ſei" und fährt bald darauf fort: „wie irrig und oberflächlich dieſer Gedanke ſei, hätten ſelbſt die oberflächlichſten Nachdenker und Nachforſcher, wenn ſie ſich nur mit der einſeitigen Vorliebe für die Inſtrumentalmuſik nicht den Ausgangspunkt hätten verrücken wollen, leicht

inne werden müſſen.“ Wie iſt es nun aber, wenn ſich Jemand durch einſeitige Vorliebe für die Vocalmuſik den Ausgangspunkt verrückt? Beweiſt nicht die bloße Möglichkeit der reinen Inſtrumentalmuſik, daß die Muſik, mag ſie nun in ihren dunklen Anfängen mit Nachahmung der Natur begonnen haben oder nicht, ganz gewiß nicht bei ihr ſtehen geblieben, ſondern überhaupt ganz etwas Anderes geworden iſt, in dem Sinne nämlich, als die wohlarticulirte Sprache eines ausgebildeten Menſchen ganz etwas Anderes iſt als die Stimme eines Thieres? Will man Meinungen über eine Sache citiren, welche ſie in ihrem innerſten Weſen erklären ſollen, ſo darf man ſie doch nur in einer Zeit ſuchen, welche dieſe Sache am gründlichſten verſtand. Daß die Anſicht, die Tonkunſt ſei unter allen Künſten die einzige, welche die Natur nicht nachahme, „nagelneu“, „kaum ein Menſchenalter alt“ ſei, beweiſt doch Nichts gegen ihre Richtigkeit? Alſo nicht in dem reifſten Zeitalter einer Kunſt hätte man ihr tiefſtes Verſtändniß zu ſuchen, ſondern in einer Zeit, wo ſie noch in der Wiege lag? Und die bloße „Neuheit“ einer Anſchauung discreditirte ihren Werth? Hat Gervinus denn nicht geahnt, daß ſeine eigene „nagelneue“ Verurtheilung der Inſtrumentalmuſik, die ja noch nicht einmal ein „Menſchenalter“ alt iſt, dadurch in ein ſchlimmes Licht geräth? Die Sucht, berühmte Männer des Alterthums über die Tonkunſt ſprechen zu laſſen, geht durch das ganze Buch und wird im Verlaufe deſſelben nur abgelöſt durch das ebenſo unbegreifliche Bemühen, aus unſerem und dem vergangenen Jahrhundert gerade die Ausſprüche derjenigen Schriftſteller anzuführen, bei denen man Alles findet, nur nicht gerade ein ſpecifiſch muſikaliſches Verſtändniß, wie Leſſing, Hegel und Göthe. Man weiß bei dieſem Verfahren nicht recht, wen Gervinus eigentlich damit düpiren will, ſich ſelbſt oder das Publicum. Wer es unternommen, gegen den geſunden Menſchenverſtand einer Kunſt zu ſchreiben, der kann citiren wen und was er will, die Muſen geben ihm doch keinen Credit. In unſerer Jahrhundertmitte noch behaupten, die Muſik nehme ſich ihre Anläſſe nicht rein aus ſich ſelbſt, ſie müſſe mit dem Wort hauſiren gehn, ihr Ton ſei eine Nachahmung von dem was klingt und rauſcht und zwitſchert, das heißt erklären, daß man in dieſer Kunſt ein völlig Fremder iſt.

Um aber den Gervinus'ſchen Gedankengang, deſſen letztes Reſultat, die Verurtheilung der reinen Inſtrumentalmuſik, ſogleich näher beleuchtet werden ſoll, vollkommen würdigen zu können, bedarf es eines Abſtechers in den zweiten Abſchnitt des Buches: „zur Aeſthetik der Tonkunſt“. Ließe ſich Muſik mit dem Verſtande allein meſſen, bedürfte es zu ihrer Erkenntniß nicht neben dieſem einer ganz eigenthümlichen Gemüthsanlage, welche die excluſive Fähigkeit beſitzt, das Tonleben ohne jede weitere Auslegung unmittelbar auf ſich wirken zu laſſen, ſo hätte die Gervinus'ſche Interpretation einen Sinn, weil

ſie in ihrer Weiſe ſtreng logiſch verfährt. Hat der Verfaſſer damit angefangen, die Muſik in den Chor der übrigen Künſte als eine von ihnen nicht weſentlich verſchiedene einzureihen, hat er ſie mit Ariſtoteles auf der Nachahmung der Natur überraſcht, ſo iſt es nur folgerecht, wenn er an der alten Formel „das Weſen der Tonkunſt ſei der Ausdruck von Empfindungen“ feſthält und über den Dehn'ſchen Satz, daß ſie ſolche nur „anrege“ — obwohl er die Sache unendlich tiefer trifft — mit Spott und Geringſchätzung hinweggeht. Das bloße „Anregen“ iſt dem Verfaſſer ſchon zu ſubtil; er nimmt nur ſolche Münze, die ſich überall, in jedem anderen Fache, einwechſeln läßt, deren Gehalt er auf Heller und Pfennig äſthetiſch calculiren kann. Dieſe Calculationsſucht iſt ſein Stolz und ſein Unglück zugleich. Jene unüberſetzbaren Werthe einer Macht, welche zwiſchen Himmel und Erde die wunderbare Mitte hält und das durch keine andere Kunſt Ausſprechbare, das ewig Unnennbare, in ihrer geheimnißvollen Weiſe zu verkünden weiß — ihm ſind ſie ungeſtalte Wirrniß, Dämmerung, Nebel. Und ein Mann, dem die Natur dies ſpecielle Organ verſagt hat, dem jede Melodie, die nicht einen Zettel im Munde trägt, zur Faſelei wird, wirft ſich zum Richter auf! Das Weſen der Tonkunſt iſt ihm alſo nur der Ausdruck von Empfindungen, und auf dieſem Gebiete der Empfindungen, oder wie der Verfaſſer ſich ſchamhaft ausdrückt „in dieſem Geſchäfte der Orientirung“ (S. 207) ſich umzuſchauen, verſuchen ſich nun äſthetiſche Erörterungen, welche mit ſchönem Glauben an die Muße ſeiner Leſer den anſpruchsloſen Raum von 115 Seiten (S. 207—322) einnehmen. Um einen Begriff von der theoretiſchen Haarſpalterei des Buches zu geben, mögen die Gruppen der Empfindungen hier einen Platz finden, welche der Verfaſſer auf ihre muſikaliſche Darſtellbarkeit hin recognoscirt. Zunächſt werden die Gefühle in ſolche der *Luſt* oder *Unluſt* eingetheilt. Beide werden *körperlich* oder *pſychiſch* empfunden. Die pſychiſchen Gefühle zerfallen in drei Stufen: *Gefühlsſtimmungen*, *Gemüthsbewegungen* (Affecte) und die *eigentlichen Gefühle*. Die Gefühlsſtimmungen werden wieder untergeordnet in *habituelle*, *vorübergehende* und drittens *noch flüchtiger vorübergehende*. (Es iſt hier nicht erſichtlich, warum nicht noch eine Gruppe der „am allerflüchtigſten vorübergehenden“ notirt iſt.) Bei der dritten Kategorie macht Gervinus die Bemerkung, daß die Inſtrumentalmuſik „in dieſe dunkelſten Regionen des Gefühlslebens, anfangs ohne Wiſſen und Willen, in der bloßen Kraft ihrer eigenen dämmerigen .... Natur hineingerathen iſt und daß ſie dann ..... mit bewußter Abſicht ſich darin niederließ“ (S. 226). In die „noch flüchtiger vorübergehenden“? Wer es dem Autor nur verrathen hat, daß es ſo und nicht anders gekommen! Bei ſeiner feinen Empfindung für inſtrumentale Kunſt möchten wir ihn doch

fragen, ob das Adagio der C-moll-Sinfonie nicht schon mehr den Charakter des „Habituellen“ trüge?

Wir können uns die Aufzählung der weiteren Ordnungen ersparen. Es genügt zu wissen, daß „Rührung, Mitleid, Bitte und Gebet, Liebe und Sehnsucht, Haß, Hoffnung, Furcht“ u. s. w. in des Verfassers musikalischem Paßbureau aufs strengste controlirt werden. Wenn man einen Maler früge, welche Tonart er sich bei dieser oder jener Farbe gedacht, so würde sein Erstaunen kein geringes sein. Ebenso wunderlich wäre es, wenn man einen Tonkünstler fragen wollte, welche Empfindung er bei diesem oder jenem Thema gehabt hat. Er hat eben nur musikalisch empfunden oder gedacht. Bestimmte Empfindungen, wenn er solche nicht unmittelbar wie bei der Gesangsmusik geben will, leiten ihn sicherlich nicht bei der Composition eines Instrumentalmusikstückes. Es ist hierbei von gar keinem Gewicht, daß Beethoven bei einzelnen wenigen Werken, der Pastoralsinfonie, der Sonate l'adieu, l'absence et le retour und in einem seiner letzten Quartette aus besonderen Empfindungen, die ihn ausnahmsweise bei seiner Arbeit inspirirt haben, kein Hehl gemacht hat. Die Musik hat ganz sicherlich die Fähigkeit, einzelne bestimmte Empfindungen, wenn sie es will, wiederzugeben; ihr eigentlicher Beruf aber ist es nicht. Ein wirklich musikalischer Kopf wird sich von einem unmusikalischen in erster Reihe immer dadurch unterscheiden, daß er zum Verständniß der Tonkunst keiner Vermittelung und keiner Uebertragung bedarf. Der Verfasser sagt an einer Stelle (S. 165): „wenn man die zahllosen Deutungen der Beethoven'schen Werke zusammenstellen wollte, es wäre eine peinlich lächerliche Scene, wie in einem Irrenhause.“ Gewiß. Der Unsinn der Deutung gehört in ein Irrenhaus. Die G-moll-Sinfonie Mozart's bedeutet beispielsweise im Gervinus'schen Sinne gar Nichts: so lange es aber musikalische Menschen auf Erden gibt, wird sie dieselben entzücken. In dem Einen wird sie diese, in einem Andern jene Empfindung erregen, in keinem Fall eine bestimmte. Das Bestimmte an ihr ist ewig nur die Musik, alles Andere derivativ, secundär. Aber die gelehrten Herren, welche so Viel begreifen, den ganzen Shakspeare und wie sie meinen auch den ganzen Händel, können es schlechterdings nicht vertragen, daß es Etwas auf der Welt geben soll, das sie gar nicht begreifen können. Nun sollte man meinen, ein bedeutender Mensch würde angesichts einer ungeheuren Kunstentwickelung, wie jene ersten Herausgeber Shakspeare's dem Leser des Dichters, sich selber zurufen (S. 335) „lies ihn, und lies ihn wieder und wieder, und wenn du ihn dann nicht lieb gewinnst, so bist du in der augenscheinlichen Gefahr, ihn nicht zu verstehen“; aber es gibt merkwürdige Constitutionen, welche eher die ganze Welt für einen Irrthum halten, als sich selbst eine Unfähigkeit einräumen würden. Wie weit Gervinus von die-

ſem Eingeſtändniß entfernt iſt, geht aus folgender Stelle hervor, der ſtärkſten des ganzen Buches (S. 168): „dann aber hatte die Inſtrumentalmuſik zuletzt bei Beethoven unternommen, geſchieden von der Dichtung, das innere und äußere eheliche Doppelvermögen aus ſich ſelbſt zu erſetzen, und der Nöthigungen, Hemmungen und Verlegenheiten (?) des Bundes mit der Poeſie ſich entledigend, das allein zu leiſten, was bis dahin beide Künſte zuſammen geleiſtet hatten. Dieſe Vermeſſenheit aber ſtrafte ſich (nach der Auffaſſung ſelbſt ſeiner hingegebenſten Bewunderer) an eben dem Tondichter, der dieſen Weg ſo kühn, mit ſo vertrauendem Bewußtſein, aber nicht zu ſeinem Frieden betreten hatte, durch das rächende Bewußtſein des Eitlen und Irrigen ſeines Unterfangens.“ Vermeſſenheit? Wer iſt hier vermeſſen? Wer ſind die hingegebenſten Bewunderer, die Gervinus hier citirt? Doch hören wir erſt weiter. „Er gerade, der die Mittel und die Formen dieſer Kunſt am weiteſten ausgedehnt, die Sinfonie im Vergleiche mit Mozart auf das Doppelte erweitert.... er empfand zuletzt die Ueberſchätzung dieſer Kräfte und Mittel.“ Wer? Beethoven? und wo? „Er ſah die überſpitzte Spitze (!) abbrechen und begriff, daß die Seele des muſikaliſchen Körpers doch nur die Dichtung ſei, daß die Geſangmuſik allein das Allerheiligſte der Kunſt erſchließe. Er war ausgeſteuert, eine neue Welt zu entdecken (alſo doch!) und er kehrte zu der alten zurück. In ſeiner concertirenden Fantaſie und in der neunten Sinfonie rief Beethoven die Menſchenſtimme wieder zu Hilfe, nicht in zufälliger Laune .... ſondern er ſchrieb dieſe Werke (wie uns die verſchiedenſten Beurtheiler, Gegner, Anbeter, Unbefangene, gleichmäßig, und nicht aus bloßer „Vermuthung“, und Alle in voller Billigung berichten und ſagen), er ſchrieb dieſe Werke als feierliche Urkunden über die Macht und die Grenzen der Inſtrumentalmuſik, in welchen er ſeine Ueberzeugung ausſprach, daß Menſchenſtimme und Wort allein in der Tonkunſt vollenden könnten, was das „Stammeln“ der Inſtrumentalmuſik nur verſucht und nur ahnen läßt.“

Alſo noch einmal der längſt begrabene Wahn, Beethoven hätte zur neunten Sinfonie deshalb den Menſchenchor hinzugezogen, weil ſeine inſtrumentalen Kräfte erſchöpft waren, oder weil er ſich gar bewußt geworden, daß „die Sangmuſik allein das Allerheiligſte der Kunſt erſchlöſſe“! Und mit dieſem Bewußtſein hätte ſich ein Mann von ſeiner Taille dann wieder hingeſetzt, um ſeine letzten Quartette zu ſchreiben? Und nun gar die Chorfantaſie? Weiß Herr Gervinus nicht, daß ſie die Opuszahl 80 trägt? All' die großen Inſtrumentalwerke, welche ihr folgen, hätte Beethoven gegen ſeine „Ueberzeugung“ geſchrieben? Gibt es, fragen wir, einen gebildeten Tonkünſtler, der es nicht für in hohem Grade wahrſcheinlich hielte, daß ſeine zehnte Sinfonie ohne „Hilfe der Menſchenſtimme“ geſchrieben worden wäre? Mit

den „hingegebensten Bewunderern" verhält es sich aber folgendermaßen. Leute hat es gegeben, und es gibt deren noch heute, welche dem letzten Satz der neunten Sinfonie Ungeheuerlichkeit, Unklarheit, Unschönheit, vielleicht gerade wegen der Vermischung eines Menschenchors mit sinfonisirendem Orchester vorwerfen. Darüber läßt sich streiten, man hat doch wenigstens Boden unter den Füßen. Daß es eben außer Gervinus im Bereiche der musikalischen Welt — ästhetische „Dämmerlinge" und Tagfalter in beliebiger Vertheilung mitgerechnet — einen Menschen mit einem Anflug von gesundem Kunstsinn geben sollte, welcher in der neunten Sinfonie und der harmlos liebenswürdigen Chorfantasie „Urkunden über die Grenzen der Instrumentalmusik" sähe, glauben wir nicht eher, als bis sich derselbe dazu bekennt. An Herrn Chrysander, dem Biographen Händel's und Redacteur einer Kunstzeitung, wäre es jetzt, sich offen für oder gegen die Kunstansichten seines Freundes auszusprechen. Wer eingreifen will in die Kunstbestrebungen seiner eigenen Zeit, muß Farbe bekennen. Es gibt ein viel größeres Mißgeschick als seinen Namen auf der Widmungsseite eines verunglückten Buches zu lesen: das Mißgeschick nämlich, mit solchem Gevatterthum den Argwohn auf sich zu laden, als adoptire man seinen Inhalt bona fide und in seiner ganzen Ausdehnung. Niemand, auch der Freund nicht, darf es dulden, daß ein Schriftsteller die Autorität und das Prestige seines Namens dazu mißbraucht, die wunderlich kranken Ausgeburten seines Hirns mit dem ungemeinen Behagen der Unfehlbarkeit in die Welt zu schicken, wenn die Gefahr, daß sie Theilnahme erwecken, auch noch so verschwindend klein wäre. Jede Theorie, welche darauf herausläuft, eine von Unzähligen — man kann bald sagen von Generationen — anerkannte Wahrheit als einen Irrthum hinzustellen, ohne ihn mit positiv stichhaltigen Gründen beweisen zu können, ist Thorheit, mag sie mit noch so viel casuistischem Geschick behandelt sein. Es gibt heut zu Tage — man kann dies mit fast statistischer Bestimmtheit behaupten — keinen einzigen sich mit der Tonkunst sei es nun fachgemäß oder dilettirend beschäftigenden Menschen, welchem die großen Schöpfungen der reinen Instrumentalmusik, die Orgelmusik Bach's, die Sinfonien, Quartette, Trios und Sonaten Beethoven's, Mozart's und Haydn's, von neueren Meistern nicht zu reden, nicht zu dem Theuersten gehörten, was diese Kunst geschaffen. Was mag Gervinus von all' diesen Werken nur kennen und wie mag er sie kennen! Für ihn gibt es Nichts als Händel! Mit Händel hat die Kunst eigentlich angefangen, mit Händel hat sie aufgehört. Für seine antiquirteste, zopfige Oper kann er sich begeistern: die Eroica sagt ihm Nichts. Für all' die Mängel seines großen Lieblings, das vielfach Conventionelle und Monotone, von dem selbst einige seiner bedeutendsten Oratorien nicht ganz freizusprechen sind, ist er gänzlich blind. Das nennen wir aber

nicht mehr Kritik; das ist Idolatrie. Die wahre Liebe zu einem großen Manne, wie es Händel gewiß war, nimmt wohl auch seine Fehler mit in Kauf, aber sie *sieht* die Fehler. Der beste (letzte) Theil des Gervinus'schen Buches, die Parallele zwischen Händel und Shakspeare, welche in der That viele merkwürdige und wahre Vergleichungspunkte zu Tage fördert, leidet auch, ganz abgesehen von dem Zwang, den jede vergleichende Schätzung solchen Umfangs und von solchem Detail mit sich führt, an dem euphemistischen Uebermaß seines Händelcultus. So sagt er gleich im Anfang (S. 325): „Es gibt unter allen Tonmeistern vor und neben und nach ihm nicht Einen, der mit so sicherem Griffe der genialen Inspiration, ja mit so sicherem Begriffe bewußter Kunsteinsicht zu aller Zeit an dem rechten Kern und Wesen dieser Kunst festgehalten hätte, von ihm in keinem Momente abgeirrt wäre, wie er." Uns dünkt, ganz dasselbe ließe sich von Seb. Bach sagen.

Nach allem Vorangegangenen ist es nur begreiflich, daß für Gervinus die ganze neuere, die nachbeethovensche Kunst, so gut wie gar nicht existirt. Daß ein Liederheft von Schumann wie „Frauenliebe und Leben" mehr poetische Erfindungskraft birgt als manche Oper von Händel, daß die Ouverture zum Sommernachtstraum, die Schubert'sche Sinfonie ganz ebenso echte Kunstwerke sind, wie sie Händel nur jemals geschaffen, das ahnt er nicht. Der ödeste Pauken- und Trompetenchor, die phrasenhafteste Chorfuge seines Lieblings erscheint ihm als vollendetes Kunstwunder, wie es kein Anderer *vor*, *neben* und *nach* Händel aus sich geboren hat. „Wer solchen Fehler machen konnte" sagt Lessing im Laokoon von Pope, „dem war es erlaubt, von der ganzen Sache Nichts zu wissen."

Die höchste und drückendste Steuer.

Daß durch die Möglichkeit beschleunigter Verwerthung von Erzeugnissen des Bodens und des Gewerbefleißes die Productionsthätigkeit gesteigert, der Werth des Grundbesitzes und der Arbeit durch den Eisenbahnverkehr wesentlich gehoben wird, ist eine Thatsache, welche, überall durch schlagende Erfahrungen bestätigt, weit überzeugender noch für den Nutzen dieser modernen Communicationsmittel spricht, als der Betrag der aus dem Betriebe derselben gewonnenen Verzinsung des Anlagecapitals.

Schon deshalb liegt in den *hohen* Transportkosten der Eisenbahnen,

welche immer noch bestehen, die schwerste und drückendste Steuer die ein Land und dessen arbeitende Bevölkerung zu zahlen haben. Sie nehmen in geometrischem Verhältnisse zu, wenn die Entfernung vom Markte in arithmetischem wächst, so daß das Korn, das auf dem Markte 25 Thaler erzielt, in einer Entfernung von nur 120 Meilen Nichts mehr werth ist, wenn die Communication mittelst des gewöhnlichen Fuhrweges stattfindet, weil alsdann die Transportkosten dem Verkaufspreise gleichkommen. Mit der Eisenbahn betragen diese Kosten ungefähr den zehnten Theil oder 2½ Thaler, so daß es 22½ Thaler sind, die der Landwirth durch die Eisenbahn an Transportkosten erspart. Dies ist der Grund, warum der Morgen Land bei London Tausende von Thalern werth ist, während in Jowa oder Wisconsin ein Morgen von ganz gleicher Qualität wenig über zwei Thaler gilt. Der Besitzer in England kann von seinem Felde mehrere Ernten im Jahre erzielen, indem er ihm eine Quantität Dünger zurückgibt, die dem gleichkommt, was er ihm entzogen hat, und so sein Feld von Jahr zu Jahr verbessert. Er schafft eine Nahrung producirende Maschine; sein nordamerikanischer Concurrent dagegen, der seinen Dünger wegen der Transportkosten nutzlos verlieren muß, zerstört die Maschine, denn unter allen zu den Zwecken des Menschen erforderlichen Gegenständen ist es gerade der Dünger, der am wenigsten den Transport erlaubt. Jede Ernte entzieht dem Boden gewisse Elemente, und wenn ihm diese nicht zurück erstattet werden, so kann in Kurzem das Product nicht mehr gedeihen. Wenn Vieh auf dem Lande ernährt wird, so geben die Excremente desselben einen großen Theil der Bestandtheile zurück, den die zu seiner Nahrung dienenden Pflanzen dem Boden entzogen haben. Werden aber die sämmtlichen Producte wie Butter und Käse nach entlegenen Märkten geschickt, so wird die Weide schließlich erschöpft. Die verschiedenen Producte entziehen dem Boden sehr verschiedene Substanzen, allein jede raubt dem Lande doch irgend einen Bestandtheil, der wieder zurückerstattet werden muß, wenn die Fruchtbarkeit nicht bedeutend abnehmen soll. Der Werth des Düngers, der im Jahre 1850 auf dem Boden von Großbritannien verwendet wurde, betrug 103,369,139 Pfd. Sterl., eine Summe, die dem ganzen Werth des auswärtigen Handels gleichkam. Das Cloakenwasser der Städte enthält die Nahrungsabfälle in einem Zustand der Verdünnung, der der Zunahme der Fruchtbarkeit höchst günstig ist. Aus jeder Stadt von tausend Einwohnern wird alljährlich eine Quantität von Dünger in die See geführt, die 270 Tonnen Guano gleichkommt und nach dem laufenden Preise des Guano in England 13,000 Thaler werth ist. Das Cloakenwasser eines Theiles der Stadt Edinburg wurde auf eine Strecke ebenen Landes geleitet, welches dadurch so fruchtbar wurde, daß es oft sieben Mal in einem Jahre gemäht ward. Ein deutscher Landwirth, von Thünen,

hat die Entfernung, aus welcher der Landwirth noch Dünger von der Stadt zu holen vermag, berechnet: die Quantität, die in den Vorstädten einen Werth von 8 Thalern hat, ist nur 6 Thaler werth, wenn das Gut eine deutsche Meile entfernt ist, 4 Thaler, wenn die Entfernung zwei Meilen beträgt, 2 Thlr. 20 Sgr. auf 3 Meilen und 1 Thlr. 5 Sgr. auf 4 Meilen Entfernung. Bei einer Entfernung von $4^3/_4$ Meilen kann der Landwirth gar Nichts mehr für den Dünger bezahlen, weil dann die Transportkosten ebenso hoch sind, wie der Werth desselben.

Wir sehen an diesem einen Beispiel, daß die Nähe des Consumenten unentbehrlich ist, oder die Frachtsätze äußerst gering sein müssen, wenn der Producent fähig sein soll Früchte zu pflanzen, welche die Erde in Masse producirt. In der Entfernung vom Consumenten schwächen zwei Umstände seine Kraft: die Transportkosten des Ernteertrags nach dem Markte und die Schwierigkeit den Dünger zurückzubringen.

Die Landwirthschaft wird um so größeren Gewinn bringen, je näher der Markt für ihre Erzeugnisse gelegen ist, oder je wohlfeiler die Verkehrsmittel zum Markte sind.

Wo der Producent und der Consument neben einander wohnen, herrscht rasche Bewegung in den Producten der Arbeit nebst vermehrter Fähigkeit der Mutter Erde ihr Darlehn zurückzuzahlen. Wo es dagegen auf einem bestimmten Terrain nur Landwirthe oder Pflanzer gibt, vermindern sich die Kräfte der Erde und der Producent und Consument werden mehr von einander getrennt. Das sieht man in allen reinen Agriculturstaaten. In Virginien und den Carolina's der vereinigten Staaten erschöpften sich die im Boden ruhenden Elemente der Fruchtbarkeit immer mehr, weil die Consumenten mangelten und man so in Abhängigkeit von entfernten Märkten gerieth. Der Consument muß sich neben dem Producenten niederlassen, damit der Mensch fähig werde, die Bedingung zu erfüllen, unter welcher er die Darlehen von der Erde erhält, die einfache Bedingung nämlich, das ihm anvertraute Capital an den Ort zurück zu bringen, von welchem er es bezogen hat.

Ueberall wo diese Bedingung erfüllt wird, sehen wir eine Zunahme in der Bewegung des Stoffs, der bestimmt ist den Menschen mit Nahrung zu versehen und eine ebenso constante Zunahme der zu ernährenden Menschenzahl nebst steter Verbesserung der Quantität und Qualität der Nahrung, die unter die zunehmende Bevölkerung vertheilt werden kann. Zur Zeit der Plantagenets, als die Bevölkerung Englands nicht viel über zwei Millionen betrug, producirte ein Morgen Land nur sechs Bushel Weizen. Jetzt leben achtzehn Millionen auf demselben Raum und erhalten bedeutend vermehrte Vorräthe weit besserer Nahrung, weil alle erforderlichen Bedingungen in der

Beseitigung aller Verkehrshindernisse dort erfüllt werden, sowohl durch die rationelle Förderung der Fluß- Canal- und Küstenschifffahrt wie durch die billigsten Frachtsätze der vielen Eisenbahnen.

Nächst den Wasserwegen sind es die Eisenbahnen, welche die wohlfeilste Fracht gestatten oder doch gestatten könnten. Leider aber sind die Frachtsätze der Eisenbahnen noch so hoch, daß die Verfrachtung von Roherzeugnissen der Landwirthschaft nur auf sehr kleinen oder sehr großen Entfernungen vortheilhaft ist. Die Eisenbahngesellschaften begünstigen in ganz ungerechtfertigter Weise die großen Entfernungen durch niedere Frachtsätze. Durch diese Differencialtarife erleidet namentlich die deutsche Landwirthschaft auf den zum Theil von ihrem Capital erbauten Eisenbahnen den größten Nachtheil. Die Differencialtarife heben den natürlichen Schutz der Entfernung für den inländischen Ackerbau auf.

Wir haben oben den bedeutenden Einfluß der Entfernung des Productionsortes vom Marktorte und die Wichtigkeit der Verkehrsmittel auf die Rentabilität des Landbaues berührt. Der landwirthschaftliche Betrieb richtet sich nach der Entfernung vom Markte und nach der Art der Verkehrsmittel. Die Anlage einer Eisenbahn wird naturgemäß den landwirthschaftlichen Betrieb der zugehörigen Gegenden ändern, weil die Entfernung vom Markte kürzer wird. Aber alle der Eisenbahn anliegenden und dieselben benutzenden Landschaften stehen immer in einem gleichen Verhältniß zu einander, solange der Frachtsatz der Eisenbahn ein naturgemäßer d. h. ein nach der Entfernung berechneter ist. Dieses natürliche Verhältniß des landwirthschaftlichen Betriebes, welcher stets dem erweiterten Absatzgebiete folgt, wird aber vollständig verändert, sobald ein für weitere Entfernungen ermäßigter Frachtsatz dem Hinterlande gestattet, zu denselben Preisen wie die dem Markte näher gelegenen Landschaften ihre Erzeugnisse abzusetzen. Naturgemäß bilden die Transportkosten einen Theil der Productionskosten des Getraides, und zwar einen um so größeren Theil, je weiter der Productionsort vom Marktorte entfernt ist. Der Differencialtarif begünstigt nun die Productionskosten entfernter Landschaften zum Nachtheil der dem Markte näher gelegenen Landschaften. In Folge dieser Tarifbegünstigung wird das Angebot von Getraide aus entfernter gelegenen Landschaften vermehrt; der Preis sinkt und zwar in weit stärkerem Verhältniß als das Angebot, weil die regelmäßige Nachfrage nach Brodstoffen sich nur innerhalb einer sehr engen Grenze vermehren kann und daher niemals einem größeren Angebote zu folgen vermag.

Zu diesen gerechten Klagen der deutschen Landwirthschaft über die Bahnverwaltungen gesellen sich die beklagenswerthen Erfahrungen der deutschen Eisenindustrie, der immer noch die hohen Eisenbahnfrachten hemmend entgegenstehen. So lange nicht unsere Hütten energisch die Concurrenz mit

den englischen Eisenwerken aufnehmen können, ist es noch immer recht mißlich mit ihrer Lage bestellt. Man lese nur die Einfuhrlisten der Ostseehäfen, um sich zu überzeugen, wie sehr dort das englische resp. schottische Roh- und Stabeisen dominirt. In Danzig, wo Großbritannien mit 62% des Waarenwerthes beim Seeimport betheiligt ist, führte England ein 1867: 3,373,226 Centner Kohlen; 1866: 2,181,492 Ctr.; 1865: 2,654,420 Ctr.; an Eisen, Stahl und Schienen wurden in dem Jahre 1867 eingeführt: 212,076 Ctr. resp. 371,479 Ctr. 1866, und 320,567 Ctr. 1865. Der Geldwerth für letztere betrug 1867 1,769,030 Thlr., 1866 2,584,378 und 1865 2,523,737 Thlr. Der Geldwerth der Kohlen war 843,306 Thlr. in 1867, 545,373 Thlr. in 1866 und 662,605 Thlr. in 1865. Die übrigen Häfen weisen ähnliche Einfuhren von Großbritannien auf. Dieser Concurrenz gegenüber, die sich der niedrigen Seefrachten bedient, können unsere Hüttenbesitzer nicht aufkommen, da ihre Selbstkostenpreise höher sind, als jene der britischen Werke. England verschifft sein Roh- und Schmiedeeisen, seine Eisenwaaren von Glasgow, Liverpool und Newcastle zu der billigen Schifffracht von acht Schillingen pro Tonne von 20 Centner nach Danzig und nach Stettin. An der Ruhr sind zwar Steinkohlen, aber nur wenige Eisenerzlager vorhanden. Diese liegen weit entfernt von den Hütten, sodaß schon das Rohmaterial unseren Producenten viel höher zu stehen kommt, als den schottischen, die Kohlen und Eisenerze zusammen haben und sich der Vortheile von Canälen und billigen Eisenbahnfrachten erfreuen. Alle Anstrengungen der Eisenindustriellen helfen Nichts, so lange nicht wenigstens auf den nach den Nord- und Ostseehäfen führenden Eisenbahnen der Einpfennigtarif für Eisensendungen in ganzen Wagenladungen eingeführt ist, was schon mit Rücksicht auf die dem Zollverein beigetretenen Gebiete von Schleswig-Holstein, den beiden Mecklenburg und Lübeck dringend geboten ist, wenn dort der Concurrenz Englands auf dem Eisenmarkt endlich gründlich entgegengetreten werden soll.

Im Auftrage des Ausschusses des ersten Congresses norddeutscher Landwirthe sind die gedachten Klagen der Landwirthschaft in einer Denkschrift über die bestehende Krisis wegen des Mangels an Verkehrsmitteln niedergelegt. Diese Denkschrift schließt mit der Resolution:

„Die im Artikel 45 der Verfassung des norddeutschen Bundes in Aussicht genommene Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Eisenbahntarife ist für die Landwirthschaft von höchster Bedeutung und zu wünschen, daß dieser Artikel der Reichsverfassung baldigst zur Ausführung komme."

Wir schließen uns dieser Resolution aus voller Ueberzeugung an und hoffen, daß die Bundesgewalt, welche die Tarifffrage für wichtig genug hielt, um ihr in der Reichsverfassung eine Stelle einzuräumen, dieser Erkenntniß

auch die Ausführung recht bald folgen lassen wird. Die Interessen der Bodencultur, der Landwirthschaft und der Industrie gehen hier Hand in Hand: sie verlangen die Herabsetzung einer „Steuer", welche die Aufbringung der meisten übrigen Steuern wesentlich erschwert, weil sie einmal verhindert, daß dem Boden zurückgegeben werde, was ihm genommen wurde, und weil sie zweitens die Ausbeutung der vorhandenen Erträge beeinträchtigt.

Aus Schwaben.

Im December.

Die Introduction ist vorüber, und wenn man von ihr auf den Charakter des nachfolgenden Stücks schließen darf, verspricht dasselbe lebhaft, bewegt, effectreich zu werden. Ein rascheres Tempo muß in den Gang unserer Staatsmaschine kommen. Das bedeuten, wie wir belehrt worden sind, die Neuwahlen, die so viele Frischlinge der Kammer zugeführt haben. Krieg gegen das Ministerium! so tönt der Ruf auf der Linken wie auf der Rechten, aus den Reihen der Volkspartei wie aus denen der Nationalen. Mögen nur, sagte Karl Mayer, von der einen Seite wir von der Volkspartei, von der anderen die „Preußen" auf das Ministerium dreinschlagen, so wird doch Klarheit in die Situation kommen. Von dieser wünschenswerthen Klarheit war überhaupt in den einleitenden Debatten viel die Rede. Die Linke scheint ganz besonders dieses Bedürfniß zu empfinden.

Unter so kriegerischen Auspicien eröffnet die neue Session. Es liegt auf der Hand, daß der Lieblingswunsch des Particularismus, innerhalb des souveränen Staats das Haus der Freiheit zu errichten und auszubauen, um darin gegen alle Stürme wie gegen alle Verlockung gesichert ein behagliches Dasein zu führen, beneidenswerth für die außerhalb wohnenden Brüder — wofern dieser Name, den man gern für die Gesinnungsgenossen jenseits der Vogesen reservirt, anwendbar ist auf das barbarische Mischvolk nördlich vom Main — es liegt auf der Hand, daß die Verwirklichung dieses Lieblingswunsches bei so kriegerischer Disposition der Gemüther erhebliche Schwierigkeiten haben wird. Man versteht jetzt, warum die Regierung vorsichtig mit der Ankündigung großer Reformen gewesen ist. So wie die Parteien sich gegenüberstehen, wird Niemand diese Kammer zu der Pflanzung lebensfähiger und grundlegender Einrichtungen für berufen erachten. Es überwiegt die Leidenschaft des Moments. Für jetzt ist die Losung nicht aufbauen, sondern niederreißen, nämlich das Ministerium. Abasso il ministero!

Auch das Miniſterium hat ſeine Partei, aber ſie beſteht aus acht Mitgliedern. Acht Abgeordnete von dreiundneunzig, ausſchließlich Staatsbeamte, nebſt dem Oberbürgermeiſter der Reſidenzſtadt, haben den Muth gehabt, ſich als conſervative Partei zu conſtituiren. Damit ſind natürlich die Mittel nicht erſchöpft, die das Miniſterium in einer Kammer beſitzt, in welcher noch ein namhafter Bruchtheil ſeine Sitze kraft Privilegien einnimmt. Aber es iſt bezeichnend als Reſultat eines Wahlkampfes, in welchen die Regierung als Partei eingetreten iſt. Es iſt ein Gradmeſſer für das Vertrauen, welches die Politik der Regierung im Lande ſich erworben hat.

Sie ſelbſt hat durch ihre Haltung bei den Zollparlamentswahlen ſich dieſe Lage geſchaffen. Damals konnte man ſchon die Folgen vorausſehen und man hat ſie vorausgeſagt. Ihr widernatürliches Bündniß mit der Volkspartei, welche von ihr als Avantgarde benutzt wurde, hat der letzteren den Einfluß verſchafft, mit dem ſie die Landtagswahlen beherrſchte. Damals gingen die conſervativen Elemente aus Rand und Band. Die Bureaukratie gefiel ſich darin die Jacobinermütze aufzuſetzen, der Beobachter wurde das Leiborgan der Oberamtleute; nicht mehr nur verſtohlenerweiſe, wie bisher, durfte man an den „pikanten“ Artikeln des Volksblattes aus Schwaben ſich ergötzen. War doch geradezu Alles erlaubt, wenn es nur gegen die verhaßten Preußen ging. Auf offenem Markt empfahl der Oberamtmann den Candidaten der Volkspartei, der ſonſt alle Fürſten ins Pfefferland gewünſcht hatte und jetzt zum Schwärmer für kleinfürſtliche Legitimität geworden war, die Polizeidiener warben Stimmen für denſelben und die Volkspartei zeigte ſich erkenntlich, indem ſie Hochtories, wie dem Frhrn. v. Neurath, Empfehlungsbriefe auf die Wahlreiſe mitgab. Der Republicaner in der Maske des Legitimiſten, der conſervative Angſtmann in der bunten Jacke des genfer Friedensliguiſten — es war ein toller Carneval ohne Gleichen, eine Verwirrung aller Begriffe und Grundſätze, eine politiſche Demoraliſation, die noch lange in unſerem Lande nachwirken wird. Viel Naivetät gehörte dazu, wenn die Regierung meinte, bei der Landtagswahl die Dinge auf Commando wieder in ihr natürliches Geleiſe bringen zu können. Heute verſchließt man ſich auch gar nicht mehr der Einſicht, daß man ſich durch das damalige Bündniß mit der Demokratie in die jetzige Lage gebracht hat. Ich wollte, flüſterte einer der Miniſter mit Seufzen, dieſe verwünſchte deutſche Partei hätte es bei den Zollparlamentswahlen gewonnen. Nur Herr v. Varnbüler blickt ſorglos wie immer in die Zukunft. Mit jener fröhlichen Miene, die ihm unverändert eigen iſt, ob er Kriegsentſchlüſſe faßt oder Friedensverträge ſchließt, und die ihn nur damals verließ, als er dem Zollparlament Rechnung ablegen ſollte, drückt er die Hoffnung aus, daß, wenn nur erſt die Gemüther ſich herzhaft werden expectorirt haben, dann die Kammer ganz leidlich tractabel ſein werde.

Er kann sich allerdings auf Beispiele berufen. Allein bis jetzt erscheint es doch zweifelhaft, ob die jetzige Kammer bestimmt ist, erst in sechs Jahren eines natürlichen Todes zu sterben. Das Verhältniß der Parteien macht dies nahezu unmöglich.

Dies ist in der That seltsam genug. Kunstvoller könnten die Gruppen gar nicht vertheilt sein, um sich gegenseitig im Schach zu halten. Aeußerste Linke 25 Mann, linkes Centrum (sogenannte Großdeutsche) 20 Mann, macht für die vereinigte Linke 45 Stimmen. Regierungspartei 8, Ritter und Prälaten 23, nationale Partei 14, thut zusammen wieder 45 Stimmen. Sobald also die vereinigte Linke zusammenhält und andererseits die nationale Partei mit der Rechten geht, stehen sich die Parteien in gleicher Stärke gegenüber, jede richtige Entscheidung ist unberechenbar, vom Zufall abhängig. Die geringste Anwandlung von Indisciplin oder die wenigen Stimmen der Wilden vermögen das Zünglein der Wage hierhin oder dorthin zu neigen. Doch hat es bis jetzt eher Neigung zur Linken, theils weil die Rechte aus zu verschiedenartigen Elementen besteht, um eng zusammenzuhalten, theils durch den Ausschlag der Ultramontanen, welche an Eifer gegen das Ministerium, wenigstens im Stillen, es der Volkspartei fast noch zuvor thun und gemeinschaftlich mit ihr für ein Ministerium Neurath-Mittnacht arbeiten, dem dann, wie man hofft, bald in den Nachbarstaaten rechts und links homogene Ministerien folgen werden, Ministerien des Südbundes.

Was ist unter diesen Umständen die Aufgabe der nationalen Partei? Sie faßt sich in die Frage zusammen: Hat die nationale Partei ein Interesse daran, das Ministerium Varnbüler zu halten, weil hinter diesem ein Ministerium Neurath steht? Stünden die Dinge auch nur so wie in München, wo eine, wenn auch höchst behutsame, doch ehrliche und zuverlässige Verwaltung, der ein nationales Gewissen schlägt, am Ruder ist, eine Verwaltung, hinter welcher zugleich eine ansehnliche, politisch achtbare Mittelpartei steht, so könnte jene Frage gar nicht aufgeworfen werden. Allein das Ministerium Varnbüler-Mittnacht-Golther hat sich in den deutschen Dingen einen ganz anderen Ruf erworben, es nimmt nicht zur Schonung der Stammesvorurtheile eine vermittelnde Stellung ein, sondern es hat eben diese Vorurtheile aufs Aeußerste gereizt und gesteigert. Niemand hat das Vertrauen, daß es östreichischen oder französischen Einflüssen das Ohr verschließe, und hinter diesem Ministerium steht eine kleine Partei, unzuverlässig, politischer Grundsätze bar, die ihre Fühlung gar nicht nach der nationalen Seite sucht, außer wo sie die dortigen Stimmen für ihre Zwecke braucht, die vielmehr ihre natürlichen Anknüpfungspunkte in der großdeutschen Linken hat, wo es längst nicht an Symptomen der Gegenneigung fehlt und wo z. B. Oesterlen ebenso gern sich finden läßt, als er aufgesucht wird. Unter diesen Umständen ist es eine

ſtarke Zumuthung für die Nationalen, ſich für ein Miniſterium zu intereſſiren, das zudem gleichzeitig in den inneren Fragen keine Zugeſtändniſſe im freiheitlichen Sinn machen zu wollen ſcheint.

Den Verſuch einer Verſtändigung hat die nationale Partei gemacht, indem ſie bei der Präſidentenwahl mit der Rechten zuſammenging und dieſer half, nicht ohne Mühe wenigſtens den erſten der drei dem König zu präſentirenden Candidaten durchzuſetzen, während bei den beiden anderen Wahlen der Sieg der Linken blieb. In die Wahl zwiſchen Geßler und Probſt geſtellt, konnte freilich die nationale Partei keinen Augenblick ſchwanken. Geßler, der Kanzler der Univerſität Tübingen, Bruder des Miniſters, iſt ein Mann von gemäßigten Anſichten, derjenige unter der miniſteriellen Partei, dem man vielleicht am wenigſten eine principielle Abneigung gegen die nationale Sache zuſchreiben kann. Zwar darauf iſt natürlich kein Gewicht zu legen, daß er im Jahr 1850 zum ſogenannten plochinger Programm, einer ſchwäbiſchen Filiale des gothaer Programms, durch öffentliche Unterſchrift ſich bekannte; ſteht doch in jener Liſte, die damals aus dem ganzen Lande zahlreiche Zuſtimmungserklärungen erhielt, dicht neben ſeinem Namen der — des jetzigen Cultusminiſters v. Golther. Allein Geßler war auf dem vorigen Landtage von der Regierungspartei der Einzige, welcher wenigſtens mit ein paar Worten für das neue Militärgeſetz eintrat, während ſonſt die Vertheidigung dieſes unpopulären Geſetzes einzig auf den Schultern der deutſchen Partei ruhte, welche für die Regierung die Kaſtanien aus dem Feuer holen und dabei gleichzeitig noch den weiteren Dienſt leiſten ſollte, ſich ſelbſt gründlich zu ruiniren und unpopulär zu machen. Welche menſchenfreundliche Abſicht indeß von dem allgemeinen Stimmrecht nicht ratificirt wurde, aus welchem vielmehr die deutſche Partei geſtärkt und vermehrt hervorgegangen iſt. Die Wahl Probſt's zum Präſidenten der Kammer hätte ausgeſehen, als ob man von vorn herein eine Provocation gegen den norddeutſchen Bund beabſichtigen wollte, und als ſolche war auch ohne Zweifel von der vereinigten Linken die Candidatur des Abgeordneten geſtellt, der im Zollparlament dem Grafen Bismarck den Anlaß zu dem glücklichen Wort gegeben hat, daß der Appell an die Furcht keinen Widerhall in deutſchen Herzen finde.

Daß die Unterſtützung, welche die deutſche Partei der Regierung bei der Präſidentenwahl lieh, nicht mißverſtanden werde, dafür ſorgte gleich die Debatte über die Frage: Adreſſe oder nicht? Römer war der Einzige, der den ohne Zweifel richtigen Satz verfocht, daß es am vernünftigſten wäre von einer Adreſſe Umgang zu nehmen. Er wollte Vorgänge vermieden wiſſen, die nur dazu dienen könnten, die ſchiefen Urtheile des Auslandes zu beſtärken und deſſen Einmiſchungsgelüſte zu reizen. Dabei griff er aber aufs ſchärfſte die zweideutige Politik des Miniſteriums in der deutſchen Frage an,

während Pfeiffer die Dürftigkeit des ministeriellen Programms in den inneren Fragen geißelte und ganz, wie K. Mayer vorschrieb, gleichzeitig von der anderen Seite die Volkspartei auf das Ministerium losschlug. So wurde das Ganze zu einem Vorgefecht für die Adreßdebatte, das dadurch noch mehr Colorit erhielt, weil auch die Nationalen und die Particularisten zum ersten Mal gegenseitig die Waffen prüften für den heißeren Kampf in der nächsten Woche.

γ.

Ein pariser Slavophile.

Frankreich hat sich von jeher gern zum Beschützer mehr oder minder unterdrückter Nationalitaten gemacht, einerseits wegen des Reliefs, welches dergleichen Protectorrollen verleihen, andererseits wegen der willkommenen Gelegenheit zur Einmischung in Angelegenheiten benachbarter Staaten. Es ist aber ziemlich neu, daß ein französischer Schriftsteller ganz allein und auf eigene Faust eine „unterdrückte" Nationalität und zwar mit Eifer und nicht ohne Geschick protegirt. Schon wegen der Neuheit dieses Vorkommnisses verdient die literarische Thätigkeit dieses Schriftstellers einige Aufmerksamkeit. — Der Schriftsteller von dem wir reden ist Herr Louis Leger, der Pariser Czechophile, dessen Name bei Gelegenheit der Hußfeier in Constanz (wo er eine Rede halten sollte, aber nicht gehalten hat) durch alle deutsche und französische Zeitungen die Runde machte. Herrn Louis Leger's Name wurde aber damals nicht zuerst in Verbindung mit den czechischen Nationalitätsbestrebungen genannt. Schon im vergangenen Jahre hatte er durch ein in Gemeinschaft mit J. Friç herausgegebenes, übrigens in Oestreich verbotenes, Sammelwerk „La Bohême historique, pittoresque et littéraire" sein Interesse für die czechische Sache bekundet und im Jahre 1866 unter dem Titel „Chants historiques et chansons populaires des Slaves de la Bohême" eine Uebersetzung der Gedichte der bekannten königinhofer und grüneberger (!) Handschrift herausgegeben. Herr Leger hat in dieser Publication, welche sich an einen größeren Leserkreis adressirt, die Frage der Authenticität schwebend gelassen, indem er von den hauptsächlichsten Einwendungen, die gegegen dieselbe gemacht sind, keine einzige zu widerlegen sucht. Auch mag ihm wohl selbst, trotz allen guten Willens, den Glaubensartikel jedes guten Czechen zu adoptiren, die Authenticität des Manuscripts nicht ganz über allen Zweifel erhaben sein, zumal er in seinen neuesten Publicationen, die einen

wiſſenſchaftlichen Werth haben und von eingehenden Specialſtudien zeugen, neben aller Voreingenommenheit Proben ſeiner gelehrten Gewiſſenhaftigkeit gegeben hat. Es ſind dies zwei Schriften, die er zur Erlangung des Grades eines Docteur ès lettres kürzlich bei der pariſer Faculté des lettres vertheidigt, von denen die eine lateiniſche den älteſten ruſſiſchen Chroniſten Neſtor, die andere franzöſiſche die Slavenapoſtel Cyrill und Method behandelt. Es iſt Sache der betreffenden Specialiſten, dieſen Publicationen den ihnen gebührenden Rang zuzuweiſen; für uns haben hier nur die allgemeineren Geſichtspunkte, welche Herr Leger mehr oder minder eingehend zu behandeln nicht unterlaſſen hat, ein directes Intereſſe. Wir bemerken namentlich, daß die Ruſſen der ſlaviſchen Raçe zugewieſen werden, welche H. L. in die ruſſiſche, polniſche, böhmiſche und ſüdſlaviſche Gruppe eintheilt. Er trennt ſich damit von jener extremen Partei der Polenfreunde, welche den moskowitiſchen Ruſſen das ſlaviſche Bürgerrecht ſtreitig und ſie zu Turaniern machen. Er berührt bei dieſer Gelegenheit leiſe das größte Hinderniß jeder czechiſchen Propaganda in Frankreich, dem Lande, welches in der alten Vorliebe für die Polen und der noch immer lebendigen Erinnerung an die Koſaken, nicht minder in einer berechtigten Scheu vor dem Panſlavismus das Liebäugeln der Czechen und Südſlaven mit dem Czaren aus mißliebigen Augen anſieht. Dieſes Hinderniß wird die Propaganda für den Slavismus, wie der von Hrn. L. ſtatt des discreditirten Panſlavismus gebrauchte Ausdruck lautet, in Frankreich niemals einen günſtigen Boden finden laſſen. Die Franzoſen beſitzen außerdem zu viel bon sens (man muß freilich den bon sens der Franzoſen nicht nach den Herrn Emile de Girardin und Granier aus Caſſagnac bemeſſen), als daß man ihnen die craſſen Utopien und gefährlichen Schwärmereien des Panſlavismus ſo leicht plauſibel machen könnte. In dieſe Kategorie gehören aber doch wohl die letzten Ziele der Slavophilen, ſo weit man ſich davon eine annähernde Idee aus dem Bilde machen darf, das Herr Leger von der Geſchichte der ſlaviſchen Welt ausmalt, wenn die Schüler Cyrill's und Method's das Apoſtolat ihrer Lehrer hätte fortſetzen können. Dergleichen auf dem Eintreten von nicht eingetretenen Eventualitäten baſirende hiſtoriſche Calcüle haben ſtets etwas Vages und Müßiges; Leger's Erwägungen darüber, was möglicher oder wahrſcheinlicher Weiſe hätte eintreten können, wenn man die Slavenapoſtel ihr Werk hätte vollenden laſſen, wohnen dieſe Eigenſchaften in eminenter Weiſe bei. — Da der betreffende Paſſus für uns Deutſche vielfach intereſſant iſt und auf die letzten Ziele des Slavismus einige nicht zu unterſchätzende Streiflichter wirft, theilen wir ihn mit:

„Wenn die Schüler Cyrill's und Method's das Apoſtolat ihrer Lehrer hätten vollenden können“ ſagt Herr Leger (Cyrille et Methode, p. 225 f.)

„so hätte die slavische Liturgie aller Wahrscheinlichkeit nach von Böhmen und Mähren aus bei Süd- und Nordslaven gestrahlt und ihnen die Idee einer moralischen Zusammengehörigkeit gebracht, welche ihnen den nöthigen Halt gegeben hätte, den Einbrüchen der Deutschen, der Magyaren, der Griechen, der Tartaren und der Osmanlis zu widerstehen. Rußland hätte seine Civilisation dem Occident und nicht der vergifteten Quelle von Byzanz entlehnt, es wäre unmittelbar in die große europäische Familie eingetreten und hätte weder die Unterjochung der Mongolen, noch den Despotismus des moskovitischen Czars zu erleiden gehabt. Die Slaven des baltischen Meeres wären den blutigen Bekehrungen der deutschen Missionäre, der schwerttragenden Ritter, entronnen und der preußische Staat, *der verhängnißvolle Keim eines geeinten und kriegerischen Deutschlands*, wäre nicht auf dem Grabe ihres Geschlechts aufgeblüht. Böhmen und Polen, entzogen den deutschen Anmaßungen, hätten die Religionskriege nicht entbrennen sehen, welche ihren Ruin herbeigeführt haben. Die Südslaven hätten sich an den Ufern des adriatischen Meeres der Sau und der Donau consolidirt, sie hätten in harmonischer Einheit die doppelte Civilisation vereint, welche sie gleichzeitig von Griechenland und Italien erhielten und hätten vielleicht schon im Mittelalter dieses südslavische Kaiserreich begründet, welches sie heute nur träumen können.“

Wie man sieht, streift der Slavismus des Herrn Leger trotz der von ihm beliebten Namensvertauschung stark an den uns wohlbekannten Panslavismus an, der in einer neueren Broschüre desselben Verfassers (Les Slaves en 1867) noch klarer zu Tage tritt:

„Die Gründung eines großen Deutschland, welches seinen Ehrgeiz nicht verheimlicht und die Moldau und Donau als deutsche Flüsse in Anspruch nimmt, flößt den Slaven eine berechtigte Furcht vor der Zukunft ein. Auf der andern Seite erfüllt die Protectorrolle, welche Rußland zu Gunsten der Christen im Orient übernommen hat, sie mit einem Zutrauen, welches man häufig tadelt, ohne sich erst darüber klar geworden zu sein. Zum Beherrscher wollen sie Rußland nicht: als Verbündeten glauben sie es aber nicht zurückweisen zu dürfen, wenn russische Hilfe jemals nöthig würde.“

Und weiter:

„Sie (die Slaven) wissen, was sie unter ihren jetzigen Beherrschern erlitten haben, und glauben, daß die russische Herrschaft (welche für sie nur das letzte Auskunftsmittel ist) vielleicht weniger hart sein würde, als die der Deutschen, der Türken oder der Magyaren. Führt ihnen nicht das Beispiel Polens an. Sie würden Euch antworten, daß der Haß zwischen Polen und Rußland nicht von gestern datirt, daß, wenn die Russen heute in Warschau sind, die Polen einst in Moskau waren: sie beklagen einen brudermörderischen

Streit, aber in ihren Augen ſind die Ruſſen nicht ſchuldiger als die Oeſtreicher in Venedig oder Galizien, die Engländer in Irland oder die Franzoſen in Mexico."

Herr Leger legt endlich einem Südſlaven folgende Worte in den Mund:

„Angenommen, daß wir an einem Tage der Verzweiflung den Ruſſen zu Hilfe riefen, wer wollte wohl wagen, uns daraus einen Vorwurf zu machen? Haben nicht einſt Preußen und Oeſtreich die heilige Allianz mit Rußland abgeſchloſſen? Hat nicht Franz Joſeph den Kaiſer Nikolaus gegen das empörte Ungarn zur Hilfe gerufen? Warum ſollten wir unſere wahren Intereſſen Vorurtheilen opfern, welche wir nicht theilen?"

Auf wiſſenſchaftlichem Gebiete hat der Panſlavismus übrigens in Frankreich neuerdings eine nicht zu unterſchätzende Niederlage erlitten und zwar durch ein kürzlich (am 11. Nov.) im Moniteur veröffentlichtes Decret des Unterrichtsminiſteriums. — Bekanntlich hatte im April 1840 Couſin, damals Miniſter des öffentlichen Unterrichts im Cabinet Thiers, der Deputirtenkammer einen Geſetzentwurf vorgelegt, welcher die Errichtung eines Lehrſtuhls für ſlaviſche Sprache und Literatur am Collège de France zum Gegenſtande hatte. Sehr ſpaßhaft ſagte der Moniteur vom 30. April bei dieſer Gelegenheit: „Beinahe 70 Millionen Menſchen ſprechen die ſlaviſche Sprache (sic!) und dieſes in ſeinen Dialekten ſo reiche und mannigfaltige Idiom hat in hohem Grade ein politiſches Intereſſe." Noch ſpaßhafter klingt es, wenn das Expoſé der Motive des Geſetzvorſchlages ſagt, daß beinahe 70 Millionen Menſchen die verſchiedenen Dialekte dieſer Sprache reden. Es ſteht da wörtlich: „das ganze ruſſiſche Kaiſerreich iſt ſlaviſch." — Die bekannte Stärke der Franzoſen in geographiſchen Materien wird hier officiell durch die Thatſachen documentirt, daß ſo und ſoviel Tataren, Finnen, Eſthen, Lappen, Deutſche, Armenier, Georgier, Beſſarabier, Einwohner Sibiriens ꝛc. ohne Weiteres zu Slaven gemacht werden. — Trotz eines vereinzelten Widerſpruchs wurde der Geſetzvorſchlag angenommen und ſeit der Zeit exiſtirte in Frankreich eine chaire de langue et littérature slave, was eine Art Anerkennung der panſlaviſtiſchen Tendenzen involvirte, von der natürlich Rußland nicht verſäumte, politiſches Capital zu ſchlagen. Noch in demſelben Monat erſchien ein Ukas, worin das petersburger Cabinet officiell erklärte, wie durch die Geſchichte und die öffentliche Meinung Europas bewieſen ſei, daß die Großruſſen mit den Kleinruſſen und den Weißruſſen durch das Band gemeinſamen ſlaviſchen Urſprungs vereint ſeien. Officiell inſpirirte ruſſiſche Gelehrte erklärten wenig ſpäter das Ruſſiſche für die ſlaviſche Sprache, zu welcher die anderen ſlaviſchen Idiome ſich wie bloße Dialekte verhielten. Dieſe Anmaßung erfuhr, namentlich von Seiten der polniſchen Emigration,

lebhaften Widerspruch und der Hauptvertheidiger der Theorie, welche die moskovitischen (Groß-) Russen aus der slavischen Völkerfamilie verbannt und ihnen einen turanischen Ursprung zuweisen möchte, Hr. Duchinski, forderte die pariser linguistische Gesellschaft zur Intervention bei dem Unterrichtsminister behufs Verwandelung des unmotivirten Singulars (in der Benennung des Lehrstuhls am Collège de France) in einen Plural auf. Diese gelehrte Gesellschaft, deren Thätigkeit durch andere Fragen in Anspruch genommen war, ging über diesen Antrag zur Tagesordnung über, womit für dieses Mal die Angelegenheit erledigt war. Im Beginne dieses Jahres jedoch machte sich Herr Casimir Delamarre aufs Neue in einer vielverbreiteten Broschüre (Un pluriel pour un singulier et le panslavisme est détruit dans son principe) zum Organe dieser berechtigten Opposition und wurde dieser neue Anlauf auf das Princip des Panslavismus (das Hr. Delamarre nicht ohne französisches Selbstgefühl in der Benennung eines Lehrstuhls am Collège de France findet) von Erfolg gekrönt, indem neuerdings das obenerwähnte Decret die Benennung des Lehrstuhls dahin geändert hat, daß er jetzt „chaire de langues et de littératures d'origine slave" heißt. In der Benennung dieses Lehrstuhls haben die französischen Unterrichtsministerien offenbar kein Glück.

Es ist übrigens nur gerecht, zu bemerken, daß Herr Louis Leger, qui nihil slavici a se alienum putat, schon im Januar dieses Jahres auf die factische Unrichtigkeit der Benennung des betreffenden Lehrstuhls in der Revue des cours littéraires (wo er einen Lehrstuhl für das Russische in Paris verlangte) aufmerksam gemacht hatte. Herr Leger bewies dadurch, daß er sich nicht einseitig für die Czechen interessire obgleich diesen der größte Theil seiner Sympathien gehört, sondern daß er auch den anderen Nationalitäten slavischen Ursprungs seine Aufmerksamkeit zuwende. Nur von den Polen, welche Demjenigen, der in diesen Fragen keinen Parteistandpunkt einnimmt, unter allen slavischen Völkern das meiste Interesse zu verdienen scheinen, hat sich die politisch und literarisch-agitatorische Thätigkeit des Herrn Leger in neuerer Zeit abgewendet. Dies war nicht immer so und die bezügliche Veränderung in Leger's Anschauungen steht mit den Oscillationen der böhmischen und südslavischen Nationalpolitik, welche namentlich seit dem ethnographischen Congreß in Moskau dahin gekommen ist, den Messias des Slaventhums im Czaren zu sehen, in engem Causalzusammenhang. Seine panslavistischen Tendenzen direct auf die Fahne zu schreiben, nimmt Herr Leger zwar Anstand; sie werden „ernsten Leuten" und „ausgezeichneten Publicisten" in Agram in den Mund gelegt; auch für die unglücklichen Polen werden an geeigneter Stelle einige Thränen vergossen, aber als Gesammteindruck ergibt sich eine ganz directe Parteinahme für die panslavistischen

Bestrebungen im russischen Sinn — moderirt durch gewisse in Frankreich gebieterische Schicklichkeitsrücksichten. Etwas anders als diese Erklärungen über den „vorgeblichen“ Panslavismus, die Herr Leger seinen prager und agramer Lehrern nachspricht und durch eine Schilderung des ethnographischen Congresses, welche in Schönmalerei das Mögliche leistet, belegen zu wollen scheint, nehmen sich die Betrachtungen aus, welche derselbe Autor vor etwa drei Jahren einer von ihm übersetzten Broschüre vorausschickte. Diese Broschüre war von der russischen Regierung verbreitet worden, um die öffentliche Meinung für sich und gegen die Polen zu gewinnen und den Fanatismus des litthauischen Landvolks gegen die katholischen Polen anzufachen. Diese Schrift, deren französischer Titel „L'encyclique du Tsar, le droit de la Russie et le tort de la Pologne“ lautet und die im Jahre 1863 in Rußland in Tausenden von Exemplaren unter der Landbevölkerung verbreitet wurde, leitete Herr Leger, als er sie zwei Jahre später übersetzte, mit einer nicht eben russenfreundlichen Vorrede ein. Wir erfahren aus derselben, daß das „sentiment réligieux ou plutôt fétichiste“ das Einzige ist, was Eindruck auf das Gefühl des russischen Bauern macht, daß deshalb die russische Regierung zu diesem Gefühle ihre Zuflucht nahm und diese Broschüre publicirte, und zwar nicht in Petersburg, sondern in Moskau. In Petersburg, heißt es weiter, hätte dieser Appell an den religiösen Fanatismus in die Hände eines Europäers fallen und die russische Regierung compromittiren können, die, obgleich sie Europa insultirt, sich doch in Petersburg darin gefällt, einen gewissen Liberalismus zu affectiren; deshalb sei diese Schrift in Moskau veröffentlicht worden, dem Heiligthume des altrussischen Geistes, dessen übelriechende („nauséabondes“) Elucubrationen in der „Gazette de Moscou“ bis nach Paris gelangten. Weiter macht Herr Leger auf verschiedene Stellen aufmerksam, die eine merkwürdige Verdummung des russischen Bauern anzeigen, eine Verdummung, die heute nur lächerlich und bedauernswerth ist, vor der sich Europa aber in Acht nehmen möge, da man bei einem Volke, wie das russische, von der Knute und dem Fanatismus Alles erwarten könne. „Noch einmal hat Europa verabsäumt, den Deich auszubessern, welcher den Welttheil nach Osten hin decken sollte. Gebe Gott, daß die Fluth nicht eines Tages über Europa hereinbreche: die Macht, welche die gefährlichste auf der Welt ist, die Macht, welche die Kaiserreiche gebrochen hat, die Macht, welche uns heute bedroht, das ist die Macht der trägen Masse!“

Ob der pariser Czechophile wohl noch heute dieselbe Sprache über den Slavenmessias führen mag? Schwerlich; die Böhmen und Südslaven, deren politische Bestrebungen Herr Leger vertritt und verficht, gehen in ihren panslavistischen Sympathien noch viel weiter als Herr Leger es vor dem fran-

zösischen Publicum auszusprechen gewagt hat. Der Russenhaß und vielleicht auch die Russenfurcht der Franzosen sind zu stark, als daß ihm nicht schon bei geringer panslavistischer Nüancirung die nationalen Bestrebungen der verschiedenen slavischen Völker mißliebig werden sollten. Herr Leger ist deshalb auch in seiner politischen Agitation für slavische Interessen in Paris mehr oder weniger ein Prediger in der Wüste.

Mehr Erfolg scheint er auf rein literarischem Gebiete zu haben. Seiner unermüdlichen Thätigkeit in Revüen, Broschüren und größeren Werken gelingt es vielleicht wirklich, der Kenntniß slavischer, namentlich böhmischer Geschichte und Literatur ein weiteres Publicum zu gewinnen. — Wie wir hören, wird er diesen Winter in den „Cours annexes de la Sorbonne" (einer neuen Einrichtung, die der deutschen Privatdocentur entspricht) Vorlesungen über südslavische Literatur halten und ohne Zweifel dazu beitragen, daß den Franzosen die slavischen Dinge nicht mehr völlig böhmische Dörfer sind. Er müßte es übrigens sehr geschickt anfangen, wenn er seine französischen Zuhörer verhindern wollte, die Bemerkung zu machen, daß sich Literaturen doch nicht so aus der Erde stampfen lassen und daß die nöthigen Dichter und Schriftsteller nicht auf der flachen Hand wachsen. Mit der rechtzeitigen Auffindung einiger mehr oder minder authentischen Manuscripte, mit der Errichtung von Akademien ist es eben noch nicht gethan. Vor allen Dingen — künstlich läßt sich so etwas nicht hervorbringen und die Treibhauscultur ist auf Geistesproducte nicht anwendbar; doch dem Allen wird die Zeit sein Recht werden lassen.

Dem neuerdings von Deutschland entlehnten Institut der Privatdocenten, einer Einrichtung des um den secundären und namentlich um den höheren Unterricht so verdienten Unterrichtsministers Duruy (der für diese Zweige während der kurzen Zeit seiner Amtsdauer mehr gethan, als alle die berühmten Namen, die in den letzten dreißig Jahren seine Amtsvorgänger waren), diesen Cours annexes de la Sorbonne, denen jetzt ein eigenes Gebäude neben der alten Sorbonne errichtet wird, können wir als einer Stätte ernsthafter Gelehrsamkeit, in der namentlich auch die Resultate der friedlich erobernden Thätigkeit des deutschen Geistes auf dem Felde der Wissenschaft unsern überrheinischen Nachbarn vermittelt werden, nur von Herzen Glück und Gedeihen wünschen. Diese Einrichtung tritt jetzt in das zweite Jahr ihres Bestehens und zu mehreren vortheilhaft bekannten Namen, die bereits im ersten Jahre ihr Programm zierten und unter welchen namentlich Gaston Paris zu nennen ist, der bekannte Verfasser der „Histoire poétique de Charlemagne", welcher auch in Deutschland eines wohlverdienten wissenschaftlichen Rufes genießt, treten jetzt außer Herrn Leger noch mehrere Neue hinzu, unter welchen wir namentlich Charles Morel, den bekannten Redacteur der

Revue critique und tüchtigen Archäologen und Latiniſten erwähnen. — Möge Herr Leger auf dieſem neuen Felde der Wirkſamkeit ſich veranlaßt ſehen, außerhalb aller politiſchen Agitation die Reſultate ſeiner Specialſtudien ſeinen Landsleuten zu vermitteln und dadurch zur Klärung der kindlichen Vorſtellungen beitragen, die man ſich in Frankreich immer noch von allem Nichtfranzöſiſchen macht.

Paris, im December 1868.

Das Miniſterium Gladſtone.

Disraeli hat nicht nur die äußerlich würdigſte, ſondern vor Allem die klügſte Politik befolgt, als er die Welt mit ſeinem Entſchluß vor Eröffnung des Parlaments zurückzutreten überraſchte. Er hatte Alles aufgeboten, um vor den Wahlen die Actien der Conſervativen in die Höhe zu treiben: in den Banketten für den neuen amerikaniſchen Geſandten Reverdy Johnſon wurde die Löſung der ſchwebenden Streitfragen durch ein ſchon unterzeichnetes Protokoll verkündet und beim Lord-Mayors-Schmauſe ſogar die Fata Morgana einer allgemeinen Vermittelung Englands heraufgezaubert, welche allen Kriegsbefürchtungen ein Ende machen ſollte. Aber es half Nichts, die Wahlen wurden zur ſchwerſten Niederlage der Tories und nachträglich erfährt jetzt das Publicum, daß die Ausgleichung mit Amerika noch in weitem Felde iſt, während Niemand auf dem Continent Lord Stanley's gute Dienſte nachgeſucht hat. Aber was noch ſchlimmer für Disraeli erſchien, war, daß in ſeinem eigenen Lager Zwieſpalt ausbrach: Lord Stanley wollte der Gladſtone'ſchen Offenſive durch weitgehende Conceſſionen in der iriſchen Kirchenfrage die Spitze abbrechen, die Altconſervativen wollten hiervon Nichts hören; ſo wäre er nicht nur einer ſicheren Niederlage im Parlament entgegengegangen, ſondern hätte nicht einmal in der Thronrede ein Programm für die Stellung der Regierung zu Stande bringen können; es war daher ſicher das Klügſte, dieſe demüthigende Eventualität zu vermeiden und ſich in den Mantel der gewiſſenhafteſten Ergebung in das Urtheil der Wählerſchaften zu hüllen, nach welchem es als Gebot der Ehre und Pflicht für das Miniſterium erſcheine, nicht einen Tag unnöthigerweiſe im Amt zu bleiben. Disraeli tritt nun wieder in die Offenſive der Oppoſition zurück, welche viel leichter für ihn iſt, da er mit einem beſtimmten Programm gar nicht herauszurücken braucht, ſondern ſich darauf beſchränken kann, das Gladſtone'ſche zu bekämpfen.

Sehr richtig war es auch von Disraeli, daß er der Königin nicht aus Rancüne gegen seinen Nebenbuhler empfohlen, Lord Granville mit der Bildung eines Ministeriums zu beauftragen, da dies die Königin nur in eine schiefe Stellung gebracht haben würde, weil der genannte Peer den Auftrag hätte ablehnen und erklären müssen, daß Gladstone allein als Premier möglich sei. Derselbe ist denn auch ohne große Schwierigkeiten mit der Bildung seiner Verwaltung zu Stande gekommen, aber dieselbe bietet gleichwohl überraschende Momente. Zunächst ist der Charakter des Ministeriums keineswegs so fortschrittsmäßig liberal, wie man es wohl erwartet hat. Gladstone hat es keineswegs als seine Aufgabe angesehen, die Scheidewand zwischen dem Liberalismus und Radicalismus niederzubrechen, sondern hat sich nach dem Charakter der Wahlen gerichtet; es ist mit Ausnahme Bright's ein Whigcabinet, wie es Palmerston ohne großen Widerstand hätte acceptiren können. Forster und Stansfield haben sich mit Plätzen zweiten Ranges begnügen müssen. Bright selbst war im Cabinet nicht zu entbehren; er wäre außerhalb desselben auch in einer schiefen Stellung gewesen, da er es hätte unterstützen müssen und doch keine Verantwortlichkeit getragen hätte. Aber man glaubte, daß ihm ein wichtigerer Posten zufallen würde, wenigstens ein Staatssecretariat wie das des Innern: er hat sich mit dem des Präsidenten des Handelsamts begnügt oder begnügen müssen. Ob diese Wahl vom sachlichen Gesichtspunkte besonders glücklich ist, steht dahin. Die Abschaffung der wichtigsten Zölle, die Bright als sein Programm verkündet, wird er in jener Stellung nicht durchsetzen, denn das schlägt ins Gebiet des Schatzkanzlers. Daneben ist es fraglich, ob er zu der Function taugt, die augenblicklich besonders dem Handelsamt obliegt. Bekanntlich ist beschlossen, sämmtliche Telegraphen zu expropriiren und unter den Betrieb der Regierung zu stellen, außerdem verlangt man allgemein für die Eisenbahnen zum wenigsten eine scharfe Controle, damit den zu Tage gekommenen Scandalen in der Verwaltung derselben ein Ende gemacht werde. Bright aber ist als abstracter Manchestermann principiell gegen die Einmischung des Staates in solche Verhältnisse; unserem Gefühl nach hätte Göschen's klarer, combinirender Kopf besser für diese Aufgabe gepaßt. Die Hauptsache für das Cabinet ist indeß die parlamentarische Unterstützung, welche ihm Bright auf der Ministerbank geben wird und die es nicht entbehren konnte. Wie er übrigens mit seinem alten Gegner in der Reformfrage, Lowe, auf die Länge zusammengehen kann, bleibt noch ein Räthsel, obwohl derselbe in seiner letzen Rede an der londoner Universität plötzlich ziemlich radicale Sätze aufstellte, z. B. das Oberhaus zu einem amerikanischen Senate umzubilden vorschlug. Jedenfalls hat Lowe's Ernennung zum Schatzkanzler noch mehr Wunder genommen als die Bright's; unter allen Candidaten hätte man zuerst wohl auf Cardwell gerathen, der

als specieller Schüler Peel's sich hauptsächlich mit Finanzfragen beschäftigt. Daß Lowe dies gethan, hatte bisher Niemand gewußt und sein schlechtes Gesicht (er ist Albino) wird ihn zu Studien in Zahlenmassen nicht besonders geeignet machen; man hat ihm wohl mit Rücksicht darauf zwei Unterstaatssecretäre (Secretaries of the Treasury) gegeben; die leitenden financiellen Ideen werden von Gladstone kommen und des Schatzkanzlers Aufgabe wird wie die Bright's wesentlich eine parlamentarische sein, zu der ihn seine große Beredtsamkeit in hohem Grade geeignet macht. Gleichwohl hätte Gladstone sich Lowe durch einen andern Posten sichern können, z. B. wenn er ihn zum Kriegsminister gemacht hätte. Da dies nach englischen Traditionen gewöhnlich ein Civilist ist, so wäre Lowe's Energie wahrscheinlich sehr am Platze gewesen, die so dringlichen Reformen auf diesem Gebiete durchzuführen, was der friedliche Cardwell, von dessen Interesse für Kanonen und Batterien Niemand bisher gehört hat, schwerlich bewirken wird. Und doch läßt sich die englische Art der Recrutirung sicher ebensowenig lange halten, wie die Theilung der Geschäfte zwischen dem Kriegsministerium und den Horse-Guards. —

Gladstone, Lowe, Bright und Cardwell sind im Unterhause die Minister auf deren Schultern die Leitung der großen politischen Fragen ruhen wird; im Oberhause wird Lord Granville Führer sein und bei seiner würdigen und versöhnlichen Weise und anerkennenswerthen Redegewandtheit diese Anfgabe gewiß gut durchführen. Der Herzog von Argyll, früher General-Postmeister, hat den Staatssecretärposten für Indien übernommen, den er durch seine bedeutenden Gaben auszufüllen im Stande sein wird; außerdem hat er einen trefflichen Unterstaatssecretär an Grant Duff erhalten, obwohl wir denselben bei seiner deutschfreundlichen Gesinnung noch lieber in gleicher Stellung im auswärtigen Amte gesehen hätten. Indeß auch Mr. Otway, dem dieser Posten zugefallen, ist durchaus deutsch gesinnt und in Deutschland erzogen. Sein Chef ist nicht wie man vermuthete Lord Kimberley geworden, der sich vielmehr mit einem untergeordneteren Posten hat begnügen müssen, sondern Lord Clarendon ist auf seinen früheren Posten zurückgekehrt, obwohl er noch kürzlich erklärte, er sei zu alt und kränklich dazu. Daß er Deutschland unfreundlich gesinnt sei, ist unbegründet; er hat als entschiedener Liberaler wohl starke Bedenken gegen die innere Politik Bismarck's geltend gemacht und bezweifelt, ob man mit solchen Mitteln zum Ziele kommen werde, aber an sich hat er sich der Einigung Deutschlands immer sympathisch gezeigt. Außerdem hat er jetzt den Vortheil nicht mehr Lord Russell neben sich zu haben, dessen unglückliche auswärtige Politik das ganze Ministerium discreditirte. Am wenigsten wird sich Fürst Gortschakoff über seine Ernennung zu freuen haben, denn Clarendon's Antecedentien sind

entschieden antirussisch und als Unterzeichner des pariser Friedens wird er Alles aufbieten um im Einklang mit Frankreich und Oestreich den russisch-griechischen Agitationen entgegenzutreten. Außerdem bringt er dem Cabinet für die nächste Hauptfrage eine besonders werthvolle Unterstützung, weil er längere Zeit Vicekönig von Irland war und als solcher mit Autorität über die Kirchenfrage sprechen kann. Secretär für Irland ist Forteſcue geworden, der Mann der bekannten Lady Waldegrave, der Egeria der Whigs; er hat sich durch eingehende Studien und einige tüchtige Schriften über irische Verhältnisse bekannt gemacht.

Die augenblickliche kurze Session des Parlamentes ist nur zum Einschwören der Mitglieder bestimmt; erst Mitte Januar wird die eigentliche Arbeit beginnen; bis dahin muß Gladstone seine Bill über die irische Kirche einbringen und alle Welt erwartet mit Spannung, was er vorschlagen wird. Leicht ist seine Aufgabe nicht: Disraeli wird das Seinige thun sie so schwer wie möglich zu machen und seine Stellung in der Opposition wird um so gefährlicher als er jeden Compromiß annehmen kann, welcher nur die Staatskirche nicht vollkommen zerstört, während Gladstone sich durch seine Resolutionen schon für dieses Extrem gebunden hat. Das Schiff des neuen Cabinets ist vom Stapel gelaufen, aber erst die Folge wird zeigen, ob und wie es schwimmen kann.

Politischer Monatsbericht.

✕ Leipzig, den 20. December.

Für die politische Welt pflegt bereits der 24. December den Jahresschluß zu bezeichnen und die letzte Decemberwoche der Ruhe gewidmet zu sein. In diesem Jahre kann es leicht geschehrn, daß die sonst neutralen letzten Decembertage kriegerischer und ereignißvoller werden, als die 355 Tage, welche ihnen vorausgegangen waren. In Spanien ist der Bürgerkrieg ausgebrochen, der schon nach dem ersten Monat Prim-Serrano'scher Politik voraus zu berechnen war; im Orient stehen Türken und Griechen einander mit entfesselter Leidenschaft gegenüber; Oestreich zeigt trotz seiner unaufhörlichen Friedensversicherungen die deutliche Absicht, aus der Zurückhaltung, in welche es durch das Jahr 1866 versetzt worden, wieder herauszutreten; in Frankreich ist ein Ministerwechsel eingetreten, dessen Bedeutung sehr viel disputabler ist, als die Optimisten wahr haben wollen; in England ist Lord Clarendon Leiter des auswärtigen Amtes geworden und die deutsche Frage droht durch die Rüstungen der offenburger Coalition gegen das Ministerium Jolly in eine neue Phase von wesentlich reactionärem Charakter gezogen zu werden.

Was zunächst den türkisch-griechischen Conflict anlangt, so steht über denselben nur fest, daß er mit dem Sturz des Ministeriums Bratiano in Verbindung steht und daß die Pforte erst seit sie an der Donau degagirt worden die Möglichkeit gehabt hat, energisch gegen Griechenland, als den intellectuellen Urheber der Fortdauer des Candiotenaufstandes vorzugehen. Im Uebrigen wissen wir nur, was über die Dinge gesagt wird, nicht wie es wirklich um dieselben bestellt ist. Die Journale Frankreichs und Englands begnügen sich damit die Haltung des griechischen Cabinets zu tadeln, lassen aber völlig unerörtert, daß dasselbe unter dem Druck einer nationalen Agitation steht, die der jungen Dynastie leicht über den Kopf wachsen kann, wenn sie sich den Volkswünschen unzugänglich erweist. In Wien bemüht man sich das neue rumänische Cabinet für ebenso friedensgefährlich auszugeben wie das frühere und die hohe Pforte in den Anläufen zu einer energischen Haltung nach Kräften zu unterstützen; die officiöse preußischePresse wälzt dagegen die Hauptverantwortung für die Friedensstörungen im Orient auf den zum Grafen ernannten Reichskanzler von Beust — nur darin sind die Organe der verschiedenen Länder und Farben einig, daß die europäischen Großmächte allesammt bemüht seien, einen Ausgleich zwischen dem Divan und dem Ministerium Bulgaris herbeizuführen. Daß auch Rußland an diesen Bestrebungen Theil nehme und die griechische Nachgiebigkeit ebenso lebhaft wünsche, wie irgend einer der anderen betheiligten Staaten, ist bis jetzt von Niemanden in Zweifel gezogen worden, obgleich die russische Presse eine von der westeuropäischen wesentlich verschiedene Sprache spricht. Auch der Invalide hofft auf die Möglichkeit einer Verständigung, aber er erklärt zugleich, daß die türkischen Forderungen nur sehr theilweise zu erfüllen seien; seiner Meinung nach ist der Vorwurf einer Unterstützung des Candiotenaufstandes durch den griechischen Staat oder die griechische Regierung vollständig unbegründet — die griechische Gesellschaft habe es nicht über sich gewinnen können, die unter dem Joch der barbarischen Muselmänner schmachtenden Brüder ohne Weiteres Preis zu geben, und die Regierung könne sie an der Bethätigung dieser löblichen Empfindungen nicht verhindern, ohne die Verfassung und namentlich das verfassungsmäßige Coalitionsrecht zu verletzen. Wenn hinterher versichert wird, Griechenland könne immerhin im Einzelnen nachgeben, z. B. der Rückkehr der geflüchteten Candioten in ihre Heimath keine Hindernisse in den Weg legen, so will das Nichts sagen: daß die Türkei sich mit der Erfüllung dieser einen Forderung nicht begnügen kann, nachdem sie in ihrem Ultimatum Garantien gegen jede fernere Unterstützung der Aufständischen verlangte, liegt auf der flachen Hand. Gegenstand des Unwillens und Störer des orientalischen Friedens ist in den Augen des russischen officiösen Blattes überhaupt nicht Griechenland, sondern Oestreich, welches die Pforte aufge-

hetzt, England auf die Seite der Türkei gebracht und dadurch Preußen genöthigt hat, die bekannte Schwenkung in der rumäniſchen Frage vorzunehmen und dadurch die Pforte zu degagiren. Noch weiter gehen die Organe der national-ruſſiſchen Partei: nicht Oeſtreich — Preußen iſt an dem Conflict zwiſchen Türken und Griechen Schuld; Graf Bismarck hat dieſen Handel angeſtiftet, um Frankreich abzulenken, nachdem ihm die Erreichung dieſes Zwecks weder in Spanien, noch in Rumänien, noch in der Bulgarei gelungen war. An dieſe in heftigſter Weiſe vorgebrachte Anſchuldigung knüpft ſich dann die erneute Forderung, die Situation richtig zu benutzen, dem iſolirten Frankreich die Hand zu bieten und über Preußens Kopf hinweg mit Napoleon III. ein Bündniß zu ſchließen.

Entſprechend dieſer Verſchiedenheit in der Auffaſſung des türkiſch-griechiſchen Conflicts ſtehen ſich auch die Meinungen der verſchiedenen Cabinette über die gegenwärtige Lage in Rumänien ziemlich unvermittelt gegenüber. Während man in Berlin der Anſicht iſt, das Miniſterium Ghika-Golitſcheano habe in ruhige und friedliche Bahnen gelenkt, während die Ruſſen darüber klagen, daß Rumänien ſich vollſtändig der Pforte gefügt und dieſer dadurch freie Hand gegeben habe, bleiben die wiener Officiöſen dabei, daß Bratiano nach wie vor die Seele der Regierung bilde, daß nur die Namen gewechſelt hätten und daß das bukareſter Cabinet nach wie vor den Frieden des Welttheils gefährde. Auch in Paris ſcheint man über die rumäniſche „Gefahr“ keineswegs ganz beruhigt zu ſein.

Wie die Dinge wirklich ſtehen und ob die Kriegsgefahr drohend iſt, wird ſchwerlich irgend Jemand wiſſen; alle Conjecturen darüber ſind vergeblich. Aber auch ohne Kenntniß der wahren Sachlage und blos auf Grund deſſen, was die officiöſen Organe der verſchiedenen Staaten für ihre Meinung ausgeben, läßt ſich behaupten, daß der Ausbruch eines wirklichen Conflicts zwiſchen Freunden und Feinden der Pforte im gegenwärtigen Augenblick für uns eine Verlegenheit wäre. Preußen müßte ſeine Partie nehmen, ohne voraus berechnen zu können, wie weit es gehen will — ſelbſt der Einſatz und Gewinn, auf den für den Fall einer neuen Blutarbeit an der orientaliſchen Frage für uns zu rechnen wäre, iſt ein ſchwankender. Kommt es zu einem wirklichen Zuſammenſtoß, ſo ſteht Preußen nicht nur zwiſchen Rußland und Frankreich, ſondern zugleich zwiſchen Rußland und England. Eine Verſtändigung zwiſchen Napoleon III. und dem großen Slavenſtaat iſt an und für ſich unwahrſcheinlich, doch aber nicht unmöglich — ſicher iſt nur, daß dieſe Verſtändigung auf Unkoſten Preußens erfolgen würde. Bleibt es bei einem Zuſammengehen des berliner Cabinets mit Petersburg, ſo muß Preußen ſich ſoweit engagiren, daß ſeine guten Beziehungen zu England für die Dauer nicht mehr haltbar bleiben.

An all dieſe Möglichkeiten zu denken, iſt freilich jetzt noch nicht an der Zeit; will man aber ein klares Bild unſerer wirklichen Situation behalten, ſo dürfen ſie nicht außer Augen geſetzt werden — auch nicht bei Beurtheilung jener Fragen der inneren Politik, welche ſo ſehr im Vordergrunde der öffentlichen Aufmerkſamkeit ſtehen, daß ſie und nicht unſere Beziehungen zum Auslande die Kriterien für die Parteinahme und die Geſinnungsgenoſſenſchaft in Deutſchland bilden. Der andere Grund, aus welchem die Bedeutung, welche der türkiſch-griechiſche Conflict für unſere Zukunft hat, häufig genug überſehen wird, iſt die Gewöhnung daran, immer nur nach Frankreichs augenblicklichen Stimmungen und Abſichten zu fragen. Dieſe gelten ſeit der Ernennung Lavalette's zum Nachfolger des Marquis de Mouſtier für beſonders friedliche — nicht ſowohl, weil Herr v. Lavalette an und für ſich eine Friedensgarantie bietet, als weil die Befürchtungen vor der Reactivirung Drouyn's de Lhuys unerfüllt geblieben ſind. An Lavalette's Namen knüpfen ſich ſogar Hoffnungen auf eine friedliche Haltung Frankreichs in der orientaliſchen Frage, da dieſer Staatsmann ſich im Februar 1853 abberufen ließ, um nicht die Verantwortung für einen Bruch mit Rußland auf ſich zu laden. An der gegenwärtigen Beurtheilung Lavalette's haben das Friedensbedürfniß und der Optimismus offenbar einen bedeutenden Antheil: wie die franzöſiſche Regierung es fertig bringen will, auf dem gegenwärtig beſchrittenen Wege der Repreſſion im Innern Frieden zu behalten und zugleich mit Preußen und Rußland auf gutem Fuß zu bleiben, iſt aber um ſo ſchwerer abzuſehen, als die Griechen ſich eigentlich ſchon um die Möglichkeit des Nachgebens gegen die Pforte gebracht haben. — Was Frankreichs Beziehungen zu uns anlangt, ſo werden die Leſer der vielbeſprochenen Mediationsartikel des Journal des Debats ſich der Empfindung kaum erwehren können, daß dieſelben auf ein Ultimatum geſtellt ſind, deſſen Einhaltung beiden Theilen gleich ſchwer fällt. Der Preis, um den die Debats den europäiſchen Frieden gewahrt glauben, kann unſererſeits nicht gezahlt werden, und die Franzoſen glauben bereits eine Conceſſion zu machen, wenn ſie ſich die Auslegung des prager Friedens dauernd gefallen laſſen, welche die Baſis unſerer gegenwärtigen Beziehungen zum Süden bildet. Freilich wenn man keine anderen politiſchen Barometer zur Hand nimmt, als die Aeußerungen der officiöſen Journale von Paris und Berlin, ſo ſteht Alles zum Beſten. Man braucht aber nur nach Wien hinüber zu ſehen, um andere Eindrücke zu erhalten — und unſerer Meinung nach iſt kein Grund vorhanden, aus welchem der frühere Zuſammenhang zwiſchen wiener und pariſer Stimmungen gegenwärtig nicht mehr beſtehen ſollte. Nahm man noch vor Kurzem an, daß die pariſer Lärmtrompeten immer zugleich im eigenen Namen und in dem der wiener Regierung erklängen, ſo iſt nicht abzuſehen, warum nicht gegenwärtig die Rollen getauſcht ſein ſollten. Sind doch die Regiſſeure unverändert dieſelben geblieben. Aber dieſe Erwägungen, in denen man ſich zwei Jahre lang bis zum Ueberdruß erging und deren Nichtberückſichtigung für ein Zeichen des gröbſten Dilettantismus galt, ſind jetzt zurückgeſtellt und die Conjecturalpolitiker haben die Friedensſicherheit plötzlich zur Bedingung jeder Art politiſcher Zurech-

nungsfähigkeit gemacht. Gerade wie damals gehen wir auch jetzt im Nebel und die Sprache scheint der Presse nur gegeben zu sein — nicht um die Gedanken, sondern um die Thatsachen zu verhüllen.

Neben den Baudin-Processen und den polizeilichen Untersuchungen über die Demonstrationen vom 2. und 3. December stehen die spanischen Nachrichten im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit von Paris. Die großen Tage des Gaulois und seiner madrider Gönner sind rasch zu Ende gegangen; das von der provisorischen Regierung bewaffnete Volk hat seine Waffen gegen diese Regierung und damit zugleich gegen die Sache der Revolution gewandt. Carlisten und Clericale der verschiedensten Richtungen haben sich mit den Republicanern verbunden, um die mühsam gewahrte Ordnung über den Haufen zu werfen und in den trüben Wassern eines allgemeinen Bürgerkrieges zu fischen. Zwar sind die Rebellen von Cadix nach ziemlich hartem Kampf zur Unterwerfung gezwungen worden — aber um einen hohen Preis. Die Anleihe, welche eben im Gange war, ist auch nach der Meinung der Freunde der provisorischen Regierung als gescheitert anzusehen und es bedarf eines besonders günstigen Gangs der Dinge, damit die Börsen auch nur zu *der* Simmung zurückkehren, welche sie vor dem cadixer Pronunciamiento zeigten. Dem steigenden Einfluß der Republicaner und ihrer Bundesgenossen wissen die Regierungsmänner Nichts entgegen zu setzen, als langathmige Manifeste, die dieselben Dinge bis zum Ueberdruß wiederholen. Keines der Glieder der provisorischen Regierung kann sich rühmen in der Meinung seiner Landsleute eine wirklich unerschütterliche Ehren- und Machtstellung zu besitzen; der Glaube an die Ehrlichkeit der Prim, Serrano ꝛc. reicht nicht weiter als ihr Parteieinfluß und daß der General-Capitän der spanischen Armee ausdrücklich versichern mußte, daß er sich nicht mit ehrgeizigen und egoistischen Plänen trage, beweist, daß der moralische Credit dieses Mannes in Spanien auf ebenso schwachen Füßen steht, wie sein politischer Credit im übrigen Europa.

Wie die Sache der constitutionellen Monarchie auf der Halbinsel gerettet werden soll, wissen ihre Freunde uns am wenigsten zu sagen: die *kleinen* Mittel, mit denen eine Regierung unbändig werdende Massen zu bändigen pflegt, sind verbraucht worden, ehe die provisorische Regierung auch nur selbst wußte, was sie damit wollte. Das *eine* große Mittel zur Sammlung und Concentration des Volkswillens und der Volkskraft, die Aufstellung einer ernstlich gewollten Throncandidatur ist im rechten Augenblick versäumt worden und kann nicht mehr nachgeholt werden, zumal der leitende Staatsmann selbst erklärt hat, in dieser Beziehung keine bestimmten Ueberzeugungen zu besitzen und nur dem guten Glück Spaniens zu vertrauen. Hat sich zur Zeit der Flitterwochen der spanischen Revolution kein europäischer Prinz gefunden, der zur Thronfolge Isabella's II. Neigung und Fähigkeit zeigte, so sind die Hoffnungen, einen solchen ausfindig zu machen, seit den Stürmen von Cadix unter Null gesunken. Von der Republik aber irgend Etwas für die Freiheit jenseits der Pyrenäen zu erwarten, ist von Hause aus das Privilegium einzelner unverbesserlicher Doctrinäre gewesen, deren Zahl sich neuerdings noch beträchtlich vermindert haben dürfte, und so ergibt sich schon jetzt das Chaos als letztes Resultat. Hätte die französische Regierung nicht durch die Ungeschicklichkeiten der letzten Monate allzu tief in das eigene Fleisch geschnitten und stünden für Frankreich nicht Neuwahlen vor der Thür, welche die Activität der alten Parteien ungewöhnlich gesteigert haben, so hörte die spanische Revolution wohl schon in nächster Zukunft auf, die Handlungsfreiheit Napoleon's III. zu beschränken. *Diese* Revolution und ihren moralischen Einfluß auf die

Franzoſen gefürchtet zu haben, gehört zu den deutlichſten Armuthszeugniſſen, welche das zweite Kaiſerthum ſich ſelbſt ausgeſtellt hat.

Die conſtituirenden Cortes treten erſt im Februar des nächſten Jahres zuſammen, das engliſche Parlament iſt nach der Conſtituirung des neuen Cabinets Gladſtone-Clarendon-Lowe-Bright bis zu dem gleichen Zeitpunkt vertagt worden, der Zeitpunkt für die Wiedereinberufung des Corps législatif noch nicht bekannt; die Volksvertretungen beider öſtreichiſchen Reichshälften, das italieniſche Parlament und die Kammern von Preußen, Bayern und Württemberg haben ihre winterliche Thätigkeit bereits aufgenommen. Während man in Stuttgart und München noch damit beſchäftigt iſt, das Räderwerk der conſtitutionellen Maſchine in Gang zu bringen, die ſchwäbiſche Volksvertretung eine jener großen europäiſchen Adreßdebatten vorbereitet, mit denen die Kleinſtaaterei ſich herkömmlich für ihre äußere und innere Ohnmacht entſchädigt, ſitzt man in Preußen bereits tief in der praktiſchen Arbeit. Seit die Budgetberathungen im Plenum üblich geworden ſind, hat für den preußiſchen Parlamentarismus ein neuer Lehrcurſus begonnen, an deſſen inſtructiver Wichtigkeit wir nicht zweifeln, der aber zugleich die Unfertigkeit unſeres conſtitutionellen Lebens aufs Deutlichſte nachgewieſen hat. So lange das eigentliche Gewicht in den Commiſſionsverhandlungen lag, trugen die Plenarverſammlungen das Gepräge einer formalen Sicherheit, die allerdings für die Maſſe der Außenſtehenden impoſant war, dem Verſtändniß derſelben aber ebenſo wenig abwarf, wie der Förderung der nicht zu dieſen Commiſſionen gehörigen Parlamentsglieder. Das iſt gründlich anders geworden, ſeit die Oeffentlichkeit der Verhandlungen zur Wahrheit geworden iſt und auch Nichteingeweihte mit dem eigentlichen Mechanismus der Budgetbehandlung bekannt gemacht hat. Die *eine* Debatte über das Cultusminiſterium hat uns bewieſen, wie viel noch zu thun iſt, damit unſere Volksvertretung auch nur *den* Einfluß vollgiltig ausübt, den ihr die Regierung zugeſteht und über deſſen Beſchränktheit wir bisher zu klagen gewohnt waren. Im preußiſchen Abgeordnetenhauſe iſt zu viel wirkliche Tüchtigkeit und zu viel guter Wille vorhanden, als daß nicht ſchon von dieſer Debatte gelernt und der Wiederkehr ähnlicher Mißerfolge durch Verſtärkung der Parteidisciplin vorgebeugt werden könnte und darum braucht es uns noch nicht zu gereuen, daß der große, lang vorbereitete Angriff auf den Unterrichtsminiſter in den Sumpf verlaufen iſt. Und ein Sumpf iſt es, in den die Waſſer der parlamentariſchen Beredtſamkeit den zum Ziel führenden Weg verwandelt haben. Der gegenwärtige Zeitpunkt und ganz beſonders der Vorgang mit dem Juſtizminiſter Leonhardt hätten allerdings wünſchenswerth gemacht, daß das Abgeordnetenhaus der Regierung den ganzen Umfang des Gewichts zeige, das ihm immer noch geblieben; aber es iſt für eine geſunde, nicht blos auf den Schein gerichtete Entwickelung unſeres parlamentariſchen Lebens zu hohe Zeit, als daß Mißgriffe und Unfälle bedauert werden dürften, die gemacht werden *konnten*, von denen ſich aber, wenn ſie gemacht wurden, Etwas für die Zukunft lernen läßt. Ob ſchon die nächſte Zukunft für die Verwerthung der gemachten Erfahrungen günſtig ſein wird, mag dahin geſtellt bleiben; das aber dürfte feſtſtehen, daß die Fähigkeit zum Lernen überhaupt zugenommen hat, ſeit das Jahr 1866 die Nothwendigkeit einer Reviſion unſerer politiſchen und parlamentariſchen Begriffe ſchlagend nachwies.

Daß die Zahl der unbelehrten Deutſchen immer noch eine ſehr beträchtliche iſt, haben wir leider in dem letzten Monat durch ein neues Exempel erfahren müſſen und zwar von einer Seite her, die lang genug für ein Muſter parlamentariſcher Reife galt. In Baden iſt das Miniſterium Jolly, der ein-

zige sichere Vorposten, den die nationale Sache südlich vom Main besitzt, die einzige Regierung, welche mit ihrer deutschen Gesinnung Ernst machte und den Worten die entsprechenden Thaten folgen ließ — in seinem Bestande erschüttert worden und zwar nicht durch die Uebermacht „feudaler" oder ultramontaner Gegner, nicht durch das Geschrei unzurechnungsfähiger Föderativ-Republicaner oder „europäischer" Demokraten, sondern durch die Disciplinlosigkeit und Kurzsichtigkeit der eigenen Freunde, die sich durchaus der Philisterschaar gleichstellen wollen, für welche es nur das Entweder-Oder der Theorie gibt und die was sie besitzt aus Händen geben will, weil sie nicht Alles hat. Was für das Kennzeichen wahrer politischer Bildung und bisher für den besondern Ruhm des badischen Liberalismus galt, die Fähigkeit alle Kräfte auf ein Hauptziel zu concentriren, in weiser Selbstbeschränkung, continuirlich und nicht sprungweise vorzurücken, gesicherten Besitz chimärischen Möglichkeiten vorzuziehen — das Alles soll kleinlichen Verstimmungen des Augenblicks, localen Rücksichten und Vorurtheilen geopfert werden, auf deren Verständniß außerhalb Badens die Männer von Offenbach selbst nicht rechnen und für die man um die Namen verlegen sein wird, wenn dereinst über die große deutsche Sache Abrechnung gehalten wird. Wenn die badischen Unzufriedenen irgend gewissenhaft sind, so werden sie sich selbst sagen müssen, daß es sich bei der Entscheidung über Sein oder Nichtsein des Ministeriums Jolly in erster Linie um ein Interesse handelt, über welches sie gar kein Verfügungsrecht besitzen, weil es kein specifisch badisches ist. Gäbe es wirklich eine große nationale Partei — und die badischen Liberalen haben sich mit Stolz zu dem Kern derselben gezählt — so durften die Männer von Offenburg nicht wagen, ohne Zustimmung derselben eine Regierung zu stürzen, welche Freunden und Feinden bis jetzt für die beste Garantie der nationalen Sache im Süden, das wesentlichste Hinderniß jenes Südbundes galt, dessen Aufrichtung die Hälfte aller Errungenschaften von 1866 in Frage stellte. Zum Ueberfluß steht noch außerdem fest, daß das Zustandekommen dieses Bündnisses die Liberalen Badens um die Arbeit eines Jahrzehnts bringen und ihre intimsten Gegner in die Herrschaft einsetzen würde. Aber das Alles wird herkömmlich außer Augen gesetzt, wo die deutsche Leidenschaft der Rechthaberei in kleinen Dingen ein Mal erregt, die Möglichkeit aufgethan ist, urtheilslosen Wählern die frohe Botschaft von einem neuen Siege des parlamentarischen „Princips" zu verkünden. So sind die Hoffnungen auf Ernüchterung und Besinnung in der elften Stunde als ziemlich gering anzusehen. Ob die preußische Regierung dieser Gefährdung des einzigen zuverlässigen Alliirten im Süden ruhig zusehen oder durch dieselbe zu einem entscheidenden Schritt in der deutschen Frage veranlaßt werden wird, hängt wesentlich davon ab, ob die Lage der großen europäischen Politik dieselbe bleibt oder ob der türkisch-griechische Conflict einen Umschwung und eine Klärung herbeiführt. Erst nach der Entscheidung hierüber wird es überhaupt wieder möglich sein, über die Aussichten des J. 1869 für Deutschland zu urtheilen und nicht blos zu conjecturiren.

Mit **Nr. 1** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal,** welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im December 1868.

Die Verlagshandlung.

Verantwortliche Redacteure: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt.**
Verlag von **F. L. Herbig.** — Druck von **Hüthel & Legler** in Leipzig.

Verlag von Im. Fr. Wöller in Leipzig.

In zweiter Auflage erschien und ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Sieben Bücher

Französischer Geschichte.

Nach gedruckten und handschriftlichen Quellen

von

Dr. Friedrich W. Ebeling,

Archivrath.

Erster Band:

Geschichte der religiös-politischen Unruhen in Frankreich in Zeiten Franz I. bis zur Großjährigkeit Karl IX. (1515–1564.)

Zweite veränderte, verbesserte und vermehrte Auflage.

Eleg. brochirt Preis 2 Thlr.

Nachdem dieses Werk bereits in seiner ersten Gestalt die vollste Anerkennung der ersten Autoritäten auf diesem Gebiete erhalten, wie es denn ein Macaulay und Christian Baur den gediegensten historischen Arbeiten unserer Zeit anreihten, sowohl die meisterhafte Composition, geistreiche Behandlung des Stoffs als die überraschend autonome Kritik der Thatsachen rühmendst hervorhoben, und eins der geachtetsten französ. Journale sagte, daß nur sehr wenige Deutsche in so befriedigender Weise einen von confessionellen Rücksichten unabhängigen, den Ultras freilich unbequemen Standpunkt einzunehmen verstanden hätten, — so wird das Werk mit den Erweiterungen und Verbesserungen dieser zweiten Auflage nicht verfehlen, ein noch erhöhteres Interesse zu erregen.

Das Werk ist übrigens **nicht blos für den Historiker** im engern Sinne geschrieben, sondern auch für **jeden Gebildeten**, der sein Interesse der Geschichtsliteratur zuwendet.

Der zweite (Schluß-) Band, ebenso in sich abgeschlossen wie der erste, soll Ostern n. J. erscheinen und enthält die „Geschichte der religiös-politischen Unruhen in Frankreich unter dem Scheinkönigthum Karl IX."

Im Verlage von **Adolph Marcus** in **Bonn** ist soeben erschienen:

Aus der Alterthumswissenschaft.

Populäre Aufsätze

von

Otto Jahn.

Mit 8 lithographirten Tafeln und einigen Holzschnitten.

Groß-Octav, geheftet 2½ Thlr.

Inhalt:

Bedeutung und Stellung der Alterthumsstudien in Deutschland. — Eine antike Dorfgeschichte. — Novelletten aus Apulejus. — Die hellenische Kunst. — Die Restitution verlorner Kunstwerke für die Kunstgeschichte. — Die alte Kunst und die Mode. — Die Polychromie der alten Sculptur. — Der Apoll von Belvedere. — Höfische Kunst und Poesie unter Augustus. — Die griechischen bemalten Vasen. — Cyriacus von Ancona und Albrecht Dürer. — Göthes Iphigenia auf Tauris und die antike Tragödie. — Bildungsgang eines deutschen Gelehrten am Ausgang des 15. Jahrhunderts.

Vollendet im November 1868.

Meyer's neues Konversations-Lexikon, 2. Aufl.

Mit dem Register- und Supplementband 16 Bände.

Broschirt 32 Rthlr. — In Leinw. geb. 37½ Rthlr. — In Halbfr. geb. 40 Rthlr.

Mit 202 Karten und Illustrations-Beilagen.

☞ **42. Tausend.** — *Bis zum 30. Juni 1868 waren von dieser Auflage 39,300 Exemplare abgesetzt. Nach Einsicht der Bücher* **notariell beglaubigt** *vom herzogl. meining. Notar Kost in Hildburghausen.*

Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen.

Für Badereisende nach Süd-Frankreich und den Pyrenäen erschien soeben in der Collection der Meyer'schen Reisebücher ein Reisehandbuch von *Dr. med. Gsell-Fels* und *Berlepsch*, unter dem Titel **Süd-Frankreich und seine Kurorte**, reich mit Karten, Plänen und Ansichten ausgestattet. Verlag des Bibliographischen Instituts und vorräthig in allen Buchhandlungen.

Bei **Fr. Wilh. Grunow** in **Leipzig** erschien und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Für das Haus von **Moritz Horn.** eleg. carton. 1 Thlr.

Dieses Buch wird in jedem Hause willkommene Aufnahme finden, in dem Familiensinn und Anhänglichkeit zu befreundeten Familien herrschen.

Im Verlage

von **Wilhelm Hertz (Besserſche Buchhandlung) 7. Behrenſtraße, Berlin**
erſchienen im Jahre 1868 u. A. folgende Werke:

Meraner Novellen

von

Paul Heyſe.

Fünfte Sammlung. Vierte Auflage.
Min.-Ausg. 2 Thlr. geb. 2 Thlr. 12 Sgr.

Colberg.

Hiſtoriſches Schauſpiel in fünf Akten.
von

Paul Heyſe.

(Dramatiſche Dichtungen, fünftes Bändchen).
eleg. geh. 25 Sgr.

Aiſchylos

überſetzt von

Joh. Guſt. Droyſen.

Dritte umgearbeitete Aufl. eleg. geh. 2 Thlr.

Zwei Jahre

Preußiſch-Deutſcher Politik.

1866. 1867.

Sammlung amtlicher Kundgebungen und halbamtlicher Aeußerungen von der Schleswig-Holſteinſchen Kriſis bis zur Gründung des Zoll-Parlaments,
herausgegeben von

Dr. Ludwig Hahn, K. Geh. Reg.-Rath.
geh. 2 Thlr. 10 Sgr.

Die gegenwärtigen Parteien

in Staat und Kirche.
Neun und zwanzig akademiſche Vorleſungen
von

Stahl.

Zweite Auflage. eleg. geh. 2 Thlr. 10 Sgr.

Die Heraklitiſchen Briefe.

Ein Beitrag zur philoſophiſchen und religionsgeſchichtlichen Literatur
von

Jacob Bernays.

geh. 1 Thlr. 15 Sgr.

Abhandlungen
zur

Syſtematiſchen Philoſophie

von

Dr. Friedrich Harms.

ord. Prof. der Philoſophie a. d. Univerſität zu Berlin.
eleg. geh. 1 Thlr. 20 Sgr.

Meiſter Eckhart, der Myſtiker.

Zur Geſchichte der religiöſen Speculation in Deutſchland
von

Adolf Lasson.

2 Thlr.

Geſchichte
der

poetiſchen Literatur der Deutſchen

von

Werner Hahn.

Vierte verbeſſerte Auflage. 1 Thlr. 15 Sgr.

Im Verlage von F. W. Grunow in Leipzig erſchien und iſt in allen Buchhandlungen zu haben:

Lied und Bild Deutſcher Dichter und Künſtler.

Lieder mit Holzſchnitten nach Originalzeichnungen von Bürger, G. Jäger, Merkel, Neureuther, Patzſchke, Schlick, Thon. 4°. eleg. carton. Preis 24 Ngr.

Inhalt: Titelbild. Zur Einleitung. Chriſtus und die Samariterin. Das verſunkene Kloſter. Am ſtillen Freitag. Die böſe Farbe. Das Bild der Andacht. In der Kirche. Das iſt ein ſchlechtes Wetter. Der Friedhof im Gebirge. Barbaroſſa. Der Traum. Das Blatt im Buche.

Das Buch eignet ſich beſonders durch ſeine gediegenen Kunſtblätter als ſchönes und billiges Weihnachtsgeſchenk.

Bei **Fr. Wilh. Grunow** in **Leipzig** erſchien und iſt in allen Buchhandlungen vorräthig:

Geſchichte der Chemie von Dr. Th. Gerding. gr. 8°. 3 Thlr.

Dieſes in der jüngſten Zeit einzig und allein daſtehende Werk empfiehlt ſich, bei compendiöſer Form, durch klare, gründliche, ſtrengwiſſenſchaftliche Darlegung der hiſtoriſchen Entwickelung chemiſcher Kenntniſſe, von dem grauen Alterthum bis auf die neuere Zeit. Es iſt auf ein ausgedehntes Quellen-Studium basirt und mit Citaten und Belegen durchwebt, und wird daher von Fachmännern und Freunden der Chemie als ſehr willkommen begrüſst werden.

☛ **Inſerate aller Art werden gegen den Betrag von 2 Ngr. für die geſpaltene Zeile angenommen. Die Beilagegebühr für die Grenzboten beträgt 3 Thlr.**

Verlag von Friedrich Ludwig Herbig. — Druck von Hüthel & Legler in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

Princeton University Library
32101 064469651

Digitized by Google